

GOVERNMENT OF INDIA  
DEPARTMENT OF ARCHAEOLOGY  
**CENTRAL ARCHAEOLOGICAL  
LIBRARY**

---

CLASS 4995 Oec

CALL No. 913.43C/902C

D.G.A. 79.

# DENKMALPFLEGE

## Auszug

aus den stenographischen Berichten des

### Tages für Denkmalpflege

in Dresden 1900, Freiburg i. B. 1901, Düsseldorf 1902, Erfurt 1903,  
Mainz 1904, Bamberg 1905, Braunschweig 1906, Mannheim 1907,  
Lübeck 1908 und Trier 1909

Im Auftrage des geschäftsführenden Ausschusses

herausgegeben von

**A. von Oechelhaeuser**

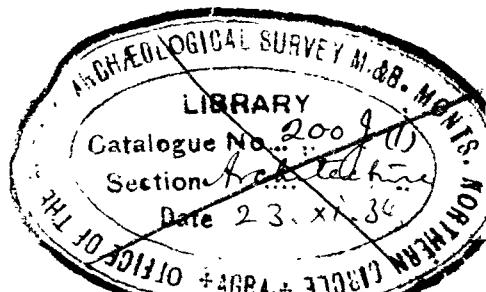
1905

### I. Band

Vorbildungs- und Stilfragen, Gesetzgebung,  
Staatliche und Kommunale Denkmalpflege

912.453

Leipzig  
Verlag von E. A. Seemann  
1910



CENTRAL GEOLOGICAL  
LIBRARY, NEW DELHI.  
Acc. No. .... 4995 .....,  
Date..... 30.9.56.....  
Call No. .... 913.43C / 1000

Dem Andenken

an

HUGO LÖRSCH

gewidmet.



## Vorwort.

---

Infolge der stetig wachsenden Nachfrage nach den im Buchhandel vergriffenen stenographischen Berichten der bisherigen Tagungen hat der Geschäftsführende Ausschuß des Tages für Denkmalpflege geglaubt, eine Neu-Auflage veranstalten zu sollen unter Weglassung der Ansprachen, die nur ein vorübergehendes, lokales oder persönliches Interesse besitzen. Somit erscheinen lediglich die wichtigeren Referate und Debatten, in denen sich die eigentliche Arbeit des Tages während dessen zehnjährigen Bestehens darstellt, hier aufs neue, und zwar nicht in zeitlicher Reihenfolge, sondern der Übersichtlichkeit halber nach den Gegenständen geordnet.

Die Fülle des Stoffes hat dabei zu einer Verteilung auf zwei Bände geführt, von denen der vorliegende erste Band vorwiegend Verhandlungen theoretischer Natur enthält, während der zweite den Fragen der Praxis gewidmet sein wird.

Der Unterzeichnete hat bei der Auswahl der Ansprachen und deren Zusammenstellung keinerlei persönliches Programm verfolgt, sondern sich ausschließlich von dem Gesichtspunkte leiten lassen, eine möglichst vollständige Übersicht über die Behandlung der wichtigsten Fragen der Denkmalpflege auf den bisherigen zehn Tagungen zu geben. Keine andere Veröffentlichung dürfte daher in gleichem Maße einen unmittelbaren Einblick gewähren einerseits in die Gegensätze und Kämpfe, anderseits in die Fortschritte, welche die Denkmalpflege innerhalb des letzten Dezenniums bei uns zu verzeichnen hat.

Karlsruhe, im Juli 1910.

A. von Oechelhaeuser,  
derz. Vorsitzender des Tages für Denkmalpflege.



# Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>Trier 1909</b>	
von Oechelhaeuser-Karlsruhe: Bericht über die Tätigkeit des Tages für Denkmalpflege während des ersten Dezenniums seines Bestehens . . . . .	1
<b>I. Vorbildung zur Denkmalpflege</b>	
<b>Erfurt 1903</b>	
Referent: Dehio-Straßburg . . . . .	13
Korreferent: Lutsch-Steglitz . . . . .	20
<b>Mainz 1904</b>	
Referent: von Oechelhaeuser-Karlsruhe . . . . .	31
Korreferent: Arntz-Köln . . . . .	37
Debatte: Dehio-Straßburg . . . . .	42
Neuwirth-Wien . . . . .	44
Stiehl-Steglitz . . . . .	45
<b>II. Grundsätze für die Wiederherstellung der Bau-denkmäler (Stilfragen)</b>	
<b>Dresden 1900</b>	
Referent: Tornow-Metz . . . . .	46
Debatte: Gurlitt-Dresden . . . . .	53
Tornow-Metz . . . . .	55
Hofmann-Darmstadt . . . . .	55
Müller-Berlin . . . . .	55
von Oechelhaeuser-Karlsruhe . . . . .	55
Pfeifer-Braunschweig . . . . .	56
Clemen-Düsseldorf . . . . .	56
Wallé-Berlin . . . . .	57
W. Gurlitt-Graz . . . . .	57
von Bezold-Nürnberg . . . . .	57
Lutsch-Breslau . . . . .	58
Treu-Dresden . . . . .	58
<b>Düsseldorf 1902</b>	
Tornow-Metz . . . . .	58
Gurlitt-Dresden . . . . .	60
Hager-München . . . . .	61
<b>Denkmalpflege und moderne Kunst</b>	
<b>Bamberg 1905</b>	
Referent: Hager-München . . . . .	64
Debatte: Dehio-Straßburg . . . . .	76
Clemen-Bonn . . . . .	78
Schaumann-Frankfurt a. M. . . . .	80
Frentzen-Aachen . . . . .	82
Haupt-Eutin . . . . .	83

Beispiele praktischer Denkmalpflege aus neuester Zeit	Seite
<b>Lübeck 1908</b>	
Referent: Gräbner-Dresden . . . . .	84
Debatte: Tornow-Metz . . . . .	89
Stiehl-Steglitz . . . . .	89

### Die Stilfrage bei Wiederherstellung alter Baulichkeiten

<b>Trier 1908</b>	
Referent: Weber-Danzig . . . . .	93
Korreferent: Rehorst-Köln . . . . .	103
Debatte: Bezold-Nürnberg . . . . .	111
von Lange-Tübingen . . . . .	111
Stiehl-Steglitz . . . . .	112
Gurlitt-Dresden . . . . .	114
Dehio-Straßburg . . . . .	116
Struckmann-Hildesheim . . . . .	117
Clemen-Bonn . . . . .	121
Weber-Danzig . . . . .	123

## III. Gesetzliche Denkmalpflege

### A. Allgemeine Grundsätze für die Gesetzgebung

<b>Dresden 1900</b>	
Referent: Clemen-Düsseldorf . . . . .	125
Korreferent: von Biegeleben-Darmstadt . . . . .	133
Debatte über die Biegelebenschen Resolutionen . . . . .	136

### B. Gesetzgebung im Inlande und Auslande

#### Hessischer Gesetzentwurf

<b>Freiburg i. B. 1901</b>	
Referent: von Biegeleben-Darmstadt . . . . .	138
Loersch-Bonn . . . . .	149
Debatte: Mehlis-Neustadt a. d. H. . . . .	151
Rahn-Zürich . . . . .	151
Hager-München . . . . .	152
Struckmann-Hildesheim . . . . .	152
Himly-Stade . . . . .	157
von Bremen-Berlin . . . . .	158
von Biegeleben-Darmstadt . . . . .	159
Clemen-Bonn . . . . .	159
Struckmann-Hildesheim . . . . .	161
Lottichius-Dresden . . . . .	162
Loersch-Bonn . . . . .	163
Himly-Stade . . . . .	163
Mehlis-Neustadt a. d. H. . . . .	163
Loersch-Bonn . . . . .	164

	Seite
<b>Hessisches Gesetz</b>	
<b>Düsseldorf 1902</b>	
Referent: von Biegeleben-Darmstadt . . . . .	164
<b>Ausführung des Hessischen Gesetzes</b>	
<b>Erfurt 1903</b>	
Referent: von Biegeleben-Darmstadt . . . . .	180
<b>Mainz 1904</b>	
Referent: von Biegeleben-Darmstadt . . . . .	185
<b>Über den Stand der Gesetzgebung in Preußen</b>	
<b>Freiburg 1901</b>	
von Bremen-Berlin . . . . .	188
<b>Erfurt 1903</b>	
von Bremen-Berlin . . . . .	191
<b>Mainz 1904</b>	
von Bremen-Berlin . . . . .	193
<b>Gesetzgebung in Spanien und Italien</b>	
<b>Freiburg 1901</b>	
Referent: von Bremen-Berlin . . . . .	195
<b>Mainz 1904</b>	
Referent: Loersch-Bonn . . . . .	197
<b>Gesetzgebung in der Schweiz</b>	
<b>Düsseldorf 1902</b>	
Referent: Zemp-Freiburg i. d. Schw. . . . .	197
<b>Freiburg 1901</b>	
Referent: Loersch-Bonn . . . . .	198
<b>Düsseldorf 1902</b>	
Referent: Loersch-Bonn . . . . .	201
<b>Botschaft des großen Rates des Kantons Bern an das Volk . . . . .</b>	
<b>Mannheim 1907</b>	
Referent: Probst-Zürich . . . . .	202
Referent: Probst-Zürich . . . . .	205
<b>Gesetzgebung in Österreich</b>	
<b>Düsseldorf 1902</b>	
Referent: Neuwirth-Wien . . . . .	213
<b>Erfurt 1903</b>	
Referent: Neuwirth-Wien . . . . .	215
<b>Lübeck 1908</b>	
Referent: v. Förster-Streffleur-Wien . . . . .	216
<b>C. Spezialgesetzgebung</b>	
<b>Das preußische Gesetz gegen Verunstaltung von Ortschaften und landschaftlich hervorragenden Gegenden</b>	
<b>Mannheim 1907</b>	
Referent: Struckmann-Hildesheim . . . . .	217
Debatte: Stiehl-Steglitz . . . . .	231
von Biegeleben-Darmstadt . . . . .	233
Wortlaut des preußischen Gesetzes . . . . .	238

## VIII

<b>Trier 1909</b>	<b>Seite</b>
Referent: von Bremen-Berlin . . . . .	239
<b>Das sächsische Gesetz gegen Verunstaltung von Stadt und Land</b>	
<b>Trier 1909</b>	
Referent: Hartmann-Döbeln . . . . .	240
Korreferent: Schmidt-Dresden . . . . .	254
Wortlaut des sächsischen Gesetzes vom 10. März 1909 . . . . .	261
<b>D. Bauordnungen, Baupolizei und Ortsstatute</b>	
<b>Landesbauordnungen und Baupolizei</b>	
<b>Mannheim 1907</b>	
Referent: Stürzenacker-Karlsruhe . . . . .	263
Debatte: Levy-Karlsruhe . . . . .	270
<b>Städtische Bauordnungen und Baupolizei</b>	
<b>Mainz 1904</b>	
Referent: Frentzen-Aachen . . . . .	271
Korreferent: Stübben-Berlin . . . . .	279
Debatte: Schaumann-Frankfurt a. M. . . . .	287
Rehorst-Halle . . . . .	288
Ratzel-Karlsruhe . . . . .	289
Gauß-Stuttgart . . . . .	290
Leitsätze für städtische Bauordnungen . . . . .	293
<b>Denkmalpflege und Baupolizei in Bayern</b>	
<b>Bamberg 1905</b>	
Referent: v. d. Heydte-München . . . . .	293
<b>Mannheim 1907</b>	
Referent: Kahr-München . . . . .	297
<b>Lübeck 1908</b>	
Referent: Kahr-München . . . . .	298
<b>Ortsstatute</b>	
<b>Lübeck 1908</b>	
Referent: Bredt-Barmen . . . . .	308
Debatte: von Biegeleben-Darmstadt . . . . .	318
Schaumann-Frankfurt a. M. . . . .	322
<b>IV. Kommunale Denkmalpflege</b>	
<b>Aufgaben der Kommunal- und Provinzialverwaltungen</b>	
<b>Düsseldorf 1903</b>	
Referent: Struckmann-Hildesheim . . . . .	325
Korreferent: Clemen-Bonn . . . . .	347
Debatte: Stübben-Cöln . . . . .	354
Heimann-Cöln . . . . .	358
Hoßfeld-Berlin . . . . .	361
Resolution . . . . .	362

	Seite
<b>Städtische Kunstkommisionen</b>	
<b>Lübeck 1908</b>	
Referent: Weber-Jena . . . . .	364
Über Straßenfluchtlinien vom Standpunkt der Denkmalpflege aus	
<b>Erfurt 1903</b>	
Referent: Stübben-Cöln . . . . .	372
Korreferent: Hofmann-Darmstadt . . . . .	380
" Gurlitt-Dresden . . . . .	384
Debatte: Frentzen-Aachen . . . . .	385
Stübben-Cöln . . . . .	386
Über die Erhaltung alter Straßennamen	
<b>Bamberg 1905</b>	
Referent: Meier-Braunschweig . . . . .	387
Debatte: Heimann-Cöln . . . . .	397
Schumann-Dresden . . . . .	399
Stiehl-Wetzlar . . . . .	400
Struckmann-Hildesheim . . . . .	401
Meier-Braunschweig . . . . .	401
Leitsätze über die Erhaltung alter Straßennamen . . . . .	402
<b>Braunschweig 1906</b>	
Meier-Braunschweig . . . . .	403
Über die Möglichkeit der Erhaltung alter Städtebilder unter Berücksichtigung moderner Verkehrsanforderungen	
<b>Mannheim 1907</b>	
Referent: Rehorst-Merseburg . . . . .	404
Freilegung und Umbauung alter Kirchen	
<b>Lübeck 1908</b>	
Referent: Gurlitt-Dresden . . . . .	446
Korreferent: Charles Buls-Brüssel . . . . .	462
Debatte: Rehorst-Cöln . . . . .	471
Stübben-Berlin . . . . .	472
Schutz der Grabdenkmäler und Friedhöfe	
<b>Lübeck 1908</b>	
Referent: Clemen-Bonn . . . . .	474
Debatte: Neuwirth-Wien . . . . .	486
Meißner-Merseburg . . . . .	487
V. Denkmalpflege auf dem Lande	
<b>Braunschweig 1906</b>	
Referent: Hoßfeld-Berlin . . . . .	488



Trier 1909

## Bericht über die Tätigkeit des Tages für Denkmalpflege während des ersten Dezenniums seines Bestehens

erstattet vom derzeitigen Vorsitzenden

**Geheimer Hofrat Professor Dr. von Oechelhaeuser-Karlsruhe.**

Meine Herren! Der Tag für Denkmalpflege ist hervorgegangen aus dem Gesamtverein der Deutschen Geschichts- und Altertumsvereine, der in seiner 5. Abteilung, die die Bezeichnung „Volkskunde“ führt, seit langer Zeit sich auch bereits mit Fragen der Denkmalpflege beschäftigt hatte, allmählich aber zu der Überzeugung gelangt war, daß seine Tätigkeit in dieser Beziehung einer Erweiterung und einer selbständigen Ergänzung bedürfe. Diese Erwägungen fanden ihren Niederschlag bei der Straßburger Generalversammlung des Gesamtvereins im Jahre 1899 durch die Einsetzung einer Fünferkommission, die den Auftrag bekam, die dort gefaßten Beschlüsse betreffs der staatlichen Regelung der Denkmalpflege in eine knappe Fassung zu bringen, den deutschen Regierungen zu übersenden und bei der nächsten Generalversammlung einer besonderen neu zu bildenden Vereinigung von Denkmalpflegern vorzulegen. Als Vorsitzender dieser Kommission waltete Geheimer Justizrat Professor Dr. Lörsch, als Mitglieder gehörten ihr an: Professor Dr. Clemen, Direktor Dr. von Bezold, Archivrat Dr. Baileu und Professor Wallé.

Die erste Versammlung dieser neuen selbständigen Abteilung des Gesamtvereins, die den Namen „Tag für Denkmalpflege“ erhielt, fand auf Einladung der Kgl. Sächsischen Regierung am 24. September 1900 in einem Hörsaal der Technischen Hochschule in Dresden statt und war von 92 Teilnehmern besucht.

Nachdem Geheimrat Dr. Roscher die Erschienenen namens des Kgl. Sächsischen Ministeriums des Innern begrüßt und den Zweck dieser neuen Vereinigung dargelegt hatte, gab zunächst Geheimrat Lörsch, der zum Vorsitzenden gewählt worden war, Kenntnis vom Wortlaut jener von der Fünferkommission redigierten Grundsätze, die inzwischen von 124 deutschen Geschichts- und Altertumsvereinen unterzeichnet, sämtlichen deutschen Regierungen zugesandt und von einigen zustimmend, von anderen wohlwollend beantwortet waren.

Ich kann mir nicht versagen, meine Herren, diese wichtige, den meisten von Ihnen sicher unbekannte Kundgebung hier zu verlesen, einsteils da sie

zeigt, wie bestimmt und klar jene Kommission unsere Ziele von vornherein erkannt und festgelegt hat, andererseits weil das Protokoll der Dresdener Tagung, in der sie abgedruckt steht, nur in wenigen Exemplaren verbreitet worden und mittlerweile längst vergriffen ist.

Die Eingabe lautet:

*„Der Gesamtverein der Deutschen Geschichts- und Altertumsvereine erkennt dankbar an, daß die deutschen Staaten in richtiger Würdigung der außerordentlichen Bedeutung und des unschätzbarsten Wertes der geschichtlichen und kunstgeschichtlichen Denkmäler in den letzten Jahren sich deren Erhaltung und Pflege in fortschreitendem Maße angenommen haben; er richtet aber wiederholt an sie die dringende Bitte, diesen Bestrebungen, welche für die geschichtlichen Wissenschaften und für die Erhaltung des nationalen Sinnes eine Lebensfrage darstellen, weitere Förderung durch gesetzliche Regelung, Ausbildung und Erweiterung der ihnen gewidmeten Organisation und Aufwendung größerer Geldmittel angedeihen zu lassen. Der Gesamtverein erachtet es für notwendig, daß die zu erlassenden gesetzlichen Vorschriften den folgenden Grundgedanken entsprechen.“*

1. Ein unbewegliches Denkmal von kunstgeschichtlicher oder geschichtlicher Bedeutung, das sich im Eigentum des Staates oder einer Körperschaft im Sinne des öffentlichen Rechtes befindet, darf ohne Genehmigung der Aufsichtsbehörde nicht zerstört und nicht wieder hergestellt, wesentlich ausgebessert oder verändert, noch wissentlich dem Verfall überliefert werden.

2. Ein beweglicher Gegenstand von kunstgeschichtlicher oder geschichtlicher Bedeutung, der sich im Eigentum des Staates oder einer Körperschaft im Sinne des öffentlichen Rechtes befindet, darf ohne Genehmigung der Aufsichtsbehörde nicht zerstört oder veräußert und nicht wieder hergestellt, wesentlich ausgebessert oder verändert werden.

3. Archäologische Ausgrabungen oder Nachforschungen irgend welcher Art dürfen auf Grund und Boden, der im Eigentum des Staates oder einer Körperschaft im Sinne des öffentlichen Rechtes steht, nicht unternommen werden ohne Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

4. Im Eigentum von Privaten stehende, unter ihren derzeitigen Eigentümern gefährdete, unbewegliche Denkmäler von kunstgeschichtlicher oder geschichtlicher Bedeutung sowie im Eigentum von Privaten befindlicher Grund und Boden, der archäologisch wertvolle unbewegliche oder bewegliche Denkmäler birgt, können enteignet werden.

Auf gesetzliche, dem letzten Punkt entsprechende Bestimmungen glaubt der Gesamtverein im Einverständnis mit allen Kunst- und Geschichtsfreunden des Vaterlandes den größten Wert legen zu sollen, weil durch sie allein zahllose, bisher des Schutzes völlig entbehrende Denkmäler und Gegenstände der Zerstörung oder Verunstaltung und der Verschleuderung entzogen werden können.

Als wichtiges Hilfsmittel insbesondere für die in der Denkmalpflege tätigen Behörden und für die Aufklärung weiterer Kreise empfiehlt der Gesamtverein die zuletzt in den Gesetzgebungen von England, Frankreich und Rumänien mit gutem Erfolg zur Anwendung gekommene Klassierung der Denkmäler, ohne jedoch den staatlichen Schutz irgendwie einseitig auf die klassierten Gegenstände beschränkt wissen zu wollen.

*Der Gesamtverein weist hin auf die Ergänzung der behördlichen Organisation durch die in verschiedenen Staaten mit bestem Erfolge tätigen freiwilligen Mitarbeiter (Pfleger, Korrespondenten), sowie auf die bedeutende Unterstützung, welche der gesamten Denkmalpflege durch die Heranziehung der überall vorhandenen Geschichts- und Altertumsvereine erwachsen kann.*

*Der Gesamtverein erachtet es endlich für unerlässlich, daß in jedem Staate bei weitem größere Mittel für die Erhaltung und Wiederherstellung der Denkmäler, als bisher geschehen, aufgewendet werden, und daß tunlichst überall feststehende hierfür bestimmte Summen alljährlich in den Etat eingesetzt werden.“*

Es dürfte schwer nachzuweisen sein, ob und in welchen einzelnen Fällen diese klaren und präzisen Forderungen auf die gesetzgeberischen Maßnahmen der Regierungen in der Folgezeit direkt eingewirkt haben, zweifellos erscheint mir aber, daß nicht nur das regere Interesse an der Denkmalpflege, das sich seither in amtlichen Kreisen kundgibt, sondern auch das lebhaftere Tempo, das bezüglich einer gesetzlichen Regelung dieser Materie seitens der Regierungen der meisten deutschen Bundesstaaten in den letzten Jahren eingeschlagen worden ist, nicht zuletzt auf diese Kundgebung des Gesamtvereins zurückzuführen ist.

Im Anschluß hieran und gewissermaßen als Erläuterung zu diesen Sätzen gab sodann Professor Dr. Clemen nach einer kurzen Übersicht über den Denkmalschutz in den außerdeutschen Kulturländern einen auf gründlichen Studien beruhenden, inhaltreichen Bericht über den derzeitigen Stand der Denkmalpflege in Deutschland, speziell in den preußischen Landen, damit den Reigen dieser Referate eröffnend, die fortan auf den nächsten Tagungen einen Hauptgegenstand der Verhandlungen bilden sollten.

Hierauf erörterte Professor Dr. Cornelius Gurlitt an der Hand von 14 von ihm aufgestellten Thesen die mit der Denkmalpflege in unmittelbarem Zusammenhang stehende wichtige Frage der Inventarisation der Kunstdenkmäler und entfesselte dadurch eine längere Debatte, bei der die verschiedenen Anschauungen und Erfahrungen der anwesenden Inventarizatoren zum Ausdruck gelangten.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf die Herstellung eines Handbuches der deutschen Kunstdenkmäler. Professor Dehio, der selbst am Erscheinen verhindert war, hatte hierfür ein ausführliches Programm entworfen, das durch Herrn Dr. von Bezold vorgetragen und erläutert wurde. Mit einer eingehenden Debatte über diesen Gegenstand schloß diese erste Sitzung, um am nächsten Tage ihre Fortsetzung zu finden. Den Hauptgegenstand der Beratungen am 25. September bildeten die von Regierungs- und Baurat Tornow aufgestellten „Grundsätze für die Wiederherstellung von Baudenkmälern“, die der Redner in ausführlichen Darlegungen begründete. In der anschließenden Debatte ergriff zunächst Cornelius Gurlitt das Wort, um gegen einzelne dieser Grundsätze und beispielsweise gegen die von Viollet-le-Duc nach diesen Grundsätzen ausgeführten Restaurierungen zu polemisieren, indem er zum erstenmal in unserem Kreise zielbewußt für eine dem Geiste und dem künstlerischen Empfinden unserer Zeit angemessene stilistische Selbständigkeit auch bei modernen Restaurierungsarbeiten eintrat. Unterstützt hierbei wurde Gurlitt hauptsächlich nur von seinem inzwischen verstorbenen, trefflichen Bruder, dem

Grazer Professor, sowie von Professor Treu, die übrigen Redner bekannten sich meist zu der in den Tornowschen Grundsätzen vertretenen bisherigen, d. h. historischen Auffassung. Damit war ein zweites Thema angeschnitten, das von da ab wie ein roter Faden sich durch unsere weiteren Tagungen fortspinnen sollte und auch heute wieder bei verschiedenen Punkten unserer Tagungsordnung zur Diskussion stehen wird.

Von ganz besonderer Wichtigkeit wurde der Schluß dieser Tagung durch die Vorlage des Entwurfs eines hessischen Gesetzes zum Schutze der Denkmäler durch Herrn Ministerialrat Freiherr von Biegeleben, eine Vorlage, die schließlich zu der Annahme einer Resolution führte, welche viel weiter gehend, als die von mir vorhin verlesene Anregung des Gesamtvereins, in zehn Abschnitten die wichtigsten für eine solche Gesetzgebung maßgebenden Gesichtspunkte zusammenfaßte. Die eingehende Aussprache, die sich hieran knüpfte, bot zu mancherlei wertvollen Ergänzungen und Vorschlägen Anlaß, und der geistige Vater dieses grundlegenden hessischen Gesetzes, Freiherr von Biegeleben, hat denn auch später des öfteren Gelegenheit genommen, zu betonen, wieviel er den ihm in Dresden und später in Freiburg gewordenen Anregungen bei der Ausarbeitung dieses Gesetzes zu verdanken habe; er hat es gewissermaßen ein Kind unseres „Tages“ genannt.

Damit, meine Herren, war unser erster „Tag“ zu Ende. Sie sehen, daß er gleich mit vollem Winde in den Segeln seine Fahrt angetreten und sich Aufgaben gestellt hat, die in der Tat nur in einem Kreise von Fachleuten zu lösen sind, wie solcher sich gleich hier beim erstenmal in so glücklicher Zusammensetzung vereinigt hatte. Als geschäftsführender Ausschuß für die Vorbereitung der nächsten Tagung war die genannte Fünferkommission, vermehrt durch Freiherrn von Biegeleben, unter dem Vorsitze des Geheimrat Lörsch bestellt worden.

Es kann nicht meine Aufgabe sein, meine Herren, hier vor Ihnen in ähnlicher Weise alle folgenden Tagungen mit ihren inhaltreichen und anregenden Referaten und Debatten einzeln zu besprechen. Mit Rücksicht auf das große, uns vorliegende Arbeitspensum muß ich mich vielmehr darauf beschränken, kurz die Hauptgegenstände unserer bisherigen Beratungen zusammen zu fassen und danach einiges statistische Material zu geben, das die äußere Entwicklung unserer Tagungen Ihnen vor Augen führt oder ins Gedächtnis ruft.

Blicken wir die große Reihe der Vorträge und Referate, die in unseren Protokollen niedergelegt sind, durch, so zeigt sich eine glückliche Mischung von praktischen und theoretischen Fragen, d. h. von Verhandlungen und Debatten, die die gesetzliche Regelung, Organisation und Ausbreitung der Denkmalpflege, Vorbildungs- und Stilfragen, zum Gegenstand haben, und von solchen, welche an geplante und begonnene Restaurierungen anknüpfen, oder praktische Maßnahmen zum Schutze der Denkmäler in weitestem Sinne betreffen.

Betrachten wir zuerst unsere bisherige Tätigkeit auf theoretischem Gebiete, so gehört hierher alles, was im Anschluß an die erste Tagung auf dem Gebiete der staatlichen Gesetzgebung von uns verhandelt worden ist. Das Rückgrat bildete für uns hierbei das in Dresden angekündigte hessische Denkmalschutz-Gesetz, dessen Entwurf von Freiherrn von Biege-

leben bereits der nächsten Tagung in Freiburg vorgelegt und zur Debatte gestellt wurde, während er beim Dritten Tage in Düsseldorf in der glücklichen Lage war, die Annahme des Gesetzes durch die hessischen Kammer und dessen Inkrafttreten für 1. Oktober 1902 zu melden. Als Nachtrag folgte auf dem Vierten Tage in Erfurt noch ein Referat über die Ausführungsbestimmungen dieses Gesetzes.

Hand in Hand mit diesen Referaten gingen nach dem Vorgange von Paul Clemen in der Dresdener Tagung die Berichte über gesetzgeberische Maßnahmen oder Vorbereitungen sowohl in den außerdeutschen Kulturländern, als besonders auch in den übrigen deutschen Bundesstaaten. So hörten wir in Freiburg i. B. und in Erfurt Referate von Hofrat Professor Dr. Neuwirth über die österreichische, von Geheimrat Lörsch über die „Gesetzgebung im Kanton Bern“, in Braunschweig durch Herrn Professor Tzigara-Samurcás über rumänische und durch Herrn Architekt Probst in Mannheim über schweizerische Denkmalpflege, während Geheimer Oberregierungsrat von Bremen und Geheimrat Lörsch in Freiburg und Mainz über die italienische Gesetzgebung referiert haben.

Daneben liefen die Berichte über den Stand der staatlichen Denkmalpflege und die in Vorbereitung befindlichen oder bereits getroffenen diesbezüglichen Schutzmaßnahmen in den deutschen Bundesstaaten.

Hervorgehoben hiervon seien die Mitteilungen von Geheimrat von Bremen in Freiburg und Mainz über preußische diesbezügliche Verhältnisse, von Herrn Ministerialrat Kahr in Lübeck über bayerische Denkmalpflege und von Stadtbaurat Baltzer in Lübeck über Erhaltung des dortigen Stadtbildes, wie denn auch in den Begrüßungsansprachen zu Mainz, Bamberg und Lübeck durch die Herren Ministerialrat Freiherrn von Biegeleben, Oberregierungsrat Freiherrn von der Heydte aus München und Sektionsrat Ritter von Fürster-Streffleur aus Wien wertvolle Mitteilungen in dieser Richtung gegeben wurden.

Eine nicht hoch genug einzuschätzende Etappe auf dem Vormarsche zu einer allgemeinen gesetzlichen Regelung der Denkmalpflege bilden das preußische „Gesetz zum Schutz gegen Verunstaltung von Ortschaften und landschaftlich hervorragenden Gegenden“ und das analoge sächsische „Gesetz gegen Verunstaltung von Stadt und Land.“ Über ersteres hat Oberbürgermeister Struckmann in Mannheim ausführlich berichtet, über letzteres werden wir heute zu Punkt 3 der Tagesordnung Bericht erstattet erhalten. Auch die Aufgaben der Kommunalverwaltungen auf dem Gebiete der praktischen Denkmalpflege sind bereits früh in den Bereich unserer Beratungen gezogen worden, und zwar war es ebenfalls unser verehrtes Ausschußmitglied, Herr Oberbürgermeister Struckmann, der auf dem Dritten Tage in Düsseldorf ein von ausgiebiger Debatte gefolgtes denkwürdiges Referat hierüber erstattete. Im Anschluß hieran haben sich dann mehrere Redner mit Spezialaufgaben der Städte beschäftigt. Hierher gehören folgende fünf Referate:

1. „Über die Bedeutung der Gestaltung der Straßenschlüsse in den Städten vom Standpunkt der Denkmalpflege.“ Referenten: Geheimer Baurat Stübben, Geheimer

Oberbaurat Hofmann und Hofrat Professor Dr. Cornelius Gurlitt auf dem Erfurter Tage.

2. „Städtische Bauordnungen im Dienste der Denkmalpflege,“ Referenten: Professor Frentzen und Geheimer Baurat Stübben in Mainz 1904.
3. „Über die Möglichkeit der Erhaltung alter Städtebilder unter Berücksichtigung moderner Verkehrsanforderungen,“ Referent: Landesbaurat Rehorst in Mannheim 1907.
4. „Über Freilegung und Umbauung alter Kirchen,“ Referent: Geheimer Hofrat Professor Dr. Cornelius Gurlitt in Lübeck 1908.
5. „Über den Schutz der Grabdenkmäler und Friedhöfe,“ Referent: Professor Dr. Clemen in Lübeck 1908.

Indirekt gehören hierzu auch die wertvollen Referate von Professor Dr. Meier-Braunschweig: „Über die Erhaltung alter Straßennamen“ auf der Bamberger und Braunschweiger Tagung, sowie über „Die Grundrissbildungen der deutschen Städte des Mittelalters in ihrer Bedeutung für Denkmalpflege und Denkmalbeschreibung“ auf dem Tage von Mannheim.

Auch das Referat von Professor Dr. Weber-Jena „Über städtische Kunstkommisionen“, das Geheimrat Lörsch für Braunschweig bereits angemeldet hatte, das dann in Mannheim wegen Erkrankung des Redners von der Tagesordnung abgesetzt werden mußte, und endlich in Lübeck zur Verhandlung gelangte, ist hierher zu rechnen; ferner das überaus wichtige Thema: „Baupolizei und Denkmalpflege“, das von Professor Stürzenacker in Mannheim angeschnitten und besonders in bezug auf badische Verhältnisse behandelt worden ist, während Herr Amtsrichter Dr. Bredt auf der Lübecker Tagung in einem übersichtlichen Referate über „Ortsstatute“ dieses für unsere moderne Denkmalpflege grundlegend wichtige Thema einer eingehenden Besprechung und Würdigung unterzogen hat.

Fast alle diese die kommunale Denkmalpflege berührenden Referate mit den daran sich anschließenden Debatten sind in Sonderdrucken veröffentlicht und den Stadtverwaltungen sowie sonstigen Interessenten zugeschickt worden. Sie haben zunächst wenigstens den äußerlichen Erfolg gehabt, daß die Teilnahme der städtischen Behörden an unseren Tagungen durch die Entsendung von Vertretern von Jahr zu Jahr gewachsen ist.

Zu dem theoretischen Teile unserer bisherigen Arbeiten, bei denen freilich die praktischen Ziele nie aus den Augen verloren worden sind, gehören auch alle die Verhandlungen, die die Inventarisierung der Kunstdenkmäler zum Gegenstande hatten. Bereits auf dem Dresdener Tage waren von Cornelius Gurlitt lebhaft debattierte Normen hierfür aufgestellt worden. Die Frage wurde dann in Bamberg durch Paul Clemen auf bewegliche Gegenstände in Privatbesitz zugespietzt, nachdem Dr. Brinckmann auf dem Erfurter Tage in seinem Referate über das Hamburger Denkmäler-Archiv diese Spezialfrage in Fluß gebracht hatte.

Auch die Klassierung der Baudenkmäler ist hierzu zu rechnen, über die Konservator Professor Wolff in Freiburg i. B. ausführliche Mitteilungen gemacht hat.

Besondere Würdigung hat bei uns auch von Anfang an die Frage über die Bedeutung und Ausgestaltung der Denkmalarchive gefunden. Nachdem Professor Dr. Haupt in Freiburg bereits auf die Notwendigkeit von solchen, nach bestimmten Grundsätzen angelegten Sammlungen hingewiesen und deren fundamentale Wichtigkeit für die Aufgaben der praktischen Denkmalpflege betont hatte, sind dann in Düsseldorf von Dr. von Bezold und Professor Dr. Ehrenberg diese Gedanken weiter ausgeführt worden, wobei der Erstgenannte neben den Provinzial-Archiven besonders auch die Errichtung eines zentralen Denkmälerarchives forderte. In Erfurt hat sodann Dr. Brinckmann über die bei Einrichtung des Hamburger Denkmalarchives befolgten Grundsätze eingehend referiert und Professor Clemen daselbst das Verhältnis der Altertums-Museen zur Denkmalpflege zum Gegenstande eines Berichtes gemacht, indem er, bei aller Anerkennung von deren Wichtigkeit und Notwendigkeit, doch auch auf die Gefahren hinweisen zu müssen glaubte, die durch die Aufspeicherung beweglicher Denkmäler in musealen Rumpelkammern dem lokalen Denkmälerbestande drohen, einsteils durch Beraubung der ursprünglichen Aufbewahrungsstätten, anderenteils durch schlechte Aufsicht und ungeschickte Restaurierungen.

Zu den theoretischen Erörterungen sind schließlich auch unsere Verhandlungen über die Vorbildung zur Denkmalpflege zu rechnen. Den Ausgangspunkt nahmen diese von den Referaten der Herren Geheimrat Lutsch und Professor Dr. Dehio auf dem Erfurter Tage, woran sich eine abermalige Erörterung dieses wichtigen Themas durch Dombaumeister Arntz und den Berichterstatter auf der Mainzer Tagung des folgenden Jahres anschloß. Eine erneute Behandlung dieses Themas werden wir morgen zu Punkt 9 der Tagesordnung entgegennehmen. Auch das von Provinzialkonservator Büttner auf dem Braunschweiger Tage behandelte Thema: „Wie ist die öffentliche Meinung zugunsten der Denkmalpflege zu beeinflussen?“ ebenso wie der sich daran anschließende vielbesprochene Vortrag des Geheimen Oberbaurat Hoffeld über „Denkmalpflege auf dem Lande“ sind hier aufzuführen, wenngleich gerade das letzтgenannte Referat Vorschläge und Hinweise auch von eminent praktischer Bedeutung in sich schloß.

Dieses durch unsere Sonderabdrucke und dann auch als Flugblatt des Dürerbundes und durch Wiedergabe in verschiedenen Fachzeitschriften weit verbreitete Hoffeldsche Referat fand ein würdiges Gegenstück, was dessen Bedeutung und Verbreitung anbetrifft, in dem Vortrag des Konservators Dr. Hager in Bamberg: „Über Denkmalpflege und moderne Kunst.“ Es waren die Gurlittschen Ideen vom ersten Dresdener Tage, die hier in erweiterter Form und gestützt auf praktische Beispiele wiederum vorgetragen wurden und wie damals in Dresden eine lebhafte Debatte hervorriefen. Handelte es sich doch hierbei um grundlegende Fragen prinzipieller Natur, die weit entfernt, einer Lösung nahegebracht zu sein, heute noch die Denkmalpfleger in zwei Lager spalten, wenn auch die Gegensätze nicht mehr so schroff hervortreten, wie damals. So werden wir denn vor-

aussichtlich auch auf dieser Tagung wieder die alten Kämpfen auf dem Platze finden und ihre Grundsätze verteidigen hören.

Als hierher gehörig seien auch die Ausführungen des Amtsrichters Dr. Bredt auf der Braunschweiger Versammlung: „Über die Aufgaben der Denkmalpflege in den bergischen Landen“ erwähnt.

Auf rein historisches Gebiet hat sich unsere Tätigkeit durch Ernennung einer Kommission zur Aufnahme der kleinen Bürgerhäuser in den Städten begeben, angeregt durch einen Vortrag des Stadtbauinspektors Professor Stiehl auf der Mainzer Tagung, dem sich in Bamberg Mitteilungen des Stadtbaurates Schäumann und des Bezirksbauinspektors Dr. Hirsch anschlossen. Unsere Kommission, der zurzeit die Herren Provinzialkonservator und Dombaumeister Dethlefsen und Professor Staatsmann angehören, hat sich mittlerweile mit einer zu gleichen Zwecken gebildeten Kommission des Verbandes deutscher Architekten- und Ingenieurvereine verschmolzen, die zurzeit mit der Vorbereitung einer groß angelegten Publikation über diesen Gegenstand beschäftigt ist.

Eine zweite Kommission ist auf der Freiburger Tagung erwählt worden zum Zwecke der Herausgabe eines Handbuchs der deutschen Kunstdenkmäler, wie solche von Professor Dr. Dehio bereits in Dresden angeregt worden war. Es ist Ihnen bekannt, meine Herren, mit welcher Mühe schließlich durch die Munifizenz Seiner Majestät des Kaisers die Finanzierung dieses für uns so wichtigen Unternehmens zu stande gekommen ist, und daß mittlerweile drei Bände des Werkes erschienen sind, die nicht nur vom Fleiß, sondern auch von der Sachkunde ihres Urhebers rühmliches Zeugnis ablegen. Der Handbuchkommission gehören zurzeit an die Herren Paul Clemen, Cornelius Gurlitt und der Berichterstatter.

Damit wäre der Überblick über unsere bisherige Tätigkeit, soweit sie allgemeinere theoretische Fragen betrifft, in kurzen Zügen gegeben. Nicht weniger inhaltreich und bedeutungsvoll stellt sich aber dasjenige dar, was wir auf praktischem Gebiete in den bisherigen neun Tagungen verhandelt haben.

Ich rechne hierzu in erster Linie die Behandlung der sogenannten aktuellen Fragen d. h. die Debatten über geplante oder in Ausführung begriffene Restaurations- oder Erweiterungsarbeiten, die mehr oder minder stark die allgemeine Aufmerksamkeit erregen oder erregt haben. Es liegt auf der Hand, daß diese Dinge in der Regel ein größeres Interesse in unserem Kreise zu erwecken pflegen, als theoretische Erörterungen, und in der Tat gehören Verhandlungen, wie die in Bamberg über die geplante Restauration des Heidelberger Schlosses auf Grund von Referaten des Geheimen Oberbaurat Hofmann und des Berichterstatters, ferner die Debatten über den Ausbau des Meißener Domes in Erfurt, wo Schäfer und Gurlitt einander gegenüber standen, und ebenso in gewissem Sinne auch die Freiburger Auseinandersetzungen über die Restauration der Hohkönigsburg durch Professor Bodo Ebhardt, und die Ausführungen von Baurat Gräßner über: „Beispiele praktischer Denkmalpflege aus neuester Zeit;“ in der Tat gehören diese Verhandlungen zu den interessantesten Episoden unserer bisherigen Tagungen, oft dramatisch bewegt und lebhaft zugespitzt, aber im ganzen — von einem

einzigsten Falle abgesehen — würdevoll und sachlich durchgeführt. Weniger zu Kontroversen Anlaß gaben die ebenfalls hierher zu rechnenden Referate des Dombaumeisters Arntz über „die Konservierung des Straßburger Münsters“ auf der Freiburger Tagung, „über das neue Metzer Domportal“ von Baurat Tornow auf der Freiburger und Düsseldorfer Tagung, „über das Berliner Opernhaus“ auf Grund eines Referates von Professor Borrmann in Bamberg, „über die Restauration des Mannheimer Kaufhauses“ von Stadtbaurat Perrey in Mannheim und „über das Braunschweiger Gewandhaus“ auf der letzten Tagung zu Lübeck.

Sie sehen, meine Herren, Welch breiten Spielraum wir diesen Dingen gegeben haben, und daß wir hierin nicht nachzulassen gedenken, beweist der Umstand, daß in die diesjährige Tagesordnung sogar drei Themata dieser Art aufgenommen worden sind. Die lebendige Fühlung nicht nur mit den Aufgaben, sondern auch mit den Leistungen der Gegenwart aufrecht zu erhalten, erachtet der Ausschuß nach wie vor für eine seiner Hauptaufgaben und glaubt, darin Ihres Einverständnisses sicher zu sein.

Mit Ausnahme eines Falles, wo die offenkundige allgemeine Übereinstimmung des Urteils unter den Teilnehmern des Tages zur Vorlage und einstimmigen Annahme einer Resolution geführt hat — es betraf dies das gefährdete Berliner Opernhaus — haben wir bei Behandlung derartiger „aktueller“ Streitfragen stets darauf verzichtet, über den Rahmen fachmännischer Diskussion hinaus einen direkten Einfluß auf die Entschließung der maßgebenden Persönlichkeiten oder Behörden auszuüben. Wir haben niemals über das Resultat unserer Verhandlungen abgestimmt und unser Votum oder Gutachten nachher an maßgebenden Stellen zur Geltung zu bringen versucht. Schließt doch die freie, zum Teil zufällige und ungleichmäßige Art der Zusammensetzung unserer Korona die Möglichkeit einer Entscheidung derartiger Streitfragen durch Abstimmungen oder Resolutionen von vornherein aus. Der Schwerpunkt unserer Verhandlungen liegt in ganz anderer Richtung. Indem wir die Dinge vor unser Forum bringen, geben wir nicht nur den bei der betreffenden Arbeit beteiligten Persönlichkeiten, die wir zur Verhandlung besonders einzuladen pflegen, Gelegenheit zu öffentlicher Aussprache und Gegensprache, und somit zur Aufklärung von Mißverständnissen und zur Zerstreuung von Vorurteilen, sondern wir ermöglichen auch dadurch unseren Teilnehmern die Bildung eines eigenen unparteiischen Urteils, das ebenso der Sache, wie den beteiligten Personen zugute kommt. So hoffen wir denn auch, daß die drei „aktuellen“ Themata, die auf der diesjährigen Tagesordnung stehen, durch unsere Verhandlungen die wünschenswerte Klärung und Förderung erfahren werden —

Besonderen Wert hat Ihr Ausschuß von jeher auch auf die Besprechung praktischer Maßnahmen zum Schutze der Kunstdenkmäler gelegt. Wir bezwecken damit einen Austausch der mannigfachen Erfahrungen, die seitens unserer Künstler und Konservatoren bei der Wiederherstellung oder Erhaltung von Kunstwerken der verschiedensten Art gemacht worden sind. Die Erhaltung des Steinmaterials hat dabei in erster Linie gestanden. Bereits auf der Düsseldorfer Tagung führten die betreffenden Ausführungen von Professor Dr. Gurlitt zu der Ein-

setzung einer „Kommission für die Behandlung der Frage der Steinerhaltung“, und wenn diese auch aus Mangel an Mitteln nicht zur Wirksamkeit gelangte, so ist doch dieses wichtige Thema nicht nur von Professor Rathgen in einer Abendsitzung in Erfurt an der Hand von Lichtbildern ausführlich abermals behandelt, sondern auch von den Konservatoren Haupt und Hager in Braunschweig wieder zur Sprache gebracht worden. Indirekt hierher gehört auch das von Professor O. Stiehl in Braunschweig behandelte Thema: „Backsteinbau und Denkmalpflege“.

Über die Erhaltung und Pflege plastischer Bildwerke haben wir ebenso, auf Grund eines Referates von Professor Borrmann, in Düsseldorf und Braunschweig ausführlich gehandelt, wobei Konservator Dr. Hager dann noch besonders auf die Bemalung von Holz- und Steinskulpturen eingegangen ist. Auch das Referat des Professor Lübke in Braunschweig „über Bemalung und Konservierung alter Holzbauten“ gehört in diese Richtung. „Die Konservierung alter Wandmalereien“ hat sodann ein zweites Referat Hagers in Erfurt zum Gegenstande gehabt, während Konservator Dr. Reimers seine Erfahrung in bezug auf „Restaurierung und Konservierung alter Tafelgemälde“ in Braunschweig zu unserer Kenntnis brachte. Auch bezüglich der „Übertragung von Fresken auf Gipsgrund“ mittels Papierüberklebung sind uns in Lübeck von Professor Dr. Wrangel-Lund eingehende Mitteilungen gemacht worden, ebenso über „Glasgemälde“ von Konservator Dr. Schmid auf der Bamberger Tagung. Ein zweiter Lichtbildervortrag des Herrn Professor Rathgen in Mainz betraf die „Konservierung von Metallgegenständen“ aller Art, während Dr. Brinckmann auf der Mannheimer Tagung die „Wiederherstellung und Ergänzung kunstgewerblicher Altertümer“ zum Gegenstande wertvoller Mitteilungen machte.

Als ein Thema von praktischer Bedeutung ist schließlich auch die von Professor Bodo Ebhardt in Düsseldorf bereits angeregte und dann in Erfurt und Mainz unter seiner Führung weiter behandelte Frage der „Kennzeichnung von Restaurationsarbeiten“ zu erwähnen, wenn es dabei auch nicht zu den beabsichtigten normativen Bestimmungen, sondern nur zu einer Resolution gelangt ist, die allgemein die Forderung einer solchen Kenntlichmachung des Neuen dem Alten gegenüber aufgestellt hat.

Hiermit, meine Herren, ist der Überblick über unsere bisherige Tätigkeit beendet und erübrigts nur noch eine kurze Mitteilung über die äußerliche Entwicklung unserer Tage.

Die Dresdener Tagung im Jahre 1900 war von 92 Teilnehmern besucht. In Freiburg i. B. im Jahre 1901 sank diese Zahl auf 90, um dann in Düsseldorf auf 121 zu steigen. In Erfurt 1903 waren wir zu 150 Teilnehmern versammelt, in Mainz aber bereits in der Zahl von 244. Einen geringen Rückschlag der Teilnehmerzahl, auf 227, hatte die nächste Tagung in Bamberg 1905 zu verzeichnen, wogegen Braunschweig wieder eine Vermehrung auf 263 und Mannheim im Jahre 1907 sogar auf 296 aufweisen. Die alte Hansastadt Lübeck sah voriges Jahr 313 Teilnehmer in ihren Mauern vereinigt, und wenn mich nicht alles trügt, dürfte die Zahl der Teilnehmer diesmal fast 500 erreichen.

Ich kann diesen Jubiläumsbericht nicht schließen, ohne des Mannes zu gedenken, der gewissermaßen das Kind nicht nur aus der Taufe gehoben, sondern auch dessen erste Schritte geleitet und dann auf feste Füße gestellt hat. Es ist dies unser unvergesslicher Freund und Führer Hugo Lörsch. Bei der Eröffnung des Mannheimer Tages habe ich bereits Gelegenheit genommen, im Nachruf auf meinen kurz vorher verstorbenen Vorgänger, dessen Verdienste um unsere Vereinigung gebührend zu würdigen. Wenn irgend etwas, so ist ihm vor allem unsere Organisation zu verdanken, d. h. eigentlich der Mangel einer Organisation, der uns als eine ganz eigenartige Versammlung innerhalb des Vereinswesens unserer Zeit erscheinen läßt. Die freie Beweglichkeit unseres Tages, der nicht durch Satzungen und infolgedessen auch nicht durch Debatten über Satzungsänderungen belastet ist, der keine Mitgliedschaft und festen Beiträge, und infolgedessen auch den üblichen Verwaltungsapparat nicht kennt, der den Teilnehmern nur Rechte, keine Pflichten auferlegt, diese zwanglose Organisation hat von Anfang an ermöglicht, daß wir unsere Zeit ausschließlich im Dienste der Sache nutzbringend verwenden können, während uns andererseits nicht nur durch die finanzielle Unterstützung der Regierung des Landes, in dem wir jeweils tagen, sondern auch durch die von dort ausgehenden Aufforderungen zur Teilnahme an die deutschen Bundesregierungen und die Regierungen von Österreich-Ungarn und der Schweiz, sowie nicht zuletzt auch durch die Entsendung von Regierungsvertretern unseren Versammlungen von Anbeginn an ein „halboffiziöser“ Charakter — so möchte ich mich ausdrücken — beigelegt erscheint. Diese ganz eigenartige glückliche Mischung und Einrichtung unserer Tage ist, wie ich bereits betonte, in erster Linie das Werk von Hugo Lörsch. Es wäre aber undankbar, hier nicht zugleich der Männer zu gedenken, die ihm hierbei treu zur Seite gestanden haben und mir jetzt auch die Fortführung des Tages im Geiste und Sinne von Lörsch ermöglichen.

Der in Dresden gewählte erste Ausschuß bestand außer Lörsch aus folgenden fünf Herren: Archivrat Dr. Bailieu, Dr. von Bezold, Ministerialrat Freiherr von Biegeleben, Professor Dr. Clemen und Professor Wallé. Hierzu kamen in Düsseldorf noch Dombaumeister Tornow und der Berichterstatter, so daß der Ausschuß von da ab aus acht Personen bestand. Eine abermalige Erweiterung, und zwar auf die jetzt noch bestehende Zahl von zwölf, erfolgte in Erfurt, wo Professor K. E. O. Fritsch, Professor Dr. Cornelius Gurlitt, Geheimer Oberbaurat Hofmann und Oberbürgermeister Struckmann hinzukamen. Der Tod unseres Mitbegründers Peter Wallé kurz vor der Mainzer Tagung, im Jahre 1904, machte eine Ergänzungswahl daselbst notwendig, die auf Geheimen Baurat Stübben fiel, während für Hugo Lörsch, der ein Jahr vorher bereits in Bamberg den Vorsitz niedergelegt hatte, in der Mannheimer Tagung Geheimer Oberbaurat Hößfeld als Ersatzmann gewählt wurde.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich nicht unterlassen, den vier Herren des jetzigen Ausschusses, die diesem von Anbeginn unserer Tagungen angehören — es sind dies die Herren Bailieu, von Bezold, Freiherr von Biegeleben und Clemen — in Ihrer aller Namen den wärmsten Dank auszusprechen, nicht nur für alles, was sie, allgemein jeder auf seinem Gebiete im Dienste unserer guten Sache erfolgreiches geleistet, sondern auch speziell für das, was sie zur Blüte dieser Tagungen durch ihre Mithilfe bei den Vorbereitungen und ihre

Teilnahme an den Beratungen beigetragen haben. Und wenn ich dann aus diesem Vierblatt noch einen herausplücke, der als stellvertretender Vorsitzender nunmehr zehn Jahre lang erst meinen verewigen Vorgänger, und dann seit den vier Jahren, daß ich die Ehre habe, den Vorsitz zu führen, auch mich in selbstloser und tatkräftiger Weise unterstützt hat, wenn ich meines verehrten und lieben Kollegen Paul Clemen hier noch besonders rühmend und dankbar gedenke, so weiß ich mich auch hierin mit Ihnen Allen eines Sinnes.

Schließlich wende ich mich an diejenigen unter Ihnen, meine sehr verehrten Herren, die seit den zehn Jahren des Bestehens dieser Tagungen sich als ständige Teilnehmer bewiesen und als treue Mitarbeiter bewährt haben. Der Zugvögel gibt es natürlich auch bei uns nicht wenige; zugrunde liegt aber doch ein Stamm von Teilnehmern, der das feste Rückgrat unserer Vereinigung darstellt. Möchten Sie auch fernerhin uns treu bleiben, meine Herren, solange Sie die Überzeugung haben, daß die Aufgaben dieses Tages noch nicht erschöpft sind, sondern daß es gilt, rüstig weiter zu arbeiten auf dem Acker, dessen Früchte wir teilweise heranreifen sehen, aber selbst kaum mehr ernten werden.

---

## I. Vorbildung zur Denkmalpflege

**Erfurt 1903**

**Referent: Professor Dr. Dehio-Straßburg:**

Meine Herren! Ich habe den im vorigen Jahr in Düsseldorf mir erteilten Auftrag, die heutige Erörterung mit einem kurzen Vortrage einzuleiten, nicht dahin aufgefaßt, daß ich ein detailliertes Programm vorlegen sollte; ich könnte mir von einem solchen wenig versprechen, solange nicht die prinzipiellen Fragen geordnet sind; und so weit sind wir noch nicht, wie mir scheint. Im übrigen glaube ich nicht, daß es notwendig nur einen Weg gibt, der zum Ziele führt. Aber allerdings über das Ziel müssen wir uns einig werden. Von der heutigen Erörterung erwarte ich als Hauptergebnis, daß sie uns erkennen lassen wird, wie weit wir uns etwa der Einigkeit in den prinzipiellen Fragen schon genähert haben.

Zur Denkmalpflege im weiteren Sinn gehört ein jeder, der für unsere Denkmäler ein Herz hat und je nach Gelegenheit für ihre Erhaltung tätig ist; dieser Kreis kann nicht groß genug sein, und es ist eine der Aufgaben unserer Denkmalpflegetage, für ihn zu werben. Hier aber soll nicht von ihm, sondern von dem kleineren und bestimmt abgegrenzten Kreise derer die Rede sein, die berufsmäßig sich mit der Konservierung und, was davon nicht zu trennen ist, mit der wissenschaftlichen Bearbeitung der Denkmäler beschäftigen.

Die Denkmalpflege ist in einer Reihe analoger Organisationen die jüngste. Ihre nächsten Verwandten sind das Archivwesen und das Museumswesen. Gemeinsam ist den dreien der Zweck der Konservierung historischer Urkunden, diesen Begriff im weitesten Sinne des Wortes genommen, und die Anerkennung des daran bestehenden Interesses durch die öffentliche Gewalt — Staat, Provinz oder Gemeinde —, woraus von diesen hinsichtlich der Konservatoren der Anspruch auf Nachweis einer zweckgemäßen Vorbildung abgeleitet wird. In den Archiven bewahren wir Urkunden vornehmlich der öffentlichen Verwaltung; zu Hütern der Archive machen wir aber nicht Verwaltungspraktiker, sondern methodisch geschulte Historiker. In den Museen sammeln wir Werke der Kunst; aber es ist ein als veraltet anerkannter und auch praktisch schon meist überwundener Irrtum, daß Maler und Bildhauer die besten Museumsverwalter seien.

Im Gegensatz dazu fällt im Betrieb der Denkmalpflege, wie er bei uns eingerichtet ist, sogleich dieses sehr auf: sie beschäftigt gleichmäßig zwei hinsichtlich ihrer Vorbildung ganz verschiedene Kategorien: die Konservatoren und ihre Gehilfen sind teils Künstler (in den meisten Fällen Architekten), teils Gelehrte. Und zwar findet eine Teilung nach Funktionen nur einseitig statt. Daß die Gelehrten nicht unmittelbar an technischen Maßnahmen sich beteiligen, versteht sich von selbst: dagegen sind die Architekten nicht auf die technische Exekutive beschränkt, sie geben fortwährend Urteile über

Fragen ab, die begrifflich auf dem Gebiete der historischen Kunstbetrachtung liegen. Es ist nun von vornherein nicht leicht zu glauben, daß beide ganz verschiedenen Vorbildungsarten und ganz verschiedenen Denkrichtungen zu gleichen Ergebnissen für die Denkmalpflege führen sollten. Es fragt sich: Was sollen wir von diesem Dualismus halten? Ist er notwendig und gut und soll er deshalb so bleiben wie er ist? oder ist er verbesslungsfähig? vielleicht im Sinne derselben Entwicklung, die im Museumswesen bereits sich verwirklicht hat?

Ich gestehe, daß ich diese Frage für eine recht verwickelte halte.

Die Denkmalpflege, die wir heute haben, ist eine Frucht des vielgerühmten, unter Umständen aber auch schon hart gescholtenen historischen Geistes, dessen Vorherrschaft für die geistige Kultur des 19. Jahrhunderts charakteristisch war. Eine im Grunde auffallend langsam gereifte Frucht. Wäre es, um die Kunst der Vergangenheit vor Verderbnis und Untergang zu schützen, allein auf den Willen ihrer Verehrer angekommen, so hätten sich Kunsthistorische und Denkmalpflege genau parallel entwickeln können. Aber überall griffen praktische Beweggründe mit ein. Auch die ausübenden Künstler wurden in die von Winckelmann eröffnete, von den Romantikern in alle Weiten geführten Bewegung hineingezogen. Der Grund ist der, daß die Kunst des 19. Jahrhunderts das Vertrauen in die eigene Zeugungskraft verloren hatte; sie suchte ihr Heil in Repräsentationen. Es gab eine Zeit, wo jeder Künstler mehr oder minder auch kunsthistorischer Dilettant war, ahnungslos, eine wie schwere und mit Behutsamkeit zu übende Sache das historische Studium sei. So trat eine fortwährende Verwechslung ein zwischen objektiv-historischem Interesse und subjektiv-ästhetischem Wohlgefallen. Wie es weiterhin gekommen ist, daß die historisch dilettierenden Künstler einen so großen Einfluß auf alle praktischen Maßnahmen die Denkmäler betreffend erhalten haben, will ich hier nicht weiter verfolgen, auch nicht, was unter diesem Einfluß geschehen ist, noch einmal kritisieren. Wir sind jetzt endlich so weit wieder, daß wir trennen, was getrennt werden muß. Die Maler und Bildhauer und Architekten wollen wieder der Gegenwart angehören, wollen sich selbst aussprechen. Und in Betreff der Werke der Vergangenheit haben wir einsehen gelernt, daß sie doch nicht deshalb auf der Welt sind, um für uns, uns heutige, ein Gegenstand des Genusses zu sein; sie haben ein Recht zu sein, weil sie sind und wie sie sind; und wenn wir von historischer Pietät und historischer Wissbegierde sprechen, so kann es sich nur darum handeln, diese Urkunden der Kunstgeschichte in ihrem Urkundenwert bestens zu erhalten, genau so, wie wir literarhistorische Texte in Reinheit erhalten wollen. Sie werden mich, meine Herren, nicht so mißverstehen, als ob ich ein ästhetisches Verhältnis der alten Kunst gegenüber könnte verpönen wollen; es soll nur dieses nicht der ausschlaggebende Wertmaßstab für die Denkmalpflege sein.

Die Scheidung, von der ich spreche, hat sich gegenüber der einen Hälfte der Kunstdenkmäler schon seit längerer Zeit klar durchgesetzt: Bildergalerien und Skulpturensammlungen, ich wiederhole es, werden nicht von Malern und Bildhauern, sondern von Kunstgelehrten verwaltet; von geistreichen Künstlern erhalten wir zuweilen höchst beachtenswerte Gedanken auch über ältere Kunst; mit der eigentlichen geschichtlichen Forschung und Kritik beschäftigen sie sich nicht. . . Anders steht es mit der Baukunst —

und nicht bloß zufällig. In ihren Reihen sind die historischen Interessen noch stark; manche Architekten verbinden mit der ausübenden künstlerischen Tätigkeit die historisch forschende; einzelne haben die Praxis ganz aufgegeben und sind reine Kunsthistoriker geworden: insbesondere an der Denkmalpflege ist der Anteil der Architekten ein sehr umfassender. Und hiermit bin ich wieder bei meinem Ausgangspunkte angelangt

Es ist einerseits gewiß, meine Herren, daß der ganze Gedanke der Denkmalpflege auf dem Boden der historischen Wissenschaften erwachsen ist: es ist andererseits ebenso gewiß, daß für das praktische Gedeihen ihrer Zwecke die Mitwirkung der Architekten unentbehrlich ist. Niemand, ich als der letzte, wird das bezweifeln. Wenn wir das Gute, das wir haben, zu einem noch Besseren fortentwickeln wollen, so kann das nur in der Richtung gesucht werden, daß die beiden Bundesgenossen in der Denkmalpflege zu einem noch engeren Zusammenwirken erzogen werden, in dem jeder Teil das zu geben hätte, was seine besondere Stärke ausmacht. Es sollte keine wichtigere Maßregel der Erhaltung oder Wiederherstellung zur Durchführung kommen dürfen, bei der nicht zwischen dem Vertreter der Kunswissenschaft und dem Architekten, resp. Bildhauer oder Maler, volle Übereinstimmung erzielt ist. Solange es in Deutschland noch möglich ist, daß Restaurierungen von erster Bedeutung geplant oder ausgeführt werden, gegen das Votum der Kunstgelehrten — so lange werden wir nicht glauben dürfen, eine rationelle Denkmalpflege zu besitzen. Wie weit wir darin sind, kann ermessen, wer Augen hat, zu sehen. Der ruhige Gang der Denkmalpflege, wird, — wie oft! — durch aufspringende Meinungsverschiedenheiten zwischen Kunstgelehrten und Architekten unterbrochen. Kein Wunder, solange beide Teile gänzlich verschiedene Provinzen bewohnen, der eine die Sprache des andern nicht verstehen kann. Sie einander näher zu bringen, ich wiederhole es, darauf sollte beiderseits schon die Vorbildung angelangt sein. — —

Der Kunstgelehrte hat seine Studien an der Universität, der Architekt hat sie an der Technischen Hochschule gemacht. Weder der eine, noch der andere ist, so wie er die Schule verläßt, ein fertig gerüsteter Denkmalpfleger, beide bedürfen zu den üblichen Studiengängen noch einer Ergänzung, von der aber zu wünschen ist, daß sie so weit als irgend möglich schon vor dem Eintritt in die Praxis gewonnen wird.

Ich fasse zunächst die Verhältnisse der Universität ins Auge. Wir Universitätslehrer sehen für unseren Unterricht eine stets zunehmende Schwierigkeit in den wachsenden Forderungen von spezialistischer Seite. Wir können sie nicht zurückweisen, wir sollen aber auch das Ideal einer tiefer begründeten, in allen ihren Teilen lebendig zusammenhängenden Bildung nicht opfern; wir wollen nicht höhere Handwerker heranziehen, wir wollen wissenschaftliche Grundanschauungen ausbilden und befestigen, von denen aus dann ein jeder in der Praxis sich selbst zurechtfinden muß. Das Gebiet der Kunswissenschaft ist so ausgedehnt, daß nie ein einzelner es im spezialistischen Sinne ganz beherrschen kann. Eine Differenzierung ist hier unvermeidlich, aber sie sollte erst gegen Ende der Studienjahre eintreten dürfen. Und so auch die Berufswahl der Denkmalpflege. Leider bestehen ja in Betreff der Tätigkeit und der Ziele des Historikers und somit auch des Kunsthistorikers unter den Herren Künstlern nicht sehr richtige Vorstellungen. Die meisten glauben unter Kunsthistorikern Leute verstehen zu sollen, welche die Ge-

schichte der Kunst aus Inschriften, Urkunden und Chroniken aufzubauen wollen. In Wahrheit sind das für uns zwar sehr notwendige, aber doch nur subalterne Hilfsmittel. Die Geschichte der Kunst liegt für uns in allererster Linie in den Denkmälern selbst, und im Mittelpunkt unseres Unterrichts steht die Anschauung. Einer der von den Künstlern am meisten verlästerten, aber ihnen wohl selten genauer bekannten deutschen Kunstschriftsteller, nämlich Goethe, hat schon vor hundert Jahren gesagt: „Die Kunst ist deshalb da, daß man sie sehe, nicht von ihr spreche, als höchstens in ihrer Gegenwart.“ Das ist heute auch an den Universitäten das Grundgesetz des kunstwissenschaftlichen Unterrichts. Wo und wie irgend möglich, wird an die Anschauung angeknüpft, aus der Anschauung der Begriff entwickelt.

Es ist daher unser eifrigstes Bemühen, Nachbildungen herbeizuschaffen; die finanziellen Mittel dafür sind ungleich: aber einige Universitäten haben doch schon erkleckliches erreicht; ich habe z. B. in Straßburg, um nur von der Architektur zu reden, zur täglichen Verfügung der Studierenden ca. 3000 geometrische Zeichnungen großen Maßstabes, vielleicht das Doppelte an photographischen Einzelblättern, dazu eine ziemliche Anzahl von Tafelwerken. Wohl an allen Universitäten, die in denkmälerreichen Landschaften liegen, werden im Sommer Ausflüge unter Leitung eines Dozenten unternommen. Damit lassen sich zweckmäßig Übungen im Aufmessen und Skizzieren verbinden. Ferner schriftliche Übungen in der Baubeschreibung. Das Photographieren versteht sich für den jungen Kunsthistoriker heute von selbst. Ferner sollten die Studierenden, die sich dauernd mit Architekturgeschichte beschäftigen wollen, Zeichenunterricht nehmen. Bis zu der Fertigkeit, die der Architekt braucht, kann es dabei natürlich nicht gebracht werden und braucht es auch nicht. Sehr wichtig ist aber die Übung im gründlichen Sehen, die damit gewonnen wird, und die Fähigkeit, schriftliche Notizen durch Skizzen zu verdeutlichen. Die in früheren Zeiten regelmäßig gehörte Klage: die frisch von der Universität kommenden jungen Kunsthistoriker verstehen ihre Augen nicht zu gebrauchen, ist schon seltener geworden und unser pädagogisches Ziel ist, daß sie ganz verschwinde. Der Lehrer, der nicht darnach handelt, wäre ein schlechter Lehrer.

Mit alle dem ist zwar noch kein fertiger Konservator hingestellt, ebenso wenig wie die Universität fertige Ärzte oder Rechtsanwälte oder die Technische Hochschule fertige Baumeister entläßt. Es gibt einen Punkt, wo notwendig die Praxis weiterbildend einsetzen muß. Das hat in den Assistentenstellungen zu geschehen. Hier sollten die Konservatoren sich gegenüber ihren Assistenten ähnlich als Lehrer fühlen und betätigen, wie die Richter gegenüber den Rechtspraktikanten, die dirigierenden Ärzte gegenüber den Assistenzärzten etc. Zu wünschen ist insbesondere, daß die Assistenten nicht bloß bei der Denkmalstatistik, sondern auch bei der Denkmalpflege im engeren Sinn beschäftigt werden, also mit den Restaurationsarchitekten in Fühlung kommen. Wer in der angedeuteten Weise seine Schulung durchgemacht hat: etwa 4 – 5 Jahre Universitäts- und Reisestudien, etwa 3 Jahre Assistentenstellung — der wird zum Schluß im stande sein müssen, einen Konservatorposten selbstständig zu vertreten; immer die nötige Begabung, die sich inzwischen gezeigt haben muß, und sonstige persönliche Eignung vorausgesetzt. Denn der Denkmalpfleger muß ja nicht bloß Denkmäler, er muß auch Menschen zu behandeln wissen.

Schließlich, meine Herren, noch eine Einschränkung, die sich eigentlich von selbst versteht. Nicht alle Universitäten werden für die Vorbildung zur Denkmalpflege das leisten können, was ich eben skizziert habe, denn der kunstwissenschaftliche Unterricht hat auch noch andere Aufgaben zu erfüllen. Bei der Bedeutung, welche die Denkmalpflege erlangt hat, wird es aber zweifellos immer einige Universitäten geben, die ihre speziellen Bedürfnisse im Auge behalten.

Ich komme zum anderen Fall, dem, daß der Denkmalpfleger aus der Architektenlaufbahn kommt. Daß auch hier ergänzende Studien nötig sind, darüber werden wir alle einig sein. Betonen muß ich sogleich, daß Ergänzung hier etwas anderes bedeutet, als beim Kunstgelehrten. Für den Kunstgelehrten bedeutet der Übergang zur Denkmalpflege keinen Wechsel in seiner wissenschaftlichen Grundrichtung, für den Architekten aber bedeutet er das allerdings. Es ist nicht überflüssig, zunächst bei der prinzipiellen Frage Halt zu machen: Was verbindet denn eigentlich den Beruf des Architekten mit den Aufgaben der Denkmalpflege? Der Architekt ist seiner Natur nach Künstler. Er braucht zu seiner Tätigkeit verschiedenartiges gelehrtes Wissen, aber nach der ganzen Richtung seines Denkens und Fühlens ist er nicht Gelehrter, sondern das Gegenteil davon. Sein erster und letzter Wunsch ist zu bauen, seine eigenen Gedanken schaffend auszudrücken. Dazu aber gibt ihm die Denkmalpflege nicht die geringste Gelegenheit, soll sie nicht geben, grundsätzlich nicht. Das Verhältnis des richtigen Architekten zu den Denkmälern alter Kunst ist ein lediglich ästhetisches: er speist mit ihnen seine Phantasie: sie sind ihm in letzter Linie nur Mittel. Der Architekt schaut nach vorwärts, er will sich selbst durchsetzen, in dieser Welt, nicht das was andere in anderen Zeiten ersonnen und geschaffen haben, ins Licht stellen. Die Begeisterung des Architekten für alte Kunst ist etwas ganz anderes als historisches Interesse. Regt sich aber wirklich dieses, so ist das etwas Neues, das in eine durchaus andere Abteilung der geistigen Ökonomie gehört. Daß die Einsicht in diesen fundamentalen Unterschied so oft mangelt, ist der hauptsächlichste Grund, weshalb sich leider die Architekten mit den Kunsthistorikern so selten wirklich verständigen können.

Der Übergang vom praktisch-architektonischen Schaffen zur Denkmalpflege bedeutet nichts geringeres, als daß der ganze innere Mensch neu orientiert werden muß. Denn das bleibt bestimmd für die ganze Frage und muß an jedem Punkte, laut oder stillschweigend, wiederholt werden: Architektur ist Kunst, und Denkmalpflege gehört nach allen Voraussetzungen und Zielen zur Wissenschaft. Man kann wohl beide Tätigkeiten vorübergehend einmal nebeneinander betreiben, dauernd nicht. Man wäre denn eine Proteusnatur, wie sie nur das Märchen, aber nicht die Wirklichkeit kennt. Ein Konservator mit zurückgedrängter Schaffenslust ist für die Denkmäler immer eine Gefahr, selbst der Gewissenhafteste kann sich vor seinem Temperament nicht schützen. Wie schon der alte Horaz es sagte: naturam expellas furca, tamen usque recurret.

Hier wo wir nur Prinzipien untersuchen und ideale Forderungen aufstellen wollen, dürfen wir es auch aussprechen: die Denkmalpflege mit Einschluß des Restaurationswesens, soll keine Nebenbeschäftigung sein, sie soll ihren ganzen Mann für sich fordern. Nur die ausgedehnte Geltung

archäistischer Richtungen in der Baukunst des 19. Jahrhunderts und wahrscheinlich auch die Tatsache, daß Architekten die einzigen Kunstverständigen sind, die in unserem Verwaltungsapparat einen ständigen Platz haben, dieses beides erklärt es historisch, daß die Architektenwelt dazu gekommen ist, die Denkmalpflege als ihren Erbbesitz und dessen Behauptung als eine Art Ehrensache anzusehen. In früherer Zeit ist das wirklich die beste erreichbare Lösung gewesen, aber eine aus inneren Gründen notwendige ist es nicht. Dem, was die Architekten im Laufe des 19. Jahrhunderts für Erhaltung der Kunstdenkmäler geleistet haben, steht noch ein anderes Register gegenüber, ein Register ihrer Sünden, von denen heute jedermann weiß, daß es nicht bloß Sünden durch stumpfsinnige Zerstörung oder Vernachlässigung waren, sondern auch sehr gutgemeinte Sünden, Restaurationssünden, begangen aus Mangel an tieferer historischer Bildung. Ich sage das an dieser Stelle nicht um anzugreifen, viel eher um zu verteidigen. Denn jene unbewußten Denkmalfrevler sind subjektiv, meine ich, sehr entschuldbar, weil ihnen Urteile und Leistungen zugemutet wurden, die gar nicht im Bereiche ihres technisch-künstlerischen Horizontes lagen. Gott sei Dank, die Zeit ist vorüber (ich irre mich doch nicht?), wo unsere Behörden ohne weiteres jeden Baubeamten für den gegebenen Sachkenner in Betreff alter Kunst hielten.

Tritt nun der oben angenommene Fall ein, daß ein angehender junger Architekt an sich die Entdeckung macht, daß seine Anlage ihn weniger auf die künstlerische Produktion als auf die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Kunst hinweist, so wird man jedenfalls von ihm verlangen müssen, daß er mit der Zugehörigkeit zur Wissenschaft Ernst macht. Ich wünsche keine Zwicker, keine Leute, die ratlos in der Mitte stehen und nicht wissen, wo sie eigentlich zu Hause sind!

Zuerst wird zu fragen sein: was bringt er aus seiner bisherigen technisch-künstlerischen Erziehung für die Denkmalpflege mit? Zweifellos eine Menge höchst schätzbarer einzelner Kenntnisse und Fertigkeiten, die ich nicht erst zu nennen brauche. Ebenso zweifellos aber keine wissenschaftliche Gesamtanschauung. Der Lehrplan der Technischen Hochschulen hat ja in anerkennenswerter Weitherzigkeit auch für Vorlesungen in der allgemeinen Kunstgeschichte gesorgt; es wird damit den heranwachsenden Architekten ein wertvoller Umlblick und Ausblick gewährt; aber darüber ist ja kein Wort zu verlieren, daß dem Lehrer der Kunstgeschichte an den Technischen Hochschulen ein weit geringerer Spielraum zur Verfügung steht, daß dieser Unterricht nicht das leisten kann und will, was der Spezialbetrieb der Kunstgeschichte an den Universitäten anstrebt.

Nur in einem Teil, allerdings dem wichtigsten Teile des Gebietes, mit dem der Denkmalpfleger zu tun hat, bietet auch die Technische Hochschule einen Spezialunterricht: in der Lehre von den historischen Baustilen. Ich will es gerne zugeben, daß hierin an den meisten Universitäten zu wenig geschieht, das Ziel, das dabei aber an den Technischen Hochschulen verfolgt wird, ist aber gar nicht die historische Erkenntnis als solche, sondern die praktische Anwendbarkeit.

Aber gerade dieser Standpunkt der Betrachtung, der für die Technische Hochschule der absolut berechtigte ist, ist für die Denkmalpflege unzuträglich, zuweilen geradezu eine Gefahr. Für die Vorbildung zur Denkmalpflege ist das Ziel noch lange nicht die Summe der künftig anzuwendenden Einzel-

kenntnisse, es ist die Durchdringung mit historischem Geist. In diesem Satz liegt der Kardinalpunkt unserer ganzen Erörterung.

Daß ein Architekt über eine eminente Kenntnis eines einzelnen historischen Baustils, z. B. des gotischen, verfügen und doch, wenn es ans Restaurieren geht, keinen Funken historischen Geistes zeigen kann, dafür haben noch die letzten Jahre Erfahrungen gebracht, die eine dringende Warnung enthalten. Ich werde hier keine Polemik aufsuchen. Allein mein Referat wäre zwecklos, wenn ich aus lauter Friedensseligkeit es unterließe, vorhandene Übel beim Namen zu nennen. Ein solches schweres Übel ist, daß ein nicht geringer Teil der Architekten, die sich mit den historischen Denkmälern beschäftigen, sei es schriftstellerisch oder mit Restaurationsprojekten, glaubt, dies tun zu dürfen in voller Unkenntnis oder selbst in grundsätzlicher Geringsschätzung der in der Geschichtsforschung ausgebildeten Methode. Glauben diese Herren, daß die historische Methodik sich vor allen andern wissenschaftlichen Methoden dadurch auszeichnet, daß sie nicht gelernt zu werden braucht? Wenn ich oder sonst ein Kunsthistoriker als Bauführer auftreten wollte, was würde da geschehen? man würde uns auslachen oder ins Irrenhaus tun. Im Prinzip nichts anderes tut, wer historische Schlussfolgerungen aufbaut, ohne die historischen Konstruktionsregeln zu kennen. Ich habe kürzlich in einer architektonischen Fachzeitschrift von einem, wie ich glaube, unter den Architekten sehr angesehenen Schriftsteller den Satz gelesen: »Fast die ganze Kunstgeschichte ist falsch.« Was soll man zu solchen Generalisierungen sagen? (Zwischenruf: Namen nennen!) Ich werde im Privatgespräch den Namen jedem mit Vergnügen nennen. Mein Zitat hat hier nur die Bedeutung eines typischen Beispiels. Es ist dieser Satz genau ebenso wahr, wie etwa der: »Fast allen Architekten fallen ihre Häuser ein.« Meine Herren, solche Redensarten sollten in Zukunft verschwinden und vor allem solche Gesinnungen! Doch genug davon.

Was sich aus allen diesen Erwägungen für unsere Vorbildungsfrage ergibt, würde ich praktisch so formulieren: Ein Architekt, dessen Begabung seinen Schwerpunkt im praktischen Schaffen hat, ist kein geeigneter Konservator. Wenn aber ein Studierender des Baufachs sich stärker von der historischen Kunstbetrachtung angezogen fühlt, dann soll er seine technologische Ausbildung an einem gewissen Punkte, etwa nach Absolvierung des Bauführerexamens, abbrechen und auf die Universität übersiedeln. Und dort soll er nicht etwa bloß kunsthistorische, sondern auch allgemeinhistorische und philosophische Studien betreiben. Den naturgemäßen Abschluß würde der philosophische Doktor machen mit Kunstgeschichte im Hauptfach. Die ältere Generation, zu der ich auch in dieser Hinsicht gehöre, hat sich noch autodidaktisch durchhelfen müssen — notgedrungen. Jedermann weiß, daß dieser Weg nicht der kürzeste und nicht der bequemste ist. Es wäre eine Torheit, die Hilfsmittel, die der inzwischen weiterentwickelte kunstgeschichtliche Unterricht darbietet, zu verschmähen. Schließlich möchte ich einer dauernden Trennung von Denkmalstatistik und unmittelbarer Denkmalpflege widerraten. Wer die Wandlung vom Baukünstler zum Denkmalpfleger in der geschilderten Weise durchgemacht hat, muß die Gelegenheit behalten, an der kunsthistorischen Forschung aktiv teilzunehmen und dadurch sein Wissen frisch zu erhalten, seine Überzeugungen immer aufs neue zu kontrollieren. Was ich hier empfohlen habe, ist nichts absolut Neues.

Mancher mit Auszeichnung in der Denkmalpflege Tätige hat die eine oder die andere der beiden von mir besprochenen Vorbildungsarten schon durchgemacht, ist durch die Sache selbst darauf hingedrängt worden.

Meine Herren! Gestatten Sie mir, daß ich meinen Gedankengang noch einmal in wenige Sätze zusammenfasse. Die Denkmalpflege ist eine Wissenschaft, ein besonderes Fach innerhalb der Um praktische Erfolge zu erzielen, braucht sie die Hilfe der Jurisprudenz in der Gesetzgebung und Verwaltung und die Hilfe der Technik, speziell der künstlerischen Technik. Die Denkmalpflege gehört deshalb nicht zur Kunst, weil sie nichts Neues zu schaffen hat, sondern nur altes zu begreifen, zu erhalten, nötigenfalls zu ergänzen. Der Architekt als solcher kommt für sie nur als technischer Gehilfe in Betracht. Es kann aber auch eine Personalunion zwischen Technik und Kunsthistorie eintreten und diese Personalunion hat sich im ganzen gut bewährt. Sie soll nicht aufgegeben, sie soll weiter ausgebaut werden. Die heutige Richtung der Architektur geht darauf aus, wieder eine eigene Kunstsprache für unsere Zeit zu gewinnen. Damit wird die Kenntnis der historischen Stile nicht überflüssig; nein, erst wenn man sie ganz verstanden hat, kann man ihnen gegenüber wirklich frei werden. Außer den eigentlichen, d. h. schaffenden Architekten brauchen wir aber noch einen, natürlich viel kleineren Kreis historischer Architekten. Diese sollen der alten Kunst gehören, nicht sich selbst. Sie sollen nicht scheinbar alte Kunst neu schaffen, sondern lediglich deren überlieferte Werke erhalten. Um dieses zu können, müssen sie in ihrer ganzen Denkrichtung Historiker werden. Diese wahrhaft historischen Architekten werden künftig die stärksten Stützen der Denkmalpflege sein; sie werden dafür sorgen, daß wir ein Urteil über deutsches Restaurationswesen, wie das des gestern zitierten Engländers, getrost als Verleumdung zurückweisen werden.

Um mit einem nahe liegenden Gleichnis zu schließen: Vor den Wagen der Denkmalpflege sind zwei Zugkräfte von verschiedener Art gespannt. Ob wir beide in gleicher Richtung wirkend erhalten, davon hängt Förderung oder Hemmung, Heil oder Unheil der Denkmalpflege ab.

#### **Korreferent: Geh. Regierungsrat Lutsch-Steglitz:**

Meine Herren! Weil ich glaube, daß auf dem Wege der prinzipiellen Auseinandersetzungen über die eben behandelte Frage sich ein Erfolg nicht anbahnen läßt, habe ich den Herrn Vorsitzenden gebeten, das Thema auf die Tagesordnung zu setzen in der auf der vorigen Tagung festgesetzten Form, in der es jetzt wieder darauf steht, während auf der vorläufigen Tagesordnung dem Wort Anbildung „auf den Hochschulen“ beigefügt war. Ich weiß dem Herrn Präsidenten besonders Dank dafür, daß er in liebenswürdiger Weise meiner Anregung gefolgt ist. Meine Herren! Das geschah aus dem Grunde, daß, wie ich meine, die einigenden Momente hervorgehoben werden müssen, nicht oder tunlichst nicht die trennenden. Wir haben der Öffentlichkeit gegenüber die Verpflichtung, einig zu sein. Kommen starke Differenzen vor und treten sie in die Öffentlichkeit, so geben sie den Kommunen usw. einen Hebel in die Hand, um uns ganz tot zu machen. Soll die Erhaltung der Denkmäler gewährleistet werden, so muß solche Bewegung getragen werden nicht nur von der kleinen Schar der hierfür durch Amt und Neigung

Berufenen, sondern von der Gesamtheit des Volkes. Darum ist nicht nur eine Vorbildung für die beamteten Denkmalpfleger notwendig, sondern für alle Berufsstände, und zwar muß in jeder Altersstufe eine gewisse Gelegenheit seitens der Unterrichtsverwaltung zur Aneignung und Durchdringung des in der Heimat vorhandenen Stoffes gegeben werden, in weit höherem Maße wie bisher, weil die Aneignung der Kenntnis der heimatlichen Denkmäler eines der besten Mittel zur Erziehung zur Heimatliebe bedeutet.

Auf die Gefahr hin, Sie zu langweilen, muß ich diese Forderungen formulieren, weil sie in diesem Kreise noch nicht vorgebracht sind. Sie fallen im wesentlichen zusammen mit den Forderungen nach Erziehung zur Kunstpflege überhaupt. Ich werde mich möglichst kurz fassen und die Positionen knapp zu begründen suchen, werde dies auch in einzelnen Fällen unterlassen können in der Annahme, daß auf diese Fragen noch zurückgegriffen werden wird.

Ich möchte schon im Hause, in der Familie begonnen wissen, und wünsche dort stärkere Betonung der Handfertigkeit, etwa in dem Sinne, wie sie in Spielschulen bereits betrieben wird, wie Papparbeit und gärtnerische Arbeit, später womöglich Erlernung eines Handwerks, der Drechslerei, Tischlerei oder Buchbinderei nach altem hohenzollerischem Vorbilde, weil dabei neben der Hand auch das Auge weiter geübt wird. Ich wünsche Schulung in dem Studieren von Bildern etwa in der Richtung, wie sie Herr Professor Lichtwark gegeben hat, was Beschaffung guter Bilderbücher und schlichten Wandschmucks voraussetzt, etwa in der Art, wie sie der „Ausschuß für Wohlfahrtpflege auf dem Lande“ und die Zeitschrift „der Kunstart“ erstrebt.

In der Volksschule wünsche ich Betonung des Anschauungsunterrichts, Schülerwanderungen, Zeichnungen von Naturformen, nicht oder doch erst später und beiläufig mathematischer Figuren, weil das Kind für abstrakte Formen kein Verständnis hat. In der Mittelschule, in Gymnasien und Oberrealschulen ist Verstärkung des experimentell-physikalischen und naturkundlichen Unterrichts herbeizuführen im Sinne der Forderungen, wie sie schon Goethe aufgestellt hat. Ich wünsche weiter, wie ja hin und wieder schon gegeben werden, geologische Erklärungen des Geländes der Umgegend und seiner Ausgestaltung durch Menschenhand, etwa wie sie Wimmer in seiner Landschaftskunde (Innsbruck 1885) und Camillo Sitte in seinem Städtebau vorgezeichnet haben. Ich wünsche weiter Hinweise auf die heimatlichen Kunstdenkmäler im Zusammenhang mit dem Geschichts- und Religionsunterricht im Sinne der Forderungen der Direktoren-Konferenz für Mittelschulwesen in der zweiten Hälfte des Monats Mai dieses Jahres. Dazu ist nötig, daß nicht bloß politische Geschichte, sondern gleichzeitig Kulturgeschichte gelehrt wird, wobei die Vorlegung zahlreicher und möglichst guter Abbildungen aus allen Zeitaltern erwünscht ist. Ein Anfang dazu ist gemacht von der Direktion des Völkermuseums in Berlin mit der Anfertigung von Wandtafeln und Darstellung vorgeschichtlicher Gegenstände, ja auch sonst vielfach und sonst in meiner Gymnasialzeit. Auch auf dem Gymnasium müßte erheblich mehr Wert gelegt werden auf den Unterricht in der Erdkunde in der Weise, daß dabei Geräte und Kunsterzeugnisse der verschiedenen Kulturschichten und Völkerschaften entweder in natura oder in Abbildungen vorgezeigt werden.

Ganz erheblich zu heben ist der Zeichenunterricht. Ich wünsche ihn, was jetzt nicht der Fall ist, verbindlich auch für die oberen Klassen, und zwar, da die jungen Leute vor dem seminaristisch vorgebildeten Zeichenlehrer nicht immer den nötigen Respekt haben, erteilt wie das Turnen durch wissenschaftliche Lehrer im Nebenfache, die auch das Zeichnen gelernt haben.

Nun kommt die Universität. Ich unterscheide die Studierenden der Kunstgeschichte von den Theologen und anderen Studierenden und stelle für jede Kategorie besondere Forderungen. Für die Studierenden der Kunstgeschichte wünsche ich in Übereinstimmung mit den Empfehlungen meines Herrn Vorredners reichere Gelegenheit zu zeichnerischen Übungen während der ganzen Studienzeit, namentlich nach der Natur, ferner neben den geschichtlichen Vorlesungen auch Einführung in die *Kunstlehre*, das heißt die technischen Vorbedingungen oder das Handwerksmäßige in der Kunst. Drittens Denkmalkunde der Heimatprovinz, möglichst mit wöchentlich je einem Ausflug. Für Theologen möchte ich die beiden ersten Punkte gestrichen sehen, sie führen zu weit; doch wünsche ich für sie Einführung in die Denkmalkunde der Heimatprovinz gelehrt, möchte dagegen für sie hinzugefügt sehen, was sich bei den Kunstgelehrten von selbst versteht: ein systematisches Kolleg über deutsche Kunstgeschichte. Für die anderen Studierenden kann man auch die weiteren Punkte streichen und mag sich mit einem systematischen Kolleg über deutsche Kunstgeschichte zufrieden gestellt erklären.

Mit der Universität schließen wir nicht ab. Im Anschluß an sie wünsche ich mindestens alle zwei Jahre einen praktischen archäologischen Kursus, etwas ausgedehnter, als er bisher an den Kgl. Museen für Gymnasiallehrer gehalten wird, etwa von zwei bis drei Wochen. Ich wünsche diesen Kursus obligatorisch für die aus den Kreisen der Künstler neu eintretenden Provinzialkonservatoren. Ich teile die Bedenken meines Herrn Vorredners durchaus, daß die Bildung der Architekten auf dem Gebiete zu vertiefen ist. Das läßt sich verschieden machen. Einige von uns haben schon auf der Hochschule mit eingehenderen historischen Studien begonnen; andere nachher in der Bauführerzeit, andere in der Zeit ihrer praktischen Tätigkeit. Es sollte nun aber auch weiteren Kreisen Gelegenheit gegeben werden, daran teilzunehmen, und ich verspreche mir davon einen besonders guten Erfolg.

Dann kommt die große Gruppe der Kunst- und Gewerbeschulen, Zeichenlehrerschulen, Kunstabakademien und der Technischen Fachschulen, wie der Baugewerkschulen. Für diese versteht sich die zeichnerische Gelegenheit von selbst, dagegen wünsche ich für sie einen Vortrag wie auf der Universität über die Einführung in die *Kunstlehre* und namentlich in die Denkmalkunde der Heimatprovinz. Das kann nicht ausführlich gemacht werden, läßt sich aber angliedern, etwa verbinden mit zeichnerischen Aufnahmen heimischer Denkmäler, wie sie hier und da schon gefertigt werden, z. B. auf den sächsischen Baugewerkschulen und namentlich an den Kunstgewerbeschulen.

In den Hochbauabteilungen der Technischen Hochschulen wünsche ich ein lebhafteres Studium vor dem Objekt und betrachte als Einleitung dazu das, was wir jetzt leider nicht mehr haben, was aber hoffentlich einmal wieder kommen wird: die Einführung eines praktischen Jahres oder, wenn es nicht anders sein kann, eines Halbjahres. Aber nicht so, daß der junge Mann sich den Lehrer selbst wählt, was er in der Regel nicht versteht, sondern daß

durch die Lehrerkollegien in den Hochbauabteilungen Künstler in den einzelnen Provinzen mit pädagogischem Talent, die in reger Bautätigkeit stehen, veranlaßt werden, Jünger ihres Faches zur Ausbildung unter ihre Flügel zu nehmen. Bei der Hochschule selbst wünsche ich eventuell weitere Einschränkung der theoretischen Mathematik, so zwar, um es für die Herren Fachgenossen deutlich zu sagen, daß die Berechnung des doppelten Polonceaus eines Trägers auf mehr als einer Mittelstütze und Kuppelkonstruktionen nicht mehr gelehrt werden, während graphische Stein- und Holzberechnungen bei Ausbauten mittelalterlicher Gebäude für den bauleitenden Architekten selbstverständlich stärker zu betreiben sind. Zweitens: Verstärkung des Unterrichts über Baustoffe und ihre ästhetische Einwertung. Dies Kapitel wird bis jetzt sehr knapp behandelt, und doch ist die Kenntnis der Baustoffe, für die Erhaltung der Denkmäler unentbehrlich und im Gegenfalle äußerst verhängnisvoll gewesen. Die Vorträge über Architekturgeschichte haben das historische Moment bei einzelnen Hochschulen auch bisher schon stark betont; ich erinnere namentlich an die von historischem Geiste durchwehten Vorlesungen Adlers. Ich glaube nicht, daß mein Herr Vorredner diesem die Zuhörer durch seinen fesselnden Vortrag fortreißenden Lehrer wird nachsagen können, daß er den historischen Gesichtspunkt dabei nicht betont habe. Wie ein roter Faden zog sich durch seine Vorlesungen der geschichtliche Gesichtspunkt, natürlich in der Anwendung auf Raumgestaltung und Konstruktionen, also diejenige Momente, welche neue Wandlungen geschaffen haben, während die Kunstformen doch etwas Beiläufiges sind.

Neben diesen Vorträgen über Architekturgeschichte wünsche ich Vorträge über die anderen Hauptgebiete der Kunstgeschichte einschließlich der Kleinkunst, wie sie an der Berliner und an anderen Hochschulen auch bereits vorhanden sind, in Berlin sogar in recht umfanglicher Weise und zum Teil von Kunstgelehrten gehalten. — Weiter wünsche ich, was jetzt an den Technischen Hochschulen wohl noch ganz fehlt: Seminaristische Übungen auf kunstgeschichtlichem Gebiete.

Ferner ist, um einmal von den historischen Stilformen für das Schaffen der Gegenwart mehr loszukommen, ein Vortrag zu fordern über Einführung in das künstlerische Schaffen in systematischer, nicht geschichtlicher Hinsicht als Einführung in die Architektonik, etwa in dem Sinne, wie Gottfried Semper und Rudolf Redtenbacher sie gelehrt haben. Des letzteren Buch über die Architektonik in der modernen Baukunst (Berlin 1883) wird hier und da bekannt sein.

Ferner wünsche ich Beseitigung der Erlaubnis des zeichnerischen Auftragens vorhandener Bauwerke in Photographie anstatt des Aufnehmens nach der Natur für die vorgesriebene Prüfungsarbeit. Gerade und nur vor dem Objekt lernt der junge Studierende einen Einblick in die Entwicklung und die Materialbehandlung, kann sich auch gelegentlich belehren lassen von Männern, welche die Bauten genauer kennen, auch über die Fehler und Mängel früherer Instandsetzungen und ihre künftige Verbesserung.

Statt des Ornamentzeichnens nach Vorlagen in den beiden ersten Jahren wünsche ich ausschließlich Zeichnen nach der Natur, namentlich nach lebenden Tierkörpern und nach Pflanzen, außerdem lebhafteren Betrieb des Modellierens während aller vier Hochschuljahre. Ich fordere ferner stärkere Betonung des Detaillierens tunlichst in natürlicher Größe, in Verbindung hiermit An-

fertigung zeichnerischer Entwürfe natürlichen Maßstabes, und, wenn es sein kann, einmal der vollen Ausstattung einer Kirche, jenes Objektes, was sehr viele unter den künftigen Architekten, die mit Denkmalpflege zu tun haben, in Anspruch nimmt, und zwar in den verschiedenen Materialien: gerade auf die Frage der künstlerischen Ausbildung in den einzelnen Baustoffen möchte ich einen größeren Nachdruck gelegt, möchte also auch Schmiedeisen, Bronze und Stickerei nicht vernachlässigt sehen. Dabei müßte auch das Vorurteil durch den Lehrer beseitigt werden, daß nur sogenannte stilreine Gegenstände Kunstwert haben. Diesem immer noch stark verbreiteten Vorurteile haben wir den Verlust vieler Stücke des 17. und 18. Jahrhunderts zuzuschreiben.

Schließlich fordere ich für die Studierenden Vermehrung der Ausflüge unter Leitung eines Künstlers, und zwar in dem Jahre, in welchem die Baustoffe durchgenommen werden, allwöchentlich, von einigen Stunden, dann weiter mehr tägige zur zeichnerischen Aufnahme von Kunstdenkmalern, wie sie in Berlin, München und anderwärts schon bestehen, aber nicht unbedingt als Forderung durchgeführt sind.

Nachdem der junge Künstler die Hochschule verlassen hat, möchte ich ihm auch Gelegenheit zur höheren Ausbildung geben, als durch die jetzt auf der Kunstakademie eingerichteten Meisterateliers, welche doch nur sehr wenigen zugute kommen. Schließlich ist in den Jahren der Praxis eine Erhöhung des jetzt schon in dem preußischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten bestehenden Fonds für Reisevergütung für solche Baubeamte von nötzen, die in der heimatlichen Provinz oder in einer Nachbarprovinz sich des Denkmälerstudiums befleißigen.

Auch sei im Anschluß an die Hochschule alle ein oder zwei Jahre ein praktisch-archäologischer Hochschulkursus von zwei bis drei Wochen Dauer empfohlen und dieser obligatorisch für neu eintretende Provinzialkonservatoren aus den Kreisen der Kunsthistoriker. Ich glaube, daß die Herren von der kunsthistorischen Fakultät auf diesem Wege leichter das gewinnen, was sie etwa in einem Baukonstruktionskolleg der Hochschule gewinnen könnten oder etwa auf der Baugewerkschule, wo der Stoff ihrem gelegentlich ausgesprochenen Wunsche gemäß ja elementarer vorgetragen wird.

Als weitere Bildungsanstalten kommen in Betracht Kunst- und geschichtliche Museen. Ich wünsche hier jedem, der es begeht, Gelegenheit gegeben zur Übung an den vorhandenen Kunstschatzen mit einleitenden Vorträgen, wie solche schon hier und da abgehalten werden, also an dem Kunstgewerbe-museum in Berlin, an der Kunsthalle in Hamburg, am Kunstgewerbe- und Altertumsmuseum in Breslau. Schließlich ist diesen Anstalten ein wesentlicher Anteil aufzubürden zur Schulung berufsmäßiger Restauratoren. Es kommen die im Dienste der Denkmalpflege tätigen Beamten nicht um die Frage herum, dieser Aufgabe einen sehr wesentlichen Teil ihrer Arbeitskraft zu widmen. Auf der Schulung der einzelnen Künstler und Kunsthandwerker beruht das Gelingen der Instandsetzungsarbeiten, und wenn irgendwo etwas erreicht ist, so ist gerade durch das Eingreifen der Konservatoren und die Heranbildung eines Stammes von Künstlern und Kunsthandwerkern in dem Laufe der zehn Jahre, wo die Denkmalpflege in Preußen organisiert ist, etwas erreicht worden. Nun haben wir in einer Reihe von Städten keine solche Anstalten; es läßt sich aber auch hier dadurch helfen, daß etwa an der Akademie in Posen Gelegenheit geboten wird — ich glaube, es soll

solche Gelegenheit gegeben werden — zur Einführung auch in das Gebiet, das uns interessiert. Aber es können auch die kleineren und mittleren Kunstvereine wesentlich helfen, besonders zur Verbreitung künstlerischer Kenntnis, und zwar geschieht das nach meiner Auffassung besser dadurch, daß sie sich Fachleute kommen lassen, die ihnen Vorträge halten, als dadurch, daß sie Ölgemälde und dergleichen, vielfach doch recht zweifelhaften Wertes, anschaffen.

Meine Herren! Das sind die Vorschläge, die ich zu machen habe, um das künstlerische Niveau und damit das Niveau der Denkmalpflege in Deutschland zu heben. Wenn ich diese Forderungen gestellt habe und sie nur einigermaßen erfüllt sind, so können wir hoffen, daß wir dadurch um ein gutes Stück weiter kommen. Ich habe mich bemüht, sie praktisch zu gestalten und nicht Unerreichbares anzustreben.

Aus der Zahl der so Herangebildeten kommen nun die Beamten der Denkmalpflege in weitestem Sinne. Von den agitatorisch tätigen Kräften will ich nicht sprechen, das macht sich in der Regel von selbst. Alle temperamentvollen Persönlichkeiten, die einmal auf unser Gebiet aufmerksam geworden sind, widmen sich mit einem wahren Feuerreifer unserer heiligen Sache. Ich denke in erster Linie an die Oberbürgermeister, ich denke ebenso an die Beamten der Provinzialverwaltung, ich denke an jene für uns außerordentlich wichtigen Persönlichkeiten, die an der Spitze der Regierungen der einzelnen Bundesstaaten stehen, in Preußen insbesondere an die Regierungs-präsidenten. Ein für unsere Sache begeisterter Regierungspräsident ist unendlich mehr nützlich als hundert andere Kräfte, weil er die Liebe zur Sache in weit höherem Maße anspannen kann und durch seine Stellung einen Einfluß besitzt, über den sich die wenigsten Herren wohl recht klar sind.

Ich gehe jetzt dazu über, die Forderungen zu formulieren, die für die einzelnen Kategorien der in der Denkmalpflege im engeren Sinne tätigen Arbeiter zu stellen sind. Ich unterscheide deren drei: erstens die Denkmal-pfleger in leitender Stellung, also auf den größten deutschen Bundestaat bezogen, auf Preußen: die Provinzial- und Bezirkskonservatoren. Die zweite Kategorie ist die der Arbeiter, die für die wissenschaftliche Herstellung der Denkmälerverzeichnisse bestellt werden, die dritte Kategorie ist die der ausübenden Künstler. Daß an die einzelnen Persönlichkeiten dieser drei Kategorien ganz verschiedene Anforderungen zu stellen sind, ist ohne weiteres klar; daß an die ausübenden Künstler besondere Anforderungen zu stellen sind, ist vorhin schon ausgesprochen. Daß die Bearbeitung der Denkmäler-verzeichnisse keine künstlerische Arbeit ist, sondern eine kunstgeschichtliche, also wissenschaftliche Arbeit ist, ist ebenso klar, und wenn heute eine Kombination vielfach üblich ist, so ist sie nicht notwendig, sondern zufällig. Es ist von einem Architekten nicht zu fordern, daß er auch dieser Aufgabe genügen soll. Ganz andere Bedingungen werden gestellt an die Denkmal-pfleger, die Provinzialkonservatoren. Hierüber ist wenig bekannt, es gehen darüber in weiten Kreisen die wunderlichsten Auffassungen. Es ist deshalb notwendig, daß ich kurz die Aufgaben der Provinzialkonservatoren, wie sie sich in Preußen herausgebildet haben, erörtere. Es gehört dazu erstens die Aufstellung des Programms zum Ausbau von Kirchen und Einzeldenkmälern, Erstattung der hierfür nötigen Gutachten, Prüfung der einleitenden Kosten-anschläge im Sinne des § 5 der Instruktion für den Konservator der Kun-

denkmäler vom 24. Januar 1844, zweitens die Beaufsichtigung und eventuell künstlerische Leitung der vorzunehmenden Arbeiten, insbesondere dann, wenn eine besondere künstlerische Leitung nicht bestellt wurde, wie das in außerdentlich vielen Fällen vorkommt. Es gehört dazu die Abnahme der Arbeit nach der Vollendung, soweit Denkmalpflegefonds in Frage kommen; für andere Arbeiten, zu denen nicht Gelder der Denkmalpflege in Frage kommen, wird ihnen dieser Einfluß leider nicht eingeräumt, obwohl es natürlich viel zur Verhütung mangelhafter Arbeiten beitragen könnte. Drittens gehört dazu, was ich vorher schon berührt habe, die Beschaffung und Einschulung der künstlerischen und handwerklichen Kräfte, welche für die Ausführung heranzuziehen sind. Er muß also einen vollständigen Einblick in die Qualität der einzelnen Kräfte haben: wenn er das nicht versteht, so liegt die Gefahr vor, daß er sich mit zwar willigen, aber unselbständigen Künstlern abzufinden hat, und damit ist ein für alle Mal die Ausführung der Arbeit in Frage gestellt; durch unfähige Restauratoren — das wissen wir ja alle — kommen heute noch zahlreiche Denkmäler in Gefahr. Diese Einschulung macht große Schwierigkeiten, aber es lassen sich hierfür doch Mittel und Wege finden, und sie sind teilweise gefunden, im Osten wie im Westen.

Viertens gehört zu seiner Aufgabe die Organisation der Arbeit, die Aufstellung von Grundsätzen für die Erhaltung der Denkmäler, Bestellung von Pflegern, Verkehr mit den Behörden und sonstigen Interessenten, Anregung auf die der Denkmalpflege näher und ferner stehenden Kreise.

Fünftens gehört dazu die Ausübung der Denkmalwache, d. h. eventuell die so häufig nötige Verhütung unnötigen Ausbaues im Sinne der Zirkularverfügung des Herrn Kultusministers vom 9. Oktober 1844.

Sechstens ist ihre Aufgabe, die Provinzialverwaltungen, denen heute die Aufstellung der Denkmälerverzeichnisse überwiesen ist, oder — ich will lieber mit einem Dankeswort sagen: die sich in liebenswürdiger Weise der Aufstellung der Denkmälerverzeichnisse in Preußen angenommen haben — es ist ihre Aufgabe, die Provinzialverwaltungen zu beraten; denn den Provinzialverwaltungen steht eine fachmännische Hilfe in der Beziehung nicht zu Gebote. Er muß deshalb auch einen Einblick in die Bedingungen für ein Denkmälerverzeichnis gewinnen.

Hauptsache bei allen diesen sechs Punkten bleiben die Punkte 1 und 2, also die künstlerische Arbeit. Bei der heutigen Bauwut tritt in praxi die Erforschung der Denkmäler stark zurück. In der Rheinprovinz ist die Verzeichnung der Denkmäler seit Begründung der Denkmalpflegekommission viel langsamer vorgeschritten, obwohl die Zahl der Beamten dort vermehrt ist. Ganz recht, denn die Verzeichnung der Denkmäler ist nur ein Mittel zum Zwecke der Arbeiten zur Erhaltung.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben, die ich in den sechs Punkten formuliert habe, sind folgende Bedingungen zu stellen. Erstens eingehende Kenntnis der Staats- und Gemeindeverwaltung, der gesetzlichen und behördlichen Vorschriften über die Denkmalpflege, genaue Kenntnis des Geschäftsganges, der Zuständigkeit, der Kurialien, des Finanzwesens. Es ist ferner einige Gewandtheit im Vortrag und im Verhandeln nötig. Sind diese Bedingungen nicht erfüllt, so fallen die Provinzialkonservatoren den technischen und administrativen Beamten gegenüber einfach unter den Tisch. Es ist dies ein sehr schwieriger Punkt, über den wir nicht fortkommen; er ist anscheinend

nebensächlich und doch in der Praxis außerordentlich wichtig. Wenn ich nun gefragt werde, wo sich diese Kenntnisse aneignen lassen für diejenigen, die sie noch nicht von Hause aus mitbringen, so glaube ich, empfehlen zu sollen, daß sie sich in die Amtsstube eines Provinzialkonservators begeben: dort werden sie in etwa zwei Jahren sich die notwendigsten Kenntnisse aneignen können.

Zweitens gehören dazu reiche künstlerische und technische Erfahrungen. Meine Herren, es kommen in der Denkmalpflege gerade die allerschwierigsten konstruktiven Probleme zur Aussprache: der Provinzialkonservator darf solchen Problemen gegenüber nicht ratlos dastehen. Es gehört ferner dazu ausgebildetes Beobachtungsvermögen, das nur in längerer Praxis zu erwerben ist.

Drittens gehört dazu zeichnerische Gewandtheit, um künstlerische und technische Fragen der Praxis skizzenhaft darstellen zu können. Diese skizzenhafte Darstellung ist ganz notwendig, sie ist viel nötiger als das Photographieren, das erwünscht ist, das aber auch dem Berufsphotographen mit Erfolg überlassen werden kann.

Viertens ist nötig zum Einleben in die Provinz, in welche der Provinzialkonservator berufen wird, die Kenntnis der Denkmäler im Umkreis einer einzelnen Landschaft: es braucht nicht gerade die Provinz seiner Heimat zu sein. Es ist aber nötig, daß er in die Tiefe hineingeht, daß er nicht etwa mit bloß allgemeinen kunstgeschichtlichen Kenntnissen an den Posten herantritt. Ist es nicht möglich, eine Provinz genau kennen zu lernen, so ist wenigstens zu fordern das Eindringen in ein Sondergebiet der deutschen Kunst, damit er die Methode erprobe, nach welcher er sich in den Stoff einleben kann.

Fünftens und vielleicht das Wichtigste: es ist nötig taktvolles Auftreten. Wenn jemand, der es zu einer Prüfung nicht gebracht hat, schreibt: Für meine gedeihliche Arbeit als künftiger Provinzialkonservator bürgt meine hochschulmäßige Ausbildung in Verbindung mit meiner Stellung als Baugewerkschullehrer, so kann man, ohne den Herrn gesehen zu haben, sicher sein, daß er für eine leitende Stellung nicht zu gebrauchen ist. (Heiterkeit.)

Meine Herren! Für die wissenschaftliche Bearbeitung unseres Denkmalschatzes, also in erster Linie für die noch längst nicht abgeschlossene Reihe der Denkmälerverzeichnisse, deren ältere Form vielfach schon heute eine Auferstehung erlebt, sind ganz andere Bedingungen zu stellen, als an die Provinzialkonservatoren, oder wenigstens zum Teil andere Bedingungen. Es ist nötig, die Kenntnis der heimischen Denkmäler im Umkreise einer Provinz. Wer nur die Höhen der Kunst gelernt hat und nicht den Durchschnitt, wird das typische und landschaftliche nicht herauslesen. Zweitens ist nötig eine systematische Kenntnis der deutschen Kunstgeschichte und Übung im kunstkritischen Urteil, insbesondere der Analyse aus den Denkmälern selbst. Drittens ist nötig Gewandtheit im Photographieren, auch gewisse zeichnerische Fähigkeit, namentlich in der Aufnahme von Grundrissen und Schnitten, jedoch nicht gesteigert zur zeichnerischen Ausführung. Zeichnerische Ausführung ist eine künstlerische Arbeit, die auch dem Architekten als solchem nicht ohne weiteres liegt, sondern die auch wieder besondere Fachleute nötig macht, d. h. Zeichner, Leute, die künstlerisch darzustellen in der Lage sind. Selbst die photographischen Aufnahmen können, wie ich vorhin schon an-

führte, von Berufsphotographen ausgeführt werden. Es liegen dafür aus Schlesien die besten Erfahrungen vor; das heißt, wir sind in relativ kurzer Zeit, in zwei Jahren, mit der Herstellung von 150 Tafeln immerhin leidlich großen Formats fertig geworden, auf denen vielfach zwei bis vier und sechs Aufnahmen vereinigt sind.

Viertens. War für die Provinzialkonservatoren Gewandtheit im mündlichen Gebrauch der Sprache nötig, so liegt hier der Schwerpunkt gerade im schriftlichen Gebrauch der deutschen Sprache.

Fünftens ist nötig die Kenntnis der Buchtechnik, namentlich der Vervielfältigungsverfahren, aber ausschließlich des Meßbildverfahrens, das für unsere Zwecke nicht zu gebrauchen ist. Es ist viel zu weitläufig, viel zu teuer, viel zu langwierig; denn das Meßbildwesen braucht für seine Arbeit immer schon selbst eine graphische Grundlage in Form eines Grundrisses, um die nötigen Marken der Aufstellung des Photographen darin einzutragen.

Für die ausübenden Künstler werden folgende Forderungen zu stellen sein: erstens für die bauleitenden Architekten stärkere Ausnutzung der an den Technischen Hochschulen bestehenden und weiter zu verbesserten Einrichtungen zur Erlangung der Kenntnis der heimischen Denkmäler, einschließlich derer der Kleinkunst, und zwar stets mit dem Skizzenbuch in der Hand, auch für die späteren Reisen. Sie sollten — auch diejenigen, die nicht in den Dienst als Provinzialkonservatoren eintreten — wenn es möglich ist, die archäologischen Kurse an den Universitäten, wie ich sie mir wünsche, besuchen. Es ist für den jungen Architekten zu bedenken, daß die großen Meister aller Zeiten den vorhandenen Denkmalschatz als das Stammkapital, als den eisernen Bestand betrachtet haben, mit welchem an die Weiterentwicklung des jeweilig erreichten künstlerischen Kulturniveaus heranzutreten ist, daß die Kenntnis der Denkmäler also für beide Arten künstlerischer Tätigkeit vorbereitet. Wie im einzelnen hierbei vorzugehen sei, läßt sich in Kürze nicht auseinandersetzen. Hauptsache ist eindringliche Beobachtung, also die Beachtung der Raumgliederung, der Maßenverteilung, der Licht- und Schattenwirkung, der mitwirkenden dekorativen Momente, nicht das Studium der dekorativen Momente in erster Linie, wie es von den formenhungrigen jungen Künstlern nur zu leicht als die Hauptsache angesehen wird. Dann ist zu wünschen, daß die Regierungsbauführer in höherem Maße als bisher Gebrauch machen von der in Preußen bestehenden Berechtigung, ihre Ausbildung statt unter einem Kreisbaubeamten auch durch die Amtsstube eines technisch vorgebildeten Provinzialkonservators zu leiten. Dann ist wesentlich die Sammlung von Erfahrungen auf dem Bauplatze und in den Künstlerwerkstätten, bei Um- und Ausbauten älterer Denkmäler unter Leitung erfahrener Meister, während sie sich jetzt dabei vielfach selbst überlassen sind. Weiter: Selbsterziehung zur Treue im Kleinen und Opferung der eigenen Persönlichkeit zugunsten des Objekts bei nötig werdenden Aussesserungen und Säuberungen. Wer etwas kann, verspare seine neuenschöpferische Neigung, die keinem Künstler fehlen darf, auf Neubauten und selbständige Angliederungen, wie solche bei jedem Umbau nötig werden. Weiter sind vor Inangriffnahme schwerwiegender Entwürfe, umfangreiche, nicht zu überhastende Studienreisen zu stilistisch gleichartigen Denkmälern erforderlich, auch hier stets mit dem Skizzenbuche in der Hand. Dazu gehören auch vergleichende Studien an mangelhaft umgestalteten und an

schlecht ausgeführten Arbeiten, um die Fehler der Vorgänger kennen und vermeiden zu lernen, etwa in dem Sinne der Kulturstudien von Paul Schultze-Naumburg.

Weiter die Ausbildung der künstlerischen Persönlichkeit, damit, wenn selbständige Angliederungen vorkommen — und sie werden es umso mehr, je mehr der Gedanke, daß bei Neuangliederungen archivistisch zu verfahren sei, bestätigt wird — die jetzt meist fehlenden künstlerischen Kräfte vorhanden sind. Das läßt sich nur erreichen von Architekten, die nicht nur mit blauer Tinte arbeiten, sondern die fortlaufend entwerfend tätig bleiben. Da dies bei der gegenwärtigen Organisation mancher Staatsbauverwaltungen fast ausgeschlossen ist, bleibt nur deren Änderung im Sinne der Dezentralisation übrig, just so, wie wir sie im Bereiche der Denkmalpflege so segensreich angebahnt finden, und weiter durchzuführen bemüht sind. Das ist wohl nur zu erreichen durch Schaffung von staatlichen Provinzialbaubehörden, denen die künstlerische Leitung der Bauten ebenso zu übertragen ist, wie sie vielfach jetzt von einzelnen Künstlern ausgetüft wird, während die finanzielle und technische Leitung den Bezirksregierungen verbleibt.

Die Forderungen, welche an andere ausübende Künstler, wie Maler und Bildhauer, zu stellen sind, lassen sich nicht in gleichem Maße umgrenzen; es wird sich namentlich dabei handeln um Sammlung von Erfahrungen in Werkstätten unter Leitung tüchtiger Meister.

Aus meinen bisherigen Ausführungen und Andeutungen ist zu ersehen, daß ich jedem, der es begeht, Gelegenheit geben will, seine Kraft in den Dienst der großen Sache zu stellen, und daß ich Staat und Gesellschaft veranlassen möchte, den Wetzstein dafür bereit zu stellen. Darauf schleife jeder seinen Edelstein, auf daß er blank werde und sprühend in tausendfältiger Kraft die Vorzüge des Schatzes wiederspiegle, dessen Hut uns anvertraut ist. Wenn aber die Zeit der Prüfung kommt, so wird die Auslese nach der Leuchtkraft des Juwels zu treffen sein, nicht nach der Art, wie der Meister das Rohprodukt behandelt hat.

Wenn man mir — gestatten Sie, daß ich ein Wort pro domo spreche — nachgesagt hat, daß ich früher die beiden hier in Frage kommenden Kategorien der Künstler und der Gelehrten durch ein „aut-aut“ habe trennen wollen, so ist hierbei — da ja *mala fides* auszuschließen ist — ein Mißverständnis unterlaufen. Denn ich habe sie sowohl dem Wortlaut wie dem Sinne nach durch ein „und“ verbunden und nur die Tatsache festgelegt, daß der eine Teil einer bestimmten Landschaft zu jener Zeit für die besondere, damals zu leistende Aufgabe nicht reif gewesen ist, und daß die Chancen für den anderen Teil relativ nicht ungünstig lagen. Und das ist nach meinen Ausführungen im allgemeinen auch heute noch der Fall. Denn trotz etwaigen Studiums der Baugefügelehre, wie sie wohl zur Hebung der Einsicht des Kunsthistorikers vorgeschlagen ist, und selbst wenn die nötige graphische und grapho-statische Ergänzung hinzutritt, werden Theoretiker auf dem Gebiete der bildenden Kunst die Leitung des Um- und Ausbaues eines Münsters in Ulm oder des Rathauses in Breslau nicht übernehmen können. (Sehr richtig.)

Hieraus ergibt sich nach meiner Auffassung, daß die Gegenüberstellung zweier Berufsarten wohl nicht so ganz am Platze ist. Eine Definition der Grenzen läßt sich nicht finden durch eine noch so intelligente Kommission, auch wenn sie voll mit dem Herzen bei der Sache ist, wie unsere Denkmal-

pflegetage es sind. Ich kann Ihnen daher eine Verschärfung der Gegensätze durch den Zwang zu einer bestimmten Art des Studiums nicht empfehlen, selbst wenn sie finanziell durchführbar wäre.

Wie der Absatz unserer Zeitschrift „Die Denkmalpflege“ beweist, deren Erscheinen nur durch hohe Zuschüsse des preußischen Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten und durch Entnahme einer bedeutenden Anzahl von Exemplaren durch das Ministerium der öffentlichen Arbeiten ermöglicht wird, ist die Zahl der verständnisvollen Freunde unserer Sache recht klein, eine Beobachtung, die sich auch sonst ergibt, z. B. aus dem Verhältnis zwischen den Besuchern des Denkmalpflegetages und denen der großen historischen Tagungen. Da ist es, meine ich, doch nicht zu empfehlen, daß wir uns noch mehr schwächen und daß die eine der hier verbündeten Einheiten sich anschicken möchte, ihre besten Freunde womöglich zum Tempel hinauszuwerfen. Lassen wir — ich spreche im Bilde — beides, Weizen und Unkraut, miteinander wachsen bis zur Ernte; zur Zeit der Ernte wird der Ackerer den Weizen sammeln in seine Scheuern, die Spreu aber wird er hinaustun. Die Festsetzung, wer die Spreu und wer der Weizen, also die Wahl des Arbeiters, wird abhängig gemacht werden müssen von dessen Erfahrung und Betätigung in der Praxis, nicht von seiner Art der Einschulung. — also von der Art, was der Arbeiter zu geben verspricht, nicht von dem, was versucht ist, in ihn hineinzulegen. Es hängt auch hier, wie stets im Leben, alles ab von der Persönlichkeit. (Lebhafte Zustimmung.)

Herr Hofrat Gurlitt hat in seiner Abhandlung über die Dorfkirchen Sachsen in Wuttkes Sächsischer Volkskunde mir ganz aus dem Herzen die Architekten, welche die schlicht, aber echt und mit feinem stilistischem Gefühl gegliederten und farbenfrisch bemalten Emporen unserer Dorfkirchen auf Grund angeblicher Sachverständigkeit den Gemeinden zum Abbruch empfohlen, unter allen Umständen als künstlerisch unfähig und für den Dienst der Denkmalpflege unreif bezeichnet. Es gibt aber nicht nur mindere Zeichner, sondern sogar Architekten in höheren und höchsten Stadt- und Staatsstellungen, die nach dem Geschmack der Philister aburteilen, daß, weil die Stadtmauer oder ein vorspringendes Wachthaus keine Kunstformen besitze, sie auch keinen Kunstwert aufwiese. Es gibt ferner zahlreiche beamtete und nichtbeamtete Architekten mit Hochschulbildung, die den lieben Gott verbessern wollen, indem sie Kiefernholz und selbst Eichenholz eichenholzartig malen.

Meine Herren! Sie werden von mir nicht erwarten, daß ich solche Techniker zur Arbeit auf dem Gebiete der Denkmalpflege für befähigt halte, selbst wenn sie Orden und Titel, manchmal gerade für ihre angeblichen Verdienste um die Denkmalpflege, eingehemst haben. Es gibt aber auch auf der Seite der anderen hier in Betracht kommenden Fakultät Männer, die Ähnliches auf dem Gewissen haben, welche z. B. Kunstdenkmalerverzeichnisse, die, weil wissenschaftlich durchgearbeitet, sich in unseren Reihen eines Rufes erfreuen, nicht als aus wissenschaftlichem Geist entstanden wollen gelten lassen, und wieder andere, die für die Denkmälerverzeichnisse zeichnerisches Mittelgut für ausreichend halten, schließlich auch solche, wie ein mir aus langer Praxis bekannter, sonst öffentlich wenig hervorgetretener

Museumsdirektor, welcher die Denkmalpflege wörtlich und als Ausdruck seiner Überzeugung als Spielerei und Modesache bezeichnet hat.

Daraus ergibt sich, daß nicht jeder, der heute auf einer Hochschule Architektur, und nicht jeder, der Kunsthistorie oder Archäologie studiert hat, für den Dienst der Denkmalpflege geeignet ist. Hinzukommen muß die Erfahrung des Lebens, welche allein den Kiesel zum Edelstein schleift und ihn brauchbar macht zur Einreichung in die Krone universeller Bildung, die für kein Fach notwendiger ist als für die Pflege des künstlerischen Erbes unserer Väter. Erst wenn dieser Schliff vollendet ist, ist der Edelstein fassungswürdig. Auf keinem Gebiete mehr, als auf dem unseren, gilt das Wort des großen Briten: „Reif sein ist alles.“ Helfen Sie dazu jedem, der sich in jungen Jahren dazu anläßt, sei er nur feinfühligen Sinnes und von der Wonne der Sehnsucht nach Erkenntnis der großen Alten durchschauert; dann wird ein großes Licht aufgehen über dem jetzt noch dunklen Lande der deutschen Denkmalpflege.

### Mainz 1904

**Referent: Geheimer Hofrat Professor Dr. A. von Oechelhaeuser-Karlsruhe:**

Meine Herren! Den Teilnehmern unserer Erfurter Tagung ist bekannt, weshalb das Thema „Vorbildung zur Denkmalpflege“ abermals auf die Tagesordnung gesetzt worden ist.

Nach den beiden vortrefflichen, ausführlichen Referaten der Herren Dehio und Lutsch wurde infolge der vorgerückten Stunde der Antrag aus der Versammlung auf Ausfall der Debatte gestellt und darauf von einer erheblichen Majorität beschlossen, an diesem Tage nicht näher auf den Gegenstand einzugehen. Damit war natürlich allen denen, die sich besonders durch die Ausführungen des ersten Redners zu Widerspruch veranlaßt sahen, die Möglichkeit einer Erwiderung abgeschnitten.

Auf Antrag der Minorität wurde jedoch beschlossen, das Thema auf die heutige Tagesordnung zu setzen und abermals zwei Referenten zu stellen, einen als Vertreter des kunstgeschichtlichen Unterrichts an den Technischen Hochschulen, und einen als Vertreter der Künstlerschaft. Hatten doch die Ausführungen Dehiós gerade in diesen beiden, wenn ich so sagen darf, Interessentenkreisen den meisten Widerspruch gefunden.

Wenn ich nun, meine sehr verehrten Herren, in dieser meiner Eigenschaft als Lehrer der Kunstgeschichte an einer Technischen Hochschule heute hier das Wort ergreife, so geschieht es also zunächst, um den Äußerungen entgegenzutreten, die in Professor Dehiós Referat enthalten waren bezüglich der Art und Weise unseres Unterrichts im Vergleich zu dem Betriebe der Kunsthistorie an den Universitäten. Ich würde es nicht wagen, vor dieser hochanschaulichen Korona diese anscheinend interne Hochschulangelegenheit hier zu verhandeln und bei unserer so knapp bemessenen Zeit hierauf näher einzugehen, wenn es sich dabei nicht zugleich um eine für unser Thema prinzipiell wichtige Entscheidung handelte: nämlich, ob die kunstgeschichtliche Vorbildung des Denkmalpflegers allein, ausschließlich an der Universität zu erlangen sei, oder ob nicht auch die Technischen Hochschulen in dieser Beziehung als ebenbürtige Bildungsstätten in Betracht zu ziehen sind.

Dehio hat diese Dinge im zweiten Teil seiner Rede berührt, wo er von der Vorbildung des Architekten für den Beruf des Denkmalpflegers spricht. Er sagt da nach dem Wortlaut des Protokolls: „Zuerst wird zu fragen sein: was bringt er aus seiner bisherigen technisch-künstlerischen Erziehung für die Denkmalpflege mit? Zweifellos eine Menge höchst schätzbarer einzelner Kenntnisse und Fertigkeiten, die ich nicht erst zu nennen brauche. Ebenso zweifellos aber keine wissenschaftliche Gesamtanschauung. Der Lehrplan der Technischen Hochschulen hat ja in anerkennenswerter Weitherzigkeit auch für Vorlesungen in der allgemeinen Kunstgeschichte gesorgt; es wird damit den heranwachsenden Architekten ein wertvoller Umlauf und Ausblick gewährt; aber darüber ist ja kein Wort zu verlieren, daß dem Lehrer der Kunstgeschichte an den Technischen Hochschulen ein weit geringerer Spielraum zur Verfügung steht, daß dieser Unterricht nicht das leisten kann und will, was der Spezialbetrieb der Kunstgeschichte an den Universitäten anstrebt.“

Also unseren Studierenden fehlt eine „wissenschaftliche Gesamtanschauung.“

Ja, meine Herren, bis zu gewissem Grade werden wir sehen, ist dieses ja auch richtig. Aber zunächst: was meint Dehio mit dem Mangel der wissenschaftlichen Gesamtanschauung? (Herr Professor Dehio: kunstwissenschaftlich habe ich gesagt!) — Es steht hier im Protokoll gedruckt: „wissenschaftlich.“ Ich halte natürlich auch die Ergänzung in „kunstwissenschaftlich“ für selbstverständlich: in diesem Zusammenhang kann ja nur von einer kunstwissenschaftlichen Gesamtanschauung die Rede sein.

Ich frage nun: was heißt kunstwissenschaftliche Gesamtanschauung? Soll es heißen: wissenschaftliche Anschauung der gesamten Kunstgeschichte, so möchte ich den verehrten Redner auf die Programme unserer Technischen Hochschulen hinweisen, die zweifellos ergeben werden, daß wir nach dieser Richtung hin sehr viel vollständiger in unserem Lehrprogramm vorzugehen pflegen, als es auf den Universitäten der Fall ist. Wir pflegen im Durchschnitt wohl in vier Semestern das ganze Gebiet der Kunstgeschichte zu behandeln und zwar nicht besonders die Architekturgeschichte, sondern die ganze Entwicklung der Kunst von den ältesten Zeiten bis auf die Gegenwart, an manchen Hochschulen bis in die Moderne hinein, während es an den Universitäten in der Regel an solchen zusammenhängenden Vorträgen fehlt. Also das soll jedenfalls die kunstgeschichtliche Gesamtanschauung nicht bedeuten. Dehio meint vielmehr wohl die wissenschaftliche Anschauung des gesamten Zusammenhangs der künstlerischen und geschichtlichen Erscheinungen, wir wollen sagen, die tiefere wissenschaftliche Erkenntnis, und da kann ich wohl sagen, bis zu einem gewissen Grade ist diese Anschauung eine richtige. Die Universitäten sind uns naturgemäß darin voraus, und ich würde der Letzte sein, das zu erkennen, der ich erstens selber von einer Universität komme, wie wir Kunstgeschichtslehrer übrigens ja alle, der ich außerdem in meiner Rektoratsrede vor zwei Jahren Gelegenheit genommen habe, ausführlich auf diesen Gegenstand einzugehen und zu betonen, worin der kunstgeschichtliche Unterricht an den Technischen Hochschulen sich prinzipiell unterscheidet, unterscheiden soll und muß von dem betreffenden Unterricht an den Universitäten. Ich habe nachgewiesen, wie die philosophische Fakultät einen ganz anderen Rückhalt, einen ganz anderen Untergrund für die kunstwissenschaft-

lichen Studien bietet als die sogenannte Allgemeine Abteilung an unseren Technischen Hochschulen, der in der Regel der Unterricht in der Kunstgeschichte zugeteilt zu werden pflegt. Ich habe darauf hingewiesen, wie die Voraussetzungen für den Unterricht bei uns ganz andere sind, und daraus auch die Folgerungen entsprechend zu ziehen sind.

Also: ich bin weit entfernt, zu leugnen, daß der Unterricht an den Universitäten nach vielen Richtungen hin tiefer gehend betrieben wird, daß er viel mehr Spezialgebiete berührt, daß er in wissenschaftlicher Beziehung den Studierenden im Allgemeinen weiter bringt, wir werden aber sehen, daß dies für unsere Frage nicht das Entscheidende ist.

Dehios Schlußsatz: „Die Technische Hochschule hat Architekten zu erziehen und nicht Kunsthistoriker,“ unterschreibe ich im Prinzip ebenfalls, es handelt sich aber im vorliegenden Falle nicht um die Erziehung zur Kunstgeschichte, sondern zur Denkmalpflege, und dafür ist meines Erachtens die kunstgeschichtliche Erziehung, wie sie die Technische Hochschule bietet, durchaus ausreichend, ja sogar in mancher Beziehung mehr zweckentsprechend, schon aus dem einen angeführten Grunde, wegen der bei uns gebotenen größeren allgemeinen Übersicht.

Was Dehio weiterhin gesagt hat, ist ebenfalls durchaus nicht zutreffend, ja vom Standpunkt des technischen Hochschullehrers aus sogar entschieden zurückzuweisen. Dehio behauptet nämlich:

„In einem Teile, allerdings dem wichtigsten Teile des Gebietes, mit dem der Denkmalpfleger zu tun hat, bietet auch die Technische Hochschule einen Spezialunterricht: in der Lehre von den historischen Baustilen. Ich will es gerne zugeben, daß hierin an den meisten Universitäten zu wenig geschieht, das Ziel, das dabei aber an den Technischen Hochschulen verfolgt wird, ist aber gar nicht die historische Erkenntnis als solche, sondern die praktische Anwendbarkeit.“

Also die praktische Anwendbarkeit! — Ich glaube, mein verehrter Herr Kollege und Freund Dehio hat Vorlesungen kunstgeschichtlichen Inhalts an einer Technischen Hochschule niemals beigewohnt, und ist in dieser Beziehung von seinen Gewährsmännern nicht richtig unterrichtet worden. Die praktische Anwendbarkeit hat mit dem kunsthistorischen Unterricht an unseren Technischen Hochschulen nicht das mindeste zu tun. Dafür sind ganz andere Vorlesungen bestimmt. Wir haben bestimmte Fachvorlesungen, z. B. über die Formenlehre der Antike in Verbindung mit der Geschichte derselben, die von praktischen Architekten gelesen werden, die aber ganz andere Ziele verfolgen, als wir bei unseren kunstgeschichtlichen Vorlesungen im Auge haben. Die historische Erkenntnis, die Dehio in den Vordergrund stellt, ist für uns genau ebenso Leitfaden und Ziel, wie beim Universitätsunterricht, wenn wir auch naturgemäß nicht überall in derselben Weise das Spezialstudium einzelner Perioden, einzelner Künstler-Persönlichkeiten, Künstlergruppen in den Vordergrund stellen können wie bei dem Spezialbetrieb unserer Disziplin an den Universitäten.

Und wenn Dehio weiterhin die Durchdringung mit historischem Geist als die Quintessenz des akademischen Unterrichts hinstellt, so nehme ich das Streben nach diesem hohen Ziel für uns Hochschullehrer ebenso sehr in Anspruch. Es handelt sich hierbei nicht um ein Privilegium des Universitätsunterrichts. Ich kann mir gar keinen kunstgeschichtlichen Architektur-

unterricht denken, der sich nicht auf möglichst breiter historischer Basis aufbaut, der nicht den allgemeinen geschichtlichen Werdegang als Grundlage benutzt und die historische Erkenntnis von dem Zusammenhang aller Kulturerscheinungen in den Vordergrund der Betrachtung stellt.

Aber selbst zugegeben — was bis zu einem gewissen Grade ja nicht zu leugnen ist — daß der Universitätsstudent historisch besser geschult ist, wie Dehio sagt: „von historischem Geiste besser durchdrungen“ an die Denkmalpflege herantritt, so kann ich dies doch keineswegs als ausschlaggebendes Moment bei unserer Frage betrachten, bei der Frage nach der Vorbildung zur Denkmalpflege nicht als „Kardinalpunkt unserer ganzen Erörterung“ anerkennen. Gewiß: der historische Sinn ist die unbedingte Voraussetzung für den Konservator, und alles, was Dehio in dieser Beziehung gesagt hat, unterschreibe ich willig. Das ist alles ganz vortrefflich, und wie es in unserem Protokoll niedergelegt ist, empfehle ich es den Herren zu lesen, die nicht Gelegenheit gehabt haben, jene Ausführungen in Erfurt selber zu hören.

Der Konservator soll konservativ sein! Dieser Standpunkt ist nur zu gewinnen und einzuhalten auf Grund eines geschulten historischen Denkens, auf Grund einer überzeugten historischen Erkenntnis, einer Wertschätzung des Gewordenen, einer Objektivität, wie sie der Kunstgeschichtsunterricht an den Universitäten im allgemeinen am besten verschafft, — am besten, aber nicht ausschließlich. Denn Beispiele liegen ja in der Tat genug vor, wie Baukünstler auf der Grundlage ihrer auf der Hochschule gewonnenen kunstgeschichtlichen Ausbildung durch selbständige Forschungen sich als Kunsthistoriker ersten Ranges betätigten, und damit bewiesen haben, daß die historische Anschauung nicht allein auf den Universitäten zu holen ist. Dies leugnet Dehio ja schließlich auch selbst nicht. Er behauptet nur, daß die historische Grundlage bei dem Architekten in der Regel nicht hinreichend stark sei, um dessen künstlerischen Betätigungsgeisten, wie er sagt, als Konservator gebührend die Wage zu halten. Mit einem Wort: nach Dehio geht beim Architekten-Konservator der Künstler zu leicht mit dem Historiker durch. In der Tat, auch hierfür würde es nicht schwer fallen, Beispiele die Menge aufzuführen, denn wer, wie ich, gerade von einer Studienreise aus Frankreich zurückgekehrt ist, dem steht unter vielem anderem das herrliche Schloß von Pierrefonds in trauriger Erinnerung, das Viollet-le-Duc jener großartigen, einst vielgerühmten Restauration unterzogen hat, um es schließlich seines altertümlichen Charakters völlig zu berauben. Aber wir brauchen ja auch in Deutschland nicht weit zu suchen nach solchen Beispielen, wo in der Tat der Architekt-Konservator über den Architekten-Historiker in schlimmster Weise obgesiegt hat. Es fragt sich nur, ob dieser zweifellos in einzelnen Fällen nachweisbare Nachteil, der teilweise in der Natur des Künstlertums begründet ist, nicht reichlich aufgewogen wird durch die Vorteile, die das Berufsstudium des Architekten vor dem des Kunsthistorikers in bezug auf die Denkmalpflege voraus hat. In dieser Beziehung möchte ich nach meinen persönlichen Erfahrungen selbst als Kunsthistoriker eine Lanze für den Künstler-Konservator einlegen.

Zunächst erkennt Dehio ja auch die Notwendigkeit an, daß die theoretischen Kenntnisse des Kunsthistorikers, also des Universitätsstudenten, einer Ergänzung bedürfen. Er sagt in dieser Beziehung:

„Wohl an allen Universitäten, die in denkmälerreichen Landschaften liegen, werden im Sommer Ausflüge unter Leitung eines Dozenten unternommen. Damit lassen sich zweckmäßig Übungen im Aufmessen und Skizzieren verbinden. Ferner schriftliche Übungen in der Baubeschreibung. Das Photographieren versteht sich für den jungen Kunsthistoriker heute von selbst. Ferner sollten die Studierenden, die sich dauernd mit Architekturgeschichte beschäftigen wollen, Zeichenunterricht nehmen.“

Ich möchte darin noch weiter gehen, ich möchte dem jungen Kunsthistoriker, besonders dem, der sich der Denkmalpflege widmen will, den Besuch der Architektur-Abteilung an einer unserer Technischen Hochschulen für einige Semester dringend empfehlen, damit er den notwendigen Einblick in die Grundanschauungen der Technik erhält, damit er eine Ahnung davon erhält, was für statische und dynamische Gesetze, was für konstruktive Ideen den einzelnen Kunstorganismen zugrunde liegen, was für einen Zusammenhang Formen und Kräfte haben. Ich möchte also dem jungen Kunsthistoriker genau ebenso eine Ergänzung seiner Studien auf unseren Hochschulen nach dieser Richtung hin empfehlen, wie Dehio dem Architekten den Besuch der Universitäten anrät, um seine philosophischen und historischen Anschauungen zu erweitern und zu vertiefen.

Im allgemeinen dürfte übrigens letzteres leichter zu erreichen sein als ersteres, das heißt, ich halte es im Durchschnitt für leichter, sich nachträglich von der Grundlage der Technischen Hochschule aus die für den Konservator unumgängliche historische Bildung anzueignen, als umgekehrt auf die historische Bildung die theoretischen Kenntnisse aufzupropfen, die ich für den Konservator als nicht minder unumgänglich betrachte.

Denn worin bestehen schließlich die Aufgaben des Konservators? Meine Herren! Die Frage ist schwer zu beantworten, denn die Tatsache liegt uns ja doch leider vor, daß die Pflichten, die Aufgaben des Konservators in unseren deutschen Bundesstaaten zurzeit noch sehr verschiedenartige sind. In der preußischen Organisation hat meines Wissens der Konservator mit dem praktischen Konservieren direkt nichts zu tun. (Zuruf: Doch!) Nur „die Ermittlung sowie die Überwachung des Zustandes aller unbeweglichen Denkmäler“ ist nach § 10 des Berichtes, den ich daraufhin durchgesehen habe — er mag veraltet sein, ich bitte mich eventuell zu korrigieren — eine der Hauptpflichten des Konservators. In Süddeutschland ist es vielfach anders. Bei uns in Baden z. B. ist der Konservator der weltlichen Bau- denkmäler zugleich auch der künstlerische Restaurator in den meisten Fällen. Dafür hat derselbe aber bei uns nichts mit der Inventarisation zu tun, die eigentlich doch zu dessen Schaffensbereich gehört, worin ich wieder mit Dehio vollständig übereinstimme.

Die Frage nach den Aufgaben des Konservators wird also verschieden beantwortet werden können und beantwortet werden müssen. Eines ist aber doch wohl allgemein zuzugeben, daß ein Hauptbestandteil seiner Tätigkeit sich nach zweierlei Richtungen entwickeln wird: erstens in der Verhütung weiteren Verfalls durch Vornahme rechtzeitiger Sicherungsmaßregeln, und zweitens im Schutze der Denkmäler. ist doch wohl keine Frage, daß, was den ersten Punkt anbetrifft: das Verhüten weiteren Verfalls durch Vornahme rechtzeitiger Sicherungsmaßregeln,

daß der Architekt darin dem theoretisch ausgebildeten Kunsthistoriker gegenüber wesentlich im Vorteil erscheint, daß er besser im stande ist, sowohl die vorhandenen, vor allen Dingen aber auch die drohenden Schäden zu beurteilen und rechtzeitig ins Auge zu fassen, somit also die Gegenmaßregeln vorzuschlagen und diese dann schnell zur Durchführung zu bringen. Daß er selbst diese Gegenmaßregeln treffen, daß er sie beaufsichtigen kann, daß er nicht auf Gutachten anderer angewiesen ist, daß er selbst mit seinem Wissen, seinem Können direkt einspringen kann, erscheint hierbei von der allergrößten Bedeutung.

In bezug auf den zweiten Fall, wo es sich um Schutz des Denkmals vor Entstellungen, unnötigen Anbauten oder Umbauten, Veränderungen unheilvoller Art handelt, mögen der Architekt und der Kunsthistoriker ja auf derselben Stufe stehen. Wenigstens ist aber der Architekt auch in dieser Beziehung dem Kunsthistoriker gegenüber nicht im Nachteil. Daß dabei die zurückgedrängte Schaffenslust des Architekten-Konservators den Bauwerken hier und da gefährlich werden kann, soll ja in keiner Weise geleugnet werden. Beispiele, wie gesagt, liegen genug vor. Aber in der Regel wird der Architekt-Konservator, dem überhaupt noch die Betätigung auf seinem eigentlichen Gebiete bei aller Geschäftslast möglich ist, anderweitig Aufgaben zu lösen finden, die seine Schaffenslust befriedigen, und die ganz großen Aufgaben, wie Heidelberger Schloß, Meißner Dom usw., derartige Restaurierungen fallen ja dem Konservator überhaupt nicht zu. Mit diesen, den Architekten in der Tat reizenden Aufgaben, die wohl zu einem Durchgehen des Künstlers mit dem Historiker verführen können, werden ja die Konservatoren nicht beauftragt, diese fallen vielmehr in der Regel bewährten Künstlern zu, die für den einzelnen Fall besonders geeignet erscheinen. Wenn also wirklich ein Mangel an historischem Empfinden bei den Architekten gegenüber den Kunsthistorikern vorhanden sein sollte, so wird dies meines Erachtens reichlich aufgewogen durch die technische Ausbildung des Künstlers.

Ich muß mich auf diese wenigen Andeutungen beschränken, meine Herren, da ja voraussichtlich der zweite Referent, Herr Dombaumeister Arntz, auf dieses Thema als Vertreter der Künstler näher eingehen wird. Ich wollte nur vom Standpunkt der Kunsthistoriker der Technischen Hochschulen aus nachzuweisen suchen, daß die Auffassung des Professors Dehio, die er dem kunstgeschichtlichen Unterricht an unseren Lehranstalten gegenüber einnimmt, unhaltbar ist, und als eine einseitige bezeichnet werden muß.

Schließlich hat doch Herr Lutsch, meiner Ansicht nach, vollständig das richtige getroffen, wenn er sagt: es komme alles auf die Persönlichkeit an. Prinzipiell, meine Herren, läßt sich in der Tat in dieser Frage nichts entscheiden, selbst dann nicht einmal, wenn man die Frage so eng stellt, wie ich es getan habe, das heißt, wenn man die Vorbildung für Denkmalpflege, wie unser Thema lautet, nur als Vorbildung der Konservatoren auffaßt, und wenn man auch dabei schließlich sogar nur die Architekturwerke ins Auge faßt. Viel anders noch würden sich die Dinge gestalten, wollte ich Plastik und Malerei, viel anders, wollte ich das Kunstgewerbe mit hineinziehen — wobei ich übrigens nicht unterlassen möchte, darauf hinzuweisen, wie der für den Konservator so wichtige Zweig des Kunstgewerbes im Universitätsstudium bisher in unverantwortlicher Weise vernachlässigt zu werden pflegt, während

an den meisten Technischen Hochschulen sogar besondere Lehrstühle für Unterricht im Kunstgewerbe eingerichtet erscheinen.

Also prinzipiell läßt sich selbst bei solcher Beschränkung des Themas nichts entscheiden. Faßt man aber die Frage ganz allgemein auf, wie Herr Lutsch es in seinem zweiten Referat in Erfurt getan hat, so kommt das ganze Gebiet der Kunsterziehung von der Kinderstube bis zur Absolvierung der Hochschule in Frage. Es handelt sich dann aber mehr um ein Thema für den Kunsterziehungstag, als für den Tag für Denkmalpflege.

Zu einer allgemeinen Einigung werden Künstler und Kunstgelehrte auch auf diesem Gebiete wohl schwerlich jemals gelangen. Das ist aber auch gar nicht erforderlich, gar nicht einmal wünschenswert. Der aus den verschiedenen Auffassungen sich ergebende Wettstreit der Kräfte kann der Sache selbst nur dienlich sein. Architekten und Historiker sollen sich auch fernerhin nur gehörig auf die Finger sehen, sich gehörig gegenseitig kontrollieren, das kann der Sache selbst nur nützen.

Eins aber soll und muß unter allen Umständen vermieden werden: eine prinzipielle Befehlung und Verdächtigung, eine Nebenbuhlerschaft auf dem Gebiete der Denkmalpflege, die nicht die Sache, sondern das Prinzip im Auge hat, die anstatt mit Gründen, mit Vorurteilen und Schlagworten in den Kampf geht.

Nach dieser Richtung hin, meine Herren, werden hoffentlich die Verhandlungen des Denkmalpflegetages einerseits vermittelnd, andererseits befruchtend wirken, befruchtend auch über den engeren Kreis der Fachgenossen hinaus, die hier versammelt sind.

In der Hauptsache, meine Herren, sind wir ja schließlich doch alle einig: die Denkmalpflege erfordert nicht nur eine besondere Vorbildung, eine Vorbildung, die zielbewußt früh einzusetzen und in bestimmter Richtung sich zu betätigen hat, sondern sie erfordert auch eine besondere, das heißt ausschließliche Betätigung, eine bestimmte Berufsstellung des damit Befrauten, wie sie leider noch lange nicht überall bei uns in Deutschland eingeführt ist. Die Denkmalpflege im Nebenamt muß endgültig und überall aufhören, wo sie noch existiert, ebenso wie das Inventarisieren im Nebenamt, das an der bisherigen traurigen Verzögerung dieser großen Kulturaufgabe hauptsächlich die Schuld trägt.

Ein Berufsstudium für die Denkmalpflege und eine Berufsstellung für die Denkmalpfleger, das sind die ersten Bedingungen, die Grundlagen einer geordneten und gedeihlichen staatlichen Fürsorge auf diesem Gebiete.

#### Korreferent: Landbauinspektor Dombaumeister a. D. Arntz-Cöln:

Meine Herren! In Vertretung des leider verhinderten Dombaumeisters von Metz, des Herrn Regierungs- und Baurats Tornow, habe ich es übernommen, zu der vorjährigen Verhandlung einen ergänzenden Bericht zu erstatten.

In dem gedruckt vorliegenden Vortrage bespricht Herr Dehio die Vorbildung zur Denkmalpflege in zwei verschiedenen Fällen, daß die Organe der Denkmalpflege aus der Gelehrtenlaufbahn oder aus der Künstler-(Architekten-)laufbahn hervorgehen, und behandelt besonders eingehend den zweiten Fall. Die Ausführungen stützen sich im wesentlichen auf die beiden Sätze: 1. „Architektur ist Kunst, 2. Denkmalpflege gehört nach allen

Voraussetzungen und Zielen zur Wissenschaft.“ Dem ersten Satz stimme ich zu, dem zweiten Satze nicht. Wenn nach dem zweiten Satze die Denkmalpflege lediglich „angewandte Wissenschaft“ ist, so kann dafür, neben der Hilfe anderer Disziplinen (wie z. B. Jurisprudenz) die Tätigkeit des Architekten nur als die eines technischen Gehilfen in Betracht kommen. Jede künstlerische Betätigung oder Schaffenskraft würde eine schädliche Wucherung, eine ernste Gefahr für die Denkmalpflege bedeuten. So scheint denn eine reinliche Scheidung der Geister geboten. Nur mit einem auserwählten kleinen Kreise wissenschaftlich orientierter Architekten, welche ihren eigentlichen Beruf abgeschworen, ließe sich allenfalls ein Pakt zur Stütze der Denkmalpflege schließen. Danach bliebe für den ausübenden Künstler, selbst für Rafael, den schaffenden Baumeister und Konservator, kein Raum mehr in dem scharf abgegrenzten Tempelbezirk der Denkmalpflege. — Im Sinne einer solchen Gelehrten-Republik die Vorbildung zur Denkmalpflege zu gestalten, erscheint mir aber doch ein recht gewagtes Unternehmen. Denn, meine Herren, es kommen meines Erachtens bei der Vorbildung zur Denkmalpflege neben dem wissenschaftlichen Interesse tatsächlich auch andere berechtigte Interessen wohl in Betracht. Es erscheint mir daher zunächst notwendig eine Aussprache über die Aufgaben der Denkmalpflege. Schon der Begriff der Denkmalpflege — wohl zu unterscheiden von Denkmalkunde, welche zweifellos ein wissenschaftliches Fachgebiet darstellt — muß entschieden weiter gefaßt werden als „angewandte Wissenschaft“: denn sie greift ihrem Wesen nach hinein in die rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse unseres gesamten Lebens. Der so oft und gern zitierte „Standpunkt der Denkmalpflege“ hat sich im Laufe der Jahre recht merklich verschoben. Das Arbeitsgebiet selbst hat eine bedeutende Erweiterung erfahren, da die Ziele weiter gesteckt sind. Darf ich doch annehmen, daß wir alle den Bestrebungen des Heimat- schutzes, welcher neuerdings bestimmtere Gestalt angenommen, zum mindesten wohlwollend gegenüberstehen. Voraussetzung der Denkmalpflege ist das historische Ergebnis achtungswerter, kultureller, technischer und künstlerischer Arbeitsleistungen, und ihr ausgesprochener Zweck ist doch der, diesen unschätzbareren Erbbesitz zu schützen und vor Schaden zu bewahren; alle unsere Bestrebungen, gesetzlichen Bestimmungen und Verwaltungsmaßregeln laufen doch darauf hinaus, Verwahrlosung, Verfall oder Vernichtung eines geschichtlichen Werkes mit allen zu Gebote stehenden Kräften zu verhüten, und dasselbe in seinem ungeschmälerten, technischen und künstlerischen Wert oder Gehalt einer gesicherten Zukunft entgegenzuführen. Diese Aufgabe ist wahrlich nicht leicht, und kann nur durch eine zweckentsprechende Organisation gelöst werden. Darin sind wir wohl alle einig. Die Aufgabe gestaltet sich aber besonders schwierig, wenn es sich um die Pflege eines Werkes der Baukunst handelt. Denn ein solches geschichtliches Werk, das unter ganz bestimmten Voraussetzungen und Bedingungen (wie Baustoffe und Bauzwecke), in ganz bestimmter Umgebung gewachsen und gewandelt ist, das in seinem organischen Aufbau und Ausbau mit seinen Baustoffen und Bauformen und mit seinem bildnerischen und malerischen Schmucke ein ganzes Wesen bildet, darf nicht als ein abgeschlossenes, dem Leben entzogenes Studienobjekt betrachtet und behandelt werden; denn ein Bauwerk, das seiner Zeit, seiner Landschaft, seiner Umwelt angehört, muß womöglich auch dem Leben entzogen werden. Tatsächlich da

nicht allein das Konservieren, sondern mehr noch das Konsolidieren. Es kommt nicht allein die technische Sicherung des Baubestandes in Betracht, oder die urkundliche Ergänzung, wir müssen auch dafür sorgen, daß die Lebensbedingungen eines Bauwerkes im Sinne einer historischen Wiederherstellung gesichert oder doch sicher verbürgt werden. Das ist allemal auch notwendig, wo einem Bauwerk die Zweckentfremdung droht, oder wo mit den wirtschaftlichen Bedürfnissen eines fortgeschrittenen Lebens gerechnet werden muß. Ich erinnere nur daran, wie so manches geschichtliche Bauwerk — besonders kirchlichen Charakters — deshalb der Verwahrlosung anheim fiel, weil nicht rechtzeitig einem erweiterten Baubedürfnis entsprochen worden ist; ich könnte hierfür eine ganze Reihe von Beispielen anführen.

Es kann sich daher die praktische Denkmalpflege gegebenen Falles nicht der Aufgabe entziehen, im Interesse eines erhaltenswerten Baudenkmals für eine angemessene Erweiterung desselben einzutreten, oder berechtigten Forderungen neuzeitlicher Nutznutzung oder Verwertung durch geeigneten Anbau oder Umbau, selbst durch Änderungen am Baubestand, entgegen zu kommen. — Beiläufig erwähne ich nur ein Stadttor in Marienburg in Preußen, welches nur dadurch vor dem Abbruch bewahrt wurde, daß für die Zwecke des Verkehrs eine neue Seitenöffnung gebrochen worden ist. Unter Umständen liegt neues Schaffen im Interesse der Denkmalpflege. Meine Herren! Es ist nicht immer möglich, auch nicht immer praktisch, den Lebensstrom von unseren historischen Bauwerken fern zu halten. Besser schon ist es bekanntlich, einen gegebenen Strom zu leiten, seine Kraftfülle zu sammeln und nutzbringend zu verwerten. Vor allem ist es geboten, für die bauliche Pflege, für die Gesunderhaltung eines Bauwerkes zur rechten Zeit die rechten Mittel anzuwenden. Baupflege und Bauwirtschaft müssen ineinander greifen. Soll die Baupflege ihren Zweck erfüllen, so muß sie auch über zweckentsprechende Mittel verfügen, insofern ist sie ein ungemein wichtiges, volkswirtschaftliches Problem. Ebenso wichtig wie die wirtschaftliche Seite ist aber auch die sachgemäße Anwendung der Mittel im technisch-künstlerischen Sinne. In jedem Falle, wo der Bestand eines geschichtlichen Kunstwerkes in Frage steht, liegt somit auch eine künstlerische Aufgabe vor, welche sowohl auf den echten Gehalt des Kunstwerkes, wie auf den Stimmungswert seiner Umgebung im weitesten Sinne Rücksicht zu nehmen hat. Aus diesen knappen Hinweisen läßt sich doch schon das Eine entnehmen, daß wir es bei der Denkmalpflege weniger mit einer angewandten Wissenschaft als mit einer wirklichen Kulturaufgabe zu tun haben, welche an die Leistungsfähigkeit berufener Arbeitskräfte vielseitige Anforderungen stellt. Diese wichtige, nationale Aufgabe verlangt nicht nur sachkundige und urteilsfähige Berater und Verwalter, sondern auch ausführende Organe; nicht nur eine gründliche wissenschaftliche Bildung, sondern auch eine erfahrungsgemäße, technisch-künstlerische Bildung. Sie muß daher nicht nur die Hilfe der Wissenschaft und der Verwaltung, sondern — sofern der Bestand von Kunstwerken in Frage steht — auch künstlerisch empfindende und künstlerisch schaffende Organe in Anspruch nehmen.

Diesen vielseitigen Aufgaben muß notwendig auch die jeweilige Vorbildung zur Denkmalpflege entsprechen. Ich denke hier: „Jeder Weg zum rechten Zwecke ist auch recht auf jeder Strecke.“

Entsprechend seiner grundsätzlichen Auffassung des Problems hat Herr Dehio recht eingehend die Frage behandelt:

„Was verbindet eigentlich den Beruf des Architekten mit den Aufgaben der Denkmalpflege?“

Er entwirft dabei eine Schilderung des Architektenberufes, welche ganz entschieden einer Richtigstellung bedarf. Ich muß zur Ehre unseres Faches annehmen, daß dem Herrn Vortragenden, als er Herz und Nieren der Bauleute prüfte, ein anfechtbares Quellenmaterial zur Verfügung stand, daß, als er den Architektenberuf unter die wissenschaftliche Sonde nahm, einige ungünstige, persönliche Erfahrungen das allgemeine Urteil beeinflußt haben. Jedenfalls dürfte es angezeigt sein, das angeführte Register, welches die Sünden der Architekten aufweisen soll, einer Nachprüfung insofern zu unterziehen, als aus demselben dem Beruf des Architekten ein berechtigter Vorwurf hergeleitet werden kann. Allerdings dient der Baumeister mit seiner Arbeit dem praktischen Leben: er betrachtet als seinen Beruf, einem gegebenen Baubedürfnis zu zweckentsprechendem Ausdruck zu verhelfen, aber er stützt sich dabei — bewußt oder unbewußt — auf eine technische und künstlerische Erfahrung, die uns in dem Lebenswerk tüchtiger Vorfahren überliefert ist. Es gilt vorsichtig, aber auch umsichtig zu sein. Wohl müssen wir Bauleute für neue Bedürfnisse zeitgemäße, neue Ausdrucksmittel finden und neues Sprachgut prägen, aber wir müssen immer und immer wieder zurück schauen auf das, was Großes und Schönes vor uns geleistet worden, wenn wir zur vollen Beherrschung des Fachgebietes gelangen wollen. Es liegt gerade im Wesen unseres Berufes, daß wir den geistigen, den geschichtlichen Zusammenhang mit den Schöpfungen der Vergangenheit nie aus dem Auge verlieren dürfen, und so sehen wir in den Denkmälern der Kunst die Offenbarung eines tätigen Idealismus, welcher uns zur Verehrung und zur wahrhaften Nachfolge im Geiste treibt. Uns sind die geschichtlichen Bauwerke ein Kulturschatz, dem wir, wie einst unsere Vorfahren, Anregung und Schaffensfreude in mehr als einer Hinsicht für unser Lebenswerk entnehmen können. Wir lernen niemals aus, wir lernen daran große Gesetze, wichtige Lehren und ernste Mahnungen der Geschichte zu verstehen und für die Zwecke unseres Lebens zu verwerten. Glauben Sie mir, es ist keineswegs nur ein lockeres, ästhetisches Verhältnis, in dem der Architekt zu der historischen Kunst steht, es ist in der Tat auch ein großes künstlerisches Interesse, das den Architektenberuf mit den Aufgaben der Denkmalpflege verbindet. Wir halten uns verpflichtet, für die Erhaltung geschichtlicher Kunst einzutreten, weil wir in ihr Wurzel und Stamm, den Grundstock erblicken für eine organische Weiterentwicklung der Kunst, weil wir in der kunstgeschichtlichen Errungenschaft — vom primitiven Bauernhause aufwärts bis zu den hochentwickelten Großkonstruktionen und Meisterwerken der Baukunst — ein verzinsliches Vermögen, die Voraussetzung und die Bürgschaft sehen für den Fortbestand und die Fortbildung einer gesunden lebensgemäßen und lebenskräftigen Kunstdpflege.

Ich wende mich nun wieder der Hauptfrage zu:

Welche Forderungen sind im Hinblick auf die vielseitigen Aufgaben der Denkmalpflege an die Vorbildung zu stellen?

Für alle, welche in einer oder anderen Richtung der Sache dienen wollen, ist eine Erziehung im historischen Geiste notwendige Voraussetzung.

Darin stimme auch ich mit Herrn Dehio vollkommen überein. Allein diese Forderung wissenschaftlicher Vorbildung genügt meines Erachtens keineswegs. Sie bedarf zunächst einer Ergänzung in technischer Richtung, welche nur durch praktische Betätigung erworben werden kann. Es ist neben einer Praxis im Verwaltungsdienste ins Auge zu fassen: eine ausübende Tätigkeit in einer kunsttechnischen Werkstatt oder auf dem Werkplatze, womöglich im Bereich eines geschichtlichen Bauwerkes. Dem angehenden Pfleger muß es zum lebendigen Bewußtsein kommen: „wie aus Stoffen und aus Kräften sich ein Bau zusammenfügt“. Nur durch eigene Anschauung, durch den persönlichen Einblick in das Werden, Wachsen und Welken eines Werkes, durch fleißiges Studium der Baustoffe und der Baukonstruktionen wird er die Daseinsbedingungen eines Denkmals verstehen und würdigen lernen; nur in der lebendigen Gegenwart des Kunswerkes läßt sich erst der rechte Maßstab für die Wertschätzung und ein sicheres Urteil über das gewinnen, was not tut im Sinne der Denkmalpflege. Sehr beachtenswert und nachahmenswert ist jedenfalls der geplante Versuch, die Hochmeisterburg des Deutschen Ordens, die Marienburg i. P., ihren Baubetrieb und die während der Bauausführung entstandenen Sammlungen baugeschichtlicher und bautechnischer Art als Lehrmittel für die Danziger Hochschule zu verwerten.

Eine andere sehr wichtige Forderung, erscheint mir, daß bei der notwendigen Verwaltungspraxis auf die wirtschaftliche Ausbildung der Denkmalpfleger entschiedener Wert gelegt werde. Denn die Veranschlagung, die Beschaffung und Verteilung der wirtschaftlichen Mittel, kurz die Aufstellung eines zweckentsprechenden Wirtschaftsplans im ganzen Umfange spielt bei der Verwaltung unseres vielgestaltigen Denkmalschatzes eine ungemein wichtige Rolle. Kommt es doch auch auf diesem Gebiete im wesentlichen darauf an, weise Haus zu halten und stets rechtzeitig da zu helfen, wo Hilfe not tut. Daß der künstlerischen Aus- und Fortbildung die größte Aufmerksamkeit geschenkt werden muß, bedarf nach dem Gesagten keines Beweises mehr. In dieser Richtung bietet der ausführliche Bericht des Herrn Lutsch manchen wertvollen Fingerzeig, der für die Form des Bildungsganges zu beachten sein wird. Eine Ausbildung angehender Pfleger in praktischen Meisterschulen — etwa nach dem Vorbilde der Akademien mit ausgesprochen historischer Richtung, erscheint mir durchaus wünschenswert.

Mag nun die Vorbildung zur Denkmalpflege, die fachmännische Ausbildung und Erziehung auf dem einen oder anderen Wege erworben sein, die praktischen Aufgaben stellen an die persönliche Leistungsfähigkeit der Organe recht hohe Anforderungen. Dazu sind Männer nötig, die Kopf und Herz auf dem rechten Fleck haben, welche mit der Liebe zur Sache keinen Ehrgeiz, wohl aber die Achtung vor jedem tüchtigen Mitarbeiter verbinden, ganze Männer, welche in jedem Falle für das, was sie beschließen, tun oder lassen, die Verantwortung zu übernehmen und zu tragen im stande sind; Charaktere, welche den Mut innerster Überzeugung mit dem lebhaften, unbestechlichen Gefühl der Verantwortlichkeit und der Pflicht vereinen.

Wenn somit von der Persönlichkeit des Einzelnen, zumal in leitender Stellung, sehr vieles abhängt, so sind doch die Erfolge einer sachgemäßen Denkmalpflege an das Zusammenwirken sehr vieler Arbeiter geknüpft; viele Fakultäten sind dabei beteiligt, und es ist gewiß auch wünschenswert, auf diesem Gebiete eine zweckmäßige Teilung der Arbeit oder der Arbeitsgebiete

durchzuführen. Allein wie auf allen Gebieten des Volkslebens dürfen wir nicht nur differenzieren, wir müssen auch summieren und integrieren. Die achtunggebietenden Kulturwerke der Menschheit sind durch zusammengefaßte, einheitlich geleitete Arbeitskraft entstanden, und so kann auch die große Kulturaufgabe der Denkmalpflege — nach meiner Überzeugung — nur erfüllt werden durch gemeinsame Arbeit in rein sachlichem Interesse. Deshalb erscheint mir nur eine solche Vorbildung erstrebenswert, welche den in der Aufgabe begründeten Forderungen in wissenschaftlicher und künstlerischer Richtung in vollem Maße Rechnung trägt. Wissen und Können, beides tut not: Suum cuique!

Nicht dadurch werden wir die Sache fördern, daß wir zwei entgegengesetzte Zugkräfte an den Denkmalpfug spannen: auch dadurch nicht, daß man an einem strittigen Grenzgebiet Zäune oder Schanzen errichtet und dadurch einem zwecklosen Erbfolgestreit neuen Vorschub leistet. Der Sache wird wohl mehr gedient sein, wenn die Vertreter der Wissenschaft und der Kunst ernstlich bemüht sind, in ihrer Arbeit sich gegenseitig verstehen und schätzen zu lernen. Sind wir erst über unser gemeinsames Ziel im klaren, dann sei zu loblichem Wetstreit die Bahn dem Tüchtigen frei; dann findet sich wohl auch ein Weg, auf dem wir alle uns zu gemeinnützigem Wirken die Hände reichen können. Und so möchte ich meinen Bericht mit einem Leitspruch aus Goethes Wanderjahren schließen:

„Auch dem unbedingten Triebe  
Folget Freude, folget Rat.  
Und dein Streben, sei's in Liebe,  
Und dein Leben sei die Tat.“

#### **Debatte:**

Herr Professor Dr. Dehio-Straßburg: Meine Herren! Meine taktische Position in dieser Debatte ist offenbar keine günstige. Sie haben hier die Antithese gehört, während die These vor einem Jahr in Erfurt gesprochen wurde. Ein beträchtlicher Teil, die Hälfte gewiß der Anwesenden, hat meine These gar nicht gehört und von den anderen kann ich auch nicht ohne weiteres annehmen, daß sie ihnen bis in die einzelnen Verzweigungen meines Gedankenganges hinein in Erinnerung sein werde. Ich habe geglaubt, damals etwas Gewicht legen zu sollen — ob es mir gelungen ist, weiß ich nicht — auf eine zusammenhängende Gedankenentwicklung, und von dieser aus würde, wie ich glaube, die Opposition vor allem gegen mich zu führen gewesen sein.

Wenn ich mich mit dem, was die Herren Vorredner gesagt haben, im einzelnen auseinandersetzen wollte, so würde ich unwillkürlich wieder darauf zurückkommen, meinen Erfurter Vortrag zu wiederholen, was ich Ihnen natürlich in keiner Weise zumuten darf. Ohnedies glaube ich, daß die Differenzen zwischen mir und den beiden Herren Gegenrednern gar nicht so groß sind, wie sie hier im Augenblick erscheinen müssen, wo natürlich in erster Linie das hervorgehoben wurde und das des Breiteren ausgeführt wurde, was uns trennt.

Sei dem wie ihm sei, so kann ich hier auf eine einzelne Auseinandersetzung mit den einzelnen Herren aus dem angeführten Grunde nicht eingehen, ich muß vielmehr die geehrten Anwesenden, welche nun weiter über dieses

Thema nachdenken wollen, bitten, noch einmal, nachdem Sie die heutigen Vorträge angehört haben, das Protokoll meines Erfurter Vortrages hervorzuholen, und dieses daneben zu legen. Dies ist das einzige, was ich zur Verteidigung meiner Gedankenreihe hier tun und worum ich bitten kann. Das aber möchte ich sagen, daß, wenn ich auch, wie es sich von selbst versteht, sehr aufmerksam den Reden der Herren Vorredner gefolgt bin und sehr willig bin, wo ich ein Unrecht einsehe, es zuzugeben — und in einigen Details wird gewiß auch dieser Fall eintreten — ich doch sagen muß, daß ich in meiner Gesamtauffassung nicht wankend geworden bin.

Wer die Geistesgeschichte des 19. Jahrhunderts kennt, weiß, wo der Ursprung der Denkmalpflege liegt. Er liegt in dem Aufschwung, dem großen und allgemeinen Aufschwung, den die geschichtlichen Wissenschaften im 19. Jahrhundert genommen haben. Wenn ich von dem natürlichen Architekten sprechen darf in dem Sinne etwa, wie die Theologen von dem natürlichen Menschen sprechen, so kann ich nur sagen: der natürliche Architekt als solcher hat noch keine Tendenz zur Denkmalpflege. Gehen Sie alle Jahrtausende und alle Jahrhunderte der Architekturgeschichte durch, die Zeiten, in welchen die Kunst am kräftigsten blühte, bis ins 19. Jahrhundert hinein — niemals haben Architekten als solche an Denkmalpflege gedacht (Unruhe und Widerspruch) — nein, an Denkmalpflege in unserem Sinne entschieden nicht, und ich glaube deshalb, sie hätten wohl auch im 19. Jahrhundert nicht daran gedacht, wenn nicht eben diese ganz allgemeine Durchsäuerung des Denkens im 19. Jahrhundert mit historischen Motiven und historischem Geiste eingetreten wäre.

Die Denkmalpflege wird, wie ich glaube, nicht gedeihen können, wenn sie sich von ihrem Ursprung entfernt, wenn sie ihrem Ursprung untreu wird. Ich kann mir — und dieses eben muß ich noch einmal hier bekennen — keine andere Denkmalpflege denken, als die von den Grundsätzen der historischen Methode ausgeht. Die Denkmalpflege hat unter Kontrolle der Geschichtswissenschaft zu bleiben — oder sie wird nach einiger Zeit denaturieren. Daß die Mittel, welche den von der Geschichtswissenschaft betriebenen Zielen dienen sollen, selbstverständlich der Kunst, der Technik usw. entnommen sind, dieses habe ich gewiß nicht geleugnet, und es täte mir leid, wenn ich das im vorigen Jahre als meine Meinung nicht hinreichend deutlich hingestellt hätte.

Außer den beiden Herren Vorrednern ist mir seit dem Erfurter Tage ein Gegner auch erstanden in Herrn Stadtbauinspektor Stiehl. Er veröffentlichte einen kurzen polemischen Aufsatz gegen meine damalige Rede noch in demselben Herbst in der „Kunstchronik,“ und die Grundgedanken, die er damals skizzierte, hat er dann jetzt mit Anlehnung an die Heidelberger Frage ausführlich uns dargeboten in einer Broschüre, welche den Titel führt: „Kunst oder Kunstgeschichte?“ Diese Ausführungen kommen auf ihren letzten Seiten zu Ergebnissen, die ich nach einer gewissen Richtung hin für bedeutsam halte. Er sagt: „In weiten Kreisen der Künstler will man nicht mehr viel von ihr“ — das heißt der Kunstgeschichte — „wissen,“ und dann wendet er sich in einem Appell auch an alle die „unbefangenen Laien,“ von denen er erwartet, daß sie sich darüber zu entscheiden haben würden, „ob in Deutschland in Kunstfragen — Kunstfragen heißt im Zusammenhang des Ganzen das, was wir Denkmalpflege nennen — also ob in Deutschland in Kunstfragen

die freie Schöpferkraft lebendiger Kunst oder die schaffensunfähige Trockenheit abstrakter Buchgelehrsamkeit den größeren Einfluß haben soll.“

Ich bin Herrn Stadtbauinspektor Stiehl für die Offenheit, mit welcher er diese Ansicht hier ausgesprochen hat, aufrichtig dankbar, aber zu einer weitergehenden Diskussion halte ich sie eigentlich nicht für geeignet und breche deshalb ab.

Herr Professor Dr. Neuwirth-Wien: Hochansehnliche Versammlung! Gestatten Sie mir im Anschluß an die Ausführungen des Herrn Professors Dehio zunächst etwas zu berichtigen, was er gewissermaßen als Grundlage für seine Anschauungen aufstellte, daß nämlich die Denkmalpflege eigentlich ausgehe von dem großen Aufschwung, den die historischen Wissenschaften und die Geschichtsforschung im 19. Jahrhundert gewonnen haben. Es mag das an und für sich im ersten Augenblick bestechend sein, allein wenn man für den einzelnen Fall sofort im stande ist, das zu widerlegen, wird er sich doch davon überzeugen, daß das keinesfalls allgemein verpflichtend sein könne. Zum Beispiel bei uns in Österreich, das, wie Ihnen ja bekannt ist, in der Entwicklung seines Hochschulwesens erst beiläufig seit dem Jahre 1855, den deutschen Universitäten sich angenähert, und seither einen wesentlichen Aufschwung auch des historischen Studiums zu verzeichnen hat. Die Gründung der Zentralkommission, derjenigen Institution, welche die Denkmalpflege auf ihre Fahne schrieb, erfolgte auf Grund Allerhöchster Entschließung im Jahre 1850, sie ist also bereits eigentlich der Sache vorausgeeilt. Sicherlich haben dann die Fortschritte der historischen Studien, welche die Gründung der Akademie der Wissenschaften sowie des Instituts der österreichischen Geschichtsforschung bei uns gebracht haben, auch naturgemäß wesentlich dem Aufschwung der Denkmalpflege bei uns genützt.

Was einen weiteren Punkt der Ausführungen des Herrn Professors Dehio betrifft, so möchte ich doch darauf hinweisen, daß der Lehrer der Kunstgeschichte an den Technischen Hochschulen sich gewiß nicht damit begnügen wird, einzig und allein auf die Wahrnehmung rein praktischer Bedürfnisse seiner Hörer hinzuarbeiten, sondern unter allen Umständen darauf ausgehen muß, ihnen die breitere Grundlage des historischen Denkens zu geben und ihnen vor allen Dingen zu zeigen, wie die einzelnen Denkmäler derselben Kategorie mit bestimmten Zeitströmungen zusammenhängen, wie sie aus ihnen herauswachsen und einzig aus ihnen begriffen werden können, nicht an und für sich, was das Denkmal in seinen vielleicht noch so interessanten künstlerischen Formen bietet, sondern wie es sich in den ganzen Organismus seiner Zeiterscheinungen hineinpaßt. Das ist das, was auch den Hörer der Technischen Hochschule ganz außerordentlich interessiert, und ich glaube, meine Herren, wir sind ja doch heute in der glücklichen Lage, an den Technischen Hochschulen wiederholt Lehrer zu finden — Sie haben es an Herrn Professor von Oechelhäuser gesehen, und wenn ich meine Persönlichkeit dazurechnen darf, desgleichen — die die Lehrerfahrungen der Universität auf die Technische Hochschule hinübertragen können. Ich gebe Ihnen gleichfalls die Versicherung, daß die Erfahrungen, die wir mit unseren Hörern machen, keineswegs ungünstige sind, sondern tatsächlich zeigen, daß die Leute nicht allein in der künstlerischen Erkenntnis, sondern auch in der historischen, weiterschreiten.

Ja, Sie sehen z. B., daß wir auch durchaus nicht Bedenken tragen, die praktischen Konsequenzen zu ziehen. Ich mache mich keines Bruches eines Amtsgeheimnisses schuldig, wenn ich Ihnen zum Beispiel mitteile, daß die Architekturschule derjenigen Hochschule, welcher derzeit vorzustehen ich die Ehre habe, unserem Unterrichtsministerium einen neuen Lehrplan der Architekturschule mit einem eigenen Kolleg für Denkmalpflege unterbreitet hat. (Beifall.) Bitte, meine Herren, ich will nicht etwa sagen, daß wir irgend etwas Außerordentliches damit geleistet haben! Halten Sie Umschau in den Lektions-Katalogen der deutschen Universitäten, und Sie werden finden, wie außerordentlich vereinzelt die Kollegen sind, die speziell einen Ertrag für die Denkmalpflege abwerfen. Mit Spezialisierungen und derartigen Kollegen, wie über Holzschnitt- und Kupferstichkunde, meine Herren, wird der Denkmalpflege durchaus nicht genützt. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als, wenn wir tatsächlich die praktischen Ziele derselben fördern wollen, auch jederzeit uns dessen bewußt zu werden, wie wir ganz bestimmte historische Tatsachen in lebendiger Darstellung zu gleicher Zeit als Befruchtung im künstlerischen Unterrichte unserer Hochschulen einschalten und darauf bedacht sind, daß die praktischen Fragen der Denkmalpflege — und auf die kommt es ja hauptsächlich an — durch diesen Unterricht einen bleibenden Nutzen haben.

Herr Stadtbaudirektor Privatdozent Stiehl-Steglitz-Berlin: Meine Herren! Ich darf wohl anknüpfen an eine Zwischenäußerung, die der Herr Professor Dehio vorhin tat, und zu der ich glaube, einen kleinen tatsächlichen Beitrag geben zu können. Es handelt sich um die Frage, ob die Denkmalpflege nur rein von historischer Seite eingeleitet und angeregt ist oder nicht. Ich möchte mir gestatten, doch an das prachtvolle Werk von wundervollen Aquatinta-Kupferstichen zu erinnern, das im Anfang des vorigen Jahrhunderts, ehe eine wissenschaftliche Denkmalpflege existierte, über die Marienburg herausgegeben wurde von dem Architekten Gilly, einem Zeitgenossen Schinkels, veranlaßt mit der Absicht, zur Erhaltung und zur Wiederherstellung dieses herrlichen Bauwerkes anzusefern. Wenn ich weiter erinnern darf an das schöne große Werk von Schwechten über den Meißener Dom, das dieselbe Tendenz hat, so glaube ich, liegt die Sache doch nicht so einfach, wie sie uns eben dargestellt wurde. Auch hier ist das, was Herr Arntz so schön betonte: das Zusammenwirken der verschiedenen Richtungen, von Anfang an das gewesen, was unsere Sache gefördert hat und was sie auch hoffentlich weiter fördern wird.

Zu dem kleinen Passus aus einer von mir veröffentlichten Broschüre, den Herr Professor Dehio zitierte, werde ich selbstverständlich auch gern auf eine Diskussion verzichten. Ich möchte nur dazu bemerken: gegenüber scharfen Angriffen, meiner Ansicht nach durchaus einseitiger Art, schien es mir im Interesse der Ausgleichung der Gegensätze richtig, auch die entgegengesetzte Ansicht mit vollem Gewicht in die Wagschale zu legen. Das Ziel ist die Ausgleichung der Gegensätze, und ich glaube oder hatte wenigstens damals den Eindruck, daß die präzise, scharfe Aussprache des entgegengesetzten Standpunktes nötig oder jedenfalls nützlich sein würde zur Erreichung eines gemeinsamen Marschzieles. In diesem Sinne bitte ich den Passus aufzufassen, wie ich ihn da — ich gebe zu: scharf — geschrieben habe.

## II. Grundsätze für die Wiederherstellung alter Baudenkmäler (Stilfragen)

*Vorbemerkung: Die Erörterung dieses für die moderne Denkmalpflege grundlegend wichtigen Themas hat ihren Ausgang genommen von der ersten Tagung in Dresden am 24. und 25. September 1900. Leider liegt darüber kein stenographischer Bericht vor, sondern nur eine durch die Schriftführer ausgearbeitete freie Wiedergabe der Verhandlungen, die vor der Drucklegung den Rednern nicht einmal zur Genehmigung vorgelegt worden ist. Infolgedessen hat der Herausgeber geglaubt, beim vorliegenden Neudruck den Rednern nachträglich Gelegenheit zur Vornahme von Verbesserungen geben zu müssen. Wie ein Vergleich mit dem Dresdener Originalbericht ergibt, handelt es sich aber bei den vorgenommenen Korrekturen nur um solche Änderungen, die den Sinn der damaligen Ansprachen nicht berühren. —*

*Im nachstehenden sind nur die auf Grund bestimmter Referate erfolgten Verhandlungen über die Stilfrage wiedergegeben, da die gelegentlich der Erörterung aktueller Fragen der Denkmalpflege über dasselbe Thema abgegebenen Erklärungen und vorgetragenen Grundsätze sporadisch aus ihrem Zusammenhange nicht herausgerissen werden konnten.*

### Dresden 1900

Der Redner, Baurat Tornow-Metz, führt ungefähr folgendes aus:

Das, was wir heute unter Restaurieren von Baudenkmälern verstehen, ist durchaus ein moderner Begriff, wenn auch der hierbei verfolgte Zweck, die Beseitigung von Schäden, nicht neu ist. Der Unterschied zwischen früher und heute besteht also nicht in der gestellten Aufgabe, auch nicht in den Mitteln, sondern lediglich in der Verschiedenheit der Grundsätze. Vor Abschluß des geschichtlichen Entwicklungsganges zu Ende des 18. Jahrhunderts führte man, unbekümmert um stilistische Reinheit und Einheitlichkeit, Restaurierungen in dem herrschenden Stile aus. Heutzutage nimmt man auf den Stil, in dem das Denkmal ausgeführt ist, Rücksicht. Auf die uns pietätlos erscheinenden Restaurierungen früherer Zeiten blicken wir gewöhnlich mit Mitleid herab, tun damit aber Unrecht. Denn wir haben keinen Grund, uns hier zu überheben. Es ist keineswegs der Ausfluß einer geistigen und künstlerischen Überlegenheit, die uns so handeln läßt, wie wir es tun. Wir machen vielmehr aus der Not eine Tugend — denn wir haben keinen eigenen Baustil.

Wegen der Neuheit der Sache, Mangel an Erfahrungen und der herrschenden Unklarheit fielen die ersten Versuche, nach neuer Art zu restaurieren, nicht sehr glücklich aus. Mit der Zeit hat sich aber eine

ziemlich völlige Übereinstimmung herausgebildet. Von den vielen Restaurierungen seien hervorgehoben: Dom zu Köln, Münster zu Ulm, Notre Dame zu Paris und die zum Teil noch nicht vollendeten Restaurierungen der Kathedralen zu Laon und Reims. Man hat Gelegenheit genug gehabt, Erfahrungen zu sammeln. Auch eine umfangreiche Literatur in Deutschland, England, Frankreich und Italien ist hier in Betracht zu ziehen. Redner ist gern der an ihn ergangenen Aufforderung gefolgt, die Gesichtspunkte zusammenzutragen, von welchen aus heute die Restaurierungen von Baudenkmälern aufgefaßt werden. Natürlich können hier keine Regeln gegeben werden, die für alle Fälle gelten. Aber das Durchdringen dieser Grundsätze wird wohl stets das Richtige wählen lassen. Wegen Mangel an Zeit ist auf die Literatur und die technische Seite der Frage nicht eingegangen. Nur das Wesen der Restaurierungsarbeiten wird hier behandelt werden.

Der Hauptzweck besteht im Wiederherstellen, dann aber auch im Erweitern und Ausbauen eines Denkmals. Die hiermit verknüpfte Tätigkeit erfordert Vorarbeiten und die eigentliche Ausführung. Zu den Vorarbeiten gehören:

1. Untersuchung auf ursprüngliche Anlage, und zwar wie sie einst gesund und neu war, und wie sie jetzt mangelhaft und schadhaft wurde.
2. Genaue zeichnerische Aufnahme, eine auch die Bauchronik einschließende Beschreibung sowie Herstellung von Photographien des ganzen Baues, seiner Teile und seiner Ausstattung.
3. Aufstellung des Vorentwurfes, also des Bauprojektes, bestehend aus Zeichnungen, Kostenanschlägen und Erläuterungen.

Die eigentlichen Ausführungsarbeiten bestehen in einem bloßen Ausbessern, im Ersatz beschädigter Teile durch neue, in Fertigstellung unvollendeter Teile, in der Ausführung von Vergrößerungen und Erweiterungen oder endlich im Freilegen des Baudenkmals durch Beseitigung störender Ein- und Anbauten.

Darauf besprach der Redner zuerst folgende, von ihm verfaßte und jedem Teilnehmer gedruckt vorliegenden neun Grundregeln:

#### A. Grundregeln.

##### Erste Grundregel.

Die Pflicht der Erhaltung und Pflege erstreckt sich auf alle Baudenkmäler, die den geschichtlichen Stilrichtungen angehören, also auf diejenigen aller Stile von den ältesten Zeiten bis zum Abschlusse des baugeschichtlichen Entwicklungsganges zu Ende des XVIII. Jahrhunderts.

##### Zweite Grundregel.

Alle geschichtlichen Stilrichtungen gelten in Hinsicht auf die Pflicht der Erhaltung und Pflege ihrer Denkmäler für untereinander gleichwertig.

##### Dritte Grundregel.

Alle Tätigkeit des restaurierenden Architekten muß von einer tiefwurzelnden Pietät für die Werke der Alten durchdrungen sein.

#### Vierte Grundregel.

Bei keiner Art von Restaurierungsarbeiten darf unter dem Vorwande der Verbesserung eines vermeintlichen Verstoßes gegen den guten Geschmack die alte Form irgendwie geändert werden.

#### Fünfte Grundregel.

Bei allen Restaurierungsarbeiten müssen die Materialien so ausgewählt, die Arbeiten derartig hergestellt und die Konstruktion so angeordnet werden, daß in der fertigen Arbeit der höchstmögliche Grad von Dauerhaftigkeit erreicht wird.

Die mit den Restaurierungsarbeiten verbundenen künstlerischen Leistungen sollen auf der höchsten Stufe der Vollkommenheit stehen.

#### Sechste Grundregel.

Vor Inangriffnahme von Restaurierungsarbeiten ist durch Zeichnung, Beschreibung, Abguß und Photographie eine Aufnahme des alten Werkes anzufertigen.

Die Wahl unter den Aufnahmemitteln, die Ausstattung und der Umfang derselben richtet sich nach dem Inhalte und dem Umfange des aufzunehmenden Werkes.

#### Siebente Grundregel.

Alle durch Restaurierungsarbeiten ersetzenen Stücke sind, soweit sie hierzu geeignet erscheinen, in öffentliche Museen zur Aufbewahrung zu überführen.

#### Achte Grundregel.

Nach Maßgabe des Umfanges und der Bedeutung ausgeführter Restaurierungen soll die Chronik der neuzeitlichen Leistung in einer Inschrift niedergelegt werden, die entweder unmittelbar auf dem Quadermauerwerk der Wandflächen, oder auf einer in diese oder in den Fußboden einzulassenden Metalltafel anzubringen ist.

#### Neunte Grundregel.

Nach Fertigstellung der Restaurierungsarbeiten sind regelmäßig wiederkehrende, eingehende Untersuchungen des Denkmals in allen seinen Teilen vorzunehmen. —

Zur ersten Grundregel fügte der Vortragende hinzu: Wenn heute auch die Zeit der Stil-Unduldsamkeit überwunden sei, so kämen hiergegen doch immer noch vielfach Verstöße vor. Durch einige Beispiele aus der Praxis wurde diese Behauptung erhärtet. Die psychologische Erklärung hierfür sucht Redner darin, daß nicht alle Werke aus früherer Zeit künstlerisch auf derselben Stufe stehen. Die Minderwertigkeit dürfe uns aber nicht dazu verleiten, hier verschieden zu verfahren. Man müsse auch stets eingedenk sein, daß der persönliche Geschmack dabei eine Rolle spielt.

Bei der fünften Grundregel wurde betont, daß die Übertragung der Leistungen nur an solche Meister stattfinden soll, die bereits Erfahrungen und Kunstscherlichkeit in längerer Schulung auf diesem Gebiete erlangt haben.

Den neun Grundregeln schloß der Vortragende die Besprechung folgender 16 Grundsätze an, die gleichfalls gedruckt vorlagen:

**B. Grundsätze.****G r u n d s a t z I.**

Jegliche Restaurierungsarbeit an einem Baudenkmaile, sei es an seinem Baukörper und dessen Teilen, sei es an seiner Mobiliarausstattung, muß so ausgeführt werden, daß die ursprüngliche Erscheinung des alten Werkes und dessen eigenartiges Gepräge in seinem ganzen Umfange erhalten bleibt, gleichviel, ob diese Restaurierungsarbeit ein einfaches Ausbessern und Herstellen oder ein Ergänzen oder ein Wiederherstellen und Erneuern oder ein Ausbauen und Erweitern in sich begreift.

Es ist alles zu unterlassen, was geeignet ist, die ursprüngliche Erscheinung des Werkes und dessen eigenartiges Gepräge, wie auch die den Wert von Urkunden besitzenden Anhaltspunkte für seine Baugeschichte zu verwischen, zu verkümmern oder zu zerstören.

**G r u n d s a t z II.**

Die zur Erhaltung eines Baudenkmales notwendigen einfachen Ausbesserungsarbeiten sind im selben Material und unter Anwendung derselben Handwerkstechnik herzustellen, wie beim alten Werke.

**G r u n d s a t z III.**

Erst dann, wenn sich durch bloßes Ausbessern beschädigter Teile das Denkmal in seinem Baukörper oder in seiner Ausstattung nicht mehr in Stand halten läßt, und erst dann, wenn der stetig fortschreitende Verfall solcher Teile und Stücke durch keinerlei Mittel mehr aufgehalten werden kann, soll eine Wiederherstellung in der Weise erfolgen, daß die schadhaften Teile und Stücke beseitigt und durch völlig neue ersetzt werden.

**G r u n d s a t z IV.**

Als äußerster Zeitpunkt für die Vornahme solcher Erneuerung und Ersetzung gilt derjenige, über welchen hinaus der fortschreitende Verfall einen solchen Grad annehmen würde, daß die Anhaltspunkte, in welchen für eine Erneuerung die Unterlage gegeben ist, die hierfür erforderliche Schärfe und Deutlichkeit nicht mehr besitzen würden.

**G r u n d s a t z V.**

Der Ersatz einzelner schadhafter Teile durch neue muß, insoweit sich dies auf deren Stil, deren künstlerische Form und deren besondere Eigenart bezieht, immer im genauen Anschluß an das Alte und unter dem Vorbilde desselben erfolgen.

**G r u n d s a t z VI.**

Ebenso hat beim Ersatz einzelner schadhafter Teile durch neue die Wahl des Materials, die Art und Weise der Herstellung der Arbeit und die Anordnung der Konstruktion im genauen Anschluß an das alte Werk und nach dessen Vorbilde zu erfolgen.

Von dieser Regel findet in zwei Arten von Fällen eine Ausnahme statt; sie muß stattfinden, wenn sich das alte Werk in den genannten Beziehungen als fehlerhaft oder unzulänglich erweist, in welchem Falle der zu ersetzende Teil in dieser Hinsicht durchaus einwandfrei neu herzustellen ist, wobei jedoch

die ursprüngliche Erscheinung und das eigenartige Gepräge des alten Werkes soweit wie irgend möglich zu wahren sind.

Eine Ausnahme darf stattfinden, wenn durch die Wahl eines anderen Materials, einer anderen Art und Weise der Herstellung der Arbeit oder einer anderen Konstruktion eine unzweifelhafte Erhöhung des technischen Wertes dem alten Werke gegenüber erreicht wird, jedoch nur dann, wenn hierdurch dieses in seiner ursprünglichen Erscheinung und in seinem eigenartigen Gepräge in keiner Art beeinträchtigt wird; ist diese Bedingung nicht erfüllbar, so hat die Abweichung zu unterbleiben.

#### Grundsatz VII.

Wenn nach der Restaurierung von Steinmetz- und Bildhauerarbeiten ein Unterschied in der Farbentonung zwischen den alten und neuen Arbeiten sich herausstellt, so ist die Herbeiführung eines Ausgleiches lediglich der Zeit zu überlassen, und von jeglicher Anwendung äußerer Mittel zum Zwecke der Abschwächung oder Beseitigung des Farbenunterschiedes Abstand zu nehmen.

Das gleiche gilt für die Arbeiten in Metall, insbesondere bei Dach-eindeckungen.

#### Grundsatz VIII.

Wenn die Oberfläche alter Bauwerke oder Teile derselben durch einen später aufgetragenen Ölfarbenanstrich verdeckt und entstellt wird, so ist dieser vollständig, jedoch so sorgfältig zu entfernen, daß hierbei die freizuliegenden Teile gänzlich unverletzt bleiben.

#### Grundsatz IX.

Läßt sich aus Urkunden oder aus alten Zeichnungen oder aus dem Organismus der Bauanlage oder aus am Bauwerke selbst noch erkennbaren Spuren, Ansätzen oder dergl. der Nachweis führen, daß die Ausführung einzelner Teile des Bauwerkes ursprünglich beabsichtigt war, aus gleichviel welchen Gründen jedoch unterblieben ist oder nicht zu Ende geführt wurde, und hat sich inzwischen das praktische oder ästhetische Bedürfnis der Fertigstellung solcher Teile oder Arbeiten herausgestellt, so besteht gegen deren Ausführung kein Bedenken.

#### Grundsatz X.

Soll ein Baudenkmal, dessen einzelne Teile in verschiedenen Stilen erbaut sind, mit bisher nicht vorhanden gewesenen Wandmalereien, oder mit gemalten Fenstern, oder mit Mobiliar ausgestattet werden, so hat sich der Stil dieser Arbeiten an denjenigen des betreffenden Bauteiles anzuschließen.

Gewöhnliche Fensterverglasungen sind durch andere, entweder in bloßer Bleimusterung, oder in Grisaille, oder in Glasmalerei zu ersetzen. Die Wahl unter einer dieser Arten richtet sich nach der Bestimmung oder künstlerischen Bedeutung des Raumes.

Die Ausstattung mit inneren und äußeren Wandmalereien soll lediglich als zulässig gelten.

#### Grundsatz XI.

Für den Ersatz aller durch gewaltsame Einflüsse, Brand und dergl. zerstörten oder abhanden gekommenen Teile eines Baudenkmales, gleichviel welchen Umfangs, gelten die in den Grundsätzen V, VII und X enthaltenen Regeln.

### Grundsatz XII.

Wenn es sich als unabweisbare Notwendigkeit herausstellt, das Baudenkmal zu erweitern oder zu vergrößern, und demselben An- oder Aufbauten hinzuzufügen, welche sich als vollständige Neuschöpfungen über den ursprünglichen Plan des Bauwerkes hinaus darstellen, so sind solche Bauten genau im Sinne und Geiste des ursprünglichen Erbauers auszuführen.

Dieselben haben sich an den Baustil des alten Werkes, an die besondere Richtung, die sich in dessen Stile etwa ausprägt, und an jede sonstige etwaige Eigenart des Baudenkmales auf das Engste anzuschließen.

Jedwedes, auch nur das leiseste Hervortreten der künstlerischen Individualität des restaurierenden Architekten ist bei solchen Neuschöpfungen auf das Peinlichste zu vermeiden.

### Grundsatz XIII.

Wenn das Baudenkmal, an welchem Vergrößerungen oder Erweiterungen, An- oder Aufbauten zur Ausführung gelangen, in seinen einzelnen Teilen in verschiedenen Stilen erbaut ist, so haben sich solche Neubauten an den Stil desjenigen Bauteiles anzuschließen, der ihnen entweder örtlich am nächsten liegt oder durch seinen Umfang oder künstlerischen Wert am meisten hervorragt.

Zur Vermeidung von Anachronismen dürfen insbesondere Aufbauten nicht in einem Stile ausgeführt werden, welcher einer früheren Zeit angehört, als der unter dem Aufbau liegende Teil des Denkmals.

### Grundsatz XIV.

Wird ein Denkmal durch später hinzugekommene Anbauten, welche mit dem Organismus des Bauwerkes in keiner Weise zusammenhängen und welche des kunstgeschichtlichen und künstlerischen Wertes ermangeln, verdeckt und entstellt, so sind solche Anbauten zu beseitigen, gleichviel ob sie einen Teil des Bauwerkes bilden oder überhaupt nicht zu ihm gehören.

Das gleiche gilt von solchen ähnlich geringwertigen Bauwerken, welche durch ihre allzugroße Nähe die monumentale Wirkung des Denkmals beeinträchtigen.

Ebenso ist dafür Sorge zu tragen, daß nicht Neubauten zur Ausführung gelangen, welche das Denkmal in derselben Weise entstellen oder seine monumentale Wirkung beeinträchtigen, wie vorgenannte Anbauten oder Bauwerke.

### Grundsatz XV.

Es ist zu vermeiden, daß die Freilegungen um ein Denkmal herum einen solchen Umfang annehmen, daß der durch die Nähe der umliegenden Gebäude für die Größe des Denkmals geschaffene Maßstab in seinem Werte gemindert wird oder verloren geht.

### Grundsatz XVI.

Auf die Erhaltung und Pflege von Ruinen von Baudenkmälern finden die voraufgeföhrten Grundsätze ebenso wie für die Baudenkmäler selbst Anwendung, gleichviel ob die Ruinen lediglich in dem uns überkommenen Zustande erhalten werden sollen, oder ob, im Interesse einer besseren Erhaltung derselben und zu einem würdigen anderweiten Zwecke, ein gänzlicher oder teilweiser Ausbau zur Ausführung gelangt.

Zur Erläuterung des Grundsatzes I gibt der Redner folgendes Beispiel: Wenn ein Teil eines im 13. Jahrhundert hergestellten Blattfrieses eines Hauptgesimses im Laufe des 15. schadhaft wurde, so ist er sicher im Stile dieser letzten Zeit durch ein entsprechendes Stück ersetzt worden. Wenn dies nun heute wieder erneuert werden soll, im Interesse der Dokumentierung der Baugeschichte, so darf man dabei nicht auf das 13., sondern muß auf das 15. Jahrhundert zurückgehen.

Zum Grundsatz VI werden folgende Ausführungen gemacht: Kann ein altes Werk nicht mehr erhalten werden, so muß man es durch ein neues ersetzen. In diesem neuen Werke haben wir das alte, wenn es auch des Reizes der Ursprünglichkeit entbehrt, doch in greifbarer Gestalt vor uns. Natürlich müssen die Formen beider so genau wie irgend möglich übereinstimmen, sie müssen sich gewissermaßen mathematisch decken. Wenn aber das alte Werk in Stoff, Bearbeitung oder Konstruktion Fehler zeigt, so müssen diese bei möglichster Beibehaltung der äußereren Erscheinung vermieden werden.

Bei Grundsatz VII führte Vortragender das Liebfrauenportal und die beiden Querschiffgiebel am Metzer Dom an. Diese Neuschöpfungen seien nach kaum einem Jahrzehnt von französischen Fachgenossen für ursprüngliche Teile des Bauwerkes gehalten worden.

Beim Grundsatz VIII wurde vor dem früher meist üblichen „Nachscharrieren“ gewarnt. Es schwänden damit zwar Schmutz und Anstrich, auch entstünde eine Glätte, aber es schwände auch für immer jede Spur von charakteristischer Zeichnung der Profile und mehr noch des Ausdrucks der Ornamente.

Zu Grundsatz X wurde bemerkt: Hinsichtlich Erneuerung von Wandmalereien gehen die Meinungen auseinander. Unbestritten ist, daß innerhalb fast sämtlicher Stilrichtungen der Grundsatz einer großen Farbenfreudigkeit bei dem Bauwerke geherrscht habe. Die Einen wollen nun bei den Erneuerungsarbeiten alles in die frühere Farbenpracht versetzen. Dagegen wird von anderer Seite geltend gemacht, daß man, da in den meisten Fällen die ehemalige Bemalung nicht zu ermitteln sei, nicht willkürlich ergänzen dürfe. Der Vortragende fand aus diesem Widerstreit einen Ausweg dadurch, daß er eine nachträgliche Ausmalung als zulässig, nicht aber als erforderlich erklärt.

Zum besseren Verständnis des Grundsatzes XI wird die Erneuerung des im Jahre 1877 durch Brand zerstörten Daches des Metzer Domes als eine scheinbare Ausnahme angeführt. Das alte Dach war ein in Kreuzform über Langhaus und Querschiff aufgeföhrtes Satteldach, das in der Westfront mit einem Giebel und an den Querschiff-Fronten mit je einem Walm abschloß. Es besaß einen hölzernen Dachstuhl, war mit Schiefer eingedeckt und wies einen Scheitelwinkel von etwa 85 Grad auf. Da das Dach des Domes lediglich dazu dient, dessen Bodenraum abzuschließen, so wurde als Ersatz der hölzernen eine Eisenkonstruktion mit Kupferplattenbekleidung gewählt. Aber auch die alte Form ist hier nicht beibehalten worden. Die niedrige Form des alten Daches hätte allenfalls wohl als eine Eigenart des Bauwerkes angesprochen werden können, da wohl kaum ein ähnlich bedeutendes Bauwerk solch niedrige Dachform besitzt. Durch eine kritische Würdigung der künstlerischen Bedeutung der beiden Walme über

den Querschiff-Fronten kam man aber zu einem anderen Entschlusse. Man sagte sich, daß eine solche Dachform künstlerisch völlig wertlos sei, daß sie wahrscheinlich sogar nur Notbehelf gewesen, und nicht in der Absicht des Erbauers gelegen habe. Daher hat man sich in diesem Falle nicht gescheut, von dem Überkommenen abzuweichen. Man wählte eine steilere Dachneigung, und zwar eine solche von 60 Grad, die man der Form der neuen Giebel angemessen hielt.

Zum Grundsatz XIII wurde folgendes hinzugefügt: Da die meisten Baudenkmäler noch heute praktischen Zwecken dienen, so sei es unausbleiblich, daß sie mit der Zeit geändert oder erweitert würden. Hierbei habe als alleinige Regel zu gelten: Alle solche Arbeiten aufs strengste im Sinne und Geiste des ursprünglichen Erbauers auszuführen, sie so zu gestalten, daß sie aus dem Baudenkmal als etwas Selbstverständliches erwachsen zu sein scheinen und auf niemanden den Eindruck einer störenden und fremden Zutat machen. — Es stelle sich in jedem derartigen Falle der Architekt vor, daß genau die gleiche Aufgabe an den ursprünglichen Erbauer herangetreten sei, und nun bemühe er sich, sie möglichst genau so zu lösen, wie man annehmen könne, daß jener sie gelöst haben würde.

Beim Grundsatz XV wurde die Anfertigung perspektivischer Bilder empfohlen, da diese eine gute Unterlage für Beurteilung der hier behandelten Frage zu bilden vermöchten.

Zum Schlusse gab der Vortragende noch folgenden Ratschlag allgemeiner Natur: Möge man kein Restaurierungswerk früher beginnen, als bis alle Vorbedingungen zur Erfüllung der in den Grundsätzen enthaltenen Vorschriften gegeben sind. Fast immer wird man, außer wenn Gefahr im Verzuge, den gelegenen Zeitpunkt abwarten können, besonders aber tue man dies dann, wenn es zurzeit an den geeigneten Kräften, namentlich zur Erfüllung der Aufgaben nach der künstlerischen Seite hin mangelt. Würde aber, wie beispielsweise bei dem durch Witterungseinflüsse beschleunigten Steten Verfall von Werken der Bildhauerkunst, ein längeres Abwarten unbedingt verderbliche Folgen nach sich ziehen, so helfe man sich in der Weise, daß man die gefährdeten Stücke in Museen überführt, der grösseren Sicherheit halber aber noch außerdem Gipsabgüsse von ihnen fertigt zur Festlegung des status quo und als Anhaltspunkt und Vorbild für die künftige Arbeit.

#### **Debatte:**

Nachdem der Vorsitzende dem Redner für dessen inhaltreichen Vortrag gedankt und hervorgehoben hatte, daß er eine außerordentliche und kaum übersehbare Fülle von Gesichtspunkten eröffne, leitete er die Besprechung damit ein, daß er Hofrat Professor Dr. Gurlitt-Dresden das Wort erteilte. Dieser eröffnete seine grundsätzlichen Bedenken gegen einzelne Absätze der Tornowschen Thesen mit warmer Anerkennung für Tornows Leistungen bei Ausbau des gotischen Portals am Dome zu Metz. Das, was die Grundsätze vom Restaurator verlangen, habe der Verfasser der Grundsätze dort in trefflicher Weise erreicht. Das Tor sei so echt, daß ein Mitlebender es nur schwer von einem alten Werke unterscheiden könne. Es sei nur fraglich, ob ein solches Ziel, eine solche Selbstverleugnung immer die Aufgabe der Restaurierung bleiben dürfe. Gurlitt erklärt weiter, er habe auf seinen Reisen durch Frankreich nach und nach einen wahren Zorn auf den größten

aller Restauratoren, auf Viollet-le-Duc, bekommen. Auch der habe mit tiefster Wissenschaft und größtem Können die Bauten aus dem Geist ihrer ursprünglichen Erbauer heraus zu restaurieren versucht, auch seine Kunst habe den Zeitgenossen als eine vollendete Rückversetzung in das 12. und 13. Jahrhundert gegolten. Aber immer deutlicher trete hervor, daß dies ein Irrtum sei. Weder traf eine spätere Zeit jemals den Geist einer vergangenen richtig, so daß man doch überall nach wenigen Jahrzehnten auf das Ärgerlichste die Nachahmung, die fälschende Absicht erkenne, noch vermöge ein Künstler seine Individualität zu verstecken! Sie dringe bei einem wirklichen Künstler doch überall durch, wenn sie gleich den Mitlebenden verschleiert bleibe. Dies habe Tornow in seinen Restaurierungsarbeiten am Metzer Dom glänzend bewiesen. Denn sie zeigen aufs deutlichste in ihrer Selbstdentagung seine Individualität. Der Geist der alten Architekten sei durch die Nachahmung ihrer Formen nicht zu erfassen. Das, was wir schaffen, ist stets zwanzigstes Jahrhundert und wird nie dreizehntes Jahrhundert sein. Es muß sich der Zwiespalt später, sobald der Geist des Mittelalters anders aufgefaßt wird, deutlich erkennbar machen. Es klebe der Restaurierung also doppelt der Schaden des Unzulänglichen an, das ein feiner empfindendes Auge zurückstoße: sie strebe ein unerreichbares Ziel an, und dabei ein solches, dessen Erreichung eine innere Unwahrheit darstellen würde. Gurlitt gab zu, daß er von den Werken der Restauratoren sehr oft getäuscht worden sei, indem er Neues für Altes nahm; denn nur selten werde das Neue durch Inschriften als solches genügend gekennzeichnet; dem Kunstgelehrten werden ununterbrochen Rätsel zu lösen aufgegeben, dem Laien vollends die Erkenntnis darüber verwischt, ob das, was auf ihn wirkt, wirklich alt oder ob es Nachahmung von Altem sei. Wir können ein so in seinem Bestande verwischtes Denkmal nicht mit jenem freudigen Gefühl betrachten, das allein das feste Bewußtsein der Ehrwürdigkeit gebe, während jetzt das restaurierte Denkmal für den Kunsthistoriker ein Prüfstein, um sein Unterscheidungsvermögen zu üben, für den Laien aber ein Werk zweifelhaften Alters geworden sei. Denkmäler seien doch auch Urkunden, die als solche echt, nicht in wenn auch noch so treuen Abschriften oder Ergänzungen zu erhalten seien.

So kam Gurlitt zu dem Schluss, daß er Tornows Thesen nur teilweise zustimmen könne, am wenigsten dem Schlußsatz vom Grundsatz XII. Zweck der Restaurierung solle vor allem das Erhalten sein: man solle das, was zerfallen will, vor weiterer Beschädigung behüten. Man solle es so herstellen, daß man deutlich erkenne, was an einem Bau alt und was neu sei, und man solle das, was man neu hinzufüge, auch stilistisch als neu kennzeichnen. Vor zehn Jahren noch haben die „Stilpuristen“ die Werke der Renaissance und des Barock aus gotischen Kirchen hinausgeworfen, weil durch diese die Einheit des Stiles und mithin ihr ästhetisches Empfinden gestört worden sei. Jetzt haben fast alle erkannt, daß sich Stilmischung, Stilverschiedenheit sehr wohl mit einer einheitlichen künstlerischen Wirkung vertrage. Nun meine man nur, daß der eigene, der moderne Stil hierzu nicht passe, und bemühe sich somit eifrig, das Kommen eines modernen Stiles zu verhindern. Seit hundert Jahren mühen wir uns, mit dem Kopf anderer im Sinne fremder Jahrhunderte zu denken, unsere Individualität aufzugeben. Der hieraus erwachsene Schaden für das Erwachen der formalen Selb-

ständigkeit, für die Gesamtkunst unserer Zeit sei unberechenbar. Daher sei es endlich Zeit, dass wir in der Behandlung alter Denkmäler wieder zu den Grundsätzen zurückkehrten, die vor der romantischen Periode liegen, indem wir den Geist der künstlerischen Selbständigkeit verbinden mit der unserer Zeit eigenen Wertschätzung gegen das Alte und mit der Anpassungsfähigkeit an dessen Formenwelt.

Gegen Gurlitts Anschauungen, namentlich gegen seine Darlegungen über die Arbeiten Viollet-le-Ducs, macht sich mehrfach lauter Widerspruch geltend.

Regierungsrat Tornow erwidert, daß er sich mit den Ausführungen Gurlitts nicht einverstanden erklären könne. Er ist der Meinung, daß, solange wir nicht im Besitze eines als solchen allgemein anerkannten neuen, eigenen Baustiles uns befinden — und dieser Fall läge heute sicherlich noch nicht vor — der Grundsatz der Anpassung an den Stil des Baudenkmales in voller Geltung zu Recht bestehen bleiben müsse, daß durch ein Abweichen hiervon und durch das Einräumen künstlerischer Individualität einer schrankenlosen Willkür Tür und Tor geöffnet werden, und daß Zugeständnisse nach dieser Richtung hin schlechterdings unvereinbar seien mit dem obersten Grundsätze der Pietät.

Geh. Oberbaurat Hofmann-Darmstadt hebt den Grundsatz II besonders hervor, wobei er auf die Wiederherstellungsarbeiten am Wormser Dom bezug nimmt. So sei der „konzentrische Hieb“ in der Steinbearbeitung gänzlich vergessen gewesen. Man habe den Steinhauern daher Abdrücke von alten derartig behauenen Werkstücken vorgelegt, und sie sich auf diese Weise zur alten Technik erzogen. Seiner Erfahrung gemäß müsse auf die Wahl des Materials und auf die handwerksgemäße Herstellung größtes Gewicht gelegt werden. Hiergegen würden häufig Fehler gemacht.

Prof. Nic. Müller-Berlin stimmt dem Tornowschen Vortrage zu. Da wegen der Individualität der Architekten viel bei den Restaurierungen gesündigt worden sei, herrsche in letzter Zeit eine gewisse Verstimmung gegen alle Architekten. Es liege hier der Fehler wohl in der Erziehung; er betone daher besonders das pädagogische Moment. Auch unser Volk müsse an historische Ordnung gewöhnt werden. Dann spricht er sich gegen die von Gurlitt empfohlene Bezeichnung der Restaurierungen durch Inschriften aus und führt als Beispiel das Wittenberger Melanchthonhaus an. Auch die Parallelstellung von Urkunden und Monumenten will er, so wie Gurlitt es getan hatte, nicht gelten lassen. Vor allem treten dadurch Unterschiede zutage, daß diese für praktische Zwecke benutzt werden müssen, jene nicht. Zum Schlusse warnt er vor einem zu weit gehenden Nachahmen. So halte er es nicht für richtig, bei neuen, in alten Gebäuden verwendeten Glasfenstern den Schmutz alter Glasfenster nachzuahmen. In solchen Fällen solle man ruhig der Zeit das Patinieren überlassen.

Professor v. Oechelhaeuser-Karlsruhe versichert, daß er sich im Gegensatte zu Gurlitt oft gefreut habe, wenn er die alten und die restaurierten Teile an einem Bauwerk nicht sofort habe unterscheiden können. Die Gurlittsche Auffassung schiene ihm die kunstgeschichtliche Forschung zu sehr in den Vordergrund zu stellen. Er habe das Gefühl, daß man darin nicht zu weit

gehen dürfe, besonders sei das Festhalten am Alten geboten, solange wir einen Stempel für unsere Zeit nicht haben. Das Moderne wirke meist noch zu befremdend. In Baden käme vor allem das Heidelberger Schloß in Frage. Es sei ja bekannt, welchen Sturm die alten Stichen gemäß neu errichteten, weiß verputzten Kamine auf dem Friedrichsbau erregten. Der Baumeister konnte sich dem Einflusse dieses Sturmes nicht ganz entziehen. Er hat die Kamine, damit sie rascher eine Patina bekämen, heizen lassen. Die Restauratoren haben auch ihre Pflichten der Gegenwart gegenüber.

Regierungsrat Pfeifer-Braunschweig sprach seinen aufrichtigen Dank für den Tornowschen Vortrag aus. Etwas möchte er noch bei Grundsatz IV hinzugefügt haben: Es sei bei einem Bauwerke, das aus irgend einem Grunde nicht mehr restauriert werden könne, das warm zu empfehlende Meßbildverfahren anzuwenden.

Professor Clemen-Düsseldorf hebt zuerst hervor, daß er ähnliche Grundsätze, wie sie Gurlitt vorhin entwickelte, vor zwei Monaten in Paris auf dem internationalen Architektenkongreß vertreten fand. Seiner Meinung nach müsse man hier zweierlei unterscheiden: 1. Arbeiten, zur Erhaltung des Vorhandenen, und 2. Arbeiten, die etwas Neues hinzufügen. In dem ersten Falle muß es sich wohl stets um ein Zurücktreten der eigenen Individualität handeln. Ein Stein zum Beispiel, der vollständig zerstört ist, muß herausgelöst und durch einen neuen ersetzt werden. Das darauf etwa vorhandene Ornament oder Profil muß photographiert, gezeichnet, gemessen, geformt, und nach diesen Unterlagen das neue Glied derartig hergestellt werden, daß es sich später von dem alten nicht mehr unterscheidet. Wir hoffen hierbei den Zielen der Restaurierung näher gekommen zu sein als die Meister früherer Zeiten. Durch Inschriften alle größeren Restaurierungen zu bezeichnen, wie Gurlitt vorschlug, halte er für sehr richtig. Die preußische Regierung verfahre bereits derartig. Handelt es sich aber um Arbeiten, die etwas Neues hinzufügen, das in keiner organischen Verbindung mit dem Alten steht, um den Anbau eines ganzen Flügels, das Aufsetzen eines Türmchens, das Anfügen einer Freitreppe wie etwa beim Lübecker Rathause, so braucht der Künstler sich ganz und gar nicht durch die Stihaltung des alten Hauptbaus für gebunden zu erachten. Der malerische Hauptreiz jener alten Bauwerke, an denen verschiedene Jahrhunderte gearbeitet, beruhe gerade darauf, daß jedes Jahrhundert sein Bestes hinzugegeben. Wenn wir uns aber nicht im Anschluß an einen historischen Stil bei dieser neuen Zutat äußern können, so glaube er, daß wir hier in der von Tornow vorgeschlagenen Art verfahren müssen, weil uns eben ein neuer Stil noch fehlt — solange uns dieser neue Stil fehlt. Im übrigen halte er zumal für den weniger künstlerisch befähigten Baumeister die Forderung einer Betonung der Individualität doch für recht gefährlich. Man möge ihm gleichzeitig erlauben, mit ein paar Worten auf den gestern abend gehörten interessanten und außerordentlich reich illustrierten Vortrag des Herrn Ebhardt zurückzukommen. Der Behauptung, das große kunstgeschichtliche Gebiet der Burgen sei noch immer zu sehr vernachlässigt, stimme er vollkommen bei. Es sei ein Verdienst der Vereinigung zur Erhaltung deutscher Burgen, hier Änderung schaffen zu wollen. Aber man möge nicht außer acht lassen, daß diese Gesellschaft „zur Erhaltung“, nicht „zur Wiederherstellung“ der Burgen, heiße. Mit den außer-

ordentlich weitgehenden Wiederherstellungen, besonders der gestern ausführlich behandelten Marksburg, könne er sich keineswegs einverstanden erklären. Im allgemeinen stimmten doch alle Vertreter der deutschen Denkmalpflege darin überein, daß die eigentliche Restaurationsarbeit überhaupt mehr und mehr zurückgedrängt werden müsse, und sie befänden sich damit auf dem gleichen Boden wie die englischen antirestorationists und die französischen amis des monuments.

Professor Wallé-Berlin schlägt vor, daß der Denkmalpflegetag bei einer Frage von solch grundsätzlicher Bedeutung, wie die von Gurlitt angeregte, Stellung durch Abstimmung nehmen solle. Gurlitt führt dagegen aus, daß es ihm genüge, hier seine Meinung klar gelegt zu haben. Er halte es für richtiger, wenn man seine heutigen Auslassungen ebenso wie seine gestern aufgestellten Thesen behandle. Für diese Art der Geschäftsbearbeitung sprechen noch Professor Nic. Müller, der Vorsitzende und Geheimrat Bluth-Berlin. Die Versammlung beschließt demgemäß.

Nach einer Anregung auf Schluß der Besprechung bittet Geheimrat Treu-Dresden, daß die Beratung fortgesetzt werde. Sonst könnte es leicht fälschlich den Anschein gewinnen, als stände Gurlitt hier mit seiner Ansicht allein. Diesen Worten schloß sich Professor W. Gurlitt-Graz an, und fügte hinzu: Er habe bisher nicht die Absicht gehabt, sich an der Debatte zu beteiligen, weil er von einer Kommission zur Erhaltung und Erforschung der Denkmäler zu diesem Tage entsendet wurde. Über die Art des Erhaltens, dieser einen Seite des Restaurierens, habe sich aber vollkommene Übereinstimmung gezeigt: jetzt handle es sich um die andere Seite, um das Neuschaffen. Da sei es nun bemerkenswert, daß der Künstler sich dagegen wehre, wenn man seiner Individualität einen weiteren Spielraum gestatten wolle. Er bekenne sich zu dem Standpunkte, den sein Bruder soeben hier entwickelt habe. Die Restaurierungen früherer Zeit, ebenfalls in der Überzeugung vollständiger Stilechttheit geschaffen, reden eine zu beredte Sprache. Sie zeigen, daß es wenigstens bis vor kurzem nicht möglich war, das Alte in völliger Gleichheit nachzubilden. Es ist nicht wahrscheinlich, daß das nun gerade unserer Zeit tadellos gelingen werde. Als Haupteinwand habe man wiederholt gesagt: wir haben keinen Stil! Das könne er, wenn es in dieser Allgemeinheit ausgesprochen werde, nicht zugeben. Die unserer Zeit eigentümliche Kunstrichtung mache sich unwillkürliche in jeder neuzeitigen Arbeit geltend.

Zur Geschäftsordnung bemerkt Geheimrat Bluth-Berlin, daß er hoffe, die Stimmung der Versammlung, als in überwiegender Mehrheit auf Seiten Tornows stehend, werde im Protokolle genügend zur Geltung gebracht werden. Der Vorsitzende sichert dies zu und schlägt, da ein Antrag auf Schluß der Beratung eingelaufen sei, vor, die drei noch anmeldeten Redner anzuhören und dann zu schließen. Hiermit erklärt sich die Versammlung einverstanden.

Direktor Dr. von Bezold-Nürnberg hält es für überflüssig, daß er, nachdem so viel über die Hauptfrage gesprochen sei, sich auch noch darüber äußere. Nur vor einem wolle er hier noch warnen, vor der von „kirchlichen“

Kunstanstalten“ vielfach fabrikmäßig betriebenen Restaurierung kleiner Kirchen. Hiergegen müsse man sich mit aller Entschiedenheit wenden.

Konservator Lutsch-Breslau spricht sodann noch einmal von der Vorarbeit für die Restaurierung. Die Vorstudien dürfen hier nicht, wie es vielfach geschehe, vernachlässigt werden. Die in der VI. Grundregel anempfohlene Photographie möchte er noch besonders betonen. Bei kleinen Denkmälern geschehe hier meist zu wenig. Auch würde es sich empfehlen, wenn man in den Provinzialberichten solche Restaurierungen möglichst ausführlich bespräche.

Geh. Hofrat Professor Dr. Treu-Dresden ist Gurlitt sehr dankbar für seine Ausführungen. Er empfiehlt, die Frage nächstes Jahr wieder aufzunehmen, denn sie sei von der größten praktischen Bedeutung auch für das Kunstschaffen der Neuzeit. Sie von diesem Gesichtspunkte zur Erwägung zu stellen, habe er besondere Veranlassung als Mitglied einer Kunstbehörde, des akademischen Rates, der häufig bei der Bestellung von Bildwerken zur Ausschmückung älterer Kirchen mitzuwirken habe. Sollen hier nun die zu beschaffenden Statuen, Glasfenster, Altar- und Wandgemälde jedesmal in dem Stil des Jahrhunderts angefertigt werden, dem die betreffende Kirche angehöre? Wer werde an dergleichen hybriden Bildungen seine Freude haben? Er wenigstens bekenne, an der archaisierenden Plastik Viollet-le-Ducs ebenso Anstoß zu nehmen, wie sein Kollege Gurlitt an dessen architektonischen Restaurierungen. Die besten Erfolge seien stets erzielt worden, wenn man dem Künstler gesagt habe: Schaffe ganz aus dir heraus. Oechelhaeuser habe geäußert, man solle der kunstgeschichtlichen Forschung nicht allzuviel einräumen, er aber sage, die Tornowsche Restaurierungsart richte sich vielfach gegen die neue Kunst. Dieser aber solle man Platz schaffen. Vielleicht ließe sich eine Einigung auf folgendem Grundsatz erreichen: „Nicht ergänzen, sondern erhalten. Wo man aber gezwungen ist, einem älteren Bau in erheblichem Maße Neues hinzuzusetzen, da soll sich dieses Neue technisch und auch künstlerisch offen als Neues geben.“ Daß dabei etwas künstlerisch Reizvolles entstehen könne, zeige zum Beispiel die Erneuerung des ausgebrannten Inneren der Kreuzkirche in Dresden durch Baurat Gräßner.

## Düsseldorf 1902

Regierungs- und Baurat Tornow-Metz: Ich hatte mir erlaubt, im vorigen Jahre in Freiburg auseinanderzusetzen, daß ein scheinbarer Verstoß hätte begangen werden müssen gegen die Grundsätze, die ich vor zwei Jahren in Dresden vorgetragen habe, und zwar bei einer jetzt im Zuge begriffenen Bauausführung, beim Dom in Metz, wo ein im Zopfstil erbautes Hauptportal dem Untergang geweiht werden mußte. Begründet war die Vernichtung dadurch, daß dieses Werk kein organischer Bauteil des Domes war, sondern ein in der Absicht hinzugefügtes Werk, den Dom zu maskieren. In der Mitte des 18. Jahrhunderts war die Front des Domes nach dem Paradeplatz hin freigelegt worden. Im Mittelalter war der jetzt hier befindliche freie Platz mit Gebäuden bedeckt, und hatte ein Portal an dieser Stelle

überhaupt nicht bestanden, erst infolge der Freilegung hatte sich das Bedürfnis herausgestellt, dort ein Portal zu erbauen. Der Königliche Architekt Blondel hat den Plan ausgearbeitet und den Grundsätzen seiner Zeit entsprechend hielt er es für richtig, das ihm barbarisch erscheinende Bauwerk total zu maskieren. Alle Bauten, die er in der Nachbarschaft des Domes ausgeführt hat, hatten den ausgesprochenen Zweck, das Hauptbauwerk zu verdecken. Er beschränkte sich nicht darauf, das Portal vor die Westfront hinzubauen, sondern er hat die ganze Umgebung des Domes, von der Chorseite ausgehend, die ganze Längsfront nach dem freien Platz hin, und hier (demonstrierend) die Seite nach dem Domplatz hin mit Bauwerken verdeckt, die teils gewöhnliche Privatgebäude sind, teils, wie das Portal, einen monumentalen Charakter aufweisen. Wenn es sich nun von selbst verstand, daß bei der Inangriffnahme einer umfassenden Herstellung des Domes den seiner Zeit vorgetragenen Grundsätzen entsprechend, wonach Anbauten, die ein Baudenkmal verdecken und entstellen, entfernt werden sollen, zunächst mit der Freilegung der Profanbauten nach der Längsseite hin begonnen wurde, so war es andererseits durchaus nichts weiter als eine Fortsetzung des angefangenen Werkes, daß man diese Tätigkeit auch auf das Portal erstreckt hat, welches, wie Sie hier sehen, die Architektur des Mittelalters in ganz rücksichtsloser Weise vollkommen maskierte. Ein Fenster der Westfront, das früher offen war, wurde zugemauert, eine innere Blendarkatur war mit Quadern verdeckt, so daß alles nicht etwa irgendwie als organischer Teil des Baudenkmals, sondern — wie aus den Abbildungen aufs deutlichste erkennbar — in der Tat als nichts anderes als eine wirkliche Maske sich darstellte. Es konnten also keine Bedenken bestehen, dieses Portal zu beseitigen, welches den Dom in seiner ursprünglichen Gestalt entstellte. Man hätte ja das Werk ganz erhalten können, wenn sich ein Platz gefunden hätte, es anderwärts hinzustellen. Es sind auch eifrigste Bemühungen gemacht worden, es anderwärts hinzubauen; dieselben sind aber daran gescheitert, daß der einzige Platz, der sich zu einem solchen Wiederaufbau geeignet, von der das Bestimmungsrecht ausübenden Stadt für diesen Zweck nicht hergegeben wurde, und auf diese Weise sah man sich in die unangenehme Lage versetzt, ein Werk von einer zweifellosen monumentalen Bedeutung zerstören zu müssen. Das Portal wäre an sich unbedingt der Erhaltung wert gewesen. Es setzte sich aber hier in einen offensären Existenzkonflikt mit dem Dom, den es ersichtlich erdrücken wollte. Der Dom hat die größere Berechtigung zu existieren. Infolgedessen mußte es verschwinden. Das war die eine Frage.

Eine andere Frage, die im vorigen Jahre auch angeregt wurde, die aber heute nur nebenbei berührt werden soll, ist die, ob man, nachdem das Portal beseitigt war, die ursprüngliche Architektur, wie sie das Mittelalter geschaffen hatte, wiederherstellen sollte, also ein Fenster wieder herstellen, welches bis zur Sohlbank des Seitenschiffensters reichte, oder ob man ein neues Portal bauen sollte. Wir wollen diese Frage heute außerhalb der Erörterung lassen. Ich habe im vorigen Jahre auseinandergesetzt, aus welchen Gründen man dazu hatte kommen müssen, sich nicht darauf zu beschränken, was ja vom archäologischen Standpunkte in höherem Grade berechtigt gewesen wäre, das Fenster wieder herzustellen, sondern einen Portalbau neu zu errichten. In aller Kürze will ich nur erwähnen, daß ausschlaggebend gewesen ist die Rücksicht auf

das praktische Bedürfnis. Der Dom will ja nicht erhalten werden als Denkmal an sich selbst, sondern auch als ein Bauwerk, das praktischen Zwecken dient; entgegen den Bedürfnissen des Mittelalters, wo ein freier Platz an dieser Stelle nicht vorhanden war, verlangt, nachdem ein solcher freier Platz geschaffen worden ist, neben dem ästhetischen auch das praktische Bedürfnis, daß in der Front ein Portal sich befindet. Infolgedessen nahm man von einem Plane Abstand, das Fenster nach unten zu führen, und entschloß sich vielmehr, an dieser Stelle ein größeres Portal anzulegen. Es ist ja richtig, daß die Aufgabe Schwierigkeiten hat, aber ich glaube doch, daß es als ein Armutzeugnis für die Gegenwart hätte angesehen werden müssen, wenn man vor der Aufgabe zurückgeschreckt wäre und gesagt hätte: das können wir nicht. Ich bin der Meinung gewesen, daß man kein Recht hatte, vor den Schwierigkeiten der Aufgabe zurückzuschrecken, sondern alle Mittel aufzubieten und alle Kräfte daranzusetzen hatte, die Aufgabe so zu lösen, wie es nach dem heutigen Stande der Erfahrungen möglich ist.

Das waren im wesentlichen die Sätze, die ich im vorigen Jahre in Freiburg vorgetragen habe.

Hofrat Cornelius Gurlitt-Dresden: Meine geehrten Herren! Die heutige Aussprache erfolgt auf Grund einer kurzen Bemerkung, die ich am Schlusse der letzten Versammlung in Freiburg machte. Die Tornowschen Ausführungen haben dort den Abschluß der ganzen Verhandlungen gebildet; die Zeit war vorgeschritten. Infolgedessen konnte dort nicht mehr auf die Sache eingegangen werden. Ich würde es für unsere ganzen Beratungen für außerordentlich bedenklich halten, wenn wir hier unsere Aufgabe darin sehen wollten, die Werke einzelner Mitglieder zu kritisieren. Das würde sehr bald den Zusammenhalt in unserem Kreise zerstören, und ich wünsche daher soviel als möglich, schon aus dem persönlichen Grunde der herzlichen Verehrung für Herrn Tornow selbst, daß meine Worte nicht ausgelegt werden wie ein Angriff auf Herrn Tornow. Ich möchte mich deshalb auf die prinzipielle Seite beschränken.

Die prinzipiellen Fragen, die hier vorliegen, haben mich wieder einmal gelehrt, daß eben mit der Aufstellung von Grundsätzen, die für alle etwa möglichen Fälle der Restaurierung eine Bedeutung haben sollen, es sehr bedenklich steht; daß solche Grundsätze wohl nie gefunden werden, in denen man mit voller Sicherheit Rat für alle Vorgänge und Vorkommnisse finden wird. Hier liegt ein Fall vor, in dem Herr Baurat Tornow seine eigenen, erst vor zwei Jahren aufgestellten Grundsätze korrigierte. Er entwickelte vor uns diese Frage, weil er im Jahre nach der Aufstellung seiner Grundsätze selbst in Konflikt mit ihnen geraten war. Der Konflikt ergab sich daraus, daß sein Bestreben und das Bestreben sehr vieler unserer Kollegen darauf hinausgeht, ein historisches Bauwerk tunlichst wieder in dem Geiste auszubauen und in die Formen zu versetzen, die der ursprüngliche Meister gehabt hat. Der Konflikt ergab sich weiter daraus, daß andere Jahrhunderte diesen Grundsatz nicht gehabt haben, sondern jederzeit von dem Gedanken aus gegangen sind, daß ihre eigene Zeit und die Individualität ihrer eigenen Künstler das Vorrecht vor der Vergangenheit haben, und daß sie mit einer von uns oft bewunderten und oft auch verabscheuten Rücksichtslosigkeit ihren Geschmack in den Vordergrund stellten.

Nun sind wir ja alle, die wir uns hier mit historischen Studien beschäftigen, außerordentlich geneigt, die Kunst der vergangenen Zeiten als unser Vorbild zu betrachten, und wir geben uns die allergrößte Mühe, in den Geist der vergangenen Zeiten einzudringen, aber dieses so überaus charakteristische Merkmal der Vergangenheit, ihre Selbständigkeit, weisen wir weit von uns hinweg. Wir wagen es nicht, mit unserem eigenen Geschmack an die Bauten heranzutreten, sondern wir halten es für ein besonderes großes Werk, wenn wir unsere eigene Persönlichkeit und unser eigenes künstlerisches Empfinden zurückdrängen, um dem alten Meister gerecht zu werden. Das führen wir soweit, daß wir uns nicht scheuen, solche Werke späterer Zeiten von dem ursprünglichen Werk zu entfernen, die der Geschmack vergangener Jahrhunderte dort hingestellt hat, in Metz also das Tor. Ueber den Wert oder den Unwert dieses Tores zu entscheiden, bin ich nicht berufen, und wird sich auch die Versammlung nicht berufen fühlen. Als ich das Metzer Tor vor nun nahezu 30 Jahren zum erstenmal sah, mißfiel es mir außerordentlich; ich war ganz derselben Meinung, daß es eine schwere Störung des Domes darstelle. Als ich dann vor etwa 20 Jahren zum zweitenmal in Metz war, damals im Begriff, die französische Architektur des 18. Jahrhunderts zu studieren, bin ich zu ganz anderen Ergebnissen gekommen. Ich kann versichern, daß ich mit einer gewissen Ergriffenheit vor diesem nach meiner Ansicht überaus großartigen und schönen Werke gestanden habe, und ich habe von anderen Leuten, von modernen Architekten, die dem klassizistischen Empfinden des 18. Jahrhunderts nahe standen, Urteile gehört, welche darauf hinausgingen, daß sie dem Tor einen größeren künstlerischen Wert als dem Dom beigemessen haben. Ob das Urteil richtig ist, habe ich, wie gesagt, nicht zu entscheiden; ob Sie entscheiden wollen, das muß bei Ihnen stehen.

Sei dem nun wie ihm wolle: mir scheint das Wichtigste bei unserer konservierenden Tätigkeit, daß wir uns nicht, ich möchte sagen, als Oberherren vergangener Zeiten betrachten, nicht als diejenigen, die kraft eines ästhetischen Urteils berechtigt sind, das, was vergangene Zeiten an älteren Bauten geändert haben, unsererseits zu beseitigen, um ein anderes Zeitalter wieder ins Leben zu rufen. Wenn es sich darum handelt, wie vorhin gesagt wurde, aus rein praktischen Zwecken ein Bauwerk den jetzigen Bedürfnissen angemessen zu verändern, so würde ich jedenfalls den Rat geben, mit derselben Entschiedenheit vorzugehen, wie dies vergangene Jahrhunderte getan haben, nur mit dem einen Merkmal, daß uns die Pietät gegen historische Denkmäler höher steht, wie vergangenen Zeiten. Ich würde mich nicht scheuen, in einem älteren Denkmal unserem modernen Empfinden und unseren modernen Bedürfnissen den energischsten Ausdruck zu geben, aber ich halte es theoretisch für unrichtig, aus ästhetischen Grundsätzen — und diese sind hier im wesentlichen die entscheidenden gewesen — Änderungen an historisch gewordenen vielstiligen Bauwerken vorzunehmen.

Konservator Dr. Hager-München: Meine Herren! Die Frage, die wir behandeln, ist eine außerordentlich interessante, sie ist aber auch nicht minder eine außerordentlich heikle und schwierige. Ich glaube, man kann im allgemeinen überhaupt bindende Grundsätze für alle derartigen Fälle nicht feststellen: ich glaube, man muß da doch von Fall zu Fall entscheiden und jeden Bau für sich selbst studieren, bevor man an die Festlegung des

Restaurationsprogramms geht. Es gibt da ganz verschiedene Fälle. Nehmen Sie z. B. etwas, was unseren Architekten gewissermaßen täglich unter die Hände kommt: nehmen Sie unsere Dorfkirchen. So eine Dorfkirche ist, nehme ich z. B. an, im 12. Jahrhundert gebaut worden: in ganz einfacher Form, ein rechteckiges Langhaus, flach gedeckt, und an dieses schließt sich im Osten eine halbrunde Apsis, die Fenster sind außerordentlich klein, fast Scharten, so daß, wenn das Gebäude noch in ursprünglicher Form auf uns gekommen ist, es vielleicht weniger den Eindruck einer Kirche, als den eines Stalles macht. Nun, als die Gotik bei uns in Deutschland vollständig durchgedrungen war — vielfach hat dieses Durchdringen auf dem Lande erst am Schlusse des 14. Jahrhunderts stattgefunden, also 100—150 Jahre nachdem die ersten gotischen Bauten bei uns entstanden sind, — nachdem also die Gotik vollständig volkstümlich geworden war, und die romanischen Bauten nach anderthalb Jahrhunderten auf dem Lande draußen dem Volke vollständig veraltet, unmodern würden wir sagen, erschienen, da hat man an dieser kleinen romanischen Kirche wieder zu bauen angefangen und zwar, weil man stets mit möglichst wenig Mitteln durchzukommen suchte, hat man erhalten, was man erhalten konnte. Man erhielt das Langhaus, setzte aber statt der kleinen halbrunden Apsis, die dem Raumbedürfnis nicht mehr genügte und auch dem Lichtbedürfnis nicht mehr zusagte, einen größeren gotischen Chor, meinetwegen mit einem oder zwei Langjochen und einem Schluß in drei oder fünf Achteckseiten an, den Chor wölbte man, das Langhaus blieb flach gedeckt. Der Chor bekam große, schöne helle Fenster, die Fenster im Langhaus ließ man vielleicht noch in der alten Form. Das waren etwa die Veränderungen, welche die Dorfkirche erlitt in der Zeit, wo der romanische Stil im Bewußtsein des Volkes als tatsächlich veraltet und unmodern galt. In der Regel war das bei uns in Bayern — ich glaube, das ist anderwärts in Deutschland in der Hauptsache auch so — im 15. Jahrhundert, und wieder mußten etwa  $1\frac{1}{2}$  Jahrhunderte vergehen, ehe draußen auf unseren Dörfern diese gotisch aufgeputzten Bauten als vollständig veraltet und unmodern erschienen. Es war im 17. Jahrhundert, in der Periode des 30 jährigen Krieges, und namentlich nach dem 30 jährigen Kriege in der Mitte des 17. Jahrhunderts, da ging es wie ein Sturmwind durch das ganze Land, und es fiel den Leuten gewissermaßen wie Schuppen von den Augen: diese gotischen Kirchen sind etwas völlig Veraltetes, sind viel zu finster, obwohl sie ja viel heller sind als die romanischen, auch die alten Farben können wir nicht mehr dulden, das entspricht nicht mehr dem Farbensinn, auch die Glasgemälde nicht, also hinaus damit! Zum mindesten die bemalten Fensterscheiben heraus, durchsichtige Fensterscheiben her, und dann weiß getüncht! Im 18. Jahrhundert hat man vielleicht wieder an der Kirche geändert. Da kam irgend ein Stukkateur, der hat ganz reizende Rokokoornamente aufgetragen, Rokokoaltäre gesellten sich dazu. Nun kam das 19. Jahrhundert. Das hat wieder manches aufgeräumt von diesen Zutaten, hat die Altäre herausgeworfen, die Stukkaturen etwa ließ man noch darin.

Nun kommt die Jetzzeit, und nun kommt die Frage: Wie restaurieren Sie diese kleine Kirche, welchen Stil legen Sie da zugrunde? Meine Herren! Ich glaube, darin werden wir alle einig sein, daß in solchen Fällen es in der Regel wohl nur eines gibt, vorausgesetzt, daß die einzelnen im Laufe der Jahrhunderte erwachsenen Gebilde an der Kirche einigen Kunstwert haben.

Ich glaube, in diesem Falle gibt es nur eines: wir suchen alle diese im Laufe der Jahrhunderte zugewachsenen Bestandteile womöglich zu erhalten. Es wird uns nicht einfallen, die Stukkaturen herauszuwerfen, es wird uns nicht einfallen, den gotischen Chor abzutragen, sondern wir werden versuchen, zu erhalten, so weit es geht, und darin beruht der Reiz der kleinen Dorfkirchen, daß wir gerade das Malerische, was sie im Laufe der Jahrhunderte gewonnen haben, erhalten.

Es kann aber natürlich Fälle geben, in denen der Stukkateur des 18. Jahrhunderts uns ganz minderwertige Arbeiten hineingesetzt hat, und bei denen wir dann den Herren, die vor 30, 40, 50 Jahren über diese Arbeiten in Bausch und Bogen, über gute und schlechte, abgeurteilt haben, wirklich einige Berechtigung zugestehen müssen. Ich kenne bei uns in Bayern, wo ja die Stucktechnik ausserordentlich viel Wertvolles geleistet hat, doch Gegenden, in denen ebensoviel Schlechtes da ist, und in denen man in der Tat die Worte gebrauchen möchte, mit denen vor 40, 50 Jahren die Herren, die damals unter dem Einfluß der romantischen Richtung für die mittelalterliche Kunst sich begeisterten, über die Sachen geurteilt haben. Solche minderwertigen Sachen würde ich unter Umständen ganz ruhig entfernen. Ich will sie nicht halten, nur weil sie alt sind, sondern in solchen Fällen, meine ich, müßte man doch auch dem persönlichen Empfinden, dem sogenannten ästhetischen Urteil einigen Raum einräumen. Ich erinnere mich an einen Fall, der mich außerordentlich erheitert hat: Die Kirche in Isen in Oberbayern, eine große romanische Basilika, die auch flach gedeckt war, wurde im 15. Jahrhundert, wenn ich nicht irre, gewölbt, und um 1700 stukkiert. In den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts war die Frage: wie restauriert man die Kirche? Und da hat man dann unseren äußerst verdienstvollen Kunsthistoriker Professor Sighart damals gefragt. Der hat sich in einem Briefe, der noch vorliegt, dahin geäußert: Ja, man wird doch wahrhaftig nicht Anstand nehmen, die Stukkaturen herauszuschlagen, das Gewölbe herauszunehmen, und diese edle romanische Basilika mit der flachen Decke wieder herzustellen; denn kein vernünftiger Mensch in ganz Deutschland, schreibt er in den sechziger Jahren, wird heute solche Stukkaturarbeiten noch erhalten oder gar restaurieren. Nun vor ungefähr fünf, sechs Jahren haben wir sie doch restauriert und erhalten, weil sie hübsch sind. Aber wenn ich gar nicht weit von Isen andere Kirchen ansehe, so gibt es dort solche, bei denen ich heute noch das Urteil von Sighart anwende. Also Sie sehen, ich glaube, man muß auch da unterscheiden.

Sie wissen, man hat in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gerade bei bedeutenden gotischen, romanischen Kirchen und Domen ganz gründlich aufgeräumt und hat z. B., um eines zu nennen, den Bamberger Dom auf diese Weise restauriert, und man hat, wie unser Wilhelm Riehl sich ausdrückt, zu Ehren der Geschichte die Geschichte aus dem Tempel hinausgeworfen, man hat mit Grabsteinen aufgeräumt, mit Altären usw., und hat sich so gefreut, den Dom in der ursprünglichen Weise wieder herzustellen. Das ist gewiß bei solchen Bauten in den meisten Fällen sehr bedauerlich. Aber überall und allenthalben möchte ich eine Beseitigung späterer Zutaten und späterer Einrichtungen oder Anbauten doch nicht ganz und gar verwehren selbst bei bedeutenden Bauten; denn es ist doch auch für uns sehr wichtig, daß wir eine Anzahl dieser alten Denkmäler, womöglich mit

dem ursprünglichen Raumeindruck, mit dem sie aus der Hand des Meisters oder der Meister hervorgegangen sind, wieder erhalten. Es ist doch durchaus nicht verwerflich, wenn wir diese späteren Anbauten bei einer Anzahl von Baudenkämlern, die in der Tat den ursprünglichen Raumeindruck, die ursprüngliche Raumschöpfung stören, beseitigen, und dann zu dem Genuß der ursprünglichen Raumschöpfung zurückkommen. Ich weiß ja sehr wohl, es fehlt da noch sehr viel an dem ursprünglichen Eindruck: es fehlt die ursprüngliche Farbe, es fehlt die alte Verglasung usw., aber ich glaube, es kann doch unter Umständen auch heute noch Fälle geben, wo wir zu einer wenn auch nicht ganz radikalen, so doch teilweisen Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes schreiten dürfen.

Das sind so die Dinge, die ich Ihnen sagen wollte, und mit denen ich nur ausdrücken will, daß wir nicht einen generellen Gesichtspunkt für alles und jedes aufstellen dürfen. Wir müssen uns unsere persönliche Stellung von Fall zu Fall vorbehalten, natürlich im großen und ganzen stets die Pietät für das Alte wahren und das Bewußtsein, welche Pflicht wir haben gegenüber dem, was die Vorwelt uns überliefert hat.

Bamberg 1905

## Über Denkmalpflege und moderne Kunst

**Berichterstatter: Konservator Dr. Hager-München:**

Königliche Hoheit! Meine Herren! Denkmalpflege und moderne Kunst sind scheinbar zwei sich ausschließende Begriffe. Die Denkmalpflege ist den Werken der Vergangenheit gewidmet, die moderne Kunst soll ein Kind der Gegenwart sein. Und dennoch wird die Denkmalpflege dann am besten gedeihen, wenn sie Hand in Hand mit der lebenden, nach eigenen Ausdrucksformen ringenden Kunst geht. Die Denkmalpflege hat einen langen und weiten Weg zurückgelegt, bis sie zu dieser Erkenntnis gelangte. Anfang und Ende des Weges sind gänzlich verschieden, so verschieden, daß wir fragen können, ob denn der Weg am Ende derselbe ist, wie der, der vom Ausgangspunkte weg führte. Und doch läuft der Weg vom Anfang bis zum Ende gleichmäßig und folgerichtig fort; es ist nicht einmal ein Umweg, es ist der gerade Weg, wie die künstlerische Entwicklung des 19. Jahrhunderts ihn bedingte.

Das Streben, die alten Bau- und Kunstwerke zu erhalten, ist wesentlich ein Kind der Zeit der Romantiker. Lange verstand man darunter ein Wiederherstellen der alten Denkmäler in ihrer ursprünglichen Form, unter Beseitigung der späteren Zutaten. Die Restauration einer mittelalterlichen Kirche hatte vor allem drei Ziele: es galt, spätere An- und Einbauten und spätere Einrichtungsgegenstände, weil sie die Stileinheit und die Stilreinheit störten, zu entfernen: es galt zweitens, den so verbleibenden Rest des mittelalterlichen Werkes auszubessern, zu festigen und zu verschönern, und es galt drittens, der Stileinheit zuliebe die neuen Zutaten und Einrichtungsgegenstände in dem mit der Kirche übereinstimmenden Stil zu schaffen. Etwa ein halbes Jahrhundert lang waren die Kunst- und Altertumsfreunde und mit ihnen unsere Architekten ausschließlich in diesem Sinne tätig. In den siebziger und vor allem in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts brach allmählich

die Anschauung durch, daß die Forderung der Stileinheit ein Irrtum sei, dem eine ganze Masse von Denkmälern zum Opfer gefallen war. Es setzte sich die Überzeugung fest, daß alle Stilarten ihre Berechtigung haben, daß die verschiedensten Stilerzeugnisse nebeneinander zu dulden seien, so wie sie im Laufe der Jahrhunderte sich in einem Raume zusammengefunden. Und aus dieser gleichmäßigen Wertschätzung aller Stilarten rang sich endlich die Erkenntnis durch, daß überhaupt nicht das Restaurieren, sondern das Konservieren das Ziel der Denkmalpflege sei.

Aber es ist uns doch nur in verhältnismäßig wenigen Fällen vergönnt, uns auf eine lediglich konservierende, vor allem auch das Auswechseln völlig verwitterter Werkstücke, die Behebung von Schäden aller Art bezweckende Tätigkeit, die heute zu einer förmlichen Kunst entwickelt ist, zu beschränken. In den meisten alten Bauten, welche noch in Benutzung stehen, muß außerdem auch den Bedürfnissen

Alle diese Bauten sind, wenn sie noch ihrer ursprünglichen Zweckbestimmung dienen, lebendige Organismen. Die gegenwärtig so rasch wachsende Bevölkerung bedingt die Vergrößerung zahlreicher Kirchen. Der religiöse Sinn will und muß sich in der Anschaffung neuer Kunstwerke in den alten Gotteshäusern betätigen. Ähnlich müssen oft unsere Rathäuser erweitert werden. Die Bürgerschaft erhebt mit vollem Recht den Anspruch, nach dem Beispiele der Vorfahren zur Verschönerung ihrer öffentlichen Gebäude nach eigenem Geschmacke beizutragen. Und der Privatmann will sein altes Haus für die neuzeitlichen Bedürfnisse adaptieren. Wo Leben ist, ist kein Platz für ungestörtes Beharren.

Kurz, bei der großen Mehrzahl unserer Baudenkmäler kommen wir über die Zutat von Neuem, über Erweiterungen, Anbauten, über Neuschöpfungen, nicht hinweg. Bei diesen neuen Zutaten halten wir gewöhnlich noch ausschließlich an der Nachahmung der alten historischen Stile fest. Wir erweitern z. B. eine gotische Kirche in gotischem Stil, wir bauen an ein romanisches Gotteshaus einen romanischen Turm, wir führen den Anbau einer Barockkirche in barocken Formen aus, wir stellen in eine gotische Kirche gotische, in eine Rokokokirche Rokokoaltäre, wir verlangen für eine gotische Kapelle Glasmalereien, die nicht nur in der Farbenwirkung, sondern auch in der Zeichnung der oder jener gotischen Stilphase folgen. Freilich, wo der alte Bau, wie so häufig, selbst keine Stileinheit zeigt, ergibt sich bei diesem Verfahren manches Kopfszerbrechen. Aber wir pflegen trotzdem stets einen Ausweg zu finden: denn wir müssen ihn finden, da ein Entwerfen in neuen Formen oder in völlig freier Verwendung alter Formen verpönt ist. So schaffen wir in derselben Weise wie vor fünfzig Jahren weiter, im Geiste des Gebotes der Stileinheit, das wir doch bereits als irreführend erkannt haben. Nur in der Art der Ausführung unterscheiden wir uns von der früheren: wir legen viel mehr Wert auf Treue der Stilimitation als die vorangehende Generation. Wir verfügen über eine intimere Kenntnis der alten Stile und der alten Denkmäler. Wir verfolgen die Stilentwickelungen bis in die feinen und feinsten Unterschiede und Abwandlungen in den einzelnen Jahrzehnten, in den mannigfachen Schulen, in den verschiedenen Ländern, ja in den mancherlei Landschaften und Gauen. Die Möglichkeit, rasch und

bequem die entferntesten Kunstwerke zu erreichen und zu untersuchen, die ungeahnte Entwicklung der Photographie, hat unser Auge geschärft und uns die Mittel gegeben, die Stiltreue bis zum äußersten zu treiben. Manche sind Virtuosen der Stiltreue geworden. So ist es gekommen, daß wir, ohne uns dessen eigentlich klar bewußt zu sein, tatsächlich die Projekte oft weniger auf den ästhetischen oder Kunstwert, als auf Stiltreue prüfen und verbesehen. Eine Zeitlang freuten wir uns über diese Errungenschaft. Wir merkten gar nicht, daß die möglichst stilgetreue Imitation, dieses völlig stilgerechte Arbeiten vielleicht weniger künstlerische Selbständigkeit zuläßt als die Manier früherer Jahrzehnte, die nicht so stilgetreu war, dafür der künstlerischen Eigenart mehr Spielraum zur Entfaltung bot. Jetzt, da wir in den besten Leistungen den Gipfelpunkt der Stiltreue erreicht zu haben meinen, da wir oft das (wohl gar künstlich mit den Spuren des Alters versehene) Neue von dem Alten kaum mehr unterscheiden können, und uns zum Kenntlichmachen der neuen Zutaten der Inschriften bedienen müssen, jetzt stellt sich nach einem immer wieder aufs neue sich bestätigenden Entwicklungsgesetze der Kulturgeschichte der Rückschlag ein: wir empfinden das streng stilgerechte Schaffen in alten Formen bei Erweiterungen und bei Zutaten als Verzicht auf die künstlerische Individualität unserer Zeit, wir schaudern gar oft vor dem künstlerischen oder vielmehr unkünstlerischen Ergebnis, das da mit ebensoviel Scharfsinn wie Liebe, mit ebensoviel Wissen wie Können von den Künstlern und ihren Beratern zusammengetragen worden ist. Die wirklich guten, von vorzüglich nachempfindenden und nachschaffenden Künstlern ausgeführten, mit Neuschöpfungen verbundenen Restaurierungen sind so gering an Zahl, daß sie gegenüber der endlosen Masse der unbefriedigenden Arbeiten das allgemeine Empfinden des Unbehagens kaum zu ändern vermögen.

Wir erkennen jetzt allmählich, daß das Geheimnis der Anpassung des Neuen an das Alte nicht in der Wahl der gleichen Stilformen, sondern lediglich in der künstlerischen Erfahrung und Ausführung liegt. Und mit dieser Einsicht ist einer neuen Entwicklungsphase der Denkmalpflege die Bahn gebrochen. Wir begreifen: nicht um Stil, sondern um Kunst dreht sich die Frage. Deutlicher gesprochen: nicht die historischen Stilformen sind es, die die künstlerische Gesamtwirkung eines verschieden Stile an und in sich vereinenden Baues begründen. Es ist vielmehr der Kunstwert der einzelnen Teile und das künstlerische Verhältnis dieser Teile zum ganzen, was das einzigste Band bildet, was das Geheimnis der Wirkung des Baues und seiner Einrichtung auf den Besucher erklärt. Die künstlerische Einheit, nicht die Stileinheit und Stilgerechtigkeit, bedingt schließlich den Eindruck des Werkes.

Erlauben Sie mir, an einer kleinen Auswahl von Beispielen zu zeigen, welchen Einfluß diese Erwägungen in der Praxis üben können. An den Beispielen werde ich zugleich Gelegenheit haben, die vorgetragene Anschauung einerseits zu begründen, andererseits klarer und deutlicher auszuführen.

In einem ehrwürdigen romanischen Dom ist vor mehr als einem halben Jahrhundert die alte Einrichtung beseitigt worden, weil sie aus der Barock- und Rokokoperiode stammte und zur Meinung der gebotenen Stileinheit nicht paßte. Was vor mehr als 50 Jahren an die Stelle gesetzt wurde, genügt wieder unseren jetzigen Anforderungen an Würde der Erscheinung nicht

mehr. Und überdies entlockt uns das geringe Verständnis für romanische Stilformen an diesen Werken ein Lächeln der Überlegenheit. Schon steht der Architekt bereit, der verspricht, das alles im Sinne der romanischen Kunst viel besser, ja vielleicht mustergültig zu machen. Sollen wir nun versuchen, kraft unserer ungleich größeren und vertiefteren Kenntnis der romanischen Stilformen die Altäre, die Kanzel etc. in echterem romanischen Stil hinzustellen? Ich würde einen solchen Versuch vom Standpunkt unserer ~~modernen~~ Kunst bedauern. Wir mögen uns noch so sehr ein-  
oder doch dem Romanischen außerordentlich Nahekommendes zu schaffen; über kurz oder lang naht die Zeit, da auch diese Werke als nicht stilgerecht empfunden werden. Und dann, welche Geschmacklosigkeit ist es in den Augen des feiner Empfindenden, wenn der moderne Künstler mit dem Werke der alten Meister, das in dem Baue uns vor Augen steht, einen Stilwettkampf eingehen will! Was anderes wird da erreicht, als daß das Alte in seiner Originalität und Wirkung durch die archaisierenden, ihm in den Einzelformen anempfundenen Zutaten beeinträchtigt, ja totgeschlagen wird? So entsteht wohl gar aus gutgemeinter, aber falsch verstandener Pietät vor dem Alten ein Ausbund von Pietätlosigkeit. Eher könnte ich es mit meinem künstlerischen Gefühl vereinbaren, wenn man bei der neuen Einrichtung der als Beispiel angezogenen romanischen Kirche spätere Stilperioden, z. B. die Gotik oder auch die Renaissance, als Fundgrube benutzen würde. Denn dann wäre wenigstens die Gefahr beseitigt, daß die alten romanischen Formen von den Rivalen in ihrer Wirkung verkürzt werden. Weitaus vorziehen aber würde ich es, wenn die Einrichtung ganz unabhängig von einem bestimmten alten Stile entworfen würde, lediglich in der Absicht, Kunstwerke zu schaffen, die in Silhouette und Farbe sich dem gegebenen Raume einfügen. Und glaubt man, von der alten Formensprache sich doch nicht loslösen zu können, so verwende man sie wenigstens in völlig freier Weise, in individuell durchgebildet künstlerischer Eigenart, die uns selbst und späteren Geschlechtern keinen Zweifel über die Entstehungszeit läßt. Nicht möglichste Stiltreue, sondern Befreiung von der Stiltreue, möglichst frei und individuell durchgeführte, künstlerische Verwertung, Umbildung, Anpassung und Fortentwicklung der alten Einzelformen sei dann die Lösung! Auf jeden Fall aber soll der leitende Gedanke sein, die neuen Einrichtungsgegenstände in künstlerischer, eigenartiger Weise auszuführen, und so Kunst neben Kunst zu stellen. Nur so wird sich das Neue vom Alten klar und deutlich als Kind einer anderen Zeit abheben und doch wieder eine künstlerische Verbindung mit ihm eingehen.

Ein weiteres Beispiel! Bleiben wir bei einem mittelalterlichen Dom! An diesem Dom findet sich ein romanesches Prachttor mit Säulen, figürlichen Skulpturen, kurz mit reicher Ornamentik. Das große Dekorationsstück ist jetzt der Witterung ausgesetzt: einst aber war es durch eine Vorhalle oder durch einen Kreuzgang Jahrhunderte hindurch geschützt. Die schützende Halle ist seit langem abgebrochen. Man erkennt, daß wieder ein tiefer Vorbau hergestellt werden muß, wenn der Verfall aufgehalten werden soll. Es werden natürlich Projekte in formalem Anschluß an den romanischen Charakter des Portals entworfen. Da tritt ein künstlerisch fein empfindender Mann auf, setzt auseinander, wie die romanischen Stilformen des Neu-

baues die Wirkung des alten romanischen Originals schädigen würden, und verlangt, daß der Anbau in ganz freien Formen entworfen werde, in Formen, die ihn sofort als eine Jahrhunderte spätere Zutat, als eine Schöpfung unserer, ihrer eigenen Kraft wieder bewußt gewordenen Zeit erkennen lassen; er stellt nur die eine Forderung, daß der Architekt des Anbaues im Umriß, in der Silhouette seines Werkes den Einklang mit dem vorhandenen Baue suche. Wer wollte diesem Gedankengang Berechtigung absprechen?

Blicken wir auf eine andere Gruppe von Denkmälern! Auf einem Berggrücken liegt eine alttümliche Stadt, mit malerischen Mauern und Toren. Die Straße zum Berg hinauf führt oben durch einen gotischen Torturm mit beiderseits anschließender Stadtmauer. Vor kurzem hat man seitlich vom Tore am Rande des Bergrückens einen großen Neubau aufgeführt: dabei fiel die Mauer mit samt ihrer Überbauung zwischen Torturm und Neubau zum Opfer: es klafft jetzt eine große Lücke. Daß die alte Tordurchfahrt zu eng und der neue Durchbruch als zweite Verkehrsader zu benützen sei, war allen klar. Aber über die Art der Ausführung waren die Meinungen geteilt. Die einen wollten die Lücke einfach als Weg offen lassen; die anderen wollten sie durch einen überbauten Torbogen wieder schließen. Die Vertreter der erstenen Partei machten geltend, daß durch die Zutat eines zweiten Torbogens, bei dessen Ausführung man jedenfalls den Stilformen des Turmes folge, der Charakter der alten Befestigung völlig verändert werde; es werde ein Bild vorgetäuscht, wie es früher nie bestanden haben könne. Und die andere Partei erklärte, die klaffende Lücke müsse aus künstlerischen Gründen wieder geschlossen werden, die Rücksicht auf das Straßen- und Städtebild verlange einen architektonischen Abschluß. Nach mancherlei Verhandlungen wurde ein Vorschlag angenommen, der beiden Anschaulungen Rechnung trug: es soll eine zweite überbaute Durchfahrt neben dem alten Torturm hergestellt werden, in den Umrissen der Silhouette des Turmes und der Umgebung angepaßt, in den Einzelformen aber unabhängig von dem historischen Stile des Turmes; der Anbau soll, auch abgesehen von dem Baumaterial, sofort als modern zu erkennen sein, sich aber mit dem Alten zu einer jener Bildwirkungen vereinen, die uns an den Werken der vergangenen Jahrhunderte so anheimelnd berühren.

Wir sehen: gerade durch das Vermeiden des strengen Anschlusses an die Einzelformen historischer Stile können wir bei neuen Zutaten an alten Bauten das historisch und künstlerisch Wertvolle der früheren Schöpfungen möglichst rein und scharf abgegrenzt erhalten.

Setzen wir einen anderen Fall! Eine kleine Rokokodorfkirche mit reizvollen Stukkaturen und Deckengemälden muß erweitert werden. Es wird gegen Westen ein großer Anbau als Schiff hinzugefügt, so daß die alte Kirche im Osten nun als Chor wirkt. Grundriß und Aufbau wird in einfacher Weise durchgeführt, darüber erheben sich nicht viele Zweifel. Aber die Innendekoration des Anbaues? Sollen wir uns da unbesehen dem alten Vorbild anschließen? Oft genug geschieht das. Da setzt man dann den Ehrgeiz darein, die neuen Stukkaturen möglichst täuschend den alten nachzuempfinden. Bei der außerordentlich hohen Entwicklung der wieder aufgelebten Stucktechnik macht das keine Schwierigkeit. Und reichen die vorhandenen Stukkaturen in der alten Kirche nicht hin, um als Vorbild für die Komposition der Dekoration des Neubaues zu dienen, so hat man ja

genug andere Vorbilder, man hat eine Sammlung von Photographien, die zieht man zu Rate, aus ihr weist man dem projektierenden Künstler Motive nach. Schwieriger ist schon die Herstellung altertümelnder Deckenbilder. Denn es gibt nur einige wenige Maler, die ganz im Anschluß an die alte Rokokoart, in Komposition, Zeichnung und Farbe zu arbeiten verstehen. Aber auch diese Klippe wird überwunden. Wozu hätten wir denn die alten Kupferstiche und Bilder des 18. Jahrhunderts, wenn wir es nicht verstünden, aus ihnen die Motive zu neuen Kompositionen zusammenzuklauben, die verzückt und lebhaft bewegten Heiligen mit ihrem manierierten Faltenwurf und Gesichtsausdruck herüberzunehmen? Welcher Stolz, wenn nun das Ganze glücklich fertig und vom alten kaum zu unterscheiden ist! Welcher Triumph, wenn gar ein Kenner einmal ahnungslos in eine solche Kirche tritt und den Anbau mitsamt seiner Dekoration für alt hält! Das Können der dabei beteiligten Künstler in vollen Ehren! Ich schätze ihre Arbeiten hoch, ich bewundere sie. Aber mich ergreift jedesmal Wehmut, wenn ich sehe, welch künstlerische Kraft da aufgewendet worden ist für ein Werk, dem kein höherer selbständiger Wert zukommen kann, weil es sich aus lauter Nachahmung und Nachempfindung zusammensetzt. Was könnten diese Künstler leisten, wenn sie in unserer eigenen Sprache reden dürften!

Wie ganz anders verfuhr man in ähnlichen Fällen in alter Zeit! Wie viele Kirchen gibt es, die im östlichen Teil Spätrenaissance- oder Barockstukkaturen zeigen, im Langhaus aber farbenfrohe Deckengemälde, umrahmt von flüssig aufgetragenem, lustig verschönkeltem Rokostuck! Welch großer stilistischer Gegensatz zwischen dem Dekorationssystem im Chor und Langhaus! Und doch, wer wollte sich heute noch über einen solchen Zwiespalt aufhalten? Wir finden diesen Unterschied sogar anziehend, reizvoll, wir freuen uns, daß man im 17. und nochmals im 18. Jahrhundert mit voller Liebe und Eigenart an dem Gotteshause gebaut, stuckiert und gemalt hat. Wir freuen uns darüber, wie es uns auch ganz traut anmutet, wenn wir sehen, daß selbst der im 17. Jahrhundert stuckierte Teil der Kirche damals nicht neu gebaut, sondern in Umfassungsmauern, Strebebögen und Gewölbe aus der Gotik beibehalten wurde.

Wir nehmen die Stildissonanzen an alten Bauten ruhig hin, weil sie — alt sind. Der Kunst der Gegenwart aber gönnen wir es nicht, mit ihrer Eigenart neben und in das Alte zu treten. Soll eine alte, die verschiedensten Stile in sich vereinigende Kirche heute restauriert werden, so verlangen wir die möglichste Erhaltung des jetzigen Zustandes trotz der Mannigfaltigkeit des Stiles an den Bauteilen, in der Dekoration und in der Einrichtung, und dies mit vollstem Recht; denn eine Wanderung durch ein solches Gotteshaus ist ein Gang durch die Jahrhunderte menschlichen Hoffens und Sehnens, ein Gang, der Zeugnis gibt, von dem Glauben und Gottvertrauen, von dem künstlerischen Sinnen und Trachten unserer Voreltern, ein Gang, der unsere eigene frohe Zuversicht stärkt und kräftigt. Was für die Restaurierungen, Erweiterungen, Neuanschaffungen früherer Jahrhunderte recht ist, sollte das nicht auch für unsere Neuschöpfungen in und an alten Bauten billig sein? Sollten wir nicht den neuen Anbau an einer altstuckierten Kirche in Stuck und Malerei in abweichender Art verzieren dürfen? Sollten unsere Restauratoren bei Erweiterungsbauten und neuen Zutaten nicht endlich einmal wieder Künstler, nichts als Künstler sein dürfen? Sollten sie nicht wagen,

dürfen, die ihnen meist so schlecht sitzende Zwangsjacke der stilgeschichtlichen Treue an den Nagel zu hängen? Sollten sich unter unseren zahlreichen, schaffensfreudigen Architekten, Bildhauern und Malern keine Kräfte finden, die solchen Aufgaben gewachsen sind? O, da ist man schnell mit der Antwort zur Hand: nein, sie finden sich nicht. Freilich, sie finden sich nicht oder nicht schnell genug, weil man solche Aufgaben nicht oder zu selten stellt, weil man vielleicht aus der einen oder anderen nicht günstig aus gefallenen Probe den Schluß zieht: es ist nicht möglich, in neuer Art neben der alten zu schaffen. Ja, sie finden sich nicht ein zur Mitarbeit, weil man sie nicht zuläßt, weil bekannt ist, daß Projekte, die nicht den stilistischen Anschluß an das alte suchen, keinerlei Aussicht auf Genehmigung haben. Wir müssen bedenken, daß Neues nicht über Nacht erfunden wird, daß das Neue Zeit und Gelegenheit braucht, sich aus dem Alten zu entwickeln. Unsere Aufgabe ist es, diese Gelegenheit zu geben und den Boden für weitere Entwicklung zu lockern. Auch hier ist das Angebot von der Nachfrage abhängig.

Ich fahre in der Veranschaulichung mit Beispielen fort! In einer ehemaligen Klosterkirche, einer romanischen, dreischiffigen Basilika, deren Inneres im 18. Jahrhundert im heiteren Rokokostil stuckiert und ausgemalt worden ist, stehen Barock- und Rokokoaltäre mit guten und schlechten Altarblättern. Die guten Altarblätter sollen gereinigt und aufgefrischt, die schlechten und kunstlosen durch neue ersetzt werden. Welch schöne Aufgabe für unsere Maler! Man sollte glauben, man verlange lediglich künstlerisch ausgeführte, dem religiösen Empfinden entsprechende Gemälde, geschaffen in der individuellen Sprache unserer Zeit. Aber nein, man erhebt die Forderung, daß der moderne Maler sich dem Rahmen des neu herzustellenden Werkes, nämlich dem Barock- oder Rokokoaufbau des Altares stilistisch anpasse, daß er in Barock- oder Rokokomanier male. Man verweist wieder auf alte Vorbilder, alte Kupferstiche. Ja, man rät vielleicht sogar, ein altes Altarblatt einer anderen Kirche oder einer Sammlung direkt zu kopieren. Welcher Mangel an künstlerischer Einsicht! Und solche Forderung erheben dieselben Herren, die nicht absprechend genug über die auf Stileinheit hinzielenden Restaurierungen des 19. Jahrhunderts urteilen können. Sie merken nicht, daß sie den Fehler, den sie anderen vorwerfen, selbst machen. Die Lösung der Aufgabe im Sinne einer wahren christlichen Kunst ist doch so einfach. Der Maler der neuen Altarblätter soll, wie man das auch in früheren Jahrhunderten womöglich getan hat, in der Größe der Figuren, in der Komposition, in der Untersicht, den Raumverhältnissen vor dem Altare und im Kolorit den Beleuchtungsverhältnissen Rechnung tragen. Im übrigen aber lasse man ihm freie Hand, ein Gemälde zu schaffen, das von Herzen kommt und zum Herzen spricht. Wer noch zweifelt, daß der empfohlene Weg der richtige ist, den verweise ich wiederum auf die alten Kirchen selbst. Wie oft trifft es sich, daß in einem Altarbaue des spätern 17. oder des 18. Jahrhunderts ein Altargemälde etwa aus der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts oder gar aus noch älterer Zeit beibehalten wurde! Die zeichnerischen und koloristischen Prinzipien dieses Altarblattes weichen vollständig ab von jenen, die zur Zeit, da man den späteren Altaraufbau herstellte, üblich waren. Wir finden diese Stildissonanz ganz und gar nicht unhaltbar, wir bewundern das Gemälde und wir bewundern seinen architektonischen Rahmen. Wir entziffern die

Sprache der beiden hier nebeneinander und ineinander vereinten Stilperioden, wir wägen ab, wir vergleichen, wir lassen den Geist dieser stummen und doch so beredten Werke lebendig werden, und wir gehen hinweg mit dem Bewußtsein, einen erhebenden Eindruck empfangen zu haben. Seien wir doch offen und gestehen wirs: der Reiz des Alten hats uns da angetan! Doch, ich will nicht ungerecht sein: noch eins wirkt mit, vielen freilich oft nicht bewußt, das ist der künstlerische Wert der beiden unter sich so verschiedenen Werke. Der künstlerische innere Gehalt ist es wieder, der das einigende Band um die ihrer Entstehung nach vielleicht anderthalbhundert Jahre und mehr auseinander liegenden, stilistisch voneinander so abweichenden Denkmäler, schlingt. Und die Nutzanwendung? Immer und immer wieder werden wir zur Forderung geführt: auf die Kunst, nicht auf den Stil kommt es an. Kunstwerke wollen wir in die alten Kirchen stiften, Werke, echt, wahr und warm empfunden aus dem Geiste unserer Zeit, Werke, die religiös stimmen und erhabend wirken, Werke, möglichst frei von der Nachahmung der zeichnerischen oder koloristischen Manier der oder jener alten Periode, Werke ohne aufdringliche Altertümeli — Kunstwerke, nicht Stilübungen. Den Einwand, daß ja eben die retrospektive Kunstrichtung dem Geist unserer Zeit entspreche, kann ich nicht oder vielmehr nicht mehr gelten lassen. Die führenden Künstler, vor allem in der Malerei, aber auch in den andern Gebieten, gehen bereits andere Wege.

Und das gleiche wie für die Malerei gilt für die Skulptur. Warum sollen z. B. für eine alte gotische Kirche oder auch selbst für einen alten gotischen Altarschrein nurgotisierende neue Figuren geschaffen werden dürfen? Ich meine, wir sollten die Aufgabe anders stellen: wir sollten nicht Figuren verlangen, welche mehr oder minder irgend einer gotischen Stilperiode sich anschließen, sondern vielmehr lediglich Figuren, die Kunstwert haben und sich dem gegebenen Raume anpassen. Haben die neuen Werke Kunstwert, so werden sie sich neben und in dem Alten behaupten, so gut wie z. B. gotische Holzfiguren an Renaissance- oder Barockaltären oft genug den Kenner erfreuen und entzücken.

Gerade für die Malerei und Plastik, die individuellsten der bildenden Künste, ist das uns beschäftigende Problem von größter, von ernstester Tragweite. Die Sache wird für die kirchliche Malerei und Plastik der Gegenwart geradezu eine Lebensfrage. Die Nachahmung bleibt immer mehr oder minder am Äußerlichen haften. Wohl gibt es einige wenige Künstler, welche sich ganz in die Manier eines bestimmten alten Stiles eingelebt haben und ihre Werke zu beseelen verstehen. Aber was bedeutet diese verschwindend kleine Zahl gegenüber den zahllosen Aufgaben, die da und dort zu erfüllen sind? Der kirchlichen Malerei und Plastik tut vor allem das Verinnerlichen not. Was empfinden wir denn bei den meisten unserer neuen Altarblätter und Skulpturen hauptsächlich als Mangel? Ich glaube, es ist, vom Technischen abgesehen, in erster Linie das Fehlen des Ausdrückes, der Beseelung, des inneren Lebens, was uns gegenüber diesen Werken so kalt läßt. Daher blicken wir auch so gerne auf die alten Bilder und Figuren: denn in ihnen finden wir gerade das, was wir an den neuen meist vermissen.

Seit Jahren hat die moderne Malerei eine reiche Entwicklung aufzuweisen. Wie gering an Zahl sind die Werke in unseren Kirchen und Rathäusern, die späteren Generationen von dieser Entwicklung Zeugnis geben

können! Viele tüchtige Künstler harren der monumentalen Aufgaben — der Aufgaben, die ihnen nicht, oder nur in verschwindend geringem Maße gestellt werden. Man verweist und vertröstet sie in der Regel auf die Ausstattung von Neubauten. Ich hörte vor kurzem den Satz: In den alten Kirchen ist nur Raum für die alte Kunst, d. h. für die altertümelnde Kunst, die moderne Kunst soll sich zufrieden geben mit den neugebauten Kirchen. Es war ein Künstler, der so sprach, ein sehr angesehener Künstler. Welch verkehrte Anschauung, welche unheilvolle, folgenschwere Verirrung! Hätte man in früheren Jahrhunderten so gedacht und gehandelt, wo wäre da die abwechslungsreiche Kunstentwicklung geblieben, deren Schöpfungen uns eben wegen ihrer Mannigfaltigkeit so erfreuen und innerlich ergreifen? Wäre man so verfahren, so hätten wir z. B. keinen Bamberger Dom, einen Bau, der uns durch den schrittweisen Übergang vom romanischen zum gotischen Stil die bewegenden Kunstdenkmäler seines Zeitalters in so lebendiger Weise beleuchtet. Wahrhaftig, Leute mit solchen Grundsätzen hätten im dreizehnten Jahrhundert die Gotik, die ja sprungweise da und dort aus Frankreich nach Deutschland übertrat, nicht ins Land hereingelassen. Und dreihundert Jahre später hätte die Renaissance vor den Grenzen kehrt machen müssen.

Wie lange noch werden die vielen tüchtigen Maler und Bildhauer, die nicht in alten Manieren schaffen wollen, es ruhig mit ansehen, daß man ihnen und ihren Werken in der Regel systematisch die Türen der alten Kirchen und Baudenkmäler verschließt? Doch, was sage ich, ruhig mit ansehen! Eingeweihte wissen, mit welch verhaltemem stillen Grimm ein großer Teil der Künstlerwelt dem einseitigen, alles Neue und Selbständige rücksichtslos ausschließenden Begehrten gegenübersteht. Versuchen wir es doch, weniger engherzig zu sein, versuchen wir es — ich bitte darum — der lebenden Kunst auch in alten Bauten mehr Freiheit, mehr Luft zu gewähren. Wo es sich um neue Zutaten, um Neuschöpfungen in und an unsern alten Bauten handelt, hat die lebende Kunst das Recht, sich mitzubetätigen, sie hat mindestens den Anspruch auf wohlwollende und vorurteilslose Prüfung der Entwürfe; sie darf verlangen, nicht von vornherein nur deshalb ausgeschlossen zu werden, weil sie neue Bahnen geht.

Doch, da taucht drohend ein Gespenst vor uns auf, ein Gespenst, das so viele schöne Vorsätze verscheucht, so viele schöne Pläne hintertreibt: der Kostenpunkt. Kopien sind um billiges Geld zu bekommen, und auch Bilder, die nur mit Anlehnung an alte oder mit Benutzung alter Motive gemalt sind, kosten weniger, als selbständig konzipierte Werke talentvoller, hervorragender Künstler. Und in unserer Zeit, wo nicht mehr die reichen Quellen früherer Jahrhunderte für Kunztzwecke fließen, heißt es bei Restaurierungen und Neuanschaffungen besonders haushälterisch sein. Der Künstler ist seines Lohnes wert. Warten wir daher, bis die ausreichenden Mittel für gute Kunstwerke gesammelt sind, bescheiden wir uns, lieber wenig, das Wenige aber gut herzustellen! Freilich, unsere nervös erregte, schnelllebige Zeit kann sich mit langsamem Schaffen nur schwer abfinden. Wir treffen auf kein Verständnis, wenn wir erinnern, wie langsam unsere mittelalterlichen großen Kirchen in der Regel gebaut wurden, gebaut je nach dem Zufließen der Mittel. Die Gegenwart hält es lieber mit der flotten und frischen Bravour der Stuccatoren und Maler der Barock- und Rokokoperiode,

die in wenigen Monaten die größte Kirche von oben bis unten, von vorne bis hinten mit einheitlichem Prunkgewand ausstatteten.

Die Kostenfrage, das Streben, um möglichst wenig Geld möglichst viel zu erhalten, spielt auch vor allem in einem besonders wunden Punkte unseres Restaurationswesens mit, in der Beziehung der Kunstanstalten. Es ist ja bisweilen — nicht immer — finanziell vorteilhafter, einem Unternehmer die ganze Restauration oder Neuausstattung eines alten Baues zu übertragen, als mit den einzelnen Künstlern selbstständig in Beziehung zu treten. Es ist auch vor allem viel bequemer, hilft über den Mangel an Organisationstalent hinweg und sichert die Möglichkeit, eine bestimmte Person finanziell haftbar zu machen. Gar oft hat man über diese Kunstanstalten geklagt, man rät immer und immer wieder, ohne die Vermittelung der Anstalten die einzelnen Künstler beizuziehen. Gewiß wird dieser Weg, wenn beim Kirchenvorstand ein gewisses Verwaltungs- und Organisationstalent vorhanden ist, am besten zum Ziele führen. Aber die Kunstanstalten sind ein Wirtschaftsprodukt unserer Zeit, sie sind Organisationen, wie wir sie ähnlich auf anderen Gebieten finden. Wir kommen vielfach in die Lage, mit ihnen zu arbeiten. Wir müssen streben, sie den Zwecken der Kunstpflage in unserm Sinne dienstbar zu machen. Wir müssen von den Kunstanstalten verlangen, daß sie tüchtige Künstler beiziehen, die dann unter Umständen auch selbstständig mit den Kirchenverwaltungen über ihre Arbeiten verhandeln können.

Doch zurück zu unseren Beispielen! Da liegt irgendwo eine alte Stadt, mit mehreren mittelalterlichen Kirchen, mit zahlreichen alten Häusern vom 15. bis ins 18. Jahrhundert. Auf dem Marktplatz, an dem besonders viele alte Häuser mit malerischen Giebeln stehen, brennt ein Haus ab, das vor dreißig Jahren in den nüchternsten Linienverhältnissen und Einzelformen völlig neu gebaut worden war, so recht ein Schandfleck seiner Umgebung. Was ist nun zu tun? Die baupolizeilichen lokalen Vorschriften verlangen, daß bei einem Neubau der Umgebung Rechnung getragen wird. Da nimmt der Meister des Neubaues ein in der Nähe stehendes altes Renaissancehaus des 16. Jahrhunderts zum Muster, kopiert aber zugleich manche dekorativen Einzelheiten auch von anderen ungefähr gleichzeitigen Häusern der Stadt. In wenigen Jahren, wenn Schmutz und Rauch das neue Baumaterial etwas gefärbt haben, kann das Haus dem flüchtigen Beschauer als alt gelten. Wohl fügt es sich dem malerischen Gesamtbild des Platzes ein. Aber ganz unbewußt hat der Baumeister mit seiner Stiltübung den Wert der wirklich alten Häuser in der Nähe beeinträchtigt. Die Aufgabe, wie sie nach unserer heutigen Auffassung in solchen Fällen sich gestaltet, war gründlich verkannt. Nicht darauf kam es an, einen Bau mit gleichen oder ähnlichen Einzelformen, mit gleichem oder ähnlichem Aufbau mitten unter die alten zu stellen: es handelte sich vielmehr, wie Stübben auf dem Denkmalpflegetag in Mainz so trefflich ausgeführt hat, um die Anpassung der Umrisslinien, der Höhen der Dächer, der Ausbauten und Aufbauten an das alte Gesamtbild. Den modernen Bedürfnissen eines Hauses, den modernen Kunstformen soll innerhalb dieses Gesamtrahmens völlig freie Bahn gelassen werden. Die Wahrung des allgemeinen künstlerischen Charakters des Platzes darf nicht auf Kosten des notwendigen Fortschrittes in Wirtschaft und Kunst geschehen. Wir besitzen glücklicherweise Architekten, welche die Forderung der allgemeinen künstlerischen Anpassung mit Selbständigkeit der Erfindung und Formen, kurz

mit moderner Behandlung zu vereinen wissen. Gerade auch auf dem Gebiete des Profanbaues ist die uns beschäftigende Frage besonders aktuell. Die große durchgreifende Bewegung, die auf den Schutz unserer Städte und Dörfer vor der trostlosen Verödung durch die aller künstlerischen Empfindung baren, im langweiligsten Kasernen-, Zuchthaus-, Fabriken-, Bahnhof- und Baukastenstil hingesetzten Häuser und Villen abzielt, muß vor allem das Verständnis für das geistige Wesen, für die Seele unserer alten bürgerlichen und bäuerlichen Bauten wieder wecken. Die traute Behaglichkeit der alten Häuser, die individuelle, nach Ort und Landschaft immer wieder verschiedene Ausgestaltung und Lösung der Bauaufgaben soll wieder zum Gemeingut werden. Wir erreichen das nicht durch eine äußerliche Nachahmung der Formen. Was damit seit Jahrzehnten erzielt wurde, davon zeugen landauf, landab die erschreckendsten Beispiele. Wir müssen wieder lernen, daß in den Maßverhältnissen des ganzen Baues zur Umgebung und der einzelnen Teile zum Ganzen das Geheimnis der künstlerischen Wirkung liegt. Die Einzelformen sind etwas Untergeordnetes, Nebensächliches. Sind sie individuell, eigenartig, so werden sie den Reiz des Baugerüsts erhöhen. Öffnen wir daher auch hier unseren Künstlern das Feld für Fortentwickelung der Formen!

Wie sehr wir noch in die Manier der Stileinheit verstrickt sind, in das Streben, das den Weg alles Irdischen Gegangene wieder aus dem Boden zu zaubern, das zeigt sich ferner in jenen Fällen, da alte Bauwerke einstürzen. Den Plan, den alten Bau in den alten Formen wieder aufzurichten, halten wir gewöhnlich für so berechtigt und selbstverständlich, daß wir die Möglichkeit, etwas Neues, aber der Umgebung Angepaßtes an die Stelle zu setzen, in der Regel gar nicht erwägen. Und doch wird der dem alten möglichst ähnlich nachgeahmte Bau nichts anderes sein als eine sklavische Kopie, die schließlich bei vielen als Täuschung und Fälschung wirkt, ja er wird unter Umständen einer Kulissen- und Theaterdekoration ähneln, weil nur das Äußere beibehalten, das Innere aber entsprechend unseren Bedürfnissen und unseren entwickelten Mitteln der Technik umgeändert wurde. Das ist ein krankhafter Auswuchs des historischen Sinnes. Als z. B. der Markusturm in Venedig einstürzte, war fast alle Welt darüber einig, daß nur der möglichst getreue Aufbau wieder in Frage komme. Das alte Wahrzeichen Venedigs soll wieder erstehen. Kunsthistorisch wird dieser wieder erstandene Turm soviel wie wertlos sein. Eine künstlerische Tat aber wäre es gewesen, einen neuen, selbständig entworfenen Turm in den Maßverhältnissen, in den Umrissen, in Form und Farbe harmonisch in das alte Bild einzufügen.

Es sind nur wenige Beispiele, die ich aus der großen Menge der die Denkmalpflege täglich beschäftigenden Fragen und Aufgaben herausgegriffen habe. Aber sie genügen, zu zeigen, welcher Art das Problem ist, das die Denkmalpflege zu beschäftigen beginnt. Gerade jetzt, da das Interesse für Denkmalpflege von Jahr zu Jahr, ja von Tag zu Tag weitere Kreise zieht, da die Denkmalpflege eine Macht geworden ist, die sehr tief in unsere Verhältnisse, vor allem auch in die Gestaltung der in alter Umgebung entstehenden Neubauten eingreift, erwächst den mit ihr betrauten Organen die ernste, strenge Verpflichtung, gegenüber dem Kultus der Vergangenheit die Bedürfnisse der Gegenwart, die Hoffnungen der Zukunft nicht zu übersehen. Der Denkmalpfleger muß mit der intimen Kenntnis und Wertschätzung des

Alten auch den Sinn für die lebende, nach neuen Ausdrucksformen ringenden Kunst vereinen. Er darf die künstlerische Entwicklung nicht aufhalten wollen. Er muß mithelfen, der modernen Kunst die Bahn zu ebnen überall da, wo es ohne Beeinträchtigung des guten Alten möglich ist. Je mehr wir uns bei neuen Zutaten an alten Baudenkämlern frei machen von der stil-treuen Verwendung alter Formen, desto reiner, desto wertvoller bleibt das künstlerische Erbe der Vergangenheit, das wir kommenden Generationen übergeben.

Unseren Künstlern wünsche ich etwas von dem Selbstbewußtsein, von dem Selbstvertrauen, mit dem frühere Jahrhunderte der älteren Kunst gegenübertraten. Der Rücksichtslosigkeit, mit der man z. B. im Barock und Rokoko wertvolle alte Werke zugunsten der eigenen Schöpfungen zerstörte, rede ich selbstverständlich nicht das Wort. Die Erkenntnis von der Gleichberechtigung der verschiedenen Stilarten bedingt zugleich auch die Verpflichtung, bei Zutaten auf möglichster Erhaltung des Alten zu bestehen. Diese Erkenntnis und diese Verpflichtung nehmen wir, wie die wiedergewonnene Technik, als schönstes und wertvollstes Ergebnis des Zeitalters vertiefter historischer Studien und retrospektiver Kunstrichtung mit in die Zukunft.

Aber nicht nur den Künstlern, auch den Auftraggebern, den Bauherren möge der edle Ehrgeiz wiederkehren, Kunstschöpfungen ins Leben zu rufen, die selbstständig neben und in den alten Werken stehen und kommenden Generationen die Tatkraft, den frischen Wage- und Lebensmut ihrer Urheber künden. Vor allem an den hochwürdigen Klerus, der so großen und bestimmenden Einfluß auf die Kunst zu üben vermag, richte ich die Bitte, eingedenk der ruhmvollen Traditionen der kirchlichen Kunstpfege Vorsorge zu treffen, daß im Hause Gottes nur wahre, innerlich erlebte Kunst Eingang finde. Schlagen wir die Geschichte eines Klosters, einer Stiftskirche, eines Domes nach, immer finden wir, daß der Klerus, wenn die Mittel es nur erlaubten, das Schönste, Beste und Eigenartigste bei Erbauung und Einrichtung der Gotteshäuser zu erreichen suchte. Und das Schönste und Eigenartigste fand man stets in dem Neuesten.

Wohl weiß ich, daß solche Anschauungen, die übrigens vor mir bereits Andere vertreten haben, nur langsam sich Bahn brechen können. Jedes Über-eilen und Überstürzen wäre von Übel. Aber es ist schon viel gewonnen, wenn die Auftraggeber, wenn die Behörden Projekte, die in dem angedeuteten freien Sinne gehalten sind, mit dem gleichen Wohlwollen, mit der gleichen Unbefangenheit prüfen, wie die Projekte von Künstlern, die strenge in alten Richtungen sich bewegen und möglichste Stiltreue anstreben. Es ist nicht unbescheiden, wenn wir treie Bahn für die Konkurrenten verlangen. Den Künstlern soll die Möglichkeit des Wettstreites, die auf diesem Felde gewöhnlich versagt ist, zurückgegeben werden. Wir müssen verhüten, daß die Denkmal-pflege eine Gefahr für die lebende Kunst wird.

Alle Faktoren des öffentlichen Lebens mögen dazu beitragen, daß Denkmalpflege und moderne Kunst gleich zwei Geschwistern Hand in Hand gehen! Mögen namentlich auch die Provinzen eine rege Tätigkeit in diesem Sinne entfalten! Mögen sie selbstständig, in Übereinstimmung mit dem Staate handeln! Ich glaube, daß den Provinzen auf dem Gebiete der Kunstpfege noch ein reiches Feld eröffnet werden könnte. Sollte es z. B. nicht möglich sein, daß in Bayern jeder der acht Regierungsbezirke jährlich eine größere Summe,

etwa 10—12000 *M.*, für Kunstpflage in seinen Etat aufnimmt und — das wäre so wichtig, wie die Bereitstellung des Betrages selbst — den Vorschlag für die Genehmigung der künstlerischen Projekte eigenen Kreiskunstkommissionen überträgt? Dadurch würde für das ganze Land das Doppelte der Summe flüssig werden, die der Staat für diesen Zweck zur Verfügung hat. Und es wäre eine gewisse Dezentralisation der Kunstpflage angebahnt, die uns den alten Verhältnissen, wie sie bis zum Anfange des 19. Jahrhunderts zum Segen der Kunst geherrscht hatten, wieder näher brächte. Durch die Schaffung neuer kleiner Mittelpunkte für Kunstpflage neben der Hauptstadt würden die Künstler mehr als bisher veranlaßt werden, ihren Wohnsitz wieder in den Provinzen zu nehmen. Der Kunst würde die Anregung, die der eigenartige Charakter von Land und Volk, von Natur und alten Denkmälern bietet, mehr zugute kommen, als bis jetzt.

In den alten Bau- und Kunstdenkmalen wurzelt ein Stück unseres nationalen Daseins, das wir hegen und pflegen wollen, nicht bloß um seiner selbst willen, sondern auch als Nährboden einer fruchtbaren schöpferischen Tätigkeit der Gegenwart und froher Hoffnungen für die Zukunft.

#### Debatte:

Herr Universitätsprofessor Dr. Dehio-Straßburg i. E.: Königliche Hoheit! Meine Herren! Der Herr Vorredner hat eine Prinzipienfrage von offenbar großer Wichtigkeit zur Sprache gebracht. Trotz dem Beifall, der ihn am Schlusse seiner Rede belohnte, vermute ich, daß für den einen und anderen in dieser Versammlung und sicher für sehr viele draußen die Schlußfolgerungen, zu denen er gelangte, etwas Überraschendes, vielleicht selbst Befremdliches haben werden. Für meinen Teil wünsche ich diesen Gedanken einen weiten Widerhall und wünsche, daß sie zu gründlichem Nachdenken anregen mögen. Und ich freue mich, daß von einer für die Denkmalpflege so besonders wichtigen Stelle, wie es das Generalkonservatorium Bayerns ist, diese im besten Sinne modernen Gedanken auf dem Gebiete der Denkmalpflege hier zur Aussprache gekommen sind. Sie werden geeignet sein, gewisse, in Betreff der Aufgaben der Denkmalpflege noch immer sehr verbreitete Vorurteile, zu zerstreuen. Viele glauben noch immer, daß die Gedankenrichtung, die der Denkmalpflege zugrunde liegt, exklusive ein Kultus der Vergangenheit sei. Dies trifft nun gewiß nicht zu: wenigstens für den Kreis, den ich näher kenne, für den Kreis der Kunstgelehrten, kann ich bezeugen, daß ein Gegensatz gegen die moderne Kunst absolut nicht besteht. Es ist nicht richtig, daß das Interesse an der alten Kunst bei uns ein so überwiegendes sei, daß das Interesse an der modernen dadurch zurückgedrängt werde, und dieses gerade ist ein Bedenken, das man der Denkmalpflege so oft entgegengehalten hat.

Nun meine ich, es kann durch die Ausführungen des Herrn Vorredners ein Zweifel in Betreff ihrer Tendenz nicht wohl entstehen. Immer bleibt es der Fundamentalsatz der Denkmalpflege: Das Überlieferte am liebsten erhalten wie es ist. Machen aber Bedürfnisse der neuen Zeit eine Änderung oder einen Zusatz nötig, so ist wirklich nicht einzusehen, zu welchem Zweck und mit welchem Recht man diesen Ursprung verbergen soll. Scheinaltertümer hinstellen ist weder wahre Kunst noch wahre Denkmalpflege. Wir werden aber unterscheiden müssen. Überall da, wo es sich um bloße Er-

gänzungen alter Bauwerke handelt, da wird jene Imitationskunst, auf die man früher so stolz war, und die uns heute so verdächtig geworden ist, immerhin zu Recht bestehen bleiben dürfen. Ob es sich wirklich bloß um Ergänzungen handelt, das ist freilich eine Sache, die in jedem einzelnen Falle auf das Genaueste geprüft und festgestellt werden muß, wo die Grenze der Ergänzung ist und das Mehr beginnt. In allen jenen Fällen aber, wo zu dem Hauptkunstwerk — in der Regel wird es ein Bauwerk sein — ein anderes relativ selbständiges hinzutritt, wo eine Skulptur, wo ein Gemälde hinzugefügt wird, wo vielleicht sogar ein Bauteil, der aber etwas für sich ist und bedeutet, eine Kapelle, ein Portal oder dergl. ausgeführt wird, da wird allerdings die Frage, die der Herr Vorredner aufgeworfen hat, jedesmal sehr bestimmt ins Auge gefaßt und erwogen werden müssen.

Was sich ganz von selbst versteht, ist die allgemeine Forderung, daß das hinzutretende neue Stück in künstlerischer Harmonie zu dem Gegebenen sich hält. Dieses versteht sich ganz von selbst, und der Irrtum, der nun ein Menschenalter und länger geherrscht hat, und dem wir jetzt anfangen entgegenzutreten, liegt nur darin, daß die wesentlichste Voraussetzung, ja die einzige Bürgschaft für eine solche künstlerische Harmonie in der Stilgleichheit, in der Stileinheit liege.

Ziehen wir unter diesem Gesichtspunkt die Erfahrung zu Rate, so scheint sie zunächst zu einem sicheren Ergebnis nicht zu führen. Wir haben täglich vor Augen, daß irgend ein Denkmal eines früheren Jahrhunderts, ein romanisches, ein gotisches, in späterer Zeit, in der Renaissance oder in der Barockzeit, mit neuen Utensilien ausgestattet worden ist, ausgemalt ist, neuen plastischen Schmuck erhalten hat usw.: wenn wir unbefangen an sie herantreten, lernen wir da eine Menge von Fällen kennen, wo wir sagen müssen, die Sache ist sehr gut gelungen, hier ist eine Harmonie erreicht. Wir kennen freilich auch andere Fälle, recht viele, wo wir dieses nicht zugeben. Und so zeigt sich denn, daß das Gelingen oder das Mißlingen der Aufgabe offenbar von der Stilfrage nicht abhängt. Es ist in einer anderen Ursache zu suchen, und zwar in folgender: Jedes Bauwerk besitzt gewisse grundlegende Eigenschaften, die von der speziellen Fassung in diesem oder jenem historischen Stil unabhängig sind. Der Zusammenklang mit diesen Eigenschaften ist das eigentlich Entscheidende. Wird er erreicht, so hat das Nebeneinander verschiedener Stilformen nichts Verletzendes: wird er verfehlt, so ist auch die korrekteste Stilnachahmung wertlos. Und nun, meine Herren, es ist gewiß *a priori* nicht anzunehmen, daß dieses, was dem Barock und was der Renaissance und was der Gotik gegenüber älteren Stilperioden gelungen ist, wenn ein echter Künstler die Aufgabe in der Hand hat — es nicht anzunehmen *a priori*, daß das uns heute notwendig mißlingen müßte, und deshalb wünsche auch ich, daß die Praxis damit beginnen sollte, wo die Gelegenheit dazu gegeben ist, den Weg, den Herr Dr. Hager empfohlen hat, zu betreten.

Ich glaube, meine Herren, daß die Strömung den Wünschen Dr. Hagers günstig ist und daß die Entwicklung der nächsten Zeit ungefähr nach dieser Richtung in der Tat gehen wird. Hüten wir uns aber um des Himmels willen vor Einem: davor, daraus aufs neue wieder ein Schema F zu machen an Stelle des anderen, das wir eben verlassen wollen. Dasjenige, was ich wünsche, ist wesentlich, daß der Künstler — angenommen immer,

daß er wirklich einer ist — gegenüber der Aufgabe, die jedesmal eine andere und eine neue ist, Freiheit erhält. Er soll weder auf Altertümlichkeit noch auf Modernität verpflichtet sein. Das einzige, was wir von ihm verlangen — es ist so simpel, daß man sich fast genieren muß, es auszusprechen — ist, daß er seine Sache gut macht, daß er uns künstlerisch überzeugt. Das ist der einzige entscheidende Unterschied: der zwischen guter und schlechter Kunst, und einen anderen gibt es in letzter Instanz nicht.

Meine Herren! So verlockend es wäre, an dieses und jenes noch anzuknüpfen, was der Herr Redner gesagt hat — ich verzichte darauf. Ich weiß, daß mancher andere noch darauf wartet, das Wort zu ergreifen, ich räume ihm gern den Platz. Ich sage aber noch einmal: zwischen Denkmalpflege und moderner Kunst besteht eine innere Gegensätzlichkeit nicht. Die Denkmalpflege hat aus mehr als einem Grunde nichts mehr nötig, als eine lebenskräftige, gesunde, selbstbewußte neue Kunst.

Herr Provinzialkonservator Professor Dr. Clemen-Bonn: Meine Herren! Ich begrüße die Ausführungen des Herrn Dr. Hager mit ganz besonderer Freude, weil sie geeignet sind, in einer Frage Klärung zu bringen, die allmählich angefangen hat, eine öffentliche Kalamität zu werden.

Unsere Denkmalpflege ist ja, wie der Vorredner erneut ausgeführt hat, ein Kind der Romantik, und das gilt ganz besonders für Deutschland und für Frankreich. Solange unsere große Kunst — so will ich sie einmal nennen — sich auf dem romantischen und historischen Boden bewegte und aus ihm ihre Nahrung zog, ging die Kunst der Denkmalpflege, oder wollen wir nun einmal richtiger definieren: die Kunst, die an Denkmalbauten weiter arbeitet und sie ausschmückt — es ist nicht ausschließlich, aber doch fast überwiegend eine kirchliche Kunst — mit dieser großen Kunst Schulter an Schulter vor. Die Sache ist die, daß die große Kunst weiter geschritten, daß aber diese kirchliche Ausstattungskunst stehen geblieben, wenigstens im Programm stehen geblieben ist, und es will uns oft der Gedanke ankommen, ob wir bei der Arbeit in der Denkmalpflege wirklich Förderer der Kunst sind, ob wir den Wagen der großen Kunst vorwärts schieben, oder ob wir nicht dem vorwärts rollenden Wagen Knüppel in die Speichen der Räder schieben.

Die Entfernung und die Entfremdung von der großen Kunst ist ja in den einzelnen Provinzen nicht gleich, hier größer, hier weniger groß, weniger scharf, aber sie ist an einigen Stellen so verhängnisvoll geworden, daß die Künstler, die für die Ausstattung unserer gewöhnlichen Kirchenarbeiten, und die in der Öffentlichkeit führenden Künstler von heute zwei verschiedene Sprachen reden, und daß sie sich tatsächlich nicht mehr miteinander verständigen können.

Aber noch ein anderes, was hier viel schwerer mir noch ins Gewicht zu fallen scheint. Die wenigen großen Künstler auf dem Gebiet dieser stilistischen Architektur und Ausschmückungskunst, die wir noch haben, sehen sich immer mehr verdrängt und in den Hintergrund geschoben durch handwerksmäßiges Tun. Wem ist es nicht schon passiert in seiner Tätigkeit, daß, wo er einen Künstler nun mit einer großen Aufgabe betrauen wollte, er schon einen elenden Bauhandwerker, einen kleinen, hochmütigen Unternehmer hier auf dem Plan vorfand, der den Platz ergriffen hatte, daß ein elender Schreiner eine Innen-Ausstattung durchführte, daß ein Pfuscher von Anstrichermeister sich anmaßte, einen großen kirchlichen Bau zu verschönern —

und zu verunzieren. Im Westen Deutschlands, aus dem ich komme, ist die Sache wahrlich nicht besser als an irgend einer anderen Stelle. Diese gewöhnliche Ausstattung ist so unerfreulich, so geistlos, so kunstarm, daß sie uns nach zehn Jahren schon müde macht, und daß wir uns wahrscheinlich nach 30 Jahren gedrungen fühlen werden, sie ganz zu erneuern. Sie macht dann einer anderen Kunst Platz. Unsere Inventariseatoren werden es später in 50, in 100 Jahren recht bequem haben, wenn auch diese Kunst von heute historisch geworden ist und inventarisiert werden soll. Wenn diese schlechte Ausstattung dann nicht längst hinausgeworfen ist, wenn die Wandmalereien nicht, was sie ja glücklicher Weise tun, von den Decken und Wänden wieder heruntergefallen sind, dann werden die Inventariseatoren sich damit begnügen können, in vielen, in sehr vielen Fällen einfach zu schreiben: Ausstattung in dem schlechten Geschmack vom Ende des 19. Jahrhunderts.

Wir reden von Fälschungen. Gewiß, Fälschungen sind immer etwas Unerfreuliches, Verächtliches fast. Wir ahnen gar nicht, wie sehr uns andere Nationen in der Schätzung, in der richtigen Einschätzung, der verächtlichen Einschätzung des Begriffs der Fälschung voran sind. Die Engländer eigentlich schon von Ruskins und Morris Zeiten her, die Franzosen von dem Moment an, wo das vielleicht etwas übertriebene Kesseltreiben gegen die Kunstdiktatur Viollet-le-Ducs begonnen hat. Ich möchte da erinnern an die Äußerung vielleicht des feinsten Kopfes des heutigen Frankreichs, von Anatole France in seinem Pierre Nozière, wo er sich darüber ärgert, daß ein Kunstwerk des 19. Jahrhunderts sich spreize, eines des 12. Jahrhunderts sein zu wollen: „Cela s'appelle un faux. Tout faux est haïssable.“

Aber Fälschungen nehmen wir gar nicht an bei dieser Art von Ausstattungen, die ich hier im Auge habe. Sie sind nicht einmal gefälscht. Sie sind schlecht, einfach schlechthin nur schlecht.

Und nun möchte man fragen: Liegt nicht in dem Öffnen der Tore gegenüber allen neueren Kunstrichtungen, Kunstversuchen doch eine große Gefahr, liegt nicht vielleicht die Möglichkeit vor, daß wir hier einer babylonischen Sprachverwirrung schlimmster Art entgegengehen? Die Kirche — und um die Kirche handelt es sich ja hier in erster Linie — ist ihrem ganzen Charakter nach als Institution etwas auf Tradition Aufgebaut, und es ist begreiflich, daß die Kirche, zumal auch in der Kunst, die Tradition mehr pflegt, daß in der kirchlichen Kunst die Tradition einen ganzen Teil des Künstlerischen ausmacht, mehr als auf irgend einem anderen Gebiete. Man könnte freilich einwenden, daß in den größten Zeiten der künstlerischen Umwälzung, in den letzten Jahrhunderten etwa bei der Aufnahme des Barock es gerade die kirchliche Kunst war, die am radikalsten und energischsten diesen neuen Formen Aufnahme gab — heute aber ist die Kirche vielleicht doch weniger zu solchem gewagtem Vorgehen geneigt, und man kann nicht gerade von der Kirche verlangen, daß sie das corpus vile darstellte, an dem die ersten Experimente zu machen wären.

Wir reden davon, daß wir zu viel Kunstgeschichte haben, und die Vertreter der modernen Kunst werfen dies oft den Anhängern der älteren Anschauungen vor, daß sie die Kunstschulen und die jungen Kunstmünger mit Kunstgeschichte übersättigt hätten, daß sie eben allzuviel der Kunstgeschichte in sich aufgenommen hätten und daran krankten, deshalb impotent wären. Mit Verlaub: ich möchte sagen, nicht zu viel Kunstgeschichte, sondern

noch nicht genug Kunstgeschichte. Nicht Kunstgeschichte in dem Sinne: sich über der Kunst erhaben fühlen, daß man dann zuletzt sich sonnt in dem Gefühl, wie herrlich weit wir es gebracht haben, sondern in dem Sinne, daß es das A und das O der ganzen kunstwissenschaftlichen Weisheit, der künstlerisch-historischen Erkenntnis ist, daß niemals, zu keiner Zeit, es möglich gewesen ist, eine alte Kunst vollständig zu reproduzieren, und daß überall da, wo das eingetreten ist, es in aller Kunst, von Hadrian an bis auf heute, nur eine archaistische Kunst gegeben hat, eine archaistische Kunst, die eben nichts als eine Kunst aus zweiter Hand ist. Und unsere letzte kirchliche Kunst ist, meine ich, in diesem Sinne eine archaistische Kunst gewesen, weil ihr die Schöpferkraft fehlte, sich angesichts der alten Kunst nun zu eigenem originellem Schaffen zu erheben.

Aber das ist es doch gar nicht, was wir eigentlich lernen wollen und lernen sollen von den alten Kunstwerken: nicht das fälschende Nachahmen und nicht das einfache Kopieren und geistlose Zusammenstellen von Kopien, sondern das, was die beiden Vorredner eben auch schon ausgeführt haben: die Erkenntnis der Gesetze des monumentalen Schaffens in dieser Kunst und den Anschluß an diese, die Erfahrungen in Flächenbehandlung, Raumfüllung, Farbenverteilung wollen wir von den Alten lernen, nicht was sie geschaffen haben, übernehmen, sondern wie sie geschaffen haben. Ich weiß nicht, ob wir hier wirklich von den alten Kunstwerken schon genug gelernt haben.

Nicht als Fesselung soll die alte Kunst für die moderne Kunst in den Denkmälern und an den Denkmälern uns entgegentreten, aber als ein gesundes, als ein notwendiges Korrektiv, auf das wir immer blicken können und immer gern blicken sollen. Es handelt sich gar nicht um die Frage: moderne Kunst in den Denkmälern, sondern es handelt sich eigentlich um die Frage: Kunst überhaupt in den Denkmälern und an den Denkmälern. Es gibt in diesem Sinne eben keine alte Kunst und keine neue Kunst, es gibt nur gute Kunst und schlechte Kunst. Die letzte freilich immer in der Mehrzahl.

Ich meine, in allen großen Baudenkmälern der Vergangenheit vertragen sich Kunstwerke ersten Ranges, welchem Stil, welcher Kunstauffassung sie auch immer angehören, nebeneinander auf das beste. Aber es ist eine Entwürdigung für ein großes Kunstwerk, ihm zumuten zu wollen, in der Kompagnie von kleinen, minderwertigen Fälschungen und jämmerlichen Versuchen sich aufzuhalten zu sollen. In einer Kirche meiner Heimat, die ich immer vor Augen habe, der Doppelkirche zu Schwarzrheindorf, Bonn gegenüber, ist über dem alten Haupteingang ein Bild angebracht: Christus, wie er die Wechsler und Händler aus dem Tempel heraustreibt. Ich möchte über die Türen unserer Kirchen ein ähnliches Bild setzen: Christus, wie er die Handwerker, die Pfuscher und die Schuster aus der Kirche hinaustreibt. Nicht moderne Kunst in die Kirchen hinein, sondern echte Kunst, echte Kunst aller Art; dann wird sich schon zeigen, welche die lebenskräftigste ist und welche den längsten Atem hat. Fenster auf für die echte und große Kunst in unseren Kirchen!

Herr Stadtbaurat Schaumann-Frankfurt a. M.: Königliche Hoheit! Geehrte Herren! Gestatten Sie mir, aus den interessanten Ausführungen der drei Herren Vorredner einige wenige Konsequenzen zu ziehen. In gewissem

Gegensatz zu den Ausführungen des Herrn Dr. Hager hat Herr Professor Dehio gesagt, „daß das Gelingen oder das Mißlingen nicht von der Stilfrage abhängt,“ sondern daß es in allererster Linie abhängt von der Künstlerschaft des ausführenden Künstlers, und in diesem Punkte glaube ich, ist keiner unter den anwesenden Architekten, der ihm widersprechen könnte. Wir haben die Erfahrung ja in den letzten Jahrzehnten zu oft gemacht, daß die Stilfrage uns auf die Dauer nicht befriedigen kann, daß das, was uns befriedigt, eigentlich nur die Künstlerschaft des Künstlers ist, der die Sache zur Ausführung bringt. Aber gerade in diesem Punkte finden auch die Forderungen des Herrn Dr. Hager ihre Grenzen, denn wenn er weiter gesagt hat: wir haben ja Künstler, die das können, so dürfen wir das wohl mit einem großen Fragezeichen versehen, und ich glaube nicht zu viel zu sagen, wenn ich behaupte, daß die Zahl solcher Künstler nicht allzugroß ist. Das ist der Hauptgrund, weshalb der Denkmalpfleger bei seinen Aufgaben immer vor einer schwierigen Entscheidung steht, einer Entscheidung, die sehr viel schwieriger noch werden wird, wenn die Fälle sich mehren, in denen er sich entschließen muß, ob er im historischen oder im modernen Sinne wiederherstellen soll.

Ich hätte gewünscht, daß Herr Dr. Hager uns einige konkrete Beispiele von Wiederherstellungen, wie er sie im Auge hat, gegeben hätte, und ich weiß nicht, ob ich ihm vorgreife, wenn ich beispielsweise auf den Vorbau der Goldenen Pforte des Doms in Freiberg hinweise. Das ist ein Beispiel, wo mit moderner Kunst etwas wirklich Großes und Schönes geschaffen ist. Aber solche Beispiele sind sehr vereinzelt.

Ich wiederhole aber: die Denkmalpfleger werden vor eine sehr schwierige Aufgabe gestellt, und ich glaube, daß, wo sie im Zweifel sind, sie immer noch geneigt sein werden, die Aufgabe in historischem Sinne aufzufassen.

Das aber hat natürlich auch wieder seine Grenzen, besonders da, wo die moderne Technik mitspricht. Es gibt Anforderungen der modernen Technik, die bei historischer Auffassung schlechterdings nicht oder doch wenigstens nur sehr mangelhaft erfüllt werden können, und da möge mir gestattet sein, ein Beispiel herauszugreifen, und auf dies Ihre Aufmerksamkeit zu lenken. Es betrifft die Beleuchtungskörper. Wenn in alten Kirchen Beleuchtungskörper für elektrische Beleuchtung hergestellt oder aptiert werden sollen — das sind Fragen, die an den Denkmalpfleger heute jeden Tag herantreten, und in Zukunft noch mehr herantreten werden — so wird der Denkmalpfleger geneigt sein, die moderne Technik mitreden zu lassen und die Aufgabe in modernem Sinne aufzufassen. Aber das hat hier ganz ungeheure Schwierigkeiten, so ist es z. B. außerordentlich schwer, einen Rokoko-Kristalllustre für die elektrische Beleuchtung umzuarbeiten. Wenn man aus dem Kristalllustre die vertikale Linie der weißen Kerzen herausnimmt, indem man sagt, die weiße Wachskerze ist mit dem elektrischen Licht gar nicht zu vereinigen, dann verliert der Lustre seinen Charakter vollständig. Ich habe einmal versucht, in einem Rokokosal elektrische Kronen aufzuhängen, und habe auch, weil der Gedanke nun einmal verfolgt werden sollte, die Kerze nicht angewandt, sondern habe die elektrischen Lampen als Glasglocken hängend angeordnet, aber ich würde das heute nicht wieder tun, denn der architektonische Charakter geht vollständig verloren,

der Lustre gleicht einem aufgehängten Bienenschwarm, die charakteristischen Linien sind verschwunden.

Ein weiteres Beispiel, wie außerordentlich schwer es ist, die Anforderungen der modernen Technik mit denen der Denkmalpflege zu vereinigen, finden wir im Hildesheimer Dom, den Sie ja alle kennen. Dieser Dom hat vor einiger Zeit eine elektrische Beleuchtung bekommen, und auch da hat man vor der schwierigen Frage gestanden: wie sollen wir das machen! Der Dom ist bekanntlich aus romanischer Zeit und hat in seinem alten romanischen Reif-Lustre einen Leuchtkörper edelster Art; er ist aber im Innern im Rokokostil umgebaut, und nun wird es sehr schwierig gewesen sein, zu entscheiden, in welchem Charakter die neuen Beleuchtungskörper gehalten werden sollen. Daß sie so ausgefallen wären, wie der Denkmalpfleger es wünschen möchte, kann ich für meinen Teil nicht behaupten. Ich weiß nicht, inwieweit auch da der Kostenpunkt eine Rolle gespielt hat, wie gewöhnlich in solchen Fällen. Aber ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auch einmal auf diesen Fall lenken und Sie bitten, ihn zu beachten, wenn Sie nach Hildesheim kommen. Da ist es meiner Auffassung nach nicht so gemacht, wie es gemacht werden könnte.

Es ist dies ein Gebiet, die Aptierung der Beleuchtungskörper für Kirchen und öffentliche Gebäude, das von Grund aus einmal studiert werden müßte, und für das es wünschenswert wäre, wenn von fachmännischer Seite den Denkmalpflegern Direktiven gegeben werden könnten.

Ich kann meine Ausführungen mit dem Hinweis auf dieses spezielle Gebiet schließen, möchte aber daran die allgemeine Bemerkung knüpfen, daß wir überhaupt bei solchen Aufgaben immer von Fall zu Fall entscheiden müssen. Allgemeine Regeln aufzustellen, wird für den Denkmalpfleger ja ganz wünschenswert sein; aber er kann nach meiner Meinung nicht viel damit machen, sondern er muß sich im einzelnen Falle immer die Frage vorgelegen: muß ich hier im historischen Sinne arbeiten oder darf ich modern sein, und dann vor allen Dingen, wenn er sich zu der modernen Auffassung entschließt: woher bekomme ich den Künstler, der der Aufgabe gewachsen ist?

Herr Professor Frentzen-Aachen: Meine Herren! Die Frage, die durch den Vortrag des Herrn Dr. Hager angeschnitten ist, ist eine Prinzipienfrage, und sie läßt sich natürlich in kurzen Erörterungen aus dem Stegreif, wie wir sie hier machen können, nicht lösen. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß, wenn unseren Künstlern anempfohlen wird, im Geiste unserer Zeit zu schaffen, ich dann zunächst einmal bitte, diesen Geist unserer Zeit zu charakterisieren. Wir leben in einer zwiespältigen Zeit, wir leben in einer Zeit des Übergangs, wir leben in einer Zeit, deren Erziehung aufgebaut ist auf dem Geist des historischen Unterrichts, und aus dem Geist unseres Unterrichts heraus, der unser Geist geworden ist, sind auch die Schöpfungen der Jahrzehnte zu erklären, die hier zum Teil beklagt werden.

Ich kann fragen: wenn hier die alten Künstler uns als Beispiel angeführt werden, die mit der erhabenen Rücksichtslosigkeit, die uns empfohlen wird, vorgegangen sind — ich kann fragen: wie würden diese Künstler gearbeitet haben, wenn ihnen unsere Kenntnisse überliefert worden wären? Und da muß ich an das anknüpfen, was Herr Professor Clemen sagte: man macht der Kunstgeschichte oder dem Kunstgeschichtsunterricht zuweilen den Vor-

wurf, daß er die Schuld trage an der zu weit gehenden Vorliebe für das historische, alte. Ich meine, meine Herren, das ist ein unberechtigter Vorwurf. Jedes Ding erklärt sich aus sich selbst heraus, et tout comprendre c'est tout pardonner.“ das gilt auch für die Entwicklung, die unsere Kunstabtätigung in der Denkmalpflege genommen hat. Ich glaube, wir urteilen in der Richtung, die unsere Kunstabtätigung neuerdings nimmt, manchmal zu scharf über das, was wird und was geworden ist, und ich kann mich nur den Worten anschließen, die Professor Dehio ausgesprochen hat: es kommt bei allen diesen Lösungen nicht darauf an, was gemacht wird, in welchem Stil die Sache gemacht wird, sondern wie sie gemacht wird, und ich schließe mich auch darin dem an, was Professor Clemen Ihnen gesagt hat: wenn wirklich künstlerisches Empfinden an der Arbeit ist, dann werden die Lösungen befriedigen, sie werden auch unseren Nachkommen noch Achtung abnötigen, und selbst aus der Richtung unserer Zeit heraus, die eine historische gewesen ist — von der es freilich fraglich ist, ob sie es bleiben wird — werden diese Schöpfungen auch vielleicht für die zukünftige Kunstgeschichte noch Interesse bieten. Ich möchte dies also nur vom Standpunkt des schaffenden Künstlers gesprochen haben.

Herr Provinzialkonservator Dr. Haupt-Eutin: Wenn der große Franke im allgemeinen gesagt hat, die Theorie sei grau, so hat er gewiß recht, im allgemeinen. Aber ich meine, die Theorie ist auch gelegentlich grün. Wenn wir nachher zum goldenen Baum des Lebens hinstreten, dann beginnt, was uns begrifflich so leicht eingezangen ist, sich zu verwirren, und dann entstehen erst Fragen über Dinge, die wir in der Theorie mit der größten Freudigkeit zugestanden haben.

Zur Sache: Alles, was Herr Dr. Hager auseinandergesetzt hat, war so schön gesagt und so gut gesagt, daß — ich weiß nicht, wie die anderen Herren davon denken möchten. — ich in meinem Herzen zugestimmt habe, bis er zum Baum des Lebens kam, und den Ausspruch getan hat — es handelt sich glücklicherweise um einen Gegenstand, für den wir nicht verantwortlich sind, und bei einem solchen kann man vielleicht Kühner einen Ausspruch tun — die Wiederauferbauung des zusammengestürzten Markusturmes zu Venedig ist ein Verbrechen. Das war in der Tatfolge richtig gedacht und ausgesprochen. Wenn das nun die Konsequenz der Auseinandersetzungen des Herrn Dr. Hager ist, dann muß derjenige, welcher in der Auferbauung des Markusturmes zu Venedig, nachdem er zusammengestürzt war, kein Verbrechen sieht, sich sagen: die Grundlage, auf welcher sich diese Aussage aufbaut, ist doch nicht richtig.

Nun stelle ich eine Frage oder zwei Fragen an die Herren, ohne daß ich die Theorie wieder rückwärts aufwickeln will! Der Wormser Dom war baufällig und war dem Untergange geweiht, wenn man ihn nicht flickte. Nun haben die weisesten Männer und die geschicktesten Arbeiter die Sache in Angriff genommen und haben den Wormser Dom, in dem Umfange, in dem er bedroht war und zusammenzustürzen drohte — sie haben ihn gar nicht erst zusammenstürzen lassen, wie das in Venedig dem Markusturme ergangen war, sondern sie haben ihn Stück für Stück abgetragen und Stück für Stück wieder aufgebaut. Meine Herren, ist das ein Verbrechen gewesen? (Rufe: Nein!)

Wie haben die Zeiten gehandelt, die uns vorhin mit großem Recht wegen ihrer Vorzüge als Muster vorgeführt worden sind? Als man in Fulda

zu Ehren des großen Bonifazius ein herrliches Denkmal errichten wollte, hat man ihm zu Ehren seine Kirche abgerissen und hat die neue, sehr schöne dafür gebaut. Wir haben seither als Freund des Altertums und seiner Denkmäler solche Vorgänge mit Trauer und Betrübnis angesehen. Sind aber diese Theorien, die uns vorgetragen worden sind, richtig, so ist es eine der schönsten Taten gewesen, daß man den alten Bonifaziussdom zerstört hat: denn man hat an seine Stelle einen neuen gesetzt, der auch schön ist, so schön, von einem solchen künstlerischen Verdienste, daß er den anderen wohl übertrifft, und außerdem neu ist, eine zeitgemäße Leistung. Und schließlich sage ich, meine Herren, die größte Tat und die Tat, aus welcher, glaube ich, alle unsere Denkmalpflege und alle unsere Liebe zu den Denkmälern der Vergangenheit entstanden ist, und an und in der sie immer wieder Nahrung gefunden hat, ist die Wiederaufbauung des Kölner Doms oder die Fertigstellung des Kölner Doms in den alten Formen. Ist diese Tat nach unserer neu in der Theorie gebildeten Überzeugung ein Verbrechen gewesen oder ist sie doch eine Tat, über deren Ausführung wir stets von nationalem Stolze beseelt sein müssen?

### Lübeck 1908

#### Beispiele praktischer Denkmalpflege aus neuester Zeit

*Der nachstehende Vortrag erfolgte unter Vorführung von Lichtbildern, an die sich eine Besprechung einzelner Bauwerke als Beispiele moderner Denkmalpflege knüpfte. Unter Weglassung der sich hierauf beziehenden Äußerungen sind hier nur die Teile des Vortrages wiedergegeben, die auf das allgemeine Thema der Stilfrage bei Restaurierungen Bezug haben.*

Baurat Gräßner-Dresden: Meine Damen und Herren! Das Thema, das ich mir gestellt habe, schließt in sich, daß ich mich über die Fragen der modernen Denkmalpflege nur insoweit äußere, als es durch die vorzuführenden Arbeiten bedingt ist und insoweit es dazu dienen soll, meine persönliche Stellungnahme zur alten und neuen Denkmalpflege darzulegen.

Da wir heute die Ehre haben, Gäste unter uns zu sehen, möchte ich zunächst zu deren Orientierung darlegen, was den Tag für Denkmalpflege hervorgerufen hat, was dessen Streben ist, und wie sich gerade durch diese Denkmaltagte eine gewaltige Gärung und Klärung in der Denkmalpflege vollzogen hat.

Wie Sie vielleicht alle wissen, bestand bis gegen das zweite Drittel des vorigen Jahrhunderts eine starke Vernachlässigung der Denkmalpflege, obschon auch zu dieser Zeit und früher Stimmen laut wurden, die darauf hinwiesen, welches nationale und erzieherische Gut Deutschland in seiner Väter Werke besitze.

Schon 1814 hatte Schinkel Schutz des Denkmals verlangt „zur Förderung der nationalen Bildung und des Interesses an dem früheren Schicksal des Vaterlandes.“

Diese Worte gelten auch heute noch, und man sollte nicht glauben, daß sie vor wenigen Jahren noch ebenso nötig waren, wie vor hundert.

Eine wesentliche Besserung trat ein, als die Altertums- und Geschichtsvereine sich der Denkmalpflege annahmen und die staatlichen und kirchlichen Behörden ein Verbot erließen. Baudenkmäler ohne Genehmigung zu vernichten und bewegliche Kunstschatze in Staats-, Gemeinde- und Kirchenbesitz zu veräußern.

Was aber bis dahin zerstört und verkauft wurde, ist nicht zu sagen; gelangten die Gegenstände in Museen, konnte man sich damit noch abfinden, was aber rein aus Unverständnis des künstlerischen Wertes vernichtet wurde oder zum Antiquar wanderte, spöttet jeder Beschreibung. Jeder von Ihnen, auch von den Laien, erinnert sich gewiß einer dieser alten Kirchen voll der Schätze der vergangenen Jahrhunderte, die alle daraus entfernt und verschlendert wurden, wenn eine solche Kirche baufällig wurde und erneuert werden mußte.

Der Grund dazu lag in der Geringschätzung des zu jener Zeit herrschenden Stiles gegenüber den Kunstdenkmalen früherer Jahrhunderte. Es war dies die Gotik, die alles verdrängte, sobald es zu einer Restaurierung kam. Sie machte selten vor einem Denkmale Halt, auch wenn es zu den besten einer anderen Zeit gehörte.

Wenn ich auch überzeugt bin, daß keiner dieser Gotiker wider besseres Wissen gehandelt hat, so müssen wir heute leider sagen, daß das, was diese Stilreiniger gesündigt haben, so ungeuerlich war, daß die Bilderstürmer zu Luthers Zeiten nicht schlimmer gehaust haben.

Diese Gotiker waren nicht die letzten, die zu einem Denkmalschutz Veranlassung gaben und der letzte Kampf, der sich auf diesem Gebiete abspielen wird, wird nur ein Kampf um die Kirche und ein Kampf zwischen Gotikern und modernen Architekten sein.

Noch in den letzten Wochen war in der Deutschen Bauzeitung die Restaurierung einer fränkischen Kirche abgebildet, die ein Musterbeispiel dafür abgibt, was der Stilreiniger macht und was wir anderen erhalten sehen möchten.

Sie sehen hier das Innere einer Kirche (*Lichtbilder*) und werden sofort daraus schließen, daß nach einem Brand im 18. Jahrhundert dieselbe erneuert werden mußte. Das kraftvolle Bewußtsein der Künstler jener Zeit ließ dieselben keinen Augenblick im Zweifel, daß sie die Kirche neu so erstehen lassen mußten, wie sie aus ihrer Zeit heraus empfanden. In dem Bilde sehen Sie, wie in geistreicher Weise gotische Pfeiler durch barocke ersetzt wurden und wie sie darüber, dem Zeitgeschmack entsprechend, eine große Tonne wölbten. Abgesehen von der trefflichen Stilistik des Innenraumes könnte ich glauben, daß sich jeder auch heute noch darin wohl fühlen müßte.

Die Armut jener Zeit gestattete aber nur einen Bau aus Holz und Stuck auszuführen, es ist daher nicht zu verwundern, daß das Innere heute wieder erneuert werden muß.

Wie dies aber geschah, sehen sie hier. (*Lichtbilder*.) Jedenfalls außerordentlich geschickt und von großem stilistischen Können zeugend, daß sie aber behaglicher geworden ist, bezweifle ich. Schönheit aber mit Behaglichkeit vereint, geht mir über Stilreinheit. Einen Schutz des Denkmals kann ich in dieser Restaurierung auch nicht sehen. Auch wenn man die Gewölbeanfänger fand, wissen wir doch nicht bestimmt, wie die Gewölbe aus-

gesehen haben, folglich haben wir kein Denkmal vor uns, das vom heutigen Empfinden künftigen Jahrhunderten wieder Kunde gibt, sondern eine geschickte Stilübung. Vom heutigen Denkmalschutz-Standpunkt aus wird dieses Vorgehen nur noch von Wenigen, allerdings von Kapazitäten gutgeheißen: hoffentlich gehört es zu den letzten seiner Art.

Bis zur ersten Tagung der Denkmaltagung war diese Art der Restaurierung aber die allgemein übliche und es war nicht eigentliche Absicht, durch dessen Gründung hier einen Wandel zu schaffen, sondern man wollte nur dem Staate und Gemeinden Wege weisen, wie sie bewegliche und unbewegliche Kunstdenkämler schützen und behandeln sollten.

1890 wurde in Straßburg auf der Tagung der Geschichts- und Altertumsvereine eine Kommission gewählt, die hierfür Leitsätze aufstellen sollten. Es entstanden vier Sätze für die Erhaltung der beweglichen Kunstgegenstände, die auf dem 1901 abgehaltenen ersten Tag für Denkmalpflege einstimmig angenommen wurden.

Nach der Annahme dieser Vorschläge stellte Dombaumeister Baurat Tornow, Metz, 16 weitere Grundsätze auf, wie bei der Erhaltung, bzw. Restaurierung alter Baudenkmäler zu verfahren sei.

Durch den Widerspruch Gurlitts zu dem 12. dieser Grundsätze wurde große Erregung hervorgerufen, von der man aber noch nicht ahnte, daß sie zur Umwälzung der ganzen bisherigen Auffassung der Denkmalerneuerung führen sollte.

Der erste Teil dieses Tornowschen Grundsatzes ist wichtig genug, um hier angeführt zu werden:

Derselbe lautet:

Wenn es sich als unabweisbare Notwendigkeit herausstellt, das Baudenkmal zu erweitern oder zu vergrößern, oder demselben An- und Aufbauten hinzuzufügen, welche sich als vollständige Neuschöpfungen über den ursprünglichen Plan des Bauwerkes hinaus darstellen, so sind solche Bauten genau im Sinne und Geiste des ursprünglichen Erbauers auszuführen.

Demgegenüber verlangte Gurlitt die einfache These, daß alles, was an einen alten Bau angefügt oder vollständig erneuert werden muß, unserem Zeitgeschmack entsprechen solle.

So neu dieser Gegenvorschlag erschien, so verlangte Gurlitt doch weiter nichts, als daß wir alte Bauten genau in dem Sinne behandeln sollen, wie es die alten Meister des 14., 15., 16. Jahrhunderts, überhaupt aller Jahrhunderte bis zu Anfang des vorigen Jahrhunderts getan haben, wobei wir nicht vergessen wollen, daß die Gotiker, in deren Formenwelt Tornow lebt und aus der heraus seine Grundsätze entstanden sind, die ersten waren, die sich um die romanische Kunst, die vor ihr bestand, gar nicht kümmerten und bei diesen romanischen Kunstwerken in jeder Weise gotisch an- und umbauten.

Gurlitt betonte dabei mit Recht, daß die gesamte Schönheit eines Baues nicht aus dessen Stilreinheit bestehe, und daß die Stilverschiedenheit die künstlerische Einheit nicht auslöse.

Es ist dies ein Satz, den wir jeden Tag, wenn wir alte, noch erhaltene Bauten sehen, bestätigt finden. Stilvoll bedingt mithin nicht Stilreinheit.

Auch war es Gurlitt, der zur Bekräftigung seiner Worte ausführte, wie durch die Selbstverleugnung jener Künstler, die in der Nachahmung nur ihr Können betätigten, seit Jahrzehnten schädigend auf eine selbständige Entwicklung unserer Gesamtkunst eingewirkt worden sei.

Auch diesen Satz müssen wir uns immer vor Augen halten, um die Tragweite der Tätigkeit der Stilreiniger richtig einzuschätzen.

Über Gurlitts Einsprache entstand, wie schon gesagt, eine scharfe Auseinandersetzung. Der erste Tag für Denkmalpflege ging aber aus einander, ohne daß man sich für ein Für oder Wider entschieden hätte. Daß Gurlitts Worte aber ein wahrer Weckruf für die deutsche Kunst wurden, sehen Sie in seiner ganzen Bedeutung daran, daß die meisten unter den Kunstgelehrten und Kunstaussübenden heute unter seinem Banner stehen und daß so viele, die hier unter uns sind und die noch 1901 gegen Gurlitt waren, heute mit ihm gehen.

Deshalb muß die Zeit kommen, in der alle erkennen, daß das Stilerlernen etwas sehr gutes war, daß es aber für die Kunst noch wichtiger ist, aus dieser Stilübung heraus auf neue Wege zu kommen. Wenn wir modernen Künstler diesen Weg erst zu bahnen suchen, hoffen wir trotzdem, auch heute schon in unserer Kunst einen Ausdruck zu finden, der unserer großen Zeit würdig ist.

Die Welt sieht durch die Erfindungen und die großartigen Entwickelungen auf allen Gebieten ganz anders aus als vor hundert und noch mehr Jahren. Die Kunst allein aber soll die abgelaufenen alten Wege gehen, wo alles anders geworden ist. Dieser Gedanke hat etwas so unnatürliches, daß wir auch darin eine Berechtigung für unser Vorgehen sehen.

Daß diejenigen, die in der Stilnachahmung ganz aufgegangen sind, nun darin ihren weiteren Lebenszweck sehen, kann ich sehr wohl verstehen und schätze sie nicht minder hoch als vor zehn Jahren, ja noch höher, als wenn sie nur der Mode wegen modern geworden wären.

Meine Gegner werden sie nur, wenn sie ihre alte Auffassung auch weiter auf das Gebiet der Denkmalpflege übertragen wollen: es soll aber stets nur eine offene Gegnerschaft der Sache und nie der Person wegen sein.

Als diese Männer mit Begeisterung anfingen, um aus dem Darniederliegen der Kunst in den siebziger und achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts herauszukommen, sich in die alten Stile hineinzuleben, gehörte ich zu den jüngeren noch und bewunderte, mit welchem Ernst sie diese Aufgabe angriffen. Zu jener Zeit durfte ich bei einem der besten Stilfinder tätig sein. Ein Wort über sein damaliges Denken kommt mir immer wieder in Erinnerung. Er hielt mir vor, wie gut wir jüngeren es hätten, die das nur zu erlernen brauchten, was er und seine Zeitgenossen wieder hervorgesucht hätten.

In diesen Fehler der Auffassung einer Kunstbetätigung wollen wir Modernen nicht verfallen, sondern uns immer vorhalten, daß die Welt zu einem hohen Ziel in der Kunst nicht durch Stillstehen, sondern durch ein Weiterschreiten gelangt, und daß auch wir wieder überholt werden.

Glauben die Stilisten richtiger wie wir zu handeln, so hoffen wir, die Geschichte für uns zu haben, die in unseren Anfangswegen zu einer neueren Stilrichtung für die Kunstgeschichte etwas ebenso wertvolles sehen wird, als die Schöpfungen aus der Blütezeit einer eigenen Kunstsprache.

Als ich anfing so zu denken, standen dieser Auffassung alle Zweifel gegenüber, die jedem aufrichtigen Künstler in einem so entscheidenden Augenblick kommen müssen.

Zu jener Zeit erhielt ich einen Brief eines von mir hochverehrten Mannes, der mich bei meiner Kenntnis alter Stile warnte, mich den Neueren anzuschließen und mich bat, in dem Aufgehen in den alten Stilen meine Befriedigung zu finden. Dieser Brief gab für mich den Ausschlag, ich sah schwarz auf weiß vor mir, daß ich stillstehen sollte, wo meine ganze Natur und auch mein Können nach vorwärts drängte.

Denn auch die vorgenannten Meister der achtziger Jahre waren mit ihrer ersten Entwicklung nicht zufrieden, und als die deutsche Renaissance durchgearbeitet war, kam das Barock und das Empire. In diesen Übergängen sahen sie Fortschreiten, verlangten nun aber in dem Augenblick einen Stillstand, wo eine Erschöpfung ihrer bisherigen Künstlerbetätigung eingetreten und kein alter Stil mehr zu entdecken war.

Als Studierender lehnte ich mich einmal gegen meinen Lehrer Gieße auf und wendete auf eine Bemerkung über Semper ein: „Semper wäre auch noch Barock geworden, wenn er lange genug gelebt hätte, der hätte es in der italienischen Renaissance auch nicht ausgehalten.“ Ich bekam natürlich ein Epitheton aus dem Pathologischen herübergeholt. 15 Jahre später erhielt ich eine Bestätigung dieses ketzerischen Gedankens. Ein Dresdner Maler, der davon sprach, daß er bei Richard Wagner in der Villa Wahnfrid gemalt habe, erzählte mir, daß er dort mit Semper zusammengetroffen sei und diesen eines Tages in einer barocken Kirche skizzierend gefunden habe.

Auf seine Frage, was denn er, Semper, mit so etwas mache, habe er geantwortet: „Wäre ich jünger und bekäme einen Auftraggeber, würde ich mich sofort in dieses hineinleben und nachmachen.“

Ähnlich wird sich die Entwicklung aller Künstler abspielen, die in ihrer Kunst wirklich fortschreiten. Das Anerlernte und in sich ganz Aufgenommene zwingt unbewußt zu neuen Versuchen, und daraus entsteht der Ausdruck von Zeitäbschnitten, die wir in allen Kunstwerken erkennen können und aus denen sich die Gesamtkunst zusammensetzt. Neben künstlichen Reflektionen erscheint auch mir also die Möglichkeit in seiner Kunst fortzuschreiten, in aller erster Linie von der Handfertigkeit, also von dem rein handwerklichen abzuhängen.

Meine Damen und Herren! Auf dem Zweiten Kongreß für protestantischen Kirchenbau verlangte ich Gedankenfreiheit für protestantische Architekten. Ich denke, sie sehen an dem Vorgeführten, wie diese mit Macht kommt. Es gilt nur kein Nachgeben. Jeder Künstler, der so fühlt wie wir, muß eine Aufgabe ablehnen, wenn von ihm Stilnachmachen verlangt wird und Sie alle sehen, wie leicht es geht, wenn Respekt vor persönlichem Empfinden eingeflößt wird.

Es ist eine kostliche Freude, zu erleben, wie viel Verständnis wir bei den protestantischen Geistlichen und Kirchenvorständen finden. Bedarf es oft so vieler Worte, um Zaudernde umzustimmen, so liegt auch darin ein künstlerischer Genuss, gilt es doch, seinen Ideen Worte zu verleihen.

Es wird eine protestantische Kunst geben, und die Katholiken werden uns wohl nicht mehr wie bei der Protestationskirche in Speyer wegen unserer Kunst über die Achsel ansehen. Ich denke heute noch mit großem Ärger

an einen Wanderprediger, einen Kapuziner, der gegen die Los-von-Rom-Bewegung sprach und höhnisch sagte: "Ach, die Protestant, was haben sie denn? Ein ganz kleines Kästchen und darin ihren kleinen Heiland mit unserer abgelegten katholischen Kunst. Was haben wir Katholiken dagegen! Eine große, große Truhe und darin alle unsere Heiligen, zusammen mit ihrem Heiland, und unsere herrlichen Kathedralen und Dome, die wir für unsere Heiligenanbetung erbaut haben und die uns heute die Protestant ab-schreiben." Sie sehen der Katholik wußte ganz genau den Wert unserer heutigen Kirchenerbauer einzuschätzen.

Meine Damen und Herren! Ich hoffe, daß Sie in dem Vorgesagten erkennen, wie ernst es uns um unsere Kunst zu tun ist, um dieselbe weiterzubringen. Ich hoffe, es ist mir gelungen, Ihnen zu zeigen, daß die ersten Schritte diesen Kampf wert sind!

*Die in der öffentlichen Abendsitzung vom 24. September vorgetragenen — vorstehend nur zum Teil wiedergegebenen — Anschauungen des Herrn Baurat Gräßner veranlaßten in der Sitzung des folgenden Tages eine Debatte, aus der nachstehende Ausführungen wiedergegeben seien:*

Regierungs- und Baurat Tornow-Chazelles b. Metz: Meine Damen und Herren! In seinem Lichtbildvortrage hat gestern abend Herr Baurat Gräßner unter anderem auch der Grundsätze Erwähnung getan, die ich auf dem ersten Tage für Denkmalpflege in Dresden vorgetragen habe und die sich auf die Restaurierung von Baudenkmalen beziehen.

Herr Gräßner hat mir zunächst die unverdiente Ehre erwiesen, diese Grundsätze als die meinigen zu bezeichnen, als ob ich etwa der Urheber, der Schöpfer dieser Grundsätze wäre, während ich doch damals schon ausdrücklich betonte, daß sie nur eine Zusammenstellung dessen darstellen sollten, was als damals allgemein gültige Regel anzusehen war. Außerdem aber waren einige Stellen dieser Grundsätze unrichtig angezogen, so z. B. wenn ich recht gehört habe, besonders der beim Restaurieren zu beobachtende Grundsatz der Stileinheit.

Ich muß, da ich das gestern Vorgetragene nicht immer genau genug gehört habe, um es hier sogleich richtigstellen zu können, den gedruckten Bericht über die diesjährige Tagung abwarten und behalte mir vor, auf unserer nächstjährigen Tagung in Trier die erforderliche Berichtigung zu geben.

Magistratsbaurat Professor Stiehl-Steglitz-Berlin: Meine Herren! Die Herren Vorredner haben einzelne Punkte des Gräßnerschen Vortrages hier vor Ihnen behandelt. Ich möchte mir erlauben, die allgemeinen Grundsätze, die Herr Baurat Gräßner gestern vorgeführt hat, zum Ausgangspunkt meiner ja allerdings an eine kurze Zeit gebundenen Erörterungen zu nehmen.

Wir stehen alle noch unter dem Eindruck des fesselnden Vortrages, den uns Herr Baurat Gräßner gehalten hat, und ich möchte ohne weiteres Ihre Zustimmung voraussetzen, wenn ich ausspreche, daß sich uns dieser Vortrag als ein abgerundetes Kunstwerk darstellte, aber ich habe dabei den Eindruck, daß Herr Baurat Gräßner, der so außerordentlich modern in seinem Schaffen als Architekt ist, sich bei diesem Kunstwerk des Vortrages doch etwas mehr der Mittel bedient hat, die die ältere Romanschriftsteller-

schule zu gebrauchen liebte. Es erschien uns da der schneeweisse und allein eigentlich künstlerisch empfindende moderne Architekt, und wir erhielten den Eindruck, daß daneben nur als pechkohlrabenschwarzer Bösewicht der historisch studierende und nur nachempfindende Architekt noch existiert. Die „Herren Gotiker“ waren so die einzigen, von denen man überhaupt neben den äußerst Modernen etwas hörte.

Meine Herren! Das ist an sich vielleicht eine durchaus künstlerisch berechtigte Art der Darstellung. Ich möchte sie mit einem flotten Schwarz-Weiß-Blatt vergleichen, das sehr geeignet ist, die momentane subjektive Anschauung schnell wiederzugeben. Aber ich habe gegen sie doch das einzuwenden, daß sie für die Kennzeichnung der wirklichen Sachlage nicht so recht die Grundlage bietet. Es fehlen ihr alle die Mitteltöne, die in der Wirklichkeit reichlich vorhanden sind, und ich möchte kurz versuchen, diese Mitteltöne dem Bilde doch noch einzufügen.

Die Frage handelt sich ja wesentlich darum: Was ist denn eigentlich modern? Wer irgend solcher Frage näher zu treten versucht, wird immer wieder finden, daß unsere Sprache ein sehr mangelhaftes Ausdrucksmittel ist für das, was wir mit ihr ausdrücken möchten, und daß beinahe jeder mit einem solchen Wort einen anderen allgemeinen Sinn verbindet. Das Wort modern insbesondere ist nun eines der allerschillerndsten, eines der aller-unbestimmtesten geworden durch den reichlichen Gebrauch, den man von ihm weise zu machen liebt, und ich möchte versuchen, kurz das, was von anderer Seite, ich meine von der gestern unter den Tisch gefallenen Seite, für modern gehalten wird, Ihnen zu skizzieren.

Wir stehen seit etwa zehn Jahren in einer prächtigen künstlerischen Entwicklung, auf die wir alle stolz sind, die uns schon durch ihr Beginnen, durch ihr stürmisches Einsetzen befreit hat von vielen Vorurteilen, von vielen Hemmnissen künstlerischen Schaffens, wie sie aus der vorwiegend wissenschaftlichen Betrachtungsweise des 19. Jahrhunderts heraus entstanden. Ich möchte sagen, diese neue Bewegung hat in ihrem Kern uns geführt zu künstlerischer Auffassung von Kunstfragen an Stelle der wissenschaftlichen Auffassung von Kunstfragen, und hat alle Kreise, die überhaupt am Schaffen teilnehmen, ergriffen. Meine Herren! Sie hat ebensowohl den ergriffen, der die Studien, die er an alten Bauten macht, in dem, was er selbst schafft, wieder frisch und frei erkennen läßt, wie den, der diese Studien ja auch macht, aber es für richtiger hält, die Spuren dieser Studien so zu verwischen, daß sie nicht weiter zu erkennen sind, so daß das, was er schafft, einen vollständig neuen Eindruck macht.

Daß überhaupt etwas vollständig neu aus sich selbst heraus geschaffen wird, ist selbstverständlich nicht möglich. Darüber sind wir wohl alle einig. (Sehr richtig!) In diesem modernen Zuge, der in allen Stilen vor allem gleichwertige Kunstmittel sieht, der die alte Kunst nicht auffaßt als eine bequeme Art, eine bequeme Reserve zum Nachahmen, zum Anschluß an eine bestimmte Stilart, in dieser frischen und freien Bewegung steht unsere ganze heutige Kunst, soweit sie überhaupt für unser Urteil in Betracht kommt. Solche ältere Herren, von denen wir gestern hörten, daß sie den Stillstand in der Kunst auf ihr Panier schreiben — ich habe sogar direkt zu hören geglaubt, daß die Forderung nach dem Stillstand von mancher Seite aufgestellt würde —, meine Herren, derartige Herren gibt es nicht mehr.

Sollten sie irgendwo in menschenleeren Einöden oder auf abgelegenen Dörfern noch existieren, so spielen sie jedenfalls weder in der modernen Kunstbewegung noch in der Denkmalpflege irgend eine Rolle, so daß es sich lohnte, sich mit ihnen zu beschäftigen.

In diesem Sinne möchte ich erklären, daß wir alle, die wir uns nicht scheuen, unsere früheren Studien an alten Bauten auch in Neuschöpfungen klar zutage treten zu lassen, ganz ebenso modern sind wie diejenigen, die das Wort modern für sich an allererster Stelle in Anspruch nehmen, weil sie diese Studien, die all unserem Schaffen zugrunde liegen müssen — aus innerer Überzeugung selbstverständlich —, mehr in den Hintergrund zu schieben für richtig halten.

Meine Herren! Ich weiß nicht, ob ich noch die Zeit habe, einige Erörterungen über die Begründung im einzelnen anzufügen, die uns Herr Grünler gestern gab. Wir hörten, daß die Welt anders geworden ist, wie vor hundert Jahren, und daß deswegen auch die Kunst nicht in alten Bahnen weitergehen könne. Meine Herren! Das ist etwa die gleiche Anschauung, die auch wiederholt hier im Denkmalpflegetag in der Forderung zutage getreten ist, daß wir verpflichtet seien, sozusagen unsere neuen Kunstwerke als Ausdruck einer neuen Zeit zu schaffen. Nun, die groß erscheinenden Veränderungen, die wir erleben, sind doch, wenn man das ganze Menschenleben und die Menschennatur ansieht, nur recht an der Oberfläche geblieben. Um ein naheliegendes Beispiel heranzuziehen: ob wir gestern im Schabbelhause bei Talglatern saßen, oder ob wir elektrisches Licht hatten, oder Gasglühlicht — was macht das für unsere Empfindungen aus, für das Behagen, das uns an der Tafel alle erfaßt hat und das eben den Inhalt einer solchen geselligen Versammlung bildet! In ähnlicher Weise: was machen alle die neuen technischen Errungenschaften aus gegen das sich gleich bleibende körperlich bedingte Empfinden des Menschen, das eben doch eine stationäre Größe ist, mit der wir rechnen müssen. Da dürfen wir auch gewisse stationäre Richtlinien in der Kunst als festliegend ansehen.

Meine Herren! Wenn so etwas gefordert wird: die Kunst soll der Ausdruck der heutigen Zeit sein, da sollte man allein schon aus der Gedankenverbindung heraus „Kunst soll“ etwas misstrauisch werden. Kunst soll bekanntlich Freude machen und schön sein. Was darüber hinausgeht: darin sind wir in anderen Kunztzweigen überall ganz allgemein klar, daß Tendenz, Kunstdtendenz, Romantikdtendenz und Dramentendenz nicht zum künstlerischen Fortschritt beiträgt, und wir kommen meines Erachtens auf einen falschen Weg, wenn wir eine solche Tendenz nach einem an sich nicht künstlerischen Ziele bei der Beurteilung von Kunstwerken in die erste Linie stellen.

Es kommt hier ja in Frage, daß die Wirkung der Kunstwerke sich nicht allein auf die Schönheit beschränkt, sondern daß eine Zutat von Neuem jedem Kunstwerk mit beigegeben werden muß, sowohl um den Besucher zu reizen, als auch um die Schaffenskraft des Künstlers selber anzuregen, der im Kampf mit dem neuen Gedanken erst zur eigenen Freude, zur Schöpferfreude und zur Entwicklung seiner Ideen kommen kann.

Der Unterschied zwischen den verschiedenen modernen Strömungen scheint mir im wesentlichen darin zu liegen, daß die eine Richtung mehr die Forderung der Schönheit, die andere mehr die Forderung der Neuigkeit

betont, und ich bin gar nicht im Zweifel, daß jede der beiden Richtungen in dieser Beziehung ihre großen Vorzüge, jede für sich hat.

Um aber auf unsere Denkmalangelegenheiten im besonderen zu kommen, möchte ich noch, ehe mich die Guillotine erreicht, schnell hinzufügen, daß mir für die Denkmalpflege der Vorzug der Neuigkeit in zweiter Linie zu rücken scheint. Die Neuigkeit ist bekanntlich eine Sache, die sich sehr schnell abnutzt, und wenn wir für unsere Denkmäler schaffen, müssen wir weiter sehen in dieser Beziehung als der Privatmann oder auch die Körporation, die sich für ihre modernen Bedürfnisse ein Haus baut. Wir müssen an die Konkurrenz denken, an das Zusammenspielen mit dem, was künstlerisch unendlich gefestigte Zeiten geschaffen haben. Wir werden leicht in Gefahr kommen, recht ephemere Schöpfungen neben die Schöpfungen dauernden Wertes zu stellen, wenn wir die Neuigkeit der Wirkung vor allem suchen, und, meine Herren, ich glaube nicht, daß wir mit solchem Ausdruck unserer Zeit in späterer Zeit Ehre einlegen werden.

Ich habe ungern diese Erörterung angefangen, weil sie ja eigentlich viel zu weit führt und weil ich besonders in der kurzen mir gegebenen Zeit nur ganz andeutungsweise einzelne wichtige Punkte berühren kann. Ich möchte aber noch auf eins hinweisen, daß die Auffassung, die uns hier in ähnlicher Weise wiederholt entgegengetragen worden ist, als ob nur die — höchst-moderne Kunst will ich sie nennen — würdig wäre, die Denkmalpflege zu führen und zu bereichern, doch auch in einem recht schroffen Gegensatz steht gegen die tatsächlichen Verhältnisse der Denkmalpflege. Meine Herren! Ich würde es für sehr unerwünscht halten, wenn nach außen hin — und der Denkmaltag will nach außen hin wirken — die Anschauung entstünde, daß für uns nur die höchst-moderne Kunst maßgebend wäre. Das Gegenteil ist eigentlich der Fall, sie befindet sich in sehr starker Minderheit. Ich brauche nur hinzuweisen auf die vortrefflichen Sachen, die uns Herr Baudirektor Baltzer gestern vorgeführt hat, die nicht auf diesem Standpunkt stehen. Meine Herren! Ich erinnere an die ganz hervorragenden Leistungen unseres verehrten Herrn Vorstandsmitgliedes Herrn Geheimrat Hoffeld auf dem Gebiete des Landkirchenbaues, die ebenfalls auf einem anderen Standpunkt stehen. Meine Herren! Dort oben auf der Galerie des Saales haben Sie die Ausstellung der ganz hervorragenden Leistungen, die in Bayern unter der Ägide des Vereins für Volkskunst und Volkskunde geschaffen worden sind. Meine Herren! Das Land, das sozusagen das Mutterland der Denkmalpflege in vieler Beziehung ist, das gesegnete Großherzogtum Hessen, steht in seiner höchst erfolgreichen Denkmalpflege auch im wesentlichen auf einem anderen Standpunkt. Alle diese führenden Arbeiten sehen eine gesunde Heimats- und Denkmalpflege in der ruhigen Weiterbildung älterer Kunstweisen unter Berücksichtigung modernen Empfindens und moderner Bedürfnisse. Ich halte es für wichtig, auch das hier kurz hervorzuheben, damit nicht nach außen hin ein unrichtiger, unzutreffender Eindruck von unseren Bestrebungen erweckt wird. (Lebhafte Beifall.)

Trier 1909

## Die Stilfrage bei Wiederherstellung alter Baulichkeiten

**Referent: Professor C. Weber-Danzig:**

Meine Damen und Herren! Nachdem Herr Baurat Gräbner im vorigen Jahre von dieser Stelle aus den Standpunkt der Modernen bei Wiederherstellung historischer Bauwerke so warm und lebhaft vertreten hat, sei es heute einem Architekten, der zur sogenannten historischen Schule gehört, gestattet, die Gesichtspunkte geltend zu machen, welche sie veranlassen, bei Wiederherstellungen die Formensprache der historischen Stile zu verwenden, und die Forderungen der modernen für sich persönlich abzulehnen. Hoffentlich gelingt es mir, dabei den polemischen Ton, den Herr Gräbner im vorigen Jahre angenommen hat, zu vermeiden. Ich glaube, er dient der Sache nicht, und da ich ein in weitesten Kreisen unbekannter Mann bin, brauche ich mich ja auch von den Ausführungen des Herrn Gräbner und seiner Schilderung dieser schwarzen „Gotiker“, die er da beliebte, nicht getroffen zu fühlen und kann infolgedessen sine ira et studio sprechen.

Ich glaube auch prinzipiell nicht, daß hier der geeignete Platz ist, um Streitfragen zwischen uns Architekten auszufechten. Wir sprechen hier vor einem Publikum, das doch zum guten Teil der Architektur gegenüber Laie ist, und die Aufgabe des Architekten kann es hier nur sein, des Modernen sowohl wie desjenigen, der auf dem Standpunkt der historischen Baukunst steht — seine Aufgabe kann es immer nur sein, zu referieren, Ihnen gegenüber seine Anschauungen möglichst objektiv darzulegen, und das will ich versuchen.

Ehe ich nun zu dem eigentlichen Thema komme, möchte ich Herrn Gräbners Ausführungen ergänzend, einige Bemerkungen zur Geschichte der Denkmalpflege machen.

Herr Gräbner hat im vorigen Jahre es so dargestellt, als ob eine geordnete Denkmalpflege erst seit dem Jahre 1901, seit dem ersten Denkmalpflegetag vorhanden, respektive angestrebt sei, und er hat ausdrücklich ausgeführt, diese Denkmalpflegetage wären eigentlich gegen die sogenannten „Gotiker“ geschaffen worden; ich zitiere „Gotiker“ immer in Anführungsstrichen, so, wie er es gemeint hat. Er hat es so dargestellt, als ob die Restaurationswut dieser „Gotiker“ es nötig gemacht hätte, eine Bewegung zum Schutze der Denkmäler zu gründen. Historisch stimmt das nun nicht. In Wahrheit geht die Bewegung zum Schutze der deutschen Kunstdenk-mäler gerade von jenen „Gotikern“ aus. Als der Hellenismus Schinkels und seiner Zeitgenossen die Gefahr mit sich brachte, daß durch die Verachtung gegenüber dem historischen einheimischen Stil ungeheure Werte an überlieferten Baudenkmälern verloren gingen, da waren es in erster Linie die Leute, die sich mit unserer heimischen mittelalterlichen Baukunst beschäftigt hatten, die öffentlich den Ruf erhoben nach Schutz dieser Denkmäler gegenüber diesem Hellenismus, und von Anfang an umfaßte man die Denkmäler sämtlicher deutschen Stilepochen, wenn man davon sprach, daß die deutschen Denkmäler geschützt werden müßten. Selbstverständlich und mit vollem Recht, meiner Ansicht nach, hat man in erster Linie die mittel-

alterlichen Baudenkmäler ins Auge gefaßt, in erster Linie die Monumentalbauten, und unter den deutschen Monumentalbauten sind die Monumentalbauten des Mittelalters objektiv im Durchschnitt wertvoller wie die des Barock, und daran lag es wohl, daß in erster Linie und scheinbar ausschließlich zunächst die gotischen Baudenkmäler geschützt wurden gegen eine Zerstörung durch den damals modernen Hellenismus. Diese „Gotiker“ haben damals die ersten Inventarien aufgestellt und dadurch die Anregung gegeben zu einer weiteren Beschäftigung mit der Frage des Denkmalschutzes. Daß man die großen Bauten, Monumentalbauten des Mittelalters in den vierziger und fünfziger Jahren, auch noch in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, von den oft sehr störenden und den Baugedanken zerstörenden Einbauten des 16. bis 18. Jahrhunderts befreite, halte ich durchaus nicht immer für eine Barbarei, wie es heute allgemein üblich ist, dieses Vorgehen zu bezeichnen. Ich möchte hier eine Ausführung aufnehmen, die Herr von Bezold vor einiger Zeit in einem mir sehr beherzigenswert erscheinenden Artikel in der „Denkmalpflege“ über den Übereifer in der Denkmalpflege gemacht hat. Herr von Bezold sprach es dort aus, daß die mittelalterlichen Bauwerke sowohl in der Bildung des Innenraumes wie im Aufbau des Äußeren so wertvoll seien, daß man wohl verschmerzen könnte, wenn gelegentlich bei der Wiederherstellung, zur Wiedergewinnung eines so großen Baugedankens ein Anbau des 16. bis 18. Jahrhunderts beseitigt worden ist. Gegenwärtig sollten diese Dinge nicht beseitigt werden, nicht verbrannt und verkauft werden, sondern sie sollten wo anders aufgestellt werden, sie sollten in Museen kommen, oder auch in demselben Bau wieder verwendet werden. Selbstverständlich hat man einer stileinheitlichen Wiederherstellung nur da das Wort geredet, wo der Verlust der späteren Zutaten durch große ästhetische Gewinne der Raumwirkung oder des Aufbaues ausgeglichen wurde, und die führenden „Gotiker“ der damaligen Zeit sind in weitestem Maße für Erhaltung des alten historisch gewordenen Zustandes eingetreten, wo die oben genannten Voraussetzungen nicht zutrafen. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß Schäfer bereits in den sechziger Jahren in einem Gutachten dafür eingetreten ist, die barocke Decke in der Marienkirche zu Gelnhausen zu erhalten, weil er der Ansicht war, daß diese barocke Decke denselben Dienst tut wie eine flache mittelalterliche Decke. Es ist leider nicht geschehen. Derselbe, wohl verrufenste aller „Gotiker“, hat bei der Wiederherstellung des Schlosses in Marburg die Renaissanceeinbauten geschont. Er hat bei der Stadtkirche in Marburg die barocke Orgel, die das alte gotische Raumbild gänzlich zerstörte, nicht einfach beseitigt, sondern er hat sie an eine andere Stelle gestellt und dadurch den alten herrlichen Raum, den das Mittelalter geschaffen hat, wieder zur Geltung gebracht. Also hier schon vor 50 Jahren der Grundsatz, von Fall zu Fall zu entscheiden, und Theorien zuliebe weder Werte zu zerstören noch Unwerte zu erhalten.

Ebensowenig wie der Ruf nach einer geordneten Denkmalpflege vom Jahre 1901 datiert, sondern älter ist, ebensowenig ist der Ruf nach Anwendung moderner Formen erst seit dem Jahre 1901 erschollen. Auf einem Denkmalpflegetage und aus dem Gesichtspunkt der Denkmalpflege konnte der Ruf vorher nicht öffentlich erhoben werden, weil wir vorher keine Denkmalpflegetage hatten. Aber der Ruf nach moderner Baukunst, nach Anwendung eines modernen Baustiles bei zeitgenössischen Bauwerken ist

ebenso alt wie die Zeit ist, seitdem man keinen bodenständigen traditionellen Stil mehr hat. Der Ruf ist erhoben worden in der Zeit des Klassizismus und ist erhoben worden als Prinzip, erhoben worden als ein Ideal von allen denkenden Architekten und Laien, die sich mit diesen Fragen beschäftigt haben, seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts. Ich möchte hinweisen auf die Briefe Ungewitters, die von Reichensperger in den sechziger Jahren publiziert worden sind. Sie finden da Stellen, wo dieser verrufene „Gotiker“ Ungewitter es als ganz selbstverständlich hinstellt, daß, wenn wir einen Stil hätten, wir natürlich in dem Stile bauen müßten. Da wir aber keinen hätten, seien wir zu unserem Leidwesen gezwungen, historisch zu bauen. Ich erinnere an die Tatsache, daß König Maximilian II. v. Bayern seinerzeit, in den sechziger Jahren, sich die 14 berühmtesten Architekten Deutschlands nach München kommen ließ, sie in München in seinem Schloß 14 Tage einsperre — nicht bei Wasser und Brot, sondern bei sehr gutem Essen und Trinken und mit Zeichenmaterial, und sie nicht eher herausließ, als bis sie den neuen Stil erfunden hatten. Was dabei herausgekommen ist, werden die Herren wissen, die München kennen und die Maximilianstraße mit diesem damals erfundenen neuen Stil.

Also neu ist dieser Ruf nicht. Neu ist nur, daß praktisch arbeitende Architekten darauf eingegangen sind, während sie meiner Ansicht nach wissen mußten, daß es ein utopischer Ruf ist, zwar ein Ideal, vorläufig aber nicht ausführbar, wie ich mir gleich des weiteren zu begründen erlauben werde.

Das eigentliche Thema nun der Stilfrage bei Wiederherstellungen möchte ich abhandeln unter Zugrundlegung einer Einteilung, die sich der Zustimmung des Denkmaltaages, soviel ich weiß, erfreut. Wir wollen unterscheiden zwischen toten und lebenden Bauwerken. Über die Behandlung toter Bauwerke ist, glaube ich, kaum ein Streit vorhanden. Unter toten Bauwerken — will ich vorausschicken — versteht man bekanntlich diejenigen Bauwerke, die weder ihrem ursprünglichen Zweck noch einem anderen modernen Zweck dienen, sondern Bauwerke, die erhalten werden sollen nur als Dokumente einer vergangenen Kultur, als künstlerische oder historische oder kulturhistorische Dokumente.

Unter diesen toten Bauwerken kann man, glaube ich, drei Klassen unterscheiden. Die erste Klasse der reinen Ruinen, derjenigen ruinösen Bauwerke, deren Wert und Schönheit nur in der malerischen Erscheinung, in der Landschaft beruht, Ruinen, deren Formen keinen besonderen Kunstwert zeigen, deren Aufbau keine besonders wertvollen Aufschlüsse geben kann über Befestigungsanlagen usw. Solche Ruinen wird man gern in der Natur weiter als Ruine bestehen lassen. Man wird, soweit es möglich ist, ohne die landschaftliche Schönheit zu zerstören, durch kleine Maßregeln, Abdeckungen usw. versuchen, die Verwitterung hintan zu halten, zu verzögern, aber man wird im Prinzip diese Ruinen ihrem Verfall und der Zerstörung überlassen.

Anders verhält es sich mit der zweiten Art von toten Bauwerken, mit solchen nämlich, die noch unter Dach und Fach sind, die gut erhalten sind und trotzdem keinem modernen Zweck dienen. Da versteht es sich ja ganz von selbst: solche Bauwerke sind eben nur unter Dach und Fach zu erhalten, damit sie nicht zu Ruinen werden, sie sind rein zu erhalten.

Komplizierter ist die Sache bei der dritten Art von toten Bauwerken, bei Baudokumenten, die künstlerisch oder historisch von großer Bedeutung

sind und unbedingt der Zukunft erhalten werden müssen, die aber heute dadurch dem Verderben ausgesetzt sind, daß sie kein Dach haben, keine Verfensterung haben, oder sonst im Verfall sind. Ich glaube, auch darüber besteht heute nach den Auseinandersetzungen der letzten drei Jahre über das Heidelberger Schloß kein Zweifel und keine Uneinigkeit mehr, daß solche Baudenkmäler unter Dach gebracht werden müssen und verglast werden müssen, daß wir die verdammte Pflicht und Schuldigkeit haben, solche Bauwerke ebenso, wie wir sie von unseren Vorfahren empfangen haben, unseren Nachfahren zu erhalten mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln. Die Anschauung, daß man derartige Dokumente „einem schönen Tode entgegenreifen lassen“ solle, wird, glaube ich, fast allgemein für frivol gehalten.

Wie man nun bei dem Erhalten derartiger Baudenkmäler verfährt, das ist, glaube ich, eine Frage, die, wie fast alle Fragen der Denkmalpflege, nur von Fall zu Fall entschieden werden kann. Häufig wird es eine Personenfrage sein. Ich möchte nebenbei bemerken, daß ich mit einem großen Teil der deutschen Architekten der Anschauung bin: Wenn ein derartiges Bauwerk neu unter Dach und Fach zu bringen ist, und man die Möglichkeit und die Personen hat, diese neue Bedachung so zu gestalten, wie sie zu irgend einer vorhergehenden Zeit vorhanden war, und wenn mit dieser Wiederherstellung zugleich künstlerische Werte geschaffen werden, oder hohe künstlerische Werte, die früher vorhanden waren, wieder geschaffen werden, so begrüßen wir das doppelt und freuen uns, daß die romantischen Werte, die selbstverständlich verloren gehen bei Bedachung einer Ruine, ersetzt werden, und zwar, glaube ich, zehnfach ersetzt werden durch künstlerische Werte, wie zum Beispiel beim Otto-Heinrichsbau, wo die großen Giebel der Hofseite das Bild des inneren Schloßhofes zu einer künstlerisch glänzenden, hochfeinen Sache wieder gemacht hätten, und ich glaube, daß die wiedergewonnene künstlerische Qualität des Heidelberger Schlosses die geringe Einbuße an Romantik ersetzt hätte.

Ich habe eben exemplifiziert auf das Heidelberger Schloß, weil gerade diese Frage in den letzten Jahren die Gemüter so beschäftigt hat.

Ganz ebenso verhält es sich ja mit der Marienburg in Westpreußen. Ich habe auch noch nie gehört, daß ein verständiger Mensch behauptet hätte, man hätte sie verfallen lassen sollen, so, wie sie gelegen hat im Jahre 1830 und noch früher, und ebenso verhält es sich mit der Hohkönigsburg.

Welcher Stilform man sich nun da bedient — diese Frage ist bei solchen toten Bauwerken dieselbe, wie bei den lebenden Bauwerken.

Was nun diese lebenden Bauwerke anbelangt, also historische Baudenkmäler, die auch heute noch ihrer Zweckbestimmung dienen, oder einer anderen Zweckbestimmung wie ursprünglich, die aber heute in Benutzung sind, so sind wir, glaube ich, bei der Behandlung dieser Baudenkmäler, der lebenden, im Ziel durchaus einig, und ich glaube, daß das gar nicht oft genug betont werden kann. Es gibt keinen „Gotiker“ — ganz ausgeschlossen — und es gibt keinen einzigen historischen Architekten, der etwa ein Bauwerk gotisch wiederherstellen will nur aus archäologischer Spielerei und Liebhaberei, sondern für uns von der historischen Schule ist es ganz so selbstverständlich wie für die Modernen, daß bei der Wiederherstellung eines lebenden Bauwerkes die künstlerischen Gesichtspunkte in erster Linie in

Betracht kommen und die archäologischen, historischen und kunsthistorischen Gesichtspunkte sich dem künstlerischen Gesichtspunkte fügen müssen. Das Ziel jeder derartigen Wiederherstellung muß das sein, daß, wenn das Gebäude fertig ist — ich denke an Kirchen — und von dem Architekten der Gemeinde übergeben wird, der Eindruck auf den Laien, auf den es ja doch schließlich ankommt, für den wir ja doch bauen, genau der gleiche ist, als wenn er in eine ganz neue Kirche kommt. Sie muß ihm genau so schön sein, genau einen so unmittelbaren Eindruck machen wie ein Neubau. Wenn sie den Eindruck nicht macht, ist der Bau schlecht, gerade wie ein Neubau schlecht ist, wenn er keinen Eindruck macht.

Also über das „Was“, das bei lebenden Bauten geschehen soll, sind wir einig, aber über das „Wie“ gehen die Meinungen auseinander. und ich glaube, ich kann die beiden Standpunkte, die vorhanden sind, so formulieren: Was Herr Gräßner im vorigen Jahre hier ausgeführt hat, ist, glaube ich, das Folgende: Wenn wir bei Wiederherstellung lebender Bauwerke gezwungen sind, Zutaten in ein historisches Bauwerk hineinzubauen, das historische Bauwerk zu vergrößern, umzubauen, so sollen wir moderne Stilformen dabei anwenden. Er unterstützt diese Forderung damit, daß er sagt, so sind allfrüheren Zeiten verfahren, die eine gesunde Kunstkultur hatten, und historisch bauen könnten ihr ja doch nicht. Es ist unmöglich, sich in den Geist einer vergangenen Zeit so hineinzuleben und die künstlerischen Ausdrucksmittel dieser Zeit so zu beherrschen, daß man frei damit schalten kann. Wir von der historischen Schule stellen dem gegenüber: Wir können nicht modern bauen, weil es keinen modernen Stil gibt.

Ich möchte nun zu den eben angeführten beiden Gründen des Herrn Gräßner, weshalb wir nicht historisch bauen könnten, im voraus zwei Bemerkungen machen. Das Vorbild der früheren Jahrhunderte zunächst beim Wiederherstellen oder Umbauen von historischen Baudenkmalen scheint mir nicht so einwandfrei, oder ich muß sagen, uns nicht so einwandfrei, wie es den Modernen erscheint. Die so viel gerühmte Naivität der Alten bei dem Hineinbauen ihrer neuen Ausstattungsstücke in Kirchen, bei dem Umbauen oder Fertigbauen oder Wiederbauen der alten Türme bei vorhandenen Kirchen ist häufig mit großer künstlerischer Feinheit ausgeführt, sehr häufig aber sind diese Zutaten so störend, so ohne jede Rücksicht auf die künstlerische Eigenart der betreffenden Räume oder Gebäude gemacht, daß man erschrecken muß über die Unfähigkeit dieser damaligen Architekten, künstlerische Baugedanken ihrer Vorfahren zu verstehen.

Ich hatte vorhin schon gesagt, daß ich der Ansicht bin, wenn man die großen gotischen Dome, wenn man Straßburg, Augsburg, Köln, wenn man die Frauenkirche in München befreit hat von den barocken Riesenaltären, die den Maßstab der Gebäude gänzlich verdorben hatten, so war das eine künstlerische Tat. Es zeugt dieses Befreien der Dome von den Einbauten von einem Gefühl für architektonische Monumentalität, die unserer Zeit ja leider abgeht. Wir sind von Haus aus alle mehr auf das Malerische gestimmt. Ich glaube aber, daß die Fähigkeit des Architekten, monumental zu bauen und für monumentale Baugedanken empfänglich zu sein, die höchste Fähigkeit ist, die der Architekt in sich ausbilden muß. Erwähnen möchte ich zu dem Punkte der Wiederherstellungen in vorigen Jahrhunderten, auch wieder etwas aufnehmend, was Herr von Bezold in dem vorhin genannten Artikel

ausgeführt hat und was auch von anderer Seite schon ausgesprochen worden ist, daß die größten Meister der Alten, die guten Architekten der Alten ja gar nicht so „naiv“ verfahren sind. Die bedeutenderen Architekten des 18. Jahrhunderts haben bei monumentalen mittelalterlichen Bauten mittelalterlich gebaut. Zunächst möchte ich auf ein Beispiel hinweisen, das ja das bekannteste und berühmteste ist, das des Mainzer Domes. Balthasar Neumann hat den Vierungsturm des Mainzer Domes durchaus gotisch ausbauen wollen und auch in den Detailformen; daß ihm das nicht zugestanden worden ist, lag an dem Widerstand der einheimischen Architekten, der vielleicht nur aus Mißgunst erhoben wurde, vielleicht aber auch aus der Unfähigkeit, Balthasars monumentalen Gedanken aufzufassen, zu erklären ist. In Wirklichkeit ist der Vierungsturm in seinen unteren Teilen neu und von Balthasar neu mit gotischen Gewölben und gotischen Fenstern versehen.

Ein anderes Beispiel, das mir besonders nahe liegt, das mir einen großen Eindruck machte vor 15 Jahren ist Mauersmünster i. Els., ein glänzendes Beispiel des Übergangsstiles des beginnenden 13. Jahrhunderts. Der Chor ist im 18. Jahrhundert neu gebaut worden und durchaus in den Formen des Übergangsstiles, soweit die Leute sie damals beherrschten. Der Raumgedanke des alten Baues ist vollkommen wieder hergestellt und zu Ende geführt worden durch den Barockbau.

Wir haben ja hier in Trier eine Kirche, die ich leider noch nicht gesehen habe. Ich kenne sie nur aus dem Aufsatz von Bezold und möchte auch hinweisen auf die zahlreichen Beispiele, die von Bezold anführt, wo im 18. Jahrhundert und früher romanisch und gotisch wiederhergestellt worden ist.

Was nun den zweiten Einwand der Modernen gegen unseren Standpunkt anbelangt, daß wir doch nicht historisch bauen können, daß man nicht in einem toten Stil frei schaffen könne, so habe ich dazu folgendes zu sagen: Daß es möglich ist, auf der Grundlage historischer Studien, mit historischen Formen an Kunstwerken künstlerisch zu wirken, das beweisen die Bauten des vielgeschmähten 19. Jahrhunderts. Auch vorher ist hier wieder von dem Vorgehen der Architekten bei Wiederherstellungen im 19. Jahrhundert mit einer Verachtung gesprochen worden, die nur zu erklären ist, wenn man Unkenntnis der Tatsachen voraussetzt. Die Wiederherstellung der Kirche in Wetter von Ungewitter ist eine künstlerische Glanzleistung und muß von jedem Unbefangenem heute als solche anerkannt werden. Wer nicht empfindlich ist für solche künstlerischen Eindrücke, mit dem kann ich nicht streiten. Ebenso verhält es sich mit den Arbeiten der Essenwein, der Schmidts, der Bayer, der Tornow und hauptsächlich mit Schäfers Arbeiten. Man kann Schäfers Arbeiten und die Arbeiten der Leute aus den 60er und 70er Jahren ansehen, ohne daß Sie mit Schaudern zurückschrecken müssen vor der Verballhornung der Bauten, wie es immer heißt. Wenn Sie unbefangen an diese Arbeiten herantreten, müssen Sie immer zugeben, daß die künstlerische Wirkung dieser Bauten sehr groß ist. Für schwache Arbeiten aus der historischen Schule heraus kann man die historische Schule als solche nicht verantwortlich machen. Auch die Herren Gräbner und Högg würden es sich sehr verbitten, wenn man sie und ihre Richtung verantwortlich machen wollte für all die Scheußlichkeiten und Absurditäten, die unter der Firma „modern“ in die Welt gesetzt werden. Also man kann

in jedem Stil schlecht bauen, man kann in jedem Stil gut bauen. Mißlungene Arbeiten sind nicht beweiskräftig.

Daß wir übrigens in historischem Stil bauen und auch echt bauen können, wird uns ja gerade aus dem Munde unserer Gegner bestätigt. Aus dem Munde unserer Gegner werden wir häufig genug als Fälscher bezeichnet. Es ist als Makel uns entgegengehalten worden: wenn ihr baut, kann man nicht mehr unterscheiden, ob es jetzt gebaut ist oder vor drei Jahrhunderten; ihr seid Fälscher. Ich meine, gerade dieser Vorwurf beweist, daß man in historischen Formen künstlerisch arbeiten kann. Dieser Vorwurf ist nicht erhoben worden von gleichgültigen Leuten, sondern ich könnte Ihnen eine große Anzahl von Beispielen anführen, wo zum Teil sehr große Kenner unserer historischen Kunst das Neue für das Alte und das Alte für das Neue gehalten haben bei einem wiederhergestellten Bau. Ich könnte Ihnen ein Beispiel anführen, wo einer der angesehensten Laien, der offiziell mit diesen Dingen zu tun hatte, Malereien, die im Stil des Barock waren, für alt hielt und seine höchste Anerkennung aussprach über die wundervolle Komposition und Schönheit und sagte, so etwas können wir Modernen doch nicht, das werden Sie zugeben müssen, und die Sache war modern, sie war vor 14 Tagen vom Maler Fey gemalt.

Ich komme jetzt zum Hauptgrund. Bis jetzt habe ich die Angriffe der Modernen abgewehrt, ich muß jetzt angreifen. Wir Anhänger der historischen Schule behaupten: man kann nicht modern wiederherstellen, man kann nicht modern bauen, denn es gibt keinen modernen Stil. Der Hauptgrund dieser Sache liegt sehr tief, ist ein philosophischer, und ich kann Ihnen nur andeuten, ich kann nicht darauf eingehen. Das würde Ihre Zeit ungebührlich in Anspruch nehmen.

Seit man über die Kunst nachgedacht und geschrieben hat, ist man der Überzeugung gewesen, daß die Kunst die Blüte der jeweiligen Kultur sei. Man hat mit Recht versucht, aus der künstlerischen Produktion und Eigenart einer Zeit sich rekonstruierend ein Bild von der Kultur der damaligen Zeit zu machen, womit deutlich zum Ausdruck gebracht ist, daß die gesamte Geisteskultur einer Zeit es ist, die einen Stil in Kunstwerken, auch in Bauwerken, bildet. Wenn wir einen neuen Stil haben wollen, dann müssen wir unsere Hoffnung darauf setzen, daß wir zunächst eine gemeinsame geistige Kultur bekommen. Denn dadurch unterscheiden sich die alten Zeiten von den heutigen, daß sie eine einheitliche Grundlage ihrer Kulturanschauung, ihrer Weltanschauung hatten. Und von dieser einheitlichen Weltanschauung aus haben Tausende von denkenden und strebenden Menschen gemeinsam in einer Richtung gearbeitet, und durch diese gemeinsame einheitliche Arbeit sind Stile entstanden. Diese Gemeinsamkeit der Kultur fehlt uns vorläufig ganz. Jeder von Ihnen wird die Erfahrung machen, daß, wenn man in einem fremden Kreis gebildeter Menschen tritt, es kaum möglich ist, sich auch nur über die einfachsten Fragen der Weltanschauung zu verstündigen. Man redet permanent aneinander vorbei. So verschieden sind die Grundlagen unserer Kultur, ganz abgesehen davon, daß die dünne Oberschicht der Gebildeten sich mit der Masse des Volkes heute überhaupt nicht verstündigen kann. Es sind zwei ganz verschiedene Kulturen, die da vorhanden sind, und ehe wir nicht wieder eine einheitliche Geisteskultur haben, glaube ich, werden wir leider kaum einen wirklich modernen Stil bekommen, und dieser Stil

kann ja nicht nur ein Baustil sein, er muß ja sämtliche Kunstproduktionen des Volkes umfassen.

Nun, die Versuche, die im einzelnen gemacht sind, einen modernen Stil zu bilden — wir kennen sie alle. Es ist entweder das Moderne gesucht worden in Willkürlichkeit, in barocker, in schlechtem Sinne barocker Behandlung des Ornaments, oder ist es das Moderne in absoluter Nacktheit gesucht worden, darin gesucht worden, daß man gar keine Form anwendet. Das ist sehr bequem, aber ein Stil ist das nicht und vor allen Dingen keine Art der Arbeit, mit der man monumentale Aufgaben erfüllen kann. Mit dieser einfachen Art kann man Wohnhäuser bauen und hat man Wohnhäuser gebaut seit dem frühesten Mittelalter. Mir fiel das gestern auf bei den Lichtbildern, die wir hier sahen. Die gotischen und romanischen Häuser des 12. und 15. Jahrhunderts haben kein anderes Aussehen als die kleinen Wohnhäuser im 18. Jahrhundert. Die Unterschiede, die vorhanden sind, sind ganz geringwertig gegenüber der Einfachheit. Also diese Einfachheit, die da als modern gepredigt wird, ist nicht neu, und es kommt dazu: sie ist nicht brauchbar für Monumentalbauten. Wer eine Kirche zu bauen hat oder ein Rathaus, scheitert an dem Versuch, nun mit diesen einfachen Formen Architektur machen zu wollen. Man bedarf, um Architektur zu machen, eines Ausdrucksmittels, einer Sprache.

Um das Verhältnis des Stiles zum Architekturschaffen zu erläutern, hat man sich oft des sehr treffenden und schönen Vergleichs mit der Sprache bedient. Die Probleme des Dichters, das Problem des Dramas, das Problem der Lyrik, der Epop ist von der Sprache, in der dies Kunstwerk geschaffen wird, unabhängig: es wird natürlich von der Sprache in Einzelheiten beeinflußt, aber das Problem als solches ist unabhängig von der Sprache, denn die Aufgabe des Dichters ist es, das dramatische Problem zu lösen, ein dramatisches Kunstwerk zu schaffen, ein lyrisches Kunstwerk zu schaffen, und nicht eine neue Sprache zu erfinden, und so sind die Probleme der Architektur unabhängig von den Stilfragen. Die Probleme der Architektur sind die Probleme des Aufbaues, der Fassadengliederung und der inneren Raumbildung. Diese drei Hauptprobleme der Architektur sind in ihrem Wesen, in dem, was den Architekten innerlich beschäftigt bei der Sache, wenn er derartige Aufgaben zu lösen hat, durchaus unabhängig von der Stilfrage, von dem Ausdrucksmittel, mit dem er spricht. Aber um sie lösen zu können, bedarf er eines Ausdrucksmittels. Er muß ein Ausdrucksmittel haben, um ein wirkliches Kunstwerk sprechen zu lassen, und ein derartiges Ausdrucksmittel bietet unserer Anschauung nach eben die Moderne nicht. Weder die Willkür kann ein derartiges Ausdrucksmittel bieten — denn die Stilformen bilden unter sich einen Organismus —, noch die absolute Nacktheit kann ein derartiges Ausdrucksmittel bieten, noch auch — um auch die dritte Eigenart der sogenannten Modernen zu nennen — die Vergewaltigung der Tektonik eines Gebäudes ist in der Lage, einen Ersatz zu bieten für die organischen Ausdrucksmittel der historischen Stile. Da, wo wirkliche Ansätze vorhanden sind von neuen Formenbildungen, sind wir von der Historischen Schule gerade so begierig, sie aufzunehmen, wie jeder von den Modernen. Ich denke z. B. an die Beleuchtungskörper, wo in der Tat außerordentlich schöne neue Sachen in den letzten 30 Jahren geschaffen worden sind, und ich denke an die bescheidenen Ansätze zu einer neuen Ornamentik.

Ich glaube, daß sind die beiden einzigen gesunden und brauchbaren Neuschöpfungen, die wir bisher auf dem Gebiet der Kunst haben, und es will mir symptomatisch erscheinen, daß gerade bei den Belichtungskörpern sich neue Formationen zeigen, brauchbare moderne Kunstwerke gebildet sind. Es hängt das wohl damit zusammen, daß wir es hier zu tun haben mit einer neuen Technik, mit technisch bedingten Neuformen.

Herr Högg hat gestern ausgeführt, daß er glaube, der moderne Stil, die moderne Kunst muß sich entwickeln lassen deshalb schon, weil wir neue Techniken haben. Er sprach von Eisen und Eisenbeton, auch ich glaube, daß, wenn wir einen neuen Stil bekommen, wesentlich dieses neue Material dazu beitragen wird, ihn zu bilden, glaube aber nicht, daß schon das Vorhandensein einer neuen Konstruktion zur Bildung eines neuen Stiles allein führt. Ich glaube, daß die Kulturgemeinsamkeit die erste Bedingung ist, und daß dann das Vorhandensein einer neuen Technik, neuer Materialien zu einer schnelleren Entwicklung in neuen Formengebungen führen wird oder führen kann.

Jedenfalls, meine Herren, bei diesen neuen Stilversuchen wird keiner, auch keiner der enragiertesten Anhänger der Moderne bestreiten können, daß es sich um Versuche handelt, um Experimente handelt, und experimentieren dürfen wir bei Wiederherstellung von alten Bauwerken auf keinen Fall.

Es ist zu begrüßen und für jeden objektiven Beobachter außerordentlich interessant, bei Neubauten die tastenden Versuche zu sehen, ein neues Raumempfinden, einen neuen Gedanken des Aufbaues — ich erinnere an die Högg'sche Kirche — zu sehen, wie dort solche Versuche gemacht werden, mit welchem Eifer und mit welchem Ernst dort gearbeitet wird; die Erfahrungen aber, die man mit dem sogenannten Jugendstil, der jetzt überwunden ist, gemacht hat, sollten uns warnen, solche noch nicht ausprobierte, noch nicht bewährte Formensprache bei den alten Baudenkmalen anzuwenden. Diese Baudenkmäler dürfen nicht zum Experimentieren dienen, sie dürfen nicht der Spielball einer künstlerischen Laune sein, um Herrn von Bezold zu zitieren.

Es ist der Versuch gemacht worden, in kleinem Umfange moderne Formensprache bei Wiederherstellungen anzuwenden. Ich komme gleich noch auf einige Beispiele zurück. Ich glaube, man ist ziemlich allgemein, wenn die Versuche älter als drei Jahre sind, heute schon der Überzeugung, daß die Sachen nicht gut sind, daß der alte Bau gelitten hat unter der Anwendung der modernen Formensprache, während ich umgekehrt schon vorher darauf hinwies, daß Wiederherstellungen der verrufenen „Gotiker“, die zum Teil auch Wiederherstellungen im Renaissance- und Barockstil sind, noch nach 10, 20 Jahren jede künstlerische Kritik vertragen. Jeder, der in der Baupraxis darin steht, weiß, daß für monumentale Aufgaben der moderne Stil bei weitem nicht ausreicht. Wer jemals in eine monumentale Kirche ein Ausstattungsstück hineinzusetzen hat, etwa in einer mittelalterlichen Kirche, die einen reichen Renaissancealtar besitzt und reiche Renaissanceemporen, eine neue Orgel zu schaffen hat, wird wissen, daß man diese neue Orgel, die in innerer Beziehung zu dem Reichtum und der Ausbildungsart des Altars und der Emporen stehen muß, wenn man den künstlerischen Eindruck nicht zerstören will — daß man eine solche reicher detaillierte Orgel nicht anders bilden kann, als in historischen Formen. Es gibt keine moderne Form, die

dazu ausreichte, ein derart in der Komposition des Aufbaues und in der Durchbildung der Einzelheiten reiches Ausstattungsstück zu bilden. Noch viel weniger ist es dann möglich, mit den geringen neuen Ideen der Modernen ein monumentales Bauwerk zu schaffen. Denken sie an den Meißener Dom. Es ist wohl heute kein Zweifel mehr darüber, daß es die richtige Idee war, den grandiosen Gedanken der Westfassade, die zur größeren Hälfte vorhanden war, zu Ende zu führen, daß es unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit ist, den großen Künstler, der damals sein Werk nicht hat zu Ende führen können, jetzt zur Geltung zu bringen und seinem Werke zur Vollendung zu verhelfen, uns zum Genuß. Man hat gesagt: Ja, das wollen wir, aber wir wollen dafür moderne Formen anwenden. Es ist auch nicht der leiseste Versuch gemacht worden, ein Projekt zu zeigen, das den Baugedanken des Künstlers in moderner Form zu Ende führt. Es ist das schlechterdings unmöglich, es ist notwendig gewesen, die ursprünglichen Formen, in denen der Künstler das Werk angelegt hatte, weiter zu verwenden, und das Resultat ist ein glänzendes. Die künstlerische Wirkung dieses Domes gehört zu den Schönsten, was wir in Deutschland haben.

Daß das Zurückgreifen auf historische Stile — das darf ich vielleicht nebenher einfliechten — nicht nur zu archäologischen Spielereien führt, sondern recht erhebliche Resultate hat, das beweist für mich die Bautätigkeit Münchens.

München ist wohl sicher diejenige Stadt Deutschlands, die bei weitem die größte Baukultur hat. Jedem Architekten, der nach München kommt, lacht das Herz, wenn er ganze Straßenzüge, große Plätze einheitlich im Baucharakter sieht. Daß München eine solche Form hat, verdanken wir in erster Linie der Tätigkeit Seidls, der seit 30 Jahren, auf dem Boden der historischen Architektur stehend, sich künstlerisch betätigt hat, und danken es der künstlerischen Bescheidenheit der übrigen Münchener Künstler, der Hochedler, Größel, Fischer, die auf demselben Boden stehend, weiter geschaffen haben, jeder mit individueller Nuancierung.

Schließlich möchte ich noch, weil wohl die größere Mehrzahl der Anwesenden im vorigen Jahre hier war, über die vorgeführten Lichtbilder des Herrn Gräßner zwei Bemerkungen machen, die das beweisen werden, was ich eben gesagt habe.

Was die Wiederherstellung der Kreuzkirche in Dresden anlangt, wo als ornamentales Ausdrucksmittel die Formensprache des damals modischen sogenannten Jugendstils angewandt wurde, so hat Gräßner selbst im vorigen Jahre gesagt, ihm gefiele das nicht mehr, und er gebe zu, daß die Sache verfehlt sei. Meine Herren! Das scheint mir doch außerordentlich bedenklich, wenn man nach wenigen Jahren, nach 10 Jahren zugeben muß, daß man ein historisches Baudenkmal, wie die Kreuzkirche, verdorben hat, und das kann wohl nicht gelegnet werden, daß die große Raumwirkung der Kirche durch die gänzlich verhauene Ornamentik im Jugendstil verdorben ist.

Und wie verhält es sich mit der Glashalle in Freiburg? Herr Gräßner nannte es im vorigen Jahre einen Glaskasten, wohl ohne besondere Überlegung, aber ich glaube, jeder, der sich diesen Anbau am Freiburger Dom in die Erinnerung ruft, wird die Bezeichnung als Glaskasten richtig finden, als einen Glaskasten, der die äußere Erscheinung des gesamten Ge-

büdes aufs schwerste schädigt, der den Maßstab des Gebäudes durchaus verdorben hat. Daran nun, daß da ein Glaskasten errichtet worden ist, wird Herr Gräbner nicht schuldig sein, sondern eine Kommission. Ich weiß es nicht. Ich schätze Herrn Gräbner zu hoch, um zu glauben, daß er einen solchen Glaskasten freiwillig erbauen würde. Ich glaube aber, daß Herr Gräbner auch heute schon zugeben wird, daß die Willkürlichkeiten und Bizarrienheiten seiner Detaillierung dieses Glaskastens das alte vornehme feine Portal sehr schwer schädigen. Diese bizarren und eigenwilligen Formen, die Herr Gräbner dort gewählt hat, tun nicht gut.

Es ist von Herrn Gräbner — um zum Schluß zu kommen — im vorigen Jahre auch hingewiesen worden auf Grundsätze, die seinerzeit auf dem ersten Denkmalpflegetag beschlossen und mitgeteilt worden sind, Grundsätze, die der Herr Dombaurat Tornow aufgestellt hatte. Er hat wohlweislich von diesen Grundsätzen nur den 12. genannt. Die übrigen 11 Grundsätze — das führe ich an, um zu zeigen, daß die Aufstellung dieser Grundsätze nicht so töricht war, wie Herr Gräbner das darstellte —, die damals ausgesprochen und angenommen wurden, würde jeder von uns heute noch unterschreiben, und was den Inhalt dieses 12. Grundsatzes anlangt, wo gesagt wird: Wenn an einem historischen Bauwerk ein Anbau gemacht wird, so soll der durchaus im Stil des Bauwerks gehalten sein, so sind wir wohl alle, und ich glaube, auch Herr Tornow, heute nicht mehr der Ansicht, daß das unbedingt bindend sein müßte. Die Schuld aber trägt nicht Herr Tornow, sondern die gesamten Anschaubungen der großen Mehrzahl der damals arbeitenden Architekten. Wir sind heute schon zu der Erkenntnis gekommen, daß ein Tag für Denkmalpflege nicht die geeignete Instanz ist, um Grundsätze aufzustellen für Wiederherstellung von Bauwerken. (Oho!) Es wird nicht mehr abgestimmt, es wird nichts mehr beschlossen hier, sonst würde ich den Antrag stellen, den Ausspruch des Herrn von Bezold als einzigen Grundsatz anzunehmen: Historische Baudenkmäler dürfen nicht zum Spielball künstlerischer Launen gemacht werden.

**Korreferent: Landesbaurat a. D. Beigeordneter C. Rehorst-Köln:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, meinerseits meinen Standpunkt zu der hier zu erörternden Frage nicht besser kennzeichnen zu können, als indem ich gleich zu Beginn meiner hoffentlich kurzen Ausführungen einfach bekenne, daß ich die gestrigen Darlegungen des Herrn Professor Högg für ganz ausgezeichnet halte, und daß seine Ausführungen über die Berechtigung der modernen Kunst, an der Denkmalpflege mitzuwirken, vollkommen mit meinen Anschaubungen sich decken. Ich gehe sogar so weit, daß ich mein Korreferat für einen Raub an Ihrer Zeit und für überflüssig halte, denn ich bin mir wohl bewußt, daß ich diese überaus schwierige Frage nicht in einer so formvollendet und eindringlichen Weise zu behandeln vermöge, wie es Herr Högg getan hat. Ich spreche noch dazu unter besonders „erschwerenden Umständen“ einerseits, weil mir das Referat meines verehrten Herrn Vorredners in seiner Vollständigkeit erst in letzter Minute zugegangen ist, zweitens hat ja eigentlich Herr Professor Clemens mir vollständig den Wind aus den Segeln genommen, indem er in seinen trefflichen Ausführungen über den Anbau an den Wormser Dom eigentlich die Anschaubungen zum Ausdruck gebracht hat, die die meinigen sind.

Da aber unser verehrter Herr Vorsitzender mich nicht von der Erstattung des Referats entbinden wollte, so müssen Sie mir schon einige Minuten Gehör schenken.

Bin ich recht unterrichtet, so ist die Stilfrage bei der Wiederherstellung alter Baulichkeiten trotz des Referats über die Michaeliskirche, bei welchem sich ja in der Diskussion Gelegenheit zu seiner Erörterung geboten hätte, auf besonderen Antrag einiger mehr der stilistischen Restaurierung zuneigenden Herren auf unsere diesjährige Tagesordnung gesetzt worden, weil man die vorigjährigen Ausführungen des Herrn Baurat Gräbner nicht unwidersprochen sein lassen wollte, und mir ist die Ehre des Korreferats zu teil geworden, weil ich mich damals zu der Rede des Herrn Professor Stiehl, in der er Herrn Gräbner entgegengrat, zum Wort gemeldet hatte, um für dessen Bestrebungen eine Lanze zu brechen.

Der lebhafte Beifall, der Herrn Stiehl und vor ihm Herrn Oberbaurat Hofmann zu teil geworden ist, als er seiner Freude darüber Ausdruck gab, daß die Michaeliskirche in Hamburg vor derartigen Wiederherstellungsversuchen in Gräbnerschem Sinne bewahrt geblieben sei, ließ die Abneigung erkennen, die noch in weiten Kreisen gegen eine Kunstübung, wie sie Herr Gräbner vertrat, herrscht.

Es ist ja nicht zu leugnen, daß Herr Gräbner mit seinen Wünschen bezüglich der Befähigung modernster Kunst in der Denkmalpflege etwas sehr weit ging. Wenn er ja auch nicht geradezu forderte, daß man die alten Bauwerke abreißen solle, um Platz zu machen für neue nach neuestem Stil, so ging er doch mit ihnen nicht gerade gimpflich um, und er setzte mit einem gewissen Selbstbewußtsein überall seine eigenen Schöpfungen neben diejenigen vergangener Jahrhunderte.

Wenn auch diese Art des künstlerischen Schaffens in ihrer Freiheit und Selbständigkeit nach meinem Erachten etwas ungemein Erfrischendes hat, so glaube ich doch, ohne die Verdienste des Herrn Gräbner schmälern zu wollen, sagen zu dürfen, daß er in diesem und jenem über das Ziel hinaus schoß, daß nicht alles, was er alten Bauwerken angeftigt hat, in späteren Zeiten als ein Zeugnis des überlegenen Geschmacks unserer Tage gegenüber demjenigen früherer Kunstperioden wird angesprochen werden können. In einigen der von Herrn Gräbner vorgeführten Fälle würde ich sogar denjenigen zustimmen müssen, die da sagen, derartige Versuche müsse man an Neubauten machen, unsere alten Bauten müsse man nicht zu Versuchsobjekten benutzen — wie das ja auch Herr Weber eben ausgeführt hat.

Ich bin nämlich der Meinung, daß in allen denjenigen Fällen, in denen es sich um Erneuerung oder Ergänzung einzelner Teile alter Bauwerke handelt, deren ursprüngliche Form ganz unzweifelhaft nachzuweisen und einwandsfrei nachzubilden ist, eine Restaurierung im alten Stil sehr wohl am Platze ist. (Sehr richtig!) Es wird wohl selbst unter den allermodernsten Architekten wenige geben, die verlangen, daß man etwa jetzt den Kölner Dom, dessen Spitzengewand durch das allermodernste Mittel des bekannten Zahnes der Zeit, den Rauch der Lokomotiven, zerfressen wird, einem Apostel der allermodernsten Kunstrichtung, etwa einem Herrn van de Velde übergebe, damit er Krabben, Fialen und Kreuzblumen in modernstem Knorpelstil dort erneuere. Oder, wenn ich auf ein anderes Beispiel hinweisen darf: hier im Vorsaal sind die trefflichen Zeichnungen zu den Instandsetzungsarbeiten am

Wetzlarer Dom zur Ansicht ausgestellt. Sie erkennen da aus den Detailphotographien des alten Zustandes, daß an den meisten Stellen die Architekturglieder sich zur Zeit des Beginns der Arbeiten in einem solchen Zustande befanden, daß für einen genauen Kenner gotischer Bauweise sich die ursprünglichen Formen einwandsfrei feststellen ließen.

In einem solchen Fall würde ich auch bei dem heutigen Stande der modernen Kunst der Meinung sein, daß die Erneuerung genau in den alten Formen, in genauerster Beachtung der alten Techniken ausgeführt werden müsse. Man muß doch zugeben, daß die Entwicklung unserer modernen Stilrichtung noch nicht so weit gediehen ist, daß wir in solchen Einzelheiten so selbstständig zu schaffen vermögen, daß die Harmonie des ganzen Bauwerks gewahrt werden könne. Ich glaube, wir müssen uns in einem solchen Falle damit abfinden, daß die auf solche Art restaurierten Teile eines Bauwerks als Kopie auf unsere Nachkommen gelangen. Erhaltungsarbeiten ohne Erneuerung sind eben, solange man alte kranke Bauwerke noch nicht gesundbauen kann, nicht zu umgehen. Man muß sich leider damit abfinden, daß hierbei sehr viel malerischer Reiz, sehr viele Stimmungswerte verloren gehen — aber eine Restaurierung, wie sie vielfach von Laien gefordert wird, daß man nur Risse und Fugen verstreiche, abdecke und sichere, ist technisch nicht durchführbar, oder sie bewirkt lediglich eine Mumifizierung des Bauwerks. Auch einer Ausbesserungsarbeit, wie ich sie kürzlich im Kreuzgang der Kathedrale zu Chester sah, die sich darauf beschränkte, die zerfallenen Bauglieder durch Bossen oder durch nur rohe, in neutraler Form gehaltene Stücke zu ersetzen, vermag ich nicht das Wort zu reden.

Selbstverständliche Voraussetzung einer derartigen Restaurierungsarbeit ist, daß sie in die Hände eines genauen Kenners der alten Stilformen, eines Spezialisten gelegt wird, der in einer solchen Tätigkeit seine Lebensaufgabe erblickt. Es handelt sich also um eine reproduktive, eine — sit venia verbo — mehr handwerkliche, nicht um eine künstlerisch-produktive, neuschaffende Arbeit. Es ist ferner selbstverständlich, daß zur Lösung einer solchen Aufgabe reiches Können und Wissen und der feinste Geschmack gehören, und daß ich eine solche Tätigkeit keinesfalls herabsetzen will. Sie ist eben Spezialistenarbeit.

Den Ausführungen des Herrn Vorredners bezüglich der Sicherung durch Abdachungen usw. stimme ich durchaus bei.

Die Grenze einer solchen Tätigkeit zu bestimmen, ist natürlich außerordentlich schwer, wenn ich in Abweichung von Nr. 13 der mehrfach erwähnten Tornowschen Grundsätze vom Jahre 1900 die Forderung aufstelle, daß alle Erneuerungen selbstständiger Bauteile, alle Vergrößerungen, An- und Aufbauten nicht im Stile des Bauwerks, sondern in freier moderner Stilgebung ausgeführt werden sollen. Ich erweitere diese Forderung, ebenfalls im Gegensatz zu Tornow, und zwar zu seinem Grundsatz 10, dahin, daß in allen Fällen, bei denen ein Baudenkmal mit bisher nicht vorhanden gewesener Wandmalerei oder mit gemalten Fenstern oder Einrichtungsstücken ausgestattet werden soll, diese gleichfalls nicht in dem Stil des Bauwerks oder des betreffenden Bauteiles, sondern gleichfalls in modernem Stil ausgeführt werden sollen. Ich vertrete damit die Anschauung des weitaus größten Teiles der jüngeren — nicht lediglich der jüngsten — Architektenchaft Deutschlands und setze mich damit in

diametralen Gegensatz zu meinem verehrten Herrn Vorredner, mit Ausnahme des einen Punktes, in dem er in der Schaffung von neuen Formen für Beleuchtungskörper u. dgl., also auf kunstgewerblichem Gebiet, der modernen Kunst ein gewisses Zugeständnis macht.

Die Gründe, die Herr Weber gleich allen denen, die sich vor und mit ihm gegen die Betätigung der modernen Baukunst auf dem Gebiete der Denkmalpflege wenden, vorbringt, sind die: erstens die Ehrfurcht vor alten Bauten muß uns davon zurückhalten, sie zum Tummelplatz für neue Stilversuche zu machen, und zweitens die Formensprache der Moderne reicht nicht zur Lösung der von der Denkmalpflege gestellten Aufgabe aus: es gibt eigentlich im Grunde noch gar keinen modernen Stil. Dem halte ich entgegen: gerade die Ehrfurcht vor unseren Baudenkämlern soll uns von dem Versuche abhalten, ihnen Bauteile einzufügen, die im besten Falle mehr oder minder gelungene Imitationen und geeignet sind, den ursprünglichen Baugedanken zu verwischen. Und ich sage ferner: so verhältnismäßig wenige Künstler es noch gibt, die im stande sind, große Bau- und Wiederherstellungsarbeiten in moderner Formgebung gut zu lösen, so wenige Architekten gibt es, die die Formensprache früherer Jahrhunderte so beherrschen, daß sie wirklich künstlerische Leistungen damit zustande zu bringen vermögen. Ich denke, für die Richtigkeit dieser letzten Behauptung spricht doch die Kunstgeschichte des vergangenen Jahrhunderts. Ich behaupte: 90 von 100 in altem Stil restaurierte Bauten kann man nur mit dem Ausdrucke des Bedauerns betrachten, und es gehört nicht einmal eine sonderlich genaue Kenntnis der früheren Stileigentümlichkeiten dazu, um zu empfinden, daß hier etwas nicht im reinen ist.

Es ist bei derartigen Schöpfungen immer eine ungewollte Dissonanz entstanden, in dem man neben Altes die Nachahmung setzte, und ich meine, eine solche stört die Harmonie mehr, als wenn ich in bewußtem Gegensatze einen anderen Akkord anschlage.

Das muß meines Erachtens der auf dem Gebiete der Denkmalpflege tätige Architekt vielleicht etwas mehr als der Kunsthistoriker empfinden, und zwar um so mehr, je mehr er die alten Formen und Ausführungsmethoden kennt, weil ja bei derartigen Ausführungen auch noch immer die technischen Einzelheiten so wesentlich von Einfluß sind auf die Gesamtwirkung des wiederhergestellten Bauwerks. Ein unrichtiger Fugenschnitt oder eine gegen die alte Technik verstößende Dacheindeckung kann z. B. einem Kenner den ganzen Bau verleiden.

Ich kann dabei nicht ohne ein schmerzliches Gefühl an meine eineinhalbjährige Tätigkeit als Provinzialkonservator von Sachsen zurückdenken, die ich im wesentlichen dazu verwandt habe, die Provinz einmal sehr eingehend kennen zu lernen. Was ich da gesehen habe an größeren und kleineren Bauwerken, die im Innern und Äußern durch eine Stilstaurierung verdorben worden sind, und welche Werte meines Erachtens dort zugrunde gegangen sind, das vermag ich in wenigen Worten gar nicht zu sagen.

Ich darf nur auf ein Beispiel vielleicht einmal hinweisen — es ist wohl manchem von Ihnen bekannt, da viel darüber geschrieben und geredet worden ist. Ich habe hier zwei Photographien mitgebracht von der Marienkirche in Mühlhausen, die doch gewiß unter der obersten Leitung eines hervorragenden Baukünstlers eine Restaurierung erfahren hat und in den Einzelheiten ebenfalls

von tüchtigen Kennern der Gotik hergestellt ist. Trotzdem ich von allen Seiten und in aller Ruhe die Sache betrachtet habe — damals, offen gestanden, noch sehr viel mehr Fre- und der mittelalterlichen Baukunst bei derartigen Aufgaben — konnte ich nicht umhin, zu sagen: Ich halte ein derartiges Vorgehen, diese schöne alte Renaissancehaube durch den spitzen gotischen Helm zu ersetzen, dann weitere Türme anzufügen, ebenfalls in den Stilformen des Baues, nicht für glücklich. (Sehr richtig!) Es sind damit Werte zugrunde gegangen, die nicht wieder zu ersetzen sind. Das Bauwerk ist herausgerissen aus seiner Vergangenheit, und ob es in seiner jetzigen Form jemals wieder mit seiner Umgebung, die sich ja alhnähhlich auch umbilden wird, wie in seiner früheren Gestalt übereinstimmt, will mir mehr wie fraglich erscheinen. Ich will das nicht im einzelnen ausführen. Es ist ja dem, der die Literatur kennt, genau bekannt, was Gurlitt, was Lange, was Rée und andere über ein solches Verfahren geschrieben haben.

Darf ich noch kurz ein anderes Beispiel erwähnen, das uns im vergangenen Jahre beschäftigt hat? Die Debatte zog sich damals zu lange hin, als daß ich hätte noch wagen können, meiner Stellung zu ihm Ausdruck zu geben; ich meine das Gewandhaus in Braunschweig. Ich bin leider nicht unterrichtet — ich wäre es Ihnen ja eigentlich schuldig gewesen, mich zu unterrichten und bitte deshalb um Entschuldigung —, wie schließlich das Urteil der Herren Sachverständigen ausgefallen ist. Nach meinem Empfinden aber, das mich damals sofort überkam, als ich die Entwürfe zuerst sah, und das ich auch trotz genauer Überlegung inzwischen nicht losgeworden bin, ist der Hauptfehler bei dem Projekt Lübbkes der gewesen, daß er versucht hat, diesen neuen Anbau in den Stilformen des Hauptbaues zu errichten. (Sehr richtig!) Hätte er nach dem Vorgehen früherer Jahrhunderte in bescheidener Zurückhaltung einen Bau schlichter, moderner Art hingestellt, so glaube ich, daß dem Gewandhaus niemals ein Schaden angetan worden wäre. Ich meine, um die Richtigkeit einer derartigen Forderung zu erkennen, braucht man sich nur hier in Trier und anderen Städten des Rheinlandes umzusehen; hier sieht man allenthalben, wie die Alten es verstanden haben, eine derartige Aufgabe zu lösen.

Kurz, die Ausführungen des Herrn Vorredners über die Wiederherstellung der Marienburg, der Hohkönigsburg usw. streifend, muß ich sagen: Ich halte es nicht gerade für ein Unglück, daß derartige Bauten ausgeführt worden sind, die Marienburg von einem sehr hervorragenden Kenner mittelalterlicher Baukunst, Herrn Geheimer Baurat Dr. Steinbrecht, die Hohkönigsburg von dem bekannten Herrn Bodo Ebhardt. Aber ich glaube gehört zu haben, daß Herr Steinbrecht selbst schon mit einzelnen Teilen, die er im Beginn seiner Tätigkeit gemacht hat, nicht mehr ganz zufrieden ist, ja, daß er sogar mit Korrekturen angefangen hat.

Und ich glaube, daß es nicht sehr viel Freunde und Kenner der mittelalterlichen Baukunst gibt, die in der Hohkönigsburg eine in jeder Beziehung vollendete Wiederherstellung einer mittelalterlichen Burg anerkennen. Es sind ja sehr viel gegnerische Stimmen laut geworden.

Ich will noch ein Beispiel anführen aus Nassau: Die Saalburg. Ob diese Burg wirklich rein römisch wieder hergestellt ist, ob sie wirklich eine genaue Nachbildung eines Römerkastells darstellt — wer mag es wissen? Lassen Sie dem sein, wie ihm wolle, mögen derartige Versuche gemacht

werden, mögen sie gewissermaßen vergrößerte Museumsstücke sein — sie werden in vieler Beziehung gewiß lehrreich sein, aber lassen Sie uns derartige Experimente nicht verallgemeinern.

Ich will nicht auf die leidige Burgenfrage eingehen, aber ich darf wohl sagen, daß ich es lebhaft bedaure, wenn jetzt mehr und mehr unsere rheinischen Burgen „stilrein“ restauriert werden.

Selbstverständlich bestätigt, wie überall, auch in der Frage der Stilrestaurierung die Ausnahme die Regel. Ich stimme durchaus der Ansicht bei, die Herr von Bezold in dem von dem Herrn Vorredner angeführten Artikel in der „Denkmalpflege“ niedergelegt hat, daß man bei weitem zu hart über das 19. Jahrhundert urteilt, wenn man alle und jede Restauration, die es ausgeführt hat, verketzert.

Ich bin darin einig mit dem Herrn Vorredner, daß von einem Ungerwitter, einem Freiherrn von Schmidt, auch von den in neuerer Zeit viel geschmähten Heideloff und Essenein Arbeiten geschaffen worden sind, die dauernd schön bleiben werden, und besonders bekenne ich ganz offen, daß ich meinen alten verehrten Meister Schäfer zu denjenigen zähle, die Bauten hinterlassen haben, die unvergänglichen Kunstwert besitzen. Ich verkenne auch nicht, daß aus der Schäferschen Schule hervorragende Männer hervorgegangen sind, die, sofern sie das Studium mittelalterlicher Bauweise zu ihrer Lebensaufgabe gemacht haben, wohl in der Lage sind, in der alten Formensprache zu reden. Aber ich wiederhole, sie sind vereinzelt. Und selbst wenn diese Vereinzelten sich dieser alten Formensprache bedienen, so ist es nichts anderes, als wenn wir heute wieder Latein schreiben wollten. Ich glaube — um mit Friedrich Naumann zu reden — es würde doch Mönchslatein. Ich bin der Meinung, daß die Formensprache vergangener Jahrhunderte uns eben zu fremd geworden ist. Die Formensprache muß, wie auch Herr Weber gesagt hat, sich mit den Empfindungen, mit den Weltanschauungen unserer Tage decken, und das kann nie und nimmer die Formensprache vergangener Zeiten. Und wenn Herr Weber meint, die Anhänger der Stilarchitektur wären neuerdings dazu gekommen, auf völlige Stilechtheit bei derartigen Restaurierungsarbeiten zu verzichten, so glaube ich, daß sie damit erst recht einen sehr gefährlichen Weg beschritten haben. Dieses Verzichten auf völlige Stilechtheit bei Restaurierungen öffnet den Halbkönnern und Dilettanten den Weg und hat — namentlich an mittelalterlichen Bauten — schon viel Unheil angerichtet. Da soll nachher jede mißglückte oder schlechte Gotik als „freie Weiterbildung“ angesehen werden.

Wenn nun schließlich mit Herrn von Bezold mein Herr Vorredner sagt, daß auch die Architekten früherer Jahrhunderte bei Restaurierungen sich der Formensprache vergangener Perioden bedient hätten, so meine ich doch, daß das eben eine Ausnahme ist, die wie heute, auch in vergangenen Tagen die Regel bestätigte!

Nun zum Kernpunkt der ganzen Sache. Es dreht sich ja doch alles um die Frage: was ist Stil, und haben wir einen modernen Stil? Ich kann die Frage, was ist Stil, nicht besser beantworten, als wenn ich das gestern von Herrn Högg erwähnte Zitat von Semper wiederhole: „Stil ist die Übereinstimmung einer Kunstscheinung mit ihrer Entstehungsgeschichte, mit allen Vorbedingungen und Umständen ihres Werdens.“

Es ist uns als Phrase bezeichnet worden, wenn wir sagen: unsere Bauten und andere Kunstschöpfungen sollen das Kunstepfinden unserer Zeit widerspiegeln, als Dokumente der schöpferischen Kraft unserer Tage auf die Nachwelt kommen. Man hält uns entgegen, daß das Kunstepfinden unserer Tage schnell wechsle, daß wir heute das belächelten, was wir gestern geschaffen. Ich gebe zu, daß unsere Zeit, wie auf allen Gebieten, so auch hier etwas schnellerbiger ist als frühere Zeiten. Aber ich bestreite, daß in unserer Kunstentwicklung des letzten Jahrzehnts die Kontinuität fehlt, daß wir uns nicht in einer ähnlichen Entwicklung befinden wie in früheren Jahrhunderten. Vergleichen Sie doch einmal, wie schnell sich im 16. und 17. Jahrhundert die Formensprache änderte! Es kann uns ein Trost sein, daß auch die damaligen Neuerer nicht von allen ihren Zeitgenossen gleich geschätzt und geliebt wurden.

Der ungerechteste Einwand, der gegen die Anhänger der modernen Baukunst gemacht wird, ist der, daß sie aus dem Nichts heraus, gewissermaßen über Nacht einen neuen Stil erfinden wollten. Gewiß hat es solche Stürmer und Dränger gegeben, aber ich glaube, daß die Anhängerschaft der Männer, die, wie van de Velde, in dem gründlichen Vergessen aller früheren Stilformen das einzige Mittel, zu einem neuen Stile zu kommen, erblicken, gering, jedenfalls im Abnehmen begriffen ist.

Wir wollen auf einem anderen Wege zu einer modernen Kunst kommen und sind es schon: Wir wollen genaues Studium der Alten, wollen aber frei werden von ihrem Stil. Wir wollen über dem Stil stehen und ihn nach dem Empfinden unserer Zeit ausgestalten, weiterbilden.

Ich glaube, ich kann mich hier in dieser vorgerückten Stunde nicht einlassen — und ich fühle mich auch nicht würdig dazu, es kann dies nach mir ein Besserer tun — auf allgemeine kunstphilosophische Brachtmungen: was ist modern, was ist schön, was ist häßlich? Ich glaube, viel besser wirkt als Erklärung dessen, was ich moderne Baukunst nenne, ein Beispiel, das wohl den meisten von Ihnen bekannt ist. Ich verstehe unter einem modernen Bau z. B. die neueste Schöpfung von Professor Theodor Fischer: die Universität in Jena. Um dies Beispiel noch anschaulicher zu machen, nehme ich als Beispiel der anderen Richtung das Universitätsgebäude von Schäfer in Marburg. Wie ich schon vorher sagte, wird dem Bau Schäfers in Marburg kein Mensch die Schönheit absprechen, wir werden ihn hochschätzen immerdar: es wird aber niemand sagen können, daß dieser Bau, der sich in streng archäistischen Formen bewegt, ein Ausdruck unserer Zeit sei, ein Ausdruck der Zeit, in der Dampfmaschinen und Elektrizität erfunden sind! Es ist ein Werk in mittelalterlichem Geiste. Der Bau von Theodor Fischer ist kein Bau im Jugendstil, es kommen in ihm Anklänge an Formen früherer Jahrhunderte manigfach vor, aber es wird niemand geben, der diesen Bau vorurteilsfrei betrachtet, der nicht sofort den Eindruck gewinnt: hier stehst du vor etwas ganz Neuem, vor etwas, was keine andere Zeit hervorgebracht haben kann als das zwanzigste Jahrhundert!

Ähnlich — um auch einen Kirchenbau zu nennen — steht es meines Erachtens bei dem Vergleich zwischen Schäfers altkatholischer Kirche in Karlsruhe und Theodor Fischers Kirche in Schwabing. Die Schäfersche Kirche in Karlsruhe ist ein klassisches Beispiel dafür, wie sich unser ver-

ehrter Meister in die Formensprache der Gotik hineinversetzen konnte. Der Bau Theodor Fischers in Schwabing ist meines Erachtens aber ein glänzendes Beispiel dafür, wie der Meister, der über den Stilen steht, etwas durchaus Modernes schaffen kann, ohne etwa kompilatorisch zu arbeiten.

Ich könnte noch eine ganze Anzahl von Bauten anführen, die ich als wohl nennens- und schätzenswerte Leistungen unserer modernen Architekten bezeichnen darf, und von denen ich sicher bin, daß ihre Schönheit auch die Jahrhunderte überdauert, daß sie keine schlechten Repräsentanten unseres Strebens nach selbstständiger Kunstabtätigung sind. Ich nenne nur Martin Dülfers Theater in Dortmund. Ich nenne, um auch Kirchenbauten zu nennen, die protestantische Kirche, die Professor Schumacher in Dresden 1906 ausstellte, und ich nenne die Bauten eines Bruno Schmitz, eines Billing. Auch die Bauten von Seidl und Hofmann sind zum großen Teil Repräsentanten der Richtung, die wir als modern bezeichnen müssen. Ich nenne besonders auch noch einen Bau, der sich weiter ablöst von der historischen Überlieferung, und den ich trotzdem für einen ganz hervorragenden Monumentalbau halte: das ist das Warenhaus Tietz in Düsseldorf, von dem leider viel zu früh verstorbenen Olbrich!

Ich meine, man darf nicht mit Achselzucken an diesen Leistungen vorbeigehen, und man wird, wenn man mit offenen Augen zusieht, leicht erkennen, daß diesen Führern doch schon eine ganz stattliche Gefolgschaft jüngerer Architekten nahe steht, die auch schon ganz hervorragende Leistungen hervorgebracht haben. Diese als Repräsentanten unserer Zeit anzuerkennen, brauchen wir uns vor künftigen Geschlechtern nicht zu schämen.

Und wie es auf dem Gebiete der Architektur steht, so steht es auch auf dem Gebiete der übrigen Künste. Ich brauche keine langen Worte, um zu beweisen, daß wir Gott sei Dank einen frischen Zug in unserer modernen Plastik haben und daß wir auch moderne Maler besitzen, die den monumentalen Aufgaben, die ihnen die Architektur und die Denkmalpflege stellt, durchaus gewachsen sind. Ich nenne nur, um eben einen Namen zu nennen, Gubmann in Dresden, der viele alte Dorfkirchen so außerordentlich fein, stimmungsvoll und dem Raumgedanke gerecht werdend, ausgemalt hat und dabei ganz modern geworden ist. Ich glaube auch, daß wir Bildhauer genug hätten, die an einem Bauwerke, wie am Wetzlarer Dom, die Bildwerke in modernem Geiste herzustellen vermöchten, ohne daß auch nur im geringsten die Harmonie und die Stileinheit gestört würde.

Alles in allem, meine Damen und Herren! — Ich möchte nicht zu lang werden: — ich behaupte, wir sind auf einem guten Wege und wir haben Leistungen hinter uns, die uns auch berechtigen, auf dem Gebiete der Denkmalpflege in moderner Formensprache mitzuwirken.

Wir wollen, wenn wir vor eine solche Aufgabe gestellt werden, uns selbstverständlich bescheidenlich unterordnen unter das Bauwerk, dem wir eine Ergänzung oder Erweiterung hinzuzufügen haben, in dem Sinne, wie eben Professor Clemen die Arbeit eines Theodor Fischer gewertet hat. Wir bitten aber auch darum, daß uns dazu Gelegenheit gegeben werden möge, damit wir nicht, wie Herr Professor Hügg gestern sagte, das Schwimmen auf dem Lande lernen müssen.

**Debatte:**

Herr Direktor Dr. von Bezold-Nürnberg: Herr Professor Weber hat mich als Eideshelfer für weitgehende puristische Bestrebungen aufgerufen und dabei auf einen Artikel in der „Denkmalpflege“ hingewiesen. Was ich dort gesagt habe, ist mir nach seinem Wortlauten nicht erinnerlich, der Sinn aber war der: Es gibt Dinge, welche wert sind, zugrunde zu gehen. Wenn solche, aus den Erfordernissen unserer Zeit heraus, entfernt werden und verloren gehen, so brauchen wir ihnen keine Träne nachzuweinen.

Im übrigen aber glaube ich, daß wir den überkommenen Bauten sowohl wie den Einrichtungsgegenständen nicht genug Pietät widmen können, daß wir so viel als möglich erhalten sollen. Es muß von Architekten, die sich mit Restauration beschäftigen, wie von Denkmalpflegern, verlangt werden, daß sie so viel kritischen Blick haben, um zu beurteilen: das muß erhalten werden, das andere kann entfernt werden.

Wenn Herr Professor Weber auf die Entfernung der barocken Ausstattung der Frauenkirche in München hingewiesen hat, die ich in meiner Jugend noch gesehen habe, so kann ich in dieser Entfernung nicht eine künstlerische Tat erkennen, sondern nur einen Vandalismus.

Herr Universitätsprofessor Konrad von Lange-Tübingen: Meine hochverehrten Damen und Herren! Gestatten Sie einem Kunsthistoriker, der gleichzeitig Schüler eines bedeutenden Gotikers des vorigen Jahrhunderts, des verstorbenen Hase ist, seiner Überzeugung dahin Ausdruck zu geben, daß die historische Art der Restauration ein historischer Widersinn ist.

Ich stehe durchaus auf dem Boden der Anschauungen, die der Herr Korreferent in so vortrefflicher Weise dargelegt hat, und die auch schon gestern von Herrn Professor Högg sehr gut formuliert worden sind. Ich bin allerdings der Ansicht, daß man der älteren Generation durchaus Gerechtigkeit widerfahren lassen muß, indem man zugibt, daß sie unter den damals gegebenen Umständen nicht anders handeln konnte, als sie gehandelt hat. Das Wort Tornows: Wir müssen historisch restaurieren, denn wir haben keinen modernen Stil, bestand vor 10 oder 15 Jahren vollkommen zu Recht. Die Frage ist eben nur die: haben wir jetzt den modernen Stil oder haben wir wenigstens die Ansätze zum modernen Stil, die uns zwingen, von der historischen Form der Restauration zu der modernen Form überzugehen. Und da kann ich nun nicht übereinstimmen mit der Meinung des Herrn Referenten, daß wir diesen modernen Stil nicht haben.

Der Herr Referent hat es als Kennzeichen eines Stiles bezeichnet, daß er vollkommen einheitlich sei, und er hat gesagt, bei der Zersplitterung unserer modernen Kulturverhältnisse, die eben gar keine Einheitlichkeit zeigen, sei es unmöglich, von einem modernen Stil zu sprechen.

Nun, meine Damen und Herren, ich glaube nicht, daß irgend ein Anhänger der modernen Richtung den Wunsch hat, der moderne Stil möge eine völlige Einheit sein. Wir stehen doch in einem individualistischen Zeitalter, wir wollen der persönlichen Freiheit des Künstlers nie zu nahe treten. Deshalb wollen wir auch keinen einheitlichen modernen Stil haben.

Trotzdem wollen wir aber einen modernen Stil haben, und wir haben ihn auch zum Teil schon.

Es ist ja wiederholt hingewiesen worden auf die Definition von Stil, die Semper gibt. Ich will eine etwas andere Definition versuchen, indem ich sage: Der Stil ist ein Kompromiß aus verschiedenen Voraussetzungen. In erster Linie kommt dabei in Betracht das Material und die Technik, in zweiter Linie der Zweck des Bauwerks oder der Bauwerke, und in dritter Linie das persönliche Bedürfnis, das rein ästhetische Bedürfnis des Baukünstlers nach organischer Belebung der Materie.

Aus diesen drei Elementen setzt sich nach meiner Überzeugung das zusammen, was wir Stil nennen, und, meine Herren, diese drei Dinge haben sich nun gegenwärtig geändert, sie sind heutzutage anders als sie im Mittelalter waren. Wir haben neue Materialien und Techniken, und mit ihnen auch neue Konstruktionsmöglichkeiten. Wir haben neue praktische Aufgaben der Baukunst, an die das Mittelalter nicht gedacht hat und unsere jungen Baukünstler haben das Bedürfnis nach eigener persönlicher Aussprache, nach eigener selbständiger künstlerischer Belebung der Materie. Daraus schließe ich, daß wir auch einen neuen Stil haben, oder wenn die Zeugnisse dieses neuen Stils Ihnen noch nicht gut genug sind, daß wir ihn jedenfalls haben werden, daß wir die Sehnsucht nach diesem neuen Stil haben. Und meine Herren, da wir die Sehnsucht nach diesem neuen Stil haben, so dürfen wir unseren Baukünstlern nicht verwehren, alte Bauwerke in neuem, in modernem Stil, in ihrem eigenen Stil zu erweitern und auszubauen. Wir wollen natürlich nicht, daß die Restauration mittelalterlicher Bauten ein Tummelplatz persönlicher Willkür werde. Darin stimme ich vollkommen mit dem Herrn Referenten überein, aber wir wollen dem Baukünstler erlauben, da, wo er es ohne Schädigung des alten Bauwerkes kann, seine neue, seine persönliche Formensprache zum Ausdruck zu bringen. Das ist ein Recht des modernen Künstlers, in dem wir ihn schützen müssen, ebenso wie der alte Künstler ein Recht darauf hat, daß wir ihn in seiner Individualität schützen. Ehrfurcht vor dem Alten, aber gleichzeitig Liebe, herzliche Liebe zu allem Neuen, das soll unsere Lösung sein.

Herr Magistratsbaurat Otto Stiehl-Steglitz-Berlin: Hochverehrte Anwesende! Auch ich möchte meine Ausführungen damit beginnen, daß ich erkläre, mit den Darlegungen meines lieben Freundes und getreuen Nachbarn, Herrn Professor Högg, durchaus einverstanden zu sein, allerdings nur in bezug auf einen Satz, auf eine Vermutung, die er äußerte: die Vermutung, daß eine spätere Zeit vielleicht verwundert den Kopf schütteln würde. Ich bin der Ansicht, sie wird diese Bewegung vielleicht darüber machen, daß wir es für nötig halten, heute über diese Frage zu diskutieren, welche Stilform denn für die Wiederherstellungen die geeigneter wäre. Wir sind doch sonst eigentlich zu der Ansicht vorgedrungen und halten das für einen bedeutenden Fortschritt, daß nicht die Einzelform es ist, auf die es ankommt, um den künstlerischen Wert der Leistung festzustellen, sondern daß die Grundauffassung, das was man den baukünstlerischen Geist des Urhebers nennt, sich aussprechen kann in jeder ganz beliebigen Formenwelt.

Meine Herren! Ich glaube, von dieser Anschauung, die theoretisch wohl von keinem von uns bestritten werden wird (Zuruf: O ja!), entfernen

wir uns doch recht weit, wenn wir den Versuch machen, eine bestimmte Art der Formengebung als die allein richtige zu bezeichnen, andere mit dem Bannfluch der Spezialistenarbeit, des Handwerkertums und damit einer gewissen Minderwertigkeit zu belegen.

In dieser Beziehung ist mir eine etwas klaffende Lücke, ein starker Widerspruch aufgefallen zwischen den auch von Herrn Baurat Rehorst beistimmend zitierten Auslassungen des Herrn Professor Clemen, denen ich mich ebenfalls voll anschließe, und den eigenen Ausführungen des Herrn Rehorst. Ich meine, es decken sich die Ausführungen von Herrn Rehorst keineswegs mit diesen Anschauungen. Ich möchte nun den Grund für diese merkwürdige Doppelseitigkeit des Strebens, die sich in dem Widerspruch zeigt, darin suchen, daß wir immer daran hängen: unsere Kunst soll der Ausdruck unserer Zeit sein. Meine Herren! Das ist mir auch selbstverständlich. Aber wie entsteht der Ausdruck unserer Zeit? Ob ein Bauherr reich oder arm, ob er großdenkend oder kleinlich ist, ob die Zeit und die Umwelt, in der er lebt, hochgebildet ist, bemüht alles das, was die Vorwelt geschaffen hat, sich zu beherzigen, oder ob sie voll naiver Unkenntnis ist, ob fein, ob grob — meine Herren, tausend derartige Dinge formen den Ausdruck der Zeit. Jede Zeit hat ihren Stil. In dem Sinne haben auch wir unseren Stil, selbstverständlich! In dem Sinne hat 1860 seinen Stil gehabt, hat 1882 seinen Stil gehabt usw. Wir werden vielleicht sehr verschiedener Ansicht sein darüber, in welcher Weise wir uns der späteren Zeit darstellen werden, ob sie über uns günstig oder schlecht urteilen wird. Ich bin darin ein leidlicher Optimist; aber das scheint mir ganz klar, wir werden gar nicht daran denken können, der späteren Zeit etwa den geistigen Inhalt unserer Zeit anders widerzuspiegeln, ihr sozusagen ein X für ein U zu machen für das, was wir auf künstlerischem Gebiet an Verständnis besitzen, dadurch, daß wir uns einer anderen Formensprache bedienen. Den Ausdruck unserer Zeit bekommen wir, wir mögen uns bedienen welcher Form wir wollen.

Ich möchte daher die Anschauung aussprechen: wir haben zweifellos einen Stil, aber ich glaube nicht, daß wir in dem Sinne, wie es mehrfach behauptet worden ist, einen modernen Stil haben. Wir haben Ansätze zum modernen Stil, wie mein verehrter Vorredner ausgesprochen hat — sehr wohl Ansätze, aber wir haben noch keinen Stil. Ich möchte mich aber auch in optimistischem Sinne darüber aussprechen, ob wir vielleicht bald einen Stil haben werden, und das glaube ich. Ich meine, wir sind recht eigentlich Zeugen, wie sich aus den verschiedensten Kompetenten der künstlerischen Bewegung heraus ein Stil bildet.

Meine Herren! Wenn wir das, was heute modern heißt, vergleichen mit dem, was noch vor fünf Jahren, oder wohl gar vor zehn Jahren modern war, so ist ein sehr großer Wechsel eingetreten. Man hat auf Seiten der vorwärts drängenden Partei doch recht viel Wasser in den Wein geschüttet, der damals jung, sturmisch brauste, andererseits hat doch aber die Zunft der Historiker, die man hier so gern schwarz malen möchte, denn doch auch, mit erfaßt von dem frischen Anstoß, der in unsere ganze Kunstabewegung gekommen ist, gelernt, sich auf einen ganz anderen Standpunkt zu stellen.

Meine Herren! Wenn uns hier von dem Herrn Korreferenten als abschreckendes Beispiel die Mülhausener Kirche vorgeführt wurde, dann möchte ich doch sagen, daß kein künstlerisch empfindender Historiker heutzutage

jemals noch einen solchen Barockturm wegnehmen und ihn durch einen gotischen ersetzen würde. (Sehr richtig! und Na! Na!) Meine Herren! Gerade auch durch die Anregungen, die Denkmalpflege und Heimatschutz uns gegeben haben, sind wir doch dazu genötigt worden, uns so tief in die gesamte historische Kunst, möchte ich sagen, zu versenken, daß uns die Formensprache älterer Zeit nicht mehr fremd ist. Daß das nicht möglich sei, mag persönlich, individuell, zutreffen, generell kann man es nicht aussprechen. Meine Herren! Die Beschäftigung mit den kleinen unscheinbaren Denkmälern hat auch den „Historiker“ gelehrt, daß die wirkliche historische Kunst ganz etwas anderes ist, viel lebendiger, viel freier, viel frischer, viel origineller, viel moderner, als das, was uns die Kunstgeschichte, die natürlich an den großen typischen Bauten haftet, darstellen kann. Mir will es scheinen, daß die ganze große Bewegung, in der wir jetzt stehen, ganz ersichtlich danach strebt, unbewußt moderne Anstöße mit dem zu vereinigen und zu verbinden, was uns der historische Schatz unserer alten Denkmäler lehrt. Man sieht so häufig jetzt schon, wo man auch hinkommt, Bauten, von denen man gar nicht sagen kann: das ist modern, oder nicht modern, wo man sich fragen muß, ist das historisch, oder was ist es eigentlich. Meine Herren! Die Verschmelzung beider Grundrichtungen ist in vollem Zuge, und wenn ich wieder zurückgreife auf die schönen Worte von Herrn Professor Clemen, so möchte ich sagen: jawohl, es kommt nicht an auf die Einzelform, es kommt nicht an auf die Stilbehandlung eines solchen Anbaues (nach dem Modell des Wormser Domes hindeutend), sondern auf die Massenbehandlung, auf die Massenwirkung, die Linienführung, und ich möchte fragen, wo haben denn die Herren, die heute modern bauen, die Massenbehandlung, die Linienführung gelernt? Was man als modern heut sieht, ist auf den ersten Blick oft von unserer heimischen, historisch gewordenen, schönen Bauweise nicht zu unterscheiden, in der Ferne natürlich, und ich halte es für das ganz besondere Verdienst von Theodor Fischer in der modernen Bewegung, daß er eigentlich von Anfang an in seiner Tätigkeit dies klar zur Geltung gebracht hat und damit bahnbrechend geworden ist. Auch Fischers Bauten sind ja in der Linienführung, in der Massenbehandlung, in meinem Sinne durchaus historisch, das heißt im Sinne des wirklichen historischen Wesens, dessen was wirklich in Stadt und Land überall steht, und nicht im Sinne des schulmäßigen Schematismus.

Meine Herren! Ich bin der Ansicht, und ich hoffe es noch zu erleben, daß wir wirklich einen modernen Stil haben werden. Zu diesem modernen Stil haben dann, wenn er entsteht, beide Teile, die „Historiker“ und auch die „Modernen“ mit ihrem frischen Anstoß ihr gut Teil beigetragen, und es wird hoffentlich bald die Zeit kommen, wo man nicht fragt, wollen wir historisch oder modern bauen, sondern wo man sagt, wir bauen modern und historisch.

Herr Geheimer Hofrat Professor Dr. Cornelius Gurlitt-Dresden: Meine geehrten Herren! Oft habe ich mir die Frage gestellt, wie ich mich etwa zu den modernen Restaurierungsbestrebungen gestellt haben würde, wenn ich nicht im Jahre 1909, sondern im Jahre 1809 an dieser Stelle gestanden hätte. In jener Zeit waren die meisten mittelalterlichen Bauten durch die nachfolgenden Jahrhunderte in einer Weise ausgestaltet, daß es

nur verhältnismäßig schwer und mit einer großen geistigen Anstrengung möglich war, sich das einheitliche Bild eines mittelalterlichen Baues zu ver gegenwärtigen, alle jene Anbauten und Einbauten im Geiste aus diesem herauszunehmen, die die alte historische Gestaltung störten. Ich glaube, damals würde ich ebenso wie unsere Altvordern — die ich mit wachsenden Jahren immer weniger für Dummköpfe zu halten geneigt bin, sondern von denen ich glaube, daß sie nur andere Ansichten gehabt haben als wir — mit freudigem Mut darauf eingegangen sein, irgend eine oder auch mehrere, sogar viele Kirchen in dem Sinne zu restaurieren, wie es der Herr Referent hier als eine Geistestat gefeiert hat. Das heißt, ich hätte gewiß gern und freudig daran geholfen, einzelne Beispiele aufzustellen, an denen man sieht: So etwa hat tatsächlich diese oder jene Kirche ohne spätere Einbauten in früherer Zeit ausgesehen. Heute aber muß ich den Anschauungen des Herrn Korreferenten zustimmen, wenn er erklärt, er habe in den  $1\frac{1}{2}$  Jahren seiner Tätigkeit als Provinzialkonservator traurige Eindrücke von dem Zustand unserer Kirchen empfangen. Ich muß ihm zustimmen, der ich nun seit 15 Jahren diese Eindrücke in mich aufnehme, daß wir in unseren deutschen Landen eigentlich kaum noch eine nicht restaurierte Kirche besitzen, daß wir nun mit allen Herzenswünschen und aller Sehnsucht daran uns klammern, daß die ganz kleine Zahl von Bauten, die noch nicht historisch restauriert sind, oder noch besser, die noch nicht zweimal oder dreimal historisch restauriert worden sind, in dem alten Zustande verharre, und daß man die verschiedenen Stile, die sich dort entwickelt haben, nebeneinander bestehen lasse, auch die sogenannten »schlechten«!

Daraus folgt sich für mich folgendes: Der so oft gehörte und immer wiederholte Ausspruch, man solle nicht an historischen Bauten Experimente machen, ist unberechtigt! Er ist unberechtigt insofern, als ja andere Experimente in tausenden von Fällen an unseren Kirchen und an anderen historischen Bauten gemacht worden sind. Tausende von Kirchen sind historisch restauriert worden, an tausenden hat man mit den historischen Stilformen herumexperimentiert, aber ich glaube nicht, daß ein einziger von uns, der, von weitem in ein Dorf sehend, einen modern gotischen Kirchturm sieht, sich darauf freut, in dieses Dorf hineinzukommen. Sieht er einen alten Kirchturm, der noch nicht restauriert worden ist, so hat er die Hoffnung, daß er dort auch sonst etwas Interessantes zu finden vermag. Alle diese tausende von Experimenten, die an Kirchen gemacht worden sind, haben — das, glaube ich, hat auch der Herr Referent zugestanden — mit sehr wenigen Ausnahmen zu außerordentlich schlechten Ergebnissen, zu einer Verunglimpfung unserer Kirchen geführt. Es ist meine Überzeugung, daß künftige Jahrhunderte sagen werden, unter allen Zerstörern der überlieferten Kunst ist keiner schlimmer und fürchterlicher gewesen als das stilvoll schaffende neunzehnte Jahrhundert. (Sehr richtig!) Am allerschlimmsten aber ist es dort gewesen, wo diese historischen Kenntnisse so weit gediehen waren, daß nun tatsächlich das Alte vollständig richtig bei der Restaurierung nachgebildet wurde. Ich will keine Beispiele nennen: Ich bin mit meinen Studenten in eine restaurierte berühmte romanische Kirche gegangen und habe dort neben mir den Küster stehen gehabt, der die Geschichte der Restauration genau kannte. Ich bat den Küster, wenn ich bei Erklärung des Baues hinsichtlich des Alters einzelner Teile Fehler begehe, hinsichtlich darauf, ob ein

Teil modern oder alt sei, mich zu korrigieren. Ich hatte kaum den Mund aufgemacht, so bin ich korrigiert worden. Das mag einsteils von meinen mangelnden Kenntnissen der Bauformen herstammen, andernteils habe ich eben das Richtige nicht finden können. Als ich aber immer wieder korrigiert wurde, habe ich schließlich gefragt, wie die Sache zusammenhänge. Der Küster erklärte mir: der eine Teil der Kapitale, um die es sich hauptsächlich handelte, sei alt, aber die Originale seien ins Museum gebracht und die Kopien der alten befinden sich jetzt an ihrer Stelle, und die anderen Kapitale, die sich nicht erhielten, habe man aus der Nachbarkirche entlehnt, mechanisch vergrößert und die Kopien in den Bau eingesetzt. Also tatsächlich hatte ich mich darin geirrt, daß ich überhaupt etwas vom Detail der Kirche, einer der berühmtesten Kirchen in Deutschland, noch für echt gehalten hatte.

Das ist aber die richtige Form des Restaurierens nicht! Da sind unersetzliche, nicht nur für den Kunsthistoriker, sondern für die ganze Nation hochbedeutende Werte verloren gegangen. Vor allen Dingen haben wir in diese Bauten eine Unsicherheit getragen, inwiefern sie tatsächlich ehrwürdige Denkmäler sind und inwiefern sie Arbeiten des neunzehnten Jahrhunderts sind! Das ist meiner Ansicht nach das Traurige. Und wenn nun endlich ein Architekt, wie mein Freund Gräßner, den Versuch macht, als einer der ersten und einer der wenigen, die es überhaupt bisher gewagt haben, an solche historischen Bauten heranzutreten, um nun mit seiner Individualität, so gut wie er es kann und nicht kann, unsere eigene Zeit zum Ausdruck zu bringen, da sollen wir solchen Dingen nicht mit Hohn entgegentreten, sondern sollen uns bewußt sein, daß künftige Jahrhunderte und künftige Zeiten sagen werden: Hier ist ein Ansatz, der später zu einem glücklichen Resultat geführt hat.

Wie wir berechtigte Experimente an den Bauten zu machen lernen können, wie wir zu einer wirklichen Restaurierung und zugleich zu einer selbständigen Kunst kommen, das hat schon Högg ausgezeichnet ausgeführt. Wenn wir den Mut nicht besitzen — und hier spreche ich weniger von den Konservatoren als von den Bauherren —, an moderne Künstler uns zu wenden, sondern uns nur an Historiker wenden, werden wir niemals zu einem reifen Resultate kommen.

Herr Professor Dr. Dehio-Straßburg: Der Herr Referent, Professor Weber, hat ein umfassendes Glaubensbekenntnis hier abgelegt, wohl mehr ein künstlerisches als ein denkmalpflegerisches. Das meinige würde anders lauten. Aber darauf kommt es für mich in diesem Augenblick nicht an. Ich möchte auf einen anderen Punkt zurückgreifen. Es kam mir gestern in der Debatte über die Michaeliskirche der Wunsch, mit einigen wenigen Bemerkungen allgemeiner Natur abzuschließen. Allein der Herr Vorsitzende hatte mit sehr gutem Grunde — es war vor allem die Rücksicht auf die Zeit wohl — den Wunsch ausgesprochen, daß man prinzipielle Erwägungen in den Rahmen dieser heutigen Verhandlungen verlegen möchte.

Mir ist der gestrige Fall über die Michaeliskirche in Hamburg als ein unendlich lehrreicher erschienen. Er hat uns wieder einmal genau aufgeklärt über die psychologischen Faktoren, die in jeder praktischen Frage der Denkmalpflege mitspielen, über die Dilemmata, in die wir hineinkommen,

und so konnte ich gestern nach dem Abschluß der Verhandlung, die ja eigentlich nur die Konstatierung einer Dissonanz war, mir nichts anderes sagen als: beide Teile haben recht. Es klingt ja etwas naiv, so etwas auszusprechen, aber ich sage es mit sehr guter Überlegung: beide Teile haben in diesem Falle recht gehabt, sowohl Herr Professor Högg, als auch der Herr Vertreter der Stadt Hamburg, der gestern gesprochen hat. Sie haben deshalb beide recht haben können, weil die Ideenkreise, in denen sie sich bewegten, völlig verschieden sind. Praktisch können sich solche Ideenkreise wohl schneiden, aber die Ausgangspunkte sind vollkommen anderer Art.

Für die Herren, die mich etwas kennen, habe ich es kaum noch nötig zu sagen, daß ich, denkmalpflegerisch betrachtet, künstlerisch, kunsthistorisch usw., in allem wesentlichen mich sehr nahe fühle denjenigen Ausführungen, die Herr Högg gestern gemacht hat. Nun trat ihm entgegen Herr Senatssekretär Hagedorn; er trat ihm als Hamburger entgegen, er kam mit Motiven, die wir ja nicht zu kennen und anzuerkennen brauchen, mit Motiven, die spezifisch hamburgischer Natur sind. Nun sind aber doch die Hamburger diejenigen, welche diese Kirche einmal gebaut haben, und diejenigen, welche diese Kirche jetzt wieder bauen wollen. Ich kann nicht anders sagen: das sind Motive — ob sie richtig oder unrichtig sind, ist eine Frage für sich —, die zum mindesten ihre Daseinsberechtigung vollkommen auch haben, und da ich glaube, daß die Welt und die Menschen sich nicht wesentlich ändern, so glaube ich auch, daß trotz aller Belehrung, die von unserem Tage hoffentlich ausgeht, und trotz aller Klärung der Ansichten, die wir unter uns in fortgesetztem Meinungsaustausch versuchen, es immer und ewig dieses selbe Dilemma, das es in Hamburg gab, von Zeit zu Zeit wieder geben wird. Es wird vorkommen — hoffentlich nicht allzu oft —, daß den Erwägungen, die der Künstler, der Denkmalpfleger aufzustellen hat, andere, gemütliche Faktoren und Erwägungen besonderer lokaler Art entgegentreten. Sie werden aus der Welt nicht verschwinden, meine Herren, und wenn sie auch nicht in unseren Gedankenkreis gehören, so werden wir sie doch achten müssen.

So möchte ich gerade an meine Gesinnungsgenossen in der prinzipiellen Frage die Bitte richten: seid von Zeit zu Zeit einmal auch tolerant! Niemals tolerant gegenüber Anschauungen von der Art derer, die Herr Weber vertreten hat, wohl aber tolerant gegen die Hamburger Anschauungen, die der Michaeliskirche ihre alte Gestalt wieder geben wollten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Struckmann-Hildesheim: Meine sehr verehrten Herren! Es könnte vielleicht vermessen erscheinen, wenn ein Laie, das heißt jemand, der weder Künstler ist noch Kunstgelehrter, in dieser sehr wichtigen Frage das Wort ergreift, aber Sie dürfen es den Laien nicht übel nehmen, weil ja die Laien und namentlich Kommunalbeamte sehr häufig in die Lage kommen, über die Sachen, um die es sich hier handelt, entscheiden zu müssen. Sie haben vielleicht die Entscheidung zu treffen, und man soll doch, wenn man eine Entscheidung trifft, suchen, sich klar zu machen, wie man die Entscheidung zu treffen hat, und wenn wir nun sehen, daß auch in den Kreisen der Architekten, in den Kreisen der Künstler, in

den Kreisen der Kunsthistoriker über diese hier vorliegende Frage noch sehr große Meinungsverschiedenheiten obwalten, so werden wir Laien uns der Pflicht nicht entziehen können, uns zu überlegen, wie wir nun in gegebenen Fällen, dann, wenn wir vor eine Entscheidung gestellt werden, entscheiden werden, und da ist es vielleicht auch einem Laien gestattet, der allerdings seit seiner Jugend her gesucht hat, auf künstlerischem Gebiete einige Kenntnis sich zu erwerben, der zugleich aber Praktiker ist, zu sagen, wie bei ihm sich die Sachen abspielen. Da ist mir das letzte Wort, welches mein Herr Vordner gesagt hat, ein sehr angenehmes gewesen, daß er gebeten hat, man möchte doch die Sachen nicht zu einseitig im einzelnen Falle behandeln und ansehen von seiten derer, die eine gewisse prinzipielle Ansicht sich angeeignet haben, wenn sie sehen, daß im Einzelfalle doch manches anders läuft, und auch vielleicht anders laufen muß, als die Herren sich denken, und daß man dann nicht ohne weiteres mit Steinen auf die Betreffenden werfen möge.

Meine Herren! Es ist vielleicht gut, wenn man sich einmal klar macht, vor welche Fragen zum Beispiel ein Kommunalbeamter gestellt werden kann. Ich will Sachen nehmen, die ich selbst erlebt habe, und werde mir dann erlauben. Sie zu fragen, ob ich in diesen Fällen richtig verfahren habe oder nicht.

Einem großen Teile von Ihnen wird unsere Michaeliskirche in Hildesheim bekannt sein, ein Werk des Bernward, des Schöpfers der Hildesheimer Kunst — so kann man ihn ruhig nennen. Sie hat recht traurige Schicksale erfahren, ist verschiedentlich abgebrannt, dann hat, wie es bei den übrigen Kirchen auch der Fall ist, jede Zeit nach ihrer Weise gesucht, die Kirche wiederherzustellen. Dann aber ist etwas anderes vorgefallen. Es ist ein Querschiff im 17. Jahrhundert eingestürzt. Man hat dann die Wand geschlossen und so hat sie als halbe Ruine bis dato immer gestanden. Nun stellten sich jetzt große sonstige bauliche Mängel heraus, die Fundamente waren nicht in Ordnung, es brachen Steine los, es mußte eine gründliche Reparatur vorgenommen werden, die in sorgfältigster Weise durch Herrn Professor Mohrmann vorgenommen wurde. Bei der Gelegenheit war nun der Wunsch der Gemeinde, auch das seinerzeit eingestürzte Querschiff wieder herzurichten, einmal, um den Gedanken Bernwards möglichst wieder zu verwirklichen, dann auch, weil dadurch eine recht zeitgemäße Erweiterung der Kirche eintrat.

Wie sollten wir da verfahren? Ja, meine Herren, wir sind von vornherein gar nicht darüber zweifelhaft gewesen, wie wir verfahren könnten. Es war noch ganz genau bekannt, wie dieses Querschiff beschaffen gewesen ist — das andere Querschiff entspricht ihm genau. Es ist nämlich um diese Sachen früher ein Prozeß geführt worden im 17. Jahrhundert, und aus dem Prozesse sind ganz genaue Zeichnungen da, wie dieses Querschiff vor dem Einsturze und wie nachher der Zustand gewesen ist, so daß ein Architekt ohne weiteres vollständig sich sagen kann: so ist es gewesen, und wenn er also wünscht, das Querschiff wiederherzustellen, und es im Geiste Bernwards wieder herstellen will, dann sind dazu alle Handhaben da.

Meine Herren! Halten Sie es für möglich, daß wir in diesem Falle nun beliebige Ausschreibungen erlassen hätten, es möchte jemand, in welchem Stile er wollte, oder wie der Stil ihm paßte, das wieder herstellen, und

daß dann eine Jury darüber entschieden hätte ohne alle Rücksicht auf Historisches, sondern lediglich nach Linienführung und sonstigen künstlerischen Rücksichten? Ja, meine Herren, dazu wäre eben die Gemeinde nicht zu haben gewesen und ganz Hildesheim nicht, welches an diesem Bernward ganz außerordentlich hängt, welches die größte Pietät bis heute noch dem Bernward bewahrt und ein wahres Verlangen danach hat, sein Bauwerk, welches durch ein Unglück geschädigt worden ist, von dem man aber ganz genau weiß, wie es gewesen ist, wiederherzustellen, die Schäden, die vor 200 Jahren nicht gut gemacht sind, jetzt wieder gut zu machen. Sollten wir dazu übergehen, in irgend einem der heutigen Stile das wiederherzustellen? Ja, meine Herren, das wäre einfach eine Unmöglichkeit gewesen (Sehr richtig!), das wäre nach meiner Auffassung eine große Pietätlosigkeit gegen Bernward gewesen, es wäre eben nicht mehr unsere Michaeliskirche geblieben, es wäre möglicherweise ein gänzlich anderes Bauwerk geworden. Das hätten wir nicht gekonnt.

Meine Herren! In diesem Falle scheitert also schon der Grundsatz, der hier aufgestellt worden ist, daß bei Wiederherstellung alter Baulichkeiten es auf den historischen Stil gar nicht ankommt, sondern daß man das machen kann, wie einem — ich möchte sagen: die Nase gewachsen ist. Das geht nicht in solch einem Falle.

Ich werde Ihnen einen anderen Fall nennen. Sie kennen unser Knochenhauer-Amtshaus, den herrlichsten, schönsten Fachwerkbau, welcher überhaupt in Deutschland existiert. Im Jahre 1884 wollte es das Unglück, daß es in Brand geriet und es brannte das ganze Dach mit allen Schnitzereien, die bis auf die eigentlichen Wände selbst vorhanden waren, ab. Wir hatten ganz genaue Zeichnungen von den abgebrannten Teilen, ganz genaue Photographien. Meine verehrten Herren! Sollten wir da etwa dazu übergehen, nun jemand aufzufordern, er möchte in irgend einem beliebigen Stile unser Knochenhauer-Amtshaus wieder aufbauen? Das wäre ja gar nicht mehr unser Knochenhauer-Amtshaus gewesen, das wäre nicht mehr der Stolz Hildesheims, der Stolz Deutschlands gewesen, dieser herrliche Fachwerkbau: da wäre vielleicht etwas gänzlich anderes geschaffen worden, wenn man hätte sagen wollen: hier soll es frei gestellt werden, in irgend einem anderen Stile aufzubauen. Nein, meine Herren, wir haben uns bemüht, nach den vorhandenen Zeichnungen, wo auch alle Details noch angegeben waren, die Sache wiederherzustellen, und, meine Herren, manche haben es ja bei dem Denkmalpflegetage in Braunschweig gesehen, ich glaube, es wird keiner zu sagen vermocht haben, es sei nicht richtig wiederhergestellt, sondern es ist richtig wiederhergestellt und jede andere Wiederherstellung würde falsch gewesen sein.

Ein drittes kleines Beispiel. Es wurde mir mitgeteilt, daß in einem Garten in Hildesheim eine Gruppe von Steinen vorhanden sei, und es schiene, als wenn gute alte Skulpturen darunter verborgen wären. Wir ließen nachsehen. Es waren lauter zerbrochene Teile von irgend einem Bauwerk. Wir setzten die Stücke zusammen und fanden einen ganz herrlichen Renaissancebrunnen. Es fehlten zwar einige Stücke, es fanden sich aber doch so viele zusammen, daß wir ganz genau wissen konnten, wie jeder einzelne Teil hergestellt war. Wir haben auch die Stelle entdeckt, wo der Brunnen früher gestanden hat, nahe dem Kaiserhause, und da haben wir nun beschlossen, ihn

an seiner alten Stelle wieder aufzustellen, so daß jeder seine helle Freude daran hat.

Sollten wir nun diesen Brunnen etwa auch der Konkurrenz von allen möglichen Stilen preisgeben? Meine Herren! Das wäre unmöglich gewesen. Wir konnten das nicht.

So sind also die Verhältnisse, und wenn Sie nun hinkommen nach Hildesheim, dann werden Sie, glaube ich, ebenso wie die Herren Konservatoren, Ihre Freude an dieser Wiederherstellung des Brunnens haben, und wenn Sie nach dem Knochenhauer-Amtshause kommen, dann werden Sie auch Ihre Freude haben und ebenso an der Michaeliskirche.

Meine Herren! Das sind so drei Beispiele, wie sie aus der Praxis entnommen sind. In diesen Fällen wären wir nicht damit ausgekommen, wir würden einen groben Fehler nach meiner Auffassung gemacht haben, wenn wir anders gehandelt hätten, als möglichst pietätvoll die Sachen so wiederherzustellen, wie sie gewesen sind. Es hat ja auch Herr Weber sich vorhin ähnlich ausgesprochen. Er hat gesagt, da, wo man genau weiß, wie eine Sache gewesen ist, und wo man sie überhaupt herstellen will oder muß, tut man gut — und auch ich halte das für richtig —, sich möglichst genau an das zu halten, was man an Material hat, um in der Tat den alten Zustand wiederherzustellen.

Meine Herren! Was würden unsere alten Baumeister, die unsere herrlichen Bauwerke gebaut haben und denen wir doch auch etwas schuldig sind, wenn sie wieder aufstehen würden, sagen, wenn infolge irgend eines Unglücksfalles das von ihnen geschaffene Kunstwerk wiederhergestellt werden muß und man wollte dann vielleicht einen ganz anderen Geist hineinbringen! Meine Herren! Ich kann das im großen und ganzen nicht billigen. Bei einem Gemälde würde man auch wohl kaum auf einen solchen Gedanken kommen. Muß denn nicht für ein Bauwerk Ähnliches gelten?

Ganz anders liegt die Sache, wenn es sich nicht darum handelt, verstümmelte oder verfallende Bauwerke zu ergänzen, sondern um die Frage, ob ein ursprünglich in einem anderen Stile erbautes, aber, wie dieses von unseren Vorfahren vielfach geschehen ist, später in einem abweichenden Stile ergänztes Bauwerk von diesen späteren Zutaten wieder gereinigt werden soll. Das allerdings würde, wie Herr von Bezold mit Recht hervorhob, in vielen Fällen ein Vandalismus sein. Der Bauteil, welchen die spätere Zeit geschaffen hat, ist vielleicht ein ebenso großes oder größeres Kunstwerk als der ältere Bauteil, und es handelt sich dann also um ein wirklich vorhandenes Kunstwerk, welches dieselbe Berücksichtigung verdient wie das ältere. — Freilich stimme ich auch darin Herrn von Bezold bei, daß nicht alles, was alt ist, ein Kunstwerk ist, sondern daß auch manches Alte ruhig entbehrt werden kann und man manchmal gut tut, es zu entfernen, um etwas Besseres und zu dem Ganzen Passenderes an die Stelle zu setzen. Aber handelt es sich wirklich um etwas kulturhistorisch oder künstlerisch Wertvolles, so soll man das schonen.

Ich habe also vorhin nur von den Fällen gesprochen, in denen ein altes Kunstwerk, welches baufällig oder verstümmelt ist, wiederhergestellt werden soll; in solchem Falle besteht allerdings meines Erachtens unsere Aufgabe darin, es nach Tunlichkeit in dem Geiste des ursprünglichen Urhebers herzustellen und zu diesem Zweck uns möglichst in seinen Geist hineinzuleben.

Nun wird freilich gesagt, solche Restaurierungen sind vielfach unrichtig und fehlerhaft vorgenommen worden. Ja, meine Herren, sind denn die Restaurierungen, bei denen man nach der neueren Art verfahren ist, die man nach dem heutigen Geiste vorgenommen hat, lauter Kunstwerke?

Ich will keine Beispiele nennen. Ich könnte Ihnen aber solche nennen, die nach meiner Auffassung keine Kunstwerke sind. Eine fehlerhafte Herstellung ist in dem einen Falle ebenso möglich als in dem andern. Das können Sie also gegen uns, die wir auf einem anderen Standpunkt stehen, nicht anführen.

Darum, meine Herren — ich schließe mit den Worten des Vorredners, des Herrn Dehio —, seien Sie duldsam in der Beziehung, treiben Sie es nicht ins Extrem und erschweren Sie nicht der Bevölkerung und den Behörden, die schließlich praktisch die Sache machen sollen und das Geld dazu hergeben sollen, ihre Aufgabe zu sehr dadurch, daß Sie Forderungen aufstellen, die dem ganzen Geiste weiter Bevölkerungskreise nicht entsprechen. Bringen Sie es dadurch nicht dazu, daß überhaupt nichts geschieht.

Ich bin freilich der Ansicht, häufig sollte man gar nicht restaurieren. Das ist sehr oft das allerbeste, meine Herren. Aber, wie gesagt, es gibt Fälle, wo man es tun muß, und das sind derartige Fälle, über die allein ich gesprochen habe, und da erschweren Sie es uns, bitte ich, nicht durch Stellung von Anforderungen, die wenigstens den Wünschen eines Laien, wie ich es bin, nicht entsprechen würden. Bringen Sie uns nicht in die Lage, uns lediglich darüber entscheiden zu sollen, ob ein der Erhaltung oder Herstellung wertes Kunstwerk dem Verfall überlassen oder aber in einer Weise hergestellt werden soll, die nach unserer Auffassung mindestens aller Pietät bar sein, das alte Kunstwerk entstellen und seines historischen und künstlerischen Werts berauben würde.

Herr Provinzialkonservator Professor Dr. Clemen-Bonn: Meine Herren! Noch ein paar Sätze. Das Beste, was wir aus der Geschichte aller Wiederherstellungsarbeiten und aller geschichtlichen Restaurierungen gelernt haben, ist, daß auch jede solche rekonstruierende und restaurierende Tätigkeit historisch bedingt war und nur für diese Zeit paßte, nur in dieser Zeit nötig war, daß sie ein Ausdruck und ein Teil der lebendigen Kunstdäuserungen ebendieser Zeit war.

Wir wollen nicht mit uns selbst hadern und rechten und nicht mit der vorhergegangenen Generation rechten und uns immer dagegen wenden, daß man im Jahre 1860 restaurierte und ausbaute, wie es eben den Anschauungen von 1860 entsprach, und 1880, wie es die Anschauungen für 1880 mit sich brachten. Wohl aber wollen wir mit uns selbst hadern und uns selbst prüfen, wenn wir im Jahre 1909 restaurieren und an unsere alten Denkmäler herangehen mit Anschauungen vom Jahre 1880, oder wenn wir im Jahre 1909 ein Programm aufstellen und Anschauungen predigen, die aus dem Jahre 1860 stammen und dort ihren Ursprung haben, dort allein ihre Begründung finden. (Sehr wahr!)

Wir haben alle Fehler gemacht und wir haben alle gelernt an diesen Fehlern. Vor 15 Jahren sind auf die Osttürme unseres Domes hier an Stelle der sicherlich sehr viel reicher, malerischer wirkenden barocken welschen Hauben belanglose und für uns langweilige gotische Helme aufgesetzt worden.

Ganz sicher würden wir das heute nicht mehr machen. Es ist noch nicht ein Jahrzehnt her, daß am Chor des Domes durch einen sehr vortrefflichen Künstler zwei romanische Orgeln aufgestellt worden sind. Ganz sicher würden wir auch heute keine romanischen Orgeln dort mehr aufstellen. Ein jeder Sammler, der in seiner Kollektion gute alte Originale hat, wird niemals neben diese Originale Kopien, Nachahmungen oder nun gar Fälschungen setzen; er weiß, daß er die Originale in ihrem Wert damit matt setzt, sie in ihrer Wirkung tötet, und er hat zu viel Respekt und zu viel Ehrfurcht vor den alten Stücken, als daß er schlechte, neuere Nachahmungen ihnen an die Seite setzt. Kein Mensch von Geschmack und von wirklich künstlerischer Kultur schafft sich heute noch eine Zimmereinrichtung an, das, was man antike Möbel nennt, in nachgeahmten, in wirklich den alten Formen nachgebildeten gotischen oder Renaissanceformen. Wir wählen, wenn wir wirklich so viel historisches Verständnis und die Neigung dazu haben, dann alte Originale, wenn wir sie haben können, oder eben gute neuzeitliche Möbel. Warum wollen wir diesen, uns heute so selbstverständlichen Grundsatz künstlerischer Kultur nicht auch übertragen auf unsere Kirchen, warum wollen wir diesen Gesichtspunkt dort ausschalten und uns dort gewissermaßen anderen, in unserem gesamten übrigen Kunstleben überwundenen künstlerischen Grundsätzen unterordnen?

Wir kommen aus einem historischen Jahrhundert, und wir haben alle gelernt von diesem historischen Jahrhundert. Ich bin ganz sicher, daß die Männeszeit, die auf die Jugendentwicklung dieser unserer heutigen Kunst folgt, ein vielleicht sehr viel mehr historisches Antlitz tragen wird, als wir das alle heute empfinden. Ich habe heute morgen davon gesprochen, daß das Problem des Anbaues an den Wormser Dom im Jahre 1915, im Jahre 1920 sich ganz anders gestalten würde. Ich möchte sagen, im Jahre 1915 wird man sicherlich nicht mehr die Frage stellen: sollen wir das in gotischen oder in Renaissanceformen ausbauen, sondern es wird ganz selbstverständlich sein, daß die Hand, die dann berufen sein wird, das auszuführen, es eben in den Formen ausführt, die der Zeit des Jahres 1915 adäquat sind, und im Jahre 1920 wird man sich vielleicht die Frage vorlegen: ist es wirklich im Jahre 1909 gewesen, daß eine große und erlauchte Gesellschaft so weit über die normale Frühstückszeit hinaus sich mit dieser Stilfrage noch beschäftigt hat? (Heiterkeit.)

Freilich, dieser Stil des Jahres 1920 dürfte dann ein wesentlich historisches Gesicht auch tragen und damit all das Gute aufgenommen haben, das wir gelernt haben und das wir doch wahrlich nicht wegwerfen wollen, durch das wir alle hindurchgegangen sind, durch das wir gewachsen sind. Aber wir sehen nicht die Zeichen der Zeit, wenn wir nicht bekennen wollen, daß wir in einer solchen Periode des Wachsens drin sind. Wir wollen doch wahrlich nicht am Tage für Denkmalpflege dem vorwärtsrollenden Wagen der Zeit in die Speichen fallen und ihm Knüppel zwischen die Räder schieben. Wir wollen selbst helfen, den Wagen der Kunst den steilen, ach so steilen Berg hinaufzuschieben. Wenn wir das nicht tun, dann werden wir in fünf, in zehn Jahren, wenn es soweit kommt, und wenn wir dann nicht über Bord geworfen sind, vollständig die Fühlung mit dem lebendigen Kunstempfinden verloren haben. Vielleicht war die Denkmalpflege vor zehn Jahren in Gefahr, diese Fühlung zu verlieren. Es ist gerade durch das Eintreten der

lebendigen Künstler unserer Zeit möglich gewesen, daß diese Verbindung wieder geschaffen worden ist. Haben wir doch das Zutrauen zu dem künstlerischen Können unserer Zeit, zu all den frischen Kräften, die in uns lebendig sind. Welch schmähliches Zeugnis von Verzicht ist es, wenn wir heute bekennen wollen, wir können es nicht, wir wollen nicht einmal etwas wagen.

Ich möchte schließen mit einem Worte Gottfried Sempers, das aus jenem bekannten ersten klassischen Kirchenstreit von Hamburg stammt, der im Jahre 1842 sich abspielte bei der Frage der Wiedererbauung der Nicolai-kirche. Gottfried Semper hat damals 1842, ehe jene verhängnisvolle historische Aberration einsetzte, von der wir jetzt wieder auf den gesunden und geraden Weg zurückgekehrt sind, das Wort ausgesprochen: „Unsere Kirchen sollen Bauwerke und Schöpfungen des 19. Jahrhunderts sein, man soll sie hinfürdero nicht halten für Schöpfungen des 13. und des 15. Jahrhunderts oder irgend einer anderen Zeit. Man begeht sonst ein Plagiat an der Vergangenheit und man belügt die Zukunft. Am schmälichsten aber behandelt man die Neuzeit, denn man spricht ihr die selbständige Schaffenskraft ab und beraubt sie der künstlerischen Urkunden.“

#### Schlußwort:

Referent: Professor C. Weber-Danzig: Meine Herren! Daß ich auf Opposition in diesem Kreise stoßen würde, war mir von vornherein klar, und daß in diesem Kreise wir, die historisch arbeitenden Architekten, in der Minderheit wären, war mir auch von vornherein klar, aber daß ich in solchem Maße mißverstanden werden könnte, habe ich nicht vorausgesetzt. Ich hätte mich sonst vorher anders ausdrücken, weitläufiger werden müssen. Ich habe nicht vorausgesetzt, daß mir zugetraut werden könnte, ich oder irgend einer von uns Historikern stehe auf dem Standpunkt, wir sollen heute noch die Kirchen ausräumen und gotisieren. Es ist behauptet worden, das geschähe heute noch, was ich strikt bestreite. In der preußischen Bauverwaltung, die ich aus meiner früheren Praxis zu kennen die Ehre habe, werden die Kirchen weder ausgeräumt noch gotisiert. Nur als ein Beispiel, um zu beweisen, daß es auf den künstlerischen Eindruck ankommt, daß der allein maßgebend ist, habe ich das uns heute ungewöhnlich und nicht nachahmungswert erscheinende Vorgehen angeführt, daß man früher die Kirchen, die großen Dome unter künstlerischen Gesichtspunkten ausgeräumt hat, und daß ich das allerdings, weil es sich um künstlerische Gesichtspunkte handelte, für richtig halte.

Ich habe, wenn ich mich nicht irre — sonst habe ich es vergessen zu sagen — auch ausdrücklich gesagt, daß es selbstverständlich sehr fehlerhaft war, daß dann eine Periode einsetzte, wo geringere Geister auch Dorfkirchen ausräumten, deren Wert nicht auf Raumwirkung beruhte, sondern in der Stimmung. Ich selbst habe in den zwei letzten Jahren etwa zehn Dorfkirchen restauriert unter Leitung der preußischen Staatsbauverwaltung, als Regierungsbaumeister. Ich kann Sie versichern, es ist nichts herausgeräumt worden. Es ist mit der allergrößten Sorgfalt der Stimmungswert der Kirchen zu erhalten gesucht worden. Es ist nicht gotisiert worden und nichts gotisch gemacht worden, wo etwas neu gemacht wurde, wo etwas hineingebaut wurde.

sondern wir haben uns ausdrücklich nur von künstlerischen Gesichtspunkten leiten lassen, ob etwas barock, ob gotisch, ob romanisch gemacht wurde.

Der Herr Korreferent zeigte ein Bild von der Marienkirche in Mülhausen. Meine Herren! Ich glaube, dieses Bild ist nicht geeignet, als Beispiel zu dienen. Ob der neu gebaute gotische Turm dort geschmackvoll ist oder nicht, ob er künstlerisch sich dem Bilde der Kirche einfügt, ob er das hochkünstlerische Bild der Kirche vervollständigt und dadurch erst zu seiner richtigen Wirkung bringt, ist augenscheinlich eine Geschmacksfrage. Ich bin der Ansicht, daß summa summarum die Leistung in Mülhausen hervorragend ist, und daß das neue Bild das alte an künstlerischem Werte bei weitem übertrifft.

Schließlich noch ein paar kurze Bemerkungen. Es ist wiederholt verwechselt worden: die Opposition unsererseits richtet sich nicht gegen die Anwendung moderner Formen bei Neubauten. Wir haben gar nichts gegen das alte klassische Wort von Schäfer: bei Neubauten blamiert sich jeder, so gut er kann. Im Gegenteil, ich habe betont, daß wir die Bestrebungen auf diesem Gebiet mit außerordentlichem Interesse beobachten, um, sobald man dort etwas gefunden hat, was einwandfrei ist, was klassisch ist, so klassisch wie unsere historischen Formen, es bei der Denkmalpflege zu verwerten. Es ist gesagt worden: man muß Wasser haben, um schwimmen zu lernen. Dieses Wasser zum Schwimmen sind die modernen Neubauten. Aber an die alten Bauten darf erst ein fertiger Schwimmer herangelassen werden, und die modernen Stile sind vorläufig nicht derart, daß einer, der sie handhabt, als fertiger Schwimmer bezeichnet werden kann. Wenn andererseits gesagt worden ist, wir dürfen nicht historisch restaurieren, weil man neue Kapitale für alte halten kann, und wenn der Gesichtspunkt des Sammlers hineingetragen worden ist in die Aufgaben der Denkmalpflege bei Bauten, so muß ich mich ganz entschieden dagegen wehren, daß diese Gesichtspunkte ausschließlich maßgebend sein sollen. Die alten Bauten sind nicht in erster Linie Studienobjekte für Sammler oder Museumsobjekte, sondern es sind Kunstwerke, die das deutsche Volk genießen soll, und die wir so behandeln sollen, daß sie wieder voll genossen werden können.

### III. Staatliche Denkmalpflege

#### A. Allgemeine Grundsätze für die Gesetzgebung

Dresden 1900

**Referent: Provinzialkonservator, Professor Dr. Clemen-Bonn:**

Der Vortragende bezeichnete es als seine Aufgabe an dieser Stelle nur eine Übersicht über die bisherigen Schritte zur gesetzlichen Regelung des Denkmälerschutzes in den deutschen Bundesstaaten und im Auslande zu geben. In den letzten Jahrzehnten ist in den einzelnen Staaten fast überall ein rühmlicher Wetteifer zum Schutze der Denkmäler erwacht, doch diesen Bestrebungen steht noch immer ein hartnäckiger und verbissener Widerstand entgegen, und die durch Gesetze oder Verfügungen gegebenen Waffen gegen diesen Widerstand und gegen die Indolenz sind noch viel zu schwach. Diesen Widerstand durch ein gemeinsames Vorgehen in allen deutschen Staaten zu besiegen, ist der Grundgedanke, von welchem bereits im Herbst des Jahres 1899 die in Straßburg bei Gelegenheit der Generalversammlung des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine versammelten Fachmänner im Verein mit den Vertretern einzelner deutscher Regierungen ausgegangen sind. Das Ergebnis dieser Straßburger Beratungen war eine Resolution, welche, von 124 deutschen Geschichts- und Altertumsvereinen unterzeichnet, den einzelnen deutschen Regierungen vorgelegt wurde.

Diese von dem Berichterstatter in Gemeinschaft mit Loersch, Bailieu, von Betzold und Wallé ausgearbeitete Denkschrift hat den folgenden Wortlaut:

„Der Gesamtverein der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine erkennt dankbar an, daß die deutschen Staaten in richtiger Würdigung der außerordentlichen Bedeutung und des unschätzbarwerten Wertes der geschichtlichen und kunstgeschichtlichen Denkmäler in den letzten Jahren sich deren Erhaltung und Pflege in fortschreitendem Maße angenommen haben; er richtet aber wiederholt an sie die dringende Bitte, diesen Bestrebungen, welche für die geschichtlichen Wissenschaften und für die Erhaltung des nationalen Sinnes eine Lebensfrage darstellen, weitere Förderung durch gesetzliche Regelung, Ausbildung und Erweiterung der ihnen gewidmeten Organisation und Aufwendung größerer Geldmittel anzudeihen zu lassen.“

Der Gesamtverein erachtet es für notwendig, daß die zu erlassenden gesetzlichen Vorschriften den folgenden Grundgedanken entsprechen:

1. Ein unbewegliches Denkmal von kunstgeschichtlicher oder geschichtlicher Bedeutung, das sich im Eigentum des Staates oder einer Körperschaft im Sinne des öffentlichen Rechtes befindet, darf ohne Genehmigung der Aufsichtsbehörde nicht zerstört und nicht wieder hergestellt, wesentlich ausgebessert oder verändert noch wissentlich dem Verfall überliefert werden.

2. Ein beweglicher Gegenstand von kunstgeschichtlicher oder geschichtlicher Bedeutung, der sich im Eigentum des Staates oder einer Körperschaft

im Sinne des öffentlichen Rechtes befindet, darf ohne Genehmigung der Aufsichtsbehörde nicht zerstört oder veräußert und nicht wiederhergestellt, wesentlich ausgebessert oder verändert werden.

3. Archäologische Ausgrabungen oder Nachforschungen irgend welcher Art dürfen auf Grund und Boden, der im Eigentum des Staates oder einer Körperschaft im Sinne des öffentlichen Rechtes steht, nicht unternommen werden ohne Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

4. Im Eigentum von Privaten stehende, unter ihren derzeitigen Eigentümern gefährdete, unbewegliche Denkmäler von kunstgeschichtlicher oder geschichtlicher Bedeutung sowie im Eigentum von Privaten befindlicher Grund und Boden, der archäologisch wertvolle unbewegliche oder bewegliche Denkmäler birgt, können enteignet werden.

Auf gesetzliche, dem letzten Punkt entsprechende Bestimmungen glaubt der Gesamtverein im Einverständnis mit allen Kunst- und Geschichtsfreunden des Vaterlands den größten Wert legen zu sollen, weil durch sie allein zahllose, bisher des Schutzes völlig entbehrende Denkmäler und Gegenstände der Zerstörung, der Verunstaltung und der Verschleuderung entzogen werden können.

Als wichtiges Hilfsmittel, insbesondere für die in der Denkmalpflege tätigen Behörden und für die Aufklärung weiterer Kreise, empfiehlt der Gesamtverein die zuletzt in den Gesetzgebungen von England, Frankreich und Rumänien mit gutem Erfolg zur Anwendung gekommene Klassierung der Denkmäler, ohne jedoch den staatlichen Schutz irgendwie einseitig auf die klassierten Gegenstände beschränkt wissen zu wollen.

Der Gesamtverein weist hin auf die Ergänzung der behördlichen Organisation durch die in verschiedenen Staaten mit bestem Erfolg tätigen freiwilligen Mitarbeiter (Pfleger, Korrespondenten) sowie auf die bedeutende Unterstützung, welche der gesamten Denkmalpflege durch die Heranziehung der überall vorhandenen Geschichts- und Altertumsvereine erwachsen kann.

Der Gesamtverein erachtet es endlich für unerlässlich, daß in jedem Staate bei weitem größere Mittel, als bisher geschehen, für die Erhaltung und Wiederherstellung der Denkmäler aufgewendet werden, und daß tunlichst überall feststehende, hierfür bestimmte Summen alljährlich in den Etat eingesetzt werden.“

Eine wesentliche Unterstützung hat dieses Vorgehen erst vor wenigen Tagen durch den „internationalen kunsthistorischen Kongreß“ in Lübeck erhalten. Auch dort bildete der Schutz der Denkmäler einen wichtigen Punkt der Tagesordnung. Nachdem Redner auch auf dem Lübecker Kongreß die bisherigen Zustände in einem längeren Vortrage über die Erhaltung der Denkmäler in Deutschland geschildert, wurde beschlossen, sofort eine eingehende Resolution abzufassen, welche allen deutschen Regierungen und der Mehrzahl der dem Deutschen Reiche benachbarten Staaten noch einmal die Sorge für eine bessere Erhaltung der Denkmäler und für die gesetzliche Regelung des Denkmälerschutzes nahelegen sollte. Die Kommission war aus den Angehörigen verschiedener Länder zusammengesetzt: Geheimer Hofrat Schlie-Schwerin, Professor Clemen-Düsseldorf, Professor v. Duhn-Heidelberg, Professor H. Ehrenberg-Königsberg, Professor Haupt-Eutin, Professor Wilhelm Neumann-Riga, Dr. J. C. Overvoorde-Dortrecht, Professor Berthold Riehl-München, Professor Hans

**Semper-Innsbruck** und Professor G. Voß-Berlin. Die aus den Beratungen dieser Kommission hervorgegangene Resolution ging in einigen Punkten noch über die Straßburger Resolution hinaus. In betreff der „Klassierung“ der Denkmäler wurde erklärt, daß die Beschränkung des staatlichen Schutzes nur auf wenige klassierte Denkmäler weder den Interessen der Kunsthissenschaft noch denen der Geschichtswissenschaft in vollem Umfange gerecht werden dürfte. Ferner wurde ausgesprochen, daß für die sorgfältige Erhaltung und Wiederherstellung der Denkmäler in jedem Staate bei weitem größere Mittel als bisher aufzuwenden und hierfür überall regelmäßige Summen in den Staatshaushaltsetat einzusetzen seien.

Nachdem der Redner die jetzige Bewegung in ihren Hauptzügen charakterisiert hatte, fragte er nach den inneren Gründen dafür, daß der Staat sich der ganzen Frage angenommen hat, und nach den äußeren Rechts-titeln für sein Eingreifen. Im Vordergrunde haben zumeist die nationalen Gesichtspunkte gestanden. In Preußen forderte bereits ein von Schinkel ausgearbeiteter Bericht der Oberbaudeputation vom Jahre 1814 zum Schutz der Denkmäler eine eigene Behörde und lokale Kommissionen „zur Beförderung der nationalen Bildung und des Interesses an den früheren Schicksalen des Vaterlandes.“ In Frankreich hat der Rapport der commission des monuments historiques vom Jahre 1874 die Formel gefunden: Conserver les édifices qui racontent la gloire du pays, c'est faire revivre son passé au profit de son présent et de son avenir. Noch weiter geht hier die Definition des Galizischen Landesausschusses in seiner Verordnung vom 31. Dezember 1892.

Uns ist es heute eine der wichtigsten Kulturaufgaben des modernen Staates, die Zeugen der geschichtlichen Entwicklung eines Volkes zu erhalten. Ihre Erhaltung stellt eine Lebensfrage dar für die Erhaltung des nationalen Sinnes, sie dient damit zugleich zur Beförderung des allgemeinen Wohles. Für die Monarchie Preußen kommt hier die Bestimmung des Allgemeinen preußischen Landrechts Teil I. Titel 8, § 33 in Betracht. Diese Vorschrift lautet: „Soweit die Erhaltung einer Sache auf die Erhaltung und Beförderung des gemeinen Wohls erheblichen Einfluß hat, soweit ist der Staat, deren Zerstörung und Vernichtung zu untersagen berechtigt.“ In der Allerhöchsten Order vom 20. Juni 1830, die die Abtragung der Stadtmauern, Tortürme, Wälle untersagt, ist diese Bestimmung schon ausdrücklich auf architektonische Denkmäler angewandt worden.

In ähnlicher Weise ist in den übrigen deutschen Staaten die Pflicht des Staates zur Fürsorge aus diesem öffentlichen Interesse abgeleitet worden. Wie es aber weiter die Pflicht der Staatsregierung ist, über die Erhaltung des Nationalreichtums zu wachen und zu verhindern, daß durch Raubbau der den künftigen Generationen zu überliefernde Besitz geschmälert werde, so erblickt sie auch ihre Aufgabe darin, für die Erhaltung der nationalen Denkmäler als eines wesentlichen Teiles des Nationalreichtums zu sorgen.

Ähnliche Bestimmungen bestehen in anderen deutschen Staaten. Für diese Auslegung ist von Wichtigkeit ein bayerischer Ministerialerlaß vom 23. November 1884, der ausführt: Kirchengebäude und Kirchen-Einrichtungsgegenstände seien ein Bestandteil des Kirchenstiftungsvermögens, dieses aber stehe unter dem besonderen Schutze und der obersten Aufsicht des Staates: „Daß aber die hiernach der Staatsregierung gestellte Aufgabe unlösbar

wäre, wenn es den Kirchenvorständen unter Umständen freistünde, in den ihnen anvertrauten Kirchen selbst die durchgreifendsten baulichen Änderungen ohne Kognition und ohne Zustimmung der staatlichen Aufsichtsbehörden vorzunehmen, bedarf wohl keiner weiteren Ausführung.“

Redner schildert darauf die weit folgerichtigere Ausbildung des Aufsichtsrechtes des Staates, zumal gegenüber den ältesten Denkmälern im Auslande. In Griechenland sind schon durch das Gesetz vom Jahre 1834 (Artikel 61 und 84) alle aufgefundenen Antiquitäten als von den hellenischen Vorfahren stammend zum gemeinsamen Nationalgut aller Hellenen erklärt worden — Privatleute, die solche Antiquitäten besitzen, sind Inhaber von hellenischen Nationalgütern. In Italien ist durch den Gesetzentwurf vom Jahre 1872 (Artikel 18, 19) erklärt, daß bei allen Gebäuden, die den Charakter von vor Zeiten auf öffentliche Kosten aufgeführten Bauten an sich tragen, oder zu öffentlichem Gebrauche bestimmt sind, der Staat sich das Eigentumsrecht vorbehält. In der Türkei (Gesetz vom 21. Februar 1884, Artikel 3) sind alle archäologischen Altertümer Eigentum des Staates, nur bei zufälligen Funden wird dem Eigentümer die Hälfte gewährt. In Bosnien und Bulgarien sind alle Altertümer ohne Einschränkung Eigentum des Staates.

Eine besondere Schwierigkeit bei allen diesen Fragen ist die klare Definition dessen, was wir unter einem schutzbedürftigen Denkmal verstehen. Der Ausdruck „Kunstdenkmal“ ist bedenklich, ebenso aber auch der Ausdruck monument historique, wie ihn die französische Organisation vom Jahre 1887 hat. Besser erscheint hier die preußische Definition in der Gemeindeordnung von 1850 und in den Gesetzen über die Vermögensverwaltung von 1875 und 1876: „Gegenstände, welche einen geschichtlichen, wissenschaftlichen oder Kunstwert besitzen.“ Die glücklichste und ausführlichste Definition hat Baden für den Begriff eines schutzbedürftigen Denkmals in dem leider Entwurf gebliebenen Gesetzentwurf von 1884 gefunden. Die Erläuterungen v. Wussows am Beginn seines Sammelwerkes gehen noch weiter und ziehen auch die landschaftliche Schönheit und örtliche Rücksichten mit in Betracht.

Redner schildert nunmehr, wie das staatliche Aufsichtsrecht in den einzelnen deutschen Bundesstaaten gestaltet ist und wie es sich in Wirklichkeit bewährt hat.

Preußen ist hier am weitesten gediehen. Hier ist zunächst — in der Verfügung vom 15. Dezember 1823 — der Staatsschutz über alle Denkmäler ohne Ausnahme und ohne besondere Scheidung von Kategorien ausgesprochen. Dann werden — in der auf einer Allerhöchsten Kabinetts-Order beruhenden grundlegenden Verfügung vom 24. Januar 1844 — die einzelnen Behörden besonders aufgezählt. „Die sämtlichen Behörden und Korporationen des Regierungsbezirks sind gemessenst anzusegnen, von jeder Veränderung eines Kunstdenkmals der Königlichen Regierung vorher Anzeige zu machen: vor erfolgtem Bescheide darf nicht zur Ausführung der beabsichtigten Maßregeln geschritten werden. Es macht hierbei keinen Unterschied, ob es sich um Baulichkeiten irgend einer Art, sofern diese nur irgend eine artistische oder monumentale Bedeutung haben, oder um Bildwerke, Gemälde, Kunstgeräte und dergleichen handelt, ebensowenig, ob die betreffenden Gegenstände königliches oder städtisches Eigentum oder im Besitz von

Korporationen, oder ob sie Privatpersonen gegen die Verpflichtung, sie in *statu quo* zu erhalten, übergeben sind, so daß von dieser Vorschrift nur die Gegenstände des unbeschränkt freien Privateigentums ausgeschlossen bleiben.“ In den folgenden Jahrzehnten tritt, den Sonderbestrebungen der einzelnen Korporationen folgend, eine besondere Regelung, aber nur für einzelne Zweige ein: die Gemeindeordnung vom 11. März 1850 verlangt die Genehmigung der Staatsregierung bei Veräußerung oder wesentlicher Veränderung von Denkmälern — die Gesetze über die Vermögensverwaltung nur bei Veräußerung. Die Staatsregierung muß aber nach dem Erlaß dieser Sondergesetze selbstverständlich die Anschauung vertreten, daß hier die prinzipielle Frage des Denkmälerschutzes gar nicht berührt wird, und daß deshalb die den Verwaltungsbehörden den Eigentümern von Denkmälern gegenüber zu stehenden Befugnisse hierdurch auch gar nicht berührt werden.

Durch dieselbe grundlegende Verfügung vom Jahre 1844 ist zugleich die Einsetzung eines Königlichen Konservators der Kunstdenkmäler angeordnet worden, dem ganz außerordentliche Machtbefugnisse eingeräumt wurden, der vor allem das wichtige und einschneidende Recht erhielt, in Fällen der Gefahr alle Arbeiten an älteren Denkmälern sofort sistieren zu dürfen. Seit dem Jahre 1891 ist dann die längst nötige und durch das Dotationsgesetz vom Jahre 1875 schon vorbereitete Dezentralisation durchgeführt worden: die einzelnen Provinzen haben Provinzhalkonservatoren erhalten, denen sämtliche Rechte und Pflichten des staatlichen Konservators übertragen worden sind.

An der Spitze der übrigen Bundesstaaten steht Bayern, wo schon im Jahre 1835 ein Generalinspektor der plastischen Denkmäler eingesetzt wurde. Diese Generalinspektion wurde im Jahre 1848 mit der über das Staatsbauwesen vereinigt, 1868 wurde ein eigentlicher Generalkonservator der Kunstdenkmäler und Altertümer unter dem Ministerium des Innern eingesetzt. Durch die Personalunion mit dem Posten des Direktors des Nationalmuseums entstand das Generalkonservatorium der Kunstdenkmäler und Altertümer — eine Behörde, die bei weiterer Ausbildung am besten eine gesunde und den praktischen Anforderungen entsprechende Handhabung der Denkmalpflege würde verbürgen können. Es ist damit ein ganzer Stab von Mitarbeitern geschaffen, ein Bureau mit Handbibliothek, Denkmälerarchiv, technischen Ateliers, kurz jener Arbeitseinrichtung, wie sie am glänzendsten das Bureau der commission des monuments historiques in Paris besitzt. Die Gesetze und Verordnungen suchen hier den weitesten Schutz des Staates zu verbürgen, und in der Verfügung vom 23. November 1884 ist der Schlüssestein in das ganze Gebäude des Aufsichtsrechts des Staates über sämtliche bewegliche und unbewegliche Denkmäler eingefügt.

Im Königreich Württemberg ist auch zunächst die Organisation ausgebildet, es besteht hier ein Konservatorium der vaterländischen Kunst- und Altertumsdenkmäler. Die Wiederherstellung der Bauwerke im Eigentum des Staates erfolgt unter direkter Mitwirkung des Konservators. Bei allen anderen Denkmälern, den Korporationen des öffentlichen Rechts gegenüber, ist zunächst nur der Weg gütlicher und belehrender Einwirkung gegeben. Die verschiedenen seit 1858 erlassenen Verfügungen haben durchaus keine allseitige Anzeigepflicht bei Veränderungen irgend welcher Art für die verschiedenen Korporationen durchgesetzt.

Das Großherzogtum Baden darf auf die frühesten Schritte auf diesem Gebiet hinweisen — die ersten Verfügungen stammen aus dem Jahre 1749. Dann ist hier schon in dem Erlass von 1812 für alle profanen Denkmäler der Staat schützend eingetreten. Das Bedürfnis nach einer gesetzlichen Regelung führte in den Jahren 1883 und 1884 zur Ausarbeitung eines eingehenden Gesetzentwurfes, der in vieler Hinsicht mustergültig vor allem mit eingehender Begründung versehen ist. Der Posten eines Konservators wurde hier schon 1853 geschaffen — seit 1884 besteht hier, nach den verschiedentlich früheren Verschiebungen in der Organisation noch die Stelle eines besonderen Konservators der kirchlichen Denkmäler.

Im Großherzogtum Hessen ist am frühesten eine allseitige Grundlage geschaffen, die einen systematischen Ausbau des staatlichen Aufsichtsrechtes über alle Denkmäler verbürgen könnte; schon in der ältesten Verfügung von 1818 ist hier ein Schutz sowohl vor Zerstörung durch Abbruch wie durch wesentliche Veränderung angestrebt. Die Baudenkmäler sind hier als die wichtigsten und interessantesten Urkunden der Geschichte bezeichnet. Hessen scheint am ehesten berufen, auf solcher Grundlage ein vollständiges Schutzgesetz aufzubauen.

Am jüngsten sind die Einrichtungen und Bestimmungen zum Schutze der Denkmäler im Königreich Sachsen. Hier ist erst im Jahre 1894 die Kommission zur Erhaltung der Kunstdenkmäler ins Leben getreten, die zunächst begutachtend sich zu betätigen hat bei Fragen, die ihr vom Ministerium und vom Landeskonsistorium vorgelegt werden, bei Gesuchen um Staatsbeihilfen, und die Ratschläge und Direktiven bei Restaurierungen zu erteilen hat. Die bedeutenden und wichtigen Erfolge dieser jungen Organisation sind vor allem auch der Mitarbeit des Vereins für kirchliche Kunst im Königreich Sachsen zu danken, und sodann dem energischen Eintreten und der Willigkeit des evangelisch-lutherischen Landeskonsistoriums, das unter dem 15. Dezember 1899 eine mustergültige Anleitung für das Verfahren bei kirchlichen Bauten und Herstellungen erlassen hat. Es fehlt aber hier vor allem — gegenüber allen größeren deutschen Bundesstaaten — eine einzelne, nicht kollegiale Behörde, ein Konservator, in dem sich die Denkmalpflege äußerlich verkörpert, und für diesen das Einspruchsrecht, wie es Preußen, Bayern, Schweden besitzen.

In Österreich wirkt nun schon seit einem halben Jahrhundert die mit umfänglichen Befugnissen und reichlichen Mitteln ausgestattete k. k. Zentralkommission zur Erhaltung der Kunstdenkmale in Österreich-Ungarn; eine gemeinsame Grundlage für den Denkmalschutz fehlt aber vollkommen — das ist eine der Sorgen des Seniors der europäischen Denkmalpfleger, des verehrungswürdigen Präsidenten der Zentralkommission, des Freiherrn von Helfert.

Bei der Schilderung der Zustände in den übrigen europäischen Staaten legt der Redner den Hauptnachdruck auf Frankreich, dessen Leistungen er bereits im Jahre 1898 in seiner „Denkmalpflege in Frankreich“ eingehend geschildert hat. Er nennt Frankreich das eigentlich klassische Land der Denkmalpflege. Hier haben am frühesten die systematischen Bestrebungen zur Erhaltung der Denkmäler begonnen, und das Jahrzehnte lang vorbereitete französische Denkmälerschutzgesetz vom 30. März 1887 hat das Vorbild für die ganze moderne Denkmälerschutzgesetzgebung dargestellt. Frankreich

steht an der Spitze der Länder, die den Denkmälerschutz auf das Klassement aufbauen; die wichtigsten Denkmäler werden in eine Liste eingetragen und so gewertet. Diese Monumente genießen allein den ganzen Schutz des Staates.

Die gleiche Grundlage für die Gesetzgebung wie Frankreich haben auch England, Dänemark, Rumänien, Portugal, Ägypten und Indien gewählt. Aber England hat in dem Ancient monuments protection act vom Jahre 1892 nur 69 Denkmäler klassiert. In Dänemark ist das Klassement später durchbrochen, in Portugal ist es nie ganz durchgeführt. Rumänien nimmt nach dem Gesetz vom Jahre 1892 alle fünf Jahre eine Revision der Liste der klassierten Denkmäler vor, ein gutes und vorbildliches Mittel zur beständigen Überwachung und Vervollständigung der Liste. In Ägypten ist 1881, in Indien schon 1873 mit dem Klassement begonnen worden. Aber nirgendwo ist es so konsequent durchgeführt wie in Frankreich. Ein großer Mißstand ist es, daß in Frankreich nur die klassierten Denkmäler den Schutz des Staates genießen. Es gibt deren gar nicht allzu viel, im ganzen sind nur etwas über 2000 Denkmäler in Frankreich klassiert, und nur auf sie bezieht sich das Gesetz; alle übrigen sind schutzlos. Auf die nicht klassierten Denkmäler müssen aber nach wie vor die bestehenden Bestimmungen angewandt werden. Nur um einer bestimmten Gattung von Denkmälern gegenüber jeden Zweifel, zumal bei den Unterbehörden, auszuschließen, ist das Klassement zu empfehlen.

Die Wünsche, wie sie die Straßburger Resolutionen in betreff der Ausgrabungen und Funde formuliert haben, decken sich im wesentlichen mit den Abschnitten des französischen Gesetzes vom Jahre 1887 und mit den für Preußen gültigen Verfugungen vom 12. Juli und vom 30. Dezember 1886. Notwendig ist aber auch hier die Möglichkeit der Enteignung bei Funden wichtiger Anlagen auf Privatboden und zur Ermöglichung systematischer umfassender Ausgrabungen. Bei Funden sah in Frankreich der Code civil, art. 716. und entsprechend in Preußen das Allgemeine Landrecht Teil I, Titel 9, §§ 81 und 82 eine Teilung der Funde zwischen Grundeigentümer und Finder vor. Dänemark und England rechnen diese Funde noch zu den regalia minora. Ganz ungenügend ist die Behandlung dieser Materie in England, wo auch noch die Klage wegen occultatio thesauri ermöglicht ist. In Griechenland sind (Gesetz vom Jahre 1834 § 80) alle auf Privateigentum gefundene Altertümer zur Hälfte Eigentum des Staates. Noch schärfer sind die Bestimmungen in der Türkei (Gesetz vom Jahre 1884), in Bulgarien (Gesetz vom Jahre 1889), in Bosnien (Gesetz vom Jahre 1892). In Österreich stand dem Staat früher ein Drittel aller Funde zu, doch ist auf dieses Drittel verzichtet worden, weil diese Bestimmung nur eine Verschleppung und Verheimlichung der Funde herbeiführte.

Auch in bezug auf die etatmäßig festgesetzten Geldmittel zum Schutze der Denkmäler geht Frankreich allen übrigen europäischen Staaten voran. Der Etat für Denkmalpflege beträgt in Frankreich im ganzen rund 3 Millionen Frcs., für die der commission des monuments historiques unterstellten Denkmäler allein 1 284 000 Frcs., in Italien 1 291 000 Lire. Dagegen haben bisher die einzelnen deutschen Staaten nur ganz unzureichende Summen für die Pflege der Denkmäler in ihren Etat eingestellt. die zum

Teil erst im letzten Jahre erhöht worden sind: Preußen nur 35 000 Mk.. Bayern 80 000 Mk., das weit kleinere Sachsen dagegen volle 43 000 Mk.

Am meisten befremdet hierbei die geringe Summe, welche in Preußen im Staatshaushalt zur Verfügung steht. Dort ist die Pflege der Denkmäler in den letzten Jahren immer mehr zu einer Aufgabe auch der Provinzialverwaltungen geworden. In dieser Beziehung geht allen preußischen Provinzen die Rheinprovinz voran. Allerdings hat auch keine Gegend Deutschlands eine solche Fülle von Denkmälern der Kunst und der Geschichte aufzuweisen, wie sie. Der rheinische Provinziallandtag hatte bisher in einen zweijährigen Etat die Summe von 120 000 Mk. zum Schutze der Denkmäler eingesetzt. Diese Summe ist in diesem Jahre verdoppelt. Außerdem steht für dieselben Zwecke ein Dispositionsfonds von etwa 30 000 Mk. zur Verfügung. Freilich kommen für umfangreichere Arbeiten in Preußen noch die vom Staate bewilligten Lotterien in Betracht mit zum Teil außerordentlich hohen Beträgen und daneben die wesentlichen Zuschüsse und Einzelbewilligungen aus dem Allerhöchsten Dispositionsfonds. Ein Hauptübelstand jedoch liegt darin, daß die etatmäßigen Summen viel zu gering sind, daß die Organe der Denkmalpflege dabei in keiner Weise vorher disponieren können. Für Preußen hat der Finanzminister diesen Übelstand längst anerkannt und schon am 15. März 1892 im Abgeordnetenhouse versprochen, größere Mittel in den Etat einzustellen, sobald für eine verbesserte Pflege der Denkmäler die erforderliche Grundlage geschaffen sei. Diese Grundlage sei aber jetzt vorhanden, und nichts hindere den Finanzminister mehr, sein vor dem Lande verpfändetes Wort einzulösen.

Als wichtiges Hilfsmittel zum Schutze der im Privateigentum befindlichen Denkmäler ist ferner das Enteignungsrecht anzusehen. Auch dieses ist Frankreich durch das Gesetz vom Jahre 1887 im weitesten Umfang gewährt. Weiter ist diese Möglichkeit vorhanden in Ungarn, wo in dem Gesetz vom Jahre 1881 sogar eine einstweilige Enteignung gestattet ist auf die Dauer von 3 Jahren, in England, das die Anwendung der Lands Clauses Acts auf die klassierten Denkmäler gestattet, in Italien (Artikel 71 des Regolamento vom Jahre 1877), in Griechenland und der Türkei. Auch für Deutschland ist ein Enteignungsgesetz für solche Denkmäler, welche unter ihren derzeitigen Eigentümern gefährdet sind, durchaus erforderlich. Auch bei solchem Grund und Boden, welcher archäologisch wertvolle Ruinen oder bewegliche Gegenstände birgt, deren Schicksal unter ihren derzeitigen Besitzern gefährdet ist, müßte der Staat in den Stand gesetzt werden, das Enteignungsverfahren durchzuführen. Unsere bisherigen Gesetze, so das preußische Enteignungsgesetz vom 11. Juni 1874, kennen ein Enteignungsverfahren nur für solche Fälle, wo die öffentliche Wohlfahrt in Frage kommt. Das hohe nationale Interesse, welches unser Volk an der Erhaltung der Denkmäler habe, ist von solcher Wichtigkeit, daß jetzt auch zum Schutze dieser Interessen ein Enteignungsrecht geschaffen werden müßte. Der Widerstand, welchen dieser Gedanke hier und da, besonders in juristischen Kreisen, gefunden hat, wird verstummen, wenn man berücksichtigt, daß das Gesetz voraussichtlich nur in seltenen Fällen zur Anwendung gelangen wird. Denn zur Einleitung des Enteignungsverfahrens bedarf es in jedem einzelnen Lande einer Kabinets-Order des Landesherrn, ferner vor allem der erforderlichen Geldmittel. Nur für besonders wichtige Fälle werde das zu schaffende Ent-

eignungsgesetz in Kraft treten. Es solle ein Degen sein, den man trägt, doch den man nur im Notfalle aus der Scheide zieht. Gerade hier müsse die große Gefahr vermieden werden, daß das Denkmälerschutzgesetz zum Polizeigesetz werde. Es könnte dann eines der am meisten gehaßten, von Korporationen wie privaten mit gleichem Mißtrauen begrüßten Gesetze werden. Aber gerade ein Denkmälergesetz müsse mit allgemeinem Vertrauen aufgenommen werden, die Wohltat dürfe nicht zur Plage werden: alle übertriebenen Forderungen müßten deshalb unterbleiben.

Zum Schluß betont der Redner noch einmal, daß als Grundlage für das legislatorische Vorgehen in den deutschen Staaten die Straßburger Beschlüsse (s. oben S. 125 f.) angesehen werden könnten, die nun natürlich entsprechend den speziellen Bedürfnissen der einzelnen Bundesstaaten entsprechend ausgestaltet und ergänzt werden müßten. Es sei nur wünschenswert, daß in diesen Hauptpunkten Einigkeit herrsche.

*Fortsetzung der Beratung am folgenden Tag:*

Zu Beginn der Verhandlung über die Forderungen, welche Professor Clemens tagszuvor in seinem Vortrag als Grundlage für den Ausbau neuer Gesetze zum Schutze der Denkmäler erhoben hat, faßt dieser noch einmal den Hauptinhalt seines gestrigen Vortrags zusammen und betont, daß jetzt nicht die Frage zur Debatte stünde: Brauchen wir überhaupt ein Schutzgesetz und was kann uns ein Gesetz nützen? sondern nur die Frage, wie dieses Gesetz am besten und zweckmäßigsten zu gestalten sei. Das beste Gesetz nütze nichts ohne eine wirksame Organisation und berufene Organe, die besten Konservatoren wenig ohne einen Stab von Mitarbeitern und geschulten ausführenden Künstlern, und Gesetz, Organisation und Künstler seien machtlos ohne die erforderlichen Geldmittel. Bei der Einrichtung der Organisation müsse man sich wohl vor den Fehlern einer allzu ausgedehnten Kunst-Bureaucratie hüten, kein Polizeigesetz schaffen wollen. Es sei traurig, daß wir überhaupt ein Gesetz zum Schutze der Denkmäler brauchten. Aber wir brauchen es.

Geheimer Justizrat Loersch beantragt, der Tag für Denkmalpflege wolle die oben mitgeteilte Straßburger Resolution als feste Grundlage für die weiteren Beratungen annehmen. Die Versammlung gibt dazu ihre Zustimmung.

**Korreferent: Ministerialrat Freiherr von Biegeleben-Darmstadt:**

Ministerialrat Freiherr von Biegeleben-Darmstadt, der schon am Tage vorher einen von ihm für das Großherzogtum Hessen ausgearbeiteten Entwurf eines Gesetzes, betreffend den Schutz der vaterländischen Baudenkmale, Kunstwerke und Altertümer vorgelegt hatte, stellte jetzt eine Reihe von Resolutionen zur Erörterung und Beschlusffassung, in welchen die wichtigsten Grundgedanken für eine Gesetzgebung zum Schutz der Denkmäler zum Ausdruck kommen sollen. Bei dem Versuch, ein derartiges Gesetz zu schaffen, könne man nicht sofort ein endgültiges Meisterwerk der Gesetzgebung erwarten. Doch endlich müsse nun der gesetzgeberische Schritt getan werden. Dabei sei eine gewisse Zurückhaltung anzuraten, sonst werde der Widerstand mächtiger Faktoren hindernd in den Weg treten.

Die Resolutionen<sup>1)</sup> lauten:

Der erste Tag für Denkmalpflege, Dresden, den 24. und 25. September 1900, stellt, nachdem ihm seitens eines Delegierten ein Gesetzentwurf, betreffend den Schutz der vaterländischen Baudenkmale, Kunstwerke und Altertümer mitgeteilt worden war, in Ergänzung der zu Straßburg i. E. im Jahr 1899 gefassten Resolutionen die nachstehenden Grundsätze auf:

1. Der Begriff des einen gesetzlichen Schutz erheischenden unbeweglichen oder beweglichen Denkmals oder Altertums ist so weit zu fassen, daß auch Bauwerke etc., welche in erster Linie von örtlicher Bedeutung sind, darin einbegriffen werden können.
2. Eine Körperschaft des öffentlichen Rechts soll der Genehmigung der Aufsichtsbehörde auch dann bedürfen, wenn sie auf einem ihrer Verfüzung unterworfenen Grundstück bauliche Anlagen oder Veränderungen in unmittelbarer Nähe eines Baudenkmals oder in unmittelbarer Verbindung mit einem solchen beabsichtigt, sobald hieraus die Gefahr einer gänzlichen oder teilweisen Verdeckung oder Verunstaltung des Baudenkmals entstehen würde.
3. Es empfiehlt sich eine gesetzliche Bestimmung, wonach jeder bürgerlichen Gemeinde im Wege eines geregelten Verfahrens von der Aufsichtsbehörde angesonnen werden kann, für die ordnungsmäßige und würdige Unterhaltung oder Wiederherstellung, für die Freilegung und Freihaltung eines Baudenkmals nach dem Maße ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit Sorge zu tragen. Gegenüber den anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts soll ein solches Ansinnen wenigstens insofern zulässig sein, als es erforderlich ist, um ein Baudenkmal vor Verfall zu schützen.

Bei ganz oder teilweise mangelnder Leistungsfähigkeit der Gemeinden etc. zur Unterhaltung der wichtigsten Denkmäler soll der Staat eine Verpflichtung, helfend einzugreifen, anerkennen.

4. Im Eigentum von Privatpersonen stehende Bauwerke sollen, sei es durch Aufstellung und Bekanntgabe eines vorher offengelegten Verzeichnisses, sei es durch besondere, den Eigentümern mitzuteilende Verfügung der zuständigen Behörde, zu Baudenkmälern im Sinne des Gesetzes erklärt werden können. Es ist ein Instanzenzug, sowohl bei der Aufstellung eines Verzeichnisses wie bei Erlass einer Verfügung, einzurichten.

Hinsichtlich der Baudenkmäler, welche Eigentum von Körperschaften des öffentlichen Rechts sind, erscheint die Aufstellung eines Verzeichnisses, bzw. der Erlass einer besonderen Verfügung als Voraussetzung der Anwendbarkeit der für diese Körperschaften maßgebenden gesetzlichen Bestimmungen nicht unbedingt erforderlich und nur insofern erwünscht, als dadurch der beteiligten Körperschaft von vornherein jeder Zweifel, ob das fragliche Bauwerk als ein Baudenkmal im Sinne des Gesetzes zu betrachten sei, benommen wird.

5. Privatpersonen, welche Eigentümer eines Bauwerks sind, das in der unter Ziffer 4 bezeichneten Form zum Denkmal im Sinne des Gesetzes

---

<sup>1)</sup> Die Resolutionen werden hier in der endgültigen Fassung mitgeteilt, welche ihnen der ständige Ausschuß auf Grund des ihm von der Versammlung erteilten Auftrages (s. unten S. 138) gegeben hat.

erklärt ist, ist die Pflicht aufzuerlegen, von der beabsichtigten Veräußerung oder Zerstörung, ferner von jeder beabsichtigten Veränderung oder wesentlichen Wiederherstellung des Denkmals, sowie von jeder Neuanlage an oder bei demselben, sofern diese geeignet sein könnten, den Denkmalcharakter des Bauwerkes zu beeinträchtigen, Anzeige zu erstatten, und zwar mit der Folge, daß vor Ablauf einer festzusetzenden Frist die Veräußerung oder der Beginn der baulichen Arbeit nicht stattfinden darf. Die Erfüllung dieser Verpflichtungen ist durch Strafbestimmungen sicherzustellen.

Das Letztere soll auch gegenüber den Vorstehern der Korporationen des öffentlichen Rechts hinsichtlich der Verpflichtung der selben, die Genehmigung der Aufsichtsbehörde einzuholen, geschehen.

6. Den Ortspolizeibehörden ist die Verpflichtung aufzuerlegen, von jeder zu ihrer Kenntnis kommenden zufälligen Aufdeckung archäologischer Baureste und von jedem ihnen bekannt gewordenen Fund eines beweglichen Gegenstandes von geschichtlicher oder kunstgeschichtlicher Bedeutung, sowie von jeder innerhalb ihres Bezirks stattfindenden oder beabsichtigten Grabung nach beweglichen oder unbeweglichen Denkmälern von geschichtlicher oder kunstgeschichtlicher Bedeutung der zuständigen Behörde sofort Anzeige zu erstatten.

Dabei ist es gleichgültig, ob die Ausgrabungen auf Liegenschaften des Staates oder einer Korporation des öffentlichen Rechts oder einer Privatperson vorgenommen oder beabsichtigt werden.

Den vorläufigen zur Sicherung oder sonst im Interesse der Funde etc. getroffenen Anordnungen der Ortspolizeibehörde ist seitens der Eigentümer bei Vermeidung der Bestrafung so lange nachzukommen, bis seitens der zuständigen Behörde innerhalb einer gesetzlich näher zu bestimmenden Frist nach Maßgabe des Gesetzes weitere Verfügung ergangen ist.

Privatpersonen sollen bei Strafe gehalten sein, sowohl bei gelegentlichen Funden von beweglichen und unbeweglichen Denkmälern in ihrem Eigentum der Aufsichtsbehörde Anzeige zu erstatten, als auch beabsichtigte Ausgrabungen auf ihrem Grund und Boden zur Kenntnis der Aufsichtsbehörde zu bringen.

7. Die Enteignung eines Grundstücks soll auch zum Zweck der Freilegung oder Freihaltung eines Baudenkmals zulässig sein.

Es ist ferner der Ortspolizei oder der Gemeindeverwaltung die Befugnis beizulegen, durch Verordnungen (Polizeireglements oder Ortsstatuten) sowohl die Korporationen des öffentlichen Rechts, wie Privatpersonen bei Errichtung von Gebäuden in bezug auf deren Höhe und die Einhaltung gewisser Entfernungsbeschrankungen zu unterwerfen, sofern dies die Freihaltung eines benachbarten Denkmals erheischt.

Der Ortspolizei oder der Gemeindeverwaltung ist endlich die Befugnis beizulegen, durch Verordnungen (Polizeireglements oder Ortsstatuten) vorzuschreiben, daß Umbauten und Neubauten von Wohngebäuden zur Erhaltung des historischen Städtebildes sich bestimmten Kunstdformen anschließen müssen.

8. Eine Enteignung, welche die völlige oder teilweise Beseitigung eines Baudenkmals bezweckt, soll seitens der für die Enteignung zuständigen Behörde für unzulässig erklärt werden können.
9. Es ist als dringliche Forderung zu bezeichnen, daß überall als ausführende Organe der Denkmalpflege ständige Konservatoren, und zwar tunlichst im Hauptamt wirkende, eingesetzt werden, die von den politischen Behörden möglichst unabhängig zu stellen und mit ausreichender amtlicher Macht auszustatten sind, insbesondere mit der Befugnis, in Fällen dringender Gefahr die Einstellung schon begonnener Arbeiten anzurufen, bis auf einen sofort an die höchste Aufsichtsbehörde zu erstattenden Bericht Bescheid erfolgt ist.
- Es ist endlich wünschenswert, daß tunlichst auch ein Zusammenwirken des Konservators und der oberen bauleitenden Behörde stattfinde.
10. Die Einsetzung eines Landes- oder Provinzialkunstrats als beratende, in wichtigeren Fällen zuzuziehende Stelle ist empfehlenswert.

**Debatte über die Resolution Biegeleben:**

Die Generaldebatte eröffnet Herr von Biegeleben: Alle Denkmalsfragen sollten in einem einzigen Ministerium konzentriert werden. Für Denkmäler in Privatbesitz sei die Klassierung wünschenswert, bei Denkmälern in öffentlichem Besitz dagegen keine Klassierung, sondern allgemeine Schutzgesetze. Das Amt des Konservators sei in zwei Teile zu zerlegen. Redner fordert erstens Konservatoren für die Bauwerke und zweitens Konservatoren für die beweglichen Denkmäler. Ferner sei die Einrichtung eines aus einer größeren Zahl von sachverständigen Mitgliedern bestehenden „Landes-Kunstrats“ zu schaffen. Ein solcher Landes-Kunstrat würde durch seine Zusammensetzung aus Fachmännern, der verschiedensten Gebiete nicht nur über die erforderlichen Kenntnisse verfügen, sondern auch in den Augen des Publikums eine größere Autorität als ein einzelner Beamter besitzen. Bei größeren Ländern sei für jede Provinz ein „Provinzial-Kunstrat“ zu schaffen.

Professor Dr. Gurlitt-Graz schildert die Einrichtung des Kunstrats in Österreich. Diese Institution habe sich dort durchaus bewährt. Ein großer Übelstand sei es freilich, daß manche Konservatoren nur im Nebenamt tätig wären. Manche Konservatoren kämen nur in ihren Amtsferien dazu, wenige Wochen an der Inventarisation und an der Pflege der Kunstdenkmäler zu arbeiten. Der Posten eines Konservators solle daher überall als Hauptamt eingerichtet werden.

Auf den Antrag des Geheimen Regierungsrats Lauer-Dessau, des Museums-Inspektors Professor Meier-Braunschweig und des Professors von Oechelhaeuser wird darauf mit großer Majorität beschlossen, die Resolutionen des Freiherrn von Biegeleben sofort Punkt für Punkt durchzuberaten.

Zu Resolution 1 beantragt Geheimer Hofrat Treu: es sollen auch Gebäude, welche in ihrer landschaftlichen Wirkung von Bedeutung sind, geschützt werden. Auf den Antrag des Geheimen Regierungsrats Roscher wird der ursprünglich gewählte Ausdruck „von ortsgeschichtlicher Bedeutung“ umgeändert in „von örtlicher Bedeutung“. Dadurch wird es möglich, Baulichkeiten von lediglich landschaftlicher oder ästhetischer Bedeutung ebenfalls zu schützen.

Zu Resolution 2 beantragt Geheimerat Roscher, bei den Beeinträchtigungen eines Denkmals auch die „baulichen Änderungen in der Nähe“ zu berücksichtigen, Professor Clemen betont ebenfalls, unter Hinweis auf eine Reihe von Aufsehen erregenden Einzelfällen aus der letzten Zeit, wie wichtig es sei, daß „Bauten in der Nähe eines Denkmals“ verboten werden können. Auch Geheimer Oberregierungsrat von Bremen-Berlin legt großen Wert auf diese Bestimmung, die in der preußischen Gesetzgebung bisher noch nicht vorgesehen sei.

Zu Resolution 3 beantragt Professor Clemen nach dem Vorbild des französischen Gesetzes vom Jahre 1887 und des ungarischen Gesetzes vom Jahre 1881 einen Zusatz des Inhaltes, daß bei mangelnder Leistungsfähigkeit der Gemeinde der Staat die Verpflichtung zum Eingreifen oder zur Hilfeleistung habe.

Bei Resolution 4 und 5 beantragt Geheimer Justizrat Loersch die Klassierung nur für solche Denkmäler, welche sich im Besitz von Privatpersonen befinden. Professor Clemen betont, daß der Schutz des Staates keineswegs beschränkt werden dürfe auf die klassierten Denkmäler, daß auf die nichtklassierten Denkmäler alle früheren Bestimmungen nach wie vor anwendbar bleiben müßten, und daß der Gesamtheit der Denkmäler, der klassierten wie der unklassierten, der Vorteil der jetzt zu erlassenden schärferen Bestimmungen zu gute kommen müsse; er weist dabei noch einmal auf die Einseitigkeit und das Bedenkliche des Klassements in Frankreich hin. Der Redner meint ferner, die Strafbestimmungen seien auch auf Unterbehörden, sowie auf die Vorsteher von Körperschaften auszudehnen. Der badische Gesetzentwurf von 1884 habe zu diesem Zwecke seiner Zeit Geldstrafen bis zur Höhe von 500 Mk., auch Haftstrafen vorgesehen gehabt. Geheimer Oberregierungsrat von Bremen verlangt gleichfalls Strafbestimmungen auch für Kirchen- und andere Behörden. Geheimer Justizrat Loersch möchte die in verschiedenen Entwürfen vorgesehene „Gefängnisstrafe bis zu 2 Jahren“ in Haftstrafe verwandelt sehen. Professor Hettner-Trier weist noch darauf hin, daß auch Denkmäler, welche unterhalb von Privatgrundstücken unter der Erde liegen, geschützt werden, und daß daher auch auf solche die gesetzlichen Bestimmungen Anwendung finden müßten. Als Beispiel führt der Redner die Reste der römischen Thermen und des Kaiserpalastes in Trier an.

Bei Resolution 6 beantragt Museums-Direktor Reimers-Hannover, auch die Funde in sogenannten Hünengräbern und anderen Gräbern zu schützen. Diese Funde würden im allgemeinen so lange verheimlicht, bis ein Händler kommt und sie aufkauft. Daher wünscht Redner eine „Anzeigepflicht auch für Privateigentümer“. Geheimer Justizrat Loersch warnt vor einer solchen Bestimmung, da sich dieselbe bei Privatpersonen nicht durchführen lasse. Professor von Oechelhäuser beantragt, die Anzeigepflicht nach Möglichkeit nicht der Polizei, sondern „Pflegern“ zu übertragen, wie solche in Baden eingesetzt seien. Oberbaurat Bluth-Berlin beantragt, die Privatpersonen sollten nicht zur Anzeige gezwungen werden. Man solle nur die Pfleger nach Möglichkeit dazu anregen, alles anzuzeigen, was sie von Funden in Erfahrung bringen. Museums-Direktor Reimers führt dagegen an, die Provinz Hannover habe nicht weniger als 500 Pfleger. Doch auch bei dieser großen Anzahl blieben die meisten Funde verheimlicht. Man müsse

die Privatpersonen zwingen, die Funde beim Landrat anzuzeigen. Es wird darauf beschlossen, in der Resolution die Pflicht von Privatpersonen zur Anzeige von Funden und beabsichtigten Ausgrabungen als notwendig zu betonen.

Bei Resolution 7 wird hinzugefügt: „Es sollen ortspolizeiliche Bestimmungen getroffen werden, wodurch der Eigentümer im Interesse der Freihaltung eines benachbarten Baudenkmals gewissen Beschränkungen, insbesondere in betreff der Höhe und der Entfernung etwaiger Neubauten unterworfen wird.“

Bei Resolution 9 beantragt Professor Clemen, das Verlangen zum Ausdruck zu bringen, daß das Amt des Konservators überall tunlichst als ständiges Hauptamt eingesetzt werde, und daß dem Konservator besondere amtliche Befugnisse gegeben werden müßten, durch die er seine Aufgaben zu erfüllen im stande sei, insbesondere das wichtige Recht der Sistierung etwa schon begonnener Arbeiten in Fällen dringlicher Gefahr, selbst anderen Staatsbehörden gegenüber — wie dies dem Königlichen Konservator und den Provinzialkonservatoren in Preußen durch die Instruktion vom 24. Januar 1844 eingeräumt sei. Diese Einrichtung habe stets sehr segensreich gewirkt.

Die gesamte Reihe der Resolutionen wird von der Versammlung angenommen, doch wird der ständige Ausschuß des Denkmaltaages beauftragt, den Wortlaut nochmals zu revidieren, um die von der Versammlung beschlossenen Zusätze und Änderungen zum Ausdruck zu bringen. Die Versammlung beschließt, die Resolutionen durch den Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine den deutschen Staatsregierungen, unter Beifügung des Berichtes über die Verhandlungen des ersten Tages für Denkmalpflege, überreichen zu lassen.

## B. Gesetzgebung im Inlande und Auslande

### Freiburg i. B. 1901

#### Hessischer Gesetzentwurf.

**Referent: Ministerialrat Freiherr von Biegeleben-Darmstadt:**

Hochgeehrte Anwesende! Im Einverständnis mit unserem geehrten Herrn Vorsitzenden fasse ich die mir gestellte ehrenvolle Aufgabe dahin zusammen, daß es gilt, in kurzen Zügen darzustellen, inwiefern der hessische Gesetzentwurf den seitens des Denkmalpflegetags und früherer Generalversammlungen der historischen Vereine geäußerten Wünschen und Intentionen entspricht, und inwiefern etwa, darüber hinaus, eine weitergehende Regelung in diesem Entwurf getroffen worden ist.

Gestatten Sie mir zunächst eine kurze Mitteilung über die Geschicke des hessischen Gesetzentwurfs, über seine Entstehung und seine weitere Entwicklung.

Meine Herren! Auf dem Denkmalpflegetag in Dresden hatte ich die Ehre, Ihnen einen von mir persönlich ausgearbeiteten Entwurf vorzulegen, der damals auch vervielfältigt und den einzelnen Mitgliedern zugänglich gemacht

wurde. Im Anschluß an diesen Entwurf und auf dessen Grundlage wurde von Ihnen eine Anzahl von Resolutionen gefaßt, die zum Teil auch Bestimmungen des Entwurfs abändern. Meine Herren! Dieser Entwurf war nur eine Skizze; mehr sollte und konnte er nicht bedeuten.

Nach Hause zurückgekehrt, habe ich bei meiner Regierung den Antrag gestellt, daß die Ergebnisse der Verhandlungen in Dresden alsbald zu einer gründlichen Umarbeitung dieser Entwurfs-Skizze verwertet werden sollten. Man hat sich von der Wichtigkeit der Aufgabe alsbald überzeugt, und es wurde die Sorgfalt und Gründlichkeit der Beratungen dadurch garantiert, daß wir eine Kommission einsetzen, in der die verschiedenen Ministerialressorts vertreten waren. Dieser Kommission legte ich zunächst einen vollständig neubearbeiteten, im wesentlichen allerdings sich an die Grundlage der früheren Skizze anschließenden Entwurf vor, und nachdem eine Verständigung hierüber erreicht war, wurde die Angelegenheit im Schoße des Staatsministeriums zur Beratung gebracht. Dabei ergab sich nun insofern eine Abweichung von der von mir ursprünglich beabsichtigten Regelung, als man davon ausging, daß die beweglichen Gegenstände, nur insoweit sie sich im öffentlichen Besitz befinden, unter die Herrschaft des Gesetzes fallen, dagegen die beweglichen Gegenstände im Privatbesitz frei wie bisher bleiben sollen: zwar eine Verengerung des Rahmens, wie ich mir ihn gedacht hatte, ich glaube aber — ich werde darauf noch zurückkommen — eine glückliche und von weiser Vorsicht geleitete Einschränkung.

In anderer Richtung erfuhr der Entwurf eine glückliche Erweiterung, nämlich insofern, als man seitens der Vertretung der Forst- und Kameralverwaltung in unserem Ministerium der Finanzen den Antrag stellte, es möchten auch die Naturdenkmäler in den Entwurf einbezogen werden. Der Antrag wurde mit Freuden begrüßt, und es ist demgemäß auch diese Materie in den Gesetzentwurf aufgenommen worden. Auch in sonstigen Beziehungen ergaben sich erhebliche Verbesserungen nach Form und Inhalt, so daß eine nochmalige Durcharbeitung in der Kommission notwendig wurde. Der endgültige Gesetzentwurf ging im März d. J. an die Zweite Kammer. Einigen der hier anwesenden Herren habe ich mir erlaubt, persönlich die Drucksache zugehen zu lassen. Die wesentlichen Grundsätze des Gesetzentwurfs sind auch in der „Denkmalpflege“ veröffentlicht worden und deshalb wohl — ich darf dies annehmen — zur allgemeinen Kenntnis der Beteiligten gelangt.

Der Entwurf zerfällt in eine historische Einleitung, worin zunächst alles mitgeteilt wurde, was in Hessen bisher auf dem Gebiet der Gesetzgebung und Verwaltung insbesondere geschehen ist, und worin die bisher geltenden Rechtsgrundsätze nach ihren verschiedenen Kategorien kurz dargelegt wurden. Dann folgt eine allgemeine Begründung, die wesentlichsten Grundgedanken skizzierend, und endlich eine Begründung im einzelnen.

Dieser Gesetzentwurf ist bereits von der Zweiten Kammer in Behandlung genommen worden, und zu meiner großen Freude darf ich Ihnen mitteilen, daß der Gesetzgebungsausschuß, in dem sich Angehörige aller Parteien und auch hervorragende Juristen befinden, sich im wesentlichen mit dem Entwurf einverstanden erklärt hat. Ich habe mir deshalb erlaubt, Ihnen anstatt des ursprünglichen Regierungsentwurfs den von dem Ausschuß umredigierten Entwurf hier in dem Ausschußbericht, Drucksache Nr. 639 der Zweiten Kammer, vorzulegen. Ich will nur kurz darauf hinweisen, daß es sich

bei letzterem im wesentlichen nur darum gehandelt hat, die Verschiedenheit der Behandlung, die sich aus der Verschiedenheit der Eigentümer der Denkmäler, sowie dieser selbst ergibt, etwas deutlicher in den Vordergrund zu stellen. Es sind insbesondere in Artikel 3 und 4 diejenigen Denkmäler hervorgehoben, über die Privatpersonen verfügberechtigt sind. Es sind auch sonst einzelne Veränderungen und Ergänzungen vorgenommen worden, die aber das Wesentliche der Sache nicht berühren. Im allgemeinen ist auch die Reihenfolge der Artikel, abgesehen von kleinen Modifikationen, dieselbe geblieben wie in dem ursprünglichen Entwurf, und zwar von Artikel 22 ab genau die gleiche. Es ist also nicht allzuschwer, einen Vergleich dieses Entwurfs mit dem ursprünglichen Entwurf anzustellen.

Meine Herren! Ich will nun dazu übergehen, Ihnen — allerdings eine etwas trockene Materie, aber sie kann uns nicht erspart bleiben — darzulegen: Wie verhält sich der Entwurf zu unseren früheren Resolutionen und zu der Gesetzgebung, die als eine fertige bereits vorliegt: das ist zu der französischen Gesetzgebung. Ich fasse deshalb zunächst kurz zusammen, was diese Gesetzgebung bestimmt und was unsere früheren Resolutionen gewollt haben. Ich komme zunächst auf die Frage des Begriffs eines Denkmals.

In der Dresdener Resolution haben wir ausdrücklich darauf hingewiesen, daß auch solche Gegenstände von kunstgeschichtlicher Bedeutung, denen wesentlich ein lokales Interesse zukommt, als Denkmäler betrachtet werden können, gewiß ein sehr richtiger Gedanke. Derselbe, meine Herren, hat auch in der Definition, die dem hessischen Gesetzentwurf zur Grundlage dient, Aufnahme gefunden, indem hiernach unter dem Denkmal ein Gegenstand verstanden wird, dessen Erhaltung mit Rücksicht auf seine geschichtliche, insbesondere kunstgeschichtliche Bedeutung im öffentlichen Interesse liegt. Wir haben das Wort „öffentliches Interesse“ mit Absicht hereingebracht, und es ist das gerade seitens unserer Justizverwaltung gefordert worden, weil die Beschränkungen, die nach dem Inhalt des Gesetzes den Privaten auferlegt werden sollen, sich nur dann rechtfertigen lassen, wenn ein öffentliches Interesse vorliegt. Die Forderung des öffentlichen Interesses ist eine Schranke, die uns durch die Reichsgesetzgebung, durch Artikel 109 des Einführungsgesetzes zum B.G.B., auferlegt wird.

Im allgemeinen wird man ja zweifellos sagen können, daß die Erhaltung aller solcher Gegenstände, die einen besonderen geschichtlichen oder kunstgeschichtlichen Wert repräsentieren, ein öffentliches Interesse bildet. Da aber doch diese Frage eine *quaestio facti* ist und schwer allgemein entschieden werden kann, so wurde es als notwendig befunden, dem Reichsgesetz entsprechend den Begriff des öffentlichen Interesses in die Definition des Denkmals einzuschalten.

Wir haben noch eine weitere Beschränkung, die nicht unwesentlich ist, in den Begriff aufgenommen, das ist der Hinweis auf die geschichtliche Bedeutung. Es wird also nicht jeder Gegenstand, der eine künstlerische Bedeutung hat, dem Gesetz unterworfen, sondern die Absicht ging dahin, nur solche Objekte zu erfassen, die bereits der Geschichte angehören. Denn über diese Gegenstände, kann man sagen, ist doch wohl bereits eine gewisse Reife der Anschauung, eine Übereinstimmung der Beurteilung in höherem Maße erzielt. und wir sollten uns davor hüten, in die freie Betätigung der Kunst

in unserem modernen Leben ohne Not einzugreifen. Was unsere moderne Kunstbewegung, unsere moderne Kunstausübung leisten wird, darüber gehen die Ansichten noch allzuweit auseinander, und es ist besser, glaubten wir, der Kunst in ihrer Betätigung freie Laufbahn zu lassen.

Unter die Definition fallen selbstverständlich auch Teile von Denkmälern, zum Beispiel bei Baudenkmalen, Portale, Treppenanlagen u. dgl.

Meine Herren! Ich komme nun zu dem 2. Punkt: Wie verhält es sich mit den Verfügungsbeschränkungen, die dem Einzelnen im Interesse des Denkmalschutzes auferlegt werden sollen?

Die französische Gesetzgebung bestimmt in dieser Hinsicht, daß alle Denkmäler von nationaler Bedeutung nicht verändert und nicht repariert werden dürfen ohne behördliche Genehmigung. Sie setzt aber ein Klassement voraus. Dieses Klassement gilt allgemein, nicht nur für die Denkmäler im Privatbesitz, sondern auch für solche im öffentlichen Besitz. Bei Denkmälern im Privatbesitz kann das Klassement, die behördliche Einwertung, seitens des Kultusministers auf Antrag erfolgen. Weigert sich der Privateigentümer, einen solchen Antrag zu stellen oder ihm nachzukommen, so kann das Denkmal enteignet werden.

Unsere Resolutionen verlangten, daß ein allgemeines Genehmigungsrecht hinsichtlich der Verfügungen über Denkmäler im öffentlichen Besitze der Regierung vorbehalten bleiben müsse. Und in Dresden wurde ausgesprochen, daß für diese Denkmäler ein Klassement nicht unbedingt geboten sein sollte, dagegen wurde das Klassement gefordert für die Denkmäler im Privatbesitz als eine unbedingte Voraussetzung des gesetzlichen Schutzes bzw. der gesetzlichen Beschränkung; und es wurde ferner vorgeschlagen, eine Bestimmung zu treffen, daß der Privatbesitzer von einer jeden Veränderung eines solchen Bauwerks, einer Herstellung, einer Reparatur der Behörde Anzeige erstatten müsse.

Gewünscht wurde zugleich die Anerkennung eines staatlichen Enteignungsrechts gegenüber den Denkmälern im Privatbesitz.

Meine Herren! Wie ist die Sache in dem hessischen Entwurf geordnet? In der ursprünglichen Entwurfsskizze war scharf unterschieden zwischen den verschiedenen Arten der Eigentümer: Kirchen einerseits, bürgerliche Gemeinden andererseits und an dritter Stelle Privateigentümer. Für jede dieser Kategorien war eine besondere Art der Regelung in Vorschlag gebracht. In der Entwurfsskizze war hinsichtlich der Kirchen lediglich eine Anzeigepflicht vorgeschlagen, hinsichtlich der Gemeinden eine Pflicht zur Einholung der Genehmigung der Regierung. Hinsichtlich der Privaten war, entsprechend den Resolutionen, eine Anzeigepflicht einerseits und andererseits ein Enteignungsrecht des Staats vorgesehen. Diese Anzeigepflicht bezweckte nämlich, die Regierung in die Lage zu versetzen, darüber entscheiden zu können, ob eine Enteignung etwa eingeleitet werden solle; sie bezweckte ferner in Verbindung mit einer weiter vorgesehenen Vorschrift, daß, so lange das Enteignungsverfahren nicht durchgeführt ist, der Eigentümer sich einer Verfügung enthalten müsse; denn er wäre sonst in der Lage gewesen, das Enteignungsverfahren von vornherein illusorisch zu machen. Die Anzeigepflicht hatte endlich den Zweck, eine gütliche Einwirkung auf den Privateigentümer zu ermöglichen.

Meine Herren! Bei der weiteren Bearbeitung der Materie sind wir dazu gekommen, daß es richtig sei, die Kirchen und kirchlichen Korporationen im wesentlichen gleichartig wie die bürgerlichen Gemeinden zu behandeln.

Ich darf in dieser Beziehung vorausschicken, daß wir in Hessen bereits weitgehende gesetzliche Vorschriften besitzen, welche die kirchliche Vermögensverwaltung betreffen. Die noch jetzt geltende Verordnung von 1832 gibt der Regierung sehr einschneidende Befugnisse hinsichtlich insbesondere auch der baulichen Arbeiten an Kirchen. Wir waren also insofern in einer angenehmen Lage, als wir eigentlich kaum etwas wesentlich Neues in dieser Hinsicht schaffen müßten, sondern in der Hauptsache beim Alten bleiben konnten.

Sodann ergab sich bei der Beratung, daß es vielleicht am wünschenswertesten sei, eine Regelung zu finden, die für alle Personen, die hier in Betracht kommen, für alle Kategorien von Eigentümern, im Prinzip die gleiche wäre, daß also die Unterscheidung zwischen den einzelnen Arten der Eigentümer, wenigstens hinsichtlich des prinzipiellen Gedankens der gesetzgeberischen Regelung vollständig wegfallen soll. Meine Herren! Diesen Gedanken halte ich für einen glücklichen. Ich glaube, wenn man einen allgemeinen Grundsatz aufstellt, der für alle Personen gilt, dann ist das die konsequenterste Lösung. Es wird damit seitens des Staates die Pflicht des Denkmalschutzes, ganz gleichgültig, wer der Eigentümer ist, in der schärfsten, allgemein verständlichsten Weise kund gegeben; und was dem einen Eigentümer recht ist, das muß dem andern billig sein. Mir scheint, der Erfolg hat gezeigt, daß dies ein weises Vorgehen war: denn wir haben bis jetzt, wenigstens in unserem Land, einen Widerspruch von irgend einem der beteiligten Interessenten nicht erfahren, einen Widerspruch, der nahe gelegen hätte, wenn die einzelnen Arten der Eigentümer verschieden behandelt wären und wenn einer sagen könnte: Ich stehe unter einem Ausnahmegesetz. Ein solches ist bei der Regelung, wie wir sie vorgesehen haben, bei Seite geschoben.

Wir sind auf diese Weise zu einem allgemeinen Grundsatz gelangt, der in Artikel 1 und 2 des Gesetzentwurfs und des Ausschußberichts festgelegt ist, daß nämlich an Baudenkmälern und, wie in Artikel 5 des Ausschußberichts gesagt ist, übereinstimmend auch an beweglichen im öffentlichen Besitz befindlichen Gegenständen jede Veräußerung, Beseitigung, Veränderung, Wiederherstellung oder erhebliche Ausbesserung der behördlichen Genehmigung bedarf, ebenso auch die Herstellung baulicher Anlagen oder die Vornahme von Veränderungen in der Umgebung eines Baudenkmals, wenn diese Arbeit den unveränderten Fortbestand dieser Umgebung zum Nachteil des Denkmals gefährdet. Dieser allgemeine Grundsatz hat lediglich insofern eine Modifikation erfahren, als hinsichtlich der Privatpersonen die gesetzliche Beschränkung nur dann eintritt, wenn das Klassement vorausgegangen ist. Das Klassement, die Einwertung, oder wie es in unserem Gesetzentwurf bezeichnet ist, die Eintragung des Denkmals in eine Denkmalliste, bezweckt eine Sicherung des Eigentümers, es bezweckt, ihn von vornherein darüber aufzuklären, welche Verpflichtungen ihm obliegen werden. Deshalb ist das Klassement in ähnlicher Weise, wie wir es vorhin von dem Berner Gesetzentwurf gehört haben, den Beteiligten mitzuteilen, und es steht denselben der regelmäßige Instanzenweg offen, so daß sie von vornherein ihre Rechte

wahren können. Diese Einschränkung zugunsten der Privatpersonen befindet sich in den Artikeln 3 und 4 des Ausschußberichts.

Meine Herren! Es sind, wenn auch nicht in Hessen, so doch von anderer Seite Hinweise darauf erfolgt, daß das starke und energische Eingreifen des Staates im Wege des Denkmalschutzes mit großen Gefahren verbunden sei, und daß es doch auch noch andere ideale Faktoren gebe, insbesondere die Kirchen, die kirchlichen Gemeinschaften, welche ein Recht hätten, mitzutun, ein Recht, nicht übersehen zu werden. Man hat darauf hingewiesen, daß die Freiheit der Kunstausübung, daß die Wissenschaft, die sich noch vielfach im Zweifel darüber befindet, was unter Denkmal zu verstehen, welches Denkmal des Schutzes wert und in welcher Weise dieser Schutz auszuüben sei, nicht gehemmt werden dürfe durch staatliches Eingreifen, daß man auch nicht hindern solle die freie Bewegung des Volkes, das in angestammter Gottesfurcht seinen Stolz darin finde, seine alten Denkmäler zu hegen und neue zu schaffen. Man solle auch nicht außer acht lassen die Dankbarkeit, die den vergangenen, religiös gesinnten Generationen seitens der Gegenwart gebühre, und die Gläubigen nicht davon abschrecken, mit eigenen Opfern und Geldmitteln einzutreten für die Pflege einer kirchlichen, hohen Kunst. Man befürchtet, daß das staatliche Eingreifen hier in diese Tätigkeit der einzelnen und der nächstbeteiligten Kreise hindernd einschneiden möchte.

Meine Herren! Ich gebe zu, es ist gewiß manches Berechtigtes in diesen Einwendungen, und man darf sie nicht ignorieren. Aber, ich glaube doch, man darf nicht übersehen, daß unsere heutigen Verhältnisse sich mit denen der früheren Zeit gar nicht mehr vergleichen lassen, daß die Zeiten sich geändert haben. Alles steht nun einmal unter dem Zeichen — möchte ich sagen — des Bureaucratismus. Dieser Bureaucratismus — ich meine nicht den ganz schlimmen (Heiterkeit) — ist nicht zu vermeiden; totschlagen können wir ihn nicht, und es fragt sich, ob, wenn wir den staatlichen Bureaucratismus vermeiden, wir dann nicht in den kirchlichen Bureaucratismus verfallen; auch dieser wird sich sein Recht nicht nehmen lassen, und es ist zweifelhaft, welcher Bureaucratismus für die Beteiligten hemmender und beschwerender ist, der eine oder der andere.

Und dann, meine Herren! Was die Staatsaufgaben umfassen, das ist eine Frage der geschichtlichen Entwicklung. Der Staat greift heutzutage in viele Gebiete ein, die ihm früher vollständig fern lagen. Er hat seine Aufgaben erweitert, und ich glaube, wenn er eine der idealsten Aufgaben ergreift, die es überhaupt im öffentlichen Leben gibt, dann dürfen wir das nicht beklagen, sondern wir müssen es mit Freuden begrüßen, und zwar dürfen es alle begrüßen, auch die kirchlichen Korporationen.

Ferner, wer ist denn im stande, eine solche Organisation zu schaffen, die eine wirklich sachgemäße Pflege der Denkmäler ermöglicht? Ist dies nicht der Staat in erster Linie? Kann er nicht die erforderlichen Mittel aufbringen, um die Behörden einzusetzen, um das ganze Werk in richtiger Weise zu organisieren?

Und endlich: soll denn etwa durch die vorgeschlagene gesetzliche Regelung die Mitwirkung der kirchlichen Korporationen beseitigt werden? Nein! Wir erkennen das alles an, was von dieser Seite hervorgehoben wird. Auch wir wünschen, daß die Kirche unter voller Ausnützung ihres so bedeutenden Einflusses auf das Volk mitwirkt bei der großen Aufgabe, und

zwar nicht an zweiter Stelle, sondern man kann wohl sagen an erster Stelle; die Initiative soll der kirchlichen Verwaltung gebühren.

Der staatliche Einfluß beschränkt sich auch in der Regelung, wie wir sie in unserem hessischen Gesetzentwurf vorgesehen haben, auf eine vor-sorgliche Verhütung fehlerhafter Ausführungen; er soll nicht die Initiative hemmen, sondern man will der kirchlichen Behörde helfend wie ein Freund zur Seite stehen. (Bravo!) Man will der Kirche dasselbe Recht geben, das jeder andere Eigentümer hat: man will der Kirche — wenigstens trifft das in der Hauptsache bei uns zu — ein höheres Maß von Rechtszuständigkeiten sichern, als ihr bisher verliehen war, indem man ihr den Instanzenweg eröffnet, der ihr wie jedem andern Eigentümer, in gleicher Weise zusteht.

Und endlich, meine Herren! Können wir nur wünschen, daß die Kirche, wenn wirklich einmal staatlicherseits Mißgriffe gemacht werden sollten, dann sich selbst helfe, und sie wird sich selbst helfen. Es wird das Volk sich dann eine burokratische Handhabung der Denkmalpflege seitens der staatlichen Organe einfach nicht gefallen lassen. Wenn der Staat es nicht riskieren will, mit der Denkmalpflege Fiasco zu machen, dann muß er auch auf berechtigte kirchliche Interessen, auf berechtigte Anschauungen eines gläubigen Volkes Rücksicht nehmen.

Ich habe geglaubt, diesen Gesichtspunkt etwas eingehender behandeln zu sollen, weil er wohl einer der wichtigsten ist, und ich habe insbesondere die Beruhigung, daß, nachdem wir in unserem Gesetzentwurf eine tunlichst gleichmäßige Ordnung für alle Beteiligten getroffen haben. Bedenken weiter nicht mehr hervortreten werden.

Meine Herren! Ein Unterschied zwischen den Privatpersonen und den Personen des öffentlichen Rechts muß natürlich bestehen bleiben. Falls die staatliche Genehmigung versagt wird, ergibt sich als Folge des staatlichen Aufsichtsrechts, des Aufsichtsrechts, das hinsichtlich der Vermögensverwaltung in mehr oder weniger großem Umfange in den Einzelstaaten bereits besteht, und nicht bloß hinsichtlich der bürgerlichen, sondern auch der kirchlichen Gemeinden, daß in letzter Instanz die staatliche Entscheidung maßgebend ist. Handelt es sich dagegen um Privatpersonen, so liegt die Sache anders. Hier ist klar — und es ist das auch schon vorhin hervorgehoben worden seitens des ersten Herrn Redners — daß der einzelne, dem eine Verfügung über sein Denkmal untersagt wird, das Recht hat, eine Entschädigung zu verlangen, oder falls die Entschädigung seinen Interessen nicht Genüge leistet, die Übernahme des Eigentums. Dieses Prinzip ist in unserem Gesetzentwurf zum Ausdruck gebracht, und wir waren weiterhin veranlaßt, auch ein Enteignungsrecht des Staats in dem Gesetzentwurf ausdrücklich anzuerkennen. Wenn nämlich der Private eine Entschädigung oder die Übernahme des Eigentums verlangt, dann soll der Staat das Recht besitzen, an Stelle des ordentlichen Prozeßverfahrens das Enteignungsverfahren einzuleiten, eine Bestimmung, die eigentlich zur Erleichterung der Interessenten dient, da ein Enteignungsverfahren weniger Kosten verursacht als ein ordentliches Prozeßverfahren. Daß das Enteignungsrecht auf diese Weise formell anerkannt wird, halten wir für wertvoll.

Es bestanden auch bei uns Zweifel darüber, ob nicht die bisherige Gesetzgebung schon ein Enteignungsrecht gewährt. Diese Zweifel sind durch das Gesetz gelöst, und es ist das Enteignungsrecht in das Gesetz aufgenommen

worden, weil man der Ansicht war, daß es sich hierbei um ein Materie handle, die eine besondere Regelung nach der Eigenart der Verhältnisse verlangt.

Meine Herren! Wenn Sie den praktischen Erfolg der hessischen Vorschriften näher betrachten und ihn mit dem vergleichen, was wir in den Resolutionen früher vorgeschlagen hatten, nämlich mit einer Anzeigepflicht des Privatbesitzers einerseits und einem Enteignungsrecht des Staates andererseits, so werden Sie finden, daß eigentlich beide Lösungen im Resultat ziemlich auf dasselbe hinauskommen. Denn wenn der Eigentümer genötigt ist, zu einer beabsichtigten Verfügung die Genehmigung nachzusuchen, und diese Genehmigung wird ihm versagt, so tritt sein Recht auf die Entschädigung in Kraft. Nach der früher gedachten Regelung müßte eine Anzeige erfolgen, und nachdem der Staat von der beabsichtigten Verfügung über das Denkmal Kenntnis erhalten, wäre die Enteignung zulässig. Wirksamer ist die erstere in dem Entwurf vorgesehene Ordnung der Sache um deswillen, weil sie eine schärfere Einwirkung ermöglicht, indem der einzelne verpflichtet ist, nicht nur die Anzeige zu erstatten, sondern die Genehmigung einzuholen. In den meisten Fällen wird am Ende ein Eingriff in die Privatrechts-Sphäre nicht stattfinden; denn der Staat wird in den seltensten Fällen in der Lage sein, das Enteignungsrecht wirklich zu gebrauchen. Der wirksamste Schutz für den Privaten liegt in den Schranken, die den staatlichen Mitteln auferlegt sind. Es wird also im wesentlichen auch unsere Bestimmung den Erfolg haben, daß die Regierung die Möglichkeit erhält, in Güte auf den Privateigentümer einzutreten. Das ist auch die Hauptsache. Wir wollen kein Polizeigesetz und keine polizeiliche Handhabung des Gesetzes, sondern wir wollen in der Hauptsache, daß die Eigentümer aufgeklärt und belehrt, und daß im Benehmen mit ihnen die Interessen, die hinsichtlich des Denkmalschutzes und diejenigen, die vielleicht sonst, insbesondere in materieller Hinsicht, in Betracht kommen, voll gewürdigt werden.

Ich möchte im Anschluß an das Letztgesagte noch aufmerksam machen auf eine Bestimmung im Gesetzentwurf, die sich in dem Ausschußbericht Artikel 6 findet.

Meine Herren! Es bedarf der Prüfung, aus welchen Gründen eine nachgesuchte Genehmigung seitens der Regierung versagt werden darf. In dem ursprünglichen Gesetzentwurf hatten wir die Fassung so gewählt, daß nur gesagt war — in negativer Weise — in welchen Fällen, aus welchen Gründen eine Genehmigung versagt werden könne, nämlich dann, wenn im Interesse der Erhaltung des Denkmals oder sonst aus künstlerischen oder geschichtlichen Rücksichten Bedenken der beabsichtigten Verfügung entgegenstehen. Es war also nur bestimmt, wann die Versagung erfolgen kann; aber es war nicht gesagt, in welchen Fällen die Versagung erfolgen muß.

Dieser Punkt hat in der Beratung mit dem Ausschuß der Zweiten Kammer zu einer eingehenden Erörterung geführt, und es ist mit Recht hervorgehoben worden, daß man bei der erstmaligen gesetzlichen Regelung einer so schwierigen Materie mit Vorsicht zu Werk gehen müsse. Es wurde betont, daß hier auch entgegengesetzte bedeutende Interessen finanzieller, materieller, volkswirtschaftlicher Art mit in Frage kommen können. Meine Herren, denken Sie sich, daß eine Gemeinde eine Straße oder Eisenbahn anlegen will, die nicht anders geführt werden kann, als indem sie den Weg durch ein Baudenkmal nimmt. Unter allen Umständen den Gemeinden die

Ausführung der Weg- oder Eisenbahnanlage zu verbieten, das würde viel zu weit gehen. Es handelt sich also hier um eine Abwägung der entgegenstehenden öffentlichen Interessen. Es können aber auch nicht nur öffentliche Interessen, sondern auch solche privater Natur, insbesondere von idealer Bedeutung, mit in Frage kommen. Auch derartige Interessen müssen bei der endgültigen Entscheidung über Versagung oder Nichtversagung der Genehmigung mit berücksichtigt werden. Wir sind deshalb zu der Formulierung gelangt, daß die Genehmigung dann versagt werden müsse, wenn der beabsichtigten Handlung im Interesse der Erhaltung des Denkmals oder sonst aus künstlerischen oder geschichtlichen Rücksichten Bedenken entgegenstehen, welche die anderweitigen etwa durch eine Versagung der Genehmigung beeinträchtigen, öffentlichen oder privaten Interessen überwiegen. Damit ist die Frage der Interessenkollision gelöst, und es ist die Entscheidung der Prüfung im einzelnen Fall anheimgegeben. Wie Herr Geh. Rat v. Bremen richtig ausgeführt hat, handelt es sich um eine *quaestio facti*, und man muß sich hüten, allgemeine Grundsätze aufzustellen, die eine Berücksichtigung und Abwägung auch entgegenstehender Interessen verhindern würden.

Wir haben weiter in dem Entwurf einzelne Bestimmungen getroffen, die geeignet sind, in besonderer Weise noch die Rechtsstellung der Beteiligten zu sichern. Es ist in Artikel 13 vorgesehen, daß, falls die Behörde nicht innerhalb einer bestimmten Frist die Genehmigung erteilt, der Privatperson die Verfügung frei gegeben ist. Es ist ferner in Artikel 8 vorgesehen, daß Interessenten im voraus eine Äußerung der Behörde darüber provozieren können, welche Handlungen nicht unter das Gesetz fallen. Es sind das Maßregeln, die verhüten sollen, daß der Staat ohne Not belästigend eingreift.

Meine Herren! Einen besonderen Charakter besitzen die beweglichen Denkmäler und es ist ihnen deshalb eine besondere Rechtsstellung in dem Entwurf zugewiesen worden (Artikel 5 des Ausschußberichts). In der Begründung des Ausschußberichts wurde hervorgehoben, daß auch die Urkunden zu den beweglichen Denkmälern gehören können. Man hat den staatlichen Schutz beschränkt auf solche beweglichen Denkmäler, die sich im öffentlichen Eigentum befinden, ich glaube mit Recht. Eine Ausdehnung des Schutzes auf die beweglichen Denkmäler im Privatbesitz würde, so wünschenswert sie theoretisch sein mag, doch den Wert und die Anerkennung, die man von Seiten des Publikums einer gesetzlichen Regelung des Denkmalschutzes entgegenbringt, bedeutend abschwächen und den Erfolg des gesetzgeberischen Versuchs von vornherein gefährden. Außerdem aber würde die Durchführung gesetzlicher Maßnahmen bezüglich der beweglichen Gegenstände im Privatbesitz, solange diese Maßnahmen nur in einem einzelnen kleinen Staat, wie zum Beispiel in unserem Hessen-Ländchen getroffen sind, und nicht auf das ganze Deutsche Reich sich erstrecken, kaum möglich sein. Wir haben also aus praktischen Erwägungen davon abgesehen, den Denkmalschutz auch auf bewegliche Gegenstände im Privatbesitz auszudehnen.

Meine Herren! Es wurde endlich in Artikel 10 zum Ausdruck gebracht, daß die Kreisämter verpflichtet sind, eine Denkmalliste zu führen, und daß sie in diese alle Baudenkmäler, also solche Bauwerke, auf die die gesetzliche Definition anwendbar ist, aufnehmen müssen, außerdem aber auch diejenigen beweglichen Denkmäler, welche sich im Besitz von Gemeinden, Kirchen, öffentlichen Stiftungen befinden.

Die bisher genannten Bestimmungen befassen sich in der Hauptsache mit einem Schutz gegen positive Verfügungen des Eigentümers. Es kommt aber auch eine Gefährdung der Denkmäler in Betracht durch ein passives Verhalten des Eigentümers. In dieser Beziehung war in der Dresdener Resolution beantragt, es möge ein behördliches Ansinnen an die Gemeinden und Kirchen im Interesse der Erhaltung des Denkmals zugelassen werden. Das ist in unserem Entwurf geschehen, und zwar in den Artikeln 18 und 19. Auch hier bestanden zum Teil schon gesetzliche Bestimmungen, wenigstens den bürgerlichen Gemeinden gegenüber; sie waren aber in ihrer Anwendbarkeit Zweifeln unterworfen, und man mußte deshalb im Gesetz diese Zweifel beseitigen. Es wurde ferner in Artikel 16 des Entwurfs ein Enteignungsrecht anerkannt, welches dann Platz greifen soll, wenn der Eigentümer die Unterhaltung eines Baudenkmals vernachlässigt, oder wenn er sich weigert, eine durch künstlerische oder geschichtliche Rücksichten gebotene Freilegung vorzunehmen. Es ist mithin auch dem Wunsch, der in den Dresdener Resolutionen zum Ausdruck gebracht worden ist, daß eine Enteignung auch zum Zweck der Freilegung zulässig sein soll, Rechnung getragen worden.

In Artikel 17 ist den Behörden das Recht gegeben, eine Aufnahme, eine Besichtigung von Baudenkmälern vorzunehmen. Ferner ist es den Behörden oder beteiligten Kreisen gestattet, baupolizeiliche Bestimmungen zu erlassen im Interesse der Denkmäler. Auch das entspricht einem in Dresden ausgesprochenen Wunsch.

Insbesondere ist in Artikel 20 niedergelegt, daß in Ortsstatuten Bestimmungen getroffen werden können, welche verbieten, daß in der Nähe von Baudenkmälern Gebäude überhaupt oder doch über eine bestimmte Höhe hinaus errichtet werden. Es war jedoch nicht erforderlich, dem weiteren in Dresden gestellten Antrag gemäß Beschränkungen hinsichtlich der Art der Gebäude, hinsichtlich der künstlerischen Gestaltung des Äußeren der Gebäude in den Gesetzentwurf aufzunehmen; wir besitzen eine bezügliche Bestimmung bereits in unserer allgemeinen Bauordnung, wonach durch Ortsstatut in betreff der äußeren Gestaltung der Gebäude, insbesondere auch der Fassaden-Ausbildung reglementierende Bestimmungen erlassen werden können.

Einen wichtigen Teil des Entwurfs bilden die Bestimmungen über Ausgrabungen und Funde. Auch hier sind wir etwas von dem abgewichen, was sowohl in dem französischen Gesetz bestimmt ist, als auch in den früheren Resolutionen gewünscht worden ist. Wir sind zu der Überzeugung gekommen, daß es sich bei den Ausgrabungen und Funden im wesentlichen um Präventivmaßregeln handelt. Der Zweck des Denkmalschutzes ist dann erreicht, wenn die beabsichtigte Ausgrabung nach vorheriger Anzeige erfolgt. Wir halten es nicht für erforderlich, daß eine Genehmigung hierzu eingeholt werde, denn es kann nur im allgemeinen Interesse liegen, daß die verborgenen Kunstschatze gehoben werden. Wir brauchen keine Genehmigungspflicht, sondern es genügt uns die Anzeigepflicht, welche nötig ist, damit seitens der Behörde die zur ordnungsgemüßen Ausführung der Ausgrabung und zur Sicherung der Fundgegenstände erforderlichen Anordnungen getroffen werden können. Dies ist festgelegt in den Artikeln 22—25 des Entwurfs, und es ist damit ein wirksamer Schutz geschaffen.

Bezüglich der Funde ist dort anerkannt, daß der Eigentümer des Grundstücks, in welchem der Fund gemacht wird, oder der Leiter der Ar-

beiten zu einer Anzeige an die Behörde, und zwar an diejenige des Fundorts verpflichtet ist. Unter gewissen Umständen wird auch hier eine Schadenersatzpflicht des Staates anerkannt, wenn die Erfüllung der behördlich auf erlegten Anordnungen dem Eigentümer finanzielle Opfer verursachte. Einen Unterschied zwischen den verschiedenen Arten der Eigentümer zu machen, dafür liegt unseres Erachtens kein Grund vor.

Es ist ferner vorgesehen, daß auch eine Besichtigung etwaiger Fundstätten gestattet werden muß und daß, wenn bei Grabungen eine Gefährdung von vermuteten Funden stattfindet, oder wenn der Eigentümer sich weigert, eine sachgemäße Ausgrabung vorzunehmen oder zuzulassen, ein Enteignungsrecht des Staates besteht.

Von besonderem Interesse ist endlich die Regelung der Organisationsfrage in Artikel 28. Während in den vorausgehenden Artikeln des Entwurfs lediglich die Rede ist von Entscheidungen der Verwaltungsbehörden und Verwaltungsgerichte und während wir davon ausgehen, daß es geboten sei, diesen in gleicher Weise die Entscheidung zu überlassen wie auch in andern Fällen, in denen es sich um Wahrung des öffentlichen Interesses handelt, ist durch Artikel 28 Fürsorge getroffen, daß die Handhabung des gesetzlichen Schutzes durch die Verwaltungsbehörden nicht in einer einseitig bureaukratischen Weise erfolgt. Es ist obligatorisch vorgeschrieben, das Gutachten des Denkmalpflegers einzuholen, in gewissen Fällen auch das Gutachten der oberen Baubehörde. Es ist endlich seitens des Kammerausschusses ein nicht unwichtiger Zusatz durch die Bestimmung in Absatz 3 hereingebracht worden, wonach unter Umständen auch Vertreter der Geschichts-, Altertums-, oder Kunstvereine schriftlich gehört oder zur mündlichen Verhandlung gezogen werden können.

Für die wichtigsten Fälle ist die Mitwirkung eines Denkmalrates, dessen Wirkungskreis sich auf unser ganzes Land erstrecken wird, vorgesehen, und eventuell auch die Berufung eines besonderen Denkmalrats für einzelne besonders hervorragende Baudenkmäler, wie z. B. den Wormser Dom, die Stiftskirche in Wimpfen.

Im letzten Absatz des Artikel 28 sind dem Denkmalpfleger wichtige Befugnisse beigelegt worden, indem er das Recht erhält, in Fällen dringender Gefahr vorläufig die Einstellung gesetzwidrig begonnener Arbeiten zu verfügen oder sonst die zur Verhütung gesetzwidriger Handlungen erforderlichen Maßnahmen anzuordnen.

Der letzte Teil des Gesetzentwurfs (Art. 29—32) befaßt sich mit der wichtigen Frage der Naturdenkmäler. Ich kann mich in dieser Beziehung kurz fassen und möchte Sie nur verweisen auf die Definition: „Naturdenkmäler sind natürliche Bildungen der Erdoberfläche, wie Wasserläufe, Felsen, Bäume u. dgl., deren Erhaltung aus geschichtlichen oder naturgeschichtlichen Rücksichten oder aus Rücksichten auf landschaftliche Schönheit oder Eigenart im öffentlichen Interesse liegt.“

Wir haben den Schutz dieser Denkmäler in beschränkterem Maße, der Eigenart derselben entsprechend, statuiert als bei den Baudenkmälern, wir haben insbesondere das Klassement allgemein eingeführt, nicht nur für die Naturdenkmäler im Besitz von Privaten, sondern auch für Naturdenkmäler im öffentlichen Besitz, weil beispielsweise die Gemeinden ein großes finanzielles Interesse an den Naturdenkmälern haben; man denke an die Ausbeutung

von Waldparzellen zu Steinbrüchen! Dieses finanzielle Interesse rechtfertigt auch einen besonderen Schutz der Interessenten. Das verwaltungsgerichtliche Verfahren ist im wesentlichen dasselbe wie bei beweglichen und Bau- denkmälern. Ein Entschädigungsrecht ist hier allgemein sämtlichen Eigentümern zugesprochen, nicht nur den Privateigentümern, sondern auch den Personen des öffentlichen Rechts in gleicher Weise aus dem von mir bereits angedeuteten Grund.

Eine wichtige Bestimmung enthält der Entwurf im Artikel 31, in welchem festgesetzt ist, daß an einem amtlich geschützten Naturdenkmal oder in dessen amtlich geschützter Umgebung keine Gegenstände angebracht oder aufgestellt werden dürfen, welche für jenes mißständig erscheinen. Diese Vorschrift richtet sich gegen die Plakate und sonstigen Verunstaltungen der landschaftlichen Schönheit.

In Artikel 33 gibt der Entwurf Strafbestimmungen, wobei ein Unterschied zwischen vorsätzlichen und fahrlässigen Vergehen gemacht ist.

Meine Herren! Das ist im wesentlichen der Inhalt unseres Entwurfs. Sie haben aus dem Mitgeteilten ersehen, daß es sich um eine umfassende Kodifikation der gesamten Materie handelt. Ich glaube sagen zu dürfen, daß wohl keine Frage vorhanden ist, die nicht in irgend einer Weise eine gesetzliche Regelung gefunden hat, umfassender wie in dem französischen Gesetz, weit eingehender und viel mehr Rücksicht nehmend auf die beteiligten Besitzer von Denkmälern wie die französische Gesetzgebung und insofern auch erfolgversprechender.

Meine Herren! Es kann vielleicht befremdlich erscheinen, daß ein Kleinstaat wie Hessen mit dieser schwierigen gesetzgeberischen Arbeit vorangegangen ist. Man hätte vielleicht warten können, bis der Großstaat Preußen Vorbildliches geschaffen hätte. Dies ist auch bei uns erwogen worden. Allein wir haben andererseits uns doch gesagt, daß Kleinstaaten vermöge der größeren Übersichtlichkeit, der größeren Einfachheit der Verhältnisse leichter in der Lage sind, eine Lösung zu finden, und wir sind weiter von dem Gedanken ausgegangen, daß die kleinen deutschen Staaten ihre Existenzberechtigung insbesondere dadurch dem deutschen Volk gegenüber kundgeben müssen, daß sie in ihrer Verwaltung nicht nur, sondern auch in ihrem gesetzgeberischen Vorgehen mit Initiative und rasch arbeiten.

Von diesem höheren Gesichtspunkt aus, meine Herren, haben wir das Wagnis unternommen. Möchten wir durch das Gelingen unseres Werkes belohnt werden, dieses Werkes, welches einem großen idealen Ziele dient: der Hebung des Nationalbewußtseins, der Wiederbelebung der Liebe zum Vaterland und zur Heimat mittels der Pflege der Denkmäler, der stummen, aber doch beredtesten Zeugen einer großen Vergangenheit! Handelt es sich hier doch, meine Herren, um Ziele, zu deren Erreichung alle Edelgesinnten im Volk, durch religiöse, politische, soziale Meinungsverschiedenheiten ungehindert, einträchtig zusammenwirken können zum Wohle unseres geliebten deutschen Vaterlands.

Geheimrat Professor Dr. Loersch-Bonn: Bevor wir die Besprechung beginnen, erlaube ich mir noch, den Antrag des Herrn Professor Mehlis zu verlesen, der in unsere Beratung notwendig herangezogen werden muß. Er lautet folgendermaßen:

„Im Hinblick auf den Paragraph 7 der Dresdener Beschlüsse, der die Enteignung eines Grundstückes zum Zweck der Erhaltung eines Denkmals für zulässig erklärt, und ebenso auf Paragraph 8, der eine gegenteilige Enteignung für unzulässig erklärt (vgl. auch das Einführungsgesetz z. B. G. B., Art. 109), übergibt der Unterzeichneter der ländlichen Kommission für Denkmalpflege folgenden Antrag:

Dieselbe wolle die geeigneten Schritte tun, um eine solche positive oder negative Enteignung entweder in den einzelnen Bundesstaaten oder, wenn nicht angängig, ein geeignetes Expropriationsverfahren zum Zwecke der Denkmalpflege durch die mit der Gesetzgebung beauftragten Organe des Reiches herbeizuführen.

Freiburg, 23. IX. 1901.

Dr. C. Mehlis.“

Ich gestatte mir nun, sofort auf folgendes aufmerksam zu machen: Das E. G. zum B.G.B. für das Deutsche Reich hat alle Enteignungsmaterien der Gesetzgebung der Einzelstaaten überwiesen. Es versteht sich von selbst, daß für das nächste Jahrhundert sicher eine Änderung in diesen Punkten nicht stattfindet. Es ist also meiner Ansicht nach vollständig jeder Erörterung entzogen, daß auf irgend eine Weise das Deutsche Reich mit einer Enteignungsmacht und seine Organe mit irgend einem Enteignungsverfahren in Zusammenhang gebracht werden sollen. Die Enteignung ist Sache des Einzelstaates.

Ich mache nun auch noch darauf aufmerksam, daß wir heute von zwei Staaten schon in ganz bestimmter Weise erfahren haben, daß eine Enteignung zum Zweck der Denkmalpflege in ihnen unbedenklich stattfinden kann. Für Preußen ist uns das bestätigt worden durch die Ausführungen des Herrn v. Bremen, und für Hessen haben wir eben gehört, daß entsprechende Bestimmungen ausdrücklich in den halb schon angenommenen Gesetzentwurf eingestellt sind. Soviel ich die Gesetzgebung der einzelnen Länder übersehe, glaube ich auch, daß es kaum einen Staat im Deutschen Reich geben wird, der nicht in der Lage wäre, wenn er will, eine Enteignung zugunsten der Denkmalpflege vorzunehmen auf dem Wege, wie er eben nach der Partikulargesetzgebung vorgeschrieben ist.

Meine Herren! Es handelt sich nach meiner Ansicht in all den Fragen der Enteignung zugunsten der Denkmalpflege gar nicht um die gesetzliche Möglichkeit. Das Recht ist, soviel ich übersehen kann, überall vorhanden. Es sind auch die nötigen Organe überall vorhanden, da ja die Enteignung eine Sache ist, die täglich vorkommt und vorkommen kann. Die Frage ist nur die, ob man diese gesetzlichen Bestimmungen und ob man das Verfahren in Bewegung setzt nicht bloß für Eisenbahnen, Chausseen und Straßen, sondern auch einmal für die idealen Güter und die idealen Interessen der Denkmalpflege.

Meine Herren! Diese Frage ist von ganz anderen Gesichtspunkten aus zu entscheiden; diese Frage ist leider Gottes meist lediglich eine Geldfrage. Wenn das Geld vorhanden ist, dann wird auch die Enteignung möglich sein. Wir können also, glaube ich, von unserem Standpunkt aus immer nur wieder betonen, es mögen die Staaten in ihre Budgets und bei ihren sonstigen Einrichtungen die nötigen Summen bereit stellen, um eben die Enteignungen, die für die Denkmalpflege nötig sind, verwirklichen zu können. Das ist meine unmaßgebliche Auffassung von der Materie.

Ich möchte aber nicht unterlassen, Herrn Professor Mehlis zu bitten, uns die Begründung seines Antrags kurz vorzutragen, damit wir vielleicht auf das eine oder andere aufmerksam werden, was er speziell als Anlaß zu seinem Antrag genommen hat.

**Professor Dr. Mehlis-Neustadt a. H.:** Hochgeehrte Versammlung! Der Vater des Wunsches bei dem Antrag, den ich mir erlaubt habe, der Kommission zu übergeben, war der Gedanke, es möchte auch in den anderen Staaten, die gegenüber Preußen und Hessen, um mich so auszudrücken, noch rückständig sind, ein entscheidender Schritt auf dem Wege des Fortschreitens auf dem Gebiet der Denkmalpflege getan werden.

Diesem Wunsch ist nun Genüge geschehen durch die einstimmige Annahme der vorhin gefaßten Resolution, so daß der Antrag, der von meiner Seite gestellt wurde, in dieser Beziehung erledigt ist.

Es waren jedoch noch andere Erwägungen, hochgeehrte Versammlung, die mich zu dem Antrag veranlaßt haben, speziell die Tatsache, daß die Klinke der Gesetzgebung bis jetzt in Bayern noch nicht in die Hand genommen wurde, um im Interesse der Denkmalpflege ein öffentliches Denkmal dem Privatbesitzer gegenüber zu enteignen. Und gerade der Fälle, die in dieser Beziehung einschlagend sind, gibt es in unserem Rheinland, wovon die Pfalz einen Teil bildet, recht viele. Es ist bekannt, daß infolge der französischen Revolution eine große Reihe von Gütern mit den zugehörigen Burgen, die Dynasten eigen waren, in den Privatbesitz gelangt sind, so daß faktisch gegenwärtig ein verhältnismäßig großer Teil von Burgen bzw. deren Ruinen in der Pfalz sich im Privatbesitz befinden. Meine Wenigkeit selbst z. B. besitzt nicht weniger als drei öffentliche Denkmäler dieser Art.

Es gibt nun, meine Herren, in Bayern weder ein Gesetz noch irgend eine Verordnung, die den Besitzer dieser drei Denkmäler hindern könnte, sie in den nächsten Jahren aus irgend einem Grunde — vielleicht zur Förderung landwirtschaftlicher Zwecke — vom Boden verschwinden zu lassen. Der Besitzer der „Heidenmauer“ z. B. könnte dieselbe vollständig abtragen lassen, vielleicht um einen Weinberg anzulegen; der Turm der Ruine Kirkel könnte im nächsten Jahre verschwinden. Und was das dritte Denkmal betrifft, so hat mir ein Ökonom, der vorige Besitzer, gedroht: „Ja, Herr Doktor, graben Sie nur recht viele Steine aus der Mauer heraus, so kann ich die Steine recht gut auf meinen Hof fortführen. Da muß sowieso eine Mauer gebaut werden!“ — Sie sehen an diesen drei Beispielen, die aus eigener Erfahrung stammen, wie nötig es ist, daß die Anregung, die heute gegeben worden ist, auch bei anderen Staaten ventiliert wird. Exempla trahunt! Ich schließe mit dem Wunsche: Exempla trahant!

#### **Debatte:**

**Professor Rahn-Zürich:** Meine Herren, gestatten Sie mir im Anschluß an die interessanten Mitteilungen, welche der Herr Vorsitzende über das Bernsche Gesetz gegeben hat, eine Berichtigung bzw. einen kleinen Zusatz zu machen.

Es ist dieses Bernsche Gesetz, wie bereits von unserem Herrn Vorsitzenden ausgeführt worden ist, noch nicht in Kraft getreten, sondern es muß erst noch das Fegfeuer des Großen Rates und des Referendums pas-

sieren, wobei es sich fragt, welches sein endgültiges Schicksal sein werde, wenigstens in der Form, in der es akzeptiert werden will.

Nun ist das Gesetz, soweit es die Architektur und die Klassifizierung betrifft, eigentlich nichts anderes als eine Kopie des Waadtändischen, das bereits seit drei Jahren in Kraft getreten ist.

Ich halte mich umso mehr verpflichtet, darauf aufmerksam zu machen, weil mein Nachbar, der etwas früher den Saal verlassen hat, der Initiant des Waadtändischen Gesetzes ist, nämlich Herr Albert Naef, Archéologue de l'Etat, bekannt und berühmt durch seine vorzülichen Forschungen in Chillon.

Konservator H a g e r - M ü n c h e n : Meine Herren! Als Vertreter des Generalkonservatoriums Bayerns möchte ich, anknüpfend an die Worte des Herrn Professor Mehlis, nur kurz mitteilen, daß im Schoße des Generalkonservatoriums der Kunstdenkmäler in Bayern schon seit längerer Zeit die Frage eines Denkmalschutzgesetzes erwogen wird.

Näheres kann ich über die Sache nicht mitteilen. Es ist schon vorhin erörtert worden, daß in größeren Staaten es ungleich schwieriger ist, eine derartige Sache in die Wege zu leiten und in Vollzug zu bringen. Ich möchte feststellen, daß wir der Sache schon seit längerer Zeit unsere Aufmerksamkeit widmen, und daß es wohl in absehbarer Zeit gelingen wird, ihr auch in Bayern, wie das in Hessen und vielleicht auch in Preußen geschehen wird, eine gewisse Verwirklichung zu schaffen.

Oberbürgermeister S t r u c k m a n n - H i l d e s h e i m : Meine verehrten Herren! Wie Sie alle, so stehe auch ich unter dem Eindruck der Reden, die wir gehört haben von seiten des Herrn Geheimrat von Bremen und des Herrn von Biegeleben, daß wir uns in dieser sehr wichtigen Angelegenheit in außerordentlich aufsteigender Linie bewegen. Die Ankündigung, daß in Preußen ernstlich daran gedacht wird, die Sache zu regeln, der Beweis, daß Darmstadt bereits begonnen hat, die Sache zum Abschluß zu bringen, ist so erfreulich, daß ich glaube, daß dies ein so schöner Anfang unserer Tagung ist, wie wir ihn uns nur wünschen können. Ich möchte aber noch auf einige praktische Gesichtspunkte aufmerksam machen.

Der Herr Geheimrat von Bremen hat gemeint, daß die bestehenden Enteignungsgesetze wohl genügen würden, um das zu erreichen, was man erreichen will, daß es einer besonderen Bestimmung darüber wohl weiter in Preußen nicht bedürfe. Herr von Biegeleben hat gesagt, daß man in Darmstadt an sich derselben Ansicht gewesen sei, aber es doch für richtiger gehalten habe, es zum Ausdruck zu bringen, daß auch für Zwecke dieser Art eine Enteignung zulässig sei. Ich muß Herrn von Biegeleben vollständig recht geben; und auch ich möchte Herrn von Bremen dringend bitten, doch in das für Preußen zu erwartende Gesetz ausdrücklich eine Bestimmung aufzunehmen, daß eine Enteignung auch für die fraglichen Zwecke zulässig ist, und uns nicht auf das bestehende Enteignungsrecht zu verweisen. Es würde sonst von vornherein eine Reihe von zweifelhaften Fragen auftauchen, z. B. die: Wer ist berechtigt, die Enteignung für diesen Zweck zu beantragen? Das ist schon eine sehr wichtige Frage. Man kann zu der Ansicht gelangen, daß, wenn überhaupt, was auch noch zweifelhaft sein kann, auf Grund des preußischen Enteignungsrechts eine Enteignung stattfindet, notwendig der

Staat derjenige sei, der die Enteignung vornehmen muß. Meine Herren! Wenn wir aber darauf warten wollen, daß nachher, wenn auch der Staat theoretisch berechtigt ist, die Enteignung eintreten zu lassen im Interesse dieser oder jener Kunstdenkmäler, der Staat wirklich die Enteignung vornimmt, dann kommen wir im großen und ganzen wenig in der Sache weiter; denn der Staat wird meist sagen: Ich habe nicht das Geld! und sehr vielfach werden auch noch andere Hindernisse im Wege stehen.

Herr v. Biegeleben hat auch erklärt, es sei ja dieses Recht, das den Privaten gegenüber gegeben werde und das sehr tief einschneide, im großen und ganzen ein ziemlich ungefährliches: denn der Staat werde selten in der Lage sein, das Geld für diese Zwecke zu haben, und er hat — gewissermaßen als Trost für die Privaten (Heiterkeit), daß sie durch dieses Gesetz nicht zu sehr sollten geängstigt und eingeschränkt werden — uns dieses mitgeteilt. Meine Herren! Wenn das aber der Fall ist, dann hilft uns eben das schönste Gesetz, das mit der größten Sorgfalt ausgearbeitet worden ist, nichts, wenn der Staat das Recht hat, aber keinen Gebrauch davon machen kann, weil die Stände ihm keine Mittel zur Verfügung stellen.

Lassen Sie uns doch nur die Sache praktisch betrachten! Es ist ja auch dem Staat nicht möglich; wie kann er von diesen Tausenden und Aber-tausenden von Kunstdenkmälern — denn gottlob handelt es sich um so viele — Eigentümer werden: das ist gar nicht möglich!

Lassen Sie mich auf meine eigene Stadt, in der wir uns bestreben — und seit einer Reihe von Jahren mit Erfolg — die Kunst zu hegen, das, was überkommen ist, zu erhalten, auf Hildesheim, exemplifizieren. Wir haben eine Reihe herrlicher Kirchen, für die gut gesorgt ist; da hat es keine Not. Der Staat, soweit er verpflichtet ist, sie zu erhalten, wird sie nicht verkommen lassen. Wir haben aber auch eine Reihe von Privathäusern. Verschiedene derselben wurden von der Stadt angekauft, weil sie sonst zugrunde gegangen wären. Daneben haben wir aber noch, neben den in Besitz der Stadt befindlichen, Hunderte von Privathäusern, die gerade der Stadt ihren Charakter geben. Uns kommt es nicht so sehr darauf an, daß hier und da ein schönes Haus am Marktplatz usw. vorhanden ist, sondern darauf, daß die Stadt ihren Charakter behält, wie dies auch bei Rotenburg a. T., bei Nürnberg, bei Braunschweig und bei einer Reihe anderer Städte der Fall ist. In allen diesen Städten kommt es weniger darauf an, ein einzelnes Haus der Nachkommenschaft vorführen und zeigen zu können, wie es ausgesehen hat vor ein paar hundert Jahren, als darauf, der ganzen Stadt das Gepräge zu erhalten.

Meine Herren! Kann es Aufgabe des Staates sein, ein paar hundert Häuser aufzukaufen? Damit kommen wir nicht weit! Ich bin gar nicht bange, soweit es sich um Kirchen, um anderweitige, außerordentliche Kunstdenkmäler handelt und diese in den Händen der Kirchengemeinden oder Gemeinden sind; da bin ich vollständig mit dem Entwurf einverstanden, und glaube, daß er dem Staat den genügenden Einfluß einräumt, um darauf hinzuwirken, daß sie nicht untergehen. Da muß und kann der Staat mit starker Hand vorgehen.

Auch hat Herr v. Bremen erwähnt, daß in Preußen mit großem Erfolg Kommissionen gebildet worden sind, die in zweifelhaften Fällen die

Entscheidung, wenn auch nicht zu geben, so doch zu beeinflussen haben, damit von vornherein der Anschein vermieden wird, als ob mit einer gewissen Einseitigkeit und mit einem gewissen Bureaucratismus vom Staat vorgegangen werde. Ich glaube, es kann nichts Fruchtbareres geschehen, als wenn wir diesen Kommissionen eine organische Mitwirkung geben. Also für Denkmäler, die im Besitz der Gemeinden und Korporationen sich befinden, bin ich nicht bange. Ich kann auch keine Härte darin finden, wenn diesen gegenüber entschieden vorgegangen wird; denn, meine Herren, jede Korporation, die im öffentlichen Interesse besteht, hat die Verpflichtung, an dasjenige anzuknüpfen, was sie von ihren Vorgängern empfangen hat. Es ist eine Korporation, mag sie eine Kirche, mag sie eine Vereinigung, mag sie eine Stadt sein, gar nicht berechtigt, heute auf Grund einer zeitweiligen einseitigen Geschmacksrichtung vielleicht die ganze Vergangenheit mit einem Male zu verwischen und zu sagen: Ich kehre mich nicht an das, was unsere Vorfahren getan haben; ich will allein nach meinen Bedürfnissen handeln. Meine Herren! Es ist ganz außerordentlich wichtig, daß die historische Kontinuität erhalten wird, und ich halte jede Korporation, mag sie heißen, wie sie will, für verpflichtet, harmonisch an dasjenige anzuknüpfen, was ihr überliefert ist. Es ist darum keine unzulässige Beschränkung, wenn dem Staat, der das Ganze zu überwachen und alle Interessen auszugleichen hat, ein kräftiges Recht gegeben wird, zu sagen: Du kommst in dieser Beziehung deinen Verpflichtungen als Korporation nicht nach und deshalb muß ich dir nachhelfen. Und wenn dann Organe geschaffen werden, welche verhüten, daß nicht einseitig und ohne Rücksicht auf berechtigte Interessen verfahren wird, Kommissionen, in denen jene Korporationen mitvertreten sind, die mitsprechen und mitentscheiden sollen, so ist in dieser Beziehung alles getan, was getan werden kann.

Aber, meine Herren, bei den vielen Gegenständen, die sich in den Händen der Privaten befinden — und das ist ja bei weitem die große Mehrzahl — wollen wir uns da genügen lassen, dem Staat das Enteignungsrecht zu geben und dann nachher zu sehen, daß er gar nicht in der Lage ist, einzugreifen? Meine Herren! Da ist eine ganz wichtige Ergänzung notwendig. Sie müssen das Enteignungsrecht den Kommunalverbänden geben, den weiteren und den engeren. Die weiteren Kommunalverbände sind ja auf diesem Gebiet außerordentlich tätig gewesen. Es handelt sich da z. B. in Hannover um Heide-denkäler u. dgl. Dinge, die vielfach den Bauern in kleinen Gemeinden gehören: da ist es der weitere Kommunalverband, dem das Enteignungsrecht gegeben werden muß. Aber ich glaube nicht, daß, wenn nicht dieserhalb eine Bestimmung in dem preußischen Gesetzentwurf getroffen wird, diese Kommunalverbände jetzt das Recht haben würden. Viel wichtiger aber ist es, weil in den Städten die meisten Baudenkmäler sein werden, daß den Städten das Enteignungsrecht gegeben wird. Dieses kann, meine Herren, vielleicht so geschehen, daß in Anknüpfung an den hessischen Gesetzentwurf gesagt wird: Wenn der Staat von seinem Enteignungsrecht keinen Gebrauch macht, so ist er verpflichtet, die Gemeinde und den weiteren Kommunalverband zu fragen, ob sie das Enteignungsrecht nicht geltend machen wollen; wollen sie es geltend machen, so tritt dieselbe Folge ein, die nach dem Entwurfe eintreten würde, wenn der Staat das Enteignungsrecht geltend machen würde. Ohne solche Ergänzung wird es auch nach dem sonst vortrefflichen Darmstädter Entwurf dahin kommen, daß der Staat seinerseits, weil er das

Geld nicht hat, von seinem Recht keinen Gebrauch macht und somit tatsächlich wenig oder nichts geschieht.

Freilich sagt Herr von Biegeleben — das ist wenigstens der Sinn seiner Worte gewesen — der Staat habe wenigstens Gelegenheit, mit den Leuten zu verhandeln. Ja, diese Gelegenheit ist meistens auch jetzt schon da, danit aber sind die von mir geschilderten Schwierigkeiten nicht beseitigt. Es genügt auch nicht, daß der Staat etwa den Gemeinden gegenüber sich erklärt: Wenn ihr mir für die Kosten einsteht, so werde ich meinerseits von meinem Enteignungsrechte Gebrauch machen. Denn das ist für die Stadt, für die Kommune ein ganz eigenes Ding, wenn ein Dritter auf ihre Kosten von der Enteignung Gebrauch macht: damit werden die Städte sich sehr schwerlich einverstanden erklären.

Meine Herren! Ich könnte es vielleicht überhört haben, daß eine ähnliche Bestimmung in dem Entwurf sich schon findet: jedenfalls würde ich es für außerordentlich wertvoll halten, wenn sie etwa dahin aufgenommen würde, daß, wenn der Staat von seinem Enteignungsrecht keinen Gebrauch macht, dieses Recht dann auf die Kommunen, auf die weiteren und engeren Kommunen, also namentlich auf die Stadtgemeinden übergeht. Dann bin ich überzeugt, dann kommt die Sache in die richtige Hand, in die Hand derer, die zunächst dabei interessiert sind, das sind in den meisten Fällen die Stadtgemeinden. Sie haben ein Interesse daran, und es sind die Vertreter der Stadtgemeinden gottlob noch dafür zu haben und haben das nötige Verständnis dafür.

Wir in Hildesheim haben uns seit einer Reihe von Jahren bestrebt, das Verständnis wachzurufen, und zwar wesentlich dadurch, daß wir einen Verein gegründet und die Einwohner veranlaßt haben, sich einverstanden zu erklären, daß ihre Baudenkmäler erhalten und stilgemäß wieder hergestellt werden. Wir haben einen Zuschuß gegeben und darauf hingewiesen, um wieviel wertvoller ihre Häuser würden, wenn sie sie in der gedachten Weise erhalten. Anfänglich hatten wir natürlich einige Schwierigkeiten: dann aber sahen die Leute ihren Vorteil ein und heute sind sie für unsere Bestrebungen im ganzen leicht zu haben und freuen sich des Erfolges. Wir haben ferner unsere Stadtvertreter darauf hingewiesen, welche Vorteile es für die Stadt bringt und wie der Fremdenbesuch steigen werde, und er ist auch in der Tat außerordentlich gestiegen. Und jetzt, meine Herren, mögen wir viele Tausende von unseren Stadtvertretern für solche Zwecke fordern, sie werden meistens ohne weiteres bewilligt, ja sie werden manchmal uns entgegengetragen, weil eben das Verständnis wachgerufen worden ist. In den Städten ist es also nicht so schwierig mitzukommen, wenn der Boden zeitig beackert wird. Es kann übrigens auch der Staat hier außerordentlich viel tun, indem er die Stadtverwaltungen immer und immer wieder auf ihre Pflicht in dieser Richtung hinweist. Wenn so in der Stadtverwaltung das Interesse rege gemacht wird, dann wird es gar nicht schwer halten, auch die Mittel, wenigstens für die wichtigsten Aufgaben, zu finden, die Mittel, die der Staat nicht in der Lage sein wird, bereitzustellen. Oder kann es und will es die Stadt nicht, so wird mitunter die Provinzialverwaltung bereit sein.

Dann, meine Herren, könnte noch auf einem anderen Gebiete manches geschehen. Es ist vorhin gesagt worden, man wolle keine Polizei usw. Ja, meine Herren, auch auf diesem Gebiet möchte ich doch einige Punkte nicht

ganz außer acht gelassen wissen. Jede Baupolizeiverordnung enthält doch eine Unzahl von Beschränkungen für denjenigen, der bauen will. Beschränkungen aller denkbaren Art. Sollte es da nun vollständig unzulässig erscheinen, daß in den Städten, wo es von größtem Interesse ist, daß keine Verhunzung von Bauwerken entstehen entweder direkt oder dadurch, daß in der Nähe Bauten aufgeführt werden, die gar nicht passen, sollte es da unzulässig sein, in der Bauordnung zu sagen: Es ist nicht gestattet, die Fassade so und so zu bauen!? Es läßt uns da eben das allgemeine Landrecht, das in der Beziehung noch für einen großen Teil Preußens gültig ist, einigermaßen im Stich. Wir in der Provinz Hannover leben nicht unter der Herrschaft des allgemeinen Landrechts, sondern wir sind in der Richtung etwas freier gestellt. Wir haben von vornherein in der alten Bauordnung etwas weitergehende Vorschriften gehabt, und es steht darin, daß auch auf die Schönheit Rücksicht genommen werden soll. Also das, was in dem allgemeinen Landrecht zu vermissen ist, finden Sie bei uns. Wir haben eine Polizeiverordnung erlassen, wonach es verboten ist, im Innern der Stadt Bauten zu errichten oder so auszubessern, daß sie nicht zu dem Charakter passen, den die ganze Umgebung an sich trägt. Meine Herren! Es ist uns allerdings gesagt worden, es sei zweifelhaft, ob das zulässig sei oder nicht. Der Minister aber hat gesagt, er habe sich gefreut über unsere Polizeiordnung; wir sollen nur etwas vorsichtig damit umgehen (Heiterkeit); das tun wir auch. Die Verordnung hat außerordentlich segensreich gewirkt. Sie sehen jetzt schon, wie darnach gebaut wird. Wir haben einen Wettbewerb ausgeschrieben, um den Bauunternehmern Muster geben zu können, wie sie im Hildesheimer Stil weiter bauen können. Der Wettbewerb war von größtem Erfolg. Wenn nun, meine Herren, das allgemeine Landrecht in dieser Beziehung keine genügende Handhabe für den Erlaß geeigneter Bauvorschriften bietet, sollte es dann nicht möglich sein, ein Gesetz zu erlassen, in dem gesagt wird: Es ist den Baupolizeibehörden gestattet, bei Genehmigung der Bauten auch auf diese Seite der Sache Rücksicht zu nehmen, daß keine Verschändung der Straßen usw. eintritt. Dem Oberverwaltungsgericht merkt man es bei seinen Entscheidungen an, daß es gerne etwas weiter gehen möchte; es hat eine Unterscheidung gemacht: wenn es „ganz häßlich“ wäre, dann wäre es unzulässig (Heiterkeit); so ungefähr ist es ausgedrückt; aber das ist immer zweifelhaft. Man bewegt sich da auf einem durchaus schwankenden Boden. Es ist nur noch ein kleiner Schritt und dann steht man auf dem Boden, auf den wir Hildesheimer uns gestellt haben. Ich glaube, es würde in Preußen von seiten der Gemeinden einem ganz allgemeinen Gefühl des Dankes begegnen, wenn das Gesetz in der Richtung den Baupolizeibehörden eine etwas weitergehende Befugnis geben würde, als sie bis jetzt haben.

Das sind die zwei Punkte, auf die ich aufmerksam machen wollte: einmal, daß den Baupolizeibehörden eine größere Freiheit gegeben wird, einzuschreiten gegen Verschändung alter Gebäude oder Baudenkmäler, und zweitens, daß das Enteignungsrecht nicht allein in den Händen des Staates bleibt, sondern in die Hand der Kommune gelegt werden möge. Geschieht das, so bin ich fest überzeugt, daß die Kommunen sehr bald und sehr rasch dieses ihr neues Recht ergreifen werden zum Segen, glaube ich, unseres Vaterlandes, welches es wirklich außerordentlich nötig hat und dem es sehr

dienlich ist, wenn wir uns in enger Fühlung auch mit unserer Vergangenheit halten, der wir so unendlich viel verdanken.

Regierungspräsident a. D. Himly-Stade: Herr Oberbürgermeister Struckmann ist ein in weiten Kreisen angesehener Mann, und Hildesheim eine kunstwertig berühmte Stadt. Dies teilt sie mit einer allerdings nicht großen Anzahl anderer deutscher Städte, wie Nürnberg, Danzig usw. Solche Städte unter sachkundiger Leitung, wenn noch dazu, wie es in Hildesheim der Fall zu sein scheint, die Stadtvertretung hinter ihrem Stadtoberhaupte steht, können die hohen Ziele verfolgen, welche Sie, Herr Oberbürgermeister, im Auge haben.

Aber hier handelt es sich hauptsächlich um die mittleren und kleineren Städte und um das platt Land. Und da kann ich es nur mit besonderer Freude begrüßen, daß Herr von Bremen glaubt, mit dem Enteignungsverfahren durchkommen zu können. Es wird in den meisten Fällen den in Frage kommenden Kommunen einen Dienst erweisen. Im Verwaltungs-Zwangsvorfahren die Erhaltung der Denkmäler zu erreichen, verursacht Zeitverlust, Vergeudung von Arbeitskraft und umfangreiche Schreiberei, ohne bei dem vielfach finanziellen Unvermögen der Gemeinden in den meisten Fällen den Erfolg sicherzustellen.

Dies vorausgeschickt, möchte ich aus meiner Regierungserfahrung heraus auf einige Bemerkungen bezüglich der beweglichen Denkmäler kommen.

Herr von Bremen ist rasch über das Thema der Ausgrabungen hinweggegangen, indem er nur gesagt hat, daß man denselben besondere Beachtung schenken müsse. Ich habe leider dabei vermisst, wie man denselben besondere Beachtung schenken soll. Es kommt allerdings alle zwei Jahre ein stets gleichlautendes Ministerialreskript an die Regierungspräsidenten herunter, nicht allein wegen der Ausgrabungen, sondern wegen der Denkmäler überhaupt, welche der Fürsorge dringend empfohlen werden. Der Regierungspräsident macht auch alle zwei Jahre ein gleichlautendes Reskript an die Landräte, selbständigen Bürgermeister und wohl auch an die Geschichtsvereine des Bezirks, d. h. er läßt das Ministerialreskript abdrucken und damit endigt die Sache, weiter hat es keinen Zweck. (Heiterkeit.) Der Regierungspräsident würde sich ja nur blamieren, wenn er in der Sache etwas weiter tun wollte (große Heiterkeit), denn um in derartigen Angelegenheiten, namentlich Ausgrabungen, zu arbeiten, gehört vor allen Dingen Geld, und der Regierungspräsident in Stade z. B. hat erst seit einigen Jahren — früher mußte er immer in seine eigene Tasche greifen — für alle unvorhergesehenen Ausgaben in seinem Bezirke 300, sage und schreibe dreihundert Mark. Diese reichen natürlich nicht hin, nicht her, und wenn ihm auch die schönsten ausgegrabenen und sonst vorhandenen Altertümer angeboten werden, so muß er einfach darauf verzichten. Anfänglich wendet er sich dann noch vielleicht an seine historischen Vereine, diese gehen aber, wie man so zu sagen pflegt, in der Abenddämmerung allein betteln und lächeln nur über die Naivität ihres Präsidenten, von ihnen Geld haben zu wollen. Die Andenken an unsere Vorfahren werden auf diese Weise überall in Preußen von Antiquitätenhändlern aufgekauft und zu meist hohen Preisen ins Ausland, namentlich nach England, weiter verkauft. Selbst wenn sie aber einiges im Inlande verkaufen, so ist die Gefahr, daß die Sachen später für Deutschland verloren gehen, keineswegs ausgeschlossen,

wie wir dies gegenwärtig an den reichen Rothschildschen Sammlungen erleben werden, wenn nicht schon erlebt haben. Auch in meinem gegenwärtigen Heimatsbezirke Stade, den ehemaligen Herzogtümern Bremen und Verden zwischen Hamburg und Bremen, sind die zahlreichen Händler aus diesen Städten seit langen Jahren bemüht, uns unsere früher so zahlreichen Altertümer zu entfremden und es ist beinahe ein Wunder, wenn noch irgendwelche wertvollen Stücke gefunden werden. Bedauerlich bleibt, daß die Staatsregierung dem unbewegt zusieht, während sie durch Bewilligung von Mitteln für solche Zwecke an die Regierungspräsidenten und die Geschichtsvereine, selbst bei nicht großen Beträgen, diesem Unfuge vorbeugen und vieles Gute schaffen könnte. Bei dieser Gelegenheit möchte ich den Herrn Ministerialkommissarius fragen, ob die von dem Herrn Finanzminister in dankenswerter Weise für Denkmalzwecke dem Herrn Kultusminister zur freien Verfügung gestellten 100 000 Mark eine einmalige oder eine jährliche etatmäßige Zuwendung bilden. Ich muß Herrn von Bremen überlassen, ob er mir darauf antworten will oder nicht (Herr von Bremen lächelt und schweigt), feststellen will ich aber, daß die Summe dauernd bewilligt eine anerkennenswerte Leistung bildet, während sie in einmaliger Verwendung nur ein Tropfen im Ozean ist.

Geheimer Oberregierungsrat von Bremen-Berlin: Meine Herren! Ich kann nur dankbar sein für das Interesse, welches der Herr Oberbürgermeister Struckmann unserer Sache entgegenbringt.

Daß die Finanzfrage natürlich eine große Rolle spielt in diesen Dingen, das bezweifle ich keinesfalls. Und wenn heute für diese Kulturaufgaben nicht unerhebliche Summen übrig sind, so können wir nur wünschen, daß sie in noch größerem Maße flüssig gemacht werden.

Was nun aber die Ausgrabungen, die der Herr Präsident Himly anführt, betrifft, so sprach ich vorhin nur über Gesetzgebungspläne in bezug auf Ausgrabungen. Auf Grund des bestehenden Rechts sind wir allerdings sehr beschränkt in der Überwachung der Ausgrabungen. Mein Wunsch ist es aber, daß diese Ausgrabungen gesetzlich unter Aufsicht der Behörde gestellt werden, und daß dadurch diesem verderblichen Treiben, daß der Zerstörung ein Riegel vorgeschoben wird.

Wenn der Herr Oberbürgermeister Struckmann dann auf die Enteignungsbefugnisse des Staates hinwies, so glaube ich allerdings, daß das jetzige Enteignungsrecht des Staates ausgeübt werden kann zugunsten der Kommune, der Gemeinden, der Provinzialverbände, sogar zugunsten der Vereine, und ich kann dem Herrn Oberbürgermeister nur sagen: Wenn eine Stadt beantragt, ein wertvolles Denkmal für sich im Enteignungsweg zu erwerben, daß der Staat ihr dann sicher kein Hindernis entgegensetzt, sondern nach Möglichkeit der Gemeinde das Enteignungsrecht verschaffen wird.

Im übrigen sind wir, glaube ich, in unseren Zielen vollständig der selben Ansicht. Es handelt sich eigentlich nur um eine Form, und ich gebe dem Herrn von Biegeleben vollständig recht, wenn er sagt, daß es wünschenswert wäre, in unserem Gesetzentwurf es zum Ausdruck zu bringen, daß das Enteignungsrecht auch zugunsten der Denkmalpflege ausgeübt werden kann. Es hat das auch einen großen patriotischen Wert, wenn man weiß, daß die Denkmäler noch einem besonderen Schutz unterstellt werden können. Ich

habe aber geglaubt, bei den gesetzgeberischen Plänen, die ich mir zu entwickeln erlaubt habe, von denen ich aber nicht weiß, wieweit sie später zur Durchführung gelangen, mich auf das Notwendigste beschränken zu dürfen nach dem alten Grundsatz: Das Bessere ist der Feind des Guten.

Ministerialrat Freiherr von Biegeleben: Ich gestatte mir, ganz kurz auf die von Herrn Oberbürgermeister Struckmann angeführte Enteignungsfrage auch vom Standpunkt unseres Entwurfs aus einzugehen.

Es ist in Artikel 16 Absatz 2 vorgesehen, daß der Staat durch Entschließung des Ministeriums des Innern das ihm nach Absatz 1 in erster Linie zustehende Enteignungsrecht auf die Provinzen, Kreise oder Gemeinden, in deren Bezirken die Baudenkmäler sich befinden, übertragen kann. Dasselbe ist in Artikel 27 Absatz 2 bestimmt hinsichtlich der Enteignung solcher Grundstücke, in welchen Ausgrabungen vorgenommen werden oder Funde zu erwarten sind. Es ist hier also ausdrücklich anerkannt, daß eine direkte Übertragung des Enteignungsrechts an die Gemeinde stattfinden kann, daß der Staat nicht etwa nur auf Rechnung der Gemeinde das Enteignungsrecht ausübt, sondern daß er das Enteignungsrecht der Gemeinde zur selbsttätigen Durchführung überlassen kann. Ich glaube, daß damit doch in der Hauptsache dem kundgegebenen Wunsch entsprochen sein dürfte.

Was den andern Wunsch betrifft, der gleichfalls hier vorgebracht worden ist, und sich auf die Erhaltung der alten Städtebilder bezieht, so habe ich mir erlaubt hervorzuheben, daß wir in unserer hessischen Bauordnung bereits eine Bestimmung besitzen, welche die Erreichung dieses Ziels verbürgt. Insoweit eine Lücke in der Gesetzgebung in dieser Hinsicht noch vorhanden war, ist durch Artikel 20 des Entwurfs vollauf Vorkehrung getroffen, insbesondere durch Absatz 3, worin gesagt ist, daß im Interesse der Freihaltung eines Baudenkmales durch Ortsstatut bestimmt werden kann, daß Gebäude nur in einer bestimmten Entfernung von dem Baudenkmal errichtet werden und die in dessen Nähe befindlichen Gebäude eine bestimmte Höhe künftig nicht überschreiten dürfen.

Provinzial-Konservator Professor Dr. Clemens-Düsseldorf: Ich möchte nach einer andern Richtung hin noch einmal anknüpfen an die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters Struckmann und an die letzte Äußerung des Herrn Geheimen Oberregierungsrats von Bremen. Herr von Bremen hat uns umfassend und einleuchtend auseinandergesetzt, wie wünschenswert es auch vom Standpunkt der Gesetzgebung sein würde, daß in ein preußisches Denkmalschutzgesetz in ganz klarer, unzweideutiger Weise eine Bestimmung über die Anwendbarkeit des Enteignungsgesetzes für Denkmäler und für die Nachbarschaft von Denkmälern aufgenommen werde, daß es aber augenblicklich vielleicht politisch nicht ratsam ist, diese aufzunehmen, weil das in der öffentlichen Meinung das Denkmalschutzgesetz und seine Annahme in unserem Abgeordnetenhaus sehr erschweren würde. Ich möchte da hinweisen auf eine Parallele, die sich in der Denkmalschutzgesetzgebung in Frankreich zeigt. Frankreich hatte genau dieselben Vorbedingungen wie wir. In dem französischen Enteignungsgesetz von 1841 ist genau derselbe Wortlaut gebraucht, wie in unserem Enteignungsgesetz von 1874: „im Interesse des öffentlichen Wohles“, „à cause d'utilité publique“, und man hat schon in

Frankreich auf Grund dieses Enteignungsgesetzes von 1841 in einer ganzen Reihe von Fällen von 1845 an Enteignungen durchgeführt, ohne das spätere Gesetz schon zu besitzen, Enteignungen sowohl für Denkmäler selbst als auch für die Umgebung von Denkmälern, für die Freihaltung von solchen. Es ist fröhlich eine ganze Menge von Zweifeln über die Anwendbarkeit des Gesetzes fortwährend entstanden. Als im Jahr 1841 bei den Beratungen der Deputiertenkammer über das Enteignungsgesetz auch der Gesichtspunkt in Frage kam, ob es nicht passend und zweckmäßig sein würde, die Anwendbarkeit des Gesetzes von vornherein auch auf Denkmäler in unserem Sinne zu erweitern, da erwiderte der Großsiegelbewahrer, M. Martin, daß man ganz ausdrücklich darauf verzichtet hätte, eine solche kasuistische Aufzählung hier einzuführen, weil die große Gefahr bestehe, daß bei einer Aufführung von Einzelfällen doch wichtige Möglichkeiten, die jetzt noch nicht zu übersehen seien, vollständig außer Acht gelassen würden, und daß die generelle Lösung die bequemere wäre, weil unter sie alles untergebracht werden könne. Und Herr Martin schloß mit einer sehr klaren Definition: *L'utilité publique n'est pas purement matérielle; les traditions nationales; l'histoire, l'art lui-même ne sont-ils pas, en effet, d'utilité publique, aussi bien que les ponts, les arsenaux et les routes?*

Aber trotzdem sind auch nach dem Jahr 1841 fortwährend Zweifel über die Anwendbarkeit des Enteignungsgesetzes entstanden, und im Jahr 1880 hat man sich bei den Vorberatungen des französischen Gesetzes, das im Jahr 1887 zu stande kam, doch entschlossen, in das französische Denkmalschutzgesetz wieder eine ausdrückliche Erklärung aufzunehmen, und zwar aus dem ganz bestimmten Grund, der in der Begründung niedergelegt ist, „um allen und jeden Zweifel an der Anwendbarkeit des Gesetzes auszuschließen“. Ich fürchte, selbst wenn bei den kommissarischen Beratungen unserer einzelnen preußischen Ressortminister jetzt Einverständnis über die Anwendbarkeit unseres Enteignungsgesetzes von 1874 auf die Denkmäler und deren Nachbarschaft schon erzielt wäre, daß dann doch in der Bevölkerung und auch unter den Behörden diese Auffassung nicht sofort Wurzel fassen und sich einbürgern wird. Die Herren, die vor zwei Jahren in Straßburg bei den ersten Verhandlungen mit anwesend waren, werden sich erinnern, daß der hochverdiente und erfahrene Vertreter einer benachbarten Regierung ganz ungläubig die Möglichkeit irgend einer Anwendung des Enteignungsverfahrens auf Denkmäler von der Hand wies, obgleich ihm entgege gehalten wurde, daß eben doch der benachbarte Staat Frankreich, dessen Gesetzgebung ja auch dort, im Elsaß, für die Denkmäler noch weiter lebt, diese Enteignung längst eingeführt und durchgeführt hätte.

Ich möchte einen Fall aus meiner eigenen Erfahrung anführen. Wir hatten vor  $1\frac{1}{2}$  Jahren in Trier einen großen Kampf um eines der wichtigsten und schönsten unserer profanen Denkmäler in der Rheinprovinz, um das „rote Haus“, das älteste Rathaus der Stadt. Das war in den Besitz eines Häuserschlächters übergegangen, der es umbauen wollte, um es in einen großen Warenpalast umzuwandeln, wo er noch im obersten Stock hinter großen Schaufenstern landwirtschaftliche Maschinen aufstellen wollte, also gleichbedeutend mit Kassierung des ganzen Gebäudes. Ich habe damals in den Trierer Kreisen und bei der Regierung auf die Möglichkeit hingewiesen, daß wir eventuell doch auf Grund des Gesetzes von 1874 eine Enteignung

durchführen könnten. Hier war der glückliche Fall, daß ein Bieter, ein Käufer vorhanden war: die Stadt wollte kaufen. Sie hat zuletzt auf Umwegen um eine für sie verhältnismäßig sehr erhebliche Summe, für 250 000 M., dieses große Objekt in ihren Besitz bekommen. Wäre es uns aber nicht möglich gewesen, den freihändigen Verkauf durchzuführen, so wäre meines Erachtens in diesem Fall das „rote Haus“rettungslos verloren gewesen, und zwar vor allem deshalb, weil die Behörden selbst über die Anwendbarkeit des Gesetzes Zweifel hatten und weil sie vorderhand, noch scheu und nicht aufmerksam gemacht durch irgend eine authentische Auslegung des Enteignungsgesetzes, nicht an die Einleitung eines Enteignungsverfahrens herangehen wollten.

Wenn es also aus irgendwelchen politischen Gründen, denen ich mich durchaus nicht verschließen kann, nicht tunlich sein sollte, in unsere preußische Gesetzgebung einen bestimmten Hinweis auf die Anwendung des Enteignungsgesetzes aufzunehmen, so würde ich doch den dringlichsten Wunsch haben, daß dann in irgend einer andern Form, durch eine authentische Interpretation unseres Enteignungsgesetzes alle und jede Zweifel für alle Zeiten ausgeschlossen würden. Ich fürchte vor allem auch, daß sonst bei den Beratungen der einzelnen Minister doch der Kultusminister gegenüber den anderen Ressortministern einmal den kürzeren ziehen könnte. Zuletzt wird es doch immer wieder auf den Rat Jagos ankommen: Tue Geld in deinen Beutel! und nochmal: Tue Geld in deinen Beutel!

Oberbürgermeister Struckmann-Hildesheim: Meine verehrten Herren! Die preußische Gesetzgebung sollte so gestaltet werden, daß sie vorbildlich sein wird für andere Länder, und ich möchte Herrn von Bremen doch noch darauf hinweisen, daß selbst, wenn es auf Grund der jetzigen Gesetzgebung möglich ist, ein Enteignungsverfahren einzuleiten, diese Einleitung doch überaus weitläufig ist. Die Erlaubnis dazu muß ja bekanntlich von Seiner Majestät dem Kaiser erteilt werden, und schon dieses bringt es mit sich, daß nur in ganz besonderen Fällen damit vorgegangen wird, da es kaum möglich ist, Seine Majestät auch mit unbedeutenderen, für die betreffende Gemeinde jedoch sehr wichtigen Fällen, zu behelligen. Dann aber ist auch das weitere Verfahren so umständlich, daß es für die hier in Frage kommenden, oft sehr eiligen Fälle vielfach nicht anwendbar ist.

Denken Sie an die Bestimmungen über Wegebauanlagen! Auch vor dem preußischen Gesetz vom 2. Juli 1875 war es möglich, für durchzulegende Straßen auf Grund des Enteignungsgesetzes eine Enteignung zu erwirken. Aber wie weitläufig war das Verfahren! Erst durch das Gesetz von 1875, durch welches den Städten ein unmittelbares Recht gegeben wurde, nachdem ein Stadtbauplan festgestellt worden ist, die Enteignung zu verlangen, erst seitdem war es möglich, die Verbesserungen in den Städten durchzuführen, die wir jetzt überall sehen. Denken wir uns doch einmal in die frühere Zeit zurück! Wie hätten wir auf Grund des jetzigen Enteignungsgesetzes allein die unendlich vielen, seit 1875 durchgeföhrten Straßenanlagen und Straßen-durchbrüche bewerkstelligen wollen?! Unsere Städte wären geradezu versumpft; die Entwicklung der Städte war erst seit jener Zeit möglich.

Wenn es daher dabei bleibt, daß das allgemeine Enteignungsrecht allein entscheidend sein soll, und daß die Gemeinden nur auf dieses an-

gewiesen sind, daß sie immer die danach nötigen Nachweise erbringen sollen, dann wird die Sache zu weitläufig. Es wird eine schöne, aber unpraktische Bestimmung bleiben, ebenso unwirksam wie das frühere Enteignungsgesetz für die Durchlegung von Straßen. Es muß daher unter den näher festzusetzenden Voraussetzungen in dem Denkmalschutzgesetze das Enteignungsrecht zunächst dem Staate, und wenn der Staat — darauf lege ich den größten Wert — von dem Recht nicht Gebrauch machen will, den Kommunen ausdrücklich und selbständig gegeben werden; die letzteren dürfen dabei nicht von des Staates Gnade abhängen, sondern müssen selbst dieses Recht erhalten.

Was aber jene Voraussetzungen betrifft, so kann man vielleicht das Klassement einführen, und zwar kann man vielleicht es den Gemeinden selbst überlassen, ein solches eintreten zu lassen, und zwar, wenn man Mißbrauch fürchtet, mit Genehmigung der Oberbehörde; es würde dann bezüglich aller Gebäude und Denkmäler, die in dieses Inventar eingetragen sind, der Gemeinde unmittelbar das Recht zustehen, auch die Enteignung durchzuführen, wenn nicht der Staat seinerseits dieses Recht geltend machen will. Nur durch Einräumung eines solchen den Gemeinden unmittelbar zustehenden Rechts werden wir erhebliches erreichen. Ich möchte deshalb dringend bitten, diesen Gesichtspunkt doch recht ins Auge zu fassen. Wir sehen, daß man in Darmstadt teilweise schon auf diesem Wege ist; aber man geht wohl auch hier noch nicht weit genug.

Oberkonsistorialrat Lotticius-Dresden: Unser Herr Vorsitzender hat uns vorgeschlagen, unserer Freude über den hessischen Gesetzentwurf Ausdruck zu geben. Ich bin ganz einverstanden. Der Herr Vorsitzende hat aber dann weiter vorgeschlagen, auch den Wunsch auszusprechen, daß dieser Gesetzentwurf auch für die anderen deutschen Länder vorbildlich werden möge. Auch damit bin ich gerne einverstanden, wenn der Vorbehalt betont wird, den der Herr Vorsitzende beigefügt hat, nämlich daß wir uns damit keineswegs mit allen Bestimmungen dieses Gesetzentwurfs einverstanden erklären wollen auch für die anderen deutschen Länder.

Ich möchte aber wünschen, daß diesem Vorbehalt eine ziemliche weite Ausdehnung gegeben werden dürfe, insbesondere was die Frage anlangt, ob über Kunstdenkmäler im kirchlichen Besitz der Staat das letzte entscheidende Wort zu reden haben soll oder die kirchliche Aufsichts- oder kirchliche Oberbehörde.

Herr von Biegeleben hat bei dieser Frage mit besonderer Betonung verweilt; wir können daraus entnehmen, daß sie auch in Hessen Zweifel und Schwierigkeiten gefunden hat, wo doch, wie uns Herr von Biegeleben vorgetragen hat, die Zuständigkeit der Staatsregierung in bezug auf das kirchliche Vermögen bereits jetzt eine weitgehende und die Bestimmungen dieses Entwurfs deckende — so habe ich wenigstens verstanden — ist. Wenn schon dort Zweifel entstehen, wo die Zuständigkeitsverhältnisse so liegen, dann noch ganz anders in denjenigen Ländern, wo diese weitgehende Zuständigkeit des Staates in bezug auf das kirchliche Vermögen nicht besteht. Sollen für diese Länder die Bestimmungen des hessischen Gesetzentwurfs über das staatliche Aufsichtsrecht auch in bezug auf die kirchlichen Kunstdenkmäler vorbildlich sein, so würde das für diese Länder bedeuten eine Verschiebung

der Zuständigkeitsgrenze zwischen Staatsverwaltung und kirchlicher Verwaltung, und das wäre doch eine grundsätzlich sehr schwierige Frage und eine Sache, die hinauswirken würde über die Interessen, um die es sich hier in unserer Versammlung handelt. Es würden, glaube ich, wenn der Staat überall das letzte entscheidende Wort in bezug auf kirchliche Kunstdenkmäler zu reden haben sollte, also eine doppelte Zuständigkeit bestünde — denn die kirchliche Aufsichtsbehörde kann doch unmöglich ausgeschlossen werden, das wollte Herr von Biegeleben auch nicht — sich auch praktische Schwierigkeiten und Schwerfälligkeit ergeben. Auch deshalb würde ich nicht meinen, daß diese Bestimmungen im hessischen Gesetzentwurf für alle anderen deutschen Länder vorbildlich sein sollen. Damit soll natürlich nicht gesagt werden, daß die kirchlichen Behörden sich nicht gerne der Hilfe, die der Staat und seine sachverständigen Körperschaften ihnen anbieten, bedienen werden. Gewiß wird jede kirchliche Verwaltung sich dieser Hilfe sehr gerne bedienen und sich im Einvernehmen mit diesen staatlichen Organen halten. Aber es handelt sich dabei um eine schwierige Zuständigkeitsfrage.

Ich wollte also nur dem Ausdruck geben, daß ich den Vorschlag des Herrn Vorsitzenden in bezug auf dieses Gebiet nur mit einem ziemlich weitgehenden Vorbehalt zustimmen könnte.

**Geheimrat Professor Dr. Loersch-Bonn:** Ich möchte bemerken, daß die clausula salvatoria, die ich ausdrücklich habe einfließen lassen, alles das deckt, was der Herr Vorredner gesagt hat, und daß wir in keiner Weise präjudizieren. Ich glaube nicht, daß in dieser Richtung ein Bedenken vorliegt.

**Regierungspräsident a. D. Hinly-Stade:** Herr Geheimrat von Bremen hat gesagt, daß ich von der Gesetzgebungsfrage auf die finanzielle gekommen wäre. Ich bin überhaupt von den unbeweglichen Denkmälern auf die beweglichen übergegangen. Unsere Beratungen nennen sich „Tag für Denkmalpflege“ und umfassen beide Arten von Denkmälern. Wenn ich hinsichtlich der letzteren von Jahr zu Jahr mehr die Beobachtung mache, daß dieselben der engeren und weiteren Heimat entfremdet werden, so glaube ich berechtigt zu sein, als einzige mögliche Hilfe, um diesem schweren Übelstande Abhilfe zu schaffen, die finanzielle Hilfe des Staats in Anspruch zu nehmen.

**Professor Dr. Mehlis-Neustadt a. H.:** Ich möchte mir erlauben, meine Freude auszudrücken darüber, daß innerhalb des Konservatoriums in München für Bayern ein Gesetzentwurf zum Schutz der Denkmäler in Aussicht steht. Ich möchte nur als Wunsch hinzufügen, daß in demselben auch der Notwendigkeit der Enteignung von im Privatbesitz befindlichen Denkmälern in Hinweis auf Artikel 16 des hessischen Gesetzentwurfs die nötige Rücksicht zu teil werden möge.

In Artikel 29 des hessischen Gesetzentwurfs ist der Schutz der Naturdenkmäler enthalten, und es wird vielleicht die hohe Versammlung interessieren, daß auch in Bayern vor einigen Monaten, und zwar durch eine Entschließung des Ministeriums der Finanzen vom 29. März d. J., zweckmäßige Vorekehrungen in dieser Beziehung getroffen sind, daß, was den Schutz der Naturdenkmäler betrifft, Bayern der dritte Staat ist, der die nötigen gesetzlichen Schutzzvorschriften erlassen hat. Es heißt in der betreffenden Ministerialverfügung wörtlich: „Den Bestrebungen des Pfälzer Verschönerungsvereines (vgl. Ein-

gabe vom 18. Februar 1901) wird seitens der Forstverwaltung jede mit den waldwirtschaftlichen Interessen vereinbarliche Berücksichtigung, die bisher schon bei verschiedenen Gelegenheiten stattgefunden hat, auch fernerhin entgegengesetzt werden. Es soll der Erhaltung der landschaftlichen Schönheit interessanter und hervorragender Punkte in geeigneter Weise Rechnung getragen werden, einzelne merkwürdige und besonders ausgezeichnete Bäume nach Tunlichkeit vom Hiebe und schöne Felspartien von der Steingewinnung verschont werden, soweit diese Maßnahmen nicht unverhältnismäßige Opfer erheischen.“ Es ist speziell diese Entschließung zugunsten der Bestrebungen des Pfälzer Verschönerungsvereins erfolgt; es ist zu erwarten, daß diese Vorkehrungen auch auf das ganze Königreich ausgedehnt werden, wenn die nötigen Anregungen von seiten der betreffenden Verschönerungs- und Fremdenverkehrsvereine gegeben werden.

Vorsitzender: Geheimrat Professor Dr. Loersch-Bonn: Es hat sich niemand mehr zum Worte gemeldet und ich schließe die Diskussion über die drei Gesetzentwürfe und den Antrag Mehlis.

Ich glaube, aus dem, was wir von den verschiedensten Seiten gehört haben, etwas mit voller Bestimmtheit schließen und hier festlegen zu können, das ist nämlich der allseitig ausgesprochene und von keiner Seite abgelehnte Wunsch, daß die Gesetzgebung sich nicht darauf verlassen möge, lediglich vorhandene Enteignungsgesetze zugunsten der Denkmalpflege als verwertbar und ausreichend anzusehen, und im Gegenteil der ausdrückliche Wunsch, daß in die Gesetze, welche sich mit der Denkmalpflege befassen, auch eine entsprechende Vorschrift über die Möglichkeit der Enteignung zugunsten der Denkmäler aufgenommen werde. Dabei tritt dann auch weiter noch hervor, daß man wünscht und für nötig erachtet, daß die Enteignung erleichtert werde, namentlich zugunsten solcher Korporationen, welche gerade bezüglich bestimmter Denkmäler besondere Pflichten, besondere Interessen und besondere Wünsche haben.

## Hessisches Gesetz

Düsseldorf 1902

Referent: Ministerialrat Freiherr von Biegeleben-Darmstadt:

Meine Herren! Ich möchte Ihnen zunächst mitteilen, daß ich eine Anzahl von Exemplaren des hessischen Gesetzes mitgebracht habe, und bevor ich meinen Vortrag beginne, diese Exemplare zunächst zur Verteilung bringe.

*Das hessische Gesetz hat folgenden Wortlaut:*

### Hessisches Gesetz,

den Denkmalschutz betreffend, vom 16. Juli 1902.

#### Erster Abschnitt.

Denkmäler im Besitz juristischer Personen des öffentlichen Rechts.

#### Artikel 1.

Begriff des Baudenkmales. Genehmigungspflicht.

Steht einer juristischen Person des öffentlichen Rechts die Verfügung über ein Bauwerk zu, dessen Erhaltung wegen seiner Bedeutung für die

Geschichte, insbesondere für die Kunstgeschichte, im öffentlichen Interesse liegt (Baudenkmal), so darf dasselbe nur nach vorgängiger behördlicher Genehmigung ganz oder teilweise beseitigt werden. Das gleiche gilt von der Veräußerung, Veränderung, Wiederherstellung oder erheblichen Ausbesserung des Baudenkmales.

Durch Verordnung kann festgesetzt werden, daß nur solche Bauwerke, welche vor einem bestimmten Zeitpunkte entstanden sind, als Baudenkmäler gelten.

#### Artikel 2.

##### Umgebung des Baudenkmales. Genehmigungspflicht.

Steht einer juristischen Person des öffentlichen Rechts die Verfügung über die Umgebung eines Baudenkmales zu, so dürfen bauliche Anlagen oder Veränderungen in der Umgebung des Baudenkmales, welche dieses in mißständiger Weise zu verdecken oder das Baudenkmal oder dessen Umgebung zu verunstalten geeignet sind, nur nach vorgängiger behördlicher Genehmigung ausgeführt werden.

#### Artikel 3.

##### Bewegliche Denkmäler.

Die Vorschrift des Artikels 1 findet entsprechende Anwendung auf bewegliche Gegenstände (auch Urkunden), deren Erhaltung wegen ihrer Bedeutung für die Geschichte, insbesondere für die Kunstgeschichte, im öffentlichen Interesse liegt (bewegliche Denkmäler), soweit diese Gegenstände sich im Besitze von Gemeinden, Kirchen, Religionsgemeinden oder öffentlichen Stiftungen befinden.

Die Ausstattung eines Baudenkmales mit beweglichen Gegenständen als Zubehör darf seitens einer Gemeinde, Kirche, Religionsgemeinde oder öffentlichen Stiftung nur nach vorgängiger behördlicher Genehmigung erfolgen.

#### Artikel 4.

##### Versagung der Genehmigung.

Eine nach Artikel 1, 2, 3 beantragte Genehmigung ist zu versagen, wenn der beabsichtigten Handlung im Interesse der Erhaltung des Denkmals oder sonst aus künstlerischen oder geschichtlichen Rücksichten Bedenken entgegenstehen, welche die anderweiten, etwa durch eine Versagung der Genehmigung berührten, öffentlichen oder privaten Interessen überwiegen. Eine Versagung der Genehmigung aus anderen Gründen ist auf Grund dieses Gesetzes unzulässig.

Eine Genehmigung, welche nach Absatz 1 zu versagen wäre, kann bedingungsweise erfolgen, falls die entgegenstehenden Bedenken durch geeignete Vorschriften beseitigt werden.

Die Genehmigung kann insbesondere an die Bedingung geknüpft werden, daß die Ausführung der Arbeiten, auf welche sich die Genehmigung bezieht, nur nach einem von dem Ministerium des Innern gebilligten oder zu billigenden Plan und unter Leitung eines dem Ministerium des Innern genehmen Beamten oder Sachverständigen erfolgt.

**Artikel 5.  
Instanzenzug.**

Für die Erteilung der nach Artikel 1, 2, 3 erforderlichen Genehmigung ist das Kreisamt zuständig, in dessen Bezirk sich das Denkmal befindet.

Nimmt das Kreisamt Anstand, die Genehmigung zu erteilen, so entscheidet darüber der Kreisausschuß. Das weitere Verfahren richtet sich nach den in Verwaltungssachen für diejenigen Fälle maßgebenden Bestimmungen, in welchen das Kreisamt Anstand nimmt, die Staatsgenehmigung zu Beschlüssen der Gemeindebehörden und Gemeindevertretungen zu erteilen.

**Artikel 6.  
Erleichterung der Genehmigungspflicht.**

Das Kreisamt hat auf Antrag allgemein im voraus sowohl diejenigen Arbeiten zu bezeichnen, welche in keinem Fall der Genehmigungspflicht unterliegen, als auch für diejenigen Arbeiten, welche es in keinem Falle zu beanstanden findet, die Genehmigung zu erteilen.

Die Entschließung des Kreisamts kann, solange nicht die nach Absatz 1 von dem Kreisamt zugelassenen Arbeiten begonnen oder zur Ausführung vergeben worden sind, widerrufen werden.

**Artikel 7.  
Handlungen der Staatsverwaltung.**

Handlungen unserer Staatsverwaltung unterliegen nicht der in Artikel 1, 2 vorgeschriebenen Genehmigungspflicht; das Ministerium des Innern kann jedoch anordnen, daß eine Handlung der in Artikel 1, 2 bezeichneten Art erst vorgenommen werden darf, nachdem es erklärt hat, daß der beabsichtigten Handlung im Interesse der Erhaltung des Denkmals oder sonst aus künstlerischen oder geschichtlichen Rücksichten keine Bedenken entgegenstehen.

**Artikel 8.  
Verzeichnis der Denkmäler.**

Jedes Kreisamt führt ein Verzeichnis, in welches alle in seinem Bezirk vorhandenen, im Besitz juristischer Personen des öffentlichen Rechts befindlichen Baudenkmäler und unter die Vorschrift des Artikels 3 fallenden beweglichen Denkmäler einzutragen sind.

Die Gemeinden, Kirchen, Religionsgemeinden und öffentlichen Stiftungen sind verpflichtet, bei der Aufstellung des Verzeichnisses mitzuwirken.

**Zweiter Abschnitt.  
Baudenkmäler im Besitz von Privatpersonen.**

**Artikel 9.**

**Anwendbarkeit der Vorschriften dieses Abschnittes.**

Die Vorschriften dieses Abschnittes finden Anwendung, soweit einer Privatperson (natürlichen Person oder juristischen Person des Privatrechts) die Verfügung über ein Baudenkmal oder die Umgebung eines solchen zusteht.

### Artikel 10.

#### Voraussetzung des Schutzes der im Privatbesitz befindlichen Baudenkmäler. Denkmalliste.

Ein Denkmalschutz nach Maßgabe dieses Abschnittes findet in Ansehung eines Baudenkmals oder der Umgebung eines solchen nur statt, wenn das Baudenkmal seitens des Denkmalrats in die amtliche Liste der im Privatbesitz befindlichen Baudenkmäler (Denkmalliste) eingetragen worden ist, beziehungsweise wenn der Denkmalrat erklärt hat, daß der Denkmalschutz sich auf die Umgebung erstreckt.

Der Denkmalrat (Artikel 32) hat vor seiner Entschließung das Kreisamt und den Denkmalpfleger zu hören.

Von der gemäß Absatz 1 erfolgten Eintragung oder Erklärung ist der Verfügungsberechtigte zu benachrichtigen.

Der Verfügungsberechtigte kann gegen die Eintragung oder Erklärung unbeschadet der vorläufigen Wirkung der Benachrichtigung, binnen einer unerstrecklichen Frist von vier Wochen von dem Zeitpunkt der erfolgten schriftlichen Zustellung an, Beschwerde bei dem Ministerium des Innern erheben.

Ist gegen die gemäß Absatz 1 erfolgte Eintragung oder Erklärung nicht rechtzeitig Beschwerde erhoben oder ist sie durch ministerielle Entscheidung bestätigt worden, so wird der Eintrag beziehungsweise die Erklärung auch den Rechtsnachfolgern des Verfügungsberechtigten gegenüber wirksam.

Die Löschung eines auf Grund des Absatzes 1 vollzogenen Eintrags in der Denkmalliste, sowie die Zurücknahme einer auf Grund des Absatzes 1 abgegebenen Erklärung erfolgen durch den Denkmalrat nach zuvor eingeholter Genehmigung des Ministeriums des Innern.

### Artikel 11.

#### Genehmigungspflicht.

Die Vorschriften des Artikels 1 Absatz 1 Satz 1, sowie der Artikel 2, 4, 5 finden, unbeschadet des Artikels 12, mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, daß der Verfügungsberechtigte an Stelle der Genehmigung des Kreisamts diejenige des Denkmalpflegers einholen kann. Macht der Berechtigte von dieser Befugnis Gebrauch, so kann er gegen die Entscheidung des Denkmalpflegers binnen einer unerstrecklichen Frist von vier Wochen von dem Zeitpunkt der erfolgten schriftlichen Zustellung an Beschwerde bei dem Ministerium des Innern erheben.

### Artikel 12.

#### Feststellung bezüglich der staatlichen Mittel.

Trägt das Kreisamt oder der Denkmalpfleger Bedenken, einem nach Artikel 11 gestellten Genehmigungsantrag ohne weiteres zu entsprechen, so ist von ihm zunächst festzustellen, ob dem Staat die Mittel zur Verfügung stehen, welche bei Versagung der Genehmigung oder nur bedingungsweiser Erteilung einer solchen zur Befriedigung eines etwa nach Artikel 14 Absatz 1, 2 zu erhebenden Anspruchs erforderlich sein würden.

Sind die erforderlichen Mittel nicht vorhanden, so hat das Kreisamt beziehungsweise der Denkmalpfleger die Genehmigung zu erteilen.

#### Artikel 13.

##### **Vorkehrung gegen Verschleppung.**

Wird auf einen nach Artikel 11 gestellten Genehmigungsantrag binnen sechs Wochen weder die Genehmigung erteilt, noch dem Antragsteller von der Beanstandung der Genehmigung Kenntnis gegeben, so ist der Antragsteller in seiner Verfügung unbeschränkt.

Die in Absatz 1 bestimmte Frist kann seitens des Ministeriums des Innern sowohl bis zu drei Monaten verlängert, als auch auf Nachsuchen des Antragstellers abgekürzt werden.

#### Artikel 14.

##### **Entschädigungsanspruch bei Versagung der Genehmigung.**

Wird eine nach Artikel 11 beantragte Genehmigung durch rechtskräftige Entscheidung versagt oder nur bedingungsweise erteilt, so kann der Antragsteller binnen sechs Wochen von der Rechtskraft der Entscheidung an bei dem Ministerium des Innern Ersatz des ihm durch Versagung der Genehmigung oder durch nur bedingungsweise Genehmigung zugefügten Schadens seitens des Staates verlangen.

Der Eigentümer kann, insofern die Umstände dies rechtfertigen, wahlweise an Stelle des in Absatz 1 bezeichneten Schadensersatzes verlangen, daß der Staat ihm gegen Übertragung des Eigentums an dem Baudenkmal oder dem in dessen Umgebung gelegenen Grundstück Entschädigung leistet.

Für die Bemessung der nach Absatz 1, 2 dem Staat obliegenden Leistungen sind die für die Entschädigung im Enteignungsverfahren geltenden Grundsätze maßgebend.

Kommt in den Fällen der Absätze 1, 2 eine gütliche Einigung nicht zustande, so steht dem Geschädigten der Rechtsweg offen.

#### Artikel 15.

##### **Anzeigepflicht.**

Von jeder beabsichtigten Veräußerung, Veränderung, Wiederherstellung oder erheblichen Ausbesserung des Baudenkmals hat der Verfügungsberechtigte dem Denkmalpfleger Anzeige zu erstatten.

Die Anzeige kann nach Wahl des Verfügungsberechtigten bei dem Denkmalpfleger unmittelbar oder durch Vermittelung des Kreisamts erfolgen.

Der Anzeige sind die zur Beurteilung erforderlichen Pläne und sonstigen Entwurfstücke beizufügen.

#### Artikel 16.

##### **Erleichterung der Anzeigepflicht.**

Der Denkmalpfleger hat auf Antrag allgemein im voraus diejenigen Arbeiten zu bezeichnen, für welche eine Anzeige aus künstlerischen oder geschichtlichen Rücksichten in keinem Falle erforderlich erscheint.

Die Bestimmung des Artikels 6 Absatz 2 findet entsprechende Anwendung.

### Artikel 17.

#### Folgen der Anzeigepflicht.

Die nach Artikel 15 anzuzeigende Handlung darf nicht vor Ablauf von sechs Wochen von Erstattung der Anzeige ab vorgenommen oder in einer den Anzeigepflichtigen bindenden Weise vorbereitet werden, insofern nicht diesem bereits vorher die Mitteilung, daß der Vornahme der Handlung nichts im Wege stehe, zugegangen ist.

Die Bestimmung des Artikels 13 Absatz 2 findet entsprechende Anwendung.

Während der Frist soll der Denkmalpfleger, falls der beabsichtigten Handlung im Interesse der Erhaltung des Baudenkmals oder sonst aus künstlerischen oder geschichtlichen Rücksichten Bedenken entgegenstehen, den Anzeigepflichtigen zu einer entsprechenden anderweitigen Entschließung zu veranlassen suchen.

### Dritter Abschnitt.

#### Besondere Vorschriften für einzelne Fälle.

### Artikel 18.

#### Entschädigungsanspruch der Kirchen etc. in einem besonderen Fall.

Hat eine Kirche, Religionsgemeinde oder öffentliche Stiftung die behördliche Genehmigung nachgesucht, bauliche Anlagen oder Veränderungen der in Artikel 2 bezeichneten Art in der Umgebung eines Baudenkmals, welches ihrer Verfügung nicht untersteht, vorzunehmen, und trägt das Kreisamt Bedenken, diesem Genehmigungsantrag ohne weiteres stattzugeben, so finden die Bestimmungen des Artikels 12 entsprechende Anwendung. Falls die nachgesuchte Genehmigung durch rechtskräftige Entscheidung versagt oder nur bedingungsweise erteilt wird, finden die Bestimmungen des Artikels 14 entsprechende Anwendung.

### Artikel 19.

#### Enteignungsrecht im Interesse von Baudenkälern.

Der Staat ist berechtigt, Grundeigentum im Wege des Enteignungsverfahrens insoweit zu beschränken, als es erforderlich ist:

1. zum Zwecke der Erhaltung eines Baudenkmals, dessen Unterhaltung oder Sicherung in einer seinen Bestand oder die Erhaltung wesentlicher Teile gefährdenden Weise vernachlässigt wird,
2. zum Zwecke einer durch künstlerische oder geschichtliche Rücksichten gebotenen Freilegung eines Baudenkmals, sofern nicht der selben überwiegende öffentliche oder private Interessen entgegenstehen.

Der Eigentümer kann, insofern die Umstände dies rechtfertigen, verlangen, daß an die Stelle der Beschränkung die Entziehung des Eigentums tritt.

Der Staat kann durch Entschließung des Ministeriums des Innern das ihm nach Absatz 1 zustehende Enteignungsrecht auf die Gemeinde, den Kreis oder die Provinz, in deren Bezirk das Baudenkmal sich befindet, übertragen.

### Artikel 20.

#### Aufnahme von Baudenkmälern.

Der Staat kann jederzeit auf seine Kosten den Zustand eines Baudenkmals durch Aufnahmen feststellen lassen.

Die gleiche Befugnis steht vorbehaltlich der Genehmigung des Ministeriums des Innern den Gemeinden, Kreisen und Provinzen in Ansehung der in ihrem Bezirk befindlichen Baudenkmäler zu.

Den mit der Feststellung beauftragten Personen ist seitens der Verfügungsberechtigten freier Zutritt zu allen Örtlichkeiten, deren Betretung zum Zweck der Feststellung erforderlich ist, zu gestatten.

Wird dem Verfügungsberechtigten durch eine der Maßnahmen dieses Artikels Schaden zugefügt, so ist der Staat zum Ersatz des Schadens verpflichtet. Im Falle des Absatzes 2 trifft die Schadensersatzpflicht die Gemeinde, den Kreis oder die Provinz.

### Artikel 21.

#### Ansinnen an die Gemeinden.

Steht einer Gemeinde die Verfügung über ein Baudenkmal oder bewegliches Denkmal zu, so kann das Kreisamt, unbeschadet der Vorschriften des Artikels 19, der Gemeinde ansinnen, für die ordnungsmäßige und würdige Unterhaltung und Wiederherstellung, sowie für eine aus künstlerischen oder geschichtlichen Rücksichten gebotene Freilegung des Baudenkmals Sorge zu tragen.

Wenn der Gemeindevorstand der Ausgabe widerspricht, entscheidet der Kreisausschuß unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der Gemeinde darüber, ob die Ausgabe und in welcher Größe sie gemacht werden soll.

Das Verfahren bei dem Kreisausschuß und das weitere Verfahren richtet sich nach den in Gemeindeverwaltungssachen für diejenigen Fälle maßgebenden Bestimmungen, in welchen der Gemeindevorstand einer der Gemeinde von der Regierungsbehörde im öffentlichen Interesse angesonnenen Ausgabe widerspricht.

Auch wenn in Gemäßheit des Absatzes 1 ein Ansinnen an die Gemeinde erfolgt ist, bedarf die Art der Ausführung der Arbeiten in jedem Falle der behördlichen Genehmigung nach Maßgabe der Bestimmungen der Artikel 1, 2, 3, 4 und 5.

### Artikel 22.

#### Ansinnen an die Kirchen etc.

Gerät ein Baudenkmal oder bewegliches Denkmal, über das eine Kirche, Religionsgemeinde oder öffentliche Stiftung zu verfügen berechtigt ist, durch Vernachlässigung in gänzlichen oder teilweisen Verfall, so kann das Kreisamt, unbeschadet der Vorschriften des Artikels 19, dem Verfügungsberechtigten ansinnen, für die Verhinderung des Verfalls und ordnungsmäßige Unterhaltung Sorge zu tragen.

Die Bestimmungen des Artikels 21 Absatz 2 bis 4 finden entsprechende Anwendung.

## Artikel 23.

## Baupolizeiliche Bestimmungen.

Die Festsetzung einer Fluchlinie (Straßen- oder Baufluchlinie), welche ein Baudenkmal gefährdet oder sonst für dasselbe von Bedeutung ist, bedarf in allen Fällen der Genehmigung des Ministeriums des Innern.

Zu einer Dispensation im Sinne des Artikels 72 des Gesetzes vom 30. April 1881, die allgemeine Bauordnung betreffend, ist, soweit sie im Interesse eines Baudenkmales erfolgen soll, die Zustimmung des Kreisausschusses oder des Gemeinderats in keinem Falle erforderlich; an Stelle der Zustimmung genügt vielmehr stets die Anhörung.

Im Interesse der Freihaltung eines Baudenkmales kann durch Ortsstatut bestimmt werden, daß Gebäude nur in einer bestimmten Entfernung von dem Baudenkmal errichtet werden und die in dessen Nähe befindlichen Gebäude eine bestimmte Höhe künftig nicht überschreiten dürfen.

## Artikel 24.

## Baudenkmäler im Privatbesitz.

Auf ein Baudenkmal in der Verfügungsgewalt einer Privatperson finden die Bestimmungen der Artikel 19, 20, 23 nur Anwendung, wenn es nach Artikel 10 Absatz 4, 5 endgültig in die Denkmalliste eingetragen ist.

## Vierter Abschnitt.

## Ausgrabungen und Funde.

## Artikel 25.

## Ausgrabungen.

Wer eine Ausgrabung nach verborgenen unbeweglichen oder beweglichen Gegenständen von kulturgeschichtlicher oder sonst geschichtlicher Bedeutung vorzunehmen beabsichtigt, hat hiervon dem Kreisamt oder einer anderen seitens des Ministeriums des Innern zu bezeichnenden Behörde Anzeige zu erstatten und den seitens der zuständigen Behörde ergehenden Anordnungen hinsichtlich der Ausführung der Ausgrabung, der Verwahrung und sonstigen Sicherung, sowie der Behandlung etwa aufzufindender Gegenstände nachzukommen.

Das Gleiche gilt, wenn die beabsichtigte Grabung zwar nicht auf die Auffindung von Gegenständen der in Absatz 1 bezeichneten Art gerichtet, dem Grabenden aber bekannt ist, daß gelegentlich der Grabung wahrscheinlich die Entdeckung solcher Gegenstände stattfinden wird.

Die beabsichtigte Ausgrabung oder Grabung darf nicht vor Ablauf von zwei Wochen von Erstattung der Anzeige ab beginnen, insofern nicht bereits vorher die nach Absatz 1, 2 zu erlassenden Anordnungen getroffen worden sind.

## Artikel 26.

## Fund e.

Werden in einem Grundstück verborgene unbewegliche oder bewegliche Gegenstände von kulturgeschichtlicher oder sonst geschichtlicher Bedeutung bei Ausgrabungen nach solchen oder gelegentlich aufgefunden, so hat der

Eigentümer des Grundstücks oder der sonst Verfügungsberechtigte von diesem Fund spätestens am folgenden Tage der Bürgermeisterei oder dem Kreisamt des Fundorts Anzeige zu erstatten und den Anordnungen Folge zu leisten, welche entsprechend der Bestimmung in Artikel 25 Absatz 1 getroffen werden. Die gleiche Verpflichtung liegt dem Leiter der Arbeiten, bei denen der Fund gemacht worden ist, ob. Zur Erfüllung der Anzeigepflicht genügt die Erstattung der Anzeige seitens eines von mehreren Anzeigepflichtigen.

Handelt es sich um gelegentliche Funde, bezüglich deren behördliche Anordnungen auf Grund des Absatzes 1 oder des Artikels 25 Absatz 2 noch nicht ergangen sind, so darf der Anzeigepflichtige die begonnenen Arbeiten nicht vor Ablauf von drei Tagen von Erstattung der Anzeige ab fortsetzen. Der Anzeigepflichtige darf jedoch die begonnenen Arbeiten weiterführen, sofern ihre Fortsetzung die bereits gefundenen Gegenstände oder noch zu erwartende Funde nicht gefährdet und sofern ihm die Unterbrechung der Arbeiten nur mit unverhältnismäßigem Nachteil möglich ist.

#### Artikel 27.

##### Befreiungsbefugnis des Ministeriums.

Das Ministerium des Innern kann ausnahmsweise die Erfüllung der in Artikel 25, 26 festgesetzten Verpflichtungen erlassen.

#### Artikel 28.

##### Schadensersatzpflicht des Staates.

Der Staat ist zum Ersatz des Schadens verpflichtet, welcher einem Beteiligten durch Befolgung der auf Grund der Artikel 25, 26 getroffenen Anordnung verursacht worden ist.

#### Artikel 29.

##### Besichtigung von Fundstätten.

Den mit der Nachforschung nach verborgenen Gegenständen von kulturgeschichtlicher oder sonst geschichtlicher Bedeutung durch den Staat beauftragten Personen ist seitens der Verfügungsberechtigten die Besichtigung etwaiger Fundstätten zu gestatten.

Artikel 20 Absatz 4 findet entsprechende Anwendung.

#### Artikel 30.

##### Enteignungsrecht im Interesse von Ausgrabungen.

Der Staat ist berechtigt, Grundeigentum im Wege des Enteignungsverfahrens insoweit zu beschränken, als es erforderlich ist zum Zwecke der Ausführung von Ausgrabungen nach unbeweglichen oder beweglichen, vermutlich in einem Grundstück verborgenen Gegenständen von kulturgeschichtlicher oder sonst geschichtlicher Bedeutung, welche durch Grabungen oder sonst in ihrem Fortbestand gefährdet sind oder bezüglich welcher der Verfügungsberechtigte eine sachgemäße Ausgrabung ohne wichtige Gründe weder vorzunehmen noch zuzulassen gewillt ist.

Die Bestimmungen des Artikels 19 Absatz 2, 3 finden entsprechende Anwendung.

Fünfter Abschnitt.  
Organisation des Denkmalschutzes.

Artikel 31.

**Mitwirkung des Denkmalpflegers, der Ministerialabteilung für Bauwesen und der Altertums- etc. Vereine.**

Das Kreisamt, der Kreisausschuß und der Provinzialsausschuß haben in allen Fällen, welche nach Maßgabe der vorstehenden Bestimmungen ihrer Entschließung oder Entscheidung unterliegen, unbeschadet der Mitwirkung der zuständigen Baubeamten, das Gutachten des Denkmalpflegers und in wichtigeren Fällen, insofern es sich um Baudenkmäler handelt, zugleich das Gutachten der Ministerialabteilung für Bauwesen einzuholen. Die vorstehende Verpflichtung entfällt, wenn das Ministerium des Innern durch allgemeine Anordnung oder in einzelnen Fällen Ausnahmen zugelassen hat.

Ist das Gutachten der Ministerialabteilung für Bauwesen einzuholen, so hat der Denkmalpflger sein Gutachten in der Regel gemeinsam mit dieser zu erstatten.

Seitens des Kreisamtes, Kreisausschusses oder Provinzialsausschusses kann nach Maßgabe der vom Ministerium des Innern zu erlassenden näheren Bestimmungen auf Antrag eines Altertums-, Geschichts- oder Kunstvereins des Bezirks ein von dem Verein zu bezeichnender Vertreter schriftlich gehört oder zur mündlichen Verhandlung zugezogen werden.

Dem Denkmalpflger kann seitens des Ministeriums des Innern die Befugnis beigelegt werden, in Fällen dringender Gefahr vorläufig die Einstellung gesetzwidrig begonnener Arbeiten zu verfügen oder sonst die zur Verhütung gesetzwidriger Handlungen erforderlichen Maßnahmen anzuordnen.

Artikel 32.

**Denkmalrat. Ministerium.**

Zur Mitwirkung bei der Ausübung des Denkmalschutzes wird für das Großherzogtum ein Denkmalrat gebildet. Diesem sollen jedenfalls je ein Vertreter der evangelischen und katholischen Kirche, mindestens zwei Mitglieder von hessischen Altertums-, Geschichts- oder Kunstvereinen, zwei in Hessen wohnhafte Baudenkmalbesitzer angehören. Die kein Staatsamt bekleidenden Mitglieder sind auf je sechs Jahre zu berufen. Im übrigen wird die Zusammensetzung und Geschäftsordnung des Denkmalrats durch das Ministerium des Innern bestimmt.

Das Ministerium des Innern kann in den ihm geeignet erscheinenden Fällen das Gutachten des Denkmalrats einholen, auf Verlangen eines Beteiligten muß dies geschehen.

Auf Verlangen eines Beteiligten ist der Denkmalrat durch zwei Sachverständige zu verstärken, von welchen der eine durch den Antragsteller, der andere durch das Ministerium des Innern ernannt wird.

Ausnahmsweise kann neben dem für das Großherzogtum bestehenden Denkmalrat auch die Berufung eines besonderen, lediglich mit der Erstattung von Gutachten zu betrauenden Denkmalrats im Einzelfalle seitens des Ministeriums des Innern beschlossen werden.

Die Entscheidung des Ministeriums des Innern erfolgt in sämtlichen nach diesem Gesetz vorkommenden Streitsachen in kollegialischer Beratung und Beschußfassung.

### Sechster Abschnitt.

#### Naturdenkmäler.

##### Artikel 33.

###### Begriff des Naturdenkmals. Voraussetzungen des gesetzlichen Schutzes.

Natürliche Bildungen der Erdoberfläche, wie Wasserläufe, Felsen, Bäume und dergleichen, deren Erhaltung aus geschichtlichen oder naturgeschichtlichen Rücksichten oder aus Rücksichten auf landschaftliche Schönheit oder Eigenart im öffentlichen Interesse liegt (Naturdenkmäler), können auf Antrag des Ministeriums der Finanzen, Abteilung für Forst- und Kameralverwaltung, seitens des Kreisamts einem besonderen Schutz unterstellt werden.

Dieser Schutz kann auch auf die Umgebung eines Naturdenkmals ausgedehnt werden.

Der Verfügungsberechtigte ist von den nach Absatz 1, 2 getroffenen Anordnungen zu benachrichtigen.

Der Verfügungsberechtigte kann gegen diese Anordnungen, unbeschadet der vorläufigen Wirkung der kreisamtlichen Benachrichtigung, binnen einer unerstrecklichen Frist von vier Wochen von dem Zeitpunkt der erfolgten schriftlichen Zustellung an, Einspruch erheben.

Nimmt das Kreisamt Anstand, dem Einspruch stattzugeben, so entscheidet darüber der Kreisausschuß; das weitere Verfahren richtet sich nach den in Verwaltungssachen für diejenigen Fälle maßgebenden Bestimmungen, in welchen das Kreisamt Anstand nimmt, die Staatsgenehmigung zu Beschlüssen der Gemeindebehörden und Gemeindevertretungen zu erteilen.

Die Bestimmungen des Artikels 10 Absatz 5, 6 finden entsprechende Anwendung.

##### Artikel 34.

###### Folgen des gesetzlichen Schutzes. Genehmigungspflicht.

Arbeiten, welche den Fortbestand eines nach Artikel 33 amtlich geschützten Naturdenkmals zu gefährden oder dieses oder dessen amtlich geschützte Umgebung zu verunstalten geeignet sind, dürfen nur nach vorangegangiger Genehmigung des Kreisamts ausgeführt werden.

Eine nach Absatz 1 beantragte Genehmigung ist, unbeschadet der Vorschrift des Artikels 12, zu versagen, wenn der beabsichtigten Handlung im Interesse der Erhaltung des Naturdenkmals oder sonst aus den in Artikel 33 Absatz 1 angeführten Rücksichten Bedenken entgegenstehen, welche die anderweitigen, etwa durch eine Versagung der Genehmigung berührten öffentlichen oder privaten Interessen überwiegen. Eine Versagung der Genehmigung aus anderen Gründen ist auf Grund dieses Gesetzes unzulässig.

Die Bestimmungen in Artikel 4 Absatz 2, 3, Artikel 5, 6, 7, 12, 13, 14 finden auf die nach Artikel 33 amtlich geschützten Naturdenkmäler und deren amtlich geschützte Umgebung entsprechende Anwendung, wobei es gleichgültig ist, ob eine Privatperson oder eine Person des öffentlichen Rechts die Verfügungsberechtigung besitzt.

### Artikel 35.

#### Verbot von Aufschriften, Reklameschildern und dergleichen.

An einem nach Artikel 33 amtlich geschützten Naturdenkmal oder in dessen amtlich geschützter Umgebung dürfen keine Aufschriften und dergleichen oder Gegenstände, wie Reklameschilder, angebracht oder aufgestellt werden, insofern sie für jenes mißständig erscheinen.

Auf kreisamtliche Verfügung sind Aufschriften und dergleichen oder Gegenstände dieser Art, welche zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes vorhanden sind, zu entfernen. Der Besitzer kann von dem Staat den Ersatz der ihm durch die Entfernung der Gegenstände erwachsenen Unkosten verlangen.

Durch Lokalpolizeiverordnung kann die Anbringung oder Aufstellung von Aufschriften und dergleichen oder Gegenständen, welche in landschaftlich hervorragenden Gegenden für das landschaftliche Bild mißständig erscheinen, verboten, sowie die Entfernung solcher bereits vorhandenen Aufschriften und dergleichen oder Gegenstände vorgeschrieben werden.

### Artikel 36.

#### Organe des gesetzlichen Schutzes und deren Mitwirkung hierbei.

Die Bestimmung in Artikel 31 Absatz 1 findet auf die in Artikel 33 Absatz 1, 2 bezeichneten Gegenstände mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, daß an Stelle der Baubeamten die örtlich zuständigen oberen Forstverwaltungsbeamten und an Stelle des Denkmalpflegers und der Ministerialabteilung für Bauwesen die Ministerialabteilung für Forst- und Kameralverwaltung zu treten haben.

Auf Antrag des Verfügungsberechtigten ist in dem Verfahren bei dem Kreisausschuß, Provinzialausschuß und Ministerium des Innern das Gutachten eines von dem Antragsteller zu bezeichnenden Sachverständigen einzuholen.

#### Siebenter Abschnitt.

#### Schlußbestimmungen.

### Artikel 37.

#### Strafbestimmungen.

Wer den Vorschriften der Artikel 1, 2, 3, 11, 15, 17 Absatz 1, 2, des Artikels 20 Absatz 3, der Artikel 25, 26, 29, 34 Absatz 1, des Artikels 35 zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 300 Mark und, wenn die Zuwiderhandlung vorsätzlich geschieht, mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder mit Haft bestraft. Eine uneinbringliche Geldstrafe ist nach Maßgabe der Vorschriften des Strafgesetzbuchs in Freiheitsstrafe umzuwandeln.

### Artikel 38.

#### Verhältnis zu anderweiten gesetzlichen Vorschriften.

Diejenigen Vorschriften, welche der Staatsaufsicht in Ansehung der juristischen Personen des öffentlichen Rechts weitergehende Befugnisse einräumen, als sie sich aus den Bestimmungen dieses Gesetzes ergeben, bleiben unberührt.

### Artikel 39.

#### Inkrafttreten und Ausführung des Gesetzes.

Dieses Gesetz tritt am 1. Oktober 1902 in Kraft.

Unser Ministerium des Innern ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Meine hochgeehrten Herren! Auf dem Denkmaltag in Freiburg hatte ich die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß am 14. März des vorigen Jahres den beiden Kammern des Großherzogtums Hessen ein Gesetzentwurf, betreffend den Denkmalschutz, vorgelegt worden ist und daß der Ausschuß der Zweiten Kammer demselben mit nicht besonders erheblichen Modifikationen zugestimmt hat. Dieser Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlüsse dieses Ausschusses, Drucksache Nr. 639, wurde Ihnen damals in einer größeren Anzahl von Exemplaren zur Verfügung gestellt. Des weiteren wurde eine eingehende Begründung, eine eingehende Mitteilung über den Inhalt des Gesetzentwurfs gegeben, unter Bezugnahme auf die Straßburger und Dresdener Beschlüsse sowie auf das französische Gesetz von 1887. An diesen Stand der Dinge habe ich heute anzuknüpfen.

Das Plenum der Zweiten Kammer hat in der Sitzung vom 20. November v. J. den Gesetzentwurf mit ganz unwesentlichen Änderungen angenommen. Seitens der Ersten Kammer wurde zunächst ein Ausschußbericht erstattet, der sich vollkommen zustimmend verhielt. In der Plenarsitzung der Ersten Kammer vom 20. Dezember v. J. wurde dagegen diese Gesetzesvorlage mit Rücksicht auf inzwischen eingetretene Bedenken von der Tagesordnung abgesetzt. Diese Bedenken sind nicht etwa ausgegangen von den Vertretern der Kirche, der evangelischen und der katholischen Kirche, sondern von den Vertretern der standesherrlichen Häuser unseres Großherzogtums. Es fanden nunmehr vertrauliche Verhandlungen statt zwischen der Regierung, unter Zuziehung des Ausschußreferenten einerseits, und den standesherrlichen Mitgliedern der Ersten Kammer anderseits in Anwesenheit des Vorsitzenden derselben, Seiner Erlaucht des Herrn Grafen Goerz zu Schlitz. Diese Verhandlungen haben im April d. J. zu einem Abschluß geführt.

Die Haupttendenz der erstrebten Änderungen war erstens gerichtet auf eine größere Schonung des Privateigentums und zweitens auf eine Ausschaltung der Administrativ-Behörden, der Kreisämter, und Ersatz derselben durch sachverständige Organe, durch Denkmalpflege-Kommissionen, und zwar in dem Genehmigungsverfahren, sowie auch bei Aufstellung der Denkmalisten. In beiden Richtungen gingen aber die Anträge und Anregungen zu weit. Zum Teil waren sie grundsätzlich bedenklich, zum Teil unausführbar. Insbesondere hätte ein damals gemachter Vorschlag, das Privateigentum nur mit Zustimmung des Eigentümers unter den Schutz des Gesetzes zu stellen, diesem seine eigentliche Bedeutung genommen. Deshalb wurden von mir vermittelnde Gegenvorschläge gemacht, worin der Tendenz der Abänderungs-

vorschläge soweit Rechnung getragen wurde, als es möglich war, ohne den wesentlichen Zweck des Gesetzes zu gefährden. Mit diesen Vorschlägen, welche in die Form eines neuen Entwurfes seitens der Regierung gebracht wurden, erklärten sich die standesherrlichen Mitglieder der Ersten Kammer in einer von ihnen veranstalteten vertrauten Sonderberatung einverstanden. Damit haben sie sich selbst ein ehrendes Zeugnis ausgestellt und in einer die höchste Anerkennung verdienenden Weise an den Tag gelegt, daß sie für die idealen Zwecke des modernen Denkmalschutzes ein volles Verständnis besaßen und ihre Sonderinteressen hinter diejenigen der Allgemeinheit zurücktreten ließen.

Darauf erfolgte ein neuer Ausschußbericht der Ersten Kammer, dessen Inhalt im wesentlichen den Ergebnissen der vorangegangenen vertraulichen Verhandlungen entsprach, und am 29. April 1902 einstimmige Annahme des neuen Gesetzentwurfes durch das Plenum der Ersten Kammer mit lediglich redaktionellen Verbesserungen. Der Ausschuß der Zweiten Kammer beantragte unveränderte Annahme en bloc. Diese erfolgte am 26. Juni d. J. durch das Plenum der Zweiten Kammer. Die Veröffentlichung des Gesetzes geschah im Regierungsblatt Nr. 41 vom 18. Juli 1902 und das Gesetz wird am 1. Oktober d. J. in Kraft treten.

Nunmehr, meine Herren, gestatte ich mir eine kurze Übersicht, wie sich das endgültige Gesetz gestaltet hat und wie es sich von dem Ihnen im vorigen Jahre erläuterten Entwurf unterscheidet.

Wie Sie aus der Drucksache ersehen, zerfällt das Gesetz in sieben Abschnitte. Diese Einteilung, welche die Übersicht erleichtert und insbesondere die Bestimmungen für Denkmäler im öffentlichen Besitz und in Privatbesitz scharf scheidet, ist neu, ebenso auch die sehr zweckmäßige Überschrift bei den einzelnen Artikeln.

Der erste Abschnitt, Artikel 1 bis 8, handelt von den Denkmälern im Besitz juristischer Personen des öffentlichen Rechts, also insbesondere der kirchlichen und bürgerlichen Gemeinden. Hierher gehören nicht nur die Baudenkmäler, sondern auch die beweglichen Denkmäler, einschließlich der Urkunden. Hiermit ist die Grundlage für einen Urkunden- und Archivschutz geschaffen. Die Vorschriften sind inhaltlich dieselben geblieben. Es ist statuiert die Pflicht zur Einholung der behördlichen (kreisamtlichen) Genehmigung für jede Beseitigung, Veräußerung, Veränderung, Wiederherstellung oder erhebliche Ausbesserung eines Denkmals, ferner unter gewissen Voraussetzungen für bauliche Anlagen oder Veränderungen in der Umgebung eines Denkmals. Es ist ein verwaltungsgerichtlicher Instanzenzug, und zwar nicht nur zugunsten der bürgerlichen Gemeinden, sondern auch, was eine Abweichung gegen das bisher bestehende Recht in Hessen bedeutet, zugunsten der kirchlichen Körperschaften eingerichtet, mit dem Ministerium des Innern als Spitze. Den Kreisämtern ist die Verpflichtung auferlegt zur Führung eines Verzeichnisses über die im öffentlichen Besitz befindlichen Denkmäler. Dieses Verzeichnis unterscheidet sich rechtlich von der nachher zu erwähnenden Denkmalliste, das heißt, das Verzeichnis ist keine Einrichtung, welche die Voraussetzung eines gesetzlichen Schutzes darstellt, sondern es hat lediglich Bedeutung für die praktische Durchführung des Gesetzes. Dagegen bildet, wie nachher zu erwähnen, die sogenannte Denkmalliste die Voraussetzung der gesetzlichen Wirkung.

Der zweite Abschnitt, Artikel 9 bis 17, handelt von den Baudenkmälern im Besitz von Privatpersonen. Hier kommen bewegliche Denkmäler nicht in Betracht. Voraussetzung dieses Schutzes ist das Klassement, die Eintragung in die Denkmalliste, wie das bereits in der früheren Fassung des Gesetzentwurfs aufgenommen war. Eine wichtige Neuerung ist jedoch eingetreten insofern, als diese Eintragung nicht durch das Kreisamt, sondern durch den Denkmalrat stattfinden muß. Ein Beschwerderecht ist gegeben, und die Beschwerde geht an das Ministerium. Eine zweite noch wichtigere Neuerung: hinsichtlich der Verfügung des Baudenkmalsitzers wird unterschieden zwischen der Beseitigung des Baudenkmals einerseits und den sonstigen Verfügungen, nämlich Veräußerung, Veränderung, Wiederherstellung oder erhebliche Ausbesserung des Baudenkmals anderseits. In den erstgenannten Fällen besteht die Genehmigungspflicht, wie bei den Denkmälern im öffentlichen Besitz, jedoch mit der meines Erachtens selbstverständlichen Maßgabe, daß im Falle der endgültigen Versagung der Genehmigung ein Anspruch des Privatbesitzers auf Entschädigung oder auf käufliche Übernahme seines Eigentums dem Staate gegenüber besteht. Die Genehmigung kann wahlweise bei dem Kreisamt oder bei dem Denkmalpfleger eingeholt werden — „Denkmalpfleger“ zu deutsch „Konservator“! Höchste Instanz ist das Ministerium. In den an zweiter Stelle genannten Fällen besteht lediglich eine Pflicht zur Anzeige bei dem Denkmalpfleger. Dessen schwierige Aufgabe ist es, auf den Privatbesitzer im Wege der Güte einzuwirken. Nach Ablauf einer gesetzlich bestimmten Frist ist der Besitzer in seiner Verfügung frei.

Diese Unterscheidung, meine Herren, ist die wichtigste Neuerung und entspricht dem von mir bei den oben erwähnten vertraulichen Verhandlungen gemachten Vermittlungsvorschlag. Wir sind aber damit im wesentlichen zu einer Regelung zurückgekehrt, wie sie seinerzeit schon bei den Vorberatungen der Gesetzesvorlage erörtert worden war und wie sie ferner am meisten den Beschlüssen des Dresdener Denkmalpflegetages entspricht. Der Grundgedanke dieser Unterscheidung ist mit kurzen Worten dahin zu formulieren: bei denjenigen Verfügungen, bei welchen, wie vor allem bei der Wiederherstellung eines Baudenkmals, der individuelle Geschmack und die eigensten ideellen und materiellen Interessen des Besitzers in Frage kommen, soll eine schonendere Behandlung des Privateigentums eintreten. Hier begnügt sich das Gesetz mit der dem Staate gewährten Möglichkeit einer gütlichen Einwirkung. Anders, wenn es sich um gänzliche oder teilweise Beseitigung eines Baudenkmals oder um Einwirkung auf die Umgebung eines Baudenkmals handelt. In diesem letzteren Falle liegt kein Grund vor, auf das Vetorecht des Staates zu verzichten.

Ich glaube, daß die mitgeteilte Lösung der schwierigen Frage als eine glückliche Vermittlung zwischen dem öffentlichen Interesse des Denkmalschutzes und den berechtigten Rücksichten auf die Heiligkeit des Privateigentums bezeichnet werden darf. Dieselbe unterliegt um so weniger einem Bedenken, als der Staat von seinem Zwangsrecht infolge Mangels an Mitteln doch nur in seltenen Fällen Gebrauch machen könnte.

Der dritte Abschnitt, Artikel 18 bis 24, befaßt sich mit besonderen Vorschriften für einzelne Fälle und enthält inhaltlich keine erhebliche Neuerung im Vergleich zu dem früheren Entwurfe. Die wesentlichsten

Vorschriften sind die folgenden: Enteignungsrecht im Interesse von Baudenkämlern, deren Unterhaltung vernachlässigt wird, sowie ferner zum Zwecke der Freilegung — hier eine Neuerung nur insofern, als der enteignende Staat oder die Gemeinde, Provinz usw. nicht die Entziehung, sondern nur eine entsprechende Beschränkung des Eigentums verlangen kann. Dies dürfte jedoch zur Erreichung der Zwecke des Gesetzes genügen. Weitere Vorschriften betreffen das Recht des Staates oder der Gemeinde zur Veranstaltung von Aufnahmen der Baudenkmäler, ferner die Befugnis der Regierung, den Gemeinden und Kirchen die Aufwendung von Mitteln im Interesse der Baudenkmäler anzusinnen. Endlich sind in diesem Abschnitt unter Artikel 23 wichtige baupolizeiliche Bestimmungen enthalten.

In dem vierten Abschnitt, Artikel 25 bis 30, wird die schwierige Materie der Ausgrabungen und Funde geregelt, und zwar in einer mit dem früheren Entwurf inhaltlich übereinstimmenden Weise. Jedoch ist bei dem im Interesse von Ausgrabungen statuierten Enteignungsrecht wiederum nur ein Recht auf Beschränkung des Eigentums an Stelle des Rechts auf Entziehung des Eigentums zugelassen.

Der fünfte Abschnitt, Artikel 31 und 32, befaßt sich mit der überaus wichtigen und komplizierten Frage der Organisation des Denkmalschutzes. Im Inhalt weicht das Gesetz nicht wesentlich von dem früheren Entwurf ab. Jedoch ist durch die Formulierung die Verpflichtung der Administrativbehörden, bei all ihren Entschließungen oder Entscheidungen das Gutachten der sachverständigen Stelle, das ist des Denkmalpflegers, einzuholen, noch schärfer betont. Sodann sind in betreff der Zusammensetzung des für das Großherzogtum zu bestellenden Denkmalrats gewisse Normativvorschriften gegeben, die vielleicht für Sie von besonderem Interesse sein werden. Es ist in dieser Beziehung wörtlich das folgende bestimmt:

„Zur Mitwirkung bei der Ausübung des Denkmalschutzes wird für das Großherzogtum ein Denkmalrat gebildet. Diesem sollen jedenfalls je ein Vertreter der evangelischen und katholischen Kirche, mindestens zwei Mitglieder von hessischen Altertums-, Geschichts- und Kunstvereinen, zwei in Hessen wohnhafte Baudenkmalbesitzer angehören. Die kein Staatsamt bekleidenden Mitglieder sind auf je sechs Jahre zu berufen. Im übrigen wird die Zusammensetzung und Geschäftsordnung des Denkmalrats durch das Ministerium des Innern bestimmt.“

Der sechste Abschnitt, Artikel 33 bis 36, befaßt sich mit den sogenannten Natur-Denkämlern. Auch hier ist an den Vorschriften des früheren Entwurfs keine sachlich erhebliche Änderung vorgenommen. Eine wertvolle Erweiterung hat Artikel 35 betreffend das Verbot von Aufschriften, Reklameschildern u. dgl. gefunden, indem im Absatz 3 der Erlaß von Lokal-Polizeiverordnungen zur Verhinderung mißständiger Plakate usw. in landschaftlich hervorragenden Gegenden in ähnlicher Weise ermöglicht worden ist, wie dies kürzlich in Preußen durch ein besonderes Gesetz geschehen ist.

Der siebente Abschnitt, Artikel 37 bis 39, „Schlußbestimmungen“, gibt zu keinen Bemerkungen Anlaß.

Lassen Sie mich in Kürze das Ergebnis zusammenfassen in folgenden Worten. Das Gesetz hat weitere wichtige Verbesserungen erfahren. Dem Grundsatz, welcher von jeder gesunden Politik und Gesetzgebung befolgt werden muß, daß nämlich dann, wenn verschiedene, an und für sich be-

rechtegte Interessen sich entgegenstehen, die Linie der goldenen Mitte einzuhalten ist, dürfte, wie ich glaube, jetzt durchaus Rechnung getragen sein. Das Gesetz hat in seiner jetzigen Fassung die ausnahmslose Zustimmung der in ihren eigenen Interessen am meisten berührten Kreise gefunden, insbesondere der vornehmsten Grundherren unseres Landes, welche in der Ersten Kammer über die Mehrheit verfügen. Gerade dieser Umstand, meine Herren, läßt mich hoffen, daß die in dem hessischen Gesetz versuchte Lösung auch außerhalb des Großherzogtums zu ähnlichem Vorgehen ermutigen wird. Zugleich aber schöpfe ich aus der Vorgeschichte unseres Gesetzes die Zuversicht, daß auch bei der nunmehr in Ausführung des Gesetzes geplanten umfassenden Organisation des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege die gesamte Bevölkerung unseres Landes freudig mithelfen wird, damit die idealen Zwecke des Gesetzes möglichst ohne Anwendung des bürokratischen Apparates von allen Gutgesinnten freiwillig gefördert und so in vollstem Umfange erreicht werden.

### Erfurt 1903

#### Ausführung des hessischen Gesetzes

**Referent: Ministerialrat Freiherr von Biegeleben-Darmstadt:**

Meine Herren! An dem Zustandekommen des hessischen Denkmalschutzgesetzes, dessen Inkrafttreten am 1. Oktober vorigen Jahres stattgefunden hat, haben die Denkmalpflegetage einen wesentlichen Anteil genommen. Wie früher einmal bemerkt wurde, haben sie bei dem Kinde, das in Hessen geboren wurde, gewissermaßen Pate gestanden. Ich glaube deshalb verpflichtet zu sein, Ihnen von dem ersten Lebensjahr dieses Kindes ein wenig mitzuteilen.

Meine Herren! Ich unterscheide bei der Ausführung unseres Gesetzes die vier Zweige des Denkmalschutzes, einmal den Schutz der Baudenkmäler, zweitens den Schutz der beweglichen Denkmäler von künstlerischer oder kunsthistorischer Bedeutung, an dritter Stelle den Schutz der Altertümer und an vierter Stelle den Schutz der Urkunden.

Was zunächst die Baudenkmäler betrifft, so haben wir als Denkmalpfleger für jede Provinz unseres kleinen Landes je einen Architekten bestellt, und zwar solche, die Professoren an der Technischen Hochschule in Darmstadt sind und das Amt des Denkmalpflegers im Nebenamt zu verwalten haben. Die Tätigkeit dieser Denkmalpfleger hatte sich bis jetzt im wesentlichen zu befassen mit der Begutachtung von Bauprojekten für Herstellungen in Kirchen, an Rathäusern und dergleichen öffentlichen Gebäuden, und ich kann wohl mitteilen, daß diese begutachtende Tätigkeit schon jetzt segensreich gewirkt hat. Besondere Schwierigkeiten sind hierbei bis jetzt nur in einem Falle hervorgetreten, wobei es sich handelte um die Erneuerung von Barockgemälden des 18. Jahrhunderts, die in einer Kirche der Provinz Starkenburg vor einigen Jahren durch einen Blitzschlag in erheblicher Weise beschädigt worden waren. Hier hat sich der Pfarrer auf einen bestimmten Maler als Restaurator versteift, während der Denkmalpfleger einen anderen Maler hierfür in Vorschlag brachte. Die Verhandlungen, wer nun hier Recht behalten wird, sind noch nicht zum Abschluß gekommen. Gerade dieses Beispiel wird für uns von wesentlicher Bedeutung sein für die Auffassung, die wir in Ausführung des

Gesetzes zu verfolgen haben. Ich für meine Person gehe davon aus, daß ein behördlicher Zwang, soweit irgend möglich, vermieden werden muß und daß nur da, wo eine andere Lösung durchaus nicht gefunden werden kann und wo gewichtige Interessen auf dem Spiele stehen, ein behördlicher Zwang in einer solchen Frage stattfinden soll. Aber, meine Herren, das Gesetz hat insofern auch in diesem Falle wohlträg gewirkt, als wir in der Lage waren, ein übereiltes, unsachgemäßes Vorgehen zu verhindern. Ich glaube, daß auch in diesem Falle noch versucht werden soll, eine friedliche Lösung zu finden, und die Grundlage für die friedliche Lösung werden wir eben in den Bestimmungen unseres Gesetzes finden, die ein einseitiges Vorgehen der beteiligten Behörden unmöglich machen.

Meine Herren! Auch mit privaten Baudenkältern hatten sich bereits unsere Denkmalpfleger zu befassen, obgleich die Denkmalliste, welche die Voraussetzung des Denkmalschutzes bildet, noch nicht aufgestellt ist. Es hat sich aber jetzt schon ergeben, daß infolge der allgemeinen Anregung, die in unserem Lande entstanden ist, die Privatleute an die Denkmalpfleger herangetreten und ihren Rat einholen, und es ist dementsprechend gelungen, in einer Stadt — Alsfeld — in der sich viele Gebäude von Holzfachwerk befinden und ferner in einem anderen kleinen Ort der Provinz Oberhessen bereits sachgemäße Herstellungen von Privatgebäuden durchzusetzen. In diesem zuletzt erwähnten Ort haben wir zum erstenmal den Versuch gemacht, durch eine kleine staatliche Beihilfe einen Privatbesitzer zu veranlassen, daß er eine sachgemäße Herstellung vornimmt. Er wollte das Fachwerkhaus überputzen, während der Denkmalpfleger anstrebt, das Fachwerk in seiner ursprünglichen, noch jetzt deutlich erkennbaren Weise wiederherzustellen. Die Mehrkosten, die durch diese Ausführung entstehen werden, im Vergleich zu der von dem Eigentümer ursprünglich geplanten Herstellungsweise haben wir zu einem sehr erheblichen Teile auf die Staatskasse übernommen — in gewissem Sinne ein etwas waghalsiges Unternehmen, denn es ist ja klar, daß wenn das einmal geschehen ist, nun auch die anderen kommen und sagen werden: Lieber Staat, gib doch dein Geld dafür her, uns unsere Häuser zu restaurieren. Ich bin also nur mit einem gewissen Zagen an die Befürwortung dieses Antrages herangetreten, habe aber geglaubt, trotzdem das Wagnis einmal unternehmen zu sollen, hauptsächlich um an dem betreffenden Ort ein Beispiel zu geben. Dieses Beispiel wird nun hoffentlich gute Früchte tragen. Anforderungen anderer Besitzer werden wir freilich dann entgegentreten müssen.

Meine Herren! Die Tätigkeit der Herren Denkmalpfleger wird nun des weiteren sich damit zu befassen haben und hat sich zum Teil damit befaßt, die Aufstellung der Denkmälerverzeichnisse und der Denkmallisten durchzuführen. Es sind bereits zu Anfang dieses Jahres an die betreffenden Behörden Weisungen ergangen, diese Aufstellung der Denkmälerverzeichnisse, unter denen wir eine Zusammenfassung der in öffentlichem Besitz befindlichen Denkmäler verstehen, und andererseits die Aufstellung der Denkmallisten, unter denen wir die Zusammenfassung der in Privatbesitz befindlichen Baudenkämäler verstehen, in die Wege zu leiten. Es ist also im ganzen Lande diese Arbeit im Gange, und die Denkmalpfleger sind im Begriff, die zur Kontrolle dieser Aufnahmen erforderlichen Reisen auszuführen. Wir werden dann im Herbst des Jahres eine Sitzung des Denkmalrates abhalten; in dieser

Sitzung wird die Denkmalliste, zum Teil wenigstens, definitiv festgestellt werden, und von da ab haben wir dann auch für die Privatbaudenkmäler den gesetzlichen Schutz.

Wir sind bei der Aufstellung dieser Liste davon ausgegangen, daß zunächst möglichst weit zu gehen ist. Wir glauben: zunächst besser zu viel, als zu wenig. Es ist dann Sache des Denkmalpflegers, das Richtige zu finden und je nach den lokalen Verhältnissen zu entscheiden, ob das betreffende Bauwerk in der Tat so hoch steht oder ob es so viel lokalgeschichtliches Interesse hat, daß man es in die Denkmalliste aufnimmt.

Meine Herren! Ich komme dann zu dem zweiten Punkte, dem Schutz der beweglichen Gegenstände, den ich bezeichnen möchte als den Schutz der Werke der Bildhauerei, der Malerei und des Kunstgewerbes. Hier war nur in seltenen Fällen Gelegenheit zum Einschreiten gegeben. Es ist aber auch hier die Aufstellung der Verzeichnisse aller im öffentlichen Besitz befindlichen Gegenstände der geschilderten Art im Gange, eine Arbeit, die freilich noch lange Zeit zu ihrer Lösung erheischen wird. Es ist für diese beweglichen Gegenstände und zugleich auch für die Altertümer ein Denkmalpfleger, also ein vierter Denkmalpfleger bestellt, dessen Tätigkeit nicht im Nebenamte erfolgt und sich auch über das ganze Land erstreckt.

Ich komme an dritter Stelle zu dem Schutz der Altertümer. Hier handelt es sich um die Ausgrabungen und Funde. Sie wissen, daß in unserem Gesetz für die Vornahme von Ausgrabungen und auch für Funde eine Anzeigepflicht statuiert ist. Es ist nun vor allem nötig, wenn man den Zweck dieser Bestimmung in der Praxis durchsetzen will, daß die amtliche Aktion des Denkmalpflegers möglichst rasch zur Tat wird. Das war nun eine nicht ganz leicht zu regelnde Frage, denn selbst in unserem kleinen Lande ist doch der Denkmalpfleger oft zu weit entfernt von dem Ort der Ausgrabungen, von dem Ort der Funde, als daß er jedesmal mit der nötigen Raschheit hätte einschreiten können. Wir sind nun nach eingehenden Erwägungen, und zwar Erwägungen, die gepflogen wurden im Benehmen mit den Vorständen der Museen, der Altertumsvereine, den Privatforschern, die bisher in unserem Lande tätig waren, zu dem Ergebnis gekommen, daß es zweckmäßig ist, im Lande noch eine Anzahl von Stellvertretern des Denkmalpflegers zu bestellen. Wir nennen diese Herren Bezirksstellvertreter. Es sind das in der Hauptsache Vorstände oder Mitglieder der Museen und Altertumsvereine, aber auch einige andere Herren. Wenn eine Ausgrabung beabsichtigt ist oder ein Fund gemacht wird, so ist der betreffende Private verpflichtet, die Anzeige entweder an das Kreisamt oder an die Bürgermeisterei zu erstatten. Im letzteren Falle gibt die Bürgermeisterei die Anzeige an das Kreisamt weiter, und das Kreisamt hat dann die Verpflichtung, auf kürzestem Wege, unter Umständen telegraphisch, telephonisch, per Postkarte den Bezirksstellvertreter zu benachrichtigen, gleichzeitig allerdings auch den Denkmalpfleger in Darmstadt. Auf diesem Wege ist es erreicht worden, daß mit der erforderlichen Raschheit überall die Denkmalpflege in Aktion treten kann.

Noch ein weiterer Punkt dürfte für Sie von Interesse sein. Es ist im Gesetz vorgesehen, daß von der Anzeigepflicht Befreiung erfolgen kann durch das Ministerium. Wir haben hierfür Befreiungsscheine ausgegeben an eine Anzahl von Herren, welche sich bisher schon auf dem Gebiete der Altertumsforschung verdient haben, Herren, die auf eigene Rechnung Aus-

grabungen unternehmen. Es sind aber in diesen Befreiungsscheinen eine Anzahl von Bedingungen aufgenommen, die im Interesse der Wissenschaft gelegen sind, zwei Hauptbedingungen: der betreffende Herr, der eine Ausgrabung unternimmt, hat für eine ordnungsmäßige Verwahrung etwa gefundener Gegenstände Sorge zu tragen. Er muß also dafür Sorge tragen, daß diese Gegenstände, sei es in dem Zentralmuseum, will ich einmal sagen, in Darmstadt, sei es in einem Lokalmuseum ordnungsmäßig verwahrt werden. Zweitens aber hat er einen Fundbericht zu erstatten, und zwar einen Fundbericht unter Hinzufügung von zeichnerischen, womöglich photographischen Aufnahmen in doppelter Ausfertigung. Die eine Ausfertigung dieses Fundberichtes kommt in das betreffende Museum, das den Gegenstand aufnehmen soll, die zweite Ausfertigung kommt in das Denkmälerarchiv, dessen Gründung bei uns beabsichtigt ist. Auf diesem Wege wird es gelingen, der vielfach bisher zersplitterten Forschung auf dem Gebiet der Altertumskunde eine gewisse Zentralisation zu verleihen, ohne daß deshalb aber der Betätigung des einzelnen Forschers zu nahe getreten wird.

Der vierte Zweig der Denkmalpflege ist der Urkundenschutz. Hier sind wir noch am weitesten zurück. Ein praktisch wichtiger und vorbereitender Schritt ist aber dadurch geschehen, daß an die Verwaltungsbehörden die Weisung ergangen ist, im allgemeinen einmal festzustellen, ob überhaupt in den einzelnen Gemeinden, und zwar in den Pfarrarchiven, in den Kommunalarchiven, in den Rathäusern, Kirchen und dergleichen, Akten, Urkunden von älterem Datum vorhanden sind, ungefähr, ohne aber bis jetzt in das einzelne einzutreten, die Zeit der Entstehung anzugeben und auch vor allem mitzuteilen, in welcher Weise die Aufbewahrung erfolgt. Diese Ermittelungen, die nun im Gange sind, werden uns die Möglichkeit geben, die Männer der Wissenschaft an die Arbeit zu setzen und allmählich im Laufe der Jahre eine eingehende Inventarisation der Urkunden zu ermöglichen. Es wird aber inzwischen wenigstens dem Weiterverderben tunlichst vorgebeugt.

Meine Herren! Ich möchte Ihnen endlich von zwei Maßnahmen Kenntnis geben, die sich auf alle Zweige der Denkmalpflege beziehen. Es wird Sie vielleicht interessieren, in Kürze zu hören, wie wir den Denkmalrat zusammengesetzt haben. Der Denkmalrat soll nach dem Gesetz vor allem mitwirken bei der Entscheidung von Verwaltungsstreitigkeiten, und zwar in der obersten Instanz, sei es auf Anordnung des Ministeriums, sei es auf Antrag eines Beteiligten. Außerdem aber beabsichtigen wir, im Wege der Instruktion dem Denkmalrat die Befugnis und Verpflichtung beizulegen, daß er auf Ansuchen eines Beteiligten oder auf Anordnung des Ministeriums auch außerhalb des Streitverfahrens gutachtliche Tätigkeit ausübt. Da nun der Denkmalrat sich mit allen Zweigen der Denkmalpflege zu befassen hat, so mußte dementsprechend auch die Zusammensetzung stattfinden. Es sind in dem Denkmalrat bis jetzt 18 Herren aufgenommen, darunter nach Maßgabe des Gesetzes zwei Baudenkmalbesitzer, und je ein Vertreter der beiden Kirchen, der evangelischen und der katholischen, ferner zwei Kunstdiebhaber und Kunstverständige, sodann die Herren Denkmalpfleger, ein technischer Vertreter der Ministerialabteilung für Bauwesen, ein Privatarchitekt, der sich in hervorragender Weise mit Restaurierung von Denkmälern befaßt hat, ferner drei bis vier Kunsthistoriker, zwei Vertreter von Museumsdirektionen und zwei eigentliche Historiker, darunter zugleich Vertreter von Altertums-

vereinen. Wir haben einen großen Wert darauf gelegt, daß in dem Denkmalrat das technische und das kunsthistorische Element möglichst gleichmäßig vertreten wird.

Wir beabsichtigen nun, da ein solcher Apparat von 18 Herren zu umständlich arbeitet, einzelne Ausschüsse zu bilden, wahrscheinlich — das ist noch nicht entschieden — territorial für die einzelnen Provinzen, und in jeden dieser Ausschüsse wieder Herren von jedem Zweige der Denkmalpflege zu berufen, so daß, wie ich glaube, die Garantie für eine möglichst objektive und möglichst allseitige Ausübung der Denkmalpflege gegeben ist.

Meine Herren! Das letzte, was ich Ihnen noch mitteilen will, und nicht das unwichtigste, ist, daß wir unsere Organisation noch weiter ausbauen wollen. Ich habe kürzlich über diese Frage eine Denkschrift verfaßt und dem Ministerium vorgelegt, deren Anträge auch wesentlich die Zustimmung des Ministeriums gefunden haben. Ich darf mir vielleicht erlauben, um Sie am leichtesten in die Intentionen einzuführen, Ihnen die Einleitung der Denkschrift zu verlesen. Ich habe eine Anzahl Exemplare, allerdings nur wenige, mitgebracht und bin gern bereit, den betreffenden Herren, die sich melden, je ein Exemplar davon zu überlassen.

Es ist in der Denkschrift einleitungsweise gesagt:

„Das Gesetz vom 16. Juli 1903, den Denkmalschutz betreffend, gewährt den Bestrebungen nach Pflege der Denkmäler und zwar jeder Art von Denkmälern die gesetzliche Unterlage und damit eine kräftige Stütze; es bezeichnet ferner die Grundzüge der behördlichen Organisation der Denkmalpflege (vgl. Art. 31, 32). Schon machen sich die wohltätigen Wirkungen des Gesetzes vielfach bemerkbar: das Interesse an den Denkmälern der Vergangenheit ist neu belebt und manigfache Anregungen, wie man dasselbe fördern könnte, sind erfolgt; mit Hilfe der gesetzlichen Bestimmungen sind erfreuliche Erfolge, besonders im Sinne einer sachgemäßen Herstellung von Baudenkmälern, und ferner hinsichtlich der Auffindung und Erforschung der Altertümer aus prähistorischer und frühgeschichtlicher Zeit erzielt worden.“

Falsch wäre es jedoch, von gesetzlichen Vorschriften allein das Heil zu erwarten, falsch selbst dann, wenn man bestrebt ist, aus der Handhabung des Gesetzes eine bürokratische mechanische Auffassung fern zu halten und stets vor Augen zu haben, daß das Gesetz kein Selbstzweck, sondern nur ein Mittel zur Erziehung des Volkes ist. Auf die Dauer kann vielmehr das Gesetz nur dann wohltätig wirken, wenn es getragen wird von einer Organisation, welche alle Volkskreise — Fachmänner und Laien — lebendig umfaßt. Dann allein wird es seinen Zweck, den Sinn für die Pflege idealer Güter im Volke zu erwecken und zu erhalten, ganz erfüllen. Die gedachte Organisation muß überwiegend auf der Mitwirkung freiwillig und ehrenamtlich sich zur Verfügung stellender Kräfte beruhen; sie muß ferner alle Zweige des Denkmalschutzes umfassen.“

Zur Ausführung dieses Gedankens sind nun folgende Vorschläge gemacht. Erstens die Bestellung von Fachmännern als Hilfsarbeiter, und zwar auf dem Gebiete der Pflege der Baudenkmäler und der Pflege der Bildhauerei, Malerei und des Kunstgewerbes. Es ist zunächst daran gedacht, einige Architekten als behördliche Hilfsarbeiter für die Baudenkmäler gegen eine mäßige Vergütung zu gewinnen. Das ist in einem Falle bereits gelungen.

Wir haben in Mainz einen solchen Architekten gewonnen. Es werden deren noch einige andere — nicht viele — folgen. Im übrigen rechnen wir auf die ehrenamtliche Mitwirkung von Architekten, vor allem aber — und das ist immer wieder von grösster Bedeutung — von Kunsthistorikern und Historikern. Wir werden den Versuch machen, in unserem Lande alle fachmännischen Kräfte dieser Art, also vor allem Kunsthistoriker und Historiker, zu gewinnen, sie in ein bereits von vornherein stipulierte Vertragsverhältnis mit uns, mit der Regierung zu bringen, derart, daß diese Herren bereit sind, auf Ersuchen des Denkmalpflegers in jedem einzelnen Falle mit ihrem fachmännischen Rat den Herren Architekten zur Seite zu stehen. (Beifall.) Ich denke mir dies so, daß, wenn eine Restauration eines Denkmals geplant ist, dann der betreffende Herr Denkmalpfleger sich an diesen Fachmann, Historiker oder Kunsthistoriker, wendet mit dem Ersuchen, das Urkundenmaterial zu studieren und die Sache vom kunsthistorischen Standpunkt zu begutachten. Dann, meine Herren, haben die beiden zusammen zu wirken. Der Architekt erhält den Rat des Historikers, und ich glaube, daß wir auf diesem Wege das beste erreichen werden, daß der leider so oft hervortretende Gegensatz zwischen Architekt und Kunsthistoriker, soweit es eben möglich ist, verschwindet oder wenigstens, daß ein gütlicher Ausgleich stattfindet.

Meine Herren! Wir beabsichtigen weiter, außer den Fachmännern, nach dem Vorbilde von Preußen, im besonderen der Rheinprovinz und von Baden, sogenannte Vertrauensmänner — in Preußen Korrespondenten der Denkmalpflege genannt — aus dem Laienstande anzuwerben. Diese ehrenamtlich zu bestellenden Vertrauensmänner möchte ich mit einem kurzen Wort charakterisieren als Aufpasser, als Wächter. Weitere Funktionen, wie die des Eingriffs u. dgl. können ihnen natürlich nicht übertragen werden. Wir glauben aber, daß, wenn bei der Auswahl dieser Vertrauensmänner vorsichtig vorgegangen und nicht etwa auf solche Herren, die nur der Repräsentation halber ihre Namen hergeben wollen, reflektiert wird, dann gerade die Einrichtung der Vertrauensmänner dazu geeignet sein wird, in dem ganzen Volke das lebhafteste Interesse für die Aufgaben der Denkmalpflege zu erwecken. Wir hoffen endlich, daß es uns gelingen wird, in diese freiwilligen Organisationen auch die historischen Vereine hinein zu bringen und ihnen vielleicht die Leitung derselben je in ihrem Vereinsbezirke zu übertragen. Das ist allerdings bis jetzt noch nicht in den Einzelheiten durchgearbeitet.

Meine Herren! Ich glaube, ich habe Ihnen gezeigt, daß das Kind, das im vorigen Jahre geboren wurde, das beste für ein erfreuliches Wachstum hoffen läßt. Vieles ist noch bei uns zu tun. Ich darf aber wohl die zuverlässliche Hoffnung aussprechen, daß ich Ihnen auch das nächste Mal über erfreuliche Fortschritte berichten kann.

### Mainz 1904

**Referent: Ministerialrat Freiherr von Biegeleben-Darmstadt:**

Am 1. Oktober 1902 ist das Gesetz im Großherzogtum in Kraft getreten. In Freiburg und Düsseldorf habe ich über seinen Werdegang und Inhalt ausführlich berichtet und im letzten Jahre in Erfurt mitgeteilt, was zu seiner Ausführung und insbesondere in betreff einer umfassenden Organisation der Denkmalpflege geschehen und für demnächst geplant war.

Gestatten Sie mir, heute noch einiges anzufügen, was bei der Neuheit der Sache für Sie von Interesse sein dürfte.

Die geplante Organisation der freiwilligen Denkmalpflege, die sich aus wissenschaftlichen Hilfsarbeitern, insbesondere solchen der geschichtlichen Wissenschaften, einerseits und aus Vertrauensmännern, zumeist dem Laienstande entnommen, andererseits zusammensetzt und den behördlichen Organen hilfreich zur Seite stehen soll, ist insofern um ein bedeutendes gefördert worden, als nunmehr die erforderlichen Ernennungen meist vollzogen sind. Die Einführung der Ernannten in den Dienst wird sonach demnächst erfolgen können. Auch auf dem Gebiet des Urkundenschutzes, welches ein Glied des gesamten Denkmalschutzes bildet, sind wir vorangekommen; die Direktion des Großh. Haus- und Staatsarchivs wurde mit der Funktion eines Denkmalpflegers für die Urkunden betraut, und behufs Durchführung der in dem Gesetz verlangten allgemeinen Repertorisierung der im Besitz der bürgerlichen und kirchlichen Gemeinden befindlichen Urkunden ist eine umfassende, im wesentlichen auf freiwilligen Mitarbeitern beruhende Organisation, in der Hauptsache nach dem Vorbild der in Baden bestehenden, geplant und vorbereitet.

An der Spitze der behördlichen Organisation der Denkmalpflege steht der Denkmalrat für das Großherzogtum, über dessen Zusammensetzung ich Ihnen im verflossenen Jahre berichtet habe. Seitdem wurde im Mai d. J. eine eingehende Geschäftsordnung für den Denkmalrat, entsprechend den von diesem selbst gefassten Beschlüssen, erlassen. Über die in dem Gesetz begründete Zuständigkeit hinaus, zu der vor allem die Eintragung der im Privatbesitz befindlichen Baudenkmäler in die hierfür bestimmte Liste gehört, wurde der Denkmalrat für zuständig erklärt zur Abgabe von Gutachten in Einzelfällen auch außerhalb des Verwaltungsstreitverfahrens, sowie zur Beratung von Angelegenheiten und Anregungen, welche den Denkmalschutz im allgemeinen betreffen. Von besonderem Interesse ist die nach der Geschäftsordnung vorgesehene Dezentralisation durch Bildung ständiger Ausschüsse auf Grund einer Kombination des Territorialitäts- und Fachprinzips. Demgemäß wurden 7 Ausschüsse gebildet, und zwar je ein Ausschuß für die Baudenkmäler der Provinz Starkenburg, der Provinz Oberhessen und der Provinz Rheinhessen; desgleichen drei Provinzialausschüsse für die übrigen Werke der bildenden Künste einschließlich des Kunstgewerbes und der Altertümer, endlich ein Ausschuß für die Urkunden des Großherzogtums. Die Ausschüsse haben entweder die Beschlüsse des Plenums vorzubereiten oder an dessen Stelle endgültig zu beschließen. Im Frühjahr d. J. trat der Denkmalrat, dem damals vor dem Ableben des Historikers Prof. Höhlbaum und dem zu unserm Bedauern erfolgten Ausscheiden des Herrn Prälaten Dr. Fr. Schneider 21 Mitglieder angehörten, zweimal zur Sitzung zusammen. Abgesehen von der bereits erwähnten Beratung des Geschäftsordnungsentwurfs wurden durch die Beschlüsse des Denkmalrats eine große Anzahl von Gebäuden in Privatbesitz unter Denkmalschutz gestellt, auch in betreff der Umgebung von Baudenkmälern wurde mehrfach in gleicher Weise verfahren und dadurch sowie durch die Befürwortung des Erlasses ortssstatutarischer Vorschriften insbesondere die Erhaltung schöner Platz- und Straßenbilder angestrebt. Während einzelne Privatpersonen Beschwerde gegen die Aufnahme ihres Besitztums in die Liste der Baudenkmäler erhoben,

sprachen andere dem Denkmalpfleger gegenüber den Wunsch auf Eintragung in die Liste aus.

Wertvolle Anregungen einzelner Mitglieder des Denkmalrats zur Förderung praktischer Denkmalpflege gelangten zur Beratung und Beschußfassung. Eine grundsätzliche Bedeutung kann das Gutachten über die Frage beanspruchen, zu welchem Zeitpunkte die Bauwerke entstanden sein müssen, wenn sie als Baudenkmäler gelten sollen. Die Meinungen hierüber gingen anfänglich weit auseinander; von manchem wurde zunächst die Ansicht vertreten, als Baudenkmäler im Sinne des Denkmalschutzes sollten nur die vor dem Jahre 1830 oder 1850 entstandenen behandelt werden; andere wollten keinerlei Grenze. Schließlich fand eine mittlere Meinung, wonach eine verschiebliche Grenze, vorbehaltlich Ausnahmen nach vorwärts und rückwärts, angenommen werden soll, Anklang und es wurde eine solche von 30 Jahren durch Mehrheitsbeschuß gutgeheißen.

Was haben wir in Hessen seit dem 1. Oktober 1902 durch Gesetz und Verwaltung, Dank im besonderen der hingebenden Tätigkeit unserer Denkmalpflege, erreicht? Förderung der Altertumswissenschaft durch die hinsichtlich der Ausgrabungen und Funde erlassenen Vorschriften, vielfache Einwirkung auf die Baudenkmälbesitzer (Gemeinden und Privatpersonen) im Sinne sachgemäßer Herstellungen, Schutz gegen vermeidliche Beseitigung von Baudenkmälern und da, wo sie unvermeidlich, genaue Aufnahme des Bestandes und Wiederverwendung hervorragender Bauteile bei Neubauten, vor allem aber im Volke eine intensive Belebung des Sinnes und Interesses für die Denkmäler des Landes.

Mit dem Erreichten dürfen wir zufrieden sein, aber wir wissen wohl, daß wir erst am Anfang eines viel verheißenden Unternehmens stehen. Manche Schwierigkeiten und Mißverständnisse, wie sie mit den neuen Einrichtungen stets verbunden sind, müssen überwunden, manche Erfahrungen gesammelt werden.

Die Denkmalpflege, meine Herren, ist ein ganz besonderes Ding, denn sie berührt die ganze Volksseele. Sie kann weder nach der Schablone eines kühlen Bureaucraten, noch nach den heißblütigen Empfindungen eines Altertum- oder Denkmalschwärmers behandelt werden. Warme Begeisterung für die Denkmäler der Vergangenheit muß Hand in Hand gehen mit einer vernünftigen Würdigung neuzeitlicher Bedürfnisse und Ansprüche und billiger Rücksichtnahme auf die Denk- und Empfindungsweise sowie die Leistungsfähigkeit der beteiligten Denkmälbesitzer. Deshalb bedarf es in jedem Einzelfalle einer sorgfältigen Abwägung dessen, was verlangt werden kann. Aber, fragt man, sind denn nicht Denkmalpflege und moderne Kunst mit Notwendigkeit Antipoden? Mit nichts! Man kann Förderer der neuesten Kunstbestrebungen und doch zugleich Kenner und warmherziger Freund der alten historischen Kunst sein, wie das hohe Beispiel des Fürsten dieses Landes beweist.

Gesetz und Verwaltung sind nicht dazu bestimmt, eine Verstaatlichung der Kunstmüllpflege herbeizuführen oder einen Kunstmüllbureaucratismus großzuziehen, sondern durch Anregung, Förderung und Warnung unter tunlichster Vermeidung behördlichen Zwangs einen belebenden Einfluß auf die von den Gemeinden und Privaten zu betätigende Kunstmüllpflege zu üben.

Wir haben den guten Willen, in diesem Geiste die Denkmalpflege zu handhaben, und deshalb fühlen wir uns ganz frei von gewissen pessimistischen Stimmungen, die in letzter Zeit gerade mit Bezug auf die hessische Denkmalpflege und das hessische Gesetz, obschon aus einer Quelle fließend, in der Presse verschiedenster Richtung, wie jüngst in der Münchener Allg. Zeitung und gestern in der Berliner Germania, hervorgetreten und zu irreführender Beunruhigung der öffentlichen Meinung geeignet sind. Uns scheinen die trüben Vorhersagungen drohender Konflikte bei richtiger Auffassung und sachgemäßer Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen weder in diesen letzteren, noch in den Tatsachen gentigend begründet; wir werden uns nicht beirren lassen in unserer zuversichtlichen Hoffnung, daß es gelingen wird, bei allseitig gutem Willen im Schaffen für das hohe Gut, das wir in unseren Denkmälern besitzen, die richtigen Wege zu finden, Staat und Kirche, Gemeinden und Privaten und damit unserem engeren, aber auch dem weiteren großen Vaterlande wahrhaft gute Dienste zu leisten.

### Über den Stand der Gesetzgebung in Preußen Freiburg 1901

**Referent: Geheimer Oberregierungsrat von Bremen-Berlin:**

Meine Herren! Und wie steht es in Deutschland, in dem Herzen Europas, dessen Pulschlag so oft das geistige Leben des Kontinents bewegte? Es verleugnet auch hier nicht seine eigenste Natur, seine Vielgestaltigkeit und seine Gründlichkeit, die schwer zu entscheidenden Schritten führt. Fast in jedem Lande besteht eine Fülle von Verwaltungsvorschriften, genauen Anweisungen weltlicher und geistlicher Behörden, eine Reihe von Konservatoren und Inspektoren, die fleißig ihrer schwierigen Aufgabe walten. Aber die Ansätze zu einer gesetzlichen Regelung sind nur vereinzelt. Der Herr Ministerialrat hat vorhin schon hervorgehoben, daß Ihre Straßburger und Dresdener Beschlüsse eine neue Anregung zu gesetzgeberischen Versuchen gegeben haben, und zwar nicht nur in denjenigen Staaten, die hier besonders genannt sind, sondern, wie ich höre, auch einzelne andere haben die Absicht, hier vorzugehen. Zu einem Ergebnis ist man indessen bisher noch nicht gelangt.

In Preußen, das ich besonders behandeln möchte, haben die gesetzgeberischen Versuche nie geruht; denn die Verwaltung hat stets das Bedürfnis einer organischen Regelung gefühlt. Aber die Richtung ist in den mehr als 80 Jahren je nach der herrschenden Zeitströmung eine verschiedene gewesen, hat bald originale Gestaltungen, bald eine Anlehnung an das französische Vorbild versucht. Die neueste Zeit erstrebt den Ausbau des bestehenden Rechts, und die Straßburger und Dresdener Beschlüsse, welche nicht ohne Rückhalt auf dasselbe gefaßt sind, werden dabei einen wertvollen Anhalt geben.

Den Schwerpunkt der Denkmalpflege sehen wir in der Sorge für den öffentlichen Besitz. Unsere Kirchen, unsere Schlösser, unsere Rathäuser und öffentlichen Gebäude sind allezeit der wesentliche Gegenstand unserer Aufsicht. Es unterliegt keinem Zweifel, daß hier in umfassender Weise jede Veräußerung und Veränderung, jede Reparatur oder sogenannte Restaurierung der

behördlichen Aufsicht und Genehmigung zu unterstellen ist. Dasselbe gilt aber auch von dem beweglichen Inventar dieser Gebäude, der Einrichtung, überhaupt den öffentlichen Kunstschatzen, Kunstsammlungen, Archiven usw., kurzum von allem und jedem Gegenstand, der in künstlerischer, kunstwissenschaftlicher oder geschichtlicher Beziehung von Bedeutung ist. Die bestehenden preußischen Gesetze sind in dieser Hinsicht unklar und unzureichend. Allerdings ist ja den Behörden, soll diese Aufsicht tatkräftig geübt werden, eine sehr schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe gestellt. Die fortschreitenden Bedürfnisse des praktischen Lebens greifen mit voller Gewalt überall ein und bereiten der Denkmalpflege die größten Schwierigkeiten. Die Erweiterung der Kirchen, die Gestaltung der Emporen, die Stellung der Kanzeln, die innere Einrichtung, die Lage der Treppen, das alles bildet das tägliche Kreuz der Konservatoren. Auch die Geschmacksrichtungen ändern sich: die Bemalung, die Ausstattung, die Fenster, die Türen usw. bedürfen der steten Sorge der Denkmalpflege. Im einzelnen wird es immer einer sorgfältigen Abwägung der widerstreitenden idealen und praktischen Interessen bedürfen.

In vielen Fällen ist aber mit der bloßen Verhinderung willkürlicher Zerstörung und Veränderung nichts getan, insbesondere da nicht, wo Bauwerke aufgehört haben, ihrem eigentümlichen Zwecke zu dienen und ganz oder größtenteils außer Gebrauch gesetzt sind. Kirchen, welche beim Neubau entbehrlich sind und dann als Schuppen vermietet sind, werden niemals mehr ihrem ästhetischen Wert entsprechend unterhalten. Vor allem aber gehört hierher die ganze Zahl der städtischen Befestigungsanlagen, Wälle, Mauern, Tore, Türme, welche nicht mehr dem Verschlusse dienen. Jeder Denkmalpfleger weiß, welchen Krieg wir mit den städtischen Gemeinden führen, um diese Wahrzeichen der alten Wehrhaftigkeit, um diese Erinnerungen an die wahre Selbständigkeit der Städte, um diese Elemente ihrer malerischen Schönheit ihnen zu erhalten. Und doch, meine Herren, handelt es sich hier in der Regel nicht um große Ausgaben, sondern nur um eine regelmäßige Unterhaltung, die mit geringen Kosten ausgeführt werden kann. Allerdings wird das wirkliche oder eingebildete Verkehrsbedürfnis nicht selten die Beseitigung oder Einschränkung verlangen, und wenn man die Stürme erlebt, die solche Fragen in den Stadtvertretungen hervorrufen, so bekommt man doch die Überzeugung und wird begreifen, daß es sich auch hier um sehr tiefgreifende Interessen handelt. Man wird daher eine Entscheidung immer nur im einzelnen Fall, nur nach Prüfung von Fall zu Fall treffen können. Von dem Ergebnis der Prüfung wird es abhängen, ob den Beteiligten die Verpflichtung aufzuerlegen ist, die Bauwerke vor weiterem Verfall durch Aufwendung finanzieller Mittel zu bewahren.

Meine Herren! Auch hier, wie bei den vorerwähnten Veränderungen öffentlicher Baudenkmäler, handelt es sich aber um so eingreifende Entscheidungen der Staatsbehörden, daß sich uns allerdings die Erwagung aufdrängt, hier den Nächstbeteiligten gesetzlich eine Mitwirkung bei den Beschlüssen der Staatsbehörde einzuräumen.

In Preußen war schon bald nach der Einsetzung eines Konservators das Bedürfnis empfunden, den Organen der Denkmalpflege eine breitere Grundlage zu geben, um jeden Schein eines überwiegenden individuellen Einflusses von vornherein zu beseitigen. Eine Königl. Kabinettsorder vom 12. Januar 1853

genehmigte demgemäß die Gründung einer Kommission zur Erforschung und Erhaltung der Kunstdenkmäler. Aufgabe dieser Kommission sollte nach der Ministerialverfügung vom 15. August 1854 sein, die Verwaltung in Fällen, wo es sich um Maßnahmen in betreff der Konservierung der Denkmäler handelt, mit ihrem Gutachten zu unterstützen und für diese Maßnahmen durch möglichste Förderung des Interesses für die Denkmalpflege, des Verständnisses derselben und ihrer Kenntnis überhaupt entgegenkommend zu wirken.

Diese Kommission hat nur zwei Sitzungen abgehalten und ist dann nicht wieder zusammengetreten. Ihr fehlte eben der lebendige Zusammenhang mit den Provinzen, und ein solcher Zusammenhang konnte auch durch die vorgesehene Ernennung von Korrespondenten in den einzelnen Provinzen nicht hergestellt werden. Soll die Denkmalpflege in der Bevölkerung Boden fassen, so, glaube ich, müssen die Nächstbeteiligten an der Verwaltung des Denkmalschutzes wirksam beteiligt werden.

Die preußische Gesetzgebung hat den Provinzialverbänden die Teilnahme an der finanziellen Verwaltung bei Unterhaltung der Denkmäler überwiesen und den von den Provinzialverbänden gebildeten Provinzialkommissionen sachverständige Berater zugewiesen, welche den Zusammenhang dieser Kommissionen mit den staatlichen Organen vermitteln.

Es wird Aufgabe der Gesetzgebung sein, bei der Aufsicht über die öffentlichen Denkmäler eine organische Verbindung zwischen den Staatsbehörden und jenen Provinzialkommissionen zu suchen. In diesen Kommissionen müssen die Gemeinden, die kirchlichen Gesellschaften, die Wissenschaft, die Kunst, die praktische Denkmalpflege, die Provinzialverbände als Träger der Unterhaltung vertreten sein.

Ganz anders ist die Stellung der Verwaltung gegenüber den im Privatbesitz befindlichen Denkmälern, nicht als ob wir ihre Bedeutung unterschätzen; ich erinnere an die Schlösser der Grundherren, an die Patrizierhäuser der Städte, ich denke an Thorn und Danzig, an Lüneburg und Magdeburg, an Hildesheim und Halberstadt, und ich denke an alle die Bauten, welche der romantische Zauber des Rittertums umgibt, die Zierde unserer Ströme, unsere deutschen Burgen. Nicht als ob es nach Reichs- oder Landesrecht unzulässig wäre, hier allgemeine Beschränkungen einzuführen; aber die öffentliche Meinung wird unter den heutigen Strömungen eine ausreichende Entschädigung des einzelnen verlangen. Ist das aber der Fall, dann genügt nach preußischem Recht das allgemeine Enteignungsrecht, welches nicht nur Enteignungen des ganzen Grund und Bodens, sondern auch Eigentumsbeschränkungen im Enteignungsverfahren zuläßt. Die überwiegende Ansicht geht dahin, daß solche Enteignung auch im Interesse der Erhaltung eines Denkmals schon jetzt zulässig sei, und es sind auch in Einzelfällen bereits derartige Anordnungen getroffen worden, z. B. sogar Enteignungen zur Erhaltung der landschaftlichen Schönheit einer Gegend.

So würde es also einer besonderen gesetzlichen Ordnung gegenüber einem Privateigentum nicht weiter bedürfen, und es empfiehlt sich das meines Erachtens auch deshalb nicht, damit nicht von vornherein die vorhin von dem Herrn Ministerialrat angedeuteten Schwierigkeiten entstehen, und damit nicht die Opposition dieser Privatbesitzer gegen ein Gesetz überhaupt hervorgerufen wird.

Anders, meine Herren, dagegen gestaltet sich die Stellung gegenüber den Ausgrabungen, gegenüber denjenigen Denkmälern, welche sozusagen res nullius sind, gegenüber den Altertümern, welche im Boden schlummern. Hier hat in neuerer Zeit die Ausgrabung einen gewerblichen Charakter angenommen und schädigt in einem Maße die wissenschaftlichen Interessen, daß eine weitgreifende gesetzliche Aufsicht geboten, eine Überwachung in weitestem Sinne zulässig und notwendig erscheint.

Meine Herren! Ich habe mich bisher enthalten, von einer Einrichtung zu sprechen, welche auch in unseren früheren Beschlüssen erwähnt ist, und welche ihre klassische Ausbildung jenseits der Vogesen erhalten hat, das Klassement, die besondere Bewertung hervorragender Denkmäler und die Aufstellung einer Liste.

Es ist sicher, daß es Denkmäler gibt, die vorzugsweise erhalten zu werden verdienen. Ich habe versucht, solche Listen probeweise für verschiedene Provinzen des preußischen Staates aufzustellen zu lassen. Aber es zeigte sich dabei sofort, daß bei den verschiedenartigen Kulturzuständen der einzelnen Provinzen von einem gemeinsamen Maßstab für alle nicht die Rede sein kann, daß ein solcher nicht zu finden ist. Wir haben denkmalarme Provinzen, bei denen von hervorragenden Denkmälern überhaupt keine Rede ist, und es gibt so denkmalreiche Provinzen, daß es schwer sein würde, den Besitz der alten Denkmäler noch mit besonderen Beschränkungen und Verpflichtungen zu umgeben. Und ich frage auch: Welche Rechtsstellung sollten denn solche klassierten Denkmäler erhalten? Der strafrechtliche Schutz kommt allen Denkmälern zugut. Soweit es sich um Privatdenkmäler handelt, wird eine Enteignung am besten zur Erhaltung führen. Die öffentlichen Denkmäler sind genügend geschützt durch diejenigen Maßregeln, welche ich vorhin zum Schutze der öffentlichen Denkmäler empfahl. Ich glaube also nicht, daß ein solches Klassement, welches einen großen Apparat erfordern würde, von erheblichem Nutzen für uns sein würde.

Meine Herren! Es sind das alles nur eine Reihe von Erwägungen, zu denen die Straßburger Beschlüsse vom Standpunkt der praktischen Verwaltung und vom Standpunkt der praktischen Politik aus führen.

Ich weiß nicht, wieweit dieselben sich zu Gesetzesparagraphen in der nächsten Zeit verdichten mögen; aber es scheint ein Vorzug unserer Zeit, daß alle großen Fragen, die seit Jahrzehnten und länger die gebildete Welt bewegen, in unseren Tagen zum Abschluß gelangen; denn es ist ein starker Wille, der über unserem Staatswesen waltet, und wir hoffen, daß der weitschauende Blick der leitenden Kreise sich auch unseren Zielen zuwenden wird.

Meine Herren! Wenn rings um uns her Europa an der Arbeit ist, die steinernen Zeugen seiner Kunst und Kultur den kommenden Geschlechtern zu bewahren, so dürfen wir die Hoffnung nicht aufgeben, daß auch Deutschland beweisen wird, welchen Wert es den ehernen Urkunden seiner großen Geschichte beilegt.

### Erfurt 1903

**Referent: Geh. Oberregierungsrat von Bremen-Berlin:**

Meine Herren! Ich benutze diese Gelegenheit, um Ihnen einige Mitteilungen zu machen über Anträge, die aus dem Schoße des Denkmalpflege-

tages hervorgegangen und speziell an die preußische Staatsregierung gerichtet sind. Es war im vorigen Jahre eine Petition seitens des Denkmalpflegetages an die preußische Staatsregierung und an die Häuser des Landtages gerichtet, es möchten die Dispositionsfonds in erheblichem Maße erhöht werden, um auch die Denkmalpflege wirksam fördern zu können. Ich kann Ihnen die Mitteilung machen, daß es trotz der sehr ungünstigen Finanzlage gelungen ist, unsere Fonds ganz erheblich zu erhöhen (Bravo!), und daß wir hoffen, auf diese Weise Ersprüßliches leisten zu können.

Meine Herren! Es hat auf dem vorigen Tage in Düsseldorf eine längere Verhandlung über die Aufgaben der Kommunen auf dem Gebiete der Denkmalpflege stattgefunden. Unser verehrtes Mitglied Herr Oberbürgermeister Struckmann hat uns längere Ausführungen darüber gemacht. Es gipfelten dann schließlich diese Ausführungen in einer Petition, welche an die Häuser des preußischen Landtages gelangt ist und welche dahin lautete, es sollen im Wege der Gesetzgebung für die gesamte preußische Monarchie, mindestens aber für die Geltungsgebiete des preußischen allgemeinen Landrechts, Anordnungen getroffen werden, auf Grund deren es den Stadtgemeinden, Orts- und Gemeindeverbänden oder auch den örtlichen oder Landespolizeibehörden gestattet wird:

- a) durch ortsstatutarische oder polizeiliche Bestimmungen die Zerstörung solcher, im privaten oder öffentlichen Besitze befindlichen Bauwerke bzw. Baudenkmäler, welche einen bleibenden Geschichts- oder Kunstwert haben, oder von besonderer Bedeutung für den Charakter eines Orts- oder Landschaftsbildes sind, zu verhindern und Veränderungen an denselben zu verbieten oder doch von der Erfüllung bestimmter, durch den Stil des Bauwerkes oder seiner Umgebung gebotener Bedingungen abhängig zu machen,
- b) durch ortsstatutarische Bestimmungen Maßnahmen zu treffen, daß in gewissen, näher zu bestimmenden Straßenzügen oder Stadtgegenden dem baulichen Charakter der Örtlichkeit bei der Errichtung von Neubauten Rechnung getragen werde, so daß derselbe auch für die Zukunft gewahrt bleibt.

Meine Herren! Diese Petition, welche aus dem Bedürfnis einzelner Städte, vor allen Dingen Hildesheims, hervorgegangen war, hat in den Häusern des preußischen Landtages zu eingehenden Verhandlungen geführt und es ist diese Petition der preußischen Staatsregierung zur Berücksichtigung überwiesen worden. Es hat eine Verhandlung auch zwischen den einzelnen Ressorts stattgefunden, und ich gebe mich der Hoffnung hin, daß diesen Wünschen nach Möglichkeit Rechnung getragen werden wird.

Einen breiten Raum nahm in den früheren Verhandlungen auch die Frage der preußischen und der deutschen Gesetzgebung auf dem Gebiete des Denkmalschutzes in Anspruch. Meine Herren! Wir haben darüber sehr vielfach verhandelt. Inzwischen ist die preußische Staatsregierung bestrebt gewesen, das bestehende Recht weiter auszubauen, und es ist ihr gelungen, die Rechtsprechung auf diesem Gebiete in erheblichem Maße für die Denkmalpflege günstiger zu gestalten. Wir haben die Bestimmung, daß die politischen Gemeinden die in ihrem Besitz befindlichen Gegenstände von kunst- oder sonstigem wissenschaftlichem Wert nicht verändern oder veräußern

dürfen ohne staatliche Genehmigung. Es war aber ein großer Mangel, daß die Gemeinden diese Gegenstände verfallen ließen, ohne daß die Staatsregierung einschreiten konnte. Jetzt hat aber das Oberverwaltungsgericht, der höchste Gerichtshof in Verwaltungssachen im preußischen Staat, dahin erkannt, daß die Gemeinden verpflichtet sind, diese Gegenstände, von denen ich eben sprach, in stand zu erhalten, und daß sie zur Erfüllung dieser Pflicht nötigenfalls durch Zwangsetatisierung der erforderlichen Mittel von der Kommunalaufsichtsbehörde angehalten werden können. Meine Herren! Das ist ein bedeutender Schritt, um den wir in Preußen durch dieses Erkenntnis vorwärts gekommen sind, und ich kann wohl sagen, daß hierdurch in Zukunft in unseren Gemeinden durch dieses Erkenntnis eigentlich ein weiteres Gesetz entbehrlich geworden ist. Wir hoffen, daß die Grundsätze, welche hier von dem Oberverwaltungsgericht ausgesprochen worden sind, auch für den kirchlichen Besitz in gewisser Weise ihre Bedeutung erhalten werden und daß die Schwierigkeiten, welche gerade die kirchlichen Instanzen einer gesetzlichen Regelung bisher gemacht haben, auf diese Weise vielleicht beseitigt werden können.

Es war auf dem Gebiet des Denkmalschutzes vor allen Dingen auch der Eingriff in das Privateigentum von hervorragender Bedeutung, und in dieser Beziehung steht in Preußen das Enteignungsrecht in anerkannter Wirksamkeit. Es ist im vergangenen Jahre wiederum zur Anwendung gekommen, so daß es auch in dieser Beziehung einer besonderen gesetzlichen Bestimmung kaum bedürfen wird. Wir werden uns also vielleicht beschränken können auf die Regelung eines sehr dringenden Bedürfnisses, nämlich auf den Erlaß von Vorschriften über Ausgrabungen und alles das, was damit zusammenhängt.

Meine Herren! Sie mögen aus diesen Darlegungen ersehen, daß die preußische Regierung im vollen Bewußtsein der großen Aufgaben, welche der Denkmalpflegetag bisher zu erfüllen bestrebt gewesen ist, mit voller Sympathie Ihre Bestrebungen zu unterstützen bemüht ist. Wenn nicht alle Wünsche, die wir wohl hegen, in Erfüllung gegangen sind und nicht in kurzer Zeit in Erfüllung gehen können, so bitte ich Sie, dafür nicht die Bureaucratie verantwortlich zu machen, sondern mehr die allgemeinen politischen Verhältnisse, welche auch uns es oft schwer machen, das zu erreichen, was wir wollen. Wir aber erkennen es dankbar an, daß der Denkmalpflegetag die öffentliche Meinung in vollem Maße beeinflußt und bestrebt ist, das Gewissen der Nation zu schärfen, um die Denkmäler der Vorzeit, die Zeichen der großen Kultur, den kommenden Geschlechtern zu erhalten, und in diesem Sinne wünsche ich auch, daß die heutigen Verhandlungen von demselben Geiste getragen sein mögen.

### Mainz 1904

**Referent: Wirklicher Geheimer Oberregierungsrat von Bremen-Berlin:**

Meine Herren! Sie wissen, daß in Preußen auch ein allgemeines Denkmalschutzgesetz vorbereitet war, und ich habe Ihnen in früheren Tagungen die Gründe angedeutet, welche uns verhindert haben, diesen Gesetzentwurf seinerzeit dem Landtage vorzulegen. Wir sind aber gleichwohl bemüht gewesen, zu helfen, wo es möglich war. Ich habe im vorigen Jahre bereits erklärt, es sei ein Entwurf in Vorbereitung, welcher den städtischen Kom-

munen eine größere Freiheit geben will, in ihren Bauordnungen die ästhetischen Interessen wahrzunehmen und den Rücksichten der Denkmalpflege Rechnung zu tragen. Dieser Gesetzentwurf ist, nachdem über die verschiedenen einzelnen Bestimmungen eine Verständigung unter den betreffenden Ressorts stattgefunden, soweit gefördert, daß er wahrscheinlich in den nächsten Wochen dem Landtage vorgelegt werden wird.

Es ist weiter in Vorbereitung ein Gesetzentwurf über den Schutz der vorgeschichtlichen Denkmäler und über die Maßnahmen, welche bei Ausgrabungen zu treffen sind. Er schließt sich an das, was die hessische Gesetzgebung vorschreibt, und ich hoffe, daß auch er zu ähnlichen Ergebnissen führen wird. Wir sind ja in einer Beziehung in Preußen in einer glücklicheren Lage, den politischen Gemeinden gegenüber. Da bedarf es keines Gesetzes. Unsere Stadt- und Landgemeindeordnungen haben den Schutz der Denkmäler genügend gewahrt, und nach den Entscheidungen des höchsten Gerichtshofes für Verwaltungsstreitigkeiten ist es möglich, die Gemeinden anzuhalten, daß sie diese Denkmäler wirklich durch positive Maßnahmen erhalten.

Schwieriger liegt ja die Sache den Kirchengemeinden gegenüber, und von dort aus sind auch gewisse Bedenken gegen einen allgemeinen Gesetzentwurf erhoben worden. Es klang ja heute aus den Ausführungen des Herrn von Biegeleben hervor, daß diese Bedenken auf kirchlicher Seite noch bestehen. Wir sind aber auch in dieser Beziehung einen Schritt weiter gekommen, weil der höchste Gerichtshof des Landes erkannt hat, daß durch die kirchenpolitische Gesetzgebung die früheren Befugnisse der Verwaltungsbehörden nicht berührt worden sind, und so handelt es sich nur um die Frage, in welcher Weise wir auch den Kirchengemeinden gegenüber auf dem Verwaltungsweg unsere Rechte wahrnehmen können.

Meine Herren! So hoffen wir, daß wir zu erträglichen Zuständen auch auf dem Gebiete der Gesetzgebung gelangen werden. Wir sind gleichzeitig bemüht gewesen, die Behördenorganisation so zu gestalten, daß sie richtig funktioniert. Insbesondere ist im Frühjahr dieses Jahres eine allgemeine Verfügung erlassen worden, welche die Zuständigkeit der Behörden auf diesem Gebiete genau regelt. Wir hoffen, auch dadurch auf dem Gebiete der Verwaltung vorwärts zu kommen.

## Gesetzgebung in Spanien und Italien

**Freiburg 1901**

**Referent: Geheimer Oberregierungsrat von Bremen-Berlin:**

Meine Herren! Der Herr badische Ministerialrat hat bereits darauf hingewiesen, wie große Schwierigkeiten eine Gesetzgebung auf dem Gebiet der Denkmalpflege bereitet, und ich muß ja sagen, mitten in dem Kampfe der Meinungen um die großen wirtschaftlichen Interessen, der uns seit Jahren, Tagen und Wochen umtost, ist es fast ein vergebliches Bemühen, die öffentliche Aufmerksamkeit auf das stille Gebiet der Denkmalpflege zu richten und die Hilfe der Gesetzgebung für dasselbe in Anspruch zu nehmen. Und doch, meine Herren, glaube ich, steht beides in inniger Wechselwirkung; denn je mehr die wirtschaftlichen Interessen in den Vordergrund treten, um so

stärker ist die Reaktion der idealen Mächte; je mehr die einen sich der Gestaltung der Gegenwart zuwenden, um so mehr werden die andern das Vermächtnis der Vergangenheit hochhalten.

Als vor mehr als 80 Jahren die große wirtschaftliche Gesetzgebung durchgeführt wurde und der preußische Zolltarif erschien, da war auch zugleich der Geburtstag des ersten preußischen Gesetzentwurfs über eine Regelung der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes. Und wohin wir blicken in den andern Staaten, wir werden dieselbe Erscheinung finden.

Wohl hat jeder Staat rings um uns her die Sache in seiner Weise zu regeln versucht: England in seiner praktischen konkreten Weise, Dänemark mit der trefflichen lokalen Organisation, die das Land auszeichnet, Frankreich mit dem ganzen Glanz, der seine zentrale Bureaucratie umgibt, der ferne Osten mit der strengen Durchführung des autokratischen Staatsprinzips.

Ich möchte Sie einen Augenblick noch hinweisen auf die neuesten Erscheinungen im Süden, auf Spanien und Italien.

Spanien hat in trüben Zeiten sich auf seine große Geschichte besonnen, und wir sehen, daß die spanische Regierung bereits im vorigen Jahre durch ein Königl. Dekret die Inventarisation der Denkmäler angeordnet hat. Ein vollständiger Gesetzentwurf vom 7. Dezember v. J., der dem spanischen Oberhause unterbreitet wurde, sollte in umfassender Weise den Schutz und die Erhaltung der Altertümer sichern.

Nach Artikel 1 sind unter „Altertümern“ verstanden die architektonischen Monamente, die Skulpturen und Gemälde, Inschriften, Bücher, Handschriften, Münzen und Modelle, Kleidungsstücke, Waffen und alle archäologischen Gegenstände, die in irgend welcher Weise zur Förderung der Geschichte und zur Erinnerung an glorreiche Ereignisse dienen. Es werden auch inbegriffen alle Gegenstände der modernsten Zeit bis zum Ende des verflossenen Jahrhunderts, die ihrer Seltenheit wegen oder in Berücksichtigung ihres Wertes für das Studium der vaterländischen Geschichte oder die Darstellung nationaler Ruhmestaten als solche von öffentlichem Nutzen und für wichtig für die allgemeine Bildung erklärt werden.

Ich übergehe die einzelnen Vorschriften, weil der Entwurf einstweilen von der Regierung zurückgezogen ist und erst in der nächsten Session in veränderter Form wieder vorgelegt werden soll.

Italien hat nach den mancherlei vergeblichen Versuchen im Dezember v. J. einen umfassenden Gesetzentwurf vorgelegt, der in durchgreifender Weise, fast, möchte ich sagen, mit einer gewissen Strenge, abgefaßt ist und in dieser Beziehung dem verstandesmäßigen Aufbau des jungen Staatswesens entspricht.

Gestatten Sie mir, Ihnen einzelne hauptsächliche Bestimmungen dieses Gesetzentwurfs vorzutragen, weil sie von Bedeutung sein werden für unsere Ziele, und weil wir sehen, daß dieselben Ziele in anderen Staaten in derselben Weise verfolgt werden.

Der Artikel 1 sagt: „Jedes bewegliche oder unbewegliche Werk von geschichtlichem oder künstlerischem Werte wird zu den Zwecken des vorliegenden Gesetzes als Denkmal betrachtet. Das Gesetz selbst kommt bei Kunstwerken vor dem 50. Jahre seit deren Ausführung nicht in Anwendung, ebensowenig bei Werken lebender Meister.“

### Artikel 2.

„Es ist verboten, Denkmäler zu veräußern, welche Kirchen, Brüderschaften oder christlichen Körperschaften irgend welcher Art angehören, sowie auch solche, die Kirchen und dazu gehörige Örtlichkeiten oder andere Gebäude von öffentlichem Gebrauche zieren. Ebenfalls sind Antiquitäten und Kunstsammlungen unveräußerlich, welche Gemeinden oder Provinzen gehören.“

### Artikel 3.

„Einzelnen Gemeinden oder Provinzen gehörige Altertümer oder Kunstgegenstände dürfen jedoch mit Genehmigung des Unterrichtsministers veräußert werden. Besagte Genehmigung ist auch für den Verkauf solcher Gegenstände nötig, sofern dieselben gesetzlich anerkannten Körperschaften angehören und nicht unter den in Artikel 2 erwähnten mit inbegriffen sind.“

Gegen das Veräußerungsverbot wird bei der vierten Sektion des Staatsrates Rekurs gestattet.“

### Artikel 13.

„An den zu Artikel 2 und 3 erwähnten Denkmälern und an jenen, welche der öffentlichen Beschauung ausgesetzt sind, außer im Falle bewiesener Dringlichkeit, dürfen keine Arbeiten ohne Genehmigung des Unterrichtsministeriums vorgenommen werden.“

### Artikel 14.

„Es ist untersagt, monumentale Ruinen, auch wenn sich dieselben auf Privatgrund befinden, niederzureißen oder zu entstellen; jedoch hat der Eigentümer das Recht, durch Regierungsbeamte prüfen zu lassen, ob die in Frage stehende monumentale Ruine wert sei, erhalten zu werden.“

### Artikel 15.

„Die Regierung ist berechtigt, solche Arbeiten ausführen zu lassen, welche sich als notwendig erweisen, um die Zerstörung bedeutender Denkmäler zu verhindern. Im Falle bewiesener ökonomischer Nützlichkeit solcher Arbeiten findet Artikel 1144 des B. G. B. (über Ersatz nützlicher Verwendung) seine Anwendung.“

Im übrigen, meine Herren, ist jeder Privateigentümer eines Denkmals, dessen Bedeutung ihm vom Unterrichtsminister mitgeteilt ist, verpflichtet, jeden Veräußerungsvertrag anzugeben (Art. 4). Die Regierung hat ein Vorkaufsrecht (Art. 5). Alle unbeweglichen Denkmäler und sogar bewegliche Denkmäler von sehr hohem Wert unterliegen dem allgemeinen Enteignungsrecht zugunsten von Staat, Gemeinden und Provinzen (Art. 6). Die Notwendigkeit der Enteignung wird vom Unterrichtsminister auf Grund eines Gutachtens des Staatsrats erklärt (Art. 9).

Die Ausfuhr von Kunst- und Altertumsgegenständen unterliegt einer progressiven Wertsteuer bis zu  $33\frac{1}{3}\%$  (Art. 12).

Alle Ausgrabungen behufs Altertumsforschungen müssen zuvor dem Unterrichtsminister angezeigt werden und unterliegen der staatlichen Überwachung (Art. 16).

Die Regierung hat das Recht auf den vierten Teil der gefundenen Gegenstände.

Die Regierung kann aus Gründen des öffentlichen Nutzens Ausgrabungen auf fremdem Boden vornehmen. Der Eigentümer hat das Recht auf Vergütung des ihm entgangenen Nutzens (Art. 17). Die eine Hälfte der gefundenen Gegenstände fällt dem Eigentümer des Bodens zu.

Zur Durchführung des Gesetzes werden dem Unterrichtsminister besondere Mittel zur Verfügung gestellt.

Besondere Strafen werden für unbefugte Veräußerung von Denkmälern, nicht genehmigte Vornahme von Arbeiten an denselben, unberechtigte Ausgrabungen usw. angedroht.

Der Entwurf hat im Senat eine sympathische Aufnahme gefunden; die weitere parlamentarische Behandlung ist noch nicht abgeschlossen.

### Mainz 1904

**Referent: Geheimrat Professor Dr. Loersch-Bonn:**

Was mich persönlich betrifft, so hatte ich die Hoffnung, Ihnen in diesem Jahre ein Bild der italienischen Gesetzgebung zu geben, und ich hatte mich an das italienische Ministerium gewandt mit der Bitte, mir das Regolamento, welches seit zwei Jahren bearbeitet wird, rechtzeitig zuzustellen. Ich habe am 1. August die Mitteilung bekommen, daß es bald herauskommen würde und daß es unverzüglich mir gesandt werden würde. Es ist aber bis jetzt nicht eingetroffen, und da diese Ausführungsverordnung die notwendige Ergänzung zu dem Gesetze ist, so ist eine systematische Darstellung dieser italienischen Gesetzgebung, solange das Reglement nicht im Wortlaut vorliegt — es wird sehr lang werden, es soll über 400 Paragraphen umfassen (Bewegung) —, nicht möglich.<sup>1)</sup>

### Gesetzgebung in der Schweiz

#### Düsseldorf 1902

**Referent: Professor Dr. Zemp - Freiburg i. d. Schweiz:**

Wenn der schweizerische Bundesrat auch dieses Jahr einen offiziellen Vertreter an den Denkmalpflegetag sendet, so dürfen wir darin ein neues und erfreuliches Zeichen erblicken, daß die oberste schweizerische Landesbehörde den Bestrebungen für eine wissenschaftlich und gesetzlich geordnete Denkmalpflege eine geneigte Beachtung schenkt, und der Freund der historischen Kunstdenkmäler in der Schweiz mag an solche Erscheinungen die Hoffnung knüpfen, daß die weitere Entwicklung zu einem einheitlichen, eidgenössischen Gesetze für den Schutz und die Erhaltung historischer Denkmäler führen möge. Wie Ihnen bekannt ist, gibt es ein solches einheitliches Gesetz in der Schweiz noch nicht: aber es gibt Ansätze auf verschiedenen Punkten. Zunächst ist eine gesetzlich geordnete Denkmalpflege von seiten einzelner Kantone durchgeführt worden.

<sup>1)</sup> Anmerkung. Das am 17. Juli d. J. durch königliches Dekret bestätigte Regolamento zu den italienischen Gesetzen vom 12. Juni 1902 und 27. Juni 1903 ist inzwischen in der Gesetzsammlung des Königreiches Italien und in besonderem Abdruck (Roma, tipografia ditta Ludovico Ceccini) erschienen. Es umfaßt 418 Artikel.

Der Kanton Waadt ist vorangegangen, der große Kanton Bern nachgefolgt. Sie werden in dieser nämlichen Sitzung von unserem verehrten Herrn Vorsitzenden nähere Ausführungen über dieses kantonale Berner Gesetz vernehmen. Ähnliche Einrichtungen sind in Vorbereitung in anderen Kantonen. Es gibt in verschiedenen Kantonen archäologische Kommissionen und Denkmalkommissionen, welche für die Restauration von alten Bauwerken ihre Gutachten abzugeben haben, und in einigen Kantonen ist auch die staatliche Inventarisierung der Kunstdenkmäler im Gange. Über die einzelnen Kantone hinweg gibt es aber auch bereits Anfänge einer eidgenössischen, zentralen Denkmalpflege seitens der Bundesbehörden. Es gibt nämlich ein Gesetz, nach welchem die Eidgenossenschaft für die Erhaltung historischer Kunstdenkmäler Beiträge bezahlt, und es sind schon seit einer längeren Reihe von Jahren ganz ansehnliche Beitragsleistungen von den Bundesbehörden bewilligt worden. Von Bedeutung ist es nun, daß solche Beitragsleistungen jedesmal vorher zur Prüfung und Begutachtung einer besonderen eidgenössischen Kommission überwiesen werden, welche dann auch in den meisten Fällen ihre besonderen Bedingungen formuliert und die Leitung der betreffenden Restaurationen übernimmt. Diese Kommission ist nichts anderes als der Vorstand der schweizerischen Gesellschaft für Erhaltung historischer Kunstdenkmäler, und diese Kommission läßt es sich angelegen sein, bei sämtlichen Unternehmungen eine möglichst wissenschaftliche und konsequente Behandlung durchzuführen. Es ist denn auch aus dem Schoße dieser Kommission die Vertretung bei Ihrem Denkmalpflegetag gewählt worden.

Sie sehen, es sind in dieser Weise gewissermaßen in neue ganz wertvolle Elemente für eine staatliche Regelung der Denkmalpflege in der Schweiz vorhanden, und der Wunsch der Schweizer Altertumsfreunde kann nur der sein, daß die weitere Entwicklung zu einem vollen gesetzlichen Ausbau dieser Elemente führen möge.

## Über den Bernschen Gesetzentwurf

**Freiburg 1901**

**Referent: Geheimrat Dr. Loersch-Bonn:**

Ich folge einem Wunsche unseres verehrten Mitglieds, des Herrn Ministerialrats von Biegeleben, indem ich zunächst meinerseits Ihnen ein paar Worte über den Bernschen Gesetzentwurf sage und dann erst Herrn von Biegeleben für den hessischen Gesetzentwurf das Wort erteile.

Was diesen Bernschen Gesetzentwurf betrifft, so ist er außerordentlich interessant unter einer ganzen Reihe von Gesichtspunkten, weil hier gewisse Fragen ohne weiteres gelöst erscheinen, die anderwärts noch erwogen werden und einer Lösung harren.

Der kurze Gesetzentwurf, der übrigens durchaus nicht fertig ist, da er eine zweite Beratung noch durchzumachen hat, baut sich auf, wie das gleich der erste Artikel erklärt, auf dem Grundsatz der Inventarisierung. Hier ist also das Inventar ohne weiteres als die Grundlage des Denkmalschutzes angesehen, indem eben gesagt wird, solche Baudenkmäler mit dem Grund und Boden, auf dem sie sich befinden, sowie solche beweglichen Kunstgegenstände, welche dem Staat, den Gemeinden und öffentlichen Korporationen angehören und als Altertümer einen Wert haben, werden in ein

durch den Regierungsrat zu führendes Inventar aufgenommen. Wie Sie eben gehört haben, betrifft dieses Inventar zunächst nur öffentliche Denkmäler und solche, welche öffentlichen Korporationen angehören. Der zweite Paragraph erklärt aber ausdrücklich, daß auch Privateigentum in das Inventar aufgenommen werden kann, jedoch nur dann, wenn die Privatpersonen einen darauf ziellenden Antrag stellen. Auf ausdrückliches Verlangen können also Privateigentumsgegenstände in das Inventar aufgenommen werden.

Wie das Inventar geführt wird, interessiert uns hier weniger; selbstverständlich ist damit eine Behörde betraut.

Zur Ausführung des Inventars ist aber dann zweierlei beachtenswerterweise vorgeschrieben, nämlich erstens, daß die Eintragung in das Inventar unbedingt wirksam werden muß durch eine Zustellung, das heißt also durch einen Akt des öffentlichen Rechts, wodurch der Eigentümer, mag er nun eine öffentlich-rechtliche Korporation sein, oder mag er eine Privatperson sein, welche sich dem Inventar unterworfen hat, in Kenntnis gesetzt wird. Es muß also notwendigerweise eine Zustellung erfolgen.

Dann ist in sehr eigentümlicher Weise, die ich mir — offen gestanden — nur schwer vorstellen kann, noch etwas Zweites erforderlich. Es wird nämlich vorgeschrieben, daß auf dem Gegenstand selbst die Eintragung in das Inventar kenntlich gemacht werden muß. Man wird also zu Bezeichnungen schreiten müssen, die ja freilich bei Baudenkmälern sehr leicht sind: man wird aber, da auch Mobiliarstücke Gegenstand des Inventars sein können — Urkunden sind ausdrücklich genannt — in irgend einer Weise auch den beweglichen Gegenstand markieren müssen. Ich muß offen gestehen, daß mir diese Ausführung schwer und in manchen Fällen sogar sehr bedenklich erscheint.

Endlich wird dann auch noch das Inventar veröffentlicht durch Einrücken in die Amtsblätter.

Derjenige, der im Besitz eines beweglichen Gegenstandes ist, der im Inventar steht, hat nun eine unter Umständen recht lästige Verpflichtung: er muß jedesmal von der Veränderung des Aufbewahrungsortes Anzeige machen. Auch das ist eine Vorschrift, welche ich bis jetzt in keiner Gesetzgebung gefunden habe.

Bewirkt wird durch Eintragung in das Inventar vollständige Unveräußerlichkeit. Es heißt ausdrücklich in Paragraph 5: „Die im Inventar eingetragenen Denkmäler dürfen ohne Einwilligung des Regierungsrats oder der Behörde weder entgeltlich noch unentgeltlich zum Eigentum übertragen, noch verpfändet, noch aus dem Staatsgebiet ausgeführt werden,“ und es ist ganz im Anschluß an die neuere französische Gesetzgebung der Zusatz hinzugefügt: „Jede Ersitzung ist ausgeschlossen.“ Wir haben also damit eine Festlegung in bezug auf den Verkehr; die Sachen werden res extra commercium, und sie werden, abgesehen davon, auch noch für nichtausführbar erklärt. Wir haben also hier im Kleinen die lex Pacca des Kirchenstaates.

Eine weitere Beschränkung wird dann bestimmt, indem — was ja durchaus den Zielen der Denkmalpflege entspricht — zu jeder Reparatur, Änderung oder Restauration der inventarisierten Sachen eine Bewilligung des Regierungsrats, also der Aufsichtsbehörde, gehört, und ebenso zu ihrer Zerstörung. Das ist eine Konsequenz, die notwendig aus dem Vorhergehenden sich ergibt und die eben gerade die Pflege des Denkmals verwirk-

licht, welches vor Veränderung, Beschädigung und vor sog. Restaurationen geschützt werden soll.

Interessant ist nun aber, daß der Staat eine ganz bestimmte und weitgehende Verpflichtung in diesem Gesetz übernimmt. Es wird nämlich erklärt, daß bewegliche Kunstgegenstände, die in das Inventar aufgenommen sind, vom Staat auf Verlangen des Eigentümers um einen bestimmten Schätzungspreis kaufweise übernommen werden können. Es heißt ausdrücklich: „Der Staat verpflichtet sich, bewegliche Kunstgegenstände, die in das Inventar aufgenommen sind, auf Verlangen ihrer Eigentümer um einen Schätzungspreis kaufweise zu übernehmen.“ Somit ist jeder Eigentümer in der Lage, zunächst beim Staat die Sache inventarisieren und sie dann vom Staate kaufen zu lassen. Dadurch ist selbstverständlich dem Eigentümer eine Art von Lockspeise vorgesetzt. Der Eigentümer wird durch diese Bestimmung eher geneigt sein, seinen Gegenstand inventarisieren zu lassen, weil er ja die Möglichkeit hat, für den Fall, daß seine materiellen Verhältnisse das erheischen, ihn an den Staat kaufweise zu übertragen. Daß aber andererseits mit der Inventarisationszulassung von seiten des Staates sehr vorsichtig vorgegangen werden wird, das ist ja auch erklärlich. Denn bedenken Sie die Konsequenzen! Alle Leute, welche irgendwelche Denkmäler und interessante Gegenstände — sagen wir Gemälde, Statuen, Goldgefäße — haben, können ja nun den Staat angehen und von ihm mit Rücksicht auf Paragraph 7 Inventarisation verlangen, und es wird deshalb die Behörde nicht ohne weiteres alles inventarisieren, was ihr geboten wird; denn sie müßte dann später auch alles kaufen, sondern sie wird sich besinnen und nur das Kostbarste inventarisieren.

Ich habe eine Bestimmung bis jetzt absichtlich ausgelassen: „Ebenso verpflichtet sich der Staat, eventuell gegen einen Schätzungspreis auch Pfand auf das betreffende Stück zu geben.“ Man wird also in der Lage sein, dem Staat zu erklären: Hier ist ein inventarisiertes Bild; sei so gut und gib mir darauf so und so viel Franks. Das ist also unbedingt möglich und zulässig. Daß das dann natürlicherweise der Anfang der Übernahme der Gegenstände von seiten des Staates ist, das versteht sich auch wieder von selbst; denn der Staat wird unter Umständen sehr viel eher einfach den Gegenstand kaufen, als ihn beleihen.

Der Schluß des Gesetzes ist wesentlich strafrechtlicher Art. Die Folgen seiner Übertretung sind hier angegeben. Es heißt nämlich ausdrücklich: „Wenn jemand ein in das Inventar aufgenommenes Altertum ohne Einwilligung des Regierungsrats veräußert,“ — dann tritt eine ganz eigentümliche juristische Folge ein; es tritt nämlich die Folge ein, daß dann das Rückforderungsrecht, welches an sich für den Verkäufer besteht, da das Geschäft ja ungültig ist, verwirkt wird, und zwar zugunsten des Staates. Derjenige, der ein inventarisiertes Gemälde verkauft und einem anderen Eigentümer, einem neuen angeblichen Eigentümer übergibt, würde es ja, da das Geschäft nichtig ist, da das Geschäft nicht zu stande kommen kann vermöge der oben besprochenen Bestimmung, zurückfordern können. Dieses Rückforderungsrecht wird ihm aber ausdrücklich genommen. Er verwirkt das Eigentums- bzw. Rückforderungsrecht zuhanden des Staates, und es kann der Staat an seiner Stelle die Vindikation bzw. die Rückforderungsklage anstrengen. Das ist ein sehr starkes, bedeutsames Mittel, welches dem Staat in die Hand gegeben wird, der natürlich ein solches Rückforderungsrecht

in einer sehr viel wirksameren Weise geltend machen kann, als das irgend ein Privatmann tun könnte.

Im übrigen sind dann ausdrücklich gewisse Geldbußen auf die Vernichtung der Inventarisierungsmarke z. B. und auf die Ausfuhr als solche gestellt. Diese Geldbußen steigen bis zu 5000 Franks. Und endlich werden auch alle kleineren Übertretungen unter eine Strafe bis 50 Franks gestellt.

Meine Herren! Es versteht sich von selbst, daß ein Gesetz, wie ich es ganz kurz zu schildern versucht habe, nur auf einem ganz engen kleinen territorialen Gebiet sich geltend machen kann, wo die Überwachung und wo auch der ganze sonstige Apparat sehr viel leichter zu handhaben ist als in einem großen Staat. Daß aber mit diesem Gesetz, wenn es in dieser Weise beschlossen wird, ein ebenso interessanter wie auch wirkungsvoller Schritt auf dem Gebiet der Denkmalpflege geschehen sein wird, so sehr uns auch manches fremdartig anmuten mag, das ist sicher. Und so habe ich geglaubt, Ihnen wenigstens ein Bild dieser Absicht, welche die Bernsche Regierung hat, vorlegen zu sollen.

## Düsseldorf 1902

**Referent: Geheimrat Dr. Loersch-Bonn:**

Wenn in der Reihenfolge der Mitteilungen das Berner Gesetz wieder vorkommt, so darf ich mich ganz kurz fassen. Denn, meine Herren, es ist an dem Berner Gesetz nicht das Geringste mehr geändert worden. Es ist unterdessen am 16. März d. J angenommen worden, und zwar in einer Volksabstimmung, wie sie verfassungsmäßig in der Schweiz stattfindet.

Nach privaten Berichten kann ich Ihnen mitteilen, daß diese Volksabstimmung bei schwacher Beteiligung vor sich gegangen ist. Aber es ist doch bedeutungsvoll, daß im Kanton Bern 20 000 Stimmen für das Gesetz abgegeben worden sind, während freilich 12 000 Stimmen sich dagegen ausgesprochen haben; eine für das Verhältnis von Verständnis und Unverständ, für das Verhältnis von Wohlwollen und Abneigung immerhin ganz interessante Zahl.

Was uns besonders anmutet, das ist die Botschaft, welche der Große Rat des Kantons Bern bei dieser Gelegenheit an das Volk gerichtet hat. In dieser Botschaft ist in einer durchaus volkstümlichen Weise die Bedeutung des Gesetzes dargelegt und auseinandergesetzt, daß man sich notwendigerweise gewissen Beschränkungen unterwerfen müsse, wenn man die Erhaltung der Denkmäler im Lande und für das Land durchsetzen wolle. Es wird eine Belehrung in ganz kurzen Sätzen gegeben, was es mit dem Gesetze auf sich habe, und endlich wird auch ein Punkt in ganz besonderer Weise hervorgehoben, der doch auch vielleicht bei uns noch mehr hervorgehoben werden könnte. Es wird nämlich darauf hingewiesen, wie in den letzten Jahrzehnten zahlreiche Altertümer nach dem Auslande verkauft worden seien, wie es aber noch immer in den Kantonen eine große Anzahl von solchen Altertümern gebe, deren Schätzung, wie sich der Rat ausdrückt, nach Millionen geht, und es wird da gesagt: suchen wir diesen durchaus nicht unansehnlichen Rest zu retten und unserem Lande zu erhalten. Wir erfüllen eine patriotische Pflicht, indem wir das tun, und der Rat schließt, indem er erklärt: Wir empfehlen Euch aus voller Überzeugung das nachfolgende Gesetz zur Annahme.

Auf den Inhalt komme ich, weil eben an dem, was ich im vorigen Jahre ausführte, gar nichts zu ändern ist, nicht zurück. Wir haben über die Anfänge weiterer Bestrebungen und über die Ansätze zu weiteren Gesetzen ja von Herrn Professor Dr. Zemp sehr interessante Mitteilungen erhalten, und so wollen wir hoffen, daß diese beiden Gesetze von Waadt und Bern, welche, nebenbei gesagt, ja wörtlich vollkommen übereinstimmen, in der Schweiz noch recht viele Nachfolge finden mögen und daß auch die Frage eines Gesamtgesetzes für die ganze Schweiz in einer glücklichen Weise gelöst werde.

---

*Die Berner Botschaft und das Berner Gesetz haben folgenden Wortlaut:*

### Botschaft des Großen Rates des Kantons Bern an das Volk

Werte Mitbürger!

Das Berner Volk hat sich am 16. März 1902 über die Annahme des Gesetzes betreffend die Erhaltung der Kunstaltertümer und Urkunden zu entscheiden, welches vom Großen Rat durchberaten und am 27. November abhin mit großer Mehrheit beschlossen worden ist.

Wie der Titel des Gesetzes es ausspricht, hat dieses den Zweck, zu verhindern, daß Baudenkmäler, Stadttore, Türme, Schlösser, Rathäuser, Kirchen zerstört oder durch mißlungene Reparaturen verunstaltet, ferner daß wertvolle Kunstaltertümer, wie gemalte Scheiben, außer Landes veräußert und daß Urkunden von geschichtlichem Wert zerstört werden oder verloren gehen.

Das Gesetz bezieht sich nur auf solche Gegenstände, die dem Staat, den Gemeinden oder öffentlich-rechtlichen Korporationen, wie Bürgerschaften und Zünften gehören. Doch können Private die in ihrem Besitz befindlichen Kunstaltertümer auch unter den Schutz des Gesetzes stellen. Sie sind aber vollständig frei, es zu tun oder nicht. Niemand kann sie dazu zwingen.

Der Schutz der Kunstaltertümer vor Zerstörung, Verunstaltung, Ausfuhr und Verlust wird dadurch geschaffen, daß solche Gegenstände in ein staatliches Inventar eingetragen werden und von der Eintragung an als unveräußerlich erklärt werden. Dazu kommt für die Baudenkmäler, daß zu Reparaturen, Abänderungen, Restaurierung und Abtragung die Bewilligung des Regierungsrates eingeholt werden muß. Zum Zweck von Reparaturen und Restaurierungen kann der Staat Beiträge leisten.

Der Schutz findet also durch eine Beschränkung des Eigentumes statt; denn eine solche ist das Veräußerungsverbot. Man kann nun aber jemand nicht anders verhindern, einen Gegenstand ins Ausland zu veräußern, als indem man ihm überhaupt verbietet, denselben zu verkaufen. Übrigens bezieht sich das Veräußerungsverbot auf solche Gegenstände, bezüglich deren die Eigentümer, die Gemeinden und Kirchengemeinden sowieso nicht das volle Verfügungsrecht besitzen, insofern nämlich, als sie durch das Oberaufsichtsrecht des Staates in ihrem Eigentumsrecht beschränkt sind. Auch ist zu bemerken, daß wenn eine Gemeinde oder eine öffentlich-rechtliche Korporation in die Lage kommt, ein Kunstaltertum versilbern zu müssen, sie es dem Staat

anbieten kann, welcher dann verpflichtet ist, es um den Schätzungswert zu übernehmen.

Ein ähnliches Gesetz, wie das vorliegende, besteht seit mehr als drei Jahren im Waadtland. Die Anwendung desselben hat nicht die geringste Unzükommlichkeit hervorgerufen.

### Werte Mitbürger!

Es sind leider in den letzten Jahrzehnten mehrere wertvolle Kunstaltertümer nach dem Ausland verkauft worden. Noch gibt es aber in unserem Kanton eine große Anzahl, die des Schutzes wert sind, gemalte Scheiben in den Kirchen, Tauf- und Abendmahlsgesäfte, Fahnen, goldene und silberne Kunstgegenstände, deren Schätzung in die Millionen geht. Suchen wir diesen durchaus nicht unansehnlichen Rest zu retten und unserem Lande zu erhalten. Wir erfüllen eine patriotische Pflicht, indem wir das tun.

Wir empfehlen Euch aus voller Überzeugung das nachfolgende Gesetz zur Annahme.

### **Gesetz über die Erhaltung der Kunstaltertümer und Urkunden**

Der Große Rat des Kantons Bern, in der Absicht, für den Schutz und die Erhaltung der Kunstaltertümer zu sorgen, auf den Antrag des Regierungsrates, beschließt:

**§ 1.** Baudenkmäler und bewegliche Kunstgegenstände, welche dem Staat, Gemeinden oder öffentlich-rechtlichen Korporationen angehören und als Altertümer einen Wert haben, werden in ein durch den Regierungsrat zu führendes Inventar aufgenommen.

Diesen Gegenständen sind die historischen Urkunden der Gemeinden und Korporationen gleichgestellt.

Bei Baudenkmälern unterliegt der Grund und Boden, auf dem sie sich befinden, ebenfalls der Eintragungspflicht.

**§ 2.** Baudenkmäler, Kunstaltertümer und historische Urkunden, welche Privatpersonen gehören, können auf Verlangen der letzteren in das staatliche Inventar aufgenommen werden.

**§ 3.** Das Inventar der Kunstaltertümer wird durch die Staatskanzlei unter Mitwirkung des Staatsarchivars und einer vom Regierungsrat zu wählenden Expertenkommission aufgestellt.

Die Eintragung wird auf Antrag der Staatskanzlei vom Regierungsrat beschlossen.

Die Aufnahme in das Inventar erfolgt unter Angabe des Gegenstandes, des Eigentümers und des Ortes, der Lage oder der Aufbewahrung.

Dasselbe wird alle 3 Jahre einer einlässlichen Revision unterzogen.

**§ 4.** Von jeder Eintragung ist unverzüglich dem Eigentümer des Gegenstandes durch Zustellung des regierungsrätlichen Beschlusses Mitteilung zu machen. Die Eintragung ist auf dem Gegenstand selbst in geeigneter Weise kenntlich zu machen. Überdies werden die Eintragungen durch Einrücken ins Amtsblatt veröffentlicht.

Jede wesentliche Veränderung des Aufbewahrungsortes ist dem Regierungsrat anzugezeigen.

§ 5. Die im Inventar eingetragenen Altertümer dürfen ohne Einwilligung des Regierungsrates weder entgeltlich noch unentgeltlich zu Eigentum übertragen, noch verpfändet, noch aus dem Staatsgebiet ausgeführt werden.

Die Ersitzung ist ausgeschlossen.

Die Bewilligung, Altertümer außer Landes zu transportieren, kann nicht verweigert werden, sofern der Eigentümer selber seinen Wohnsitz in einen anderen Kanton oder ins Ausland verlegt.

§ 6. Zu jeder Reparatur, Abänderung oder Restauration der im Inventar eingetragenen unbeweglichen Altertümer bedarf es der Bewilligung des Regierungsrates, ebenso zur Abtragung derselben.

§ 7. Der Staat verpflichtet sich, bewegliche Kunstgegenstände, die in das Inventar aufgenommen sind, auf Verlangen ihrer Eigentümer um einen Schätzungspreis pfand- oder kaufweise zu übernehmen.

Wenn sich die Parteien über den Schätzungspreis nicht verständigen können, so ist gemäß dem durch Dekret des Großen Rates zu ordnenden Schätzungsverfahren vorzugehen.

Die Gegenstände, die der Staat übernommen hat, bleiben unveräußerlich.

§ 8. Werden in das Inventar aufgenommene Altertümer ohne Einwilligung des Regierungsrates auf jemand übertragen und weigert sich der frühere Besitzer, dieselben zurückzuverlangen, so verwirkt er das Rückforderungsrecht zuhanden des Staates, und es kann dieser an seiner Statt dieses Recht ausüben.

Das Nähere wird durch ein Dekret des Großen Rates bestimmt.

§ 9. Ist ein in das Inventar aufgenommener Gegenstand ohne die Einwilligung des Regierungsrates veräußert oder aus dem Kantonsgebiet ausgeführt worden, oder ist die Inventarisierungsmarke auf denselben böswillig beseitigt worden, so kann der Fehlbare vom Regierungsrat mit einer Buße bis zu Fr. 5000 belegt werden.

Alle anderen Übertretungen dieses Gesetzes oder der in Ausführung desselben erlassenen Dekrete können mit Bußen bis zu Fr. 50 geahndet werden.

§ 10. Auf das Verlangen des Eigentümers kann der Regierungsrat, nach eingeholtem Gutachten einer Expertenkommission, die teilweise oder gänzliche Abschreibung eines Gegenstandes aus dem Inventar verfügen.

Vorbehaltlich dieser Bestimmung kann die einmal erfolgte Eintragung eines Gegenstandes in das staatliche Inventar ohne Einwilligung des Regierungsrates nicht zurückgezogen werden.

§ 11. Der Regierungsrat kann, sofern es zur Erhaltung von Altertümern nötig erscheint, Staatsbeiträge bewilligen.

Die in § 9 vorgesehenen Bußen werden ebenfalls zu diesem Zwecke verwendet.

§ 12. Das gegenwärtige Gesetz tritt nach seiner Annahme durch das Volk sofort in Kraft.

## Über schweizerische Denkmalpflege und Gesetzgebung Mannheim 1907

Referent: Architekt E. Probst-Zürich:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit Vergnügen komme ich einem Wunsche unseres Herrn Vorsitzenden nach, Ihnen heute über schweizerische Denkmalpflege ein kurzes Referat zu halten. Vorerst möchte ich einem Gefühl der Freude Ausdruck geben, daß der Denkmalpflegetag für unsere schweizerischen Verhältnisse und Arbeiten so großes Interesse zeigt. Ich werde versuchen, Sie bekannt zu machen mit dem gegenwärtigen Stand der staatlichen, kommunalen und privaten Denkmalpflege, wobei Sie mir erlauben werden, bis auf die Anfänge zurückzugreifen. Sodann gebe ich einen kurzen Überblick über die Erfolge, die bisher auf diesem Gebiete in der Schweiz erreicht worden sind.

Die Anfänge der schweizerischen Denkmalpflege reichen bis ins Ende des 18. Jahrhunderts zurück. Damals erfolgte im Jahre 1798 ein Beschuß der helvetischen Regierung, der, wie der Bericht lautet, eine Inventarisation „aller schon bekannten alten Monumente und aller derjenigen, die mit der Zeit entdeckt werden“, vorsah, sodann bestimmte der Beschuß weiter wie folgt: „Der Regierungsstatthalter eines jeden Kantons soll darauf wachen, daß die besagten Monuments auf keine Art verderbt oder beschädigt werden, auch sollen wirksame Maßregeln zu deren Erhaltung ergriffen werden, und wenn allenfalls alte Ruinen hervorgegraben würden, die diesortigen Arbeiten mit aller Aufmerksamkeit fortsetzen zu lassen.“ Die damalige Regierung ließ sich also genau von den gleichen Erwägungen leiten, wie wir dies heute tun. Sie sagt in der dem Beschuß vorangehenden Denkschrift sehr genau:

„Nach Anhörung des Rapports seines Ministers der Künste und Wissenschaften über die immer mehr zunehmende Zerstörung der alten Denkmäler Helvetiens, erwägend, daß die Ehre der Nation insbesondere erfordere und daß es den Wissenschaften und der Menschheit überhaupt zum Nutzen gereiche, dergleichen Mißbräuche zu hemmen, sowie auch diesen, den Wissenschaften sehr kostbaren Teil des öffentlichen Reichtums den Zerstörungen der Unwissenheit und des Mutwillens zu entziehen, dieselben zu erhalten und zu belehren, beschließt — —.“ Dann folgt der oben mitgeteilte Beschuß.

Wir waren damals also hinsichtlich der Gesetzgebung weiter wie heute. Was noch besonders hervorgehoben zu werden verdient, ist der Umstand, daß in dem Erlaß nicht nur die Erhaltung aller Kunstarbeiten an und für sich angestrebt, sondern ihre Wichtigkeit als Modelle für die Entwicklung der Gewerbe und der schönen Künste nachdrücklich bemerkt wird.

Leider aber sind die Beschlüsse des Direktoriums nie zur Ausführung gekommen. — Die kriegerischen Ereignisse der folgenden Jahre, der Zusammenbruch der alten Eidgenossenschaft und die Napoleonischen Kriegsjahre machten das Geld für andere Zwecke nötig und brachten über das Land eine allgemeine Notlage, die keine Zeit für die idealen Güter mehr kannte. Ja, es geschah, daß der Jahrhunderte alte Besitzstand an kunstvollen Altertümern, wie er sich namentlich in den alten Patrizierfamilien vorfand, damals in alle Welt verschleudert wurde, nur um dem Drucke der bösen Verhältnisse und auferlegten Kriegskontribution nachkommen zu können. Es trat, wie Angst in seiner Festschrift zur Eröffnung des Landesmuseums sagte, der

ich diese Notizen zum Teil entnommen, eine „allgemeine klägliche Liquidation des reichen Erbes an einheimischen Kunstarbeiten ein, welches die Vorfäder hinterlassen hatten.“

Es gab aber damals doch noch einige vereinzelte Männer, die zu retten suchten, was möglich war. Namentlich waren es die Glasgemälde, die den vornehmsten Zweig künstlerischer Betätigung geliefert hatten und welche da und dort in kleineren und größeren Sammlungen angelegt worden sind. Das meiste ist jedoch ins Ausland verschwunden und konnte zum Teil später nur mit großen finanziellen Opfern wieder für das Landesmuseum in Zürich zurückgekauft werden.

Das 19. Jahrhundert brachte auf dem Gebiete der Denkmalpflege keinen Fortschritt, bis im Jahre 1880 endlich, angeregt durch die immer mehr überhandnehmende Verschleuderung von Altertümern, sich die Schweizerische Gesellschaft für Erhaltung historischer Kunstdenkmäler gründete, deren Tätigkeit schon durch den langen Namen deutlich gekennzeichnet ist. Einen Teil ihrer bescheidenen Einnahmen verwendete sie für den Ankauf gefährdeter Altertümer und legte damit den Grundstock für das spätere Landesmuseum.

Fast gleichzeitig mit der Gründung der Erhaltungsgesellschaft, wie sie später der Kürze halber genannt wurde, schlug Nationalrat Vögelin, Professor der Kulturgeschichte an der Universität in Zürich, in einer Eingabe an den Bundesrat die Gründung eines „schweizerischen Nationalmuseums für historische und kunstgeschichtliche Altertümer“ vor. Bei der Beratung des eidgenössischen Voranschlages für das Jahr 1881 trat Vögelin mit dem Antrag auf, jährlich 20 000 Fr. für ein Nationalmuseum einzusetzen. Die Landesbehörde lehnte aber den Antrag ab.

Vögelin war jedoch nicht der Mann, der ob diesem Mißerfolg den Mut verlor.

Es folgte die Landesausstellung vom Jahre 1883, in der die Gruppe „alte Kunst“, von Vögelin und einigen seiner Freunde veranstaltet, großes Aufsehen erregte. In glänzendster Weise waren Keramik und Glasmalerei vertreten. Aus dem Gebiete der Kleinkunst hatten katholische Korporationen, Klöster und Stifte Meisterwerke zur Verfügung gestellt, welche bis dahin selten von jemand gesehen worden waren. Man hatte nicht geglaubt, daß noch so viel Schönes im Schweizerland vorhanden sei. Gebildete und Laien, hauptsächlich aber jene, welche das Wiedererwachen des Kunsthandwerkes mit Interesse verfolgten, schenkten dieser Abteilung besondere Aufmerksamkeit. Der Erfolg der Ausstellung war so groß, daß sich Vögelin ein zweites Mal entschloß, im Nationalrat für die Errichtung eines schweizerischen Landesmuseums einzutreten. Mit wahrer patriotischer Begeisterung wußte er durch seine Rede die Zuhörer zu fesseln und sie seinem Wunsche gewogen zu machen. Sie wurde der Ausgangspunkt einer erneuten Fürsorge für unsere Denkmalpflege.

Die Folge dieser Rede war der sichtbare Eindruck auf den Rat, welcher den Antrag Vögelins dem Bundesrat zur Prüfung übermittelte, und das Ergebnis war schließlich der Beschuß der Räte vom Juni 1886, dessen Hauptartikel lauteten:

Artikel 1. Es wird zur Erhaltung resp. Erwerbung vaterländischer Altertümer, sofern der jeweilige Stand der eidgenössischen Finanzen dies

gestattet, ein jährlicher, im Budget zu bestimmender Kredit, welcher 50 000 Franks nicht übersteigen soll, ausgesetzt:

- a) für Anschaffung solcher Altertümer, welche ein ausgesprochenes gemeineidgenössisches Interesse haben und über welche der Bund sich das Eigentums- und Verfügungsrecht vorbehält;
- b) für Beteiligung an Ausgrabungen;
- c) für Beteiligung an Erhaltung historisch oder künstlerisch bedeutsamer Baudenkmäler;
- d) für Unterstützung kantonaler Altertumssammlungen in Fällen, wo diese eine ihre Kräfte übersteigende Anschaffung von geschichtlichem Interesse zu machen wünschen.

**Artikel 2.** Gegenstände, welche mit Bundesunterstützung erworben worden sind, dürfen ohne Genehmigung des Bundesrates nicht veräußert oder abgetreten werden.

Damit war der erste positive Schritt zu einer staatlichen Unterstützung der Denkmalpflege getan, womit der Vernachlässigung der Kunstdenkmäler im Inland sowie der Verschleuderung schweizerischer Altertümer ins Ausland endlich gleichzeitig entgegentreten werden konnte. Es folgte die Berufung einer eidgenössischen Kommission für Erhaltung schweizerischer Altertümer, und zu einer solchen wurde auf Wunsch des Bundesrates der erweiterte Vorstand der Gesellschaft für Erhaltung historischer Kunstdenkmäler ernannt. Der Vorstand einer Privatgesellschaft, der zurzeit aus Kunsthistorikern, Architekten und Laien besteht, wurde also zum Range einer eidgenössischen Fachkommission erhoben. Die Wahl dieses Vorstandes erfolgt durch die Gesellschaftsmitglieder auf drei Jahre mit Wiederwählbarkeit.

Infolge der Ankäufe, welche aus den zur Verfügung stehenden Geldern gemacht wurden, trat die Gründung eines schweizerischen Nationalmuseums immer mehr in den Vordergrund der dringenden Tagesfragen, bis sie endlich im Jahre 1889 nach längeren Kämpfen, wobei die Frage des Ortssitzes eine Hauptrolle spielte, beschlossen wurde.

Hatte bis zur Errichtung des schweizerischen Landesmuseums der Vorstand der Gesellschaft für Erhaltung historischer Kunstdenkmäler dessen Angelegenheiten besorgt, so fand in der Folge eine Ausscheidung in dem Sinne statt, daß zur Aufsicht über das Landesmuseum eine besondere Kommission bestellt wurde, während dem Vorstand der Erhaltungsgesellschaft jetzt ausschließlich die Leitung der von der Eidgenossenschaft subventionierten Wiederherstellungen und Erhaltungsarbeiten sowie die Sammlung von Aufnahmen historischer Kunstdenkmäler verblieben. Sodann kam als neuer Zweig dieser Wirksamkeit hinzu die Leitung von Ausgrabungen und die Obhut über die römischen Denkmäler, für welch letztere eine besondere Kommission, die Subkommission für die römischen Forschungen, bestellt wurde.

Und so ist die Sache bis auf den heutigen Tag geblieben.

Es hat sich zwar in den letzten Jahren in den Anschauungen vom Wesen und von den Anforderungen des Denkmalkultus auch bei uns ein tiefgreifender Wandel vollzogen, es sind Stimmen laut geworden, die einen weiteren Ausbau der staatlichen Denkmalpflege und auch gesetzliche Bestimmungen zum Schutze unserer historischen Kunstdenkmäler verlangten. Auch die bestehende Anomalie zwischen dem privaten Vorstand der Erhaltungsgesell-

schaft und der eidgenössischen Kommission für die Erhaltung der Kunstdenkmäler, deren Funktionen in den gleichen Händen liegen, ist öfters schon beanstandet worden. Die Schwierigkeiten aber, die einem allgemeinen Gesetze bei uns gegenüberstehen, sind bei der politischen Gestaltung unseres Landes nicht gering, und es ist große Vorsicht und Sorgfalt geboten, wenn überhaupt ein solch allgemein schweizerisches Gesetz zu stande kommen und vom Volke angenommen werden soll. Einstweilen wird es den einzelnen Kantonen, die ja selbständig und souverän sind, überlassen bleiben müssen, ihrerseits zum Schutze der Denkmäler ihrer Territorien dasjenige zu tun, was von Notwendigkeit ist, und da kann denn mit Genugtuung konstatiert werden, daß die letzten Jahre erfreuliche Resultate in dieser Hinsicht gezeitigt haben. Ich komme hierauf noch zurück.

Wenn heute irgend ein Kunstdenkmal in der Schweiz restauriert oder erhalten werden soll und dazu der finanziellen Hilfe bedarf, dann wendet sich der betreffende Eigentümer in den meisten Fällen an den Bundesrat bezw. an das eidgenössische Departement des Innern mit dem Gesuch um Verabfolgung eines Beitrages zu den Kosten. Dieses leitet das Gesuch an den Vorstand der Erhaltungsgesellschaft, welcher als Fachkommission, wie ich Ihnen bereits mitgeteilt habe, amtet und an den Bundesrat seine Anträge stellt. Der Bundesbeitrag, wenn ein solcher bewilligt wird, beträgt dann 30 bis 60 vom Hundert. es sind ausnahmsweise auch schon 75 vom Hundert verabfolgt worden, je nach den sonst vorhandenen Mitteln, der Bedeutung des Objektes und dem Umfange der Arbeiten. Die Beitragsleistungen des Bundes verteilen sich für ein Objekt je nach der Höhe der Summe auf mehrere Jahre und es wird an die Auszahlung der Subvention an den Eigentümer die Bedingung geknüpft, daß nach Vollendung der Arbeiten späterhin an dem Objekt keine Veränderungen, welcher Art sie auch sein mögen, vorgenommen werden dürfen ohne Einwilligung des Departements des Innern. Auf diese Weise wird erreicht, daß Verstümmelungen an dem einmal mit Bundesunterstützung wiederhergestellten Kunstdenkmal nicht vorkommen, was hauptsächlich bei Baudenkmälern von nicht zu unterschätzendem Wert ist.

Jetzt werden alle Jahre durchschnittlich 60 000 bis 70 000 Fr. von den eidgenössischen Räten für solche Unterstützungen zur Erhaltung schweizerischer Kunstdenkmäler bewilligt. Auf diese Weise sind in den letzten 14 Jahren, also seitdem der Vorstand der Erhaltungsgesellschaft als Fachkommission des Bundesrats amtet, eine ganze Reihe von Burgen, Schlössern, Kirchen und Kapellen, ferner Zunft- und Rathäuser und andere historische Gebäude, mittelalterliche Festungswerke, auch Wandmalereien aller Art etc. vor ihrem Verfall geschützt und zum Teil wiederhergestellt worden. Ich mache noch besonders darauf aufmerksam, daß sowohl Behörden wie Vereine und Private um Bundessubventionen einkommen können, es bestehen hier keinerlei Einschränkungen.

Einige wenige Bauwerke, die wegen der bekannten Verkehrsbedürfnisse Gefahr liefen, beseitigt zu werden, konnten nach vielen Anstrengungen erhalten bleiben, oft aber waren die Mühen auch vergeblich und konnten einen Abbruch bei dem Mangel an gesetzlichen Bestimmungen nicht verhindern.

Neben diesem mehr praktischen Wirkungskreise hat sodann die Erhaltungsgesellschaft noch eine weitere Tätigkeit in ihr Programm aufgenommen,

nämlich die Sammlung von geometrischen und photographischen Aufnahmen aus allen Zeitepochen von Bauten, bei denen durchgreifende Änderungen oder die Zerstörung vorauszusehen waren, oder von solchen, deren bildliche Wiedergabe von vornherein im wissenschaftlichen Interesse lag. Auch gefährdete Wandmalereien sind auf diese Weise vor ihrem Verschwinden in mustergültigen Kopien aufgenommen worden. Das Archiv dieser Aufnahmen ist im schweizerischen Landesmuseum in Zürich, wo es Interessenten zur Benutzung offensteht. Auch die Berichte über die mit allen Wiederherstellungsarbeiten zusammenhängenden Untersuchungen der Denkmäler auf ihre Baugeschichte, die Ergebnisse der Ausgrabungen älterer Fundamente. Photographien des Bestandes in seinen einzelnen Phasen etc. befinden sich in dem Archiv.

Die Gesellschaft veröffentlicht jährlich einen Bericht über ihre Tätigkeit.

Neben der Schweizerischen Gesellschaft für Erhaltung historischer Kunstdenkmäler sind es dann einige Kantone, welche mit mehr oder weniger Erfolg Gesetze zum Schutz der Kunstdenkmäler erlassen haben. Allen voran Bern. Über das Berner Gesetz hat der allverehrte, inzwischen leider verstorbene Vorsitzende unserer früheren Tagungen, Herr Geheimer Justizrat Loersch, auf dem Denkmalpflegetag in Düsseldorf gesprochen, und ich brauche also hierauf mich nicht näher einzulassen. Nach Bern folgte der Kanton Waadt. Der Inhalt seines Gesetzes stimmt mit demjenigen von Bern fast wörtlich überein. Sodann haben gesetzliche Bestimmungen erlassen die Kantone Neuenburg, Freiburg und Wallis, deren Hauptpunkte ebenfalls von dem vorhin erwähnten Berner Gesetz entlehnt sind. Von zwei weiteren Kantonen weiß ich, daß die Frage von gesetzlichen Bestimmungen für die Denkmalpflege gegenwärtig studiert wird. Zum Schutze ihrer Städtebilder haben Bern, St. Gallen, Luzern und Freiburg Verordnungen erlassen oder ständige Kommissionen ernannt, die für Erhaltung bemerkenswerter Bauten bestimmte Vorschläge zu machen haben.

Mit den Erfahrungen, die von den genannten Kantonen mit ihren Gesetzen gemacht werden, ist man im allgemeinen zufrieden: einzelne Bestimmungen müssen vielleicht im Sinne einer deutlicheren Umschreibung gelegentlich revidiert werden. Daß es aber trotz der Gesetze möglich ist, ein schönes mittelalterliches Stadttor zu beseitigen, hat das Vorkommnis mit dem Stadttor in Büren, Kanton Bern, erwiesen.

Ich möchte Ihnen über den ganz besonderen Fall, der ein allgemeines Interesse beanspruchen kann und unsere oberste Gerichtsbehörde beschäftigte, hier kurz einiges mitteilen: Das alte Städtchen Büren im Kanton Bern besaß ein prächtiges altes Stadttor, das sogenannte Bieler Tor; beim Inkrafttreten des Berner Gesetzes wurde es ins Inventar als Kunstaltertum aufgenommen. Kurz nachher kamen in dem kaum 1000 Einwohner zählenden Städtchen die bekannten „Bedürfnisse des modernen Verkehrs“ zum Ausdruck. Das Tor sollte niedergelegt werden. Darob große Entrüstung im Schweizerland herum, und der Regierungsrat von Bern untersagte, gestützt auf das Gesetz zur Erhaltung von Kunstaltertümern, den Abbruch unter Androhung einer Buße von 5000 Fr. Gegen diesen Beschuß des Regierungsrates wurde von der Gemeinde Büren Berufung ans Bundesgericht eingeleitet.

Die Rekurrentin verlangte seine Aufhebung, weil er sich auf ein Gesetz gründe, das verfassungswidrig sei, indem es den in der bernischen Verfassung enthaltenen Grundsatz der Unverletzlichkeit des Eigentums beeinträchtige. Das Bundesgericht wies den Rekurs ab und stützte seine Abweisung im wesentlichen auf folgende Erwägungen:

Die Kompetenz des Bundesgerichtes sei gegeben, sowohl wenn willkürliche Anwendung eines Gesetzes behauptet werde, als auch wenn die Beschwerde dahin gehe, daß das Gesetz selbst verfassungswidrig sei. Eine Willkür bei der Anwendung des Gesetzes könnte in concreto behauptet werden, wenn der Regierungsrat unberechtigterweise den Torturm als ein Kunstaltertum bezeichnet hätte. Dies treffe hier aber nicht zu, das Bürener Tor verdiene jene Bezeichnung. Es sei also noch zu untersuchen, ob das Gesetz über die Erhaltung von Kunstaltertümern mit dem Grundsatz der Unverletzlichkeit des Eigentums im Widerspruch stehe. Das private Eigentum wie das der Gemeinden sei nun allerdings in der bernischen Staatsverfassung gewährleistet; diese Garantie sei aber keine absolute. Beschränkungen im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt seien gestattet und überall vorhanden. Eine solche Beschränkung werde den Gemeinden, die mit dem Staate für das allgemeine Wohl zu sorgen hätten, durch das Gesetz zur Erhaltung von Altertümern auferlegt. Dieses Gesetz sei wohlberechtigt, denn ein allgemeines nationales und erzieherisches Interesse an der Erhaltung von historischen Denkmälern sei nicht zu bestreiten. Das Einschreiten des Regierungsrats auf Grund des Gesetzes rechtfertige sich übrigens schon durch das in Artikel 68 der Staatsverfassung dem Staat vorbehaltene Oberaufsichtsrecht über das Eigentum der Gemeinden.

Dieser Entscheid des Bundesgerichtes ließ aber die Bürener Bürger nicht ruhen. Durch fortwährendes Drängen brachten sie den Regierungsrat schließlich doch dazu, das Tor aus dem Verzeichnis der kunstgeschichtlichen Altertümer zu streichen und den Abbruch nachträglich zu gestatten. Im Großen Rat, wo die Sache nachher zur Sprache kam und Aufschluß über den sonderbaren Entscheid verlangt wurde, lautete die Antwort der Regierung dahin, daß der Bürener Torturm doch ein Verkehrshindernis geworden sei, das zu entfernen man alle Ursache habe. Ich bemerke noch, daß es leicht möglich gewesen wäre, eines der geringwertigen Nachbarhäuser zu beseitigen, um den Durchgang zu dem kleinen Städtchen des großen Verkehrs wegen zu vergrößern, in der Weise, wie das heute morgen Herr Landesbaurat Rehorst gezeigt hat.

Sie sehen hieraus, meine Herren, wie wertlos unter Umständen eine gesetzliche Bestimmung zum Schutze von Kunstdenkmalen sein kann.

Schlecht bestellt im Vergleich zu anderen Ländern ist bei uns die Inventarisierung der Kunstdenkmäler.

Professor Rahn hat seinerzeit die Statistik schweizerischer Kunstdenkmäler begründet, die, zuerst nur aus privaten Mitteln zu stande gekommen, später von der Erhaltungsgesellschaft und dem Landesmuseum weitergeführt wurde. Leider hat die Fortsetzung des begonnenen Werkes in den letzten Jahren ganz bedeutend nachgelassen und es ist bei dem heutigen Stand desselben nicht abzusehen, wann die Inventarisierung fertig wird. Erschienen

sind bis jetzt drei kleine Bände, die Kanton Tessin, Solothurn und Thurgau umfassend. Sie enthalten aber nur die hauptsächlichsten mittelalterlichen Baudenkmäler und meistens Burgen und Stadtbefestigungen. Das 17. und 18. Jahrhundert sind gar nicht berücksichtigt. Seit einigen Jahren ist der Kanton Unterwalden in Bearbeitung, wo nun auch die Kunstdenkmäler bis zu Anfang des 19. Jahrhunderts eingehende Berücksichtigung finden.

In den letzten zwei Jahren hat nun, angeregt durch ähnliche Bestrebungen in Deutschland, bei uns eine Bewegung eingesetzt, die die weitesten Kreise der städtischen und ländlichen Bevölkerung erfaßt hat: der Heimatschutz. Ungewöhnlich schnell hat er sich ausgebreitet und die kühnsten Erwartungen übertroffen. Am 1. Juli 1905 wurde die Schweizerische Vereinigung für Heimatschutz in Bern gegründet, an der, nebenbei bemerkt, eine Dame hervorragenden Anteil hat. Mit einem prächtig geschriebenen, durchaus volkstümlich gehaltenen Aufruf trat der Vorstand vor die schweizerische Bevölkerung, forderte zum Schutz der Heimat auf und pries die Schönheit des Landes, seine Eigenart, wie sie als das Resultat einer mehrhundertjährigen Entwicklung sich herausgebildet hat, trat für die Erhaltung der Kunst- und Baudenkmäler als eines Nationalgutes ein, das neben der Freiheit und Unabhängigkeit zum Besten gehört, dessen sich das Schweizervolk rühmen kann. Eine Zeitschrift mit trefflich ausgewählten Beispielen und Gegenbeispielen nach dem Vorbild Schultze-Naumburgs zeigt im Bild auf einfachste Weise, was man wollte. Eine intensiv betriebene Werbung und flotte Organisation mehrte den Erfolg, und heute, nach zwei Jahren ihres Bestehens, zählt die Vereinigung für Heimatschutz, die „Ligue pour la beauté“, bereits über 4000 Mitglieder, für unser kleines Land eine gewiß ganz respektable Zahl und der beste Beweis dafür, daß die Bestrebungen ernst genommen werden und die gemachten Anregungen befruchtend gewirkt haben. Ein Zweigverein hat sich sogar in England gebildet. In der ganzen Schweiz sind überall Sektionen entstanden, die die lokalen Arbeiten unter sich haben, während ein Zentralvorstand die gesellschaftlichen Interessen besorgt und den Gesamtverein nach außen vertritt. Die eidgenössischen Behörden haben der Bewegung ihre Sympathie durch Verabfolgung eines jährlichen Beitrages bewiesen.

Durch die Gründung der Schweizerischen Vereinigung für Heimatschutz hat die Denkmalpflege einen neuen und begeisterten Vertreter gefunden, der im stande ist, das Interesse und Verständnis dafür bis in die innersten Volkschichten zu tragen, und wie die Erfolge sind, das haben bereits die Bekanntmachungen einiger Gemeindeämter unserer Talschaften gezeigt. Einfache Bauersleute fangen an, sich gegen unsinnige Vernichtungen kultureller Eigenart in ihrer Gegend zu wehren und das Verderben schöner Landschaftsbilder durch Reklamebilder aller Art zu verhindern, ja, es scheint überhaupt, daß auf dem Land der Heimatschutz noch einen viel kräftigeren Boden gefunden hat als in der Stadt. Bereits haben verschiedene Gemeinden und ganze Kantone direkte Verbote erlassen gegen das Anbringen von Reklametafeln an Orten, die den Naturgenuss stören oder die Landschaft verunstalten. Auch der Schweizerische Verkehrsverein und der Hotelierverein zogen energisch dagegen ins Feld, und wie solche Verbote angefaßt und dem Volke klar gemacht werden, zeige ich Ihnen an der Bekanntmachung der Gemeinde Grindelwald. Sie lautet:

## An die Talleute von Grindelwald!

## Heimatschutz.

Auch hier oben haben die Schokoladefabriken und andere Geschäfte ihre grellfarbigen Reklametafeln an allen Ecken und Enden in aufdringlicher Weise anschlagen lassen, so daß die herrlichen Naturschönheiten unseres Tales sowohl den Besuchern als uns Einheimischen verekelt werden.

Fort mit dieser „Blechpest“ von den Häusern, Scheuern und Alpenhütten, von den Felsen, Bäumen und Stangen! Fort mit den häßlichen Tafeln, lieber heute als morgen! Fort mit ihnen, sobald die Verträge abgelaufen sind! Und bieten Euch die Affichenagenten aufs neue Geld — schlägt es aus! Erklärt ihnen deutlich und fest: „Einmal und nicht wieder! Fort, wir tun es unserem schönen Heimattale nie mehr zuleid. Geht mit Eurem Geld und Euren Affichen!“

Laut Beschuß der Gemeindeversammlung vom 6. Mai 1907.

Der Gemeinderat.

Aber nicht nur gegen die Reklame wird die Aktion des Heimatschutzes geführt; in manch anderer Hinsicht sind die Bestrebungen der Vereinigung, welche sich mit derjenigen in Deutschland ziemlich deckt, von Erfolg begleitet gewesen. Ist es nicht eine große Errungenschaft, auf die unser Heimatschutz stolz sein darf, wenn von einer Einwohnerzahl von etwas über 3 000 000, wie sie die Schweiz besitzt, nahezu 50 000 Bürger und Bürgerinnen in einer Eingabe an die Behörden gegen das Projekt einer Matterhornbahn energisch Protest erheben?

Man ist sich zwar auch in der Schweiz wohlbewußt, daß wirksame Abhilfe gegen die Verunstaltungen an Gebäuden und in der Landschaft nur eine Gesetzgebung zu gewähren vermag, die vor eingreifenden Beschränkungen des Privateigentums nicht zurückschreckt, und es wird eine der wichtigsten Aufgaben der Vereinigung für Heimatschutz sein, den Erlaß weiterer kantonaler Gesetze sowie eine Revision der Bundesverfassung vorzubereiten in dem Sinne, daß der Bund zuständig erklärt werde, die für die Pflege und Erhaltung der geschichtlichen und natürlichen Eigenart unseres Landes erforderlichen Vorkehrungen zu treffen.

Der Entwurf zum neuen schweizerischen Zivilgesetz räumt den Kantonen das Recht ein, Bestimmungen zugunsten des Heimatschutzes, besonders aber für die Erhaltung künstlerischer oder historischer Baudenkmäler, aufzustellen. Ich füge noch hinzu, daß die Schweizerische Naturforschergesellschaft eine besondere Kommission zum Schutze der Naturdenkmäler eingesetzt hat.

Es bleibt mir noch übrig, einige Worte über das Bürgerhaus mitzuteilen.

Wie Sie wissen, hat der Schweizerische Ingenieur- und Architektenverein beschlossen, die Bearbeitung der Geschichte und Entwicklung des schweizerischen Bürgerhauses vom Mittelalter bis zum Jahre 1850 in die Hand zu nehmen und die Ergebnisse in Wort und Bild zu veröffentlichen. Es ist ein besonderer Ausschuß bestellt, der die Angelegenheit studiert und

vorderhand eine Sammlung des einschlägigen Materials anlegt. Ferner wurde eine Propagandaschrift ausgegeben, ähnlich der, wie sie Herr Stadtbauinspektor Stiehl im Auftrage des vom Fünften Tag für Denkmalpflege eingesetzten Ausschusses bearbeitet hat, mit dem Unterschiede jedoch, daß unsere Veröffentlichung etwas weiter gefaßt und größer angelegt worden ist. Es soll damit versucht werden, die ganze Schweiz für das Unternehmen zu interessieren, da es, wie der Aufruf sagt, nur mit Hilfe und Sympathie weitester Kreise möglich erscheint, das vorgesetzte Ziel zu erreichen und das große Werk zu Ende zu führen.

Meine Damen und Herren! Ich bin am Schluße meiner Ausführungen angelangt. Aus den wenigen Mitteilungen, die Sie vernommen, werden Sie die Überzeugung erhalten haben, daß man in der Schweiz der Fürsorge für die Denkmalpflege und den Heimatschutz keine geringe Aufmerksamkeit zu teilen scheint. Die folgenden Jahre, so hoffen wir, werden noch eine intensivere, namentlich von den Behörden unterstützte Tätigkeit und dementsprechende Erfolge bringen, auf daß nicht nur die Einheimischen, sondern auch die jährlich zu Tausenden nach der Schweiz strömenden Fremden sich an den unverdorbenen Schönheiten des Landes erfreuen.

### Lübeck 1908

*Zu vorstehendem Referat hat der Vorsitzende auf der nächsten Tagung in Lübeck folgende Erklärung abgegeben:*

Zum stenographischen Berichte habe ich auf Veranlassung des Eidgenössischen Departements des Innern noch mitzuteilen, daß in dem vorjährigen Referate des Herrn Architekten Probst aus Zürich „Über die Denkmalpflege in der Schweiz“ sich insofern ein Irrtum eingeschlichen hat, als nicht dem Kanton Bern, sondern dem Kanton Waad der Ruhm gebührt, zuerst ein Gesetz über die Erhaltung historischer Kunstdenkmäler erlassen zu haben, und zwar bereits vier Jahre früher, nämlich durch das Gesetz vom 10. Dezember 1898, dessen Reglement vom 21. April 1899 datiert, während das Berner Gesetz das Datum des 27. November 1901 und dessen Reglement das Datum des 13. August 1902 tragen.

### Gesetzgebung in Österreich

#### Düsseldorf 1902

**Referent: Professor Dr. Neuwirth-Wien:**

Hochgeehrte Herren! Ich muß mein Referat mit der Bitte um Ihre freundliche Nachsicht beginnen, da ich eben, in sehr vorgerückter Zeit, erst in die Notwendigkeit kam, dasselbe zu übernehmen.

Meine Ausführungen gehen dahin, Sie in aller Kürze über den derzeitigen Stand derjenigen Dinge zu unterrichten, die in Österreich für die Erlassung eines Denkmalschutzgesetzes bereits im Flusse sind. Ich erlaube mir, darauf hinzuweisen, daß, wenn erst im heurigen Jahre dem österreichischen Herrenhause ganz bestimmte Anträge unterbreitet worden sind, diese keineswegs die erste Formulierung eines Gesetzentwurfs für Österreich sind, da bereits Mitte der neunziger Jahre der damalige Referent für diese Angelegenheiten, Herr Freiherr von Weckbecker, einen ausführlichen Entwurf

mit eingehender Begründung ausgearbeitet hat, der seinerseits auch den beiden Vertretungskörpern unterbreitet, aber nicht der näheren Verhandlung zugeführt wurde. Diese Verzögerung veranlaßte Seine Exzellenz Freiherrn von Helfert, den Präsidenten der Zentralkommission, speziell im Herrenhause mehrmals auf die Erledigung dieses Gegenstandes durch Einbringung eines eigens von ihm ausgearbeiteten Gesetzentwurfs zurückzukommen, und er hat diesen Antrag im heurigen Frühjahr erneuert mit der Einbringung eines Entwurfs für ein Gesetz betreffend den Schutz von Baudenkmälern.

Sie sehen schon aus der Überschrift dieses Gesetzes, die nur auf den Schutz von Baudenkmälern bezug nimmt, daß es sich nicht um ein in so weitem Rahmen sich bewegendes Gesetz, wie es das hessische in so dankenswerter Weise ist, hier handelt. Es will das Gesetz vor allen Dingen die Baudenkmäler, d.i. Bauwerke öffentlichen, kirchlichen und profanen Charakters unter den gesetzlichen Schutz stellen und dem vorbeugen, daß ohne Zustimmung der für die Erhaltung und die Schonung zuständigen Behörden irgend welche Abänderungen an dem Bestande dieser Denkmäler vorgenommen werden können. Daher schließt der eine der Paragraphen direkt aus Bauwerke rein privaten Ursprungs und Charakters, die nur dann dem gesetzlichen Schutz unterstellt werden sollen, wenn der Eigentümer dies selbst, falls sie einen wissenschaftlichen oder einen künstlerischen Wert besitzen, verlangt; der Schutz ist ihnen sodann nach Zulaß der Anträge zu gewähren oder, wenn bei Übertragung eines öffentlichen Denkmals an einen Privatbesitzer seitens dieses letzteren die Verpflichtung übernommen wurde, das Bauwerk in aufrechtem Stande zu erhalten. Und doch, wenn auch die Überschrift und diese beiden Bestimmungen hauptsächlich eigentlich nur von Baudenkmälern reden, so ist es trotzdem ein Gesetz, das eigentlich den Kunstdenkmälern überhaupt auch gilt. Denn eine eigene Bestimmung dieses Gesetzentwurfs hebt ausdrücklich hervor, daß Gegenstände, welche zu erhaltungswerten Baudenkmälern in dauernden Beziehungen und Bestimmungen stehen und nicht jedes wissenschaftlichen oder künstlerischen Interesses bar sind, ohne behördliche Bewilligung selbst dann nicht entfernt werden dürfen, wenn ihre Beseitigung die augenblickliche Integrität des Denkmals nicht gefährdet. Ja, es sind sogar in einem späteren Paragraphen ausdrücklich hervorgehoben die Strafbestimmungen, die die Entfernung oder Entstellung derartiger künstlerischer Zutaten eines Baudenkmals betreffen.

Dieser Gesetzentwurf, dessen hauptsächliche Grundzüge ich Ihnen hiermit erläutert habe, ist derzeit Gegenstand der Beratungen einer Kommission unseres Herrenhauses. Demselben liegt gleichzeitig ein zweiter Entwurf vor, ebenfalls von Seiner Exzellenz Freiherrn von Helfert eingebracht, und zusammenhängend mit der Gefährdung eines der bedeutendsten und umfangreichsten Kunstobjekte, das Österreich besitzt. Es ist der bekannte Diokletianische Palast in Spalato. Der Entwurf dieses Gesetzes betrifft die Sicherung dieses Palastes in seinen noch vorhandenen ober- und unterirdischen Bauteilen von Staats wegen und sucht ihn vor allen Beeinträchtigungen und Entstellungen, die er namentlich während der letzten anderthalb Jahre teilweise durch Zubauten erfahren hat, für alle späteren Zeiten zu sichern. Zu gleicher Zeit nimmt der Gesetzentwurf in Aussicht, daß, sowie irgendwelche Möglichkeit sich der Staatsbehörde bietet, die an den Palast angrenzenden Grundstücke zu erwerben, dieselben im Interesse einer möglichst

geregelten Durchführung der Erhaltung zu erwerben seien; er setzt endlich für Übertretung der Bestimmungen ziemlich hohe Strafen, von 1000 bis 10 000 Kronen, fest.

Ich glaube, Sie haben aus dem kurzen Referate über die beiden derzeit den parlamentarischen Körperschaften vorliegenden Entwürfe die Überzeugung gewonnen, daß auch in Österreich die Frage des Denkmalschutzes nicht außer acht gelassen worden ist, sondern daß man deren zielbewußter Lösung entgegengeht.

### Erfurt 1903

**Referent: Professor Dr. Neuwirth -Wien:**

Meine Herren! Ich bin in der für Sie gewiß erfreulichen Lage, Ihnen gleich im vorhinein versichern zu können, daß ich mich außerordentlich kurz fassen will. Sie erinnern sich, daß ich im vorigen Jahre die Ehre hatte, Ihnen in kurzen Zügen die Grundlagen zu erörtern, die der Entwurf Helferts im österreichischen Herrenhause für die Erwirkung eines österreichischen Denkmälerschutzgesetzes enthält. Dieser Entwurf ist heute noch Gegenstand der Beratung einer parlamentarischen Kommission und entzieht sich dementsprechend heute, weil diese Beratung noch nicht vollständig abgeschlossen ist, hierorts der weiteren Erörterung.

Aber eines bitte ich freundlichst zur Kenntnis zu nehmen. Es hat im Verlaufe dieses Jahres nicht an außerordentlich eifrigen und sorgsamen Bemühungen von Seiten der Regierung sowohl als der Kommission und der Zentralkommission gefehlt, diesem Entwurf tatsächlich eine derartige Formulierung zu geben, daß er vor den großen Vertretungskörpern diskussionsfähig wäre. Ich brauche Sie ja nur darauf aufmerksam zu machen, wie gerade die Wahrnehmung der allermannigfachsten Interessen des Adels, der Kirchen, der Kommunen sowie der Privateigentümer, natürlicherweise die Struktur und Formulierung derartiger Gesetzesbestimmungen erschwert. Sie werden verstehen, daß es nicht möglich gewesen ist, binnen Jahresfrist diese Schwierigkeiten vollständig zu bewältigen. Ich hoffe aber vielleicht bei einer nächsten Tagung der Denkmalpflege in der Lage zu sein, Ihnen über den fertigen Entwurf und über alle die Vorarbeiten, welche seit nahezu einem Jahrzehnt dafür im Gange sind, referieren zu können, damit Sie sehen, wie das Ganze aus kleinen Anfängen entstanden ist und nun mit der Verwertung der besten Erfahrungen der Denkmalschutzgesetzgebung bei uns tatsächlich in die Praxis überführt werden soll.

An diese Mitteilung, die ich freundlichst zur Kenntnis zu nehmen bitte, reihe ich zu gleicher Zeit die weitere, daß wir bei einer zweiten Frage, nämlich beim Diokletianischen Palast in Spalato um einen Schritt weiter gekommen sind, indem nämlich im Frühjahr dieses Jahres, nach Ostern, eine Separatkommission, bestehend aus Vertretern des Archäologisches Instituts in Wien, der Zentralkommission, der interessierten Ministerien und der Landesbehörden nicht weniger als nahezu 14 Tage den Diokletianischen Palast in Spalato abgegangen hat und ein ausführliches Protokoll über den Bestand desselben sowie zu gleicher Zeit über die Möglichkeit der Erwerbung und der Entfernung der verschiedenen Einbauten aufgenommen hat. Wir haben tatsächlich die berechtigte Hoffnung, auf Grund all dieser Erhebungen die Erhaltung dieses in seiner Art einzig dastehenden Kunstdenkmales den künftigen Zeiten zu sichern.

## Lübeck 1908

**Referent: Sektionsrat Ritter von Förster-Streffleur-Wien:**

Hochverehrte Versammlung! Die bisherigen Tage für Denkmalpflege haben in einer von uns sehr dankbar begrüßten Weise stets auch unseren Bestrebungen Interesse entgegengebracht, und ich darf es daher als statthaft ansehen, Ihnen ganz kurz einige Mitteilungen darüber zu machen, was sich auf dem Gebiete der Denkmalpflege bei uns in der letzten Zeit zuge tragen hat.

Was zunächst die gesetzliche Regelung des Denkmalschutzes anbelangt, so bin ich leider nicht in der Lage, Ihnen von einem nennenswerten Fortschritt auf diesem Gebiete Mitteilung zu machen. Es ist zwar der Entwurf eines Reichsgesetzes für den Schutz der Kunst- und Geschichtsdenkmäler in Österreich ausgearbeitet worden, dieser Entwurf hat auch bereits den Gegenstand eingehender Beratungen im Schoße des Ministeriums für Kultus und Unterricht sowie in der Zentralkommission gebildet; zu einem entscheidenden Schritt, zu einer Vorlage an das Parlament ist es indes bisher noch nicht gekommen und es dürfte daher auch noch nicht an der Zeit sein, auf den Inhalt des Entwurfes hier näher einzugehen.

Doch der gesetzliche Denkmalschutz ist ja, wie auf Ihren Tagungen auch wiederholt betont worden ist, nicht das erste und nicht das letzte Mittel einer gedeihlichen Denkmalpflege (Sehr wahr!), und gerade weil die legislatorische Aktion bei uns noch nicht den gewünschten Fortschritt genommen hat, waren wir um so eifriger bemüht, in anderer Weise auf diesem Gebiete zu wirken.

Ich möchte da in erster Linie der von der Zentralkommission nunmehr mit aller Energie in Angriff genommenen Denkmalinventarisierung nebst der Herausgabe von Kunstphotographien Erwähnung tun. Vor kurzem ist der erste Band dieses Werkes, umfassend den politischen Bezirk Krems, erschienen. Ich hatte die Absicht, der hochverehrten Versammlung ein Exemplar des Werkes zu unterbreiten, die Sendung ist aber leider noch nicht eingelangt; ich hoffe, daß es im Laufe des Tages der Fall sein wird, so daß die Herren wenigstens nachträglich das Exemplar in Empfang nehmen können.

Was die Art der Fortsetzung des Werkes anbelangt, so möchte ich nur erwähnen, daß in Böhmen und Galizien bereits seit einiger Zeit an einer Sammlung von Kunstphotographien gearbeitet wird, und zwar sind in Böhmen bereits 46, in Galizien 5 Bände erschienen. Abgesehen von diesen Ländern bleiben noch 120 politische Bezirke in Österreich zu bearbeiten. Jedem dieser Bezirke soll ein Band wie der bisher erschienene gewidmet werden, dessen Herstellungskosten samt Inventarisierung sich auf rund 10 000 Kr. belaufen. Es ist beabsichtigt, für diesen Zweck jährlich 40 000 Kr. zur Verfügung zu stellen, so daß in jedem Jahre vier Bezirke bearbeitet werden können und das Werk in ca. 30 Jahren zur Vollendung käme.

Eine andere Maßnahme, von der wir einen günstigen Erfolg erwarten, ist die Abhaltung von kunsthistorischen Kursen für Geistliche, welche den Zweck verfolgen, die Geistlichen, denen ja auf dem Gebiete der Pflege sowohl der neuen als der alten Kunst eine so wichtige Rolle zukommt, mit der lebendigen Kunst in nähere Berührung zu bringen und sie auch mit den wichtigsten Grundsätzen der Denkmalpflege vertraut zu machen. Es wird

heuer zum erstemal ein solcher Kursus versuchsweise abgehalten; ca. 30 Pfarrer werden sich für die Dauer einer Woche in Wien versammeln, werden am Vormittag und Abend theoretische Vorträge hören, während die Zwischenzeit zu Führungen in Sammlungen, Museen, in Kirchen, in Ateliers usw. benutzt werden soll. Ich erlaube mir, Ihnen ein Programm dieses Kursus vorzulegen. Gelingt der Versuch, so besteht die Absicht, ihn in den nächsten Jahren zu wiederholen. ähnliche Kurse auch außerhalb Wiens zu veranstalten und eventuell auf die Lehrerschaft auszudehnen.

Das sind die zwei markantesten Maßnahmen, von denen ich berichten kann. Das übrige, was auf dem Gebiet der Denkmalpflege bei uns geschehen ist, ist Kleinarbeit, im Detail imponderabel, in der Gesamtheit aber doch nicht belanglos. Ich möchte als Beleg dafür die Ziffer nennen, die staatlicherseits im letzten Jahre für Zwecke der Denkmalpflege ausgeworfen worden ist. Es sind 655 000 Kr., welche das Finanzgesetz pro 1908 diesem Zweck gewidmet hat.

Sie mögen aus diesen Mitteilungen, so kurz sie sind, meine verehrten Herren, ersehen, daß auch wir in Österreich tüchtig an der Arbeit sind.

### C. Spezial-Gesetzgebung

#### I. Das preußische Gesetz zum Schutz gegen Verunstaltung von Ortschaften und landschaftlich hervorragenden Gegenden

Mannheim 1907

**Referent: Oberbürgermeister Dr. Struckmann-Hildesheim:**

Meine verehrten Herren! Zunächst muß ich um Entschuldigung bitten, daß ich der Aufforderung des Herrn Vorsitzenden, an Stelle des Vortrages, den Sie von zwei bewährten anderen Herren erwarten durften, mit einem anderen Vortrag einzutreten, nachgekommen bin. Der Vortrag sollte lauten „Über Baupolizei und Denkmalpflege“, ein Gegenstand, welcher ja das allerhöchste Interesse verdient und namentlich außerordentlich praktisch ist. Es trat diese Aufforderung erst vor wenigen Tagen an mich heran, und da war es mir selbstverständlich nicht mehr möglich, diesen Gegenstand in einer Weise, wie es für eine Versammlung wie die hiesige erforderlich wäre, vorzubereiten. Ich beabsichtige deshalb, dem Wunsch des Herrn Vorsitzenden entsprechend, über das kürzlich, wie bereits erwähnt, im preußischen Landtag angenommene Gesetz gegen die Verunstaltung von Ortschaften und landschaftlich hervorragenden Gegenden vom 15. Juli d. J. einen Bericht zu erstatten, dann aber doch einige allgemeine Bemerkungen daran zu knüpfen, die sich auf die Stellung der Baupolizei zu diesem Gesetze und dann überhaupt gegenüber der Denkmalpflege beziehen, die aber auf irgendwelche Systematik, auf irgendwelche Vollständigkeit durchaus keinen Anspruch machen können. Ich bitte daher, mich zu entschuldigen, wenn ich es gewagt habe, heute vor Sie mit diesem wenig vorbereiteten Vortrage zu treten.

Meine Herren! Die Frage der Bauordnung, die ja wieder mit der Baupolizei in sehr engem Zusammenhang steht, hat Sie bereits auf dem Denkmalpflegetag in Mainz ausgiebig beschäftigt, und ich erlaube mir, kurz Ihnen

die Resolution vorzulesen, die damals gefaßt ist, damit Sie daraus vielleicht entnehmen können — ich werde das nachher auch darzulegen suchen — inwieweit den Gesichtspunkten, die damals vom Denkmalpflegetage zur Geltung gebracht sind, nun durch dieses neue Gesetz Rechnung getragen wird. Es ist damals im Anschlusse an die Referate, die zunächst Herr Geheimer Baurat Stübben und Herr Professor Frentzen hielten, über die Bauordnung im Dienste der Denkmalpflege folgende Resolution gefaßt worden:

1. „Der Fünfte Tag für Denkmalpflege empfiehlt im Anschluß an die Verhandlungen des Vierten Denkmalpflegetages (wo bereits über einen Teil dieses Themas, nämlich über die Straßenfluchtlinien und ihre Berücksichtigung für die Denkmalpflege, geredet wurde) den zuständigen Staats- und Gemeindebehörden, Neu- und Umbauten in der Umgebung künstlerisch oder orts geschichtlich wertvoller Baudenkmäler und im Gebiete ebensolcher Straßen und Plätze der baupolizeilichen Genehmigung auch in dem Sinne zu unterwerfen, daß sich diese Bauausführungen harmonisch und ohne Beeinträchtigung jener Baudenkmäler in das Gesamtbild einfügen. Entsprechendes gilt von Firmen- und Reklameschildern u. dgl.“

2. Dabei wird darauf hingewiesen, daß zur Erzielung dieser notwendigen Harmonie hauptsächlich die Höhen und die Umrißlinien, die Gestaltung der Dächer, Brandmauern und Aufbauten sowie die anzuwendenden Baustoffe und Farben der Außenarchitektur maßgebend sind, während hinsichtlich der Formgebung der Einzelheiten künstlerischer Freiheit angemessener Raum gelassen werden kann.

3. Er empfiehlt ferner zur Beurteilung der einschlägigen künstlerischen und kunstgeschichtlichen Fragen die Zuziehung eines sachverständigen Beirates aus Vertretern der Baukunst, der Kunstgeschichte, der staatlichen Denkmalpflege und des kunstsinnigen Laienelements.

4. Insoweit die Landesgesetzgebung den für die örtliche Regelung erforderlichen Rechtsboden nicht darbietet, ist die Ergänzung der Gesetzgebung zu empfehlen.“

Ich will mir nun erlauben, die einzelnen Bestimmungen des von beiden Häusern des Landtages mit großer Mehrheit, im Herrenhause glaube ich einstimmig, angenommenen Gesetzes Ihnen darzulegen und daran, wie gesagt, Betrachtungen zu knüpfen, ob und inwieweit den Rücksichten, die damals hier als empfehlenswert hingestellt und beschlossen wurden, durch das preußische Gesetz Rechnung getragen ist.

Meine Herren! Dieses Gesetz wurde vor zwei Jahren bereits dem Landtage vorgelegt, und zwar dem Herrenhause. Dieses nahm sehr wichtige Änderungen an dem Gesetz vor, die die Regierung billigte. Es kam dann aber im vorigen Jahre im Abgeordnetenhaus nicht zur Verabschiedung, weil die Schlußvorlage das ganze Interesse des Abgeordnetenhauses in Anspruch nahm. Im letzten Winter ist dann die Vorlage in der Gestalt, die sie durch das Herrenhaus gewonnen hat, dem Abgeordnetenhaus vorgelegt, ist dort sehr eingehend beraten worden, und es hat das Abgeordnetenhaus sehr wichtige Änderungen an dem Gesetz vorgenommen, die das Herrenhaus teilweise als Verbesserungen anerkennen konnte, teilweise für nicht so wichtig hielt, um daran, wenn es auch vielleicht nicht mit allen Einzelheiten einverstanden war, das Gesetz scheitern zu lassen, und es hat sich daher

das Herrenhaus entschlossen, das Gesetz ohne jegliche Änderung, wie es aus dem Abgeordnetenhouse hervorgegangen ist, anzunehmen. Wenn auch das eine oder andere ihm uneben erscheinen möchte, nun, das Herrenhaus hat darin Selbstentsagung geübt, weil sonst die Zeit gefehlt hätte, das Gesetz zur Verabschiedung zu bringen. Das Herrenhaus hat sich jeglicher Super-revision enthalten, wenn ich mich so ausdrücken darf.

Das Gesetz enthält zweierlei, was streng voneinander zu unterscheiden ist.

Es war in Preußen bisher in betreff des Denkmalschutzes nur wenig geschehen. Das einzige, was in dieser Beziehung galt, was wenigstens für diesen Teil des Denkmalschutzes galt, nämlich die Gebäude, die Denkmäler baulicher Natur, vor Verunstaltung zu sichern und die Umgebung von Denkmälern, ein ganzes Stadtbild zu sichern, war lediglich die Bestimmung des allgemeinen Landrechtes, daß „grobe Verunstaltungen“ durch die Baupolizei sollten verhindert werden können. Was eine grobe Verunstaltung sei, darüber hatte dann das Oberverwaltungsgericht in letzter Instanz zu entscheiden, wenn dahin die Sache kam. Und früher namentlich war das Oberverwaltungsgericht in dieser Beziehung äußerst zurückhaltend, so daß manches, was anderen, auch nur einigermaßen kunstgeschichtlich oder künstlerisch gebildeten Augen als eine grobe Verunstaltung erschien, doch vom Oberverwaltungsgericht nicht als eine solche anerkannt wurde, indem es sagte, es käme nicht darauf an, ob die Künstler etwas als grobe Verunstaltung bezeichneten, sondern grobe Verunstaltung sei das, was auch jedem Laienauge als solche erscheine. Damit war also der Denkmalpflege außerordentlich wenig gedient. In neuerer Zeit hat allerdings das Oberverwaltungsgericht, wie wir überhaupt auf diesem Gebiete uns gewöhnt haben, feinfühliger zu sein, diesem Einflusse doch nicht ganz widerstehen können: es hat mit der Zeit doch allerdings in etwas milderer Weise diese Sachen ausgelegt, aber es hält doch immer daran fest, und mußte vielleicht nach dem bestehenden Gesetz daran festhalten, daß immer nur eine „grobe“ Verunstaltung verboten wurde.

In dem neuen Gesetz ist nun statt dessen, was bisher auf dem Gebiete des allgemeinen Landrechts galt — es gibt aber auch Landesteile, wo selbst diese Bestimmungen nicht einmal in Geltung waren, z. B. im Rheinland — eine neue Bestimmung getroffen, worin es heißt, daß die baupolizeiliche Genehmigung zur Ausführung von Bauten und baulichen Veränderungen zu versagen ist — nicht kann, sondern ist zu versagen —, wenn dadurch Straßen oder Plätze der Ortschaft oder das Ortsbild gröblich verunstaltet werden würden. Dasselbe ist dann — ich komme nachher darauf — in etwas anderer Weise auf Landschaften ausgedehnt. Hier handelt es sich nur um Ortschaften, und zwar war ursprünglich gesprochen von geschlossenen Ortschaften; das ist gestrichen, es soll auch in offenen Ortschaften dasselbe gelten. Es wird also künftighin — und die Baupolizei ist verpflichtet, darauf zu achten —, sofern ein Neubau oder eine bauliche Änderung der polizeilichen Genehmigung unterliegt, eine „gröbliche Verunstaltung“, wie es hier heißt, nicht stattfinden dürfen.

Das Abgeordnetenhaus hat also statt des Wortes „grob“ „gröblich“ gewählt. Dabei aber haben im Abgeordnetenhaus selbst oder doch in der Kommission verschiedene Abgeordnete erklärt, daß sie unter gröblich dasselbe verstanden, was bisher durch das Oberverwaltungsgericht unter grob ver-

standen worden sei (Heiterkeit), daß man anknüpfen wollte an die bisherige Judikatur des Oberverwaltungsgerichts. Aber das ist doch zu einem gesetzgeberischen Ausdruck nicht gekommen, sondern das Abgeordnetenhaus hat, und wie doch anzunehmen ist, ganz mit Absicht, ein anderes Wort gewählt, nämlich gröblich, und da muß man doch fragen, ob nicht nachher die Gerichte, das Oberverwaltungsgericht in oberster Instanz, daran anknüpfen können, um eine neue Judikatur, neue Grundsätze für ihre Rechtsprechung zu bilden. Im Herrenhause ist denn auch mit aller Bestimmtheit hervorgehoben worden, und es hat niemand widersprochen, daß man nicht ohne weiteres sagen könnte, daß, wenn bisher eine grobe Verunstaltung verboten war, jetzt mit dem Worte gröblich, welches absichtlich in das Gesetz hineingekommen ist, ganz dasselbe solle gesagt sein. Denn grob sei nicht gröblich, gröblich sei nicht grob; es sei eben etwas Verschiedenes. Gröblich sei ein Diminutiv von grob, deshalb sei anzunehmen, daß gröblich etwas weniger sei. Es kann also eine Verunstaltung auch weniger grob sein (Heiterkeit), und trotzdem kann die Baupolizei Anlaß nehmen, einzugreifen. Es hat zu meinem Bedauern allerdings die Regierung in den kürzlich erlassenen Ausführungsbestimmungen sich diese Erklärung nicht angeeignet, sondern hat angenommen, daß der Ausdruck gröblich dasselbe sagen solle, was früher unter grob verstanden worden sei, und es sind dann eine Reihe von Urteilen des Oberverwaltungsgerichts angeführt und gesagt worden, man würde sich danach wohl im wesentlichen richten können. Ich hätte gewünscht, daß die Regierung sich dessen enthalten und es der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts selbst ganz frei überlassen hätte, was dieses aus den Worten im Gesetzes- text und aus den Verhandlungen der beiden Häuser des Landtages entnehmen würde. Ich kann es nicht für richtig halten, daß die Regierung in dieser Weise ihrer Ansicht gegenüber der Ansicht, die im Abgeordnetenhaus auf der einen und im Herrenhause auf der anderen Seite zur Geltung gekommen ist, Ausdruck gibt. Ich glaube, es hätte im Interesse der Sache gelegen, wenn das in der Weise nicht geschehen wäre. Aber es ist geschehen, und ich bringe daher absichtlich die Frage an dieser Stelle vor, weil nach meiner Ansicht man durchaus nicht genötigt ist, dasjenige, was das neue Gesetz sagt, ganz genau ebenso aufzufassen wie das alte Gesetz, weil eben der Wortlaut ein anderer ist. Ohne Grund wird doch das Abgeordnetenhaus nicht den Wortlaut geändert haben, und da meine ich, muß doch erst darüber nachgedacht werden: was ist die Absicht des Abgeordnetenhauses gewesen, wenn es hier einen anderen Ausdruck wählt?

Nun, meine Herren, diese Bestimmung des § 1 interessiert uns hier in gewisser Beziehung ja auch. Aber sie interessiert uns doch durchaus nicht in dem Grade, wie uns der folgende § 2 interessieren wird, der speziell die Denkmalpflege berührt; der § 1 gibt nur eine allgemeine Richtung für die Baupolizei überhaupt, er braucht sich nicht auf Denkmalpflege zu beziehen; auch in anderer Beziehung kann ja das Schönheitsgefühl gröblich verletzt werden, und in allen solchen Fällen ist nach § 1 die Baupolizei ohne weiteres kraft Gesetzes berechtigt, einzugreifen.

Der zweite Paragraph ist für uns wichtiger. Da heißt es: „Durch Ortsstatut kann für bestimmte Straßen und Plätze von geschichtlicher oder künstlerischer Bedeutung vorgeschrieben werden, daß die baupolizeiliche Genehmigung zur Ausführung von Bauten und baulichen Veränderungen

zu versagen ist, wenn dadurch die Eigenart des Orts- oder Straßenbildes beeinträchtigt werden würde.“

Meine verehrten Herren! Es deckt sich dies ungefähr mit der Nr. 1 der Resolution, die im Jahre 1904 auf Antrag der Herren Geheimrat Stübben und Professor Frentzen von dem Denkmalpflegetage gefaßt worden ist. Es besagt die Nr. 1 mit etwas anderen Worten ungefähr dasselbe, was auch hier gesagt worden ist. Ich glaube deshalb feststellen zu können, daß das neue preußische Gesetz in dieser Beziehung im wesentlichen die Grundsätze in Preußen zur praktischen Geltung bringt, die der Denkmalpflegetag seinerzeit für notwendig gehalten hat.

Meine Herren! Nur in einer Beziehung ist vielleicht eine Änderung vorgenommen. In der Nr. 1 der damaligen Satzung ist dieser Satz als gesetzlich bindend hingestellt worden, während es im Gesetze vom Ortsstatut abhängig gemacht wird, daß dieser Satz ins Leben treten kann. Aber in der Nr. 4 der Resolution, die ich vorhin mitgeteilt habe, ist doch auch ausdrücklich gesagt worden, daß, wenn etwa bislang gesetzliche Schwierigkeiten entgegenstanden, durch Ortsstatut solches festzulegen, daß dann die Gesetzgebung dazu die Möglichkeit geben möchte. Daraus also geht hervor, daß man sich auch damals bewußt gewesen ist, daß es möglicherweise nicht zweckmäßig sein würde, durch eine gesetzliche Vorschrift jenes allgemein für den ganzen preußischen Staat vorzuschreiben, sondern daß die Sache vielleicht mehr individuell und örtlich behandelt werden müsse, es solle dann also durch die Gesetzgebung Raum geschaffen werden, derartige Ortsstatuten, wenn dieselben bisher nicht gestattet seien, zu erlassen. Das ist jetzt in vollem Maße erfüllt, und somit ist auch der Nr. 4 der damaligen Resolution Rechnung getragen.

Durch Ortsstatut also kann jetzt alles dies festgestellt werden, und ich glaube, meine Herren, das ist eine weise Beschränkung. Es wäre nicht wohlgetan, ich glaube sogar ganz unmöglich gewesen, wenn das Gesetz festgestellt hätte, ohne weiters soll durch den ganzen preußischen Staat bei Straßen und Plätzen von geschichtlicher oder künstlerischer Bedeutung vorgeschrieben sein, daß die baupolizeiliche Genehmigung nur dann gegeben werden kann, wenn Gewähr gegeben wird, daß die Eigenart des Ortsbildes usw. nicht geschädigt wird. Denn es sind die Verhältnisse innerhalb Preußens so außerordentlich verschieden, daß wir auf einen sehr gefährlichen Weg, fürchte ich, gekommen wären, wenn ein einheitliches Gesetz gemacht wäre, das nachher kaum zur Durchführung hätte gebracht werden können. Viele Ortschaften gibt es ja, wo derartiges überhaupt gar nicht vorkommt, wo von alten Denkmälern überhaupt gar nichts ist, und auch da diese unter das Gesetz mitzubringen, würde doch nicht richtig sein. Bei anderen ist es außerordentlich wenig und würde es vielleicht nicht angebracht sein, die Gesetzgebung um einer einzelnen, verhältnismäßig unwichtigen Sache willen in Bewegung zu setzen, da es doch — ich komme darauf zurück — schon nicht leicht ist, nur das Ortsstatut lebensfähig und fruchtbar zu gestalten. Da ist es, glaube ich, eine richtige Beschränkung, daß hier gesagt worden ist: diejenigen Gemeinden, die in der Tat derartige eigenartige Orts- und Straßenbilder enthalten, daß es sich der Mühe lohnt und notwendig ist, sie unter den baupolizeilichen Schutz zu stellen, mögen das selbst ermessen und mögen es durch Ortsstatut feststellen. Dann — und darauf weist auch die Ausführungs-

bestimmung der Herren Minister hin — dann wird es Sache der einzelnen Gemeinden sein, nun zu beurteilen, was dabei in der einzelnen Gemeinde den Schutz verdient, und zu erwägen, in welcher Weise dieser Schutz im einzelnen durch die Baupolizei gewährleistet werden soll.

Da sind ja die Verhältnisse ganz außerordentlich verschieden und es wird sich darum handeln, unter Umständen ganz verschiedene Maßnahmen zu treffen. Ich weise nur z. B. auf den großen Unterschied hin, der zwischen Ortschaften besteht, wo fast ausschließlich Massivbau üblich ist, und denjenigen Ortschaften, wo Fachwerkbau üblich ist. Die Herren, die in den letzten beiden Jahren die Tagung mitgemacht haben — wir haben vor zwei Jahren in Bamberg getagt und im vorigen Jahre in Braunschweig und in Hildesheim — werden sich erinnern: in Bamberg sind Fachwerkbauten ja fast gar nicht, soweit ich mich entsinne; in Hildesheim und Braunschweig ist gerade der Fachwerkbau dasjenige, was der Stadt ihr Gepräge gibt, und da wird denn im Ortsstatut hinsichtlich der Bewerkstelligung des Schutzes im einzelnen und der Feststellung dessen, wie geschützt werden soll, ganz anders zu verfahren sein in der einen Stadt wie in der anderen. Um bei der mir zunächstliegenden Stadt Hildesheim zu bleiben, so wird man, glaube ich, ohne alles Bedenken dort vorschreiben können und vorschreiben müssen, daß künftig kein Fachwerkbau mehr einfärbig, etwa mit einer weißen Kalkfarbe, angestrichen werden darf, sondern es wird da, um der Stadt — wir haben ja noch Hunderte von Fachwerkbauten dort, ebenso ist es in Braunschweig — ihr altes Gepräge zu erhalten, notwendig sein, das Ortsstatut dahin zu richten, daß bei jedem Hause, und mag es das einfachste sein, welches aus Fachwerk gebaut ist, künftighin ein äußerer Anstrich nicht anders geschehen darf, als daß der Fachwerkbau hervortritt. Wir haben in Hildesheim ja allerdings daneben eine Anzahl vorzüglicher Bauten, die man in der Tat Kunstwerke nennen kann, aber die große Mehrzahl der Bauten sind einfache Bauten, und der Reiz des Stadtbildes Hildesheims beruht fast ebenso sehr, möchte ich sagen, darin, daß man in ganzen Straßen diesen Fachwerkbau klar hervorgetreten sieht, als darin, einzelne Fachwerkbauten zwischen anderen Bauten besonders hervorragen zu sehen. Ich glaube, wir würden Hildesheim ganz wesentlich schädigen, wenn wir es dulden wollten, daß, nachdem im ganzen die Bevölkerung sich nun daran gewöhnt hat, daß sie auch die einfachsten Häuser hier mit einer dem Fachwerk entsprechenden Bemalung versieht — wiederum es den Leuten überlassen würde, mit ihrer Unkenntnis und Verkennung der architektonischen Formen die Häuser weiß zu übermalen oder mit Lehm oder derartig zu versehen.

In Bamberg liegt die Sache ganz anders; da wird die Malerei ja weniger in Betracht kommen, und so wird jede Stadt ihr eigenes Stadtbild haben, und es wird Sache des Ortsstatuts sein, im einzelnen diejenigen Vorschriften zu treffen, welche notwendig sind, um gerade der betreffenden Stadt das Gepräge zu erhalten, das sie von alters her hat, oder es ihr wieder zu geben durch Beseitigung der späteren nicht dazu passenden Zutaten. Also diese Beschränkung, daß ein Ortsstatut gegeben werden muß, halte ich für durchaus zweckmäßig.

Nun wird das, meine Herren, aber durchaus keine leichte Aufgabe sein, sondern es könnten unter Umständen auch sehr unverständige und wenig sachgemäße Ortsstatuten gegeben werden. Und da hat das Gesetz denn die

Vorschrift getroffen, daß, ehe ein solches Ortsstatut gegeben wird, Sachverständige gehört werden sollen, damit von sachverständiger Seite festgestellt und in sachverständiger Weise im Ortsstatut niedergelegt wird, worin denn das Charakteristische des Straßen- oder Ortsbildes in jedem Orte liegt, für die Umgebung der Denkmäler, für die Denkmäler selbst, so daß, indem die Umgebung geschützt wird, es selbst geschützt wird in seinem Eindruck. Das ist in einem späteren Paragraphen ausdrücklich bestimmt worden, und auch insofern ist alles dasjenige, was damals von dem Denkmalpflegetag in der Stübben-Frentzenschen Resolution unter Nr. 2 beschlossen worden ist, in die Tat umgesetzt.

Meine Herren! Zwar glaube ich, daß bei Schaffung der Ortsstatuten man allerdings ausgiebig und im vollen Umfange des Rates der Sachverständigen bedarf, während die Sache vielleicht etwas anders liegt, wenn es sich darum handelt, im einzelnen nachher das Statut zur Anwendung zu bringen. Ich nehme also an, man hat mit sachverständigem Rate ein zweckmäßiges, gutes Ortsstatut, welches die wichtigen Gesichtspunkte hervorhebt, geschaffen, wobei dasjenige, was in der Nr. 2 der damaligen Resolution empfohlen wird, daß es namentlich auf die Höhen, Umrisslinien, Farbe usw. ankäme, auch Ausdruck gefunden hat; ich nehme an, daß man ein solches richtiges, gutes Ortsstatut gewonnen hat — wie soll dasselbe dann nachher angewendet werden? Das ist in dem Gesetz gesagt, daß in dem Ortsstatut bestimmt werden kann, daß, ehe der einzelne Anwendungsfall vorkommt, Sachverständige und der Gemeindevorstand gehört werden sollen. Es kann das bestimmt werden, es braucht aber nicht bestimmt zu werden.

Ich nehme es nun als selbstverständlich an, daß, wo es sich um wirklich wichtige hervorragende Bauten und Erneuerungsarbeiten handelt, im Ortsstatut vorgesehen wird, daß auch wirklich Sachverständige gehört werden. Aber es gibt auch eine ganze Reihe Arbeiten, die auch zur Erhaltung des Ortsbildes gehören — ich erinnere z. B. an die Bemalung unserer vollständig einfachen Fachwerkhäuser —, wo es glaube ich, nicht nur nicht von Nutzen, sondern sogar von Schaden sein würde, wenn man für solche einfachen Dinge einen großen sachverständigen Beirat vorschreiben würde. Mir ist ja bekannt, daß an der Art, wie in Hildesheim der Neubau von Gebäuden betrieben wird, allerlei Kritik geübt worden ist. Aber bei dieser Kritik ist von allen Seiten, glaube ich, das anerkannt, daß in der Art, wie die Bemalung vorgenommen ist — die Kritik bezog sich mehr auf die Umrisslinien, auf die Höhenlage, indem man glaubte, sie wären mitunter nicht richtig bemessen worden, sie paßten nicht zu den alten Gebäuden —, im allgemeinen zweckmäßig verfahren ist, indem einfach die Balken von den Füllungen geschieden sind und dadurch das Fachwerk zu richtigem Ausdruck gekommen ist; darin hat, glaube ich, allgemeine Übereinstimmung geherrscht auch bei denen, die uns sonst einigermaßen heftig angegriffen haben. Ja, anfänglich haben wir auch für diese Sachen jedesmal einen Sachverständigen herbeizuziehen gesucht und haben den betreffenden Malermeister veranlaßt, nach der Anweisung desselben die Sache auszuführen, und das geschieht auch jetzt, wenn es sich um schwierigere Bauten handelt. Aber im ganzen sind unsere Malermeister in diesen Sachen schon so eingelernt, daß die besseren wenigstens ohne jede weitere Anweisung diese einfachen Arbeiten, ob eine etwas dunklere oder hellere Farbe am Platze ist, oft selbst zu beurteilen vermögen. Und wenn

man da nun soweit gehen und in dem Ortsstatut vorschreiben wollte, daß auch für die einfachsten Arbeiten stets ein Sachverständiger zugezogen werden muß, so würde ich das nicht für nötig, ja unter Umständen, wie ich schon sagte, für schädlich halten, und zwar aus folgenden Gründen: Die Denkmalpflege bringt an sich einen so erheblichen Eingriff in die Privatverhältnisse mit sich, und wir hören, daß da, wo die Denkmalpflege systematisch betrieben wird, man mit sehr viel Schwierigkeiten, sehr viel Widerstand von Seiten der Leute zu kämpfen hat. Auch bei uns haben wir das erlebt. Wenn man nun da um verhältnismäßiger Kleinigkeiten willen die Leute quälen will und sagen, das muß erst durch so und so viele Instanzen — denn wenn sie damit nicht einverstanden sind, sind ja Beschwerden möglich, und auch von der anderen Seite ist die Beschwerde möglich — wenn man also so viele Instanzen erst über Kleinigkeiten eröffnen will, dann verleidet man den Leuten die Sache. Und was die Hauptsache ist, das wird jeder, der praktisch Baupolizei zu behandeln gehabt hat, wissen, jeder Bau ist eilig, es wird immer bis zum letzten Augenblick gewartet, bis die polizeiliche Genehmigung eingeholt wird, und dann wissen die Leute die Sache gar nicht eilig genug darzustellen: in acht, vierzehn Tagen muß der Baubescheid fertig sein. Ich bin selbst seit Jahren Vorsitzender des baupolizeilichen Ausschusses und kenne den Ärger, den es schon jetzt erregt, wenn der Baubescheid nach Ansicht der Bauenden nicht rasch genug erfolgt. Würden wir nun hinzufügen, daß bei kleineren Bauten, wo es bisher nicht notwendig ist, jedesmal Sachverständige hinzugezogen werden sollen, dann würde der Bau so hingezögert werden, daß die Bauunternehmer, auf die wir doch bei Durchführung dieses Gesetzes wesentlich mit angewiesen sind, ohne weiteres streiken und dann vielleicht der wirksamen Durchführung die größten Unannehmlichkeiten bereiten würden. Deshalb dürfen wir, wie das mehrfach verlangt ist — es ging auch mir eine solche Petition vom Architektenverband zu — nicht in das Statut aufnehmen, daß es unter allen Umständen notwendig ist, Sachverständige zu hören. Sind die Sachen so, daß man den Handwerksmeistern und den Bauunternehmern im allgemeinen die Ausführung ruhig übertragen kann, dann weist man sie auf das Notwendige hin in der Bauzeichnung oder verhandelt mit ihnen, überläßt das Weitere dann aber ruhig dem Sachverständigen des Ausführenden, ohne weitere Sachverständige hinzuzuziehen. Also auch darin ist in dem Gesetze die nötige Freiheit gegeben, und zu meiner Freude ist auch in den Ausführungsbestimmungen ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es nicht zweckmäßig sei, in solchen Fällen von der Zuziehung von Sachverständigen Gebrauch zu machen, wenn die Sache zu unbedeutend sei und zu großen Weitläufigkeiten, namentlich zu großen Verzögerungen der Baugenehmigung, führen würde.

Im übrigen geht die Bestimmung im § 2 sehr weit. Sie beschränkt sich nicht nur etwa auf private Bauten, sondern es ist im Herrenhause ausdrücklich festgestellt worden, und der Minister hat das bestätigt, daß selbstverständlich auch der Staat unter das Gesetz mitfällt; ebenso fallen sämtliche kirchlichen Behörden unter das Gesetz, welches in dieser Beziehung keinerlei Ausnahmen kennt; damit ist die größte Schwierigkeit, die bisher, soviel ich weiß, obgewalzt und es verhindert hat, daß ein eigentliches Denkmalschutzgesetz in dem preußischen Staate zu stande gekommen ist, in dieser Novelle zum großen Teil jetzt gelöst worden, indem nicht nur der Staat, sondern

auch alle kirchlichen Gemeinschaften unter das Gesetz sowie unter die auf Grund des Gesetzes zu erlassenden Ortsstatuten und die nach Maßgabe der letzteren zu erlassenden baupolizeilichen Vorschriften und die baupolizeiliche Genehmigungspflicht fallen.

Nun beschränkt sich das Gesetz aber nicht bloß auf den Schutz des Orts- und Straßenbildes, sondern hat sich auch unmittelbar auf den Boden des Schutzes der geschichtlichen und Kunstdenkmäler selbst begeben. Während in dem Entwurfe nur von dem Schutze der Umgebung von Denkmälern usw. gesprochen war, ist durch das Abgeordnetenhaus auch der Schutz der Denkmäler selbst einbegriffen und damit in sehr weitem Umfange schon durch dieses Gesetz demjenigen Rechnung getragen, was nach der Absicht der Regierung erst durch ein wirkliches Denkmalschutzgesetz hätte erreicht werden sollen. Es heißt nämlich weiter:

„Ferner kann durch Ortsstatut — auch hier wieder Ortsstatut — vorgeschrieben werden, daß die baupolizeiliche Genehmigung zur Ausführung baulicher Änderungen an einzelnen Bauwerken von geschichtlicher oder künstlerischer Bedeutung und zur Ausführung von Bauten oder baulichen Änderungen in der Umgebung solcher Bauwerke zu versagen ist, wenn ihre Eigenart oder der Eindruck, den sie hervorrufen, durch die Bauausführung beeinträchtigt werden würde.“

Also es soll nicht nur das Stadtbild im allgemeinen geschützt werden, nicht nur die Umgebung von Bauwerken, sondern die Bauwerke selbst, also die Denkmäler, was wir im Sinne der Denkmalpflege Denkmäler nennen, sollen unter dieses Gesetz mit begriffen werden, und zwar ohne alle Ausnahme, also auch die dem Staate gehörigen Bauwerke und ebenso auch die den Kirchengemeinschaften oder anderen Korporationen gehörigen: sie stehen alle unter dem Schutze, der durch die Baupolizei auszuüben ist. Und die Baupolizei hat, wenn einmal das entsprechende Ortsstatut erlassen ist, es dann nicht mehr in der Hand, nach eigenem Ermessen den Schutz zu gewähren oder zu versagen, es heißt da nicht, sie kann den Schutz ausüben, sondern sie soll, sie muß ihn ausüben. Also auch der Staat muß es sich gefallen lassen, wenn pflichtgemäß die Baupolizei sagt, du darfst nicht in dieser oder jener Weise bauen.

Auch hier, wo es sich also um den Schutz der Denkmäler selbst und ihrer Umgebung handelt, findet das Anwendung, was in den späteren Paragraphen gesagt ist, daß das Ortsstatut bestimmen kann, daß Sachverständige und auch der Gemeindevorstand gehört werden sollen. Es ist auch hier gesagt: „es kann bestimmen“. Aber hier wird man allerdings, glaube ich, weiter gehen müssen wie bei dem, wovon ich vorhin sprach, denn hier handelt es sich um das einzelne geschichtliche oder künstlerische Bauwerk selbst, nicht um ein Stadtbild. Wenn an ihm künftig Wiederherstellungsarbeiten vorgenommen werden sollen, so müssen künftig hin bei Erteilung der baupolizeilichen Genehmigung auch bei ihnen neben den allgemeinen baupolizeilichen Rücksichten auch die Rücksichten auf Kunst, Geschichte und Altertum beachtet werden. Und da entsteht allerdings die Frage, ob man der Baupolizeibehörde oder dem Unternehmer die Sachkenntnis zutrauen kann, um für sich allein die Entscheidung zu treffen bezw. die Arbeit sachgemäß auszuführen. Denn dabei handelt es sich ja vielfach um solche Sachen, die nur ein Sachverständiger richtig beurteilen kann und wo man nicht sagen kann:

die Sache ist so eilig, daß deshalb eine gründliche Untersuchung von Sachverständigen nicht möglich ist. Sondernd da wird man allerdings gut tun, es als Regel aufzustellen, daß geeignete Sachverständige vorher zu hören sind. Sachverständige — das ist hier dem Ortsstatut überlassen, ob Architekt, ob Maler, ob beide, ob Konservator oder sonstige kunstgeschichtlich geschulte Persönlichkeiten, darüber soll das Ortsstatut bestimmen, darüber ist im Gesetze nichts gesagt. Und auch das halte ich durchaus für richtig, damit jede Stadt nach ihrem städtischen Bedürfnis bestimmen kann: in dem und dem Falle soll ein Mann, der der Kunstgeschichte vorzugsweise mächtig ist, oder es soll ein Architekt, oder es soll ein Maler gehört werden. Das wird im einzelnen Falle davon abhängen: handelt es sich um Herstellung von Wandmalereien an einem Gebäude, dann wird man einen Maler zuziehen, oder auch einen Architekten, oder unter Umständen auch einen Kunstgelehrten; handelt es sich um einen Bau selbst und kommen Altertümlichkeiten in Frage, da wird man sagen: da ist der Architekt, aber auch der kunstgeschichtlich gebildete Mann zuständig. Also ist auch hier dem Ortsstatut der weiteste Spielraum gelassen, und es kommt nur darauf an, daß ein weiser Gebrauch davon gemacht wird, dasjenige in das Ortsstatut hineinzunehmen, was eben für die einzelnen Städte und dann bei der Anwendung im einzelnen Fall notwendig ist.

Sie sehen, daß die Grundsätze festgelegt sind und daß in jeder Gemeinde nun die Sache praktisch durchgeführt werden kann, aber daß allerdings bei der Anwendung sich nicht unerhebliche Schwierigkeiten herausstellen werden. Es war wohl im Abgeordnetenhause und im Herrenhause davon die Rede, die Regierung möchte Musterstatuten erlassen, nach denen die Sache in den einzelnen Gemeinden zur Ausführung gebracht wird. Ich glaube, die Regierung hat sehr weise gehandelt, daß sie sich dessen enthalten hat, denn mit diesen Musterstatuten macht man oft eigentümliche Erfahrungen. Und gerade auf diesem Gebiet, wo in der Tat so zu individualisieren ist, wo kaum ein Gemeindebezirk das gleiche Werk in sich birgt wie der andere, also Gleichmäßigkeit überhaupt nicht herrscht, da ist es, glaube ich, sehr viel richtiger, daß die Regierung sich dessen enthalten hat und wenigstens zunächst erst einmal den Gang der Dinge abwartet. Ich kann mir allerdings sehr wohl denken, daß man in einzelnen Gemeinden auf Schwierigkeiten stößt. Sie wollen sich nicht entschließen, ein Ortsstatut zu erlassen. Dann wird es ja allerdings, wo solche Ortsstatuten notwendig sind, Sache des Regierungs-präsidenten sein, im Wege der Aufsicht, die ihm ja im allgemeinen in seinem Bezirke zusteht, dahin zu wirken, daß die Gemeinde dazu übergeht, ihre Bauwerke unter den nötigen Schutz zu stellen. Zwingen kann er allerdings die Gemeinde nicht, aber ein sanfter Druck kann ja unter Umständen ganz wohltätig sein, ohne daß damit die Selbständigkeit der Gemeinde zu sehr beeinträchtigt wird. Wir erleben das ja auch auf anderen Gebieten, auch da geschieht es und ist manchmal zweckmäßig, daß, wenn eine Gemeinde wirklich zurückbleibt, sie von oben herab an ihre Pflicht erinnert wird. Wir werden das also zunächst abwarten müssen, ob die Gemeinden von den ihnen gegebenen wichtigen Rechten Gebrauch machen.

Aber wie gesagt, manchen Gemeinden mag es da an der Initiative und manchen auch an dem nötigen Beirat fehlen, und sie sehen aus diesem Grunde vielleicht davon ab, ein Ortsstatut zu erlassen. Und da könnte ich

mir denken, daß es für den Denkmalpflegetag eine wichtige Aufgabe wäre, sich dieser Sache einmal anzunehmen und darüber einmal besonders zu beraten, welchen Inhalt wohl ein solches Ortsstatut haben könnte, welche Gesichtspunkte in den einzelnen Gemeinden — und da könnten vielleicht einzelne vorbildliche Gemeinden ausgesucht werden, eine Gemeinde, wo vorzugsweise Fachwerkbau, eine andere Gemeinde, wo vorzugsweise Massivbau ist, eine Gemeinde, wo vorzugsweise, wie in Mannheim, eine Architektur aus den letzten Jahrhunderten in Frage kommt, eine Gemeinde, wo vorzugsweise eine sehr alte Architektur ist — also welche Gesichtspunkte da in Frage kommen, in bezug auf die man den Gemeinden mit Ratschlägen an die Hand gehen könnte. Es könnte dabei auch vielleicht in Frage kommen, ob nicht der Denkmalpflegetag eine Kommission niedersetzen will, um dann, wenn eine Gemeinde wünscht Rat zu erhalten, ihr mit Recht an die Hand gehen zu können. Gewiß, größere Gemeinden werden sich schon zu helfen wissen; sie haben wohl meistens in ihren eigenen Mauern tüchtige Leute, die die Sache bisher gut gemacht haben und es auch in Zukunft wohl gut machen werden; sie haben in der Gemeinde vielleicht den Konservator, der Rat geben kann, oder eine Technische Hochschule oder andere Fachschulen oder Behörden mit tüchtigen sachverständigen Künstlern oder auch selbständige Architekten und Künstler; diese Städte also werden die Sache schon machen. Aber es gibt andere Gemeinden, die es weniger bequem haben, und auch jene besser-gestellten Gemeinden bedürfen doch auch mitunter der Anregung: da wäre es vielleicht für den Denkmalpflegetag eine dankbare Aufgabe, im einzelnen zu beraten, wie Anregung und Hilfe gegeben werden kann.

Wenn nun durch dieses Gesetz ein ganz außerordentlich wichtiger Teil der Denkmalpflege in Betreff der Bauten insofern gelöst ist, als, wenn die Baupolizei ihre Aufgabe richtig auffaßt, und wenn, wo es sein muß, die richtigen Sachverständigen zugezogen werden, in der Tat dann einer ferneren Verschimpfung unserer wichtigen Baudenkmäler Einhalt geboten werden kann, so hat das Gesetz doch noch in einer Beziehung eine Lücke: nämlich es ist nicht verboten — die Gemeinden dürfen es allerdings nicht, das beruht auf anderen Gesetzen; aber einem Privaten kann es nicht verwehrt werden —, einen denkwürdigen Bau zu rasieren, ihn von der Bildfläche verschwinden zu lassen. Von einem solchen Verbot hat man geglaubt in diesem Gesetz absehen zu sollen, weil das ein zu tiefer Eingriff in das Eigentum ist, wenn man das jemandem verbieten will, der den Bau vielleicht gar nicht mehr braucht und das Grundstück für andere Zwecke notwendig hat, der vielleicht, weil es sich um eine Hauptstraße handelt, den Platz weit höher verwerten kann und muß, als er bei seiner jetzigen Bebauung dazu in der Lage ist. Da ist es unter Umständen gar nicht zu vermeiden, daß der Private einen ganzen Bau niederreišt; und das in diesem Gesetze zu verbieten, hat sich der Gesetzgeber nicht für berechtigt gehalten. Es wäre das ein solcher Eingriff, daß da notwendigerweise die Entschädigungsfrage mit zu lösen sein würde. Und diese Entschädigungsfrage greift dann auch wieder in andere Gebiete so hinein, daß das alles nur im Zusammenhang behandelt werden kann: das wird dann die Aufgabe des übrigens von den beiden Häusern des Landtags übereinstimmend als sehr dringend und als notwendig bezeichneten, hoffentlich recht bald kommenden Denkmalpflegegesetzes sein. In ihm müssen diese Fragen gelöst werden.

Im übrigen aber, wenn es sich nicht um das Wegreißen eines Baues handelt, hat das neue preußische Gesetz sehr wichtige und ich glaube auch zweckmäßige Grundsätze aufgestellt, wie, wenn jemandem im Interesse der Denkmalpflege angesonnen wird, den Bau in anderer Weise auszuführen, als er es geplant hatte, es mit der Entschädigung gehalten werden soll. Da finden Sie im zweiten Absatz des § 2 die Bestimmung, daß, wenn die Bauausführung nach dem Bauentwurf dem Gepräge der Umgebung der Baustelle im wesentlichen entsprechen würde und die Kosten der trotzdem auf Grund des Ortsstatuts geforderten Änderungen in keinem angemessenen Verhältnisse zu den dem Bauherrn zur Last fallenden Kosten der Bauausführung stehen würden, von der Anwendung des Ortsstatuts abzusehen sei.

Das ist nicht ohne weiteres so ganz leicht zu verstehen. Aber dieser Satz enthält einen guten Kern, wenn man sich etwas weiter in ihn vertieft. Es ist darin gesagt, daß, wenn eine Bauausführung erfolgen soll, die den Anforderungen des Absatz 1 durchaus nicht entspricht, sie ohne weiteres verboten werden kann, selbst wenn die veränderte Bauausführung dem Bauherrn sehr erhebliche Mehrkosten verursucht. Wenn dagegen der Bauentwurf dem Gepräge der Umgebung der Baustelle im wesentlichen entspricht, aber er ist doch nicht ganz so, wie er nach den Grundsätzen des Ortstatuts sein sollte, es verlangt also das Ortsstatut mehr als das Notwendige, dann soll allerdings die Gemeinde den Bau gestatten müssen, wenn, wie es hier heißt, die Kosten der vorgeschriebenen Änderungen in keinem Verhältnis zu den dem Bauherrn zur Last fallenden Kosten der Bauausführung stehen würden. Es ist also der Fall so gedacht worden, daß das Ortsstatut noch ein Weiteres verlangt, die Gemeinde legt den größten Wert darauf, daß wirklich gründlich das alte Stadtbild erhalten werde, sie will sich nicht damit begnügen, daß der Bau nur einigermaßen ihm entspricht, sondern er soll ihm in jeder Beziehung entsprechen. In solchem Falle soll der Bauende zu den geforderten Änderungen nicht gezwungen werden können, wenn die Kosten derselben zu den ihm zur Last fallenden Kosten in keinem angemessenen Verhältnisse stehen werden. Auch in diesem Falle aber kommt es nicht darauf an, was die Änderungen an sich kosten, sondern was dem Bauherrn mehr zur Last fällt. Es liegt dabei der Gedanke im Hintergrunde, daß dann die Gemeinde berechtigt sein soll, ihrerseits in ihren Säckel zu greifen und einen Zuschuß zu geben und auf diese Weise die Kosten, die dem Bauherrn zur Last fallen, so herunterzudrücken, daß man von einer unangemessenen Mehrbelastung des Bauherrn nicht mehr sprechen kann, daß dagegen der Bauherr so viel Gemeinsinn besitzen muß, daß er einige Opfer auch selbst bringt, damit das Stadtbild nicht verdorben wird. Wir unterscheiden uns also von dem hessischen Gesetz, wonach jede Mehrkosten von den Gemeinden zu übernehmen sind. Nach dem preußischen Gesetz haben die Gemeinden es in der Hand, bei erheblichen Mehrkosten einen Teil selbst zu übernehmen und dadurch den Bauherrn zu zwingen, den Rest selbst zu tragen. Angenommen, die verlangten Änderungen kosten 5000  $\text{ℳ}$  mehr und es gäbe die Gemeinde davon 4000  $\text{ℳ}$ , dann bleibt für den Bauherrn nur noch ein verhältnismäßig geringer Mehraufwand, so daß die Baupolizei sagen kann: jetzt hast du nur so wenig Mehrkosten, daß das der Wichtigkeit der Sache entspricht. Es kann also immer dem Bauherrn noch etwas zur Last gelegt werden, aber doch mit Maß und dem hat auch das Abgeordneten-

haus, das an sich sehr wenig geneigt ist, in das Eigentum eingreifen zu lassen, zugestimmt. Ganz anders dagegen lag die Sache, wenn man auch hätte gestatten wollen, den Abbruch eines Hauses zu verbieten. Da müßte jedenfalls ein Enteignungsverfahren mit voller Entschädigung vorgesehen werden, und dazu hat man sich bei diesem Gesetze nicht entschließen können.

In § 3 des Gesetzes ist ferner der Ziffer 1 der Mainzer Resolution auch dahin Rechnung getragen, daß durch das Ortsstatut bestimmt werden kann, daß die Anbringung von Reklameschildern, Schaukästen, Aufschriften und Abbildungen der Genehmigung der Baupolizeibehörde bedarf und daß die Genehmigung unter den gleichen Voraussetzungen zu versagen ist, unter welchen nach den §§ 1 und 2 die Genehmigung zu Bauausführungen zu versagen ist. Handelt es sich um eine gräßliche Verunstaltung, so kann ohne weiteres die Baupolizei eingreifen. Im übrigen können Ortsstatuten geschaffen werden, die das Ortsbild schützen, und durch das Ortsstatut kann das Nötige festgestellt werden. Da soll es aber der Anhörung von Sachverständigen nicht bedürfen, weil man geglaubt hat, daß das auch eine vernünftige Baupolizeibehörde selbst beurteilen kann. Handelt es sich um schwierigere Fragen, dann wird sie von selbst so klug sein, und um sich nicht Reklamationen und Beschwerden auszusetzen, von vornherein einen Sachverständigen zuziehen.

Das sind unter den vorhin behandelten im wesentlichen diejenigen Bestimmungen, die uns hier besonders interessieren. Ich will nur bemerken, daß diese Bestimmungen nicht nur für Städte gelten, sie gelten ganz allgemein, sie gelten auch für das Land und für Gutsbezirke, und wie, wie ich schon sagte, auch für Staatsbehörden und andere Behörden, so daß also der Schutz im vollsten Maße gewährt ist.

Dann ist noch ein Paragraph hinzugefügt, der sich mit dem Landschaftsbilde beschäftigt, der den Verein für Heimatschutz vor allem interessiert. Landschaften sind in Preußen bereits geschützt gegen Reklame, indem laut Gesetz, das vor einigen Jahren erlassen ist, es durch polizeiliche Verfügung verboten werden kann, eine Landschaft dadurch zu schädigen, daß verunstaltende Reklamebilder angebracht werden. Aber es ist bisher nicht gestattet, einzutreten, wenn die Landschaft durch Bauwerke verunstaltet wird, und auch in der Beziehung trifft nun das Gesetz Fürsorge, indem es folgende Bestimmung enthält:

„Der Regierungspräsident ist befugt, mit Zustimmung des Bezirksausschusses für landschaftlich hervorragende Teile des Regierungsbezirks vorzuschreiben, daß die baupolizeiliche Genehmigung zur Ausführung von Bauten und baulichen Änderungen außerhalb der Ortschaft — innerhalb der Ortschaften ist es durch die früheren Bestimmungen geregelt — versagt werden kann, wenn dadurch das Landschaftsbild gräßlich verunstaltet werden würde und das durch die Wahl eines anderen Bauplatzes oder eine andere Baugestaltung oder die Verwendung anderer Baumaterials vermieden werden kann.“

Daß die Landschaft nicht ganz allgemein geschützt werden kann und nicht geschützt zu werden braucht, liegt ja auf der Hand. Wir haben Gegenden, die in der Tat eines Schutzes nicht bedürfen, und wenn wir auch heutzutage in der Beziehung vielfach anders denken wie früher, so z. B. jetzt in der Heide eine ganz besondere Schönheit finden, die vielleicht vor 30, 40 Jahren ziemlich verachtet wurde als eine Sandwüste, so wird man doch

immerhin sagen müssen, daß es nicht wohlgetan, sondern überflüssig wäre, nun ohne weiteres das ganze platte Land des preußischen Staats unter dieses Gesetz zu stellen und zu sagen, es sollen alle landschaftlichen Schönheiten ohne weiteres dadurch geschützt werden, daß man Bauten verbieten kann. Es soll dagegen nach § 8 des Gesetzes der Regierungspräsident befugt sein, solche Orte, betreffs deren er glaubt auf ihren Schutz Wert legen zu müssen, mit Genehmigung des Bezirksausschusses unter Schutz zu stellen, und es wird nun Sache der Gemeinden sein, die bei dieser Sache offenbar vorzugsweise beteiligt sind. Umschau zu halten, eine jede in ihrer nächsten Umgebung, ob sie vielleicht Aussichtspunkte hat, von denen zu befürchten ist, daß sie einmal geschändet werden könnten durch unpassende Bauten, auch durch Fabriken, die gleichfalls unter das Gesetz fallen, und beim Regierungspräsidenten rechtzeitig vorstellig zu werden, daß es ein dringendes Bedürfnis sei, dieses Landschaftsbild zu schützen, und zu bitten, dasselbe in das Verzeichnis aufzunehmen. Wird der Regierungspräsident das nicht tun, dann wird sie sich an die höhere Instanz wenden können. Selbstverständlich wird der Regierungspräsident da nicht ganz auf eigene Hand vorgehen können, sondern es werden die Anweisungen des Ministers dafür sorgen, daß er Sachverständige zuzieht, ob z. B. das Landschaftsbild derartig ist, daß man vielleicht die Errichtung sogar einer großen Fabrik zu untersagen berechtigt ist. Jedenfalls ist die Möglichkeit dazu gegeben. Der Regierungspräsident wird vielleicht von sich aus, wenn er nicht selbst ein besonderer Schwärmer für Naturschönheiten ist, wenig tun, sondern auf die Anregung warten. Und da erwächst hier für die einzelnen Vereine, die sich des Landschaftsschutzes annehmen, sowie für die Gemeinden, die Verschönerungsvereine und was dahin gehört, die Pflicht. Umschau zu halten, wo ein Landschaftsbild eines solchen Schutzes bedarf, und dann, ehe es zu spät ist, beim Regierungspräsidenten die Anträge zu stellen, es unter Schutz zu stellen. Es sind da jedoch Grenzen gesetzt: es soll die Baugenehmigung nur versagt werden, „wenn durch Wahl eines anderen Bauplatzes oder eine andere Baugestaltung oder Verwendung eines andern Baumaterials, die Verunstaltung vermieden werden kann“. Wenn nachgewiesen wird, es ist ein anderer Bauplatz für diesen Zweck gar nicht zu finden, ein anderes Baumaterial nicht möglich und eine andere Baugestaltung nicht angängig, dann versagt dieser Paragraph. Es leidet also diese Vorschrift an einer gewissen Unvollständigkeit, aber die muß mit in den Kauf genommen werden, weil man nicht um eines einzelnen Landschaftsbildes willen eine ganze Fabrikgegend in ihrer Entwicklung unterbinden kann. Es gilt hier durch vernünftiges Ermessen aus der Sache das zu machen, was zu machen ist. den Schutz, wo er gewährt werden kann, auch zu beantragen. Es können aber Umstände eintreten, die mächtiger sind als alle Denkmalpfleger und die man hinnehmen muß, gerade wie man eine große Katastrophe hinnehmen muß, wenn ein schönes Bauwerk einstürzt, durch Feuer oder irgendwie zerstört wird. Das läßt sich nicht ändern, die gewerbliche und sonstige Entwicklung können wir nicht durchaus hemmen.

Damit habe ich die für uns wesentlichen Bestimmungen des Gesetzes Ihnen dargelegt. Sie sehen daraus, daß dem, was wir 1904 beantragt haben, eigentlich im vollen Umfange Rechnung getragen worden ist, vorausgesetzt immer, daß vernünftige Ortsstatute gegeben werden. Und das ist nun Ihre

Aufgabe, eines jeden in seinem Kreise, darauf hinzuwirken, daß möglichst rasch und möglichst bald davon Gebrauch gemacht wird, damit es nachher nicht zu spät ist. Was den mehr materiellen Teil des damaligen Antrags, unter Ziffer 2, welche sachlichen Gesichtspunkte beachtet werden sollen beim Schutze des Ortsbildes usw., betrifft, so sind diese in das Gesetz nicht aufgenommen, das ist eben Sache der Statuten. Wir werden daher darauf drängen müssen, daß die Gesichtspunkte, die wir für richtig halten, auch wirklich in die Ortsstatute aufgenommen werden.

Nebenbei will ich noch bemerken, daß es einzelne Landesteile gibt, die weitergehende Rechte haben, als das Gesetz sie gibt. Es ist ausdrücklich anerkannt worden von der Regierung und entspricht auch dem Wortlaut des Gesetzes, daß diese Rechte nicht aufgehoben werden. Das Gesetz sagt nicht, daß für alle Landesteile übereinstimmende Bestimmungen und Grundsätze geschaffen werden, sondern das Gesetz gibt nur neue Rechte. Wer schon mehr gehabt hat, behält dieses Mehr. Ich will das namentlich für diejenigen sagen, die in der glücklichen Lage sind, schon bisher energetischer in der Sache haben vorgehen zu können.

Im ganzen also glaube ich, meine Herren, können wir mit diesem Gesetz zufrieden sein. Es erfüllt im großen und ganzen das, was wir wünschen. Über Einzelheiten läßt sich ja streiten, aber im ganzen ist das zurzeit Notwendige erreicht worden; es kommt jetzt nur darauf an, die Vorschriften des Gesetzes auch wirklich zur Durchführung zu bringen. Und dazu lade ich jeden einzelnen von Ihnen von ganzem Herzen ein.

#### **Debatte:**

Herr Baurat Professor Stiehl-Steglitz: Meine hochverehrten Anwesenden! Ich möchte zu den ausgezeichneten Anregungen, die wir durch die Berichterstattung des Herrn Struckmann erhalten haben, noch einige Gesichtspunkte kurz zur Sprache bringen, die vielleicht wichtig genug sind, für die Ausführung des Gesetzes mit in Betracht zu kommen. Es ist uns ja von genanntem Herrn nahegelegt worden, daß die Ausführung des Gesetzes sozusagen erst das Gerüst, das das Gesetz gegeben hat, mit wirklichem Leben erfüllen muß, und ich glaube, daß dabei trotz allem Optimismus, mit dem man das Gesetz begleiten darf, doch die Gefahr mancher Hemmungen und vieler Streitigkeiten sich auch einstellen wird. Einen Punkt, der in dieser Beziehung wohl nicht unwichtig sein wird, sehe ich in der Heranziehung von Sachverständigen. Es ist sicher ein idealer Zustand, wie ihn Herr Oberbürgermeister Struckmann als wünschenswert bezeichnet hat, daß man für die große Menge der in Frage kommenden Fälle einen Sachverständigen nicht heranziehen möchte. Das wird sich dort ermöglichen lassen, wo sich gewisse Grundsätze der Denkmalpflege schon so weit eingebürgert haben, daß man sagen kann, sie sind in Fleisch und Blut der Bevölkerung übergegangen, wo Männer von der tiefen Einsicht, die nötig ist, von der anregenden Kraft und von der persönlichen Autorität an der Spitze stehen, die es ermöglicht haben, in der Bürgerschaft, auf die es doch ankommen wird, eine solche Einsicht zu verbreiten. Aber ich glaube, daß da wenige Kommunen in den günstigen Verhältnissen sind, um die Heranziehung Sachverständiger in den meisten Fällen nicht für angebracht zu halten. Ein Grundsatz, der uns ja hier immer beschäftigt hat und der sicherlich mit

Recht hier immer wiederholt worden ist, ist der, daß das Vorgehen der Denkmalpflege sich in möglichster Übereinstimmung mit der Stimmung und den Anschauungen der Betroffenen halten möchte, und ich kann mich der Ansicht nicht verschließen, daß für die Betroffenen bei Anwendung des Gesetzes doch auch die Möglichkeit zu einer starken Verstimmung sehr leicht eintreten wird. In solchem Falle entspricht es nun einmal dem modernen Empfinden, daß man gegen die zuerst erlassene polizeiliche Verfügung eine gewisse Gelegenheit zum Rekurs, zur Berufung hat, und es würde, glaube ich, für die meisten Fälle schon die Heranziehung eines Sachverständigen dazu beitragen, einen Widerstand, eine Feindschaft gegen das Vorgehen der Denkmalpflege abzumildern und zu vermeiden, wo es möglich ist. Insofern möchte ich doch glauben, daß die Heranziehung von Sachverständigen auch für die Ausführung des Gesetzes sich dauernd zu einer Notwendigkeit gestalten wird.

Es kommt ein zweites Moment hinzu. Die Ausführung dieses Gesetzes ist ja zweifellos mit einer gewissen Belastung verknüpft. Eine gewisse Beschränkung in der Eigentumsfreiheit tritt ohne Zweifel ein und es ergeben sich daraus gar leicht prinzipielle Feindschaften gegen die Absichten des ganzen Gesetzes. Wir werden ja bei der Ausführung des Gesetzes überall auf die Mitwirkung der Kommunen angewiesen sein, und die für die Kommunen maßgebenden Kreise dürften daher auf das äußerste zu schonen sein. Ich glaube, wo man da entgegenkommen kann, wird es vorteilhaft sein, entgegenzukommen. Nun ist es ein bekannter Grundsatz, daß Belastungen des Grundbesitzes in allen Fällen unverhältnismäßig viel leichter ertragen werden, wenn sie sich in gewissen dauernden festen Leitsätzen allmählich ausprägen, wenn vermieden wird, daß in einem Falle die Entscheidung abweicht von anderen Fällen, wenn man, kurz gesagt, alles das, was in Frage kommt, vorhersehen, bei der Bewertung von Baugründen und Projekten es von vornherein mit in Frage ziehen kann. Dabei würde es — und das ist durchaus nicht nur meine eigene Anschauung, sondern ich vertrete da die Anschauungen, die der Verband der Architekten- und Ingenieurvereine bei der Beratung des Gesetzes schon geltend zu machen gesucht hat — würde es von allergrößtem Werte sein, wenn es gelinge, für die Begutachtung der einzelnen Fälle sowohl wie für die Ausarbeitung von Ortsstatuten, die ja sicher der erste Punkt sein wird, der in Angriff genommen werden muß, eine gewisse ständige, ich möchte sagen Judikatur, Rechtsprechung zu schaffen, wenn dafür allgemeine, wenigstens in den einzelnen Bezirken gleichbleibende Grundsätze sich allmählich einbürgern ließen. Es ging das Bestreben dahin, die Einsetzung von feststehenden Sachverständigen-Ausschüssen womöglich schon in dem Gesetz berücksichtigt zu sehen. Das hat sich nicht ermöglichen lassen, und die Gründe hat Herr Oberbürgermeister Struckmann schon angedeutet und man wird ihnen beipflichten müssen. Es liegt in den außerordentlich verschiedenen Verhältnissen, selbst in dicht beieinander vielleicht gelagerten Gegenden, daß man spezielle Bestimmungen von allgemeiner Gültigkeit wohl nicht wird einführen können. Ein Weg aber, diese Lücke auszufüllen und das Gesetz in seiner ganzen Anwendung vor Härten zu bewahren, wäre wohl gegeben, wenn wir die Anregung des Herrn Oberbürgermeister Struckmann auch in der Beziehung erweiterten, daß die Vereine und Einzelpersonen, alle die zur Mitarbeit Berufenen, ihre Bemühungen auch

dahin richten wollten, daß sich wenigstens für jeden einzelnen Bezirk Sachverständigengruppen bilden, sich zur Beurteilung der einzelnen Fälle dauernd den maßgebenden Behörden zur Verfügung stellen und sich von vornherein nicht nur an der Anregung, sondern auch an der Ausarbeitung und Anwendung der zu erlassenden Ortsstatuten beteiligen. Ich glaube, daß es dann leichter gelingen wird als sonst, das Verständnis der Absichten des Gesetzes in das allgemeine Bewußtsein überzuführen, und daß das Ziel sich vielleicht dann in der Weise erreichen läßt, daß die Absichten des Gesetzes bei allen in Betracht kommenden Bauausführungen schon von vornherein berücksichtigt werden können, so daß der alte Satz, daß Vorbeugen die beste Heilmethode ist, sich auch in unserem Fall bewahrheiten möchte.

Herr Geheimerat Freiherr von Biegeleben-Darmstadt: Der Herr Vorsitzende hat uns die Kürze sehr warm ans Herz gelegt, ich habe mir deshalb vorgenommen, mich auf das Notwendigste zu beschränken und nur ein paar Gesichtspunkte noch besonders hervorzuheben, die vielleicht auch in einer späteren Tagung des näheren erörtert werden können.

Meine Herren! Ich halte das Thema, Baupolizei und Denkmalpflege, für eines der wichtigsten, das ein Gegenstand der Erörterung der Denkmalpflegetage sein kann. Von der Bestimmung des Verhältnisses der Baupolizei zur Denkmalpflege hängt meines Erachtens alles ab. Man kann aber diese Frage vielleicht noch etwas anders stellen; man kann anstatt der Frage: Wie ist das Verhältnis der Baupolizei zur Denkmalpflege? auch sagen: Wie werde ich die Aufgabe der Denkmalpflege am besten erreichen? Erreiche ich sie dadurch am besten, daß ich für die Denkmalpflege und ihre Aufgaben ganz besondere gesetzliche Bestimmungen erlaße und für ihre Handhabung ganz besondere organisatorische Einrichtungen treffe, oder aber ist es richtiger, die Aufgaben der Denkmalpflege einzuhüllen oder, trivialer ausgedrückt, einzwickeln in die Aufgaben der Polizei und ihre Handhabung einzureihen in die Organisation der Baupolizei? Ich möchte also hier vor allem diesen meiner Ansicht nach sehr bedeutsamen grundsätzlichen Unterschied und diese grundsätzliche Fragestellung hervorheben. In Kürze möchte ich nur sagen, daß nach meiner Empfindung es schon erwünschter wäre, wenn für die Denkmalpflege besondere Bestimmungen getroffen würden (Sehr richtig!), wenn die Baudenkmäler in eine besondere Hut genommen und wenn besondere Hüter für sie bestellt werden könnten. Denn grundsätzlich und meiner ganzen Empfindung nach stehen mir die Baudenkmäler und die Erhaltung der historischen Kunst so hoch, daß ich sie möglichst aus dem Rahmen des Bureaucratismus und aus dem Betrieb der für normale Fälle bestehenden Behörden herausheben möchte. Ich habe also das Gefühl, daß wir schon durch die Art der gesetzlichen Regelung, aber ferner durch die Bestimmungen über die Zuständigkeit der Behörden dokumentieren müssen, daß es sich eben hier um etwas ganz Besonderes handelt. Dies vor allem, das ist der grundsätzliche Standpunkt.

Aber leider Gottes kann man nun in der Welt nicht immer die Grundsätze und ihre Ideale zur Ausführung bringen. Ich habe mich deshalb gefragt: Ist es nicht unter Umständen richtig, daß man auf anderem Wege vielleicht praktischer weiter vorankommt und ich habe die gesetzgeberischen Aktionen der verschiedenen deutschen Staaten in den letzten Jahren dahin

aufgefaßt, daß man zu dem Ergebnis gelangt ist: es ist leichter, ein Gesetz zu schaffen, das sich mit den Aufgaben der Baupolizei befaßt, das allgemein baupolizeiliche Bestimmungen trifft, als ein Spezialgesetz für Denkmalpflege. Es ist leichter aus verschiedenen Gründen: zum Teil aus politischen Rücksichten, die auch heute morgen schon angedeutet wurden, zum Teil aber auch eben deswegen, weil die Bevölkerung und diejenigen, die von der Gesetzgebung besonders getroffen werden, sich leichter fügen, wenn diese Bestimmungen möglichst in einen allgemeinen und alle gleich umfassenden Rahmen einbezogen werden. Es fällt dann dasjenige, was speziell die Denkmalpflege betrifft, weniger in die Augen, es wird weniger als etwas Besonderes und gewisse Personenkreise Einschränkendes und Treffendes aufgefaßt, als wenn man ein Spezialgesetz schafft. Deshalb, glaube ich, haben die Regierungen neuerdings versucht, diesen Weg zu beschreiten. Da gibt es nur zwei Aufgaben, die man meiner Ansicht nach dabei — ich möchte mich heute auf die Hervorhebung der grundsätzlichen Gesichtspunkte beschränken — im Auge haben muß. Das erste sind die sachlichen Bestimmungen über das, was an einem Baudenkmal erlaubt, was daran verboten ist. Hierüber befinden sich nun, soweit meine Kenntnis reicht, besondere gesetzliche Bestimmungen in den einzelnen deutschen Ländern nur im Großherzogtum Baden in der Landesbauordnung, die allerdings kein Gesetz ist, und ferner in dem sehr begrüßenswerten und der Denkmalpflege gewiß in höchstem Maße dienenden neuen preußischen Gesetz, dann aber auch in dem Entwurf der württembergischen Bauordnung. Soviel mir bekannt, sind das, wie gesagt, die einzigen gesetzlichen oder verordnungsmäßigen Bestimmungen in Deutschland, in denen im Rahmen der Bauordnung auf die Aufgaben der Denkmalpflege besonders hingewiesen ist.

Nun ist es aber fraglich, wie soll der Gesetzgeber vorgehen? Soll er allgemein für alle Beteiligten gesetzliche Bestimmungen treffen oder soll er die Regelung den Ortsbaustatuten überlassen? Das ist die Frage, die auch heute morgen schon seitens unseres hochverehrten Herrn Oberbürgermeister Struckmann erörtert worden ist. Kein Zweifel, daß man im Wege einer allgemeinen Anordnung mehr erreichen kann als im Wege der ortssstatutarischen Regelung. Allein es ist nicht zu erkennen, daß einer solchen allgemeinen Regelung sehr wichtige Bedenken entgegenstehen, die zum Teil heute schon hervorgehoben worden sind. Alle diese gesetzlichen Bestimmungen enthalten ja sehr wesentliche Beschränkungen des Privateigentums. Was soll nicht alles im Interesse der Baudenkmäler gefordert werden! Es soll verlangt werden, daß das Baudenkmal durch Änderungen am Äußeren nicht seinen Charakter verliere, daß es nicht verunstaltet werden soll, man darf unter Umständen in einem Kaufhaus keinen Erker anlegen, man soll die kleinen Fenster, die so schön in den alten Rahmen hineinpassen, nicht vergrößern dürfen, man darf kein Stückwerk anbauen, man darf die Höhenentwicklung der Gebäude nicht höher treiben, als es nach den künstlerischen Anforderungen und im Interesse der Erhaltung des Stadtbildes nötig ist — zweifellos weitgehende Eingriffe in das Privateigentum. Man hat trotzdem — und in dieser Beziehung kann ich wohl eine communis opinio der deutschen Gesetzgebungen feststellen — es für zulässig erachtet, den ortspolizeilichen Vorschriften ein durchaus weitgehendes Eingriffsrecht in das Privateigentum zuzugestehen; das ist möglich nach der neuen badischen Verordnung, ebenso nach dem neuen

preußischen Gesetz und nach den in dem württembergischen Bauentwurf vorgesehenen Bestimmungen. Es ist endlich aber auch möglich nach den Vorschriften, die in anderen deutschen Staaten bestehen und wenn sie auch nicht die Baudenkmäler und den Denkmalschutz besonders erwähnen, doch die Möglichkeit geben, für die Baudenkmäler wirksamen Schutz zu schaffen.

In dieser glücklichen Lage befindet sich auch das Großherzogtum Hessen. Wir haben eine Vorschrift, die nicht in das sogenannte Denkmalschutzgesetz aufgenommen worden ist, weil sie eben schon da war, eine Vorschrift in der Allgemeinen Bauordnung, Artikel 59, wonach es zulässig ist, durch Ortsstatuten Anordnungen über das Äußere der Gebäude zu treffen. Diese Bestimmung ist so vortrefflich, sie ist so weitsichtig und weitmaschig, daß man eigentlich damit alles bestimmen kann, was man nun auch im Interesse der Baudenkmäler für notwendig erachtet. Und wir haben davon auch Gebrauch gemacht. Wir haben beispielsweise für die Stadt Wimpfen, die Sie ja, wie ich hoffe, alle, jedenfalls aber recht zahlreich übermorgen besuchen werden, ein besonderes Ortsstatut erlassen, wonach alle Veränderungen im Äußeren der Gebäude so eingerichtet werden müssen, daß sie die Harmonie des Stadtbildes, die Schönheit des Gebäudes im Vergleich mit den Nachbargebäuden nicht stören. Wir haben darin die weitgehendsten Vollmachten, auch die, auf die Erhaltung des Fachwerkes, die Gestaltung der Dächer einzuwirken, kurz, es kann alles geschehen, was im Interesse der Denkmalpflege und des Heimatschutzes notwendig ist. Ähnliche Bestimmungen finden sich auch in anderen Staaten, und man kann damit sehr weit kommen.

Aber alles das ist nur möglich durch Ortsstatut, und hier entsteht die große prinzipielle Frage: reicht das eigentlich aus? Jeder, der mit der Revision der Bauordnung zu tun hat — zu diesen Unglücklichen gehöre ich leider auch —, steht vor der wichtigen Frage: soll er es riskieren, durch allgemeine gesetzliche Bestimmungen eine weitergehende Fürsorge für die Baudenkmäler ins Leben zu rufen? Ich kann nicht verhehlen, es stehen dem gewisse erhebliche Bedenken entgegen. Indessen kann man auch sagen, diejenigen Einschränkungen, die im Ortsstatut zulässig sind, müssen auch grundsätzlich möglich sein für den Gesetzgeber, für das ganze Land. Voraussetzung ist natürlich — und darin stimme ich mit Herrn Oberbürgermeister Struckmann überein —, daß hier keine Detailbestimmungen getroffen, sondern nur allgemeine Grundsätze aufgestellt werden, die auch vom künstlerischen Standpunkte aus als unanfechtbar betrachtet werden können. Darunter leiden ja unsere Ortsstatuten, daß sie zum größten Teile viel zu sehr ins Detail eingehen. Man kann in der Kunst nicht detaillieren, und soweit man das versucht, wird man nach einigen Jahren finden, daß man damit nicht auskommt und andere Bestimmungen treffen muß. Man muß eben das Vertrauen zu dem Künstler haben, daß er das Richtige tut, und gewisse allgemeine Grundsätze werden gefunden werden können. In dieser Beziehung bin ich etwas anderer Meinung als Herr Oberbürgermeister Struckmann. Es gibt wohl allgemeine Grundsätze, die man im Ortsstatut sehr wohl feststellen kann. Man kann allgemein bestimmen, daß Farbegebung der Gebäude, Gestalt der Dächer, Höhen der Häuser zueinander in einem gewissen harmonischen Verhältnis stehen müssen. Man soll aber für die Regel wenigstens nicht vorschreiben, daß die Gebäude in diesem oder jenem Stil gebaut werden sollen, man soll keine Stilistik und keinen Purismus treiben wollen. Es ist also die Frage —

und ich möchte Ihnen anheimgeben, sich dies vielleicht für die nächste Tagung zu überlegen —: Ist es grundsätzlich legislatorisch richtig, daß wir uns beschränken auf ortssstatutarische Bestimmungen, oder gibt es allgemeine Grundsätze, die allgemein festgelegt werden können. Grundsätze, die unabhängig sind vom Belieben und eventuell Unverständ der Gemeinden — denn Ortsstatuten können nicht erzwungen werden —? Wir müssen daher erst ein starkes Compelle schaffen und, wie Herr Oberbürgermeister Struckmann ausführte, vielfach einen sanften Druck — keinen Zwang, der ist ja auch in Preußen verboten (Heiterkeit) —, aber einen sanften Druck dahin ausüben, daß die Gemeinden sich zum Erlaß von Ortsstatuten entschließen

Aber nun noch etwas anderes. Wir mögen kommen auf welchen Weg wir wollen, eins scheint mir das Allerwichtigste zu sein: nämlich die Frage, wer diese Bestimmungen, mögen sie nun allgemein gesetzlich oder ortssstatutarisch sein, handhabt. In der Kunst ist nur entscheidend, wer die Kunst treibt, wer sie ausübt, und da habe ich eben ein großes Bedenken (Zustimmung) gegen die ortspolizeiliche, die baupolizeiliche Regelung (Hört! Hört! und Zustimmung). Verschweigen und verhehlen wir uns doch nicht, unsere Ortspolizeien sind in sehr vielen Fällen nicht in der Lage, in dem Geist und in dem Sinne diese Bestimmungen durchzuführen und den Privaten wirklich den Rat und unter Umständen den Befehl zu geben, der unseren Intentionen entspricht. Mir ist es aufgefallen, daß in dem Vortrag des ersten badischen Herrn Referenten Professor Stürzenacker hervorgehoben wurde — vielleicht habe ich mich aber verhört —, daß dort in erster Linie die sogenannten Bezirks- oder Ortsbaukontrolleure berufen seien, die Baupolizei zu handhaben. Zwar stehen über ihnen die Bezirksbauinspektionen sowie das Ministerium, und man kann unter Umständen noch Sachverständige und Künstler berufen, aber die Hauptsache ist: Wer hat in erster Linie die Baupolizei zu handhaben? (Sehr richtig!) Und da, muß ich sagen, habe ich gegen die Handhabung durch Ortspolizeibeamte, durch Leute, die keine akademische Bildung besitzen, große Bedenken. (Zustimmung.) Da muß ich sagen, sind wir in Hessen etwas besser daran; ich sage, etwas besser. Bei uns liegt die Handhabung der Baupolizei in den Händen akademisch gebildeter Beamten. Allerdings ist noch ein sehr großer Mangel, den ich nicht verschweigen will, daß sich darunter nicht nur Architekten, sondern auch Ingenieure befinden, mit einem Worte, daß die Trennung des Hochbaues und des Ingenieurbaues in Hessen noch nicht konsequent durchgeführt ist. Aber viele der Herren sind doch Architekten, und sie sind dann in der Lage, auf Grund ihrer Fachkenntnisse in der Tat die Baupolizei entsprechend zu handhaben. Aber wenn es sich um Baudenkämler handelt, reicht mir selbst der akademisch gebildete Baubeamte nicht: da verlange ich doch einen Mann, der ganz besonders hochsteht, einen Mann, der von hoher Warte aus die Geschichte der Baudenkmäler, ihr Schicksal, ihre Bedeutung wohl zu würdigen versteht, der nicht untergeht in dem Tagesbetrieb des Geschäfts, sondern der, wie gesagt, von höheren Gesichtspunkten hier beratend mitwirkt, und deshalb sage ich: wenn man zu dem Weg kommt, daß die Baupolizei die Aufgaben der Denkmalpflege erfüllen soll, dann muß entweder gesetzlich absolut vorgeschrieben werden, daß außer den Baupolizeibeamten noch andere, vor allem der Denkmalpfleger, zu hören sind (Sehr richtig!), oder aber es muß dem Denkmalpfleger in allen solchen Fällen eine selbständige und mit gewissen entscheidenden Befugnissen ausgerüstete Mitwirkung gegeben

werden. Ich sage das natürlich nicht für sämtliche Aufgaben des Heimatschutzes, nicht für die Fälle, die vorhin auch von Herrn Oberbürgermeister Struckmann angeführt sind. Man kann nicht in jedem kleinen Orte wegen jedes Bauernhauses die Denkmalpflege in Bewegung setzen, auch nicht in jeder Stadt wegen jedes Anstriches. Aber in allen wichtigeren Fällen muß gewährleistet sein, daß der Sachverständige, der berufen ist, die historischen Denkmäler zu schützen, auch mit in Aktion treten kann. Also das wären zum mindesten die Garantien, die wir fordern müssen, wenn man dahin kommen soll, im Wege der baupolizeilichen Bestimmungen die Denkmalpflege zu regeln.

Nun noch zwei Worte zu der Frage, ob der Denkmalpflegetag in der Lage ist, ein Normale für Ortsstatuten auszuarbeiten. Ich halte ihn nicht für geeignet dazu: ich bin auch nicht der Meinung, daß man hierfür eine Kommission einzusetzen solle. Wir können uns über die allgemeinen Gesichtspunkte unterhalten, aber im übrigen sind doch die Verhältnisse in den einzelnen Ländern zu verschiedenartig. In Hessen ist ein Entwurf für ein solches Ortsbaustatut ausgearbeitet worden. Wir haben die Sache noch nicht weiter gegeben, weil wir zuerst noch die Entwicklung etwas abwarten wollten und weil wir der Meinung sind, daß eine solche allgemeine Regelung, die für alle passen soll, immer doch auf gewisse Bedenken stößt und mit Schwierigkeiten verbunden ist. Nun aber, wenn das selbst für Hessen nicht ohne Bedenken ist, so ist das doch viel mehr in unserem großen deutschen Vaterlande der Fall. Ich glaube aber, daß man davon absehen sollte, eine spezielle Kommission einzusetzen, die etwa einen Normalentwurf für ganz Deutschland aufzustellen hätte.

Nun noch ein Weiteres. Es ist hervorgehoben worden, daß es sehr zweckmäßig sei, Sammelwerke (Listen) für die einzelnen Gemeinden zu schaffen, in denen die Baudenkmäler als solche bezeichnet sind. Dem kann ich nur beistimmen. In Hessen ist eine derartige Einrichtung ja schon ins Leben getreten: ich glaube wohl behaupten zu dürfen, daß sie sich als segensreich erwiesen hat. Sie hat, abgesehen von ihren rechtlichen Wirkungen, die ja im wesentlichen darin bestehen, daß der betreffende Baudenkmalbesitzer bei Bauveränderungen usw. den Rat des Denkmalpflegers einholen muß, einen ganz bedeutenden moralischen Effekt: sie bringt den Besitzern der Baudenkmäler erst zum Bewußtsein, was sie haben. Ich hatte vor kurzem Gelegenheit, die sogenannte Teufelsmühle bei Ilbershausen in Oberhessen zu besichtigen. Sie steht seit etwa 1670, ein ganz prächtiger Bau. Ich habe mich mit der Bäuerin unterhalten, die mir mitteilte: Wir stehen unter Denkmalschutz! Sie war von Stolz darüber erfüllt, daß dies Gebäude dem gesetzlichen Schutze unterstellt sei. Ich möchte also dringend empfehlen, eine solche Eintragung in die Liste überall vornehmen zu lassen.

Auf einen Punkt möchte ich nur ganz kurz noch eingehen, da er ja mit der Denkmalpflege nicht unmittelbar zusammenhängt, auf das, was Herr Professor Baumeister vorhin ausgeführt hat. Ich kann mich dem nicht ganz anschließen. Er will die ortssstatutarische Regelung beschränkt haben auf die Denkmalpflege: sie allein soll damit beglückt werden. Dagegen soll die neu schaffende Kunst vollkommen frei daherkommen. Dagegen habe ich Bedenken. Wenn man sieht, wie gerade in den neu entstehenden Vierteln nicht nur in den Städten, sondern auch in den kleinen Landgemeinden die Straßenbilder verschandelt werden, was da für entsetzliche Dinge verübt werden von Seiten

der sogenannten Baumeister, dann schreit es geradezu nach einem gesetzlichen oder wenigstens ortssstatutarischen Schutz, der allerdings nicht in alle Einzelheiten eingehen, nicht die Freiheit der Kunst beschränken, aber doch eine Garantie gegen allzugroße Mißbräuche geben soll.

Ich möchte mir also zum Schluß nur gestatten, diese allgemeinen Gesichtspunkte, die ja zum Teil mit sehr schwierigen grundsätzlichen Fragen zusammenhängen, Ihrer geneigten Erwürfung anheimzugeben, und vorschlagen, daß wir über das Thema Baupolizei und Denkmalpflege auf einem der nächsten Denkmalpflegetage uns wieder unterhalten.

*Das preußische „Gesetz zum Schutz gegen Verunstaltung von Ortschaften und landschaftlich hervorragenden Gegenden“ hat folgenden Wortlaut:*

§ 1. Die baupolizeiliche Genehmigung zur Ausführung von Bauten und baulichen Änderungen ist zu versagen, wenn dadurch Straßen oder Plätze der Ortschaft oder das Ortsbild gräßlich verunstaltet werden würden.

§ 2. Durch Ortsstatut kann für bestimmte Straßen und Plätze von geschichtlicher oder künstlerischer Bedeutung vorgeschrieben werden, daß die baupolizeiliche Genehmigung zur Ausführung von Bauten und baulichen Änderungen zu versagen ist, wenn dadurch die Eigenart des Orts- oder Straßenbildes beeinträchtigt werden würde. Ferner kann durch Ortsstatut vorgeschrieben werden, daß die polizeiliche Genehmigung zur Ausführung baulicher Änderungen an einzelnen Bauwerken von geschichtlicher oder künstlerischer Bedeutung und zur Ausführung von Bauten und baulichen Änderungen in der Umgebung solcher Bauwerke zu versagen ist, wenn ihre Eigenart oder der Eindruck, den sie hervorrufen, durch die Bauausführung beeinträchtigt werden würde.

Wenn die Bauausführung nach dem Bauentwurfe dem Gepräge der Umgebung der Baustelle im wesentlichen entsprechen würde und die Kosten der trotzdem auf Grund des Ortsstatuts geforderten Änderungen in keinem angemessenen Verhältnisse zu den dem Bauherrn zur Last fallenden Kosten der Bauausführung stehen würden, so ist von der Anwendung des Ortsstatuts abzusehen.

§ 3. Durch Ortsstatut kann vorgeschrieben werden, daß die Anbringung von Reklameschildern, Schaukästen, Aufschriften und Abbildungen der Genehmigung der Baupolizeibehörde bedarf. Die Genehmigung ist unter den gleichen Voraussetzungen zu versagen, unter denen nach den §§ 1 und 2 die Genehmigung zu Bauausführungen zu versagen ist.

§ 4. Durch Ortsstatut können für die Bebauung bestimmter Flächen wie Landhausviertel, Badeorte, Prachtstraßen, besondere, über das sonst baupolizeilich zulässige Maß hinausgehende Anforderungen gestellt werden.

§ 5. Der Beschußfassung über das Ortsstatut hat in den Fällen der §§ 2 und 4 eine Anhörung Sachverständiger vorauszugehen.

§ 6. Sofern in dem auf Grund des § 2 erlassenen Ortsstatute keine anderen Bestimmungen getroffen werden, sind vor Erteilung oder Versagung der Genehmigung Sachverständige und der Gemeindevorstand zu hören. Will die Baupolizeibehörde die Genehmigung gegen den Antrag des Gemeindevorstandes erteilen, so hat sie ihm dieses durch Bescheid mitzuteilen. Gegen

den Bescheid steht dem Gemeindevorstand innerhalb zwei Wochen die Beschwerde an die Aufsichtsbehörde zu.

In Gemeinden, in denen der Gemeindevorstand nicht aus einer Mehrheit von Personen besteht und der Gemeindevorsteher (Bürgermeister) zugleich Ortspolizeiverwalter ist, tritt an die Stelle des Gemeindevorstandes, sofern nicht in dem Ortsstatut etwas anderes bestimmt wird, der Gemeindebeamte, welcher den Gemeindevorsteher in Behinderungsfällen zu vertreten hat.

§ 7. Für selbständige Gutsbezirke können die dem Ortsstatute vorbehalteten Vorschriften nach Anhörung des Gutsvorstehers von dem Kreisausschuß erlassen werden. Der Beschuß des Kreisausschusses bedarf der Bestätigung des Bezirksausschusses. Die Bestimmungen des § 2 Absatz 2, § 5 und § 6 finden sinngemäß Anwendung.

§ 8. Der Regierungspräsident ist befugt, mit Zustimmung des Bezirksausschusses für landschaftlich hervorragende Teile des Regierungsbezirks vorzuschreiben, daß die baupolizeiliche Genehmigung zur Ausführung von Bauten und baulichen Änderungen außerhalb der Ortschaften versagt werden kann, wenn dadurch das Landschaftsbild gröblich verunstaltet werden würde und dies durch die Wahl eines anderen Bauplatzes oder eine andere Baugestaltung oder die Verwendung anderen Baumaterials vermieden werden kann.

Vor Versagung der Genehmigung sind Sachverständige und der Gemeindevorstand zu hören. In Gemeinden, in denen der Gemeindevorstand nicht aus einer Mehrheit von Personen besteht und der Gemeindevorsteher (Bürgermeister) zugleich Ortspolizeiverwalter ist, tritt an die Stelle des Gemeindevorstandes, sofern nicht durch Ortsstatut etwas anderes bestimmt wird, der Gemeindebeamte, welcher den Gemeindevorsteher in Behinderungsfällen zu vertreten hat.

### Trier 1909

#### **Referent: Wirklicher Geheimer Oberregierungsrat von Bremen-Berlin:**

Meine Herren! Die Herren Vorredner haben hervorgehoben, daß das preußische Gesetz, welches vor zwei Jahren erlassen worden ist, das Vorbild für das sächsische Gesetz gewesen sei, und es ist Ihnen vielleicht von Interesse zu erfahren, wie das preußische Gesetz bisher in tatsächlicher Beziehung gewirkt hat.

Sie wissen ja, meine Herren, daß dieses Gesetz eine eigentümliche Geschichte hat. Sie haben darüber auch auf dem Kongreß in Mannheim von dem eigentlichen Vater dieses Gesetzes Näheres gehört. Es wurde zunächst beabsichtigt, mehr die ästhetische Seite der Baupolizei mit in den Vordergrund zu schieben, während schließlich im Landtage man weit darüber hinausgegangen ist und eigentlich diejenige Seite mehr hervorgehoben hat, welche uns zunächst berührt, nämlich die Frage der Denkmalpflege. Auf der anderen Seite aber ist man in formeller Beziehung den Vorschlägen der Staatsregierung nicht in allen Beziehungen gefolgt, sondern von dem entgegengesetzten Prinzip ausgegangen, nämlich möglichst in erster Linie den Nächstbeteiligten zu überlassen, ob sie ihre Denkmäler schützen wollen.

Bei uns in Preußen ist ja die Rechtslage so, daß alle öffentlichen Gebäude, wenigstens der größere Teil derselben, gesetzlich geschützt sind, daß

aber für die Privatgebäude und deren Schutz nur, ich möchte sagen, das brutale Mittel der Enteignung besteht.

Nun ist ein Mittelweg gefunden worden, alle Gebäude, öffentliche und private, durch das Ortsstatut, also durch ein Gesetz der Nächstbeteiligten, zu schützen und dadurch auch eine Erhaltung der Privatgebäude zu sichern, ohne daß man auf die Enteignung in weitem Sinne eingeht.

Es hat nun eine große Bewegung unter den Gemeinden eingesetzt, um diesem Gesetz Genüge zu schaffen. Fast täglich gehen Statuten ein. Es sind weiter eine Anzahl von Statuten in Vorbereitung. Aber es ist doch vielleicht von Interesse, auch die Zahlen derjenigen Statuten zu erfahren, welche bisher schon vollendet und in Kraft getreten sind. Bisher sind 68 Statuten vorhanden, von denen etwa die Hälfte auf die eigentliche Denkmalpflege sich bezieht, und zwar sind dadurch geschützt etwa 83 Kirchen, 56 öffentliche Gebäude, 84 sonstige bemerkenswerte Bauten, wie z. B. Tortürme, Stadtmauern, Ruinen usw., und dann etwa 160 Privatgebäude. Unter diesen Privatgebäuden befindet sich nun eine Menge sehr interessanter Gebäude, teils in den Städten, aber auch alte Ruinen, Burgruinen, die ja gerade z. B. für das Rheinland eine große Bedeutung haben, aber auch für andere Distrikte unseres Vaterlandes.

Die einzelnen Orte, die ein solches Statut erlassen haben, sind nun sehr verschieden an Größe. In den größeren Orten stehen natürlich die finanziellen Fragen so sehr im Vordergrunde, daß man bisher zu erheblichen Resultaten noch nicht gekommen ist, aber es sind doch ganz hervorragende Orte, die derartige Statuten erlassen haben. Wir haben eben von Trier gehört, ich will Ihnen Danzig nennen, ich nenne die großen sächsischen Städte, wie Magdeburg, Halberstadt, Aschersleben, Quedlinburg, Nordhausen usw.; aber auch eine Menge kleiner Ortschaften, wie Zülpich, Montabaur, Gelnhausen, Mörs, Orte, die man sonst kaum kennt. Es zeigt sich doch auch hier, daß die kleinen Gemeinden in ihren bescheidenen Verhältnissen diese Zeugen einer großen Vergangenheit erhalten wollen, und darum glaube ich, wir sind auf dem richtigen Wege, indem wir hier gerade das Prinzip der Freiheit der Gemeinden hervorgehoben haben, und ich glaube auch nach dem, was wir bisher erfahren haben, daß wir wohl zu den Nächstbeteiligten das Vertrauen haben können, daß sie ihre Denkmäler schützen, denn ohne daß die Nächstbeteiligten ein wirkliches Interesse für die Denkmäler haben, ist ja aller Denkmalschutz vergeblich.

## **II. Das sächsische „Gesetz gegen Verunstaltung von Stadt und Land“**

**Trier 1909**

**Referent: Amtshauptmann Dr. Hartmann-Döbeln:**

Hochverehrte Herren! Im Frühjahr dieses Jahres ist nun auch das Königreich Sachsen in die Reihe derjenigen deutschen Bundesstaaten eingetreten, die die Bestrebungen der Denkmalpflege und des Heimatschutzes zum Gegenstande eines besonderen Schutzgesetzes gemacht haben. Diese Bestrebungen selbst hatten natürlich auch in Sachsen schon längst festen Fuß gefaßt. Ja, es war ihnen, wenigstens auf dem Gebiete der Denkmalpflege, auch schon

mannigfache staatliche Fürsorge zu teil geworden, namentlich durch die im Jahre 1881 von staatswegen begonnene Denkmalaufzeichnung und durch die im Jahre 1894 erfolgte Begründung einer „staatlichen Kommission zur Erhaltung der Kunstdenkmäler“. Aber von irgendwelchem staatlichen und polizeilichen Zwange in diesen Dingen war bei uns in Sachsen bis in die neueste Zeit keine Rede; auch die soeben genannte Kommission war auf Anregungen, Gutachten und Ratserteilungen sowie auf die Vermittelung staatlicher Beihilfen beschränkt, die Befugnis zu irgendwelchen Zwangsmaßnahmen blieb ihr versagt.

Diese Abneigung gegen jeden staatlichen Zwang auf dem hier vorliegenden Gebiete ist ja, meine Damen und Herren, uns allen nicht unbekannt. Wir wissen auch, daß sie namentlich in den Kreisen unserer die Freiheit liebenden und der Freiheit bedürfenden Künstlerschaft auch heute noch so manchen Anhänger zählt. Ja ich glaube nicht zu viel zu behaupten, wenn ich meine, daß sie, rein theoretisch genommen, eigentlich unser aller Ideal darstellt; wir alle würden es sicherlich wärmstens begrüßen, wenn eine Bewegung, die, wie der Denkmal- und Heimatschutz, so überwiegend auf die innere Umbildung und Weiterentwicklung der Volkskultur gerichtet und angewiesen ist, auf die Anwendung polizeilicher Zwangsmittel völlig verzichten könnte. Aber, meine Damen und Herren, die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte haben uns doch wohl davon überzeugt, daß dieses Ideal, vorläufig wenigstens, nicht zu erreichen und, wie die Begründung unseres sächsischen Gesetzes so treffend sagt, ein gewisser polizeilicher Zwang „gegen Unverstand und bösen Willen“ noch nicht zu entbehren ist.

In dieser Erkenntnis mußten auch wir in Sachsen es bedauern, daß unsere Gesetzgebung sich hierin so lange Zeit ablehnend verhielt. Während das preußische Landrecht schon im Jahre 1794 die bekannte Bestimmung gegen die grobe Verunstaltung von Straßen oder Plätzen traf und z. B. Bayern, wie wir voriges Jahr in Lübeck vernahmen, bereits in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts die Baupolizei in den Dienst der Pflege der überlieferten heimatlichen Bauweise stellte, ließ noch die sächsische Baupolizeigesetzgebung vom Jahre 1863 bei sehr ausgiebiger Berücksichtigung konstruktiver und feuerpolizeilicher Gesichtspunkte, irgendwelche ästhetischen Forderungen völlig vermissen. Es blieb lediglich den Lokalbauordnungen vorbehalten, über „Baustil, Einzelbau, Abfärbung der Gebäude, Dekoration und andere architektonische Baubedingungen“ Bestimmung zu treffen, eine Befugnis, von der namentlich auf dem Lande nur in bescheidenem Umfange und obendrein nicht immer sachgemäß Gebrauch gemacht wurde und die überhaupt den völligen Mangel gesetzlicher Anforderungen nicht ersetzen konnte. Hierin trat erst ein Wandel ein mit dem Allgemeinen Baugesetz vom 1. Juli 1900, indem dieses die Baupolizeibehörden ausdrücklich zur Untersagung solcher Bauten und baulichen Herstellungen ermächtigte, die einem Orte „zur offensichtlichen Unzierde“ gereichten. Indes konnte auch dies auf die Dauer nicht genügen. Zunächst fehlte nach wie vor die gesetzliche Handhabe zu einer wirksamen Bekämpfung der gerade in dieser Zeit außerordentlich überhandnehmenden Reklame-Verunstaltungen sowie jede Zwangsvorschrift auf dem Gebiete des Denkmalschutzes. Dann aber und vor allem wurde alsbald die praktische Anwendbarkeit der neuen Schutzbestimmung gegen „offenbar verunzierende“ Bauten dadurch auf ein

Minimum herabgedrückt, daß die Verwaltungsrechtsprechung als „offenbare Unzierde“ nur einen solchen Zustand gelten ließ, der bei „jedermann“ oder wie es in einer anderen Entscheidung heißt, bei „jedem unbefangenen, mit dem Urteilsvermögen des Durchschnittsmenschen begabten Beschauer“ gerechten Anstoß erregte.

So bestigte sich denn an unseren maßgebenden Stellen mehr und mehr die Überzeugung, daß auch Sachsen dem Gedanken eines staatlichen Zwangsschutzes näher treten müsse, wenn anders nicht die heimatliche Natur und die noch vorhandenen Denkmalschätze des Landes in raschem Fortschreiten weiteren, nie wieder gut zu machenden Schaden erleiden sollten. Im Frühjahr 1908 brachte die Regierung den Entwurf eines „Gesetzes gegen die Verunstaltung von Stadt und Land“ ein, der sich im wesentlichen das preußische Gesetz vom 15. Juli 1907 zum Vorbild nahm. Dieser Entwurf wurde in der Ersten Kammer des Sächsischen Landtags, wie der Kommissionsbericht hervorhebt, als „zum Schutze idealer Güter unseres Volkes bestimmt, freudig begrüßt“ und mit geringfügigen Änderungen einstimmig angenommen. Dagegen stieß er in der Zweiten Kammer auf nicht unerheblichen Widerstand, der, verstärkt durch eine von Vertretern der Dachpappenindustrie ausgehende und auch auf landwirtschaftliche Kreise erstreckte Protestbewegung, mehrmonatiger mühevoller Bekämpfung bedurfte, bis das Gesetz im Herbst 1908 auch in der Zweiten Kammer mit großer Mehrheit angenommen und demnächst endgültig verabschiedet wurde.

Meine Damen und Herren! Es kann mir natürlich nicht beikommen, diese Widerstände und die damals innerhalb wie außerhalb des Parlaments gegen das Gesetz gerichteten Angriffe Ihnen hier im Einzelnen vorzuführen und dies umsoweniger, als das meiste davon ja nunmehr, nach der endgültigen Verabschiedung des Gesetzes, nur noch historisches Interesse besitzt. Die Hauptrolle spielten, abgesehen von dem bekannten Vorurteile, daß die Berücksichtigung ästhetischer Gesichtspunkte notwendigerweise eine Verteuerung des Bauens bedinge, diejenigen Besorgnisse, die mit den Schlagworten „Vielregiererei“, „Bevormundung“ und „Kunstpolizei“ gekennzeichnet sind und die naturgemäß auf die Stimmung der Kammer und der Öffentlichkeit einen gewissen Eindruck nicht verfehlten. Daneben war freilich auch ein etwas tiefergehender, sozusagen wissenschaftlicher Einwand vertreten, daß nämlich ästhetische Werte schließlich doch nur durch persönliche Geschmacksrichtungen bestimmt und daher überhaupt ungeeignet seien, den Gegenstand eines staatlichen Zwangsschutzes zu bilden. Diesem Einwand, meine Damen und Herren, bitte ich doch vom Standpunkte des Verwaltungsbeamten einen kurzen Exkurs widmen zu dürfen, weil er eine gewisse grundsätzliche Bedeutung besitzt und auch in Kreisen, die unserer Sache an sich wohl gesinnt sind, immer wieder auftritt.

Meine Damen und Herren! Unzweifelhaft fällt gerade in ästhetischen und künstlerischen Fragen, die ja in unserer Bewegung neben deren vaterländischer, sittlicher und wirtschaftlicher Seite in der Tat eine große Rolle spielen, die Strittigkeit von Begriffen und Urteilen besonders ins Auge. Aber eine derartige Strittigkeit findet sich mehr oder weniger überall da, wo wir der mathematischen Sicherheit entraten und uns mit relativen Wahrheiten und Werturteilen begnügen müssen. Und gerade Rechtspflege und Verwaltung, die ja darauf angewiesen sind, allgemeine Regeln und Begriffe

auf spezielle, die größte Mannigfaltigkeit aufweisende Lebenstatbestände anzuwenden, bieten hierfür Beispiele in Fülle. Ich erinnere z. B. an Begriffe wie „Verkehrssitte“, „Treu und Glauben“, „Schikane“ u. a. m., die im bürgerlichen Rechtsleben eine Rolle spielen und die, wie unsere Urteilssammlungen beweisen, nicht nur von den Beteiligten selbst, sondern auch von Sachverständigen und Gerichten oft so ganz verschieden beurteilt werden. Selbst das Strafrecht, das seiner ganzen Natur nach tunlichst festgefügte und sicher umgrenzte Normen verlangt, muß sich mit so vieldeutigen Tatbeständen abgeben, wie wir sie z. B. im „großen Unfug“ und in der Erregung „ruhestörenden Lärms“ vor uns haben. Und nun denken Sie an das weite Gebiet des Verwaltungsrechtes! Ob eine geplante Fabrikanlage eine „erhebliche Belästigung“ der Nachbarschaft oder gar des großen Publikums zur Folge haben wird, ob für die Errichtung einer neuen Schankwirtschaft ein „Bedürfnis“ besteht, ob durch die Einziehung eines öffentlichen Weges dem Verkehr ein „beträchtlicher“ Umweg zugemutet wird, wohin wir blicken, auf Schritt und Tritt begegnen wir Begriffen, die einer absoluten, von jedermann gleichmäßig anerkannten Beurteilung schlechterdings unzugänglich sind und über deren Anwendung deshalb die Ansichten auch der Behörden oft weit auseinander gehen. Wenn also diese Verschiedenheit der Meinungen, wie zu gegeben werden muß, auf dem Gebiete der Ästhetik besonders erheblich ist so folgt daraus doch keineswegs, daß ästhetische Fragen nicht Gegenstand behördlicher Beurteilung und nach Befinden behördlicher Zwangsmäßigkeiten sein könnten, sondern nur, daß diese Beurteilung besonders schwierig und deshalb für das behördliche Einschreiten besondere Vorsicht geboten ist. Das aber wird von keinem Einsichtigen bestritten und kommt ja auch in unseren neueren Heimatschutzgesetzen dadurch zum Ausdruck, daß diese nicht mit irgendwelchen Abstufungen des positiven Schönheitsbegriffes rechnen, sondern nur das negative Extrem oder, wie das preußische Oberverwaltungsgericht dies ausdrückt, das „positiv Häßliche“ treffen wollen.

Überdies ist, übereinstimmend mit dieser theoretischen Betrachtung, die angebliche Unmöglichkeit, ästhetische Werte mit Zwangsvorschriften zu schützen, auch durch die Praxis widerlegt, sofern, wie allseitig unbestritten ist, die diesbezüglichen, zum Teil schon seit langem in Geltung befindlichen Gesetzesbestimmungen sich überall gut bewährt haben.

Ich gehe nun dazu über, Sie, verehrte Anwesende, mit dem wesentlichen Inhalt des neuen sächsischen Schutzgesetzes bekannt zu machen. Dabei bitte ich zunächst, zur Entlastung und Abkürzung des mündlichen Vortrages, auf den in Ihren Händen befindlichen Textbogen, der auch die Ausführungsverordnung enthält, Bezug nehmen zu dürfen. Ferner glaube ich, angesichts der weitgehenden Übereinstimmung zwischen den neuen sächsischen Vorschriften und dem preußischen Gesetze vom 15. Juli 1907 sowie im Hinblick auf die eingehende Besprechung, die dieses letztere Gesetz vor zwei Jahren auf der Mannheimer Tagung erfahren hat, zur Vermeidung von Wiederholungen mich in der Hauptsache auf diejenigen, immerhin ziemlich zahlreichen Punkte beschränken zu sollen, in denen Sachsen seine eigenen Wege gegangen ist.

Wie schon angedeutet, scheidet sich der Inhalt des neuen Gesetzes, wenn man von einigen formellen Bestimmungen absieht, in zwei Hauptabschnitte, die sich kurz mit den Stichworten „Heimatschutz“ und „Denk-

malpflege“ kennzeichnen lassen; die §§ 1 und 2 behandeln den allgemeinen Schutz der Ortschaften und der unbebauten Landschaft gegen Verunstaltung, sei es durch Reklame und verwandte Dinge, sei es durch Bauten, während die §§ 3 bis 9 den besonderen Schutz künstlerisch oder geschichtlich bedeutsamer Bauwerke, Orts- und Straßenbilder gegen Beeinträchtigung — nicht notwendig Verunstaltung — durch Bauten oder bauliche Veränderungen regeln.

Nach § 1 sind die Polizeibehörden befugt, Reklamezeichen aller Art sowie sonstige nicht gerade der Reklame dienenden Aufschriften, Anschläge, Abbildungen usw. dann zu verbieten, wenn sie geeignet sind:

1. Straßen, Plätze, oder auch nur einzelne Bauwerke, oder
2. das Ortsbild oder
3. das Landschaftsbild

zu verunstalten. Polizeibehörden im Sinne dieser Vorschrift sind auf dem Lande und in den kleineren Städten die — den preußischen Landratsämtern entsprechenden — Amtshauptmannschaften, in den größeren Städten die Stadträte (Magistrate).

Trotz weitgehender Anlehnung an die entsprechenden preußischen Bestimmungen weicht diese Regelung doch von der preußischen mehrfach ab.

Zunächst kennt Preußen ein gesetzliches für das ganze Land gelgendes Verbot zwar für verunstaltende Bauten (§ 1 des Gesetzes vom 15. Juli 1907), nicht aber auch für verunstaltende Reklame- und sonstige Aufschriften usw. Es macht vielmehr das polizeiliche Einschreiten gegen letztere davon abhängig, daß entweder durch die Ortsgesetzgebung oder aber — für landschaftlich hervorragende Gegenden — durch die Landespolizeibehörden d. h. also im allgemeinen die Regierungspräsidenten, der gesetzliche Verunstaltungsschutz für ein bestimmtes räumliches Gebiet überhaupt erst eingeführt wird. Eine solche Mitwirkung örtlicher oder staatlicher Zwischeninstanzen ist dem sächsischen Gesetze fremd, hier sind eben schon kraft Gesetzes und für das ganze Land die Polizeibehörden zum Einschreiten gegen verunstaltende Reklame ermächtigt. Dies bietet nach unserer sächsischen Auffassung neben dem mehr formellen Gewinn größerer Einfachheit und Einheitlichkeit auch noch den sachlichen Vorzug, daß bei uns kraft Gesetzes auch dasjenige Landschaftsbild geschützt ist, das nicht zu den „landschaftlich hervorragenden“ Gegenden gehört. Ich weiß wohl, meine Damen und Herren, daß ich mich hierbei nicht im Einklange befinden mit der Ansicht, die auf dem Mannheimer Tag in dieser Richtung geäußert wurde und die dahin ging, daß die Beschränkung des preußischen Gesetzes auf die landschaftlich hervorragenden Gegenden richtig, ja gewissermaßen selbstverständlich sei. Nach unserer Meinung ist die sächsische Regelung schon um deswillen vorzuziehen, weil sie uns jeden, naturgemäß oft schwer zu entscheidenden Streit darüber erspart, ob eine Gegend zu den landschaftlich hervorragenden zu rechnen sei oder nicht. Vor allem aber, und dies ist für uns das Wichtigste, scheint es uns dem Grundgedanken des Heimatschutzes besser zu entsprechen, wenn grundsätzlich jedes, auch das schlichte und einfache Landschaftsbild geschützt und damit der Bevölkerung ein nicht zu unterschätzender Ansporn gegeben wird, auch ihrerseits die Wertung der heimatlichen Natur nicht davon abhängig zu machen, daß diese besondere, auch den Fremden lockende Reize besitzt. Es waltet hier ein ähnliches Verhältnis ob, wie es bei dem Schutze des Orts-

bildes zwischen Denkmal- und Heimatschutz zutage tritt. Ersterer richtet sein Augenmerk nur auf das geschichtlich oder künstlerisch bedeutsame Ortsbild, während der Heimatschutz grundsätzlich jedes Ortsbild wenigstens in den Grenzen des Erreichbaren, d. h. also gegen positive Verunstaltung, zu schützen strebt. Freilich, meine Damen und Herren, ist nicht zu verkennen, daß eine solche Ausdehnung des Schutzes auf jede, auch die nicht hervorragende Landschaft dem sächsischen Rechte wesentlich dadurch erleichtert worden ist, daß nach ihm das Einschreiten gegen verunstaltende Reklame (ebenso wie gegen verunstaltende Bauten), anders als in Preußen, dem pflichtmäßigen Ermessen der Behörde überlassen, diese also in der Lage ist, bei ihrer Entscheidung über Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit des Verbotes auch die Schönheit und Schutzbedürftigkeit des betreffenden Landschaftsbildes abzuwägen. Auf diesen Punkt werde ich unten noch einmal zurückkommen.

Ein weiterer wesentlicher Unterschied gegenüber der preußischen Gesetzgebung besteht ferner darin, daß das sächsische Gesetz, und zwar mit vollem Bedacht, die Möglichkeit bietet, überall auch gegen schon bestehende Reklamen usw. einzuschreiten, während dies in Preußen, wenigstens innerhalb der Ortschaften, nicht angängig ist, da ja hier die Polizeibehörde nur die Genehmigung zur Aufstellung neuer Reklameschilder usw. versagen kann. Allerdings soll von dieser sogenannten rückwirkenden Kraft des sächsischen Gesetzes, entsprechend einer von der Regierung dem Landtag gegebenen Zusicherung und nach der in Ihren Händen befindlichen Vorschrift in § 2 der Ausführungsverordnung, nur mit tunlichster Schonung und Nachsicht, Gebrauch gemacht werden. Diese Milde erscheint auch völlig unbedenklich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß wir es bei den Reklameveranstaltungen, im Gegensatz zu den Schöpfungen der Bautätigkeit, meist mit ziemlich vergänglichen Dingen zu tun haben, die oft schon bald von selbst wieder verschwinden, jedenfalls aber, in der Regel ohne große Opfer, jederzeit beseitigt werden können.

Schließlich bleibt als Unterschied zwischen dem sächsischen und preußischen Gesetz noch zu erwähnen, daß ersteres, wie Sie aus dem Gesetzesstext ersehen, in § 1 und ebenso übrigens in § 2, der die Verunstaltung durch Bauten behandelt, nur den Begriff der Verunstaltung schlechthin verwendet, während bekanntlich das preußische Gesetz vom 15. Juli 1907 eine gräßliche Verunstaltung verlangt.

Diese Verschiedenheit scheint zunächst auf eine erheblich größere Schärfe des sächsischen Gesetzes hinauszulaufen und dies war auch die Auffassung der Zweiten Sächsischen Ständeversammlung, die deshalb lebhaft dafür eintrat, daß auch Sachsen sich mit der preußischen Fassung begnügen und ausdrücklich nur die „grobe“ oder „gräßliche“ Verunstaltung bedrohe. Dem wurde indes von seiten der Staatsregierung sehr entschieden und schließlich erfolgreich mit der Begründung widersprochen, daß alsdann unsere Verwaltungsrechtsprechung, ähnlich wie dies bei der „offenbaren Unzierde“ des Allgemeinen Baugesetzes geschehen war, den Zusatz „grob“ oder „gräßlich“ zum Anlaß einer möglichst einschränkenden Auslegung nehmen und damit den ganzen Zweck des Gesetzes in Frage stellen könne. Außerdem hob die Regierung auch noch hervor, daß schon der Begriff „verunstalten“, anders als z. B. das Wort „verunzieren“, das Moment des „Auffallenden“ und

„gröblich Verletzenden“ enthalte, der gewünschte Zusatz also auch völlig entbehrlich sei. Aus diesen und anderen Momenten der Entstehungsgeschichte des Gesetzes ist zu schließen, daß ein tiefgehender, sachlicher Unterschied in diesem Punkte zwischen Sachsen und Preußen nicht besteht, daß vielmehr auch Sachsen, ähnlich wie dies nach der bekannten Rechtsprechung des Preußischen Oberverwaltungsgerichts der Fall ist, nur einen solchen Zustand als „Verunstaltung“ im Sinne dieses Gesetzes betrachtet wissen will, der „das Gemeinempfinden der Gebildeten, das Empfinden der gebildeten Gesamtheit, nicht nur das eines kleinen ästhetisch gebildeten Kreises verletzt.“

Damit darf ich das Gebiet der Reklame verlassen und mich dem § 2 zuwenden, der sich mit der Verunstaltung durch Bauten beschäftigt. Danach können die Baupolizeibehörden (auf dem Lande im allgemeinen die Amtshauptmannschaften, in den Städten die Stadträte oder Bürgermeister) die baupolizeiliche Genehmigung zur Ausführung von Bauten und baulichen Änderungen versagen, wenn durch die Bauausführung ein Bauwerk oder dessen Umgebung, oder das Straßenbild oder das Ortsbild oder endlich das Landschaftsbild verunstaltet werden würde.

Auch diese Vorschrift deckt sich im wesentlichen mit dem preußischen Recht, nur daß Sachsen auch hier jedes, auch das nicht hervorragende Landschaftsbild schützt und — ebenso wie in § 1 — schon die Verunstaltung eines einzelnen Bauwerkes — ohne Verunstaltung des ganzen Straßen- oder Ortsbildes zur Versagung genügen läßt und zwar gleichviel, ob sie durch bauliche Herstellungen an dem Bauwerk selbst oder durch Bauten in seiner Nachbarschaft herbeigeführt wird.

Ich komme nun zu einer schon oben gestreiften hauptsächlichen Verschiedenheit beider Gesetze, daß nämlich in Sachsen, wie bei der Reklame, so auch bei verunstaltenden Bauten, das Einschreiten der Behörde nicht obligatorisch ist: die Baupolizeibehörde kann, wenn eine Verunstaltung droht, die Baugenehmigung versagen, sie muß es aber nicht tun. Dagegen bestimmen die §§ 1 und 2 des preußischen Gesetzes vom 15. Juli 1907 ausdrücklich, daß die Genehmigung zu versagen ist, d. h. versagt werden muß: nur im Bereiche von § 8 — Schutz landschaftlich hervorragender Gegenden — greift auch in Preußen lediglich ein Versagungsrecht, nicht eine Versagungspflicht der Behörde, Platz. Diese Bevorzugung des „kann“, die auch bei der Landtagsberatung eine Rolle spielte, scheint zunächst zugunsten des preußischen Gesetzes zu sprechen, dessen „muß“ zweifellos den Eindruck größerer Bestimmtheit und Folgerichtigkeit in der Verfolgung der dem Gesetze zugrunde liegenden Absichten erweckt. Gleichwohl sind wir geneigt, auch hier unserer sächsischen Fassung den Vorzug zu geben.

Zunächst ist hervorzuheben, daß ja auch bei uns die Entscheidung darüber, ob gegen eine Verunstaltung eingeschritten werden soll oder nicht, keineswegs dem willkürlichen Belieben der Behörde überlassen ist, sondern daß diese hierbei nach pflichtmäßigem Ermessen zu verfahren, d. h. also das Für und Wider in jedem Falle gewissenhaft abzuwägen hat und ein an sich zulässiges Einschreiten nur aus triftigen Gründen unterlassen darf. Die Ausübung dieses Ermessens unterliegt aber der Überwachung seitens der vorgesetzten Aufsichtsinstanzen, die jederzeit in der Lage sind, hier berichtigend einzutreten und die Unterbehörde, wo sie zu Unrecht säumig war,

im Aufsichtswege zum Einschreiten anzuhalten. Ist hiernach also das sächsische „kann“ sachlich zum mindesten ausreichend, so hat es auch noch einen besonderen positiven Vorzug. Es schafft nämlich im Mangel einer im Gesetze nicht vorgesehenen Dispensationsklausel, die einzige legale Basis für eine milde und schonende Handhabung der neuen Vorschriften, wie solche in § 1 der Ausführungsverordnung den Baupolizeibehörden ausdrücklich eingeschärft und überdies auch um der Sache willen unerlässlich ist. Meine Herren! Es hat immer etwas mißliches, wenn eine Behörde gesetzliche Vorschriften, die bei gegebenem Tatbestande zum Einschreiten verpflichten und keiner Dispensation zugängig sind, „milde“ oder „schonend“ handhaben, d. h. doch eben auf eine Reihe an sich von ihnen getroffene Einzelfälle nicht anwenden soll. So würde denn auch, wenn unser Gesetz nach preußischem Muster ein Einschreiten der Baubehörde zwingend vorschreibe, die verlangte schonende Handhabung nur dadurch zu bewerkstelligen sein, daß bei der Auslegung des Begriffes „Verunstaltung“ sehr weitherzig verfahren d. h. eine solche Verunstaltung manchmal auch dort verneint würde, wo sie an sich, nach eigener Überzeugung der Behörde, zweifellos besteht. Wie nachteilig das auch für das allgemeine Rechtsbewußtsein wäre, liegt auf der Hand.

Nun enthält § 2 unseres Gesetzes noch eine Bestimmung, die erst im Laufe der ständischen Beratung durch die Zweite Kammer hineingekommen ist und eines derjenigen Zugeständnisse darstellt, mit denen die Regierung die volkswirtschaftlichen Bedenken gegen das Gesetz zerstreute. Danach sollen die Vorschriften des § 2 über die Nichtgenehmigung von verunstaltenden Bauten und baulichen Änderungen außer Anwendung bleiben, wenn durch die Versagung der Baugenehmigung dem Bauherrn ein unverhältnismäßiger wirtschaftlicher Nachteil oder Kostenaufwand erwachsen würde.

Meine Damen und Herren! Darüber, ob mit dieser Bestimmung der Gesetzentwurf der Regierung eine Verbesserung erfahren hat, waren und sind die Ansichten bei uns sehr geteilt und ich glaube, daß dieser Punkt allgemeines Interesse genug besitzt, um seiner Klärlegung hier einige Worte zu widmen. Endlich, so sagte man sich, sind wir nun dazu gelangt, daß der ideale Wert unserer Landschafts- und Ortsbilder als ein schutzbedürftiges Interesse der Allgemeinheit anerkannt und seine Berücksichtigung dem Bauenden ebenso auferlegt werden soll, wie die Erfüllung all der anderen Forderungen, die unter dem Titel der Sicherheits- oder Gesundheitspolizei oder auch, ohne schwerwiegenderes öffentliches Interesse, lediglich aus nachbarrechtlichen Gründen, die vielgerühmte „Baufreiheit“ beschränken. Da erscheint es sinnwidrig, die Geltendmachung dieses Allgemeininteresses davon abhängig zu machen, ob und in welcher Höhe dem Bauherrn daraus wirtschaftliche Opfer erwachsen, zumal doch die Durchsetzung polizeilicher Anforderungen auch auf anderen Gebieten vor der Kostenfrage nicht Halt zu machen pflegt. Nun, meine Damen und Herren, so einleuchtend das zunächst erscheint, so gilt doch auch hier, daß in allen Dingen ein Maß sein muß und daß gerade die Baupolizei, die oft so tief in die Wünsche, Anschauungen und Lebensgewohnheiten der Bevölkerung einzugreifen hat, peinlich darauf bedacht sein soll, die widerstreitenden Interessen vernünftig abzuwägen und Zweck und Mittel miteinander im Einklange zu halten. Daher ist, meine

ich, an sich nichts gegen die Forderung einzuwenden, daß auch bei Betätigung der Heimatschutzbestrebungen schwerwiegende wirtschaftliche Interessen des Bauherrn berücksichtigt und diesem nicht Opfer auferlegt werden, die mit den beteiligten öffentlichen Interessen in gar keinem Verhältnis stehen. Nur hätte es, um diesen an sich richtigen Gedanken zu verwirklichen, jener von der Zweiten Kammer geforderten Einschaltung nicht bedurft. Denn ihm trug schon der Regierungsentwurf Rechnung, indem er, wie oben ausgeführt, in den §§ 1 und 2 die Baupolizeibehörde zum Einschreiten nicht unbedingt verpflichtete, sondern ihr zu einer vernünftigen Abwägung des Für und Wider ausreichenden Spielraum ließ. Indes ist nun einmal der von der Zweiten Kammer gewünschte Zusatz Gesetz geworden, wir haben uns also mit ihm abzufinden und können dies umso eher tun, als er sich bei näherem Zusehen doch mehr als ein Schönheitsfehler, denn als eine wirklich gefährdende Durchlöcherung des Gesetzes erweist.

Zunächst, meine Damen und Herren, ist hier daran zu erinnern, daß die Verwirklichung der Heimatschutzziele auf dem Gebiete des Hochbauwesens, wie wir gar nicht oft genug betonen können, in den meisten Fällen auf eine Vereinfachung, also auch Verbilligung der Bauten hinausläuft, und daß naturgemäß auch die praktische Zweckmäßigkeit, namentlich eine gute Grundrißlösung, einen Hauptpunkt des Heimatschutzprogrammes bildet. So dürfen wir denn erwarten, daß in der Regel ein geplanter Bau, und zwar auch bei landwirtschaftlichen und gewerblichen Nutzbauten, entweder schon von vornherein oder doch im Wege nachträglicher Verbesserung sich so gestalten oder wenigstens so stellen läßt, daß er keine Verunstaltung der Umgebung herbeiführt und doch dem Bauherrn weder Mehrkosten noch sonstige wirtschaftliche Nachteile verursacht. An Beispielen für die Richtigkeit dieses Satzes, auf den ja auch die Ausführungsanweisung zum preußischen Schutzgesetz aufmerksam macht, ist in unserer sächsischen Praxis schon heute kein Mangel. Immerhin können und werden natürlich Fälle vorkommen, in denen die Vermeidung der drohenden Verunstaltung nur mit Kostenopfern oder anderen wirtschaftlichen Nachteilen zu erkauft ist. Da erwächst nun unseren Baupolizeibehörden die schwierige Aufgabe, zu entscheiden, ob jener Mehraufwand oder diese Nachteile als „unverhältnismäßig“ bezeichnet werden müssen. Für die Auslegung dieses Begriffes kommt natürlich, wenn es sich um Verbesserungsvorschläge für einen bereits vorliegenden Bauentwurf handelt, zunächst der absolute Kostenunterschied zwischen alter und neuer Planung in Betracht, dazu die allgemeine Vermögenslage des Bauherrn und der wirtschaftliche Nutzen, den dieser von dem Bauwerk zu erwarten hat. Andererseits wird aber auch die Größe des Schadens zu berücksichtigen sein, der den Allgemeininteressen von dem Bauvorhaben droht, so daß also z. B. bei Gefährdung einer weit und breit berühmten Aussicht ein Kostenopfer zur Verbesserung der Bauplanung schon eher verlangt werden kann, als wenn derselbe Bau in ein minder bedeutendes Landschaftsbild zu stehen kommen soll.

So werden vielleicht nicht allzuviel Fälle übrig bleiben, in denen der bei Anwendung des Gesetzes dem Bauherrn entstehende Nachteil schließlich doch als unverhältnismäßig anerkannt werden muß. Ist dies aber der Fall, dann muß allerdings eine Anwendung des Gesetzes unterbleiben. Vielleicht kann man hier bedauern, daß bei solchen unlöslichen Konflikten der

Schutz des Allgemeininteresses nicht doch, und zwar gegen eine angemessene Entschädigung, erzwungen werden kann. Auf diesem Wege — also durch eine Art Enteignung zur Verhinderung von Verunstaltungen — hätte sich vielleicht auch der bei uns in Sachsen mehrfach geäußerte Wunsch verwirklichen lassen, durch eine entsprechende Erweiterung des neuen Gesetzes die landschaftlich hervorragenden Gegenenden des Landes, vor allem das Elbgelände der Sächsischen Schweiz, auch gegen weitere Verunstaltungen durch Steinbrüche und Schutthalden zu schützen. Ich glaube annehmen zu können, meine Damen und Herren, daß die Landschaft, um die es sich hier handelt, in diesem Kreise bekannt genug ist, um diese Sorgen zu verstehen. Mit den tiefgreifenden Veränderungen, die der Steinbruchbetrieb längs des Elbstromes im Elbsandsteingebiet bereits im Gefolge gehabt hat, müssen wir uns natürlich abfinden. Ja wir können vielleicht sogar zugeben, daß diese Veränderungen, so unerfreulich sie an sich auch sein mögen, hier und da nunmehr bereits zum charakteristischen Bild der Stromlandschaft gehören. Desto mehr aber ist der Wunsch begreiflich, daß die ursprüngliche Gestaltung dieser Landschaft, wie sie auf dem benachbarten böhmischen Gebiet noch vorherrscht, auch in Sachsen vertreten bleibe und daß deshalb auf einzelnen bisher unbewohnten Strecken und an besonders schönen Punkten die Anlegung neuer Brüche im Notfall zwangsläufig zu verhindern sein möchte. Indes hat von der Aufnahme einer solchen Bestimmung in das Gesetz schließlich Abstand genommen werden müssen, weil die damit verbundene Beschränkung der beteiligten Grundbesitzer in der freien Ausnutzung ihres Eigentums im Landtag keine Aussicht auf Annahme hatte, überdies aber auch der Steinbruchindustrie und ihrer Arbeiterschaft die Erschließung neuer — längs des schiffbaren Stromes natürlich besonders vorteilhafter — Verdienstmöglichkeiten nicht erschwert werden sollte. Demgegenüber ist freilich darauf hinzuweisen, daß die Erhaltung der landschaftlichen Schönheit unseres alljährlich von vielen Hunderttausenden besuchten Elbtals, abgesehen von ihrem ganz Sachsen berührenden idealen, vaterländischen Interesse, auch eine außerordentlich große wirtschaftliche Tragweite besitzt. Ja es fragt sich sogar, ob nicht diese vom Fremdenverkehr abhängigen wirtschaftlichen Interessen, die sich ja weit über das unmittelbar beteiligte Gebiet hinaus erstrecken, schließlich noch schwerer wiegen, als die Interessen der Grundbesitzer und der — durch die erörterte Einschränkung ja keineswegs völlig brachgelegten — Steinbruchindustrie. Vielleicht nimmt eine spätere Zeit das ganze Problem wieder auf; die Verwertung der Enteignung im Dienste des Heimatschutzes und der Denkmalpflege dürfte ja, selbstverständlich unter Beschränkung auf besonders wichtige Fälle, die Zukunft ohnehin einmal beschäftigen.

Ich komme nun zu demjenigen Abschnitte unseres Gesetzes, der dem „Denkmalschutz“ gewidmet ist und bemerke gleich im voraus, daß ich mich hier wesentlich kürzer fassen kann, da insoweit das sächsische Gesetz mit seinem Vorbild, dem preußischen Gesetz vom 15. Juli 1907, sich in weitgehender Übereinstimmung befindet. Dies gilt schon von den §§ 3 und 4, die sich inhaltlich vollkommen mit dem decken, was der erste Absatz von § 2 des preußischen Gesetzes bestimmt.

Danach ist es also auch in Sachsen der Ortsgesetzgebung überlassen, sei es für einzelne Straßen und Plätze von geschichtlicher oder künstlerischer Bedeutung, sei es zum Schutze einzelner geschichtlich oder künst-

lerisch bedeutsamer Bauwerke, die Versagung der baupolizeilichen Genehmigung für solche Bauten und bauliche Änderungen vorzuschreiben, die die Eigenart des geschützten Straßen- oder Ortsbildes oder Bauwerkes oder den Eindruck, den letzteres hervorruft, beeinträchtigen würden.

Sachsen hat sich also nicht dafür entschieden, den Denkmalschutz nach dem Vorbild des hessischen Gesetzes vom 16. Juli 1902 zu regeln, d. h. den Kreis der geschützten Denkmäler durch Eintragung in staatlich geführte Listen zu begrenzen. Vielmehr hat es hierzu nach preußischem Muster die Ortsgesetzgebung berufen in dem Vertrauen, daß diese am besten im stande sei, abzuwagen ob, wo und in welchem Umfange ein derartiger, durch das Verbot bloßer „Beeinträchtigung“ ziemlich weitgehender Schutz auch wirklich nötig ist. Soweit es sich hierbei um Städte — insbesondere größere Städte — handelt, dürfte dieses Vertrauen nach unseren bisherigen Erfahrungen wohl gerechtfertigt sein: schon vor dem Erlaß des neuen Gesetzes hatte eine Anzahl sächsischer Städte, darunter z. B. Bautzen und Meißen, ähnliche Bestimmungen zum Schutze ihres charakteristischen Stadtbildes getroffen, oder in Angriff genommen. Dagegen wird abzuwarten sein, ob auch die ländlichen Ortschaften ihre bisherige Zurückhaltung auf dem Gebiete baurechtlicher Ortsgesetzgebung so bald überwinden und für einen einigermaßen ausreichenden Denkmalschutz zu haben sein werden. Da dies angesichts der Neuheit der Aufgabe und des angeborenen Widerwillens der ländlichen Bevölkerung gegen jedwede Eigentumsbeschränkung immerhin zweifelhaft ist, so ist es, glaube ich, als ein erheblicher Fortschritt zu begrüßen, daß das sächsische Gesetz besondere Vorsorge getroffen hat, um eine etwaige Säumnis der Gemeinden, wo nicht zu verhindern, so doch unschädlich zu machen. Es bestimmt nämlich in § 7, daß der Erlaß eines solchen Ortsgesetzes von der Kreishauptmannschaft, also der der preußischen „Regierung“ entsprechenden Behörde, unter Zustimmung ihres Kreisausschusses angeordnet werden kann und daß, wenn einer solchen Anordnung nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist Folge geleistet wird, die entsprechenden Vorschriften durch Verordnung des Ministeriums des Innern aufgestellt werden können. Letztere sollen dann solange in Kraft bleiben, bis ein entsprechendes Ortsgesetz erlassen worden ist. Außerdem sind für alle Fälle „bei Gefahr im Verzuge“ die Kreishauptmannschaften durch den — von der Ersten Kammer eingeschalteten — § 8 ermächtigt, auf die Dauer von höchstens 6 Monaten einstweilige Vorschriften zu erlassen, eine Bestimmung, die dem preußischen Gesetz ebenfalls fremd ist, die aber, wie ohne weiteres ersichtlich, von größtem praktischen Werte sein kann.

Schließlich ist auch auf dem Gebiete des Denkmalschutzes, ähnlich wie bei den Bestimmungen gegen die Verunstaltung durch Bauten, in § 9 des Gesetzes dafür gesorgt, daß dessen Anwendung nicht zu unverhältnismäßiger Kostenbelastung oder wirtschaftlicher Schädigung des Bauherrn führt. Jedoch darf hier, und das ist ein sehr beachtlicher Unterschied, trotz unverhältnismäßiger Belastung des Bauherrn die Anwendung des Gesetzes nur dann unterbleiben, wenn der geplante Bau wenigstens im wesentlichen dem Gepräge des geschützten Baudenkmales entspricht. Damit ist sehr richtig anerkannt, daß die Privatinteressen nur dann vorgehen dürfen, wenn wenigstens keine erhebliche Verletzung öffentlicher Interessen diesen vorgehen dürfen und es bleibt nur zu bedauern, daß nicht auch der auf Verlangen des

Landtages eingeschobene zweite Satz von § 2 die Rücksichten auf etwaige Kosten und sonstige Opfer des Bauherrn auf die Fälle einer nicht allzu erheblichen Verunstaltung beschränkt oder, was auf dasselbe hinauskäme, gegenüber ganz groben Verunstaltungen völlig außer Kraft gesetzt hat.

Es erübrigत nun noch, der in diesem Kreise gewiß besonders interessierenden Regelung zu gedenken, die das sächsische Gesetz der Sachverständigenfrage zu teil werden läßt.

Vorgeschrieben ist die Einholung eines Sachverständigungsgutachtens zunächst durch § 5 des Gesetzes, wenn ein Ortsgesetz im Sinne der §§ 3 oder 4 erlassen werden soll. Die Wahl des oder der Sachverständigen ist der Behörde überlassen, die das Ortsgesetz aufstellt, im allgemeinen sollen jedoch, wie auch die Regierung dem Landtage erklärt hat, „Personen gewählt werden, die sich auf dem Gebiete des Heimatschutzes oder der Denkmalpflege auszeichnen, insbesondere Architekten und Künstler.“ Die Ausführungsverordnung empfiehlt außerdem, in geeigneten Fällen die unentgeltliche Beratung des Landesvereins, „Sächsischer Heimatschutz“ in Anspruch zu nehmen, über den Sie wohl von dem Herrn Korreferenten näheres hören werden.

Schließlich bestimmt § 10 des Gesetzes noch ganz allgemein, daß in jedem Rekursverfahren vor den Kreishauptmannschaften, also gleichviel ob es sich um das Verbot eines Reklamezeichens oder eines Bauwerkes handelt, in der Regel mindestens drei Sachverständige zu hören sind. Als solche sollen nach § 6 der Ausführungsverordnung bis auf weiteres dienen:

1. der bei der Kreishauptmannschaft in Pflicht stehende Bausachverständige.
2. ein der Kreishauptmannschaft vom Verein „Sächsischer Heimatschutz“ zu benennender, tunlichst an ihrem Sitze wohnender Vertrauensmann dieses Vereins,
3. ein je nach Art des Falles von der Kreishauptmannschaft zu berufender Angehöriger desjenigen industriellen, gewerblichen, landwirtschaftlichen oder sonstigen Fachkreises, in dessen Bereich die zu begutachtende Angelegenheit fällt.

Ich glaube, Sie werden mit mir darin übereinstimmen, daß sowohl die Vorschrift, in der Rekursinstanz ein Kollegium von Sachverständigen zu hören, wie namentlich auch die Zusammensetzung dieses Kollegiums gerade auch vom Standpunkt der Heimatschutz- und Denkmalpflegeinteressen durchaus zu begrüßen ist. Das gilt auch von der obligatorischen Zuziehung eines Mitgliedes aus dem im betreffenden Falle berührten Erwerbskreise. Einmal, weil damit den beiden anderen Mitgliedern eine zuverlässige Information über die — heutzutage ja in stetem Wandel begriffenen — wirtschaftlichen Bedürfnisse und Anschauungen eben dieses Erwerbskreises gesichert ist. Dann aber auch, weil die Mitwirkung dieses Mitgliedes als eines Berufsgenossen des Rekurrenten in hohem Maße geeignet wird, auch nach außen das Vertrauen in eine erschöpfende und unparteiische Würdigung des betreffenden Falles zu stärken.

Soweit das neue Gesetz, das ganz unzweifelhaft einen wichtigen Erfolg des Denkmalpflege- und Heimatschutzgedankens darstellt. Natürlich ist damit zu rechnen, daß früher oder später der Wunsch nach seiner Erweiterung oder Ergänzung laut werden wird. So z. B. dahin, daß auch die Naturdenkmäler, die jetzt nur als Bestandteil des Landschaftsbildes und auch

da nur gegen Verunstaltung durch Reklame oder Bauten geschützt sind, schon als Einzelobjekte und zwar vor allem auch, wie dies kürzlich Bremen hinsichtlich der alten Bäume getan, gegen willkürliche Zerstörung geschützt werden; ferner dahin, daß ein solcher Schutz gegen Zerstörung (Abbruch) auch den Baudenkmalern zu teil werde. Dies alles kann jedoch einer späteren Zukunft überlassen bleiben und dies umso mehr, als die sofortige Inangriffnahme einer derartigen, jedenfalls nicht allzu dringenden und nach Lage unserer sächsischen Verhältnisse auch noch nicht allenthalben spruchreichen Erweiterung, das Einleben in das jetzige Gesetz nur erschweren würde.

Wenn wir also, meine Damen und Herren, mit unserem neuen Gesetz sehr zufrieden sind, so wissen wir freilich doch auch, daß — verzeihen Sie diesen Gemeinplatz in diesem Kreise — die besten Gesetze nichts nützen, wenn sie nicht gut angewendet werden. Ja wir sind überzeugt, daß vielleicht auf keinem Gebiete der heutigen Staatsverwaltung die Art und Weise der praktischen Handhabung eine so bedeutsame Rolle spielt, wie auf dem Gebiete von Denkmalpflege und Heimatschutz, wo es nicht nur auf Schritt und Tritt die schwierigsten und strittigsten Tatbestände zu beurteilen gilt, sondern wo außerdem noch auf Jahre hinaus mit allerlei offenen und geheimen Widerständen zu rechnen ist, deren Überwindung an die behördliche Tätigkeit noch ganz besondere Anforderungen stellt.

Nun liegt, wie Ihnen schon der Gesetzestext zeigt, die Ausführung des sächsischen Gesetzes im wesentlichen in den Händen der Baupolizeibehörden: ihnen ist bei uns in der Hauptsache auch die Ausübung des Denkmalschutzes anvertraut, indem sie die von den Ortsgesetzgebungen getroffenen Schutzbestimmungen im Einzelfalle anzuwenden haben. Fürchten Sie nicht, meine Damen und Herren, daß ich hieraus die Berechtigung herleiten könnte, mich im Rahmen dieses Vortrages auch noch über das Thema „Denkmalpflege, Heimatschutz und Baupolizei“ zu verbreiten, dieses Thema, dessen außerordentliche Wichtigkeit ja auch auf dem Mannheimer Tage hervorgehoben worden ist, das aber doch andererseits viel zu viel Inhalt in sich birgt, als daß es hier noch beiläufig erörtert werden könnte. Immerhin bitte ich, Ihnen als noch zu meinem Thema gehörig, aber doch eben als Abschluß meiner Darlegungen ganz kurz noch andeuten zu dürfen, wie bei uns in Sachsen die behördliche Durchführung des neuen Gesetzes gedacht ist und welche Aufgaben hierbei unseren Baupolizeibehörden warten.

Da kann ich zunächst nichts besseres tun, als wenn ich Ihnen aus § 1 der Ausführungsverordnung diejenigen Sätze vortrage, in denen unsere Staatsregierung der Tätigkeit der Baupolizeibehörden die Richtung gewiesen und den Geist gekennzeichnet hat, in dem sie das Gesetz gehandhabt wissen will.

Dort heißt es:

„Die mit Ausführung des Gesetzes betrauten Behörden sollen dessen Vorschriften mit Milde sowie möglichster Schonung der beteiligten Kreise anwenden und das Hauptgewicht auf eine erzieherische Wirkung des Gesetzes legen.“

„Vor Erlaß eines Verbotes oder vor Versagung einer Genehmigung im Sinne des Gesetzes haben deshalb die Polizeibehörden, beziehentlich die Baupolizeibehörden in der Regel verständigend und beratend mit den

Beteiligten zu verhandeln und einen Ausgleich der entgegenstehenden Interessen im gütlichen Wege anzustreben“ usw.

Meine Damen und Herren! Sie werden mir ohne weiteres zugeben, daß schon allein diese eben wiedergegebenen Sätze die Baupolizeibehörden, unsere Amtshauptmannschaften und Stadträte, vor sehr schwierige Aufgaben stellen; ist es schon nicht leicht, bei einer instanzmäßigen Entscheidung über ein Einschreiten oder Nichteinschreiten in diesen Dingen das Richtige zu treffen, so ist es vielleicht noch schwieriger, die vorgeschriebenen gütlichen Verhandlungen so zu führen, daß ein sachgemäßer Ausgleich der widerstreitenden öffentlichen und privaten Interessen gelingt. Und damit ist es natürlich noch keineswegs getan; auch dort, wo eine unmittelbare Anwendung des Gesetzes noch nicht in Frage kommt, werden unsere Baupolizeibehörden darauf hinzuwirken haben, daß die Ideen, auf denen das Gesetz beruht, mehr und mehr in die Bevölkerung dringen und schließlich ganz von selbst, ohne daß es eines behördlichen Eingreifens bedarf, das Bauwesen ihres Verwaltungsbezirkes beherrschen.

Diese erzieherische Aufgabe der Baupolizeibehörden bestand natürlich in gewissem Umfange auch schon früher; es liegt in der Natur der Sache und folgt aus den allgemeinen Aufgaben der inneren Staatsverwaltung, daß jede Behörde Wohlfahrts- und Kulturbestrebungen, die das Gebiet ihrer amtlichen Wirksamkeit berühren, aus eigenem Antriebe nach Kräften fördern soll, wo immer sich hierzu Gelegenheit bietet. Aber bisher war wenigstens bei uns in Sachsen den Behörden gerade auf dem Gebiete des Heimatschutzes eine solche erzieherische Einwirkung dadurch erschwert, daß die Bevölkerung, namentlich die in solchen Fragen besonders mißtrauische Landbevölkerung, diese Bestrebungen nur gar zu gern als bloße persönliche Liebhabereien oder als künstlerische Modeströmungen betrachtete und an ihren dauernden Wert oder gar an ihre Notwendigkeit für das gesamte Volkstum nicht glauben wollte. Es ist eben eine zwar bedauerliche aber leider unbestreitbare Tatsache, daß so viele Kulturbewegungen in unserem deutschen Volke erst dann richtige Würdigung erfahren, wenn sie von staatswegen anerkannt, sozusagen staatlich approbiert sind. Diese Approbation ist nun, und das halte ich für eine gar nicht genug zu schätzende Wirkung des neuen Gesetzes, durch dieses erfolgt. Sache der Baupolizeibehörden ist es nun, ihr gesamtes amtliches Wirken den in dem neuen Gesetz niedergelegten Anschauungen anzupassen und sozusagen mit deren Geist zu durchdringen. Außerverständnisvoller Mitwirkung zur Aufstellung guter Ortsbauordnungen, Bebauungs- und Fluchtpläne muß dies auch in der täglichen Kleinarbeit zum Ausdruck kommen, die der Erledigung der einzelnen Baugesuche gewidmet ist. Gerade hier bietet sich, zumal in den bei uns in Sachsen fast überall eingeführten Bausprechstunden, Gelegenheit, an der Beseitigung aller der Hindernisse zu arbeiten, die Mangel an bautechnischem Wissen und Können, verbildetem Geschmack und Gleichgültigkeit, gar oft aber auch nur die langjährige Gewöhnung an frühere baupolizeiliche Vorschriften und Anschauungen dem Fortschritt in den Weg legen. Natürlich kann es sich dabei nicht darum handeln, die baukünstlerische Entwicklung von polizeiwegen in eine bestimmte Stilrichtung zu drängen: das hieße ja die eben erst mit Recht so heftig bekämpfte Eintönigkeit der Bauformen, sei es auch nach schönerem Muster, wieder zur Herrschaft bringen. Vielmehr

muß der bewußten Betätigung eigenen Geschmackes weitgehender Spielraum gelassen, und es schon als ein Erfolg begrüßt werden, wenn unsere Bevölkerung, namentlich auf dem Lande draußen, überhaupt wieder für Bau-schönheit empfinden lernt und statt schablonenhafter Nachahmung auf ein gewisses Eigengepräge des Bauwerkes Wert legt. Ganz von selbst wird so allmählich auch das ländliche Bauwesen, das ja unzweifelhaft heutzutage am meisten zu Klagen Anlaß gibt, wieder unter den Einfluß künstlerisch gebildeter Kräfte gebracht werden, zumal wenn das Publikum an der Hand praktischer Beispiele zu der Einsicht gelangt, daß die Mitwirkung eines tüchtigen Architekten nicht nur der Schönheit, sondern auch der Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Baues zugute kommt. Ja ich glaube sogar, daß diese vermehrte Nutzbarmachung der in unserem Volke so zahlreich und schaffensfreudigen vorhandenen künstlerischen Kräfte sich als eine der wichtigsten und erfreulichsten Wirkungen des neuen Gesetzes erweisen wird. Zunächst aber gilt es für alle, die zur Anwendung und Ausführung des Gesetzes berufen sind, sich willig und freudig in den Dienst der Sache zu stellen, dabei mit der nötigen Milde und Schonung auch die für dauernde Erfolge unerlässliche Festigkeit zu verbinden und sich bewußt zu sein, daß sie, auch bei scheinbar minder wichtiger Tagesarbeit in letzter Linie für eine große vaterländische Kulturaufgabe wirken.

Und so schließe ich denn, meine Damen und Herren, diese Ausführungen, die hoffentlich Ihre Zeit nicht allzulange in Anspruch genommen haben, mit dem Wunsche, daß auch dieses neue Gesetz die darein gesetzten Erwartungen erfüllen und namentlich, in Betätigung seines von der Regierung so glücklich betonten erzieherischen Einflusses, dazu helfen möge, die jetzt noch fernstehenden Kreise der Bevölkerung zum inneren Anschluß an unsere Sache zu bekehren. Denn, das kann nicht genug betont und auch in der Praxis nicht genug beherzigt werden: nicht Zwang und Polizeigewalt sind der eigentliche Zweck dieses Gesetzes, sie sind nur das äußerste, zeitweilig leider unentbehrliche Mittel gegen „Unverstand und bösen Willen.“ Das Endziel ist, die Geister zu gewinnen, um unserem Volke unter seiner eigenen freiwilligen Mitarbeit die Schätze und Schönheiten der Heimat zu erhalten und zugleich den Boden zu bereiten, auf dem auch unsere Künstlerschaft wieder freudig und erfolgreich für die Schönheit dieser Heimat schaffen kann.

#### **Korreferent: Oberbaurat K. Schmidt-Dresden:**

Wenn wir von Maßnahmen zur Durchführung eines Gesetzes gegen die Verunstaltung von Stadt und Land reden, so kann es sich in der Hauptsache nur um Fragen handeln, die auf baulichem Gebiete liegen. In seiner Denkschrift: „Mit welchen Mitteln kann Einfluß gewonnen werden auf die künstlerische Gestaltung privater Bauten in Stadt und Land“ hat, wie Ihnen bekannt, der Verband deutscher Architekten- und Ingenieurvereine bereits im vorigen Jahre zu dieser immer bedeutungsvoller an uns herantretenden Kulturaufgabe Stellung genommen. Die Leitsätze, in denen diese ausführlichen, aus den Fachkreisen fast aller deutschen Vereine herausgearbeiteten Gutachten ausklingen, liegen Ihnen in Umdruckexemplaren vor, und es ist mir persönlich, der ich dieses interessante Thema bearbeiten durfte, ein Herzensbedürfnis, meinen Herren Mitarbeitern, insbesondere aber

den Herren Referenten der bayerischen und hessischen Regierung, für ihre mir hierbei so bereitwillig geleistete Unterstützung auch von dieser Stelle den herzlichsten Dank auszusprechen.

Meine Damen und Herren! Jede Maßregel zur künstlerischen Beeinflussung der allgemeinen Bautätigkeit hat, darüber sind sich wohl alle Sachverständigen einig, einzusetzen mit einer allgemeinen Belehrung über Zweck und Ziele der Bewegung, die wir in den Begriffen Denkmalpflege und Heimatschutz zusammenfassen. Wir leben in einer Zeit, in der weitesten Kreisen der Bevölkerung das Verständnis für das Althergebrachte, für die schlichte Schönheit, Natürlichkeit und Zweckmäßigkeit verloren gegangen ist, wo eine fremdartige, geschmacklose, aufdringliche und kostspielige Formgebung Platz gegriffen und leider nur zu sehr ein Heimatrecht erworben hat. Für Sachsen, das eine hervorragende, bis in die entlegensten Dörfer des Erzgebirges hineingetragene Industrie und demgemäß auch eine außerordentlich starke Bautätigkeit besitzt — handelte es sich seither doch in jedem Jahre um etwa 120 000 neue Baugenehmigungsvorlagen — ist die Belehrung und Bekehrung eine besonders schwierige; dabei ist das Land nicht minder schön, nicht minder reich an Naturschönheiten, an historischen Erinnerungen und Baudenkältern als beispielsweise die südlichen und westlichen Teile unserer deutschen Heimat; haben doch allein 6 Völkerschaften: Thüringer, Sachsen, Schwaben, Franken, Bayern und Flämen neben den früher sich angesiedelten Slaven hier eine neue Heimat gefunden und das Gepräge ihrer Eigenart in den mannigfachen Dorfformen sichtbar zum Ausdruck gebracht! Wie sehr nun die allgemeine Unkultur selbst weitere Kreise der Gebildeten erfaßt hat, beweisen einzelne Vorgänge aus letzter Zeit. „Ich verstehe nicht“ — schreibt beispielsweise ein Pfarrer. — „warum Sie unseren lieben Landleuten, die alltäglich Ländliches vor Augen haben, die städtische Bauweise verwehren wollen.“

Ein Großindustrieller sagt: „Wenn ich den Bau nach Ihrem Vereinfachungs- bzw. Verbesserungsvorschlage errichte, werden mich die Leute für pleite halten.“ Und ein dritter: „Sie werden mir doch im Ernst nicht zumuten, ein so einfaches Ding zu bauen: das sieht aus wie ein Schloß, nicht aber wie eine Fabrik, es fehlt ja alles Imponierende.“

In Ansehung solcher allgemeinen Anschauungen ist die Belehrung und Bekehrung eine zunächst gebotene, aber auch mühsame und schwierige Arbeit. Sie wird um so erfolgreicher sein, je mehr sie von allen denen unterstützt wird, die das Studium der Volkskunde, der Geschichts-, Altertums- und Denkmalpflege sich zur Aufgabe gemacht und damit einen Einblick in das Seelen- und Gemütsleben, in das künstlerische und geistige Wollen des Volkes gewonnen haben.

Wenn wir die Schönheit und Eigenart unserer Heimat in ihrer geschichtlichen und natürlichen Entwicklung schützen und Neuentstehendes im Sinne dieser Eigenart beeinflussen wollen, so müssen die Führer dieser Bewegung selbst darüber klar sein, was für Gestaltungen dem Lande frommen, was zur Gesundung der baulichen Mißstände geboten erscheint, wie ja auch ein Arzt eine Krankheit nur zu heilen vermag, wenn er den gesunden Zustand des Menschen gründlich kennt.

Eine solche allgemeine Belehrung kann nun aber kaum von einzelnen unternommen und verfolgt werden; dazu gehört eine zielbewußte, wirksame

Organisation, dazu gehört die Unterstützung der Staatsregierung, dazu gehören neben der ehrenamtlichen Tätigkeit hierzu Berufener vor allem finanzielle Mittel. Die Kgl. Sächsische Regierung wie die beiden Kammern der hohen Ständeversammlung haben, als sie zur Gründung einer Geschäftsstelle zur Beratung in Bausachen alljährlich 15 000 Mk. bewilligten, aus ihren Wahrnehmungen sich überzeugen lassen, daß die vom Landesverein Sächsischer Heimatschutz ausgeübte gemeinnützige Tätigkeit nicht allein bau-technischen und schönheitlichen, sondern ebenso sehr und mehr noch wirtschaftlichen Interessen und damit der allgemeinen Landeswohlfahrt, der Erziehung zur Sparsamkeit, entgegenkommt. Es sei hierbei nur allein an die Staatsbeihilfen gedacht, die an Schulgemeinden zur Erfüllung ihrer Baubedürfnisse alljährlich gewährt werden, um zu verstehen, welche erheblichen materiellen Werte, ganz abgesehen von den schönheitlichen, dem Lande durch das Eintreten künstlerisch geschulter Kräfte erhalten, welche Ersparnisse auch der Staatskasse damit gesichert werden.

Die sächsische Heimatschutzbewegung, die mit der Gründung des Vereins für sächsische Volkskunde im Jahre 1897 einsetzte, blickt zwar bereits auf eine 12jährige Tätigkeit zurück, eine wirklich erfolgreiche Förderung hat sie aber erst seit Begründung jener Geschäftsstelle und der hierdurch möglich gewesenen Landesorganisation erfahren können. In Ergänzung der Ihnen vorliegenden Leitsätze sei mir gestattet, alle diejenigen, mehr oder weniger mit dieser Landesorganisation zusammenhängenden Maßnahmen zu schildern, welche im Sinne des Heimatschutzes wie der Denkmalpflege auf eine harmonische Kultur hinzielen, und — was das wichtigste ist — sich bewährt haben.

Der Sächsische Heimatschutz, Landesverein zur Pflege heimatlicher Natur, Kunst und Bauweise, unterhält mit seinen zurzeit 1100 Mitgliedern eine öffentliche Geschäftsstelle mit staatlicher Unterstützung in Dresden. Die Einnahmen und Ausgaben halten sich mit etwa 21 000 Mk. die Wage. Der Verein bezweckt, die sächsische Heimat in ihrer natürlichen und geschichtlich gewordenen Eigenart zu schützen und Neuentstehendes im Sinne dieser Eigenart zu beeinflussen.

Sein Arbeitsgebiet umfaßt:

- a) Pflege der überlieferten ländlichen und bürgerlichen Bauweise, Beratung für Bauten und Anlagen aller Art. Maßnahmen gegen die Verunstaltung von Stadt und Land, sowie die Erstattung von Gutachten über alle diese Fragen;
- b) Pflege der Volkskunst, insbesondere des Hausrats, und Beeinflussung des sächsischen Kunsthandwerks im Sinne heimatlicher Eigenart;
- c) Schutz der landschaftlichen Natur, der einheimischen Tier- und Pflanzenwelt, sowie der geologischen Eigentümlichkeiten des Landes.

An diese Geschäftsstelle, die über die ständige Arbeitskraft von Architekten, über ein geordnetes Bureau mit Bibliothek, Vorlageblättern, Modellen und Fachzeitschriften und über ein Sitzungs- und Ausstellungszimmer verfügt, werden von den Baupolizeibehörden — und hier insbesondere von den Amtshauptmannschaften — verbesserungsbedürftige Pläne nebst den Bauakten noch vor deren Genehmigung zur Entgegennahme von Ab-

änderungsvorschlägen oder Gutachten abgegeben. Da die Erledigung dieser im Genehmigungsverfahren befindlichen Pläne in der Regel dringlich ist, so ist deren Beschleunigung auch eine Hauptbedingung.

Wie solche Pläne nun aussehen und zwar in ihrer ursprünglichen und ihrer überarbeiteten Fassung, zeigt Ihnen eine kleine Auswahl hier angehängerter Entwürfe, die sicher auch bei Ihnen, hochgeehrte Herren, die Befriedigung aufkommen lassen werden, daß mancher die Heimat entstellender Bau verhindert wurde. Freilich ist es — namentlich vor Erlass des neuen Verunstaltungsgesetzes — aus Mangel der durch dieses gebotenen gesetzlichen Handhabe nicht immer möglich gewesen, den jeweiligen Bauwerber zur Annahme unseres Verbesserungsvorschlages zu bewegen, immerhin haben solche Fälle unter der Flut eingehender Pläne zu den Ausnahmen gehört. Im vergangenen Jahre haben etwa 250 Planungen eine gutachtliche Überarbeitung von seiten der Geschäftsstelle gefunden. Etwa die Hälfte wurde durch den geschäftsführenden Vorstand mit den ihm beigeordneten Architekten-Hilfskräften erledigt, die andere Hälfte teils durch die ehrenamtliche, teils durch vergütete Mitwirkung von Architekten, deren Zahl seither im Lande 80 betragen hat. Der geschäftsführende Vorstand hält zur Beratung wichtigerer Vorgänge allwöchentlich eine ordentliche Sitzung ab.

Der Gesamtvorstand, der sich aus 36 Mitgliedern, darunter die Herren Ministerialdirektoren bzw. Referenten aus den Ministerien des Innern, der Finanzen und des Kultus, zusammensetzt, tritt etwa allvierteljährlich zusammen. Gutachten von besonderer, namentlich grundsätzlicher Bedeutung, erfahren die unterschriftliche Unterstützung zahlreicher Autoritäten, gegebenenfalls auch auswärtiger, wie dies erst neuerdings bei einem rückständigen aber bedeutungsvollen Plan einer Arbeiterwohnungskolonie durch das liebenswürdige Miteintreten der Herren Dr. Stübben, Eggert und Goecke-Berlin, Dr. Licht-Leipzig und Hofmann-Darmstadt geschehen ist.

Meine Herren! Der Schwerpunkt dieser hier geschilderten und bereits bestens bewährten Tätigkeit zur möglichsten Verhinderung geschmackloser Bauten ist vor allem in dem Nachweis der hierdurch gebotenen wirtschaftlichen Vorteile zu suchen: ohne diesen Nachweis ist schwerlich auf einen Erfolg zu rechnen! Im Mangel der Möglichkeit, diesen Nachweis an einigen markanten Beispielen aus allen Gebieten der Baupraxis an der Hand einiger Lichtbilder Ihnen hier vorzuführen, muß ich mir diesen für heute abend im Anschluß an den Vortrag des Herrn Beigeordneten Schilling vorbehalten.

Einige Schwierigkeiten sollen indessen hierbei nicht unerwähnt bleiben.

Es ist geltend gemacht worden, daß durch die unentgeltliche Darbietung von Abänderungsvorschlägen, von architektonischen Arbeiten überhaupt, den Herren Privatarchitekten eine Art Konkurrenz bereitet würde. Das trifft nicht zu, denn einmal handelt es sich hier um die Massenbewältigung von Projekten, die niemals ein Architekt zu sehen bekommen hätte, die ein Architektenhonorar auch kaum vertragen, zum anderen haben weiteste Schichten der Bevölkerung durch die geschilderte Tätigkeit unserer Beratungsstelle überhaupt erst den Wert einer künstlerischeren, zugleich auf Wirtschaftlichkeit der Planlösung bedachte Architektenmithilfe erfahren; auf diese Weise haben zahlreiche Architekten, die sich ehrenamtlich in unseren Dienst stellten, ein weiteres erspielbares Arbeitsfeld gefunden. Der säch-

sische Heimatschutz will überdies grundsätzlich nicht neue Planungen liefern, sondern durch seine Gutachten und durch Hergabe vorbildlicher Pläne vor allem die Ortsbaumeister zur selbstschöpferischen Tätigkeit anleiten.

Eine weitere und leider nicht geringe Schwierigkeit besteht darin, daß die von der Geschäftsstelle oder von Architekten dargebotenen Abänderungsvorschläge, die ja in der Regel nur im Maßstab 1:100 gezeichnet sind, in der Hand der ausführenden Ortsbaumeister, sei es auf deren eigene Veranlassung, sei es unter dem Einflusse fremder, namentlich Laienwiderstände, verkümmert werden. Diesem Übelstand suchen wir durch den vorzeitigen Hinweis auf diese Gefahren mit dem Ersuchen an die Baupolizeibehörde zu begegnen, die Werkzeichnung im Maßstab 1:50 einzufordern und zur Durchsicht uns einzusenden. Nicht selten tritt auch der Fall ein, daß der Ortsbaumeister die wirtschaftlichen Vorteile, insbesondere die größere Billigkeit der von uns empfohlenen Bauausführung bezweifelt oder womöglich in das Gegenteil zu verkehren sucht. In solchen Fällen haben wir mit Erfolg versucht, auf die Herbeiziehung von Preisangeboten anderer Bauausführender einzuwirken und so den Bauherrn von der Billigkeit unserer Ratschläge zu überzeugen versucht! Neben dieser hier beschriebenen, namentlich für das platt Land wichtigen Tätigkeit zur Verhinderung geschmackloser Bauten handelt es sich nun des weiteren darum, mittleren und kleinen Städten, die nicht in der Lage sind, eine künstlerische Kraft zu halten, Lokalkommissionen zur Verfügung zu stellen, um verschiedene die Stadt beschäftigende Planungen auf ihren bautechnischen, künstlerischen und wirtschaftlichen Wert zu beurteilen.

Solche Abordnungen von Sachverständigen, zu denen auch geordnete Preisrichterausschüsse gehören, sind seither je nach dem vorliegenden Falle aus Mitgliedern des Vorstandes und aus den beteiligten Kreisen gebildet und mit Dank begrüßt worden. Den betreffenden Stadtgemeinden wurden bei diesem Verfahren nur die Barauslagen für Reisekosten angerechnet.

Weiter ist es Aufgabe der Geschäftsstelle und der Landesorganisation, die allgemeine Belehrung über Zweck und Ziele der Heimatschutzbewegung und ihrer schönheitlichen wie wirtschaftlichen Werte, auf deren Bedeutung bereits im vorhergehenden hingewiesen wurde, zu organisieren und unentwegt zu fördern.

Die Kgl. Sächsische Staatsregierung hat dieser Aufgabe schon einige Jahre vor Erlass des Verunstaltungsgesetzes auch hier die tatkräftigste Unterstützung zu teilen werden lassen.

So veranlaßte sie bereits im Jahre 1903 die Direktionen sämtlicher Bau- und Kunstgewerbeschulen des Landes, ihre Schüler anzuhalten, der schlichten Kunstdübung und Bauweise früherer Zeit größere Aufmerksamkeit zu schenken und Aufnahmen solcher Art entsprechend zu verwerten. Die besten der alljährlich eingehenden Schülerarbeiten werden von einem vom Verein für sächsische Volkskunde gestellten Preisgericht durch Ehren- und Geldpreise ausgezeichnet und öffentlich ausgestellt; die Hauptsache aber ist, daß die Schüler bei diesen Arbeiten in die Geheimnisse der überlieferten Bauweise eindringen und deren vorbildlichen Wert schätzen lernen! Das Kgl. Finanzministerium machte in demselben Jahre den Landbauämtern es zur Pflicht, vor Inangriffnahme einer Planung von Staatsgebäuden vorerst die jeweiligen örtlichen und klimatischen Verhältnisse, die Gewohnheiten, Eigen-

tümlichkeiten, Lebensbedürfnisse der Bevölkerung und der früheren Bauweise zu studieren, darnach aber — unbekümmert um die jeweiligen Ansichten der künftigen Bewohner — den Bau in sparsamster Weise zu planen. Ferner bewilligte die Kgl. Staatsregierung gelegentlich von Ausstellungen in Dresden die erforderlichen Mittel, um die probeweise Ausführung eines vorbildlichen landwirtschaftlichen Gehöftes, einer ländlichen Schule sowie mehrerer Arbeiterwohnhäuser zu ermöglichen. Sie führte zur Erleichterung des Baugenehmigungsverfahrens, vor allem aber zur Belehrung der Bauenden selbst, Bausprechstunden ein, die allwöchentlich im Sitze der Baupolizeibehörden abgehalten und dankbar aufgenommen wurden. Durch diese vorzügliche Einrichtung ist die Aufmerksamkeit der Bauenden im Sinne der Heimatschutzbestrebungen vielfach angeregt und die Einführung des neuen Verunstaltungsgesetzes erfolgreich vorbereitet worden. Ebenso unterstützte sie die sozial-wohlfahrtlichen Bestrebungen zur geschmackvolleren Gestaltung des Kleinwohnungsbaues durch Bewilligung von Mitteln, um einen öffentlichen Wettbewerb zur Erlangung von Plänen herbeizuführen, und ordnete an, daß die hierauf eingegangenen preisgekrönten Pläne und Modelle nebst einer weiteren Anzahl von Plänen vorbildlicher Arbeiten bei sämtlichen Amtshauptmannschaften des Landes zur Ausstellung kamen, wobei der Landesverein für die erforderlichen belehrenden Vorträge Sorge trug. Und endlich ist eine Zusammenberufung aller bei den Amtshauptmannschaften betätigten Bausachverständigen für diesen Herbst nach Dresden in Aussicht genommen, um diesen, im Interesse einer einheitlichen Beurteilung der in Frage kommenden kulturellen Werte, einen besonderen Vortrags- und Anschauungskursus über die Grundsätze der Denkmalpflege und des Heimatschutzes, der Städteerweiterung, der Aufstellung von Bebauungsplänen u. a. m. darzubieten.

Wie der Landesverein im übrigen nicht unterläßt, die Kgl. Staatsregierung über alle wichtigen Vorgänge seiner Tätigkeit zu unterrichten, so hat auch die letztere dem Verein gegenüber Anlaß genommen, diesem die Jahresberichte der Amtshauptmannschaften, soweit sie das Gebiet der Denkmalpflege und des Heimatschutzes oder verwandte Fragen berühren, abschriftlich zur Verfügung zu stellen.

Dankbar muß hierbei auch der tatkräftigen und unentbehrlichen Mitwirkung der Presse gedacht werden, die der geregelten Berichterstattung und den andauernden Anregungen von seiten der Landesorganisation immer das größte Interesse entgegengebracht und damit zu dem erfolgreichen Eindringen dieser vaterländischen Bestrebungen in weiteste Schichten der Bevölkerung wesentlich beigetragen hat.

Und nun noch eins, meine Herren!

Jede Kulturbewegung bringt Härten und bei der Unvollkommenheit aller menschlichen Dinge leider auch oft genug Fehlgriffe mit sich. Mancher Übereifer eines an sich vielleicht wohlmeintenden Anhängers unserer Sache hat dieser mehr geschadet als genutzt und namentlich den Behörden wie auch uns selbst und den Baumeistern des Landes heftige Angriffe eingetragen.

Es ist bei Durchführung der Ihnen vorliegenden vom Verband deutscher Architekten- und Ingenieurvereine empfohlenen Maßnahmen zur Durchführung des Gesetzes gegen die Verunstaltung von Stadt und Land das schonendste Vorgehen daher unerlässlich. Der Landesverein Sächsischer

Heimatschutz betrachtet es demgemäß als seine Hauptaufgabe, durch seinen Gesamtvorstand, dem außer hohen Regierungsbeamten auch Mitglieder beider Ständekammern, sowie zahlreiche Bau- und Kunstsachverständige, Vertreter von Gewerbe und Industrie sowie der Landwirtschaft angehören, auf ein harmonisches Zusammenarbeiten aller beteiligten Faktoren hinzuwirken und in wechselseitigem Meinungsaustausch unserer Bewegung eine vom allgemeinen Vertrauen getragene Förderung zu sichern.

Diese Förderung erfährt eine Unterstützung auch dadurch, daß neben dem Gesamtvorstand noch ein Landesausschuß besteht, gebildet aus den Vertretern aller körperschaftlichen Mitglieder, wie beispielsweise der zahlreichen Stadt- und Landgemeinden, der Geschichts- und Altertumsvereine usw., dem alle wichtigeren und Landesangelegenheiten vor der alljährlichen Hauptversammlung unterbreitet werden. Wir schätzen es außerdem als eine wertvolle Unterstützung, daß Professoren der Technischen Hochschule in Dresden, der Forstakademie in Tharandt und der Bergakademie in Freiberg im letzten Winter eine Reihe volkstümlicher Vorträge über die Entstehungsgeschichte des heimatlichen Landschaftsbildes, den Waldschutz, den Schutz der heimatlichen Pflanzen und Tierwelt, des Landschafts- wie Städtebildes veranstalteten und einen weiteren Ausbau dieser Einrichtung ins Auge gefaßt haben.

Eine ähnliche Veranstaltung plant übrigens für den Winter 1909/10 auch unser Landesverein selbst durch Abhaltung von Lichtbildervorträgen, die lediglich den praktischen Aufgaben des Heimatschutzes und der Denkmalpflege gewidmet sein sollen.

Daß die Aufgaben des Naturschutzes und der Pflege der Naturdenkmäler bei all diesen Bemühungen nicht zu kurz kommen, beweisen die zunächst unternommenen Schritte einer allgemeinen Inventarisierung der Naturdenkmäler des Landes. Und wie Handwerk und Industrie künstlerisch beeinflußt werden können, lehren die erfolgreichen Arbeiten auf dem Gebiete der erzgebirgischen Spielwarenindustrie, die in Sachsen eine Bevölkerung von allein etwa 80 000 Köpfen beschäftigt, und lehren ferner die Erfolge bei Wiederbelebung einer alteingesessenen Töpferindustrie in Frohburg-Kohren, wo auf Anregung des Amtshauptmanns Dr. von Hübel und unterstützt von der Kgl. Staatsregierung der Landesverein durch Abordnung künstlerischer Kräfte zu mehrmonatlicher Mitarbeit innerhalb der einzelnen Betriebe nicht nur künstlerisch einen in jeder Hinsicht befriedigenden Erfolg erzielte, sondern auch den beteiligten Handwerkern ein ganz neues, lohnendes Absatzgebiet erschließen konnte. Freilich sind wir mit dem Verband deutscher Architekten- und Ingenieurvereine einig in der Auffassung, daß die Mehrzahl der hier in Vorschlag gebrachten Maßnahmen, namentlich was die Beseitigung der künstlerischen Unzulänglichkeit bei unseren Bauten anlangt, nicht als dauernde, sondern nur als Übergang zu besseren Zeiten zu betrachten sind, bis die künstlerische Erziehung und damit der Sinn für Einfachheit, Natürlichkeit und schlichte Schönheit, die aus den Städte- und Dorfbildern der Vergangenheit wie eine abgeklärte, in sich gefestigte Kulturerscheinung uns so sympathisch entgegentritt, unser Volk, unsere Baumeister und unsere Handwerker derart durchdrungen hat, daß größere Geschmacklosigkeiten von selbst ausgeschlossen bleiben.

---

*Das sächsische „Gesetz gegen Verunstaltung von Stadt und Land“ vom 10. März 1909 (G.- und V.-Blatt S. 219 ff.) hat folgenden Wortlaut:*

§ 1. Die Polizeibehörden (die Amtshauptmannschaften und in Städten mit revidierter Städteordnung die Stadträte) sind befugt, Reklamezeichen aller Art, sowie sonstige Aufschriften, Anschläge, Abbildungen, Be-malungen, Schaukästen und dergleichen dann zu verbieten, wenn sie geeignet sind,

- a) Straßen, Plätze oder einzelne Bauwerke oder
- b) das Ortsbild oder
- c) das Landschaftsbild

zu verunstalten.

Ausf.-Vdg. § 2. Hinsichtlich bereits vorhandener Reklamezeichen usw. ist mit möglichster Nachsicht zu verfahren, namentlich wenn es sich um langjährig geduldete Einrichtungen dieser Art handelt, die bisher noch nicht Anstoß erregt oder zu Beschwerden Anlaß gegeben haben.

§ 2. Die baupolizeiliche Genehmigung zur Ausführung von Bauten und baulichen Änderungen kann versagt werden, wenn durch die Bauausführung ein Bauwerk oder dessen Umgebung oder das Straßen- oder das Ortsbild oder das Landschaftsbild verunstaltet werden würde. Von Anwendung dieser Vorschrift ist abzusehen, wenn durch die Versagung dem Bauherrn ein unverhältnismäßiger wirtschaftlicher Nachteil oder Kostenaufwand erwachsen würde.

Die Genehmigung von Bebauungs- und Fluchtplänen kann versagt werden, wenn durch deren Ausführung das Straßen- oder das Ortsbild oder das Landschaftsbild verunstaltet werden würde.

Ausf.-Vdg. § 3. Als Bauten im Sinne des § 2 Absatz 1 des Gesetzes gelten alle diejenigen Bauten, welche der Baupolizeibehörde zur Genehmigung anzuseigen sind (vergl. § 1 Absatz 2, § 148 des Allgemeinen Baugesetzes vom 1. Juli 1900 — G.- u. V.-Bl. S. 381 —, §§ 33 und 34 der Ausführungs-Verordnung dazu vom 1. Juli 1900 — G.- u. V.-Bl. S. 428 —).

Der Abbruch von Gebäuden oder von einzelnen Teilen solcher fällt nur insoweit unter das Gesetz, als damit eine bauliche Änderung im Sinne von § 2 Absatz 1 verbunden ist.

§ 4. Beabsichtigt die Baupolizeibehörde eine Baugenehmigung auf Grund von § 2 Absatz 1 des Gesetzes zu versagen, so soll sie vorher die Ortsbehörde im Sinne des § 1 Absatz 3 der Ausführungs-Verordnung zum Allgemeinen Baugesetze vom 1. Juli 1900 (G.- u. V.-Bl. S. 428), soweit diese nicht selbst die Baupolizeibehörde ist, dann hören, wenn die Ortsbehörde nicht schon selbst die Baugenehmigung beanstandet hat.

Dieses Gehör ist in der Regel mit der in § 1 Absatz 2 vorgesehenen Verhandlung zu verbinden.

§ 3. Durch Ortsgesetz kann für bestimmte Straßen und Plätze von geschichtlicher oder künstlerischer Bedeutung vorgeschrieben werden, daß die baupolizeiliche Genehmigung zur Ausführung von Bauten und baulichen Änderungen zu versagen ist, wenn durch die Bauausführung die Eigenart des Orts- oder Straßenbildes beeinträchtigt werden würde.

§ 4. Durch Ortsgesetz kann vorgeschrieben werden, daß die baupolizeiliche Genehmigung zur Ausführung baulicher Änderungen an einzelnen Bauwerken von geschichtlicher oder künstlerischer Bedeutung und zur Ausführung von Bauten und baulichen Änderungen in der Umgebung solcher Bauwerke zu versagen ist, wenn deren Eigenart oder der Eindruck, den sie hervorrufen, durch die Bauausführung beeinträchtigt werden würde.

§ 5. Der Beschußfassung über ein Ortsgesetz auf Grund der §§ 3 oder 4 hat die Anhörung von Sachverständigen vorauszugehen.

Auf.-Vdg. § 5. Nach Befinden genügt die Anhörung eines Sachverständigen.

In geeigneten Fällen ist die unentgeltliche Beratung des Vereins „Sächsischer Heimatsschutz, Landesverein zur Pflege heimatlicher Natur, Kunst und Bauweise“ zu Dresden in Anspruch zu nehmen.

§ 6. Auf Ortsgesetze im Sinne der §§ 3 und 4 finden die Bestimmungen der §§ 9 Absatz 1, 10 bis 12 des Allgemeinen Baugesetzes vom 1. Juli 1900 (G.- u. V.-Bl. S. 381 flg.) Anwendung.

§ 7. Die Kreishauptmannschaft kann unter Mitwirkung des Kreisausschusses anordnen, daß ein Ortsgesetz gemäß § 3 oder § 4 erlassen werde.

Wird einer solchen Anordnung nicht innerhalb der vorzuschreibenden angemessenen Frist nachgekommen, so können die entsprechenden Vorschriften durch Verordnung des Ministeriums des Innern aufgestellt werden.

Diese bleiben dann solange in Kraft, bis ein den §§ 3 oder 4 entsprechendes Ortsgesetz erlassen worden ist.

§ 8. Bei Gefahr im Verzuge können in den Fällen der §§ 3, 4 oder 7 durch die Kreishauptmannschaft einstweilige Vorschriften erlassen werden.

Diese Vorschriften verlieren ihre Wirkung, wenn nicht binnen sechs Monaten ein entsprechendes Ortsgesetz oder eine Verordnung nach § 7 Absatz 2 in Kraft tritt.

§ 9. Falls bei Durchführung von Bestimmungen nach §§ 3, 4 oder 7 dem Bauherrn ein unverhältnismäßiger wirtschaftlicher Nachteil oder Kostenaufwand erwächst, ist nach Gehör der Gemeindevertretung oder des Guts-herrn von Anwendung der betreffenden Bestimmungen dann abzusehen, wenn die geplante Bauausführung dem Gepräge des Bauwerkes oder seiner Umgebung im wesentlichen entsprechen würde.

§ 10. Im Rekursverfahren vor der Kreishauptmannschaft sind in der Regel mindestens drei Sachverständige zu hören.

Auf.-Vdg.: § 6. Als Sachverständige im Rekursverfahren sollen der Kreishauptmannschaft bis auf weiteres dienen

- a) der bei ihr in Pflicht stehende Bausachverständige,
- b) ein der Kreishauptmannschaft vom Verein „Sächsischer Heimatsschutz“ nebst einem Stellvertreter zu benennender, tunlichst am Sitze der Kreishauptmannschaft wohnender Vertrauensmann dieses Vereins,
- c) ein je nach Art des Falles von der Kreishauptmannschaft zu berufender Angehöriger desjenigen industriellen, gewerblichen, landwirtschaftlichen oder sonstigen Fachkreises, in dessen Bereich die zu begutachtende Angelegenheit fällt.

Die Beratung der Sachverständigen soll möglichst gemeinsam unter Leitung der Behörde erfolgen.

§ 7. Die Kreishauptmannschaft hat alljährlich im voraus nach Gehör des Kreisausschusses aus den hauptsächlich in Frage kommenden Fachkreisen (§ 6 Absatz 1 unter c) eine Liste derjenigen Personen aufzustellen, die bei den im Laufe des Jahres zu behandelnden Rekurs-sachen als Sachverständige herangezogen werden können und zur Übernahme dieses Amtes bereit sind.

§ 8. Die in § 6 Absatz 1 unter b und c bezeichneten Sachverständigen sind bei ihrer erstmaligen Inanspruchnahme durch Handschlag für ihr Amt in Pflicht zu nehmen.

Ihre Tätigkeit ist ehrenamtlich, es sind ihnen jedoch etwaige Reisekosten in derselben Höhe wie den Mitgliedern des Kreisausschusses zu vergüten (vergl. § 29 der Verordnung, die Ausführung des Gesetzes über die Organisation der Behörden für die innere Verwaltung vom 21. April 1873 usw. betreffend, vom 20. August 1874 — G.- u. V.-Bl. S. 113 —).

§ 11. § 90 Absatz 2 Satz 1 des Allgemeinen Baugesetzes vom 1. Juli 1900 wird aufgehoben.

§ 12. Die Ausführung dieses Gesetzes wird dem Ministerium des Innern übertragen.

## D. Bauordnungen, Baupolizei und Ortsstatute

### Landesbauordnungen

**Mannheim 1907**

### Über die badische Landesbauverordnung

**Referent: Professor Stürzenacker-Karlsruhe:**

Meine hochgeehrten Damen und Herren! Sie haben soeben von Herrn Oberbürgermeister Struckmann aus Hildesheim den erfreulichen Bericht eines Kapitels über „Denkmalpflege und Baupolizei“ gehört, und Sie erlauben mir wohl als Süddeutschem, daß ich daran anknüpfend einige Bemerkungen mache über das, was bei uns gegenwärtig auf dem Gebiete der Baupolizeiverordnung im Sinne der Denkmalpflege gilt. Als vor einigen Tagen der Herr Vorsitzende bei mir anfrug, ob ich bereit sei, über diesen Gegenstand zu sprechen, habe ich zögernd angenommen, aber angenommen aus zwei Gründen; erstens weil ich mir sagte, im Interesse der ganzen Sache ist es durchaus erfreulich, wenn dieser Gegenstand von verschiedenen Seiten, von verschiedenen Ländern aus behandelt wird, und weil ich mir weiter sagte, es ist ja in diesem Falle auch ein Akt der Gastfreundschaft, eine Dankspflicht, wenn wir Sie, die Sie im badischen Lande versammelt sind, einigermaßen unterrichten über das, was man bei uns über Denkmalpflege denkt und was wir in der Denkmalpflege selbst vorhaben.

Ich rede also hier nur als Süddeutscher, aber nicht allein als Badener; ich will Ihnen verraten, daß Baden und Württemberg, was die Bauordnung anlangt, zurzeit so ziemlich auf denselben Standpunkt stehen. In Württemberg wird gegenwärtig eine neue Landesbauverordnung vorbereitet; auch die badische Landesbauverordnung liegt in zwei, vielleicht auch in drei Entwürfen vor, und es decken sich die ästhetischen Prinzipien der beiden Bauordnungen so ziemlich.

Ich möchte das Thema „Baupolizei und Denkmalpflege“, da mir nur eine kurze Zeit zur Behandlung dieses Gegenstandes gegeben ist, in vier kurze Teile zerlegen: Ich möchte Ihnen zunächst sagen, was bei uns unter Baupolizei verstanden wird, dann die Ziele der Landesbauverordnung angeben, welches die Mittel sind, die der Baupolizei zurzeit an die Hand gegeben werden, und welches die Mittel sind, die vielleicht noch im Interesse einer sachgemäßen Durchführung der Baupolizei im Sinne der Denkmalpflege an die Hand zu geben sind.

Als Baupolizeiorgan gilt bei uns in Baden die Ortsbaukommission in Verbindung mit dem Bezirksamt. Die eine eine beratende, beaufsichtigende und prüfende Behörde, das Bezirksamt auf Grund dieser Prüfung und Beratung die entscheidende. Die Ortsbaukommission setzt sich zusammen, je nachdem die Ortspolizeibehörde unter staatlicher Aufsicht steht oder je nachdem sie unter gemeindlicher Aufsicht steht, aus dem betreffenden Bezirksbeamten als Vorsitzendem, aus verschiedenen Gemeinderäten als Beisitzern und aus dem Orts- oder Bezirksbaukontrolleur; im zweiten Fall hat den Vorsitz im allgemeinen der Bürgermeister, dem verschiedene Gemeinderäte und im Notfalle, wenn kein Fachmann unter ihnen vorhanden ist, der eine oder andere Fachmann zur Seite stehen. Auch die Ortsbaukommission, die unter staatlicher Aufsicht steht, kann je nach Ermessen derselben und des Bezirksamtes durch sachverständige Mitglieder, die auf die Dauer von sechs Jahren gewählt werden, ergänzt werden. Im übrigen kann sie in wichtigeren Fällen auch noch den Landeskonservator hören und es kann, wenn nötig, auch noch eine Kunstkommission oder eine Sachverständigenkommission für die einzelnen Orte oder Bezirke gebildet werden. Ich komme auf diesen Punkt später noch zurück. Ich habe ihn nur vorweggenommen, weil damit die Personenfrage im wesentlichen erledigt ist.

Wenn ich nun an der Hand der neuen Bauverordnung die Aufgaben betrachte, die diesen Behörden gestellt sind: Erweiterung von Orten, Wegeanlagen, Baufluchtfeststellung, Bauanlagen unter charakteristischer Wahrung der örtlichen Verhältnisse, ferner Ernennung, Bildung von Kunstkommissionen und nicht zum Schluß dann auch die Erteilung von Dispensen — und ich glaube, gerade mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Denkmalpflege ist diesem letzten Punkt eine größere Beachtung zu schenken, weil gerade die Fragen der Denkmalpflege etwas heikler Natur sind und nur von Fall zu Fall entschieden werden dürfen —, so sind das in der Hauptsache ästhetische Fragen, die diese Baupolizeibehörden zu entscheiden haben. Als praktische Beispiele will ich nur zwei Aufgaben nennen, die namentlich in der letzten Zeit nicht nur in Baden, sondern auch außerhalb Badens eine große Rolle im Ortsbild spielen, nämlich den Bau von Schulhäusern einerseits und den Wiederaufbau abgebrannter Teile von Ortschaften andererseits. Bisher ist es ja so gewesen, daß, wenn eine Ortschaft abgebrannt ist, jeder, der ein Haus besessen, getrachtet hat, es möglichst schnell wieder aufzubauen, und im allgemeinen sind die verschiedenen Bewohner des Ortes zu einem und demselben Baumeister gegangen: dann ist ziemlich gleichmäßig darauflos gebaut worden, und das Resultat steht mancherorts genugsam vor Augen. Ich erinnere mich dabei an einen schönen Ort, Werfen im Salzkammergut, dessen eine Straßenseite noch das alte schöne Stadtbild darstellt, während die andere vor 25 Jahren neu aufgebaut ist: glatte Häuser mit Backstein verkleidet und womöglich zur Ver-

zierung des ganzen Hauses noch ein Giebel in der Mitte. Auf der einen Seite der Straße das geschmackvolle Haus des Obersalzkammergutes, auf der anderen eine geschmacklose Architektur, von der man die Augen gerne wegwenden möchte. Solcherart haben auch wir manche Orte im Badischen, die auf diese Weise auferstanden sind, und ich möchte gerade hierbei den Wunsch anschließen, daß der in den allerletzten Tagen abgebrannte, vielbesuchte und herrlich gelegene Kurort St. Märgen auf des Schwarzwalds Höhe vor einem ähnlichen Geschick verschont bleibe. Als zweites praktisches Beispiel habe ich die Schulbauten im Auge. Meines Wissens ist oder wird eine neue Schulordnung im badischen Lande eingeführt, und an der Hand dieser wird es auch notwendig sein, im badischen Land neue Schulhäuser zu bauen; da sollte doch jede Gemeinde den Bewohnern, an die man das Ansinnen stellt, schön zu bauen, selbst mit gutem Beispiel vorangehen und einen Bau hinstellen, der dem Sinn der Denkmalpflege und Ästhetik entspricht. Es handelt sich ja dabei nicht um ein Geldopfer nach der Plusseite, sondern im allgemeinen kommt es, nach meiner Erfahrung wenigstens, bei Schulhäusern meist auf ein Minus hinaus; denn Einfachheit ist bei diesen Dingen immer der oberste Grundsatz.

Wenn ich nun weiterhin auf diejenigen Mittel eingehe, die der Baupolizei zur Erfüllung ihrer verschiedenen Aufgaben zurzeit an die Hand gegeben sind, so steht hier in erster Linie die neue badische Landesbauverordnung, die jetzt in dem zweiten Entwurf vorliegt und die voraussichtlich in Bilde zur Durchführung kommen wird. Diese Landesbauverordnung vereinigt Hochbauten aller Art in sich und nimmt als weiteres Kapitel auch den Schutz von Denkmälern mit auf. Diese bilden keine besondere Abteilung, sondern sind sinngemäß den einzelnen Abschnitten eingefügt oder angefügt. Baden beschreitet also nicht den Weg, den der Nachbarstaat Hessen schon gegangen ist, sondern versucht auf Grund der Landesbauverordnung und auf Grund der Prüfung jedes einzelnen Falles durch Staat und Bauherrn die Fragen von Fall zu Fall zu lösen. Die Landesbauverordnung — selbstverständlich nehme ich da immer nur Bezug auf Fragen der Denkmalpflege, technische Dinge spielen ja hier weiter keine Rolle — spricht von Straßenherstellung und Ortsbildern, von Schindeldächern und Strohdächern, von Traufgößchen und Brandmauern, von Bau- und Naturdenkmälern. Die Neu-anlage von Orten, Ortserweiterung und Straßenanlage, ein Kapitel, das im ersten Entwurf noch vorhanden ist, ist im zweiten Entwurf gefallen und soll in einem eigenen Abschnitt vereinigt werden. Soweit mir die Bestimmungen des ersten Entwurfs in Erinnerung sind, bedeuten sie gegenüber denen seither einen bedeutenden Fortschritt insofern, als in diesen Bestimmungen schon darauf aufmerksam gemacht wird, daß man jeweils der charakteristischen Eigenart des Landes, den Erwerbsverhältnissen des Landes, den vorhandenen Straßen usw. Rechnung zu tragen hat und daß danach die Anlage neuer Ortsbilder erfolgen soll. Es ist früher — damit ich nicht alles lobe — in der Landesbauverordnung auch ein Passus vorhanden gewesen, den ich nicht billigen kann, nämlich das Bestreben, bei Neuherstellung von Straßen möglichst die gerade Linie zu vermeiden. Es ist das allerdings ein moderner Geschmack, der seit sechs oder acht Jahren namentlich im Anschluß an die alten Stadtbilder vorherrschend geworden ist, aber es ist vielleicht auch eine Laune, die vorübergehen wird, und da sollte man doch vorsichtig sein und lieber

diesen Satz weglassen, denn ich kann mir gut vorstellen, daß ein kleiner Ort oder eine Stadt auch sehr schön aussehen kann, wenn die Straßen gerade sind: selbstverständlich gehört dazu, daß derjenige, der den Ort ausbaut, geschmackvoll baut und eine gesunde Phantasie hat. Ich denke dabei momentan an einen bei uns im Schwarzwald entstandenen hundertjährigen Herrnhutersitz, die Gemeinde Königsfeld, die im Sommer sehr besucht wird von Gästen, auch außerbadischen. Die Straßen sind gerade und führen gerade hinaus auf den Friedhof; ich kann mir nicht denken, daß das Bild schöner geworden wäre, wenn die Straßenlinie eine gebrochene wäre. Selbstverständlich kann man dem auch Fälle gegenüberstellen, in denen das gebrochene Straßenbild den Vorzug hat. Die Sache ist eben auf die eine und die andere Weise zu lösen.

Weiterhin ist die Rede von Schindeldächern und Strohdächern, und vorhin ist beim Herrn Vorredner auch davon die Rede gewesen, daß ein Herr aus Worpswede ein feuersicheres Strohdach sich hat patentieren lassen. Da möchte ich mitteilen, daß Versuche damit auch schon in Baden gemacht und gute Erfolge erzielt sind. Ich kann hier allerdings keine Verantwortung übernehmen, sondern „relata refero“. Es ist für bestimmte Landesgegenden ja geradezu empfohlen, daß man vom Schiefer- und insbesondere dem Falz-ziegeldach wieder abkommt und zur charakteristischen Bauweise des Strohdaches, die bestimmten Gegenden heimisch ist, zurückkehrt. Und wenn sich das Obengesagte bewährt, so bedeutet das ja einen großen Fortschritt; denn wenn ja vielleicht auch auf der einen Seite dem Strohdach nachgesagt werden muß, daß es nicht besonders feuersicher ist, so findet der Bauermann doch andererseits einen Vorteil darin, daß das Strohdach im Winter ganz gehörig warm und im Sommer gehörig kühl hält; ich habe neulich im Unterlande wieder ein neu gedecktes Strohdach gesehen, bei dem wir beide, ich und der Herr, der es neu gedeckt hat, unser helles Pläsier gehabt haben.

Weiterhin ist in der Landesbauverordnung von den Baufluchtliniien die Rede, und dabei möchte ich auf einen Paragraphen der württembergischen Landesbauverordnung hinweisen, in dem es ausdrücklich heißt, man solle als Baufluchtlinie bei Ortsstraßen nicht unbedingt diejenige ansehen, an die das Haus gestellt werden muß, sondern sie solle nur die Grenze bezeichnen, bis zu der ein Haus herausgerückt werden darf. Es kann wohl dahintergestellt werden, es darf aber nicht davorgestellt werden. Dadurch ist es möglich, daß in kleinen Orten die staffelförmige Bauweise wieder auflebt, daß die Straße sich in der Mitte verbreitert, an anderen Stellen zurücktritt, daß sich malerische Ecken und Winkel bilden. Dinge, die natürlich nicht möglich sind, wenn die Baulinie nur angibt, auf dieser Linie muß das Haus stehen: wenn die Häuser wie die Soldaten nebeneinander stehen, so kann das ein erfreuliches Bild niemals abgeben.

Daß die Landesbauverordnung im übrigen nur die Grundlage sein soll, auf der weitergebaut wird, hat sie selbst ausdrücklich anerkannt, indem sie in einem Passus sagt, es wird den einzelnen Gemeinden anempfohlen, auf Grund dieser Landesbauverordnung ortsstatutarische Bestimmungen zu erlassen, behufs Berücksichtigung der Erwerbsverhältnisse, der klimatischen Verhältnisse, des Terrains usw. Es ist ja in dieser Beziehung bisher wenig geschehen und man hat in dieser Beziehung noch wenig Erfreuliches gesehen. Was geschehen ist, ist in einzelnen Orten geschehen auf Grund des Straf-

polizeigesetzbuches vom Jahre 1904, wonach die Gemeinden berechtigt sind, Bestimmungen zu erlassen, die verhindern, daß die Schönheit der Natur oder die Schönheit von Baudenkmälern beeinträchtigt werde. Auf Grund dieses Polizeistrafgesetzbuches hat die Gemeinde Heidelberg 1905 ortsstatutarische Vorschriften erlassen, wonach in gewissen Gegenden durch Reklameschilder, durch Neubauten usw. die Schönheit der Natur nicht beeinträchtigt werden darf, und es hat meines Wissens im gleichen Jahr auch die Gemeinde Freiburg ähnliche Bestimmungen erlassen. Weiter sind zurzeit mit dieser Frage beschäftigt Mannheim, Konstanz, Überlingen, Karlsruhe und andere mehr, und ich will nur hoffen und wünschen, daß dies Streben auch für die Gegend, durch die ich heute gefahren bin, eine erfreuliche Wendung bildet und daß eine nicht allzu weit von Mannheim stehende Reklanetafel von ungefähr 150 Quadratmeter möglichst bald verschwindet. (Heiterkeit.)

Diesen Bestimmungen stehen nun zur Seite die Erlasse für die Pfleger, die von seiten des Staates 1899, von seiten der Erzbischöflichen Kurie 1894 erlassen worden sind, wobei in letzteren insbesondere auf den Schutz von Grabmalen und auf den Schutz von Wandmalereien aufmerksam gemacht wird. Es werden alle diejenigen Maßnahmen angegeben und ziemlich genau präzisiert, mit denen man vorgehen soll bei Entdeckung von Wandmalereien und beim Finden oder Versetzen von Grabsteinen an alten Kirchen, wie man sie wiederherstellen und weiterhin für die Zukunft behandeln soll.

Soweit die Verordnungen, Erlasse und Bestimmungen, die dazu dienen, den Zweck der Denkmalpflege selber auf Grund einer Landesbauverordnung zu fördern! Außer diesen kommen natürlich auch die einzelnen Personen selbst in Betracht, und da spielen denn eine große Rolle der Ortsbaukontrolleur, die Ortsbaukommission, die Bezirksbauinspektion, eventuell auch noch eine Kunstkommission und selbstverständlich auch das Ministerium mit den Referenten, das in gewissen Fällen auch mitzuentscheiden hat, und als weiter den Gedanken der Denkmalpflege fördernd im indirekten Sinne die einzelnen Vereine: Verschönerungsvereine, Altertumsvereine, Verkehrsvereine, die selbstverständlich nicht alle mit gleichem Maß dieses Ziel verfolgen, die aber bei uns im badischen Lande doch schon manches auf dem Gebiet der Denkmalpflege erreicht haben. Ich denke dabei z. B. an die Gemeinde Gengenbach in der Nähe von Offenburg, ich denke an andere Gemeinden, wie Schönau und Wertheim.

Betrachtet man die Landesbauverordnung im großen und ganzen, so hat man wenigstens das Gefühl, daß sie einen Fortschritt gegenüber bisher bildet insofern, als sie eine allgemeine gewisse Handhabe bietet, auf Grund deren man Fragen und Bedenken in der Denkmalpflege bei Besitzern von Denkmälern lösen kann, allerdings zum größten Teil auf Grund von ortsstatutarischen Bestimmungen, die je nach den bestimmten Fällen individuell erlassen werden müssen. Denn es ist ja ein eigenes Ding mit diesen Dingen! Jedes Denkmal ist anders geartet, jede Aufgabe der Denkmalpflege in jedem Ort ist anderer Natur, es sprechen so und so viele Nebenmomente noch mit: wenn man verschiedene Personen hört, so wird der eine unter Umständen das für ein Denkmal halten, was der andere ignoriert, der eine wird das für bedeutend halten, worüber der andere vielleicht weggeht, usw.

Deshalb wäre meiner Ansicht nach als erstes Mittel, das den Gedanken der Denkmalpflege heben und fördern kann, einzuleiten ein Sammelwerk, das

für jede Gemeinde aufzustellen wäre und das in Württemberg auch schon in Vorbereitung ist, das im großen und ganzen wenigstens diejenigen Gebäude und Gegenstände anführt, die im einzelnen Fall der Pflege und der besonderen Beachtung würdig sind. Meines Wissens ist auf diesem Gebiet seinerzeit Nürnberg vorangegangen. Nürnberg hat jedes einzelne Haus aufgesucht, hat nachgesehen, ob in diesem Hause Denkmäler vorhanden sind und ob das einzelne Haus selber in Einzelteilen oder als großes Ganzes ein Denkmal bildet, und hat dann auf Grund dieser Untersuchung ein größeres Werk angelegt und die geistigen Bauwerke dieser Häuser dem betreffenden Amt, der Staatsbehörde oder Gemeindebehörde gegeben. Diese Akten sind mit roten Umschlägen versehen, damit man im Einzelfall sofort darauf aufmerksam werden kann; man weiß dann sofort, das ist z. B. ein Aktenfaszikel über ein Haus, bei dem eine besondere Beachtung und Überlegung notwendig ist. Bei uns wird ja das badische Inventarisationswerk zurzeit mit großen Mitteln gefördert; meines Wissens sind auch in diesen Haushalt wieder 15 000,- eingesetzt zur Fortsetzung desselben; es müßten aber solche Sammelwerke in jeder kleinen Gemeinde entstehen in allgemeinfäßlicher Form. Ich will nur daran erinnern, daß ja der Begriff eines Denkmals selbst noch gar kein bestimmter ist, wenigstens nicht bei allen Nationen. Die eine Nation hält für ein Denkmal das, was eine andere verwirft. Es ist ja bei einer früheren Tagung, 1900 oder 1901, von einem der anwesenden Herren der Grundsatz aufgestellt worden, daß in Deutschland das als Baudenkmal gelten solle, was zurzeit ein Alter von mindestens 100 Jahren hat, in Italien gilt als Baudenkmal, was ein Alter von mindestens 50 Jahren und einen geschichtlichen oder kunstgeschichtlichen Wert hat, es gilt in Ungarn — und das ist mir die sympathischste Definition — als Baudenkmal, was entweder über oder unter dem Boden vorhanden ist und einen gewissen künstlerischen oder kunstgeschichtlichen Wert hat. Das letzte ist meiner Ansicht nach die richtige Definition, denn man sollte dies nicht von einer Spanne von Jahren abhängig machen. Ich denke z. B. an Karlsruhe. Das Rathaus hat mit anderen Bauten der Stadt am Anfang des vergangenen Jahrhunderts ihr Gepräge gegeben, es würde nach jener ersten Definition erst nach 100 Jahren als Denkmal gelten, und doch hat gerade die Stadt Karlsruhe jetzt zum Schutz dieser Denkmale ortspolizeiliche Vorschriften erlassen, damit aus Rücksicht auf diese Denkmale in bestimmten Gegenden nur in ganz bestimmter Weise gebaut werden solle. Also so verschieden die Ansichten, die Definitionen, so verschieden werden auch die Aufgaben sein, und sie alle in ein Kleid zu kleiden, wird unmöglich sein.

Als nächstes Mittel, was unter Umständen die Pflege der Denkmäler noch fordern kann — ich denke dabei nicht allein an die Pflege der alten Denkmäler, sondern im Sinne der Gesamtdenkmalpflege auch an Neubauten —, sollte selbstverständlich dem Bauermann Gelegenheit dazu gegeben werden, daß er sich an einer bestimmten Stelle, wenn es notwendig ist, Rats holen kann. Wenn ein Bauermann sich nach unserer Landesbauverordnung und deren Folgen einen Entwurf machen läßt — es heißt ja nach der Landesbauverordnung: Für bestimmte Gegenden und Stadtteile können bestimmte Ansprüche gestellt werden —, so liefert der Bauermann im Entwurf wahrscheinlich ein Schema von einem Architekten und Baumeister seines Ortes, und will man die Sache gerecht behandeln nach den Bestimmungen, so wird

der Entwurf verworfen werden müssen, auch ein zweiter Entwurf wird zurückgewiesen werden müssen, und der Bauersmann wird dann schließlich ratlos dastehen. Wenn er dann noch mit einem etwas geschäftskundigen Architekten es zu tun hat, so wird dieser ihm für jeden Entwurf so und so viel berechnen: der Bauersmann würde schließlich in die Stadt zu einem berühmten Architekten gehen müssen und für schweres Geld einen dritten Entwurf von ihm machen lassen. Selbstverständlich kann ihm solches nicht zugemutet werden, sondern es muß eine Stelle vorhanden sein, an der er sich Rats holen kann, nicht in dem Sinne, daß er sich dort sein ganzes Haus im Entwurf fertigstellen läßt, sondern daß er unter Umständen mit seinem Stadt- oder Privatbaumeister hinkommen und sich beraten kann; diese Stelle gibt ihm die betreffenden Direktiven und Ratschläge, und an diese Stelle muß er mit Liebe gehen: sie darf den betreffenden Ortsbaumeister nicht bevormunden, sondern soll mit ihrem Rate nur unterstützen. Das ist eben bis zu einem gewissen Grade ein wunder Punkt in der Frage der Denkmalpflege. Selbstverständlich gehört dazu andererseits auch ein gefühlvolles Eingehen derjenigen, denen Ausübung und Beaufsichtigung der Baukunst auf dem Lande übertragen ist: deshalb ist es notwendig, daß die Bezirksbaukontrolleure, die Bezirksbauinspektoren und damit zusammenhängend auch die Landeskonservatoren den richtigen Sinn für Denkmalpflege haben; von den letzteren ist das ja wohl anzunehmen, aber nicht immer von den ersten. Da müßte also irgendwie der Sinn für Denkmalpflege geweckt werden, durch persönliches Studium, durch entsprechende kurze Vorträge an der Baugewerkeschule und an der Hochschule.

Als letztes, wohl nicht zu unterschätzendes Moment zum Zwecke der Durchführung dieser Verordnungen im Sinne einer Denkmalpflege gilt allerdings auch selbstverständlich ein Eingreifen des Staates selber, und zwar nicht nur in technischer und praktischer, sondern auch in finanzieller Beziehung. Das ist ein Grundsatz, nach dem bisher im badischen Lande gehandelt worden ist. Man hat von Fall zu Fall die Fragen entschieden und den betreffenden Bauherrn beraten, und wenn es notwendig und angemessen war, ihm auch einen Zuschuß gegeben: denn man kann ja nicht jedem, der zufälligerweise ein altes Schloß oder eine Burg in seinem Besitz hat, zumuten, daß er diese Dinge immer in entsprechenden Stand setzt oder erhält, sondern man muß ihn eine staatliche Unterstützung zu teil werden lassen. Denn daß diese Dinge als beredtes Bindeglied zwischen Vergangenheit und Gegenwart, als geschichtliche Überlieferung festgehalten werden müssen und daß der Staat an diesem Gemeingut der Nation ein großes Interesse hat, ist im badischen Lande immer zum Ausdruck gelangt, teils durch praktische, teils durch theoretische Unterstützung. Der Staatshaushalt weist im vorliegenden Budget bis zu 40 000 „fl. im Extraordinarium dafür auf, überdies im Ordinariuum noch eine größere Summe für die Instandsetzung einzelner Bauten und einzelner Werke der Malerei und der Plastik.

Selbstverständlich kann eine Landesbauverordnung ein Denkmalschutzgesetz zurzeit nicht vollständig ersetzen, sie ist nur in der Lage, den Denkmalschutz einstweilen in geordnetere Bahnen zu lenken, und insofern ist sie einstweilen zu begrüßen, denn eine gesunde Baukunst kann sich nur da entfalten, wo die Bauordnung eine zeitgemäße ist, wo Techniker und Handwerker den Wert der Tradition anerkennen und wo auch ein gewisses Interesse für

diese Fragen bei der Bevölkerung vorhanden ist. Denn wo ein Interesse, da ist auch Achtung, und wo Achtung, da ist auch Denkmalpflege!

Herr Baurat Professor Levy-Karlsruhe: Ich wollte vor allem bemerken, daß der Wunsch des Herrn Referenten, die Landesbauordnung möge bald erscheinen, bereits in Erfüllung gegangen ist. Die Landesbauordnung ist am 1. September im Gesetzes- und Verordnungsblatt erschienen, auch bereits im Buchhandel zu haben, und wird am 1. November in Kraft treten. Die Landesbauordnung ist als Verordnung erschienen, wie die bisherige, im Jahre 1869 erlassene, nicht als Gesetz. Eine Verordnung hat gegenüber einem Gesetz den Vorteil, daß sie weniger starr ist und daß sich leichter Änderungen treffen lassen, die im Interesse der Sache geboten sind und die beim Fortschreiten der Technik geboten erscheinen könnten. Solche Änderungen kann die Behörde vornehmen, die die Verordnung erlassen hat, also das Ministerium des Innern.

Die Verordnung stützt sich in den hier in Betracht kommenden Fragen in der Hauptsache auf den § 116 des Polizeistrafgesetzbuches, den ich leider nicht wörtlich anführen kann; ich war auf diese Frage nicht vorbereitet. Ungefähr heißt der Paragraph so: „.... Es wird bestraft, wer den Vorschriften hinsichtlich der Feuersicherheit, der Festigkeit, Gesundheit, der Baulinie sowie den ortspolizeilichen Vorschriften zuwiderhandelt.“ Die ästhetischen Momente sind nicht berücksichtigt. Es ist also nicht möglich, auf Grund dieser gesetzlichen Bestimmung direkt eine Verordnung über ästhetische Fragen, also auch über Denkmalschutz, zu erlassen. Wohl aber ist es möglich, daß in örtlichen Bauordnungen solche Bestimmungen erlassen werden, und diese örtlichen Bestimmungen sind gedeckt durch die genannte Bestimmung des § 116 des Polizeistrafgesetzes. Mehr konnte also die Landesbauordnung nicht tun, als darauf hinzuweisen, daß die örtlichen Bauordnungen Vorschriften über Denkmalschutz erlassen können und sollen. Man hat aber nicht unterlassen, an jeder Stelle, die dazu geeignet schien, die Notwendigkeit des Denkmalschutzes und die Pflege der bodenständigen Bauweise zu betonen.

Als Mitarbeiter bei dem Entwurf der Verordnung möge mir nun gestattet sein, auf einige von dem Herrn Referenten erwähnte Einzelheiten einzugehen. Was die Gebäude mit Strohdächern betrifft, so hat man gerne die Gelegenheit ergriffen, dieser bodenständigen Bauweise wieder freiere Bahn zu schaffen. Es war nötig, daß von Seiten der Regierung etwas geschah, denn man hat draußen im Lande nicht überall, auch auf Seiten der Beamten, das nötige Verständnis für diese Frage gehabt. Es ist mir bekannt, daß durch einen Beamten die Ansicht vertreten wurde, jede Gemeinde, in der sich noch viele Strohdächer befinden, könne im allgemeinen als rückständig gelten. Es ist in der Landesbauordnung Vorkehrung getroffen, die geeignet ist, solchen Meinungen möglichst zu begegnen. Die Landesbauordnung sieht — ich kann ebenfalls für die Zahl nicht einstehen — vor, daß bei Bauten auf derselben Hofreite Strohdächer auf alle Fälle erstellt werden dürfen, und auch in anderen Fällen, wenn das betreffende Gebäude, ich glaube 40 m von anderen Gebäuden entfernt ist. Für badische Verhältnisse bedeutet das sehr viel, da wir sehr viele Orte mit zerstreuter Bauweise haben. Dasselbe, was für Strohdächer gesagt ist, gilt auch für Schindeldächer. Die Frage der

Imprägnierung von Strohdächern hat das Ministerium des Innern bereits des öfteren beschäftigt. Bis jetzt ist man zu einem Resultat noch nicht gelangt: man wird aber nicht verfehlten, mit Herrn Hans am Ende bezüglich seiner Erfindung in Verbindung zu treten.

Auch die Schindelverkleidungen wurden in der Landesbauordnung eingehend behandelt. Bisher waren Schindelverkleidungen entgegen der ortsbülichen Bauweise nur gestattet als kleine Verzierungen; jetzt werden Schindelverkleidungen für ganze Gebäude in weitgehender Weise unter gewissen Vorkehrungen zugelassen. Bei einem SchindelmanTEL aus kleinen, sogenannten Fassonschindeln wird ein mehrmaliger Ölfarbenanstrich als genügender Feuerschutz angesehen. Es sollen andere, neuere Vorkehrungen (Feuerschutzmittel) nicht ausgeschlossen sein.

Was die Bemerkung des Herrn Professor Stürzenacker betrifft, im ersten Entwurf sei angenommen gewesen, die Baufluchten sollten keine geraden Linien bilden, so erinnere ich mich dessen nicht. Ich weiß nur noch, daß in einem Entwurf die Bestimmung enthalten war: „Wenn Gebäude hinter der Bauflucht zurückliegen, so soll die Straßenseite parallel mit der Bauflucht sein.“ Diese Bestimmung ist aber wieder beseitigt worden, weil man sich später darüber klar wurde, daß sich auch hübsche Straßenbilder ergeben können, wenn die Gebäude nicht parallel mit der Straße stehen.

Was die Frage des Samuelwerks betrifft, so kann sie nicht durch baupolizeiliche Maßregeln gefördert werden. Die Baupolizei untersteht dem Ministerium des Innern, die Frage der Denkmalpflege jedoch dem Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts.

## Städtische Bauordnungen und Baupolizei

Mainz 1904

Referent: Professor Frentzen-Aachen: \*)

Meine Herren! Im Anschluß an die beiden Berichte, welche auf dem vorigen Tage für Denkmalpflege die Herren Geheimer Baurat Stübben und Geheimer Oberbaurat Professor Hofmann über die wünschenswerte Berücksichtigung der alten Baudenkmale bei der Festlegung von Straßenfluchlinien

\*) Es waren folgende Leitsätze zu den Berichten der Herren Professor Frentzen und Geh. Baurat Stübben über die Bauordnungen in Beziehung zur Denkmalpflege aufgestellt:

Der Fünfte Tag für Denkmalpflege empfiehlt den zuständigen Staats- und Gemeindebehörden, Neu- und Umbauten in der Umgebung hervorragender, kunstgeschichtlich bedeutsamer Baudenkmäler und im Gebiete ebensolcher Straßen und Plätze der baupolizeilichen Genehmigung auch in dem Sinne zu unterwerfen, daß sich diese Bauausführungen in ihrer äußeren Erscheinung harmonisch und ohne Beeinträchtigung jener Baudenkmäler in das Gesamtbild einfügen.

Dabei wird darauf hingewiesen, daß zur Erzielung dieser notwendigen Harmonie hauptsächlich die Höhen und Umrißlinien, die Gestaltung der Dächer, Brandmauern und Aufbauten, sowie die anzuwendenden Baustoffe und Farben der Außenarchitektur maßgebend sind, während hinsichtlich der Formgebung der Einzelheiten künstlerischer Freiheit angemessener Raum gelassen werden kann.

Er empfiehlt ferner zur Beurteilung der einschlägigen künstlerischen und kunstgeschichtlichen Fragen die Zuziehung eines sachverständigen Beirates aus Vertretern der Baukunst, der Kunstgeschichte, der staatlichen Denkmalpflege und des kunstsinngigen Laienelementes.

erstatteten, erlaubte ich mir damals darauf hinzuweisen, daß die augenfällige Beziehung eines solchen Bauwerkes zum Straßenbilde nicht allein durch seine Lage zur Fluchlinie dieser Straße bestimmt wird, sondern daß bei den unvermeidlichen Veränderungen, die ein solches Straßenbild im Lauf der Zeiten in seinem Aufriß in seiner Vertikalansicht erfährt, Rücksicht genommen werden müsse auf die Erhaltung oder Schaffung derjenigen Umgebung des Baudenkmales, die den passenden Rahmen für dasselbe sichert oder bildet.

In der weiteren kurzen Diskussion, die sich an die Berichte und meine Ausführungen knüpfte, wurde dann auf den manchmal schädlichen Einfluß hingewiesen, den die Handhabung beziehungsweise Abfassung der Bauordnungen in den Städten auf die Gestaltung der Bilderscheinung ihrer Straßen und Plätze ausüben kann: es wurde daraufhin beschlossen, die Beziehungen, welche in der angedeuteten Hinsicht zwischen Bauordnung und Denkmalpflege bestehen, auf unserer diesjährigen Tagung zu erörtern, und man hatte die Güte, mir in Gemeinschaft mit Herrn Geheimen Baurat Stübben die Berichterstattung über diesen Punkt der Tagesordnung anzuvertrauen.

Um in diese Erörterung einzutreten, werden wir uns zunächst ver gegenwärtigen müssen, welcher Art die Benachteiligungen sein können, welche ein Baudenkmal durch die in seiner Umgebung sich entwickelnde bauliche Tätigkeit erfahren kann.

Ich will dabei diejenigen unmittelbaren Schädigungen außer acht lassen, wie sie etwa durch seitliche Abgrabungen oder Erschütterungen des Bodens eintreten können, und vor allem diejenigen erwähnen, die zwar nicht seinen körperlichen Bestand, aber um so mehr den Genuss und die Freude bei der Betrachtung seiner Außenerscheinung in Frage stellen.

Dazu kann beispielsweise das bloße Beseitigen von anschließenden oder naheliegenden Nachbargebäuden führen, die allein schon durch ihr Dasein, durch ihre Gruppenwirkung, im Verein mit dem Denkmal, letzterem als wirksame Folie dienen, ohne daß sie selbst besonderen Denkmalwert oder höhere architektonische Bedeutung zu besitzen brauchen.

Die vielfachen, ebenso gut gemeinten wie ungeschickten „Freilegungen“ von Monumentalbauten sind uns in dieser Hinsicht eine eindringliche Lehre gewesen, und deshalb haben wir ja schon in der vorigen Tagung einem Leitsatze zugestimmt, der auf die Gefahr solcher Freilegungen hinwies.

In Gegensatz zu dieser Gefahr steht nun diejenige der Beeinträchtigung eines Denkmals durch baupolizeilich zugelassene Neubauten, insofern als solche dasselbe in wesentlichen Teilen oder ganz dem Auge des Beschauers entziehen, oder besonders günstige Standpunkte zur Betrachtung desselben in Wegfall bringen würden. Die Schließung der reizvollen, früher vielfach üblichen straßenwärts geöffneten Hofanlagen vor größeren öffentlichen und Privatgebäuden durch einen zwischengeschobenen, in die Straßenflucht gelegten Trakt kann z. B. in dieser Beziehung von bedauerlichster Wirkung sein.

Aber selbst wenn ein solches Verdecken bei einem Neubau nicht in Frage kommen würde, kann er dennoch einem benachbarten Baudenkmal in anderer Weise in seiner Außenerscheinung Gewalt antun. Ich komme hierbei auf das Beispiel zurück, welches im vorigen Jahre zur Stütze meiner Ausführungen diente.

Auf dem Marktplatz einer alten Stadt, die vielleicht in den letzten Jahrzehnten erneuten Aufschwung in Handel und Wandel genommen hat,

steht noch das alte ehrwürdige Rathaus durch höheren Aufbau und reichere Gliederung neben den schlichteren und niedrigeren Bürgerhäusern des Platzes hervortretend mit ihnen und der nahe liegenden Hauptkirche zu einem in seiner Gesamtwirkung anmutenden Bilde vereinigt. Aber das rege geschäftige Leben und Treiben auf dem Platze birgt eine Gefahr für dieses Bild. Denn schon naht der strebsame Warenhäusler, der jenen lebendigen Strom des Geschäftslebens zu eigenem Vorteil in einem mächtigen Kaufhause eindämmen will. Die verlockenden Töne klingenden Goldes bringen die bisherigen Besitzer der alten biederer Nachbarhäuser des Rathauses dazu, dieselben zu räumen, und nachdem sie dem Abbruch verfallen, entsteht an ihrer Stelle ein im kalten Glanz des Spiegelglases glänzender Bau, der mit seiner auf Grund der Platzbreite baupolizeilich sanktionierten Traufkantenhöhe von 22 m diejenige des armen Rathauses noch um zwei Geschosse, diejenige der übrigen vorhandenen Gebäude vielleicht um das Doppelte übersteigt. Gleichsam auf den Kopf geschlagen steht dann der bisherige Stolz der Stadt neben dem aufdringlichen, protzigen Nachbarn, und während früher seine fein gestimmte Umrißlinie den Höhepunkt des ästhetischen Genusses beim Anblick des Platzbildes gewährte, wird sie jetzt überschnitten und zerstört von den ungefügten Massen eines kastenförmigen Neubauens, der mit vorschriftsmäßig verputzten, aber um so öderen Brandgiebeln die bisher so reizvollen Perspektiven des Marktplatzes und die architektonische Wirkung des Rathauses vernichtet.

Und wenn wir gleich bei diesem Bilde bleiben, so können wir noch auf eine andere baupolizeilich zulässige Denkmalschädigung hinweisen.

Auf der anderen Seite des Rathauses hat sich neuerdings ein zwar von weit her zugereister, aber finanziell noch nicht so potenter Kleiderkaufmann eingenistet. Er hat nur ein Anwesen, ein reizendes altes Renaissancehaus erstanden, das mit seiner fein profilierten und ornamentierten Fassade die Freude der Beschauer war, womöglich im „Ortwein“ veröffentlicht wurde und im Bädecker einen Stern erhielt. Zunächst verschwindet nun das Erdgeschoß dieses Hauses und wird durch ein Gerippe von Gußeisenbeinen und Doppelträgern mit Spiegelglashaut ersetzt und dann wird die ganze Front grell zinnoberrot angestrichen, damit das Haus doch ja jedem, der den Marktplatz betritt, mit einladendem Faustschlag ins Auge füllt. Aber diesmal hat der in metergroßen Goldlettern an der Front prangende Besitzer einen Teil seiner Rechnung ohne die Baupolizei gemacht. Denn nach Paragraph so und so sind grelle Anstrichfarben der Häuser verboten, nicht etwa weil sie hier mit abstoßender Brutalität auftreten und die Ruhe und den Reiz des Straßenbildes zerstören, sondern weil sie gesundheitsschädigend auf die Augen wirken könnten und nur deshalb, ausschließlich aus gesundheitspolizeilichen Rücksichten, muß das Haus neu gestrichen werden. Nun wählt der klug gewordene Besitzer ein herrliches Grasgrün, das auch völlig unbeanstandet bleibt, da die grüne Farbe gerichtsnotorisch eine dem Auge zuträgliche ist. Dem Gesetz ist Genüge geleistet, aber Tausende, und zwar nicht nur Maler, Architekten und Kunsthistoriker, fluchen dann einer derartigen Roheit, die hier erlaubt erscheint, wo man sonst so schnell mit dem Paragraphen des groben Unfugs bei der Hand ist.

Und nun noch ein wiederholter Hinweis auf den wahrhaft schreienden Mißbrauch, der zum Schaden von Baudenkältern mit modernen Reklameschildern getrieben werden darf. Herr Geheimer Hofrat Gurlitt hat im

vorigen Jahre schon mit beredten und energischen Worten auf ihn hingewiesen; bei Naturdenkmälern, z. B. an den Rheinufern, ist auch schon wirksam gegen ihre Verunzierung mit Reklametafeln behördlicherseits eingeschritten worden, aber der Unfug der Straßen- und Platzverhunzung durch ins Riesige gesteigerte schriftliche und bildliche Marktschreierei nimmt von Tag zu Tag zu.

Zu erwähnen wäre dann noch ein Denkmalschädling, von dessen Wirk samkeit ich aber noch nicht so völlig überzeugt bin, nämlich der stilistische Gegensatz bei Nachbarbauten, die aus einem anderen Formenkreise heraus gebildet werden, als ihn das Baudenkmal oder der Stadtteil zeigt, in dessen Bildkreis sie neu erstehen. Gewiß wird ein solcher Antagonismus uns manchmal fühlbar werden, aber wenn das in ausgesprochen störender Weise geschieht, so wird die unangenehme Dissonanz wohl in den meisten Fällen weniger durch die dem betreffenden Stil eigentümlichen Einzelformen, als durch die ungeschickte Einfügung in das Straßenbild, durch die Gegensätze in der Verteilung von Massen und Öffnungen, sowie durch Unstimmigkeiten in Material und Farbe herbeigeführt werden.

Meine Herren! Die vorgenannten Beispiele zeigen uns nun die Baudenkmale in Verhältnissen zur „Bauordnung“, die durch letztere zum Schaden der ersteren nicht geordnet worden sind. Es gibt aber auch Fälle, wo die gewollte und geschehene Ordnung zu ungünstigen der Denkmalpflege ausschlagen mußte, besonders dann, wenn der bauliche Zustand eines Pfleglings zu ernstlichem Bedenken Anlaß gab und bei deshalb notwendigen Reparaturen berechtigte Ansprüche des modernen gesundheitlichen, feuerpolizeilichen und verkehrstechnischen Besserwissens erfüllt werden sollen. Wenn sich der alte Organismus diesen Anforderungen nicht mehr anpassen läßt, ohne ihn in seinem wesentlichen Bestande zu verändern, so tritt die Baupolizeiordnung mit einem negierenden Einfluß auf, und sie zeigt sich dann bei der Bekämpfung dieser praktischen Nachteile meistens um so eifriger, je gleichgültiger sie sich beim Schutz der ästhetischen Interessen verhielt.

Aus solchen Gründen sind z. B. in den meisten Orten die alten urdeutschen Fachwerkbauten auf den Aussterbetat gesetzt worden, weil die Bauordnungen das Fachwerk in den Straßenfronten verpönen: malerische Freitreppe und Beischläge mußten verschwinden, um die alleinseligmachende Begradi gung der Fluchlinien zugunsten einer vielleicht gar nicht auftretenden Verkehrshochflut vornehmen zu können usw.

Wir sehen also, daß auf der einen Seite die Bauordnung den Denkmälern nicht immer genügenden Schutz gewährt und daß sie sogar in anderen Fällen durch einzelne Bestimmungen den Fortbestand derselben direkt gefährden kann.

Fragen wir uns jetzt, was bisher geschehen konnte, um bei solchen Zusammenstößen der verschiedensten Interessen mit den Wünschen und Bemühungen der Denkmalpflege den letzteren nicht etwa zu ihrem Recht zu verhelfen (denn wir werden sehen, daß ein solches an den maßgebenden Stellen noch nicht anerkannt wird), aber doch eine erfolgreiche Berücksichtigung zu erwirken.

Wenn es sich darum handelte, gefährdeten Baudenkmälern Schutz vor der schädlichen Beeinflussung durch ordnungsgemäß bauende Nachbarn zu gewähren, dann wurde vielleicht zunächst privater und persönlicher Einfluß

auf diese Nachbarn geltend gemacht; wohlwollende Kunstfreunde und diplomatisch gewandte Konservatoren versuchten den gemeingefährlichen Bauherrn liebevoll zu bekehren; half das nichts, so rührte man in der Presse die Lärmtröhre und stellte den verstockten Denkmalfeind an den kunsthistorischen Pranger, aber weil auch dagegen heutzutage manche Gemüter abgebrüht, oder gar hartgesotten erscheinen, so blieb meist nichts anderes übrig, als der schmerzliche Versuch, den renitenten Besitzer durch Geld gefügig zu machen oder wohl gar die gefährliche Nachbarschaft ganz anzu kaufen, weil auch der findigste Jurist und der geschäftsgewandteste, das heißt in diesem Falle der schikanöseste Polizeibaurat in der Bauordnung keine Handhabe finden konnte, um auf rechtlichem Wege die dem Baudenkmal drohende Gefahr abzuwenden.

Es ist ohne weiteres einleuchtend, daß solche Wege, wie die vorerwähnten, die alle ihren gemeinsamen Ausgangspunkt auf einem rechtlich nicht gesicherten Boden finden, manchmal so viele Schwierigkeiten boten, daß das erstrebte Ziel der Sicherung künstlerisch und historisch bedeutsamer Monuments nicht erreicht werden konnte und man fühlt sich deshalb gedrängt, nach der Ursache zu forschen, welche in den besprochenen Fällen der Denkmalpflege bisher einen rechtlich gesicherten Schutz vorenthielt, und nach den Beweggründen, welche die Schöpfer der baupolizeilichen Verordnungen veranlaßten, ästhetische sowie kunsthistorische Rücksichten ganz außer acht zu lassen und eine in dieser Beziehung schrankenlose Baufreiheit zu gestatten.

Sonst wird diese Baufreiheit grundsätzlich für den einzelnen da beschränkt, wo es sich darum handelt, ihm gegenüber allgemeine öffentliche Interessen zu sichern, weil der Staat ja naturrechtgemäß befugt erscheint, Nachteile der Handlungen eines einzelnen abzuwenden, wo sie zum öffentlichen Schaden ausschlagen könnten.

Infolgedessen findet sich auch als Basis aller Baugesetze und Verordnungen eine grundsätzliche Bestimmung, die besagt, daß Baueinrichtungen nicht zur Verunstaltung von Straßen und Plätzen gereichen dürfen. Aber gerade in den Folgerungen aus diesem Grundsatz herrscht eine ganz auffallende Zurückhaltung, sowohl in dem was gefordert als in dem was verboten wird, während auf dem konstruktiven und hygienischen Gebiet eine unendliche Blumenlese von Vorschriften und Verboten hervorschreitet.

Fast durchgängig beschränken sich jene Bestimmungen über die Verunstaltungen von Straßen und Plätzen auf die banale Regelung der Fluchttlinien und hinsichtlich des Aufbaues etwa noch auf die Farbe und Sauberkeit des Gebäudes; nur als vereinzelte Ausnahmen finden wir in neuerer Zeit Baupolizei-Verordnungen, in denen auch auf den Denkmalcharakter von einzelnen Bauwerken oder Stadtteilen Rücksichten genommen und Bestimmungen zur Bewahrung dieses Charakters getroffen werden. Ich brauche auf diese hier nicht näher einzugehen, da verabredungsgemäß Herr Geheimer Baurat Stübben dieselben besonders in den Kreis seiner Betrachtungen ziehen wird.

Worin liegt nun der Grund dieser, durch Ausnahmen nur als Regel bestätigten Zurückhaltung, die man doch sonst nicht gerade als ein hervorstechendes Merkmal der Polizeigewalt bezeichnen kann?

Geben wir zur Beantwortung der Frage zunächst den Juristen das Wort und hören wir, was z. B. Dr. jur. Baltz in seinem, für sein engeres

Vaterland die Materie klar und erschöpfend behandelnden Werke „Das preußische Baupolizeirecht“ über etwaige Baubeschränkungen in ästhetischer Hinsicht äußert.

Er führt die grundlegenden Paragraphen des allgemeinen Landrechts an, welche lauten:

„§ 65. In der Regel ist jeder Eigentümer seinen Grund und Boden mit Gebäuden zu besetzen oder sein Gebäude zu verändern wohl befugt.

§ 66. Doch soll zum Schaden oder Unsicherheit des gemeinen Wesens oder zur Verunstaltung der Städte und öffentlichen Plätze kein Bau und keine Veränderungen vorgenommen werden.“

Und er legt dann in den erläuternden Anmerkungen folgendes dar: Wenn § 66 bestimmt: „doch soll zur Verunstaltung der Städte und öffentlichen Plätze kein Bau und keine Veränderung vorgenommen werden“, so ist es immerhin zweifelhaft, ob nicht diese Vorschrift, indem sie grundsätzlich der Fürsorge der Polizei auf dem Gebiete des Bauwesens auch die Wahrung der ästhetischen Interessen in gewissem Umfange überweist, damit zugleich die Behörde ermächtigen will überall da, wo — auch ohne ein positives Handeln — an einem Bau ein die öffentliche Straße verunstaltender Zustand eingetreten ist, den Eigentümer zur Abhilfe anzuhalten. (O. V. G. E. vom 12. Oktober 1882 II 812.) Nach diesseitigem Dafürhalten wird dies unbedenklich anzunehmen sein, wenn man einerseits die Absicht des Gesetzgebers, grobe Verunstaltungen der öffentlichen Straßen und Plätze überhaupt zu verhüten, andererseits aber den von dem Königlichen Oberverwaltungsgerichte in konstanter Rechtsprechung festgehaltenen Rechtsgrundsatz in Betracht zieht, wonach, wenn ein Grundstück sich in einem polizeiwidrigen (hier einem das Straßenbild verunstaltenden) Zustand befindet, dem Eigentümer eine durch polizeiliche Verfügung erzwingbare öffentlich rechtliche Verpflichtung zur Abstellung des Mangels obliegt, mag die unzulässige Beschaffenheit nun durch den Eigentümer selbst, durch Dritte oder durch Zufall entstanden sein. Jedenfalls ist aber die Vornahme aller den Städten und öffentlichen Plätzen zur Verunstaltung gereichenden baulichen „Veränderungen“ untersagt und damit der Behörde die Befugnis gewährt, einer solchen Veränderung sei es hindernd, wo diese erst beabsichtigt wird, sei es Abhilfe fordernd, wo sie bereits stattgefunden hat — entgegenzutreten.“

Das klingt ja ganz vertrauenerweckend, aber dann heißt es weiter:

„Unter Verunstaltung im Sinne des § 66 a. a. O. ist nur eine „grobe Verunstaltung“ zu verstehen. Eine solche liegt nicht schon dann vor, wenn nur eine vorhandene Formschönheit vermindert wird oder auch ganz verloren geht. Die künstlerische Anlage einer Straße oder eines Platzes kann auf das Niveau des Gewöhnlichen herabgedrückt werden. Das ist noch keine Verunstaltung, geschweige denn eine „grobe“. Auch nicht schon jede Störung der architektonischen Harmonie fällt unter jenen Begriff. Unerlässlich ist vielmehr zum Begriffe der Verunstaltung im Sinne der hier in Frage stehenden gesetzlichen Bestimmung die Herbeiführung eines positiv häßlichen, jedes offene Auge verletzenden Zustandes. (O. V. G. E. Bd. IX, S. 380, vom 19. Oktober 1886, Pr. V. Bl. VIII, S. 363. und vom 26. Juni 1888, ebenda X, S. 96.)“

Ferner: „Es liegt auf der Hand, daß nach dem dargelegten Inhalte der fraglichen gesetzlichen Bestimmung ihre Anwendbarkeit sich auf eine ver-

hältnismäßig außerordentlich geringe Anzahl von Fällen beschränkt. Unschönheiten, ja selbst Verunstaltungen der Straßen und Plätze, welche den verfeinerten Geschmack des gebildeten Publikums unangenehm berühren, das künstlerische Auge verletzen, vermag die Baupolizeibehörde im Rahmen der ihren Befugnissen gezogenen Grenzen leider nicht zu verhindern.“

Meine Herren! Ich möchte hier vor allem das Wörtchen „leider“, welches zum Schluß seiner Ausführungen dem gepreßten Herzen des Juristen entfährt, dankbarlichst und anerkennend unterstreichen, weil es den Beweis liefert, daß auch in einer streng juristisch fühlenden Seele Empfindungen Raum haben, die auf eine Besserung des beregten gesetzlichen Zustandes hinwirken werden. Denn ich konnte mich bisher des Gedankens nicht erwehren, daß der so vielfach rechtlose Zustand und Bestand unserer Kunstdenkmäler und historischen Stadtbilder vor allem darauf beruht, daß es einmal den Gesetzgebern an der nötigen Empfindung und an dem offenen Auge fehlte für die tatsächlich eintretende Schädigung eines öffentlichen und allgemeinen Interesses oder wie das Landrecht sagt: „des gemeinen Wesens“, und ein andermal an der nötigen Einsicht und Vorsicht bezüglich der in künstlerischem Sinne nachteiligen Folgen mancher baupolizeilicher Bestimmungen.

Um so mehr war es mir, und gewiß auch vielen unter Ihnen eine angenehme Überraschung, gestern aus dem Munde unseres verehrten Vorsitzenden zu vernehmen, daß nicht nur der diesjährige Anthropologenkongreß, sondern auch der Juristentag sich zugunsten neuer Gesetze zum Nutzen der Denkmalpflege ausgesprochen haben, und wenn wir dann weiterhin von Herrn Geheimen Ministerialrat von Bremen noch hörten, daß in den preußischen Ministerien ebensolche Schutzgesetze in Vorbereitung sind, so dürfen wir uns wohl der frohen Erwartung hingeben, daß es an maßgebenden Stellen nicht nur dämmert, sondern daß eine neue Sonne der Gunst über unseren alten Denkmälern aufzusteigen beginnt.

Denn bisher konnte man in den meisten Entscheidungen rechtlicher Art über Fragen der Denkmalpflege, sowie auch in der Charakterisierung des Berufes der staatlichen Vertreter des Denkmalschutzes als einer meist nur nebenamtlichen Stellung, immer noch Beweise für die Tatsache finden, daß es weiteren Kreisen an dem nötigen Verständnis hinsichtlich der Bedeutung und Bewertung der hier auftauchenden Probleme für das geistige Leben und die Kulturentwicklung eines Volkes mangelt. Solange nicht in diesen Schichten allgemeiner die Anschauung Platz greift, daß unsere alten Kunstdenkmale ein überaus wertvoller gleichzeitig idealer und realer Besitz auch des „gemeinen Wesens“ und nicht nur geistiges Eigentum einzelner besonders künstlerisch gebildeter Personen sind, werden wir deshalb immer und immer wieder unsere Stimme erheben müssen, um die Gewissen der berufenen Lenker und Vertreter des Volkes so weit zu wecken und zu schärfen, daß sie sich bereit finden, auch zugunsten jenes bisher in seinem Werte zu sehr verkannten Allgemeinbesitzes einmal die doch sonst so leicht bewegliche Klinke der Gesetzgebung in die Hand zu nehmen.

Wesentliche Schärfung des ethischen Volksbewußtseins nach dieser Richtung hin muß demnach meines Erachtens eine weitere Aufgabe unserer Tagungen sein, und ich glaube nicht, daß wir dieser Aufgabe hoffnungs schwach gegenüber zu treten brauchen.

Wenn wir sehen, wie sich bei anderen Gelegenheiten die Volksseele wirksam auflehnte gegen verletzende Scheltworte und Rippenstöße, die noch vor nicht allzu ferner Zeit als selbstverständliche und erziehlich notwendige Begleiterscheinungen des militärischen Drills betrachtet wurden, dann ist auch vielleicht die Zeit nicht allzu fern, in welcher eine lebhafte und von edler Begeisterung getragene Agitation es vermag, allgemeinen Unwillen wachzurufen gegen die mannigfachen Misshandlungen, die nicht nur ein besonders finifühlendes Auge Tag für Tag auf der Straße erdulden muß, wenn es sieht, wie mit dem ehrwürdigen Erbteil der Väter, den schönen Bildern der Vergangenheit umgesprungen wird.

Es sind ja auch aus diesem Geiste heraus schon vielversprechende Anfänge gemacht worden; ich brauche z. B. nur zu erinnern an die erfolgreichen Bemühungen des bewährten Vorkämpfers unserer Bestrebungen, des Herrn Oberbürgermeisters Struckmann, die in der Banordnung von Hildesheim und anderen deutschen Städten schon ihren Niederschlag gefunden haben und auch auf die erfreuliche Tatsache, daß in der neuen Bauordnung eines so großen Gemeinwesens wie dasjenige der Kaiserstadt Wien, Bestimmungen Raum gegeben ist, die dazu anzetan sind, die Kunst- und historischen Denkmale, sowie die charakteristischen Stadtbilder zu schonen und zur Geltung zu bringen.

Die sichtbaren Erfolge dieser Anfangsbestrebungen sind nicht ausgeblieben, und wenn erst die Verallgemeinerung derselben in Wirksamkeit treten wird, dann wird noch eine weitere wichtige Frage ihrer Erledigung harren, die dahin lautet: Wer soll den Inhalt solch neuer Schutzbestimmungen festlegen und begrenzen, und in wessen Hände soll nachher das Amt der Überwachung und dasjenige der Entscheidung in strittigen Fällen gelegt werden?

Es wird sich dann darum handeln, wie die neuen Schutzbestimmungen zweckmäßig zu formulieren und zu handhaben sind, damit einerseits bei Verfolgung idealer Ziele nicht der Boden gleichfalls berechtigter realer Bedürfnisse unter den Füßen verloren geht, andererseits aber im Falle der einmal erkannten Notwendigkeit eines Denkmalschutzes auch für eine sachgemäße Durchführung der zukünftigen Schutzbestimmungen Sorge getragen werde.

Ich halte die Verantwortung, die sich aus diesen Bedingungen ergibt, für zu groß, als daß sie von einer einzigen Persönlichkeit, etwa der Spitzel der Baupolizei getragen werden könnte. Es wird bei der Beurteilung der vorkommenden Fälle zu vermeiden sein, daß einseitige Anschauungen und Lehrmeinungen auf künstlerischem und kunsthistorischem Gebiete ausschlaggebend für ihre Entscheidung sein könnten und deshalb halte ich es für empfehlenswert, daß den maßgebenden Behörden ein Beirat zur Seite stehe, der mit den örtlichen Verhältnissen vertraut, das Schwergewicht unbefangener künstlerischer Anschauung und vorurteilsfreien kunsthistorischen Wissens in die Wagschale der Entscheidungen legen kann.

Ich glaube hiermit schließen zu dürfen, in der Hoffnung, daß Sie dem Kerne der vielleicht zu langen Ausführungen, der in den Ihnen bereits bekannten Leitsätzen enthalten ist, Ihre wohlwollende Zustimmung nicht versagen möchten.

**Korreferent: Ober- und Geheimer Baurat Dr. ing. Stübben-Berlin:**

Meine Herren! Namens vieler Stadtbaumeister und Städtebaumeister glaube ich zunächst dem Denkmalpflegetag aufrichtigen Dank dafür aussprechen zu dürfen, daß er sowohl die Frage der Baufluchlinien als diejenige der Baupolizei in alten Städten und Stadtteilen zum Gegenstand seiner Beratungen gemacht hat. Zwar sind beide Fragen nicht neu; aber während früher nur wenige ihre Bedeutung erfaßten, ist der Kreis der Mitfühlenden allmählich größer geworden. Und während bisher fast nur Fachleute und Altertumsvereine ein mehr oder weniger tätiges Interesse für den Gegenstand bekundeten, darf man hoffen, daß durch die Einwirkung des Tags für Denkmalpflege die Anteilnahme an den Maßregeln zum Schutze alter Straßen- und Marktbilder und der Umgebung hervorragender Baudenkmäler ein Gemeingut aller Gebildeten werde.

Schon in meinem Werk über Städtebau vom Jahre 1890 heißt es auf Seite 299:

„Weder der Verkehr noch die Schönheit verlangen durchaus eine geradlinige Richtung und Begrenzung der Straßen. Krümmungen und Vorsprünge sind im Gegenteil oft geeignet, das Bild der Straße zu verschönern. Der Verkehr fordert nur hinreichende Breite und Vermeidung bezw. Beseitigung solcher Vorsprünge, Winkel und Wendungen, welche die Übersichtlichkeit der Straßenfläche, besonders der Fahrbahn, erschweren.“

Und auf Seite 314 schrieb ich, veranlaßt durch einige Bauausführungen in Aachen und Köln:

„Die Polizeibehörde sollte nicht genötigt sein, die Errichtung beliebiger verunstaltender Neubauten in der unmittelbaren Nähe unserer alten Baudenkmale zuzulassen: der Eigentümer wäre gegebenenfalls schadlos zu halten.“

Diese keineswegs den Gegenstand erschöpfenden Äußerungen fanden damals nur wenig Gehör. Heute hat eine erfreuliche Entwicklung es doch schon dahin geführt, daß nicht bloß Literatur und Vereinswesen, sondern auch manche Staats- und Gemeindebehörden sich des Denkmalschutzes auf diesem lange vernachlässigten Gebiete in unserem Sinne annehmen.

Eine lebhafte Vereinstätigkeit blüht zur Erhaltung der alten Häuser und Stadtbilder in Rothenburg, Nürnberg, Hildesheim, Danzig, Magdeburg, auch in Köln und anderen Orten. Mehrere Städte, so Bremen, Hildesheim, Köln, Lübeck, Bautzen, haben durch öffentliche architektonische Wettbewerbe ihren Bürgern Vorbilder an die Hand gegeben, wie auch unter der vollen Wahrung neuzeitlicher Interessen Neubauten im Geiste der alten, heimatlichen Kunst geschaffen werden können.

Was uns aber heute beschäftigt, das ist die im engeren Sinne baupolizeiliche und im weiteren Sinne behördliche Einwirkung auf die Erhaltung des Stadtbildes (abgesehen von der Fluchlinienfrage, die wir im vorigen Jahre bereits behandelt haben). Die Erhaltung des einzelnen alten Gebäudes und die Gestaltung des einzelnen Neubaus spielt in diesem Streben nicht eine selbständige, sondern eine dem Gesamtbilde sich unterordnende Rolle. Aber die polizeiliche oder allgemein behördliche Einwirkung kann eben nur am Einzelobjekt erfolgen.

Es handelt sich dabei sowohl um die Fürsorge für die geschichts- und kunstwerten alten Bauten selbst (besonders diejenigen im Privatbesitz), als namentlich um die neben und zwischen denselben zu errichtenden Neubauten. Auf beide Gruppen beziehen sich die in Deutschland bisher erlassenen, nicht sehr zahlreichen, obrigkeitlichen Verfügungen und polizeilichen Verordnungen. Eine Übersicht über dieselben wird, wenn sie auch durchaus keinen Anspruch auf Vollständigkeit machen kann, von Interesse sein.

Aus dem Königreich Sachsen liegen mir zwei Verordnungen des Ministeriums des Innern vor vom 27. Juli 1900 und vom 12. März 1904. Darnach ist der Denkmalschutz in dem in Rede stehenden Sinne bereits bei den Vorberatungen zu dem im Jahre 1900 erlassenen allgemeinen Baugesetze erwogen, aber zur Erledigung im Rahmen dieses Gesetzes nicht für geeignet befunden worden. Eine örtliche Regelung sei erwünscht, wozu das Ministerium von Fall zu Fall Stellung nehmen will. Auf die Erhaltung der alten Bauten von geschichtlicher oder künstlerischer Bedeutung wird hingewiesen, und besonders wird die Rücksichtnahme auf diese Bauwerke bei Aufführung benachbarter Neubauten anempfohlen. In § 90 des allgemeinen Baugesetzes seien schon alle baulichen Herstellungen verboten, die dem Orte zur offensiven Unzierde gereichen würden; auch können, wie es dort heißt, für einzelne Straßen höhere architektonische Anforderungen an die zu errichtenden Gebäude gestellt werden. Aber ein Zwang in künstlerischer Beziehung, eine eigentliche Kunstdpolizei, sei nicht zu billigen. Keinem Privaten könne ohne Entschädigung zur Erhaltung oder Berücksichtigung alter Bauwerke etwas auferlegt werden, was für ihn ein empfindliches Vermögensopfer darstellt. Mehr werde durch sachverständige Beratung und persönliche Einwirkung als durch polizeilichen Zwang erreicht werden; auch seien geldliche Beihilfen in geeigneten Fällen nach dem Vorbilde von Rothenburg zu empfehlen.

Über Veränderungen an historisch oder architektonisch beachtenswerten Bauwerken soll vor Erteilung der baupolizeilichen Genehmigung an die Kommission für Erhaltung der Kunstdenkämler berichtet werden, damit diese beratend und belehrend eintrete.

Die Allgemeine Bauordnung für das Königreich Bayern vom 17. Februar 1901 untersagt in § 53 die Anwendung greller Farben einschließlich der reinen Kalkweiße für den Gebäudeanstrich und verlangt, daß in Städten von mehr als 20 000 Einwohnern alle Neu- und Umbauten an den Straßenseiten „den Anforderungen der Ästhetik genügen“. Bei Bauten in der Nähe monumentalener Bauwerke sind von der Baupolizeiverwaltung die zuständigen Behörden mit ihren Erinnerungen zu hören.

Das Königlich Bayerische Ministerium des Innern hat aber weiterhin am 1. Januar und 22. April des gegenwärtigen Jahres zwei Verfügungen erlassen, deren Inhalt kurz dahin geht, daß sowohl bei Festsetzung der Baulinien und Höhenlagen als bei baupolizeilichen Prüfungen auf die Erhaltung und den Schutz der künstlerisch und geschichtlich wertvollen Gebäude sowie schöner Straßen- und Platzbilder Bedacht zu nehmen ist. Auch soll der heimische Baustil, besonders im bayerischen Gebirge, möglichst wieder angewandt, dem Eindringen sogenannter großstädtischer Neubauten aber gewehrt werden. Die Distriktsverwaltungsbehörden sollen mit Unterstützung der Bauämter ein Verzeichnis der Denkmalbauten, auch der bescheideneren

und kleineren Baulichkeiten dieser Art, mit Abbildungen und kurzen Beschreibungen versehen, anlegen; ein treffliches Musterverzeichnis wird beifügt. Sobald ein Bauwerk gefährdet ist, soll gleichzeitig an die Regierung und an das Generalkonservatorium der Kunstdenkmale berichtet werden. Das Verständnis für den Denkmalschutz soll möglichst verbreitet, kleinere Gemeinden sollen an die Architektenvereine und an den Münchener Verein für Volkskunst und Volkskunde verwiesen werden, um von diesen Rat und Anregung zu empfangen. Die wesentlichen Merkmale der zu schützenden Ortsbauweisen sollen festgestellt werden und, unter Erfüllung neuzeitlicher Anforderungen in bezug auf Feuersicherheit und Gesundheit, möglichst zur Wiederverwendung gebracht werden. Auch bei Errichtung neuer patriotischer Denkmäler sollen tüchtige Bildhauer und Architekten zu Rate gezogen werden, um die Wiederholung der oft wenig befriedigenden modernen Leistungen zu verhüten. Schließlich werden fünf Richtpunkte für den Erlaß ortspolizeilicher Vorschriften (auf Grund des Artikels 101 Absatz 3 des Polizeistrafgesetzbuches) aufgezählt, nämlich:

1. Erhaltung alter Befestigungswerke, deren Abänderung nur mit baupolizeilicher Genehmigung statthaft ist.
2. Die Veränderung kunstgeschichtlicher Gebäude soll nur mit Genehmigung zulässig sein, wobei dem Stil und Charakter derselben „Rechnung zu tragen“ ist.
3. In der Nähe von Befestigungswerken und kunstgeschichtlichen Gebäuden soll bei allen Neubauten ebenfalls dem Charakter dieser Werke „Rechnung getragen“ werden: sowohl die Maßverhältnisse als die Einzelformen sollen sich dem Gesamtbilde einfügen, was namentlich von der Form und der Eindeckung der Dächer gilt. Die heimische Bauweise ist zu pflegen.
4. Bei Ziehung der Baulinien ist auf die Erhaltung schöner Orts- und Straßenbilder Rücksicht zu nehmen, im Sinne unserer vorigjährigen Verhandlungen.
5. Für sonstige Neubauten werden genügen der Hinweis auf die allgemeinen Forderungen der Ästhetik, sowie Vorschriften über den Verputz des Mauerwerks und die zulässige Steilheit der Mansardendächer.

Was die deutschen Städte betrifft, so möchte ich im Anschluß an diese Verfügungen des Bayerischen Ministeriums zunächst die bayerischen Städte München, Lindau, Nürnberg, Bamberg und Rothenburg erwähnen, sodann über Bremen, Lübeck, Hildesheim, Frankfurt a. M., Köln, Aachen, Mainz, Worms und Darmstadt berichten.

In der Münchener Bauordnung vom 29. Juli 1895 ist für Neubauten und Umbauten an mehreren Hauptstraßen der Stadt sowie in der Umgebung von monumentalen Bauwerken, von Gebäuden für die Zwecke der Wissenschaft und Kunst und von Besitzungen des Königs oder der kgl. Zivilliste in § 83 die allerhöchste Genehmigung vorbehalten. Und § 34 der Münchener Staffelbauordnung vom 20. April 1904 bestimmt, daß im Rondell des Nymphenburger Schlosses die Einheitlichkeit und der Charakter der bestehenden Bauanlagen ohne Zustimmung der kgl. Zivilliste nicht geändert werden darf.

Auf den Schutz einfacher Privatgebäude von geschichtlichem oder künstlerischem Interesse beziehen sich die Münchener Vorschriften, wie man

sieht, nicht. Auch die bayerische Gemeindeordnung vom 29. April 1869 verlangt die Genehmigung der Staatsregierung nur für die Veränderung oder Beseitigung öffentlicher Denkmäler und Denkmalbauten.

Vom Stadtmagistrat zu Lindau am Bodensee wurden am 25. Februar 1904 ausführliche ortspolizeiliche Vorschriften erlassen zur „Erhaltung und Ausgestaltung des architektonischen Gesamtbildes der Stadt“. Darnach ist bei Um- und Neubauten auf Erhaltung des alten Straßencharakters und des einheitlichen Straßenbildes „Rücksicht zu nehmen“, eine Störung des Straßenbildes zu vermeiden, für alle äußeren Veränderungen an Gebäuden von historischer, kunsthistorischer oder architektonischer Bedeutung die magistratische Genehmigung einzuholen, beim Umbau oder Abändern derartiger Gebäude dem Stile, dem Charakter und der Gestaltung dieser Bauwerke „Rechnung zu tragen“. Letzteres gilt auch für Neu- und Umbauten in der Nähe derartiger Bauwerke: insbesondere kann dort die Herstellung von Backsteinrohbauden oder von Bauten aus gemischem Mauerwerk von greller Farbenwirkung, die Errichtung von flachen oder Mansarden-Dächern untersagt werden. Die Baupolizeibehörde kann auch die entsprechende Herstellung verwahrloster Gebäude anordnen, sowie die Beseitigung unschöner Reklameschilder und Aufschriften, häßlicher Bemalungen, defekter Zäune usw. verlangen. Mansardendächer dürfen überhaupt nicht steiler als im Winkel von  $70^{\circ}$  ansteigen. — In besonderen Fällen kann von der Einhaltung dieser Vorschriften abgesehen werden. — Der Magistrat hat mit der Handhabung dieser Vorschriften bereits einige Erfolge erzielt und namentlich beim Neubau einer Kaserne, durch Verhandlungen mit der Militärbehörde und Bewilligung eines städtischen Zuschusses, eine vortreffliche Einfügung dieses Neubaues in das schöne Stadtbild herbeigeführt.

Der Stadtmagistrat von Nürnberg hat zuerst am 22. Juli 1892 ortspolizeiliche Vorschriften zum Schutze der Umgebungen der alten Festungswerke und der kgl. Burg, dann aber am 5. April 1899, als das bekannte Nassauer Haus in ein Ladenhaus umgebaut werden sollte, die sog. lex Nassau erlassen, durch welche alle äußeren und inneren Veränderungen an Gebäuden von Geschichts- oder Kunstwert fortan der baupolizeilichen Genehmigung unterworfen werden. Dabei ist dem Stil, dem Charakter und der Gestaltung des Bauwerks „Rechnung zu tragen“. Dasselbe gilt von Umbauten und Neubauten in der Umgebung solcher Bauwerke und in der Nähe alter Befestigungswerke. Insbesondere kann die Herstellung von Backsteinrohbauden oder von Bauten aus gemischem Mauerwerk mit greller Farbenwirkung, die Errichtung von Mansardendächern sowie die Dachdeckung mit Schiefer, Blech oder schwarzglasierten Ziegeln in der Nähe der fraglichen Bauwerke untersagt werden. Welche Gebäude geschichtlichen oder architektonischen Wert besitzen und bis wohin die Umgebung oder die Nähe derselben reicht, entscheidet von Fall zu Fall der Magistrat, der die Anhörung sachverständiger Gutachten sich vorbehält. Für letzteren Zweck ist schon früher ein sogenannter Kunstausschuss, aus drei Architekten und einem Maler bestehend, eingesetzt worden. Mansardendächer dürfen überhaupt nicht mehr als 60 Neigung haben: Ausnahmen werden vorbehalten. Diese mehrfach wiederkehrende baupolizeiliche Abneigung gegen steile Mansardendächer als solche ist mir, nebenbei gesagt, nicht recht verständlich.

Die Stadt Nürnberg hat mit der Handhabung der erwähnten Vorschriften, wie der städtische Oberbaaurat Weber mir mitteilte, gute Erfahrungen gemacht, ist bisher auch keinen Schadenersatzforderungen ausgesetzt gewesen. Der günstliche Abbruch eines im Privatbesitz stehenden, die Denkmalpflege interessierenden Gebäudes kann allerdings nicht verhindert werden.

Auch in Bamberg bestehen zum Schutze altertümlicher Gebäude und deren Umgebung ganz ähnliche Vorschriften, die vom Stadtmagistrat am 19. Dezember 1899 erlassen worden sind.

Von Rothenburg o. T. ist bekannt, wie der dortige Verein „Alt-Rothenburg“ mit großem Fleiß und anscheinend mit Geschick und Erfolg bestrebt ist, die heimische Bauweise zu pflegen und die Verunstaltung des Stadtbildes und der alten Bauwerke zu verhüten. Zu diesem Zwecke sind am 14. August 1902 auch ausführliche ortspolizeiliche Bestimmungen vom Stadtmagistrate erlassen worden. Ihr wesentlicher Inhalt ist folgender:

Alle innerhalb der Stadtmauern oder auf denselben zu errichtenden Bauwerke sind so zu gestalten, daß sie sich den heimischen Bauformen im allgemeinen und den benachbarten altertümlichen Gebäuden im besonderen „anpassen“ und auf das Straßenbild bzw. Stadtbild „nicht störend wirken“. Gleches gilt für die von außen sichtbaren Umbauten und baulichen Änderungen, die dem Stil, dem Charakter und der Gestaltung der Bauwerke „Rechnung tragen“ sollen. Backsteinrohbauten, Bauten aus bunt gemischem Mauerwerk, flache Dächer, Schiefer- und Blechdeckung, sowie grelle Anstriche sind zu vermeiden. Rauher Spritzbewurf und Ölfarbenanstrich sind „möglichst zu beschränken“. Die Baupolizeibehörde kann über die zu wählenden Anstrichfarben und die Bloßlegung von Holzfachwerk Weisungen erteilen.

Außerhalb der Stadtmauern in der Nähe der alten Befestigungswege auszuführende Neu- und Umbauten haben sich den Bauformen der inneren Stadt „tunlichst anzupassen“ und dürfen auf das Stadtbild nicht störend wirken; für ihren Anstrich gilt das Gesagte.

Wie man sieht, steht auch in Rothenburg der Abbruch dem Eigentümer frei.

In Bremen bestehen baupolizeiliche Bestimmungen, die auf Denkmalpflege Bezug haben, nicht. Es besteht jedoch eine Senatskommission, die sich mit der Erhaltung kunst- und kulturgeschichtlicher Denkmäler befaßt; der Vorsitzende dieser Kommission ist Bürgermeister Dr. Pauli. Ihr wird von der Baupolizei und von Beamten anderer Ressorts Mitteilung gemacht, sobald durch einen Bauantrag oder auf andere Weise bekannt wird, daß einem Baudenkmal Gefahr droht. Gegen den Abbruch oder den Umbau derartiger Bauwerke gibt es keine polizeilichen oder gesetzlichen Mittel; die Kommission sucht durch Belehrung auf die Eigentümer einzuwirken. Zu diesem Zwecke sind die einzelnen, in einem Verzeichnis aufgeführten Baudenkmäler gruppenweise den verschiedenen Mitgliedern der Kommission zur Überwachung zugeordnet. Sind alle Vorstellungen erfolglos, so wird für Abbildung und Beschreibung des Bauwerkes, sowie für die Erhaltung wertvoller Teile desselben Sorge getragen.

§ 64 der Lübecker Bauordnung schreibt vor, Neu-, An- und Umbauten an allen von öffentlichen Verkehrswegen und Plätzen sichtbaren Seiten architektonisch so auszubilden, daß sie weder das Straßenbild oder die land-

schaftliche Umgebung verunstalten, noch die Erscheinung vorhandener, insbesondere historischer Bauten wesentlich beeinträchtigen. Zum äußeren Anstrich dürfen nur gedämpfte Farben verwendet werden. Auch Reklameschilder u. dgl., die das Straßenbild, die landschaftliche Umgebung oder die Erscheinung historischer Bauten wesentlich beeinträchtigen, sind untersagt.— Diese sehr allgemein gehaltenen, dem polizeilichen Ermessen einen weiten Spielraum lassenden Bestimmungen sind bisher ohne großen Widerspruch angewandt worden; ihre Ausbildung und Erweiterung durch das in Vorbereitung befindliche Denkmalpflegegesetz ist beabsichtigt.

In Köln besteht wie in Rothenburg, Nürnberg, Danzig, Magdeburg, Hildesheim usw. ein Altertumsverein, der aber nur gelegentlich in das private Bauwesen eingreift. Baupolizeiliche Bestimmungen in unserem Sinne sind noch nicht erlassen, sind aber vorbereitet durch Vorarbeiten des Hochbauamtes in bezug auf den Schutz der Umgebungen der Kirchen Groß St. Martin, Aposteln und Gereon sowie des Rathauses. Es scheint vorläufig nur an Höheneinschränkungen gedacht zu werden. Daß aber weitere Vorschriften nötig sind, daß ferner auch der Altemarkt, der Heumarkt und der Neumarkt Schutz verdienen, werden die Ortskundigen bestätigen. Für die an der Rheinuferstraße, zum Teil unter Inanspruchnahme städtischen Geländes, zu errichtenden Neubauten ist vor einigen Jahren auf meine Veranlassung ein architektonischer Wettbewerb ausgeschrieben worden, dessen Ergebnisse in einer handlichen Sammlung (wie in Bremen und anderen Städten) den Bauherrn zur Verfügung gestellt und zur Nachahmung empfohlen werden.

Auch in Aachen schwanken Erwägungen der in Rede stehenden Art, insbesondere über den baupolizeilichen Schutz des Marktplatzes und des Katschhofs.

Hildesheims verdienstvolle und vorbildliche Tätigkeit ist bekannt. Die baupolizeiliche Regelung findet sich in den §§ 170 bis 174 der Hildesheimer Bauordnung vom 1. April 1902 unter der Überschrift „Bauformen in den älteren Stadtteilen“. An 45 namentlich aufgeführten Straßen und Plätzen müssen Neubauten in einer Bauform zur Ausführung gebracht werden, die sich erstens an die bis gegen Mitte des 17. Jahrhunderts in Deutschland zur Verbreitung gelangten Bauformen „anschließt“ und die sich außerdem dem Gepräge der näheren Umgebung, namentlich größerer Gebäude, „möglichst anpaßt“. Auch die Baustoffe, einschließlich derjenigen für die Bedachungen und Verzierungen, sowie die Farbengabe müssen dieser Vorschrift genügen. Sie gilt ferner für den Umbau älterer Gebäude wie für den Umbau von bereits ausgeführten Baulichkeiten, die jenen Vorschriften noch nicht entsprechen. Ausnahmen sind unter besonderen Umständen zulässig.

Ganz vortrefflich ist die von der städtischen Baupolizei zu Frankfurt a. M. am 27. Februar 1900 erlassene Polizeiverordnung zur Erhaltung des altertümlichen Charakters einzelner Straßenzüge der „Altstadt“.

Aus Mainz und Worms kann ich nur über baupolizeiliche Bestimmungen ästhetischer Art berichten, die sich auf neue Stadtteile beziehen. In Mainz sind ortsgesetzliche und polizeiliche Vorschriften für die Bebauung des neuen Stadtteils am ehemaligen kurfürstlichen Schlosse erlassen worden, die unter anderem den geschlossenen Reihenbau verlangen und bestimmte Gebäudehöhen, zwischen 10 und 17 m bis zum Hauptgesims, zwischen 15 und 28 m bis zum Dachfirst, ferner gewisse Mindestmaße für die Frontbreiten

festsetzen und die Ausführung architektonischer Gliederungen in Zement, Gips oder ähnlichen Stoffen verbieten. In ähnlicher Weise behandelt § 41 b des Wormser Ortsbaustatuts die um den Wasserturmplatz daselbst zu errichtenden Bauten: diese müssen in geschlossener Reihe, in den Formen mittelalterlicher Bauweise oder deutscher Renaissance errichtet werden, „monumentalen Charakter“ haben, drei Stockwerke besitzen oder doch mindestens 10,80 m bis zum Dachgesims hoch sein. Giebel sind zulässig. Die Fassaden sind in Werksteinen oder bei Giebelbauten auch in Holzfachwerk herzustellen; Mitverwendung von Putz ist statthaft, aber keine Backsteinverblendung, keine Mansarden, keine schwarzglasierten Ziegeldächer.

Zwar gehören die erwähnten Bestimmungen aus Mainz und Worms eigentlich nicht zu unserem Gegenstande: ich habe sie aber erwähnt, um zu zeigen, wie weit ästhetische Bauvorschriften sogar in neuen Stadtteilen gehen können, wie also gesetzliche Hindernisse auch gegen den polizeilichen Zwang zur Erhaltung alter Baudenkmale und alter Straßenbilder nicht obzuwalten scheinen.

Am weitesten ist wohl in dieser Beziehung bisher die Stadt Darmstadt gegangen, übrigens dem Vornahmen nach mit gutem Erfolg. Das wiederholt ergänzte Ortsbaustatut untersagt in § 22 a an gewissen Hauptstraßen die Errichtung untergeordneter Baulichkeiten und läßt am Paradeplatz und an der Nordseite des Hoftheaterplatzes nur öffentliche Gebäude monumentalen Charakters zu. An einer Reihe von Straßen und Plätzen dürfen nach § 46 nur Gebäude aufgeführt werden, welche mindestens drei Stockwerke oder 10 m Fassadenhöhe haben. Nach § 50 a ist an zwei Straßen und einem Platze der Altstadt bei Neu- und Umbauten „der Charakter und Baustil der dort bestehenden Gebäude aus dem Ende des 17. Jahrhunderts beizubehalten“: an einer anderen Straße ebenso „Charakter und Baustil des am Ende des 16. Jahrhunderts errichteten Rathauses“. Schließlich sind für ein neues Stadtviertel, das sogenannte Heerdwegviertel, eingehende ästhetische Bestimmungen erlassen worden, des Inhalts, daß für die meisten Teile die offene, für andere die geschlossene Bauweise vorgeschrieben, die Zahl der Stockwerke auf zwei oder drei beschränkt wird, unter gewissen Umständen auch Holzfachwerk zulässig ist, an einem freien Platze und zwei Straßen jedoch nur Gebäude „von monumentalem Charakter“ geduldet werden.

Wenn ein persönliches Urteil über die mitgeteilten, zugunsten des Denkmalschutzes und der Ästhetik erlassenen polizeilichen Vorschriften gestattet ist, so bin ich der Meinung, daß unter Umständen ein Zwang dieser Art gegenüber Widerstreben unerlässlich ist. Die Einwirkung auf den freien Willen der Baulustigen, wie sie von den sächsischen und bayerischen Ministerien empfohlen und besonders in Bremen, Hildesheim, Rothenburg ausgeübt wird, ist in erster Linie gewiß zu empfehlen und wird auch in den meisten Fällen von Erfolg sein. Der Erfolg wird aber gesichert durch die sonst drohende Anwendung einer polizeilichen Verfügung. Die Baupolizei aber soll keine Willkürherrschaft sein; deshalb erscheint es mir dauernd kaum zulässig, nach Art von Nürnberg und Bamberg einfach der Polizeibehörde von Fall zu Fall die Entscheidung zu überlassen, welches Gebäude als kunstgeschichtliches Bauwerk oder als zur Umgebung eines solchen gehörig zu betrachten ist. Ich meine, es müßten wenigstens wie in Hildes-

heim, Frankfurt und Darmstadt die Straßen und Plätze, um die es sich handelt, bezeichnet, auch die in Betracht kommenden Umgebungen begrenzt und einzelne außerhalb dieser Bereiche zu schützenden Bauwerke genau aufgezählt werden. Die vom bayerischen Ministerium angeordnete Aufstellung von Verzeichnissen für die einzelnen Ortschaften ist deshalb von großer Wichtigkeit, obschon es zweifelhaft sein mag, daß gerade auf diese Weise eine zuverlässige Inventarisierung gewonnen wird; aber es ist immerhin etwas.

Ebensowenig wie das allzuweite polizeiliche freie Ermessen scheint es mir allgemein anwendbar zu sein, daß, wie in Worms und Darmstadt, für Neubauten geradezu bestimmte Stilformen vorgeschrieben werden. Das widerspricht meines Erachtens dem Rechte der künstlerischen Selbstbetätigung unserer Zeit, ist in guten Kunstzeiten wohl niemals ausgeübt, in Zeiten des Verfalls aber nur mit Mißerfolg gehandhabt worden. Die Ausführungen des Baurat Mohrmann zu Hildesheim in Nr. 63 des laufenden Jahrgangs vom Zentralblatt der Bauverwaltung scheinen mir durchaus das Richtige zu treffen. Für Neubauten an schönen alten Straßen und Plätzen oder in der Nähe monumentalster Bauwerke ist das Wichtige nicht die Verwendung bestimmter Einzelformen, sondern die Einfügung des Gebäudes in das Gesamtbild der Straße oder des Platzes, die Unterordnung unter das Hauptwerk. Die sorgsame Wiederholung des Formenschatzes aus Mittelalter und Renaissance schützt das Straßenbild keineswegs; sie ist mit dem brutalsten, zwischen zwei Brandgiebeln emporwachsenden Kastenbau vereinbar. Es handelt sich vielmehr um die Anpassung der Umrißlinien und Höhen der Dächer, Ausbauten und Aufbauten, der Baustoffe und Farben an das überlieferte Gesamtbild. Darin steckt die malerische Stimmung, in die sich auch die Brandgiebel, wo sie unvermeidbar sind, durch Umriß und Ausbildung einordnen müssen. Keine künstlichen Greise, keine Theatergotik, sagt Mohrmann mit Recht. Ja, nicht einmal beim Umbau alter kunsthistorischer Bürgerhäuser dürfte das unabdingte Verbot neuzeitlicher Formen gerechtfertigt sein. Es wäre in der Regel unrichtig, den inneren Ausbau solcher Häuser nach neuzeitlichen Bedürfnissen erschweren, selbst den Einbruch von Schaufenstern verbieten zu wollen, wenn diese mit Geschick dem Ganzen angepaßt werden. So etwas haben frühere Kunstperioden nicht versucht: sie verstümmelten nicht die Kunstsprache ihrer Zeit, noch hinderten sie die Befriedigung wirtschaftlicher Bedürfnisse. Gerade solche Veränderungen, welche die Erträglichkeit alter Häuser erhalten, dienen zur Erhaltung der Häuser selbst; diese sind andernfalls leicht dem Abbruch oder Verfall preisgegeben. Daß es gerechtfertigt sein mag, an einzelnen, besonders wichtigen Gebäuden und in einem Orte wie Rothenburg, wo eigentlich die ganze Stadt ein zu schützendes Baudenkmal deutscher Vergangenheit ist, weiter zu gehen, will ich übrigens nicht bestreiten.

Das Wichtigste aber ist, wie gesagt, die Einordnung aller Gebäude in das Gesamtbild, das „sich anpassen“, „sich anschließen“. In diesem Sinne treffen die bayerischen und sächsischen Ministerialerlässe nach meiner Meinung das richtige, ebenso die Polizeiverordnungen von Nürnberg, Lindau, Bamberg, Rothenburg, Lübeck, Frankfurt, wonach bei Neu- und Umbauten dem „Stil und Charakter“ des Alten „Rechnung getragen“ werden, die „Verunstaltung“ oder „wesentliche Beeinträchtigung“ des Straßenbildes oder der Umgebung von Monumentalbauten und die „störende Wirkung“ verhütet werden soll. Auch die Hildesheimer Fassung, daß Neu- und Umbauten in Bauformen aus-

zuführen sind, die sich an die deutsche Baukunst bis Mitte des 17. Jahrhunderts „anschließen“, dem „Gepräge“ der Umgebung größerer Gebäude sich „anpassen“, dürfte an sich nicht zu beanstanden sein, wenn unter der „Bauform“ und dem „Gepräge“ mehr die Gesamterscheinung verstanden wird, als die Stilfassung im einzelnen. Freilich würde ich den Wunsch haben, daß die genannten Bauordnungen sich deutlicher in dem von mir dargelegten Sinne aussprechen. Am treffendsten scheint mir die Frankfurter Polizeiverordnung den Gegenstand zu behandeln; insbesondere ist die in § 1 und § 2 derselben vorgesehene Entbindung von sonst allgemein zu beobachtenden baupolizeilichen Bestimmungen von großem Wert.

Auf die im Erlaß des sächsischen Ministeriums angedeutete Pflicht der Gemeinde oder des Staates zur Schadloshaltung möchte ich hier nicht eingehen; nach den gemachten Erfahrungen scheint eine solche Pflicht, solange es sich um baupolizeiliche Regelung in dem mitgeteilten gesetzlich zulässigen Umfange handelt, im allgemeinen nicht zu bestehen.

Ich würde mich hiernach freuen, wenn die Versammlung den schon gestern im Druck mitgeteilten von Herrn Professor Frentzen und mir entworfenen Leitsätzen\*) zustimmen würde.

#### **Debatte:**

Herr Stadtbaurat Schaumann-Frankfurt a. M.: Meine geehrten Herren! Der lebhafte Beifall, den Sie soeben den Ausführungen der Herren Vorredner gezollt haben, ist mir ein Beweis dafür, daß auch Sie ebenso angenehm von den Leitsätzen der beiden Herren berührt worden sind, wie sie mich gleich berührt haben, als ich sie las, denn ich sagte mir, daß mit diesen Leitsätzen die rechte Mitte für das gefunden wäre, was wir hier alle anstreben. Zur Vervollständigung aber möchte ich mir erlauben, Ihnen eine Polizeiverordnung mitzuteilen, die Herr Geheimrat Stübben nicht erwähnt hat. Das ist unsere Polizeiverordnung in Frankfurt a. M., die in drei Paragraphen für Frankfurt a. M. das formuliert, was hier in den Leitsätzen allgemein niedergelegt ist. Ich kann sie vielleicht anführen, es sind nur wenige Zeilen. Die Polizeiverordnung heißt so:

#### **§ 1.**

Zur Erhaltung des künstlerisch altertümlichen Charakters der nachfolgenden, geschichtlich hervorragenden Plätze und Straßen:

1. Am Fahrto. 2. Römerberg. 3. Alter Markt, 4. Bendergasse, 5. Wedlgasse. 6. der an den Dom angrenzenden Plätze und Straßen. 7. der Fahrgasse, südlich der Predigerstraße.	einschließlich der Eckhäuser nach den abzweigenden Straßen sowie „Hinter dem Lämmchen“,
--	---

müssen die an diesen Plätzen und Straßen zu errichtenden Bauwerke, soweit sie von der Straße sichtbar sind, in ihrem Äußeren derart gestaltet werden, daß das bisherige Straßenbild dadurch nicht verunstaltet oder wesentlich beeinträchtigt wird.

---

\*) Siehe oben S. 271 Anmerkung.

Zur Erreichung dieses Zweckes kann insbesondere die Einschränkung der sonst zulässigen Gebäudehöhe oder einzelner Geschosse durch die Baupolizeibehörde vorgeschrieben werden. Dagegen ist die Baupolizeibehörde ermächtigt, zur Ausgleichung dieser Baubeschränkung eine Ausnahme von den sonst geltenden Bestimmungen der Bauordnung wegen der zulässigen Dachhöhe, Höhe und Umfangs der Giebel- und Dachaufbauten (§ 11 c 2 und § 12 der Bauordnung), der Balkone und Erker (§ 13 F), der Überhänge (§ 17), sowie der Vorschrift des § 20 b. des § 23. Ziffer 2, und des § 32, Ziffer 1, eintreten zu lassen.

Dann kommt ein zweiter Paragraph, der sich mit baulichen Veränderungen genau in demselben Sinne befaßt, und in dem dritten Paragraphen ist dann auch die von dem Herrn Vorredner gewünschte Kommission eingesetzt worden. Dieser Paragraph lautet:

Die Entscheidung darüber, ob obigen Vorschriften genügt ist, steht der Baupolizeibehörde zu, welche vor ihrer Entscheidung eine besondere städtische Kommission, die aus dem Konservator der städtischen Altertümer, einem Mitgliede der städtischen Kommission für Kunst- und Altertumsgegenstände, zwei Mitgliedern des Architekten- und Ingenieurvereins und einem Magistratsmitgliede, welches den Vorsitz führt, besteht, zu hören hat.

Das wollte ich mir erlauben, zu Ihrer Kenntnis zu bringen.

Herr Stadtbaurat Rehorst-Halle a. S.: Meine Herren! Gestatten Sie mir ein paar ganz kurze Worte zu den Ausführungen der Herren Frentzen und Stübben. Ich vermag es als Leiter des Hochbauwesens einer größeren Stadt nur mit Freude zu begrüßen, wenn eine größere Reihe von Städten dadurch, daß sie im Wege der Gesetzgebung der Verschandelung ihrer architektonischen und landschaftlichen Schönheit Einhalt zu tun versucht, beweist, daß sie sich doch dessen bewußt geworden ist, was für sie auf dem Spiele steht. Es ist ja auch besonders erfreulich, daß, wie Herr Professor Frentzen hervorgehoben hat, selbst eingefleischte Juristen das Bedürfnis hierzu erkannt haben — aber ich muß die Befürchtung aussprechen, daß es mit der Gesetzgebung hier nicht getan ist. Das Übel liegt viel tiefer, als daß es sich durch Paragraphen heilen ließe. Der Kern, oder einer der mehreren Kerne, die diese traurige Erscheinung der modernen Zeit besitzt, liegt meines Erachtens zum großen Teil in der Ausbildung, die denjenigen gegeben wird, die heutzutage Städte und Dörfer zu bauen haben, und zwar nicht allein in der Ausbildung, welche die Jünger der Baukunst auf den Technischen Hochschulen, sondern ganz besonders in derjenigen, die sie auf den Baugewerkschulen erhalten. Bei den Technischen Hochschulen ist es ja — das weiß jeder Kundige — Gott sei Dank im Laufe der letzten Jahre erheblich besser geworden, und eine große Reihe von Bauten in unseren Städten und kleinen Gemeinden, namentlich auch in dem Lande, in dem wir hier zu tagen die Freude haben, beweist, daß einsichtige Lehrer dort an die Spitze getreten sind, die es verstehen, ihre Schüler für die wahre Kunst zu begeistern, sie wieder auf angemessene Bahnen zu bringen. Schlimm aber, gar schlimm steht es mit der Baugewerkschule. Ich möchte die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, daß auch auf dem Denkmaltage auf diese Gefahr hingewiesen wird. (Bravo!) Wie ich gehört und gelesen habe, beschäftigt man

sich ja bereits an maßgebender Stelle mit der Frage der Reorganisation der Baugewerkschulen, und es sollen unsere Worte nur ein kleiner Stimulus dazu sein, daß auch diese Arbeit, wie jede Arbeit, die auf dem Gebiete der Denkmalpflege geschehen muß, möglichst rasch vor sich gehen möge. Es ist bedauerlich und schmerzlich zu sehen, wie entsetzlich unser deutsches Vaterland verschandelt wird durch das Maurermeistertum. Jeder Mann, der einige Semester auf einer Baugewerkschule zugebracht hat, der dann vollen gepropft ist bis obenhin mit Ornamenten- und Stilkram, wird in Freiheit auf die Menschheit, auf unsere deutschen Städte losgelassen und wir haben kein Mittel, ihm die Tätigkeit zu unterbinden. Dieses Mittel durch die vorhin erwähnte Gesetzgebung zu versuchen, halte ich für ziemlich aussichtslos. Kommt ein solcher „Baukünstler“ vor die Aufgabe, in der Nähe von kunsthistorisch bedeutsamen Bauwerken ein Gebäude zu errichten, so werden ihn auch Paragraphen nicht hindern, seine Scheußlichkeiten zu produzieren. Ja, selbst wenn man ihm gütlich zuredet, wenn man ihm Vorbilder gibt und ihn hinzuleiten sucht auf das, was not tut — er begreift es nicht, weil er eben an der Wurzel verdorben ist. Da nun aber durch das Wirken solcher Leute nicht nur unsere Baudenkmäler, sondern unsere ganzen Städte gefährdet sind, so ist es unsere Pflicht, an geeigneter Stelle dahin zu wirken, daß die Lehrkurse an unseren Baugewerkschulen wieder in gesunde Bahnen gebracht werden mögen.

Herr Professor Ratzel-Karlsruhe: Meine Herren! Ich komme in der Richtung dessen, was ich sagen möchte, auf meinen Herrn Vorredner etwas hinaus. Ich glaube, die Wurzel des Übels, das wir bekämpfen müssen, liegt auf einem Gebiet in derselben Richtung. Ich möchte zu den sehr interessanten Ausführungen der beiden Herren Referenten mir nicht erlauben, etwas neues hinzuzufügen, denn sie waren in ihrer Gesamtheit so abgerundet und vor allem so interessant, daß ich fast hoffen möchte, daß sie auch auf die Bautätigkeit im allgemeinen und vor allem auf dem Lande einen wohltätigen Einfluß ausüben werden, wenn — das ist nun die schwierige Sache — man sie befolgt. Ich möchte nur etwas hinzufügen, was auf einem anderen Gebiete liegt, nämlich auf dem Gebiete der architektonischen Kunsterzeugung der Gegenwart, und da gibt es eine Regel, die wird nicht befolgt, die heißt: baut einfach, einfach, einfach!

Deshalb möchte ich zu den Leitsätzen gern einen kleinen Zusatz vorschlagen. Der zweite Absatz lautet: „Dabei wird darauf hingewiesen, daß zur Erzielung dieser notwendigen Harmonie hauptsächlich die Höhen- und Umrisslinien, die Gestaltung der Dächer, Brandmauern und Aufbauten, sowie die anzuwendenden Baustoffe und Farben der Außenarchitektur maßgebend sind, während hinsichtlich der Formgebung der Einzelheiten künstlerischer Freiheit angemessener Raum gelassen werden kann.“ Dieser Vorschlag ist ausgezeichnet. Ich möchte nur wünschen, daß auf das Streben nach Einfachheit noch mit wenigen Worten hingewiesen wird, vielleicht dadurch, daß man schreibt: „Am leichtesten wird es im allgemeinen gelingen, die Harmonie zu erhalten durch Einfachheit der Formgebung und Vermeidung der Anhäufung von Einzelformen.“ Das letztere ist das Grund- und Hauptfibel, und die besten Absichten und Vorschriften werden zu nichts, wenn jemand, der nicht über der Sache steht, sondern der von seinem Skizzenbuch und von den

Werken, die er besitzt, abhängt, auf eine solche Sache losgelassen wird. Der hängt daran, was er nur irgendwie erreichen kann, und wenn wir uns ein altes Bauwerk ansehen, das in der Nähe steht und demzuliebe wir die Harmonie anstreben, so müssen wir beschämten sagen: da ist fast gar nichts von Details daran und trotzdem wirkt es ausgezeichnet — ausgezeichnet, weil ein künstlerischer Geist der Beschränkung im Formenaufwand darin liegt. Es ist einmal ein Erker, es ist ein Giebel, ein schönes Portal, in der Hauptsache immer nur ein Motiv auf einem bescheidenen Hintergrund. Die neueren Bauten aber, gerade die, bei denen die beste Absicht obwaltet, sie in ein Milieu hineinzupassen, haben hundert Motive; aus einem Haus kann man eine ganze Straße machen.

Deshalb möchte ich sehr darum bitten, daß der Passus, der auf die Einfachheit hinzielt, noch in die Vorschläge und Leitsätze mit aufgenommen wird.

Herr Oberbürgermeister Gauß-Stuttgart: Meine Herren! Ich möchte mir eine kurze Bemerkung gestatten. Ich bin ganz einverstanden mit den Leitsätzen, die die Herren Referenten uns unterbreitet haben. Ich finde nur, daß in dem ersten Leitsatz die Fassung etwas zu eng ist. Es ist hier davon gesprochen, daß den zuständigen Staats- und Gemeindebehörden zu empfehlen sei, Neu- und Umbauten in der Umgebung hervorragender kunstgeschichtlich bedeutsamer Denkmäler und im Gebiet ebensolcher Straßen und Plätze der baupolizeilichen Genehmigung auch in dem Sinne zu unterwerfen, daß sich diese Bauausführungen in das Gesamtbild einfügen. Ich glaube, es ist zu eng, daß nur auf die Umgebung hervorragender kunstgeschichtlich bedeutsamer Baudenkmäler diese Rücksicht genommen werden soll. (Sehr richtig!) Ich bin der Meinung, diese Rücksicht sei immer zu nehmen, alte Straßenbilder, die häufig sehr schön sind, auch wenn kein für sich allein hervorragendes Baudenkmal dabei eine Rolle spielt, seien dadurch zu schonen, daß unter allen Umständen die Neueinfügungen sich diesem Gesamtcharakter unterordnen und sich dem anpassen. Ich halte es für eine nicht richtige Regelung, wenn man zunächst, um das Eingreifen zu rechtfertigen, nachweisen muß, daß in der Nähe ein hervorragendes kunstgeschichtlich bedeutsames Baudenkmal sei. Es ist das einerseits ziemlich willkürlich, ob man etwas hervorragend genug finden will, und dann wird es wohl sehr häufig, wenn bloß jene Rücksicht genommen werden soll, sich ereignen, daß höchst wertvolle Gesamtbilder durch Neueinfügungen zerstört werden, weil eben keine einzelnen hervorragenden und für sich allein bedeutsamen Baudenkmäler, sozusagen als Interessenten nachzuweisen sind. Ich bin deshalb der Meinung, daß man eine etwas andere Fassung wählen und daß man in weiterem Umfang das Vorhandene schonen sollte.

Es ist vielleicht von einem Interesse, kennen zu lernen, was in Württemberg in diesem Punkte in Aussicht genommen ist. Dort ist man gegenwärtig beschäftigt mit der Vorbereitung einer neuen Bauordnung, das heißt eines neuen Baugesetzes, das das Baurecht und die Baupolizei neu regelt und das dann den einzelnen Städten gewisse Vollmachten einräumt zu näherer Ausgestaltung des gesetzlichen Rechts im Weg von Ortsbaustatuten. Es haben sich die Vorsteher der größeren württembergischen Städte zusammen-

getan, um ihre Wünsche zu diesem neuen Entwurf geltend zu machen, und sie haben u. a. vorgeschlagen, in das Gesetz folgenden Artikel einzufügen: „Durch Ortsstatut kann über die Verhinderung der Verstümmelung und Zerstörung von Baudenkmälern, welche einen bleibenden Geschichts- oder Kunstwert haben, oder welche von besonderer Bedeutung für den Charakter eines Orts- oder Landschaftsbilds sind, sowie darüber Bestimmung getroffen werden, daß in gewissen Stadtteilen oder Straßen bei Neubauten oder Umbauten dem baulichen Charakter der Örtlichkeit Rechnung getragen werden muß.“

Ich halte eine solche allgemeine Vorschrift für sehr wünschenswert. Es ist ja schon von Herrn Geheimrat Stübben heute erwähnt worden, als von Rothenburg die Rede war, Rothenburg sei eine Stadt, wo eigentlich alles ein zu schützendes Baudenkmal sei, eine Stadt, die als Ganzes ein solches Baudenkmal sei. Ich bin nun der Meinung, daß das nicht bloß in Rothenburg durchaus zutrifft, sondern auch in andern alten Städten. Alle alten Straßenansichten haben für uns einen unzweifelhaften Reiz, auch wenn sie noch so unscheinbar und noch so bescheiden in ihrem Auftreten sind, und dieser Reiz sollte nicht ohne Not zerstört werden.

Dieser Punkt bringt mich auf eine andere Sache. Ich erlaube mir, darauf aufmerksam zu machen, daß in den Leitsätzen, die vorgeschlagen worden sind, nur ein Punkt geregelt ist, nämlich die Frage, wie sich ein Umbau oder ein Neubau in historischer Umgebung vollziehen soll. Dagegen gibt es noch eine ganze Reihe von Fragen, die von Bedeutung sind, wenn es sich um das Verhältnis von Baugesetzgebung zum Denkmalschutz handelt. Es sind zwei solcher Fragen im vorigen Jahre in Erfurt auch des näheren erörtert worden, und auch heute ist namentlich eine dieser Fragen von Herrn Geheimrat Stübben besprochen worden. Das ist die Frage der Baufluchten. Es ist allerdings schon im vorigen Jahre ein Satz beschlossen worden, der lautet: „In malerischen Städten und Ortschaften mit langsamer Entwicklung ist die Veränderung von Straßenwandlungen durch Festlegung von Fluchtlinien nach Möglichkeit zu verhindern.“ Ich bin auch bezüglich dieser Fassung der Meinung, daß sie zu eng ist, insofern bloß in malerischen Städten und Ortschaften mit langsamer Entwicklung das vorgesehen sein soll. Ich bin auch hier der Meinung, daß erstens der Begriff des malerischen zu unbestimmt ist, und zweitens, daß alle alten Straßenansichten — es wird das kaum übertrieben sein — für uns etwas malerisches haben, jedenfalls etwas, was wir in den modernen Straßen vermissen und was deshalb womöglich geschont werden sollte.

Nun nehmen die heute zu beschließenden Leitsätze auf diese Frage der Baulinien oder der Baufluchten keine Rücksicht. Ich bin aber der Meinung, daß der Denkmaltag allen Grund habe, sich auch zu dieser Frage der Baufluchten als einer ganz besonders wichtigen auszusprechen. Soviel ich die Verhältnisse kenne — jedenfalls trifft das für das württembergische Recht zu, aber soviel ich weiß, ist das bei den übrigen Bauordnungen auch so —, zwingt in alten Straßenteilen jeder Neubau dazu, nunmehr eine Baulinie oder Bauflucht erst festzusetzen. Als ob sie in alten Straßen nicht schon längst bestände! Man geht also davon aus: was Jahrhunderte, vielleicht auch Jahrtausende bestanden hat, besteht rechtlich gar nicht, sondern für die

Baupolizei besteht bloß das, was neu auf dem Papier festgesetzt wird. Wenn also etwas Wirklichkeit geworden ist in Stein oder Holz, dann kommt es gar nicht in Betracht. Die bestehenden, die in Wirklichkeit ausgeführten Bauflüchten sind keine, bloß diejenigen sind Bauflüchten, die auf dem Plan, auf dem Papier aufgezeichnet sind. Ich glaube, gegen diese Auffassung, gegen diese Unterschätzung des historisch gewordenen, sollte der Denkmaltag in allererster Linie Stellung nehmen, er sollte es aussprechen, daß an bestehenden Straßenflüchten nur dann Abänderungen getroffen werden sollten, wenn das Bedürfnis dazu besonders nachgewiesen ist. Man braucht doch nicht ohne weiteres als selbstverständlich gewissermaßen vorauszusetzen, daß die bestehende Straßenflucht abänderungsbedürftig sei. Ich halte es für dringend nötig, daß gerade die Bauflüchten, wie sie jetzt bestehen, wie sie seit Jahrhunderten geworden sind, geschont und berücksichtigt und womöglich erhalten werden (Beifall), und ich möchte den Antrag stellen, daß man das ganz besonders ausspricht. Ich bin allerdings nicht in der Lage, eine entsprechende Formulierung hier bieten zu können, weil ich das preußische Baufluchtgesetz im Augenblick weder zur Hand habe, noch auswendig so genau kenne.

Noch auf einen anderen Punkt möchte ich zu sprechen kommen, der ebenfalls schon im vorigen Jahre, wenn ich mich recht erinnere, von Herrn Hofrat Gurlitt zur Sprache gebracht, auch heute schon angeführt worden ist, nämlich die Frage der Reklame und der Reklamemittel. Es interessiert vielleicht die Anwesenden, zu hören, daß auch in dieser Beziehung der württembergische Städtetag einen Antrag gestellt hat in dem Sinne, daß es in Zukunft den Städten ermöglicht werden solle, Reklamen zu unterdrücken, das heißt natürlich nicht das ganze Reklamewesen zu unterdrücken, sondern die Auswüchse und Mißbräuche dabei unmöglich zu machen. Wir haben vorgeschlagen, in das Gesetz eine Bestimmung dahin aufzunehmen: „Dem Ortsstatut bleibt vorbehalten, über die Anordnung des Äußeren Vorschriften zu geben, insbesondere Arbeiten wie Verblendungen, Malereien, Anbringung von Reklameschildern, Aufschriften und sonstige Vorrichtungen zu Reklamezwecken, wenn sie das Straßenbild oder die landschaftliche Umgebung verunstalten, oder die Erscheinung vorhandener, insbesondere historischer Bauten und deren Umgebung wesentlich beeinträchtigen würden, für genehmigungsbedürftig zu erklären, was die Handhabe dazu bieten würde, derartige Reklamen, die die Stadt verunstalten würden, unmöglich zu machen.“

Ich weiß nun nicht, ob es absichtlich geschehen ist, daß diese beiden Punkte, die ja auch heute von den Herren Referenten mehr oder weniger ausführlich erörtert worden sind, trotzdem keinen Ausdruck in den Leitsätzen gefunden haben. Es ist das ja insofern kein Unglück, als es die Aufgabe des Denkmaltaages nicht ist, irgend etwas zu dekretieren, sondern bloß Ansichten zu entwickeln und die natürliche Überzeugungskraft, die ihm innwohnt, wirken zu lassen. Aber es wird doch nicht zu leugnen sein, daß etwas, worüber man einig ist, nach außen hin deutlicher in die Erscheinung tritt und viel wirksamer ist, wenn es formuliert und zusammengefaßt und ausdrücklich von der Versammlung gutgeheißen wird. Deshalb möchte ich wenigstens die Anregung geben, diese beiden von mir zur Sprache gebrachten Punkte in solche Leitsätze zu fassen und dann gutzuheißen.

*Nach längerer Debatte über die Fassung der Leitsätze wurde für diese folgender Wortlaut angenommen:*

### **Leitsätze für städtische Bauordnungen in bezug auf Denkmalpflege.**

Der Fünfte Tag für Denkmalpflege empfiehlt im Anschluß an die Verhandlungen des Vierten Tages den zuständigen Staats- und Gemeindebehörden, Neu- und Umbauten in der Umgebung künstlerisch oder ortsgeschichtlich wertvoller Baudenkmäler und im Gebiete ebensolcher Straßen und Plätze der baupolizeilichen Genehmigung auch in dem Sinne zu unterwerfen, daß sich diese Bauausführungen in ihrer äußeren Erscheinung harmonisch und ohne Beeinträchtigung jener Baudenkmäler in das Gesamtbild einfügen. Entsprechendes gilt von Firmen- und Reklameschildern u. dgl.

Dabei wird darauf hingewiesen, daß zur Erzielung dieser notwendigen Harmonie hauptsächlich die Höhen und Umrißlinien, die Gestaltung der Dächer, Brandmauern und Aufbauten, sowie die anzuwendenden Baustoffe und Farben der Außenarchitektur maßgebend sind, während hinsichtlich der Formgebung der Einzelheiten künstlerischer Freiheit angemessener Raum gelassen werden kann.

Er empfiehlt ferner zur Beurteilung der einschlägigen künstlerischen und kunstgeschichtlichen Fragen die Zuziehung eines sachverständigen Beirates aus Vertretern der Baukunst, der Kunstgeschichte, der staatlichen Denkmalpflege und des kunstinnigen Laienelementes.

Insoweit die Landesgesetzgebung den für die örtliche Regelung erforderlichen Rechtsboden nicht darbietet, ist die Ergänzung der Gesetzgebung zu empfehlen.

## **Über Denkmalpflege und Baupolizei in Bayern**

**Bamberg 1905**

**Oberregierungsrat Frhr. von der Heyde-München:**

Es ist mir eine Ehre und Auszeichnung, Sie im Namen der Königlich Bayerischen Staatsregierung in unserem Lande herzlich willkommen zu heißen! Ich gebe der Freude Ausdruck, daß der Sechste Denkmaltag so zahlreich besucht ist und daß insbesondere eine so nachhaltige Anzahl von Vertretern seitens der Regierungen der deutschen Bundesstaaten und anderer befreundeten Staaten hierher entsandt wurde.

Bayern hat in allen seinen Landesteilen eine alte Kultur aufzuweisen. Wohin Sie sich wenden, in den Städten und auf dem Lande, überall treten Ihnen Spuren einer an geschichtlichen Ereignissen und an Kunstschatzen reichen Vergangenheit entgegen. Dieses Erbe der Vorfahren zu schützen und zu erhalten, ist eine vornehme Aufgabe der Staatsverwaltung.

Die bayerische Staatsregierung hat auch von jeher der Denkmalpflege ein sehr erhebliches Interesse entgegengebracht. Die Bestrebungen der Denkmalpflege gehen bei uns in Bayern nahezu auf ein Jahrhundert zurück. Wie auf allen Gebieten der Kunst und Wissenschaft, so war es auch hier Seine Majestät König Ludwig der I., der mit weitschauendem Blick die Bedeutung der Denkmalpflege für die Kultur eines Landes, für die Geschichts- und Heimatkunde, für die Heimats- und Vaterlandsliebe, aber auch für das zeitgenössische künstlerische Schaffen erkannt und seine Regierung zur Vorkehrung entsprechender Maßnahmen zum Schutze und zur Erhaltung der heimischen Kunstdenkmäler veranlaßt hat.

Die ersten Bestimmungen auf dem Gebiete der Denkmalpflege gehen bei uns in Bayern bis in die zwanziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zurück, und seitdem hat sich die Denkmalpflege in Bayern in der erfreulichsten Weise entwickelt. Wenn wir auch kein besonderes Denkmalpflegegesetz haben, in welchem alle Bestimmungen über Denkmalpflege zusammengefaßt sind, so fehlt es doch nicht an einer Reihe wichtiger einzelner gesetzlicher Bestimmungen und Verordnungen, welche eine feste und sichere Grundlage für die Denkmalpflege geben.

Ich glaube, es ist von Interesse für Sie, bei Ihrer ersten Tagung in Bayern kurz über die entsprechenden Verhältnisse orientiert zu sein. Eine unserer wichtigsten Bestimmungen auf dem Gebiete der Denkmalpflege ist eine Bestimmung des Polizeistrafgesetzbuches. Artikel 101, Absatz 3, welche die Gemeinden ermächtigt, im Interesse der Erhaltung der Schönheit ihrer Städte weitgehende ortspolizeiliche Vorschriften zu erlassen. Die Gemeinden in Bayern haben von dieser Bestimmung sehr großen Gebrauch gemacht, und ich glaube, daß nicht ein Gemeinwesen in Bayern sich befindet, welches im Besitz von bedeutenden Baukunstdenkmalen ist, und nicht von dieser Bestimmung Gebrauch gemacht hat. Es haben auch erst in den letzten Jahren die Ministerien des Innern beider Abteilungen zu dieser Bestimmung wichtige Vollzugsentschließungen erlassen, welche Direktiven und Anhaltspunkte für den Schutz der Baudenkmäler und speziell zur Erlassung geeigneter ortspolizeilicher Vorschriften an die Hand geben. Die Gemeinden sind zugleich veranlaßt worden, Verzeichnisse ihrer Baudenkmäler zu diesem Zweck aufzustellen.

Unsere Bauordnungen enthalten Bestimmungen, wonach bei Bauausführungen in der Umgebung von Gebäuden für Zwecke der Wissenschaft und Kunst und von monumentalen Bauwerken die Erinnerung der Aufsichtsstelle zu hören ist. Dadurch werden unsere Aufsichtsstellen für solche Gebäude in die Lage gesetzt, rechtzeitig von solchen Projekten Kenntnis zu erhalten, und, falls etwaige Schäden bedeutenden Bauwerken drohen, rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen.

Wir haben eine Verordnung von 1872, welche eine Bestimmung dahin enthält, daß bei Staatsgebäuden und bei Kultusgebäuden auf dem Gebiete der monumentalen Architektur, wenn solche Gebäude einer Änderung in ihrem Äußeren unterzogen werden sollen, die Pläne der Allerhöchsten Genehmigung bedürfen. Vor der Allerhöchsten Genehmigung werden diese Pläne einer besonderen Kommission zur Prüfung übergeben, welche bei der obersten Baubehörde zusammengesetzt ist und die diese Pläne in ästhetischer Beziehung prüft.

Neben diesen allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen haben wir besondere Bestimmungen auf dem Gebiete der Gemeindeordnungen. Unsere Gemeindeordnungen bestimmen, daß die Gemeinden öffentliche Denkmäler oder Bauwerke von Kunst- oder historischem Wert ohne vorherige Genehmigung der vorgesetzten Verwaltungsstelle weder verändern noch beseitigen dürfen. Allerdings fehlt es an Bestimmungen für den Schutz und die Erhaltung der beweglichen, im Besitz der Gemeinde befindlichen Denkmäler. Aber auch nach dieser Richtung sind wenigstens generelle Entschließungen erlassen, wonach den Gemeinden Anhaltspunkte und Direktiven gegeben sind über die zweckmäßigste Erhaltung, Konservierung und Aufstellung dieser beweglichen Denkmäler, und in denen ihnen insbesondere nahegelegt ist, vor einem allenfallsigen Verkauf die betreffenden Gegenstände dem Bayerischen Nationalmuseum oder dem Germanischen Museum in Nürnberg anzubieten.

Einen ganz besonderen Schutz genießen in Bayern die kirchlichen Denkmäler. Die in dem Besitz der kirchlichen Stiftungen befindlichen Denkmäler aller Art können nach unseren bestehenden Kuratel-Vorschriften ohne vorherige Genehmigung der Kuratellen weder verändert, noch veräußert, noch beseitigt werden. Es ist hiermit der weitgehendste Schutz den vielen bedeutsamen kirchlichen Altertümern, die wir in Bayern haben, zu teil geworden. Durch eine Reihe von Vollzugsentschließungen ist aber auch der wirksame Vollzug aller dieser Bestimmungen durch die damit betrauten Staatsbehörden gesichert. Insbesondere existiert z. B. die Bestimmung, daß alle wichtigen Kirchenrestaurierungen in Bayern vorher der besonderen Genehmigung des Kultusministeriums bedürfen. Bei diesem Schutz kirchlicher Denkmäler erfreut sich die Staatsregierung der regsten und tätigsten Mitwirkung der kirchlichen Behörden.

Neben diesen allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen fehlt es aber auch nicht an besonderen Verwaltungseinrichtungen, welche für den Schutz der Denkmäler Fürsorge treffen. Die wichtigste Aufgabe obliegt in Bayern dem Generalkonservatorium der Kunstdenkmäler und Altertümer Bayerns. Es ist dies eine Einrichtung, die im Jahre 1868 geschaffen wurde und aus sehr bescheidenen Anfängen sich zu einer großen und bedeutsamen Organisation entwickelt hat. Das Generalkonservatorium der Kunstdenkmäler und Altertümer Bayerns hat an seiner Spitze einen Generalkonservator und hat einen Stab von wissenschaftlichen und künstlerischen Referenten, welche die Aufgabe haben, in generellen und speziellen Fällen der Denkmalpflege ihr Gutachten abzugeben. Es ist dem Generalkonservatorium seitens der Staatsregierung besonders nahegelegt, die engste Fühlung mit den öffentlichen Behörden, mit den Pfarrämtern, mit Privaten, mit Künstlern, mit Handwerkern zu halten, um auf diese Weise schon bei Beginn der Restaurierung, bei Festsetzung der einzelnen Projekte, Festsetzung der Kostenvoranschläge, Aufstellung der Pläne usw. mit Rat und Tat an die Hand zu gehen, und ich glaube behaupten zu dürfen, daß diese Einrichtung in Bayern bis jetzt sehr segensreich gewirkt hat und immer mehr und mehr Anklang bei der Bevölkerung findet.

Die wichtigste Aufgabe, die dem Generalkonservatorium übertragen ist, besteht in der Inventarisation der Kunstdenkmäler, und es ist diese Inventarisation bereits wesentlich vorwärts geschritten. Der Kreis Ober-

bayern ist vollendet; in Niederbayern sind vorbereitende Arbeiten ausgeführt. Zurzeit befindet sich der Kreis Oberpfalz und Regensburg in Bearbeitung, und es ist zu hoffen, daß, nachdem in der letzten Finanzperiode erhebliche Mehrsummen bewilligt worden sind, die Inventarisierung in den Regierungsbezirken rasch vorwärts schreitet.

Eine der wichtigsten und schwierigsten Fragen bei der Denkmalpflege ist, wie Ihnen allen bekannt ist, immer die Beschaffung von Mitteln. Auch in dieser Beziehung ist Bayern nicht zurückgeblieben. Wir haben in unserem Staatsbudget eine etatmäßige Position, „den Fonds zur Erhaltung kirchlicher und anderer Kunst- und Geschichts-Denkämler des Landes“, der mit 30 000 „ℳ“ jährlich dotiert und hauptsächlich dazu bestimmt ist, bei der Restaurierung von Denkmälern, die sich im Besitz unbemittelner, unvermögender Gemeinden und Stiftungen befinden, Geldunterstützungen zu ermöglichen. Außer diesem Fonds, der jedes Jahr erscheint, werden auch von der Staatsregierung in wichtigen Fällen von Restaurierungen, bei denen absolut keine Mittel aufzutreiben sind, besondere Postulate an den Landtag gebracht und sind bisher ausnahmslos vom Landtage auch bewilligt worden. Weiter haben wir einen Fonds zur Förderung von Provinzial- und Lokalmuseen, der jährlich mit 5 000 „ℳ“ dotiert und dazu bestimmt ist, solchen Provinzial- und Lokalmuseen bei Erwerbung von Gegenständen, deren Besitz für die betreffenden Museen im Interesse der Denkmalpflege gelegen ist, ebenfalls finanzielle Unterstützungen zu teil werden zu lassen. Unsere Bauetats weisen in jeder Finanzperiode sehr erhebliche Summen auf für Erhaltung von Baudenkmälern, die sich im Eigentum des Staates befinden oder an denen der Staat die Baupflicht hat und bei denen der Staat in Erfüllung dieser Baupflicht im Interesse der Denkmalpflege weit über das Maß der Verpflichtung hinausgeht. Andere Fonds, wie der Dispositionsfonds zur Bestreitung außerordentlicher Bedürfnisse vormaliger Stifts- und Klosterkirchen, der Dispositionsfonds für protestantische Kultusbedürfnisse werden ebenfalls reichlich für die Zwecke der Denkmalpflege herangezogen.

Sie mögen aus diesen kurzen Ausführungen entnehmen, welche Fürsorge die Denkmalpflege bei uns in Bayern genießt. Es wird allerdings auch bei uns noch viel geschehen müssen. So erlangt es insbesondere zurzeit noch an einem wirksamen Schutze für die sogen. Bodenaltertümer: es fehlt an entsprechenden, wirksamen Bestimmungen für die Ausgrabungen und Funde. Allein ich glaube, sagen zu dürfen, daß auch in dieser Beziehung die bayerische Staatsregierung ihre Fürsorge nicht unterlassen wird, und daß vielleicht in nicht allzuweiter Ferne die entsprechenden Vorkehrungen zur Beseitigung der auf diesem Gebiet bestehenden Mißstände getroffen werden.

Aber, meine Herren, der wirksamste Schutz der Denkmalpflege besteht in dem Interesse und in dem Verständnis der Bevölkerung. Die Liebe und das Verständnis zur Denkmalpflege zu erwecken und zu erhalten, ist die wichtigste Aufgabe, die aber der Staat nicht allein lösen kann, zu deren Lösung er vielmehr der Mitwirkung weitester Kreise bedarf. Diese Mitwirkung findet er hauptsächlich und insbesondere in Ihren Kreisen und ich erachte deshalb den Denkmaltag für eine wichtige Institution in unserem öffentlichen Leben, die nicht mehr verschwinden darf.

## Mannheim 1907

### Ministerialrat Kahr-München:

Die Herren Vorredner haben die Frage berührt, wie die in den neuen preußischen und badischen Vorschriften vorgesehene Erlassung von Ortsstatuten etwa beeinflußt und wie den hier vorliegenden Schwierigkeiten begegnet werden könnte. Im Anschlusse hieran möchte ich in Kürze darauf hinweisen, daß in Bayern schon seit dem Jahre 1901 ähnliche gesetzliche und verordnungsmäßige Bestimmungen bestehen, wie sie in dem neuen preußischen Gesetze und in den Bauordnungen für Baden und für Württemberg vorgesehen sind. Schon seit längerer Zeit enthalten die bayerischen Bauordnungen Vorschriften, nach denen in Städten mit mehr als 20 000 Einwohnern den Anforderungen der Denkmalpflege von Baupolizei wegen weitestgehend Rechnung getragen werden kann. Des weiteren sind nach Artikel 101 unseres Polizeistrafgesetzbuches in der Fassung vom Jahre 1900 alle Gemeinden, auch die kleinsten Landgemeinden, berechtigt, Ortsstatuten — wir nennen es ortspolizeiliche Vorschriften — mit rechtsverbindlicher Kraft für private und staatliche Bauführungen zu erlassen und hierbei die Forde rungen der Heimatschutzbestrebungen weitgehend zu berücksichtigen. Demgemäß ist auch schon eine sehr große Anzahl derartiger ortspolizeilicher Vorschriften erlassen worden, und zwar, soviel ich unterrichtet bin, fast durchweg nach vorgängiger sachverständiger Beratung. Es ist ferner schon seit langer Zeit in Bayern selbstverständliche Übung, daß die Baupolizeibehörden in Fragen der Denkmalpflege im engeren Sinne des Wortes mit dem Generalkonservatorium der Kunstdenkämler und Altertümer Bayerns enge Fühlung halten. Die bayerische Regierung ist sich im übrigen darüber im klaren, daß in der ortspolizeilichen Regelung des Heimatschutzes gar manche bedenkliche Seite liegt, und wendet daher dieser Frage die größte Aufmerksamkeit zu. Sie hat allerdings von Anfang an einen Weg gewählt, der über diese Schwierigkeiten hinweghelfen dürfte. Als nämlich die bayerische Staatsregierung im Jahre 1904 an die Baupolizei- und die Gemeindebehörden grundlegende Anweisungen richtete bezüglich der Art und Weise, wie Heimatschutz gefübt werden soll, war sie sich dessen voll bewußt, daß ein richtiger Vollzug nur dann möglich ist, wenn den Baupolizeibehörden und Gemeinden auch eine entsprechende künstlerische Beratung neben der Beratung des amtlichen Technikers zur Seite steht. Um dies zu erreichen, hat die bayerische Staatsregierung bei Erlaß ihrer Ministerialanweisungen nicht bloß die mit künstlerisch geschulten Architekten besetzten Kgl. Landbauämter beauftragt, beim Vollzuge beratend mitzuwirken, sondern sich vor allem auch an die weitesten Kreise der bayerischen Architektenschaft, an die Architektenvereine und den Verein für Volkskunst und Volkskunde in München mit dem Ersuchen um Mitarbeit gewendet. Ich bin in der angenehmen Lage, sagen zu können, daß die opferwillige Mitarbeit der bayerischen Künstlerschaft eine außerordentlich große und eine sehr ersprießliche ist. Es gehen zum Beispiel von dem Volkskunstverein in München alljährlich viele Hunderte von Gutachten, Skizzen und Projekten meist kostenlos, teilweise gegen den Ersatz einer ganz geringen Gebühr in alle Landstriche Bayerns. Dank dieser Mitarbeit ist schon eine stattliche Zahl von Pfarrhäusern, Kapellen, Kirchen, Landschulhäusern und anderen gemeindlichen Gebäuden

aller Art, Villen, Gasthäusern und dergleichen auf dem Lande entstanden. Die bayerische Regierung ist der Anschauung, daß es für die praktische Denkmalpflege von der allergrößten Bedeutung ist, wenn möglichst viele solcher guten Beispiele der baulichen Denkmalpflege auf dem Lande entstehen. Denn diese Bauten sind neben dem guten Alten ein ausgezeichnetes Lehrmittelmaterial für die Baumeister und für das Publikum; sie zeigen, daß der Heimatschutz keinen Rückschritt will, und die Schönheit eines ländlichen Bauwerks vornehmlich in der Einfachheit und Zweckmäßigkeit erblickt, also auch praktischen Zwecken, namentlich der Kostensparung, dient. So wird der Markt auf dem Gebiete des Bauwesens, Angebot und Nachfrage, gleichmäßig günstig beeinflußt. Ich will mich übrigens über die heute bereiteten Fragen mit Rücksicht auf die noch zu erledigenden Beratungsgegenstände nicht weiter verbreiten und möchte nur noch bemerken, daß auch nach Anschauung der bayerischen Staatsregierung die Baupolizei für die praktische Denkmalpflege von der allergrößten Bedeutung ist. Ich glaube, daß die außerordentlich wichtige Frage: wie soll sich die Baupolizei zur Denkmalpflege verhalten? Ihre Tagung noch sehr oft beschäftigen wird. Die bayerische Regierung wird es zweifellos mit grösster Dankbarkeit begrüßen, wenn sie aus den Verhandlungen des Denkmalpflegetages über diese hochwichtige Frage recht reichhaltiges Material zur weiteren Verwertung für die Ausgestaltung der Denkmalpflege in Bayern erhält.

### Lübeck 1908

**Ministerialrat Kahr-München:**

Meine Herren! Wenn ich, der an mich ergangenen Aufforderung entsprechend, über die neuerlichen Maßnahmen auf dem Gebiete der Denkmalpflege in Bayern berichte, so muß ich mich im Interesse der Kürze unserer Verhandlungen darauf beschränken, die neueren bayerischen Gesetze und Verwaltungsvorschriften und die sich hieran anschließenden Organisationen nur in großen Zügen vorzuführen, und hinsichtlich des Vollzuges lediglich einzelne typische Beispiele zu geben.

Bevor ich aber an meine eigentliche Aufgabe herantrete, möchte ich mit ein paar Worten auf die Denkmalpflege unter der Regierung unseres Königs Ludwig I. hinweisen, da diese Maßnahmen heute noch in gewissem Sinne die breite Grundlage für die Denkmalpflege in Bayern bilden, und weil alle späteren Vorschriften und Anordnungen nur in diesem Zusammenhang richtig verstanden und gewürdigt werden können.

Schon im Jahre 1826 und in späteren Erlassen ergingen Vorschriften zum Schutze der alten Stadtbefestigungen, der vorhandenen Denkmäler und öffentlichen Kunstwerke; es wurden die Behörden angewiesen, beim Vollzuge der Baupolizei auf den Schutz der Denkmäler, die Pflege der heimischen Bauart, die Erhaltung landschaftlicher Schönheiten und interessanter Naturgebilde zu achten. Ja, es wurden zu diesem Behufe schon im Jahre 1832 Vorbilderpläne an die Behörden hinausgegeben, die Oberbaurat Gärtner nach örtlichen Studien über die heimischen Bauformen in Bayern entworfen hatte. Man hat mit letzterer Maßnahme allerdings keine guten Erfahrungen gemacht. Das Vorbild wurde zur geistlosen Schablone. Wir werden daher diesen Versuch in Bayern nicht wiederholen.

Aus der gleichen Zeit stammen die für die Kirchengemeinden und Kirchenstiftungen heute noch geltenden Kuratelvorschriften, wodurch den vielen bedeutsamen kirchlichen Altertümern der denkbar weitestgehende gesetzliche Schutz zu teil geworden ist. Hiernach können insbesondere die im Besitze der kirchlichen Stiftungen befindlichen Denkmäler ohne vorherige Genehmigung der Kuratelstellen weder verändert, noch veräußert, noch beseitigt werden. Durch eingehende neuerliche Anweisungen des, wie ich allgemein bemerken möchte, für Fragen der Denkmalpflege im engeren Sinne des Wortes zuständigen Kultusministeriums an die weltlichen Behörden und seitens der kirchlichen Oberbehörden an die Geistlichkeit ist der wirksame Vollzug dieser Bestimmungen soweit möglich gesichert.

Die ebenfalls aus früherer Zeit (1868) stammenden Bestimmungen der Gemeindeordnungen über den Schutz der im Eigentum der Gemeinden stehenden unbeweglichen Denkmäler möchte ich hier nur insofern erwähnen, als in Ergänzung hierzu die Gemeinden durch das Gesetz vom 6. Juli 1. J. verpflichtet wurden, zur Veräußerung oder Belastung, dann zur Restaurierung und Veränderung beweglicher Sachen von vorgeschichtlichem, geschichtlichem oder kunstgeschichtlichem Werte vorgängig die Genehmigung der vorgesetzten Verwaltungsbehörde zu erholen. Hiernach kann z. B., namentlich auch durch entsprechende Überwachung der betreffenden Arbeiten, verhindert werden, daß alte Gemälde durch Restaurierung von unkundiger Hand oder Skulpturen durch neue ungeeignete Fassung verdorben werden. Die aufsichtliche Würdigung hat selbstverständlich im Benehmen mit dem zuständigen sachverständigen Organ der Denkmalpflege zu erfolgen.

Im Zusammenhang mit diesen teilweise aus älterer Zeit stammenden Gesetzen stehen auch wichtige Vollzugsorgane der Denkmalpflege aus dieser Zeit. Hierher gehört vor allem die (1857) für den Bereich der Staatsbauverwaltung geschaffene, 1903 noch besonders auf die Verkehrsverwaltung erstreckte Einrichtung des sogen. Baukuntausschusses

In Bayern bedürfen nämlich die Pläne für alle Staats- und Kultusgebäude auf dem Gebiete der monumentalen Architektur und für wesentliche Änderungen hieran der Allerhöchsten Genehmigung und müssen vorher in ästhetischer Beziehung bei der obersten Baubehörde unter Beiziehung Allerhöchst berufener Privatarchitekten einer Prüfung unterzogen werden. Die Arbeit dieses Baukuntausschusses ist nicht bevormundend, sondern anregend, sie ist getragen von dem Geiste der modernen Denkmalpflege, und insofern von großer praktischer Bedeutung, weil die zahlreichen größeren und kleineren Staatsgebäude, insbesondere die Wohnhäuser für Beamte und Arbeiter, draußen auf dem Lande für die Baumeister und die Bevölkerung vorbildlich und anregend wirken.

Eine weitere, schon aus älterer Zeit — dem Jahre 1868 — stammende Verwaltungseinrichtung ist das nach Maßgabe der Bedürfnisse mehr und mehr ausgebauten Generalkonservatorium der Kunstdenkmäler und Altertümer Bayerns, dessen Zusammensetzung und Aufgabe ich im Rahmen dieses Vortrages nicht näher darlegen kann.

Im laufenden Jahre wurden vom bayerischen Landtage die Mittel für eine Neuorganisation der Denkmalpflege auf der Grundlage einer Vereinigung der prähistorischen und der historischen Denkmalpflege bewilligt. Nach dem vorliegenden Plane wird die gesamte Denkmalpflege beim genannten General-

konservatorium vereinigt und letzteres vom Bayerischen Nationalmuseum getrennt und zu einer selbständigen Behörde mit eigenem Beamtenkörper und Etat ausgestaltet. Zur Erfüllung seiner Aufgaben werden dem Generalkonservatorium u. a. eine Konservierungsanstalt und die Restaurationsanstalt angegliedert und die entsprechende Anzahl künstlerisch und wissenschaftlich gebildeter Beamten für den Dienst der Erhaltung, Wiederherstellung oder Veränderung historischer Denkmäler, dann zwei Konservatoren für die prähistorischen Denkmäler nebst dem erforderlichen Hilfspersonal beigegeben. Auch ist in Aussicht genommen, zur Unterstützung des Generalkonservatoriums im ganzen Lande freiwillige Pfleger oder Vertrauensmänner aufzustellen, die insbesondere für den Schutz der Bodenaltertümer und -funde tätig zu sein hätten.

Eine wichtige Aufgabe des Generalkonservatoriums ist die Inventarisierung der Kunstdenkmäler. Hierfür wurden unterm 31. März 1904 besondere Grundsätze aufgestellt, auf die ich hier nicht näher eingehen kann. Rein geschichtlich wird sie interessieren, daß die kunstsinnigen Wittelsbacher schon vor Jahrhunderten den Gedanken ausführten, die Wohnsitze des Landes in einem geschlossenen Bilderkreise der Nachwelt zu überliefern. So entstanden gegen die Mitte des 16. Jahrhunderts die prächtigen Apianschen Karten und Landtafeln, dann 1568—1573 die sogen. Sanderschen Holzmodelle der künstlerisch interessantesten Städte Bayerns, und in den Jahren 1696 ff. erfolgte durch den Kupferstecher Wening mit kurfürstlicher Unterstützung eine vollständige, detaillierte Aufnahme aller architektonisch interessanten Orte, aller Burgen, Burgruinen und Klöster der altbayerischen Provinzen nebst eingehender Beschreibung.

Meine sehr geehrten Herren! Ich habe bisher in der Hauptsache von der Denkmalpflege im engeren Sinne des Wortes gesprochen und möchte nun auf ein Rechts- und Verwaltungsgebiet übergehen, das für die Denkmalpflege im engeren und weiteren Sinne des Wortes gleich wichtig ist. Es betrifft die in den Geschäftskreis des Staatsministeriums des Innern fallende Baupolizei, die wohl einer der wichtigsten Faktoren auf dem weiten Gebiete der Denkmalpflege ist und bleiben wird.

Ich muß hier vorausschicken, daß auch in Bayern in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf den Hochstand behördlicher und privater Denkmalpflege ein bedauerlicher Rückschlag folgte und daß in diesen Zeiten auch bei uns zulande wie anderwärts schwere Fehler begangen wurden.

Wohl mahnten schon vor Jahrzehnten einzelne zur Umkehr, wie Professor August Thiersch, der verdienstvolle Lehrer an der Technischen Hochschule in München, Professor Dr. Gabriel von Seidl in München, dessen deutsches Haus (1879) einen gewissen Wendepunkt bedeutet. Allein es war dies doch zunächst immer nur die Stimme eines Predigers in der Wüste. Erst allmählich gewahrte man auch in weiteren Kreisen, daß es höchste Zeit ist, den Verfall der noch übrig gebliebenen Denkmäler hintanzuhalten, der rücksichtslosen Zerstörung unserer Orts- und Landschaftsbilder Einhalt zu gebieten, und im Bauwesen überhaupt zurückzukehren zur Einfachheit, zur Wahrheit, zur sachlichen Tüchtigkeit. Im Frühjahr 1902 erfolgte durch den um die Entwicklung des Heimatschutzes in Bayern so hochverdienten Gabriel von Seidl die bedeutsame Gründung des Isartalvereins, der als erster Verein sich die Naturpflege und die Zusammenstimmung

von Architektur und Landschaft zur Aufgabe gemacht hat. Zur gleichen Zeit erstand der Bayerische Verein für Volkskunst und Volkskunde, der sich für Bayern das Gebiet des Heimatschutzes im weitesten Sinne des Wortes zur Aufgabe stellte.

Während man sich nun auf dem Gebiete der Baupolizei anfänglich noch mit den einschlägigen Bestimmungen der Bauordnung begnügen konnte, setzte im Juni 1900 die Gesetzgebung ein, indem das Polizeistrafgesetzbuch zur Ermöglichung eines weiteren Vorgehens durch Gesetz vom 22. Juni 1900 eine Fassung dahin erhielt, daß in allen Gemeinden im Interesse der Denkmalpflege im weitesten Sinne des Wortes ortspolizeiliche Vorschriften erlassen werden können. Dieses Gesetz ist von den gleichen Grundgedanken getragen wie das spätere preußische Gesetz vom 17. Juli 1907, gewährt jedoch als Blankettgesetz den Behörden einen größeren Spielraum als das preußische Gesetz. Mit letzterem teilte es allerdings den Mangel, daß die Erlassung solcher Vorschriften den Gemeinden gegenüber nicht erzwungen werden konnte. Dieser Mangel ist in Bayern beseitigt durch das Gesetz vom 6. Juli 1908, das überdies ganz unabhängig von der Baupolizei die Erlassung von allgemeinen und örtlichen Vorschriften zum Schutze von Orts- und Landschaftsbildern gegen verunstaltende Reklame, ferner Schutzbestimmungen auf dem Gebiete der Naturpflege und Bestimmungen über Ausgrabungen und Funde von vorgeschichtlichen oder geschichtlich merkwürdigen Gegenständen zuläßt. Die Vollzugsvorschriften hierzu sind bereits erlassen.

Da über die Ortsstatute Herr Amtsrichter Dr. Bredt sprechen wird, kann ich mich hier auf die kurze Bemerkung beschränken, daß solche Vorschriften in Bayern schon vor etwa zehn Jahren in einzelnen Städten erlassen worden sind und gegenwärtig wohl in den meisten hier in Frage kommenden Gemeinden bestehen. Richtpunkte hierfür wurden in der Ministerialentschließung vom 1. Januar 1904 gegeben. Die Vorschriften sehen teils die Genehmigungspflicht für Änderungen von Baudenkmalen im engeren Sinne des Wortes vor, teils deren Schutz gegen häßliche, störende Umbauung, teils bezielen sie für das Ortsbild eine harmonische Einfügung der Neubauten in die architektonische und landschaftliche Umgebung. Mit den Vorschriften soll nicht etwa einer Altertümerei Vorschub geleistet oder gar eine polizeiliche Kunstdpflege eingeführt, sondern lediglich den Behörden ermöglicht werden, den Stümpern das Handwerk zu legen, und das Augenmerk der Bauherren und Baumeister namentlich in kleinen Orten und auf dem Lande auf die wichtigsten Grundsätze der Denkmalpflege zu richten. Es soll den Bauherren nahegelegt werden, daß sie dann am besten und zweckmäßigsten verfahren, wenn sie bei allen wichtigeren Bauten eine praktisch und künstlerisch geschulte Kraft heranziehen.

Meine sehr geehrten Herren! Durch die erwähnten, nur aus ein paar Paragraphen bestehenden Gesetze war in Bayern die Grundlage für ein umfassendes Vorgehen auf dem Gebiete der Denkmalpflege gegeben. — Allein solche Gesetze haben bekanntlich nur dann einen Wert, wenn sie auch richtig vollzogen werden können, und im Vollzuge liegt der Schwerpunkt der Denkmalpflege. Es war daher vor Erlassung weiterer Vollzugsvorschriften erste Sorge der bayerischen Staatsregierung, wie für eine rasche und opferwillige Mitarbeit beim Vollzuge der Denkmalpflege im Lande eine aus-

reichende Zahl praktisch und künstlerisch geschulter Kräfte bereitgestellt werden könnte.

Die Erfahrung hat bestätigt, daß nur rasche und zunächst nur opferwillige Arbeit der Künstler Aussicht hat, in weitere Kreise einzudringen, bis eben hier durch lebendige Beispiele dargetan ist, daß beim Bauen Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Schönheit Hand in Hand gehen, daß dabei alle Errungenschaften der Neuzeit Berücksichtigung finden können und daß ein guter Plan auch ein gutes Stück Geld wert ist. Die Leute müssen eben dazu erzogen werden, die geistige Arbeit des Architekten entsprechend zu bewerten.

Damit nun neben der naturgemäß numerisch nicht ausreichenden Mitarbeit der Landbauämter im Falle des Bedarfs genügende Hilfe bereit sei, hat sich vor etwa sechs Jahren der Bayerische Verein für Volkskunst und Volkskunde in München unter staatlicher Mitwirkung und Unterstützung zu einem offiziellen Beratungsorgan in allen Fragen der Heimatkunst organisiert und dank seiner stillen unermüdlichen, vor keinem Mißerfolg zurück-schreckenden, auf die praktischen Verhältnisse Bedacht nehmenden Arbeit, eine einflußreiche Stellung erlangt. Diesem Verein gehören namhafte Architekten und Künstler Bayerns als opferwillige Mitarbeiter an. und aus seinen Sonderausschüssen für Denkmalpflege, für heimische Bauweise und Baulinienpläne gehen alljährlich Hunderte von Gutachten, Skizzen und Plänen, teils kostenlos, teils gegen Ersatz der Barauslagen, an Behörden, Gemeinden, Kirchenstiftungen und Private, namentlich des platten Landes. Diese Pläne werden, wenn tunlich, in dem betreffenden Ausschusse mit dem Projekt-fertiger durchberaten, so daß auf diesem Wege das Können unserer besten Münchener Künstler gewissermaßen Gemeingut des ganzen Landes wird. Der Verein steht in engster Fühlung mit den Heimatschutzbestrebungen der Staatsregierung und vermittelt diese Bestrebungen in die weitesten Kreise der Bevölkerung durch organisierte Lichtbildvorträge, aufklärende Mitteilungen in der Landespresse und namentlich durch eine illustrierte Monats-schrift. Seine gedruckten Richtpunkte über Bauen auf dem Lande, über Architektur und Landschaft. Friedhöfe u. dgl. sind den Gemeinden und Baumeistern des Landes durch die Behörden kostenlos zugegangen. Selbstverständlich wird die Architektenchaft in ihrer Meinungsäußerung seitens der Staatsregierung in keiner Weise beeinflußt, sie ist vollständig frei, und mit der Unabhängigkeit dieser Künstlerrepublik steht und fällt nach An-schauung der bayerischen Staatsregierung der Wert und die Bedeutung dieser Einrichtung.

Nachdem so durch die Gründung und Organisation des Volkskunstvereins, ferner durch die Mitarbeit des künstlerisch geschulten Personals der Landbauämter, durch die in Aussicht gestellte Mitwirkung der bayerischen Architektenvereine und der landwirtschaftlichen Baustelle hinreichende künstlerische Kräfte bereitgestellt waren, wurden die Behörden und Gemeinden durch eingehende Ministerialanweisungen von 1904 und 1907 auf die Bestrebungen der Denkmalpflege und des Heimatschutzes hingewiesen und beauftragt, im Sinne dieser Bestrebungen in den verschiedenen Zweigen der Verwaltung unter Heranziehung aller Kräfte, der Geistlichen, Lehrer, Vereine usw. zu wirken, namentlich aber auf dem Gebiete der Baupolizei durch Einflußnahme auf die Baumeister und die Bauunternehmer die Heranziehung

künstlerischen Beirats mehr und mehr anzustreben. In letzterer Beziehung erschien es der bayerischen Staatsregierung von Anfang an als wichtigstes Moment einer praktischen Denkmalpflege, daß allenthalben auf dem Lande möglichst viele den neuzeitlichen Anforderungen, aber auch den Grundsätzen einer fortschrittlichen Denkmalpflege entsprechende Kleinbauten unter sachverständiger Anleitung ausgeführt werden. Hierbei lernen die Handwerker, und bei dem Publikum wird der Geschmack gebildet und das landläufige Vorurteil behoben, als ob der künstlerisch geschulte Architekt teuer und unpraktisch bauе. — Mit der Baupolizei steht auch die Ministerialentschließung vom 21. April 1908 in Zusammenhang, wonach die Gemeindeverwaltungen und Baupolizeibehörden beauftragt sind, von geschichtlich und künstlerisch bedeutenden oder sonst typischen Bauwerken, namentlich wenn Neu- oder Umbauten in Frage kommen, nach gegebenen Richtpunkten genaue Aufnahmen durch Sachverständige fertigen zu lassen.

Ich muß es im übrigen unterlassen, auf diese Anweisungen, die die weitesten Gebiete des Heimatschutzes betreffen, näher einzugehen. Nur eines möchte ich erwähnen. Die Denkmalpflege kann seitens der Baupolizeibehörden nur dann gehandhabt werden, wenn die betreffenden Beamten in die Lage versetzt sind, sich — auch wenn sie ihren Verwaltungsbezirk noch nicht kennen — bei jedem zur Genehmigung vorgelegten Bauplan sofort darüber zu vergewissern, ob durch den geplanten Bau oder Umbau ein Denkmal, ein schönes Orts-, ein Landschaftsbild gefährdet wird. Um diese Information zu ermöglichen, wurden die sämtlichen Distriktsverwaltungsbehörden unterm 1. Januar 1904 beauftragt, nach einem hinausgegebenen Muster alle zu schützenden Ortsbilder, Bauwerke, Werke der Kleinkunst, Typen der heimatlichen Bauweise des Bezirks in einem Verzeichnis niedezulegen und als Ergänzung hierzu eine Bildersammlung dieser Gegenstände anzulegen. Diese Verzeichnisse und Bildersammlungen sind zum großen Teile im Zusammenwirken mit fachkundigen Personen bereits angelegt, sie werden allmählich ausgebaut und verbessert. Das gesamte Material mußte dem Ministerium vorgelegt werden und wurde von der obersten Baubehörde überprüft.

Zur Vermeidung von Mißverständnissen möchte ich bemerken, daß es sich hier nicht um wissenschaftliche Sammlungen, wie bei der staatlichen Inventarisation handeln kann und soll, sondern lediglich um die Beschaffung des unentbehrlichen Handwerkszeuges für eine praktische Denkmalpflege der Baupolizei. Diese Verzeichnisse müssen in Abschrift den Ortsgemeinden zugehen, wo die Gemeindeverwaltung, die Pfarrer und Lehrer hiervon Kenntnis erhalten.

Im Zusammenhang mit der Baupolizei muß ich noch einer Maßnahme Erwähnung tun, die auf dem Gebiete des Stättenbaues liegt. Es ist Ihnen allen bekannt, daß ein schlechter Baulinienplan nicht nur für das Städterweiterungsgebiet von Unheil sein, sondern auch reizvolle alte Städte vollständig ruinieren, ihren Denkmälern und Ortsbildern das Todesurteil sprechen kann. Durch Ministerialentschließung vom 18. Juli 1905 wurden daher die Gemeinden und Behörden auf die Grundsätze des modernen Stättenbaues, auf die wirtschaftliche und schönheitliche Bedeutung eines guten Baulinienplanes für die Gesamtheit und den Einzelnen nachdrücklichst hingewiesen und beauftragt, ihre älteren Baulinienpläne durchweg von sachverständiger Seite

überprüfen und überhaupt die Herstellung der Baulinienpläne und Bebauungsgrundsätze durchweg hierin geschulten Architekten zu übertragen. Im einzelnen wurde u. a. angeordnet, in den Baulinienplänen diejenigen Baulichkeiten, Ausblicke u. dgl., die bei Bauführungen geschont werden sollen, zu vermerken.

Nebenher gingen an die in Frage kommenden Behörden besondere Weisungen wegen der Bebauung der Berggehänge und Seeufer, eine für Bayern besonders wichtige Frage, bei der es namentlich gilt, in unseren Alpenländern die Fußwege und Ausblicke der Allgemeinheit offen zu halten, die Bauweise, die Zäune u. dgl. angemessen zu beschränken. In all diesen wichtigen Landstrichen werden gegenwärtig von sachverständiger Seite Bebauungspläne und Bebauungsgrundsätze ausgearbeitet, die den Baupolizeibehörden ein Arbeiten nach großen Gesichtspunkten ermöglichen sollen. Eine Baulinienfestsetzung und örtliche Bauvorschriften erfolgen aber nur nach Bedarf, und dann wiederum unter Beirat des fachkundigen Stättenbauers.

Die sämtlichen neu aufgestellten Bebauungs- und Baulinienpläne größeren Umfangs oder sonst von Bedeutung, ferner die Bebauungsgrundsätze und Vorschriften hierzu, müssen vor der Instruktion dem Ministerium des Innern vorgelegt werden, wo sie durch die oberste Baubehörde im allgemeinen dahin geprüft werden, ob sie den Grundsätzen des modernen Stättenbaues entsprechen, um dann mit allenfallsigen Anregungen für den Projekt fertiger zurückgeleitet zu werden.

Dieses Vorgehen hat sich sehr bewährt und in der verhältnismäßig kurzen Zeit seit Erlass der Anordnung ist, abgesehen von den Städten, schon für mehr als 50 kleinere Gemeinwesen mit stärkerer Bautätigkeit die künftige Bebauung in bezeichneter Weise und zwar meist wiederum unter Mitwirkung des Volkskunstvereins geregelt.

Meine sehr geehrten Herren! Wenn ich in meinen letzten Ausführungen des öfteren von polizeilichen Vorschriften sprach, so dürfen Sie damit nicht an den Polizeistock denken, der im Lande nach einer bestimmten mehr oder weniger schlechten Tonart die Kunst dirigieren oder eine altertümliche Kunstmehrpflege protegieren will. Wir wollen moderne Menschen sein, so wie es die Besten unserer Altvordern auch waren. Die Kunst braucht zum Leben volle Freiheit, das ist auch die in den erwähnten Vorschriften klar zum Ausdruck kommende Auffassung der bayerischen Staatsregierung. Übrigens zielt ja die ganze Organisation, wie erwähnt, darauf ab, die freie Architekten- und Künstlerschaft in weitestgehendem Maße zum Vollzuge heranzuziehen und es ist daher nicht anzunehmen, daß ein Künstler in seinen Vorschlägen seitens der Baupolizei als solcher vom ästhetischen Standpunkte aus Schwierigkeiten erfahren könnte. Im übrigen aber muß die Behörde gegenüber dem Unverständ und namentlich gegenüber dem der Bauästhetik besonders gefährlichen rücksichtslosen Eigennutze Einzelner einen gesetzlichen Rückhalt haben, wenn sie nicht mit ihren Bemühungen der Lächerlichkeit verfallen soll.

Alle die vorerwähnten Vorschriften einschließlich der Ortsstatuten gelten natürlich in ihrem sachlichen Teile uneingeschränkt auch für die Bauten des Staates und der Kgl. Ziviliste. Die Baupolizeibehörden müssen zu den einschlägigen Plänen gehört werden und haben, wie dies gar nicht

selten geschieht, bei allenfallsigen Bedenken die Entscheidung des Staatsministeriums des Innern zu erwirken. Die Staatsbauverwaltung betrachtet es als Ehrensache, bei den zahlreichen Neubauten des Staates im Hoch- und Tiefbau auch auf dem Gebiete der Denkmalpflege und des Heimatschutzes vorbildlich zu wirken. Von dem gleichen Streben ist die Verkehrsverwaltung erfüllt, sie hat dies insbesondere bei ihren großen Wohnungs-Kolonien in Nürnberg und Regensburg, dann bei zahlreichen Bahn- und Postgebäuden der letzten Jahre in die Tat umgesetzt: auch das Kriegsministerium hat die unterstellten Bauämter unter Bereitstellung besonderer Mittel mit Anweisungen im Sinne der modernen Denkmalpflege versehen.

Daß der Staat weiter die in seinem Eigentume stehenden und seiner Aufsicht unterstellten Denkmäler erhält und schützt, ist selbstverständlich; um dies namentlich auch für kleinere Baufallwendungen sicherzustellen, wurde zu Anfang des letzten Jahres für alle Staatsressorts eine Anweisung an die betreffenden staatlichen Bauverwaltungen gerichtet, und hierbei für den amtlichen Gebrauch den Behörden die Anlage eines Verzeichnisses der ihrer Dienstaufsicht unterstehenden, geschichtlich oder architektonisch interessanten Baudenkmäler vorgeschrieben.

Bei den neuerlichen Maßnahmen der Staatsregierung habe ich noch kurz zu erwähnen, daß in den Fachschulen für das Baugewerbe, für Schnitzer, Töpfer, Weber, Korbflechter, Glasmaler u. dgl. die heimischen Gewerbe unter Zuziehung tüchtiger, volkstümlich empfindender Künstler gepflegt werden, und daß in der Volksschule die Orts- und Heimatkunde mit besonderem Hinweis auf die vorhandenen Denkmäler und deren Geschichte Unterrichtsgegenstand ist.

Schließlich muß ich nur der Vollständigkeit halber noch erwähnen, daß in Bayern in den letzten Jahren auch die Naturpflege durch die Schaffung des Landesausschusses für Naturpflege, Bildung von Kreis- und Bezirksausschüssen sowie Aufstellung von Obmännern im ganzen Lande auf der Grundlage freier Vereinigungen eine abgeschlossene Organisation gefunden hat, bei der namentlich wegen der Wechselbeziehung zwischen Architektur und Landschaft durchweg auf die Zuziehung von Architekten und Künstlern Bedacht genommen worden ist. Die Behörden sind angewiesen, diese Organisationen veranlaßtenfalls vor der Entscheidung zu hören.

Außerhalb des Rahmens meines Vortragsthemas muß ich noch mit Dank der wichtigen Unterstützung gedenken, die die Denkmalpflege in Bayern seitens Ihres Verbandes und durch Ihre hochwichtigen Arbeiten seit Jahren erfahren hat.

Meine sehr geehrten Herren! Ich habe Ihnen nun in gedrängtester Kürze und daher leider in recht trockener Folge die wichtigsten neuerlichen Maßnahmen Bayerns auf dem Gebiete der Denkmalpflege vorgetragen.

Gesetze und Vorschriften sind nun an sich nur tote Worte, für die die ewige Wahrheit gilt: Der Buchstabe tötet, der Geist allein macht lebendig. So müssen sie sich denn zu diesen Vorschriften eine stattliche Schar von staatlichen und gemeindlichen Beamten, von Geistlichen, Lehrern, Künstlern und Kunstmännern von Vereinen denken, die mit Liebe und Begeisterung, mit unermüdlichem Eifer an dieser Schöpfungsgeschichte mitarbeiten, Sie müssen sich eine Unsumme stiller, liebevoller Arbeit hinzudenken, eine Arbeit reich an Erfolgen, noch reicher an lehrreichen Mißerfolgen. Ich kann hierauf

hier nicht näher eingehen und habe mir daher erlaubt, Ihnen mit der kleinen Ausstellung in diesem Saale gewissermaßen im Bilde an einigen Typen den praktischen Vollzug der Denkmalvorschriften in Bayern vorzuführen und zwar an Beispielen aus drei an Denkmälern armen Landbezirken.

Sie finden dort vor allem Darstellungen aus dem oberbayerischen Landbezirk Erding, wo in den letzten Jahren dank dem energischen und verständnisvollen Vorgehen des Bezirksamtmannes Lutz viel gutes geschaffen worden ist. Sie sehen den Baulinienplan für das teilweise noch mit seinen alten Befestigungsanlagen ausgestattete Städtchen Erding, den zugehörigen Bebauungsplan nebst Bebauungsvorschriften. Einige Pläne von Neubauten zeigen, wie in dem Bezirke unter Zuziehung von Künstlern baupolizeiliche Denkmalpflege betrieben wurde; Sie finden dort ferner eine sehr nette bildliche und textliche Aufklärung über die heimische Bauweise für die Baumeister und solche für die Schulen des Bezirks Erding. Auch das sehr gut ausgearbeitete Verzeichnis der Baudenkmäler des Bezirks nebst der zugehörigen Bildersammlung finden Sie aufgelegt.

In ähnlicher Weise ging schon vor mehreren Jahren Bezirksamtman Fischer in dem fränkischen Bezirk Feuchtwangen vor. Eine kleine Auswahl von Bildern des von ihm gegründeten, sehr interessanten Feuchtwanger Museums, dann die Pläne einzelner seiner Initiative zu verdankender Neubauten finden Sie gleichfalls ausgestellt.

Nebenan sehen Sie einige Abbildungen aus dem Kaufbeurer Museum, gesammelt im Jahre 1901 auf Veranlassung des dortigen Bezirksamtmanns unter Mitwirkung seiner Bezirksgeschäftigen. Ich habe dieses Gegenstück deshalb vorgeführt, weil hierbei der Grundgedanke verfolgt wurde, kein eigentliches Museum, sondern in wenigen Wohnräumen ein abgeschlossenes Kulturbild zu geben. Im Bezirke Kaufbeuren wurden übrigens von dem damaligen Bezirksamtman zum erstenmal in Bayern Pläne für ein distrikтивes Gebäude im Wege einer Konkurrenz unter den Münchener Künstlern beschafft und unter künstlerischer Aufsicht ausgeführt. Dort fand auch wohl erstmals in deutschen Landen dank der Initiative des Kuraten Frank die Heimatschutzbewegung unter behördlicher Mitwirkung eine Organisation mit regelmäßigen Vorträgen unter Aufstellung von Obmännern in allen Gemeinden.

Die Bilder zweier benachbarter Gebirgsorte Tölz und Murnau sollen Ihnen zeigen, wie durch die Einflussnahme eines einzelnen Künstlers unter verständiger Mitwirkung der Gemeinden und Verwaltungsbehörden einem Orte ein ganz eigenartiges, heimatliches künstlerisches Gepräge aufgedrückt werden kann. Es ist dies für Tölz Professor Gabriel von Seidl, für Murnau dessen Bruder Professor Emanuel von Seidl zu verdanken. Ich verweise noch auf den Baulinienplan für Tölz und die reizenden Seidlschen Aufnahmen aus dem Tölzer Bezirk, die Bestandteile der Bildersammlung des Bezirksamts Tölz sind. Auch einige Arbeiten des Volkskunstvereins finden Sie an den Wänden, wie überhaupt fast alle ausgestellten Pläne von Mitgliedern dieses Vereins stammen. In ähnlicher Weise wirken in manchen anderen Orten andere Künstler, so die Dachauer Künstlerkolonie unter Führung des Kunstmalers Stockmann.

Neben dieser Ameisenarbeit sollen noch einige besondere Vorgänge nur aus der jüngsten Zeit Erwähnung finden: In Bad Tölz war ein für das Ortsbild

und die Promenade wichtiger größerer Privatwald von dem Besitzer zum Abtrieb verkauft. Der Holzheb stand unmittelbar bevor. Eile tat dringend not, darum kaufte Bezirksamtmann Fischer rasch entschlossen den Wald mit Aufschlag und brachte dann den Kaufschilling durch freiwillige Beiträge auf. Es ist das ein Gegenstück zu den mehrfachen Erwerbungen des Isartalvereins. Die interessante herrenlose Burgruine „Streitberg“ brachte durch ihren Zustand der Umgebung Gefahr und konnte nur mit sehr erheblichen Kosten in stand gesetzt werden, da nahm sich ihrer ein kunstsinngener Patrizier von Nürnberg an und behob aus eigenen Mitteln alle bestehenden Mängel. — Eine andere hochinteressante, mächtige Burg mit großer geschichtlicher Vergangenheit, die Neuburg am Inn, wollte der Besitzer zur Vermeidung von Unterhaltskosten und Haftungen zum großen Teil dem Abbruch unterstellen. Der Passauer Kunstverein (Vorstand Rechtsanwalt Dr. Heberle) schlug Alarm, es handelte sich um eine größere Unternehmung mit schwieriger Finanzierung; in der Not sprang der Münchener Volkskunstverein in die Bresche; ohne noch Mittel zu besitzen, kaufte der Verein das ganze Burganwesen, um es sodann als Erholungsheim für bedürftige Künstler einzurichten. Der Verein fand bei seinem Vorgehen tatkräftige Mitwirkung der Staatsregierung, und vor allem wandte dem Unternehmen unser Regent seine allernädigste Unterstützung zu.

Gleichzeitig hat der Volkskunstverein eine andere große Sache unternommen und durchgeführt. Sie wissen, daß jüngst das schöne Gebirgsdorf Zirl in Tirol mit etwa 200 Firsten niedergebrannt ist. Auf Einladung der Landesregierung unternahm es der Bayerische Volkskunstverein im Zusammenwirken mit den Innsbrucker Architekten, den Wiederaufbau des Gebirgsdorfes nach einheitlichen Gesichtspunkten unentgeltlich durchzuführen.

Meine sehr geehrten Herren! Ich habe diese einzelnen Taten einer praktischen Denkmalpflege aus dem heurigen Jahre nicht des Rühmens wegen erwähnt, sondern weil sie beweisen, daß auch da, wo unüberwindliche Schwierigkeiten vorhanden zu sein scheinen, wo große Mittel notwendig sind, ohne gesetzlichen oder polizeilichen Zwang ein hohes Ziel erreicht werden kann, wenn bei wohlwollender Mitwirkung der Staatsregierung Männer am Werke sind, die, ungeachtet aller Schwierigkeiten vorwärtsstreben und wenn 99 Wege vergeblich waren, auf dem hundertsten zum Ziele gelangen.

Nun habe ich Ihnen schon viel zu lange von meiner engeren Heimat erzählt und danke Ihnen für die Geduld, mit der Sie der spröden Materie meiner Mitteilungen gefolgt sind.

Wir wissen recht wohl, daß wir in Bayern den größten und schwierigsten Teil der Arbeit, das Tieferpflügen, noch vor uns haben, aber die Wege, die wir gegangen sind, haben sich im allgemeinen bewährt, wir werden auf ihnen — mit Ihrer wertvollen Unterstützung — unermüdlich weiterschreiten, aufwärts, dem Ziele zu, und wollen Denkmalpflege treiben in edlem Wettstreite mit den Bestrebungen anderer Länder und getragen von der Liebe zur Sache, die auf die Erfolge anderer nicht bloß neidlos, sondern mit aufrichtiger herzlicher Freude blicken läßt. Wir werden uns bei dieser Arbeit immer und immer wieder erinnern an die hohen Worte, die unser König Ludwig I. bei Eröffnung der Walhalla gesprochen hat: „Möchten alle Deutschen, welchen Stammes sie auch seien, immer fühlen, daß sie ein gemeinsames Vaterland haben, ein Vaterland, auf das sie stolz sein können.“

## Ortsstatute

**Referent: Amtsrichter a. D. Dr. Bredt-Barmen:**

„Über Ortsstatute“, so lautet das Thema, das mir vom Vorsitzenden des geschäftsführenden Ausschusses im Februar angetragen wurde. In der Tat erscheint es für die Denkmalpflege von großem Interesse zu wissen, inwieweit kommunale Vorschriften ihren Bestrebungen gerecht zu werden suchen, und besonders für Preußen stellt sich die Frage: welche Anwendung haben die Stadt- und Landgemeinden von dem Gesetze gegen die Verunstaltung von Ortschaften und landschaftlich hervorragenden Gegenden vom 15. Juli 1907 gemacht, das ihnen so tiefgreifende Befugnisse in den Schoß legte. Diese Bedeutung und Tragweite des Gesetzes ist ja allseitig sofort erkannt und betont worden. Bereits auf dem vorjährigen Denkmaltage bildete es den Gegenstand eines Vortrages unseres allverehrten Herrn Oberbürgermeister Struckmann. Es ist durch Ministerialanweisung und durch wertvolle Berichte und Rundverfügungen von Regierungspräsidenten, ich erwähne z. B. Koblenz und Kassel, erläutert, ferner im preußischen Verwaltungsblatt beleuchtet worden. Es hat eingehende Besprechungen in den Publikationen des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege sowie des Bundes Heimatschutz gefunden. Der sächsische Städtetag hat ein Musterstatut entworfen, und der hessische hat ein ganzes Referat über das Gesetz entgegengenommen. Endlich findet es sich in der Schrift von Lezius „Das Recht der Denkmalpflege in Preußen“ naturgemäß kommentiert. Theoretisch hat es also eine vielfache und reiche Beachtung gefunden. Welche praktischen Resultate in betreff von Ortsstatuten hat es nun während der 14 Monate, seit denen es in Kraft ist, gezeitigt? Das ist die Frage, die ich für Preußen Ihnen zu beantworten suche, um dabei die allgemein wünschenswerten Gesichtspunkte bei der Aufstellung solcher Statute hervorzuheben und eine kurze Rundschau in verschiedenen anderen Bundesstaaten anzuschließen.

Zum Zweck eines Einblickes in den gegenwärtigen Stand habe ich die preußischen Regierungspräsidenten um eine entsprechende Auskunft gebeten. Zu meiner Freude habe ich überall Entgegenkommen gefunden und vielfach sogar recht eingehende Aufschlüsse erhalten. Nach diesen Angaben müssen wir folgende Kategorien unterscheiden:

1. solche Orte, in denen ein Statut in Angriff genommen, zum mindesten ernstlich geplant ist;
2. diejenigen, in denen ein Entwurf im Wortlaut bereits vorliegt;
3. jene Orte, deren Statut endgültig genehmigt worden, bezw. schon in Kraft ist.

Zeitlich dürfte das Resultat, das ich ziehe, etwa für Ende August zutreffen. Ich brauche dabei wohl kaum zu bemerken, daß in einzelnen Gemeinden sich inzwischen die Absicht zu einem Entwurf verdichtet oder der fertige Entwurf mittlerweile seine Annahme und Genehmigung gefunden haben kann. Dieser Wandel muß sich ja fortwährend vollziehen. Es kommt hinzu, daß einzelne Regierungen und Städte im Augenblick ihrer Antwort ihren Entwurf für noch nicht reif genug zur Einsendung hielten, so daß auch deswegen meine Angaben nur eine bedingte Genauigkeit beanspruchen. Ich darf Sie nun nicht mit der Aufzählung aller Ortsnamen behelligen, die in Betracht kämen. Es wird genügen, wenn ich nur die Gemeinden und Be-

zirke nenne, die Ortsstatute oder Anordnungen bereits besitzen. Es sind die Gemeinden Pelplin, Kreis Dirschau, Regierungsbezirk Danzig, die Städte Görlitz und Oppeln im Schlesien, das Saaletal bei Kösen, 51 Ortschaften im Kreise Rotenburg, Regierungsbezirk Stade, mit gleichlautenden Ortsstatuten, das Bad Essen im Regierungsbezirk Osnabrück, die Stadt Burgsteinfurt in Westfalen, 11 Kreise im Regierungsbezirk Koblenz und die Stadt Montjoie im Regierungsbezirk Aachen. Zu diesen neun abgeschlossenen Fällen der ersten Kategorie kommen 33 Städte und Gemeinden der zweiten Entwickelungsphase, wo nämlich ein Entwurf vorhanden ist. Endlich wird an 112 Stellen ein Ortsstatut beabsichtigt.

Sie werden dieses Resultat, welches das Gesetz bisher gehabt hat, vielleicht ein bescheidenes nennen. Jedenfalls stünden Sie mit dieser Auffassung nicht gerade allein. Auf dem hessischen Städtetage im Juni fragte man z. B. auch, warum das so sehnlich erwartete Gesetz so wenig Früchte gezeitigt hätte, und der Regierungspräsident von Trier sagte z. B. in einem Schreiben an seine Landräte, es sei ihm aufgefallen, daß verhältnismäßig wenig Ortsstatute entworfen und vorgelegt würden. Aber das Resultat ist meines Erachtens gar nicht so gering, und vor allem hat es sich in den letzten drei Monaten insofern verbessert, als die Feststellung von Entwürfen und die Zahl der in Kraft getretenen Statute zugenommen hat. Daß man vorsichtig zu Werke geht, hat seine guten Gründe. Es muß eben stets bedacht werden, daß das Gesetz den Gemeinden weitgehende Eingriffe zuspricht, und daß demgemäß, trotz des lebhaften Interesses, das wohl durchweg dem Gegenstande entgegengebracht wird, nur behutsam an den Erlaß von Ortsstatuten herangetreten wird, da die Furcht vor einer Beschränkung der Baufreiheit in wirtschaftlich bedenklicher Weise so lange sich geltend machen dürfte, bis Erfahrungen über die Wirkungen solcher Statute vorliegen. Ich muß also der Auffassung Ausdruck verleihen, daß wir numerisch nicht unzufrieden zu sein brauchen.

Noch viel wichtiger aber als ihre Zahl ist der Inhalt der Statute. Hat man sich nun hierin mit mehr allgemeinen Vorschriften begnügt oder zeigt sich die Neigung zum Spezialisieren? Darüber können uns nicht nur die endgültig genehmigten, sondern auch die bloß entworfenen Statute Antwort geben. Es würde zu weit führen, Ihnen diese zusammen 42 zählenden Wortfassungen alle vorzutragen. Wohl aber werde ich diese und jene als mir besonders interessant erscheinende erörtern und mit anderen vergleichen.

Das Gesetz selbst, das uns als Hintergrund dabei vor Augen stehen soll, muß ich hier als bekannt voraussetzen. Ich will nur an seine Hauptpunkte erinnern:

1. kann baupolizeiliches Verbot ohne Ortsstatut erfolgen, wenn gräßliche Verunstaltungen von Straßen und Plätzen der Ortschaft oder des Ortsbildes bevorstehen;
2. werden ganze Straßen und Plätze von geschichtlicher oder künstlerischer Bedeutung unter Schutz gestellt;
3. ebenso einzelne Gebäude dieser Qualität hinsichtlich von Änderungen an ihnen;
4. finden Gebäude dieser Eigenschaft Schutz in betreff ihrer Umgebung;
5. kann dem Reklameunwesen Einhalt geboten werden;

6. können einzelne Viertel einer bestimmten Bauentwicklung, z. B. dem Landhausbau, zugewiesen werden.

Diese Vorschriften von 2 bis 6 bedingen aber eben den vorherigen Erlaß der Ortsstatute, die uns hier interessieren.

7. Kann der Regierungspräsident Anordnungen zur Verhinderung gröblicher Verunstaltung von landschaftlich hervorragenden Teilen seines Bezirkes nach Zustimmung des Bezirksausschusses treffen.

Was nun zunächst die vom Gesetz selbst ausgesprochene Vorschrift im Falle gröblicher Verunstaltung — § 1 des Gesetzes — angeht, so kommt sie für den Wortlaut der Ortsstatute nicht in Betracht. Trotzdem kenne ich zwei Entwürfe, in denen er als § 1 des Ortsstatutes mit der Überschrift „Wortlaut des § 1 des Gesetzes“ gewissermaßen als Eingang zum Ganzen wiederholt war. Es hat dabei wohl der Gedanke vorgeherrscht, dem Bürger, der sich orientieren will, im Zusammenhang alles das klarzumachen, was die Behörde auf Grund des Gesetzes und des Ortsstatutes vorschreiben oder verhindern kann. Eine Auffassung, die immerhin verständlich, aber von untergeordneter Bedeutung ist, da der § 1 des Gesetzes in seiner Gültigkeit und Bedeutung davon gänzlich unabhängig ist.

Ich greife nun zu dem bereits gültigen Ortsstatute einer Gemeinde in Westpreußen. § 1 zählt zunächst die Straßen und Plätze eines bestimmten Viertels, des Domviertels, auf und sagt dann: In diesem vorbezeichneten Viertel ist die baupolizeiliche Genehmigung zu versagen, wenn usw. Dann heißt es später: Ferner ist die baupolizeiliche Genehmigung zur Ausführung baulicher Änderungen an folgenden Bauwerken von geschichtlicher oder künstlerischer Bedeutung zu versagen. Das muß ich als eine nicht glückliche Fassung des Wortlautes bezeichnen. Die Straßen und Plätze des betreffenden Viertels müssen ja auch künstlerisch oder geschichtlich ausgezeichnet sein. Warum wird dieses bei ihnen verschwiegen und bei den Einzelbauwerken erwähnt? Dieser Unterschied ist wahrscheinlich gar nicht beabsichtigt worden: er kann aber später als gewollt ausgelegt werden und so Meinungsverschiedenheiten hervorrufen. Dieses Ortsstatut hält sich im übrigen eng an das Gesetz. Es wiederholt sogar den ganzen Wortlaut des zweiten Abschnittes des zweiten Gesetzesparagraphen, wonach das Ortsstatut dann nicht anzuwenden ist, wenn der Bauentwurf der Umgebung im wesentlichen entspricht und die dem Bauherrn durch die Änderung zur Last fallenden Kosten in keinem angemessenen Verhältnis zu den Kosten der Bauausführung stehen. Wir finden diese wörtliche Wiederholung auch in anderen Ortvorschriften und Entwürfen zu solchen. Ist das notwendig? Meines Erachtens nicht. Das Gesetz ist in Kraft, es braucht nicht nachgesprochen oder gar gestärkt, sondern nur befolgt zu werden. Für eine Wiederholung dieser Stelle kann man anführen, daß dem Bürger aus dem Wortlaute des Statutes hervorgehen soll, daß er sich nicht zu viel vorschreiben zu lassen braucht. Das ist aber bei einer gewissenhaften und wohlwollenden Behörde doch vorauszusetzen. Sicherlich wird der Gebrauch dieser Stelle auch manchen Stadtvater milder und geneigter zur Annahme stimmen. Immerhin erblicke ich in dieser Wiederholung eine unnötige Verlängerung des Statutes.

Eine zweite Fassung aus derselben Provinz sagt klar und deutlich in den beiden ersten Paragraphen: Folgende Straßen und Plätze und zweitens folgende Bauwerke genießen wegen ihrer künstlerischen oder geschichtlichen

Qualität den im Gesetz ausgesprochenen Schutz. Also ein übereinstimmender und korrekter Ausdruck. Dann heißt es in § 3 in beachtenswerter Weise:

„Zur Vermeidung der Beeinträchtigung des Orts- oder Straßen-(Platz-)bildes bzw. der im § 2 genannten Bauwerke ist neben entsprechender Höhenbemessung namentlich die Wahl geeigneter Bauformen, die Gestaltung der Umrißlinien der Gebäude, die Gestaltung der Dächer und Brandmauern, der Schornsteine und Aufbauten und die Wahl geeigneter Baustoffe und Farben am Äußeren der Gebäude erforderlich.“

Hinzuzufügen zu diesem Wortlaute wäre vielleicht noch, daß auch auf die Form der Fenster, die das Außengesicht eines Baues so wesentlich beeinflussen, besonders zu achten ist. Nicht auf die Kleinigkeiten des Dekors — wie viele Architekten noch immer zu meinen scheinen — kommt es in erster Linie an, sondern auf das Verhältnis der Massen zueinander, auf das von Fläche zur Öffnung. Ich muß daher schon hier hervorheben, daß es mir von ganz besonderer Wichtigkeit erscheint, daß ein Paragraph dieses Inhaltes in den Ortsstatuten, je nach der Beschaffenheit des Ortes, seinen Platz findet. Obwohl Zweck und Sinn des Gesetzes dies anstreben und auch die Anweisung es erwähnt, so ist ein bestimmter Wortlaut dieser Art im Gesetze selbst nicht zum Ausdruck gebracht, und hier kann also die Fassung des Statutes ergänzend eintreten.

Wir wandern weiter nach der Provinz Posen. Ein dortiger Entwurf spricht ebenfalls ohne ersichtlichen Grund nur bei den Einzelbauten von einem geschichtlichen und künstlerischen Werte. Aber noch mangelhafter ist es, daß in diesem Paragraphen nur der Wortlaut des Gesetzes gebraucht wird, ohne die Bauten namentlich aufzuführen. Es ist doch gerade Aufgabe des Statutes, sie zu benennen. Ich kann daher nur annehmen, daß man die Aufzählung noch nachholen will. Architekten wie Bevölkerung dürfen nicht im Zweifel sein, welche Gebäude ortsstatutarisch geschützt werden. Die Worte des Gesetzes bilden nur den Rahmen, in den das Bild, nämlich die bestimmt zu benennenden Bauten, noch einzulassen sind. Dem eventuellen Einwände, daß die Auffassung über den Wert einzelner Gebäude sich noch ändern könnte, ist die Möglichkeit entgegen zu halten, am Statute auf Grund neuer Beschußfassungen Streichungen oder Ergänzungen vornehmen zu können.

Eine schlesische Stadt hat zuerst in Preußen ein Ortsstatut der hier zu besprechenden Art besessen. Dieses ist mit gutem Grunde verschiedentlich als Muster hingestellt und auch zuweilen nachgeahmt worden. § 1 spricht den Schutz der Straßen und Plätze, § 2 den von bestimmten einzelnen Bauwerken aus. In beiden Fällen wird übereinstimmend die geschichtliche oder künstlerische Qualität als Grund des Schutzes genannt. § 3 spricht im Hinblick auf die beiden ersten Paragraphen von Formen und Farben. § 4 bietet dem entstellenden Reklameunwesen ein Paroli, und § 5 setzt eine Deputation für Angelegenheiten der Satzung ein. Das Ganze ist knapp, bündig und klar.

Eine andere schlesische Gemeinde hat ein Ortsstatut in Kraft treten lassen, das sich lediglich auf einen Platz und die ihm umgebenden Straßen richtet, mithin auf ein Ziel, das einer bestimmten Gegend ihren ästhetischen Einklang zu wahren sucht. Einfache Haltung der Gebäude, Vermeidung hohlen Prunkes, Anlage von Fabrikgebäuden nur hinter bereits erbauten Wohnhäusern, das sind die kurzen, aber zweckmäßigen Hauptvorschriften.

Wir finden uns nun in zwei Badeorten ein. In ihnen steht begreiflich die Regelung der Anbringung von Reklameschildern, Schaukästen usw. im Vordergrunde und bildet eigentlich den einzigen Gegenstand der Sorge. Es soll aber auch die Genehmigung zur Ausführung jener kleinen Bauten, die in Badeorten so häufig auftreten, wie Pavillons und Veranden, von einer vorherigen Prüfung im Sinne der Gesetzgebung abhängig gemacht werden. Beide Statute sind unter Anwendung des Wortlautes des Gesetzes entsprechend kurz und geben zu Mißverständnissen keinen Anlaß. Verwandt damit sind die Ortsstatute, die in übereinstimmender Fassung in 51 Landgemeinden eines Kreises in der Provinz Hannover erlassen worden sind und ebenfalls als alleinigen Gegenstand den in jener Gegend wohl besonders schmerzlich empfundenen Übelstand des Reklameunwesens behandeln. Umgekehrt hält es eine westfälische Stadt für das wichtigste, eine Zonenpolizeiverordnung auf Grund des § 4 des Gesetzes zu erlassen. So wichtig es ist, daß § 4 des Gesetzes die Ermächtigung gibt, die Bauentwicklung einzelner Viertel in bestimmte Bahnen zu lenken, so ist doch hier für den Wortlaut des Statutes am wenigsten zu fürchten, zumal verwandte Bestimmungen in manchen Städten schon vorher versucht worden waren. Es sind hier weniger rein ästhetische Gesichtspunkte, die in Betracht kommen, als Abgrenzungen für soziale und wirtschaftliche Zwecke.

Von Westfalen gehen wir zum benachbarten Rheinland. Dort mache ich auf einen Entwurf für eine Eifelstadt aufmerksam, bei dessen Abfassung der Rheinische Verein für Denkmalpflege und Heimatschutz, wie bei einer Reihe von anderen Entwürfen, mitgewirkt hat. Er bestimmt: Erstens sind folgende Straßen und Plätze, zweitens folgende Einzelbauten unter den Schutz des Gesetzes gestellt. Die vom letzteren geforderte geschichtliche oder künstlerische Beschaffenheit ist nirgends erwähnt. Hiergegen ist nichts einzubwenden. Wenn ich vorhin sagte, daß es nicht vorteilhaft und klug erscheine, in einem Falle dies zu erwähnen, im anderen aber nicht, so ist wohl zu beachten, daß ich damit nur die verschiedene Behandlung innerhalb desselben Statuts tadle. Fehlt die Qualitätsbetonung in beiden Fällen, so ist das nur eine dankenswerte Abkürzung, denn der Grund des Schutzes steht ja schon im Gesetz. Er braucht im Ortsstatut nicht wiederholt zu werden, denn dieses soll eben nicht die Gründe, sondern vor allem die Gegenden und Bauten des Schutzes aufführen.

Ganz ausdrücklich — ich erwähne dieses absichtlich noch einmal — weist auch jenes Eifelstatut in einem besonderen Paragraphen darauf hin, daß vor allem auf Höhe, Breite, Form, Stoff und Farbe bei Bauprojekten zu achten ist. Sodann gibt es auch geeignete Vorschläge für Bauten, die auf schiefwinklig zur Baufuchtlinie liegenden Grundstücken errichtet werden, und zur Verdeckung von Fabrikanlagen durch geeignete Anpflanzungen.

Bei einer Gelegenheit ist nun der § 2 des Gesetzes gründlich mißverstanden und aus ihm ein gefährlicher Wunsch für die Fassung der Ortsstatute gezogen worden. Das war auf dem hessischen Städtetag zu Wanfried im Juni d. J. Diese Versammlung hatte sicherlich dem Herrn Oberbürgermeister a. D. Bürgermeister Rösler aus Schmalkalden sehr zu danken, daß dieser in so eingehender Weise über das Gesetz referierte, und zwar um so mehr, weil der Referent zuvor eine längere schwere Krankheit durchgemacht hatte. Ich würde daher die betreffenden Stellen des Referates übergehen,

wenn sie nicht vor einer so bedeutenden Versammlung gesprochen und durch den Druck, wie bei derartigen Tagungen üblich, weiten Kreisen zugänglich geworden wären.

Den betreffenden Ausführungen hat Herr Oberbürgermeister Troje aus Marburg zwar kurz entgegnet, aber der Referent beharrte später bei seiner Ansicht. Er sagte zunächst — Seite 25 der Verhandlungen —: „...so hat das Gesetz doch zweifellos die Erhaltung und Neubelebung der Baustile vergangener Jahrhunderte und Kunstepochen im Auge. Wir leben jetzt, meine Herren, gewissermaßen im Zeitalter einer neuen Renaissance. Nur das Alte, das Überlieferte hat Wert.“

Kurz darauf fährt der Referent fort: „Unsere Künstler bauen nur Häuser im Stil früherer Jahrhunderte, und dem Interesse einer stilgerechten Durchführung der alten Bauformen muß die Zweckmäßigkeit der Grundrisse, ja selbst die Rücksicht auf Gesundheit und Bequemlichkeit recht oft sich unterordnen.“

Diese so leicht durch einen Besuch beispielsweise von München, Darmstadt oder Düsseldorf eines besseren zu belehrende Ansicht wird dann zwar später durch die Bemerkung gemildert:

„Es ist deshalb die von den tüchtigsten unter unseren Architekten richtig erkannte Aufgabe der modernen Baukunst, nicht die alten Formen nachzuahmen.“ Aber diese Erklärung hinkt nach, und auch nur aus der ersten Auffassung hat der Referent, wie wir sogleich ersehen werden, seinen Schluß gezogen. Ich habe mich zunächst gefragt: lebt man in Preußisch-Hessen wirklich im Zeitalter einer neuen Renaissance? O glückliches Land! Nun, ich glaube nicht. Es handelt sich wohl mehr um einen verunglückten mißverständlichen Ausdruck. Aber grundverkehrt ist die Auffassung, daß das Gesetz vom 15. Juli 1907 die Wiederbelebung alter Baustile bezwecke. Das ist so irrig, daß ich mich hier damit begnügen, dem laut und vernehmlich zu widersprechen und im übrigen auf die ministerielle Anweisung zu dem Gesetze, den Ministerialerlaß vom Januar 1908 und die sämtlichen anderweitigen Auslegungen des Gesetzes kurz zu verweisen. Nun kommt aber das Gefährlichste, nämlich die Schlußfolgerung, die der Referent aus seiner irriegen Auffassung zieht. Er sagt — in der an sich richtigen Erwägung, daß Bausachen Eilsachen wären —: „...im übrigen erscheint es mir mit Rücksicht auf schnelle Behandlung der einzelnen Baugesuche dringend erwünscht, daß die zu stellenden Forderungen von vornherein spezialisiert werden.“ Das ist ja hinsichtlich der Größenverhältnisse, der Stoffe, der Farben, wie genügend betont, sehr erwünscht, obwohl auch das nicht alles im Wortlaute des Ortsstatutes selbst in Zahlen und Ziffern ausgeführt werden sollte. Aber der Referent meinte weit mehr damit, denn in der Besprechung über seinen Vortrag bleibt er — Seite 34 der Verhandlungen — bei seinem Wunsche mit den Worten: „Was nun die einzelnen Bestimmungen des Statutes betrifft, so halte ich dafür, daß spezielle Vorschriften gegeben werden; es muß doch, wenn z. B. eine Straße einen bestimmten Charakter trägt, gesagt werden, welcher Stil bei Neubauten zur Anwendung kommen darf. Man muß diese Vorschriften in negativer Weise zu formulieren suchen.“

Gewiß wird es nützlich sein, wenn für Straßen usw. von geschichtlicher oder künstlerischer Bedeutung ein bestimmter Rat gegeben wird. Den kann aber der betreffende Baumeister mündlich im genaueren einholen, ehe er seine

Pläne macht, denn er weiß ja durch das Ortsstatut, daß er auf einen Boden baut, der mit gewissen Anforderungen und Einschränkungen belastet ist. Jedoch die Anordnung eines bestimmten Stiles in irgend einer Form in das Ortsstatut zu setzen, würde ich direkt für ein Unglück halten. Es ist auf dem Denkmalzage und auch anderwärts oft genug dargelegt worden, wie gefährlich es erscheint, alte Stile nachempfinden und anwenden zu wollen. Ein Andersdenkender könnte hier vielleicht einwenden — um die preußischen Grenzen schon jetzt einmal zu überschreiten —, daß sogar im Ortsstatute der Großherzoglich Hessischen Haupt- und Residenzstadt Darmstadt die Bestimmung zu finden sei: „Für die Kirchstraße ist bei Neu- und Umbauten der Charakter und Baustil des am Ende des 16. Jahrhunderts errichteten Rathauses am Marktplatz beizubehalten.“ Hier ist aber zu beachten, daß es heißt: Charakter und Baustil. Mit anderen Worten ist in erster Linie der Nachdruck auf das harmonische Sicheinpassen und erst in zweiter Linie auf den Stil selbst gelegt. Es ist ferner dazu zu bemerken, daß ja in einem Einzelfalle eine solche Fassung erwünscht sein kann. Deshalb sagt die preußische Ministerialanweisung zum Gesetze: es kann vorgeschrieben werden, daß die Neubauten sich der zur Zeit der Entstehung der Straße herrschenden Bauweise anschließen. Aber gefordert oder bezweckt wird die Wiederbelebung historischer Stile von dem Gesetze keineswegs. Da lobe ich vielmehr den erst vor kurzem fertig gewordenen Entwurf einer rheinischen Stadt, der in den Ortsstatuten von Worms und Neckarsteinach im Ausdruck verwandte Vorgänger hat. In § 3 dieses Entwurfs heißt es: „An den in § 1 und 2 aufgeführten Straßen und Plätzen sind alle neu zu errichtenden oder zu verändernden Gebäude in ihrem Äußeren so zu gestalten, daß sie sich dem Stadt-, Straßen- und Platzbilde harmonisch einfügen bzw. sich an die Eigenart und den Eindruck der genannten Bauwerke anlehnen.“ Das ist eine weitmaschige oder sagen wir liberale Fassung, die das für sich hat, daß sie der Baupolizei die nötigen Machtmittel in die Hand gibt, aber gleichzeitig den Architekten die Möglichkeit läßt, ihren eigenen Gedanken innerhalb gewisser Grenzen nachzugehen. Ich meine, so viele gewissenlose Geschäftsbauarchitekten es auch geben mag, so sollte man beim Erlasse von Ortsvorschriften dennoch der Architektenwelt insofern mit Vertrauen entgegenkommen, als darin nur der Sinn des Gesetzes herrscht, nicht aber bureaukratische oder polizeiliche Kleinvorschriften gegeben werden. Aus dem zuletzt angezogenen Statute erwähne ich noch eine Stelle, in der es heißt: „Unzulässig ist insbesondere die Verwendung von störenden Baustoffen und Konstruktionen, wie die Anbringung von unkünstlerischen Zementgußornamenten, die Herstellung von Fassaden und Fassadenteilen in größerem Umfange aus Eisen, Dacheindeckungen mit farbigglasierten Ziegeln, das Aufsetzen von Tonröhren auf die Schornsteine, von Firmenschildern auf die Dachfirme usw.“ Derartige näheren Auslassungen werden in manchen Städten eine dankenswerte Ergänzung zu den allgemeinen Vorschriften über Größe, Stoff und Farbe geben, gleichzeitig aber auch die Grenze des im Spezialisieren Wünschenswerten bilden.

Ich kann an der Hand des Vorgetragenen mit Genugtuung feststellen, daß in den mir bekannt gewordenen preußischen Statuten und Entwürfen ein Versuch, historische Stile wieder zu beleben, nicht zu finden ist, abgesehen von jenem Entwurfe, den Herr Professor Schumacher aus Dresden im letzten

Hefte des Bundes Heimatschutz genügend entkräftet hat. Gleichwohl hielt ich es für meine Pflicht, die in Wanfried an der Werra gesprochenen und noch nicht widerlegten Worte auf das richtige Maß zurückzuführen.

Es stellt sich die weitere Frage, wie die Handhabung der Ortsstatute im Instanzenwege sich gestalten wird. Ich glaube nicht, daß die Ansichten zwischen Baupolizeibehörde und Baugenehmigungsbehörde zu wesentlichen Abweichungen und damit zu Schwierigkeiten kommen dürften. Da die meisten Statute in Preußen erst einige Monate in Kraft sind, so ist es noch zu früh, um aus der Praxis heraus urteilen zu wollen. Natürlich wird es die Aufgabe der Ortspolizeibehörde sein, an der Hand von Gutachten Sachverständiger jeden Fall so gewissenhaft zu prüfen, daß Weiterungen ausgeschlossen erscheinen.

Damit bin ich zu dem wichtigen Punkte der Sachverständigen gelangt, die nach § 6 des Gesetzes vor Erteilung oder Versagung der Genehmigung gehört werden sollen, sofern nicht das Ortsstatut andere Bestimmungen enthält. Einen Ausschluß im letzteren Sinne habe ich z. B. im Statute eines Seebades gefunden. Dort handelt es sich ja lediglich um die Einschränkung des Reklameunwesens, für dessen Beurteilung besondere Sachverständige allerdings kaum nötig sein werden. Anderswo wird umgekehrt die Anhörung des Gemeindevorstandes ausgeschlossen, der nach § 6 ebenfalls vorher anzuhören ist, falls das Statut nicht anders bestimmt. Gerade derartige Ausschlußbestimmungen werden von den Sonderverhältnissen des jeweiligen Ortes abhängig sein. Die Formulierung der Auswahl der Sachverständigen bot anscheinend überall Schwierigkeiten. Die verschiedensten Wege sind eingeschlagen worden. In Städten von gewissem Umfange hat man eine ganze Reihe von Personen berufen, deren Anzahl zuweilen bis auf 15 steigt und die sich bald „Verwaltungsdeputation“, bald „Sachverständigenkommission“ oder „künstlerischer Beirat“ nennt. Einen derartigen vielköpfigen Körper zu bilden kann für Städte zweckmäßig sein. Zwar bleibt stets das Bedenken: Viele Köpfe, viele Meinungen. Die Hauptsache ist, daß man in derartige Kommissionen nicht nur die Leute wählt, wie es leider so oft geschieht, deren Namen der Stadtverwaltung einmal geläufig sind und die aus irgendwelchen Rücksichten der Überlieferung und der gesellschaftlichen Stellung, oft nur nach alter Schablone in jede Kommission gesteckt werden, sobald nur irgend ein neuer Anlaß zur Bildung einer solchen vorliegt, sondern daß die Kunstgelehrten, Architekten, Bürger usw. berufen werden, die wirklich über einen gesunden und ausgereiften Geschmack verfügen. Es wird auch anzuraten sein, daß die Bürger unter ihnen nur zum kleinsten Teile gleichzeitig Stadtverordnete sind, denn der Zweck geht doch nicht dahin, dieselben Personen in derselben Sache zweimal zu hören. Im übrigen möchte ich hier über die Kommissionen nicht weiter sprechen, da ich sonst in das Thema des nächsten Vortrages übergreifen würde. Es gibt auch Ortsstatute, wo nur ein Sachverständiger um Rat gefragt werden soll. Anderswo werden zwei bestimmt, nämlich der Provinzialkonservator und ein von dem Regierungspräsidenten zu ernennender Sachverständiger. Für kleine Stadt- und Landgemeinden dürfte es sich überhaupt empfehlen, die Auswahl der Sachverständigen nicht den Ortsbehörden, sondern der Bestimmung des Regierungspräsidenten zu überlassen. Was schließlich die Anhörung des Provinzialkonservators angeht, so wird jede Gemeinde sich ja schließlich, wenn sie mit den übrigen

Sachverständigen nicht zurecht kommt, noch an ihn wenden können, um seine Meinung zu hören. Andererseits aber erscheint es, um eine Überlastung der Provinzialkonservatoren zu verhüten, ratsam, den Konservator ortsstatutarisch nur für wichtige Fälle zum Sachverständigen einzusetzen und gleichzeitig auszusprechen, daß er sich vertreten lassen kann. Im ganzen wird man sich hinsichtlich der Frage, ob Sachverständige und welche Sachverständige zu berufen sind, nach den lokalen Bedürfnissen einrichten müssen. Namentlich wird man erwägen müssen, ob nicht Sachverständige für ganze Kreise zu bestellen sind. Endlich dürfte die Schaffung von Beratungsstellen im Verfolg des preußischen Ministerialerlasses vom 10. Januar 1908 für bestimmte Bezirke zu empfehlen sein.

Lassen Sie mich nun noch einige Blicke in die anderen Bundesstaaten werfen. Bayern sei zuerst erwähnt. Herr Ministerialrat Kahr hat uns gestern über die dortigen Verwaltungsmaßnahmen in Kenntnis gesetzt. Aus Bayern ist hier von Interesse, daß bereits seit 1900 auf Grund des Artikels 101 Absatz 3 des Polizeistrafgesetzbuches baupolizeiliche Vorschriften für Städte von mehr als 20 000 Seelen durch Verordnung oder ortspolizeiliche Vorschriften getroffen werden konnten. Auf Grund schon dieser Bestimmung sind in vielen größeren und kleineren Städten und Dörfern solche Vorschriften zur Förderung der heimatlichen Bauart und zum Schutze von Denkmälern erlassen worden. Im Interesse der Vereinfachung des Vollzuges der Baupolizei ist vor kurzem, am 6. Juli 1908, der betreffende Paragraph in dem Sinne abgeändert worden, daß für ganz gleichartige Verhältnisse mehrerer benachbarter Gemeinden gemeinsame distriktpolizeiliche Vorschriften Platz greifen können. Betrachten wir nun z. B. die „Ortspolizeiliche Vorschrift im Interesse der Stadtverschönerung und der Denkmalpflege“, welche die Hauptstadt München am 4. Januar d. J. erlassen hat, so finden wir in etwas anderer Wortfassung dieselben Ziele, denselben Gedanken. Ein wichtiger Unterschied schien mir im § 2 dieser Vorschrift zu stecken, wo festgesetzt wird, daß über die Frage, ob ein Gebäude von geschichtlicher oder künstlerischer Bedeutung sei, die Baupolizei nach Anhörung des Magistrates und etwaiger Einholung eines Gutachtens von Sachverständigen erst zu entscheiden hat. Ich habe inzwischen aber gehört, daß eine Liste der betreffenden qualifizierten Gebäude doch vorhanden ist, daß also nicht von Fall zu Fall diese Festsetzung erfolgt. Will man das Münchener Statut in etwas umständlicherer und spezialisierender Form lesen, so verweise ich z. B. auf dasjenige von Schweinfurt vom 8. Juli d. J.

In betreff Württembergs hebe ich hervor, daß Esslingen, Tübingen und Hall Bauvorschriften im Sinne von Denkmalpflege und Heimatschutz besitzen oder entworfen haben. Die Bauvorschrift für die Neckarhalde bei Esslingen ist übrigens in Nr. 44 der Württembergischen Bauzeitung von 1906 abgedruckt. Wir finden dieselben Bestrebungen, deren Wortfassung den dortigen Verhältnissen und Bedürfnissen und der zuständigen Organisation für Denkmalpflege entspricht. Mit dem Erlaß weiterer Statute wurde in Württemberg auf die neue Bauordnung gewartet, deren § 63 b übrigens nach der von der Zweiten Kammer in diesem Sommer beschlossenen Fassung denselben Geist wie das preußische Verunstaltungsgesetz atmet.

Einige Statute aus dem Großherzogtum Hessen habe ich schon vorhin angezogen. Dort gibt es außer in den genannten Städten Darmstadt, Worms

und Neckarsteinach solche in Alsfeld, Wimpfen, Erbach, Höchst usw. Bereits der Artikel 59 der hessischen Allgemeinen Bauordnung vom 30. April 1881 hatte dort die Möglichkeit für ästhetische Vorschriften in weitgehendem Maße gegeben, so daß das hessische Denkmalschutzgesetz von 1902 sich auf ergänzende Bestimmungen beschränken konnte.

Gar erfreuliche Kunde kommt aus dem Reichslande. Schon vor mehreren Jahren habe ich in meiner Schrift „Denkmalschutz im Wege der Enteignung“ nachgewiesen, daß in Elsaß-Lothringen, das einst, als es noch französisch war, zum Mutterlande der Denkmalpflege gehörte, nur der Weg der Enteignung möglich sei, um im Ernstfalle das Angestrebte durchzusetzen, denn das Elsaß hatte den Erlaß des französischen Denkmalschutzgesetzes von 1887 als französisches Departement ja nicht mehr erlebt. Jetzt hat Herr Beigeordneter Emerich in Straßburg sich der verdienstvollen Aufgabe unterzogen, den Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des Orts- und Landschaftsbildes aufzustellen, der den Ortspolizeibehörden das Recht, entsprechende Ortsstatute zu erlassen, zuweist. Ich kann dem Wortlaute des Gesetzes und seiner Begründung nichts Besseres wünschen, als daß beides bald dem Landesausschuß vorliegen möge. Zur Charakteristik des Inhaltes wird hier die in der Begründung selbst gegebene Erklärung genügen, daß der Entwurf sich dem preußischen Gesetze anschließe. Wenn Exzellenz Back im Landesausschuß vor einigen Jahren mit Recht sagen konnte, daß es für Landesausschuß und Regierung eine Pflicht sei, mehr für die Kunst zu tun, so weiß ich in der Tat keine bessere Gelegenheit für den Landesausschuß, diesen Wunsch zu erfüllen, als wenn er den Emerichschen Entwurf zum Gesetze mache. Nur eine Stelle im Ausdruck möchte ich rügen. Es heißt zweimal: „Bauausführungen, die in auffallender Weise offenbar verunstalten würden . . .“ Das ist mir zu pleonastisch und auf der anderen Seite, um einen rheinischen Ausdruck zu gebrauchen: zu „äußerst eventuell“ ausgedrückt. „In auffallender Weise“ dürfte genügen, sonst wird man vielleicht überhaupt keine Fälle finden, in denen ein Verbot statthaft erscheint.

Jedoch, meine Herren, unsere Tagesordnung denkt die Anschlußberichte den Angehörigen der verschiedenen Bundesstaaten zu, und ich vermisse, daß einige hiervon Gebrauch machen wollen. Außerdem geht die mir zur Verfügung gestellte Zeit zu Ende. Ich verweise noch schnell aus dem mir reichlich gewordenen Material auf das Allgemeine Baugesetz für das Königreich Sachsen vom 1. Juli 1900, § 90. die neue Badische Landesbauordnung vom 1. September 1907 und endlich die Verordnungen aus dem Jahre 1897, die diese Freie Hansestadt Lübeck, in der wir heute tagen, erlassen hat.

Es bleibt noch die Schlußfrage: Will der Denkmaltag ein Musterstatut oder allgemeine Leitsätze aufstellen? Ich spreche mich für meine Person dagegen aus; sollte es gleichwohl beschlossen werden, so behalte ich mir als das Recht des Referenten vor, einen dahingehenden Vorschlag an erster Stelle noch einzubringen. Einen Musterwortlaut oder Leitsätze, die überall zutreffen, gibt es eben nicht. Die verschiedenen Staaten und innerhalb ihrer die verschiedenen Gemeinden haben abweichende Bedürfnisse auf diesem Gebiete. sodann haben wir in Preußen schon die Ministerialanweisung und den Ministerialerlaß, beide von eingehender Darlegung. Ferner bin ich der Ansicht, daß der Deutsche Denkmaltag Ansehen genug genießt, um denjenigen, der sich ernstlich mit unseren Meinungsäußerungen befassen will, zu

veranlassen, unsere Verhandlungen zu lesen. Endlich befindet sich meines Erachtens, wie ich schon einmal sagte, trotz der gemachten Ausstellungen die Entwicklung der kommunalen Vorschriften im allgemeinen auf einer durchaus gesunden Bahn. Und so darf ich gegenüber den Unkenrufen, die den Wert des preußischen Gesetzes vom 15. Juli 1908 und der zu erlassenden Ortsstatute anzweifeln, mit der Meinung schließen, daß wir nicht nur wissen, wie der Geschäftsführer des Bundes Heimatschutz schrieb, wie wertvoll Gesetz und Erlasse sind, sondern daß wir auch von den Ortsvorschriften die Erreichung des gesteckten Ziels erhoffen dürfen.

#### **Debatte:**

Geheimrat Ministerialrat Dr. Ing. Freiherr von Biegeleben-Darmstadt: Meine Herren! Gestatten Sie mir einige ergänzende Worte zu dem Vortrage des Herrn Referenten.

Sie haben mit großem Interesse stets die Bestrebungen der Denkmalpflege im Großherzogtum Hessen verfolgt, und es wird Ihnen erwünscht sein, wenigstens in Kürze zu hören, inwieweit wir auf Grund unserer bisherigen Bestimmungen in der Lage waren und sind, in ähnlicher Richtung vorzugehen, wie dies jetzt im Königreich Preußen in so erfolgreicher Weise angebahnt ist.

Meine Herren! Wie der Herr Referent vorhin bereits mitteilte, haben wir eine gesetzliche Bestimmung in unserer allgemeinen Bauordnung, wonach in Städten von größerer Bedeutung und in Orten, bei welchen solches durch die Verhältnisse gerechtfertigt wird, durch Ortsstatut allgemein oder für einzelne Teile über die Anordnung des Äußeren der Gebäude entsprechende Vorschriften erteilt werden können.

Diese Bestimmung, die bereits seit über 25 Jahren sich in Kraft befindet, hat durch die Ausführungsverordnung und durch die Praxis eine sehr weitgehende Auslegung erhalten. Man hat sich für ermächtigt gehalten, im Wege des Ortsstatuts Vorschriften zu erlassen über die Höhe der Gebäude, die Zahl der Stockwerke, über die Frage: geschlossenes oder offenes Bau-system, über die Behandlung des Äußeren der Gebäude in stilistischer Hinsicht, über die Anwendung von Baustoffen und Bauformen usw.

Während bis vor etwa fünf Jahren, abgesehen von wenigen Ausnahmefällen, man nicht speziell in die Aufgaben der Denkmalpflege hineinging, so hat sich das ganz selbstverständlich, seitdem eben die Bewegung für Denkmalpflege im Steigen begriffen war, geändert. Man hat diese gesetzlichen Bestimmungen nunmehr verwendet, um direkt oder indirekt auch die Aufgaben der Denkmalpflege zu erfüllen, und demgemäß wurden in verschiedenen Gemeinden des Landes — zum Teil sind sie bereits seitens des Herrn Referenten aufgeführt worden — recht einschneidende Bestimmungen erlassen.

Ich möchte diese Bestimmungen in mehrere Kategorien teilen, und zwar in die folgenden. Zunächst handelt es sich darum, in dem Ortsstatut allgemeine ästhetische Richtlinien — ich sage nicht Vorschriften, sondern Richtlinien — aufzustellen. In mehreren dieser Ortsstatuten, so z. B. in Alsfeld vom Jahre 1904, Wimpfen 1905, Neckarsteinach und Michelstadt 1906, Reichelsheim und König vom Jahre 1907, sind solche aufgestellt worden, die im wesentlichen dahin gehen, daß bei allen Neubauten, aber nicht nur bei diesen, sondern bei allen Hauptänderungen und sonstigen Änderungen

am Äußeren des Gebäudes man sich an die heimischen Bauformen oder die heimische Bauweise anpassen muß, und daß diese Neubauten und Änderungen nicht störend einwirken dürfen auf das Straßen- bzw. Stadtbild, resp. sich ihm harmonisch einfügen müssen. Das ist eine ganz allgemeine Bestimmung.

Nun ist in einzelnen Statuten aber noch besonders hervorgehoben, worauf es dabei ganz besonders ankommt, und ich darf wohl sagen, daß nach vielen Bemühungen als ein gewisser Abschluß dieser Entwicklung in legislatorischer Hinsicht in den Kommunen wohl etwa die folgende Fassung angesehen werden kann, die sich in dem Ortsbaustatut von Michelstadt von 1906 befindet. Es heißt dort:

„Alle an öffentlichen Straßen oder Plätzen zu errichtenden oder von diesen aus sichtbaren neuen Bauten müssen so gestaltet werden, daß sie sich der heimischen Bauweise anpassen und in das Straßen- oder Stadtbild harmonisch einfügen. Hierbei kommt es hauptsächlich auf Höhe und Umrisslinien der Bauten, die Gestaltung der Dächer, Aufbauten und Brandmauern sowie die anzuwendenden Baustoffe und Farben der Außenarchitektur an, während in der Formengebung der Einzelheiten künstlerischer Freiheit angemessener Raum gelassen werden kann.“

Das gleiche gilt von Hauptänderungen an den genannten Gebäuden.“

Ich glaube, daß diese Fassung ziemlich einwandfrei ist. Das darf man wohl verlangen, besonders in kleineren Orten, die in sich eine gewisse Geschlossenheit besitzen, daß man in der Architektur sich den heimischen Bauformen anpaßt. Ich meine, in dieser allgemeinen Formulierung liegt wohl kein künstlerischer Zwang, meine Herren, ein Zwang, den auch ich verurteilen würde.

Abgesehen von dieser allgemeinen Fassung enthalten weitere einzelne Statuten noch spezielle Vorschriften. Zu diesen speziellen Vorschriften rechne ich die folgende. In einem Statut von Alsfeld vom Jahre 1904 ist auf die Stilistik Rücksicht genommen. Es ist dort, aber in einer sehr vorsichtigen Form, gesagt, daß bei dem Umbau oder der Abänderung von Gebäuden von geschichtlicher oder monumental er Bedeutung dem Stile und dem Charakter der Bauwerke Rechnung zu tragen ist — es ist also nur Rücksichtnahme verlangt, keine sklavische Anpassung oder Nachahmung eines Stils.

In Alsfeld — gewissermaßen unserem hessischen Hildesheim — haben wir es mit einer wunderbaren Holzarchitektur zu tun, auf deren Erhaltung wir natürlich den allergrößten Wert legen müssen.

Ferner ist in einzelnen Statuten ausdrücklich hingewiesen auf die Behandlung und Erhaltung der heimischen, der örtlichen Holzarchitektur des Fachwerkbaues, so in dem Ortsbaustatut der Stadt Wiempfen von 1905 in § 3 und in demselben Sinne in Alsfeld. Die Fassung wird Sie vielleicht interessieren. Sie lautet in ersterem Statut:

„Das bei Verputzarbeiten und Hausreparaturen zutage tretende Fachwerk ist in der Regel wieder sichtbar zu machen, wenn es von künstlerischer Bedeutung, vom handwerklichen Standpunkt bemerkenswert oder von malerischer Wirkung ist.“

Also hier wird die Erhaltung der vorhandenen Architektur angestrebt, wie gesagt, zweifellos gerechtfertigt durch die Besonderheiten der örtlichen Verhältnisse.

Das dritte, was auf Spezialisierung hinausgeht, ist die Ablehnung gewisser Baustoffe. Wir haben in einzelnen Ortsstatuten mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse und auf die großen Mißstände, die wir auf dem Lande insbesondere infolge des Eindringens fataler Baustoffe haben beobachten können, es für nötig befunden, hier Beschränkungen eintreten zu lassen. Das ist in folgender Weise z. B. gesagt bei Wimpfen in § 4:

„Backsteinverblendungen, Zementgußornamente, gemischte Materialien von mißständiger Wirkung, flache Dächer sind für Bauten, die von einer öffentlichen Straße oder einem öffentlichen Platze aus sichtbar sind bzw. im Städtebild in die Erscheinung treten, zu vermeiden.“

Des weiteren komme ich auf die Frage der Gebäudehöhe. Meine Herren! Wir haben gestern in dem interessanten und schönen Vortrag des Herrn Baudirektors von Lübeck gehört, daß man in Lübeck gerade wegen der Frage der Gebäudehöhe auf Schwierigkeiten gestoßen ist. Ich bin allerdings der Meinung, daß die Freiheit, die in Lübeck jetzt besteht, daß man nämlich, gleichgültig um welche Straßen es sich handelt, und zwar auch in recht engen Straßen, so hohe Bauten errichten kann, wie wir es gestern gehört haben, wie wir es jetzt an einzelnen Stellen sehen, sehr bedenklich und sehr mißständig ist. Meine Herren! Darüber kann kein Zweifel bestehen, daß die Frage der Höhenentwicklung der Gebäude vom künstlerischen Standpunkt aus eine der allerwichtigsten ist. Aber man darf hier nicht generalisieren. Wir haben auch vonseiten des Ministeriums in den Verhandlungen, die in der letzten Zeit mit der auf dem Gebiet der ästhetischen Bauweise sehr interessierten Residenzstadt Darmstadt geführt wurden, hervorgehoben, daß eine Generalisierung, d. h. eine Vorschrift für alle Stadtteile, im höchsten Grade bedenklich wäre; dagegen ist wohl zulässig, für einzelne Straßenteile bestimmte Vorschriften in betreff der Gebäudehöhe zu erlassen. Das ist nicht nur zulässig, sondern durchaus geboten. Wir müssen und können zeitig einer fatalen, dem Erhalten des Bestehenden feindlichen Bauspekulation vorbeugen, und solche Statuten können nicht zeitig genug erlassen werden. Wartet man damit, dann ist es zu spät, dann heißt es nachher: wir haben eben auf Grund der geltenden Bauvorschriften Käufe gemacht, wir haben Spekulationen entriert, und nunmehr will man kommen und uns in der Baufreiheit beschränken.

Zeitig, meine Herren! Man durchwandere die Straßen der Stadt, man sehe sich die Stadtbilder an, und auf Grund dieser Besichtigungen frage man sich, wie weit hat man hier in jedem einzelnen Falle zu gehen. Eine individualisierende Behandlung ist durchaus erforderlich, aber auch zulässig.

Endlich möchte ich noch betonen, daß in den vorstehend von mir mitgeteilten Bestimmungen weniger direkt, als vielmehr indirekt auf die Erhaltung geschichtlich oder künstlerisch wertvoller Bauten hingewirkt wird. Indirekt sind wirksame Handhaben darin gegeben. Eine direkte Vorschrift von weittragender Bedeutung werden wir jetzt wohl zum erstenmal in nächster Zeit in unserer Residenzstadt Darmstadt bekommen. Es ist dort seitens des städtischen Bauausschusses bereits eine Bestimmung genehmigt,

die ganz allgemein auf die Erhaltung der künstlerisch und geschichtlich bedeutsamen Baudenkmäler hinweist. Die Vorschrift lautet, es sei insbesondere darauf zu achten, daß das Straßen- und Stadtbild, die Erscheinung vorhandener Bauten von künstlerischer oder historischer Bedeutung sowie die landschaftliche Umgebung nicht beeinträchtigt wird und daß bei Herstellung von Bauten von künstlerischer oder geschichtlicher Bedeutung insbesondere auf tunlichste Erhaltung ihrer Schönheit und Eigenart Rücksicht zu nehmen ist.

Es sind hier keine einzelnen Gebäude aufgeführt. In der Beziehung gestatte ich mir, etwas anderer Ansicht zu sein wie der verehrte Herr Referent. Ich halte die Aufführung von einzelnen Gebäuden in einem Statut unter Umständen für bedenklich, denn, meine Herren, man kann sie nicht alle nennen, und man wird auch vielleicht in der Anschauung darüber, was erhaltungswert ist und was eine besondere Fürsorge verdient, wechseln. Die Behörden sollen sich die Freiheit vorbehalten. Man mag ein Statut erlassen mit allgemeiner Formulierung. Die Baupolizeibehörde kann ja nachher den betreffenden Besitzern mitteilen, welche Gebäude, welches Stadt- und Straßenbild sie jetzt für besonders schützenswert erachtet und welche demnach von der Handhabung dieser neuen Bestimmung getroffen werden. Meine Herren! Damit kommt man gerade so weit, man kommt sogar weiter und bindet sich nicht.

Meine Herren! Nun noch in Kürze die Frage der Handhabung. Ich habe mir schon erlaubt, auf dem Denkmalpflegetage in Mannheim darauf hinzuweisen, daß alles darauf ankommt, wie diese Bestimmungen gehandhabt werden. Was da auf dem Papier steht, meine Herren, ist wirklich nicht von der großen Bedeutung, sondern von Bedeutung ist, welche Männer hier an der Spitze stehen, welchen Männern die Handhabung anvertraut ist. Also lassen wir uns vor allen Dingen dafür sorgen, daß an der Spitze der Bau-polizei überall weitsichtige, künstlerisch hervorragende, modern empfindende Männer stehen.

Meine Herren! Nun muß man aber, wenn einmal bureauratisehe Bestimmungen bestehen, mit ihnen leben, man muß sie handhaben. Es ist deshalb in verschiedenen Statuten, insbesondere in Wimpfen und in Worms, ausdrücklich vorgeschrieben, daß, wenn es sich um künstlerisch und geschichtlich bedeutende Denkmäler handelt, die Mitwirkung des Denkmalpflegers stattfinden soll. In dem neuen Darmstädter Statut, das, wie erwähnt, allgemeine ästhetische Vorschriften enthält, sind wir der Frage noch etwas näher auf den Leib gerückt. Wir sind dort — und die Stadtverwaltung hat dies in sehr einsichtsvoller Weise geordnet — zu der Meinung gekommen, daß den Bauliebhabern ein Schutz gegeben werden muß gegen etwa bureauratisch einseitige Handhabung dieser Bestimmungen, und diesen Schutz haben wir geglaubt damit zu geben, daß die Stadt nicht nur sich das Recht vorbehält, im gegebenen Falle Sachverständige zuzuziehen, sondern daß auch in dem Statut die Verpflichtung konstruiert wird, auf Ansuchen des Bauwerbers einen von diesem genannten Sachverständigen zu hören. Meine Herren! Das gibt denn doch eine starke Garantie, wenn die Baupolizeibehörde sich sagen muß: ich habe zu erwarten, daß der Bauwerber mir einen anderen namhaften Sachverständigen präsentiert, der an meinem Gutachten Kritik übt. Dann wird die Baupolizeibehörde, glaube ich, sehr vorsichtig sein, und es ist dafür Sorge getragen, daß sie nicht etwa in engherziger Weise die Vorschriften

handhabt. Es ist das wenigstens, wie mir scheint, die denkbar größte Garantie, die gegeben werden kann. Darüber hinaus kann man wohl nichts tun, abgesehen selbstverständlich von dem Recht der Beschwerde an die vorgesetzte Behörde, das ja gegeben ist.

Meine Herren! Ich bin am Schluß. Ich habe vorhin nur übersehen, noch speziell die Wormser Bestimmungen vom Jahre 1907 zu erwähnen, die sich mit der Frage der Höhe der Gebäude befassen. Es wird Sie das doch besonders interessieren, weil Sie das schöne Modell vor Augen haben und dort sich ohne weiteres überzeugen können, wie das Statut etwa zu wirken geeignet ist. Es ist dort in § 41c zum Ortsbaustatut gesagt:

„Zur Erhaltung des eigenartigen und charakteristischen, durch den Dom im Verein mit seiner Umgebung erzeugten Stadtbildes sind alle in der Umgebung des Domes neu zu errichtenden Gebäude, und zwar auf dem Marktplatz (Westseite) und dem Neumarkt (Westseite), in der Andreasstraße, soweit die Gebäude den Domplatz begrenzen, in der Schloßgasse, auf dem Schloßplatz und dem Domplatz, in der Dotzinger- und der St. Johannsgasse, der Domgasse und der Hofgasse, in ihrem Äußeren so zu gestalten, daß sie sich diesem Stadtbild harmonisch einfügen. Zur Erzielung dieser notwendigen Harmonie ist neben entsprechender Höhenbemessung namentlich die Wahl geeigneter Bauformen, die Gestaltung der Umrisslinien der Gebäude, die Gestaltung der Dächer und Brandmauern, der Schornsteine und Aufbauten und die Wahl geeigneter Baustoffe und Formen am Äußeren der Gebäude maßgebend.“

Vorhandene Gebäude dürfen für die Regel nicht erhöht werden, neu zu errichtende Gebäude sollen sich der Höhe der vorher bestandenen oder der Nachbargebäude anpassen.“

Meine Herren! Die Stadtverwaltung hat in voller Erkenntnis der Bedeutung ihres herrlichen Bauwerkes und der Notwendigkeit eines Schutzes sich zu diesen zweifellos weitgehenden Vorschriften entschlossen. Möge das hohe Beispiel Nachahmung finden!

Stadtbaudirektor Schumann-Frankfurt a. M.: Meine Herren! In seinen Ausführungen, die allen denjenigen sehr willkommen sein werden, denen gegenwärtig die Aufgabe obliegt, ein Ortsstatut auf Grund des preußischen Gesetzes zu entwerfen, hat Herr Dr. Bredt nach meiner Meinung mit Recht betont, daß eine der größten Schwierigkeiten der Ortsstatuten in der Frage der Zuziehung der Sachverständigen beruht. Herr Ministerialrat Kahr hat in seinen interessanten Ausführungen uns gestern mitgeteilt, daß man in Bayern beabsichtigt, die freie Architekten- und Künstlerschaft in weitestem Maße zum Vollzuge heranzuziehen. Demgegenüber ist festzustellen, daß in dem Regierungsentwurf des preußischen Gesetzes von der Zuziehung Sachverständiger überhaupt nicht die Rede war, und daß diese Sachverständigen erst im preußischen Abgeordnetenhaus in das Gesetz hineingekommen sind.

Wir wissen ja alle, aus welchen Gründen diese Verschiedenheit der Standpunkte erklärt werden kann und muß. Die einen wollen eben aus rein künstlerischen Gesichtspunkten die Sachverständigen in möglichst weitem Maße beim Vollzuge des Gesetzes heranziehen, die anderen, unter ihnen die meistens in den Stadtverordnetenversammlungen vertretenen Interessenten,

fürchten — und zwar nicht mit Unrecht — die unvermeidlichen Erschwerungen und Verlangsamungen des baupolizeilichen Verfahrens.

Bei der Vorberatung unseres Frankfurter Ortsstatuts haben wir auch bereits die Erfahrung machen müssen, daß diese beiden Interessen sich sehr scharf gegenüberstehen, und wir müssen vielleicht gewärtig sein — hoffentlich nicht; aber es ist nicht ausgeschlossen —, daß wir uns den letztge-nannten Interessen gegenüber auf den Willen des Gesetzgebers werden be-rufen müssen. Da habe ich es mir angelegen sein lassen, aus dem Gesetz und der erlassenen Anweisung den Willen des Gesetzgebers in diesem Punkte zu erforschen, und habe darüber folgendes festgestellt.

Das Gesetz sagt in seinem § 6: „Sofern in einem auf Grund des § 2 erlassenen Ortsstatut keine anderen Bestimmungen getroffen werden, sind vor Erteilung oder Versagung der Genehmigung Sachverständige und der Ge-meindevorstand zu hören.“ Da ist also nur die Rede von dem Ortsstatut auf Grund des § 2. Der § 2 behandelt — ich darf das vielleicht als bekannt voraussetzen — die Änderungen an historischen und künstlerisch bedeu-tenden Gebäuden. Es ist aber nicht die Rede von der Zuziehung Sachver-ständiger in Fällen des § 3 und des § 4, d. h. in den Fällen der Reklamen und der besonderen Bestimmungen für Landhausviertel usw. Die Anweisung des Ministeriums sagt hierüber: „Für die einzelnen Fälle der Anwendung der auf Grund der §§ 3 und 4 erlassenen Ortsstatute ist die Anhörung von Sachverständigen und des Gemeindevorstandes durch das Gesetz nicht vor-gesehen. Auch fehlt es in dieser Beziehung an einem Hinweis auf eine ent-sprechende Regelung durch das Ortsstatut.“ Dieser Hinweis wäre nach meiner Meinung aber ganz außerordentlich willkommen gewesen. Da er nun fehlt, was hier das Ministerium selbst zugibt, so bin ich zurückgegangen auf die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses. Auch in den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses findet sich nichts darüber, wohl aber in den Verhandlungen der Kommission des Abgeordnetenhauses. und da heißt es folgendermaßen:

„Zum Antrag 14 wurde aus der Kommission heraus bemängelt, daß er im Gegensatz zu dem Beschlusse erster Lesung die An-hörung Sachverständiger nicht vorsehe: gerade hierauf aber werde, wie auch die eingegangenen Petitionen darüfteten, in weiten Kreisen erheblicher Wert gelegt. Auch wurde bezweifelt, ob ein Bedürfnis bestehe, auch für den Fall des § 2 a<sup>3</sup> (Genehmigung von Reklame-schildern usw.) Vorkehr für die Anhörung von Gemeindeorganen zu treffen. Die Antragsteller trugen diesen Bedenken dadurch Rechnung, daß sie die Erwähnung des § 2 a<sup>3</sup> im Eingange fallen ließen und den Schluß des ersten Satzes dahin änderten, daß an Stelle der Worte „ist in jedem Falle . . . . . der Gemeindevorstand zu hören“ die Worte treten: „sind in jedem Falle . . . . . Sachver-ständige und der Gemeindevorstand zu hören.“

Hierin liegt nun insofern ein Widerspruch, als man in dem Gesetz der Zuziehung Sachverständiger erheblichen Wert beilegt, dann aber aus der Erwägung, daß für die Anhörung des Gemeindevorstandes in Fällen des § 3 ein Bedürfnis nicht vorliegt, zusammen mit dem Gemeindevorstand auch die Sachverständigen für die Fälle des § 3 gestrichen hat. Eine Begründung für die Fortlassung der Sachverständigen in diesem Falle enthält der Bericht nicht, und es mag daher der Zweifel gestattet sein, ob hier nicht vielleicht

in der Auslassung der Sachverständigen in dem Falle des § 3 lediglich ein Irrtum der Redaktion vorliegt.

Bei dieser Sachlage haben wir in Frankfurt geglaubt, die Sachverständigen in Fällen des § 3, also bei der Frage der Reklameschilder usw., nicht grundsätzlich ausschalten, indes ihre Mitwirkung auf die wichtigsten Fälle beschränken zu sollen, und wir haben deshalb — vielleicht ist es für die Herren, die sich in gleicher Lage befinden wie ich, von Interesse — in unseren vorläufigen Entwurf die folgende Bestimmung darüber aufgenommen:

„In den Fällen des § 5 und 6“ — es sind nun andere Ziffern, nämlich die Paragraphen des Ortsstatuts — „entscheidet die Baupolizei selbständig ohne Anhörung der Kommission. In besonders schwierigen Fällen aber oder in Fällen von grundsätzlicher Bedeutung soll die Baupolizei die Kommission hören, ebenso wie die letztere berechtigt ist, zu verlangen, in solchen Fällen gehört zu werden.“

Mit dem ersten Satz, daß die Baupolizei die Kommission hören soll, wollen wir ihr eine Art moralischer Verpflichtung auferlegen, in schwierigen Fällen und in Fällen von grundsätzlicher Bedeutung an die Kommission heranzugehen. Daß sie das tut, wollen wir aber gewissermaßen dadurch kontrollieren, daß wir am Schluß der Kommission die Initiative geben und sagen, die Kommission kann in solchen Fällen aber auch verlangen, daß sie gehört wird.

Ich hoffe, daß diese Bestimmung nicht im Widerspruch steht mit den Intentionen des Gesetzes. Es ist das nur ein vorläufiger Entwurf, der die Genehmigung der oberen Instanz noch nicht gefunden hat.

Wir haben geglaubt, mit diesem Satz den Wünschen, die uns besonders aus den Kreisen des Architekten- und Ingenieurvereins entgegengebracht worden sind, Rechnung tragen zu sollen. Kreisen, die ohnehin bedauern, daß das Gesetz den Sachverständigen nicht noch weitere Rechte gibt, insbesondere auch in bezug auf die Ausgestaltung des Bebauungsplanes, denn — so sagen sie mit Recht —: Was kann unsere Tätigkeit im Sinne der Verschönerung und Erhaltung des Stadtbildes nützen, wenn der Bebauungsplan, die erste und entscheidende Grundlage für die Ausgestaltung des Stadtbildes, sich unserer Einwirkung entzieht? In der Tat erscheint es nur als eine natürliche Konsequenz des Gesetzes vom 5. Juli 1907, daß die Zuziehung der Sachverständigen in das ohnehin längst reformbedürftige Fluchtniengesetz von 1875 aufgenommen wird.

Diese Abschweifung wollen Sie mir gestatten: ich konnte sie nicht verschweigen, weil ich die Sache für sehr wichtig halte und weil sie vielleicht die Anregung geben wird, daß der Denkmalpflegetag sich auch einmal mit der Revision des preußischen Fluchtniengesetzes von 1875 beschäftigen möge.

## IV. Kommunale Denkmalpflege

### Aufgaben der Kommunal- und Provinzialverwaltungen auf dem Gebiete der praktischen Denkmalpflege

Düsseldorf 1902

**Referent: Oberbürgermeister Struckmann-Hildesheim:**

Meine verehrten Herren! Schon im vorigen Jahre in Freiburg fiel es auf, daß die Kommunalverwaltungen, sowohl die engeren, namentlich die Städte, als auch die weiteren, insbesondere also die Provinzen, verhältnismäßig schwach auf dem Denkmaltag vertreten waren. Zwar waren ja, was die Provinzen betrifft, die Provinzialkonservatoren wohl ziemlich vollzählig vorhanden, aber diese nehmen bekanntlich eine Doppelstellung ein, und es mag immerhin zweifelhaft sein, ob sie nicht, wenn sie hier anwesend waren, mehr in ihrer Eigenschaft als Provinzialkonservatoren, also als Staatsbeamte, hier anwesend waren, wie als Kommunalbeamte und Vertreter der Provinzen. Ich weiß nicht, inwieweit sie von den Provinzen und deren Organen direkt Auftrag hatten. Von den Städten waren außerordentlich wenige da, namentlich aus den Magistraten selbst. Mag sein, daß der eine oder andere Baubeamte einer Stadt Auftrag hatte, die Stadt zu vertreten. Jedenfalls sind es sehr wenige gewesen, und aus den Magistraten selbst waren ganz außerordentlich wenige vorhanden.

Es führt das unmittelbar zu dem Gedanken, ob denn eigentlich die Frage der Denkmalpflege in der Tat den Kommunen, den weiteren sowohl wie den engeren Kommunen, so fern steht, daß sie ruhig fern bleiben können von einem Tage, an dem diese Fragen ex profeso behandelt werden, und ich bin dem Herrn Vorsitzenden sehr dankbar, daß er veranlaßt hat, daß diese Fragen einmal heute auf unserem Denkmalpflegetage verhandelt werden, ob denn in der Tat die Kommunen auf diesem Gebiete so wenig Aufgaben zu erfüllen haben, daß ihre Vertreter ruhig fortbleiben können oder, wenn das nicht der Fall ist, welches denn eigentlich die Aufgaben der Kommunalverwaltungen auf diesem Gebiete seien. Ich bin ersucht worden, über diese Frage hier Bericht zu erstatten, und der Herr Professor Clemen hat neben mir die Berichterstattung übernommen. Wir haben uns in unsere Aufgabe in der Hauptsache so geteilt, daß nach einigen allgemeinen Erörterungen ich vorzugsweise über die Stellung der Städte, also der kleinen Kommunalverbände in dieser Frage zu Ihnen sprechen werde, während Herr Professor Clemen es übernommen hat, vorzugsweise über die Stellung der weiteren Kommunalverbände und insbesondere der Provinzen zu dieser Frage zu Ihnen zu sprechen.

Also die nächste Frage ist die: Ist es überhaupt eine wesentliche, eine wichtige Aufgabe der Kommunalverwaltungen und besonders der Städte, über die ich vorzugsweise zu sprechen habe, sich mit der Denkmalpflege zu befassen, und was haben sie auf diesem Gebiete zu tun? Welches sind im einzelnen ihre Aufgaben auf diesem Gebiete? Ist die so schwache Beteiligung gerechtfertigt, die hier bisher von seiten der Städte bewiesen wurde? Ist es den Städten gestattet, einfach die Fragen und die Behandlung dieser Fragen zu überlassen sei es dem Staate, sei es anderen Korporationen, Kirchen oder Privaten, die im Besitze von Denkmälern sind, die der Erhaltung wert sind, oder auch etwa der Provinzialverwaltung?

Meine Herren! Eigentlich beantwortet sich ja diese Frage von selbst dahin, daß es unmöglich ist, daß es ganz falsch sein würde, wenn die Städte auf einen derartigen Standpunkt sich stellen wollten. Meine Herren! Die Stellung der Städte hat sich sehr verändert im Laufe der Jahre. In früheren Jahren haben sie wenigstens zum größten Teil eine sehr viel selbständigeren Stellung eingenommen, als das heute der Fall ist. Sie waren in gewisser Weise staatliche Bildungen, und das ist die Zeit, aus der alle die Denkmäler herstammen, die wir noch heute bewundern, die unser Staunen erregen, die namentlich das Interesse auch unseres Denkmaltags vorzugsweise in Anspruch nehmen. Aber, meine Herren, es kam dann eine Zeit, wo die Städte in ihrer Selbstverwaltung ganz außerordentlich beschränkt waren und wo vorzugsweise der Staat es als seine Aufgabe ansah, selbst alles in die Hand zu nehmen und auch den Städten die Aufgaben, die im Mittelalter sie selbst zu erfüllen im stande und in der Lage waren, mehr oder weniger abzunehmen.

Meine Herren! Heutzutage ist die Sache wiederum anders geworden. Heutzutage geben wir allerdings dem Staate, was dem Staate gebührt, und tun das gern, wir erkennen an, daß über den einzelnen Kommunen eine Gesamtheit stehen muß, eine kräftige Gesamtheit, welche Anregungen nach allen Seiten gibt und welche namentlich uns denjenigen Schutz gewährt, unter dem allein auch die Friedenskünste gedeihen können. Auf der anderen Seite ist der Staat doch zu der Einsicht gekommen, daß er ohne die Hilfe der Selbstverwaltungskörper auch nicht seine Ziele erfüllen kann, daß er an allen Ecken und Enden dieser Hilfe bedarf, und so dürfen wir, wenn wir auch manchmal über Bürokratismus usw. klagen, doch im Grunde genommen sagen, daß heute den Städten eine Stellung angewiesen ist, die es ihnen wohl ermöglicht, selbst, aus eigener Initiative und mit der genügenden Freiheit der Entschließung auf allen Gebieten, namentlich aber auch auf dem Gebiete der Kunst und auf dem Gebiete der Wissenschaft tätig zu sein. Ja, meine Herren, es wird heutzutage vielfach geklagt, daß an die Städte sogar zu große Aufgaben gestellt werden. Es wird vielfach gesagt, der Staat bürde das und jenes, was ihm lästig sei oder was er nicht mehr für sich übernehmen wolle, den Städten auf. Meine Herren! Ich habe immer auf dem Standpunkt gestanden, daß ich mir das sehr gern gefallen lasse. Ich scheue für die Städte — und dasselbe gilt auch für weitere Kommunalverwaltungen — durchaus nicht zurück vor neuen Aufgaben, die ihnen gegeben werden, wenn es nur solche sind, die in der Tat sie zu erfüllen in der Lage sind. Nur mache ich allerdings die Bedingung, daß dann der Staat auch seinerseits die

nötige Freiheit den Städten und den Kommunalverbänden läßt, um nun mit voller frischer Kraft und mit voller Freiheit der Entschließung, soweit eben nicht gewisse Grenzen selbstverständlich durch den Zusammenhang des Staates bedingt sind, auf diesem Gebiete tätig zu sein. *Nihil humani, kann man ruhig heute bezüglich der Städte sagen, mihi est alienum*, das kann jede Stadt von sich sagen. Zu allem werden sie herangezogen, und, meine Herren, ich halte es für erwünscht, daß sie zu allem herangezogen werden. Aber, meine Herren, wenn heutzutage auf vielen Gebieten ihnen neue Rechte gegeben sind — nun, dann sind auch neue Pflichten ihnen gegeben. Und wenn sie diese Pflichten nicht erfüllen, wenn sie nicht zu rechter Zeit erkennen, daß diesen großen Rechten auch wichtige Pflichten gegenüberstehen, dann allerdings dürfen sich die Kommunalverwaltungen nicht wundern, wenn eines guten Tages der Staat kommt und sagt: Euren Aufgaben habt ihr euch nicht gewachsen gezeigt, nun greifen wir in einer, euch allerdings unliebsamen Weise in diejenigen Befugnisse ein, die wir willens waren, euch mehr oder weniger selbstständig zu übertragen.

Nun, wie verhält es sich da mit dem Gebiete der Denkmalpflege, mit dem wir es zu tun haben? Ist das in der Tat etwas, was nur so nebenbei, aus Liebhaberei einmal von dieser oder jener Stadt sollte in die Hand genommen werden, oder gehört es nicht mit zu den wesentlichen Aufgaben, zu den wichtigsten Aufgaben der Städte, auch auf diesem Gebiete tätig zu sein? Ja, sind die Städte denn Gebilde, die entstanden sind von heute auf morgen, sind das nicht organische Gebilde, die aus einer Reihe von Jahrhunderten sich entwickelt haben mit ihrer Geschichte und mit ihren Denkmälern, die von der Geschichte der Stadt zeugen? Meine Herren! Wie schon im Privatleben der einzelne mit verantwortlich ist, dasjenige zu erhalten an Traditionen, was in seiner Familie vorhanden ist, nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich die guten Eigenschaften, die an den Vorfahren man gerühmt hat und auf die man stolz ist, möglichst in sich zu verkörpern und auf die Zukunft weiter zu vererben; um so mehr haben die Städte die Verpflichtung, anzuknüpfen an die früheren Traditionen. Ich behaupte, meine Herren, es hat eine Stadt gar kein Recht dazu, mit dem, was von ihren Vorfahren an Edlem, an Schönem, an Denkmälern namentlich ihr überwiesen und übertragen worden ist, nachher beliebig zu schalten, sie beliebig umzubauen, weil möglicherweise irgend eine Forderung der Neuzeit sich der Erhaltung in gewisser Weise hemmend entgegenstellt. Meine Herren! Ich halte es für eine Pietätlosigkeit, wenn man so verfährt, und jede Pietätlosigkeit gerade auf diesem Gebiete rächt sich. Wenn man auf diesem Gebiete pietätlos ist, dann wird man es auch auf anderen Gebieten sehr leicht werden. Es muß der ganze Sinn der Bevölkerung dahin geleitet werden, zu erkennen, daß sie ein heiliges Vermächtnis besitzen in den von ihren Vorfahren ihnen hinterlassenen Kunstwerken. Meine Herren! Wie öde würden unsere Städte sein, wenn wir ohne Rücksicht auf das, was von früher her ihnen überliefert worden ist, nun einfach nach den modernen Anforderungen ohne weiteres sie gestalten wollten. Ja, meine Herren, und welcher Streit der Ansichten würde entstehen, was denn nun den modernen Anforderungen genügt. Morgen würde die Ansicht vielleicht vollständig anders sein wie heute, und da könnte man morgen wieder anfangen, abzubrechen, was heute für schön und erhaltenswert galt. Meine Herren! Ich halte es für ein kommunales Leben von der äußersten

Wichtigkeit, daß wir das Alte achten, daß wir dann allerdings suchen, auf Grund der Traditionen, auf Grund dessen, was uns überliefert worden ist, den neuen Bedürfnissen gerecht zu werden; und die Weisheit und die Klugheit besteht darin, gegeneinander abzuwägen: was ist der Erhaltung wert, was verträgt sich mit der Neuzeit, und dann zu suchen, diese mittlere Linie zu finden, wieweit man gehen darf und gehen muß in der Erhaltung des Alten und wieweit man es vereinigen kann und vereinigen soll mit dem Neuen. Das ist die Aufgabe namentlich auch unserer Architekten, nicht einfach sich auf den Standpunkt zu stellen und zu sagen: wenn ich ganz freie Bahn hätte, dann würde ich himmelstürmende Bauten schaffen. Nein, meine Herren, er soll die einzelne Stadt nehmen, wie sie ist, soll studieren, wie ist der genius loci, und nun aus diesem genius loci heraus auch die Bedürfnisse der Neuzeit beurteilen und beides miteinander in Einklang zu bringen suchen. Meine Herren! So stelle ich mir die Stellung der Stadtverwaltungen, von denen ich vorzugsweise rede, vor. Sie sollen eben getragen werden allerdings von dem Streben, die Stadt den Erfordernissen der Neuzeit entsprechend zu gestalten, aber in engem Zusammenhang mit dem Alten. Ich glaube, eine Stadtverwaltung, die nicht von diesem Standpunkt ausgeht, hat ihre eigentliche, ihre höchste Aufgabe nicht vollständig erkannt. (Sehr wahr!) Meine Herren! Ist denn eine Stadtverwaltung allein dazu da, den Leuten Gelegenheit zu geben, ihre täglichen Lebensbedürfnisse möglichst gut, möglichst billig, möglichst vollkommen zu befriedigen? Ist die Stadtverwaltung allein deshalb da? Gewiß ist es eine der wichtigsten Aufgaben, für die Gesundheit und was damit zusammenhängt, zu sorgen. Aber, meine Herren, lebt denn der Mensch vom Brot allein? Wenn die Stadtverwaltung, wie ich vorhin sagte, auf allen Gebieten tätig sein muß, um vollständig den Kreis dessen, was dem Menschen nötig ist, zu erschöpfen, auf allen Gebieten sein Wohl zu fördern — besteht denn das Wohl des Menschen allein in dem Körperlichen oder ist es nicht etwas viel Höheres, das geistige Wohl des Menschen, und gehört es nicht zum geistigen Wohl des Menschen, zu seiner geistigen Hebung, zu seiner geistigen Ausbildung, sich in engem Zusammenhang zu fühlen auch mit der Vergangenheit, seine Freude daran zu haben, wie allmählich sich die Stadt herangebildet hat, wie nicht nur das Straßenspflaster, nein, weit mehr noch, wie die einzelne Kirche, wie die einzelnen Häuser, wie die einzelnen Bildwerke, wie alles sich allmählich entwickelt hat. Ist das nicht eine Aufgabe der Stadtverwaltung, viel dankbarer, und wenn sie nur erst recht erkannt ist, auch von dieser viel dankbarer anerkannt, als wenn bloß dafür gesorgt wird, daß das Pflaster und andere derartige Einrichtungen gut sind!

Also darüber, glaube ich, kann unter uns hier kein Zweifel sein, und für Sie rede ich gewiß ja auch weniger als für diejenigen draußen, die heute hier nicht vertreten sind. Auch bei denen, glaube ich, kann darüber ein Zweifel nicht sein, daß es zu den wichtigsten, zu den idealsten, zu den schönsten, zu den dankbarsten Aufgaben einer Stadt mit gehört, auch auf dem Gebiete der Kunst, der Wissenschaft und vorzugsweise auf dem Gebiete der Denkmalpflege tätig zu sein, die ja Kunst und Wissenschaft miteinander vereinigt und wobei hinzukommt das, was ich vorhin sagte: die Pietät gegen die Vergangenheit.

Also ich sehe ganz ab von der rechtlichen Seite der Sache, die ja bei den Provinzialverwaltungen — das wird vielleicht Herr Professor Clemen noch des Näheren erörtern — namentlich entschieden zum Ausdruck gekommen ist in den Dotationsgesetzen. Die Frage interessiert mich augenblicklich viel weniger. Mir kommt es viel mehr darauf an, die innerliche Berechtigung, die innerliche Verpflichtung der Städte und der Kommunalverwaltungen hervorzuheben, auch auf dem Gebiete der Denkmalpflege nicht nur nebenbei aus Liebhaberei, sondern ex professo als einem wichtigen Gegenstande der städtischen Verwaltung tätig zu sein.

Nun, meine Herren, wir in der Stadt Hildesheim haben uns bemüht, auf diesem Gebiete seit einer langen Reihe von Jahren tätig zu sein, und als wir unser Rathaus möglichst im Anschluß an die früheren Formen ausgestalteten und einen großen Saal schufen, da haben wir dann unter den Emblemen, die angebracht sind im Rathaus und wo die verschiedenen Stände dargestellt sind, mit denen die städtische Verwaltung zu tun hat, die zu vertreten und deren Wohl zu fördern sie berufen ist, ganz absichtlich auch den Gelehrten angebracht und ihm den Denkspruch beigegeben: „Wissenschaft und Kunst finde stets hier Gunst“. Meine Herren! Mögen alle Städte das beherzigen, daß in einem Rathaussaale neben alledem, was für das körperliche Wohlsein der Städte erforderlich ist, auch das geistige Wohlsein, die geistige Gesundung und die Erhaltung des geistigen Zusammenhangs, eines ununterbrochenen Zusammenhangs von der Vergangenheit her in die Gegenwart zur Zukunft hin — daß dieses allüberall eine wichtige Aufgabe sei, möge Wissenschaft und Kunst in allen Städten künftighin der richtigen Würdigung, der richtigen Förderung sich erfreuen.

Meine Herren! Wenn wir also über diese theoretische Frage, glaube ich, ohne weiteres einig sind, dann fragt es sich aber: welche praktischen Mittel sind nun zu ergreifen, damit wir mehr und mehr die städtischen Verwaltungen selbst und ihre Bevölkerung zu der Erkenntnis bringen, daß und wie sie ihre Aufgaben zu erfüllen haben. Ja, meine Herren, wir haben ja lange Zeiten gehabt, wo man von Denkmälern und Denkmalpflege namentlich in den Städten sehr wenig wußte. Man wußte es weder anzufangen, erkannte auch den Wert nicht, sondern rücksichtslos schritt man über die herrlichsten Sachen hinweg, brach Häuser ab, beseitigte Altäre aus den Kirchen — und es ist niemand von dieser Sünde freizusprechen, weder der Staat, noch die Städte, noch die Kirche. Es hat Zeiten gegeben, wo keiner seine Aufgaben erkannt hat. Meine Herren! Allmählich ist es besser geworden, auch in vielen Städten ist es besser geworden. Wenn wir sehen, was in vielen Städten heutzutage schon geschieht auf diesem Gebiete — ich möchte sagen: vielleicht nicht in der Erkenntnis, daß dies gerade eine wesentliche Aufgabe der städtischen Verwaltungen mit sei, sondern vielleicht aus dem Interesse der einzelnen heraus, die mehr oder weniger zufällig für diese Sache sich interessiert haben —, dann erkennen wir, daß es vorzugsweise wichtig ist, zunächst in die möglichst weiten Schichten der Bevölkerung hinein die Kenntnis von der Wichtigkeit der Denkmalpflege, der Aufgaben, die sie sich zu stellen hat, zu verbreiten. Und da, meine Herren, müssen vor allem allerdings die städtischen Beamten, vor allem die Magistratsmitglieder, die Oberhäupter der Stadt und wer sonst mit der Verwaltung zu tun hat, mit gutem Beispiel vorangehen. Darum lade ich die städtischen Verwaltungen,

lade ich ihre Beamten ein, künftighin möglichst zahlreich sich an unseren Versammlungen zu beteiligen. Wenn auf diesem Boden es gelänge — und vielleicht kann von hier aus das auch noch gefördert werden dadurch, daß man in umfassender Weise künftig auch die städtischen Verwaltungen auffordert, unseren Bestrebungen sich geneigt zu zeigen, unseren Versammlungen beizuwohnen —, wenn es uns erst gelänge, eine Reihe von Bürgermeistern, eine Reihe von Stadtbaumeistern in unsren Kreis hier hineinzuziehen, meine Herren, dann wird es nicht lange dauern, daß auch weitere Kreise der Bevölkerung uns günstig werden.

Meine Herren! Nachdem so zunächst die Leiter der Kommunen selbst ihre Pflicht erkannt haben, dann ist es ihre erste Aufgabe, in der Bevölkerung durch Wort, durch Schrift, durch Bild darauf aufmerksam zu machen und darauf hinzuweisen, welche Interessen hier auf dem Spiele stehen, und da kann man ja einwirken durch geeignete Anschaffungen in den Stadtbibliotheken, dadurch, daß man in den Schulen darauf aufmerksam macht, daß die Schüler gelegentlich hingeführt werden — ja, meine Herren, bei uns sehen wir vielfach, wie die Schulen in die Museen geführt werden, wie auch auswärtige Schüler vom Lande in die Stadt geführt werden, wie sie dort aufmerksam gemacht werden von ihren Lehrern, wie diese wieder durch das bei uns begründete Schulmuseum aufmerksam gemacht werden auf alle diese Dinge, das sehen wir vielfach, und das ist außerordentlich nützlich und dient sicherlich sehr zur Förderung dieser Bestrebungen. Aber es gibt noch eine ganze Reihe von anderen Mitteln. Es gibt wohl keine Stadt von irgend einer Bedeutung, wo nicht im Laufe des Winters Vorträge gehalten werden über dies oder das. Nun, wäre es denn nicht ein sehr dankbares Thema, wenn in jeder Stadt im Winter einmal ein Vortrag gehalten würde zunächst über die Aufgaben der Städte auf dem Denkmalgebiete, mehr theoretisch und nachher an einzelne Aufgaben anknüpfend. Und in jeder Stadt wird doch der eine oder der andere sein, der gelegentlich einen Zeitungsartikel hierüber schreiben kann, um die Bevölkerung aufzuklären. In jeder Stadt wird der eine oder der andere sein, der etwas Sehenswertes selbst besitzt, der es sich zur Aufgabe macht, das vorzuzeigen bei Gelegenheit eines derartigen Vortrages.

In der Stadt Hildesheim haben wir auch Zeiten gehabt, wo wahrhaft Orgien gefeiert wurden in dem Abbruch und in der Verhunzung der Häuser. Ganz kurze Zeit hat es auch dort nicht gedauert, bis der Sinn für die Denkmäler erwachte. Wir haben aber, Gottlob, einen Mann gehabt, den verstorbenen Senator Römer, der schon vor fünfzig und mehr Jahren es sich zur Aufgabe gemacht hat, den Sinn der Bevölkerung zu erwecken auch auf diesem Gebiete; und es gelang ihm in den städtischen Kollegien und in weiteren Kreisen durch seine Verbindungen, die er nach allen Seiten hin anzuknüpfen wußte, das Interesse für Hildesheim wachzurufen, darauf aufmerksam zu machen, welche Schätze dort vorhanden seien. Er verstand es dann, den Stolz der Bürgerschaft auf diese Schätze allmählich zu erwecken, sie auch darauf aufmerksam zu machen, welcher materielle Vorteil für die Stadt damit verbunden ist, daß sie solche Schätze hat, indem mehr und mehr der Fremdenzufluß nach Hildesheim gezogen wurde. Alle solche Mittel — das sind ja doch vollständig erlaubte und richtige Mittel — können anderswo auch ergriffen werden. Man muß nur nicht von heut auf morgen einen Er-

folg erwarten. Ja, meine Herren, wir Nachfolger von Senator Römer, Herr Major Buhlers und ich und die sonst tätig gewesen sind in Hildesheim — wir haben es verhältnismäßig leicht gehabt. Nachdem Römer Jahrzehnte hindurch das Feld beackert hat, haben wir verhältnismäßig rasch einen Verein, auf den ich mir nachher erlauben werde zu kommen, gründen können. Da war die Bevölkerung rege geworden, sie war aufgewacht. Aber zunächst ist es erforderlich, daß die Bevölkerung eben angeregt wird durch alle erlaubten Mittel, wie ich sie vorhin mir anzudeuten erlaubte. Dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Und dann muß eine Stadtverwaltung, die diese Sache in die Hand nimmt, nicht etwa bürokratisch die Sache angreifen. Ebensowenig, wie wir es wünschen, daß der Staat seinerseits die Sache bürokratisch angreift, ebensowenig wünschen die Bürger in den einzelnen Städten, daß dort der Magistrat bürokratisch die Sache behandelt, sondern er soll — und gerade auf diesem Gebiete ist das gar nicht schwierig — möglichst suchen, alle Kräfte, die auf demselben zu haben sind, heranzuziehen. Er soll vor allem die Bauleute in der Stadt heranziehen, er soll sie aufzuklären, soll sie anzuhalten suchen, ihm auf diesem Gebiete die nötigen Mitteilungen zu machen zur rechten Zeit. Man soll die Lehrer aufmerksam machen, man soll, wenn es irgend sein kann, tunlichst eine Organisation schaffen in Gestalt eines Vereins, der nun seinerseits seinen Stolz darin findet, auf diesem Gebiete tätig zu sein. Und dann ist es geboten — und so haben wir es bei uns gemacht —, diesen Verein möglichst in die engste Verbindung zu setzen mit der Kommunalverwaltung, damit von vornherein alle Reibereien, alles das, was ja oft so störend eingreift, möglichst vermieden wird, alle Gegensätze, die sich einmal bilden können, möglichst von vornherein ausgeglichen werden. So mögen Stadtverwaltung und der zu bildende Verein möglichst Hand in Hand gehen. Die Stadtverwaltung möge dem Verein die tunlichste Initiative auf seinem Gebiete lassen und der Verein möge das Vertrauen in die Stadtverwaltung haben, daß, wenn diese dieses oder jenes einmal anders wünscht, wie der Verein es will, das lediglich das Interesse der Sache mit sich bringt. Bei uns ist dieses Zusammenwirken gottlob in erfreulicher Weise vorhanden. Nie ist eine Differenz zwischen dem Verein, den wir dort gegründet haben, und der Stadtverwaltung entstanden. Wenn die Stadtverwaltung ihrerseits einmal Wünsche hat, nun, dann wendet sie sich an den Verein oder gibt dem Verein es womöglich an die Hand, daß von dort aus die Anträge ausgehen. Das ist noch besser, namentlich den Bürgervorstehern gegenüber; dann heißt es: aus dem Gebiete der Bürgerschaft heraus sind die Anträge gekommen. Da muß man nicht eiferstüchtig sein, von wem ein Antrag kommt, man muß die Sache im Auge haben, und da verzichtet jeder sehr gern darauf, daß er der etwaige geistige Urheber wäre, sondern man überläßt es denjenigen, die Sache anzuregen — sei es in einem Falle der Verein, sei es in einem anderen Falle die Stadtverwaltung —, von wo aus man glaubt, daß die Angelegenheit am besten gefördert werden kann.

Meine Herren! Wenn eine Stadtverwaltung tätig sein soll auf diesem Gebiete, so muß sie selbstverständlich vor allem Kenntnis haben von dem, was der Erhaltung wert ist in der Stadt und was der Fürsorge der Stadtverwaltung nach dieser Richtung hin bedarf. Wir haben hier vielfach von Inventarien gesprochen, die, sei es der Staat, sei es die Provinzialverwaltung

oder andere Behörden anlegen wollen. Ja, hier handelt es sich auch um eine Art Inventar; aber das konkurriert durchaus nicht mit demjenigen, von dem wir vorhin gesprochen haben. In der Stadt, namentlich in kleineren Städten, sind Dinge oft von Wichtigkeit, die für den Staat oder die Provinzialverwaltung vielleicht als Bagatelle erscheinen, an die sich aber ein lokales Kunst- oder sonstiges Interesse knüpft. (Sehr richtig!) Darum muß ein derartiges Verzeichnis, welches die Stadt hat, selbstverständlich lediglich von dem Gesichtspunkte aus aufgestellt werden: was ist für diese Stadt der Erhaltung wert? — und da werden viele Dinge hineinkommen müssen, die eben für die Provinz, für den Staat, ich will nicht sagen gleichgültig, aber doch nicht von derjenigen Wichtigkeit sind, um nun die damit zu belasten. Selbstverständlich werden dann diese Verzeichnisse gegenseitig ausgetauscht werden zu gegenseitiger Benutzung. Das versteht sich ja von selbst. Aber ich halte es für von der größten Wichtigkeit, daß man sich bemüht, möglichst vollständige Verzeichnisse auch von manchem vielleicht Unscheinbaren zu erhalten, was in der Stadt vorhanden ist, und zwar nicht bloß von demjenigen, was im Besitz der Gemeinde selbst oder öffentlicher Körperschaften, Kirchen usw., sondern auch was im Privatbesitz ist. Hätten wir Gelegenheit gehabt in Hildesheim, vierzig Jahre früher anzufangen zu sammeln, — ja, Welch ein herrliches Museum hätten wir! Wohin sind aber alle die Sachen verflogen? Nach England, nach Amerika oder Gott weiß wo sonsthin! Man weiß nicht mehr, wohin sie gegangen sind. Diejenigen, die sie besitzen, wissen wahrscheinlich gar nicht mehr, woher sie stammen, so daß ein Hauptwert der Sachen schon dadurch verloren gegangen ist, daß man gar nicht einmal den Ursprungsort, die Ursprungszeit mehr kennt. Ja, meine Herren, dem wird auch sehr vorgebeugt dadurch, wenn es gelingt, auch die Privaten zu veranlassen — und die werden das ja namentlich in kleinen Städten nicht ablehnen —, einem zu gestatten, von ihren Sachen Kenntnis zu nehmen und, wenn sie einmal in die Lage kommen, die Sachen veräußern zu müssen oder zu wollen, dann zunächst den Lokalinstanzen der Stadtverwaltung oder dem Verein, der der Sache sich annimmt, die Vorhand zu lassen oder zunächst sich an sie zu wenden. Also eine ausgiebige Kenntnis gehört dazu, und diese sich zu verschaffen ist dann ebenfalls eine Aufgabe der städtischen Verwaltung. Mag nun die städtische Verwaltung das selbst vornehmen oder der etwa bestehende Verein. Die städtischen Behörden haben es dabei, namentlich was die Bauwerke betrifft, ja einfach, indem das Stadtbauamt in Anspruch genommen und beauftragt wird, von vornherein bei allen Bauten, die vorgenommen werden, und bei allen Veränderungen, die an den Bauten vorgenommen werden, zur rechten Zeit Kenntnis zu geben, damit die Stadtverwaltung oder der Verein in der Lage ist, einzutreten. Wir haben es auch so gemacht. Es hat das Stadtbauamt den Befehl, schriftlich Bericht zu erstatten, wenn ein derartiges Bauwerk, welches möglicherweise für die Stadt von Bedeutung sein kann, in Betracht kommt, damit Veränderungen vermieden werden und Beseitigungen vorgebeugt werden, die nachher dem Stadtbilde schädlich sein könnten.

Wenn die Stadtverwaltung auf diese Weise Kenntnis hat von allem demjenigen, was in ihr Erhaltungswertes vorhanden ist, dann entsteht eine weitere Aufgabe. Dann muß man unterscheiden. Zunächst bei denjenigen Gegenständen, die der Stadtverwaltung selbst gehören, ist selbstverständlich

so zu verfahren, wie es nach den feststehenden Regeln der allgemeinen Denkmalpflege geschehen muß. Handelt es sich um Gebäude, so muß die Stadt den Umbau so vornehmen, muß bei der Beseitigung so verfahren, wie es nach den allgemein anerkannten Regeln, teilweise auch schon durch staatliche Verordnung, vorgeschrieben worden ist.

Dabei gerät man ja freilich vielfach in Kollisionen in alten Städten. Die haben alte Gebäude, sehr schöne, aber man muß sagen, die Gebäude sind unpraktisch, sie entsprechen den modernen Anforderungen nicht mehr, und da tritt vielfach dann an die Stadt die Frage heran, wenn es ihr eigenes Gebäude ist: was soll damit geschehen? Ja, meine Herren, selbstverständlich — ich habe das vorhin schon betont — muß den Bedürfnissen der Gegenwart auch mit Rechnung getragen werden. Leerstehenlassen — ja, das kann man wohl bei diesem oder jenem hervorragenden Gebäude machen. Aber namentlich in Städten wie die, zu denen Hildesheim gehört, wo es weniger darauf ankommt, daß nun das eine oder andere schöne große Gebäude erhalten bleibt, sondern wo es darauf ankommt, daß das Stadtbild als solches erhalten bleibt — ja, meine Herren, da ist es unmöglich, daß die Stadt alle derartigen Gebäude, die sie schon besitzt oder gar die sie noch erwirbt, einfach leer stehen läßt. Sie müssen also zu irgend einem praktischen Zwecke verwendet werden, und da besteht denn die Weisheit der Stadtverwaltung darin, zu sorgen, wie ein solches Gebäude den städtischen Zwecken dienstbar gemacht werden kann. Meine Herren! Wenn es gelingt, einen einigermaßen plausiblen Zweck zu erdenken, dann erleichtert man sich auch die Aufgabe den Stadtverordneten gegenüber ganz außerordentlich. Denn die werden viel eher geneigt sein, für die Erhaltung eines Gebäudes zu stimmen, wenn es der Stadt schon gehört, oder für die Anschaffung eines Gebäudes, welches der Stadt nicht gehört und welchem der Abbruch droht, wenn man ihnen gleich von vornherein sagen kann: wir beabsichtigten, dieses Gebäude für den und den Zweck zu benutzen. Und da können allerdings dann unter Umständen Kollisionen eintreten, indem es nicht möglich sein wird, ein Gebäude einem wirklich nützlichen Zwecke dienstbar zu machen, ohne irgendwie an demselben etwas zu ändern. Wir sind in Hildesheim häufiger in der Lage gewesen, derartige Ankäufe machen zu können. Wir sind gottlob jetzt in der Lage, am Marktplatz überhaupt jedes bemerkenswerte Haus für die Stadt erworben zu haben. Ja, meine Herren, diese schönen Bauten konnten wir aber nicht mit leeren Fenstern lassen; das würde ja schon ästhetisch einen überaus jammervollen Eindruck gemacht haben. Wir mußten sie also für irgendwelche städtischen Zwecke verwenden. Nun, da ist das eine Lesehalle, das andere ist Sparkasse, wieder ein drittes ist Polizeigebäude geworden, ein anderes ist ein Damenstift, für andere aber ist noch kein neuer Verwendungszweck gefunden. Da müssen Sie nun aber, meine Herren, nicht zu streng sein, nun kommen und sagen: ja, das muß aber absolut so erhalten bleiben, da dürfen keine größeren Scheiben angebracht werden, sondern wenn das Haus auch dunkel ist, es muß erhalten bleiben. Ja, meine Herren — ich komme nachher noch darauf zurück — wenn man nicht auch hier das Bessere des Guten Feind sein lassen will, muß man den Kommunalverwaltungen einen gewissen Spielraum gestatten, nun auch einmal etwas an dem Gebäude zu ändern, und da appelliere ich dann wieder an unsere Architekten, daß es deren Aufgabe ist, sich hineinzudenken in den Geist der alten Zeit und den

neuen Bedürfnissen trotzdem genügen zu können. Und, ich glaube, unsere Architekten stehen heute auf einem genügend hohen Standpunkt, um dieser Aufgabe gerecht zu werden.

Dann, meine Herren, ist es aber eine Hauptaufgabe, daß die Stadt alles dasjenige, was sie selbst an Denkwürdigkeiten der Art besitzt, nicht hinter Schloß und Riegel setzt, sondern möglichst dem Publikum frei und unentgeltlich zugänglich macht. Soll das Interesse des Publikums rege werden für diese Bestrebungen, nun, dann muß man es, wie ich vorhin schon sagte, heranziehen, und das tut man am besten, wenn man möglichst vielen möglichst einfach und möglichst billig Gelegenheit gibt, die Herrlichkeiten der Stadt zu schauen, und da ist es mir z. B. in unserem Rathause, welches wir vor einer Reihe von Jahren umgebaut haben und welches jetzt mit den herrlichen Fresken von Professor Prell aus Dresden verziert worden ist, stets eine ganz besondere Freude, daß diese Fresken nicht in einem verschlossenen Saal sind, wo man etwa gar auf Filzschuhen hineintreten muß auf den parkettierten Fußboden, 50 Pfennige oder gar noch mehr Eintrittsgeld bezahlen muß, sondern daß unsere Rathaus halle jedem frei und offen steht. Ja, meine Herren, jeder, der im Rathause zu tun hat, muß die Halle betreten, weil diese Halle die Vorhalle ist für die wichtigsten Amtsräume, und so flutet den ganzen Tag über das frische bürgerliche Leben in dieser Halle. Wir haben Bänke an den Seiten hingestellt, so daß jeder, der da zu warten hat auf dieses oder jenes Geschäft, dort ausruhen und sich inzwischen diese herrlichen Bilder dort besehen kann. Der Hildesheimer gewinnt sie dadurch lieb und der Fremde bekommt Achtung vor Hildesheim. Ich möchte den Stadtverwaltungen also dringend raten, es ähnlich zu machen, dasjenige, was sie besitzen, möglichst auf den Markt zu bringen, auf den Markt zu stellen, damit das Publikum es sehe, damit es an diesen Herrlichkeiten erzogen wird; und, meine Herren, ich kann Sie versichern, jeder Hildesheimer ist stolz auf dieses Rathaus, das er jeden Tag selbst sieht, und ich glaube, wenn der Ärmste in Hildesheim einen Freunden in der Stadt herumzuführen hat, dann ist der erste Gang mit zu dem Rathaus, um dies zu zeigen. Das nenne ich Erziehung des Volkes. meine Herren, wenn man ihm praktisch direkt, unmittelbar, leicht, unentgeltlich die Sachen zur Verfügung stellt und dann allmählich — es kommt nicht von heute auf morgen — es heranbildet. Darum habe ich mir erlaubt, diesen Punkt ganz besonders hervorzuheben.

Dann ist es für die Stadtverwaltung von Wichtigkeit, wenigstens in einer Stadt, wie Hildesheim, wo, wie ich schon erwähnte, es nicht allein darauf ankommt, obwohl auch das ja sehr wichtig ist, daß einzelne herrliche Bauten erhalten bleiben, sondern wo es wünschenswert ist, daß das Stadtbild selbst seinen gottlob noch einigermaßen erhaltenen alten Charakter auch ferner behält — da ist es von Wichtigkeit, daß die Stadt, wenn sie selbst baut, auch darauf achtet, daß sie nicht Bauten errichtet, die in die Umgebung nicht passen. Denn, meine Herren, wenn der schönste Bau dasteht und es wird neben ihm ein gänzlich unpassender, aus ganz anderem Stil, der wie die Faust aufs Auge dahin paßt, errichtet — leider haben wir solche Beispiele auch in Hildesheim — dann ärgert man sich jeden Tag darüber und wünscht immer: möchte das doch recht bald wieder auf eine günstige Weise beseitigt werden. Da ist es Pflicht der Stadtverwaltung, nicht nur dasjenige, was sie

hat, zu behalten, sondern auch dafür zu sorgen, daß es immer in der richtigen Umgebung bleibe.

Aber schließlich ist die Stadt ja nicht die Eigentümerin von allem. Das meiste gehört anderen. Nun fragt es sich: was ist denn da ihre Aufgabe, wenn es sich um fremdes Eigentum handelt, wenn es sich um Eigentum des Staates, der Kirche, anderer Körporationen, der Privaten handelt?

Ja, meine Herren, ich habe gesagt: des Staates. Auch da, meine Herren, erwächst den Kommunalverwaltungen eine wichtige Aufgabe. Auch in Berlin können die Herren nicht alles wissen. Wir haben in Hildesheim eine ganze Reihe herrlicher Bauten, die dem Staat gehören. Aber daß nun der Staat oder die oberen Instanzen in Berlin von jedem einzelnen Fachwerkbau in Hildesheim — bei uns spielt ja der Fachwerkbau eine Hauptrolle — Kenntnis haben, können wir nicht verlangen. Wir können noch weniger verlangen, daß, wenn der Staat an seinen Bauten Änderungen vornimmt, und in der Nähe hat die Stadt oder haben Private interessante Gebäude, wenigstens die oberen Behörden ohne weiteres wissen sollen, in welcher Weise es vielleicht zu einer Schädigung des Städtebildes beitragen würde, wenn ihrem, vielleicht an sich überaus zweckmäßigen Plane entsprechend verfahren würde. Ja, meine Herren, da muß auch dem Staate gegenüber die Kommunalverwaltung auf der Wacht sein und muß aufpassen, wo es etwas zu erhalten gibt oder wo die Umgebung nicht verdorben werden darf, daß der Staat da seiner Aufgabe genügt, die er natürlich in erster Linie auch selbst erfüllen muß.

Ich kann Ihnen ein paar Beispiele anführen, daß es allerdings nicht immer so ganz leicht ist mit dem Staat. In der Stadt Hildesheim hat lange Zeit die herrliche Michaeliskirche, die der Bischof Bernward noch erbaut hat, dagelegen als ein Anhängsel der Irrenanstalt. In der Kirche war eine Kegelbahn errichtet für die Irren, und die Kirche war in vollständigem Verfall. Da ist es nicht der Staat gewesen damals — das hat schon in den zwanziger oder dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts gespielt oder in den vierzigern, ich weiß es nicht genau — da ist es nicht der Staat gewesen, der auf diese Sache aufmerksam geworden ist, sondern es ist Senator Römer gewesen, der den Staat aufmerksam gemacht hat auf diesen Mißstand und auf das Verderben, welches dieser Kirche drohte, und dann ist es allerdings gelungen, mit Hilfe des Staates nun die Kirche wieder zu dem zu machen, was sie heute zur Freude aller ist. Unsere zweite rein romanische Kirche, die Godehardikirche, sollte damals auf Grund des Gutachtens des staatlichen Baumeisters abgebrochen werden, weil behauptet wurde, sie wäre so veraltet und so baufällig, daß man nicht riskiere, sie wieder herzustellen. Meine Herren! Da ist es wiederum der Senator Römer gewesen, der zusammen mit dem nachherigen Geheimen Baurat Haase, dem bekannten Gotiker aus Hannover, eingegriffen hat und die Klosterkammer, welche dieses Gebäude besaß, darauf aufmerksam gemacht hat, daß es eine wahre Sünde und Schande wäre, wenn dieses herrliche Bauwerk verschwindet. Und, meine Herren, allerdings war der Klosterkammer ursprünglich gesagt, die Restauration würde nur 8000 Taler kosten; sie hat dann in Wirklichkeit 150 000 Taler gekostet, aber es ist doch den Bemühungen der Herren gelungen, dieses Unheil abzuwehren, und die Godehardikirche steht als eine der herrlichsten Kirchen noch heute da.

Mir selbst ist ein anderes Beispiel vorgekommen. Ich komme eines guten Tages nach Cöln hin, besehe die Pantaleonskirche und höre, daß der Staat gerade 150 000 Taler oder Mark für Herstellung der Kirche bewilligt hat. Und was sehe ich? In demselben Augenblick, wo der eine — ich glaube, es ist der Kultusminister gewesen — diese 150 000 Mark oder Taler bewilligt hat, kommt eine andere fiskalische Station her, der Kriegsminister, und baut einen großen Taubenschlag für Kriegsbrieftauben unmittelbar neben die Kirche! (Geheimrat Stübben: Steht noch!) Auf der einen Seite bewilligt man Hunderttausende, um die Kirche herzustellen, und da kommt die andere statio fisci und baut daneben ein riesenhohes Ding — aus Fachwerk war es, glaube ich, oder aus Backstein —, so daß der herrlichste Blick auf die Kirche zu verschwinden drohte. Meine Herren! Ich war damals im Reichstag. Ich wandte mich direkt an den Kriegsminister, brachte auch die Sache im Reichstag zur Sprache, bekam eine schöne Erklärung von ihm, er wolle es genau prüfen. Seitdem habe ich nicht Gelegenheit gehabt, es zu verfolgen; ich vermute aber, der Taubenschlag steht noch heute da und ist geblieben. Ich habe damals mit August Reichensperger über die Sache gesprochen, habe die Kommunalverwaltung von Cöln darauf aufmerksam gemacht. Was in der Sache weiter geschehen ist, weiß ich nicht. Ich habe das Meinige getan, leider, wie ich aus Ihrem Zunicken (zu Herrn Geheimrat Stübben) erkenne, ohne Erfolg. Ich wollte nur sagen, wie auch dem Fiskus unter Umständen auf die Finger gepaßt werden muß (lebhafte Zustimmung) und wie der Fiskus sich selbst, meine Herren, auf die Finger passen muß. Denn das mußte der Kultusminister eigentlich wissen oder es wäre doch die Verpflichtung des Kriegsministers gewesen, ihm es vorher mitzuteilen, wenn er neben dieser Kirche einen solchen Taubenschlag einrichten wollte. Es würde sich sicherlich ein anderer Platz dafür gefunden haben.

Ja, meine Herren, so geht es auch in anderen Ministerien. Es handelt bei dem folgenden sich um eine Kleinigkeit: Die Hannoversche Provinzialverwaltung interessiert sich dafür, daß ein kleiner Krug bei Lüneburg, ein reizendes Gebäude, wiederhergestellt wurde. Es ist wenig Fachwerkbau in Lüneburg, dadurch zeichnete sich der Bau besonders aus, daß es Fachwerk war, aber es war vollständig weiß verschmiert, nicht, wie wir das jetzt tun, das Fachwerk abgezeichnet von dem Füllwerk. Der Provinzialausschuß wendete sich an den Minister — der Bau unterstand dem Landwirtschaftsminister — und bat ihn, er möchte die 600 Mark bewilligen, die nötig wären, um dieses reizende Gebäude herzustellen. Die Antwort war, er hätte keine Mittel, aber es würde ihm sehr angenehm sein — und er freue sich, daß wir uns dafür interessierten —, wenn wir die Mittel etwa aufwenden wollten von Seiten der Provinzialverwaltung, dann würde er gern seine Genehmigung dazu geben. (Heiterkeit.) Ja, meine Herren, auch diese Sache habe ich im Herrenhause zur Sprache gebracht, noch in der letzten Zeit. Ob es Erfolg hat, müssen wir abwarten. Ich werde übrigens nicht locker lassen, denn es ist doch zu widerspruchsvoll, wenn der Staat uns anhalten will, alles Mögliche auf diesem Gebiete zu tun und alles Mögliche zu unterlassen, er selbst aber in seiner landwirtschaftlichen Verwaltung nicht mehr 600 Mark dafür übrig hat. Denn die Minister sind doch solidarisch auf diesem Gebiete, und wenn der Herr Kultusminister als Ressortminister vorzugsweise berufen ist, diese Interessen zu vertreten, dann sind doch die anderen Minister, glaube ich, mit

verpflichtet, nun den Herrn Kultusminister darin zu unterstützen, und nicht der eine so zu verfahren und der andere so. Das ist denn doch keine Einheit in der Staatsverwaltung.

Meine Herren! Ich erwähne diese Sache, um gerade die Kommunalverwaltungen darauf aufmerksam zu machen, wie sie Ursache haben, auch dem Staate gegenüber gewissermaßen auf der Wacht zu stehen, und daß auch das eine wichtige Aufgabe der Kommunalverwaltungen ist. Hätten wir in Hildesheim das nicht getan, dann wäre jetzt die Michaeliskirche möglicherweise noch eine Kegelbahn oder wäre inzwischen eingefallen, und die Godehardikirche wäre vom Staate selbst abgebrochen worden. Also auch hier erwächst den Kommunalverwaltungen dem Staate gegenüber eine sehr wichtige Pflicht. Meine Herren! Wir haben daneben anzuerkennen in Hildesheim, daß wir in einer ganzen Reihe von Fällen, seit wir uns bestrebt haben, unser Stadtbild zu erhalten und möglichst wieder aufzufrischen, der alten Weise entsprechend, dem freundlichsten Entgegenkommen von verschiedenen staatlichen Behörden begegnet sind, vor allen Dingen vom Kultusminister, auch von der Klosterkammer, und ich hoffe, in einem Fall, der jetzt noch schwebt, wird es beim Justizminister sicherlich ebenso der Fall sein. Aber aufpassen muß man, und man kann es, wie gesagt, auch gar nicht verlangen von den Herren in Berlin, daß sie alles wissen, und die können sagen: wenn Ihr es uns nicht mitteilt und damit selbst bekundet, daß Ihr die Sache so gleichgültig ansieht, dann müßt Ihr Euch nicht wundern, daß über Euch zur Tagesordnung übergegangen wird.

Ebenso ist es mit den Kirchen. Auch die, meine Herren, bedürfen sehr der Aufsicht. Es sind unglaubliche Dinge vorgefallen, und da ist keine Konfession besser als die andere. Ich kann Ihnen ein Beispiel aus einer protestantischen Kirche sagen noch aus neuerlicher Zeit, wo ein Altar, der jetzt eine der Kölner Kirchen schmückt, dort verschwunden ist, und bei den katholischen Kirchen ist es nicht anders. Da mögen die Kommunalverwaltungen, die, wie gesagt, doch eigentlich Mädchen für alles sind und für alles aufzupassen haben, auch den Kirchen gegenüber es durchaus nicht als eine Überschreitung ihrer Befugnisse ansehen, wenn sie in der ihnen zustehenden angemessenen Weise zeitig darauf aufmerksam machen, wenn in dieser Richtung irgend ein Unheil droht. Gottlob stehen wir in Hildesheim mit sämtlichen, sowohl mit den katholischen, wie mit den evangelischen, Kirchenbehörden gut — wir haben sie hereingezogen in unseren Verein, ein Domkapitular und noch ein katholischer Pastor, ebenso ein evangelischer Pastor sind im Vorstand des Ver eins —, so daß sie alle mit uns zusammenwirken. Man muß eben alle Kräfte heranziehen, die dabei mitzusprechen haben, muß sie alle miteinander vereinigen, muß freundlich mit ihnen verkehren, in angemessener Weise zur rechten Zeit ihnen das Wort gönnen. Dann findet man ein geneigtes Ohr, sei es beim Staat, sei es bei den Kirchen, sei es bei anderen, auch bei Privaten.

Da komme ich auf etwas zurück, was ich vorhin schon angedeutet habe. Man muß allerdings vorsichtig sein in den Anforderungen, und da möchte ich gerade die Herren auch hier bitten, nicht zu rigoros zu verfahren. Wie gesagt, die alten Bauten entsprechen oft durchaus nicht mehr den modernen Anforderungen. Zum Beispiel, um eins zu nehmen: an den Hauptstraßen der Stadt gehört es jetzt zu den Verkehrs- und Lebensbedürfnissen,

daß große Läden geschaffen werden. Man mag das beklagen, so sehr man will, man bringt es nicht aus der Welt. Die Geschäftsleute fordern es, die Konkurrenz bringt das mit sich. Sie wollen große Auslagen haben, und da muß man dann die Anforderungen nicht zu rigoros stellen. Wenn bei unserem Stadtbauamt derartige Anträge kommen, dann suchen wir in der Verhandlung möglichst viel herauszuschlagen. Aber sind wir an eine gewisse Grenze gekommen, wo wir uns sagen: der Mann kann nicht anders, nun, dann müssen wir auch das Interesse der Denkmalpflege einmal etwas beugen und biegen, denn sonst erreicht man nichts. Da muß man eben suchen, mit Rat und Tat den Leuten zur Hand zu gehen, ihnen es plausibel zu machen, durch den Stadtbaumeister oder sonst ihnen ordentliche Pläne machen lassen, bei denen wenigstens etwas Leidliches herauskommt. Und, meine Herren, es sind ja auch nicht alles Kunstdächer in der Stadt Hildesheim, alle diese Holzbauten. Es ist ja das Zusammenwirken das wichtigste, nicht immer die einzelne Sache an sich, sondern der Zusammenhang mit dem Ganzen. Da kann das Einzelne möglicherweise dem ganz feinfühligen Architekten vielleicht nicht ganz passen. Das läßt sich nicht immer vermeiden, das muß man einmal hinnehmen, wenn im Großen und Ganzen nur die Sache nicht gar zu schlecht dabei wird, und da lassen sich allgemeine Regeln nicht aufstellen, das muß nach den örtlichen Bedürfnissen entschieden werden. Es kommt nur vor allem darauf an, daß man sich einen Stadtbaumeister zu verschaffen sucht, der für die Sachen Sinn hat und der auf der einen Seite praktisch genug ist, um die Bedürfnisse des täglichen Lebens zu erkennen, auf der anderen Seite künstlerisch und feinfühlig genug, um zu wissen, wie diese mit der Denkmalpflege in Einklang gebracht werden können.

Nun, meine Herren, wie soll man aber auf die Beteiligten, Staat, Kirche und insbesondere auf die Privaten einwirken? Ich habe schon angedeutet — auf die Zwangsmittel komme ich nachher —, einstweilen versucht man es in Güte und man erreicht ungeheuer viel damit. Man muß es sich nur nicht verdrießen lassen, man muß nicht durch eine erste abschlägige Antwort glauben, nun ist die Sache vorbei und nun läßt du das Ding laufen. Man muß Geduld haben, man muß sich in die Seele der Beteiligten hineinversetzen. Da ist ein Mann, er hat ein altes Haus. Es ist ihm vielleicht schon lästig gewesen und er hat sich gefreut auf die Zeit, wo er das Geld hat zum Neubau, und nun platzen wir hinein oder der Verein, und sagen: um gotteswillen, das Haus muß erhalten bleiben! —, während der vielleicht schon den Plan im Inneren fertig hat, ein ganz neues Haus zu bauen. Da muß man sich nicht verdrießen lassen, mit dem Manne in freundlicher Weise zu verhandeln und ihn zu bereden, und da erreicht man sehr viel. Weil der Hildesheimer Verein ja vorzugsweise seine Aufgabe darin sieht, die Fachwerkbauten zu erhalten und durch Anmalen des Fachwerks und durch andere Farbengebung des Füllwerks das Fachwerk recht klar auch zum konstruktiven Ausdruck zu bringen, so hat der Volksmund uns den Namen „Pinselverein“ gegeben. Ja, meine Herren, dieser „Pinselverein“, dessen Vorsitzender zu sein ich die Ehre habe (Heiterkeit) —, wie macht der das? Ich scheue durchaus die Mühe nicht, wenn ich auf meinen Spaziergängen durch die Stadt, die ich ja doch machen muß, sehe, daß da eine Leiter am Hause steht und da wird nun emalt in der üblichen weißen Farbe, wie das früher der Fall war, — dann

setze ich mich sofort mit dem Maler an Ort und Stelle in Verbindung und sage: Malst du auch altdeutsch? Das ist nämlich der Ausdruck, das hat auch der Volksmund erfunden, das nennen sie altdeutsch, die Wiederherstellung des Fachwerkes. Wenn er sagt: nein! dann frage ich: wer ist der Eigentümer? Rufe ihn einmal her! Dann wird mit ihm verhandelt und ihm auseinandergesetzt, daß es viel schöner wäre, wenn es altdeutsch wäre, und ist es ein armer Teufel, der nichts hat, dann gibt ihm der Verein einen Zu- schuß dazu. Denn, meine Herren, das ist eine alte Erfahrung, wenn jemand zehn Mark bekommen hat und es kostet sechzig, dann fühlt er sich nachher doch um zehn Mark reicher und er hat zehn Mark verdient. Es läßt sich jemand zehn Mark selten entgehen. Natürlich sind die Summen manchmal auch höher. Aber derartige Hilfsmittel muß man anwenden, man muß die Sache populär zu machen suchen, und daß unser Verein populär ist, dafür ist der beste Beweis, daß er den Namen „Pinselverein“ bekommen hat und daß der Volksmund das Wort „altdeutsche“ Malerei erfunden hat.

Hier nun ist der Fall, wo gerade die Vereinstätigkeit ganz außerordentlich nützlich eintreten kann. Ich selbst bin ja zugleich Bürgermeister und Vorsitzender des Vereins, insofern in doppelter Tätigkeit, aber es kann ja sein, daß das anderswo nicht der Fall ist, obgleich ich, wie gesagt, dringend rate, Verein und Kommunalverwaltung in engste Beziehung zu setzen. Aber, meine Herren, vor Behörden haben die Leute oft Angst und häufig keine Lust, den Behörden gefällig zu sein. Wenn dann aber ein Bürger kommt und spricht mit den Leuten, womöglich ein eigener Genosse, der dem Verein angehört, und stellt ihnen das vor, meine Herren, dann sind die Leute ganz anders zu haben. So muß man die Sache machen, und so machen wir sie. Es wird die Angelegenheit so gehandhabt: zunächst erfahren wir auf dem Stadtbauamt, daß etwas im Werke ist. Dann geht die Sache an den Verein und ein bestimmtes Mitglied des Vereins wird beauftragt — wir haben eine Reihe von Architekten darin —, mit den Leuten zu verhandeln, und es sind ganz seltene Fälle, wo nicht die Leute schließlich bereit sind, die Sache so zu machen, wie wir es wünschen, und auf diese Weise wird in der Tat ganz außerordentlich viel erreicht.

Ich würde es jedoch für durchaus unerwünscht halten, wenn das ganze Stadtbild etwa nach dem Muster eines einzelnen Mannes, also in einer kleinen Stadt nach dem Muster und Geschmack des Stadtbaumeisters gestaltet würde. Wir haben einen vortrefflichen Stadtbaumeister, der ganz in diesem Gedankenkreise lebt; aber ich würde es trotzdem für höchst einseitig halten, wenn wir auf den allein uns verlassen sollten. Und da wir den Leuten immer predigen und sagen: Wenn Ihr aber baut, dann baut doch so, daß Ihr im Stadtbilde bleibt, so hat uns das dazu geführt, den Versuch zu machen, einen Wettbewerb auszuschreiben für Fassaden, wie sie für Hildesheim passen, wie sie unserem Stadtbilde entsprechen, zugleich aber auch den modernen Bedürfnissen, in betreff also namentlich der Läden usw., wenigstens einigermaßen genügen. Das Mittel hat ganz außerordentlich nützlich bei uns gewirkt. Auf das Ausschreiben ist eine große Anzahl von Bewerbungen eingegangen, im ganzen ungefähr 500 Zeichnungen. Wir haben vorzügliche Preisrichter gehabt, darunter den bekannten Professor Hehl, Professor Mohrmann und andere. Alle waren ganz außerordentlich befriedigt von dem Ausfall dieses Wettbewerbes. Derselbe ist dann veröffentlicht worden. Die

Lieferung ist für 5 Mark. 20 Blätter für 5 Mark zu haben, die ganze Sache für 50 Mark. Allerdings könnte das Werk noch mehr gekauft sein, als es geschehen ist. Es liegt aber in unseren verschiedenen Bibliotheken aus, es kann benutzt werden von unseren Architekten. In ihm findet sich ein Reichtum der verschiedenartigen Motive, die sich aber alle bewegen in dem Rahmen unseres Stadtbildes für die verschiedenen Zeitalter bis zum 17. Jahrhundert hin; denn von da an hört das originelle Bauen bei uns im wesentlichen auf. Es ist so eine reiche Auswahl von Vorbildern auch den minder begabten Architekten gegeben, um nun danach ihre Fassaden einrichten zu können. Die Sache hat sehr großen Anklang gefunden. Es ist uns Lübeck, es ist Bremen, es ist Köln auf diesem Wege gefolgt: Danzig hat jetzt einen solchen Wettbewerb ausgeschrieben, in Bautzen ist er, wie ich höre, in Vorbereitung, in Magdeburg ist auch ernstlich die Rede davon gewesen, und so glaube ich, schon hieraus sollte man schließen, daß die Sache doch ihr Gutes haben muß.

Mir ist nicht unbekannt geblieben — heute morgen hatte ich gerade Gelegenheit, mit Herren darüber zu sprechen —, daß von manchem die Sache etwas anders beurteilt wird, daß gesagt wird: ja, mit den Fassaden ist doch im großen und ganzen nicht viel anzufangen: ein selbständiger Künstler muß das doch selbst können, der braucht so etwas nicht, und wenn Handwerksmeister bauen, die werden vielleicht etwas Verkehrtes nachher daraus machen. Also es wurde der Nutzen etwas bezweifelt. Meine Herren! Ich möchte doch glauben, daß wenigstens für kleinere und mittlere Städte, wie Hildesheim, wo wir nicht in der Lage sind, berühmte Architekten dort einheimisch zu haben, wo auch die Mittel nicht vorhanden sind bei den Leuten, nun berühmte Architekten von auswärts heranzuziehen, die dann erst große Studien anstellen, was etwa in der Stadt Hildesheim üblich ist und wie das Haus dazu passen muß, — gerade für solche Städte, wo die Bauten teilweise von Zimmermeistern gebaut werden, die einen Zeichner zur Hand haben, der ihnen die Sache zurechtmacht, oder von Architekten, die nicht vollständig die akademische Bildung haben, wie man sie von einem richtigen Architekten verlangt, und wo vielleicht nur der eine oder der andere höher gebildete Architekt vorhanden ist —, ich möchte glauben, daß es für eine derartige Stadt doch von äußerster Wichtigkeit ist, daß da die Leute Vorbilder zur Hand haben, die sie bei ihren Bauten zugrunde legen. Ich mache darauf aufmerksam, was ich schon verschiedentlich betont habe: bei uns handelt es sich ja nicht vorzugsweise darum, daß wir lauter Kunstwerke errichten wollen: nein, wir wollen unser Stadtbild vorzugsweise erhalten. Ob da nun nachher das einzelne ganz korrekt ist nach den feinsten künstlerischen Empfindungen, darauf kommt es wirklich bei uns für unsere Zwecke viel weniger an. Das mag ja in großen Städten anders sein. Aber bei uns — der Erfolg zeigt sich bereits — werden eine ganze Reihe Bauten in dieser Weise schon gebaut. Mir ist auch bekannt, daß unsere Architekten — wenigstens von einem weiß ich es bestimmt — eifrigst diese Fassaden studiert haben, und so glaube ich, daß die Sache doch von ganz außerordentlichem Nutzen ist, namentlich wenn hinzukommt, worauf ich gleich komme, daß wir nun auch einen gewissen Zwang auf die Bevölkerung ausüben. — Übrigens will ich hier gleich bemerken, daß von den vier Städten, welche bereits diesen Wettbewerb erlassen haben, die preisgekrönten Entwürfe und andere gute Entwürfe veröffentlicht sind von der Firma „Deutscher Architektur-Verlag“ in Leipzig.

und Berlin, und die Verlagshandlung hat mir auf meine Bitte von jedem dieser Werke für Hildesheim, Bremen, Lübeck und Köln Exemplare zur Verfügung gestellt. Die Herren können die Entwürfe hier ausgelegt sehen, es sind in jedem eine große Reihe von Zeichnungen — ich bin überzeugt, daß auch die Herren Künstler unter Ihnen an dieser Sache ihre Freude und auch, glaube ich, den Eindruck haben werden, daß das eine ganz verständige Anordnung ist, und ich kann nur dringend wünschen, daß diese Werke, die wir dann an unsere Bibliotheken, an Baugewerks- und sonstige Fachschulen zur Verteilung bringen, doch möglichst auch sonst verbreitet werden, namentlich auch unsere niederen Architekten die Sache in die Hand bekommen, um statt der wirklich häßlichen Sachen, die sie sonst oft machen, nun doch wenigstens leidlich gute Sachen zu machen. Denn das werden Sie nie erreichen, daß jeder solche einfachere Bau dem Auge des Kritikers in jeder Beziehung genügen wird.

Das war die Einwirkung mit Hilfe des Wettbewerbes. In anderen Fällen, meine Herren, muß allerdings ein radikales Mittel ergriffen werden. Da muß man sich einmal entschließen, damit ein Bauwerk nicht vollständig verschwindet, es anzukaufen. Ich habe Ihnen schon erwähnt, daß wir in Hildesheim in ziemlich großem Umfange — wir haben in den letzten Jahren mehrere Hunderttausend Mark dafür ausgeben — Bauwerke angekauft haben. Wir suchen sie so gut wie möglich zu verwerten, immer gelingt es nicht. Aber es hat doch die Stadtvertretung solches Interesse dafür, daß in keinem einzigen Falle, glaube ich, überhaupt eine nennenswerte Bemängelung stattgefunden hat, und selbst in den beiden kostspieligeren Fällen, in denen es sich handelte das eine mal um 117 000, das andere mal um 120 000 Mark für ein Haus, hat ohne allen Widerspruch die Stadtvertretung die Sache bewilligt. Das wäre vor 40 Jahren noch absolut unmöglich gewesen. Aber die Bevölkerung ist allmählich herangezogen, sie hat auch Freude daran, sie sieht, wie der Fremdenstrom alljährlich nach Hildesheim hinzieht, wie auch pekuniäre Interessen damit verwachsen sind, und so sind auch die Stadtverordneten, wie ich ihnen bei uns das Zeugnis geben muß, durchaus geneigt, die Sache zu fördern. Aber, meine Herren, nicht immer erreicht man etwas mit diesen freiwilligen Mitteln. Manchmal ist mit den Leuten wegen Unverständ nichts zu machen, das haben wir auch erlebt, und da haben wir uns gefragt: Steht uns denn gar kein Zwangsmittel zu, uns, den städtischen Verwaltungen, um gegen die Leute auch vorzugehen, wenn sie nicht wollen. Da haben wir uns, allerdings auf Grund unserer älteren Hildesheimer Bestimmungen, für berechtigt gehalten, nach dem Vorbilde, wie es in Nürnberg bereits geschehen ist, Vorschriften zu erlassen, wonach es nicht gestattet ist, in gewissen Straßen, die zu den künstlerisch wertvollen gehören, zu denen, die das Stadtbild zieren, beliebig zu bauen, sondern wonach dort in einer Weise gebaut werden muß, wie es der Umgebung entspricht, so daß eine Beeinträchtigung des Stadtbildes nicht eintritt. Es wurde bezweifelt, ob die städtische Verwaltung dazu berechtigt wäre, namentlich auf Grund des allgemeinen Landrechts, in dem sich allerdings Bestimmungen finden, inwieweit die Schönheit von der Polizei bei Baugenehmigungen berücksichtigt werden darf. Es ist da aber von grober Verunstaltung die Rede, und dem hat bisher das Oberverwaltungsgericht die Auslegung gegeben, daß eigentlich ästhetische Rück-

sichten unter den Begriff der groben Verunstaltung nicht fallen. Indes hat auch das Oberverwaltungsgericht sich nicht ganz der Luft entziehen können, in der wir jetzt leben, und seitdem mehr und mehr die Bevölkerung gewöhnt wurde, auf solche Sachen Wert zu legen, ist doch auch das Oberverwaltungsgericht in neueren Urteilen nicht mehr ganz so starr geblieben, wie es früher gewesen ist.

Bei uns gilt jedoch das allgemeine Landrecht überhaupt nicht, dagegen haben wir alte Bauordnungen gehabt, und auch neue Bauordnungen sagen ausdrücklich, daß beim Bauen auch die Schönheit der Stadt berücksichtigt werden soll. Also ästhetische Rücksichten sollen mit in Betracht gezogen werden, und dasselbe, meine Herren, muß in Bayern der Fall sein, denn in Bayern hat man ähnliche Verordnungen erlassen. Daraufhin haben wir uns für berechtigt gehalten, eine derartige Verordnung zu erlassen. Zu meiner Freude habe ich dann kürzlich ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts entdeckt, das für Nassau erlassen ist, wo das Oberverwaltungsgericht ebenfalls sagt: ja, für Altpreußen würde das allerdings nicht gelten, aber in Nassau sei eine alte Landesverordnung, in der stände, die Baupolizei hätte auch das Recht, auf die Schönheit Rücksicht zu nehmen: und auf Grund dieser alten Verordnung, die in Nassau glücklicherweise noch aufgefunden wurde, ist dann ein derartiges Bauverbot aufrechterhalten, das erlassen war, um eine Stadt nicht zu verunzieren.

Wir sind da ganz offen verfahren, wir haben darüber an den Minister berichten müssen, der Minister hat seine Freude ausgesprochen, daß wir so kühnlich vorgegangen wären, hat uns ermahnt, ein wenig vorsichtig in der Anwendung zu sein, im übrigen aber wäre das Weitere der Zukunft zu überlassen.

Die Sache hat aber weitere Kreise gezogen. Vielleicht ist Ihnen bekannt geworden, daß von Magdeburg aus ein dort gebildeter Verein kürzlich an das Abgeordnetenhaus eine Petition gerichtet hat: in Hildesheim, in Nürnberg, in Bamberg habe man solche Verordnungen erlassen, und mit Erfolg erlassen, sie seien auch nicht angefochten worden, und nun möchte doch der preußische Staat, wenn das allgemeine Landrecht die nötigen Handhaben nicht böte, ein Gesetz erlassen, daß den Kommunen, sei es durch Polizeiverfügung oder sei es durch Ortsstatut, gestattet werde, derartige Bestimmungen zu treffen, daß einer offensuren Beeinträchtigung des Stadtbildes entgegengetreten werden könne. Ich habe diese Petition hier vorliegen; ich habe mich außerordentlich darüber gefreut. Sie ist leider im vorigen Jahre noch nicht zur Verhandlung gekommen, weil es zu spät war, wird aber sicherlich wiederholt werden und im nächsten Abgeordnetenhouse zur Verhandlung kommen, und ich hoffe dann, daß jeder von Ihnen, wer Einfluß hat auf irgend einen Abgeordneten, sich bemühen möge, die Herren Abgeordneten dafür zu interessieren, daß diese Petition der Königlichen Staatsregierung zur Berücksichtigung überwiesen wird. Denn, meine Herren, die Polizei ist doch einmal berufen, die verschiedensten Interessen im Leben zu wahren: sie schreibt in hundert Einzelfällen vor, wie man handeln muß, dies und das bauen muß — ja, es gibt wohl keine Baupolizeiverwaltung, die nicht auch auf irgend eine Weise, wenn es auch nicht ausdrücklich so ausgesprochen worden ist, Bestimmungen getroffen hätte, die darauf abzielen, daß das Auge nicht verletzt wird. Warum soll man da nicht auch etwas weiter gehen und, wenn solches ein ganz wesent-

liches Interesse einer Stadt ist, es verhindern dürfen, daß, während die Stadt sich alle mögliche Mühe gibt, ihr altes Stadtbild zu erhalten, nun ein Einzerner herkommt und eine Straße, in der das Bild noch erhalten worden ist, vollständig aus dem Bilde herausdrängen will. Ist das nicht eine ganz wichtige Rücksicht, die es wohl verdient, daß sie auch gesetzgeberisch unterstützt wird? Ob das dann im Wege der Baupolizeiverordnung oder im Wege des Ortsstatuts geschieht, das ist mir selbstverständlich ganz gleichgültig. Möge der Staat nur den Städten die unanfechtbare Grundlage geben, daß sie eine derartige Verordnung innerhalb mäßiger Grenzen erlassen dürfen. Daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen, meine Herren, dafür werden nachher schon die Behörden sorgen, die in der Beschwerdeinstanz über diese Sachen zu verfügen haben. Nachdem es gelungen ist, im vorigen Landtage ein Gesetz gegen die Verschändung der Naturbilder durchzusetzen, was auch vielleicht vor 10 Jahren nach allen Urteilen des Oberverwaltungsgerichts für kaum möglich gehalten worden wäre, habe ich das volle Vertrauen, daß es gelingen wird, auch der Verhunzung dieser Kunstbilder unserer alten Städte endlich in wirksamer Weise entgegenzutreten. Darum, meine Herren, werden Sie in den Sätzen, die ich mir erlauben werde, Ihnen nachher hier vorzulegen — ich weiß nicht, ob sie schon zur Verteilung gebracht sind — auch einen Satz finden, wo darauf hingewiesen wird, daß es erwünscht wäre, daß, wo den Kommunalverwaltungen bisher die Möglichkeit nicht gegeben war, sie ihnen gegeben werden müsse, nötigenfalls auch im Wege des Zwanges einzugreifen. In Nürnberg, Bamberg — ich habe die Verordnungen hier — sind ganz dieselben Verordnungen, nur in etwas anderem Wortlaut, aber dem Geiste nach ebenso erlassen, wie in Hildesheim, in Nürnberg ein paar Monate vor Hildesheim und in Bamberg ein paar Monate nach Hildesheim. Ich habe mich dorthin gewendet und gefragt, wie die Verordnungen sich bewährt haben. Man hat erwidert, sie hätten gar keinen Widerspruch bei der Bürgerschaft gefunden, es ginge ganz ausgezeichnet und mit allgemeiner Freude werde die Sache begrüßt. Bei uns in Hildesheim haben wir noch keinen einzigen Fall gehabt, wo jemand sich gegen diese Verordnung aufgelehnt hat; dagegen hat sie dort außerordentlich nützlich gewirkt. Wir handhaben sie aber auch vorsichtig, wie uns das von oben empfohlen ist, um die Leute nicht vor den Kopf zu stoßen. Aber wir haben das erreicht, daß in allen Fällen, wo wir glaubten, daß gegen die Verordnung verstößen wird, und wo wir eingeschritten sind, die Leute sich auch gefügt haben. Und, weil diese Verordnung sich nicht nur erstreckt auf die vorhandenen alten Gebäude und Bauten, sondern auch dahin, daß neue Bauten in einer Weise errichtet werden müssen, daß sie nicht das Bild verderben, so hoffe ich, daß es gelingen wird, in Hildesheim nicht nur das bisherige Stadtbild noch lange zu erhalten, sondern es von Jahr zu Jahr mehr und mehr zu verbessern. Und das ist gerade unser Bestreben. Daher, meine Herren, versteife ich mich auch durchaus nicht darauf, daß das nun alles über eine Schablone gemacht werden sollte. Das habe ich vorhin schon gesagt. Das ist ja der Grund gewesen, weshalb wir zu dem Wettbewerb aufforderten, um möglichst viele Motive aus ganz Deutschland zu bekommen. Sie sollen nur nicht gerade zu grell mit unseren alten Bauten in Widerspruch stehen. Im übrigen werden wir in der Anwendung der Entwicklung der einzelnen Individualität von Herzen gern möglichst freien Spielraum lassen.

Meine Herren! Also wenn wir die Zwangsmittel nicht haben sollten, dann muß der Staat sie uns geben, und ich glaube, der Staat wird das mit Freuden tun können, weil er doch in betreff der Denkmalpflege ganz auf unserem Standpunkt steht.

Dann würde ich sehr großen Wert darauf legen, daß unter Umständen den Städten auch das Enteignungsrecht gegeben würde, damit sie in der Lage sind, wenn etwa Verderben droht, daß ein wirklich bemerkenswertes Gebäude beseitigt werden soll, es dann im Interesse der Denkmalpflege auch anzukaufen. Ich habe schon bei der vorjährigen Beratung in Freiburg gesagt, daß allerdings in dem Hessischen Gesetz auch von einer Enteignung durch die Gemeinden die Rede ist, aber nur indirekt, indem der Staat sein Enteignungsrecht, und auch nur in sehr beschränktem Maße, unter Umständen auf die Städte und die Gemeinden übertragen kann. Ich würde es für in hohem Grade wünschenswert halten, wenn dieser Umweg vermieden würde. Gerade dem, was wir erstreben, daß in einer Stadt das Stadtbild erhalten werde, kann der Staat, meine Herren, nicht genügen. Das können wir vom Staat absolut nicht verlangen. Wir haben noch einige hundert von diesen Häusern und er kann doch nicht hunderte von Häusern ankaufen, um in Hildesheim das Stadtbild nicht zu verletzen! Das ist ja keine Möglichkeit. Er kann auch nicht einmal drei oder vier ankaufen. Das ist Sache der Kommune. Wenn aber das Sache der Kommune ist, für ihr Stadtbild zu sorgen, dann muß auch der Kommune das Recht gegeben werden, nun das zur Durchführung zu bringen, und darum würde ich auf das Dringlichste wünschen, daß unser Enteignungsgesetz vollständig klarstellt, daß den Kommunen dieses Recht zusteht.

Ja, es ist im vorigen Jahre von Herrn von Bremen, wenn ich nicht irre, gesagt worden, schon nach dem jetzigen Gesetze könne das Enteignungsrecht ganz allgemein verliehen werden. Aber, meine Herren, das Enteignungsrecht muß durch Königliche Verordnung verliehen werden, und das ist ja gar nicht denkbar, daß für alle derartigen Fälle die Verleihung einzeln erbeten werde. Wenn, wie wir hoffen wollen, die preußischen und deutschen Städte in sehr großem Umfange von dem Enteignungsrechte Gebrauch machen, wo es nötig ist — sollen die wegen aller kleinen Häuser an den König gehen und es zu erreichen suchen, daß ihnen im Wege der Königlichen Verordnung das Enteignungsrecht gegeben werde? Meine Herren! Das schließt sich von selbst aus, das muß in anderer Weise gemacht werden. Vielleicht empfiehlt es sich, daß ein Denkmalverzeichnis aufgestellt wird, das amtlich genehmigt ist, und dann könnte für alle darin aufgenommene Gegenstände unmittelbar den Gemeinden das Enteignungsrecht gegeben werden.

Meine Herren! Manchmal aber sind die Verhältnisse doch mächtiger als alles andere. Ein Gebäude muß weg, es geht nicht anders, man kann nichts erreichen, der Betreffende will es nicht behalten. Was soll da geschehen? Im schlimmsten Falle müssen wir die Sache aufspeichern, müssen ein Museum errichten und müssen diejenigen Sachen, die sonst nicht mehr zu verwenden sind und die wegmüssen, in ein Museum hineinbringen. Meine Herren! Ich betrachte ein Museum als etwas außerordentlich schönes; aber vom Gesichtspunkt der Denkmalpflege aus betrachte ich es mehr eigentlich als ein Reservoir, in das die Sachen erst dann hineinkommen sollen, wenn sie an Ort und Stelle tatsächlich nicht mehr Platz haben. Den Standpunkt haben

wir in Hildesheim immer vertreten. Wir machen nicht ein Museum — unser Architektur-Museum in Hildesheim — um des Museums willen, sondern um die Sachen zu erhalten, und wenn nun etwas durchaus fort muß, dann suchen wir die Sachen zu erwerben, die charakteristisch sind, und bringen sie in das Museum. scheuen uns aber unter Umständen gar nicht, wenn nun jemand kommt und sagt: ich will ein neues Haus bauen in dem Stil, wie Ihr es wünscht, und dazu wünsche ich alte Sachen zu verwenden —, dann geben wir ihm dieselben unter Umständen ruhig wieder heraus. Darauf sind wir gar nicht eifersüchtig. Gewisse Sachen wird man ja immer in dem Museum lassen, typische, damit man eine Übersicht hat; aber das übrige ist ein Depot, und Herr Major Buhlers, der die Leitung dieses Museums hat, ist immer bereit, den Bauenden diese Sachen zur Verfügung zu stellen, und es freut uns viel mehr, wenn mit Hilfe dieses Museums ein Haus im alten Stil errichtet wird, als daß wir unser Museum nun so viel voller haben.

Nun ist, was die Frage der Museen betrifft, vielfach der Gesichtspunkt aufgestellt worden, daß jede Provinz oder jeder Regierungsbezirk nur ein Museum haben solle. Meine Herren! Für die Stücke, von denen ich eben sprach, glaube ich, ist das nicht richtig. Für diese Sachen stelle ich den Satz auf, daß jede Stadtgemeinde, die an sich leistungsfähig ist, die es sich leisten kann, wohl daran tut, für ihre örtlichen Architektursachen und sonstigen Kunstwerke möglichst sich selbst ein Museum zu schaffen. Ich fürchte gar nicht diese vielen kleinen Museen. Meine Herren! Ich besuche mit Vorliebe, wo ich bin, auch die kleinen Museen, und da habe ich in Norddeutschland und in Süddeutschland gerade in kleinen Städten die reichsten Museen gesehen. Die sind für die Lokalgeschichte, für die Weckung des Interesses gerade an dem betreffenden Ort zehnmal mehr wert, als ein noch so herrliches, großes Museum in der Provinzialhauptstadt oder gar in der Stadt Berlin. Meine Herren! Wenn da die Leute auch nur Sonntags hinkommen können und sich die Sachen ansehen, dann werden sie unterrichtet, und wenn es nur erst einmal errichtet ist, dann glaubt man gar nicht, was sich darin zusammenfindet, und wie die Leute aus reinem Lokalpatriotismus Sachen hingeben, die sie nie hingeben würden, wenn sie es in die Provinzialstadt geben sollten. Und so können wirklich auch kleinere Städte außerordentlich Nützliches leisten. Ich bin durchaus dagegen, daß jede Stadt ein Riesenmuseum haben will, sondern — wir haben ja heute nur von der Denkmalpflege zu sprechen — ich denke nur an Museen, die als Reservoir dienen für lokale Dinge. Da täte eine jede einigermaßen große Stadtgemeinde nach meiner Auffassung gut, sich ein solches Museum zu bilden. Dieses Museum braucht auch nicht bloß Originale zu haben. In jeder Stadt bestehen ja aus alter und neuer Zeit Stiche und aus neuerer Zeit Photographien. Da kann man ein solches Museum dadurch sehr hübsch ausgestalten, daß man von allem, was bemerkenswert in der Stadt ist oder gewesen ist, sich die Abbildungen zusammensucht. Wir haben für das Hildesheimer Museum Aquarelle machen lassen — wir haben jetzt 124 — von Künstlerhand. Diese Aquarelle sind außerordentlich schön. Das ist eine Sammlung, die von Einheimischen und Fremden mit wahrem Entzücken gesehen wird. Da sieht man alle die Straßenbilder, wie sie noch vor einiger Zeit waren. Sie haben sich seitdem schon verändert; ja manches wird überhaupt nicht bleiben können. Da wird alles dieses aufgenommen.

Wir suchen, was wir bekommen können. Wir haben die Archive durchstöbern lassen. Neulich noch hat Herr Domkapitular Bertram in Wien, wo er das Reichshofratsarchiv studiert, zwei alte Zeichnungen gefunden aus Hildesheim. Wir haben sofort nach Wien geschrieben, sie uns kommen lassen und abgezeichnet. Sie hängen jetzt in unserem Museum. So suchen wir, was wir irgendwie bekommen können. Neulich haben wir beschlossen, auch eine Sammlung von Ansichtskarten von Hildesheim anzulegen, damit alles, was überhaupt über die Stadt Hildesheim existiert, in diesem Museum zusammenkommt, und so bildet das eine wahre Fundstätte von interessanten Ansichten aus älterer und neuerer Zeit und gereicht jedem zur Freude. Das Museum ist jeden Sonntag dem Publikum offen. In dieser Weise können noch viel kleinere Städte, wie Hildesheim, vorgehen: es gibt, möchte ich sagen, keine Stadt von irgendwelcher Bedeutung, die nicht noch Kirchen und sonstige Gebäude hätte, die sie abkonterfeien und ins Museum hinein bringen kann, und dann freut sich jeder Bürger, wenn er diese Sachen zusammen sieht.

Meine Herren! Das sind so die Mittel, die ich glaube angeben zu können, mit denen die städtischen Verwaltungen tätig sein können in Verbindung mit den Vereinen.

Wenn es Sie nun noch zum Schluß interessiert, will ich Ihnen kurz einmal über die Wirksamkeit des „Pinselvereins“, den wir in Hildesheim begründet haben, einige statistische Mitteilungen machen. Es ist ja kein großer Verein, aber es ist doch vielerlei dort erreicht worden. Dieser Verein ist errichtet im Jahre 1887, und ich habe hier die Übersichten bis zum Jahre 1901. Die Mitgliederzahl beträgt 258 und die Gesamtbeiträge haben bisher betragen 13 467 Mark. Wir haben in 117 Fällen Unterstützungen für Häuserbemalung gegeben, im ganzen 8703 Mark. Aber, meine Herren, damit ist die Tätigkeit des Vereins durchaus nicht erschöpft, denn eine ganze Menge Leute bekommen kein Geld, haben es auch nicht beansprucht. Zuerst haben wir mehr unterstützt, nachher weniger. Unsere Malermeister ziehen wir auch hinein, die haben ja ein pekuniäres Interesse daran. Je mehr gemalt wird, desto mehr verdienen sie, und so suchen wir die Maler auch von vornherein dahin anzuleiten, „altdeutsch“ zu malen, und das tun sie, tun sie gern. Und so sind statt der 117 vielleicht die doppelte und dreifache Zahl von Häusern farbig gemalt, und wenn Sie nach Hildesheim jetzt kommen, werden Sie das sehen, während Sie noch vor 20 Jahren sahen, daß derartige Häuser ganz nüchtern angestrichen wurden, daß viele Zierrate, die vorhanden waren, einfach vernagelt waren oder daß Lehmschlag davor geklebt war, weil man damals zu nüchtern war, diese Schönheit zu begreifen. Das ist nun alles wieder ans Tageslicht gezogen und ich möchte sagen, es ist jetzt etwa wie ein aufgeschlagenes Bilderbuch, wenn Sie nach Hildesheim hinkommen, und man freut sich darüber. Es ist originell, den Leuten gefüllt es, sie fühlen sich wohl dabei. Es trägt wirklich auch zur Gemütlichkeit außerordentlich bei.

Die oben erwähnten 124 Aquarelle haben uns 6200 Mark gekostet. Sie werden noch vervollständigt bis auf die Zahl von ungefähr 140. Das Andreasmuseum, in dem sie mit aufbewahrt werden, haben wir in einer Kirche eingerichtet, und die hat die Eigentümlichkeit — es ist eine große gotische Kirche, die früher eine romanische Kirche war —, daß der romanische Giebel noch in der Kirche steht, die wir ausgebaut haben. Der Kirchen-

vorstand hat diesen Raum zur Verfügung gestellt, da haben wir das Architekturmuseum eingerichtet, und das schönste Stück in diesem Architekturmuseum ist diese romanische Fassade, die wahrscheinlich in der Zeit von Godehard im 11. Jahrhundert gebaut worden ist. Für dieses Museum, das unter der Verwaltung des Herrn Major Buhlers steht, haben wir 6919 Mark ausgegeben. An Zuschüssen haben wir außer den oben erwähnten Mitgliederbeiträgen erhalten: von der Stadt für das Architekturmuseum 1600 Mark, für die Aquarelle 2000 Mark, zur Eröffnung des Wettbewerbes 4500 Mark. Dann ist die Provinzialverwaltung uns verschiedentlich behilflich gewesen. So hat sie für den Verein einmal 300 Mark hergegeben, dann für das Andreasmuseum 900 Mark, für die Aquarelle 2000 Mark. Dann hat die Hildesheimer Landschaft — das ist eine alte Kommunallandschaft — 1800 Mark gegeben. Der Wettbewerb hat uns gekostet 6331 Mark, aber wir haben das Verlagsrecht verkauft und haben dafür 5751 Mark wiederbekommen, haben also ein sehr gutes Geschäft dabei gemacht. Später mag der Verleger seine Rechnung nicht ganz gefunden haben: wenigstens sind die anderen, die uns das nachgemacht haben, nicht so günstig bei der Sache weggekommen.

Da haben Sie so ein kleines Bild, was ein kleiner Verein im Laufe der Jahre allerlei schaffen kann. Wie gesagt, man muß Geduld haben, muß nicht alles von heute auf morgen erwarten.

Nun, meine Herren, ich habe mir überlegt und mich mit Herrn Professor Clemen darüber unterhalten: sollen wir nun hier heute, Professor Clemen und ich, bloß einen Vortrag halten? Ja, meine Herren, ein Vortrag verfliegt ungemein rasch. Diejenigen, die hier sind, brauchen den Vortrag eigentlich gar nicht, denn ich kann Ihnen eigentlich nichts Neues sagen. Der Vortrag ist ja eigentlich für ganz andere bestimmt, und damit er nicht so verfliegt, haben wir es für zweckmäßig gehalten, in einer kurzen Erklärung die Ideen zusammenzufassen, die in dem Vortrage niedergelegt sind, und da schlagen wir Ihnen vor — wenigstens ich schlage es vor; ich weiß nicht, ob Herr Professor Clemen vielleicht noch Änderungen beliebt —, daß Sie diese Erklärung annehmen und dann den Vorstand mit der Ausführung beauftragen möchten. Ich will Ihre Zeit nicht mit der Verlesung in Anspruch nehmen, ich nehme an, Sie haben es selbst schon gelesen. Ich möchte Ihnen also anheimgeben, nachher diese Erklärung<sup>1)</sup> anzunehmen, die dann schließt, daß sie den Stadtverwaltungen mitgeteilt werden möchte und ebenso, soweit es die Staatsregierung angeht, auch der Staatsregierung, damit dann hoffentlich unsere heutige Verhandlung nicht ausläuft, wie Herr Professor Clemen sich mir gegenüber ausdrückte, wie das Hornberger Schießen, sondern wie ein recht erfolgreiches Schießen, bei dem wir die Kommunalverwaltungen einmal ein bisschen ins Herz getroffen haben. Hoffentlich werden sie den Pfeil nicht sitzen lassen, sondern herausziehen, die Wunde wird heilen, und dann etwas Gutes aus den heutigen Verhandlungen erwachsen.

**Korreferent: Konservator Professor Dr. Clemen-Düsseldorf:**

Meine Herren! Ich habe nur mit wenigen Worten Ihre Aufmerksamkeit in Anspruch zu nehmen. Die einleitenden Ausführungen des Herrn Oberbürger-

---

<sup>1)</sup> Die Erklärung ist mit dem von Herrn Geheimrat Stubben vorgeschlagenen Zusatz auf den Seiten 362—364 abgedruckt.

meisters Struckmann, meines verehrten Vorredners, waren so erschöpfend, haben unter den größten Gesichtspunkten die Aufgaben nicht nur der kleineren Kommunalverwaltungen, sondern auch aller kleineren und größeren Verbände berührt, so daß hiermit eigentlich auch schon die idealen Anforderungen, die an die Provinzialverwaltungen und Provinzialverbände zu richten sind, mitgetroffen erscheinen. Ich möchte nur wünschen, daß die goldenen Worte, die Herr Oberbürgermeister Struckmann gesprochen hat, allen deutschen Oberbürgermeistern nicht nur, sondern auch allen Vertretern des sündhaften Fiskus ganz besonders zugänglich gemacht würden. Sie würden wirklich verdienen, besonders aus unseren stenographischen Berichten abgedruckt zu werden und in einer Sonderpublikation allen Vertretern der städtischen Verwaltungen zugeschickt zu werden. (Zustimmung und Beifall.) Ich gehe nicht ein auf die Thesen des Herrn Vorredners; meine Aufgabe ist nur die, seine Ausführungen in bezug auf die Provinzialverwaltungen zu ergänzen.

Wie heute unser staatliches Leben auf so vielen Gebieten nach Dezentralisation und nach Stärkung der Selbstverwaltung drängt, so gilt dies ganz besonders meines Erachtens für die Denkmalpflege. Unsere Denkmalpflege in Norddeutschland, in der Monarchie Preußen, von der ich hier zuerst reden muß, hat ihren Aufschwung direkt erst genommen von dem Moment an, wo die Provinzialverwaltungen als die nächstinteressierten nicht nur bei der Aufbringung der Mittel, sondern auch bei der Durchführung der Arbeiten, bei der Aufstellung des Arbeitsplanes wesentlich beteiligt wurden; und es ist in erster Linie dem Schöpfer dieser Neuorganisation, unserem hochverehrten Herrn Geheimrat Persius, zu danken, daß er bei der Begründung und der Durchführung dieser Organisation in den einzelnen Provinzen den Provinzialverwaltungen wie deren nächsten Organen, den Provinzialkommissionen und den Provinzialkonservatoren, soviel Anteil auch an der Verantwortung übergab und ihnen soviel Freiheit gelassen hat, die allein die eigentliche dauernde Freude an der Arbeit verleiht, und ich möchte nur dringend wünschen, daß es auch bei diesem Grade der Verantwortlichkeit, der Selbständigkeit und der damit verbundenen gesteigerten Arbeitsfreude seines Bleibens haben möchte.

Was ich Ihnen kurz vortragen darf, das bezieht sich allerdings — ich kann nur von meinen Erfahrungen reden — zunächst auf die preußischen Provinzen. Aber ich glaube, es gilt ebenso für alle mittleren und größeren Verbände. Ich glaube, daß die idealen Forderungen, die wir aufstellen können, die bescheidenen und unbescheidenen Wünsche, die wir hier äußern können, ebenso gelten etwa für die schweizerischen Kantone, ebenso gelten für die österreichischen Kronländer und ebenso vielleicht auch für die holländischen Provinzen. Wir dürfen uns ja ganz besonders freuen, daß wir reichlichen Besuch aus unserem Nachbarlande Holland bekommen haben. Nicht weniger als fünf Herren aus den verantwortlichen Kreisen der holländischen Denkmalpflege nehmen an unseren diesmaligen Verhandlungen teil.

In Norddeutschland hat die Entwicklung wohl in den letzten Jahren den Weg genommen, daß die Provinzialverwaltungen bei der Durchführung der Arbeiten und der Aufstellung des Arbeitsplanes nicht überall in dem gleichen Maße beteiligt und herangezogen worden sind, wie bei der Auf-

bringung der Mittel. Ich möchte aber gerade auf die Initiative der Provinzialverwaltungen und der mittleren Verbände auf dem Gebiete der Denkmalpflege das größte Gewicht legen, nicht nur, weil die Provinzialverwaltungen eher in der Lage sind, die Forderungen und die dringlichen nächsten Bedürfnisse zu übersehen, als die innerlich der Sache ferner stehenden und auch in weiterer geographischer Entfernung liegenden Zentralstellen, sondern auch, weil die Provinzialverwaltungen von allen kleineren Verbänden, den Kreisvertretungen und den Städten, aber auch den kirchlichen Genossenschaften, allen sonstigen Körporationen und den Privaten als ihnen freundlich näherstehend, ich möchte fast sagen, ihrem Herzen näherstehend, angesehen werden. Für unsere Rheinprovinz möchte ich es nur dankbar anerkennen, daß wir gerade hier von unserer Verwaltung selbst, von der rheinischen Provinzialverwaltung und von der rheinischen Provinzialkommission, auf allen Gebieten auch Anregung, Anfeuerung, Aufmunterung zu bestimmtem Vorgehen nach verschiedenen Richtungen hin gefunden haben. Ich möchte bei dieser Gelegenheit nicht unterlassen, unserer rheinischen Verwaltung auch hier unseren bescheidenen Dank auszusprechen, dem Landeshauptmann der Rheinprovinz und den einzelnen Vertretern unserer Provinzialverwaltung, als deren letzter und jetziger Dezerent Herr Geheimrat Klausener unseren Verhandlungen ja von Anfang an beigewohnt hat.

Wenn es gilt, die Anforderungen, die Wünsche an die Provinzialverwaltungen, an diese mittleren Verbände vielleicht in wenigen Sätzen kurz zusammenzufassen, so möchte ich einmal und zunächst das betonen, was ja die Provinzialverwaltungen in den letzten Jahren in erster Linie auch hier im Westen zumal in so großem Maße geleistet haben: die selbständige Aufbringung von Mitteln. Es klingt vielleicht etwas banausisch, daß ich diesen Geldpunkt in den Vordergrund stelle. Aber das Vorhandensein einer ausreichenden Dotierung ist nun einmal leider für die Durchführung unserer Arbeiten die unbedingt notwendige und unentbehrliche Grundlage. Ich glaube, daß bei der Bereitstellung solcher Mittel die preußischen Provinzen von Westen nach Osten in immer geringerem Maße sich beteiligt haben oder daß die Größe der Beiträge nach Westen hin geradezu in geometrischer Progression anwächst. Sie haben durch die kleine Zusammenstellung am Beginn unseres letzten Jahresberichtes ersehen können, wie erheblich die Mittel sind, die beispielsweise hier in der Rheinprovinz seit Jahren für die Zwecke der Denkmalpflege zur Verfügung gestellt worden sind. Ich möchte nur kurz rekapitulieren, daß seit dem Jahre 1875 für die Zwecke von Kunst und Wissenschaft insgesamt über vier Millionen hier aufgewandt sind und daß von diesen Summen auf die allgemeinen Kunstanangelegenheiten entfallen 2 600 000 Mark, für die Erhaltung von Kunstdenkmalen rund 1 400 000 Mark, für die Inventarisierung rund 140 000 Mark. Im letzten Jahre sind die Fonds für die Zwecke der Denkmalpflege trotz der drohenden finanziellen Krise verdoppelt worden: der 41. Provinziallandtag hatte für die Unterhaltung von Kunstdenkmalen 119 850 Mark bewilligt, der 42. Landtag volle 236 000 Mark. Dem steht wohl zunächst an der Seite die Provinzialverwaltung von Westfalen mit sehr erheblichen Beiträgen, die aber doch die von der Rheinprovinz aufgewandten Summen nicht entfernt erreichen: seit dem Jahre 1887 für die Erhaltung von Denkmälern nahezu 200 000 Mark.

und für die Inventarisierung die sehr erhebliche Summe von 250 000 Mark. Wenn dann die Summe für die Errichtung des neuen Provinzialmuseums hinzukommt, die Bereitstellung des Fonds hierzu, erstreckt sich auch hier die Gesamtsumme auf 640 000 Mark. In unserer Provinz Hannover liegen die Verhältnisse in einer Beziehung vielleicht etwas anders, insofern als die Gesamtsumme seit dem Jahre 1868 — ich folge hier einer Zusammenstellung, die mir durch die Güte des Herrn Oberbürgermeisters Struckmann zu teil geworden ist — die Höhe von vier Millionen erreicht hat, daß aber innerhalb dieser Summe die Aufwendungen für die Erhaltung von Kunstdenkmalern relativ verschwindend geringe sind, insgesamt nur für Erhaltung und Instandsetzung 2300 Mark, für Wiederherstellung von Wandmalereien 5400 Mark betragen und daß sonst die Hauptaufwendungen hier gerade auf die Unterstützung von Vereinen sich erstrecken, die allerdings zum Teil wieder dieselbe Aufgabe haben, wie auch die staatlichen Organe und Institutionen der Denkmalpflege. Weitaus die größere Summe aus diesen vier Millionen, über die Hälfte, ist hier für die Erbauung des prächtigen neuen Provinzialmuseums aufgewendet worden, das ja im letzten Jahre unter allgemeiner freudiger Zustimmung der ganzen Provinz als ein stolzes Denkmal der Selbstverwaltung eingeweiht worden ist.

Die Bewilligungen für Erhaltung von Denkmälern erfolgen in den preußischen Provinzen auf Grund des Dotationsgesetzes vom Jahre 1875, das in dem Ausführungsgesetz ausdrücklich auch den Provinzen in einem gewissen Umfang die Erhaltung von Denkmälern überweist. Sie erfolgen aber nicht in der Form, daß die Provinzen aus diesem Dotationsgesetz ihrerseits eine Verpflichtung zur Unterhaltung aller ihrer Denkmäler herleiten müssen. Im Gegenteil geht aus den Begründungen und aus den Verhandlungen bei Erlaß des Dotationsgesetzes hervor, daß in keiner Weise damals die Absicht war, den Provinzialverwaltungen nun die gesamte Last der Unterhaltung der Denkmäler aufzubürden. Man faßte damals den Begriff Denkmäler noch gar nicht in der heutigen Ausdehnung auf. Unsere Provinzialverwaltungen betrachten es als eine freiwillige Ehrenpflicht, für die Erhaltung ihrer Denkmäler aufzukommen und gehen eben aus von demselben Gesichtspunkte, der die großen, selbständigen Kommunalverwaltungen bei der Aufwendung erheblicher Beiträge leitet: daß die großen steinernen Denkmäler gerade einen ihrer größten Ruhmestitel darstellen, daß sie mit deren sorgsamer Pflege die stete Erinnerung an die große Vergangenheit wach erhalten wollen, daß sie mit deren pietätvoller Erhaltung sich selbst ehren.

In den preußischen Provinzen ist bei dem Beginn der selbständigen Tätigkeit auf dem Gebiete der Denkmalpflege, bei der Einführung der Dezentralisation, neben den Provinzialkonservatoren noch ein Organ geschaffen worden, das ich in mancher Beziehung bisher als latent bezeichnen möchte: die Provinzialkommission für Denkmalpflege; in einzelnen Provinzen wohl ein Institut, das nur von Zeit zu Zeit aufgeweckt wird, um zu einem Festessen, einer kurzen Sitzung und zum Ja sagen vereinigt zu werden. Ich glaube nicht, daß eine solche Tätigkeit der selbständigen Betätigung der ganzen Provinzialverwaltung auf dem Gebiete der Denkmalpflege gerade sehr förderlich ist. Es ist ja schwer, immer zwischen den beiden Klippen, die hier drohen, einen sicheren Weg zu suchen: auf der einen Seite ist zu vermeiden, daß die

Kommission ein Schwergewicht wird, das die freie Tätigkeit der verantwortlichen Organe lähmt und hindert; auf der anderen Seite aber ist es doch auch dringend erwünscht, den Schatz von Erfahrungen und von praktischem Wissen, den Schatz auch von gutem Willen und von direktem Mitarbeitenwollen tunlichst für die Zwecke der Denkmalpflege auszunützen. Es kommt nur darauf an, daß dieser Betätigungsdrang in die richtigen Wege geleitet wird. Ich glaube freilich, daß die Kommission, wie sie im Norden besteht, sich fast in allen Fällen als zu groß erweist. In der Rheinprovinz besteht sie aus dem Provinzialausschuß, und außerdem aus 8, später 10, dann 11 zugewählten sachverständigen Mitgliedern. Aber selbst die Zahl der sachverständigen Mitglieder ist vielleicht noch eine zu große, und es hat sich in allen Fällen, wo es wirklich auf eine kräftige Mitarbeit an einzelnen Objekten ankommt, als der beste Weg herausgestellt, dann eine Subkommission ad hoc zu wählen, so daß beispielsweise für Arbeiten, die etwa im Regierungsbezirk Koblenz ausgeführt werden, eine kleine Kommission gebildet wurde, bestehend aus dem dortigen Regierungs- und Baurat, dem nächsten Mitgliede der Provinzialkommission und dem Provinzialkonservator; für Arbeiten in Köln eine kleine Kommission, bestehend etwa aus den Herren Domkapitular Schnütgen, unserem Geheimrat Stübben und dem Provinzialkonservator, und ebenso von Fall zu Fall, immer mit besonderer Berücksichtigung des Denkmals und seiner geographischen Lage. Aber es liegt in allen Fällen — und das gilt doch wohl für alle Provinzen — innerhalb der Kommissionen ein solcher Schatz von Kenntnissen, Fähigkeiten und Kräften begraben, daß man nicht ohne dringlichen Grund ganz auf dessen Ausnutzung verzichten sollte. Der Provinzialkonservator wird auch oft genug in die Lage kommen, Deckung und Unterstützung zu suchen. Dann wirkt ein einstimmiges Votum, ein gemeinschaftliches Gutachten der vornehmsten Sachverständigen der Provinz, die aus den verschiedensten Kreisen stammen, doch noch ganz anders als das persönliche Votum des Konservators. Und auch bei kunstpolitischen Schwierigkeiten, bei Konflikten etwa mit kirchlichen Behörden, ist der Rückhalt an der Provinzialkommission von nicht zu unterschätzendem Werte.

Die Provinzialverwaltungen können auch in vielen Punkten für die ganze Monarchie Vorbildliches leisten. Die große Staatsmaschinerie arbeitet oft notgedrungen sehr langsam, hier ist der Reibungswiderstand ein viel größerer. Die Provinzialverwaltung braucht nicht so viel politische Rücksichten zu nehmen, sie kann auch einmal ein Experiment wagen, sie kommt so viel rascher voran. Es könnte oft gar nichts schaden, wenn dann die Zentralstelle dem in den Provinzen gegebenen Beispiel folgen wollte. Zu wünschen wäre da wohl vor allem, daß das rühmliche Beispiel der westlichen Provinzen in bezug auf die Aufwendung von Mitteln dem hartherzigen Fiskus zu denken gäbe. Aber der scheint sich diesen Erwägungen geflissentlich zu verschließen.

Wir dürfen speziell hier in den Rheinlanden nur dankbar anerkennen, daß in allen den Fällen, wo die besondere Mitarbeit der einzelnen Mitglieder dieser Kommission angerufen worden ist, sie uns immer in freudigster und erfolgreichster Weise zu teil geworden ist. Ich brauche dabei gar nicht zu reden von der selbständigen Tätigkeit, die die anderen provinzialen Kommissionen hier seit Jahrzehnten schon entfaltet haben: voran in den Rheinlanden die Kommission für Denkmälerstatistik unter dem Vorsitz unseres Ge-

Hinrats Loersch, und die Museumskommission, die unsere beiden rheinischen Provinzialmuseen leitet.

Eine weitere und dringlichere Aufgabe dieser Provinzialkommission möchte ich dann darin erblicken, daß sie vor allem berufen erscheint, auf die Herabbildung und auf die Auswahl von geeigneten Arbeitern auf dem Gebiete der Denkmalpflege — ich denke dabei vor allem von geeigneten Architekten und Künstlern aller Art — hinzuwirken. Die großen Mittel, die uns hier beispielsweise im Westen zur Verfügung gestellt werden, tun es allein noch gar nicht. Die großen Mittel setzen uns manchmal fast in eine gewisse Verlegenheit. Die großen Mittel, die hier den Gemeinden zur Verfügung stehen oder die ihnen seitens anderer Verbände gewährt werden, verführen dazu, in sehr vielen Fällen an Denkmäler heranzugehen und mit recht durchgreifenden Operationen an sie heranzugehen, die sonst wohl noch Jahrzehnte lang von der Hand des Restaurators und Konservators vollständig unberührt blieben, und, ich glaube, nur zu ihrem eigenen Heile unberührt bleiben würden. Es geht hier seit einem Jahrzehnt eine nach Art einer Infektionskrankheit auftretende Restaurationssucht um, von der die östlichen Provinzen verschont geblieben sind, weil dort die Mittel knapper sind. Mit der Auswahl der geeigneten Kräfte sieht es aber noch immer schlimm aus.

Wir haben hier in den Rheinländern trotz der jetzt über anderthalb Jahrzehnte sich hinziehenden eifrigen Tätigkeit unserer Kommission und dieser ganzen Dezentralisation doch kaum zwei Architekten, ich möchte eigentlich sagen nur anderthalb Architekten aufzuweisen, denen wir ohne jede Gefahr und ohne Bedenken und Verantwortlichkeit Restaurationen in die Hand geben können, und die also schon durch ihre ganze Persönlichkeit eine gewisse Garantie für die Durchführung der Arbeiten bieten würden. Das ist eine sehr bedenkliche Sache, und ich berühre damit einen der Krebseschäden unserer ganzen deutschen Denkmalpflege: den Mangel an geeigneten künstlerischen Kräften, die sowohl nach der technischen, wie vor allem, was für uns ja in erste Linie fällt, nach der kunstgeschichtlichen Seite hin hinreichend vorgebildet sind. Auch hier möchte ich auf das Vorbild der französischen Denkmalpflege hinweisen. In Frankreich sind im ganzen Lande nur vierzig Architekten qualifiziert, an den der Commission des monuments historiques unterstellten Bauten zu arbeiten, ebensoviiele an denen der Verwaltung der édifices diocésains unterstehenden. Diese Architekten werden auf das Sorgfältigste ausgesucht und durchgesiebt. Sie werden einer Reihe von sehr schwierigen und rigórosen Prüfungen unterworfen, und erst, wenn sie die bestanden haben, wird ihnen die Qualifikation als Architekt der Kommission erteilt. Erst dann werden sie zugelassen zu der Arbeit an den Denkmälern. Bei uns wird gewöhnlich ohne jede Auswahl der nächste beste Kasernenbaumeister auf das wichtigste Denkmal losgelassen, ohne daß er in sich irgend welche Qualifikation für diese besondere Arbeit mitbrächte. Der Konservator ist oft genug machtlos, diese ungeeignete Persönlichkeit zu verdrängen, zumal wenn die Angelegenheit, wie so oft, zu spät an ihn kommt. Ich glaube sehr wohl, daß gerade die Provinzen auf die Ausbildung solcher Spezialisten auf dem Gebiete der Denkmalpflege hinarbeiten könnten. In den Provinzialkommissionen werden immer gleichzeitig Professoren der Universität, Professoren der Technischen Hochschule, Mitglieder der Architektenvereine, Mitglieder der geistlichen Korporationen vertreten sein, und diesen wird es

im Zusammenarbeiten mit dem Provinzialkonservator ein Leichtes sein, solche geeigneten Arbeiter heranzuziehen und vor allem ungeeignete auszuschließen. Solange aber keine durchaus geeignete Kraft zur Verfügung steht, sollte man die Arbeit selbst, wenn es sich eben nicht um ganz dringliche Sicherung, um Leben und Sterben des Bauwerks handelt, lieber noch liegen lassen.

Wenn ich zuletzt noch eine kleinere Aufgabe der Provinzialverwaltung nennen darf, die so halb als anmutige Nebensächlichkeit auf dem Gebiete der Denkmalpflege erscheinen könnte, so möchte ich die der Sonderpublikationen nennen. Es ist nicht nur die eine große Arbeit, die heute unsren Provinzen, wie den sämtlichen Bundesstaaten erwachsen ist: die Arbeit der Durchführung der Denkmälerstatistik, die ja nach sehr verschiedenen, nach allzu verschiedenen Gesichtspunkten seit drei Jahrzehnten in Deutschland durchgeführt wird, — und wenn in diesem Sommer der Versuch gemacht worden ist, einheitliche Gesichtspunkte hierfür aufzustellen, so sind wir dafür sehr dankbar. Es ist nur eben schade, daß das nicht schon vor 20 Jahren hat geschehen können. Aber neben dieser Arbeit der Denkmälerstatistik glaube ich, daß eine ganze Reihe von Sonderaufgaben auch für die kleineren Verbände auf diesem Gebiete noch mit erstehen könnte: Kartierungen, Anlage von historischen und Denkmälerkarten, eine Aufgabe, die in der Rheinprovinz speziell die Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde übernimmt neben ihren großen wissenschaftlichen Publikationen, dann die Herausgabe von populären Denkmäler-Handbüchern. Ich denke dabei nicht nur an eine solche Arbeit, wie sie Kollege Reimers für Hannover publiziert hat, sondern möchte auch an eine populäre Darstellung der Kunstgeschichte der einzelnen Provinzen denken. Wir beabsichtigen in der Rheinprovinz, unsere Arbeit abzuschließen — es liegt das allerdings in einer weiten Ferne — durch eine möglichst auch für weitere Kreise geschriebene Darstellung der rheinischen Kunstgeschichte. Neben diesen wichtigen Darstellungen der gesamten künstlerischen Entwicklung sollten aber auch Publikationen der Art unternommen werden, wie die „Sächsische Volkskunde“ von Wuttke, die bekannte „Braunschweiger Volkskunde“, geschichtswissenschaftliche Arbeiten einer ganzen Reihe von Autoren, die über die wichtigsten einzelnen Kapitel aus dem Gebiete der Kunst- und Volksgeschichte und Volkskunde handeln, und die im Zusammenhange gerade vorzüglich geeignet sein werden, das Interesse für die Denkmalpflege und für den heimischen Denkmälerschatz wach zu erhalten. Wenn, wie das in der „Sächsischen Volkskunde“ in so vorbildlicher Weise geschehen ist, dann der Versuch gemacht wird, etwa über die rheinischen und westfälischen Burgen, über das rheinische Bauernhaus, über das Wohnhaus am Niederrhein, im Trierischen und an der Mosel, über Moseltrachten usw. im Zusammenhang zu handeln, so ist es nicht nur möglich, eine ganze Reihe von kleineren Gebieten zu behandeln und die Funde festzulegen, die in den Kreis der Denkmälerstatistiken nicht hineinfallen, sondern es scheint mir auch möglich, gerade auf diesem Wege auch für die einzelnen Fragen der Denkmalpflege und für jene kleineren Aufgaben der Denkmalpflege, die Erhaltung der Befestigungen, der Stadtbilder, der Privathäuser, die zunächst eben auch den Kommunalverwaltungen zufallen, Interesse und Sinn und Begeisterung zu wecken. Wir müssen uns immer sagen, daß das der Nährboden für unsere ganze Tätigkeit ist. Wir wollen doch unsere Denkmäler nicht nur wiederherstellen und erhalten, daß sie in das neue Jahrhundert als

stumme Zeugen und unbequeme Eckensteher hineinträumen, sondern wir wollen sie doch zu lebendigstem Leben erwecken und sie laut reden machen. Und dazu brauchen wir einen Resonanzboden.

Es ließe sich ja eine ganze Reihe von Einzelfragen hier noch anfügen; man könnte die Reihe bis in das Unendliche fortsetzen. Ich möchte diese kurzen Ausführungen nur damit beschließen, daß ich noch einmal betone, aus der Erfahrung, die wir hier im Westen in den Rheinlanden gewonnen haben: es liegt uns auf dem Gebiete der Denkmalpflege hier alles daran, die Selbstverwaltung zu stärken und vor allem bei den Provinzialverwaltungen und deren Organen in dem weitesten Umfange die Freude an der Arbeit zu erhalten, die aus der größeren Verantwortung und der Freiheit in der Durchführung hervorgeht, und möglichst viel an selbstständiger Initiative und Anregung aus den Kreisen der Verwaltung als der Nächstbeteiligten herauszulocken.

#### **Debatte:**

Geheimer Baurat Stübben-Köln: Meine geehrten Herren! Nachdem ich während der letzten zwei bis drei Jahrzehnte den Aufgaben und Sorgen, über die besonders Herr Oberbürgermeister Struckmann zu Ihnen geredet hat, sehr nahe gestanden habe, nachdem ich um mich herum eine große Zahl von Bauwerken von geschichtlicher und künstlerischer Bedeutung habe fallen sehen, allerdings auch Zeuge gewesen bin von glücklichen Wiederherstellungen, nachdem ich persönlich eine ganze Reihe derartiger Bauwerke gegen meinen Willen habe abbrechen müssen, und nachdem ich andererseits auch die Wiederherstellung anderer Werke geleitet habe, nachdem ich ferner das weit verbreitete geringe Maß von Erkenntnis der Bedeutung alter Bauten und sonstiger alter Denkmale habe kennen lernen, hat es mich mit ganz außerordentlicher Freude und mit wahrem Behagen erfüllt, heute die herrlichen Worte zu vernehmen, die Herr Oberbürgermeister Struckmann über diesen Gegenstand an uns gerichtet hat, und ich kann nicht umhin, ihm aus meinem vollen Herzen den Dank dafür auszusprechen.

Meine Herren! Es ist in der Tat sogar bis in die letzte Zeit hinein außerordentlich viel von alten Bauwerken zerstört worden, mit und ohne Notwendigkeit, auch in unseren rheinischen Städten, auch in unserem heiligen Köln. Man denke bloß daran, daß in Köln mittelalterliche Torburgen fallen mußten von großem Wert und hohem malerischen Reiz. Man denke daran, daß noch in den letzten Jahren der Baurest des einzigen römischen Tores, das Köln noch besaß, hat fallen müssen, weil man glaubte, man könne es nicht mehr ertragen, es wäre zu häßlich und zu unschön, man könne es nicht mehr ansehen. — das einzige römische Stadttor, das neben der Porta nigra in Trier nördlich der Alpen überhaupt erhalten war!

Ist nun auch die Erkenntnis der Bedeutung dieser Werke nicht sehr verbreitet, so scheint doch das Interesse für dieselben in großen Kreisen zu steigen, nicht bloß in den Kreisen der Wissenschaft und der Kunst, den Kreisen der Gebildeten, nein, das Interesse für diese Sachen wird hier und da bis tief in die Volksschichten getragen, und es ist unsere Aufgabe, dieses Interesse zu wecken, wach zu halten und zu fördern. Wir dürfen auch auf eine Besserung in der Beziehung hoffen, hauptsächlich dadurch, daß in den letzten Jahrzehnten die Denkmalpflege, sowohl die staatliche wie die pro-

vinzielle Denkmalpflege, so wesentlich verbessert worden ist, und namentlich hier in der Rheinprovinz hat unser Herr Provinzialkonservator Clemen in der Beziehung aufklärend und fördernd gewirkt in ganz außerordentlicher Weise.

Wie soll man nun das Interesse aller, auch derjenigen, denen ein tieferes Verständnis für die Sache abgeht, fördern und vermehren? In Hildesheim hat man mit Erfolg den berühmten „Pinselverein“ gegründet. Wir haben in Köln einen solchen Pinselverein zwar bisher noch nicht ins Leben gerufen, wir haben nur einen Altertumsverein, der fast wie ein Veilchen im Verborgenen blüht. Ich glaube, wir werden mehr in die Öffentlichkeit treten müssen, die Aufmerksamkeit aller mehr auf die Dinge lenken müssen, die man sieht und die jedem in die Augen fallen. Wir werden unseren Altertumsverein in dieser Richtung auszustalten haben. Aber etwas haben wir doch getan: wir haben unter der ersten Anregung des Bauinspektors Arntz eine Aufnahme der alten Häuser Kölns veranstaltet. Es ist ein Werk, das mehrere hundert Blätter umfassen wird und das namentlich auf die alten Gassen und Straßen, auf die alten Höfe, die krummen Plätze der Altstadt leuchten wird und alles ans Licht befördern wird, was dort noch von alten, charakteristischen Architekturen aus der Zerstörung des letzten halben Jahrhunderts sich gerettet hat, und es ist interessant, zu bemerken, wie die Leute die Bilder in diesem Werke mit Staunen und mit Wohlgefallen betrachten, während sie die Originale gar nicht kennen oder während ihnen die Fähigkeit abhanden gekommen ist, in Wirklichkeit eine malerische Architektur, einen hübschen Innenhof, ein hübsches Platzbild, ein hübsches Straßenbild zu erkennen. Sobald eine Zeichnung in flotten Strichen oder hübsch koloriert vor ihnen liegt, dann sind sie bereit, sich dafür zu erwärmen, und man hat dann auch Freunde für die Erhaltung der Bauten geworben.

Wir haben auch nach Hildesheimer Vorbild einen Wettbewerb ausgeschrieben, und ich kann den Herren nur dringend empfehlen, die auf dem Tische des Hauses liegenden Bücher nochmals anzusehen und sich davon zu überzeugen, daß sie geeignet sind, in der Tat diejenigen Privaten anzuregen, welche Neubauten an alten Straßen zu errichten haben. Veranlaßt wurde das Vorgehen bei uns dadurch, daß in der alten Hafengasse eine längere Reihe von sehr verwahrlosten Häusern steht, die auf die Dauer nicht erhalten bleiben können. Da ist die Fluchlinie so gezogen, daß die Eigentümer, wenn sie neu bauen, von der Stadt einen gewissen Streifen Landes kaufen müssen. Die Stadt hat es also sehr in der Hand, auf die architektonische Gestaltung dieser Neubauten einzuwirken. Wir hoffen nun, daß dort andere Häuser, als solche, wie sie in dem Buche enthalten sind, nicht entstehen werden, jedoch keineswegs in dem Sinne, als ob etwa verlangt werden sollte, diese Fassaden sollten einfach kopiert werden. Was mich betrifft, so würde der Zweck des Wettbewerbes erfüllt sein, auch wenn keine einzige dieser Fassaden wirklich kopiert und ausgeführt würde. Zu wünschen aber ist — und wir werden es auch hoffentlich erreichen —, daß die Leute, welche dort bauen, von diesen Zeichnungen Kenntnis nehmen, daß sie darauf gestoßen werden, wie schön und wie richtig es ist, in ähnlicher Weise, wie es dort gezeichnet ist, zu bauen, und daß sie davon abkommen, Bauunternehmer untergeordneter Art, welche für diese Dinge gar kein Verständnis haben, zu ihrem Bau heranzuziehen, um eine glatt verputzte, vermeintlich schön ausschende, moderne Fassade herzustellen, die das ganze Straßenbild stört.

Ich möchte noch auf einige andere Fragen mit Ihrer Erlaubnis eingehen, welche der Herr Oberbürgermeister angeregt hat, und auf einige Ratschläge, welche dahin gingen, den Privaten an die Hand zu gehen, auf die Privaten einzuwirken in bezug auf die Erhaltung der ihnen gehörigen Bauwerke. Der Herr Oberbürgermeister sprach von einer baupolizeilichen Einwirkung, von der Ermächtigung der Baupolizei, künstlerische Dinge zu ordnen, in die Bauten einzugreifen, damit sie eine künstlerische Gestaltung gewinnen. Das ist nun im allgemeinen ein zweischneidiges und gefährliches Vorgehen. Man hat von demselben schon manche üblen Folgen erlebt. Es ist ja auch gar nicht möglich, alle Behörden mit denjenigen Kräften auszustatten, die in der Lage sind, ein zuverlässiges, maßgebendes Urteil über baukünstlerische Dinge zu fällen. Wir werden uns deshalb enthalten müssen, etwa den Schein zu erwecken, als ob wir im allgemeinen für Neubauten oder gar für neue Stadtteile und neue Straßen der Baupolizei eine künstlerische Gewalt übertragen wollten. Aber hier liegt es doch anders. hier handelt es sich um die verhältnismäßig wenigen Fälle, daß in alten Straßen, an alten Plätzen, an alten Flußufern die architektonischen Bilder nach Möglichkeit erhalten bleiben sollen und in diese Bilder nicht Dinge hineingebracht werden, die mit einem Male wie eine Faust das Auge zertrümmern. Hier der Stadtgewalt eine maßgebende Einwirkung zu gestatten und, soweit sie nicht da ist, ihr durch die Gesetzgebung diese Gewalt zuzuführen, das steht doch auf einem anderen Brette und verdient gewiß unsere Unterstützung. „Baupolizeilich“ würde ich das lieber nicht nennen, sondern würde eine ortssstatutarische Regelung vorziehen, damit die Kommunalbehörden es sind, die wesentlich den Einfluß auszuüben hätten.

Eine zweite und außerordentlich wichtige Maßregel ist die, daß man alte Häuser ankaufst, wie Hildesheim es getan hat, wie Hildesheim die schönsten Häuser an seinem Markte angekauft hat. Wie schön wäre es, wenn wir beispielsweise in Köln in der Lage wären, auf unserem Altenmarkt alle alten Giebelhäuser, die an ihm noch erhalten sind, die ihre Giebel zum Teil verloren haben in einer Zeit, als man sie nicht mehr schön fand, für die Stadt anzukaufen, wenn wir sie wirklich wiederherstellen und dadurch auf diesen alten Platz den Glanz und Schimmer der alten Hansazeit zurückrufen könnten. Ein Vorbild, wie vielleicht kein anderer, ist mein verehrter Freund, der frühere Bürgermeister von Brüssel, Herr Buls. Dieser hat es während seiner Bürgermeisterzeit in Brüssel verstanden, sämtliche Häuser, die die Grande Place umgeben, in das Eigentum der Stadt zu bringen, alle die Häuser anzukaufen, die bis dahin noch Privateigentum waren. Er ist weiter gegangen. Er hat, nachdem in früherer Zeit eine Straße neben dem Rathause durch Abtragung eines schönen Hauses verbreitert worden war, dieses Haus wiederherstellen lassen in seiner ganzen Eigenart. Er hat nur dafür gesorgt, daß man durch das untere Geschöß hindurchgehen oder hindurchfahren kann, um so den Verkehrsrücksichten auch Rechnung zu tragen. Das letztere ist natürlich unter allen Umständen notwendig. Er hat die sämtlichen Häuser und die schönen Bauwerke um den Marktplatz herum in einer vielleicht zu verschwenderischen Weise wiederhergestellt, so daß wir heute hier eine Pracht und Schönheit des Städtebildes haben, umgebend den flotten, täglichen Stadtverkehr auf dem Markte, wie es vielleicht an keiner anderen Stelle erreicht worden ist. Diesem Vorbilde zu folgen, könnten viele

unserer Oberbürgermeister sich wirklich vornehmen. Wir sind ja sonst in unseren Städten gottlob nicht mehr so sehr ängstlich in bezug auf das Geldausgeben. Wir geben Millionen aus für nützliche Dinge, für produktive Anstalten, für Verschönerungen aller Art, wir vermehren unsere Schulden beständig und sagen, auch die Nachwelt möge daran mittragen. Verhältnismäßig gering sind die Opfer, welche für die uns heute beschäftigenden künstlerischen geschichtlichen Interessen der Stadt zu bringen wären, und wie bedeutend sie sind in bezug auf die Kulturentwicklung, wie bedeutend sie sind für die edleren Empfindungen der Bürgerschaft; das hat Herr Oberbürgermeister Struckmann mit viel beredteren Worten, als ich es könnte, hier ausgeführt. Herr Buls hat ein prächtiges Wort geprägt, das mir stets in den Sinn kommt. Er sagt: „Alle diese Tore, diese Kapellen, diese kleinen Häuser, die in den alten Städten aus früheren Jahrhunderten erzählen, das sind die Meilensteine, welche die Geschichte auf den Weg der Entwicklung der Stadt gestellt hat, und diese Steine soll man schonen, an sie sollen sich die Erinnerungen an die großen Taten der Vergangenheit anknüpfen.“ An diesen Meilensteinen muß man sich auch einmal stoßen können, man muß ihnen auch einmal aus dem Wege gehen können, ohne daß man sie gleich zerstört und zerbricht; die Pietät, die Empfindung für ihre Bedeutung muß gehoben werden.

Nichtsdestoweniger, meine Herren, ist es aber mitunter unvermeidlich, daß wir hier und da eingreifen, selbst bei diesen Meilensteinen der Geschichte, daß wir unsere alten Häuser opfern, denn unsere alten Städte sind nun einmal nach ihrer Grundrißanlage, nach der Breite und der Richtung ihrer Straßen den modernen Verhältnissen nicht entsprechend, jedenfalls nicht in allen Dingen entsprechend. Bei kleinen und mittleren Städten ist das vielleicht nicht in so empfindlicher Weise der Fall, wie in großen Städten, wie in Breslau, in Hamburg, in Magdeburg, in Köln, und da ist man beständig genötigt, die innere Stadt auszubauen. Das bedeutsamste Beispiel dafür ist, wie Sie wissen, Rom; auch da ist es nicht möglich, alles zu schonen, was man gern schonen möchte. Es handelt sich da um Kompromisse zwischen der modernen Notwendigkeit und der Wichtigkeit von Altertümern, und da wollte ich mir gestatten, die schönen Schlußsätze, welche Herr Oberbürgermeister Struckmann uns hier vorgelegt hat, und deren Annahme, so wie sie sind, ich dringend empfehlen möchte, in einem Punkte zu ergänzen, und, wie mir scheint, in einem nicht untergeordneten Punkte. Die Städte sind nämlich in der Notwendigkeit, für die Verbreiterung ihrer Straßen Fluchtradenpläne, Baulinien festzustellen, nach welchen man bei Neubauten sich zu richten hat. Nun liegt die Herstellung dieser Fluchtradenpläne vielfach in den Händen von Personen, die von der idealeren Auffassung der alten Bauwerke ziemlich weit entfernt sind, deren Ausbildung eben eine ganz andere gewesen ist, und man bemerkt sehr oft, wenn diese Fluchtradenpläne die Verbreiterung einer Straße vorsehen, die, will ich einmal sagen, 7 Meter breit ist und demnächst 10 Meter breit werden soll, daß die Verbreiterungslinie ohne jede Schonung durch die schönsten alten Häuser durchgezogen wird, gar nicht in der Absicht, diese Häuser zu zerstören, sondern aus Mangel an Überlegung. Man kann bei Aufstellung dieser Fluchtradenpläne, bei denen die gerade Linie gar keine Rolle spielen sollte, sondern nur die praktische Durchführung der Verkehrs bewegung, sehr wohl Rücksicht nehmen auf alte wertvolle Häuser, man

kann ebenso wohl die Straße nach rechts verbreitern, wie nach links, und dadurch oft sehr schöne Häuser schonen. Freilich fällt das Haus ja nicht um dadurch, daß man eine Fluchlinie hindurchzieht, aber wenn man eine Fluchlinie hindurchgeführt hat, und nun rücken die Nachbarn mit ihren Neubauten zurück, während nur das eine gute Haus noch vorsteht, dann wird es tatsächlich ein Stein des Anstoßes und muß allmählich dem Verkehr aus dem Wege geräumt werden. Noch schlimmer ist es, wenn man die Fluchlinie vor eine alte Häuserreihe legt: man veranlaßt dadurch die Errichter von Neubauten, vorzutreten, so daß nun ein derartiges Haus, welches einen herrlichen Giebel haben kann, nur in einer zurücktretenden Lücke erscheint. Nun bildet sich da ein Schmutzwinkel und allerlei anderes Unbequeme an dem Hause. Das ist auf die Dauer nicht zu halten. Das Haus hätte vielleicht noch sehr lange bestanden, wenn es bei Feststellung der Fluchlinie berücksichtigt worden wäre. Ich möchte also recht darum bitten, daß wir, wenn wir diese Thesen annehmen, was ich sehr wünsche, eine dazu hinzufügen. Bei der Feststellung von Fluchlinien und bei Ausführung von Straßenverbreiterungen, auch bei der Höher- und Tieferlegung von Straßen, beim Durchbruch von Straßen kommt es sehr auf die Berücksichtigung von alten Gebäuden an, die man nicht unter allen Umständen schonen kann, die man aber in sehr vielen Fällen schonen kann, während man es unüberlegterweise nicht tut — also bei der Veränderung alter Straßen und beim Durchbruch neuer Straßen ist auf die Erhaltung der Gebäude von künstlerischem oder geschichtlichem Werte nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen. Ich möchte Herrn Oberbürgermeister Struckmann bitten, zu gestatten, daß hinter Satz 9 noch folgender Satz: „Bei der Feststellung von Fluchlinienplänen und Ausführung von Straßenverbesserungen ist auf die Erhaltung der Gebäude von künstlerischem oder geschichtlichem Werte nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen.“ hinzugefügt werde, und möchte die Herren dann alle bitten, den Thesen des Herrn Oberbürgermeisters Struckmann zuzustimmen.

Baurat Heimann-Köln: Wenn irgend in der Versammlung jemand sympathisch von den Worten des Herrn Oberbürgermeisters Struckmann berührt worden ist, so bin ich das gewesen, der ich das hohe Glück hatte, 5 Jahre lang in dem Schatzkästlein des Nordens wirken zu können, und zwar als Mitbegründer des „Pinselvereins“ auch zusammen mit dem Vortragenden. Ich bin ein Zeuge des großen Aufschwungs, welchen die Stadt nicht bloß in kommerzieller, sondern auch in künstlerischer Beziehung unter seiner Leitung gewonnen hat.

Ich habe das, was ich in Hildesheim gelernt habe, auch mit nach Köln genommen, als geborenes Kölner Kind dort die Denkmalpflege gefördert, soviel es mir in amtlicher Stellung möglich war, und da möchte ich Ihnen einiges aus der praktischen Denkmalpflege hier vorführen, was zum Teil auch anknüpfen kann an die Worte, die der Herr Geheime Baurat Stübben eben an Sie gerichtet hat.

In Köln verschwindet ein altes Haus nach dem andern, und dasjenige Organ der Stadtverwaltung, das da Einspruch zur richtigen Zeit noch erheben kann, ist die Baupolizei. Die Baupolizei kann natürlich nicht lange prüfen: was steht da für ein Haus, wenn es zum Abbruch kommt, sondern sie prüft, ob der Neubau auf der Stelle zu errichten ist. Ich habe nun in

Köln ein Verzeichnis aller derjenigen Häuser aufgenommen, die schon im Äußern charakteristisch sind, und die vielleicht auch im Innern manches Schätzenswerte bergen können, was erst bei dem Abbruch zutage kommt. Das Verzeichnis ist in den Händen der Baupolizei, und wenn also jemand in einer alten Straße ein Haus abbrechen will und das Haus steht im Verzeichnis, dann wird von dem Hochbauamt vor allen Dingen davon Mitteilung gemacht, damit vorher eine Untersuchung und eine Besichtigung des Hauses stattfindet, so daß rechtzeitig noch vor dem Abbruch eine Photographie, sei es vom Äußern oder im Innern, davon gemacht werden kann, und dieses Blatt geht an Professor Clemen, an das historische Museum und an die Sammlung der Plankammer der Stadt Köln.

Gerade diese kleinen unscheinbaren Häuser haben manchmal etwas ganz Hervorragendes zutage gefördert, denn man kann wohl sagen: im allgemeinen ist die bürgerliche Baukunst Kölns rückständig gegen das, was Mittelalter und Renaissance in den Kirchen geschaffen hatten; aber im großen ganzen hat der Kölner sein Haus wohnlich einzurichten verstanden, und davon ist die Kölner Kleinkunst Zeuge. Es ist in späteren Jahren ein Haus oft mit seinen Balkenlagen mit dickem Gips überzogen worden. In einem solchen Falle, wo eine Gipsdecke abgedeckt werden sollte — es war auf dem Holzmarkt — fand sich unter der Gipsumhüllung die vollständig erhaltene romanische Bemalung einer solchen Holzdecke; in einem anderen Falle fand man eine spätgotische Decke mit überaus wichtiger heraldischer Zier, die augenblicklich im Archiv ist.

Die Handwerker sind durch diese Vorfälle und dadurch, daß sofort jemand vom Bauamt zur Stelle war zur Besichtigung und Photographie, an und für sich darauf hingewiesen worden, daß es sich um Sachen handelt, die mindestens einen Wert haben — ich will nicht sagen einen hohen Wert —, und deshalb, wenn etwas abgebrochen wird, erscheint sehr bald jemand bei mir oder meinem Vertreter und meldet: dies und jenes ist gefunden. So haben wir schon Wandmalereien und Deckenmalereien in großer Anzahl hier in Besitz bekommen, aber es müssen auch manche von diesen Sachen wieder verschwinden, und es ist doch lebhaft der Wunsch, eigentlich solche Dinge zu erhalten; deshalb ist es wohl nicht zu verwerfen, wenn man bei Wiederherstellung von Gebäuden auch solche Reste aus alten Bauten wieder hineinsetzt und in ihrer Art dem Volke vorführt zu dauerndem Interesse. So habe ich es beim Stapelhaus gemacht. Wir fanden in der Lintgasse eine roh gemalte Decke mit Ornament auf weißem Grunde, und große Fragmente von Gemälden auf Holz. Ich habe diese Sachen im Stapelhause kopieren lassen, ein geräumiger Saal ist damit ausgestattet, und so bekommt jetzt der Kölner Bürger, der dort hingehört, immerhin eine Ahnung von der Ausstattung der Räume, wie sie seine Vorfahren besessen haben. Auch was man sonst findet an alten Kragsteinen oder Auslagern, kann man sehr wohl zu solchen Gebäuden verwenden, und dadurch wird manch'm ein großer Gefallen getan.

Aber, meine Herren, nicht nur das Schauen ist es, was dem Volke nötigt, sondern vor allen Dingen das lebendige Wort. Als von der Goldenen Pforte die Rede war, da fiel mir ein Ausspruch ein, den ich vor Jahr und Tag einmal in Hildesheim gelesen hatte, als mir ein Bericht über die Wiederherstellung derselben vorlag, und von dem ich mir damals auch eine Abschrift

genommen. Der Berichterstatter selbst, wahrscheinlich Maler oder Bildhauer, sagt: „Als ich am Reformationstage im Jahre 1883 vor der Goldenen Pforte arbeitete, stellte ein schlichter Bürgersmann die naive Frage, warum das Werk so schön sei. Da habe ich versucht, mit möglichster Knappheit dem Manne die schönen Formen und die Bedeutung der Figuren zu erklären. So hat doch jene Frage auf mich eingewirkt und mich bewogen, zunächst mir selbst, dann aber auch dem Volke, das augenscheinlich immer aus unbewußter Liebe sich zu dem herrlichen Werke hingezogen fühlt, vollkommene Klarheit über den künstlerischen Inhalt zu verschaffen.“ Diesen Inhalt des Satzes kann man auch praktisch anwenden, so zwar, wie ich es in der letzten Zeit gemacht habe, indem auf Ansuchen des Gewerbevereins ich die Mitglieder desselben in den verschiedenen Kirchen von Köln herumführe, das vorherige Benehmen mit den Pfarrern ermöglicht mir den Zutritt überall; die Kunstschatze, die kleinen Kunstwerke werden ausgestellt, und so ist nach einstimmigem Urteil dem Volke weit mehr gedient, als wenn große Abhandlungen geschrieben oder gar ein Vortrag von solcher Stelle, wie hier, gehalten wird. (Sehr richtig!) Wie viele gehen hin und sehen sich einen Bilderzyklus an, der dort gemalt ist, haben aber keine Idee von dem Inhalt. Wenn ich den Bilderzyklus gut erkläre, populär erkläre, das spricht sich weiter und mancher Zuhörer erklärt Fremden: der hat gesagt, das stellt dies oder jenes vor, und so hört das nach. Unter den Anwesenden, die mit großem Interesse der Sache folgen, sind auch die Zöglinge der Fachschule; Herr Direktor Ronberg läßt die Klassen hingehen, damit sie das lernen, und da komme ich auf einen Punkt, der mir sehr wichtig erscheint, nämlich, daß die Schule, auch die niedere Schule, angehalten wird, sich um die eigene Heimat zu kümmern. Die Kölner Kinder wissen, wieviel Markgrafen von Brandenburg gewesen sind und wie sie heißen, aber von Conrad von Hochstaden, von Engelbert und von den meisten Kölner Erzbischöfen und Kurfürsten wissen sie nichts. Ich glaube, die Lehrer haben manche Gelegenheit in der Schule, wo sie die Kinder darauf hinweisen können, wie schön und interessant ein Denkmal ist; wenn sie das tun, werden die Kinder auch unterlassen, das Denkmal zu beschädigen. Die Zerstörungswut ist leider Gottes bei der Jugend ja sehr eingerissen. Das lebendige Wort im Vortrage möchte ich aber als ein Mittel empfehlen, die populäre Achtung der Denkmäler weiter zu fördern.

Nun aber kommt noch eins. Der Herr Geheime Hofrat Hofmann hat gestern gesagt, es gäbe eine besondere Art der Denkmalpflege, nämlich etwas abzubrechen, dann wieder neu aufzubauen, und hat uns als treffendes Beispiel den Wormser Dom genannt. Meine Herren! Es gibt aber auch noch eine andere Stätte, wo man etwas aufbauen kann, die vielleicht in den Denkmalpflege-Kommissionen oder Sitzungen noch gar nicht erwähnt worden ist, das sind nämlich die Bretter, die die Welt bedeuten. Herr Geheimrat Stübben hat eben gesprochen von den schönen Straßenbildern, die wir aufgenommen haben. Diese Straßenbilder haben jüngst Theatermaler, die in Köln waren, als ganz vortreffliche Darstellungen für die Bühne angesehen, für manche Stücke, die in Gäßchen spielen. Ich selbst habe eine Anregung gegeben, die Sie gewiß interessieren wird, namentlich diejenigen Herren, die aus Westfalen hergekommen sind. In den 70er Jahren hat man, um einen besseren Einblick in den Chor des Domes zu Münster zu bekommen, den berühmten Apostelgang abgebrochen. Er ist seitdem für das Volk vollständig verschwunden,

und nur noch einige Photographien geben uns Kunde davon. Als bei uns neue Dekorationen zum „Propheten“ gefertigt werden sollten, schuf der Maler ein Interieur des Domes zu Münster, was eher eine Kathedrale in England gewesen wäre, als dieses Bauwerk. Wer die große Szene aus dem „Propheten“ kennt, wo er mit seiner Mutter in der Kirche zusammentrifft, der wird zugestehen, daß sie in einer würdigen Umrahmung sich abspielen muß. Ich habe dem Theaterkomitee sowohl, als auch dem Maler in Koburg vorgeschlagen, den alten Apostelgang zu kopieren, und quer als Versatzstück durch die Bühne zu stellen; man hat diese meine Anregung mit großer Freude aufgenommen, und werden Sie nächstens den Apostelgang aus Münster im Theater zu Köln bewundern können.

So kann man auch Denkmalpflege betreiben.

Geheimer Baurat Hoffeld-Berlin: Meine Herren! Die Worte des Herrn Oberbürgermeisters Struckmann sind von den Herren Vorrednern als vortreffliche, als goldene Worte bezeichnet worden. Ich stimme dieser Bezeichnung von ganzem Herzen zu. Ich unterschreibe Wort für Wort, was er gesagt hat, und wenn ich mir erlaube, jetzt mit kurzen Worten nur auf einen Punkt in seinen Ausführungen und Vorschlägen zurückzukommen, so geschieht das durchaus nicht, um etwa Wasser in den köstlichen Wein zu gießen, sondern ich will nur nach einer bestimmten Richtung hin versuchen zu ergänzen.

Die Absichten sind ja unzweifelhaft die allerbesten, aber verhehlen dürfen wir uns nicht: bei den Punkten 5 bis 9, d. h. also bei der Frage, wie soll nun neu gebaut werden in diesen alten Städten, liegt eine große Schwierigkeit in der Ausführung; ja, es liegt sogar in der Durchführung jener Vorschläge eine Gefahr, nämlich die, daß wir in eine gewisse falsche Romantik hineinkommen, die Gefahr, daß eine Art äußerlicher Auffassung des Bauens begünstigt wird, daß also nicht mehr in dem Maße, wie wir das doch als Architekten verlangen müssen und wie es das ganze Volk verlangen muß, von innen heraus gebaut wird, daß man vielmehr von außen nach innen zu bauen anfängt. Es besteht ferner die große Gefahr, daß zu reich gebaut wird, daß man also den goldenen Satz vergißt, daß mit dem, was wir heute in einer solchen alten Stadt, in solchen alten Straßen hinzufügen, nur bescheidenlich die Folie gebildet werden soll für die kostbaren Denkmäler aus der Vergangenheit, die doch zu schützen und in den Vordergrund zu stellen und hervorzuheben unsere Aufgabe ist.

Gestatten Sie mir ein paar Beispiele aus Beobachtungen, wie ich sie in der jüngsten Zeit, in den letzten Tagen sogar gemacht habe. In Limburg an der Lahn, neben dem Dome, baut man jetzt ein Pfarrhaus, ein ziemlich umfangreiches Gebäude, das baut man gotisch-romanisch in einer Art Übergangsstil, in Anlehnung an die Formen des Domes. Man geht in der Anlehnung so weit, daß man z. B. im Begriff ist, die nach unserem Urteil — ich glaube, darin sind wir alle einig — verfehlten Bruchsteinverfugungen der Außenwände mit Zement da auch nachzumachen. Ob es Zement werden wird, das weiß ich nicht; vielleicht wird es Graukalk sein, die Technik war jedenfalls so angelegt. Vor allen Dingen aber hat man das ganze Formwesen losgelassen, das am Dome herrscht, und das halte ich für falsch. Ich glaube, hier hätte man sich weit mehr unterordnen müssen, hier hätte man

ein Haus schaffen müssen, ganz schlicht, vielleicht mit Mansardendach und einfach eingeschnittenen Fenstern (sehr richtig!), aber nicht eine solche Bildung neben dem herrlichen Dome. — In Danzig, wenn man das Bahnhofsgebäude verläßt und in die Stadt eintritt, dann umgeben einen überall zumeist öffentliche Gebäude in der bekannten Danziger Renaissance, also in dem aus den Niederlanden stammenden Backsteinmischbau: Backstein mit Werkstein dabei. Das ist eine Bauweise, die außerordentlich gefährlich ist nach dieser Richtung hin, die nur mit der größten Vorsicht wiederverwendet werden kann. Ich habe das Gefühl bekommen: Herr Gott, das ist schrecklich, es zappelt alles um einen herum. Also da lechzt man nach ganz schlichten, einfachen Bauten, die nicht Danziger Architektur sind, wenigstens nicht diese Sorte von Architektur, die vulgo Danziger Renaissance genannt wird. — In Rothenburg ist vor kurzem ein Verein gegründet worden, der auch das Allerbeste nach der hier erörterten Richtung will. In einem Büchlein, das da herausgegeben worden ist, war u. a. gesagt, daß man Mansardendächer nicht anwenden solle. Das würde ich für das schlimmste halten, was in Rothenburg geschehen könnte, wenn man dort die Mansardendächer verpönte. Nichts wäre schlimmer, als wenn dort nur gebaut werden würde mit Däschelchen und Türmchen und Erkerchen, kurz in dem Sinne einer, wie gesagt, falschen Romantik. Der „Hirschen“ — darüber sind wir wohl auch alle einig — ist in Grund und Boden verschandelt dadurch, daß er ein Holzzementdach bekommen hat Wehe aber, wenn auf diesen „Hirschen“ Türmchen und Erkerchen und Däschelchen aufgebaut würden. Auf den „Hirschen“ gehört vielmehr ein ruhiges hohes Dach, vielleicht ein Mansardendach, wie sie sich dem Blicke zeigen, wenn man durch das Kobolzeller Tor hinausgeht und das Stadtbild von Süd-Westen her betrachtet. Auch in Köln rate ich zur größten Vorsicht. Unten am Rhein würde meines Erachtens dem Stadtbilde ungeheurer Schaden getan werden, wenn dort, links von Groß Sankt Martin, die simplen, ich gebe zu, zum großen Teil ruppigen Giebelhäuser durch anspruchsvolle Giebelfassaden ersetzt würden.

Noch eins. Es hängt das zusammen mit dem, was uns gerade heute so sehr not tut, nämlich mit der Notwendigkeit, bei unserem Bauschaffen uns den erforderlichen künstlerischen Takt zu wahren: Ich möchte eines Buches erwähnen — Sie werden es alle kennen —, das nach dieser Richtung hin wirklich Segen schon geschaffen hat und noch in viel weiterem Maße Segen schaffen kann: das sind die „Kulturarbeiten“ von Paul Schultze-Naumburg, diese vorzüglichen Beispiele und Gegenbeispiele, in denen Einst und Jetzt gegenübergestellt werden. Daraus kann man außerordentlich lernen. Es wäre zu wünschen, daß dieses Büchlein Stadtverwaltungen, Privaten, kurz allen Beteiligten im weitesten Maße zugänglich würde, daß sie sich es beschaffen. Also meine Bitte ist, daß, wenn es zur Durchführung dieser vortrefflichen Struckmannschen Vorschläge kommt, daß dann dieser künstlerische Takt gewahrt werde.

*Als Ergebnis der Beratungen wurde folgende Resolution gefaßt:*

### Resolution.

Die Denkmalpflege bildet einen wichtigen und wesentlichen Teil der Aufgaben der Kommunalverwaltungen. Letztere sind daher nicht nur be-

rechtfertigt, sondern auch verpflichtet, unter der Aufsicht und unter dem sowohl auf gesetzgeberischem und Verwaltungsgebiete als auch auf finanziellem Gebiete notwendigen Beistande des Staates, diejenigen Mittel zu ergreifen, welche zur praktischen Erfüllung jener Aufgabe erforderlich sind.

Als solche Mittel empfehlen sich teils für alle Kommunalverwaltungen, teils für die Gemeinde- und insbesondere städtischen Verwaltungen die folgenden:

1. Aufklärung der Einwohnerschaft über die Bedeutung und den Wert der Denkmalpflege durch Wort, Schrift und Bild.
2. Heranziehung und Sammlung der zur Mitwirkung geeigneten amtlichen und freiwilligen Kräfte, insbesondere Anregung der Vereinstätigkeit im engen Zusammenwirken mit der Kommunalverwaltung.
3. Genaue Ermittelung und Verzeichnung sämtlicher in den einzelnen Kommunalbezirken bei Behörden oder Privaten befindlichen Denkmäler und Sicherung fortlaufender Kenntnis über den Erhaltungszustand derselben.
4. Sorgsame Erhaltung und nötigenfalls Herstellung der im Besitz der Kommunalverwaltung selbst befindlichen oder sonst unter ihrer unmittelbaren Einwirkung stehenden Denkmäler, nach Maßgabe der allgemeinen Regeln der Denkmalpflege.
5. Bei Neu- und Umbauten von Gebäuden der Kommunalverwaltung Sorge dafür, daß dieselben in Übereinstimmung mit der Umgebung stehen und nicht das Straßenbild verunstalten.
6. Bei Denkmälern sowie bei Neu- und Umbauten von Gebäuden, welche sich nicht im Besitz der Kommunalverwaltung selbst befinden, eine geeignete Einwirkung auf die Besitzer, daß sie entsprechend den zu 4 und 5 gedachten Grundsätzen verfahren.
7. Dabei sind Anforderungen zu vermeiden, welche über das Bedürfnis hinausgehen, und namentlich bei solchen Denkmälern, insbesondere Gebäuden, welche noch jetzt einem praktischen Zwecke dienen sollen. Mittel und Wege zu suchen, welche geeignet sind, im einzelnen Falle die Anforderungen der Denkmalpflege mit den Anforderungen der Gegenwart tunlichst zu vereinen.
8. Die Einwirkung kann zunächst bestehen in gütlicher Verhandlung mit dem Besitzer durch die Behörde oder den etwa bestehenden Verein, in Aufklärung und Raterteilung, unter Berücksichtigung namentlich des unter 7 hervorgehobenen Gesichtspunktes; nötigenfalls auch in Gewährung einer finanziellen Beihilfe, für welchen Zweck die Vereinstätigkeit sich vorzugsweise empfiehlt.
9. Zur Verhütung der Verunstaltung des alten Straßenbildes durch unpassende Neu- und Umbauten ist die Veranstaltung von Wettbewerben von Fassaden seitens der einzelnen Gemeindeverwaltungen ein wirksames Mittel.
10. Bei der Feststellung von Fluchlinienplänen und Ausführung von Straßenverbesserungen ist auf die Erhaltung der Gebäude von künstlerischem oder geschichtlichem Werte nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen.

11. Bei besonders wichtigen Denkmälern empfiehlt sich die Erwerbung durch die Kommunalverwaltung, namentlich dann, wenn dieselbe sie zu einem praktischen Zwecke zu verwenden in der Lage ist.
12. Nötigenfalls haben die Gemeinden, um ihren Aufgaben auf dem Gebiete der Denkmalpflege zu genügen, von den ihnen zustehenden Zwangsmitteln Gebrauch zu machen, namentlich soweit ihnen dieses zusteht, von dem Rechte, durch geeignete baupolizeiliche oder ortssstatutarische Vorschriften dem Verfall oder der Verunstaltung der baulichen Denkmäler oder bei Neu- und Umbauten der Verunstaltung des alten Straßenbildes entgegenzutreten. Soweit den Gemeinden ein solches Recht noch nicht in ausreichendem Umfange zusteht, richtet der Denkmalpflegetag an die deutschen Staatsregierungen das dringende Ersuchen, baldtunlichst ihnen dasselbe zu verleihen.
13. Ebenso bedarf es der Verleihung des Enteignungsrechts bezüglich der sonst der Gefahr des Verderbens ausgesetzten Denkmäler an die Kommunalverwaltungen.
14. Wenn Denkmäler zum Abbruch gelangen und nicht in geeigneter Weise wieder aufgestellt werden können, so sind sie oder ihre der Erhaltung werten Reste in ein Museum aufzunehmen oder sonst sicher aufzubewahren. Genügend leistungsfähigen Gemeinden ist die Einrichtung eines eigenen Museums für örtliche Kunstwerke und Altertümer anzuraten. In dasselbe sind zugleich tunlichst Abbildungen aller vorhandenen Denkmäler, insbesondere aller bemerkenswerten älteren Gebäude und eigenartiger Straßenansichten aufzunehmen.
15. Obige Erklärung soll allen deutschen Staatsregierungen sowie den Provinzial- und größeren Gemeindeverwaltungen zur Kenntnisnahme und mit dem Ersuchen, den aufgestellten Grundsätzen entsprechend verfahren zu wollen, zugestellt werden.

### Städtische Kunstkommisionen

**Lübeck 1908**

**Referent: Professor Dr. Weber-Jena:**

Meine Herren! Der Gedanke, eine besondere Kommission zum Schutze der Bau- und Kunstdenkmäler eines Ortes einzusetzen, liegt nahe. Unsere Zeit ist bedeutend empfindlicher gegen Veränderung und Abbruch wertvoller alter Bau- und Kunstdenkmäler geworden, als dies noch vor etwa zehn Jahren der Fall war. Das ist erfreulich. Wir dürfen hierin wohl auch eine Frucht der Tagungen für Denkmalpflege erblicken. Der Streit über den Umbau des Braunschweiger Gewandhauses hat gezeigt, wie weite Kreise heutzutage eine derartige Frage zieht. Die Allgemeinheit beansprucht heute eine Art Mitbesitzrecht an den Denkmälern der Vergangenheit und daraus entwickelt sich leicht auch der Wunsch nach einem Mitberatungsrecht. Bei der weitgehenden Selbstverwaltung der Städte in den meisten deutschen Bundesstaaten erscheint daher eine eigene Kommission zur Behütung der städtischen Bau- und Kunstdenkmäler, namentlich derer in Privatbesitz,

wünschenswert. In Preußen sind ja durch das Gesetz gegen Verunstaltung in Stadt und Land vom 15. Juli 1907 die Kommunen erst recht eigentlich zum Hüter ihrer Denkmäler gemacht worden.

Es ist wohl wenig bekannt, daß schon im Jahre 1815 Karl Friedrich Schinkel in einer Eingabe an die preußische Regierung „Schutzdeputationen in den einzelnen Städten zur Wahrung der Verbindung mit der geschichtlichen Vergangenheit des Volkes, zur Beförderung der nationalen Bildung und des Interesses an den früheren Schicksalen des Vaterlandes“ gefordert hat.

Zweifellos wäre viel Köstliches in unseren alten deutschen Städten erhalten geblieben, wenn damals, vor fast einem Jahrhundert, in der Zeit der Begeisterung für nationale Denkmäler, diese „Schutzdeputationen“ in den einzelnen Städten eingesetzt worden wären. Aber eine Zeit, der nicht einmal auf politischem Gebiete die Einigung des Vaterlandes gelang, versagte natürlich auch auf diesem Teilgebiete nationalen Empfindens. Wie sich in der Zeit der Heiligen Allianz ein Mehltau auf alle vaterländischen Bestrebungen legte, so auch auf die Ausführung dieses so naheliegenden praktischen Vorschlagess. Er ist auf dem Papier stehen geblieben — wie all die schönen von den Führern der Romantik entworfenen Programme zum Schutze vaterländischer Denkmäler. Fast 80 Jahre vergingen, bis in einigen wenigen Städten der Vorschlag Schinkels feste Gestalt gewonnen hat, 80 Jahre, in denen große Gleichgültigkeit gegen die vaterländischen Denkmäler sich wieder breitmachtete und vieles Unersetzliche zerstört wurde.

Jetzt nach fast einem Jahrhundert sind es kaum zwei Dutzend deutscher Städte, die sich einer solchen Schutzdeputation erfreuen.

Man darf nicht ohne weiteres behaupten, daß ihre Einsetzung durch die mittlerweile in den meisten Ländern eingerichtete staatliche Denkmalpflege überflüssig geworden sei. Eine an historischen Baudenkmälern und malerischen alten Straßenbildern reiche Stadt, die plötzlich von der modernen Entwicklung und damit in der Regel zugleich von habgierigem Bauspekulantentum erfaßt wird, ist ein so empfindlicher und komplizierter Organismus, daß er sehr wohl einen Spezial-Leib- und Hausarzt in Gestalt einer städtischen Denkmalpflegekommission beanspruchen darf. Eine Behandlung des Patienten im allgemeinen großen Landeskrankenhouse ist nicht immer ausreichend. Vor allem würde eine solche Spezialkommission auch darüber zu wachen haben, daß die in der Staatsapotheke oder in dem Ortsstatut gegen Verunstaltung des Stadtbildes für den Kranken bereitstehenden Medikamente ihm auch tatsächlich und rechtzeitig und in der richtigen Dosis verabreicht werden und nicht bloß schön etikettiert im Schranken stehen bleiben.

Im einzelnen würden ihre Aufgaben folgende sein: Sie würde darauf hinzuwirken haben,

1. daß künstlerisch oder geschichtlich wertvolle ältere Gebäude, namentlich die in Privatbesitz, so lange und so gut als irgend möglich erhalten, Änderungen und Restaurierungen nur in dringenden Fällen und unter möglichster Schonung des geschichtlich Gewordenen vorgenommen werden;

2. daß bei Straßenverbreiterungen, Regulierungen und Durchbrüchen Übertreibungen vermieden, wertvolle Baugruppen geschont werden;

3. daß bei Ersatz alter Häuser durch Neubauten auf die Umgebung Rücksicht genommen und die Schönheit des alten Straßenbildes nicht beeinträchtigt werde.

Sie wird zu diesem Zwecke

4. der Stadt ein Verzeichnis aller kunsthistorisch beachtenswerten Gebäude, Baugruppen und Straßenbilder übermitteln, die des Schutzes bedürfen. Das hat z. B. vor vier Jahren der Ausschuß für Denkmalpflege in Dresden, eingesetzt vom Verein für Geschichte Dresdens, getan. Die von ihm bezeichneten Gebäude führen in den Akten des Stadtbauamtes einen roten Zettel auf dem Umschlage mit der Aufschrift „Kunsthistorisch wertvolles Gebäude“, so daß die Aufmerksamkeit der verschiedenen amtlichen Organe sogleich geweckt ist, wenn ihnen Gefahr droht.

Die Kommission wird ferner

5. durch Aufsätze in den Zeitungen, durch Vorträge, Schriften, Führungen das Interesse für die heimischen Denkmäler wecken und pflegen;

6. für gute zeichnerische Aufnahmen aller wertvollen alten Gebäude sorgen, sowohl im Auf- wie im Grundrisse;

7. für Erhaltung und Pflege der künstlerisch wertvollen alten Grabdenkmäler auf den Friedhöfen sorgen, die jetzt oft achtlos preisgegeben werden;

8. bei unvermeidlich gewordenen Abbrüchen alter Gebäude die erhaltenswerten Bauteile ins Museum retten oder für deren sachgemäße Wiederwendung an Neubauten sorgen.

Dies nur einige allgemeine Aufgaben, die sich sozusagen von selbst verstehen. Dazu werden in den einzelnen Orten in der Regel noch Spezialaufgaben treten.

Das nicht längst alle baugeschichtlich wertvollen Städte Deutschlands sich solche Schutzdeputationen zugelegt haben, könnte eigentlich wundernehmen. Die Gründe dafür sind mannigfaltiger Art. Der Hauptgrund liegt nach meiner Überzeugung darin, daß die führenden Kreise unseres Volkes bis vor kurzem noch keinen Blick für den Wert der heimischen Denkmäler hatten. Auf einer Reise durch Italien jedes Bauwerk aufzusuchen, das im Bädecker einen Stern hat, gilt als selbstverständlich und gehört zum guten Ton. Die deutsche Heimat auf ihre Kunstdenkmäler hin zu bereisen, war bis vor kurzem bei unseren Gebildeten ein unbekannter Begriff. Mehrere deutsche Bundesstaaten schicken alljährlich unter erheblichen Kosten ihre Oberlehrer nach Italien, damit sie dort in die Kenntnis der Denkmäler eingeführt werden. Aber sie durch die deutschen Städte führen zu lassen, damit sie die eigene Heimat kennen lernen und deren Kenntnis unserem heranwachsenden Geschlechte vermitteln, das hat wohl noch kein deutscher Staat unternommen. Es fehlte bisher fast gänzlich die Schulung des Auges, die das Nächstliegende in seinem Werte zu erfassen befähigt. So sind selbst in großen Städten die Menschen zurzeit immer noch recht dünn gesät, die wirklich Blick und Verständnis für die heimischen Denkmäler haben, von den mittleren und kleineren Städten gar nicht zu reden; und die Erfahrung, daß die Vertreter dieser Interessen wegen ihrer Vereinzelung als weltfremde Schwärmer betrachtet werden, hat wohl jeder von uns gemacht.

Die Zahl der Schutzdeputationen ist daher, wie oben gesagt, noch sehr gering, und alle sind sie noch sehr jung. Die ältesten sind die in Nürnberg, Bremen und Hildesheim aus dem Jahre 1892, in Trier und Rotenburg o. d. T. von 1898. Im Jahre 1900 kamen dazu Magdeburg und Frankfurt a. M., im neuen Jahrhundert dann noch etwa ein Dutzend an größeren, kleineren und kleinsten Orten.

Einigermassen trüstlich ist es, daß die Entwicklung im Auslande auch nicht früher eingesetzt hat: Die „Associazione per la Difesa di Firenze antica“ bildete sich 1895, die Kommission in Amsterdam wohl erst 1900, die Schutzdeputation in St. Petersburg 1907, in Krakau 1908.

In einer Reihe von Städten vertritt der örtliche Geschichts- und Altertumsverein die Rolle der Schutzdeputation. Da ist es schließlich nur Formfrage, ob der Vereinsvorstand offiziell zur städtischen Kunstkommision erklärt wird, wie in Trier und Memmingen. Das rein historische Programm bezeichnet das Anfangsstadium solcher Kommissionen. Sehr schnell pflegt sich aber der Aufgabenkreis einer solchen städtischen Denkmalpflegekommission zu erweitern. Neben den Schutz des Gewordenen tritt mit jedem Jahre gebieterischer die Frage nach der künstlerischen Gestaltung des Werdenden, die Schönheitspolizei für das Neue. Was hilft aller Schutz eines Denkmals, wenn es durch eine ungeeignete Umgebung um seine Wirkung gebracht wird? Und ist die Sorge für das Gesamtstadtbild nicht oft viel wichtiger als die für ein einzelnes altes Baudenkmal? Diese Sorge verdoppelt das Programm und das Arbeitsfeld der Kommission und macht aus der Denkmalpflege- und Schutzkommission eine städtische Kunstkommision in weiterem Sinne. Damit treten wir in ein neues Entwickelungsstadium ein. Die Kommission muß nun ein Doppelgesicht annehmen, das eine nach rückwärts, das andere vorwärts gewandt.

Zweifellos ist das eine Schwierigkeit für eine so junge Einrichtung, die ohnehin erst noch um ihre Existenz zu kämpfen hat. Sie bedingt öfters auch eine neue Zusammensetzung der Kommission.

Nicht überall werden sich ohne weiteres diese neuen Anforderungen erfüllen lassen. Dennoch erscheint mir nicht „reinliche Scheidung“ beider Arbeitsgebiete, sondern innige Verschmelzung innerhalb ein und derselben Kommission für die Mehrzahl der Fälle das Richtigere, soweit sich das bei der großen Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Städten beurteilen läßt. Auch für die Mitglieder der Kommission selbst ist es wohl das Richtigere. Denn der Kampf für das Alte ist naturgemäß ein beständiger Rückzugskampf mit vielen Niederlagen, mit faulen Waffenstillständen und unbefriedigenden Kompromissen. Die Vorsorge für das Werdende, Neue ist erfrischend und belebend und bietet somit den nötigen Ersatzbalsam für das ja doch meist bekümmerte Herz des Denkmalschützers.

Es mag sein, daß mancherorten die Scheidung beider Aufgaben sich nicht umgehen läßt. Daß die Verschmelzung möglich ist, beweist das Beispiel Hildesheim, wo der aus zwanzig Personen bestehende Vorstand des „Vereins zur Erhaltung der Kunstdenkmäler Hildesheim“ zugleich städtische Beratungsstelle in Baufragen für Privatpersonen ist.

Soweit das auf Grund meiner Umfrage bei einer großen Zahl deutscher Städte gewonnene Material einen Überblick gestattet, tragen die im neuen Jahrhundert gegründeten oder in der Bildung begriffenen städtischen Kun-

kommisionen fast alle dieses Doppelgesicht: Neben der Erhaltung des Alten erstreben sie Einfluß auf das Neue: Regelung der Umgebung der Baudenkmäler, Begutachtung neuer Fassaden — auch in neuen Stadtteilen —, Hinzuziehung bei Errichtung bedeutender Neubauten, bei Ausarbeitung der Stadterweiterungspläne, Bauordnungen und Ortsstatute, bei Errichtung von Denkmälern, bei Anlage von Plätzen, Brunnen und Schmuckbeeten.

Entsprechend gestaltet sich dann auch die Zusammensetzung der Kommissionen: Der 1900 gebildete „Ausschuß zur Erhaltung und Pflege des Magdeburger Stadtbildes“ setzt sich zusammen aus Vertretern von sechs künstlerischen und zwei historischen Vereinen. Ähnliche Zusammensetzung weist der 1902 begründete „Ausschuß für Denkmalpflege im Herzogtum Braunschweig“ auf: drei Vertreter des Architekten- und Ingenieurvereins, des Geschichts-, des naturwissenschaftlichen Vereins. Unter den frei hinzuzuwählenden Personen sollen vertreten sein: die Baudirektion, die Technische Hochschule, das Archiv, die städtischen Sammlungen.

In Frankfurt a. M. wurde 1900, gleichzeitig mit dem Erlaß zur Erhaltung des altertümlichen Stadtbildes, eine besondere städtische Kommission eingesetzt, die aus dem Konservator der städtischen Altertümer, einem Mitgliede der städtischen Kommission für Kunst- und Altertumsgegenstände, zwei Mitglieder des Architekten- und Ingenieurvereins und einem Mitgliede des Magistrats besteht, das den Vorsitz führt. Eine ähnliche Zusammensetzung zeigen die städtischen Kunstkommisionen in Dinkelsbühl, Schwabach, Passau, Kaiserslautern, Landshut.

In Lübeck trat der „Verein der Kunstmfreunde“ bei Ausschreibung der Fassadenkonkurrenz im Jahre 1901 und bei Beratung der neuen Bauordnung 1903 mitarbeitend hervor.

In Leipzig erstrebt die „Vereinigung für öffentliche Kunstpfege“, die aus Vertretern der verschiedensten Vereine und Institute besteht, seit Jahren die Einsetzung einer offiziellen Kommission für Denkmalpflege und für Begutachtung des Neuen.

Am weitesten gediehen ist die Frage in Dresden und Düsseldorf, wo der städtische Bauausschuß unter Zuziehung der Vertreter der verschiedenen Vereine und einzelner Gelehrten und Künstler berät, und in München. Hier wurde neben einem schon 1872 begründeten Baukunstausschuß für das ganze Königreich, der bei Neu- und Umbauten des Staates, aber gelegentlich auch bei Denkmalpflegesachen befragt wurde, 1885 eine städtische „Künstlerkommission“ eingesetzt zur ästhetischen Prüfung der Baupläne und zur Begutachtung einzelner besonders schwerwiegender Aufgaben. Eine Reihe bedeutender Architekten gehörten ihr an. Daneben ist dann 1903 die staatliche „Monumentalbaukommission“ eingesetzt worden, die aus zahlreichen Münchner Künstlern und aus Vertretern der Ministerien zusammengesetzt ist.

Es hat keinen Zweck, im Rahmen dieses Vortrages noch näher auf diejenigen Kunstkommisionen einzugehen, die ein ausschließlich vorwärts gewandtes Gesicht haben und mit der Denkmalpflege sich kaum mehr befürhren, so die Kunstkommision in Karlsruhe, die aus Privatarchitekten gebildete Kommission in Hannover, die Kunstkommision in Eisenach, die aus dem Polizeidezernenten, dem Stadtbaudirektor, einem beamteten Architekten, einem freien Künstler (Bildhauer) und einem kunstverständigen Laien besteht. Die jüngste Gründung, die in diesem Sommer eingesetzte „Depu-

tation für Kunstzwecke“ in Charlottenburg (bestehend aus fünf Magistratsmitgliedern, fünf Stadtverordneten, fünf Künstlern oder Kunstsachverständigen) hat das Programm „Pflege der Kunst und des Kunstgewerbes im Leben auf der Straße und in den Amtsräumen.“

Die praktischen Erfahrungen, die bisher mit den Kunstkommisionen gemacht worden sind, werden im allgemeinen als günstig geschildert. Mancher Erfolg einer solchen Kommission vollzieht sich wohl auch im Stillen, ohne daß in der Öffentlichkeit viel Aufhebens davon gemacht wird. Ich will aber nicht verschweigen, daß da und dort auch eine gewisse Verstimmung aus den Auskünften herausklang, namentlich über nicht genügende Berücksichtigung der Vorschläge der Kommission. Das ist verständlich, denn bis vor kurzem fehlte ja fast allen bisher eingesetzten Kunstkommisionen der deutschen Städte die gefestigte offizielle Grundlage.

Die städtischen Behörden waren berechtigt, aber nicht verpflichtet, die Kommission zu befragen, oder vollends gar verpflichtet, dem Gutachten derselben entsprechend zu verfahren. Bedenken wir auch, daß mancherorten die Kommission den Behörden wider ihren Willen aufgedrängt ist. Schwierigkeiten, Kompedenzkonflikte zwischen Baupolizei und Kommission liegen da auf der Hand. Es ist nun einmal so auf dieser höchst unvollkommenen Welt, daß die Personenfrage überall die Hauptrolle spielt. Und nun vollends in Kunstangelegenheiten, wo jeder sein eigener Papst ist! Es gibt ideale Stadtbehörden, die eine Kunstkommision hinter sich als willkommene Rückenstärkung begrüßen, um mit ihrer Hilfe das Gewordene zu schützen, das Werdende gut zu gestalten: aber es gibt auch solche, die jeden Rat in dieser Beziehung als Eingriff in ihre Rechte betrachten und die ihnen aufgedrängte Kunstkommision lieber mit Bilderankäufen für die Galerie, mit Begutachtung von Blumenbeeten und Zierbrunnen nützlich beschäftigen.

Nach dem mir zugänglich gewordenen Material bestand eine Pflicht, die städtische Kunstkommision in jedem wichtigen Falle zu befragen, bisher nur in Frankfurt a. M. und nur in bezug auf die unter besonderen Schutz gestellten Teile der Altstadt. Die Entscheidung nach Einholung des Gutachtens steht aber auch hier bei der Baupolizeibehörde.

Das ändert sich ja nun für große Teile Deutschlands durch die jüngste Gesetzgebung.

Das preußische Gesetz gegen die Verunstaltung von Ortschaften und landschaftlich hervorragenden Gegenden vom 15. Juli 1907 bestimmt, daß der Beschußfassung über das Ortsstatut betreffend Erhaltung des Orts- und Straßenbildes und bei Stellung besonderer Anforderungen für bestimmte Stadtviertel „eine Anhörung Sachverständiger“ vorauszugehen hat, ebenso vor Versagung von Arbeiten in landschaftlich hervorragenden Gegenden. Damit ist die Bahn frei für eine offizielle Fundierung der Kunstkommisionen.

Die neue Landesbauordnung für das Großherzogtum Baden vom 1. September 1907 empfiehlt für die Ausarbeitung örtlicher Bauordnungen „die Beratung von Sachverständigen“ und in den Ausschüssen „Fachleute, die mit der kunstgeschichtlichen Entwicklung des Ortes vertraut oder auf gewissen Einzelgebieten besonders erfahren sind; nach Bedürfnis können auch der Ortsbaukommission noch weitere, vom Stadtrat zu wählende Fachmänner als Mitglieder beigegeben werden.“

Zum sächsischen Gesetzentwurf gegen Verunstaltung in Stadt und Land schlägt die Kommission des Landtages vor, im Rekursverfahren vor der Kreishauptmannschaft für gewöhnlich einen aus mindestens drei Mitgliedern bestehenden Sachverständigenbeirat zu hören.

Diese gesetzliche Festigung der Kommissionen wird sicher dazu beitragen, deren Zahl erheblich zu vermehren. Damit kämen wir dem Schinkelschen Ziele von 1815 allmählich näher. Soll nun das Ziel sein, daß jede Stadt, auch die mittlere und kleine, ihre eigene Kunskommission bekommt?

Ich glaube, daß schon die Verhältnisse selbst das unmöglich machen werden. Wo sollen in den mittleren und kleinen Städten die nötige Anzahl gentigend vorgebildeter und genügend mit Geschmack begabter Personen herkommen, die außerdem unabhängig genug sind, den schweren Kampf um ideale Interessen gegen eine geschlossene Phalanx von Gleichgültigkeit, Mißtrauen, Beschränktheit und Geldgier auf sich zu nehmen und ihn trotz vieler unausbleiblicher Mißerfolge immer weiter zu führen? Je kleiner die Stadt, desto größer die Gegensätze. Mögen die großen Städte, die eine genügende Zahl wirklich Sachverständiger nach der historischen und der künstlerischen Seite hin in ihren Mauern haben, ihre eigenen städtischen Kunstausschüsse bilden und zusehen, wie viel Machtbefugnisse sie ihnen zubilligen wollen und können, für die ganze große Masse der Mittel- und Kleinstädte, wo die künstlerische Beratung gerade am notwendigsten ist, erscheint mir die gegebene Form eine Landeskunskommission, ein Landeskunstrat für den ganzen Kreis oder die ganze Provinz oder den ganzen Staat. Denkmalpflege, Heimatschutz, Naturschutz und Fürsorge für das Werdende in der Kunst müßten in dieser Landeskommision gleichmäßige Vertretung finden. So würden die Kenntnisse des einzelnen Kunsthistorikers, Historikers und Künstlers, des Natur- und Volkskundigen dem ganzen Bezirke, um den es sich handelt, zugute kommen, während im Rahmen einer auf eine Stadt beschränkten Kommission viel Kenntnisse und Energie unnötig verpufft werden.

Tatsächlich ist ja auch die Entwicklung in den letzten Jahren diesen Weg gegangen: Die bayrischen Verhältnisse scheinen hierin vorbildlich zu sein. Dort bestehen eine Reihe von Einrichtungen, die das ganze Land umfassen. Neben dem schon 1868 geschaffenen Generalkonservatorium der Kunstdenkmäler, das die Gemeinden in Denkmalpflegerfragen berät, und neben dem für ästhetische Prüfung der Staatsbauten eingesetzten Baukunstausschuß berät der Bayerische Architekten- und Ingenieurverein die Gemeinden, vor allem aber der vor sechs Jahren gegründete Verein für Volkskunst und Volkskunde. Er hat drei Sonderausschüsse gebildet: für Denkmalpflege, für heimische Bauweise und für Städtebau, und entfaltet eine sehr rührige Tätigkeit. Der „Ausschuß für Denkmalpflege im Herzogtum Braunschweig“ stellt sich ebenfalls dem ganzen braunschweigischen Lande beratend zur Verfügung, ebenso der Rheinische Verein für Denkmalpflege und Heimatschutz. In Württemberg besteht seit zwei Jahren eine höchst segensreich wirkende „Staatliche Beratungsstelle für das Baugewerbe“. Im Königreich Sachsen hat sich der bisherige „Ausschuß zur Pflege heimatlicher Natur, Kunst und Bauweise“ vor kurzem umgewandelt in einen eingetragenen Verein mit obigem Namen und dem Untertitel: „Landesverein zur Pflege heimat-

licher Natur, Kunst und Bauweise\*. Er hat ebenfalls, wie der bayerische Verein, drei Hauptgruppen gebildet: für ländliche und bürgerliche Bauweise, für Volkskunst und für Landschaftsschutz.

Die landesmäßig organisierte Beratung im Großherzogtum Hessen ist ja bekannt. Ich erwähne noch, daß sich jüngst für Lothringen eine Landeskommision organisiert hat, die ebenfalls das ganze Gebiet berät.

In allen diesen Organisationen offenbart sich also die Erkenntnis, daß es besser ist, statt am einzelnen Orte zu haften, das ganze Gebiet zu umfassen. Ein Landeskunstrat hat auch mit seiner Stimme ein ganz anderes Gewicht als eine städtische Kunstkommision.

Daneben erscheint natürlich auch der Weg gangbar, daß sich eine städtische Kommission durch Hinzuwahl auswärtiger Sachverständiger verstärkt, wie das der Ortsausschuß für Erhaltung Alt-Rotenburgs schon seit Jahren getan hat. Nicht weniger als zwölf auswärtige beratende Mitglieder aus dem nahen Nürnberg, zum Teil aber auch aus München, Stuttgart und weiter her, gehören ihm an. Bei Rotenburg handelt es sich nun allerdings um ein besonderes Kleinod.

In Schwabach hat die städtische Kunstkommision sich einen Münchner Architekten hinzugewählt, die in Landshut einen Berliner Herrn. Die in Dinkelsbühl wendet sich in schwierigen Fällen an das Germanische Museum zu Nürnberg.

#### Zusammenfassung der Vorschläge:

1. Die großen Städte mögen ihre eigenen Kunstkommisionen bilden, wenn sie die geeigneten Leute dazu in ihren Mauern haben.
2. Wo in mittleren und kleinen Städten schon Kommissionen bestehen, mögen sie sich durch Hinzuwahl auswärtiger Sachverständiger verstärken.
3. Im übrigen erscheint für die ganze Masse der mittleren und kleinen Städte und für das flache Land eine landesmäßig organisierte Beratung am geeignetsten.

Einen Gedanken möchte ich aber zum Schluß nicht unausgesprochen lassen: Großes wird nie durch Kommissionen geschaffen. Überschätzen wir daher auch nicht die Tätigkeit dieser an sich ganz wünschenswerten Kommissionen. Kommissionen sind Versicherungsgesellschaften gegen die Genialität des einzelnen, manchmal auch gegen die Unfähigkeit des einzelnen. Kommissionsbeschlüsse sind fast immer Kompromisse. Das Mittelmäßige kommt dabei durch. Unsere Zeit schafft so viel Mittelmäßiges, weil sie an der Krankheit leidet, alles durch Kommissionen erledigen zu lassen. Kommissionen sind das Verlegenheitsventil unserer Zeit. Ich wünsche von Herzen, daß wir recht bald aus der Zeit des Verlegenheitsventils herauskommen. Denn alles Große und Dauernde in der Welt ist nicht durch Kommissionen, sondern durch die einzelne, kraftvolle, ihrer Verantwortung sich bewußte Persönlichkeit geschaffen worden.

**Über Straßenfluchlinien vom Standpunkte der Denkmalpflege aus**  
**Erfurt 1903**

**Referent: Geheimer Baurat Stübben-Köln:**

Im vorigen Jahre habe ich auf dem Denkmaltag in Düsseldorf nach dem bedeutungsvollen Vortrag des Oberbürgermeisters Struckmann vorgeschlagen, in die von Herrn Struckmann aufgestellten Leitsätze über die Aufgaben der Stadtverwaltungen, betreffend den Schutz alter Bauwerke sowie alter Straßen- und Stadtbilder, einen Satz aufzunehmen zugunsten der Fluchlinien für Neubauten. Diesem Vorschlag ist die Düsseldorfer Versammlung gefolgt und hat gleichzeitig beschlossen, den nicht unwichtigen Gegenstand auf die heutige Tagesordnung zu setzen. Mir ist der einleitende Vortrag aufgetragen worden, während die Herren Gurlitt und Hofmann es übernommen haben, ihre eigenen Betrachtungen anzuschließen.

Ich bin veranlaßt worden, das Thema anzuregen, durch mannigfache Fehler, die ich in verschiedenen Städten beobachtet habe, an denen ich sogar selbst beteiligt bin, sowie durch die Erwägung, daß solchen Fehlern nicht etwa böser Wille zugrunde liegt, daß vielmehr im allgemeinen die Stadtverwaltungen und die technischen Beamten derselben durchaus die Erhaltung und Schonung der durch geschichtlichen Wert oder künstlerische Form ausgezeichneten alten Baulichkeiten zugetan sind. Man darf deshalb hoffen, daß unsere Beratungen auf guten Boden fallen und einen nützlichen Einfluß ausüben werden. Es ist richtig, daß die mittelalterlichen Stadtgrundrisse auf große Verkehrsanforderungen nicht eingerichtet sind, auch der öffentlichen Gesundheitspflege manchmal nicht entsprechen. Verkehr und Hygiene in unserem Sinne sind neue, dem Mittelalter wenig bekannte Begriffe. Die fortschreitende Entwicklung alter Städte erfordert daher manche Eingriffe, besonders Erbreiterungen und Richtungsverbesserungen. Wir wollen uns auch keineswegs den neuzeitlichen Bedürfnissen des Verkehrs und der Hygiene entgegensetzen, sondern möchten als moderne, denkende Menschen das unsrige dazu tun, um die Aufgaben der Gegenwart mit dem Schutze des Alten, mit der Denkmalpflege im weiteren Sinne des Wortes, in Einklang zu bringen.

Wir haben sechs Leitsätze aufgestellt, die wir bei der Behandlung von Fluchlinienplänen in alten Städten befolgt zu sehen wünschen. Die Leitsätze lauten:

1. Alte Baulichkeiten von künstlerischer und geschichtlicher Bedeutung, wozu namentlich auch charakteristische Privathäuser gehören, sind in den Fluchlinienplänen als solche kenntlich zu machen.
2. Eine vor die Flucht der genannten Baulichkeiten vortretende oder dahinter zurücktretende neue Baufluchlinie ist nur dann festzustellen, wenn unumgängliche Rücksichten des Verkehrs und der Gesundheit es erheischen.

Dabei ist zugleich zu prüfen, ob und wie die in Mitleidenschaft gezogenen Bauten der neuen Fluchlinie bei Ausführung derselben angepaßt, nötigenfalls umgebaut werden können. Besonders kommt hierbei die Überbauung von Fußwegen in Frage.

3. Die Veränderung der Höhenlage der Straße an den in Rede stehenden Baulichkeiten ist nur dann statthaft, wenn überwiegend starke Gründe des Verkehrs, des Hochwasserschutzes und ähnlicher Art eine andere Lösung ausschließen.

Auch in diesem Falle ist von vornherein zu untersuchen, in welcher Weise der alte Bau der neuen Höhenlinie angepaßt werden kann.<sup>\*)</sup>

4. Die neuen Baufuchlinien sind nach Möglichkeit so festzusetzen, daß nicht bloß die in Rede stehenden Baulichkeiten dauernd vor Benachteiligung geschützt, sondern auch die Eigenart alter Straßenzüge erhalten wird. Auf die Durchführung gerader Flucht- und Höhenlinien ist, wenn in dem einen oder andern Sinne Schädigungen befürchtet sind, zu verzichten.

Gekrümmte Straßenrichtungen und Straßenwendungen sowie charakteristische Höhenunterschiede sind überhaupt bei Feststellung neuer, zur Erweiterung und Verbesserung von Straßen bestimmter Fluchlinien nach Möglichkeit beizubehalten.

5. Die Geschlossenheit alter Straßen- und Platzwandungen ist auch bei Festlegung der für den Verkehr erforderlichen Erweiterungen, Richtungsverbesserungen und Durchbrechungen nach Möglichkeit zu schonen.
6. Die sogenannte Freilegung eines Bauwerkes bzw. die Vorbereitung der Freilegung durch Fluchlinienfestsetzung kann hervorgehen aus dem Verkehrsbedürfnis und aus ästhetischer Absicht. In beiden Fällen ist vor der Festsetzung sorgfältig zu prüfen, ob das Gesamtbild des Bauwerkes und seiner Umgebung durch die beabsichtigte Freilegung gehoben oder beeinträchtigt werden wird.

Muß die Beeinträchtigung befürchtet werden, so ist, wenn Verkehrsinteressen maßgebend sind, nach Möglichkeit dem Verkehr eine andere Richtung anzuspielen. Handelt es sich dagegen vorwiegend um ästhetische Absichten, um sogenannte Verschönerungen, so ist eine schädigende Freilegung erst recht zu unterlassen und, soweit nötig, die Verbesserung der Umgebung des Bauwerkes in anderer Weise anzustreben.

Unser erster Satz ist überaus bescheiden, und doch halte ich ihn für den wichtigsten und wirksamsten. Besteht einmal eine obrigkeitliche Vorschrift oder ein kommunaler Beschuß, daß in den auf alte Stadtteile bezüglichen Fluchlinienplänen die kunst- und geschichtswerten Gebäude, und zwar namentlich die Privathäuser, kenntlich zu machen sind, so wird die Schädigung derselben in sehr vielen Fällen von vornherein leicht vermieden werden. Der die neuen Fluchlinien entwerfende oder zeichnende Techniker wird den durch besondere Färbung hervorgehobenen Baulichkeiten gewissermaßen von selbst aus dem Wege zu gehen suchen; er wird sich erst zu

<sup>\*)</sup> Hinter Nr. 3 ist im Laufe der Verhandlung (vgl. unten Seite 384 und Seite 386) der folgende Leitsatz eingeschoben worden:

In malerischen Städten und Ortschaften mit langsamer Entwicklung ist die Veränderung von Straßenwandungen durch Festlegung von Fluchlinien nach Möglichkeit zu verhindern. Ist eine Veränderung als dringend erkannt, so empfiehlt es sich, von Fall zu Fall unter Hinzuziehung von bewährten Sachverständigen vorzugehen.

einem Angriff auf sie entschließen, wenn er wirklich nicht anders zu können meint. Das den Fluchlinienplan späterhin prüfende Auge wird aber sofort den Angriff erkennen und auf's neue untersuchen, ob er nicht zu vermeiden war, ob die geplante Straßenerbreiterung oder Richtungsverbesserung wirklich notwendig und ob sie nicht auch auf andere Weise zu erreichen ist. Unbeabsichtigte und unbewußte Schädigungen — und diese bilden heute wahrscheinlich die Mehrzahl — fallen also fort.

Einem erhaltungswürdigen alten Bauwerk widerfährt eine Schädigung oder eine Gefährdung sowohl bei vortretender als bei zurücktretender neuer Fluchlinie.

Tritt die neue Linie vor die alte Flucht vor, so wird das Bauwerk nach einiger Zeit in einer Zahnlücke zwischen zwei vorspringenden Neubauten stehen, was erstens häßlich und zweitens lästig ist. Unschön sind die toten Seitenflächen der die alte Haushöhe gewöhnlich überragenden Brandmauern der neuen Nachbargebäude, auch wenn sie mit Reklamen beklebt sind; lästig ist, daß der Rücksprung Verunreinigungen aller Art veranlaßt und den Ausblick hemmt. So ist über das alte Haus ein gewisser Belagerungszustand verhängt, dem es früher oder später unterliegt. Der Eigentümer verliert die Freude an seinem Besitz. Die wirtschaftlichen Mängel desselben erscheinen ihm größer als vorher. Er bedenkt, daß er durch Zukauf des in der Lücke liegenden Straßenteils eine ausgedehntere Fläche für einen modernen Neubau gewinnen kann; und die Möglichkeit dieses Zukaus bildet oft für einen dritten den Anreiz, das Haus dem mürbe gewordenen Besitzer behuts Niederlegung abzukaufen.

Tritt die neue Fluchlinie hinter die alte zurück, durchschneidet sie also ein erhaltungswürdiges altes Bauwerk, so wird dessen Lage noch mißlicher. Nach einigen Jahren, wenn die Nachbargrundstücke in der neuen Fluchlinie mit Neubauten besetzt sein werden, steht das alte Haus als wirkliches Verkehrshindernis, als wirklicher Stein des Anstoßes in die Straße vor; seine Tage sind gezählt. Ja, oft genug sieht die Gemeinde sich genötigt, dem seine Lage ausnutzenden Eigentümer noch eine Sonderentschädigung für den endlichen Abbruch zu zahlen, während sie bei anders gezogener Fluchlinie mit demselben Zuschuß vielleicht eine würdige und dauernde Wiederherstellung und Erhaltung des Gebäudes als Schmuck der Stadt hätte erreichen können.

Wir müssen deshalb fordern, daß abweichende Fluchlinien an Gebäuden der in Rede stehenden Art, besonders an Privatgebäuden, weil diese am meisten gefährdet sind, nur dann festgestellt werden, wenn durch eingehende Prüfung nachgewiesen worden ist, daß durch keine andere Linienführung der Zweck erreicht werden kann. Ist aber die Schädigung als unumgänglich notwendig erkannt, so muß man bei Gebäuden von besonderem Wert ein ferneres verlangen, nämlich die vorherige Untersuchung, auf welche Weise das alte Haus der neuen Linie angepaßt werden kann. Geschieht diese Untersuchung vor der förmlichen Festsetzung der neuen Fluchlinie, so ist es unschwer, die Linie etwas vor- oder rückwärts zu schieben, um die Anpassung des alten Baues zu erleichtern. Diese Anpassung kann auf mancherlei Art geschehen. Man kann einem zurückliegenden alten Bau eine Vorhalle vorbauen; man kann das Erdgeschoß eines vortretenden alten Hauses in der Breite des Bürgersteigs durchbrechen, eine Durchgangslaube

im altdeutschen Sinne, einen portico im italienischen Sinne herstellen und dadurch vielleicht das Straßenbild bereichern und zugleich dem Verkehrsbedürfnis abhelfen. Man kann auch, das ist aber eine sehr harte Maßregel, die alte Fassade abbrechen und in die neue Fluchlinie setzen. Die laubengartige Durchbrechung ist ein oft mit Erfolg angewandtes Mittel. Sie ist erst jüngst beim alten Rathause zu Oberlahnstein sehr hübsch zur Ausführung gekommen und ist kürzlich auch für den alten Hessenhof an der Marzellenstraße zu Köln vorgeschlagen worden. Es leuchtet ein, daß es auf die Wahl einer neuen Fluchlinie von entscheidendem Einfluß sein kann, wenn man bei einem notwendigen Angriff auf ein erhaltungswürdiges Bauwerk die Art der Anpassung desselben an den neuen Zustand vorher sorgsam prüft.

Was für die vor- oder zurücktretende Fluchlinie gesagt ist, gilt ähnlich auch für die Feststellung einer abweichenden Höhenlinie. Es ist oft unerlässlich, im Interesse des Verkehrs, der Entwässerung, des Hochwasserschutzes usw., auch veranlaßt durch Eisenbahn- oder Wasserbauten, die Straßen- oder Platzhöhe an wichtigen alten Bauten zu ändern. Daß diese bei Senkung der Umgebung in den Fundamenten gefährdet werden, an den Eingängen und Sockeln Schaden leiden können, liegt auf der Hand. Noch empfindlicher pflegt aber die Benachteiligung zu sein bei Erhöhung der Straßenfläche. Ein auf solche Art gewissermaßen versunkenes oder eingegrabenes Haus oder Stadttor macht wirklich einen traurigen, hilfeheischenden Eindruck. Wir müssen deshalb fordern, daß man vor Festsetzung einer abweichenden Höhenlinie — die in Preußen und anderen Staaten in den Bereich der Fluchlinienfestsetzung fällt — genau die Notwendigkeit des Eingriffes prüfe und die drohenden Schäden gegenüber den erwarteten Vorteilen in die Wagschale werfe. Zahllos sind die Beispiele, ich klage mich dessen selber an, wo aus mangelnder Überlegung unverbesserliche Schäden entstanden sind. Eine theoretische Hochwasserlinie, eine vermeintliche Nivellementsverschönerung hat manchem alten Bau das Leben gekostet. Denn ein einmal eingegrabener Bau, auch wenn man ihn mit Futtermauern oder hinabführenden Stufen umgibt, hat nicht bloß einen Teil seiner schönheitlichen Wirkung eingebüßt, sondern er ist zugleich so vielen Nachteilen des Wasserzulaufes, der Verdunkelung und Verschmutzung ausgesetzt, daß der Eigentümer dessen leicht müde wird oder daß die sogenannte öffentliche Meinung sich überhaupt gegen die Erhaltung des Bauwerks wendet. Ein Fall spielt sich gerade jetzt in Würzburg ab. Das sogenannte Huttenschlößchen, ein zierlicher Rokokobau, sollte geschädigt werden durch Vorbeileitung einer neuen Straße, die das Erdgeschoß des Schloßchens verdecken würde. Es scheint, als ob verschiedene Bemühungen, an denen besonders Herr Baurat Gräßl in München beteiligt ist, dazu führen werden, die Schädigung zu unterlassen durch annähernde Annahme eines Vorschlags, den ich im Kölner Architektenverein ohne genaue Kenntnis der Örtlichkeit vorgebracht habe.

Ähnlich liegen die Dinge auch, wenn an einem Bau, der organisch mit einer Vertiefung oder Erhöhung oder einem Gewässer im Zusammenhang steht, diese Umgebung durch Einebnung zerstört wird, wie es so oft bei mittelalterlichen oder antiken Festungswerken, Stadttoren usw. der Fall ist. Nun würde die Forderung zu weit gehen, unter allen Umständen einen Festungsgraben, eine Zugbrücke, einen alten Verteidigungswall oder der-

gleichen als unantastbar zu betrachten. Der Hinweis auf die Bedeutung solcher Bodenformationen erscheint mir aber wichtig, damit nicht gedankenlos die Einebnung stattfindet, während ebensowohl der Graben oder Wall hätte erhalten werden können. Ich brauche nur auf die alten Festungsgräben und Grabenteile, auch Wall- und Mauerteile, hinweisen, die z. B. in Nürnberg und Köln mit Absicht erhalten und teilweise nutzbar gemacht worden sind, um die Wichtigkeit dieser Erhaltung erkennen zu lassen. In Brügge habe ich gerade auf die Erhaltung eines Teiles der mittelalterlichen Gräben besonders Gewicht gelegt, teils weil sie lebendige Linien einer großen Geschichte sind, hauptsächlich aber weil das im Wasser stehende Stadttor, die sogenannte Eselspoort, nach Zufüllung der Vertiefungen an seiner Wesenheit eingebüßt haben würde. Freilich, die Erhaltung der Gräben an sich genügt noch nicht; sie müssen auch dauernd in gutem Zustande gehalten werden, damit sie nicht als Pfützen und Verkehrshindernisse der Geringschätzung verfallen.

Mit solchen Erwägungen sind wir eigentlich schon über die bloße Erhaltung von Bauwerken hinausgeschritten auf das Gebiet, das die Franzosen conservation des sites nennen. Und in der Tat handelt es sich bei Bestimmung von Baufluchlinien in alten Städten nicht nur um einzelne Gebäude, sondern um ganze Straßen- und Platzbilder. Hauptsächlich zwei Gesichtspunkte sind in dieser Hinsicht zu beobachten. Der eine ist die möglichste Erhaltung der Eigenart alter Straßenzüge auch bei Verkehrs- und hygienischen Verbesserungen. Der andere ist die möglichste Erhaltung der Geschlossenheit der Straßen- und Platzwandlung trotz der zur Förderung des Verkehrs gebotenen Eingriffe.

Im Straßennetz alter Städte sehen wir fast überall die Unregelmäßigkeiten eines ehemaligen Dorfgrundrisses oder einer allmählich gewachsenen Burgumgebung oder kirchlichen Niederlassung. Kunstgeübte Jahrhunderte im späteren Mittelalter und in der Renaissancezeit haben auf Grund dieser Unregelmäßigkeiten durch Bauen und Bilden, Abbrechen und Erneuern, Verändern und Ausgestalten jene schönen und anmutenden Stadt-, Platz- und Straßenbilder hervorgebracht, deren gänzlichen Verlust wir vermeiden möchten. Wenn mittelalterliche Baumeister neue Städte oder Stadtteile anlegten, so haben sie zwar stets ein regelmäßiges Straßennetz ausgesteckt, aber meistens dennoch die Abwechslung und Gruppierung herbeigeführt, auf welchen die künstlerische Erscheinung beruht. Die Unregelmäßigkeiten, Abwechslungen und Gruppierungen nicht in allgemeiner Gleichmacherei untergehen zu lassen, ist unser Bestreben.

Man darf nicht gekrümmte alte Straßenzüge, gekrümmmt in ihrer Hauptrichtung und oft abweichend davon gekrümmmt in den Hausfluchten, dadurch verbessern wollen, daß man die Richtungen und Fluchten begradigt: daß man die seitlichen Höhlungen ausfüllt und alle Buckel abschneidet. Ebenso wenig darf man glauben, dem Verkehr dadurch nützen zu müssen, daß man alle Erhöhungen abträgt und alle Senkungen anhöht. Wohl verdient das Verkehrsbedürfnis volle Berücksichtigung. Der Verkehr bedarf aber keiner mathematisch gerader Linien. Er bedarf der nötigen Breitenentwicklung unbedingt und der Ermäßigung der Steigungen soweit als tunlich ist, ferner aber der Übersichtlichkeit. Die Übersichtlichkeit des Verkehrswegs ist das Wichtigste. Nun ist aber eine Straßenfläche bei leichter Krümmung ihrer Richtung und bei leichter Muldenform ihrer Höhenlage übersichtlicher als

bei völlig gerader Richtungs- und Gefällslinie. Im letzteren Falle verdecken die vorderen Gegenstände die hinteren weit mehr, als bei der schlanken Bodenform, welche veranlaßt, daß die vorderen Gegenstände sich gegenüber den hinteren verschieben und so nicht bloß ein reicheres Straßenbild an sich gewähren, sondern auch den Verkehr übersichtlicher gestalten. In einer schwach gekrümmten Straße braucht der Kutscher eines Wagens sich nicht so oft zur Seite zu beugen, um den vor ihm liegenden Fahrweg zu überblicken, und das herrliche Bild leicht muldenförmiger langgedehnter Straßen, auf deren Fläche man, vom oberen Ende hinabschauend, den ganzen Verkehr an Menschen und Fuhrwerk klar ausgebreitet sieht, ist bekannt. Ich erwähne dies nicht, um gerade Straßen- und Gefällsrichtungen an sich zu bekämpfen; sie haben zweifellos ihr Gutes und ihre Berechtigung. Aber ein schwerer und leider oft begangener Fehler ist es, diese harten geraden Linien zwangsläufig einzuführen in die oft so reizvolle Unregelmäßigkeit alter Stadtteile. Auf die Durchführung gerader Flucht- und Höhenlinien ist, wenn Baulichkeiten von Wert geschädigt oder die Eigenart alter Straßenzüge gestört wird, unbedingt zu verzichten. Auf die Erweiterung alter Straßen kann man leider da, wo es der Verkehr und die Gesundheit des Wohnens erheischen, nicht verzichten. Aber auch bei Feststellung neuer Fluchtmöglichkeiten zur Erweiterung alter Straßen sind die gekrümmten Straßenrichtungen und Straßenwandungen nach Möglichkeit beizubehalten. Die Begleichung von charakteristischen Höhenunterschieden in den Straßenflächen ist, soweit diese Unterschiede mit den Verkehrsanforderungen in Einklang gebracht werden können, zu unterlassen.

Der zweite, vorhin erwähnte Gesichtspunkt, die Erhaltung der Geschlossenheit der Straßen und Platzwandungen bei gleichzeitiger Förderung des Verkehrs, beansprucht sehr große Aufmerksamkeit, und seine Befolgung stößt auf große Schwierigkeiten. Der Verkehr verlangt offenen Durchblick. Ohne dem offenen Durchblick, der weiten Perspektive das schönheitliche Moment an sich absprechen zu wollen, ist für das Straßen- und Stadtbild in der Regel die Geschlossenheit vorzuziehen, vor allem in mittelalterlichen Städten, auf die ja unsere Erwägungen besonders gerichtet sind. Öffnet die Gassen, ruft der Verkehrstechniker. Schließt den Rahmen, ruft der künstlerisch empfindende Beobachter. Wie der glänzende Fernblick charakteristisch ist etwa für eine moderne Stadt wie Paris, so sind die stets geschlossenen, stets wechselnden, intimen und eingerahmten Bilder der Stolz und die Schönheit unserer alten Orte. Diese dem neuzeitlichen Verkehr zu erschließen, ohne die alte Eigenart zu zerstören, ist eine schwierige Aufgabe, deren völlige Lösung überhaupt nicht möglich ist, da es sich eben um grundsätzlich sich entgegengesetzte Ziele handelt. Die Lösung besteht in Kompromissen, und zwar oft in Kompromissen von besonderem Reiz, wenn die künstlerische Gestaltungskraft die Herrschaft über die praktische Aufgabe gewinnt.

Einige Beispiele mögen die Aufgabe kennzeichnen. Von einer gekrümmten Straße ist eine neue Seitenstraße abzuzweigen. Legt man die Abzweigung an eine konkave Stelle der Straßenwandung, so entsteht ein Loch; legt man sie an eine konvexe Stelle, so ist die Lücke nicht allein weniger bemerkbar, sondern kann bei guter Gestaltung der Linien das Straßenbild wirksam bereichern.

Ein alter Straßenzug zeigt, weil zu verschiedenen Zeiten entstanden, oft stark gegeneinander versetzte Richtungen an den Kreuzungsstellen. Das Straßenbild ist dadurch in schöner Weise geschlossen. Für den durchgehenden Verkehr ist die Versetzung lästig, unter Umständen, zum Beispiel bei Durchführung von Straßenbahnen, unhaltbar. Dem Verkehrsbedürfnis kann man abhelfen durch vollständige, schräge Abschneidung der vortretenden Blockecken; diese vielverbreitete Art der Richtungsverbesserung zerstört aber das Schlußbild der Straßenstrecke. Erweitert man statt dessen die Fläche der von der einen in die andere Richtung überleitenden Kreuzungsstelle unter Erhaltung rechtwinkeliger oder annähernd rechtwinkeliger Blockecken, so hilft man dem Verkehr, ohne die Geschlossenheit des Straßenbildes zu zerstören.

Ein altes Stadttor im Mauerring bildet einen malerischen Straßenschluß, sperrt aber die Verkehrslinie. Dem Verkehr kann geholfen werden, indem man das Tor niederlegt; das ist in der Regel eine Barbarei. Auch dadurch, daß man das Tor mittels beiderseitigen Abbruchs der anschließenden Stadtmauer freilegt, um nicht bloß durch das Tor, sondern auch neben demselben verkehren zu können, kann man die Verkehrsaufgabe lösen. Aber das Tor verliert durch die Ablösung von der Stadtmauer einen Teil seines Wesens, und die durch den Mauerabbruch entstandenen Lücken beeinträchtigen die Geschlossenheit des Straßenbildes. — Noch empfindlicher wird die Beeinträchtigung, wenn etwa das Tor in Gebäudegruppen eingebaut ist und beiderseits freigestellt werden soll, wie es beispielsweise für den weißen Turm und den Lauferschlagturm in Nürnberg in Frage kam. Dort ist schließlich die vorzügliche, allerdings viel Kunstuübung und Geldaufwand bedingende Lösung gefunden worden, daß die genannten Tortürme nicht abzubrechen und nicht freizustellen, sondern innerhalb der Gebäudewand zu erhalten sind, während die an die Türme anstoßenden Baulichkeiten erneuert und im Erdgeschoß mit Durchgängen und Durchfahrten in dem für den Verkehr erforderlichen Maße versehen werden.

In Köln haben wir das Severinstor nicht bloß erhalten und wiederhergestellt, sondern auch ein anstoßendes Stück Stadtmauer nebst einem kleinen Teil des mit Bäumen bestandenen Walles stehen lassen und so wenigstens an einer Seite des Torturmes das geschlossene Bild geschont.

Aus München ist Ihnen der Abschluß des Marienplatzes durch das alte Rathaus, trotz seiner zahlreichen Verkehrsdurchbrechungen, bekannt. Und so könnte man noch viele, viele Beispiele anführen.

Am meisten leidet durch die Anbringung von Straßenöffnungen die Geschlossenheit alter Plätze. In Brüssel hätte man neben dem Rathause ein Haus, das Haus l'Etoile, abgebrochen, um die dort auf den Marktplatz mündende, sehr enge Straße zu erweitern. Die Lücke war für die sonst so herrliche Umrahmung des bekannten Platzes unerträglich. Der Bürgermeister Buls ließ deshalb das Haus wieder aufbauen, wandelte aber dessen Erdgeschoß in eine Durchgangshalle um. In Rom war eine breite Verkehrsstraße vom neuen Justizgebäude zur Piazza Navona geplant; die Ausführung würde in den geschlossenen Rahmen dieses aus einem antiken Zirkus entstandenen Platzes eine unheilbare Bresche gelegt haben. Buls war es, dem es durch einen Vortrag vor der römischen Stadtverwaltung gelang, das Unheil

abzuwenden: die gedachte neue Verkehrsstraße wird sich vor Erreichung der Piazza Navona in das Straßennetz verteilen.

Diese Beispiele zeigen, daß auch ohne Verletzung offenkundiger Verkehrsinteressen im Sinne der Denkmalpflege, dies Wort im weiteren Sinne genommen, verfahren werden kann, wenn nur mit Aufmerksamkeit und Empfindung eine künstlerische Lösung der gestellten praktischen Aufgabe gesucht wird. Wir dürfen deshalb ohne Zagen die Forderung aussprechen, daß die Geschlossenheit alter Straßen- und Platzwandlungen auch bei Festlegung der für den Verkehr erforderlichen Erbreiterungen, Richtungsverbesserungen und Durchbrechungen nach Möglichkeit zu schonen ist.

Unser Schlußsatz bezieht sich auf ein hierher gehöriges, viel umstrittenes Thema, die Freilegung monumentalier Bauwerke, und zwar auf den mit der Gestaltung des Straßennetzes zusammenhängenden Teil dieses Themas. Die Freilegungsabsichten einfach zu verwerfen, geht nicht an; sie können berechtigter Weise hervorgehen aus dem Verkehrsbedürfnis und aus ästhetischen Bestrebungen.

Verkehrsfreilegungen lassen sich nicht so leicht von der Hand weisen. Zu fordern aber ist, daß die Fernwirkung des Bauwerks nicht durch eine allzulange offene Sehlinie benachteiligt wird, daß die Punkte für die Beobachtung aus der Nähe nicht verloren gehen, daß endlich die Abmessungen der freien und bebauten Umgebung nicht über den Maßstab des Bauwerks hinausgehen. Das hier eingehender auszuführen, ist nicht der Ort. Liegt aber bei einer beabsichtigten Verkehrsfreilegung die begründete Befürchtung vor, daß einer der genannten drei Gesichtspunkte offenkundig verletzt wird, so muß verlangt werden, daß dem Verkehr, soweit als irgend möglich, eine Richtung angewiesen werde, die zu dem Bauwerk nicht in Konflikt tritt. Das zierliche Rathaus zu Löwen beispielsweise ist durch die in gerader Richtung auf es zielende Bahnhofstraße arg bloßgestellt worden: das hätte leicht durch eine geänderte Verkehrsrichtung vermieden werden können.

Bei einer nur zum Zwecke der Verschönerung vorzunehmenden Freilegung sollten die drei genannten Gesichtspunkte erst recht beachtet werden. Die Freilegung an sich ist nichts Schönes. Sie kann geboten oder erwünscht sein, wenn ein wertvoller Bauwerk eingekapselt und verhüllt ist von wertlosen oder nichtssagenden Baulichkeiten. Es kann aber auch sein, daß gerade die innige Verbindung und enge Umrahmung des Bauwerks mit den Häusern und Häuschen eines alten Stadtteils künstlerisch und geschichtlich von großer Bedeutung ist. Die Freilegung im letzteren Falle ist ein Fehler, der nicht immer vermieden wurde.

In Köln haben wir neben dem Chor und dem mächtigen Vierungsturm von Groß S. Martin eine Gruppe ziemlich verwahrloster Giebelhäuschen, die trotz ihres Zustandes in ihrer Eigenart und in der Unterordnung ihres Maßstabes unter die Bauformen der Kirche als unentbehrliche Teile des malerischen Gesamtbildes erscheinen. Sie werden des Verkehrs wegen nicht alle erhalten werden können: ich habe vorgeschlagen, sie in ähnlicher Form in etwas zurückliegender Linie wieder aufzubauen, wenn sie dem Verkehr oder der Baulosigkeit zum Opfer fallen. In Darmstadt war die Stadtkirche in sehr eingeengter Weise unschön umbaut: man hat deshalb zwar die Freilegung geplant, aber zugleich durch Wiederaufbau neuer, der Örtlichkeit angepaßter Baulichkeiten die Nachteile der zuweit gehenden Bloßstellung der Kirche

umgangen und ein schönes Gesamtbild erzeugt. Aus Stralsund kann man auf der Dresdener Städteausstellung einen Freilegungsentwurf sehen, der geeignet ist, Bedenken hervorzurufen. Die in der Weise des Mittelalters vom Marktplatz mittels einer Häuserreihe oder eines Häuserblocks abgetrennte Kirche soll durch Abbruch dieser Häuser mit dem freien Platz in Verbindung gebracht werden; es wäre von Wert, die ästhetisch-künstlerische Begründung dieses Vorhabens kennen zu lernen.

Im allgemeinen darf man wohl vor Freilegungsentwürfen aus Verschönerungsabsichten wenn nicht warnen, so doch zu großer Vorsicht raten. Wird die Verbesserung der Umgebung eines monumentalen Bauwerks als notwendig oder dringend erwünscht erkannt, so genügt in der Regel die bloße Freilegung, d. h. die Schaffung erweiterter Platzflächen um das Bauwerk, nicht; sondern außer der Niederlegung störender Gebäude wird zugleich die Aufführung geeigneter Neubauten und eine solche bauliche Ausgestaltung der Umgebung herbeizuführen sein, daß sie dem Hauptbauwerk sich unterordnet, mit ihm gute Gesamtbilder erzeugt und die erwünschten Betrachtungsabstände freiläßt, ohne durch übertriebene leere Räume das Bauwerk zu isolieren und das Stadtbild zu beeinträchtigen.

Es sollte mich freuen, meine Herren, wenn Sie sich mit unsren sechs, nicht bloß theoretischen, sondern auf Erfahrung beruhenden Leitsätzen einverstanden erklären könnten.

**Erster Korreferent: Geheimer Oberbaurat Professor Hofmann-Darmstadt:**

Hochverehrte Damen und Herren! Indem ich mich den Worten des Herrn Geheimrat Stübben in bezug auf den Städtebau voll und ganz anschließe, sei es mir in vorderückter Stunde gestattet, indem ich verspreche, mich recht kurz zu fassen, noch ein Gebiet zu berühren, das wohl auch in den Städtebau gehört, aber sich doch nur auf die ländlichen Ortschaften erstreckt: ich meine die Festlegung der Fluchlinien in kleinen Städten und Ortschaften, sei es in bezug auf ihre Erweiterung oder in bezug auf die Begradiung von Straßen.

Meine Herren! Wir in Deutschland sind beglückt, daß wir im Landhaus noch die urwüchsigen Vorbilder haben, von denen andere Nationen, wie die Engländer und Amerikaner, außerordentlich viel gelernt haben. Mit Entzücken begeben wir uns in die Sommerfrische auf das Land, nicht nur, um dort Landluft zu kneipen, sondern um uns auch anregen zu lassen und zu erfreuen an den schönen Ortsbildern, die wir dort genießen.

Nun brauche ich es vor dieser hohen Versammlung nicht auszuführen, daß man in diesen kleinen Städtchen überall beobachten kann, wo der Charakter der kleinen Ortschaft aufhört und wo die Charakterlosigkeit beginnt. Die Maler nehmen ja doch gerade die ländlichen Vorbilder in erster Linie als Vorwurf für ihre Aufnahmen, wenigstens doch viel mehr als die geraden Straßenzüge der großen Städte. Woran liegt das und woran liegt der Umstand, daß diese Städtchen und Dörfer so außerordentlich durch die neuzeitliche Entwicklung verbalhornt werden? Meine Herren! Es liegt nicht allein an den einzelnen Häusern, es liegt nicht allein an den vielen unglücklichen Bauausführungen der letzten Jahrzehnte, sondern auch zu einem gewissen Teil an der Festlegung der Fluchlinien, an dem Rahmen, in dem diese Bauwesen, seien es neue oder umgeänderte Gebäude, zu stehen

kommen. Wir Architekten wissen sehr gut, daß ein malerisches Ortsbild nicht von dem Firlefanz von kühnen architektonischen Zutaten, die eine Fassade hier und da aufweist, abhängt, sondern wir wissen, daß es auf die Gesamtgruppierung in dem Rahmen ankommt, in den die verschiedenen Baukörper zueinander gebracht werden.

Meine Herren! Betrachten wir einmal die Sache praktisch, wie es eigentlich kommen kann, daß die Fluchlinienfestlegung in derartigen kleinen Ortschaften so auf Abwege geraten kann. Wenn man in der Verwaltung steht, so weiß man ja, daß dies hauptsächlich von der Selbstverwaltung herröhrt. Man muß sich nun einmal sagen: wie entstehen denn solche Fluchlinien in den kleinen Ortschaften? In dem Gemeinderat sitzt ein Bauunternehmer, sitzen Handwerksleute, die haben von der Hochstraßenweiterung in Köln, von den Straßendurchbrüchen in Frankfurt und anderen Orten gehört, haben sie auch gesehen und haben nichts eiligeres zu tun, auch in ihrem Gemeinderat Anträge zu stellen, um in ihrer Ortschaft beglückend einzugreifen. Es wird ein Beschuß herbeigeführt, diese und jene Straße zu verbreitern, ohne daß eigentlich zwingende Verkehrsverhältnisse vorliegen. Dieser Beschuß wird dem Kreisamt oder Landratsamt unterbreitet. Es treten Reklamationen gegen den Plan ein; diese werden von den Lokalbehörden oft abgewiesen, und der Bebauungsplan wird der vorgesetzten Behörde, dem Ministerium, unterbreitet.

Es sei mir gestattet, nur zwei Beispiele anzuführen. Ein kleines Städtchen in Starkenburg hat einen Fluchlinienplan festgelegt, in dem eine neue Straße vom Bahnhof nach dem Friedhof in gerader Richtung geplant war. Dieser Straßenzug durchschnitt einen alten Bauernhof — der gerade kein Kunstwerk, aber ein charakteristischer, in Fachwerk erbauter Bauernhof ist — derart, daß das alte Wohnhaus, das bereits in drei Generationen derselben Familie angehört, auf der einen Seite liegen blieb, die Kuhställe und die Scheuer auf der andern Seite. Der Besitzer war Mitglied des Gemeinderats, hatte gegen diesen Unsinn Beschwerde erhoben und war nicht durchgedrungen, durch alle Instanzen war er abgewiesen worden. Dieser Bebauungsplan lief im Ministerium ein, ein Referent wurde zur Verhandlung an Ort und Stelle geschickt, und es fiel den Bauernleuten wie Schuppen von den Augen, als sie erfuhren, was sie eigentlich dort für ein Unheil angerichtet hatten, auch die Verwaltungen, die damit zu tun gehabt haben, kamen zu der Überzeugung, daß der Plan doch eigentlich eine unnütze Härte enthielt, denn 20 Meter neben dem geplanten Straßenzug konnte man durch die schönsten Obstgärten diesen ungehindert festlegen.

Das ist nur ein kleines Beispiel, meine Herren. Daß selbstverständlich dort eine Änderung eintrat, brauche ich nicht weiter auszuführen.

Von einem Städtchen in Rheinhessen lief vor wenigen Jahren ein Bebauungsplan beim Ministerium ein, in dem nicht weniger als 78 Häuser angeschnitten wurden, derart, daß in drei Straßenzügen, die in der Nähe der Stadtkirche lagen und vor dem Rathaus vorbei liefen, die Straßen um  $\frac{1}{2}$  Meter bis 2 Meter verbreitert wurden. Natürlich gab es eine Anzahl Reklamationen, darunter von einem Bierbrauer, dem seine ganze neue Brauerei mit den Kelleranlagen um etwa  $1\frac{1}{2}$  Meter beschritten wurde. Ein Referent wurde damals vom Ministerium dorthin geschickt, um der Gemeinde doch einmal Vorhaltungen zu machen, wie sie dazu käme, derartige Eingriffe in

den Bestand ihres schönen historischen Städtchens vorzunehmen. Ja, meine Herren, die Gemeinde hatte das gar nicht gewollt, das Kreisamt hatte eine Verfügung erlassen durch einen jungen Amtmann, der hatte der Stadt gesagt: Ihr müßt doch endlich einmal Ordnung schaffen in eurer Stadt (Heiterkeit), ihr müßt doch endlich einmal die Fluchlinien festlegen, damit, wenn da einmal ein Haus abbrennt, man weiß, wo man daran ist. Meine Herren! Das ist doch ein Unfug. Hier hatte also die Verwaltungsbehörde, leider gestützt auf ungeschickte gesetzliche Vorschriften, die nur Straßen von gleicher Breite kennt, in gutem Glauben der Stadt einen Dienst zu erweisen, diese aufgefordert, die betreffenden Fluchlinien festzulegen, und fragt man sich, wer diese Aufträge ausführt? Heute noch in ganz Deutschland — fast niemand anders wie die Geometer (sehr richtig!), Leute, die gar keinen Dunst von dem architektonischen Aufbau haben (sehr richtig!), Leute, die uns rote Linien auf das Papier zaubern, mit denen man gar nichts anfangen kann. Wir sind doch heute so weit mit der Erfahrung nicht nur auf dem Gebiete der Denkmalpflege, sondern auch mit der Wertschätzung und Analisierung der künstlerischen Momente im Städtebau, daß jetzt an mehreren Hochschulen über dieses Thema gelesen wird. Wir sollten durch die Anschauung der Städte so viel in uns aufgenommen haben, daß wir wirklich mit allen Mitteln gegen die noch herrschende Verballhornung Front machen müßten und zwar alle Behörden auffordern, daß diese Geschäftsgebarung, in der der Keim der ganzen verfehlten Richtung liegt, einmal beseitigt wird. Meine Herren! Fast in allen deutschen Bundesstaaten ist es bis heute noch üblich: wenn ein Bebauungsplan aufgestellt wird, so hat in erster Linie das Katasteramt oder der Ingenieur, der die Straßenunterhaltung und den Straßenbau in Händen hat, die Fluchlinien festzusetzen. In letzter Linie kommt man erst dazu, auch einen Architekten zu fragen. Wir wissen doch genau, daß man keinen Bebauungsplan aufstellen kann, ohne daß man sich ein Bild über den Aufbau macht. Wir lassen doch auch die Grundrisse zu unsrern Häusern nicht von den Geometern anfertigen. (Heiterkeit.) So ist doch jede Stadt auch ein Kunstgebilde, dessen Erscheinung nicht nur vom Lageplan abhängt, sondern auch von dem Aufbau, und, meine Herren, es ist deshalb nötig, daß in erster Linie die Architekten die Bebauungspläne aufstellen müssen und zwar nicht nur in Grundrissen auf dem Papier, sondern es ist dringend nötig und wir betätigen das wenigstens in Hessen jetzt, daß, wo derartige Veränderungen vorgenommen werden, diese auch oft mit perspektivischen Straßenbildern belegt werden. Meine Herren! Erst wenn diese Bestrebungen verallgemeinert sind, dann wird auch von einer künstlerischen Pflege der Städte und Ortschaften die Rede sein können. Es ist Gott sei Dank in neuerer Zeit jetzt ja eingeführt worden, daß in München durch Kollegen Hocheder, in Stuttgart durch Kollegen Fischer, in Aachen durch Kollegen Henrici und in Berlin durch den Herrn Landesbaurat Kollegen Göcke, auch in Darmstadt von Kollegen Pützer Vorlesungen über Städtebau gehalten und die Staatsbaukandidaten darin auch geprüft werden.

Wir haben nun, meine Herren, um den Übelständen, die ich Ihnen mitgeteilt habe, zu begegnen, folgendes Verfahren eingeschlagen und ich bitte es nicht als Unbescheidenheit auszulegen, wenn ich wieder einmal vom eigenen Heimatlande, von Hessen spreche. Sämtliche Verwaltungsbeamten, alle Baubeamten des Landes sind nach Darmstadt eingeladen beziehungsweise

dienstlich dort hinberufen worden, um drei Vorlesungen von je zwei Stunden von Professor Pützer zu hören, um wenigstens über die wichtigsten künstlerischen Gesichtspunkte der Stadterweiterung oder der Festlegung von Fluchlinien in bestehenden Städten und Ortschaften Kenntnis zu erhalten. Außerdem wurde aber eine Verfügung erlassen, daß kein Bebauungsplan im ganzen Lande mehr von einem Geometer gefertigt werden darf (Heiterkeit und lebhafter Beifall), und daß die Bebauungspläne sämtlich von Hochbauern aufgestellt werden müssen. Da wir ja wissen, meine Herren, daß auch unsere eigenen Kollegen auf diesem Gebiet nicht so überall zu Hause sind, wie man es wünschen möchte, namentlich dann, wenn sie sich schon in älteren Jahren befinden (Heiterkeit), denn man kann den älteren Bauinspektoren nicht zumuten, daß sie sich noch hinsetzen und Städtebaustudien treiben, es fehlt bei ihrer sonstigen dienstlichen Inanspruchnahme auch die Zeit dazu, so stehen den betreffenden Herren doch meistens geübte jüngere Kräfte zur Verfügung, die solche Aufgaben bearbeiten können. Wir haben auch nichts dagegen und begrüßen es, wenn die Gemeinden sich der Mitwirkung von tüchtigen Privatarchitekten bedienen. Ich mache darauf aufmerksam, daß beispielsweise Professor Architekt Metzendorf in Bensheim, in Heppenheim und in Auerbach an der Bergstraße musterhafte Bebauungspläne und hervorragende Landhäuser mit wunderbaren Straßenbildungen geschaffen hat.

Nicht genug damit, daß die Hochbauer nun auch diese Fluchlinien festlegen, sondern wir haben die Anordnung getroffen, daß, ehe der Gemeinderat einen Beschuß faßt, der vorerst in Beistift dargestellte Plan von dem betreffenden Verfasser unter vorläufig stiller Beratung der Bauabteilung des Ministeriums unterbreitet wird. Wenn derartige Bebauungspläne nun einlaufen und in irgend welcher Weise zu beanstanden sind, so begibt sich ein Referent vom Ministerium an Ort und Stelle, prüft die Angelegenheit in der betreffenden Ortschaft, hält eine Gemeinderatssitzung ab, wenn er auf Schwierigkeiten stößt, und auf diese Art und Weise wird das Projekt festgelegt, ohne daß die Gemeindeverwaltung darin eine Bevormundung erblicken könnte.

Meine Herren! Wenn ich sagte, daß man ein solches Verfahren in kleinen Verhältnissen leicht ausführen kann, so glaube ich, daß auch in großen Staatswesen durch Anstellung geeigneter Hilfskräfte bei den Regierungen als besondere Referenten und Berater für den Stadt- und Landbau es wohl möglich wäre, den Gemeinden einen großen Dienst zu erweisen und wenn ferner nur diese Referenten, oder die Lokalbaubeamten oder anerkannt tüchtige Privatarchitekten mit der Aufstellung der Bebauungspläne betraut, sowie in wichtigen Fällen etwa auch die Denkmalpfleger oder die Architekten- und Ingenieurvereine beratend hinzugezogen würden. Meine Herren! Was in dieser Beziehung gesündigt wird, ist kaum zu übersehen. Wenn man im öffentlichen Leben steht und einen Blick auf die oft stumpfsinnig hergestellten Bebauungspläne wirft, so ist es einem unverständlich, wie derart chinesische Zustände in Deutschland bis heute noch bestehen können. Es kann einem das Herz bluten, wenn man sieht, wie unsere schönen Städtchen und Ortschaften sich in der unvorteilhaftesten Weise erweitern und in ihren alten Teilen durch sogenannte „Verbesserungen“ die unglücklichsten Veränderungen erleiden.

Es sei mir deshalb gestattet, an Sie die freundliche Bitte zu richten, in Erwägung zu ziehen, ob es nicht angezeigt wäre, daß zu den eingehenden Leitsätzen, die Herr Kollege Stübben aufgestellt hat und die ich allerdings erst in den letzten Tagen zu Gesicht bekommen habe, ein Zusatz gemacht würde — ich glaube, Herr Kollege Stübben wird nichts dagegen haben, wenn ich den Vorschlag mache —, der etwa so lauten könnte: In malerischen Städten und Ortschaften mit langsamer Entwicklung ist die Veränderung von Straßenwandungen durch Festlegung von Fluchlinien nach Möglichkeit zu verhindern. Ist eine Veränderung als dringend erkannt, so empfiehlt es sich, von Fall zu Fall unter Hinzuziehung von bewährten Sachverständigen vorzugehen.

**Zweiter Korreferent: Hofrat Professor Dr. Gurlitt-Dresden:**

Meine Herren! Ich möchte nur von dem sprechen, was wir etwa schon als positive Leistung nach der angedeuteten Richtung haben.

Zunächst möchte ich an meine Kollegen von der Inventarisation die Aufforderung richten, daß wir bei der Inventarisation das städtische Wohnhaus näher berücksichtigen — ich habe es in fortschreitender Weise getan —, daß wir dabei uns nicht von dem Gesichtspunkt leiten lassen, ein Haus nur dann in der Inventarisation zu erwähnen, wenn es in seiner Form etwa sich wesentlich über andere erhebt, sondern daß wir die Ehre, die gewissermaßen in der Inventarisation und in der Nennung in dem Verzeichnis der Denkmäler liegt, einer möglichst großen Reihe von Gebäuden, namentlich auch solchen Gebäuden von typischer Form, zu teil werden lassen. Dadurch werden wir erreichen, daß in den Gemeinden die betreffenden Gebäude eine viel höhere Wertung erfahren, und wir werden dadurch auch den Behörden eine Handhabe darüber geben, welche Gebäude etwa einen besonderen Schutz zu erfahren haben. Das wäre etwas, was wir ja sofort in unseren Inventarisierungen durchführen könnten.

Eine zweite für mich wichtigere Frage bei der Erhaltung des städtischen Wohnhausbaus scheint mir die Einflußnahme auf die Erhaltung alter Häuser in ihrer ästhetischen Wirkung, auf die Umbauten, welche sich vollziehen namentlich bei Ladeneinrichtungen, die ja in den meisten Fällen nicht zu verhindern sind. Denn es ist, wenn man nicht viel Geld in der Tasche hat, außerordentlich schwer, jemand zu bewegen, daß er auf einen vermeintlichen oder wirklichen Vorteil in der Ausnutzung seines Grundstückes verzichtet. Ferner könnten wir auf das Schilderwesen einen Einfluß gewinnen. Es ist das Firmenschild zu einer waren Seuche für unsere Häuser geworden. (Sehr wahr!) Wenn wir hier untereinander verhandeln, so ist ein ersprießliches Wirken nur dann möglich, wenn immer bloß einer redet. Wenn man jemand durch eine Aufschrift auf eine Sache aufmerksam machen will, so wird diese Aufschrift ebenso gestört durch eine daneben befindliche ebenso große und ebenso laute Aufschrift, wie wenn hier zwei Redner zu gleicher Zeit sprechen wollten. Es ist im allgemeinen ein Irrtum der Kaufleute, daß sie glauben, daß sie durch das Überbieten der Aufschriften ihre Sache fördern. Im Gegenteil, sie haben es dahin gebracht, daß nun auch die riesigsten Firmenschilder im Grunde genommen nicht mehr gelesen, nicht beachtet werden. Nun wäre es, wenn wir nach so vielen Beziehungen die Hygiene angerufen

haben, doch wahrlich einmal der Mühe wert, auch die Hygiene der Augen der Berücksichtigung zu empfehlen und dahin zu wirken, daß die infamen Beleidigungen, denen das menschliche Auge ununterbrochen ausgesetzt ist, verhindert werden. Sehen Sie sich das Haus zur Hohen Lilie hier in Erfurt an, ein Prachtwerk ersten Ranges als Fassadenkomposition (Zuruf: Stockfisch!) — ja wohl — auch das Haus zum Stockfisch und wie sie alle heißen. Es ist doch ein wahrer Skandal, daß in einer Kulturstadt ein Privatmann sich erlauben darf, ein künstlerisches Denkmal, welches allgemeiner geistiger Besitz ist, in dieser jämmerlichen Weise zu verhunzen. (Beifall.) Da sollte doch die Gesetzgebung eingreifen, und, obgleich ich der letzte bin, der immer nach der Polizei schreit, so meine ich doch, daß die Beleidigung des andern durch augenfüllige Reklameschilder verhindert werden könne. Ein Stadt wie Leipzig hat eine Fülle von schönsten alten Fassaden, die nur derjenige beobachten kann, der sich die Mühe gibt, mit Architektenaugen durch die Firmenschilder hindurch zu sehen und sich die Fassade wieder zu rekonstruieren. Da muß ich hier sagen, was ich schon früher Männern der Leipziger Verwaltung wiederholt gesagt habe: Wenn einmal der König oder der Kaiser bei Euch einzieht, und Ihr wollt die Stadt wundervoll dekorieren, dann befehlt nur, daß in den betreffenden Straßen einmal die Firmenschilder abgenommen werden, dann habt Ihr eine so herrliche Stadt, daß alle darüber erstaunt sein werden. (Beifall.) Also das wäre etwas, worauf wir hinwirken könnten. Es wäre vielleicht empfehlenswert, daß wir in der nächsten Tagung uns zu bestimmten Leitsätzen über die Behandlung der Firmenschilder in alten Städten vereinigen und daß wir dann versuchen, durch Abgabe dieser Leitsätze auf die Städte und auf die Regierungen einzuwirken. Es wäre vielleicht noch für die nächste Sitzung vorzubehalten, daß die uns heute aufgestellten Leitsätze noch weiter durchgebildet werden. Dann sollten wir sie wieder, wie wir es früher mit unseren Beschlüssen getan haben, an möglichst viele Behörden senden, an solche, die Einfluß haben, so daß die Stadtverwaltungen doch Kenntnis erhalten von den hier verhandelten Dingen. Wenn auch solche Aktenstücke gewöhnlich in den betreffenden Aktenfaszikeln verschwinden, so liest sie doch der oder jener Stadtrat oder Bürgermeister. Bei dem allgemein so ausgeprägten guten Willen der Stadtverwaltungen und bei dem intensiven Streben, das wir auch in der Dresdener Städteausstellung gesehen haben, innerhalb der Städte das Beste zu leisten, können wir mit Zuversicht hoffen, daß, wenn auch nicht mit einem Schlag, so doch nach und nach ein Wandel nach der hier angedeuteten Richtung in unseren Städten geschaffen wird.

#### **Debatte:**

Herr Professor Frentzen-Aachen: Meine Herren! Ich werde Sie nicht lange aufhalten, möchte aber darauf hinweisen, daß wir uns heute bei Besprechung der Fluchlinienpläne nur in der Horizontale des Städtebildes bewegt haben, daß aber unsere Denkmäler unbedingt auch eines Schutzes in bezug auf die vertikale Umgebung bedürfen. Es liegt bei der Schaffung des Städtebildes, wie ja vorhin schon hervorgehoben wurde, nicht nur daran, im Fluchlinienplan den Grundriß festzustellen, sondern es handelt sich auch um den späteren Aufriß, und da möchte ich Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, daß der Aufriß unserer Städtebilder in neuerer Zeit mehrfach in bedenklicher

Weise gefährdet wird. Ich weiß eine Reihe von Fällen, wo typisch gewordene Bilder von Marktplätzen direkt dadurch geschädigt wurden, daß infolge der Breite des Platzes den Eigentümern anliegender Häuser die Gelegenheit gegeben ist, die bisher in historischer Tradition eine Höhe von zirka 12 Meter aufweisender Häuser auf einmal auf die Höhe von 22 Meter zu bringen. Es tritt plötzlich jemand nach Zukauf zweier bescheidener und in ihrer Bescheidenheit wirkungsvoller Nachbarhäuser zu seinem Besitz mit dem Plane hervor, aus diesen drei Häusern, die, wenn auch nicht architektonisch bedeutende, aber historisch gewordene Fassaden hatten, die in das Bild hineinpaßten, einen Kasten aus Eisen und Spiegelglas zu errichten. Die Baupolizei ist dann genötigt, die Genehmigung dazu zu erteilen, weil der Platz eine größere Breite hat.

Ich möchte beantragen, daß wir praktisch an die Sache herantreten. Es muß für unsere Denkmäler, es muß für unsere alten Rathäuser und architektonisch schönen Kirchen eine gesetzlich festgelegte Schutzzone geschaffen werden. Es muß in den gesetzlichen und baupolizeilichen Bestimmungen darauf hingearbeitet werden, daß innerhalb eines bestimmten Umkreises, den die Bildmäßigkeit bestimmt, nicht ohne Rücksichtnahme auf benachbarte wichtige Denkmale jeder nach Belieben wirtschaften kann. Wir schneiden mit unseren baupolizeilichen Bestimmungen schon so tief in das Eigentumsrecht ein, daß auch wohl diese Gründe maßgebend sein können, um derartige Eingriffe zu rechtfertigen, und ich glaube, alle unsere Fluchtlinipläne und all unser Fluchtlinienschutz helfen nichts, wenn nachher auf Grund der bestehenden Fluchtliniens derartige Scheußlichkeiten zutage treten.

Referent Herr Geheimer Baurat Stübben-Köln: Meine Herren! Die Ausführungen der drei Redner geben mir nur zu wenigen Bemerkungen Veranlassung.

Zunächst erkläre ich mich gern mit dem Vorschlage des Herrn Geheimrat Hofmann einverstanden, bezüglich der kleinen Orte und Dörfer einen Leitsatz einzufügen. Es wird vielleicht zweckmäßig sein, ihn nicht an den Schluß zu setzen, wohin er organisch nicht recht paßt, sondern vielleicht zwischen 3 und 4, und ihn dann vielleicht auch so zu redigieren, daß er in den Gedankengang hineinpaßt.

Die Äußerungen des Herrn Professors Gurlitt geben mir Veranlassung, bezüglich der Inventarisation unserer Baudenkmäler einen Wunsch zu äußern, den ich auch an anderer Stelle schon einmal geäußert habe, nämlich den, daß man die alten Stadtpläne und Ortspläne, die in den Büchern nur der Orientierung halber enthalten sind, auch als solche in diese Werke aufnehmen und kurz besprechen möchte, ich meine, daß man solche Grundrisse von alten Städten — es brauchen nicht ganz alte zu sein, Städte, die bis in das 18. Jahrhundert angelegt worden sind, oder Ortsteile, die von Bedeutung sind — in dem entsprechenden Maßstabe gezeichnet aufführt und die Aufmerksamkeit des Lesers darauf richtet, daß man also auch, kurz ausgesprochen, den Stadtplan mit zu einem Gegenstande der Inventarisation der Denkmäler macht, natürlich in dem beschränkten Sinne, in dem dieses durchführbar ist.

## Über die Erhaltung alter Straßennamen

### Bamberg 1905

**Referent: Museumsdirektor, Professor Dr. Meier-Braunschweig:**

Euere Königliche Hoheit! Meine Herren! Wenn ich um meine Meinung befragt würde, welchem „Denkmal“ einer beliebigen Stadt, die zu inventarisieren wäre, seiner ganzen geschichtlichen Bedeutung nach der Platz an erster Stelle gebührt, so würde ich ohne weiteres Besinnen sagen: dem Grundriß der Stadt mit dem Laufe ihrer Straßen, der Lage und Gestalt ihrer Plätze, dem Zuge der Stadtmauern. Denn die innere und äußere Geschichte einer alten Stadt findet eigentlich auch in dem prächtigsten Dom oder dem schönsten Rathause lange nicht in dem Maße ihren klaren und unzweideutigen Ausdruck, wie in dem Stadtplan, der eine Fülle von geschichtlichen Aufklärungen enthält. Man kann vielleicht sagen, der Grundriß einer Stadt ist die monumentalste Urkunde ihrer Geschichte, und man versteht eigentlich deshalb nicht, warum bisher eine umfassende Geschichte der Stadtpläne, namentlich des Mittelalters, das in erster Linie in Frage kommt, nicht geschrieben ist. Aber man begreift doch auch wieder diese Unterlassung, wenn man bedenkt, daß es sich bei dieser Arbeit darum handelt, sehr tief in die Geschichte jeder einzelnen Stadt einzudringen, und es auf der anderen Seite doch auch wieder nötig ist, eine möglichst große Fülle von solchen Einzeluntersuchungen anzustellen. Aber die Arbeit, die geschrieben werden muß, ist doch auch wieder eine ganz außerordentlich lohnende, und vielleicht darf man auf einem späteren Denkmalpflegetage auch einmal die Frage erörtern, ob denn nicht auch für die Erhaltung der alten Grundrisse in unseren Städten etwas getan werden kann, die bisher mehr oder weniger vogelfrei waren, und es wäre auch sehr zu wünschen, meine Herren, wenn in unseren Inventarisationen auf die Gestaltung und die Geschichte des Stadtplanes etwas mehr Gewicht gelegt würde.

Indes, das ist nicht mein eigentliches Thema heute. Es handelt sich vielmehr darum, die Erhaltung der Namen der alten Straßen ins Auge zu fassen, denn auch diese Namen sind bisher — darüber kann ein Zweifel wohl kaum bestehen — vogelfrei gewesen. Ein solcher Name aber, meine Herren, der ist nicht eine Etikette, die rein äußerlich auf eine Straße geklebt wird, wie eine Etikette auf eine Flasche Wein, die vielleicht einen ganz anderen Inhalt hat. Der Name ist fest verwachsen mit der Straße selbst, er ist entstanden aus ihrer Eigenart. Allerdings in heutiger Zeit — wir wollen ihr doch ja nicht unrecht tun — ist das nicht der Fall: aber es gilt unbedingt für die alten Straßennamen. Infolgedessen muß der Schutz, auf den ein jedes Denkmal Anspruch hat, auch auf diese Namen ausgedehnt werden, und damit ergibt sich ja schließlich auch wohl die Heimatberechtigung dieses Themas auf dem Denkmalpflegetage, und ich darf wohl daran erinnern, daß erst ganz vor kurzem auch in unserer Zeitschrift „Denkmalpflege“ ein ähnlicher Schutz der Sprachdenkmäler wie es da heißt, gefordert worden ist.

Auch der Name also einer Straße ist zu bewahren und zu beschützen, weil er eine wertvolle geschichtliche Urkunde ist. Ich will mich hier ausschließlich auf Straßennamen beschränken — genau dasselbe ist aber selbstverständlich der Fall bei den Namen von Brücken, bei den Namen

ganzer Stadtteile, bei den Namen schließlich auch der alten Ackerstücke, der Waldstücke, der Berge, Flüsse, Bäche usw. — und wie bedeutend der geschichtliche Wert dieser Straßennamen ist, möchte ich zunächst an zwei Beispielen klar machen aus meinem engeren Forschungsgebiete, an Beispielen aus der ehemaligen welfischen Residenz Wolfenbüttel. Hier befand sich in der Nähe des Residenzschlosses eine kleine unscheinbare Straße des Namens Lauenkuhle. Die Straße heißt aber seit 1896 Lauenstraße, und damit ist ein wertvolles geschichtliches Denkmal zerstört, ein kulturhistorisches Denkmal; denn wir wissen, meine Herren, daß Heinrich der Jüngere im 16. Jahrhundert sich Löwen durch Philipp den Großmütigen von Hessen kommen ließ, und wie etwa in Bernburg die Bären noch heutzutage gehalten werden als das Wappentier des Anhaltischen Fürstenhauses, so ist es auch hier in Wolfenbüttel der Fall gewesen; in der Lauenkuhle oder vielmehr in der Nahe dieser Straße war der Zwinger für die Löwen.

Sehr viel wichtiger ist aber das zweite Beispiel. Herzog Julius von Braunschweig, dessen Regierung in die Jahre 1568 bis 1589 fällt, wollte die Gründung seines Vaters, die kleine Stadt Wolfenbüttel zu einer bedeutenden Landesfestung und zu einer wichtigen Handelsstadt erheben. So hat er die alte Stadt zunächst erweitert durch eine neue Gründung, die nach ihm Juliusstadt genannt wurde. Er hat aber neben dieser erweiterten Stadt, die als Festung gedacht ist, auch eine mehr offene Vorstadt gründen wollen, wo der Handel frei sich bewegen konnte. Im Jahre 1579 hat er sogar ein Flugblatt ausgeschickt, das sich an den Adel von Böhmen, Österreich, Frankreich, Dänemark, England, Lothringen, Schottland, Sachsen, Bayern, Burgund, in den Niederlanden und im Kurfürstentum Mainz richtete, das heißtt, wie es in dem Flugblatte heißtt, an solche Nationen, die um ihrer Religion wegen beschwert wurden. Nun bestand damals ja noch nicht das, was wir unter Religionsfreiheit verstehen, und der Herzog selbst ist ein strenger Lutheraner gewesen. Aber er hat sich trotzdem auch, wie es gleichfalls in dem Flugblatt heißtt, an die Papisten und an die Calvinisten gewendet und sie zur Niederlassung eingeladen. Freilich, wenn er ihnen gewährte, daß sie ihrer Religion nachleben könnten, so wurde doch die Beschränkung ausgesprochen, daß sie für ihr Bekenntnis nicht Propaganda machen dürften und daß sie auch nicht eine Gemeinde zu bilden hätten. So ist denn diese Vorstadt, die an sich bereits im Jahre 1576 begründet ist, mit dem Namen „Gotteslager“ ausgestattet worden, also etwa: Niederlassung um Gottes willen, und ähnliche Gründungen, die auch den Namen Gottes in dieser Weise tragen, und zwar reformierte Ansiedelungen bestehen jetzt noch im nördlichen Hessen. Inzwischen begann aber zwischen dem Herzog und seiner ersten Stadt Braunschweig ein arges Zerwürfnis. Der Herzog, erbittert über den Widerstand der Stadt, suchte sie und ihren Handel vollständig zu unterdrücken, und nun tauchen ganz phantastische Pläne auf, die gerade bei einem so nüchtern und verständig denkenden Manne, wie Herzog Julius es war, ganz besonders auffallen. Es begann also der Plan ganz merkwürdig ins Ungemessene zu wachsen. Es sollten nicht weniger als zwölf Dörfer der Umgebung und vier Klöster in diese neue Stadt aufgenommen werden. Sie sollte an Größe Braunschweig weit übertreffen, und weil auch sie ja schließlich auf die Okerstraße angewiesen war, so hatte bereits der Herzog Julius den Gedanken, einen Kanal anzulegen, der um die Stadt Braunschweig herum-

ging und schließlich die Verbindung mit der Aller und Weser suchte. Dieser Plan, meine Herren, konnte nicht verwirklicht werden. In den ersten Anfängen blieb die Vorstadt stecken; auch, nachdem sie später wegen Erweiterung der Festungswerke hinausgeschoben wurde, blieb sie eine kleine, unscheinbare Vorstadt, die aber ihren Namen „Gotteslager“ auch an die neue Stelle mit hinaubernahm. Da war es im Jahre 1879, daß die Bewohner darum einkamen, den Namen ändern zu dürfen. Es war nämlich, weil lauter kleine Leute im Gotteslager wohnten, allmählich der Ausdruck „Gotteslagerscher“ von einem recht übeln Klang geworden. Freilich von diesem schlechten Ruf der Vorstadt war in dem Bittgesuch nicht weiter die Rede, sondern hier wurde ausgesprochen, da nun die Vorstadt jetzt gerade 300 Jahre bestanden hätte und eigentlich ihrem Namen nicht mehr recht entspräche, weil ja jetzt kaum noch die Gefahr wäre, daß die Lutheraner in dem Lande Braunschweig verfolgt würden, wäre es wohl an der Zeit, den Namen zu ändern, und indem sie vor allen Dingen darauf aufmerksam machten, welche Bedeutung der Herzog Julius für diese Vorstadt gehabt hätte, meinten sie schließlich, daß es dieser Bedeutung wohl entsprechen würde, wenn die Vorstadt den Namen Juliusstadt erhielte. Das ist denn auch in der Tat geschehen. Es fragt sich freilich, meine Herren, ob es denn nun der Pietät besser entsprach, wenn man den Namen des Herzogs auf die Vorstadt übertrug, der eigentlich an einem ganz anderen Teile von Wolfenbüttel haftete, oder wenn man den alten Namen Gotteslager, der ja so einzigartig ist, festhielt. Einige Jahre später wurde an der Stelle, wo das ursprüngliche Gotteslager gelegen hatte, ein Platz angelegt, und es fragte sich, wie er zu benennen wäre. Ich schlug damals vor, man sollte den alten Namen Gotteslager wieder einführen; aber die Stadtverwaltung entschied sich dafür, den Platz Herzog-Wilhelm-Platz nach dem letzten Herzog aus welfischem Stamme in Braunschweig zu nennen. So bestehen denn Lauenkuhle und Gotteslager nicht mehr für Wolfenbüttel.

Was lehren uns nun diese Beispiele? Zunächst einen völligen Mangel an geschichtlichem Sinn. Freilich ist solcher ja bei den kleinen Einwohnern — es handelt sich in beiden Fällen um solche — nicht zu suchen. Aber man hätte doch vielleicht erwarten können, daß die Behörden ihn besäßen oder daß sie sich doch wenigstens in dieser Richtung belehren ließen. Beim Gotteslager lag die Sache insofern noch ganz besonders eigenartig, als mit der Umnennung die tatsächlichen Verhältnisse nicht aus der Welt geschafft wurden; denn was ehemals ein „Gotteslagerscher“ war, das war in nächster Zeit ja natürlich ein „Juliusstädter“, und es fragt sich, ob die guten Einwohner nicht nächstens noch einmal darum einkommen, ihre Stadt anders nennen zu kennen.

Freilich, meine Herren, an sich ist ja eine Umnennung unter bestimmten Bedingungen nicht immer zu vermeiden. Wenn z. B. eine Straße in einen besonders übeln Ruf gerät, die Verhältnisse sich aber in ihr bessern, nun meine Herren, dann kann man es wohl den Leuten nicht verdenken, wenn sie mit der Änderung der Verhältnisse auch den alten Namen los sein möchten. So ist es z. B. der Fall in Dresden bei der Fischergasse, die jetzt die Brühl'sche Gasse heißt, oder in Hannover bei der berüchtigten Umkehr, die freilich jetzt den unschönen Namen Tivolistraße bekommen hat. Aber in Wolfenbüttel sieht es doch eigentlich so aus, als wenn ein armer Mann einen neuen Rock angezogen und schließlich vergessen hat, auch die Wäsche zu wechseln.

Bei der Lauenkuhle lag der Fall etwas anders. Hier war offenbar nur der Name Kuhle anstößig, man dachte vielleicht an die Schinderkuhle oder glaubte auch an das Grab erinnert zu werden. Aber schließlich hätte man ja auch vielleicht mit Löwengrube vorlieb nehmen können und sich dabei an Daniel erinnern lassen. Jedenfalls ist der Name Lauenstraße nur etwas halbes. Warum denn nicht Löwenstraße? Das hätte ja noch großartiger geklungen, hätte, möchte ich sagen, den Anforderungen der Neuzeit noch besser entsprochen. (Heiterkeit.)

Nun, meine Herren, liegt es mir gänzlich fern, auf die gute und von mir hochverehrte Stadt Wolfenbüttel irgendwie einen besonderen Angriff zu machen. Man kann nur sagen così fan tutte, es sind allzumal Sünder, und die Schuld der einzelnen Stadt wird erleichtert durch die Schuld aller anderen. Es ist, als wenn eine Seuche in ganz Deutschland und weit über die Grenzen Deutschlands hinaus Platz gegriffen hätte. In Italien z. B. liegt die Sache ja ganz ebenso, überall die gleiche Trostlosigkeit.

Erwarten Sie nun nicht von mir die Vorlegung eines umfassenden Materials. Ich fürchte, daß Sie bald den Vortrag verlassen würden, denn dieses Material ist ein ganz ungeheures. Ich habe mich deswegen nur auf einzelne Städte beschränkt und kann nur ein zufälliges Material ausschließlich aus Norddeutschland vorlegen. Aber die Sache liegt hier so, daß auch an wenigen Beispielen die Schäden, die überall bloß liegen, klargestellt werden können.

Ich erwähnte vorhin, daß besondere Verhältnisse dazu führen könnten, einen Namen, auch wenn er gut wäre, umzuändern. Das ist nun hier und da auch wohl sonst der Fall, wenn die Straße an sich nicht ungünstige Verhältnisse zeigt, sondern wenn der Name, sowie es unsere gute liebe Vorzeit gern hatte, etwas sehr derber Art war. Man bezeichnete vieler Orten eine ganz kleine Gasse mit dem Namen Kerbe und fügte, damit kein Zweifel bleibe, öfter noch ein Wörtchen davor. So ist denn eine derartige Straße schon 1775 in einer Verfügung des Landgrafen Friedrich II. in Kassel in Andreasgäßchen umgeändert worden. (Heiterkeit.) Diesem Schicksal ist derselbe Name in einigen anderen Städten glücklich entgangen. In Münster gibt es eine Arztkarrengasse und in Lüneburg nennt sich die betreffende Straße Harzkehrt. In der Tat aber haben diese Straßen weder mit dem Arzt noch mit dem Harz zu tun und ich bemerke, daß auch der lateinische Name ars hier nicht in Frage kommt. (Heiterkeit.) Aber die Herstellung des alten Namens, meine Herren, ist doch in diesem Falle einfach unmöglich (Heiterkeit), und wenn auch nur die Einwohner dieser beiden Straßen in Münster und Lüneburg über die Bedeutung des Straßennamens aufgeklärt würden, so würde die Folge davon sein, daß er tatsächlich vollständig verschwände und selbst unter diesem etwas durchsichtigen Schleier nicht mehr erhalten werden könnte.

Nun, ganz so schlüssig sind ja die anderen Straßennamen, die ich Ihnen hier nennen kann, nicht. Aber Anstoß haben auch sie erregt. So gab es in Bonn eine Saustraße; in ihr wohnte aber der Pfarrer, und so mußte sie sich denn gefallen lassen, in Marienstraße umgenannt zu werden. (Heiterkeit.) Anders verfuhr man in Quedlinburg. Da gab es auch eine Saustraße. Die verwandelte man in Schastrasse (Heiterkeit). obgleich es nach wie vor darin

tatsächlich weiter nichts zu sehen gab; es wurde eben nur der Schweinemarkt in der Straße abgehalten. (Heiterkeit.) Der Sauklint in Braunschweig wurde ähnlich in Südklint umgenannt.

Etwas anrüchig sind auch die Namen in Hildesheim gewesen: Halber Käse und Stinkende Pforte. Aber nehmen Sie einmal einen anderen Namen in Braunschweig: welche Ehefrau würde es wohl erlauben, daß ein Mann Wohnung suchte in der Ehebrecherstraße (Heiterkeit), und so heißt denn diese Straße jetzt Ehrenbrechtstraße. (Große Heiterkeit.) In diesem Falle würde selbst ich auch kaum dafür sein, den alten Namen wieder einzuführen. Selbstverständlich ist der Viehmarkt in Dresden Friedrichplatz geworden. Warum soll man aber nicht eine Entenpfütze in Dresden haben — sie ist umgenannt in Freiberger Platz — oder den Eselstieg in Hildesheim — jetzt Friesenstieg —? Auch im Flohhagen in Hildesheim zu wohnen oder in der Filzlaus in Kassel wäre doch schließlich nicht etwas unbedingt unmögliches. Ganz besonders lehrreich aber ist das Beispiel, das auch wieder in der Stadt Hildesheim vorliegt. Hier gab es nämlich drei eng benachbarte Straßen: Himmel, Hölle und Fegefeuer — das Fegefeuer wurde übrigens erst 1479 angelegt —. Da haben im Jahre 1850 die Bewohner der Hölle eine Eingabe gemacht. (Heiterkeit.) Die Welt schreite vorwärts, wie man allgemein sage, und diese altförmlichen Namen paßten sich der jetzigen Zeit nicht mehr an; sie glaubten nicht mehr an Fegefeuer und Hölle. Damals hat man noch glücklich die Änderung zu hintertreiben gewußt. Aber 1863 kamen sie noch einmal. Hölle, Fegefeuer und Himmelreich sind, so sagten sie, so absonderliche Namen für Straßen, daß sie unter den reisenden Handwerkern als Wahrzeichen für die hiesige Stadt gelten, und die dahier Geborenen sich in der Fremde Vexationen gefallen lassen müssen. Seit dem Katechismusstreite greife ein gleicher Zustand hier in der Nähe Platz usw. Damals war es nun nicht mehr möglich, die Änderung zu verhindern, obgleich der hochverdiente Senator Römer in Hildesheim folgendes ausführte: „Die Namen beider Straßen geben Zeugnis von dem Humor der Vorfahren, mit welchem dieselben selbst die zur Ängstigung der Gemüter bestimmten Vorstellungen behandelten, und jede alte Stadt vermag in Namen der Straßen, Plätze, Gebäude in ganz ähnlicher Weise wie hier Proben diesen gesunden Humors der Vorfahren aufzuweisen. Es ist in mehrfacher Beziehung wünschenswert, daß solche charakteristischen Eigentümlichkeiten alter Städte erhalten bleiben, und wo derartige Namen nach jetzigen Begriffen das sittliche Gefühl verletzen, kann darin zu einer Umwandlung dieser Namen ein genügender Grund nicht gefunden werden. Die Namen „Hölle“ und „Fegefeuer“ mögen auch noch jetzt zu scherhaften Äußerungen Anlaß geben, aber Anstoß können dieselben bei niemandem erregen, und am wenigsten kann daraus für die Anwohner dieser Straßen irgend ein Nachteil entstehen.“

Bei diesem Beispiel nun, meine Herren, erkennt man recht deutlich, daß es gar keine edlen Beweggründe sind, die im allgemeinen zu einer Änderung der Straßennamen Veranlassung geben. Von dem Mangel an geschichtlichem Sinn, der hier tätig ist, sprach ich schon. Es kommt aber noch mehreres hinzu. Da ist zunächst die Abneigung gegen alles Eigenartige, ja selbst gegen das Poetische, und zweitens auch bei den ärmsten Leuten der Wunsch heutzutage, in Straßen mit hochtönenden Namen zu wohnen. (Zustimmung.) Man könnte ja vielleicht anführen, daß solche Umnennungen von altersher

gebräuchlich gewesen seien. Aber darauf lassen sie mich erst später kommen. Im allgemeinen kann man wohl mit der „Norddeutschen Zeitung“ einer Meinung sein, die kürzlich ausführte, das Verfahren, das ich hier schilderte, stände zu dem vielfach unerfreulichen Anblick moderner Straßenanlagen in dem Verhältnis einer gewissen Stileinheit. Vor allem: Jede Gasse muß selbstverständlich Straße werden. In Erfurt gab es eine nur 4 bis 5 m breite Marstallgasse; seit aber der Bürgermeister in ihr die Wohnung genommen hatte, mußte daraus Marstallstraße werden. Die Hospitalgasse in Bonn wird Friedrichstraße, die Judengasse — das ist besonders bezeichnend — Tempelstraße. (Heiterkeit.) Aber die Umwandlung solcher Namen wie Junkersand in Erfurt, jetzt Junkerstraße, oder wie Spittelplatz und Spittelgasse, jetzt Hospitalplatz und Hospitalstraße — das klingt doch noch etwas völliger —, oder Löbergera in Erfurt, das heißt das Flüschen Gera, an dem die Gerber, die Löber wohnten, jetzt Löberring, oder Karthäuser Ufer, jetzt Karthäuser Ring, dann schließlich auch Andreas-Kirchhof in Hildesheim, jetzt Andreasplatz, in Hannover „An der Seelhorst“, jetzt „Seelhorststraße“, in Dresden ferner „Lämmchenweg“, der hinführt zu dem Vorwerk „Zum Lämmchen“, jetzt Blumenstraße und ähnliche Sachen —, alle diese Dinge zeigen doch tatsächlich: die Leute wollen möglichst über einen Kamm geschoren werden. Es muß alles Straße heißen, dann auch Platz und drittens Ring. Damit ist aber auch eigentlich alles erschöpft. Daß eine Straße enden kann auf stieg, kamp, weg, hagen, das gibt es nicht mehr, und, meine Herren, wenn man in einer bekannten Münchener Faschingszeitung aus diesem Jahre liest, daß auch die folgenden Straßennamen umgeändert werden sollen, nämlich daß aus Badergasse eine Friseurstraße wird (Heiterkeit) und aus Hebammengasse eine Storchstraße (Heiterkeit), dann empfindet man das überhaupt gar nicht mehr als Satire, denn solche Sachen kommen täglich bei uns vor.

Ich erwähnte vorhin schon jene Verordnung für Kassel vom Jahre 1775. Was ist da alles geändert worden! Da sind z. B. so vortreffliche alte Flurbezeichnungen: Kratzenberg und Höllenküppel — von Koppel — einfach beseitigt; aus Tannenküppel ist eine Tannenkuppenstraße geworden, ein direkter Unsinn. Nun hat damals der Landgraf Friedrich II., der katholisch war, namentlich die Namen von Heiligen hier verwandt, und die haben sich in der fast ausschließlich protestantischen Stadt nicht gehalten. Nur einige wenige sind auch jetzt noch vorhanden, und bei denen bedauert man das ganz besonders. Warum mußte die Krautgasse Bartholomäistraße, warum die Lumbgasse Kreuzstraße und warum der Ziegenstall Christophstraße werden? Das sind die Umnennungen, die jetzt noch bewahrt sind.

Im Jahre 1841 ferner ist eine große Verordnung in Zwickau losgelassen. Da sind nicht weniger als 22 alte gute Namen des Mittelalters geändert worden: Steinweg, Frauengasse, Tränkgasse, Scheergasse — erinnert an die Tuchscheererinnung —, Auf der Asch, Judengasse, Burggasse und wie sie alle heißen, Straßen, an deren Namen auch nicht die Spur von irgend etwas Anstößigem haftet.

Wenn man sich in diese Beispiele vertieft, dann wird man allmählich etwas mißtrauisch. Man zweifelt selbst in Fällen besserer Art daran, daß das wirklich lautere Beweggründe waren, die zu einer Änderung der Namen Veranlassung gegeben haben. Man fragt sich, ob tatsächlich die Pietät, der Patriotismus sich geregt haben. Allerdings scheint sich nämlich in die Lücke,

die durch den Mangel an geschichtlichem Sinn entsteht, der Lokal- und Nationalpatriotismus einzuschlieben: jede Stadt will ihr Kriegerdenkmal, ihr Kaiser-Wilhelm-Denkmal haben, und jede Stadt muß demgemäß auch ihre Kaiser-Wilhelmstraße und ihre Bismarckstraße haben. Nun, meine Herren, ich glaube, wir sind ja wohl gegen den Vorwurf, unpatriotisch zu sein, an sich geschützt: das, was wir hier seit Jahren vornehmen und erstreben, ist nichts anderes als Pietät und Patriotismus. Aber wenn ich irgend einen guten alten Namen tilge und nun die Straße auf ein Mitglied des Fürstenhauses oder auf einen großen Mann taufe, dann kommt mir doch die Legende in den Sinn, in der es heißt: „Crispinus machte den Armen die Schuh“ und stahl das Leder sich dazu..

Freilich, daß hier und da der Patriotismus, auch der lokale Patriotismus, wirklich tätig ist, das läßt sich ja nicht leugnen. Wenn z. B. in Braunschweig der alte Egidienkirchhof umgetauft wird in Spohrplatz, weil der bekannte Musiker dort geboren ist, oder wenn in Gandersheim die Straße Neuesdorf umgetauft wird in Bismarckstraße, dann liegt tatsächlich nichts anderes als dieser Beweggrund vor. Aber ich habe ja vorhin schon das Beispiel des Gotteslagers mitgeteilt. Man kann doch unmöglich glauben, daß wirklich Patriotismus die Leute dazu geführt hat, den alten Namen in Juliusstadt umändern zu lassen, und nun ist es kostlich zu sehen, welcher Taumel von Scheinpatriotismus diese guten Leute ergriffen hat. 1890 sind sie nämlich noch einmal gekommen, sie wollten auch ihre Straßen umgetauft haben, das sind nämlich drei sehr einfache Straßen, die eine hieß Vordere, die andere Mittlere und die dritte Hintere Straße. Die mußten aber nun umgetauft werden in Juliusstraße, Leopoldstraße und Ferdinandstraße, das heißt auf die Namen von drei Herzögen. Nun soll man sich vor allem die Mittlere Straße, die Ferdinandstraße, einmal ansehen: eine ganz kleine, minderwertige, fast nur von Hinterhäusern besetzte Straße. Der Herzog Ferdinand, der unter dem Namen des guten Herzogs bei uns in Braunschweig lebt, hätte vielleicht auch hierüber mit Milde hinwiegesehen. Aber, meine Herren, der Mann hat doch auch eine geschichtliche Bedeutung gehabt. Es ist doch der große Heerführer des Siebenjährigen Krieges gewesen, der Sieger von Crefeld und Minden, und ist denn das Patriotismus, wenn man nach einer derart bedeutenden Persönlichkeit eine so geringe Straße benennt!

Solcher Beispiele gibt es aber nun in ungeheurer Masse. In Braunschweig hatte man einen Stein- und Wendengraben, nach den benachbarten Toren genannt — jetzt Wilhelmstraße, in Hannover einen Heckengang — ein sehr niedlicher Name — jetzt Arnswaldstraße; in Dresden Am Schwarzen Tor und Vor dem Pirnaschen Schlag — jetzt Albertplatz und Albrechtstraße genannt, die Baderstraße — jetzt ein Teil der König-Johann-Straße. Es will sich eben jeder Anwohner einer solchen Straße recht billig in der Sonne eines derartigen Namens erwärmen. In Dresden ist die Sache deswegen besonders bedenklich gewesen, weil eine jede Vorstadt auch den Namen ihres geliebten Königs Albert führen wollte. So zahlte ich denn in dem Namenbüchlein von Dresden nicht weniger als 10 mal den Namen Albert oder Albrecht in Plätzchen, Straßen und Brücken. Schließlich war das natürlich gar nicht möglich, namentlich seit die Vororte eingemeindet wurden, und da ist denn wenigstens ein Teil dieser Straßennamen wieder getilgt.

Aber jeder Zweifel, meine Herren, daß es sich tatsächlich hier nicht um irgend einen Patriotismus handelt, schwindet doch wohl, wenn man bedenkt, daß in Weimar der Frauenplan, an dem Goethes Haus steht, in neuester Zeit Goetheplatz genannt worden ist. (Zuruf: Dummheit!) Man kann das nur als einen Unfug bezeichnen, wenn nicht vielleicht noch härtere Ausdrücke dafür am Platze wären. Aber als komisches Gegenstück möchte ich Ihnen doch auch mitteilen, daß in Dresden-Strehlen von zwei benachbarten Straßen die eine Hermann- und die zweite Dorotheenstraße (Heiterkeit) genannt wurde, und zwar ausgesprochenermaßen, um an das Epos unseres Goethe zu erinnern. Nun, vielleicht haben derartige Verirrungen das Gute, daß sie doch wieder auf den rechten Weg zurückführen.

Ein anderer Grund für moderne Umänderungen der Straßen ist der — etwas ähnliches sahen wir ja auch schon im Gotteslager —, daß die eigentliche Veranlassung für den alten Namen nicht mehr besteht. Zwei Beispiele aus Magdeburg. Das Stadtfeld, die alte Flur der Stadt, mußte, nachdem sie bebaut war, Wilhelmstadt heißen, und An der Wasserkunst — doch auch ein charakteristischer Name — mußte zu einem Teil des Fürstenufers werden. Aber bedenken Sie, wohin das führen müßte, wenn man sämtliche Straßen, die eigentlich ihrem Namen nicht mehr gerecht werden, umnennen würde. Nehmen wir z. B. Braunschweig: in der Jödden- und Friesenstraße wohnen jetzt keine Juden und Friesen mehr. Die Beckenwerker, Weber, Kannengießer, Karrenführer, Knochenhauer wohnen jetzt ebensowenig in den Straßen, die nach ihnen benannt sind; in den Hutfiltern werden keine Filzhüte mehr hergestellt, und in den Ölschlägern wird kein Öl mehr gepreßt. Der Ackerhof ist auch nicht mehr das, was der Name besagt, ebensowenig die Wüstewort, der Langehof, die Mauern-, Echtern-, Stoben- und Scharnstraße und wie sie alle heißen. Alle werden jetzt nicht mehr ihrem Namen gerecht.

Im Gegensatz aber zu dieser Meinung, man müßte da eine Umnennung vornehmen, möchte ich vorschlagen, daß man erst recht an dem Alten festhält. Je mehr die alten Verhältnisse geschwunden sind, um so sicherer zeigt doch der Name noch an, daß sie einst dort bestanden haben.

Besonders schmerzlich hat mich berührt, daß der Bureaucratismus, der ja hier eine ganz besondere Rolle spielt, nun auch moderne, aber echt volkstümliche, echt poetische Namen angreift. In Dresden entstand im Jahre 1865 als Abzweigung der Rosenstraße ein kleines Gäßchen, ein Sackgäßchen, das nannte man in wirklich treffender Weise Rosenzweig. Ich kann mir keine bessere Benennung denken; aber ein Jahr später wurde die Straße Bartholomaeistraße genannt. Eine zweite Straße in Dresden ging über in einen Weg der Dresdener Heide. Dort sind die Wege aber durch bestimmte Merkmale bezeichnet, und in diesem Falle war ein Q mit einem großen Schwanz daran die Wegebezeichnung, und so hieß die Straße Am Kuhschwanz. Na, das war natürlich auch die Veranlassung, daß sie möglichst bald in Forststraße umgenannt wurde.

Sie sehen, es sind recht wenige Städte, die ich Ihnen hier namhaft gemacht habe, aber ich glaube, es genügt im allgemeinen, um Ihnen daran klar zu machen, wie außerordentlich weit verbreitet und wie tief eingewurzelt diese Unsitte ist.

Es fragt sich nun: was ist gegen diese Seuche zu tun? Da möchte ich mich an die prächtige Übersetzung des alten preußischen Spruches *suum cuique in Reutors Franzosentid halten*. Da heißt es: holl wiss, wat du hast, un nimm, wat du kriegen kannst. (Heiterkeit.)

Zunächst muß mit aller Macht dagegen angekämpft werden, daß der Bestand unserer alten Straßennamen auch nur um ein Beispiel verringert werde, wenn nicht ganz besonders zwingende Gründe vorliegen. und jeder von uns, meine Herren, müßte sich bemühen, mit Wort und Schrift gegen diesen Unfug anzukämpfen, und für den Patriotismus und seine Betätigung bieten ja die neuen Straßen, die überall bei unseren Städten entstehen, ein durchaus geeignetes Feld. Nur dürfen sie freilich nicht die alten guten Flurnamen verdrängen und dafür eben möglichst klangvolle Namen einfügen.

Der Einwurf freilich, daß auch schon früher Umänderungen stattgefunden haben, ja auch schon im Mittelalter besteht zu Recht. Namentlich in Magdeburg ist ein ganz außerordentlicher Wandel zu verzeichnen. Eine Straße in Magdeburg hatte in ein paar Jahrhunderten folgende Namen: In der Hölle, Roßmühlenstraße, Auf der Höhe, Große Schindergasse, und jetzt Wallstraße. Aber, meine Herren, früher ist doch eine Benennung der Straßen nicht amtlich gewesen, sie ist volkstümlich entstanden, und sie wurde nicht gewissermaßen festgelegt. Auf der anderen Seite sind aber alle die alten Namen, wie sie auch heißen mögen, viel charakteristischer und ursprünglicher als unsere neuen, und außerdem, wenn ich die alte Zeit entschuldigen darf, muß doch auch gesagt werden: sie hatte eine sehr viel größere Fülle von solchen alten Namen, als wir. Wir müssen es hier ebenso machen, wie die Sibylle des Königs Tarquinius. Gerade das letzte, was noch übrig geblieben ist, muß ganz besonders hoch geschätzt werden.

Dieser erste Teil: halte fest, was du hast, ist ja sehr einfach zu erledigen. Etwas schwieriger gestaltet sich schon die Sache, wenn man das nehmen soll, was man jetzt noch bekommen kann. An sich ist eine Wiedereinführung von alten Namen sehr wohl möglich, aber, meine Herren, die müßte mit außerordentlichem Takt und mit großer Zurückhaltung geübt werden. Jede Altertumelei möchte ich hier ebenso verwerfen wie bei der Herstellung von unseren alten Denkmälern selbst. Gerade wenn aus alter Zeit bereits eine ganze Reihe von alten Namen für eine Straße überliefert ist — an welchen Namen soll man sich halten? Jedenfalls — und darauf möchte ich ganz besonders hinweisen — sollte man solche Umnennungen und Neubenennungen von Straßen nicht schlankweg am grünen Tisch machen, sondern erst wenn man die Sachverständigen gefragt hat, die Geschichtsvereine, die Archivare und ähnliche Herren, die da Auskunft geben können. Und zweitens ist zu bedenken: es kann auch ein junger Name schon geschichtliche Bedeutung bekommen haben, und es wäre sehr verkehrt, wenn man solchen nur deswegen, weil er jung ist, vertauschen wollte mit einem älteren. Ich möchte dabei eins erwähnen. In Kassel gab es eine Straße Bellevue. Die war entstanden im 18. Jahrhundert, ebensogut wie die Schlösser Sanssouci und Monbijou. Unter dem Beifall aber des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins ist dieser Name kürzlich in Schöne Aussicht verändert worden. Nun, da fehlt eben noch, daß wir statt Sanssouci sagten „Ohnesorge“.

Sehr viel schwieriger ist der Fall, wenn eine alte Bezeichnung jetzt noch gültig ist, aber durch eine allmäßliche Verwandlung fast unkenntlich

geworden, und auch hier ist ein Vergleich mit einem Bauwerk wohl am Platze, das durch häßliche Zutaten aller Art entstellt sein kann. Hier ist ein ganz besonderer Takt nötig. Namentlich schwer ist die Sache in Norddeutschland, soweit das Gebiet der niederdeutschen Sprache reicht. Gestatten Sie wieder einige Beispiele. In Quedlinburg gab es eine Dove Strate, das heißt also eine Sackgasse, eine taube Straße; die ist in neuerer Zeit in Taubenstraße umgenannt worden, wie auch die bekannte Straße in Berlin. Das sollte nun, weil es als töricht eingesehen wurde, geändert werden, und so hat man also aus Taubenstraße gemacht eine Dove-Straße. Das sieht aber so aus, als sollte sie auf den Namen des Historikers Dove oder eines anderen getauft sein. Ebenso liegt die Sache bei einer Quedlinburger Straße Pörschlippe. Die ist jetzt umgenannt worden — eine ganz neue Ümnennung — in Peterslippe, was eben doch Unsinn ist.

Nun aber andere Namen. In Hildesheim gibt es eine Eckemeckerstraße, das heißt ursprünglich eine Erchmeckerstrate, wo die Weißgerber wohnten. Erchmeckerstraße ist aber schon Unsinn, weil man doch wenigstens das niederdeutsche Strate haben müßte. Hier wird es am besten sein, das jetzige verderbte Eckemeckerstraße zu verwenden. Ähnlich steht es mit der Oltbüterstraße, das heißt Altflickerstraße, die ist natürlich Alte Petristraße geworden, aber die Rückkehr zu dem Alten ist auch hier unmöglich. In Braunschweig gab es einen Zylkendey, das heißt Schmollwinkel, jetzt natürlich verbalhornt in Ottilientheil. (Heiterkeit.) Hier ist die Frage sehr schwierig: was sollen wir da machen, und ebenso bei dem bekannten Meinhardtshof in Braunschweig. Der hieß ursprünglich Embershof, oder mit der Präposition im Embershof. Sollen wir das umändern? In Lüneburg gab es eine Straße: Ole Niestrate, die heißt jetzt Ohlingerstraße. Es geht einfach nicht, diese Namen ohne weiteres wieder herzustellen, und von der Harzkehrt und von der Artzkarrengasse habe ich ja schon gesprochen.

In anderen Fällen ist aber eigentlich doch kein Grund vorhanden, warum wir nicht schließlich auch einmal eine Rücktaufe möglich machen sollen. Ebenso gut, wie Zwickau im Jahre 1841 die 22 Namen kurzerhand tilgte, könnten wir doch einen Teil der alten Namen wieder zu Ehren bringen. So gab es in Braunschweig eine Straße: des Rikes strate, die alte Reichs- und Heerstraße; die ist schon im 17. Jahrhundert zur Reichenstraße geworden. Da fragt es sich doch, ist es nicht möglich, hier wieder das alte Reichsstraße einzusetzen?

Das Gesamtbild, das ich Ihnen eben geschildert habe, ist ein recht ungünstiges. Bureaucratismus, Unverständ und Pietätlosigkeit haben überall die Herrschaft angetreten. Dennoch ist aber die Lage nicht ganz so trostlos, wie es bei den Baudenkämlern war und zum Teil wohl auch jetzt ist. Ist einmal ein Bau beseitigt, meine Herren, so kann ihn keine Kunst wieder ins Leben zurückrufen. Das geht aber an sich bei einem Straßennamen. Und zweitens: Denkmalpflege kostet bekanntlich ebenso wie der Krieg Geld, und nochmals Geld, und drittens Geld. Hier aber genügen bloß ein paar Federstriche, um das Alte bei den Straßennamen wieder ins Leben zu rufen. Die Ansätze zu einer Besserung sind denn auch schon vorhanden und die möchte ich doch nicht unerwähnt lassen. Gerade je weniger es sind, um so mehr sind sie zu loben.

In Holzminden gab es eine halbmondförmige Straße, die Halbmondstraße genannt, die hieß eine ganze Zeit Friedrichstraße; erst in der neuesten Zeit hat sie den alten Namen wiederbekommen. In Dresden sind die alten eingemeindeten früheren Dörfer in 12 Fällen auch besonders mit Namen ausgezeichnet. Da lesen wir: Alt-Cotta, Alt-Kaditz und wie sie alle heißen. Die sollen also auch den Platz des alten Dorfes angeben. Vielleicht wäre da ein Cottaer Dorfplatz und ähnliches noch mehr am Platze gewesen. Aber wir wollen froh sein, daß doch im allgemeinen hierdurch das Richtige getroffen ist, und ganz besonders hat mich schließlich noch gefreut ein Beispiel aus der Stadt Altona. Da war auf dem Gebiet eines früheren Weges, der durch die Flur führte, eine neue Straße angelegt und die war bereits Hebbelstraße getauft. Ein Anwohner — man sieht es übrigens von der Bahn aus — hatte sein Haus mit einer bronzenen Hebbelbüste geschnückt, und war nun stolz, in dieser Straße wohnen zu können. Da haben aber die Gelehrten Einspruch erhoben und haben ausgeführt: „Wenn auch für die Namengebung von Straßen die praktischen Gesichtspunkte zunächst maßgebend sein sollten, so meine ich doch, daß, wo gute, vom Volk geprägte, historisch wertvolle Namen vorhanden sind, man sie nicht ganz ohne triftige Gründe preisgeben soll. Sie gehören auch zu den Imponderabilien, deren Wert für vaterstädtische Erziehung nicht zu unterschätzen ist. Daß der Name „Hebbelstraße“ in materieller Beziehung mehr Wert habe, wie „Langer Balken“ — das war der frühere Name der Straße —, ist nicht recht einzusehen. Der ökonomische Wert einer Straße wird nur durch reale Verhältnisse, nicht durch Namen bestimmt (Jungfernstieg, Reeperbahn sind Beweis genug). wohl aber ist es eine verdienstliche Tat einer Stadtverwaltung, schützend die Hand über den heimatlichen Boden — und seien es auch nur Namen — zu halten, sobald es, wie in diesem Falle, ohne materiellen Nachteil geschehen kann.“ Tatsächlich wurde nachher die Straße „Langer Balken“ genannt und „Hebbelstraße“ wurde getilgt, obwohl der betreffende Anwohner es sich recht viel Geld kosten ließ, daß man bei dem Namen „Hebbelstraße“ stehen blieb.

#### **Debatte:**

Herr Stadtbaurat Heimann-Köln: Königliche Hoheit und hochgeehrte Versammlung! Sie werden gewiß mit sichtlichem Interesse den Worten des verehrten Vorredners gefolgt sein. Ich möchte Ihnen hier etwas von Straßennamen vorzeigen. Im Volksmunde sind sie vielfach wohl geblieben, aber wie wenige Städte gibt es aus der alten Zeit, in denen die alten Straßennamen im Schilde oder im Stein sich noch erhalten haben! In Köln sind wir in der glücklichen Lage, einige solcher Verzeichnungen zu besitzen, und die bieten ein erhöhtes Interesse, weil sie nicht aus der Zeit stammen, wo Köln eine freie Reichsstadt war, sondern aus der Periode der französischen Herrschaft. Letztere setzte im Jahre 1810 die Straßennamen fest, meißelte sie in Steine und mauerte dieselben an den Ecken der Straßen ein. Bei dieser Gelegenheit wurden die alten Straßenbezeichnungen ins Französische übersetzt, soweit es direkt möglich war, 51 Straßen dagegen erhielten ganz neue Namen, und diese gründeten sich entweder auf die Machtstellung Napoleons, die Verherrlichung seiner Person und seiner Familie oder auf die damals namentlich durch Wallraf geförderten Studien über die römische Geschichte der Stadt Köln. Eine solche Straße nun war beispiele-

weise die Neugasse, sie wurde umgetauft in Rue Constantin. Hier sehen Sie die Pause der noch im Museum erhaltenen Inschrift.

Diese Benennungen der Straßen hielten nicht lange an, denn als im Jahre 1814 Köln unter die preußische Herrschaft kam, hatte der erste Stadtkommandant nichts schleunigeres zu tun, als die kaum angebrachten Straßenschilder zu entfernen oder sie umändern zu lassen, und so sehen Sie denn hier: durch dieselbe lapidare schön gehaltene Buchstabenreihe durchgeschrieben die spätere Bezeichnung: Neugasse am Rhein.

Wie diese Steine verschleppt werden, hatte ich noch letzthin Gelegenheit zu erfahren, als bei dem Abbruch eines im Anfang des vorigen Jahrhunderts errichteten Gebäudes in der Schildergasse man einen Stein fand mit der Inschrift: Rue des Vétérans; das ist eine von diesen neuen französischen Bezeichnungen, denn die Straße hatte ursprünglich die Bezeichnung Filzgasse, einen echt deutschen Namen. In dieser Zeichnung sieht man unten durch die „Vétérans“ durchgeschrieben in ganz minderwertigen Schriftzeichen den alten Namen „Filzgasse“, zudem noch in schlechter Orthographie mit Z und ss.

So haben wir der Straßenschilder noch mehr. Hier ist z. B. Porte des Coqs, darunter steht Hahnenpforte. Das interessanteste Beispiel aber besitzt ein spätgotisches Eckhaus Am Hof, in dieser großen Inschrift. (Demonstrierend.) Die Straße hieß früher „Unter Helmschläger“, eine richtige Bezeichnung nach den Handwerkern, die hier ihr Geschäft trieben. Sie wurde umgetauft zur französischen Zeit in Rue des Casquetiers — also wörtliche Übersetzung des alten Namens — und man setzte auch darunter: Unter den Helmschlägern. Später hat man sie Rue de l'université, Universitätsstraße benannt, was ebenfalls verzeichnet wurde. Als dann schließlich die Franzosen weggezogen waren, setzte man mitten in die Inschriften hinein: Am Hof, die noch heute bestehende Straßenbezeichnung.

So habe ich noch eine Reihe von Durchpausungen solcher alten Steine hier. Von der einen hier möchte ich noch etwas sagen. Es wurde vorhin mit Recht erwähnt, daß man alte Straßennamen sehr gern entfernen und durch neue ersetzen möchte. Es kann da auch einmal ein falscher Patriotismus mitspielen. Hier ist ein kleines Schild „Portique Sains Martin“, St. Martinspförtchen. Ein früherer Beigeordneter, der Techniker und Kind unserer Stadt ist — nicht der Herr Stübben — hat allen Ernstes in einer Konferenz angeregt, man solle dieses Schild entfernen, wir wären doch nicht mehr französisch!

Wie man später alles überputzt hat, und nur noch die Schriftzüge dünn beläßt, das führt Ihnen dieses Schildchen klar vor Augen. (Gereonsmühlengasse.)

Wer sich hierfür weiter interessiert — es liegt hier ein Schild, das einen etwas anzüglichen Namen hat, den ich nicht hier vortragen möchte —, der möge sich nachher die übrigen Zeichnungen ansehen.

Aus dem Vortrage des Herrn Dr. Meier geht auch hervor, daß es vielfach Geschäftsrücksichten und die Sucht nach Gewinn sind, die den Straßennamen zu Leibe gehen. Wir haben in Köln rund um die Altstadt eine fortlaufende Reihe von Straßen, die von alters her den Namen „Wall“ führen. Nicht alle Wälle hatten sich eines guten Rufes zu erfreuen, und

darum ist bei der Stadterweiterung auch derjenige, dessen Namen den schlechtesten Klang hatte, desselben verlustig geworden. Nur das Tor ist stehen geblieben, die Umgebung verschwunden. Nun kommt jetzt auf einmal eine Reihe von Bürgern und sagt: auch dem Namen „Pantaleonswall“ haftet etwas Anstoßiges an, wir werden dadurch in unseren Häuserwerten geschädigt und beantragen, die Straße umzutaufen. Noch ist keine Entscheidung gefallen. Ich hoffe aber, daß die Kölner Stadtverordnetenversammlung soviel Sinn für die geschichtliche Vergangenheit hat, daß sie dem Verlangen weniger Interessenten nicht statt gibt und dem Pantaleonswall seinen mehr als 500 Jahre alten Namen beläßt.

Herr Professor Dr. Paul Schumann-Dresden-Blasewitz: Königliche Hoheit! Meine Herren! Ich bin selbstverständlich durchaus der theoretischen Ansicht, die Herr Dr. Meier hier entwickelt hat, und stimme ihm vollständig bei, daß die alten Namen erhalten und wiederhergestellt werden müssen. Aber der Name meiner Vaterstadt Dresden ist hier so oft genannt worden, daß ich fest überzeugt bin, man wird glauben: da ist alles vertilgt worden, was von alten Namen noch da ist. Mindestens 12 mal habe ich den Namen von Dresden gehört.

Aber so liegt die Sache in Dresden nicht. Die Badergasse z. B. war eine Sackgasse von 3 m Breite. Es wurde eine Straße durchgebrochen von 20 m Breite, die 5 mal so lang ist, wie das ursprüngliche Badergäßchen. Daß man da nicht den Namen Badergasse behält, ist doch wohl selbstverständlich.

Weiter der Kuhschwanz. Dieser Name ist keineswegs in Dresden verschwunden, sondern eine Schneise in der Heide — d. h. hier im Walde im Norden Dresdens — führt noch heute den Namen „Kuhschwanz“. Auch ist es keineswegs in unserer Zeit gewesen, daß man den Namen Kuhschwanz für das Straßenendchen, das sich an jene Schneise schloß, beseitigt hat, schon im Anfang des vorigen Jahrhunderts wurde die Straße „Der Kuhschwanz“ umgetauft in „Sandweg“, weil sie durch den Sand führte, und erst in neuerer Zeit, als daraus allmählich eine vollständige Straße entstanden war, hat man auch diesen Namen geändert. Man hätte ja den Namen Sandweg behalten können; aber jedenfalls: unserer Zeit fällt die teilweise Be seitigung des „Kuhschwanzes“ nicht zum Vorwurf.

Eine ganze Reihe von Namen in Dresden sind dagegen beibehalten, z. B. Poppitz, ein Dorf, welches im 13. Jahrhundert entstanden und 1550 einverlebt worden ist. Der Name besteht noch heute. An das Dorf Fischersdorf, das ebenfalls 1550 einverlebt wurde, erinnert noch heute der Fischhofplatz. Die Rosmarinstraße erinnert noch heute daran, daß im Mittelalter dort Rosmarinzweige verkauft wurden für diejenigen, welche ihrer Trauer bei Beerdigungen Ausdruck geben wollten. Die Salzgasse ist noch da, wo die Salzniederlagen waren und 1587 die Salzsiederei stand; die Scheffelgasse, wo der Aichscheffel aus Kupfer aufgestellt wurde, als man ein neues Maß einführte; die Töpfergasse, die schon 1378 erwähnt wird als „fyguli extra civitatem“, also die Töpfer, welche außerhalb der Stadtmauer wohnen mußten, weil ihr Gewerbe als feuergefährlich galt; die Falkengasse, die uns erinnert an den Falkenhof, wo Christian II. seine Jagdgerütschaften aufbewahren ließ; die Brüdergasse, die da erinnert an die Franziskaner oder

Bartnßer Brüder, die im 13. Jahrhundert sich in Dresden niederließen; die Bürgerwiese, die gemeinsame Wiese der Bürgerschaft für Viehweiden; die Drehgasse, welche ab beiden Seiten, wie man heute sagt, ein Tourniquet hatte, damit der Verkehr für Wagen gesperrt würde; der Taschenberg, die alte Befestigung — eine Tasche, eine Bodenerhebung, die eine einseitige Böschung hat; die Schoßergasse, wo 1659 der Amtsschößer wohnte; die Wibergasse, wo die Weber, die Sporergasse, wo die Sporer, die Starkengasse, wo die Starkefabrikanten wohnten; der Bischofsweg, den der Bischof von Meißen anlegte, um nach Stolpen zu gelangen und die städtische Abgabe zu sparen, der Zellesche Weg, von den Zisterziensern des Klosters Altzelle angelegt, um nach Leubnitz zu gelangen und die städtische Abgabe zu vermeiden; ferner ist der Name Zwinger noch vorhanden, der Zwinger, d. i. der Raum zwischen den alten und den neuen Befestigungsmauern, dann der Alt- und der Neumarkt, die Wallstraße, der Obergraben, endlich Am See, Oberseer Gasse, Seestraße, die an die drei alten Seen erinnern, welche die Stadt umgaben.

Bei dieser Stelle Am See haben wir ein Beispiel für die Erhaltung von alten Straßennamen infolge der Pietät für das Geschichtliche. Wegen der häufigen Verweichlung der Seestraße mit der Straße Am See baten die Hausbewohner 1885, die Straße Am See möchte umgetauft werden in Poststraße, weil das Hauptpostgebäude dort steht. Der Rat erteilte die Genehmigung mit einer Stimme Mehrheit, und König Albert erteilte die Genehmigung zur Benennung, weil er dem Rat nicht sein Recht schmälen wollte, aber er ließ sein Bedauern darüber aussprechen, daß man so wenig historischen Sinn besäße und den Namen ändern wolle, der an ehemalige Ortsverhältnisse erinnere und darauf hat der Rat seinen vorhergehenden Beschuß wieder aufgehoben, und die Straße Am See besteht noch heute.

Dann endlich hat Herr Direktor Meier selbst einiges zur Ehrenrettung von Dresden beigetragen, indem er an Alt-Cotta und an Alt-Kaditz erinnert hat, wodurch die Namen der alten Dorfer erhalten wurden.

Füge ich noch hinzu, daß in Dresden unter wohl 300 Straßennamen Erklärungen ihres Ursprungs angebracht sind, so werden Sie sich wohl davon überzeugt haben, daß die Dresdener doch nicht so pietätlos mit den alten Straßennamen umgegangen sind, wie es vielleicht den Anschein hatte.

Herr Kreisbaumspektor Stiehl-Wetzlar: Meine Herren! Ich möchte nur in aller Kürze die genannten Beispiele noch um eins vermehren, das ich für ganz besonders charakteristisch halte, weil es zeigt, wie in der Tat einem Straßennamen Denkmalwert innenwohnen kann. Es betrifft die gute alte Reichsstadt Wetzlar. Ich bemerke, daß die mittelalterliche Umwallung von Wetzlar aus dem 14. Jahrhundert uns erhalten ist. Weiter dem Stadtinnern zugewendet und konzentrisch mit dieser Umwallung, auch zentrisch zum alten Mittelpunkt der Stadt, befand sich eine gekrümmte Gasse, die „Gänseweide“. Dieser Name ist — in der Absicht einer Goethe-Ehrung — in „Lottestraße“ verwandelt worden. (Heiterkeit.) Nun ist wohl kein Zweifel, daß diese „Gänseweide“ einmal vor der Umwallung der Stadt gelegen hat, und dieser Name scheint mir somit hinzudeuten auf einen inneren Stadtring aus früherer Zeit, über den wir sonst keinerlei, weder schriftliche noch bauliche Urkunden besitzen.

Auch sonst sind noch Namenänderungen vorgekommen: Wildbachertorstraße ist in Goethestraße, Enger Weg in Breitestraße umgetauft, die Sache ist noch nicht zum Abschluß gekommen. Aber gerade das erstgenannte Beispiel schien mir von besonderer Bedeutung.

Herr Oberbürgermeister Struckmann-Hildesheim: In der Verurteilung der unnötigen Beseitigung alter Straßennamen sind, glaube ich, alle Herren einverstanden. Die Hauptsache ist nur die: Wie tritt man dem entgegen? und da möchte ich auf ein Mittel hinweisen, das ich kürzlich in einer Zeitung gesehen habe, — es ist der Hannoversche Courier. Da ist vor kurzem ein Verzeichnis angefangen — es ist noch nicht zu Ende — sämtlicher Straßen nach dem Alphabet, und bei jeder Straße ist die historische Entstehung der Straße, und woher sie den betreffenden Namen hat, angegeben worden. Ich glaube, das ist von großer Wichtigkeit, wenn man auf diesem Wege der Bevölkerung den Ursprung der Straßen wieder zu Gemüt führt, denn es ist vielfach reiner Unverstand, die Leute wissen eben einfach gar nicht, daß die Straße auch ein historisches Gebilde ist, daß in der Regel doch irgend ein bestimmter Grund dazu da ist, weshalb die Straße so und so genannt ist. Wenn es den Leuten genau klar gemacht wird, daß dieser oder jener Grund dazu da ist, daß entweder ein Vorfahre dort gewohnt hat, der sich verdient gemacht hat, oder daß die Sache eine bestimmte lokale oder sonstige Bedeutung hat, dann gewinnen sie am ersten die Sache lieb, und ich glaube, es gibt kein besseres Mittel, als gerade, wenn in jeder Stadt einmal eine Zeitung veranlaßt werden würde — das braucht ja nicht auf einmal zu geschehen —, das zu veröffentlichen. Nachher kann es in einem kleinen Heft zusammengestellt werden. In der Hannoverschen Zeitung kommt, glaube ich, alle acht Tage ein neues Blatt von Straßennamen nach dem Alphabet heraus und auf diese Weise wird die Bevölkerung in der allereinfachsten Weise und in den weitesten Kreisen mit den Straßennamen und ihrer Bedeutung bekannt. Ich glaube, das ist das allerwirksamste Mittel, viel wirksamer, als wenn in großen Broschüren in den gelehrten Zeitschriften usw. die Sache gemacht wird. Dies ist eine Sache des Volkes, weil vielfach eben das Volk rein aus Unverstand, aus Unkenntnis handelt. Das Volk muß belehrt werden, und auf diese Weise kann es am besten belehrt werden.

Ich möchte also dieses Beispiel zur Nachahmung empfehlen.

Herr Professor Dr. Meier-Braunschweig (im Schlußwort): Meine Herren! Ich bin nicht ganz ohne Furcht gewesen, ob ich nicht gesteinigt würde, wenn ich wieder nach Gotteslager — Verzeihung, nach Juliusstadt — bei Wolfenbüttel komme, aber vor Dresden habe ich eigentlich gar keine Furcht gehabt. Der Grund, warum ich Dresden öfter genannt habe, war einfach der, daß der Verein für die Geschichte Dresdens so freundlich war, ein kurz vorher erschienenes Namensbuch mir für den Vortrag zu überreichen.

Im übrigen möchte ich noch bemerken, daß die Sätze oder die Thesen, die ich da herumgegeben habe, vielleicht kurzerhand angenommen werden könnten. Es handelt sich darum, daß der Vortrag nachher an Stadtverwaltungen und auch an Geschichtsvereine in Sonderabdrücken verteilt wird, und daß dabei auch auf die Leitsätze zurückgegriffen wird.

**Vorsitzender:** Die Versammlung ist ja in der Lage gewesen, die wenigen Sätze, welche Herr Direktor Meier aufgestellt hat, gedruckt vor sich zu haben. Ich glaube nicht, daß irgendwelches Bedenken gegen diese Sätze vorliegt. Ich möchte den Vorschlag machen, daß der Vortrag und die sich daran anschließende Verhandlung, wie wir das schon oft getan haben, als Sonderabdruck später aus dem stenographischen Bericht herausgenommen werde, und daß wir diesen Sonderabdruck den städtischen Verwaltungen in Deutschland und unseren Geschichtsvereinen übersenden, denn das sind die beiden Stellen, wo man am ersten den Sätzen Beachtung schenken wird und wo man auch am ersten in der Lage ist, auf die Namengebung und Namen-erhaltung einzuwirken.

Wenn sich gegen diesen Vorschlag kein Widerspruch erhebt, so würde ich ihn als angenommen ansehen, und ich würde nunmehr über diese Frage die Verhandlung schließen.

*Die von dem Vortragenden aufgestellten Leitsätze über Erhaltung alter Straßennamen lauten wie folgt:*

#### Leitsätze über die Erhaltung alter Straßennamen.

1. Jede alte und als solche geschichtlich bedeutungsvolle Bezeichnung von Straßen, aber auch von Plätzen, Brücken, Häusern und ganzen Stadtteilen, dann von Acker- und Waldstücken, Flüssen, Bächen, Teichen und Bergen ist auf alle Fälle zu schützen und zu erhalten, und zwar um so mehr, je eigenartiger und sinnvoller sie ist.
2. Insonderheit dürfen alte Namen nicht zugunsten von solchen berühmter oder verdienter Männer des Vaterlandes oder der engeren Heimat beseitigt werden.
3. Bei Benennung neuer Straßen sind in erster Linie die alten Flur- und Ortsbezeichnungen zu verwenden.
4. Da, wo erst in neuerer Zeit der alte Name durch einen modernen ersetzt ist, soll der erste, soweit es irgend angeht, wieder zu Ehren gebracht werden.
5. Es muß freilich dem Taktgefühl der betreffenden Behörde überlassen bleiben,
  - a) inwieweit auch solche alten Namen, die schon im Gedächtnis des Volkes verschwunden sind, wieder in Gebrauch zu setzen sind;
  - b) inwieweit auch ein neuerer Name bereits geschichtlichen Wert gewonnen und deshalb ebenfalls auf Schutz Anspruch zu erheben hat;
  - c) inwieweit alte, aber verderbte Namen ihre ursprüngliche Form wieder erhalten können.
6. Zu allen Umnennungen alter Straßen und zur Benennung neuer sollen stets die örtlichen Geschichts- und Altertumsvereine, sowie auch einzelne geschichts- und sprachkundige Personen, insbesondere die Leiter der staatlichen und städtischen Archive, Bibliotheken und Museen als Sachverständige zu Rate gezogen werden.

## Braunschweig 1906

**Referent: Professor Dr. Meier-Braunschweig:**

Meine Herren! Den Grund, warum ich doch heute noch zu Ihnen sprechen möchte, werden Sie aus meinen Mitteilungen selbst entnehmen. Es handelt sich nur um einen ganz kurzen Bericht über die Erfolge bezw. auch Mißerfolge unserer Bamberger Bestrebungen in bezug auf Erhaltung alter Straßennamen bei uns in Braunschweig.

Meine Herren! Zunächst einen Mißerfolg: Die kleine Stadt Eschershausen hat das Verdienst, die Wiege unseres großen Wilhelm Raabe zu sein. Zu dessen 75. Geburtstage hat sie daher beschlossen, eine Straße zu seinen Ehren „Wilhelm Raabe-Straße“ zu nennen. Diese Straße hat aber vordem schon bestanden und hat den Namen gehabt: „Vor dem Tore“, eine wichtige topographische Bestimmung. Ich halte es deswegen für eine wenn auch wohlmeinende Entgleisung, die aber vielleicht insofern entschuldigt werden kann, als auch vor verhältnismäßig kurzer Zeit die große Stadt Halle, die ja wächst und wohl auch eine ganz neu angelegte Straße in dieser Weise hätte benennen können, eine alte Straße, die den schönen Namen „Mühlrein“ besaß, umgeändert hat in „Julius Kühn-Straße“.

Eine zweite kleine Stadt unseres engeren Bezirks ist Holzminden. Hier haben wir aber sehr nennenswerte Erfolge zu verzeichnen, Erfolge von erstaunlicher Kühnheit. In Holzminden heißt seit kurzer Zeit die Grabenstraße in einem bestimmten Teile ihres Laufes wieder „Tunnekenhagen“, eine andere Straße „Kofentgasse“, ein Teil der Straße am „Goldnen Winkel“ — auch ein an sich ja sehr bezeichnender und schöner Name — „Kolk“.

Wir haben dann ferner hier in Braunschweig seitens des Geschichtsvereins versucht, alte Straßennamen wieder zu Ehren zu bringen, die im Laufe der Zeit verklungen oder mißverständlich abgeändert waren. Wir sind damit möglichst vorsichtig gewesen, denn es ist bei solchen Wiederherstellungen unbedingt nötig, daß Namen, wenn sie auch erst seit kurzer Zeit bestanden haben, von uns nicht angetastet werden, soweit sie inzwischen doch schon eine geschichtliche Bedeutung bekommen haben. Auch Namen, die jetzt in ihrer alten Form überhaupt nicht mehr verstanden werden können, sind unangetastet gelassen. Wir haben dagegen solche Namen, bei denen die Änderung eine ganz geringfügige ist, zur Umnennung vorgeschlagen, und die Stadtgemeinde hat jetzt erst in diesen Tagen, und zwar absichtlicherweise zu Ehren des Denkmalpflegetages, eine Antwort auf diese Eingabe mir zugehen lassen. Danach werden vom 1. Januar des nächsten Jahres an eine Reihe von Straßen ihre alten Namen wieder tragen, z. B. die Heimerstraße wird wieder Heydenstraße heißen, die Beckenwerperstraße — das ist ein Unding, das man nicht versteht — den Namen Beckenwerkerstraße führen, und schließlich die Reichenstraße, meine Herren, die nicht nach den reichen Leuten genannt ist, vielmehr die Bedeutung der alten Heerstraße gehabt hat, in Zukunft Reichsstraße wieder heißen.

Meine Herren! Ich glaube, wir können der Stadtgemeinde für dieses Eingehen auf unsere Wünsche nur unseren Dank abstatthen.

## Über die Möglichkeit der Erhaltung alter Städtebilder unter Berücksichtigung moderner Verkehrsanforderungen

**Mannheim 1907**

**Referent: Landesbaurat und Provinzialkonservator Rehorst-Merseburg:**

Das Kapitel aus dem Gebiete der praktischen Denkmalpflege, über welches ich heute nach mannigfachen Zwischenfällen zu Ihnen zu sprechen die Ehre habe: „über die Möglichkeit der Erhaltung alter Städtebilder unter Berücksichtigung moderner Verkehrsanforderungen“, ist, wenn auch nicht unter dem gleichen Thema, wiederholt Gegenstand der Erörterung auf unseren Tagungen gewesen.

Zuerst hat unser rührigster Vorkämpfer auf dem Gebiete kommunaler Denkmalpflege, Herr Oberbürgermeister Struckmann, auf dem Dritten Denkmaltage zu Düsseldorf 1902 den Gemeindeverwaltungen zu Herzen geföhrt, daß die Fürsorge für den Schutz des überlieferten Stadtbildes als ein wichtiger und wesentlicher Teil ihrer Aufgaben anzusehen ist, sodann haben 1903 die Herren Stübben, Hofmann und Gurlitt in sehr eingehender Weise über die Gestaltung der Straßenfluchtrlinien vom Standpunkte der Denkmalpflege gesprochen und in sieben trefflich formulierten Leitsätzen ihre allseits gebilligten Anschauungen über diese Frage niedergelegt, und auf dem Denkmaltage 1904 haben die Herren Frentzen und Stübben die Frage erörtert, wie weit die städtischen Bauordnungen den Anforderungen der Denkmalpflege gerecht werden. In allen diesen Referaten ist schon die Stellung der Verkehrsinteressen zu denjenigen der Denkmalpflege berührt, insbesondere aber ist in dem ausgezeichneten, aus dem Schatze einer unvergleichlich reichen Erfahrung auf allen Gebieten des Städtebaues geschöpften Vortrag Stübbens in knappester Form Antwort auf fast alle unser heutiges Thema berührenden Fragen gegeben.

Auch eine umfangreiche Literatur hat sich seit dem Erscheinen von Sittes bahnbrechendem Werke im Jahre 1887 in der eingehendsten Weise mit diesen beschäftigt; ich nenne nur Henricis 1904 in einem Sammelbande erschienenen vortrefflichen Aufsätze, Stübbens für die Technik des Städtebaues grundlegendes Buch „Der Städtebau“ \*), Gurlitts feinsinnige Besprechung des Städtebaues auf der Dresdener Städteausstellung in Wuttkes Werk „Die Deutschen Städte“ \*\*), und nenne schließlich Freiherrn von Helferts vor 10 Jahren erschienenes Buch über „Denkmalpflege“ und sein sehr lehrreiches Schriftchen „Eine Geschichte von Toren“, sowie Band IV von Schultz-Naumburgs verdienstvollen „Kulturarbeiten“, der den „Städtebau“ behandelt. Groß ist die Zahl der meist aus Anlaß von Sonderfällen erschienenen Einzelveröffentlichungen in Fachzeitschriften. Die Tagespresse hat dem Thema ihre Aufmerksamkeit geschenkt, und der Sache der Denkmalpflege zugetane Männer haben es zum Gegenstand von öffentlichen

\*) Dr. Ing. Stübben, Der Städtebau, IV. Teil, IX. Halbband des „Handbuchs der Architektur“. 2. Aufl. Stuttgart, Alfred Kröner. 1907.

\*\*) Dr. Wuttke, Die Deutschen Städte, geschildert nach den Ergebnissen der Ersten deutschen Städteausstellung zu Dresden 1903. Leipzig, Friedr. Brandstetter. 1904.

Vorträgen gemacht, von denen ich namentlich denjenigen des Herrn Professor Weber-Jena: „Was können Städteverwaltungen für die Erhaltung des historischen Charakters ihrer Städte tun?“ erwähne.

Von ganz besonderem praktischen Werte scheinen mir schließlich die Entschlüsse des Königl. Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 1. Januar 1904 und 18. Juli 1905 (mitgeteilt im Amtsblatt des Königl. Staatsministeriums des Innern Nr. 1, 1904, und Nr. 15. 1905), weil diese in hervorragendem Maße dazu angetan sind, anregend und vorbildlich auch für andere Staaten zu wirken.

Ich bin mir nach alledem wohl bewußt, daß ich einem Kreise von Fachleuten nicht viel Neues sagen kann, und ich hätte die an mich ergangene ehrenvolle Aufforderung unseres sehr verehrten Vorsitzenden, das Thema in vorliegender Form vor Ihnen nochmals zu behandeln, abgelehnt, wenn ich nicht dessen eingedenk gewesen wäre, daß selbst die dem Fachmann vertrautesten Wahrheiten nur dann in weitere Kreise des Volkes eindringen und Früchte tragen, wenn sie immer wieder verkündet werden. So bitte ich Sie denn um Nachsicht, wenn ich mich der Wiederholung schuldig mache, und hoffe, daß unsere Erörterungen zu denen hinausdringen, die sie angehen.

Es haben wohl in den letzten Jahren, und zwar zum Teil direkt oder indirekt angeregt durch die Verhandlungen der Denkmaltage, eine ganze Reihe von kleinen und großen Städten Polizeiverordnungen zum Schutze des Städtebildes erlassen, ich nenne nur Münster, Weimar, Jena, Frankfurt a. M., München, aber diese erstrecken sich im wesentlichen auf ästhetische Vorschriften über Ausbildung von Um- und Neubauten in der Nähe kunstgeschichtlich wertvoller Gebäude oder Stadtteile. Groß ist noch die Zahl der Gemeinden, die seitab stehen von unseren Bestrebungen und dem ihnen in ihren historischen Städtebildern überlieferten kostbaren Gute noch nicht die ihm schuldige Ehrfurcht erweisen. Fast überall aber schwindet diese völlig und „es lösen sich alle Bande frommer Scheu“, sobald man glaubt Verkehrsinteressen berührt zu sehen. Man fürchtet rückständig zu erscheinen, wenn man ihnen nicht jedes Opfer zu bringen bereit ist, und das Zauberwort „Verkehr“ soll auch das härteste Gemüt des Denkmalfreundes und zähesten Konservators lösen.

Daß in unserer Zeit mit ihrer ins Ungeheure gesteigerten Geschäftigkeit, mit ihren stetig verbesserten und sich stetig mehrenden Beförderungsmitteln das Verkehrsbedürfnis sich im Laufe des letzten Menschenalters gewaltig gesteigert hat und daß selbst in das kleinste Landstädtchen hinein und in die äußersten Ausläufer der Großstadt die Wellen dieser Brandung schlagen und der Pulsschlag modernen Lebens dringt, wer wollte das leugnen? Der würde der Denkmalpflege einen schlechten Dienst erweisen, der aus Rücksicht auf die Erhaltung alter Städtebilder es von der Hand weisen wollte, dieser Lebensäußerung nach Möglichkeit gerecht zu werden. Wohl aber dürfen wir es aussprechen, daß in vielen Fällen, in denen aus Verkehrsrücksichten Eingriffe in alte Straßenzüge und Plätze für erforderlich erachtet werden, der Verkehr überschätzt und die Maßregeln zu seiner Bewältigung nicht richtig erkannt werden. Bekannt und bezeichnend ist es, daß gerade die kleinen Städte, wenn sie zum ersten Male so etwas wie einen wirtschaftlichen

Aufschwung fühlen, den Maßstab für die Schätzung des Verkehrs vollständig verlieren. Oft geben außerordentliche Volksansammlungen den ersten Anlaß zu großen Regulierungsplänen. Ist einmal bei einem Fürstenbesuche oder bei einem Volksfeste eine Stauung auf der Straße oder vielleicht gar einmal ein Unfall eingetreten, dann erscheint das erste „Eingesandt“ im Tageblatt und der Stein kommt ins Rollen. Häufig aber auch ist der Wunsch der Vater des Gedankens — ist es doch das stille Sehnen fast jedes kleinen Bürgermeisters, die Straßen seines Städtchens von weltstädtischem Verkehr durchflutet zu sehen —, namentlich schwelt „die Elektrische“ jedem von ihnen als Ideal vor Augen. Sie ahnen und fühlen gar nicht, die Ärmsten, daß mit dem Einzug großstädtischen Getriebes oder doch nur einer Nachahmung desselben der Haupttreiz ihres Städtchens dahin ist, daß damit ideale Werte verloren gehen, die unersetztbar sind.

Tauchen also solche Verkehrsgedanken auf, dann erscheint auch als erstes und Hauptmittel die Straßenverbreiterung, in der an sich ja ganz natürlich erscheinenden Erwägung, daß zur Aufnahme eines großen Stromes auch ein breites Bett erforderlich sei. In der Wertung der Verkehrsmengen wird aber noch gar häufig vorbeigegriffen, und fast gänzlich wird bei uns in Deutschland von Stadtplanverfertigern noch außer acht gelassen, daß das wirksamste Mittel zur Bewältigung des Verkehrs nicht so sehr in übermäßigen Straßenbreiten als in dessen Ordnung und Leitung zu suchen ist. Wer jemals gesehen hat, mit welcher Ruhe und Ordnung sich zum Beispiel auf Oxford- oder Regentstreet zu London, diesen Hauptgeschlagadern der Weltstadt, der Riesenverkehr abwickelt, wird die Richtigkeit dieser Behauptung ohne weiteres zugestehen. Nur die außerordentliche Straßendisziplin, allerdings anerzogen durch rücksichtslose Bestrafung der Unbotmäßigen — wie ich hörte, kostet jede Straßenpolizeiübertretung in London 1 Pfund, und mit dem Strafvollzug wird in England bekanntlich nicht gefackelt —, ermöglicht solchen Verkehr auf Straßenzügen von verhältnismäßig geringen Breiten. Streng wird auf Einhaltung der Fahrtrichtung gehalten, das Wenden der Wagen wird nur an bestimmten Stellen gestattet, und auf das genaueste ist die Zeit geregelt, während welcher Geschäfts- und Lastwagen auf den Straßen halten dürfen. Eine weitgehendste Teilung des Verkehrs erleichtert die Durchführung dieser Bestimmungen: mitten in die Fahrbahn hat man Droschkenhalteplätze, Feuerwachen, selbst Denkmäler verlegt, die als Wellenbrecher wirken.

Unsere Großstädte haben ja von London mancherlei gelernt, aber wer die Planlosigkeit beobachtet, mit der sich bei uns in Mittel- und Kleinstädten der Straßenverkehr abspielt, der wird sich nicht wundern, weshalb gerade dort immer wieder der Ruf nach breiten Straßen ertönt. (Vielleicht wird das Automobil berufen sein, hier erzieherisch zu wirken.)

Einer Hochschulfestrede des Herrn Professor E. Genzmer-Danzig „über die Entwicklung des Wohnungswesens in unseren Großstädten und deren Vororten“ entnehme ich, daß zum Beispiel in der Old Broad Street zu London auf einem nur 8,34 m breiten Fahrdamm ein stündlicher Verkehr von 535 Fuhrwerken und auf den beiden nur je 2,2 m breiten Bürgersteigen ein solcher von 10 620 Personen festgestellt worden ist. Bei der insgesamt 12,7 m breiten Straße entfiel also auf jedes Meter Breite die ungeheure

Zahl von 42 Wagen und 838 Fußgängern. An derselben Stelle ist mitgeteilt, daß auf der über 1 km langen Hauptstraße zu Köln, der Hohestraße, die nur einen Fahrdamm von 4,5 m und eine fluchlinienmäßig durchschnittlich auf 8,0 m festgesetzte, jetzt aber stellenweise nur 6,5, ja 5,45 m betragende Gesamtbreite hat, in der Zeit von 8 Uhr morgens bis 10 Uhr abends ein durchschnittlicher Stundenverkehr von 4370 Fußgängern und 75 Wagen festgestellt wurde.

Ich füge dem hinzu, daß bei einer im Januar 1905 angestellten Verkehrszählung auf einer der Hauptverkehrsadern zu Halle, der Leipziger Straße, welche bei einer durchschnittlichen Fahrbahnbreite von rund 7,0 m von einer elektrischen Straßenbahn durchfahren wird, durchschnittlich täglich 655 oder stündlich 55 Fuhrwerke gezählt wurden.

Angesichts solcher Verkehrsziffern sollte doch jede Stadt, die genötigt zu sein glaubt, Verkehrsverbesserungen in ihren alten Bezirken vornehmen zu müssen, vor Festsetzung der Fluchtlinien genaue Verkehrszählungen vornehmen. Es würde dann sicherlich eine große Zahl jener übertriebenen und den alten Städtebildern so gefährlich werdenden Straßenverbreiterungen verschwinden, die man noch immer in den Regulierungsplänen namentlich kleinerer Städte findet. Straßenbreiten von 18 m gelten in solchen Entwürfen fast noch immer als Norm, und selbst in Nebenstraßen von Landstädten wagt man nicht, solche Abmessungen beizubehalten, wie wir sie eben bei den Hauptverkehrsadern der Großstädte kennen gelernt haben. Dabei rechnen sich die an derartigen Fehlgriffen in der Bemessung von Straßenbreiten beteiligten Stadtväter diese meist noch zum Ruhme an, weil sie nach ihrer Meinung weiten Blick und weise Fürsorge für die kommenden Geschlechter bedeutet!

Wenn sich natürlich auch keine Normalien und bestimmten Regeln geben lassen, so kann man doch auf Grund der Beobachtungen in alten verkehrsreichen Städten — ich verweise hier auf Stübben, „Städtebau“, und Genzmer, „Die städtischen Straßen“ — sagen, daß für Altstadtstraßen von untergeordneter Bedeutung eine Straßenbreite von 5,0 m zwischen den Hausfluchten, wovon etwa 2,20 m auf die einspurige Fahrbahn zu rechnen sind, als Mindestmaß anzusehen ist und bei einer zweispurigen Fahrbahn von 4,50 m 7,0 m Straßenbreite noch eben ausreicht. Straßenbreiten von 8 bis 10 m sind in Altstadtquartieren schon als hinlänglich und solche von 12 bis 13 m als recht günstig zu bezeichnen. Man muß dabei berücksichtigen, daß bei älteren Stadtanlagen die Straßenwandungen fast niemals ganz parallel laufen, so daß natürliche Ausweichstellen in Fülle geboten werden. Selbstverständliche Bedingung für die Beibehaltung geringerer Straßenbreiten ist natürlich, daß diese nicht mit himmelhohen Häusern besetzt werden. Andernfalls ist es die Hygiene, oder im Grunde eigentlich nur das Bestreben, die Bodenwerte zu steigern, und nicht der Verkehr, die ihre Verbreiterung fordert.

Etwas schwieriger gestaltet sich die Erhaltung von Altstadtstraßen, sobald es sich um die Anlage von Straßenbahnen handelt. Diesem Verkehrsmittel sind schon Hekatomben von Baudenkälern und malerischen Städtebildern als Opfer dargebracht worden und täglich fordert es weitere, obwohl auch hier schon längst der Beweis geliefert ist, daß selbst durch sehr ver-

kehrsreiche Altstadtstraßen von geringerer Breite bei guter Disposition der Geleise und guter Verkehrsregelung ein reger Straßenbahnbetrieb wohl möglich ist.

Halle a. S. hat wohl zuerst unter den größeren Städten das Wagnis unternommen, durch die engen Straßen der Altstadt den elektrischen Bahnverkehr zu leiten, und seinem Beispiel sind viele andere Städte, wie zum Beispiel Nürnberg und Köln, gefolgt. In Halle werden die verkehrsreichsten Straßen der Stadt, die Leipziger Straße bei einer durchschnittlichen Fahrbahnbreite von 7,0 m und die Ulrichstraße, deren Fahrbahnbreite zwischen 4,35 und 8 m schwankt, von der Straßenbahn durchfahren.

Freilich ermöglichen solche geringen Straßenbreiten nur eingleisige Anlagen, die nur an den breiteren Stellen weichenartig auf zwei Geleise erweitert werden. Es hat dies natürlich zuweilen Verkehrsstockungen zur Folge und ist als Notbehelf anzusehen. Häufig wird sich aber der Weichenbetrieb dadurch umgehen lassen, daß der Verkehr gegabelt wird, d. h. die Linien in der Weise geteilt werden, daß Hin- und Rückfahrt in verschiedene benachbarte Straßen verlegt sind. Eine solche Lösung, die sich sowohl zum Schutze ganzer Straßenzüge wie namentlich zu demjenigen einzelner hervorragender Bauwerke eignet, ist zum Beispiel in Nürnberg bei St. Sebald zu finden: die aus der Augustinerstraße kommende zweigleisige Bahn teilt sich in zwei eingleisige Linien, von denen die linke an St. Sebald vorbei führt, während die rechte in der Rathausstraße das Rathaus berührt, um sich erst wieder in der Theresienstraße mit der Schwesterroute zu vereinen.

Nimmt man solche Auswege und Behelfe mit in Kauf, so wird sich in vielen Fällen, namentlich in kleineren Städten, deren übriger Verkehr nicht allzu groß ist, ohne wesentliche Eingriffe die Durchführung von Straßenbahnen durch alte Stadtteile ermöglichen lassen. Ganz allgemein kann man sagen, daß hierbei für eingleisigen Betrieb eine durchschnittliche Fahrbahnbreite von 7,5 m, für zweigleisigen eine solche von 10,0 m vollkommen ausreicht. Es wird der Verkehrstechniker dem Freunde schöner Städtebilder freilich immer entgegenhalten, daß der wirtschaftliche Erfolg des Straßenbahnbetriebes wesentlich von dessen Einfachheit abhänge. Ihm ist deshalb ja jede Kurve unsympathisch und er weiß, daß die Schnelligkeit des Verkehrs wächst mit der Möglichkeit, die Bahngleise von übrigen Fuhrwerken frei zu halten — also mit der Fahrbahnbreite der Straße. Es läßt sich das nicht bestreiten, aber es ist demgegenüber doch nicht zu vergessen, daß es für das Glück der Menschheit doch noch andere Ziele gibt als die stete Steigerung der Verkehrsgeschwindigkeit —, daß auch ethische Momente ihr Recht verlangen. In gar manchen Fällen dürfte übrigens doch auch der Nachweis nicht ganz gelingen, daß die Aufwendungen für die Verbreiterung einer verkehrsreichen Straße zur Aufnahme einer zweigleisigen Straßenbahn zu dem Ertragnis der letzteren im richtigen Verhältnis stehen. Auch bewirkt noch lange nicht überall die Durchführung einer Straßenbahn eine wirtschaftliche Hébung des betreffenden Straßenzuges oder Stadtteiles.

Ganz unvermeidlich ist ja die Beeinträchtigung des Städtebildes durch Straßenbahnen schon um deswillen nicht, weil, solange nicht eine brauchbare unterirdische Stromzuleitung erfunden ist, die Aufstellung von Kabelmasten nicht zu umgehen ist. In den Straßen der Großstadt fallen sie ja weniger

ins Auge und man verwendet gewöhnlich auch erträglichere Formen, in den Kleinstädten aber, wo zumeist die abscheulichen Gittermasten — oft noch mit plumpen Auslegern — im Gebrauch sind, stören sie ungemein. Auch die Leitungsdrähte selbst können schöne Straßenbilder empfindlich schädigen, namentlich wo sie an Hauptkreuzungspunkten die Straße netzartig überspannen. Ich erinnere nur daran, wie schwer es auf der Piazza del Duomo in Mailand ist, einen Standpunkt zu finden, von dem man die herrliche Domfassade betrachten kann, ohne daß diese von unzähligen Drähten durchschnitten ist.

Würden hier Ingenieur und Architekt mehr Hand in Hand arbeiten, so ließe sich manches schöne Stadtbild retten. Letzterer würde es insbes-

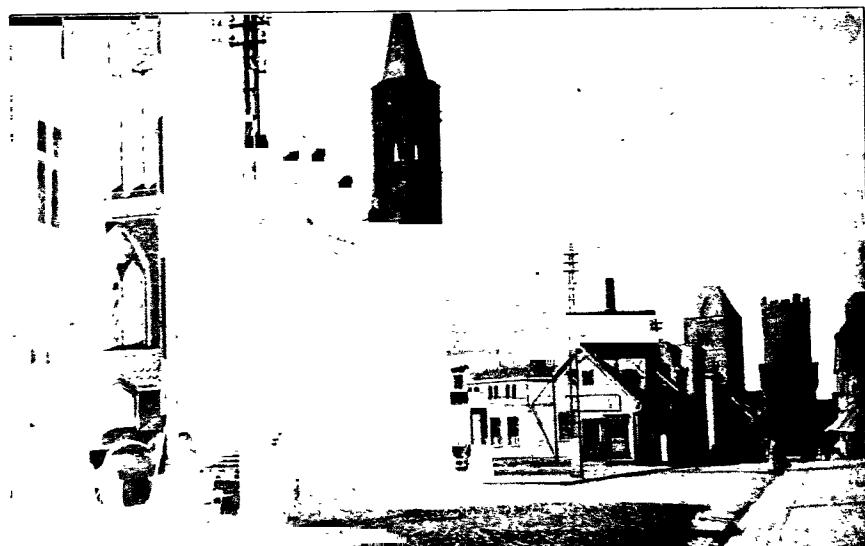


Abb. 1. Tangermünde, Schädigung des Stadtbildes durch die häßlichen Gittermaste der elektr. Starkstromleitung.

sondere zu verhüten suchen, daß unmittelbar vor bedeutenden Bauwerken oder auf künstlerisch wertvollen Plätzen zu viele Bahnlinien zusammengeführt werden. Häufig auch würde schon durch eine überlegtere Aufstellung der Masten die Schädigung eines schönen Bildes sich vermeiden lassen.

Noch eine moderne Einrichtung, die zwar nur indirekt dem Verkehr dient, taucht in neuerer Zeit als Feind schöner Städtebilder auf und hat schon viel Unheil angerichtet, weshalb, wenn es auch eigentlich nicht zu meinem Thema gehört, ein Warnungsruf wohl angebracht ist: ich meine die elektrischen Starkstromleitungen für Licht- und Kraftzwecke.

Auch hier sind wieder die großen Städte glücklicher daran wie die kleineren, weil ihnen die Mittel zur Verfügung stehen, die Kabel unterirdisch zu verlegen. Die kleinen Städte aber sind aus Sparsamkeitsgründen gezwungen, die Leitungen oberirdisch zu führen, und dann erscheinen jene furchtbaren Gittermasten oder roh aus Winkeleisen zusammengesetzten

Ausleger an den Häusern, und zwar um so dichter und häufiger, je winkeliger, also je malerischer der Straßenzug ist. Zahlreiche unserer einst so schönen Städtchen in Thüringen und am Harz sind auf diese Weise böse zugerichtet. Als krasse Beispiele sind auch Schmalkalden und namentlich Tangermünde zu nennen, wo man selbst die alten Stadttürme zu Kabelträgern profaniert hat (s. Abb. 1).

Wenigstens auf den schönsten Straßen und Plätzen sollte man auch in Kleinstädten die unterirdische Kabelführung wählen. Ist so doch zum Beispiel in Rothenburg o. d. Tauber der Beweis geführt, daß in dem Widerstreit der ästhetischen und materiellen Interessen bei gutem Willen auch einmal ein Kompromiß möglich ist. (Däß sich durch solche — verfrühte — elektrische Lichtenanlagen schon vielfach kleine Städte wirtschaftlich schwer geschädigt haben, sei hier nur nebenbei erwähnt.)

Wenn ich nun schon einmal vom Thema etwas abschweife, so sei mir noch die Erwähnung dessen gestattet, daß selbst Telegraphendrähte, wenn sie in Massen auftreten, der Wirkung alter Baudenkmäler recht gefährlich werden können. Der Leipziger Turm in Halle war zum Beispiel bis vor wenigen Jahren Träger von Hunderten von Telephondrähten und sah so wie eine riesige Telegrafenstange aus, und der Götzenturm in Heilbronn trägt noch heute als unwürdige Bekrönung ein Riesengerüst mit unzähligen weißen Porzellanisolatoren. Wenn man ja auch sagen kann, daß Baudenkmälern so lange Leben gesichert ist, wie sie lebendigen Zwecken dienen, so ist dabei an einer solchen Benutzung unserer ehrwürdigen Türme nicht gedacht, und es bedarf vielleicht nur dieses Hinweises an die Reichspostverwaltung, daß sie diese künftig nach Möglichkeit vermeidet.

Doch nun zurück zum Verkehr. Daß zur Bewältigung des Verkehrs schmurgerade Straßen nicht erforderlich und gekrümmte Straßen nicht hinderlich sind, hat man ja nun in den letzten Jahren fast allenthalben eingesehen, und die vor wenigen Dezennien noch als Regel geltende Begradiung von Altstadtstraßen ist schon erheblich seltener geworden. Man ist schon eher geneigt, die allgemeine Richtungstendenz alter Straßenzüge beizubehalten und hat auch hier und da schon, gemäß dem auf dem Denkmaltag 1903 gegebenen Leitsatze, Richtungsänderungen in der Fluchtlinie mit in Kauf genommen, wenn es sich um Erhaltung historisch oder künstlerisch besonders wertvoller Bauten handelte. Leider aber ist es noch ganz allgemein im Gebrauch, bei Fluchtlinienfestsetzung in Altstadtbezirken die Parallelität der Baufluchtlinien zu erstreben. Überall finden wir in den Stadtplänen noch jene verhängnisvollen roten Linien, welche die Beseitigung aller jener Knicke und Schwingungen, jener Vor- und Rücksprünge der Straßenwandungen zum Ziele haben, die gerade alte Städtebilder so anziehend machen. Da es, wie ja in unseren Verhandlungen schon des öfteren betont wurde, nicht damit getan ist, hier und da einzelne, besonders bedeutsame Baudenkmäler zu erhalten, sondern da diesen auch eine harmonische Umgebung gesichert werden muß, sind diese Maßregeln dem Städtebild ganz besonders gefährlich, solange unsere bürgerliche Baukunst auf ihrem heutigen Tiefstande steht.

Durch diese äußerlich oft nur geringfügige Regulierung wird nämlich die Umbildung des Städtebildes in viel höherem Grade beschleunigt, wie gemeinlich angenommen wird — bei uns in Preußen wenigstens. Nach dem hier geltenden Fluchtliniengesetz vom 2. Juli 1875, und zwar nach dem

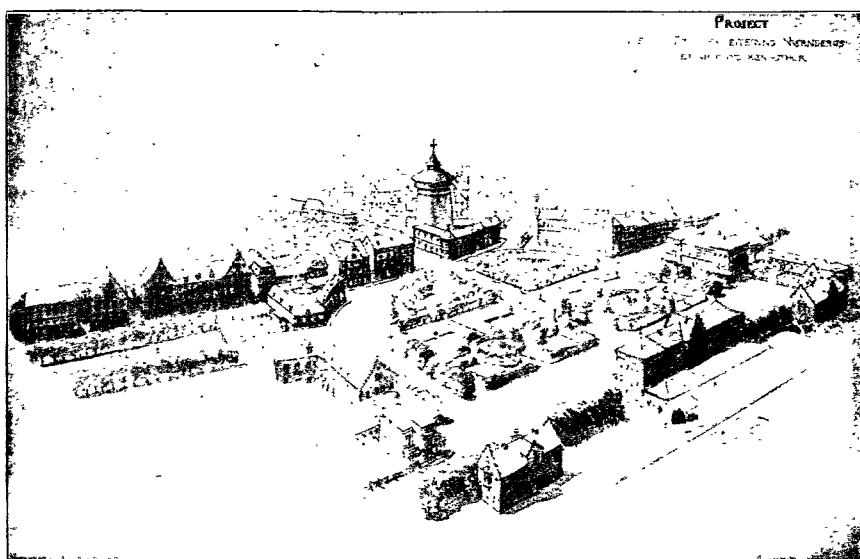


Abb. 2. Nürnberg, Entwurf von Gnauth zur Umgestaltung der Umgebung des Hauptbahnhofs.

ominösen § 11 desselben, ist den Baupolizeibehörden das Recht gegeben, Umbauten und Ausbauten an von der Fluchtlinie angeschnittenen Gebäuden zu verbieten, und von diesem Rechte wird, soweit meine Erfahrung reicht, in gar ausgiebiger und vielfach zu harter Weise Gebrauch gemacht. Es wird damit erreicht, daß die Besitzer der von der Fluchtlinie — oft nur um wenige Zentimeter — getroffenen Häuser zum Neubau aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen werden, weil ihnen eine einen besseren Ertrag herbeiführende bauliche Veränderung ihres Besitztums nicht gestattet wird. Bezieht man durch solches Vorgehen eine Sanierung, eine Verbesserung der hygienischen Verhältnisse alter Stadtteile, so mag das seine Berechtigung haben — obwohl sich auch hier durch Umbau oft viel erreichen ließe —. In ästhetischer Beziehung ist der Erfolg meistens ein negativer, denn einmal sieht eine nach derartigen Baulinien-Verbesserungen oder vielmehr „-Verböserungen“ in der Umgestaltung begriffene Straße immerhin auf eine Reihe von Jahren dadurch abscheulich aus, daß die kahlen Giebelwände und häßlichen Brandmauern der vor- oder zurückspringenden Gebäude sichtbar werden, die dann willkommene Flächen für aufdringliche Reklamen bieten: andererseits ist das, was als Ersatz für das Gefallene geschaffen wird — einige erfreuliche und namentlich in Süddeutschland häufigere Fälle ausgenommen —, leider zumeist diesem an Kunstwert nicht ebenbürtig. Es ist beschämend, dies aussprechen zu müssen, aber es ist so und es wird nicht besser werden, ehe nicht das Kunstepfinden unseres Volkes gesundet, ehe wir uns nicht von Scheinkunst und Altertümeli frei gemacht und ehe wir nicht wieder selbständig schaffende Bauleute haben. Doch dies nur nebenbei.

Wir stellen also im Interesse der Denkmalpflege, insbesondere des Schutzes alter Städtebilder die Forderung auf, daß bei Fluchlinienfestsetzungen in Altstadtbezirken soweit wie irgend möglich die alten, natürlich gewordenen Baulinien beibehalten werden sollen, und brauchen dabei, so sehr auch für die eben geschilderten Begradiigungen Verkehrsrücksichten ins Feld geführt werden, doch nicht zu fürchten, uns der Rückständigkeit schuldig zu machen, denn dafür, daß Unregelmäßigkeiten der Straßenwandungen modernen Verkehrsanforderungen nicht hinderlich sind, sind vielfache Beweise erbracht, zum Beispiel in der gewiß verkehrsreichen Altstadt von Nürnberg. Auch über Alt-Nürnberg schwiebte vor kaum einem Menschenalter das Damoklesschwert des Lineals und des Zirkelschlags: Im Jahre 1878 bearbeitete Gnauth einen Bebauungsplan, in welchem die vom Bahnhofe zum Herzen der Stadt führende Königstraße zu einer geradlinigen Prachtstraße und regelmäßigen Platzanlage nach Wiener Vorbild umgestaltet werden sollte. Wälle und Stadtmauern und das herrliche Frauentor sollten fallen und nur der runde Frauenturm sollte als einziger Zeuge einstiger Herrlichkeit erhalten bleiben (s. Abb. 2). Dieser Entwurf blieb Gott sei Dank unausgeführt, aber wenige Jahre später begann man mit der Begradiigung der Altstadtstraßen nach den im Laufe der siebziger Jahre aufgestellten Plänen, und es bedurfte der ganzen Tatkraft des jetzigen Oberbaurats Weber, Ende der achtziger Jahre die Aufhebung dieser Fluchlinienfestsetzungen zu erwirken und so unserem Vaterland eine Reihe der schönsten Städtebilder zu erhalten — dem Verkehr wurde damit gewiß nicht geschadet.

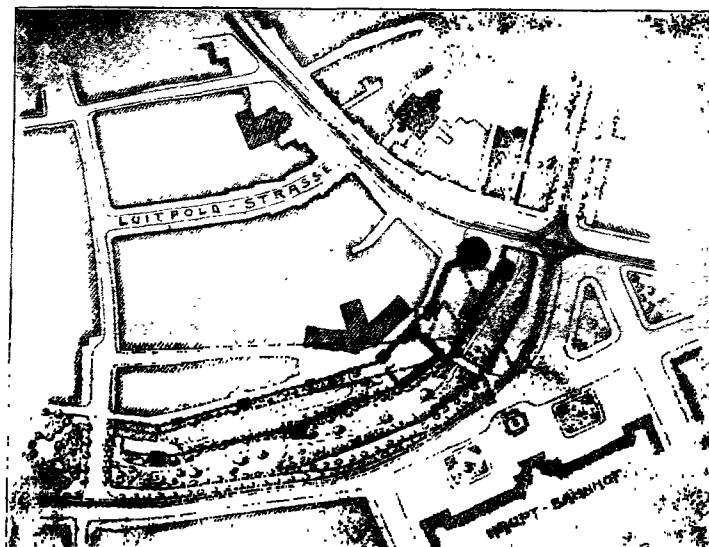


Abb. 3. Nürnberg, Fluchlinienplan für die Umgebung des Hauptbahnhofs.

(Die punktierten Linien stellen die frühere Baulinienfeststellung dar.)

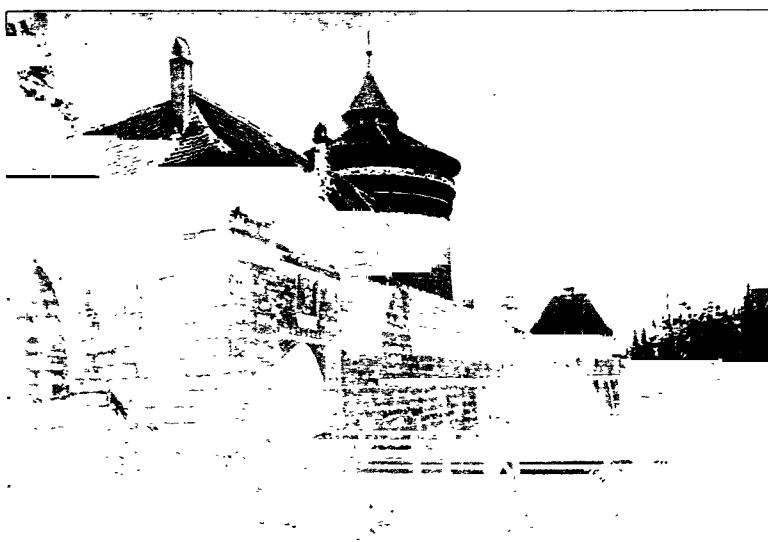


Abb. 4. Nürnberg, Stadtmauer beim Frauentor  
(unmittelbar vor dem Hauptbahnhof).

(Nach einer Postkarte der Neuen Photogr. Gesellschaft a. G. zu Berlin-Steglitz)

Die Abbildung 3 läßt erkennen, wie allenthalben an der Königstraße die alten „sägesförmigen“ Baulinien beibehalten sind, wie man auch in der neuangelegten Luitpoldstraße vermieden hat, sich lediglich mit der Krümmung der Straßen zu begnügen, und sie zeigt schließlich in den punktierten Linien, den Fluchtliniens von 1876, welcher Kelch an Nürnberg vorübergegangen ist. Würden diese Straßenanlagen zur Ausführung gelangt sein, so würde das überraschend schöne Bild, welches jeden, der jetzt vom Hauptbahnhof her Nürnberg betritt, immer von neuem entzückt, der Blick auf die alte Stadtmauer mit ihren Türmen und Toren (Abb. 4), unwiederbringlich verloren gegangen sein und der Eintritt in Nürnberg hätte an Langweiligkeit keinem anderer Großstädte nachgestanden.

Derartige Regulierungen oder, wie der geschmackvolle, alles sagende Fachausdruck lautet, „Alignements“ sind, wie oben gesagt, in unserem Vaterlande noch viel mehr im Gebrauche, als man nach dem, was alles wider ihre Zwecklosigkeit und Häßlichkeit geredet und geschrieben worden ist, annehmen sollte. Vielfach haben wir die Ursache hierfür darin zu suchen, daß — namentlich den kleineren Städten — nicht die geeigneten, d. h. künstlerisch befähigten Techniker für die Bearbeitung der Bebauungspläne zur Verfügung stehen, und in diesen Fällen bedarf es dann oft nur einer Anregung und Aufklärung, um einsichtige Gemeindeverwaltungen zur Umkehr zu bewegen. Ein treffliches Beispiel hierfür kann ich durch die Güte des Herrn Provinzialkonservators Königlichen Baurats Ludorff im Bilde zeigen: Die Stadt Höxter hatte sich in der üblichen Weise einen Baufluchtenplan für die Altstadt anfertigen lassen. Wie überall, strebten die neuen Fluchtliniens danach, alle „Unregelmäßigkeiten“ aus den Straßenwandungen auszumerzen,

den Straßen eine gleichmäßige Breite zu geben — ganz wie es der Planverfertiger aus den Fluchlinienplänen der nachbarlichen Großstädte gelernt (s. die beigelegte Tafel 1 A). Daß diese Linien gerade die schönsten alten Bürgerhäuser durchschnitten, daß mit ihrer Durchführung aber auch fast jedes schöne Straßen- und Platzbild des Städtchens zu nichts gemacht würde, das war ihm und mit ihm den Gemeindevertretern, die seinen Plan gutgeheißen hatten, gar nicht zum Bewußtsein gekommen. Dieses zu wecken gelang erfreulicherweise dem Provinzialkonservator: Er trug in den Stadtplan die architektonisch wertvollen Bauwerke ein und zeigte, da das Bild bei den Laien fast stets größere Beweiskraft besitzt wie der Gegenstand selbst, durch Photographien, welche Verluste dem Stadtbilde bei Durchführung dieses Regulierungsplanes entstanden. Gleichzeitig fertigte er einen neuen Plan (s. die beigelegte Tafel 1 B), in welchem unter Erhaltung dieser alten Bauten und weitgehendster Anlehnung an die bestehenden älteren Baufluchten die durch

Verkehrsrücksichten gebotenen Straßenverbreiterungen vorgesehen sind. Es verdiente in weitesten Kreisen bekannt zu werden und vielfache Nachfolge zu finden, daß die Gemeindevertretung und zwar in erster Linie der Bürgermeister der Stadt Höxter diesen im höchsten Grade dankenswerten Anregungen ein williges Ohr lieh und gewillt ist, den Ludorffschen Plan zur Ausführung anzunehmen.

Welche Opfer die Durchführung des ersten Entwurfs gefordert

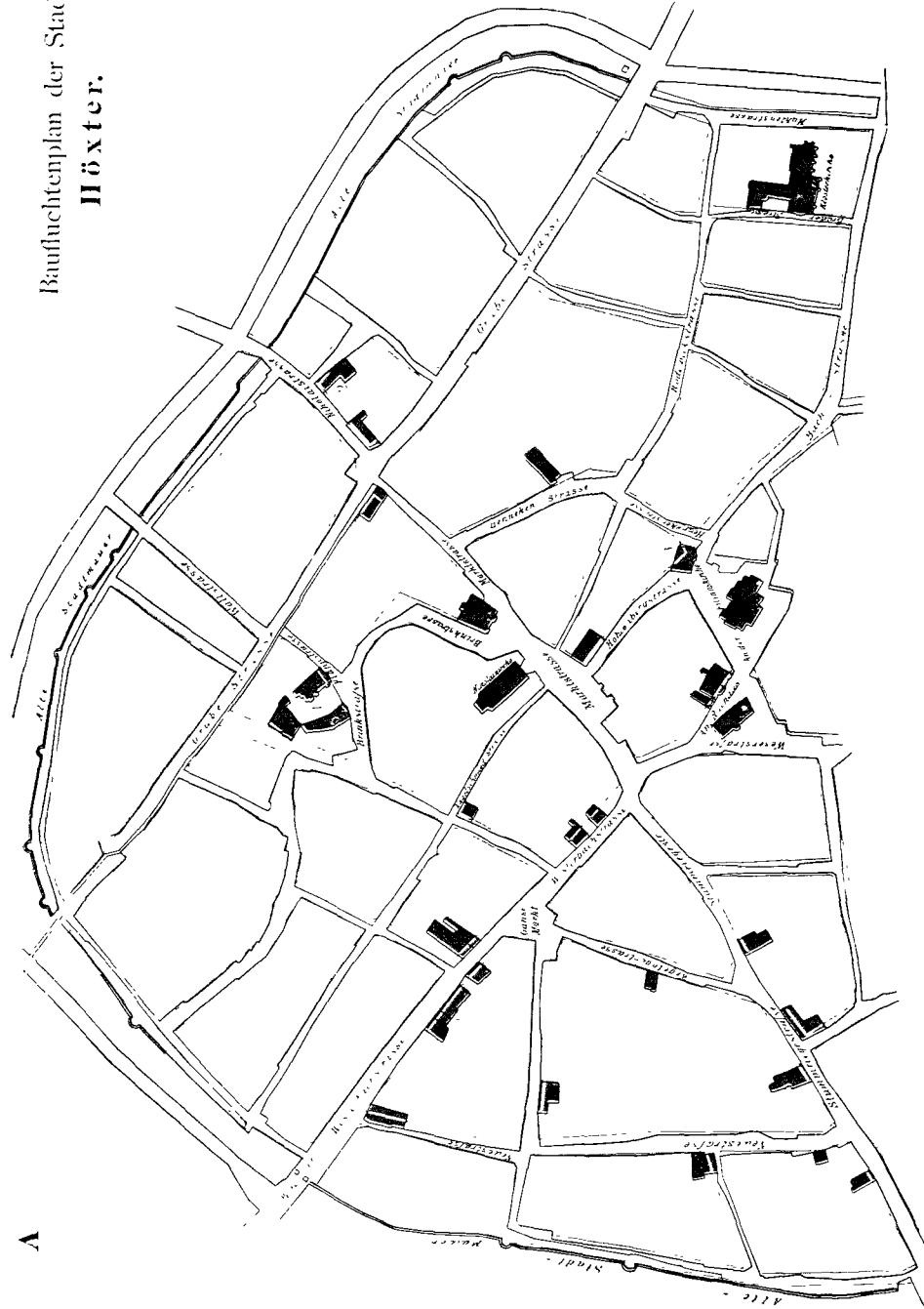


Abb. 5. Nürnberg, Ecklösung am neuen Rathause.  
(Schaffung eines malerischen Straßenbildes durch Beibehaltung der unregelmäßigen Baufluchten)

hätte, zeigt ein Blick auf die beigelegten Tafeln (welche die Nummern 2 und 3 tragen), die arabischen Ziffern auf dem Stadtplan 1 A weisen auf die mit gleichen Zahlen versehenen Abbildungen der Gebäude hin, welche von der Fluchlinie angeschnitten waren.

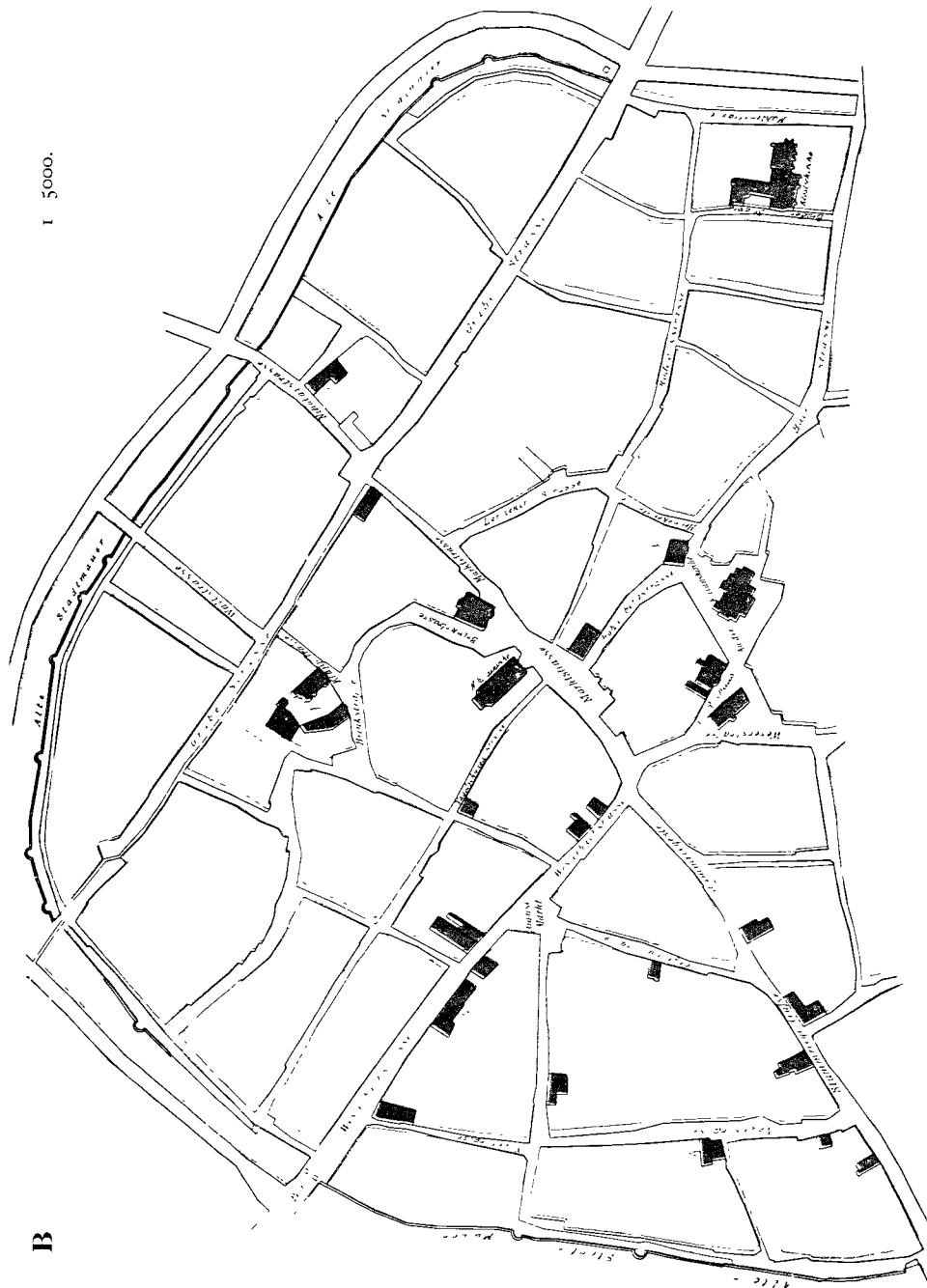


## Baufluchtenplan der Stadt Höxter.



### Tafel I.

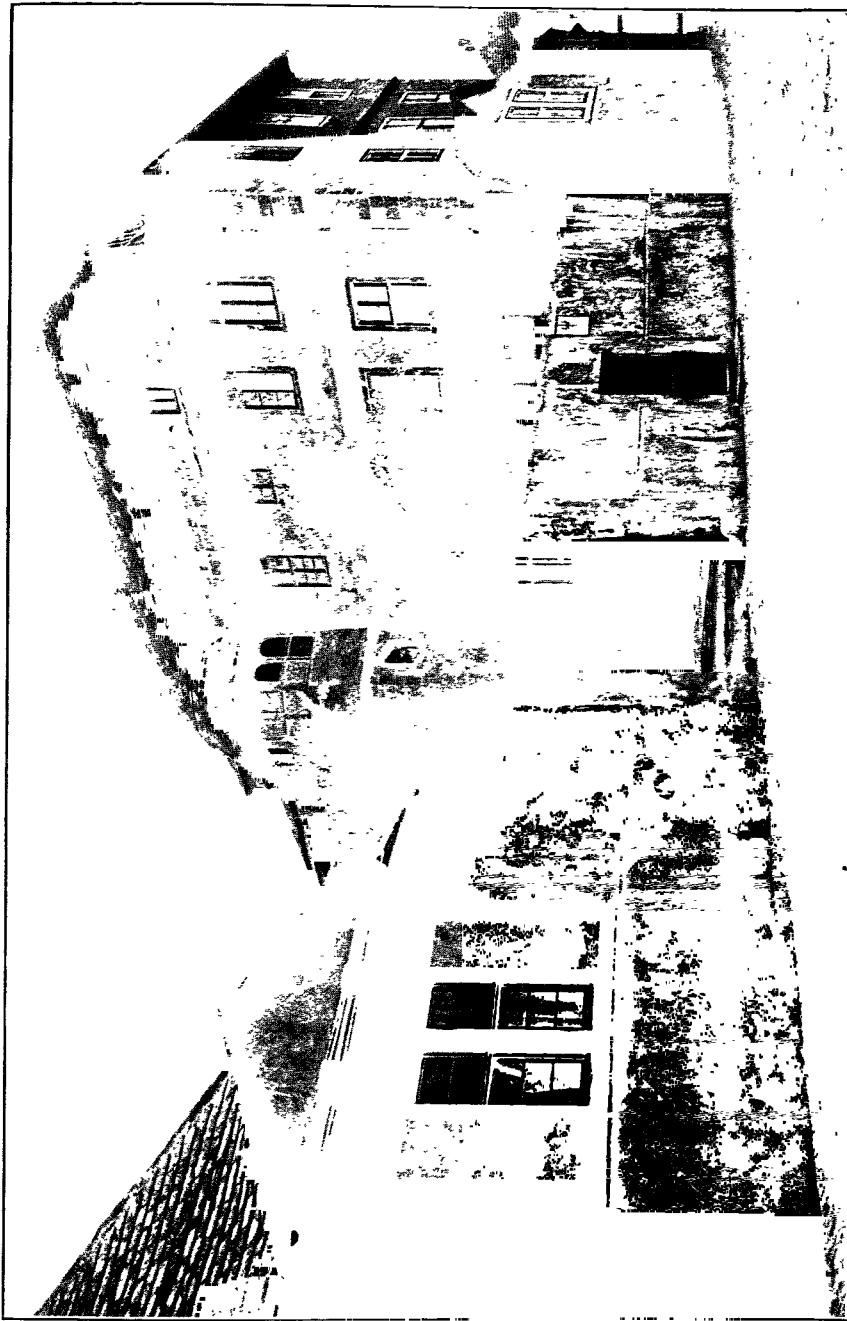
1500.



三



Höxter.



Tafel 2.

Aufnahme von A. Lauterfiß, 1946,

Gerichtsgebäude, Brink- und Klappstraße.

(Nummer 1 des Stadtplans.)



Höxter.



Aufnahme der Kongl. Meßbildanstalt zu Berlin

Haus, Nikolastraße 10.

Nummer 2 des Stadtplans



Noch einer Maßnahme, die wir in fast allen Regulierungs- und Bebauungsplänen begegnen, sei unsere kritische Aufmerksamkeit geschenkt, da sie schon manchem schönen Städtebild unter dem Deckmantel der Verkehrs-förderung gefährlich geworden ist: der Abschrägung der Straßen-ecken — der sogenannten Eckverbrechung. Zuerst erschienen in den unter dem Gesichtspunkte des Schnellverkehrs entworfenen Bebauungsplänen der siebziger und achtziger Jahre vorigen Jahrhunderts, in welchen die Diagonale als kürzeste Verbindung bis in die äußersten Konsequenzen durchgeführt war, wurde sie gar bald als großstädtische Errungenschaft in die Baufuchtpläne der Kleinstädte übernommen, und heute begegnen wir ihr überall — mag es sich um Verkehrsverbesserungen in Altstadtbezirken, mag es sich um neue Straßenanlagen handeln.

In beiden Fällen ist sie gleich gefährlich: hier erschwert sie die Bildung neuer schöner Straßenbilder — denn ihre stete Wiederholung führt zur Monotonie, und die so mager abgeschrägte Ecke hat alle jene engbrüstigen Erkerchen und Türmchen an den Straßenecken auf dem Gewissen, die in unseren modernen Straßen allenthalben unser Auge verletzen —, dort wirkt sie wie jede Berührung durch die Fluchtlinie vernichtend: sie führt zum Untergang des Hauses.

Wie zwecklos die allgemeine Anordnung solcher Eckverbrechungen für den Verkehr, dem zuliebe sie geschaffen werden, ist, darüber sollte man kaum noch ein Wort zu sagen brauchen, lehrt doch die geringste Beobachtung des Straßenlebens, daß nicht überall die Menschen in Hetze und Hast um die Straßenecken sausen und mit den Köpfen aneinander stoßen. In sehr verkehrsreichen und schmalen Straßen mag die Eckabschrägung zur Übersichtlichkeit des Verkehrs an den Straßenkreuzungen beitragen und ihn erleichtern, zwecklos ist sie ebenso an der Einmündung von Straßen in Plätze wie in stillen Wohnstraßen. Erscheint sie aber wünschenswert, so ist einer Lösung, wie wir sie in Nürnberg des öfteren finden und wie sie Abbildung 5 zeigt, in vielen Fällen in ästhetischer Beziehung der Vorzug zu geben, und häufig wird sie auch vom Standpunkte des Verkehrs vollkommen ausreichen.

Treten in Altstadtstraßen einzelne Bauwerke um ein erhebliches in die Straßenflucht hinein, so daß sich bei ihnen ein Engpaß für den Verkehr bildet, so ist die Möglichkeit, sie zu erhalten, natürlich erheblich gemindert. Man vermeide deshalb vor allem, an einer solchen Stelle den Verkehr zu steigern, indem man in ihrer Nähe Ansiedelungen gestattet, die erfahrungsmäßig große Menschenansammlungen anziehen, wie Warenhäuser, Vergnügungslokale und dergleichen. Ein Beispiel: In Halle steht an der engsten Stelle der verkehrsreichen Ulrichstraße ein sehr schönes altes Bürgerhaus, eines der letzten aus Halles künstlerischer Blütezeit — äußerlich zwar schlüssig, im Innern aber manche Kunstwerke früherer Jahrhunderte bergend. Der Verkehr spielte sich vor ihm stets trotz Straßenbahn ohne Unfall glatt ab, weil eben jeder wußte, daß er an dieser engen Stelle seine Augen offen halten müsse —, da baute man gerade da ein Warenhaus, das durch seine verlockenden Auslagen und abends durch übergroße Lichtfülle große Menschenmassen anzieht, und nun sind die Tage des Hauses gezählt. In diesem Falle ist das Unglück vielleicht ja nicht allzu groß, aber sollte, wenn es sich um besonders wertvolle Baudenkmäler handelt, die Polizei nicht die Macht haben, an solcher Stelle die Errichtung eines Warenhauses usw. zu verbieten, so gut

wie in Berlin zum Beispiel, um einer Verkehrssteigerung auf dem Potsdamer Platz vorzubeugen, verboten wurde, Bruno Schmitz's „Haus Rheingold“ seiner eigentlichen Zweckbestimmung als Konzerthaus zuzuführen?

Bei gehöriger Aufmerksamkeit des Stadtplanverfertigers werden sich in solchen Fällen bedrohte Bauwerke meist durch Richtungsänderung der gegenüber liegenden Straßenflucht erhalten lassen. So bin ich, um auch hier ein Beispiel zu nennen, der Meinung, daß sich das vielbesprochene Schweflersche Haus in Kiel hätte retten lassen, wenn man rechtzeitig seinen hohen Kunstwert erkannt und die Fluchlinie der ihm gegenüber liegenden Straßenseite danach gelegt hätte.

Zuletzt bleibt zur Erhaltung derartiger in die Straßenflucht vorspringender Bauwerke das so oft vorgeschlagene, aber leider so selten angewandte Mittel, das Untergeschoß laubenartig zur Aufnahme des Fußgängerverkehrs auszubauen. Gegen diese Maßnahme, die doch gewiß geeignet ist, das Städtebild zu bereichern, werden zumeist materielle Bedenken erhoben, die darin gipfeln, daß diese unter den Arkaden liegenden Räume zu dunkel und daher wenig nutzbar seien. Es wird dabei der Erwägung nicht genügend Rechnung getragen, daß dieser angebliche Verlust durch bessere Ausnutzung der oberen Geschosse aufgehoben wird. Häufig mag auch Bequemlichkeit, Scheu vor Verwaltungsschwierigkeiten usw. die Ursache sein, daß man

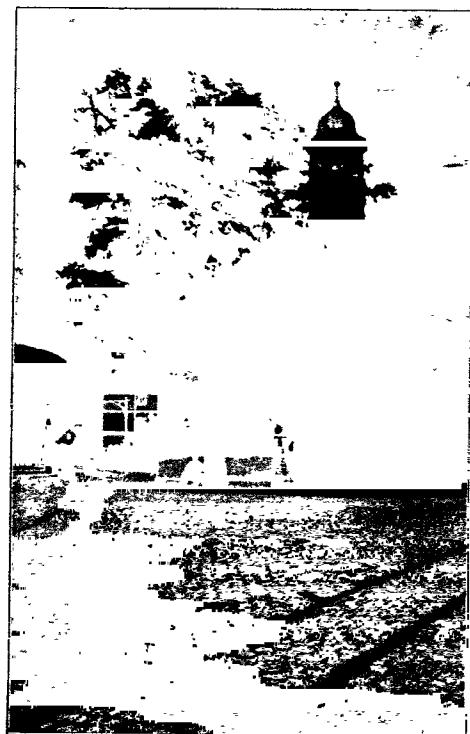


Abb. 6. Jena, Spittelkirche.

vor dieser Maßregel zurückschrekt. Wie manche beklagenswerte Lücke im Straßenbild hätte geschlossen werden können, wenn man die Anlage von Laubengängen an den Stellen gewählt hätte, wo es sich um Verbesserung der engen Mündungen von Straßen mit konkaven Wandungen oder um Einführung von neuen Straßen in bisher geschlossene Platzanlagen handelte. Stübben führte als Beispiel dieser Lösung den Wiederaufbau des Hauses de l'Etoile am Markte zu Brüssel an. In Meiningen hat man sie zur Erhaltung des weit in die Straße vorspringenden sogenannten Henneberger Hauses angewandt, und in dem schönen thüringischen Städtchen Arnstadt sah ich kürzlich zu meiner Freude, daß man zur Erhaltung der alten Fluchlinie an einer engen Stelle der immerhin ziemlich verkehrsreichen Hauptstraße vom Bahnhof zur Stadt an einer ganzen Reihe von Bürgerhäusern

solche Arkaden auszuführen im Begriffe steht. Mehrere Fälle sind mir bekannt geworden, in denen vielleicht bei Anwendung dieser Maßregel hervorragend schöne Städtebilder, an deren Erhaltung die Allgemeinheit ein Interesse hat, vor schwerer Einbuße an ihrer Schönheit bewahrt werden könnten. Ich nenne hier nur die geplante Verbreiterung der Plobenhofstraße zu Nürnberg an ihrer Einmündung in den Hauptmarkt und die im Gange befindlichen Verkehrsverbesserungen an der Nordwestecke des Rings zu Breslau, wo durch Zusammenfluß der verkehrsreichen Nikolai- und Oderstraße allerdings schwierige Verhältnisse vorliegen. Wenn hier die beiden, den alten Elisabethkirchhof begrenzenden kleinen Bürgerhäuser fallen müßten, die so

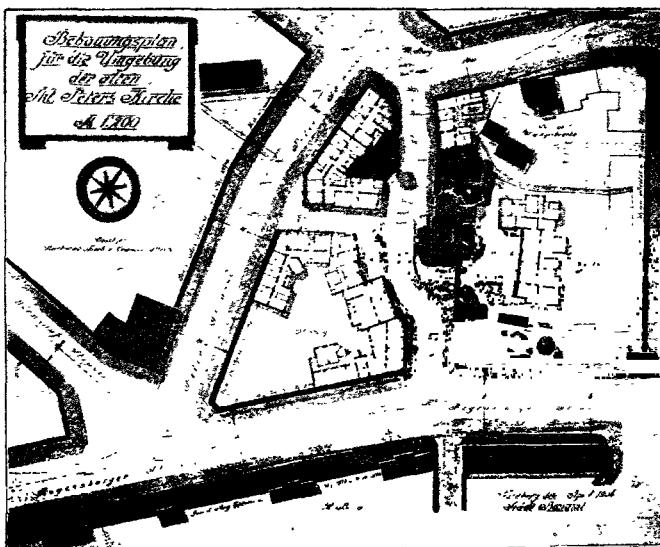


Abb. 7. Nürnberg, Bebauungsplan für die Umgebung  
der alten Peterskirche.

überaus glücklich den Maßstab geben für die hinter ihnen hochaufragende Elisabethkirche, dann würde sich wieder einmal eine jener Freilegungen vollziehen, deren Schaden schwer wieder gut zu machen wäre. Es gibt wenige Städte in Deutschland, die ein so herrliches Städtebild besitzen, und darum müßte kein Mittel unversucht gelassen werden, dieses zu erhalten.

Auf das Konto der Verkehrsüberschätzung und übertriebenen Verkehrsrücksichten ist auch der Krieg zu setzen, den man noch vielfach gegen die schönen Freitreppenanlagen führt, die doch so reizvolle Abwechslung in das Straßenbild bringen. Daß sie in engen verkehrsreichen Großstadtstraßen, wo man zudem jeden Zentimeter Straßenbreite zur Unterbringung der unterirdischen Leitungen — Kanalisation, Gas, Wasser, Elektrizität — nötig hat, sehr störend sein können, wird ohne weiteres zugegeben, aber man beraubt doch ruhige Wohnstraßen und kleine Landstädte nicht dieses reizvollen Schmuckes, den vom Mittelalter bis zur Biedermeierzeit die Architekten

so mannigfaltig zu gestalten wußten. Nicht allein, daß man in jedem Regulierungsplan erbarmungslos ihr Todesurteil spricht, auch durch generelle Polizeiverordnung rückt man ihnen zu Leibe: innerhalb bestimmter Fristen müssen sie fallen, einerlei, ob sie in stillen, verkehrstoten Winkeln oder auch an freien Plätzen liegen, wo eine geringfügige Veränderung des Bürgersteiges das angebliche Verkehrshindernis leicht unschädlich machen könnte. In unseren thüringischen und sächsischen Städtchen sieht man manch trauriges Beispiel der Vernüchterung des Stadtbildes und der Verschandelung schöner Portale durch diese Beseitigung der Freitreppe, und jeden Freund Danzigs



Abb. 8. Nürnberg, Modell zur Umbauung der alten Peterskirche.

muß die Nachricht mit Schmerz erfüllen, daß dort immer wieder der Gedanke auftaucht, in der Jopengasse die Beischläge aus Verkehrsinteressen zu beseitigen. Die Straßenbreite von 7,50 m zwischen je zwei gegenüber liegenden Treppen dürfte dort doch wahrlich ausreichen, den Verkehr aufzunehmen, der sich mit demjenigen auf den vorhin genannten, im Verhältnis weit schmäleren Straßen von London und Köln nicht annähernd messen kann.

Stehen nun gar kleine Bauwerke oder andere Kunstdenkmäler wie Brunnen, Bildsäulen und dergleichen inmitten der Fahrbahn, so ist man leider noch immer schnell bei der Hand, sie dem Verkehr zu opfern, und doch können sie diesem gar oft eher förderlich wie hinderlich sein. Ich erwähnte schon, daß man in den Straßen Londons mitten in der Fahrbahn kleine Bauten wie Feuerwachen und dergleichen errichtet hat, um den Verkehrsstrom zu teilen — diese Funktionen können sehr wohl, solange sie nicht die Übersichtlichkeit des Verkehrsweges beeinträchtigen, die

genannten Denkmäler übernehmen. Läßt sich doch damit so mancher Polizei-sergeant sparen!

In Jena wollte man kürzlich die alte, in der Bahnhofstraße stehende Spittelkirche (Abb. 6), die zwischen der schauerlichen Baukastenarchitektur Neu-Jenas wie eine Oase in der Wüste wirkt, abreißen, obgleich die Fahrbahnbreiten von 7,10 m auf der einen und gar 15,10 m auf der anderen Seite selbst die Hochfluten jenes sischen Verkehrs aufzunehmen, mehr wie ausreichend sind. Nur der Tatkraft einiger Kunstreunde gelang es, das Bauwerk zu erhalten, welches freilich inmitten der Pflasterbahn der Straßengabelung immer etwas isoliert dastehen wird. Hätte man früher seinen Wert erkannt, so hätte man es wohl leicht zur Schaffung eines reizvollen Städtebildes benutzen können, wie man es in Nürnberg bei der alten St. Peterskirche getan hat. Dort hat man in sehr geschickter Weise bei Aufstellung des Bebauungsplanes für Ablenkung des Verkehrs Sorge getragen und nur eine stille Nebenstraße mit lauschigen Plätzchen an dem Kirchlein vorbei geführt (Abb. 7 und 8). Bin ich recht unterrichtet, so hätte es eine frühere Fluchtpläne mit einer geradlinigen Straße durchschnitten und die vor Umarbeitung des Bebauungsplanes bereits ausgeführte, auf Abbildung 8 deutlich erkennbare Mietskaserne an der Ecke der Regensburger Straße läßt ahnen, welches Städtebild dann hier entstanden wäre.

Ich halte dieses Beispiel in mehrfacher Hinsicht für sehr lehrreich, zum Beispiel auch dafür, daß man sich vor der Abänderung der noch auf dem Papier stehenden früheren Fluchtpläne nicht fürchten soll, sobald man deren Verbesserungsmöglichkeit erkannt hat.

Daß übrigens nicht überall solcher Verkehrsfanatismus herrscht wie in Jena, zeigt das Beispiel Freiburg i. Br. und Basels, wo man inmitten der



Abb. 9. Dresden, Straßendurchbruch vom Altmarkt zum Pirnaischen Platz.

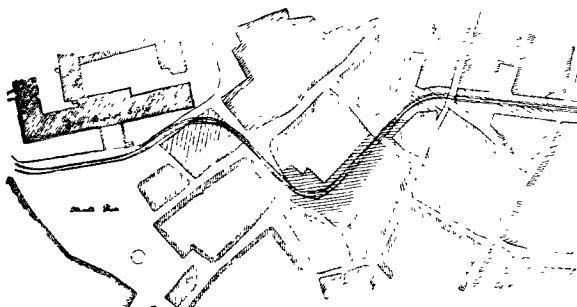


Abb. 10. Darmstadt, Straßendurchbruch vom Markt zur Blumenstraße.

Fahrbahn register Verkehrsstraßen die schönen mittelalterlichen Laufbrunnen erhalten hat. Sonst ist man diesen Brünnlein nicht so freundlich gesinnt und ihre Zahl wird immer geringer.

Welche Poesie mit diesen alten traulich plätschernden Laufbrunnen aus dem Städtebild schwindet, sehen die meisten Gemeindeverwaltungen noch nicht ein. Seit die Wasserleitung in jedes Haus geht, hält man sie für überflüssig; das Wasser einiger lyrischer Schwärmer wegen plätschern zu lassen, dazu ist man zu arm — Unterflurhydranten oder gußeiserne Auslaufständen für die Tränkung der Droschkengäule sind ausreichender Ersatz! Auch alte Bäume, sobald sie nicht ganz reglementmäßig auf der Bordschwellenkante oder auf freien Plätzen stehen, Verkehrsrücksichten zu opfern, ist man meist gar zu schnell bereit. Man fürchtet, es könnte sich einmal einer die Nase stoßen und die Stadt bei der heutigen Tendenz unserer Rechtsprechung, in Haftpflichtfällen den wirtschaftlich Schwächeren zu schützen, zu Schadenersatz verurteilt werden. In Halle hat man mitten in der Fahrbahn der nicht gar breiten Zufahrtstraße zu einer neuen Brücke einen solchen Baum auf mäßig erhöhter Insel stehen lassen und mit einer Bank umgeben, ohne daß er meines Wissens bis jetzt als Verkehrshemmnis empfunden wäre, und in Stuttgart ist, wie Abbildung 13 zeigt, bei der Altstadtsanierung die Erhaltung eines alten Baumes Anlaß zur Schaffung eines reizvollen Städtebildes geworden. Wohl in 90 von 100 Fällen wäre bei der üblichen Fluchlinienplanung dieser der Axt zum Opfer gefallen, um die gerade, normale Bauflucht zu erzielen — hier führte fühlende Künstlerhand den Stift: der einspringende Winkel gab dem Baum einen sicheren Platz, dem Straßenbild eine angenehme Belebung — dem Verkehr sicherlich kein Hindernis.

Die Berücksichtigung der Schwierigkeiten, der Opfer an Schönheit, Geist und Geld, welche die Bewältigung des Verkehrs in alten Stadtteilen verursacht, müßte mehr als bisher dazu führen, das Zentrum alter Stadtteile zu entlasten, als durch fortwährende Verbreiterung der Straßen und Anschluß aller Stadterweiterungen an den alten Stadt kern einen immer stärkeren Verkehrsstrom in diesen zu leiten. Wie das Herz des menschlichen Körpers das zu reichlich zufließende Blut nicht mehr verarbeiten kann und krank — hypertrophisch — wird, so kann auch das Herz alter Städte in vielseitiger Beziehung nicht gesund bleiben, wenn die Blutwellen des Verkehrs zu stark in ihm schlagen. Dieses zu vermeiden wird man rechtzeitig — und es gibt für viele Städte in Deutschland noch ein rechtzeitig — eine Entlastung der Stadtmitte und die Schaffung neuer Verkehrsmittelpunkte anbahnen müssen. Überaus beachtenswerte Fingerzeige gibt in dieser Beziehung die 1904 erschienene kleine Schrift von Hercher „Großstadt erweiterungen“, in welcher Verfasser mit Recht auf die Vorteile der Dezentralisation — auch für die Denkmalpflege — hinweist. Häufig werden sich solche Entlastungen schon im Wege der Polizeiverordnung erzielen lassen, indem für bestimmte Verkehrsarten oder -richtungen parallele Wege, die dann manchmal durch geringe Änderungen diesem Zwecke angepaßt werden müssen, vorgeschrieben werden. Bisweilen genügt dies sogar schon für bestimmte besonders verkehrsreiche Tageszeiten. Vielfach wird man jedoch nicht umhin können, neue Verkehrsadern dadurch zu schaffen, daß man Bresche in alte Stadtteile legt. Glücklicherweise können wir es heute

schon als feststehend betrachten, daß bei solchen verhältnismäßig gewaltsamen operativen Eingriffen das Lineal viel von seinem früheren verhängnisvollen Einfluß eingebüßt hat und daß Durchbrüche von so rücksichtsloser Geradheit wie derjenige der König-Johann-Straße vom Altmarkt zum Pirnaischen Platz in Dresden (Abb. 9) wohl zu den Seltenheiten gehören. Nur mittlere und kleine Städte lieben es wohl noch heute, in weitblickender Fürsorge für den unausbleiblichen

Millionenverkehr sich solche Schmarren in ihr Antlitz schlagen zu lassen. Ihnen ist noch nicht bekannt geworden, daß in dem großen Braubachstraßen-Durchbruch zur Entlastung der Zeil in Frankfurt oder in dem Durchbruch vom Marktplatz zur Blumenstraße in Darmstadt (Abb. 10). insbesondere aber in dem Bebauungsplan für die Sanierung der Altstadt in Stuttgart (Abb. 11) mustergültige Beispiele dafür geschaffen sind, wie

sich die Interessen des Verkehrs mit denjenigen der Denkmalpflege und der Städteästhetik vereinen lassen und wie dabei auch wirtschaftliche Rücksichten nicht zu kurz kommen. Hier ist man nach Möglichkeit alten Straßenzügen gefolgt, hat nicht alle Unregelmäßigkeiten ausgemerzt, hat ruhig einen kleinen Umweg für den Verkehr in Kauf genommen und so aber einerseits erreicht, daß ein großer Teil der alten Gebäude noch eine lange Reihe von Jahren stehen bleiben kann, sich also die Umgestaltung langsamer und damit wirtschaftlich günstiger vollzieht, andererseits die Bildung neuer schöner Städtebilder verbreitet. Unsere Bilder geben dafür gute Beispiele: das schöne alte Bürgerhaus „Unter der Mauer“ (Abb. 12) bleibt von der Fluchtlinie unberührt und so erhalten, und die malerische Wirkung der Baugruppen (Abb. 13 und 14) beruht nicht nur auf ihrer trefflichen Architektur, sondern nicht zum wenigsten auf der geschickten Fluchtlinienführung.

Einen besonders harten Kampf um ihre Erhaltung haben jene alten herrlichen Brücken zu kämpfen, die mit so manchem schönen Städtebild seit Jahrhunderten unzertrennlich verbunden sind, weil sich gegen sie aus demselben Lager gleich zwei Feinde erheben: der Verkehr durch und über sie. Die

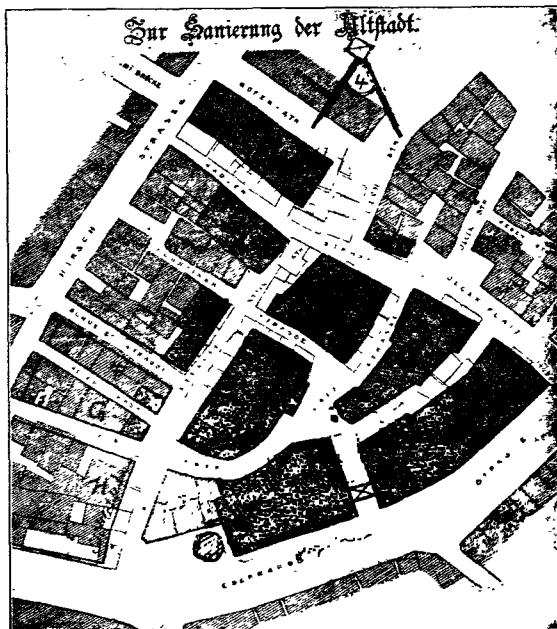


Abb. 11. Stuttgart, Bebauungsplan für die Sanierung der Altstadt.

(Nach einer Veröffentlichung im »Neuen Tagblatt« zu Stuttgart.)

durch das Aufblühen des Handels außerordentlich gesteigerte Schiffahrt auf unseren deutschen Flüssen und Strömen, die erhebliche Vergrößerung der Frachtschiffe sind, ganz abgesehen von wasserbautechnischen Gründen, schon manchem dieser kraftvollen Bauwerke gefährlich geworden. Die oft geringe Spannweite ihrer Bögen, der durch die dicken Strompfiler hervorgerufene Stau sind in der Tat manchmal Hindernisse, die dem Schiffsverkehr sehr lästig werden können. Diese zu beheben wird nur in besonderen Fällen möglich sein. Zwar hat Prinz Ludwig von Bayern in der 9. Hauptversammlung des Vereins zur Hebung der Fluß- und Kanalschiffahrt in Ulm unter Bezug auf die Absicht, die alte berühmte Donaubrücke zu Regensburg der Schiffahrt zu opfern, zur Freude aller Denkmalsfreunde das bekannte Wort gesprochen: „Man muß die historischen Bauwerke schließlich ja nicht abreißen, man kann sie auch umgehen“ —, aber wenn man gerecht sein will, muß man zugeben,

dass solche bei Wasserräumen doch nur mit ganz erheblichen Kosten möglichen Umgehungen auf diejenigen Brückenbauten beschränkt werden müssen, welche den Anspruch erheben dürfen. Werke von höchstem künstlerischen oder historischen Werte zu sein. Und selbst dann sind sie nicht überall durchführbar. Mit schmerzlichem Bedauern müssen wir zum Beispiel die wundervolle Augustusbrücke in Dresden verschwinden sehen, aber wir müssen uns damit zu trösten suchen, daß eben dort trotz gründlichster Prüfung kein anderer Ausweg übrig blieb und daß schließlich zu hoffen steht, daß der Ersatz für das alte Bauwerk ein würdiger wird.

Die gleiche Hoffnung möchten wir aussprechen, wenn es zur Tatsache wird, daß die schöne alte Fulda-brücke in Kassel fallen muß; insbesondere wäre es auch dort zu wünschen, daß — wie in Dresden —



Abb. 12. Stuttgart, Haus »Unter der Mauer«.  
(Durch wohlüberlegte Fluchtlinienführung bei der Altstadtsanierung erhalten.)

(Nach Postkarte aus dem Verlage von L. Schaller in Stuttgart.)

auch bezüglich des Materials die neue Brücke der alten entspräche, daß also nicht etwa eisernes Gitterwerk die schöne Steinwölbung ablöse.

Ist es der Verkehr über die Brücke allein, der ihren Ersatz durch einen Neubau fordert, so gilt in erhöhtem Maße das, was von den Straßen gesagt wurde: man hüte sich, ehe man Beschlüsse faßt oder diese gar in die Tat umsetzt, vor Überschätzung des Verkehrs. Auch hier wird manchmal ein Hinweis auf größere Verhältnisse die Verkehrsfanatiker besänftigen, und so sei nur erwähnt, daß über diejenige Brücke, welche wohl den größten Verkehr der Welt aufweist, die London Bridge, täglich 25 000 Wagen und 125 000 Fußgänger passieren, und dies bei einer Gesamtbreite von rund 16 m!

Ähnlich überraschend sind folgende Angaben, welche ich dem Berichte über die 10. Hauptversammlung des Vereins zur Hebung der Fluß- und Kanalschiffahrt in Bayern entnehme:

Bei einer Verkehrszählung auf der alten Donaubrücke zu

Regensburg, deren Fahrbahn nur 5,0 m und deren Bürgersteige nur je 0,90 m bis 1,16 m breit sind, wurde schon 1876 ein durchschnittlicher Tagesverkehr von 22 138 Personen, 634 Fuhrwerken, 667 Handkarren und 113

Stück Treibvieh ermittelt. Seitdem mag sich der Verkehr gesteigert haben, aber die herrliche Brücke steht noch, und wir dürfen, nach einer mir vom Magistrat der Stadt Regensburg gewordenen Mitteilung, die zuversichtliche Hoffnung hegen, daß sie uns noch lange erhalten bleibt.

Auf einer Brücke wickelt sich der Verkehr eben erheblich leichter und geregelter ab wie auf Straßen, weil er sich immer nur in zwei Richtungen bewegt, weil er nicht wie bei Straßen durch Einmündung von Nebenstraßen eine plötzliche Steigerung erfährt, die Fuhrwerke nicht zu halten brauchen und auch Fußgänger sich schneller und geregelter bewegen wie auf Straßen, wo es allenthalben etwas zu schauen gibt. Es kann also die Breite einer Brücke schon um ein erhebliches geringer sein als die einer Straße, auch



Abb. 13. Stuttgart, Neue Häusergruppe im Gebiet  
der Altstadtsanierung.  
(Erhaltung des alten Baumes.)

dann, wenn sie von der Straßenbahn befahren wird. Die Verkehrsentlastung, die bei Straßenzügen so leicht durchzuführen ist, ist bei Brücken natürlich nur dann möglich, wenn andere Übergänge über den Wasserlauf vorhanden sind oder geschaffen werden. Letzterer Ausweg, der ja selbstverständlich schon sehr oft eingeschlagen ist, wird in vielen Fällen wirtschaftliche Vorteile vor dem Neubau an alter Stelle bieten, weil dann gleichzeitig andere Stadtteile erschlossen oder in ihrer Bedeutung gehoben werden.

Ob dieser nicht auch beschritten werden könnte, um die prächtige alte Camsdorfer Brücke, ohne die das Stadtbild von Jena eigentlich gar nicht zu denken ist, vor dem Abbruch zu bewahren, möchte ich an maßgebender Stelle zur Erwägung geben. Noch bleibt ja Zeit hierzu, denn es fehlen, wie ich dieser Tage — und ich kann nicht leugnen: mit stiller Freude — las, 50 000  $\text{M}$  an den zu 500 000  $\text{M}$  ermittelten Neubaukosten.

Auch eine Brückenverbreiterung ist bei eintretender Verkehrssteigerung zuweilen ein Ausweg.

Abb. 14. Stuttgart, Neue Häusergruppe im Gebiet der Altstadtsanierung.  
(Einspringende Ecke.)

Manchmal genügt es, auf Kragsteinen den Bürgersteig herauszulegen, bisweilen wird sich eine Verbreiterung der ganzen Wölbungen ermöglichen lassen. Früher half man sich vielfach mit Eisenkonstruktionen — teils durch Konsolträger, teils durch mit den Wölbungen parallele Gitterbögen, wie zum Beispiel bei der schönen Waterloobrücke in Merseburg —, doch sollte man von diesen stets häßlichen Hilfsmitteln so wenig wie möglich Gebrauch machen, um so mehr, als uns heute in dem Eisenbeton ein Baumaterial gegeben ist, in welchem, wenn der Architekt seiner Eigenart gerecht wird, Altes und Neues sich wohl zusammenbringen lässt.

Mit diesem Material wurde im vorigen Jahre die Elisabethbrücke in Halle, eine gewölbte Steinbrücke aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts,



von 7,60 m auf 16 m verbreitert (Abb. 15). Wir haben hierbei versucht, die Konstruktionsmomente in der Formgebung zum Ausdruck zu bringen, und wenn auch in den Einzelformen vielleicht noch nicht alles so geglückt ist, wie es gewollt war, so glaube ich doch, daß dieses Beispiel zeigt, daß eine solche Brückenverbreiterung in Beton ästhetisch befriedigender wirkt wie in Eisen.

Weshalb wir vom Standpunkt der Denkmalpflege gerade auf die Erhaltung der alten Steinbrücken so besonderen Wert legen, ist die betrübende aber wahre Tatsache, daß bei keinen anderen Werken der Baukunst zurzeit noch die Wahrscheinlichkeit eines künstlerisch gleichwertigen Ersatzes

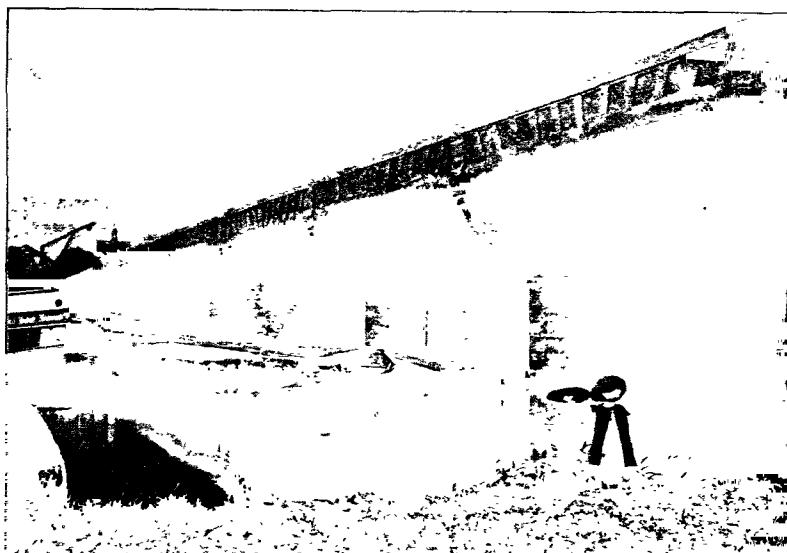


Abb. 15. Halle a. S., Verbreiterung der Elisabethbrücke.

für das Alte so gering ist, wie bei den Brücken. Nirgends tritt der reine Nützlichkeitsstandpunkt so kraß zutage, wie beim Brückenbau. Fällt die alte Steinbrücke, so wird in den weitaus meisten Fällen die eiserne ihre Nachfolgerin. Zeigte jene in ihrer großen Masse einen Überschuß an Kraft, so steht diese wie ein ewiges Rechenexempel da, stolz darauf, daß alle Kräfte bis zum äußersten beansprucht sind, daß mit dem geringsten Materialaufwand das Größtmögliche geleistet ist, vor allem, daß man billig gebaut hat. Gewiß ist der gewaltigen Eisenbrücke über den breiten Strom die Schönheit nicht abzusprechen, bei kleineren Verhältnissen aber wird die eiserne Brücke sich nur selten den, ich möchte sagen: „intimeren“ Reizen eines alten Städtebildes gut einfügen (man vergleiche nach diesem Gesichtspunkt die Abbildungen 16 und 17\*). Ich will nicht zu weit abschweifen vom Thema,

\*) Die Abbildungen 16 und 17 sind mit freundlicher Genehmigung des Herrn Verfassers dem trefflichen Aufsatze von Dr. Julius Gröschel über „Brücken vom Standpunkte des Heimatschutzes“ in Heft 4 und 5 des 5. Jahrganges der Monatsschrift des Vereins für Volkskunde und Volkskunst entnommen.

möchte aber noch kurz bemerken, daß auch hier der Eisenbeton vielleicht berufen sein wird, konstruktive, wirtschaftliche und ästhetische Interessen zu vereinen. Nur muß sich der Ingenieur entschließen können, einmal ein

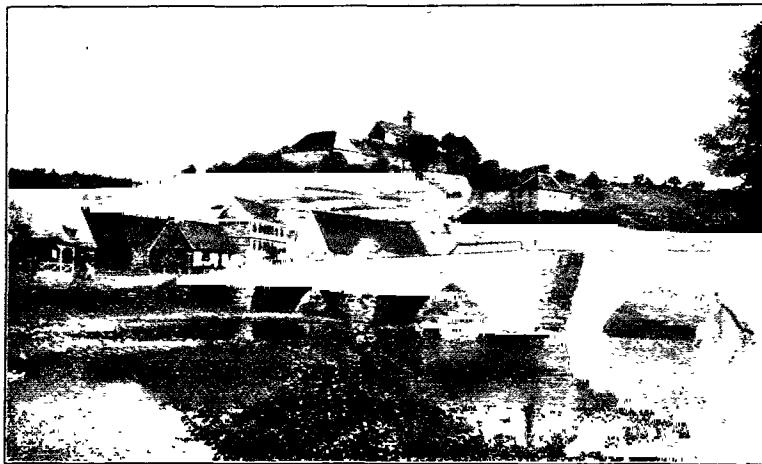


Abb. 16.

paar Kubikmeter Beton über das rechnerische Bedürfnis hinaus unserem Schönheitsempfinden zu opfern, solange dieses noch nicht — wozu wir ja vielleicht auf dem Wege sind — nach der mathematischen Seite hin umgebildet ist.

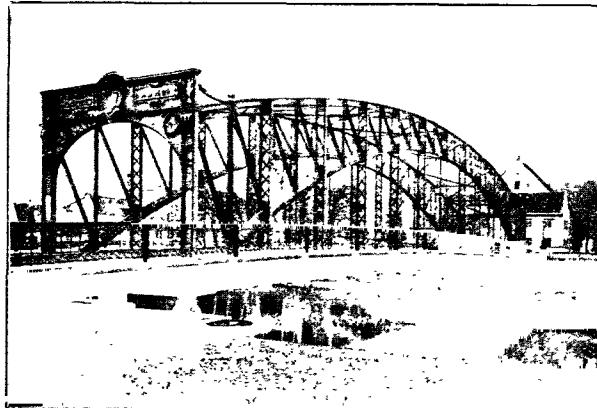


Abb. 17. Regensburg, Eiserne Brücke.

Wenden wir uns nun der Frage zu, welche Möglichkeiten uns zur Erhaltung alter Befestigungsanlagen, der Wälle und Gräben, der Stadtmauern, Türme und Tore, welche durch Verkehrsinteressen bedroht sind, gegeben sind, so wissen wir, daß wir damit eines der wichtigsten Kapitel unseres

Themas, vielleicht der Denkmalpflege überhaupt, berühren. Aber fürchten Sie nicht, daß ich damit Ihre Zeit noch lange in Anspruch nehme, denn ich meine, so viel schon über dieses Thema geredet und geschrieben ist, so wenig läßt es sich erschöpfen, so wenig läßt es sich aber auch in bestimmte Regeln kleiden. Nirgends gilt der Satz: „wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg“, so sehr wie hier. Diesen zu zeigen, eignet sich aber weniger das Wort als das praktische Beispiel, und solches werde ich im Folgenden durch eine größere Zahl von Bildern vorführen.

Daß es eine Ehrenpflicht der Städte ist, in den Resten ihrer Stadtbefestigungen die markigsten Zeugen ihrer Entwicklung zu erhalten, daß viele aber, trotzdem sie in den Verdacht kommen müssen, sich wie Parvenüs ihrer Vergangenheit zu schämen, sich dieser Pflicht zu entziehen suchen, brauche ich hier wohl nicht zu erörtern. Ich erwähne nur, daß ich in der kurzen Spanne Zeit, während welcher ich Konservator der Denkmäler der Provinz Sachsen war —  $1\frac{1}{4}$  Jahr —, über ein Dutzend Mal für alte Befestigungsanlagen bzw. Teile von solchen eintreten mußte. In den meisten Fällen ist es denn auch wieder, wenn die übrigen Schlachtrufe der expansionsdurstigen Stadtväter, wie „Schaffung von Licht und Luft“ oder „Krieg dem finstern Mittelalter“ und dergleichen verbraucht sind, der böse „Verkehr“, der als schweres Geschütz aufgefahren wird — oft natürlich nur als Deckung für allerlei spekulative Interessen. Wer aus diesem Kapitel etwas Näheres zu erfahren wünscht, der lese Helferts obenerwähntes Schriftchen „Eine Geschichte von Toren“, er wird eine schmerzlich-vergnügte Stunde haben.

Da es sich fast immer um kleinere Städte handelt, die noch diesen Kampf aufzunehmen versuchen, weil die großen die geringen Reste, die ihnen ein glücklicher Zufall aus einer bösen Zeit des Städtebaues gelassen hat, zumeist zu wahren bestrebt sind, brauche ich nach dem, was ich eingangs über Wertung des Verkehrs gesagt habe, nicht weiter auszuführen, wie falsch es in den meisten Fällen ist, Verkehrsinteressen gegen diese Reste alter Befestigungsanlagen ins Feld zu führen.



Abb. 18. Querfurt, Burggraben ohne gärtnerische Verschönerung (Beispiel).

Daß Stadtmauern, Gräben und Umwallungen in ihrem ganzen Umfange genommen, als Verkehrshindernisse anzusehen sind, wird ernstlich niemand glauben. Daß man sie aber an einzelnen Stellen öffnen muß, um Verkehrswege durch sie zu bahnen, ist ebenso selbstverständlich, nur ist zu fordern, daß zu diesem Eingriff nur dann geschritten wird, wenn nach ernsterster

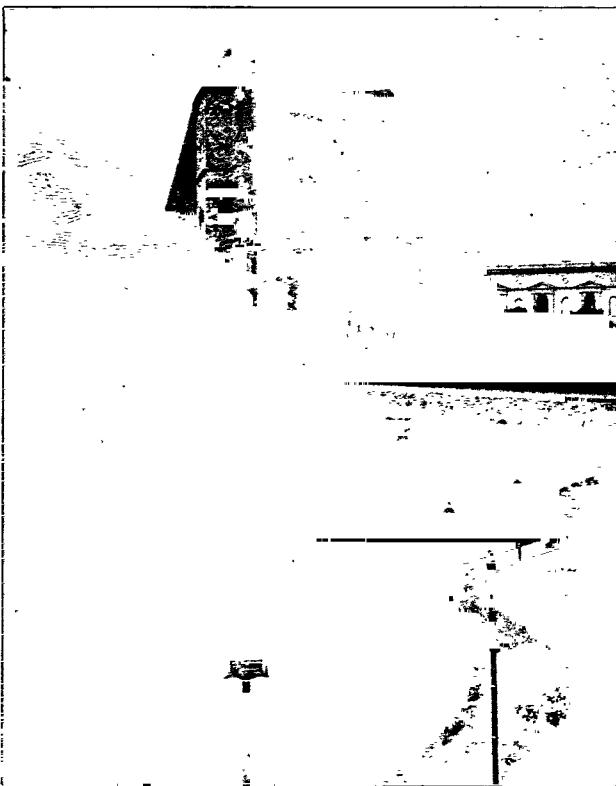


Abb. 19. Halle a. S., Burggraben der Moritzburg mit gärtnerischen Anlagen (Gegenbeispiel).

Prüfung durch objektive Sachverständige — die man nicht immer an dem betreffenden Ort findet — festgestellt ist, daß die vorhandenen Öffnungen tatsächlich zur Aufnahme des vorhandenen Verkehrs nicht ausreichen. In ihrer Längsausdehnung sind die Stadtmauern so weit wie eben angängig zu erhalten, was am sichersten möglich ist, wenn die Städte die Außenwälle und Gräben und einen möglichst breiten Schutzbürtel um sie im eigenen Besitz behalten und zu öffentlichen Anlagen gestalten. Hierunter möchten wir aber, nebenbei bemerkt, nicht

verstehen, daß uns der Stadtgärtner in den Gräben mit Tännchen, Schlangenwegen und Felspartien künstliche Romantik vorzaubert und daß die Wälle eingeebnet und mit Alleebüscheln bepflanzt werden. Man lasse, soweit es irgend angeht, dem Graben etwas von seiner alten geheimnisvollen Wildnis und dem Walle seine Höhe. Wie malerisch ist zum Beispiel der von allerlei wildwachsendem Gesträuch überwucherte Burggraben zu Querfurt (Abb. 18), und wie schön ist der Blick hinunter in die stimmungsvollen, dem Verkehr nicht geöffneten Wallgräben bei der Burg zu Nürnberg! Ihr Reiz wäre dahin, wollte man durch sie wie durch den Moritzburggraben zu Halle wohlabgezirkelte Promenadenwege legen (Abb. 19). Warnungstafeln müßten, wie dort, um Schutz für die kostbaren Teppichbeete, die ausländischen

Ziersträucher und wohl gepflegten Rasenflächen flehen und zahlreiche Laternen müßten nächtlichen Unfug erschweren; Laubsänger und Nachtigall wären für immer aus ihrem Reviere verbannt.

Die Schönheit alter baumbestandener Wallwege zeigen uns z. B. Nürnberg, Goslar, Göttingen und manche andere Städte, und man kann es deshalb nicht recht verstehen, daß es noch Städte gibt, die durch den Einspruch des Konservators daran gehindert werden müssen, ihre Wälle mitsamt den alten Bäumen abzutragen.

Daß es nun aber besonders die alten Türe und Tore sind, welche als Verkehrshindernisse bekämpft werden, liegt in der Natur der Sache: bilden sie doch fast stets den Abschluß der Hauptverkehrslinien und sind doch ihre Durchgangsöffnungen namentlich bei mittelalterlichen Toren tatsächlich



Abb. 20. Halle a. S., Anbau einer Nachbildung des ehemal. Galgentores als Festdekoration (inmitten verkehrsreicher Straße).

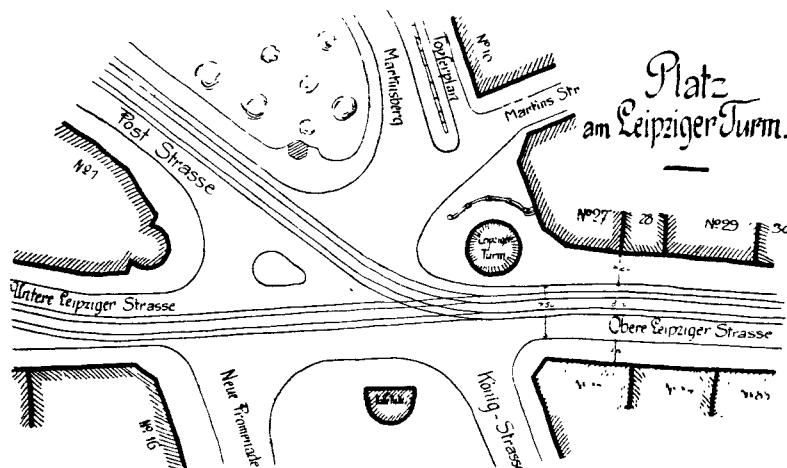


Abb. 21. Halle a. S., Leipziger Turm.



Abb. 22. Jena, Johannistor.

häufig modernen Verkehrsanforderungen nicht gewachsen. Die Möglichkeiten, solche Torbauten zu erhalten, sind wohl alle schon in praxi erprobt, so daß man sie im folgenden klassifizieren und durch Beispiele belegen kann. Selbstverständlich gelten als erste Maßnahmen hier die gleichen, wie ich sie für die Erhaltung anderer durch den Verkehr bedrohter Baudenkmale vorhin anführte: Warnung vor Verkehrsüberschätzung, Regelung und Ablenkung des Verkehrs. Als Beispiel aus eigener Praxis möchte ich für erstere kurz anführen, daß wir in Halle an den Leipziger Turm, dessen Beseitigung als Verkehrshindernis oder dessen Durchtunnelung wenigstens schon öfters



Abb. 23. Mühlhausen i. Thür., Äußeres Frauendorf.

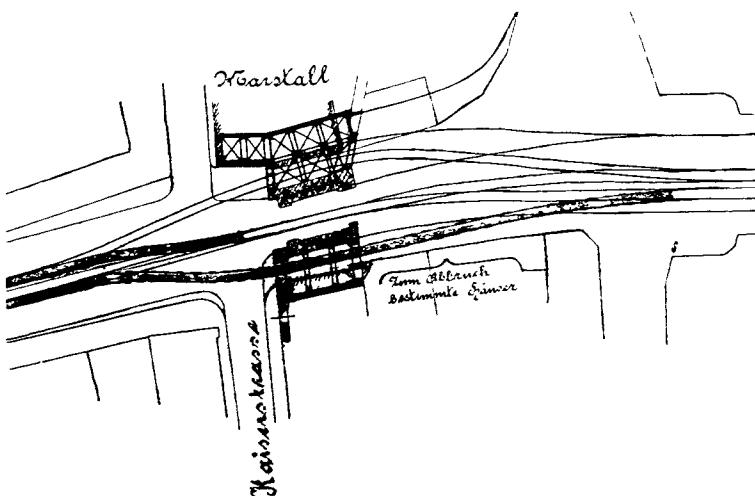


Abb. 24. Lübeck, Entwurf zu Verkehrsverbesserungen am Burgtor.

gefordert wurde, anlässlich eines Kaiserbesuchs als Festdekoration eine Nachbildung des früher dort vorhanden gewesenen Stadttores anbauten, ohne auch nur eine Minute den Verkehr, auch den der Straßenbahn, zu unterbinden (Abb. 20 und 21). 7,60 m beträgt nur die Fahrbahnbreite an der Stelle, wo der etwas in die Straße vorspringende Turm steht, zwei Straßenbahnenlinien vereinigen sich an ihr, und vier Straßen kreuzen sich. Glatt, ohne Unfall wickelte sich der ungeheuere Festtagsverkehr durch und um das Tor ab, und wahrlich, als man es abbrach, fehlte es nicht an Stimmen, die ernstlich seinen massiven Wiederaufbau wünschten.

Ein treffliches Beispiel dafür, daß sich

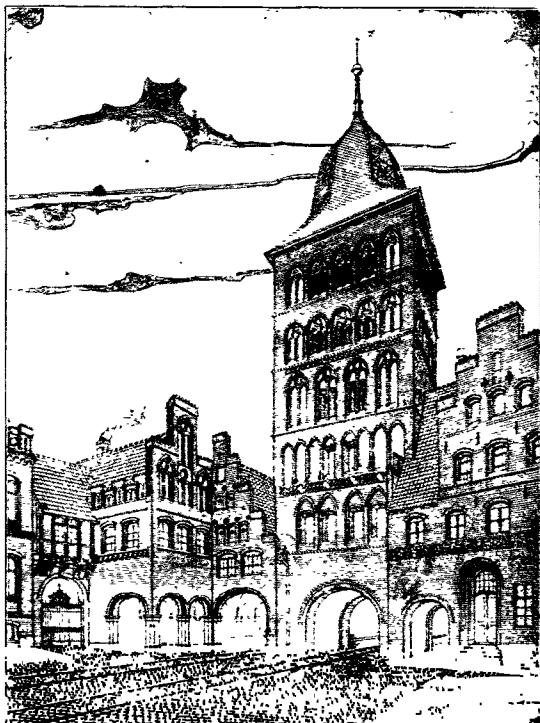


Abb. 25. Lübeck, Entwurf zu Verkehrsverbesserungen am Burgtor.

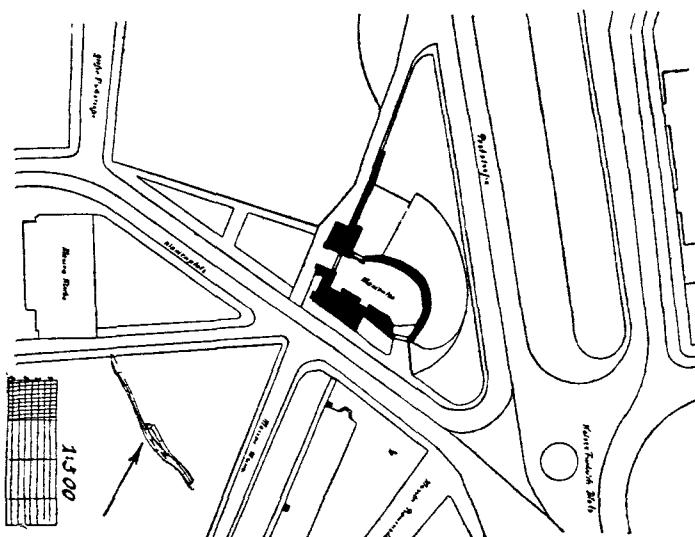


Abb. 26. Naumburg, Mariendorf.

durch Ab- oder Umlenkung des Verkehrs ein altes Stadttor wohl erhalten läßt, finden wir in Jena: dort hat man die Straßenbahnenlinien von der Saalstraße zum Johannisplatz nicht auf dem kürzesten Wege durch die Johannisstraße, sondern zur Schonung des Johannisstores, dessen Durchfahrtsöffnung gar schmal und niedrig ist, durch die Leutrastraße geführt und so dem Stadtbilde eine seiner berühmtesten Zierden: den Straßenabschluß durch das



Abb. 27. Naumburg, Mariendorf.  
(Nach einer Postkarte aus dem Verlage von E. Friedrich in Leipzig.)

alte Tor, erhalten. Leider hat man nur verabsäumt, diesem schönen Bauwerke auch eine würdige Umgebung zu sichern, indem man die Errichtung vielgeschossiger Häuser in seiner unmittelbaren Nähe verhinderte. Wie Abbildung 22 zeigt, wird der Turm durch das häßliche Eckhaus schier erdrückt.

Ist eine solche Verkehrsablenkung, die ich als erste Möglichkeit zur Erhaltung alter Torbauten bezeichnen möchte, nicht angängig, so kommt an zweiter Stelle die Vergrößerung der Durchfahrtsöffnung in Betracht, welche sich zuweilen ohne Eingriff in das Bauwerk selbst durch Senkung des im Laufe der Jahre gewachsenen Straßenniveaus bewirken lassen wird. Diese Maßnahme ist namentlich in Landstädtchen zuweilen schon ausreichend, wenn, wie es öfters vorkommt, ein in der Toröffnung stecken gebliebener Erntewagen den ersten Anstoß zum Kriege gegen den Turm gegeben hat.

Eine Vergrößerung des Torbogens selbst ist bei Toren mittelalterlichen Ursprungs mit ihren meist glatten oder doch nur schlicht profilierten Öffnungen ein noch gangbarer Ausweg, sie ist aber kaum möglich bei Torbauten der Renaissance und der Barockzeit, bei welchen sie die Zerstörung der Architektur zur Folge haben würde. In diesen Fällen bleibt als dritte Möglichkeit die Schaffung neuer seitlicher Durchgangsöffnungen durch die an den Torbau anschließenden Torwerke — seien dies nun Stadtmauern oder Gebäude. Dieser vielfach angewandten Lösung möchten wir, wo sie technisch ausführbar ist, am meisten das Wort reden, weil sie einen Kompromiß darstellt, der in jeder Beziehung befriedigen kann. Insbesondere ist sie uns deshalb besonders willkommen, weil sie trotz der Verbesserung der Verkehrswege die Erhaltung der Geschlossenheit des Straßen- oder Platzbildes gewährleistet. Ein gutes Beispiel dafür zeigt unsere Abbildung 23, das Äußere Frauendorf in Mühlhausen i. Th. Hier hat man zwecks Durchführung der Straßenbahn eine neue seitliche Toröffnung in die Stadtmauer eingebrochen. Auch der Entwurf zu den Verkehrsverbesserungen am Burgtor zu Lübeck (Abb. 24 und 25) sieht die Schaffung neuer Durchgangswege



Abb. 28. Salzwedel, Neuperwertor  
(wird einseitig freigelegt).

nien bestehenden unter völliger Wahrung der Geschlossenheit des Straßenbildes vor. Jetzt dient dem Fuhr- und eingleisigen Straßenbahnenverkehr dagegen der Torbogen im Turm, während die Fußwege durch je einen schmalen Durchgang durch die beiderseitig anliegenden Gebäude gehen. Zur Aufnahme eines zweiten Gleises und zur Teilung des Wagenverkehrs nach Fahrtrichtungen plant man den linksseitigen dieser Durchgänge zu vergrößern und einen Weg für die Fußgänger durch das rechtwinklig anstoßende Marstallgebäude, durch laubenartigen Ausbau seines Untergeschosses zu schaffen.

Die Fußgänger durch das rechtwinklig anstoßende Marstallgebäude, durch laubenartigen Ausbau seines Untergeschosses zu schaffen.

Zurzeit ist wohl der Verkehr an dieser Stelle noch nicht so stark, daß dieser immerhin bedeutende Eingriff in den alten Bestand schon erforderlich wäre, aber wenn seine Steigerung einmal eine Verbesserung der Verkehrswege unumgänglich notwendig machen sollte, dann kann man sich wohl mit dem vorliegenden Entwurfe durchaus einverstanden erklären, weil er die überaus reizvolle Baugruppe in ihrer Gesamterscheinung wenig beeinträchtigt.

Ebenso erfreulich ist die Anwendung dieser Lösung in Breslau, wo der in neuerer Zeit aus



Abb. 20. Ochsenfurt, Einseitig freigelegter Torturm.

durchdringenden Verkehrsbedürfnissen geschaffene Durchgang neben der großen Bogenöffnung durch den herrlichen Barockbau der Universität dem durch seine Schönheit besonders ausgezeichneten Städtebilde in keiner Weise geschadet hat.

Da ein derartiger Ausweg immerhin mit etwas Unbequemlichkeit verbunden ist und man in Verkehrsfragen ja gar leicht geneigt ist, über das Bedürfnis hinaus zu gehen, ist man in vielen Fällen, in welchen schon die Schaffung eines Durchgangs für Fußgänger neben der alten Toröffnung ausgereicht haben würde, gleich einen Schritt weiter gegangen und hat die als Verkehrshindernis angesehenen Torbauten auf einer Seite gänzlich von ihren Anbauten befreit oder man hat, wie bei Stadtmauern, eine breite Bresche in diese gelegt. Diese vierte Möglichkeit, die einseitige Freilegung, mag

dann noch angehen, wenn der Torbau so zur hauptsächlichsten Sehlinie steht, daß die neue Lücke nicht zu sehr ins Auge fällt, die Geschlossenheit des Straßenbildes also nicht leidet. Es ist dies zum Beispiel, wenn auch nicht in vollkommener, so doch noch in befriedigender Weise der Fall bei dem Mariendorf zu Naumburg (Abb. 26 und 27), welches dadurch, daß die Straße erst kurz vor ihm abschwenkt und westlich von ihm die Marienkirchekulissenartig die übertrieben breite Durchbruchstelle deckt, noch immer einen sehr schönen Straßenabschluß bildet.

Bei dem Neuperwertor zu Salzwedel (Abb. 28) wird eine empfindliche Lücke entstehen, wenn der schon begonnene Durchbruch an seiner linken Seite zur Ausführung gelangt sein wird (die beiderseitige Freilegung ist fluchtlinienmäßig zwar beabsichtigt, wird sich aber hoffentlich durch den Einspruch des Konservators verhindern lassen). Das dann entstehende Bild wird ähnlich unbefriedigend wirken, wie der Durchbruch beim Stadt-tor zu Ochsenfurt (Abb. 29). Und doch würde sich in diesen beiden — wie in den meisten — Fällen einseitiger Freilegung von Torbauten der dem Straßenbildne erwachsende Schaden leicht wieder gut machen lassen, und zwar durch eine Überbauung der Lücke. Mit wie einfachen Mitteln dies geschehen kann, zeigt unser Beispiel aus Regensburg (Abb. 30). Sowohl von innen wie von der Wasserseite her würde der zur Durchführung der Straßenbahn unvermeidliche Durchbruch neben dem alten Brückenturm der Schönheit des Stadtbildes erheblich Eintrag getan haben, wenn nicht dessen Geschlossenheit durch den schlichten Torbau wieder hergestellt worden wäre.

Mag nun eine solche Überbauung wie bei kleineren Verhältnissen durch einen einfachen Bogen, oder wie bei größeren durch ein Torgebäude erfolgen, so werde sie — und das gelte für alle Fälle, in denen es sich um Anbau an alte Tore und Türme handelt — nicht den Stilformen der alten Bauten



Abb. 30. Regensburg, Überbauung des Durchbruchs neben dem Torturm der steinernen Brücke.

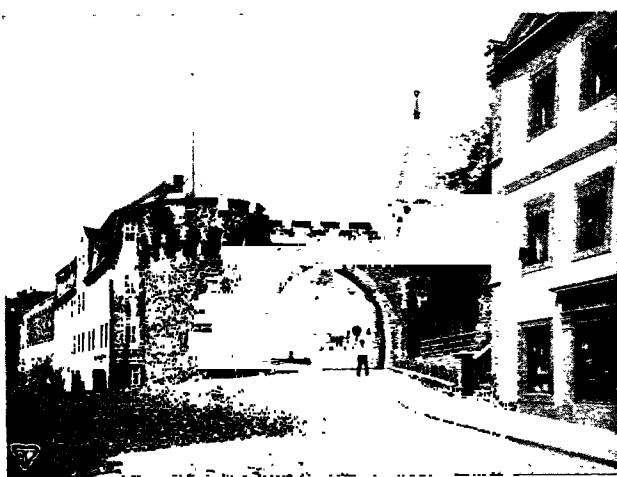


Abb. 31. Merseburg, Das krumme Tor.  
(Nach einer Postkarte der Kunstanstalt Dr. Trenkler & Cie., Leipzig.)

angepaßt, sondern in dem Geiste unserer Zeit ausgeführt. Wenn irgendwo, so müssen wir bei diesen Aufgaben endlich von Stilmeierei freikommen, denn nirgends wirkt die Dissonanz zwischen Gewolltem und Erreichtem so unangenehm wie da, wo Original und Imitation unmittelbar nebeneinander stehen. Der Anbau ordne sich in schul-

diger Achtung vor dem Altem diesem unter. Etwaige Zierformen und Schmuckstücke an ihm seien von erlesener Güte und lassen die Entstehung in unserer Zeit erkennen. Ein Bauwerk wie das sogenannte Krumme Tor zu Merseburg (Abb. 31) ist doch gar wenig erfreulich. Nur den völligen Laien vermögen Spitzbogen, Zinnenkranz und Flankierungstürmchen darüber zu täuschen, daß dieser Toranbau an den alten Stadtbefestigungsturm eine Schöpfung unserer Tage ist. Wie anders würde ein Meister der Renaissance- und Barockzeit eine solche Aufgabe gelöst haben! Er hätte frei die Sprache seiner Zeit gesprochen, und sein Werk hätte trotzdem nicht in Widerkläng mit dem Werke der Väter gestanden.

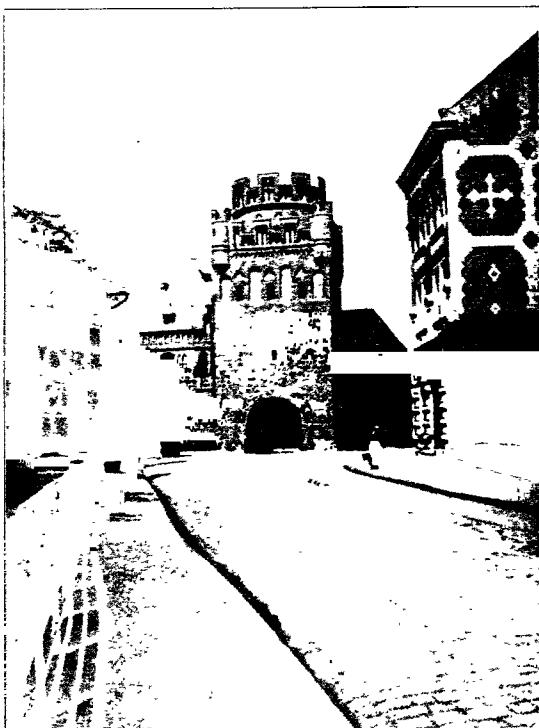


Abb. 32. Stendal,  
Freilegung des Tangermunder Tores.

Weit mehr noch verbreitet wie die einseitige Freilegung von Torbauten ist ihre völlige Befreiung von Anbauten zwecks Schaffung von Verkehrswegen zu beiden Seiten von ihnen. Man glaubte bis vor nicht allzu langer Zeit genug getan zu haben, wenn man von der früher allgemein verbreiteten Gepflogenheit, Torbauten als Verkehrshindernisse einfach ganz zu beseitigen, abging und solche Bauwerke überhaupt nur erhielt. So begegnen wir denn überall diesen Stadttoren, die, völlig losgelöst von ihrer ursprünglichen Umgebung, häufig sogar ihrer Zweckbestimmung, Tore, d. h. Durchgänge, zu sein, ganz entzogen, einsam dastehen auf freien Plätzen oder um sie platzartig

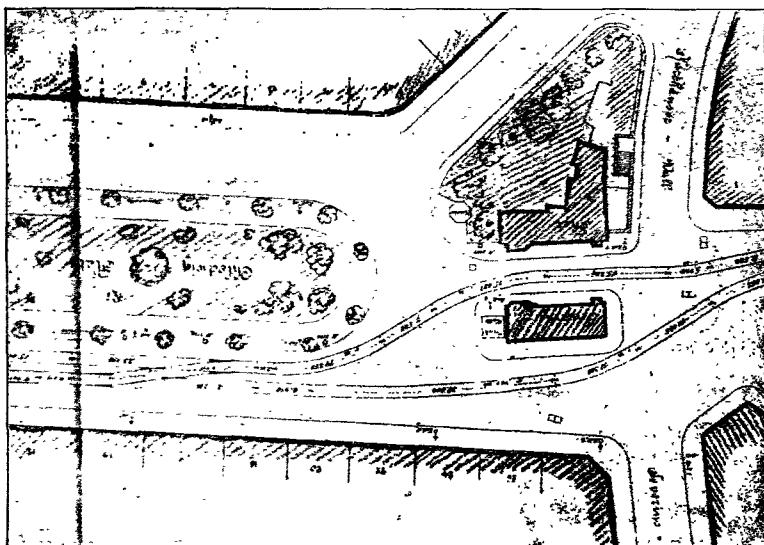


Abb. 33. Köln, Severinstor.  
(Erhaltung eines Stadtmauerrestes im Anschluß an das Tor.)

erweiterten Straßen als kalte Schaustücke. Sie sind zumeist auch beredte Zeugen für die ästhetischen Sünden, die man früher so häufig gerade aus künstlerischen Gründen mit der Freilegung bedeutender Bauwerke begangen hat. Um aus ihrer großen Zahl nur einige Beispiele zu nennen: völlig freigelegt sind die Tortürme zu Basel, das Johannis- und St. Albanstor, das Holstentor zu Lübeck, der Leipziger Turm in Halle, das Westerntor in Wernigerode, das Ünglinger und das Tangermünder Tor zu Stendal, jene herrlichen Werke märkischen Backsteinbaues. Gerade bei letzterem Bauwerk ist, wie unsere Abbildung 32 erkennen läßt, die Ausschäulung aus dem früheren Rahmen höchst beklagenswert, weil sicherlich ein anderer Ausweg möglich gewesen wäre und die aufdringliche Nachbarschaft — man beachte die herrliche Architektur des rechtsstehenden Wohnhauses — den Maßstab und jede feinere Wirkung des Turmes fast gänzlich zerstört hat. Zu den völlig freigelegten Toren sind auch die bekannten Torburgen der Stadt Köln zu zählen, obwohl bei einzelnen von ihnen, wie beim Severinstor (Abb. 33 und 34),

wenigstens noch ein kurzes Mauerstück den ehemaligen Zusammenhang mit einer Stadtmauer erkennen läßt.

In den meisten der genannten Fälle hätte wohl eine der bisher geschilderten „Möglichkeiten“ Anwendung finden und so die Geschlossenheit des Straßenbildes gewahrt werden können. Am meisten entschuldbar ist die völlige Freilegung bei den in hohe Umwallungen eingebauten Toren der

neueren Befestigungsanlagen, weil hier die Erhaltung der ursprünglichen Umgebung — des Walles — kaum möglich ist. Solche Torbauten müssen durch Anbau von Säulenhallen und dergleichen wieder in Zusammenhang mit nachbarlichen Baugruppen gebracht werden, wofür uns prächtige Anlagen der Barockzeit gute Fingerzeige gegeben.

Der völligen Freilegung von Torbauten, als der fünften Möglichkeit ihrer Erhaltung, möchten wir also nicht das Wort reden, wir möchten dagegen eine Lösung als mustergültig bezeichnen, wie sie die Stadt Nürnberg in den Umbauten zur Verbesserung der Verkehrswege am Weißen Turm ausgeführt hat und in ähnlicher Weise mit den Umbauten an dem Lauferschlagturm

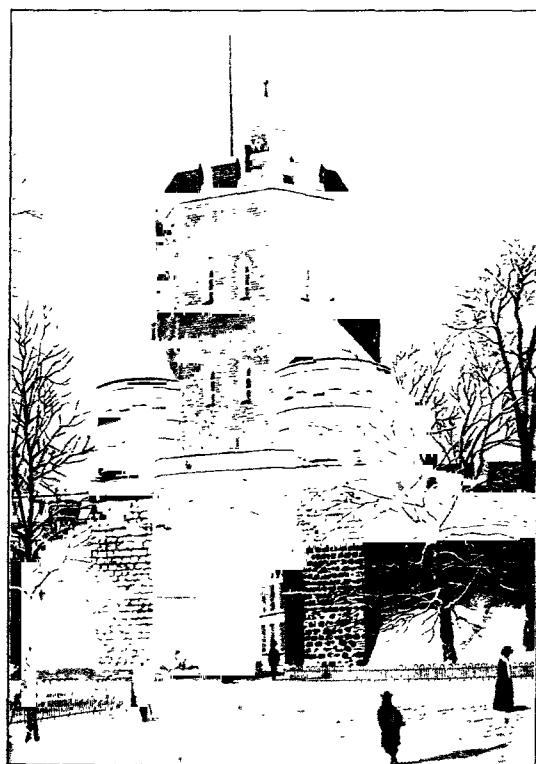


Abb. 34. Köln, Severinstor.

auszuführen im Begriffe steht. Beide Türme sind Torreste einer älteren inneren Umwallung, sie sind gut erhalten und unterscheiden sich in der Umrißlinie des Stadtbildes durch ihre schlanken gotischen Helme von den runden Renaissancetürmen aus Dürers Zeit. Die engen Durchgangsöffnungen der ganz zwischen Bürgerhäusern eingebauten Tore waren schon lange nicht mehr fähig, den sich stetig steigernden Verkehr der durch sie führenden Hauptverkehrsadern aufzunehmen. Lage und Höhenverhältnisse ließen die Auswahl vorhandener paralleler Verkehrswege zur Entlastung der Engpässe nicht zu, und die Schaffung neuer Entlastungsstraßen nach Art des obenerwähnten Braubachstraßen-Durchbruches zu Frankfurt a. M. hätte die Durchbrechung und Niederlegung ganzer alter Stadtviertel und damit die Vernichtung vieler kostlicher Werke deutscher Baukunst bedingt. Nach



Abb. 35. Nürnberg, Regelung der Verkehrswwege beim Weißen Turm.

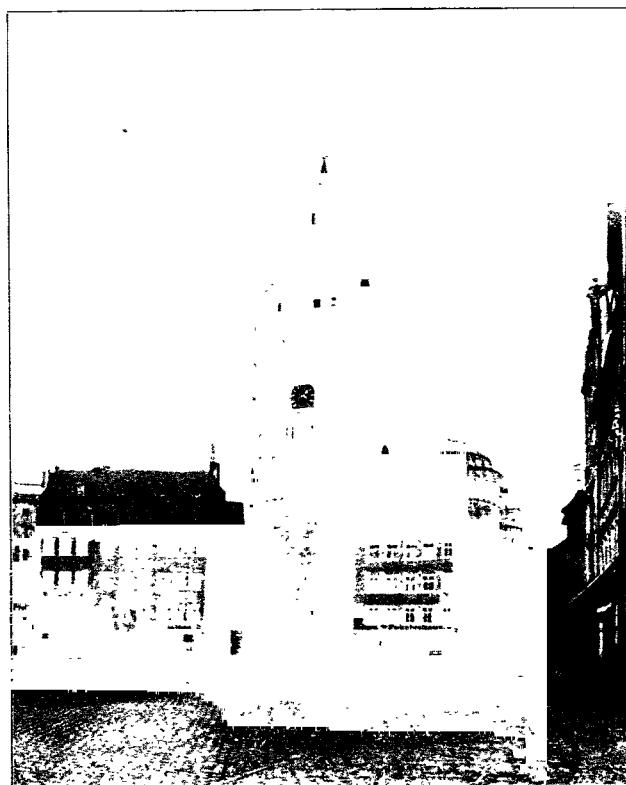


Abb. 36. Nürnberg, Weißer Turm vor dem Umbau (von innen).

dem früher auch in Nürnberg geläufigen — an Dr. Eisenbart gemahnenden — Rezept setzte man im Jahre 1878 eine Fluchtlinie fest, welche den Abbruch beider Tore vorsah! In Erkenntnis des hieraus erwachsenden unschätzbareren Verlustes für das ganze Stadtbild wie insbesondere für das durch seine Geschlossenheit überaus anziehende Straßenbild bewirkte Oberbaudrat Weber, dessen freundlichen Mitteilungen ich die nachstehenden Angaben verdanke, die Aufhebung dieser Baulinie und brachte in den Jahren 1903/04 am Weißen Turm eine Umgestaltung der Verkehrswege zur Ausführung, die sich bisher in jeder — ästhetischer wie verkehrstechnischer — Be-



Abb. 37. Nürnberg, Weißer Turm vor dem Umbau  
(von außen).

ziehung als glücklich erwiesen hat. Unter der grundsätzlichen Voraussetzung, daß an dem Turme selbst und an seiner Durchfahrtsöffnung keinerlei bauliche Veränderung vorgenommen werden dürfe und die Erhaltung der Geschlossenheit der Platzwände unter allen Umständen zu wahren sei, wurden unter gleichzeitiger Erweiterung der zu ihm führenden Straßenzüge neue Durchgangsöffnungen durch die an den Turm anstoßenden Häuser gelegt. Aus konstruktiven Gründen ließ sich die Niederlegung der meisten alten Gebäude nicht umgehen, ihr Neubau hat aber ästhetisch durchaus befriedigenden Ersatz gegeben und zugleich den wirtschaftlichen Vorteil geboten, daß die für ihren Erwerb aufgewendeten Beträge durch Ausnutzung

der über den neuen Durchfahrten angeordneten Wohnungen zum Teil wieder aufgewogen werden. Durch diese Umbauten wurde mehr als die dreifache Verkehrsbreite der vorhandenen Toröffnungen gewonnen. Die Durchfahrt für die Straßenbahn erhielt 6,5 m Breite, der Fußgängerweg 5,0 m, die alte Turmdurchfahrt mit 4,0 m dient dem Fuhrwerksverkehr in die Stadt, während die ausfahrenden Fuhrwerke die nördlich an dem Torbau vorbeiführende Ludwigstraße benutzen müssen. Es ist so eine scharfe Trennung und Ordnung des Verkehrs erzielt und diesem damit mehr gedient als etwa durch Schaffung einer einzigen Durchbruchstelle von der Gesamtbreite der drei Öffnungen. Die örtlichen Verhältnisse bedingten eine Führung der



Abb. 38. Nürnberg, Weißer Turm nach dem Umbau (von innen).

Straßenbahngleise in Kurven, was wiederum zu schrägen Stellungen der neuen Durchfahrten führte und so reizvolle An- und Einsichten bewirkte.

Unsere Abbildungen 35 bis 38 erläutern das Gesagte, insbesondere läßt der Vergleich zwischen den Darstellungen des alten und neuen Zustandes erkennen, daß der Schönheit des Städtebildes durch diese Verkehrsverbesserung kein Eintrag getan ist.

Nach den gleichen Gesichtspunkten befindet sich, wie erwähnt, zurzeit die Umgestaltung der Verkehrswände am Lauferschlagturm in Ausführung. Dort erhält die neue Durchfahrt für die Straßenbahn 6,0 m, diejenige für Fuhrwerke 7,50 m Breite, dem Fußgängerverkehr wird vollständig die bisherige Durchfahrt durch den Turm eingeräumt und außerdem wird für ihn ein neuer Durchgang von 3,50 m geschaffen.

Es ist im höchsten Grade erfreulich und ein Gewinn für unser ganzes Vaterland, daß Nürnberg diesen Weg zur Verbesserung der Verkehrsver-

hälfnisse bei seinen alten Toren eingeschlagen und sein bisheriges Verfahren, letztere einfach einzureißen, aufgegeben hat. Deutlicher kann der Umschwung der Anschauungen, der dort in dieser Hinsicht Platz gegriffen hat, nicht zum Ausdruck kommen, als durch zwei Bauinschriften, die hier folgen mögen. An der Stelle, wo einst das Haller Tor stand, grub man voll Stolz 1882 in die Außenwand des an der Durchbruchstelle errichteten Gebäudes:

„Hier, wo sonst Einlaß ward begehrt,  
Von Schanz' und Schranken einst verwehrt,  
Fährt jetzt man sonder Müh' und Plag'  
Auf offner Straß' soviel man mag.“

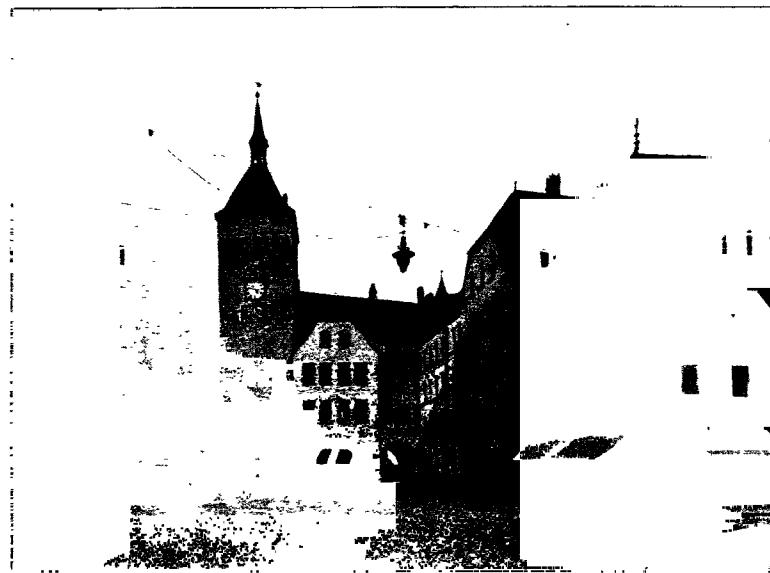


Abb. 39. Nürnberg, Weißer Turm nach dem Umbau (von außen).

Mit nicht minderem, ja meines Erachtens mit größerem Stolze konnte man im Jahre 1904 in das Mauerwerk des Weißen Turmes eine Gedenktafel einlassen mit den Worten:

„Den Stadtorturm, den alten,  
Der Nachwelt zu erhalten  
Und dem geschäft'gen Leben  
Der Neuzeit Raum zu geben,  
Ward dieser Bau erdacht  
Und glücklich auch vollbracht.  
Es trotze Haus und Turm  
Der Zeiten Drang und Sturm.“

Diese Nürnberger Beispiele haben bereits Nachfolge gefunden in der Umgestaltung der Verkehrswege bei dem Schwaben- und dem Martinstor zu Freiburg i. Br. (Abb. 40), jedoch mit der in architektonischer Beziehung

sehr wesentlichen Abweichung, daß man die alten Türme nicht in ihrem bisherigen Zustande belassen, sondern sie nach den Entwürfen des Oberbaurats Schäfer umgebaut, sie um ein beträchtliches erhöht und mit neuen Helmen versehen hat.

In den Streit der Meinungen, der um diese Schöpfungen des alten Meisters entstanden ist, einzugreifen, ist hier, wo es sich um Erörterung von Verkehrsfragen handelt, nicht der Ort. Meinen Standpunkt in solchen Fällen möchte ich in Ergänzung des Obengesagten dahin präzisieren, daß an dem alten Bestande historischer Bauwerke, an welche aus Verkehrsrücksichten gerührt werden muß, so wenig wie irgend möglich geändert, daß insbesondere

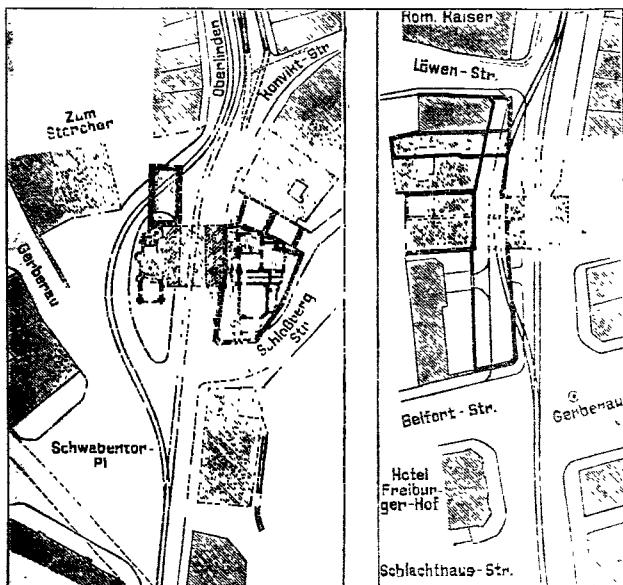


Abb. 40. Freiburg i. Br.,  
Regelung der Verkehrswege beim Schwaben- und Martinstor.  
(Nach Zentralblatt der Bauverwaltung)

auf Um- und Aufbauten, soweit wie irgend angängig, verzichtet werde, daß aber, wo sie unvermeidlich sind und wo es sich nicht um kleinere Ergänzungen handelt, diese nicht als Nachahmung vergangener Stilperioden gestaltet werden möchten. Ich halte die Freiburger Türme auch nicht für Schäfers beste Leistungen — bisweilen schlafst ja auch Vater Homer —, so schlimm aber, wie man sie vielfach getadelt hat, sind sie — namentlich das Martinstor — doch nicht, und ich glaube, es ist in diesem Falle viel mit vorgefaßten Meinungen gekämpft worden. Bin ich doch Zeuge gewesen, wie ein bekannter Redner in einem Vortrage über die Aufgaben der Städte in der Denkmalpflege die beiden Türme nach deren Schäferschem Ausbau im Lichtbilde nebeneinander vorführte und ein Klagelied über den verunglückten Umbau des einen schönen alten Turmes in den anderen anstimmte: er hatte

den umgebauten Martinsturm für den früheren Zustand des neuen Schwabenturmes gehalten!

Als letzter, sechster Möglichkeit der Erhaltung alter Torbauten sei schließlich noch eines Ausweges gedacht, der allerdings der erheblichen Kosten wegen nur bei Bauwerken von ganz hervorragendem Kunstschatze in Frage kommen kann: der Untertunnelung. Bekanntlich ist diese in Berlin ausgeführt, um den Blick auf die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche nicht durch die Hochbahn zu beeinträchtigen, und ich könnte mir wohl denken, daß es Bauwerke früherer Kunstdynastien gibt, welche zum wenigsten die gleiche Rücksichtnahme verdienten wie diese Schöpfung unserer Zeit.

Meine Herren! Ich nehme Ihre Aufmerksamkeit schon unverantwortlich lange in Anspruch und ich eile deshalb dem Schlusse zu. Es bleiben mir nur noch zwei Fragen zu erwähnen, welche unser Thema berühren.

Die eine betrifft die Erhaltung der alten Friedhöfe. Man ist gar leicht geneigt — und zwar vornehmlich auch wieder in kleineren Städten — alte, der Belegung entzogene Kirchhöfe dem Verkehr zu erschließen, sie mit nüchternen Straßen zu durchqueren. Wie gar leicht ließe sich da bei gutem Willen und einem künstlerischen Empfinden die Straßenumführung so wählen, daß der alte Friedhof zu einem stillen Park, einem stimmungsvollen Gedächtnishain würde. Dann dürfen freilich die alten Denkmäler nicht, wie es jetzt vielfach geschieht — in meiner Konservatorpraxis sind mir eine ganze Anzahl solcher Fälle bekannt geworden —, als Wegebaumaterial meistbietend verkauft werden, sondern sie werden als steinerne Chronik der Gemeinde in dem Parke aufgestellt. Wie viele kunst- und kulturgeschichtlich wertvolle Dokumente blieben uns so erhalten!

Auch moderne Denkmäler, für die es ja, wie so viele traurige Beispiele beweisen, so schwer ist, in unseren modernen Städten einen befriedigenden Platz zu finden, könnten hier ohne Schaden für das Stadtbild eine würdige Stätte finden.

Daß solche Friedhöfe, wenn sie erst von großstädtischen Verkehrsadern umstrickt sind, nicht mehr erhalten werden können, beweist das Beispiel des einst so stimmungsvollen Dreifaltigkeitskirchhofs zu Berlin. Man halte also, wo es angeht, den Verkehr von ihnen fern. Nicht ohne Besorgnis wenden sich da unsere Blicke nach Salzburg, wo Verkehrspläne im Gange sind, nach deren Verwirklichung einer der schönsten Friedhöfe, die es überhaupt wohl gibt, der alte St. Peters-Kirchhof, vieles von seiner wunderbaren Stimmung verlieren würde. Zur Erschließung der Vorstadt Nonntal plant man eine zweite Durchtunnelung des die Feste Salzburg tragenden Mönchsberges, welche nach der in technischer und finanzieller Beziehung vielleicht günstigsten der vier in Vorschlag gebrachten Trassen am östlichen Ende des Friedhofs münden soll. Würde dieser Plan zur Ausführung kommen, so würde, wenn auch nur wenige Gräfte diesem neuen Verkehrswege geopfert werden müßten, die stille Abgeschiedenheit des Friedhofes unwiderbringlich dahin sein, deren feierlichem Zauber seit vielen Jahrhunderten sich kein Besucher dieser unvergleichlichen Totenstätte entziehen konnte —, vielleicht würde es auch der Anfang ihres Endes sein. Hier heißt es also: *principiis obsta!* und wir wollen der Hoffnung Ausdruck geben, daß es der k. k. Zentralkommission für Kunst- und historische Denkmäler in Österreich, welche der Angelegenheit bereits ihre Aufmerksamkeit zugewandt hat, ge-

lingen möge, der Stadt Salzburg und allen Freunden romantischer Schönheit diesen stillen Erdenwinkel unberührt zu erhalten.

Und nun gestatten Sie mir noch ein paar Worte über die letzte Frage, die ich für besonders wichtig für die Erhaltung des Gesamtbildes der Städte von außen her halte: ich meine die rechtzeitige Fürsorge gegen die Bauverwilderation der Vororte, der den wachsenden Städten benachbarten Dörfer. Wir alle empfinden schmerzlich den Unterschied zwischen einer alten Städteansicht, etwa einem Merianschen Stich oder einem der netten Städtekupfer aus dem Anfange des vorigen Jahrhunderts, und dem Bilde, welches sich dem Wanderer heutzutage bietet, wenn er sich vom Lande her der Stadt nähert. Einstmals vollzog sich der Übergang von der städtischen zur ländlichen Bauweise natürlich, indem dem Stadthause das Vorstadthaus folgte und dieses dann in dörfliche Bauweise überging —, heute bereitet sich jedes der großen Stadt benachbarte Dorf auf die von den Grundstücksbesitzern ersehnte Einverleibung in diese dadurch würdig vor, daß zunächst ein großstädtischer Bebauungsplan aufgestellt wird, d. h. von einem beliebigen jungen Geometer, der gerade die Sache am billigsten macht, ein paar gerade, für den künftigen Großverkehr berechnete Straßen und rechteckige Häuserquartiere gezeichnet werden. Dann geht die großstädtische Bauerei los. Fröstelnd stehen die vierstöckigen Kästen mit ihren kahlen Giebelwänden auf freiem Felde, sehnüchtig danach ausschauend, ob denn noch immer nicht die geliebte Großstadt „ran“ ist.

Derartige, das Stadtbild schwer schädigende und dem späteren Stadtbaumeister viel Mühe bereitende Mißbildungen zu verhüten, sind die Städte zumeist so lange nicht in der Lage, als die vor ihren Toren liegenden Gemeinden ihre Selbständigkeit gewahrt haben. Hier Wandlung zu schaffen und rechtzeitig ein gemeinsames Vorgehen von Stadt und Vorort herbeizuführen, wäre Sache der Aufsichtsbehörden, denen ja in den meisten Staaten die gesetzlichen Handhaben dazu gegeben sind. Als Beispiele, wie solche verdorbenen Vorortbebauungen nach der Eingemeindung in die Großstadt durch Wiederherstellung der alten, natürlich gewordenen Baulinien mit allen ihren Unregelmäßigkeiten wieder gut gemacht werden können, nenne ich die Bebauungspläne für die früheren Dörfer Wetzendorf und Schweinau bei Nürnberg. —

Meine Herren! Nun bin ich am Ende meiner Ausführungen. Es wird nicht ausbleiben, daß an einzelnen Stellen derselben die Kritik einsetzt, daß man uns nachsagt, wir trieben Altertümeli, verständen nicht unsere Zeit und jagten Utopien nach. Wir wollen uns hierdurch nicht beirren lassen; sind wir uns doch bewußt, moderne Menschen zu sein und nichts anderes zu wollen, als daß nicht ohne zwingende Not die Schönheit alter Städtebilder dem Moloch Verkehr geopfert werde, insbesondere solange nicht unsere Baukunst — nicht die Kunst einzelner, sondern die aller neuschaffenden Bauleute — gleichwertigen Ersatz zu schaffen vermag. Sollte der Grundgedanke meiner Worte, daß sich in gar vielen Fällen bei gutem Willen und objektiver Prüfung die Forderungen der Denkmalpflege mit denjenigen des modernen Verkehrs in Einklang bringen lassen, hier und da Gemeindeverwaltungen zur Nachprüfung ihrer Straßenregulierungspläne veranlassen, so wäre ihr Zweck erreicht.

## Freilegung und Umbauung alter Kirchen

### Lübeck 1908

**Referent: Geheimer Hofrat Professor Dr. C. Gurlitt-Dresden:**

Meine geehrten Herren! Der Parthenon steht frei, das Erechtheion, obgleich ein Gruppenbau, steht frei. Es ist die Akropolis ein kunstgeweihter Ort, der jedem Architekten ein Maßstab für seine Auffassung des künstlerischen Schaffens sein wird. Es ist den Griechen nicht eingefallen, die beiden Hauptwerke zu einem Gruppenbau zusammenzustellen, ein geschlossenes Bild in dem Sinne herzustellen, wie wir es heute zu schaffen lieben. Die Pläne, die ein Bramante, ein Michel Angelo für ihre großen Baudenkämler gemacht haben, sind in einer Weise ausgeführt, daß man ohne weiteres sieht: diese Bauten sind als frei stehend gedacht worden. Von den Zeiten Leon Battista Albertis an bis in die Zeit, wo der große Mailänder Bischof Carlo Borromeo für das Kirchenbauwesen die entscheidende Regulative herausgab, ist man sich vollkommen klar darüber gewesen, daß eine Kirche frei zu stehen habe; daß eine solche Kirche symmetrisch auf eine Achse komponiert sein müsse, womöglich sogar auf mehrere Achsen; und daher ist es kein Zufall, daß während der ganzen Renaissanceperiode der Zentralbau die allerhöchste Würdigung gefunden hat, daß er, wie Jakob Burkhardt sagt, die letzte der Konsequenzen nicht allein der italienischen Renaissance, sondern auch die absolute Bauform darstellt. Gerade in einem Zentralbau ist die Einheit in der Vielheit am allerbesten vertreten, die man damals als ein Ziel alles Schönen erstrebte; zumal wenn er vollkommen symmetrisch ist, nicht nur auf eine Achse hin, sondern für alle möglichen Achsen, die man durch den Bau hindurchzieht.

Wir können also mit Sicherheit sagen, daß die Renaissance, daß ihre Vorgängerin, die Antike, und daß ihre Nachfolger, die noch im 19. Jahrhundert das entscheidende Wort in unserer Architektur gesprochen haben, von dem Gedanken beseelt gewesen sind, eine echte, groß gedachte Architektur müsse ideale Werke schaffen. Diese hätten zwar dem Zwecke zu dienen, für den sie geschaffen sind, bei ihnen sei aber das letzte, höchste Ziel, in jedem Bau eine vollkommen in sich geschlossene Architektur zu schaffen, mit jeder Einzelschöpfung die höchste Architekturform zu erreichen; und zwar möglich bei jeder auch noch so kleinen und unbedeutenden Aufgabe.

Dieser in hohem Grade idealistische Standpunkt ist nicht mehr der unsrige. Wir berufen uns nicht mehr so sehr auf die Antike als auf unsere eigene Kunst, auf die des Mittelalters im Norden; auf die Kirchenbauten, die geschaffen worden sind in unseren Städten und in den Städten der Nachbarländer. Aber auch hier, am Plan einer gotischen Kirche, einer romanischen Kirche ist auf das sorgfältigste, wenn nicht verschiedene Hände nacheinander an ihm gearbeitet haben, also nach seiner ursprünglichen Gestalt, die Achsenstellung betont worden. Auch im Mittelalter war also das Ziel eine vollständig symmetrische, auf Achse gerichtete Architektur. Und diese Architektur kommt nur zur vollen Würdigung, wenn das betreffende Gebäude frei im Raum steht. Wir können das an unseren Städten im Osten sehr deutlich beobachten, in den Städten, die mehr das Ergebnis einer überlegten Planung sind als die älteren Städte des Westens, indem nämlich hier die

Pfarrkirchen neben dem Markt frei hineingestellt worden sind in den jeweilig für sie geschaffenen besonderen Platzraum. Auch hier ist das Hinzufügen von Nebenkapellen, das Hinzufügen von Pfarrhäusern oder Kapitelhäusern eine nachträgliche, nicht in dem ursprünglichen Plane begründete Veränderung des Hauptgedankens gewesen. Selbst in Klöstern und in großen Stiftern, wo von vornherein der entwerfende Architekt mit dem Gedanken arbeiten mußte, daß ein ganz wesentlicher Teil seiner Bauaufgabe die an das betreffende Kirchengebäude sich anfügenden Bauten seien, selbst dort hat man mit strengem Bewußtsein die alten symmetrischen Grundrißformen beibehalten; das Querschiff, das Längsschiff und der Chor wurden streng in Axialstellung aufgeführt.

Nun ist es wohl möglich, daß wir in neuerer Zeit klüger geworden sind als alle die Meister, die vorher geschaffen haben. Sie wissen ja, meine Herren, daß bei uns eine ganze Reihe von Bestrebungen einsetzen, die sich mit Energie gegen diese allzu idealistische Auffassung der künstlerischen Produktion wenden. Es ist in unserer Zeit ein anderer Gedanke als der eines idealen Architekturschaffens in den Vordergrund getreten, ein Gedanke, der uns, die modernen und auch in baulichen Dingen modern denkenden Menschen, vor allem beschäftigt: nämlich der, daß über den Idealismus hinaus, über das Erreichen der vollendetsten Form hinaus, über das Erstreben einer einheitlichen Gesamtwirkung die Zweckmäßigkeit im höchsten Sinne geht; daß unsere Architekten also nicht, wie es früher beabsichtigt wurde, die ideale Kunst zu schaffen haben, sondern daß sie zu schaffen haben aus der jeweilig gestellten Aufgabe heraus das denkbar Zweckdienlichste. Und daß es die höchste und beste Baukunst sei, die diesem Gedanken diene.

Wenn heute jüngere Männer in die Fragen des Bauschaffens eintreten, die zu der Überzeugung gekommen sind, daß die vorher herrschenden Ansichten als töricht über Bord geworfen werden müssen, weil sie einen vollständig überwundenen Standpunkt darstellen, so glaube ich doch nicht, daß wir Älteren ihnen ruhig recht geben sollen. Wir müssen damit rechnen, daß diese idealistischen Gedanken von neuem auftreten und auch in unser Leben mit hineingreifen können. Es ist also nicht meine Ansicht, den Gedanken der Zweckdienlichkeit, der uns bewegt, als den allein richtigen hinzustellen, sondern als den uns jetzt beherrschenden: als den Ausdruck eben unserer Zeit. Aber nur aus dem Zeitgemäßen kann sich wirklich lebenskräftiges Neuschaffen entwickeln. Denn der Widerspruch gegen die in der Künstlerschaft und in der Nation liegenden Ideen wirkt stets hemmend. Wir müssen diejenigen Kräfte und Gedanken, die vorhanden und lebendig wirksam sind, und diejenigen Ansichten, die die Geister bewegen, festzuhalten und auszubilden suchen und aus diesen heraus uns zu fördern suchen.

Es ist also etwas Neues zur Auffassung des Bauschaffens hinzugekommen. Heute verlangen wir nicht in gleichem Sinne wie unsere Vorfahren die idealistische Vollendung des Bauwerkes, sondern wir verlangen, daß jedes einzelne Bauwerk seinem Zwecke vollständig entspricht. Und hierin wird der Ausdruck des Schönen gesucht und gefunden. Dabei sind eine Reihe weiterer leitender Gedanken aufgetaucht, Gedanken, die vorher kaum hätten gefaßt werden können: Vor allem der, daß die Architektur in viel höherem Maße mit der Malerei verwandt sei, als man das bisher angenommen hat; der Gedanke, daß die architektonische Produktion nicht, wie die griechische

eine vorzugsweise plastische sei, sondern daß wir uns bemühen müssen, nach der malerischen Seite hin zu arbeiten. Mancher moderne Architekt, dessen Geist nur mit einer sehr geringen literarischen Schicht bedeckt ist, weiß nicht, daß die Ideen, die ihn beseelen, zum Teil aus literarischen Quellen hervorgingen. Mancher ahnt z. B. nicht, welchen tiefgehenden Einfluß auch auf seine Gedankengänge das Buch des Bildhauers Hildebrandt: Das Problem der Formen, gewonnen hat; Hildebrandt, der im Hinblick auf Michel Angelo uns wieder gelehrt hat, daß auch die Skulptur nicht nur genossen wird, wie er sagt, im Abtasten der Skulpturwerke mit den Augen, indem man herumgeht um das Werk und jeden einzelnen Teil in sich aufnimmt; sondern daß ein Hauptreiz der Plastik wie der Architektur darin besteht, daß man eine Frontansicht vom Ganzen nimmt, einen Punkt ausfindig machen kann, von dem man das Werk in seiner ganzen Vollkommenheit beobachten kann und an dem die räumliche Tiefe, die das Werk hat, gewissermaßen naturgemäß und vollständig überzeugend dem Beschauer zum Bewußtsein kommt.

Und deshalb betrachten wir heute die Bauten nicht mehr, indem wir uns, sie umkreisend, von ihrer Symmetrie, ihrem Verhältnis zur Achse überzeugen. Wir sehen uns die Gebäude auf ihre Frontansicht an, auf die es uns hauptsächlich ankommt. Wir suchen das Gebäude so zu stellen, daß es vom richtigen Standpunkt aus eine solche Frontansicht darbietet, daß die einzelnen Glieder des Baues, die zum Ganzen gehören und durch die Grundrissdisposition gegeben sind, gewissermaßen als Begleiterscheinungen die Frontansicht verstärken und als ein Mittel dazu dienen, den Blick in die Tiefe zu lenken. Der Haupteindruck ist also der im Bilde faßbare. Schon dies führt uns auf eine malerische Auffassung im Bauwesen; führt uns dazu, daß wir ganz andere Grundsätze und ganz andere Forderungen an eine Fassade stellen müssen, Forderungen, an die unsere Altvordern und unsere Väter noch nicht gedacht haben, selbst wenn ihnen solche malerische Wirkungen, solche architektonische Bilder oft in glänzendster Weise herzustellen gelang.

Wenn Sie die Werke eines Künstlers betrachten, den wir alle wohl auf das höchste verehren, ich meine Schinkels, so sehen Sie dort in hohem Grade, wie er es verstanden hat, seinen Entwürfen in der zeichnerischen Darstellung eine malerische Wirkung zu geben, indem er sie mit der Natur in Verbindung setzte. Oft werden Sie schon bei ihm finden, daß er im Kunstwerk nicht absolute Schönheit anstrehte, sondern daß sein Schaffen bedingt ist durch die Umgebung, in der der Bau gedacht war. Aber die Zeitgenossen haben diese Übertragung der in der Zeichnung vorwaltenden Empfindung in die Natur mit wirklichem Erfolg durchzuführen nur verhältnismäßig selten vermocht. Uns ist auch hier diese Bedingtheit des Schaffens zum Bedürfnis und zur Aufgabe geworden. Jedem einzelnen Kunstwerk, das wir aufführen, wünschen wir eine Umgebung, der dieses Kunstwerk in höchster Weise gerecht zu werden versucht. Diese Umgebung gibt uns erst eines, was wir jetzt an einem künstlerischen Eindruck vor allem schätzen, nämlich das gute Maßverhältnis in der Größe des Hauptbaues zu den in der Umgebung vorherrschenden. Wir haben empfinden gelernt, daß wir einen Maßstab, einen unwillkürlichen Maßstab in unserem Auge haben; daß dieser Maßstab nicht mißt mit Metern, auch nicht mit dem Modul der Griechen und den Verhältnisformeln späterer Zeiten, sondern mit

Dingen, die das Auge sehen muß, also ich will einmal sagen mit Fenstern, mit Bäumen, mit Stockwerkshöhen, mit der Höhe ganzer Gebäude. Fehlen diese Maßstäbe, so gehört ein außerordentlich geschultes Auge dazu, ein Objekt, das im Freien oder gar das ganz frei steht, auf seine Größe richtig zu beurteilen. Das sichere Erkennen absoluten Höhenwerte ist ja ein durch Erfahrung erreichbares Vergnügen, das sich wohl ein Architekt leistet. Aber auf diese Höhenwerte kommt es ja in der Kunst nicht an. Es handelt sich da nicht darum, daß man richtig zu schätzen vermag, daß dieser oder jener Turm 90 oder 100 Meter hoch ist, sondern es handelt sich darum, ob der Turm groß wirkt oder ob er nicht wirkt. Oder umgekehrt: es handelt sich darum, daß ein kleines Werk — ich erinnere z. B. an die Madonna della Spina in Pisa, also eine kleine Kirche —, in eine großartige Umgebung gestellt, trotz seiner Kleinheit, aber infolge seiner zierlichen Durchbildung diesen ganzen gewaltigen Platz, der es umgibt, zu beherrschen vermag.

Die ungemein schwierige Frage ist aber: Wie sind die an einen Monumentalbau heranzurückenden Gebäude künstlerisch zu behandeln, damit sie ihrerseits aus dem Kreis der Aufmerksamkeit des Beschauers rücken, daß sie nicht gesehen werden, daß sie aber doch dem unwillkürlichen messenden Auge auch des Laien den Maßstab geben, der dem Monumentalwerk die richtige Würdigung zuführt. Darin äußert sich am klarsten der Umschwung in unserer künstlerischen Betrachtungsweise: Nicht die absolute Schönheit, sondern die aus der Wirkung des ganzen Baues im Verhältnis zu seinen Teilen bedingte ist für uns jetzt entscheidend. Diese erstrebt unsere verjüngte Baukunst.

Dann weiter haben wir gelernt, ein malerisches Motiv anzuerkennen, das man früher wohl kaum in gleicher Weise gewürdigt hat: das ist der Wert der Überschneidungen. Wenn Sie als Zeichner, als Maler, als skizzierender Architekt vor ein Bauwerk treten, so wird es Ihnen in den allerseltesten Fällen einfallen, den Bau in der Achse darzustellen, und zwar in einer solchen Entfernung, daß er dem geometrischen Aufrisse entsprechend in der Zeichnung erscheinen würde, sondern Sie werden immer Übereckstellungen wählen, durch die in der Darstellung Überschneidungen herbeigeführt werden. Derjenige, dem es nicht darauf ankommt, Architekturstudien zu machen, sondern der nur eine Stimmung, die durch die Architektur hervorgerufen worden ist, wiederzugeben beabsichtigt, z. B. ein Architekturmaler, wird mit großer Vorliebe das Objekt nicht in seinem vollen Umfange darstellen, sondern in seine Zeichnung Überschneidungen einführen, durch die oft nicht geringe Teile des Objektes verdeckt werden. Damit zwingt er die Phantasie, die durch diese Überschneidungen verdeckte Architektur aus sich heraus zu rekonstruieren. Diese Phantasiearbeit, die wir leisten, wenn wir z. B. eine ihres Armes und ihres Kopfes beraubte Antike sehen, diese Phantasiearbeit, die uns zwingt, in ganz besonders intensiver Weise uns mit jedem Teile des nicht in seiner Ganzheit sichtbaren Objekts zu beschäftigen, die ist es auch, die ganz wesentlich die Freude an Ruinen weckt. Denn auch hier sind wir gezwungen, in die fehlenden Einzelheiten uns zu vertiefen. Gerade die Geistesarbeit, die man bei solchen Studien leistet, ist es ja, aus der die künstlerische Freude am Objekte hervorquillt. Somit wird der modernen Baukunst das Schaffen von Überschneidungen zu einer berücksichtigenswerten Aufgabe — wieder ein Grund zur Abkehr von der abstrakten Klarheit idealistischen Schaffens.

Und weiter haben wir gelernt, in unser Schaffen etwas zu tragen, was der Zeit einer idealistischen Baukunst unbedingt fehlen mußte, nämlich die nationale Seite. Wenn man die höchste Architektur erstrebt, die überhaupt denkbar höchste Architektur, so kann man nicht zugleich daran denken, nationale Architektur zu schaffen. Denn es gibt da nur ein höchstes Ideal, nur eine höchste Kunst, die für alle Völker in der Welt die gleiche sein müßte. Wir haben gesehen, daß bei diesem Streben nach dieser letzten, höchsten Aufgabe wir viel mehr Einbuße als Vorteil erfahren haben; daß wir an den besten Kräften, die in unserer Nation sind, geschädigt worden sind; genau ebenso, wie die Schwesterationen in den Kulturländern geschädigt worden sind, wenn sie denselben Weg beschritten haben, den wir damals einschlugen. Wir haben begonnen, uns der nationalen Wärme zu freuen, die nicht ausschließlich von der deutschen Kunst ausgeht, sondern die wir, wenn wir in ein fremdes Land gehen, in gleicher Weise oder wenigstens in verwandter Weise auf unser Herz einwirken lassen können. Überall, wo ich einen besonderen nationalen Akzent bemerkte habe bei meinen Reisen im Auslande, ist mir das außerordentlich viel sympathischer gewesen, als wenn ich z. B., wie es im ferneren Osten häufig der Fall ist, in fremden Ländern etwa deutsche Renaissance gefunden habe. Ich habe mich niemals an der Nachahmung deutschen Wesens durch Fremde besonders erbaut. Und das ist wohl die beste Kritik der eigenen Nachahmerei.

Dann sind wir weiter dazu gekommen, daß wir einer vollständig regelmäßigen Durchbildung der Bauten, wie sie früher besonders beliebt war, dem einst gefeierten rhythmischen Akkord, der durch das ganze Bauwerk geht, dem Unterordnen aller Teile in eine Einheit, mit Zweifeln entgegentreten. An unseren berühmten älteren Bauwerken werden Sie häufig die Eigentümlichkeit finden, daß die Meister es verstanden, gewaltige Flächen mit großer Ruhe zu behandeln, fast ohne jeglichen dekorativen Aufputz. Damit erreichten sie, daß eine einzelne hervorgehobene Stelle, das Tor, der Erker oder so etwas, die dann dekorativ ausgeschmückt wurde, dem ganzen Bau zum Schmucke gereichte, daß also diese einzelne dekorative Form dem ganzen Bau den Charakter des Reichtums gibt. Eine geschickte Auswahl des zu schmückenden Punktes lehrte die Meister, daß eine gleichmäßige Behandlung des ganzen Gebäudes vom Übel sei. Dasselbe gilt von der Gestaltung ganzer Plätze. Diese erzielen durch die Schlichtheit ihrer Wände, daß das Auge hingelenkt wird nach der Stelle, die besonders geschmückt ist; oder umgekehrt: indem der alte Baumeister die eine Stelle reich schmückte, erreichte er, daß das Auge bei dem ersten Ansehen des Baues, also beim entscheidenden Blick, auf diese gewiesen wurde: die ganze Umgebung erschien reich durch das an rechte Stelle gerückte Kunstwerk.

Gestatten Sie mir nun, nachdem ich mit kurzen Strichen die ja außerordentlich weitgreifenden Veränderungen unserer künstlerischen Auffassung gezeichnet habe, auf ein paar typische Beispiele einzugehen: ein paar typische Beispiele, bei denen es meine Absicht nicht ist, etwa hierhin Lob oder dorthin Tadel zu erteilen. Ich habe vorausgeschickt, daß namentlich jene Vorwürfe, die wir so gern unseren Vorgängern machen, zum Teil ungerechtfertigt sind. Denn unsere Vorgänger hatten eben andere Anschauungen über die künstlerischen Dinge und haben mit Recht ihre Anschauungen zur Geltung gebracht. Wie unsere Nachkommen denken werden, wissen wir noch nicht;

aber wir werden auf jeden Fall gut tun, auch unsererseits die größtmögliche Bescheidenheit auszuüben, denn ich zweifle nicht an der Lebensfähigkeit der deutschen Kunst und ich zweifle infolgedessen auch nicht, daß die deutsche Kunst in 30 Jahren unbedingt anders aussehen und anders denken wird, wie wir das jetzt tun. Also haben wir damit zu rechnen, daß auch wir einer späteren Kritik unterliegen werden. Wir können nichts tun, als den Überzeugungen ehrlich Folge zu leisten, die wir nun einmal für die richtigen halten.

Aus diesem Gesichtspunkte heraus möchte ich zunächst einmal Köln betrachten. Meine Herren! Sie wissen aus Broschüren, aus Berichten über die Verhältnisse in Köln und aus der Fachpresse, daß man in Köln selbst zu der Ansicht gekommen ist, seit der Freilegung des Kölner Domes habe das Interesse für den berühmten Bau nachgelassen. Während früher das ganze deutsche Volk mit Begeisterung und mit der größten Opferfreudigkeit die Restaurierung des Kölner Domes und ebenso seine Freilegung hat durchführen helfen durch die Hergabe von Mitteln, die aus öffentlichen Sammlungen hervorgegangen sind, verstummt jetzt die Freude, und es ist nachgewiesen worden, wie in der Fachpresse, wie in den Kreisen der Kunstgeschichte die Begeisterung für den Kölner Dom immer weiter herabgesunken ist. Das hat für Köln natürlich die allergrößte Bedeutung, und es sind daher dort ernstliche Bestrebungen aufgetreten, die diesem Übelstande entgegenwirken sollen.

Betrachten wir also kurz die Geschichte der Vorgänge. Es wird im Mittelalter beschlossen, das Riesenwerk des Kölner Domes zu bauen. Damals hat man einen solchen Bau nicht damit begonnen, daß man eine Anleihe bei irgend einer Bank machte und dadurch seine Fertigstellung sicherstellte, sondern man hat mit Gottvertrauen angefangen, an einer Stelle zu bauen, zumeist am Chor. Der Chor wurde denn auch in Köln aufgeführt. Ungünstige Verhältnisse hinderten die Fortsetzung. Man ließ das ganze Langhaus liegen und begann die Türme zu bauen: die Türme unverkennbar in dem Gedanken, daß sie selbst verbende Kraft haben: und man kann wohl sagen, es war nicht so sehr die Freude in der Kölner Geistlichkeit an der schönen Kirche und nicht so sehr die Freude der Kölner an einem schönen Gotteshause, als der Kölner Lokalpatriotismus und der Lokalehrgeiz, der hier mitgewirkt hat, die gewaltigen Türme aufzubauen, zu einer Zeit, wo eine Verbindung zwischen Chor und Turm noch gar nicht vorhanden war. Es siedelte sich denn auch später eine ganze Stadt zwischen den beiden Teilen an. Wir kennen sie aus alten Abbildungen. Es vollzieht sich also ungefähr dasselbe, was sich in Paris vollzogen hat zwischen Louvre und Tuilerien, wo sich auch eine ganze Stadt zwischen die beiden Paläste schob, die von Hause aus als einheitliches Bauwerk gedacht waren: diesen Übelstand beseitigte der großzügige Idealismus des beginnenden 19. Jahrhunderts in Frankreich. Die Bewegung, die mit Napoleon I. einsetzt und durch die folgende Zeit hindurch geht, sie hatte die Tatkraft, die Mittel aufzubringen, mit denen alle diese Gebäude entfernt wurden. Selbst die Monumentalbauten, öffentliche Gebäude, die hier standen, wurden niedergeissen und so die Verbindung hergestellt. Ebenso in Köln! Auch hier hat man mit großartigem Opfersinn in armer Zeit die zwischen den beiden Teilen des Domes stehenden Gebäude entfernt mit der ausgesprochenen Absicht, nunmehr den idealen Plan des ersten Dom-

meisters, die gotische Kirche, zu vollenden; und man hat diesen Gedanken mit einer Konsequenz durchgeführt, die im hohen Grade zu bewundern ist, einer Konsequenz, die sich auch nicht scheute, an die alten Teile des Baues bessernd heranzugehen. Das, was man damals richtige oder gute Gotik nannte, sollte herrschen: eine Gotik, die sich durch alle Teile, ich möchte sagen mathematisch nachweisen läßt: die so klar und übersichtlich ist, daß sie in ihrer Form, in ihrer klaren Konstruktion, in ihrer geometrischen Richtigkeit, in ihrer Zirkelgerechtigkeit ein Parallelstück zu der damals mit übermächtiger Begeisterung gepflegten Antike an Regelrichtigkeit bildete. Sie bot einen festen Rückhalt für die romantischen Bestrebungen, die der Antike entgegentrat. Ein so ideales Bauwerk, als welches der Kölner Dom von den seine Restaurierung und seinen Wiederaufbau leitenden Männern aufgefaßt worden ist, ist aber auch nur dann wirklich vollendet hergestellt, wenn er durch alle seine Teile übersichtlich ist, wenn man ihn bis in alle Details hinein, deren jedes einzelne eine Konsequenz der Gesamtkomposition ist, um noch einmal das Wort Hildebrandts zu gebrauchen, mit den Augen abtasten kann. Und darum mußte Raum rings um den Dom herum geschaffen werden: mußte seine Umgebung auch nach den ästhetischen Anschauungen jener Zeit niedrigerissen werden. Man scheute nicht die großen Kosten, dieses Ziel zu erreichen. Und das war gewiß ein vornehmes Beginnen.

Also nicht um anzuklagen, nehme ich dieses Kölner Beispiel heraus, sondern um zu erklären.

Aber nicht minder bin ich der Meinung, daß die Bestrebungen, die heute in Köln einsetzen, um wieder Bauten an den Dom heranzurücken, daß diese Bestrebungen berechtigt sind. Der Unterschied besteht nur darin, daß die Schöpfungen, die wir zu machen gedenken, die Bauten, die unsere Zeitgenossen ausführen, für unsere Anschauungen geeignet sein müssen und daß wir den Mut haben müssen, zu allen Zeiten modern zu denken und infolgedessen auch modern zu schaffen.

Ich denke an eine ähnliche Frage, an den Ulmer Münster. Der Ulmer Münster steht jetzt auf einer weiten Fläche, einer Fläche, die wie ein Tisch aussieht, auf dem er wie ein Schauspiel aufgestellt worden ist. Er wurde freigelegt, als sich bereits der Protest der zu modernen Ansichten umgestimmten Fachleute meldete: aber doch auch unter der vollkommenen Zustimmung anderer, am Alten verharrender Fachleute. Man hat die Nachbarbauten unter schweren Kosten weggerissen in der Überzeugung, daß es notwendig sei nach Durchführung der Restaurierung. Man glaubte, die Freilegung sei ästhetisch notwendig, um den Münster zu einer völlig harmonischen Form zu bringen. Jene Zeit konnte ihn nicht ästhetisch genießen, ehe die Freilegung herbeigeführt war.

Sie wissen alle, daß man in Ulm längst Konkurrenzen ausgeschrieben hat, um wieder mit kleineren Bauten an den Bau heranzukommen; daß die von mir angedeuteten Grundsätze des Maßstabgebens durch die Umrahmung eines Baues dazu führen mußten, die alte Tendenz aufzuheben. Nun versucht man wieder, mit etwas Neuem an den Münster heranzutreten. Aber die Sorge beschleicht den Verständigen, ob das Neue gleichwertig sein könne mit dem, was man einer ästhetischen Zeitansicht zuliebe dagegeben hat.

Ich darf mir gestatten, einige Dresdener Beispiele zu erwähnen, zunächst eins, das nicht eine Kirche betrifft. Auf dem Dresdener Altmarkt

steht eine große Marmorstatue der Germania. Diese ist hineingestellt worden mitten in den Marktverkehr. Auf dem Markt hatten die Frauen Schirme über ihre Stände aufgespannt und verkauften, wie das auf allen unseren alten deutschen Märkten geschah. Ein ganz wesentliches Motiv, warum in Dresden Markthallen gebaut worden sind, war der Wunsch der Bürgerschaft, die Marktweiber von der Germania wegzu bringen. Man sagte sich, es sei ein Skandal für die Stadt, daß diese Marktstände alle Tage aufgebaut und weggemacht würden, man müsse jederzeit die Germania frei sehen. Wenn ich dann mit Malern auf unserem Altmarkte war — auf dem Altmarkte, der gemalt worden ist von sehr hervorragenden Künstlern, z. B. von Canaletto — und wenn ich sie fragte: Wollen Sie nicht auch einmal den Altmarkt malen?, dann habe ich von einzelnen gehört, erst müßte die Germania weg und die Marktweiber wieder an ihre Stelle hin, und ich glaube, sie haben vom ästhetischen Standpunkte recht. (Sehr richtig!) Das ist also ein durchaus charakteristisches Beispiel für die grundverschiedene Auffassung vergangener und heutiger Zeit. Ich werde vielleicht auf die Marktweiber noch zurückkommen, das heißt nicht auf die Damen selbst, sondern auf ihre Beziehung zum architektonischen Schaffen.

Wir haben in Dresden eine ansehnliche Barockkirche: die Kreuzkirche. Diese ist an Stelle einer gotischen Kirche im 18. Jahrhundert gebaut worden. Durch einen Zufall, daß ein Teil der Gebäudegruppe vor einigen Jahren eine Zeitlang unbebaut liegen blieb, kam es dazu, daß man von einer der Hauptstraßen der Stadt diese Kirche frei vor sich liegen sah. Die Ansicht vieler war, daß der betreffende Baublock nicht wieder bebaut werden dürfe. Es wurden daher Gutachten eingefordert, ob es wünschenswert sei, den außerordentlich großen Vermögensverlust, der dann der Stadt durch Nichtwiederbenutzung des Baublockes entstanden wäre, dem Stadtsäckel zu zuladen. Ich persönlich habe mich gegen die Freilassung ausgesprochen. Die Situation ist ungefähr folgende: Die Kirche steht, wie die meisten Pfarrkirchen der Städte im deutschen Osten, in näherer Beziehung zum Altmarkt. Man hat einen Bebauungsplan aufgestellt, nach dem die Platzwände gerade gerichtet, einspringende Ecken weggetrennt und nun die zur Kirche führende Straße so gelegt werden sollte, daß sie am Turm vorbeiführt. Der Bebauungsplan ist glücklich überwunden worden. Wir haben die Ecken in den Fluchlinien beibehalten, und die Zugangstraße zum Turm ist so gelegt worden, daß dieser Turm von der benachbarten Ringstraße aus durch vorgelegte Häuser in seinem unteren Teile fast zur Hälfte verdeckt wird. Trotzdem habe ich in Dresden wiederholt versucht, Laien, Damen zu fragen, ob man den ganzen Turm von der Ringstraße aus sehe oder nicht. Sie haben mir immer versichert, man sähe den ganzen Turm, so daß ich mit ihnen darüber streiten konnte. Ich habe ein paar Wetten darauf gewonnen, daß ich ihnen sagte: Nein, ihr seht einen großen Teil des Turmes nicht. So lebhaft ist also das Ergänzungsvermögen, das selbst Laien Überschneidungen gegenüber besitzen. Es hat kein Mensch, solange man ihn nicht darauf aufmerksam machte, als Nachteil empfunden, daß in der Tat ein Teil dieses Turmes verdeckt ist.

Also hier handelt es sich um die Frage einer teilweisen Umbauung, wenn ich es so nennen darf, um beim Thema zu bleiben.

Gestatten Sie mir, daß ich noch eine dritte Dresdener Frage berühre. Ich tue dies, weil es mir wünschenswert erscheint, sich gefallen zu lassen, daß hier auf dem Denkmalpflegetag über die in unserer Heimat obwaltenden Verhältnisse gesprochen wird. Ich habe zwar keinen Auftrag, Ihnen Dresden als Objekt der kritischen Behandlung zu empfehlen, möchte es aber des guten Vorbildes wegen Ihnen nahelegen.

Es handelt sich um die vielbesprochene Frage der Freilegung oder der Umbauung der katholischen Hofkirche, die im engsten Zusammenhange steht mit der Ausstattung des Theaterplatzes und der Brückenanlage in Dresden, für uns Dresdener eine der wichtigsten Fragen. Die Herren vom Fach wissen, daß die Fachzeitungen sich mit dieser Angelegenheit auf das eingehendste beschäftigt haben. Wir haben in städtischen Fragen — um eine solche handelt es sich ja hier — in unserem Oberbürgermeister Beutler einen Mann, der nach meiner Ansicht die richtige Bahn in solchen Fragen betritt, indem er das Für und Wider einer Planung vor der allerbreitesten Öffentlichkeit behandelt. Nicht nur, daß er wiederholt Gutachter aus ganz Deutschland herbeigerufen hat, sondern er hat zu jeder Zeit die Pläne, die zu den verschiedenen Zeiten vorlagen, und zwar ehe die Zustimmung von den beschließenden Körperschaften eingeholt war, öffentlich ausgestellt und hat geradezu die Kritik dieser Pläne angeregt. Es ist da viel Törichtes gesagt worden bei den verschiedenen Gelegenheiten, sich zu wichtigen Fragen zu äußern. Es haben da eine ganze Menge von Leuten mit hineingeredet, denen ein tieferes Verständnis nicht innewohnt. Aber ich glaube, daß man dadurch, wenn man auch das mit Gemütsruhe erträgt, was Unrechtes gesagt wird, die Sache ganz erheblich fördert. Aber auch die ersten Fachleute Deutschlands haben unaufgefordert ihre Meinung zu dieser Sache ausgesprochen. Durch diese Meinungsäußerungen ist das allgemeine Urteil wesentlich geklärt worden, und das ist ein Erfolg, den wir unserem Oberbürgermeister herzlich danken. Dadurch, daß die Debatte über unsere Dresdener Angelegenheiten durch ganz Deutschland hindurchgegangen ist, haben nicht nur wir Fachleute gewonnen und gelernt, sondern die ganze Bürgerschaft mit uns. Wir haben ferner gelernt, wie verkehrt die Geheimniskrämerei ist, die die Öffentlichkeit mit fertigen Beschlüssen überraschen will. (Sehr richtig!)

Es handelt sich um folgendes; Sie kennen gewiß die Situation: An der Elbe liegt das sogenannte Italienische Dörfchen, an den Theaterplatz sich anschließend. Im Anfang, als die Frage der Umgestaltung dieses Platzes angeschnitten wurde, standen wir alle noch unbedingt unter dem Einfluß von Camillo Sitte und dessen Grundgedanken, daß Plätze geschlossen sein müssen. Das Bestreben war daher darauf gerichtet, den Platz abzuschließen und zu diesem Zweck einen Bau längs dem Elbufer aufzuführen. Dadurch würden auch die berühmten Bauten am Platze verdeckt worden sein für den Anblick, namentlich von der Brücke aus. Theodor Fischer ist es gewesen, der, soviel ich weiß unaufgefordert, uns von dieser Sache abgebracht hat, indem er uns den Rat gab, den Platz nach der Elbe zu zu öffnen. Das ist nun in den neuen Projekten, die Stadtbaurat Erlwein schuf, bis zu einem gewissen Grade aufgegriffen worden. Ich hätte Ihnen die Modelle gern mitgebracht, wenn dieselben nicht so groß wären und wenn sie nicht jetzt in unserer Ausstellung gebraucht würden. Von Erlwein wurde ein Mittelweg gefunden, insofern als er die Hälfte des Platzes abschließt und die andere Hälfte öffnet.

Dadurch wird bewirkt, daß auf dem ganzen Weg über die Elbbrücke fast alle Monumentalbauten, Theater, Museum, von dem vorliegenden am Elbufer zu errichtenden Restaurationsgebäude überschnitten werden, also daß hier eine Umbauung auch der Hofkirche stattfindet. Aber diese wird zugleich sowohl in Wirklichkeit als für bestimmte besonders wichtige Aussichtspunkte völlig frei bleiben, und es wird an sie kein neues Bauwerk unmittelbar herangerückt werden. Wir hoffen und sind überzeugt, daß die eigenartige Situation, in der diese Kirche steht, und die Größe der Kirche im Verhältnis zu den anderen Bauten bewirken wird, daß man ihr diese Freiheit vom ästhetischen Gesichtspunkte aus gestatten kann; daß sie auch ohne einen unmittelbaren Zusammenhang mit der Umgebung in ihrer Größe gewürdigt und aufgefaßt werden kann. Es handelt sich also hier nicht nur um Einblicke, sondern auch um Ausblicke, und das ist eine Sache, die wir regelmäßig mit berücksichtigen wollen. Erneut herbeigerufene Sachverständige ersten Ranges haben sich mit Erlweins Planung vollständig und einstimmig einverstanden erklärt.

Denken Sie an andere große Freilegungen, die geschaffen worden sind, so können wir daraus bis zu einem gewissen Grade lernen, wie man es machen muß; bei einzelnen Fällen vielleicht auch, wie man es nicht machen muß.

Wir haben gewiß zu allen Zeiten mit großer Achtung und mit Aufmerksamkeit nach dem hinübergesehen, was die Franzosen geleistet haben. Lange Zeit hindurch sind sie, wie wir das ohne Scheu sagen dürfen, auch in architektonischen Dingen unsere Lehrer gewesen. Aber die Art und Weise, wie zum Beispiel Nôtre-Dame zu Paris freigelegt worden ist, scheint mir ein typisches Beispiel dafür zu sein, wie man es nicht machen muß: denn man hat die Front von Nôtre-Dame in eine Straßenflucht hineingesetzt, so daß man den Eindruck gewinnt, als wenn erst der Bebauungsplan da gewesen wäre und nachträglich die Kirche hineingebaut worden sei, während die Geschichte sich doch umgekehrt verhält. Eine solche Verschleierung der historischen Folge ist schon in jedem Falle falsch. Dazu wurde die Westfassade der Kirche so nahe an den dort sehr starken Verkehr herangerückt, daß die Würde des Baues durch diesen Verkehr in unangenehmster Weise beeinträchtigt wird. Ferner ist der Platz vor der Kirche viel zu groß, und vor allem hat man damals eben jene Auffassung vom Wesen des optischen Maßstabes nicht gehabt, indem man glaubte, dem Platz eine Architektur geben zu müssen, die der Großartigkeit von Nôtre-Dame angemessen sei, also mit Großem an das Große heranrückte. Man kannte eben noch nicht die Selbstüberwindung, die dazu gehört, das angemessen Kleine dorthin zu setzen, damit der herauszuhebende Bau möglichst groß wirke. Der Architekt tat für sich vielleicht recht, die fünfstöckigen Häuser, die er neben die Kirche stellte, so wuchtig und schön zu schaffen, wie er konnte; aber besser wäre gewesen, ihn zu zwingen, mit bescheidenem Maßstabe an das große Werk heranzutreten.

Wer Frankreich kennt, wer durch die Kathedralstädte von Frankreich gewandert ist und die wundervollsten Bilder und Durchblicke auf gewaltige Bauten genossen hat, wer die Überraschungen kennen lernt, die darin bestehen, daß man plötzlich vor einem Werke steht, das einen zwingt, den Kopf nach oben zu richten und sich selbst in seiner Kleinheit vor diesem Bau zu fühlen, weiß erst recht, was in Paris gesündigt worden ist.

Ein Volk, das zu jeder Zeit eine hochgradige Empfindung für feine Wirkungen gehabt hat, sind die Italiener. Ich will aber auch hier ein Beispiel verfehlter Freilegung herausgreifen, das ist die des Mailänder Domes. Nach meiner Meinung ist's hier ganz dieselbe Sache: ein falsches Mittel, den vorherrschenden Bau so zu gestalten, als wenn er ein organisches Glied der ganzen Umgebung sei; eine falsche Art, dort mit Monumentalwerken allerersten Ranges, wie die Galleria Vittorio Emanuele eines ist, an die Kirche heranzutreten und so einen Maßstab an deren Fassade heranzubringen, für den diese Fassade nicht geschaffen ist. Das Allerschlimmste am Platze zu Mailand ist dann vielleicht noch das Königsdenkmal, das vor der Fassade steht, mit seinem hinsichtlich der Architektur des Domes ganz verkehrten Maßstab. Wollte man den Dom ehren, so mußte man an dieser Stelle zu einem Werk in zierlichen Formen greifen. Wollte man den König ehren, so durfte man ihn nicht vor den Dom stellen.

Solche und ähnliche Fragen liegen in Deutschland in großer Zahl vor. Häufig ist es nicht immer die bessere Erkenntnis, die zum Guten wirkt. Wenn ich recht unterrichtet bin, hat man in Wien daran gedacht, St. Stephan freizulegen. St. Stephan hat ja nicht mehr die Umgebung, wie sie ursprünglich war. Es haben auch dort ganz erhebliche Abbrüche stattgefunden. Bei dem hohen Wert des Geländes dort ist man aber nicht dazu gekommen, einen Plan zu schaffen, der den Eindruck erweckt, als sei St. Stephan eine in den modernen Bauplatz hineingestellte Architektur. Sondern überall behält man den Eindruck, daß hier nicht diese ebenso musterhafte wie unkünstlerische Ordnung geschaffen wurde wie in Paris und Mailand. Mit einer Variation möchte ich hinsichtlich des Städtebaues in Beziehung auf alte Kirchen das Dichterwort heranziehen: Heilige Unordnung, segensreiche Himmelstochter, weile, weile freundlich über dieser Stadt.

In unseren deutschen Städten ist eine Frage ganz außerordentlich häufig hervorgetreten. Im Umkreise unserer alten Pfarrkirchen lagen zumeist Kirchhöfe, die in irgend einer Weise mit der Kirche direkt in Verbindung standen. Diese Kirchhöfe, die mit Mauern umgeben waren, mit Gräften und Denkmälern ausgestattet, haben den Einfluß gehabt, daß im Umkreise um die Kirche herum kleinere Häuser sich bildeten, meist Häuser von außerordentlich bescheidenen Abmessungen, Armenhäuser, kleine Werkstätten und dergleichen Dinge mehr. Ich will als Beispiele erwähnen die Elisabethkirche in Breslau, die Marienkirche in Lübeck und ebenso die Marienkirche in Danzig. Es sind sehr viele Kirchen von solch kleinen Bauten umgeben. Bis zu einem gewissen Grade trifft das auch zu bei dem Wormser Dom, von dem Sie hier ein Modell sehen. Da ist denn in mancher Stadt die Frage aufgeworfen worden: wie soll man sich diesen kleinen Bauten gegenüber verhalten. Die Bürgerschaften sind gewöhnlich geneigt, die kleinen Gebäude, die als Gerümpel wenig beliebt sind, sehr mißfällig zu betrachten. Sie haben oft den Wunsch, die Kirche freizulegen, damit man den Blick auf den Gesamtbau gewinne. Die Resultate, die bei Erfüllung dieses Wunsches erzielt worden sind, sind gewöhnlich ungünstig gewesen. Erstens sind unsere Kirchen, zum Beispiel die Marienkirche hier in Lübeck, nach meiner Ansicht gar nicht dazu geschaffen, daß man sie von nächster Nähe ansieht. Wenigstens haben sich die alten Architekten keine besondere Mühe gegeben, denjenigen, die unmittelbar vor der Westfassade der Lübecker Marienkirche stehen, einen besonderen Genuß

zu verschaffen außer dem, daß man den Hals in die Höhe recken muß, wenn man etwas anderes sehen will als eine riesige ungegliederte Backsteinfläche. Also ist im gewissen Sinne Verdeckung der Bauteile berechtigt, die in der Betrachtung aus der Nähe nicht so vorteilhaft wirkt, wie es die Bürgerschaft wohl wünscht. Eine allgemein sich wiederholende Schwierigkeit besteht dabei darin, daß solche Häuser vom baupolizeilichen Standpunkt ebenso wie von dem allgemein ästhetischen Standpunkt angefochten werden, daß oft nur derjenige eine Freude an diesen Häusern hat, der als Gast in die Stadt hineinkommt. Der wünscht die überbescheidenen Häuser — in die hineinzuziehen er sich freilich verwahren würde — an dieser Stelle zu sehen. Eine Stadtverwaltung aber kommt dadurch leicht mit sich selbst und ihren Bürgern in einen argen Konflikt: Soll sie die Häuser erhalten? Das heißt, soll sie damit Bauten erhalten, die den Polizeigesetzen, wie sie einmal sind, oder auch den zukünftig reorganisierten Polizeigesetzen nicht entsprechen? Soll sie jemanden zumutten, dort hineinzuziehen? Soll sie vor allem dann etwa, wenn diese Häuser in einen ruinösen Zustand geraten sind, abgebrochen werden müssen, beim Wiederaufbau die Häuser in ihren überbescheidenen Abmessungen kopieren, durch neue, ähnliche ersetzen? Wer Altertumsfreund ist, für den ist nach meiner Ansicht gar kein Zweifel daran, daß eine Stadt, die es halbwegs kann, alles daransetzen muß, solche einer Kirche in ihrer künstlerischen Wirkung notwendige Häuser zu erhalten. Da ist es vor allem wichtig für eine kunstliebende Stadt, die kleinen Maßstäbe für die Nachbarschaft ihres Monumentalwerkes festzuhalten. Mir scheint dies hier in Lübeck eine Frage allerersten Ranges. Ich finde die Art und Weise ausgezeichnet, wie zum Beispiel zwischen diesen kleinen Häusern an der Kirche ein stiller Platz geschaffen wurde, ein Platz, auf dem man sich ruhig ergehen kann; auf dem die alte Frau, die zur Kirche gehen will, nachdem sie über die Straßenbahn und über die Straßengefahren sich hinweggeflüchtet hat, sich wieder erholen und Ruhe finden kann. Ich finde das ausgezeichnet. Es sei denn, wie es zum Beispiel bei vielen modernen Kirchen der Fall ist, die mitten in einen stark benutzten Verkehrspunkt hineingebaut wurden, daß man mit dieser Aufstellung einen symbolischen Begriff verbinden will: nämlich den, daß die Kirche der Himmel sei und ihre verkehrsläute Umgebung das Fegefeuer, durch das man sich erst hindurcharbeiten muß, ehe man die himmlische Pforte betritt.

Halten wir an den alten Bauten fest, so unscheinbar sie sind. Allein Sie werden sehen, daß es mit dem Erhalten allein nicht getan ist. Es ergeben sich auch Schwierigkeiten daraus, daß versucht wird, die Häuser durch Ausbesserung, durch Wiederherstellung in dem Sinne des Alten solange wie möglich festzuhalten. Wenn nämlich die Frage an den Architekten herantritt, etwas neues an ihre Stelle zu setzen, dann werden besondere Schwierigkeiten entstehen, denn denselben Maßstab können wir nach unseren Baugesetzen nur zu oft nicht wieder aufnehmen. Wir haben oft genug nicht die Möglichkeit, so kleine Häuser wieder aufzuführen. Wir wollen auch nicht den Wunsch haben, Dinge zu machen, die unpraktisch und unvernünftig sind: denn eine wahre Kunst und namentlich eine, die sich die Zweckerfüllung zur höchsten Aufgabe gestellt hat, will zunächst das Richtige, Vernünftige an die Stelle setzen. Bloß Häuser zum Schein herstellen, halte ich für verkehrt, und so gibt es nach meiner Ansicht nur ein Gesetz für das, was

man in einem solchen Falle tun kann: niemals dem Gedanken nur einigermaßen Raum zu geben, daß man Altes herstellen könne, daß man Altertümer neu schaffen könne, und nie sich dazu herzugeben, das was man neu schafft, nur für einen fingierten Zweck herzustellen. Durch die hierin liegende Unwahrheit, so romantisch sie sich umkleiden mag, ist am meisten geschadet worden. Das künstlerische Alte muß in seinem Werte erhalten werden, wenn es möglich ist: denn nur das wirklich Alte hat geschichtlichen Wert. Nur dann ist die historische Würde gewahrt, wenn die Häuser tatsächlich aus alter Zeit sind; alle falschen Altertümer sind dem feiner Gestimmten lächerlich. Es muß das Kleine mit dem Großen zusammenstimmen, daß die verschiedenen Jahrhunderte aufgeführt und in ihrer Weise belebt haben. Geben wir dem Kirchenbau eine andere Umgebung, so müssen wir auch diese Umgebung mit dem Leben unserer Zeit zu erfüllen suchen.

Ich möchte nun auf die vielbesprochene Frage der Umgebung des Wormser Domes eingehen, dessen Modell Sie hier sehen. Dieses Modell ist angefertigt worden, weil bei der Schwierigkeit der Wormser Frage gesagt wurde, daß ohne eine solche Unterlage über sie mit der Hoffnung auf einigen sachlichen Erfolg nicht wohl zu sprechen sei, was ich gern zugebe. In Worms liegen die Verhältnisse ebenso, wie eben geschildert, nur mit dem Unterschiede, daß die Raumdisposition um die Kirche im wesentlichen großartiger ist, als wie hier z. B. in Lübeck und in den verwandten eben genannten Beispielen. Auch hier ist eine Umfassung des Kirchplatzes dadurch entstanden, soviel ich weiß, daß eine Anzahl von kleinen Häusern an der Grenze des Dombezirkes aufgeführt worden sind, Häuser, die jetzt bis in das 17. Jahrhundert zurückgehen und zum Teil so reizvoll gestaltet sind, daß niemand ihre Entfernung wünschen wird. Unverkennbar hat nach und nach ein Voreignen der Hausbesitzer über die ursprünglichen Grenzen ihrer Grundstücke, ein Übergreifen nach dem Dom zu stattgefunden, so daß jetzt die Häuser eine größere Tiefe erlangt haben, als dies z. B. an den eben geschilderten Lübecker Häusern der Fall ist. Soweit ich die Verhältnisse kenne, ist es ganz ausgeschlossen, daß eine Veränderung dieses Zustandes statthaben könne, namentlich nicht an der Nordseite des Domes. Eine Veränderung des Zustandes würde wohl nur unter sehr schweren Kosten herbeizuführen sein. Soviel ich weiß, ist auch nirgends die ernste Absicht hervorgetreten, nach dieser Richtung ändernd in die heutige Lage einzugreifen.

Nun ist aber der Wormser Dom selbst in seinem mittelalterlichen Bestande durch um 1800 erfolgte Abbrüche wesentlich geändert worden, und ich habe infolgedessen mich bemüht, in diesem von dem Dresdener Bildhauer Hauer \*) mit ebensoviel künstlerischem Geschick als sorgfältiger Benutzung aller wissenschaftlichen Unterlagen angefertigten Modell Ihnen den Dom zunächst so vorzuführen, wie er ursprünglich gewesen ist. Nämlich wie es die Publikationen, die in sehr dankenswerter Weise von Worms aus der Wissenschaft dargeboten worden sind, ergeben haben. Das Werk von Kranzbühler \*\*) bot uns allen wohl eine kunsthistorische Überraschung, auch mir. In der Nähe dieses Domes haben nämlich zwei Bauwerke gestanden, bis in das 19. Jahrhundert hinein. Vor allem stand da eine Zentralkirche, die zu dem

\*) Carl Hauer (M. Schildbach). Dresden, Seilerstraße 14.

\*\*) Dr. Eugen Kranzbühler, Verschwundene Wormser Bauten. Worms 1905.

reizvollsten gehört, was in Beziehung auf den Zentralbau in Deutschland geschaffen worden ist, eine Zentralkirche, die wir in ihren Einzelheiten nur aus alten Abbildungen und Modellen kennen. Ich gebe deshalb auch dem Urteil der Sachverständigen anheim, ob die Rekonstruktion, die wir hier ausgeführt haben, in allen Punkten zutrifft oder nicht. Im wesentlichen wird sie wohl das Richtige treffen. Dann weiter stand da ein Kapitelhaus, das, wie Sie sehen, an die schöne gotische Kapelle sich unmittelbar anlehnte. Diese beiden Bauten waren vorhanden und waren ein integrierender Teil des ganzen Dombildes. Wenn Sie z. B. das hohe Dach auf dem Kapitelhause betrachten, so erkennen Sie, daß dort Überschneidungen stattgefunden haben, die für den Charakter des ganzen Baues höchst bedeutungsvoll waren. Ebenso wird die kleine Kirche für das ganze Gesamtbild von allerhöchstem Wert gewesen sein.

Ich will aber nun nicht auf die Einzelheiten des Modelles eingehen. Der Bildhauer wird auch im weiteren Verlauf der Tagung zugegen sein und wird den Herren das Bild noch vorführen, wenn Sie es noch weiter sehen wollen. Ich möchte nur auf eines Ihre Aufmerksamkeit richten: auf die Frage, die mich hier allein beschäftigt, die theoretische Frage, wie anders die Gesamtwirkung dieses Domes für den Fernblick ist, den Sie auf das Dommodell haben, der Ihnen eine Aufsicht auf den Dom bietet, die Sie in Wirklichkeit nur mit Hilfe von einem Luftballon erreichen können — und wie anders das Bild sich gestaltet, wenn man sich mitten zwischen die Häuser, die den Dom umgeben, hinein denkt. Einst stand dieser wohl frei, die beiden jetzt abgebrochenen Bauten bildeten mit ihm eine harmonische Gruppe, die man aus angemessener Entfernung betrachten konnte. Jetzt, wie die Umgebung des Domes liegt, wo man durch die Häuser gezwungen sein würde, unmittelbar an die Gebäude heranzutreten, würden sie ganz anders wirken. Da ergeben sich sehr interessante Untersuchungen, die uns das zeigen: Mit der Wiederherstellung des alten Zustandes ist nichts getan! In vielen Fällen kann eine solche Wiederherstellung des alten Zustandes, wenn sie ohne romantischen Firlefanz erfolgt, zu ausgezeichneten Resultaten führen. Haben sich aber die Verhältnisse, hat sich die Umgebung geändert, so verliert das geschwundene Alte seine Berechtigung. Wir sollen nicht im Zweifel darüber sein, daß, ebenso wie wir uns das Recht der Kritik an den Werken des 19. Jahrhunderts erlauben, auch die Werke der frühesten Zeit unserer Kritik unterliegen müssen: daß wir also die neu auftretende Sachlage betrachten müssen nach unseren eigenen Schönheitsempfindungen, mit Einsetzen unserer persönlichen Stellung und mit der Energie, die sich auf das eigene Urteil verläßt.

Eine andere Angelegenheit möchte ich noch zum Schluß besprechen, nämlich wie die Verhältnisse in Metz liegen. In Metz ist der Dom eng umbaut gewesen, und in der Mitte des 18. Jahrhunderts, also in einer Zeit, von der wir gewohnt worden sind, sie als eine Verfallzeit anzusehen, sind in einer höchst interessanten Weise dort Neubauten um den Dom herum geschaffen worden. Diese stehen an den um den Dom sich legenden Plätzen. Ein Platz, der tief liegt, im Norden. Es führen Treppen herunter. Ein zweiter Platz im Westen, der auf die Achse der Kirche führt; ein dritter Platz im Süden, den ein Denkmal abschließt. Er zog sich längs dem Kirchenschiff und seinen Strebepfeilern hin; zwischen den Strebepfeilern waren Hallen, einfache Kauf-

buden von bescheidener Ausdehnung angeordnet. Ich möchte diesen Platz Ihnen zum Studium empfehlen und würde mich freuen, wenn der ganze Bauungsplan einmal eine eingehende Würdigung fände, denn er stammt von einem Architekten, der seinerzeit wohl den größten Namen in Europa hatte, dem berühmten Professor der Académie de l'architecture, Blondel. Blondel hat die Absicht ausgesprochen, das Portal, das vor die Westfront der Kirche gestellt werden sollte, gotisch zu bauen, ein Gedanke, der für einen Meister aus der Mitte des 18. Jahrhunderts überraschend ist, der uns aber das eine lehrt, daß Blondel das volle Empfinden für die Schönheit des gotischen Domes hatte. Nun fragt es sich: ist es von ihm richtig gewesen, von dem Plane abzugehen und gotisch zu bauen? Er baute nämlich ein Tor hin, welches in rein klassizistischen Formen gehalten war, und er umgab die Kirche an der Südseite, wie gesagt, mit einer Arkadenhalle, die er an die Stelle rückte, wo früher wahrscheinlich auch kleine Buden gestanden haben, Bauten von jeder Art, von der ich schon mehrfach gesprochen habe. Bei einer neuerlichen Besichtigung hat sich in mir die Ansicht erst recht befestigt, daß der Meister des 18. Jahrhunderts mit einer ganz ungewöhnlichen Einheit die Sache behandelte. Diese Hallen waren ja außerordentlich unscheinbar und — wenn Sie wollen — langweilig. Aber ich glaube, daß diese Selbstbeschränkung, diese Langeweile erreicht hat, daß das Interesse auf das Hauptwerk gerichtet wurde, das über die Hallen gewaltig hinausragte. Damit, daß Blondel in den Maßen seiner Bauten bescheiden geblieben ist, gab er der modernen Architektur eine Lehre allerersten Ranges. Denn es war nicht minder richtig von ihm, daß er so kleine Gebäude zwischen die Strebepfeiler des gewaltigen Domes einsetzte. So hat man es zweifellos im Mittelalter auch gemacht, denn das Mittelalter hat zwischen die Strebepfeiler oft genug Kapellen an die Dome gebaut, auch Buden angeordnet, allerhand Vorkehrungen getroffen, um die vielen Winkel und Ecken zu beseitigen, die doch immer dazu herausfordern, ein Plakat anzubringen: „Vor Verunreinigung wird gewarnt“. Das hat Blondel erkannt und er verstand es meisterhaft, dem gotischen Bau mit seiner schlichten Architektur gerecht zu werden. Ich habe mich höchst darüber gewundert, wie geschickt er z. B. bei den Markthallen, die auf der nordwestlichen Seite des Domes stehen, die allergrößte Beschränkung in den architektonischen Formen hat walten lassen und wie er selbst dem Rathaus, das am Südplatz gegenüber dem Dome steht, eine Schlichtheit und damit Vornehmheit gegeben hat, die in der genialsten Weise nach meiner Ansicht dem gotischen Bau gerecht wird. Und das geschah in dem Sinne, daß er als Mann seiner Zeit sich gesagt hat, daß das, was neu von ihm und seinen Zeitgenossen an diesen Bau heranzufügen sei, auch den Stempel seiner Zeit tragen müsse, unter Wahrung der Bescheidenheit, mit der man dem Bestehenden hier gegenüberzutreten hat. So scheint mir denn dieser Platz, der ja in seiner vollen Abrundung heute nicht mehr vorhanden ist, ein besonders lehrreiches Beispiel für unsere Zeit und dafür zu sein, wie man es machen muß!

Wir sind uns klar, namentlich die Jüngeren unter uns, daß das künstlerische Ideal, wie es ein Schinkel gehabt hat, wie es auch noch ein Semper hatte, heute nicht mehr, wenigstens nicht mehr in gleicher Weise auf uns wirkt. Das ist der Lauf der Zeit und war stets der Lauf der Zeiten. Wir sind uns klar, daß die Baukunst nicht die Aufgabe hat, das absolut

höchste in jedem einzelnen Bauwerk zu erreichen, sondern daß sie die Aufgabe hat, aus dem gegebenen Bauauftrag heraus das zweckmäßig Vollendete zu schaffen. Wir sind uns auch klar darüber geworden, daß es nicht immer unsere Aufgabe ist, wie es das 19. Jahrhundert geglaubt hat, uns in der Weise alten Bauwerken unterzuordnen, daß man von unserer Existenz als Fortentwickler der Bauaufgabe gar nichts merkt. Wir wollen nicht mehr so schaffen, daß der spätere Betrachter nicht weiß, was aus unserer Hand hervorgegangen ist und was zu dem alten Baubestande gehört. Wir haben wieder das Selbstgefühl und, ich möchte sagen, die moralische Kraft gewonnen, zu sagen: wir sind „Auch Einer“ und wir wollen uns auch in unseren Werken geltend machen. Wir wollen nicht nur in unseren künstlerischen Werken uns geltend machen, sondern wir wollen uns auch geltend machen durch die Bedürfnisse, die unserer Zeit eigentümlich sind. Es hat keinen Zweck, wenn wir, die Denkmalpfleger, uns hier etwa auf den Standpunkt stellen wollen, daß wir den modernen Bestrebungen für den Verkehr und für andere der Wohlfahrt dienende Dinge nach jeder Richtung hin entgegentreten, so wie sie dem künstlerischen Objekt sich nähern. Der Lebende hat Recht! Es muß an alten Bauten geändert werden, wo das Leben der Zeit es verlangt und zwar muß es dann geändert werden mit dem Bewußtsein, daß man unsere Verantwortlichkeit und unser Verantwortlichkeitsgefühl an dem Geschaffenen erkennt; daß man sieht: hier haben wir, die Männer vom 20. Jahrhundert, mit guter Überlegung, unter Würdigung des Alten, unter Verehrung für das Alte, Überkommene, geschaffen in unserem Sinne.

Diese Dinge nun sind nur möglich, wenn wir, die Denkmalpfleger, nicht als ein kleines Konventikel von Fachleuten zusammenstehen, sondern wenn wir im breitesten Sinne die Volksstimme für uns haben. Ich komme zurück auf Ulm. In Ulm, sagte ich schon, sind die Abbrüche erfolgt mit Zustimmung von Sachverständigen. Die Wiederaufrichtung der Bauten erfolgt wieder mit Zustimmung von Sachverständigen. Es ist also nicht klar, daß die Sachverständigen früher im Gegensatz zu den Sachverständigen von heute gestanden haben, sondern man sieht auch, daß sowohl im Publikum wie in den Kreisen der Sachverständigen die Ansichten sich ändern. Wir haben infolgedessen auch kein Recht, den alten Ulmern irgendwie einen Vorwurf aus ihrem Tun zu machen. Die Veränderung hat sich aber in den Jahren vollzogen, seit der Dombaumeister Bayer mit Einsetzung seiner ganzen Kraft versucht hat, wenigstens einen Teil der Gebäude zu erhalten, die das Münster umgaben, eine Absicht, die durchzuführen ihm nicht gelungen ist, obgleich seine Ulmer Mitbürger ihm wegen der Vollendung des Domes außerordentlich gewogen waren. Wir aber sind glücklich darüber, wir haben inzwischen kräftigere Organe gefunden, um den Willen der Künstler dem der Laien gegenüber durchzukämpfen, und haben Kraft und Mut, in der Öffentlichkeit einzutreten für die Gedanken, die uns beleben. Das Interesse für die künstlerischen Fragen ist in höchstem Grade gestiegen. Dieses Interesse ist gestiegen durch den öffentlichen Streit über diese Angelegenheiten. Er war der große Lehrer der Massen. Der Streit ist hier wirklich der Vater der guten Dinge. Nur dadurch, daß wir, die Sachverständigen, über die Vorgänge im künstlerischen Leben unseres Volkes frei und offen unsere Meinung sagen, werden wir erreichen, daß man aufmerksam wird auf diejenigen, die

sich ernsthaft mit künstlerischen Dingen beschäftigen. Das ist das beste Mittel, selbständiges Denken in das Volk hineinzutragen, das Volk zum Mitratzen und Mittaten in baulichen Fragen anzuregen. Denn mit Reglements und Gesetzen zwingen wir das Volk nicht über seinen eigenen Geschmack hinaus. Es ist ein vergebliches Bemühen, er über diesen erheben zu wollen. Den Geschmack, die Teilnahme an künstlerischen Dingen müssen wir zu heben suchen. Und das einzige Mittel, das wir hierzu haben, das beste erzieherische Mittel ist, daß wir, die Sachverständigen, frei und offen unsere Meinung zu jeder auftauchenden Frage sagen, sei sie dumm oder sei sie gescheit. Nur dadurch, daß wir sie äußern, und dadurch, daß das Volk die Grundgedanken kennen lernt, die bei Beurteilung solcher Fragen für uns maßgebend sind, können wir belehrend wirken. Also wollen wir lernen, unsere Meinung, wenn es nötig ist, laut zu bekennen, wenn wir mit fremden Maßnahmen unzufrieden sind! Aber wir wollen auch lernen, den Einspruch anderer zu ertragen, wo wir an maßgebender Stelle mitarbeiten. Nur wenn die Meinung der Sachverständigen zur allgemeinen Kenntnis kommt, kann sie lehrhaft wirksam werden!

**Korreferent: Charles Buls-Brüssel:**

Meine Herren! Ich möchte zunächst dem Herrn Vorsitzenden danken für die zu schmeichelhaften Worte, welche er in der Sitzung heute morgen an mich gerichtet hat, und möchte auch meinen Dank aussprechen für den freundlichen Empfang, den ich in Lübeck gefunden habe.

Ich bitte, mich zu entschuldigen, wenn ich mich der französischen Sprache, als meiner Muttersprache, bediene; es würde zu schwer für mich sein, deutsch zu sprechen.\*)

Meine Herren! Das Problem des Freilegens von alten Kirchen veranlaßt überall heftige Auseinandersetzungen zwischen folgenden zwei Richtungen: Die einen wollen um jeden Preis das Alte erhalten. Ihre Verehrung der alten Steine geht so weit, daß sie sogar die Schmarotzerbauten nicht angegriffen wissen wollen. Die Utilitarier dagegen sind bereit, die malerischsten Aussichten und die wertvollsten Erinnerungen den Anforderungen des modernen Verkehrs und des Bauens zu opfern. Es gibt eine dritte Kategorie von Polemikern, die in den Streit mit eingreift. Ihr ästhetischer Sinn ist durch die ausschließliche Verehrung der Denkmäler der klassischen Architektur getrübt. Für sie muß ein Bauwerk zwei wesentlichen Forderungen genügen: Es muß allein stehen und symmetrisch sein. Das ist eine Ästhetik, die jeder verstehen kann.

Die Frage kann man nicht einseitig lösen, weil die Voraussetzungen nicht in allen Fällen gleich sind. Erstens muß man zwei verschiedene Möglichkeiten unterscheiden:

1. Soll man die Seiten einer alten Kirche von den Schmarotzerbauten, die sie verdecken, befreien?
2. Soll man die Häuserblöcke, die die Kirche umgeben, ändern, um die Aussicht auf schöne Architekturteile zu ermöglichen oder um notwendige Forderungen des Verkehrs zu erfüllen?

---

\*) Das Referat wurde französisch gehalten; des allgemeinen Verständnisses wegen ziehen wir vor, es hier in deutscher Übersetzung zu geben.

Suchen wir eine Lösung dieser beiden Probleme, die für gewöhnlich miteinander verbunden sind, so haben wir folgende Punkte zu beachten:

1. Die Bedeutung und der Wert der Kirche.
2. Ihren allgemeinen Charakter und Stil.
3. Den größeren oder geringeren künstlerischen, geschichtlichen oder archäologischen Wert der Bauten, die an die Kirche angelehnt sind oder den Gebäudekomplex um die Kirche bilden.
4. Welche Wirkung kann das Freilegen der Kirchen auf den Verkehr und den Handelsbetrieb der benachbarten Straßen und Plätze haben?
5. Wie ermöglicht man die Aussicht auf die schönsten und interessantesten Teile des Gebäudes?
6. Inwiefern werden die Abmessungen des Gebäudes beeinflußt, wenn es mehr oder weniger freigelegt wird?

Es versteht sich von selbst, daß die relative Bedeutung dieser verschiedenen Faktoren sich je nach den einzelnen Fällen ändern wird. Daraus folgt, daß die Frage nur dann richtig behandelt werden kann, wenn sie sich auf ein ganz bestimmtes Gebäude bezieht.

Indessen müssen alle, die diese Frage behandeln, folgende Forderungen gelten lassen:

Es ist unvermeidlich, daß eine aufblühende Stadt sich umgestalte, um sich neuen Anforderungen des Verkehrs, der Reinlichkeit, der Hygiene und der Bequemlichkeit anzupassen. Deshalb braucht sie jedoch nicht ihre moralischen und intellektuellen Ansprüche zu vermindern als kultivierte Stadt, die in ihren Denkmälern Spuren der Vergangenheit, ruhmvolle historische, künstlerische und poetische Erinnerungen erhalten hat. Damit beweist sie ihren geistigen Adel.

Diese beiden Forderungen in Übereinstimmung zu bringen, das ist die Aufgabe, an deren Lösung wir mitarbeiten wollen.

Nun erst wollen wir das Problem in seiner konkreten Gestalt anpacken!

Die Frage, die uns beschäftigt, wird gerade jetzt in Belgien viel besprochen. Es handelt sich um drei alte Kirchen, deren Bedeutung in bezug auf ihre Abmessungen und auf ihren architektonischen Wert von niemanden bezweifelt wird.

Es sind die Dome von Antwerpen und Tournay und die Kirche St. Pierre in Löwen. Bei allen dreien sind oder waren die Seitenwände von unbedeutenden Bauwerken bedeckt. Sie stehen zum Teil in engen Straßen und bieten uns somit ein ausgezeichnetes Objekt für die Behandlung unserer Frage.

Der Dom von Antwerpen (Abb. 1) wurde im Jahre 1352 wahrscheinlich nach Plänen von Jean Appelmaus angefangen, um 1420 von seinem Sohne weitergebaut und im Jahre 1521 von Dominique Waghemacker vollendet.

Die ältesten Teile sind also im hochgotischen Stil (style rayonnant) errichtet. Fast die ganze Kirche gehört der Spätgotik (style flamboyant) an, und der Helm des Turmes zeigt schon den Einfluß der Renaissance.

Eine sehr interessante Arbeit von M. Fernand Donnet (Fernand Donnet, Die Anfänge der Kirche Notre-Dame in Antwerpen) zeigt sehr gut das Parasitenhafte der Bauten, die die Kirche umgeben. Es waren zuerst kleine Hütten, in denen die beim Bau beschäftigten Arbeiter wohnten. Dann ge-

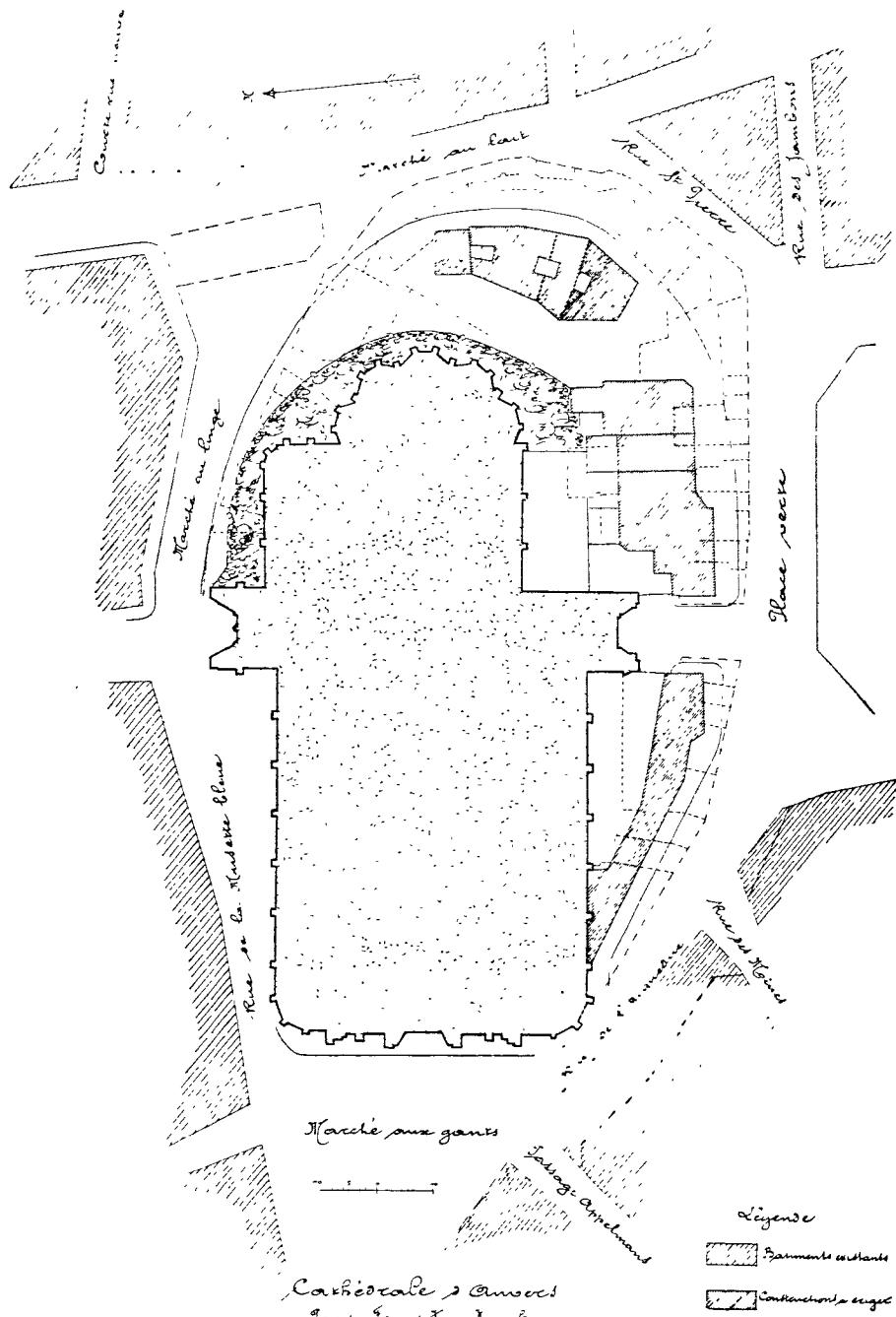


Abb. 1. Der Dom von Antwerpen.

stattete man die Einrichtung kleiner Läden zum Verkaufe von Andachtsgegenständen, Wohnungen für den Mesner, den Glückner und die Scheuerfrauen (nettoyeuses).

Schließlich verfielen eines Tages die Domherren und der Kirchenvorstand darauf, daß das Vermieten dieser Häuschen ein Mittel wäre, neue Einnahmequellen für die Fortsetzung des Baues zu schaffen, und es wurden ihrer schnell immer mehr.

Im Jahre 1479 gab es 7 solche Anbauten. 1482 19, 1491 22. Nach und nach verwandelten sich die Häuschen in Häuser. Oft erbot sich der Mieter, das Haus, in dem er wohnte, wieder aufzubauen, entweder gegen die Erlaubnis, dauernd dort sein Geschäft zu betreiben, oder gegen einen Mieterlaß für einige Jahre. 1509 gibt es 27 Häuser.

1521 beginnt der Bau eines Chores, der viel größer als der jetzige ist, und von 1526 an errichtete die Baufabrik selbst 14 Läden direkt an den Kirchenmauern. Aber noch mehr: während der Chor gebaut wurde, errichtete man Häuschen im Innern selbst und vermietete man die Krypta, die darunter liegt, als Keller. So wurden die an die Kirchenmauer angebauten Läden die Hinterhäuser der Bauten im weiteren Umkreis. Im Jahre 1700 zählt man 54 Häuser. Daraus sieht man, daß die Kirchenverwaltung nur von dem einen Gedanken sich leiten ließ, die notwendigen Einnahmequellen für die Fortführung des Baues zu beschaffen. Sie sah ihre Erlaubnis für diese Anbauten wahrscheinlich nur für provisorisch an und verschob das Niederreißen auf bessere Zeiten, die aber niemals kamen.

Alle diese vergrößerten Bauten, die nach und nach den modernen Anforderungen angepaßt wurden, haben eine übertriebene Höhe erreicht und von ihrem alten Charakter nichts beibehalten: abgesehen von etlichen Dachluken, über denen sich Giebel mit Anläufen erheben. — Donnet folgert nun, nachdem er den Ursprung der jetzigen Sachlage festgestellt hat, daß man die Kirche von diesen Parasiten befreien müsse.

Hier greift ein Punkt ein, der die Kirche nichts angeht, den wir jedoch nicht außer acht lassen dürfen. Dreizehn dieser Häuser bilden die Wand der Place verte.

Umgeben von Hotels, Cafés und großen Läden bildet dieser Platz im Mittelpunkte der Stadt ein Verkehrszentrum, wo Geschäfte sind: das Volk trifft sich hier, um Aufzüge vorbeiziehen zu sehen und Musik zu hören. Sind die Kirchenmauern nun freigelegt, würde dann nicht — selbst wenn man Bäume ringsum pflanzte — an Stelle des flutenden Lebens von einst, schwermütige Ruhe sich einstellen?

Man hat es geglaubt, und um dieser Unannehmlichkeit vorzubeugen, hat man sich gefragt, ob man nicht an diesem Ort, wenn man die jetzigen banalen Häuser weggerissen hat, ein Dutzend Läden errichten solle, die nur eine Etage und eine Mansarde haben und die in ihren Dachluken an die Häuser der Marché au Lait erinnern.

So würde man die Linienführung der Place verte beibehalten. Die Häuschen hätten nicht mehr als etwa 10 m Tiefe, so daß die Anpflanzung eines Gärtchens von 14 m Breite zwischen diesen Häusern und der Kirchenmauer möglich wäre. Von der rue de l'Aqueduc an würde ein Gitter den Garten einfriedigen und zwischen Bäumen hindurch die untere Architektur

der Kirche sehen lassen. Dann würde unsere Phantasie von selbst die unsichtbaren Teile des Gebäudes ergänzen.

Der Kirchplatz vor der südlichen Vorhalle müßte so breit wie das Querschiff werden.

Rechts vom Querschiff könnte man eine Reihe niedriger Häuschen, die bis zur Ecke der rue St. Pierre ginge, anlegen, um der Place verte einen Hintergrund zu erhalten. In dem Winkel zwischen dem südlichen Querschiff und der Chorseite müßte die Sakristei und der Kapitelsaal zu stehen kommen. Dahinter ließe sich ein Garten anlegen, dessen Einfriedigung mit den Grundmauern des im Jahre 1521 angefangenen Chors zusammenfiele. Zwischen den Bäumen hindurch sähe man dann die schöne Apsis des Chors. Es hätte gar keinen Zweck, die baufälligen Häuser, die zu beiden Seiten des nördlichen Querschiffes angeklebt sind, in der rue de la Musette erhalten zu wollen.

Mr. F. Donnet ist nicht für diese Lösung. Er schlägt vor, die alten Anbauten, die keinen ausgesprochenen Charakter haben, durch eine Reihe nicht sehr hoher Bauten im Stile der Kirche zu ersetzen. Er hält sie für die Anforderungen des Gottesdienstes für unentbehrlich. Es sind dies die Wohnung des Dekans und des Kastellans, die Diensträume des Kirchenvorstandes, das Archivgebäude, die Betstübchen, die Singschule, die Räume für das Kirchengepräte etc.

Die Lösungen lassen sich beide verteidigen und ihretwegen brauchen sich ihre Erfinder noch nicht gegenseitig zu verdammten.

Was uns dabei angeht, so wollen wir die Tatsache hervorheben, daß beide die unmittelbar an die Kirchenmauern angelehnten Gebäude niederreißen wollen und daß sie eine Schutzwand (*écran*) beibehalten wollen, durch die man die Kirchenmauern in ihren Formen sich ergänzen könne. Alles das, um die jetzige Anlage der Place verte unberührt zu erhalten.

Wir denken, jeder wird auch damit einverstanden sein, daß der äußere Häuserblock, der die Kirche umgibt, erhalten bleibt. Nur einige Straßen sollen breiter werden, nicht indem man den Häuserrahmen von der Kirche entfernt, sondern indem man die Garteneinfriedigung, die man anlegen will, näher an die Kirche rückt. So respektiert man die ursprüngliche Planung der Kirche. Der Baumeister hat im 14. Jahrhundert nicht erwarten können, daß sich die Kirche dureinst inmitten einer freien Fläche erheben werde, fern von den bescheidenen Häuschen, die als Maßstab dienten, an dem man die riesige Größe des majestätischen Tempels abmessen konnte. Für ihn genügte es schon, daß der Turm 122 m hoch emporragte, um den Gläubigen zu zeigen, daß da eine Kirche wäre.

Der elegante malerische Chor und sein Kranz von Strebebogen, die kräftigen Querschiffe, alles das läßt sich besser würdigen und macht mehr Eindruck, wenn es der Beschauer durch gekrümmte Straßen aus der richtigen Entfernung betrachtet.

Man hat oft darauf hingewiesen, welchen Schaden eine unvorsichtige Freilegung bei den Domen von Ulm, Köln und Paris gebracht hat. Wir müssen fürchten, zu demselben Resultat zu kommen, wenn wir der modernen Freilegungswut zu viel Zugeständnisse machen. —

Bei der Frage der Freilegung des Domes von Tournay (Abb. 2) kann uns eine vorzügliche Arbeit von M. Soil de Moriamé (Soil de Moriamé, Freilegung des Domes von Tournay. 1906) als Einführung dienen.

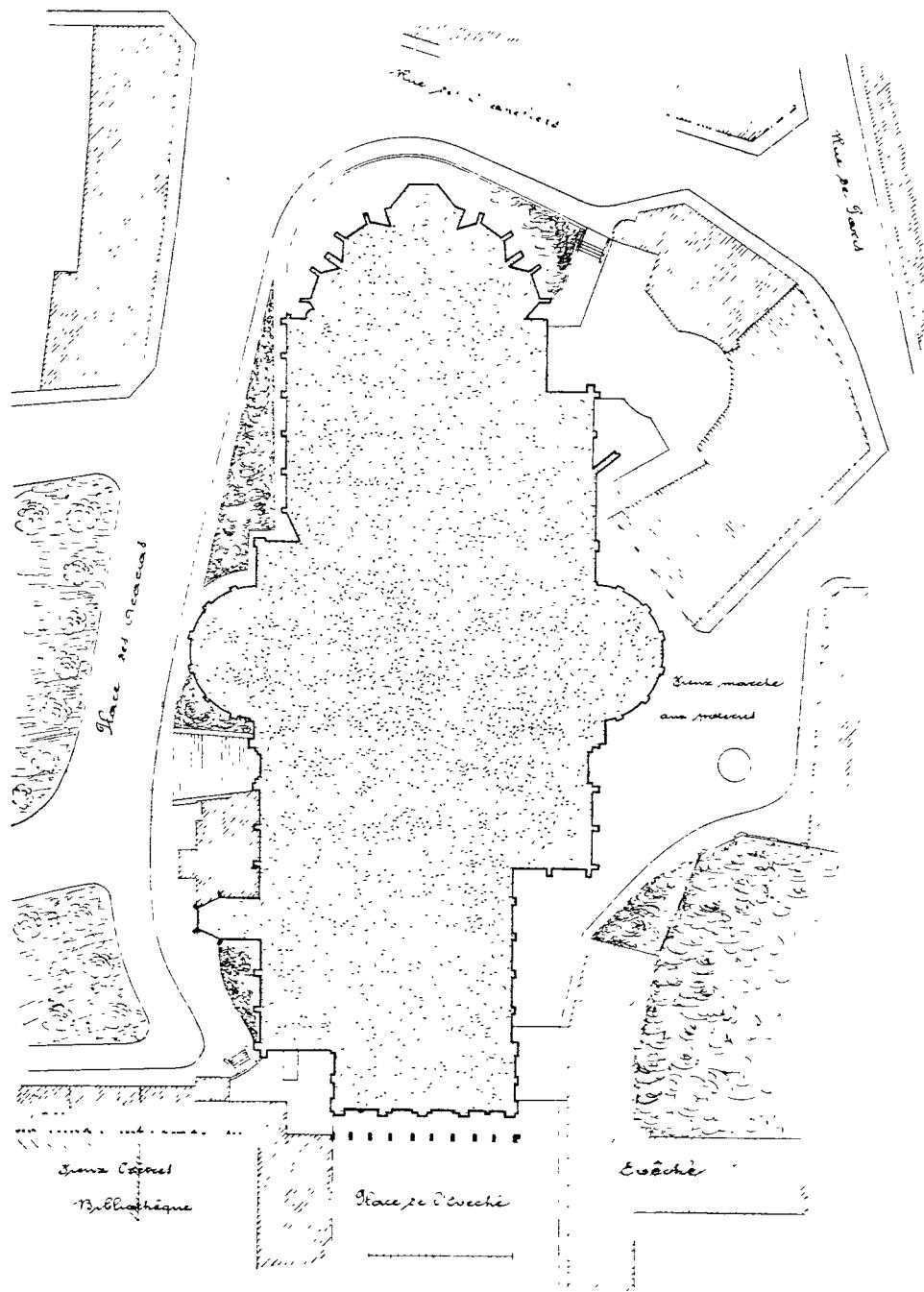


Abb. 2. Dom von Tournay.

Der Dom erhebt sich auf dem Abhange eines Hügels, dessen höchster Punkt einen Anbau an den Chor trägt. Die Schiffe sind 1070 beendet und romanisch: die Querschiffe sind im 12. Jahrhundert umgebaut, wo man auch die berühmte Gruppe von 5 Türmen anlegte; auch sie sind romanisch.

Der gotische Chor — 1242 begonnen und 1325 beendet — zeigt äußerlich ein schönes Chorhaupt.

Der Dom von Tournay ist nicht nur der älteste, sondern auch der größte Kirchenbau Belgiens. Das Land besitzt kein vollständigeres Beispiel romanischer Architektur. Die gewaltigen Maße des Chores, dessen Dach das Dach des Schiffes überragt, lassen erkennen, daß ihre Erbauer die Absicht hatten, den Umbau in Spitzbogenstil auf das ganze Gebäude auszudehnen. Ein Traum, den sie glücklicherweise nicht verwirklichen konnten; denn wenn das äußere Bild der Kirche durch seine Erfüllung auch an Einheitlichkeit gewonnen hätte, so hätte sie doch ihre mächtigen romanischen Schiffe verloren.

Wie in Antwerpen, ist der Dom allmählich mit armseligen und häßlichen Gebäuden umgeben worden, die die schönen Ansichten verdecken. Diese sind bereits abgebrochen. Aber man hat berechtigterweise den Bischofspalast erhalten, der mit dem romanischen Schiff durch die ursprüngliche Brücke verbunden ist, die so malerisch auf die Straße herausragt. Dann hat man noch eine Häusergruppe erhalten, die eine Sakristei des 17. Jahrhunderts umgibt; denn diese konnte nicht abgebrochen werden, ohne die Höhenunterschiede im Gelände hervortreten zu lassen, die für diesen Teil des Chores recht ungünstig wirken würden. Alle die Häuserblöcke, Straßen und Gassen, die den Dom umgeben, müssen sorgfältig erhalten werden, wenn man nicht Gefahr laufen will, das Zentrum der Stadt in eine Einöde zu verwandeln.

Dieser Komplex bietet nacheinander Durchblicke genug auf die schönsten Teile des Gebäudes und vermeidet dabei die allzu stark überschneidenden (*surplombantes*) Ansichten, die dem Gebäude das Großartige nehmen, wie man das in Brüssel oben in der rue Joseph Stevens konstatieren kann, von wo man die Kirche de la Chapelle übersieht. Um es noch einmal zusammen zu fassen, so muß man vom topographischen Gesichtspunkte aus in Tournay eine Gruppe Häuser, die an die Kirche angebaut sind, zu erhalten suchen. Sie sollen nämlich den Höhenunterschied von 4 m verdecken und eine Sakristei von einem mit der übrigen Kirche wenig harmonierenden Stil verbergen. Vom archäologischen Gesichtspunkte aus muß man die Erhaltung des Bischofspalastes und seiner Brücke fordern. Vom ästhetischen Standpunkte aus hat man den Bau der *Vieux-Prêtre* zu erhalten, um der Fassade den engen Rahmen zu bewahren, ohne den sie unbedeutend aussehen würde.

Schließlich bezeichnet es M. Soil de Moriamé in bezug auf den umgebenden Stadtteil mit Recht als idealen Zustand, wenn das Monument in dem Rahmen gelassen würde, der es in der schönen Zeit seiner Geschichte umgab.

Der Bau der Kirche St. Pierre begann 1425. Die Vorhalle an der Grand Place stammt von 1499 und der Grundstein für die Türme wurde 1507 gelegt. Eine Reihe von Einstürzen zwangen die Stadt, die Türme bis zur Höhe des Schiffes abtragen zu lassen. (Vital Vingeroedt, Das Freilegen der Kirche St. Pierre in Louvain. 1904.)

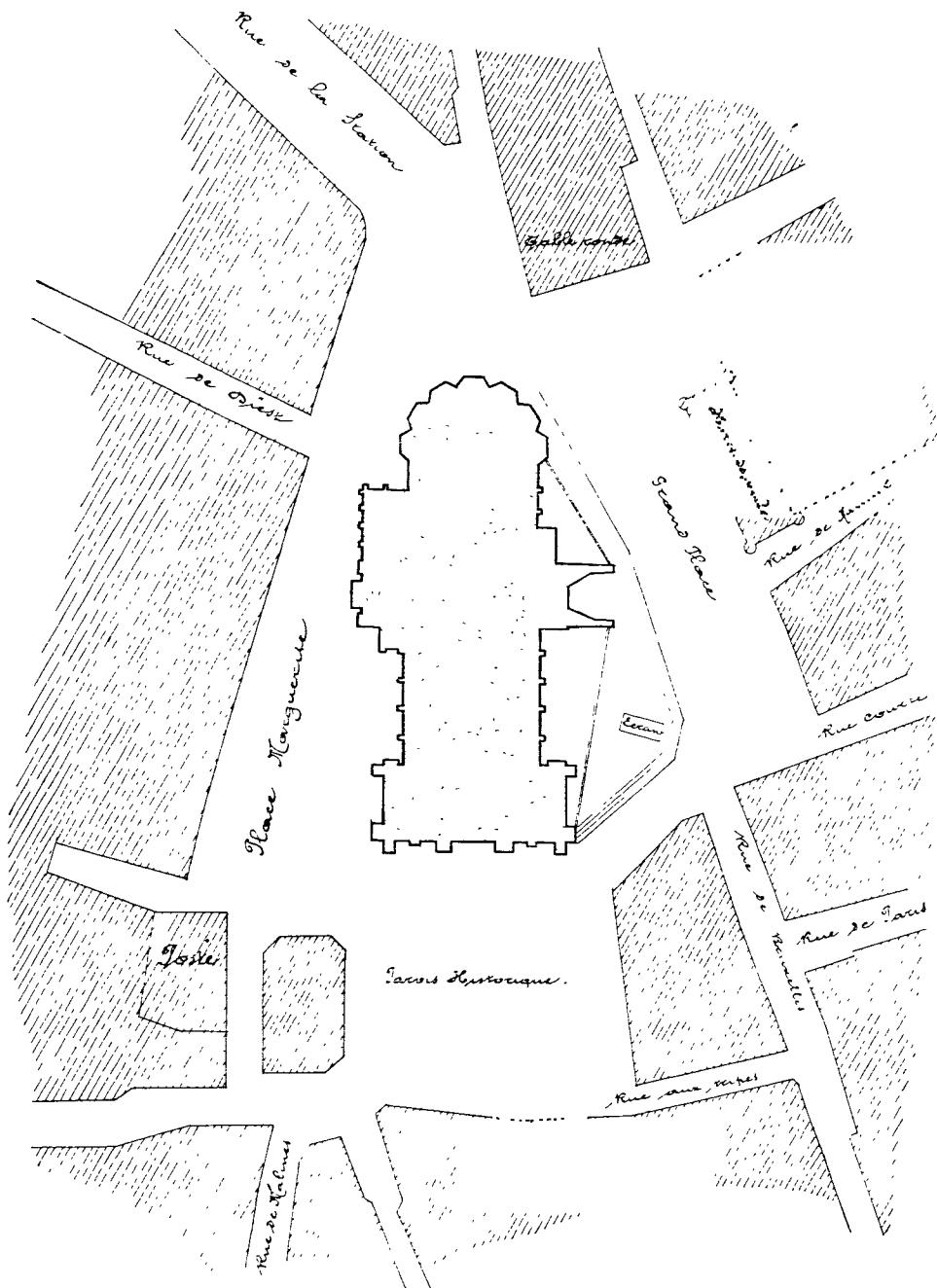


Abb. 3. Die Kirche St. Pierre in Löwen.

Heute bildet die Kirche einen großen Komplex im Zentrum der Stadt gegenüber dem berühmten Stadthause. Von dieser Stelle ist sie zum Teil durch kleine Häuschen verdeckt. Auf der gegenüberliegenden Seite liegen die Schiffe ganz frei, ebenso wie der Chor, dessen hochgotischen (rayonnant) Kapellenkranz man zwischen den Strebepfeilern der Apsis bewundern kann. Trotz der späten Bauzeit bietet das Gebäude einen ernsten Gesamteindruck. Der einheitliche Stil wird nur durch einen Dachreiter aus dem 18. Jahrhundert gestört, der sich über der Vierung erhebt.

Es waren dieselben Gründe, die die Stadt dazu veranlaßten, Anbauten an die Kirchenmauern zu gestatten, wie in Antwerpen.

Die Erbauung von kleinen Läden an den Strebepfeilern des Chores und in den einspringenden Ecken der hochgotischen Kapellen war unter der Bedingung gestattet worden, daß sie nicht über die Sohlbank der Kirchenfenster hinausragen sollten und „um das Publikum zu verhindern, diese Plätze weiter zu verunreinigen“. Die Einnahmen aus diesen Häuschen sollten zur Vollendung der Kirche verwendet werden.

Diese Läden, heutzutage Schankstuben, sind im 17. Jahrhundert erbaut, haben ein Obergeschoß und darüber malerisch wirkende Gaupen.

Obgleich Herr Vingeroedt ihren Abbruch fordert, fürchten wir, daß ihre Entfernung eine ärgerliche Lücke im Rahmen der Grand Place bilden werde. Er selbst erkennt an, daß ihre Niederlegung den Anblick des Platzes völlig verändert und ihm seinen Charakter als Markt nehmen wird.

Wir glauben daher, daß man ihm nicht nur diesen Charakter erhalten müsse, sondern auch den als belebtes Forum. Dieser Zug ist wichtig genug, um ihn einige Teile des Anblickes der Kirche zu opfern, die ja doch schon zu drei Vierteln frei steht.

Der Erfinder des Planes hat die Gefahr für das Stadthaus, dieses so zierlichen Gebäudes vorausgesehen, wenn sich noch ein leerer Platz vor ihm auftun sollte. Denn der Schaden, den der Durchbruch der rue de la station in dem Gesamtbild des Platzes bereits herbeiführte, tritt nur zu deutlich zutage.

Aber das Heilmittel, das Vingeroedt vorschlägt: nämlich den Zwischenbau einer dekorativen Wand (*écran*) würde das öde Aussehen des Platzes nicht bessern. M. Vingeroedt hat das wohl empfunden und hat daher einen neuen Plan ausgearbeitet, in dem er den Häuserblock zwischen der Südvorhalle (gegenüber dem Stadthause) und der Ostfassade beibehält, ihn aber niedriger halten will.

M. Stübben, der hervorragende Verfasser des Buches: *Der Städtebau*, hat eine verwandte Lösung vorgeschlagen; die beiden Pläne sind in der letzten Auflage seines Buches abgedruckt. (Stübben, *Der Städtebau*, Handbuch der Architektur. 4. Teil, IX, p. 236.)

Der Aufbau der riesigen Türme, die von dem allzu zuversichtlichen Josse Metsys geplant worden waren, würde Kosten verursachen, die weder mit den finanziellen Kräften von Löwen, noch mit seinem religiösen Ideal in Einklang stehen würden.

Man wird sich also mit einem Vorhof von mäßigem Umfang begnügen und sich darauf beschränken müssen, den linken Flügel der Fassade auf gleiche Höhe wie den rechten Flügel zu bringen.

Die Prüfung der drei Probleme, um deren Lösung es sich für die alten Kirchen von Antwerpen, Tournay und Löwen handelt, gestattet uns Schlußfolgerungen zu ziehen, über die die zuständigsten Fachmänner uns so ziemlich einig zu sein scheinen.

1. Man muß die alten Kirchen von den sie begrenzenden banalen Anbauten befreien, wenn diese kein künstlerisches oder archäologisches Interesse darbieten.

2. Man darf die alten Kirchen nicht freilegen, sondern soll ihnen soweit wie möglich ihre alte Umrahmung lassen, und dabei Aussichtspunkte auf ihre interessantesten Teile aus richtiger Entfernung offen stehen lassen.

In bestimmten Fällen können verdeckende Baumreihen als Schutzwände verwendet werden, wenn massive Bauten nicht angängig sind.

Ehe man Änderungen an dem alten Rahmen der Kirchen vornimmt, muß man sorgfältig die Wirkung dieser Änderungen auf die unmittelbare Umgebung studieren: Man muß an den Handelsverkehr, an das soziale Leben der Innenstadt, an die religiösen oder profanen Gebäude der Umgebung und schließlich daran denken, welchen Einfluß sie auf die Platzwände haben.

Bei diesen vorsichtigen Regeln, als Führern im Studium der gestellten Fragen, wird die Gefahr des Irrens nur beschränkt sein. Da es sich aber um sehr feine Werte handelt, wird man doch dem Urteil der Welt ausgesetzt bleiben.

#### **Debatte:**

Beigeordneter Rehorst-Köln: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu dem Referat des Herrn Gurlitt, welches wir ja alle mit großtem Interesse entgegengenommen haben und dessen Ausführungen wir wohl in der großen Mehrzahl auch zu unseren eigenen machen möchten, möchte ich doch eine Bemerkung nicht unterdrücken. Ich möchte nicht unterlassen, auf einen Punkt einzugehen, der, wenn er hier undiskutiert bliebe, vielleicht zu Mißverständnissen Anlaß geben könnte.

Herr Gurlitt hat unter Exemplifizierung auf die hiesige Marienkirche gesagt, daß man in Fällen, wo kleine Bauwerke, die jetzt in höchst malerischer und vom ästhetischen Gesichtspunkt aus passender Weise größere Kirchen umgeben, aus zwingenden, etwa hygienischen oder baupolizeilichen Gründen beseitigt werden müßten, sich dann davor hüten möge, ähnliche Bauten wieder neu erstehen zu lassen. Hat er damit sagen wollen, daß man keine Kopien dieser Häuser oder keine Nachahmungen mittelalterlicher Bauwerke herstellen möge, so deckt sich das mit dem Standpunkte, den ich im vorigen Jahr in Mannheim vertreten durfte. Will aber Herr Gurlitt so verstanden sein, daß man bei Wiederbebauung der durch Abbruch solcher Häuschen frei gewordenen Flächen in erster Linie modernen Bedürfnissen Rechnung tragen soll, so könnte ich ihm insofern nicht ganz folgen, als ich fürchten müßte, daß in solchen Fällen materielle, d. h. finanzielle Rücksichten zu sehr in den Vordergrund treten würden. Wir würden es dann — wie ja viele Beispiele beweisen — erleben, daß sich um die alten Kirchen himmelhohe Mietskasernen und Warenhäuser ansiedeln. Ich glaube, man macht sich keiner Scheinkunst schuldig, wenn man bei dem Ersatz alter Bauten in der Nähe bedeutsamer Bauwerke früherer Jahrhunderte es zur Regel macht,

daß man in der Massenverteilung und Höhenentwickelung das alte Bild zur Richtschnur nehme, selbstverständlich vorausgesetzt, daß dieses ein ästhetisch befriedigendes war. Es müssen in solchen Fällen eben materielle gegen ideale Rücksichten zurücktreten, selbst auf die Gefahr hin, daß die Gemeinde finanzielle Opfer bringt und den betroffenen Bauherrn für den entgangenen Gewinn schadlos hält. Und solche Kleinbauten brauchen durchaus nicht mit modernen Bedürfnissen im Widerspruch zu stehen — ich kann mir vielmehr wohl denken, daß auch ein „moderner“ Mensch sich in einem kleinen, mehr in die Breite als in die Höhe entwickelten Wohnhause in einem stimmungsvollen Winkel zu Füßen einer alten Kirche sehr wohl fühlen kann. Wie reizvoll sich eine solche Bauaufgabe lösen läßt, können wir gerade hier in Lübeck an dem schönen, seiner Vollendung entgegengehenden kleinen Eckhause in der Nähe der Marienkirche sehen.

Oberbaurat Dr. Ing. Stübben-Berlin-Grunewald: Meine Herren! Gestatten Sie mir nur noch zwei Gesichtspunkte zur Freilegungsfrage hervorzuheben. Der eine Gesichtspunkt ist der des Verkehrs, der andere ist der des Eigentums.

Herr Buls hat auf die Verkehrsrücksichten bereits aufmerksam gemacht, die ja in großen Städten unter allen Umständen gewahrt bleiben müssen, auch in der Umgebung von monumentalen Gebäuden, und es ist merkwürdig, daß man da, wo man wirklich aus wohlverstandenen und wohlüberlegten Verkehrsrücksichten Freilegungen unternommen hat, kein Übel angerichtet hat oder doch nur ein geringes, im Hinblick auf den erreichten Zweck erträgliches Übel.

Ich will auf den Dom von Köln exemplifizieren. Der Dom zu Köln ist nicht freigelegt worden ausschließlich aus ästhetischen Rücksichten, sondern beispielsweise an der Nordseite, wo der neue Zentralbahnhof gebaut worden ist, ausschließlich aus Verkehrsrücksichten, und ich glaube nicht, daß man heute, nachdem der große Bahnhofsvorkehr dort Platz gegriffen hat, etwa den Vorschlag machen oder auch nur den Wunsch haben möchte, zwischen dem Hauptbahnhof und dem Dom eine Reihe von Häusern wieder zu errichten, die vor etwa zehn Jahren abgebrochen worden sind. Aus Verkehrsrücksichten sind an dem Kölner Dom ferner niedergelegt worden die beiden sogenannten Domkurien an der Westseite des Domes, wo früher, wie die Kölner wissen, nur ein Gäßchen von etwa vier oder fünf Meter Breite, die sogenannte Litsch, den Verkehr nach dem Bahnhof vermittelte. Ich glaube nicht, daß man diese Häuser wieder herstellen wollte, wenn man es selbst könnte.

Dagegen hat man aus ästhetischen Rücksichten um den Kölner Dom mehrere andere Abbrüche ausgeführt, die man vielleicht heute nicht mehr machen würde. Das lehrt uns also in den Dingen, wo es sich allein um die künstlerische Empfindung handelt, ganz außerordentlich vorsichtig zu sein. Hat doch Herr Gurlitt ausdrücklich hervorgehoben, daß man vor 30 Jahren mit vollem Recht eine bestimmte Meinung von diesen Dingen gehabt habe, über die wir heute nach 30 Jahren ebenso mit unserem vollen Recht eine andere Auffassung besitzen, und daß vielleicht nach 30 Jahren eine andere Generation die Sache wiederum anders beurteilt.

Freilegungen vom Standpunkte der künstlerischen Betrachtung des Ganzen sind deshalb mit einer noch größeren Vorsicht zu handhaben, als

solche, die der Verkehr bedingt oder unbedingt verlangt. Damit will ich natürlich nicht bestreiten, daß Freilegungen auch vom Standpunkte des Verkehrs böse Folgen haben können und daß manche Dinge auch aus wirklichen oder vermeintlichen Verkehrsgründen vorgekommen sind, die besser unterblieben wären. Ich will namentlich nicht im geringsten die Erwägung abschwächen — und das ist wohl das Wichtigste —, daß es sich stets darum handelt, den Maßstab zwischen den kleinen Häusern, wie Herr Rehorst eben mit Recht gesagt hat, und den großen Monumenten nicht verschwinden zu lassen, damit nicht der Eindruck des Großen dadurch beeinträchtigt wird, daß man einen großen Platz um ein Bauwerk freilegt, welches nunmehr klein erscheint.

Das, was Herr Buls uns von Antwerpen mitgeteilt hat, zeigt uns sowohl die Bedeutung der Fragen des Eigentums wie der Verkehrsfragen. In Tournay ist freigelegt worden die eine Langseite der Kathedrale. Ich glaube nicht, daß man das aus künstlerischen Erwägungen tadeln kann. Man hat aber weiter die Frage aufgestellt, ob man auch die Chorseite freilegen soll, wo der Verkehr es nicht bedingt, und Herr Buls sowohl wie meine Wenigkeit, die wir beide um unsere Meinungen befragt worden sind, haben beide erklärt: Tut das nicht; aber bringt die Häuser, welche um den Chor der Tournayer Kathedrale herumgebaut sind, in das Eigentum der Stadtgemeinde oder in sonstiges öffentliches Eigentum, damit nicht die Besitzer dieser Häuser, über die ihr an sich keine Herrschaft habt, in der Lage sind, ihren Besitz in einer die Kathedrale schädigenden Weise zu verändern oder beliebige andere Häuser an die Stelle zu setzen. Wie jetzt die Häuser aussehen in ihrer bescheidenen Höhe, in ihrer bescheidenen Achsenteilung, dienen sie allerdings der Kathedrale erfolgreich zur Folie. Wollte aber jemand, ein moderner Tietz, dahin kommen und an Stelle dieser Häuser einen modernen Warenpalast bauen, wie eben Herr Rehorst angedeutet hat, einen vierstöckigen Bau mit großen Fenstern und großen Achsen, so würde offenbar eine solche Umbauung der Kathedrale von Tournay der Sache zu noch größerem Schaden gereichen, als eine Freilegung. Es muß also darauf gedrungen werden, daß solche an die Kirche angebauten Häuser, insoweit sie überhaupt einen gewissen Charakter haben, erhalten bleiben, aber in das Eigentum der Gemeinde oder der Kirche, kurz ins öffentliche Eigentum übergeführt werden, nicht aber der Ausnutzung durch Private in beliebiger Art freigegeben werden. Einen für den Schutz der Kathedrale genügenden baupolizeilichen Zwang auf die Besitzer auszuüben, ist in Belgien noch erheblich schwieriger als bei uns.

Was Löwen betrifft, so spielt dort der Verkehr la question de la circulation, eine sehr erhebliche Rolle. Die Straße von Mecheln, la route de Malines, kommt unmittelbar an der Westseite der Kathedrale schräg vorbei und windet sich durch eine enge Gasse nach dem Marktplatz hin. Auf die Dauer geht das nicht. Es müssen dort Vorkehrungen getroffen werden; so leid es einem tut, müssen an der Westseite der Kathedrale von Louvain Abbrüche erfolgen, um den nötigen Verkehrsraum zu schaffen. Die Aufgabe ist, diese Abbrüche so zu gestalten, daß vor der Kathedrale eine möglichst geschlossene „Paradies“-Fläche, parvis, wie es heißt, nach ehemaliger Art hergestellt wird, eine Freifläche, die mit der Umbauung ihrer Häuser den Maßstab beibehält, der erforderlich ist, um die Fassade der Kathedrale

in ihrer ganzen Wucht erscheinen zu lassen. An der anderen Seite nach dem Marktplatz hin, nach dem schönen Platze hin, der zwischen der Kirche und dem Rathause liegt, sind an der Langseite der Kathedrale nach dem Chor hin kleine Häuser im 17. Jahrhundert angebaut worden. Diese kleinen Häuser mit teilweise interessanten Lukarnen, möchte man gern abbrechen. Herr Buls hat Ihnen vorhin vorgetragen, wie schädlich das wäre, und ich hoffe, daß die Kommune Louvain, deren Ratgeber ich augenblicklich bin, die Häuser erhalten wird, aber sie zunächst kaufen wird, damit nicht eines Tages an ihrer Stelle andere Bauten entstehen, welche der Kirche zur größten Unzierde gereichen könnten.

Dagegen sind nach dem Westturm hin eine Reihe von Häusern angebaut, von drei oder vier Stockwerken, banal, wie Herr Buls sagt, nichts-sagend, charakterlos, deren Erhaltung im jetzigen Zustande unmöglich gewünscht werden kann. Wohl muß man wünschen, daß an dieser Stelle, wie es übrigens ähnlich hier in Bremen, in Stralsund und an vielen anderen Orten der Fall ist, zwischen Marktplatz und Kirche Wohngebäude, Laden-geschäfte, kurz Bauten sich befinden, die zu dem Leben des Platzes passen und die dem Verkehr auf dem Platze besser entsprechen, als eine immerhin etwas düstere und verkehrslose Kirchenmauer. Es muß also im Westen nach meiner unmaßgeblichen Meinung — und ähnlich kann die Sache oft liegen — in der Tat die Kirche in gswissem Sinne freigelegt werden; andererseits aber muß man dafür sorgen, daß hier die Platzwand in dem von Herrn Rehorst vorgetragenen Sinn zukünftig von Gebäuden kleinen Maß-stabs gebildet werde, die den Charakter unserer Zeit tragen, aber nach der anderen Seite geeignet sind, das große Baudenkmal in seiner ganzen Würde erscheinen zu lassen und es nicht zu beeinträchtigen. Diese beiden Gesichtspunkte des Verkehrs und des Eigentums, die bei den meisten Freilegungs-fragen eine wichtige Rolle spielen, meine Herren, wollte ich nur kurz hervorgehoben haben.

## Schutz der Grabdenkmäler und Friedhöfe

**Lübeck 1908**

**Referent: Provinzialkonservator Professor Dr. Clemen-Bonn:**

Nach den beiden Vorträgen über unsere größten Denkmäler, die an die letzten Probleme unserer Kunst und der Denkmalpflege rührten, ein kurzes Referat über eine sehr viel bescheidenere Denkmälergattung. Das Thema „Erhaltung der Grabdenkmäler und Friedhöfe“ berührt ein Ge-biet, auf dem vielleicht, wenn man sich eines Superlativs bedienen darf, die schlimmsten Unterlassungssünden und die ärgsten und ärgerlichsten Vergehen des 19. Jahrhunderts liegen.

Die Grabdenkmäler in unseren Kirchen in ihrer Entwicklung von der einfachen Grabplatte bis zu den prunkvollen, mit dem ganzen Reichtum von lebensgroßen Figuren geschmückten Hochgräbern, in sich eine geschlossene Entwicklungsreihe darstellend, lang und reich genug, um an diesem einen Paradigma den ganzen Werdegang der deutschen Plastik vom 11. bis zum 18. Jahrhundert restlos abzuwandeln. Dann die Epitaphien, wieder in ihrer Entwicklung vom einfachen Memorienstein über dem Totenschilde hinaus bis

zu jenen überladenen, prachtvollen, die ganzen Wandflächen, die Pfeiler fast verdeckenden Aufbauten, die vor allem unsere nordischen Kirchen verzieren. Und endlich die Grabdenkmäler auf unseren Kirchhöfen in ihrer fast unerschöpflichen Fülle von Motiven und Formen, in der ungeheuren Mannigfaltigkeit der Vorbilder, zumal aus den letzten beiden Jahrhunderten. Welch erlesene Kunst, wie viele graziös und fein empfundene Motive, wie viel ernste und großartige Gedanken sind hier vereinigt, und welch absolute künstlerische Höhe ist hier noch erreicht kurz vor dem schmählichen Zusammenbruch und Niedergang dieses ganzen Kunstzweiges der Grabmalkunst am Beginn des 19. Jahrhunderts. In einem kleinen Sammelbande hat uns Georg Voß schon vor einer ganzen Reihe von Jahren allein aus ein paar Berliner Friedhöfen eine Fülle der entzückendsten Denkmäler des ausgehenden Rokoko und des beginnenden Klassizismus zusammengetragen, die allein eine ganze Blütenlese solcher Motive darstellen: der feinste Geschmack des 18. Jahrhunderts ist hier gleichsam kristallisiert wie in Chodowieckis oder Geßners Vignetten.

Es ist einer der natürlichsten Erfahrungssätze unserer praktischen Denkmalpflege, daß ein Denkmal oder auch eine Gattung, eine Gruppe von Denkmälern um so mehr gefährdet ist, je weniger sie einem praktischen lebendigen Bedürfnis dient oder zu dienen scheint, und um so stärker, je unsicherer ihre Besitzverhältnisse sind. Hier sind diese Denkmäler der Toten wirklich zu toten Denkmälern geworden. Das 19. Jahrhundert ist unbarmherzig genug mit ihnen umgegangen. Es hat ganze Kompagnien von Grabdenkmälern achtlos aus den Kirchen hinausgeworfen, und die dunkelste Zeit in der dunklen Geschichte der Restaurierungen im 19. Jahrhundert, die Periode des Purismus, hat hier am schmählichsten gewütet, und noch bis auf unsere Zeit. Was ist in den letzten Jahrzehnten alles verloren gegangen durch Verwahrlosung, durch Aufgabe einzelner Grabdenkmäler, ganzer Friedhöfe!

Wenn wir heute auf dem Gebiet der Denkmalpflege so ganz allgemein appellieren an das Gefühl der Pietät — ich meine, bei keiner Denkmälergattung dürfen wir das mit so großem Recht und so unmittelbar vielleicht wie bei den Grabdenkmälern. Hiervon ein Wort zu reden in unserem Gremium, das erscheint mir eigentlich überflüssig, wenn wir nicht auch ein wenig aus dem Fenster hinaus reden wollten. Die Gemeinde, der einstmais vertrauensvoll diese Grabdenkmäler in den Kirchen, auf den Friedhöfen anvertraut worden sind, sehen wir heute in erster Linie als verpflichtet an, für diese Monamente zu sorgen. Sie muß sich nun auch dieses Vertrauens würdig zeigen, sich dieser Ehrenpflicht erinnern.

In nichts ist vielleicht das heutige Geschlecht mit so sichtbaren Fäden mit den früheren Generationen verknüpft wie in der sichtbaren Gegenwart einer solchen langen Reihe stolzer Ahnenzeichen, den Grabdenkmälern und Epitaphien, die von den Wänden der Kirchen zu uns sprechen — und wenn wir bei einem alten Geschlecht, einer alten Familie es als die schlimmste Versündigung gegen den Familiensinn, als ein deutliches Zeichen von Verfall des Familienstolzes, von mangelnder Dankbarkeit gegen die Ahnen ansehen, wenn sie ihre alten Ahnenbilder aufgibt —, hier handelt es sich um die Ahnen, um die Vorfäder einer ganzen Gemeinde.

Das sind Dinge, die schon seit Jahrzehnten von allen Seiten den Gemeinden gepredigt und immer wieder gepredigt werden, die freilich noch oft genug eine Predigt in den Wind darstellen.

Es gibt aber auch eine rechtliche Verpflichtung der Gemeinden, für die Erhaltung der alten Grabdenkmäler einzutreten, und auf die kommt es uns hier zunächst an. Eine Sache, die in irgend einer Weise und Form mit einer anderen oder mit einem Grundstück fest verbunden wird, wird von selbst wesentlicher Bestandteil dieser Sache und dieses Grundstücks und untersteht dadurch und von diesem Moment an dem Eigentümer ebendieser Sache oder dieses Grundstücks. In unserem Falle also wird von dem Moment ab, wo ein Grabdenkmal in einer Kirche eingebaut wird oder auf einem Friedhof eingebaut oder mit dem Grund und Boden fest verbunden wird — es kommt auf den Begriff der Inedifikatio dabei an —, dieses Grabdenkmal ein wesentlicher Bestandteil dieser Kirche oder dieses Friedhofes. Das gilt zunächst sowohl nach den älteren Rechtsanschauungen des römischen Rechtes wie des gemeinen Rechtes, und das ist vor allem die Anschauung unseres heutigen Rechtes, und hier sind es die §§ 93 und 94 des Bürgerlichen Gesetzbuches, die in Betracht kommen.

Wesentliche Bestandteile einer Sache können nun nach § 93 des B.G.B. nicht Gegenstand besonderer Rechte sein. Ein besonderer Besitz an solchen Sachen ist natürlich möglich, aber gesondertes Eigentum oder begrenztes dingliches Recht an ihnen wird als ausgeschlossen bezeichnet. Wird eine Einzelsache in einen wesentlichen Bestandteil verwandelt, so geht notwendig jedes an ihr bestehende besondere Recht unter, auch ein besonderer Eigentumsvorbehalt vermag hieran nichts zu ändern (Gierke). Eine besondere Ausnahmestellung genießen auf unseren Friedhöfen die Erbbegräbnisse, die im Besitz einer Familie oder auch einer Korporation sein können. Sie gewähren nun keinesfalls ein unbeschränktes Eigentum an dem Grund und Boden, so daß der Erwerber sie etwa an fremde Personen willkürlich übertragen kann oder daß er, was die letzte Konsequenz sein würde, auch andere als Grabanlagen dort errichten dürfte; diese Parzellen sind ja auch niemals auf den Namen des Betreffenden im Grundbuch eingetragen. Die einzelne Grabstätte, das Erbbegräbnis, bleibt vielmehr wie der ganze Kirchhof selbst dem bürgerlichen Verkehr entzogen. Ein Erbbegräbnis gewährt gewissermaßen nur Eigentum an dem Rechte, an einer bestimmten Stelle des Kirchhofs zu begraben —, die betreffende Stelle, der Grund und Boden, verbleibt aber nach wie vor der Eigentümerin des Kirchhofs.

Alle baulichen Anlagen, Grabhallen, Kapellen, Sepulturen auf den Friedhöfen und alle fest mit dem Boden verbundenen Denkmäler sind daher von vornherein als Eigentum der Gemeinde anzusehen, die Eigentümerin des Friedhofes ist. Bei allen größeren Anlagen werden die beiderseitigen Befugnisse durch besondere Verträge geregelt — und in ihnen wird natürlich immer die Unterhaltungspflicht eine Hauptrolle spielen. In den meisten Fällen werden auch die Kirchhofsordnungen Bestimmungen hierüber enthalten. Etwas anderes ist es, wenn eine Sache, etwa ein kleineres Schmuckstück oder ein bescheideneres Denkmal, nur einfach auf den Boden oder auf einen Unterbau auf einer Grabstätte gesetzt ist, ohne durch Schrauben oder Dübel, ohne durch Mörtel oder Kitt oder sonst irgendwie fest mit ihm verbunden zu sein. Es würde dann nicht zu einem wesentlichen Bestandteil dieses Grundstücks geworden sein und wären damit nicht von vornherein in das Eigentum des Grundstückseigentümers übergegangen. Es könnte vor allem weiterhin Gegenstand besonderer Rechte sein; das Eigentum an ihm könnte

also auch ausdrücklich den Personen, die dieses Denkmal gesetzt, vorbehalten bleiben.

Das gleiche würde nun wohl auch zutreffen, wenn auf einem unserer modernen Friedhöfe, auf dem die Benutzungsfrist einer Grabstätte auf eine bestimmte kurze Frist, 40, 30 oder sogar nur 25 Jahre, ausdrücklich limitiert ist, ein Grabmal errichtet wird. Hier könnte wohl der § 95 des B.G.B. angezogen werden, daß Sachen, die nur zu einem vorübergehenden Zwecke mit dem Grund und Boden verbunden sind, nicht zu den Bestandteilen eines Grundstücks gehören. In diesem Falle könnten also auch größere und auch fest mit dem Boden verbundene Grabdenkmäler Gegenstand besonderer Rechte sein, könnten also Eigentum der Stifter verbleiben. Es erscheint freilich fraglich, ob man solche zeitlich beschränkte Belegung einer Grabstätte unter den Begriff „vorübergehender Zweck“ wird fassen können.

Nun können hier eine Menge Schwierigkeiten entstehen. In einer außerordentlich großen Zahl von Fällen ist in vergangenen Jahrhunderten — am meisten im 17. und 18. Jahrhundert — einer Familie oder einer Korporation das Recht an einer Grabstelle in der Kirche oder auf einem Friedhofe in der feierlichsten Weise für alle Zeiten zugestanden worden —, dies Recht ist durch eine besondere Leistung, eine Stiftung erkaufte oder als Belohnung gewährt worden. Wie nun, wenn der Platz in der Kirche für andere Zwecke notwendig wird oder wenn der Friedhof aufgelassen, geschlossen werden soll? Und in einer weiteren Reihe von Fällen haben die Gemeinden durch feierliche Verträge die Verpflichtung übernommen, ein Grab für alle und ewige Zeiten, wie gewöhnlich der Wortlaut heißt, zu erhalten und natürlich an dieser Stelle zu erhalten. Wie nun, wenn der Friedhof geschlossen werden soll? Gilt die Verpflichtung als hinfällig? Es können dann Privatverträge bestehen, vor allem aus der Zeit, ehe ein Platz ausdrücklich zum Kirchhof erklärt ward, in denen das Eigentumsrecht eines Dritten an dem Grund und Boden, sei es nun ein beschränktes oder ein freies, unanfechtbar stipuliert ist. So vor allem auf ländlichen Friedhöfen, auf denen ein Teil mit dem Erbbegräbnis der Gutsherrschaft scheinbar zum Gemeindefriedhof gehört, von der Kirchhofmauer mit eingefasst wird, tatsächlich aber ursprünglich nur ein Teil des benachbarten Schloßparkes ist. Bei Schließung eines jeden Kirchhofes ist natürlich Schadloshaltung der Berechtigten, eventuell Auseinandersetzung mit ihnen nötig. Und in dem letzten geschilderten Fall würde es eben von der Rechtsauffassung über das Eigentum an dem Grund und Boden des Familienbegräbnisses abhängen, ob der Berechtigte, der Inhaber zu solcher Auseinandersetzung gezwungen werden kann.

Aber weitaus größer, unendlich viel größer, auch für die Denkmäler bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts, auf die es uns hier zunächst ankommt, ist die Zahl der Fälle, wo keinerlei solches Privatverhältnis nachzuweisen ist — und es würde auf den Nachweis ankommen, der eben in jedem Falle besonders zu erbringen ist. Wo das nicht möglich ist, ist unzweifelhaft nach früherem und nach jetzigem geltenden Recht dieses Grabdenkmal in der Kirche oder auf dem Friedhof schon in dem Moment der Errichtung und des festen Einbaus übergegangen in das Eigentum des betreffenden Eigentümers oder der betreffenden Eigentümerin dieses Grundstücks, also der Kirchengemeinde oder der Zivilgemeinde, wie sie nun ganz verschieden in den ver-

schiedenen deutschen Bundesstaaten und Landesteilen das Eigentum an den Friedhöfen haben.

In diesem Falle treffen natürlich auf die Grabdenkmäler zu die Bestimmungen unserer Städteordnungen und Landgemeindeordnungen und die entsprechenden und parallel gehaltenen Bestimmungen in den Gesetzen über die Vermögensverwaltung der Kirchengemeinden. Der betreffende Passus beispielsweise im Königreich Preußen, der hier in Betracht kommt, besagt, daß die Genehmigung der Staatsregierung als Aufsichtsbehörde erforderlich ist zur Veräußerung oder wesentlichen Verunstaltung von Sachen, welche einen besonderen wissenschaftlichen, historischen oder Kunstwert haben, und es ist durch drei wichtige Entscheidungen des preußischen Oberverwaltungsgerichts vom 22. Mai 1903, vom 10. März 1905 und vom 19. Oktober 1906, die alle in dem vortrefflichen Buch von Lezius über das Recht der Denkmalpflege in Preußen in extenso veröffentlicht sind, festgestellt, daß durch diese Bestimmung den Gemeinden auch die Verpflichtung auferlegt ist, für die Erhaltung aller solchen Sachen, welche einen besonderen wissenschaftlichen, historischen oder Kunstwert haben, zu sorgen und diejenigen Maßnahmen zu treffen, welche zur Verhütung des drohenden Verfalls nötig sind. Und ebenso geht aus den Begründungen und aus den Darlegungen der Absichten bei dem Erlaß der Gesetze über die Vermögensverwaltung der Kirchengemeinden hervor, daß auch in diesen Bestimmungen und durch diese Bestimmungen den Kirchengemeinden die gleiche Verpflichtung auferlegt ist, dem drohenden Verfall aller solchen Denkmäler Einhalt zu tun und die nötigen Maßnahmen dagegen zu ergreifen. Das gilt nun zunächst für das Königreich Preußen. In den anderen Bundesstaaten liegen die Verhältnisse zum Teil noch günstiger. In dem einzigen förmlichen Denkmalschutzgesetz, das wir im Deutschen Reiche haben, dem hessischen Gesetz vom Jahre 1902, das ich hier mit ganz besonderer Freude nenne, weil der Denkmalpflegetag in gewissem Sinne dabei Pate gestanden hat — in diesem Gesetz ist in den §§ 21 und 22 ausdrücklich bestimmt, daß, wenn eine Gemeinde die Verfügung über ein bewegliches oder unbewegliches Denkmal hat, das Kreisamt als Aufsichtsbehörde an diese Gemeinde das Ansinnen richten kann, für die ordnungsmäßige und würdige Unterhaltung und Wiederherstellung Sorge zu tragen.

Und nun können weiter sehr schwierige Verhältnisse eintreten, auch in allen den an sich ja seltenen Fällen, in denen das Eigentum an einem Grabdenkmal einer Person oder einer Familie zunächst vorbehalten war — die Familie kann ausgestorben sein, ist ausgewandert, ist verschollen —, was geschieht dann mit der Grabstätte? Tritt dann der Fall ein: *quod nullius, est rei publicae?*

Aber das trüfe doch nur in den seltenen Fällen zu, in denen eben wirklich ein ganz freies, von dem Friedhof losgelöstes Grundeigentum vorhanden wäre. In den weitaus meisten Fällen ist ja der Grund und Boden Eigentum der Gemeinde geblieben. Was geschieht dann mit dem Denkmal, wenn es nicht fest eingebaut ist? Es wird herrenlose Sache. Wer muß sich ihrer annehmen?

Und weiter. Es kann bei einem solchen Denkmal sich um laufende Unterhaltung handeln und handeln müssen. Man kann ruhig sagen, ein festgefügtes Grabmal, das sicher auf seinem Sockel steht, braucht keine Unter-

haltung, während Jahrhunderten nicht, das läßt man eben ruhig stehen; und kümmert sich kein Eigentümer darum, so kümmert sich auch die Friedhofverwaltung nicht darum. Nun gibt es aber kleine Sepulturen, kleine vollständig eingebaute Hallen, die ein Dach haben, und das Dach braucht eine laufende Unterhaltung, es muß eine ganze Reihe von augenblicklichen Unterhaltungsarbeiten vorgenommen werden. Wer tritt da ein, wenn die Berechtigten (und vielleicht nach den besonderen Verträgen oder den Kirchhofsordnungen zugleich auch die Verpflichteten) unauffindbar sind? Sind die Verpflichteten erreichbar, so kann die Gemeinde als Eigentümerin des Kirchhofs sie zur Ausführung der notwendigen Unterhaltungsarbeiten anhalten, sie kann diese im Weigerungsfalle erzwingen, selbst die Ausführung der Unterhaltungsarbeiten anordnen und dann die Kosten eentreiben. Immer wird es eben zuletzt die Gemeinde als die Eigentümerin des Kirchhofs sein, die hier einzutreten hat. Und der Gemeinde gegenüber hat die Denkmalpflege alle Handhaben, die Unterhaltung und Erhaltung durchzusetzen.

Soll die Gemeinde als Eigentümerin ruhig zusehen, daß diese Sepulturen zerfallen, soll sie warten, bis sich ein Berechtigter meldet, findet? Es bleibt aber hier noch immer eine ganze Reihe von schwierigen Fällen übrig. Ich habe diese Frage einer Reihe von Rechtslehrern vorgelegt und dann der Reihe nach einer Anzahl von Verwaltungsbeamten, und ich habe danach eine kleine Enquête bei einer Reihe von Stadtverwaltungen und Friedhofsverwaltungen veranstaltet und habe bei ihnen die divergierendsten Antworten bekommen, vor allem bei den letzteren. Das unzweifelhafte Eigentumsrecht der Gemeinde an diesen Grabmälern wird von den Eigentümern, den Gemeinden, selbst bestritten. „Das ist eine unangenehme Frage, die man nicht gern erörtert; das ist ein Rührmichnichtan.“ „Wir kümmern uns nicht darum; wir möchten auch nicht daran erinnert werden.“ So heißt es. Es ist ein Rührmichnichtan, aber ebendarum wird an die Denkmäler, die so unter Niemandes Schutz stehen, auch nicht gerührt, und es sind die Grabmäler und die Friedhöfe, die darunter zu leiden haben. Hier scheint nun doch die Notwendigkeit zu bestehen, zunächst diese rechtliche Frage in jedem einzelnen Falle besonders zu klären. Das ist eine Vorfrage, deren Lösung die praktische Denkmalpflege hier vertrauensvoll den Verwaltungsbeamten überlassen muß, genau so, wie wirkungsvollen Schutzmaßregeln für die Stadtmauern, die zum großen Teil in Privatbesitz durch Ersitzung übergegangen waren, erst die Feststellung der Besitzverhältnisse durch die Verwaltungsbehörden vorausgehen muß.

Bei allen modernen Friedhöfen liegen die Sachen selbstverständlich anders. Da gibt es Friedhofsstatuten, Kirchhofsordnungen, und in den meisten Statuten ist die Frage geregelt, was mit den Denkmälern später geschehen soll, ob die Denkmäler zur Verfügung der betreffenden Familie bleiben, inwieweit diese ein Dispositionsrecht haben, oder was das Schicksal der Grabstätte in bestimmter Zeit sein wird, und die Verhältnisse in unseren Großstädten bringen es leider mit sich, daß die gewöhnliche Lebensdauer der Grabstätten in der historischen Entwicklung immer mehr beschnitten worden ist, von 50 auf 40, auf 30, von 30 auf 25 Jahre selbst heruntergesetzt ist.

Mit allen diesen gesetzlichen Handhaben und rechtlichen Handhaben scheint mir nun aber wenig erreicht, und man möchte nicht gern zu dieser behördlichen Maßregelung greifen, man möchte nur mit ihr drohen, möchte

im Hintergrunde immer diesen Polizeispiel zücken. Diese ganze Bewegung scheint mir überflüssig und unnütz zu sein, wenn es eben für den Schutz der Grabdenkmäler und Friedhöfe nicht gelingt, an das Gefühl, das moralische Verpflichtungsgefühl, selbst das Anstandsgefühl der Gemeinde als Eigentümerin der Friedhöfe vor allem zu appellieren, und wenn es nicht seitens der Gemeinden als selbstverständliche Verpflichtung angesehen wird, für die Erhaltung wenigstens der bedeutendsten, wenigstens der künstlerisch wichtigsten Grabdenkmäler einzutreten und Fürsorge zu treffen.

Eine ganze Reihe unserer Friedhofsverwaltungen nehmen solche schuldige Rücksicht. Sie nehmen sie aber oft zur sehr geringen Freude der Erben und Nachkommen der Begrabenen. Es ist in Deutschland zumeist üblich, daß bei der Aufgabe alter Friedhöfe oder alter Friedhofsabteilungen den Nachkommen der Beigesetzten Mitteilung gemacht wird, daß dort ein Grabdenkmal irgend eines ihrer Vorfahren noch steht, auch in dem Falle, wo das Eigentum und damit die Unterhaltungspflicht der Gemeinde an dieser Grabstätte und an dem Denkmal ganz unzweifelhaft war. Es herrscht dabei das Gefühl, daß man diese Rücksicht der Familie schuldig ist. Unserem Rechtsgefühl scheint es ja zu widersprechen, daß der, der ein Grabdenkmal setzt, sich mit dem Spruch *res cedit solo abfinden muß*. Man möchte diesem Empfinden gern entgegenkommen. Dadurch können aber Privatleute in eine sehr unangenehme Situation kommen. Man kann ein bis auf die Knochen pietätvoller Mensch sein und sich jeden Tag des Spruches erinnern: „Wohl dem, der seiner Väter gern gedenkt“, und doch in die peinlichste Verlegenheit kommen, wenn man in einer Großstadt in einer Etage wohnt, und wenn einem plötzlich durch die Friedhofsverwaltung mitgeteilt wird, daß man binnen 14 Tagen ein Denkmal seines Ururgroßvaters in zwei Meter Höhe, mit Sockel, Sarkophag, Säule, Urne, Festons, Bahrtüchern, weinenden Putten und Inschrifttafel abholen möge, oder wenn man anderweitig darüber verfügen soll; und in diesem Falle dürfte es wohl auch selbstverständlich als Härte empfunden werden, wenn eine Gemeinde selbst bei ganz klarer Rechtslage dazu übergehen wollte und sollte, etwa Zwangsmaßregeln zu ergreifen, damit die späteren Erben, die wirklich und unbestritten die Eigentümer sein sollen, dieses Grabdenkmal auch wirklich an sich nehmen. Tatsächlich könnte das doch nur verlangt werden, und es könnte nur diese Übertragung an Private Sinn haben und eine wirkliche Konservierung der fraglichen Monamente verbürgen, wo es sich etwa um ein altes Geschlecht mit großem ländlichen Herrensitz handelt, oder wo sonst in großen Parkanlagen wirklich Gelegenheit gegeben ist, würdig und pietätvoll eine Reihe solcher alten Grabmäler der Familie auch ohne die Gräber selbst zur nachträglichen Aufstellung zu bringen. Und darum ist der Appell an das Pietätsgefühl, an die moralische Verpflichtung der Gemeinden vielleicht auch hier das beste.

Wenn wir aber an die Gemeinden solches Ansinnen richten, dann müssen wir ihnen meines Erachtens auch bestimmte Ratschläge an die Hand zu geben im stande sein, wie und mit welchen Mitteln sie einen solchen unliebsamen Besitz sichern und würdig erhalten und unterhalten können. Zunächst handelt es sich wieder einmal um die Kirchen. Da ist es leicht, den Satz aufzustellen, daß es die würdigste und vornehmste Form ist, die ganze historische Innenausstattung eines solchen an Grabdenkmälern reichen Kirchengebäudes einfach zu belassen, wie es uns überliefert worden ist. Wir sind

den letzten Generationen dankbar und dem Schicksal dazu, daß es hier im Norden noch eine ganze Reihe der wundervollsten Kirchenräume als solche historischen Gesamtkomplexe, als eine stattliche Ruhmeshalle auch erhalten hat. Wir denken an St. Marien in Danzig, wir denken an St. Nikolaus in Stralsund, an den Dom in Königsberg, an St. Nikolaus in Eckernförde, wir denken an die Lübecker Kirchen, und hier vor allem an den einzig großartigen Innenraum von St. Marien mit der unvergleichlichen ununterbrochenen Reihe von Ahnendenkmälern, den würdigsten Monumenten des echtesten Patrizierstolzes (Beifall), und wir segnen die Vorsehung, die diese Kirchenräume bisher auch bewahrt hat vor der Hand des Restaurators und vor der Hand des Kirchenmalers (Heiterkeit), denn man möchte sagen, daß diese vielfältigen und bunten und reichen, und auf alle Akkorde gestimmten Monamente eigentlich nur auf diesem kalten und neutralen, wenn auch etwas unscheinbaren Grund gut stehen können.

Vielleicht erscheint es für die Lübecker Kirchen schwer durchführbar, vielleicht hier auch in manchem Sinne überflüssig, wenn man einen Satz gewissermaßen als eine Art Grundgesetz für die Erhaltung von Grabsteinen und Grabplatten aufstellt: In allen Fällen, wo es sich um Grabsteine und Grabplatten mit irgendwie wichtigeren — was natürlich ein relativer Begriff ist — Inschriften, Darstellungen, Wappen, vor allem figürlichen Darstellungen mit eingelegten Mosaik- und Bronzeteilen handelt, und dort, wo die Aufstellung selbst keine Garantie bietet für die Erhaltung, wo diese Platten nicht etwa in selten betretenen Kirchenumgängen, selten betretenen Kapellen liegen, in allen den Fällen, wo die Platten dem langsamem Untergang, dem rettungslosen Untergang durch Abgetretenwerden ausgesetzt sind — ist es erwünscht, sie möglichst in der Nähe des alten Platzes aufzustellen, an die Wand zu stellen. Selbst für den Lübecker Dom darf man das nicht ganz abstreiten. Die Wände im Chorungang und an den Chorschranken in ihrer Kälte rufen fast nach etwas Schmuck, und es gäbe vielleicht doch ein oder zwei Dutzend von Platten, die dort noch herum liegen auf dem Boden, die man heute aufstellen könnte (sehr richtig!), ohne daß damit diese Kirche ihres historischen und charakteristischen Schmuckes beraubt würde, der eben auch in den liegenden Platten besteht. Es bliebe noch genug übrig hierfür. Man kann auch nicht gut dagegen einwenden, daß man die Platten damit von ihrer historischen Stelle, von der Gruft, die sie decken, entfernen würde: denn diese Platten sind zum größten Teil in unseren Kirchen im Laufe des 19. Jahrhunderts schon einmal verlegt worden und eben erst in der Zeit der größten Sparsamkeit als Bodenbelag benutzt worden. Wenn unsere Vorfäder, die ihre Toten in der Kirche begraben haben, die Platten über ihre Grabstätten gelegt haben, so haben sie das im Anfange sicher getan nicht damit man darauf herumtrampelt, sondern damit man darum herumgeht, genau so wie die liegenden Platten auf unseren Kirchhöfen zunächst nicht dazu da sind, daß man darauf spazieren geht, sondern daß man um sie herum den Weg sucht. Und dieses Den-Weg-Suchen ist natürlich mit dem Wachsen der Platten und der Gräber nebeneinander zuletzt in den Kirchen selbst eine Unmöglichkeit geworden. Man wird dann auch den Wunsch haben, daß diese Grabplatten aufgerichtet werden möglichst in der Nähe der alten Stelle, und wenn es sich um das Grabmal etwa des Stifters eines Altars handelt, dann neben dem Altar, oder wenn, wie in Merseburg oder Naumburg,

durch besondere Regeln bestimmten Würdenträgern, Bischöfen, Dechanten usw. ein bestimmt bezeichneter Platz im Chor oder im Mittelschiff zugesichert war, daß dann auch die Grabplatte aufgestellt werde möglichst in Verbindung mit der alten Stätte. Aber darauf kommt es an: sie sichern. Es ist ein schlechter Trost oder eine schlechte Entschuldigung, daß man sich sagt: sie sind ja schon zu einem großen Teil abgetreten. Dann mag man wenigstens das wenige sichern, was man noch hat.

Daß man nicht zu weit in der Erhaltung geht, dagegen ist durch die Zahl der Monamente selbst schon ein genügendes Ventil gegeben. Es wird ja unmöglich sein, alle vorhandenen Grabplatten nebeneinander zur Aufstellung zu bringen, und über die Art selbst, da kann man eben nur Vorschläge machen. In einer preußischen Ministerialverfügung vom November 1902 sind eine Reihe von Vorschlägen des derzeitigen Königl. Konservators der Kunstdenkmäler niedergelegt, die solche praktische Gesichtspunkte für die Aufstellung und Verteilung der Grabsteine den Gemeinden an die Hand geben: daß man sie nicht zu regelmäßig aufstellen läßt, sondern malerisch verteilt angeordnet. Wem ist es nicht schon passiert bei der Wiederherstellung einer Kirche oder bei der Ausschmückung, die eigentlich nicht unsere Sache ist, daß der schlimmste Punkt die Innenmauern der Seitenschiffe sind, die niemals trocken wollen trotz Horizontalisierung, die durch Tagewasser und durch die Ausdünstungen und infolge des Abscheuerns durch die frommen Schultern immer in ihrer Bemalung und Dekorierung sehr rasch wieder leiden und den ganzen harmonischen Eindruck zerstören. Hier die alten Grabdenkmäler aufgestellt, nebeneinander gestellt, einzeln, verteilt, in Gruppen, das gliedert diese Flächen ganz von selbst und gibt hier eine ganz neue Lösung einer oft recht schwierigen dekorativen Frage. Dann könnte man sie in ganzen Reihen unter einem durchlaufenden Gesims aufstellen, wie das etwa in den Vorhallen der Kirchen zu Kalkar oder Kranenburg geschehen ist, oder man könnte sie in den Chören der Kirchen in Gruppen verteilen, oder auch im Notfalle sie in zwei Etagen übereinander anordnen, wo das notwendig erscheint und möglich ist. Und wenn nicht in den Kirchen selbst, so vielleicht vor den Kirchen, und wo das Material es verlangt — der hier übliche Granit leidet weniger durch Regentropfen als durch die nägelbeschlagenen Schuhe der Eingesessenen —, dann unter einem Schutzdach, und das vielleicht am besten wieder in malerischer Anordnung bei Bauwerken, die von selbst eben eine malerische und unsymmetrische Gruppierung zeigen. Wie reizvoll können nicht solche Schutzdächer in den Formen der letzten Jahrhunderte gehalten werden, wie unendlich zierliche und feine Motive sind uns da nicht speziell aus Süddeutschland aus alter Zeit erhalten!

Für Hochgräber, für voll rund gearbeitete Figuren, die von Anfang an bestimmt waren, liegend dargestellt ein Hochgrab zu schmücken, da möchte man, wenn irgend möglich, anstreben, sie etwa in der gleichen Höhe, 1 m, 1,20 m über dem Boden, auch wieder zur Aufstellung zu bringen. Es wird freilich in den seltensten Fällen die Möglichkeit gegeben sein, ihnen den alten Platz etwa in der Mitte des Chores vor dem Altar wieder einzuräumen, aber vielleicht ergibt sich die Möglichkeit, sie im Chor an die Seite zu setzen oder sonst in den Seitenschiffen an die Seite gerückt aufzustellen, und nur im alleräußersten Falle sollte man die Platte aufgerichtet an die Wand stellen.

Und nur ganz zuletzt, wenn es sich um Sein oder Nichtsein handelt und wenn die Gemeinde erklärt, sie habe absolut keinen Platz in der Kirche oder auch vor der Kirche, dann etwa lieber noch an einem dritten Ort aufstellen, in einer anderen Kirche oder in Anlagen oder in Vorhallen irgend eines kirchlichen oder städtischen Gebäudes, einer Schule, oder in einem Hospital oder in einem Gesellenhaus: alles besser, als etwa die Grabdenkmäler völlig im Boden zugrunde gehen zu lassen. Man kann hier nur mit Schmerz und Zorn registrieren, was schon unwiederbringlich zerstört ist durch Unverstand. Vernachlässigung, mangelnde Pflege — wie viele wichtige historische Urkunden sind hier vor allem zerstört, die wichtigsten Dokumente für die Familien geschichte, aus der sich doch die Geschichte der Gemeinden aufbaut, wie viel wertvollstes genealogisches, heraldisches Material.

Und wieder die Friedhöfe mit ihren Denkmälern! Man kann da nur antworten: wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Wohin mit den Denkmälern der aufgegebenen Grabstätten? Vielleicht ist der nächste Platz, um den sich diese aufgegebenen Grabdenkmäler gruppieren sollten, die Friedhofskapelle, wo eine solche vorhanden, die Leichenhalle — die Friedhofskapelle, die vielleicht schon halb gefüllt ist, und der Vorplatz vor der Friedhofskapelle. Nur wird auch dieser Platz eben sehr bald voll sein, und er soll doch nicht aussehen und uns den Anblick gewähren wie etwa der Werkplatz eines modernen Grabmalfabrikanten, so daß die aufgegebenen Grabdenkmäler nun hintereinander magaziniert sind. In Süddeutschland kommen die Michaels- und Allerheiligenkapellen und die Karrner und die Beinhäuser in Betracht, — auch die bieten Gelegenheit, im Innenraum oder unter dem Vorbau oder unter besonders anzubringenden Vordächern oder sonstigen Anbauten solche aufgegebenen Grabdenkmäler unterzubringen. Und wo keine solchen Vorhallen vorhanden sind, oder wo der Platz nicht ausreicht, da muß eben eine eigene Anlage geschaffen werden. Ich denke an einzelne Anlagen, wie die schöne Sepulturhalle in Bitterfeld oder die interessante Friedhofshalle, die auf dem Nikolaifriedhof in Hannover erbaut ist. Dort ist anstoßend an eine 1334 errichtete gotische Friedhofskapelle ein kleiner kreuzgangartiger vier eckiger Bau aufgeführt, mit Schutzdächern nach dem Innenhof, die ohne Holzstützen einfach vorgekragt sind, auf der einen Seite ein reichgeschmücktes Tor. Die ganze Anlage, die von Otto Lüer entworfen ist, hat nur 12 000 Mk. gekostet, und dieser weite Raum dort gestattet doch, in malerischer Gruppierung eine ganze Zahl von alten Grabsteinen, Denkmälern, Epitaphien unterzubringen. Bei geringerer und weniger schmuckreicher Ausgestaltung ist es möglich, daß nun sicher noch für viel bescheidenere Summen auch der gleiche Zweck erreicht werde. Darüber hinaus gibt es ja in einer ganzen Reihe von Friedhöfen, zumal in Mitteldeutschland, die den ganzen Friedhof einschließenden Sepulturhallen, die in den meisten Fällen allmählich entstanden sind dadurch, daß sich eben an der Wand des Kirchhofs ein Erbbegräbnis immer auf gleicher Bodenfläche an das andere gereiht hat und weil diese Bauten mit ähnlichem Grundriß allmählich auch in den äußeren Formen übereinstimmten. Sind in Mitteldeutschland und Norddeutschland diese Hallen in den meisten Fällen allmählich entstanden und langsam empor gewachsen, so sind sie im äußersten Süddeutschland, in der Schweiz, in den österreichischen Alpenländern und in Norditalien von Anfang an systematisch geschaffen, große kreuzgangartige Hallen, die den ganzen Friedhof umziehen,

und in denen nun für solche aufgegebenen dereliquierten Grabdenkmäler eigentlich der gegebene Aufstellungspunkt gefunden ist. Hier ist die beste Gelegenheit dazu, und hier wäre ein wunderbares Vorbild, ähnliche Anlagen ähnlicher Disposition auf älteren Friedhöfen neu zu schaffen. Ich denke dabei an den Vorgang der Stadt München, die auf dreien ihrer Außenfriedhöfe durch Graessel, wohl den berufensten Friedhofarchitekten von heute, solche großartig ernste und doch intim und stimmungsvoll wirkende neuzeitliche Anlagen mit ringsherum laufenden Sepulturarkaden geschaffen hat.

Man könnte aus Deutschland Dutzende solcher Beispiele nennen. Vielleicht ist eine der schönsten und stimmungsvollsten Anlagen die vom Kardinal Albrecht von Brandenburg geschaffene Friedhofsanlage in Halle mit den künstlerisch so fein durchgebildeten, den ganzen weiten Plan umziehenden Hallen in Spätrenaissanceformen. Auf dem alten Friedhof zu Weida in Thüringen steht eine zur Hälfte abgebrochene Friedhofshalle mit mächtigen einfachen Rundbogenarkaden, aber von imposanter Wirkung, daneben eine höchst originelle Freikanzel in der Gestalt eines ganz beschieferten barocken Türmchens, zusammen ein Bild von so malerischer Wirkung wie nur denkbar. Und wie viele ähnliche Anlagen sind allein im Sächsischen und im Thüringischen erhalten, wie viele sind aber auch dort in den letzten Jahren zugrunde gegangen! Die entzückende alte Friedhofskapelle von Jena ist 1904 durch Umbau entstellt, die ganze Sepulturhalle des alten Koburger Friedhofes ist sang- und klanglos abgebrochen worden und hat dem Neubau einer Mädchenschule Platz gemacht. In Heilbronn ist der alte berühmte Kirchhof gefährdet und in seiner Erhaltung bedroht — und wie vielen alten Friedhöfen geht es heute ähnlich! Und sind diese Friedhöfe nicht zugleich oft auch die Ruhmeshallen und eine lebendige Chronik der Geschichte des Ortes mit einem Verzeichnis all der erlauchten Großen, die dort ihr Leben beschlossen haben. Ich denke an den Campo santo in meiner rheinischen Heimat Bonn: da steht in der Mitte die spätromanische Deutschordenskapelle von Ramersdorf, und an den Mauern schlafen Schillers Gattin Charlotte und ihr Sohn Ernst, Niebuhr und Arndt, Welcker und Diez, Karl Simrock, Wilhelm von Schlegel, die beiden Boisserée, Mathilde Wesendonk, in der Mitte erhebt sich das marmorne Grabmonument für Robert und Clara Schumann. Das sind alles Namen aus dem 19. Jahrhundert — ob ähnliche Reihen nicht auch in anderen Städten zu nennen sind? Und es sind nicht die großen Namen nur, die den Wert ausmachen — wie viel weihevoller und zur Stille und Einkehr mahnende Stimmung liegt über den ganzen Anlagen —, wie dankbar werden spätere Generationen sein, wenn selbst in wachsenden und sich ausdehnenden Zentren solch stille und friedliche Oasen gelassen sind!

Ungern möchte man Grabdenkmäler von den Friedhöfen in die Museen hingeben. In den großen Waisenhäusern der Kunst (Heiterkeit) sind die Grabdenkmäler im allgemeinen kaum übermäßig gut aufgehoben. Werden es zu viel, so wird ihr Besitz für den Museumsdirektor sehr bald ein Danaergeschenk, und er wird sie in die Keller, in die Magazine, in die Vorhallen verweisen und sie dort lieblos vielleicht, wo es sich eben nicht um kleine Verhältnisse und eine kleine Anzahl handelt, zusammenstellen. Vor allem aber ist die eine große Gefahr: Unsere Gemeinden, unsere Bauräte glauben schon wunder was sie tun, wenn sie etwa einem Museumsdirektor in jedem Falle, wo sie alte Friedhöfe oder eine Friedhofabteilung aufgeben, anheim-

stellen, sich einige Grabdenkmäler auszusuchen für sein Museum. Der Museumsdirektor kommt und holt sich drei, oder fünf, oder zehn — und die anderen sind dann um so mehr vogelfrei. Ein Denkmal braucht noch lange nicht museumsfähig, museumswürdig zu sein — und kann doch noch in unserem Sinne durch die ganze Nachbarschaft und in der Gesellschaft, in der es steht, ein wertvolles historisches Denkmal und ein sprechendes Denkmal der Heimatkunst darstellen, das wir mit allen Kräften schützen möchten. Und so ist diese Auswahl in vielen Fällen gerade Anlaß geworden, daß eben die zurückbleibenden dann um so eher verfallen. Es gibt alte Friedhöfe mit ganzen Grabdenkmälerreihen, die, möchte man sagen, einfach spurlos untergegangen sind. Sie gehen allmählich zugrunde, ein Grabdenkmal nach dem andern verschwindet aus der Reihe, — und die Versuche, den Kirchhof selbst als eine lebengebende, lebendige Anlage wieder neu zu gestalten, sind eben bisher vergeblich gewesen.

Hier trifft diese ganze Bewegung zur Erhaltung, zur Sicherung der Grabdenkmäler zusammen mit einem neuzeitlichen künstlerischen Bestreben, mit dem Bestreben zur monumentalen Ausgestaltung unserer heutigen Friedhöfe und zur Regenerierung der so traurig noch immer darniederliegenden Grabmalskunst.

Die neue Bewegung für die Wiedererweckung der Grabmalskunst, die aber nicht nur von einzelnen hervorragenden Künstlern, sondern jetzt von unserer ganzen Generation, auch schon von ganzen Gemeinden getragen wird, ist gerade ausgegangen von den Grabdenkmälern des letzten Klassizismus und des beginnenden 19. Jahrhunderts. In den Entwürfen jener schönen Grabdenkmälerausstellung, die vor drei Jahren zuerst in Wiesbaden durch die Wiesbadener Gesellschaft für bildende Kunst zusammengestellt ward und die dann durch einen Teil von Deutschland eine Rundreise und Werbereise machte, in der schönen Grabmälerausstellung im Anschluß an die letzte Dresdener Kunstgewerbliche Ausstellung, oder in der Grabmälerausstellung, die heute neben dem Kunstgewerbemuseum in Berlin, oder in dem kleinen Vorhof zu der Kapelle auf der Ausstellung München 1908, sind eine ganze Menge neuer, in neuzeitlichen Formen gehaltener Entwürfe vorgeführt, die eben sich gerade an diese letzten historischen Formen und an das 17. und 18. Jahrhundert anschließen. und es versteht sich von selbst, daß dadurch, daß nun wieder der Blick auf diese Vorbilder gelenkt wird, die Wertschätzung dieser Monamente wachsen, auch die Fürsorge für diese Denkmäler neu beflügelt werden muß.

Freilich, eine große Gefahr hat unsere ganze neueste Grabmälerkunst. Es wird eine Familie sehr viel schwerer und mit sehr viel größeren Bedenken dazu übergehen, ein kostbares Kunstwerk auf den Friedhof zu setzen, und es wird ein Künstler sich doch fragen, ob er seine ganze und seine beste Kraft an eine solche Aufgabe setzen soll, wenn er sich sagt: in 40, 30, in 25 Jahren vielleicht — je nach der vorgeschriebenen Belegungsfrist der Grabstätten auf unseren Friedhöfen — schon muß diese Stelle geräumt werden, und was soll dann aus meinem Denkmal werden. und wo soll vor allem in späterer Zeit mein Denkmal dann stehen? Denn ein Denkmal, das wirklich der großen Kunst angehört, soll doch über sein Jahrhundert hinausreichen, — und so wird vielleicht unsere Grabmalskunst und unsere Friedhofskunst erst wieder wirklich mit neuem Leben erfüllt werden, wenn die Künstler und die

Angehörigen der Toten gleichzeitig das Vertrauen haben, daß ihre Denkmäler auch dann noch pietätvollen Schutz und liebevolle Fürsorge finden werden, wenn die Augen, die eigentlich berufen sind, darüber zu wachen, geschlossen sind! Und hier, meine ich, kann die Denkmalpflege der neuzeitlichen Kunst die Hand reichen, und es liegt in der Denkmalpflege vielleicht nie eine stärker werbende Kraft, als wenn sie in der Lage ist, anzuknüpfen an eine lebendige, künstlerische Bewegung, an der wir alle heute lebhaft beteiligt sind, und hier ist die Möglichkeit, auch aus den alten Friedhöfen wieder neues Leben zu erwecken, die alten Steine wieder zum Reden zu bringen.

#### **Debatte:**

Hofrat Professor Dr. Neuwirth-Wien: Hochgeehrte Herren! Ge-  
statten Sie mir, zu den Bemerkungen des sehr verehrten Herrn Vorredners,  
die darauf abzielten, anzuregen, vor allen Dingen dafür Sorge zu tragen,  
daß die in einen gottesdienstlichen Raum oder in einen Friedhof gekommenen  
Denkmäler womöglich an der ursprünglichen Stelle erhalten bleiben,  
vielleicht noch einige kleine, aus der praktischen Denkmalpflege abgeleitete  
Bemerkungen anzuknüpfen. Es kann sich nicht einzig und allein darum  
handeln, das Denkmal zu heben und an irgend einem beliebigen Ort der  
Kirche, oder wie der Herr Vorredner auch erwähnte, eventuell außerhalb  
der Kirche, zur Aufstellung zu bringen, da das Empfinden der Pietät doch  
gleichzeitig verlangen wird, alle Zeit auf dem Laufenden erhalten zu bleiben,  
wo denn eigentlich das heute an einen anderen Ort gerückte Denkmal sich  
ursprünglich befunden hat. Wir haben mehrfach bereits die Maßnahme  
eingeleitet, bei Hebung derartiger Denkmäler an derjenigen Stelle, wo der  
betreffende Grabstein sich befunden hat, eine Gedächtnisplatte mit dem  
Namen des Betreffenden, der hier bestattet gewesen ist, und zu gleicher Zeit  
mit Kenntlichmachung der Stelle, an welche diese Platte nunmehr versetzt  
worden ist, anzubringen. So ist es möglich, die Kontinuität der ursprüng-  
lichen Gedenkstelle mit dem derzeitigen Aufbewahrungsorte aufrecht zu er-  
halten. Vielleicht könnte dieser Vorgang auch bei ähnlichen Anlässen der  
Erwägung wert erscheinen.

Ein zweiter Punkt ist es wohl, daß es uns gelingen muß, für die Er-  
haltung von Grabdenkmälern auch Persönlichkeiten, die mit der Verwaltung  
des Kirchengutes selbst unmittelbar in lebendigster Beziehung stehen, stets  
zu interessieren, vor allen Dingen die Pfarrherren und selbst die Totengräber.  
Dadurch erscheint es erreichbar, durch die entsprechende Anleitung der  
Pfarrherren auf die Belehrung hinzuwirken, daß die Bevölkerung herrenlos  
gewordene Grabkreuze zur Wiederverwendung auf Friedhöfen bezieht. So  
kommt es tatsächlich heute vor — ich kann es mit Befriedigung konsta-  
tieren —, daß vereinzelt umsichtige Totengräber direkt aus dem Sammeln  
der alten und oft außerordentlich wertvollen Grabkreuze eigentlich ein Ge-  
schäft machen, indem sie diese Grabkreuze, die sonst zu dem alten Eisen  
geworfen werden, nunmehr sammeln und, wo es sich um die Aufstellung  
von Grabkreuzen auf Friedhöfen handelt, es verstehen, die Bewohner des  
Ortes für die Verwendung dieser alten Friedhofs Kreuze zu interessieren.

Ich glaube, meine Herren, wenn wir auch diesen tatsächlich neben-  
sächlichen Gesichtspunkten unsere Aufmerksamkeit zuwenden, daß es uns

gelingen wird, manches Denkmal der Pietät unserer Vorfahren und manches Zeichen ihrer Kunstfertigkeit auch den kommenden Generationen zu erhalten.

Stadtbaurat Meißner-Merseburg: Hochverehrte Anwesende! Ich glaube, wir sind wohl alle dankbar, daß dieses Thema heute zur Besprechung gekommen ist. Ich glaube, wir haben alle die Erfahrung gemacht, daß es die höchste Zeit ist, für die Erhaltung der noch vorhandenen alten wertvollen Denkmäler der Friedhöfe in erster Linie einzutreten. Wir haben wohl alle gesehen und beobachtet, wie die alten Grabdenkmäler verschwinden, wie sie in manchen Fällen verarbeitet werden zu Schwellen, wenn Bedarf dazu ist. Auch wenn die nötige Verbindung vorhanden ist, kommt ein Denkmal, das architektonisch auch mit Wappen der Familien ausgeschmückt ist, in andere Hände, und die Betreffenden setzen ihre Namen darauf, und es kommt dadurch in ganz andere Hände und in ganz andere Bedeutung. Es ist mir von einigen Seiten gesagt worden, es wäre eigentlich ein Glück, wenn so ein Grabdenkmal in eine andere Familie käme, dadurch würde wenigstens das Denkmal als solches in seiner Schönheit, in seiner architektonischen Bedeutung erhalten. Das mag ja ganz gut sein, aber richtig ist es doch wohl nicht. Meiner Ansicht nach erscheint das Wichtigste vor allem, daß wir wie bei allen anderen Denkmälern zunächst an die Inventarisation gehen, und zwar im Anschluß an die Inventarisation der übrigen Kunstdenkmäler, die wir ja schon in der weitgehendsten Bearbeitung haben, und ich möchte empfehlen, zu erwägen, ob nicht bei der Bearbeitung und Neubearbeitung unserer Inventarisation der Kunstdenkmäler und der Beschreibung derselben auch die Denkmäler der Friedhöfe, soweit sie einen Wert haben, mit aufgenommen werden sollten. Man wird auf Grund derartiger Verzeichnisse dann ja in der Lage sein, daß die Aufsichtsbehörden eine Handhabe haben, um die Kirchengemeinden anzuweisen und zu kontrollieren, daß diese Denkmäler tatsächlich erhalten werden.

Ich möchte glauben, daß dies wohl der bedeutendste und auch wohl empfehlenswerteste Schritt ist zur Erhaltung der noch vorhandenen alten wertvollen Grabdenkmäler auf den Friedhöfen, daß man sie zunächst einmal feststellt und inventarisiert, um dadurch die Handhabe und Kontrolle für die Erhaltung zu haben.

---

## V. Denkmalpflege auf dem Lande

Braunschweig 1906

**Referent: Geheimer Oberbaurat Hoffeld-Berlin:**

Hochgeehrte Herren! Unser von Jahr zu Jahr erstarkendes Denkmalpflegewesen stellt sich bekanntlich in seinen Anfängen als ein Ergebnis derjenigen Richtung des geistigen Lebens der Völker dar, die wir als geschichtliche Kulturströmung zu bezeichnen gewöhnt sind. Die Denkmalpflege ist eine Frucht unserer wissenschaftlichen Zeit überhaupt, und ihre Entstehung hängt, wenn wir von bescheidenen Ansätzen in früheren Jahrhunderten abssehen, insbesondere mit dem Wirksamwerden der Kunsthistorischen um die 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts zusammen. Die Betrachtung und Behandlung der Dinge nach anderen Gesichtspunkten, so nach dem ästhetischen, dem ethischen, dem nationalen, gingen selbstverständlich nebenher, sie traten aber doch hinter dem wissenschaftlichen Zuge der Zeit zurück. Eine Folge davon war die vorwiegende, vielleicht sogar etwas einseitige Bewertung dessen, was geschichtliche oder kunstgeschichtliche Bedeutung hatte. Die Denkmalpflege erstreckte sich — ganz abgesehen von der mit besonderer Vorliebe betriebenen Prähistorie — vornehmlich auf die größeren und bekannteren Kunstdenkmäler, wie sie namentlich die Städte aufzuweisen haben. Das Land kam zu kurz.

Ich will damit keinen Vorwurf erheben. Denn der Vorgang war durchaus natürlich: die wertvollsten Schätze, die größeren und bekannteren, die besonders vorbildlichen Denkmäler verlangten vor allen Dingen Beachtung und Schutz. Sie ließen sich auch besser schützen. Denn die öffentliche Teilnahme war an ihnen lebendiger, die für sie in Betracht kommenden Besitzverhältnisse sicherten den auf Erhaltung und Pflege gerichteten Bestrebungen den besseren und schnelleren Erfolg.

Verhehlen konnte man sich freilich nicht, daß neben jener vornehmsten, dankbareren Aufgabe noch eine ungeheure, ungleich schwierigere Arbeit zu bewältigen war, wenn auch die kleineren, überall im Lande zerstreuten, geschichtlich und kunstgeschichtlich weniger bedeutenden Objekte mit gutem Ergebnis in den Bereich der Wirksamkeit gezogen werden sollten. An Anfängen zur Verfolgung dieses Ziels fehlte es da und dort auch in jener früheren Zeit nicht. Zum Erstarken der Bestrebung bedurfte es jedoch eines Weiteren. Und dieses blieb nicht aus. Neben den wissenschaftlichen Geist der Zeit, neben die ausgesprochen geschichtliche Richtung traten in den letztvergangenen Jahrzehnten neue Kulturströmungen. Gefühlsdinge, Stimmungen kommen zu stärkerer Geltung. Die Betonung des Ästhetischen, auch ethische, romantische Anwandlungen bilden die Reaktion gegen die allzu verstandesmäßige Behandlung der Dinge.

Sind diese Erscheinungen vielleicht auf der einen Seite das Anzeichen einer gewissen modernen Decadence, so bilden sie doch andererseits eine be-

deutende Errungenschaft unserer Tage. Der Idealismus gewinnt neuen Boden. Das Kräftig-Volkstümliche bricht wieder durch und findet Freunde und Beschützer in allen Schichten der Bevölkerung. Mit der Freude an dem Bodenwüchsigen, an der intimeren Schönheit der Natur, der Landschaft, an der Volkskunst wächst das Verlangen, diese zu schützen und sie kommenden Zeiten und Geschlechtern zum Genusse wie zur Befruchtung zu erhalten. Kurz, es sind Bestrebungen zutage getreten, die auf eine Erweiterung des Denkmalbegriffes hinauslaufen und ihren Ausdruck in dem bezeichnenden Schlagworte „Heimatschutz“ gefunden haben.

Die Heimatschutzbestrebungen sind bei ihrem ersten selbständigen Hervortreten nicht überall mit offenen Armen aufgenommen worden. Man hielt sie für uferlos, erblickte in ihnen eine von Überschwang und nervöser Empfindsamkeit eingegabe Regung, belächelte sie als unpraktische Schwärmerie, die ihre Ziele zu weit stecke. Zugegeben, daß gewisse Übertreibungen, wie sie dem Neuen, auch dem kräftigen Neuen niemals fehlen, anfänglich mit untergelaufen sind, der Heimatschutz ist doch wohl im Begriffe, zu beweisen, daß jener Geist der Überschwenglichkeit nicht der seine ist und daß seine Bestrebungen bei allem Idealismus, aus dem sie erwachsen sind, durchaus auf gesundem und realem Boden stehen. Er hat gezeigt, daß er nichts anderes ist und sein will als eine Zusammenfassung aller gleichartigen Bestrebungen, insbesondere nichts anderes als eine Ergänzung und Erweiterung der Denkmalpflege, als eine Einrichtung zur Unterstützung derselben bei derjenigen Arbeit, die zwar immer vorwiegend ihre Sache bleiben wird, bei der sie jedoch ihrer ganzen Art und Organisation nach naturgemäß Hilfe braucht. Das ist die Arbeit, die sich einerseits den Schutz und die Pflege der kleineren und unscheinbareren Denkmäler angelegen sein läßt, die sich andererseits aber auch auf die Erhaltung des größeren Rahmens erstreckt, in welchem die Errungenschaften der Denkmalpflege erst zur vollen Geltung kommen. So ist der Heimatschutz also bemüht, vornehmlich auf demjenigen Arbeitsgebiete zu helfen, das durch unseren verehrten Ausschuß, indem er mein heutiges Thema auf die Tagesordnung setzte, zum bestimmten Begriffe gemacht worden ist, zum Begriffe nämlich der Denkmalpflege auf dem Lande.

Ich fasse meinen Auftrag wohl nicht falsch auf, wenn ich das zur Erörterung gestellte Thema in die beiden Fragen gliedere:

Wie steht es mit der Denkmalpflege auf dem Lande?  
und

Was muß für sie geschehen?

Ehe auf die Beantwortung dieser Fragen eingegangen wird, erscheint es jedoch geboten, das Gebiet zu begrenzen. Ich bitte, das „Land“ nicht scharf als den Gegensatz zur „Stadt“ zu nehmen. Größere Baudenkmäler auf dem Lande, wie Schlösser, Burgen, Klosteranlagen, Wallfahrtskirchen u. dgl., sollen ausgeschlossen sein. In Betracht kommen dagegen Dorfkirchen mit ihrem ganzen Zubehör, also nicht nur mit ihrem gesamten Ausbau und ihrer Ausstattung, sondern auch mit ihren Kirchhöfen, ihren Umwehrungen, dem sie umgebenden Baumbestande usw.: ferner das Pfarrhaus, die Mühle, das Winzerhaus, der Bauernhof und der Gutshof, also die landwirtschaftlichen Bauten in ihrem ganzen Umfange; aber auch die Wegekapellen, Stationen

und Wegekreuze, die Brücken, Quellfassungen und Grenzsteine, kurz, alle die Bauten und Baulichkeiten, die weniger geschichtliches und kunstgeschichtliches Interesse bieten, als daß sie zu dem Heimatbilde gehören, dessen Schutz und Erhaltung zu den Obliegenheiten einer weitblickenden Denkmalpflege gehören.

Fragen wir uns also zunächst: Wie steht es mit der Denkmalpflege auf dem Lande? oder richtiger: Wie verhält es sich mit den des Denkmalschutzes bedürftigen Dingen und mit den für diesen Schutz in Betracht kommenden Zuständen auf dem Lande? so kann die Antwort leider nicht durchaus befriedigen. Im Zuge der Zeit liegt es, daß die ländliche Bevölkerung nach der Stadt, womöglich nach der Großstadt schiebt. Eine gewisse Großmannssucht beherrscht die Gemüter. Die altehrwürdige Dorfkirche hält man für zu klein und zu unscheinbar; ihr Turm ist nicht hoch genug; der schlichte Block- oder Fachwerkbau wird mit einer „alten Scheune“ verglichen, man will etwas „Schöneres“, etwas „Städtisches“ haben. Das von den Vätern ererbte Gutshaus ist nicht „modern“ genug. Auch das Bauernhaus soll „städtisch“ werden. Denn der Bauer schämt sich, ein Bauer zu sein: er will mindestens „Landwirt“ oder „Ökonom“ genannt werden. Sein Sohn ist ja auch Einjähriger; die Tochter ist in der Stadt auf der höheren Schule und bringt, wenn sie heimkommt, ein Klavier und allen möglichen sonstigen Stadtkram mit. Der paßt natürlich nicht mehr in das alte Haus. Es wird umgebaut, verschönert, womöglich abgerissen, und macht einem städtisch aufgeputzten Plunderkasten Platz. Sein alter, gediegener Hausrat wird verschleudert und durch die „moderne Einrichtung“ ersetzt, deren Fabrikram keine Generation überdauert. Ähnlich geht's mit den Wirtschaftsgebäuden. Ich bin weit entfernt, dafür einetreten zu wollen, daß der Landmann sich denjenigen Errungenschaften der Neuzeit gegenüber ablehnend verhalten soll, die allein ihm heutzutage einen zweckmäßigen, Vorteil bringenden landwirtschaftlichen Betrieb ermöglichen. Aber viel wird auch in dieser Hinsicht gesündigt. Gar manche Neuerung wird nur aus Neuerungssucht und urteilsloser Nachahmerei vorgenommen; und wenn sie an sich vernünftig und begründet ist, so ließe sie sich sehr oft einführen, ohne daß der alte Rahmen ganz über Bord geworfen wird. Warum man das durch Jahrhunderte bewährte und dabei schöne Bauernhaus, die prächtige alte Scheune verfallen läßt und durch den nichtssagenden Abklatsch eines Stadthauses, durch einen Backsteinkasten mit Holzzementdach oder gar durch eine Bretterbude mit Pappdach ersetzt, begreife, wer kann. Mögen die Verhältnisse des Feuerversicherungswesens, mögen unvermeidliche baupolizeiliche Bestimmungen zu gewissen Veränderungen zwingen, es wird vielfach gedankenlos verfahren und mit zu kurzsichtigen Rentabilitätsberechnungen gearbeitet.

Auch andere Gelüste werden durch Aneignung übler städtischer Ge pflogenheiten rege. Man hat von Freilegungen, von Begrädigungen gehört. Jetzt steht auf einmal ein altes Giebelhaus, ein biederer Stall, eine stattliche Scheune „im Wege“. Der alte, mit einem Feldsteinmäuerchen umfriedete und mit prächtigen Bäumen bestandene Kirchhof, um den sich die Dorfstraße malerisch im Bogen herumzieht, muß deren „aus Verkehrsrücksichten“ erforderlicher Begrädigung weichen. Ein Stück von ihm wird abgeschnitten

und mit einem Eisengitter in Schwarz und Silber umhegt, wenn er nicht gar mitsamt der alten Kirche ganz beseitigt und draußen vor das Dorf hinaus in die Einöde verlegt wird. Mitsamt der alten Kirche, die natürlich für baufällig erklärt wird. Denn das ist der gewöhnliche Vorgang, daß man eine bescheidene Dorfkirche, wenn man ihr überdrüssig ist, „gänzlich abhängig“ findet.

Ich bin damit zu den Kirchen zurückgekommen, die in ihrer Gesamtheit doch immer den Hauptteil dessen bilden, was auf dem Lande die Fürsorge der Denkmalpflege erfordert. Die Gefahren, die ihnen drohen, sind mancherlei Art. Einen Hauptfeind erwähnte ich soeben: Man ist des schlichten Gotteshauses überdrüssig, trachtet nach einer sogenannten „schmücken“ neuen Kirche, womöglich nach einer „gotischen“. Dann ist auf einmal alles schlecht an dem alten Bauwerke, ist sie die Unterhaltung, die Ausbesserung nicht mehr wert. Man läßt das Gebäude im Hinblick auf den kommenden Neubau verfallen oder knausert doch mit den zur Instandhaltung erforderlichen Ausgaben. — Und wenn es nicht das ganze Gebäude ist, so sind es einzelne seiner Teile, die man anstößig findet: etwa ein Dachturm, an dessen Stelle man einen neuen, hohen, vom Grund auf geführten Turm haben will, massiv und mit spitzem, hoch emporragendem Helme. Oder die alten Treppenaufgänge zu den Emporen, die man durch selbständige, feuersichere Treppenhäuser ersetzt zu sehen wünscht; die anspruchslos unter einem Schleppdach liegende Sakristei, die man größer haben und mit einem Giebel versehen wissen will, denn „Schleppdächer sind ja einer Kirche nicht würdig!“ Besonders aber mißfallen der innere Ausbau und die Ausstattung der Kirche. Jenen findet man unbequem und veraltet, diese nicht stilecht genug oder — in protestantischen Kirchen — „zu katholisch“. Die Sitzplätze sind zu schmal, in den Lehnen zu steil und mit störenden Türenverschlüssen versehen. Emporentreppen und Priechen verengen den Raum; die Emporen sind zu hoch, zu unübersichtlich für die Aufrechterhaltung der Kirchenzucht oder zu gefährlich beim Entstehen einer „Panik“. Die Orgel ist den heutigen musikalischen Ansprüchen gegenüber zu klein, der Kanzelaltar aus liturgischen oder hygienischen Gründen verwerlich; alte Epitaphien oder Grabplatten, Sanduhren, Opferstöcke, Kränze und sonstige Erinnerungszeichen, die die Emporenbrüstungen schmücken, gelten für wertlosen Plunder und werden hinausgeworfen. Die noch wohlerhaltenen Reste alter Bemalung an Decken, Wänden und Ausstattung werden übertüncht oder holzartig überpinselt, weil man sie häßlich oder anstößig und „zu dem Empfinden unserer Zeit nicht passend“ oder nicht protestantisch genug findet — oder, weil man die zu ihrer angemessenen Unterhaltung erforderlichen Kosten scheut. So entstanden und entstehen die öden, freudlosen Kirchenräume, denen wir allenthalben im Lande begegnen.

Sind derartige Verstöße gegen die Gesetze einer berechtigten Denkmalpflege rundweg zu verurteilen, so ist andererseits nicht zu verkennen, daß bei einer alten Kirche Bedürfnisse eintreten können, die ihre Veränderung unvermeidlich machen. Dazu gehört in erster Linie das Erweiterungsbedürfnis. Sodann das Verlangen, den Kirchenraum zu beheizen und gegen Zugluft zu schützen. Der Wunsch, mehr Licht für das Lesen in den Gesang- und Gebetbüchern zu schaffen, der übrigens seltener auftreten würde,

wenn diese Bücher nur, wie in guter alter Zeit, genügend großen Druck hätten. Die Forderung ferner, die die Verkehrssicherheit öffentlicher Gebäude betreffenden Bestimmungen angewendet zu sehen, u. dgl. m. Unzweifelhaft wird jedoch auch in diesen Dingen durch Übertreibung gefehlt, worüber sich gar mancherlei sagen ließe. Doch der Rahmen meines Vortrages verbietet, näher auf sie einzugehen. Nur zu dem letzterwähnten Punkte, der in neuerer Zeit vielen Baudenkälern und insbesondere vielen Dorfkirchen verhängnisvoll geworden ist, ein kurzes Wort. Die die Verkehrssicherheit öffentlicher Gebäude betreffenden Bestimmungen sind — ich fasse besonders die preußischen Verhältnisse ins Auge — in neuerer Zeit vielfach mißverständlich aufgefaßt und angewendet worden. Man übersieht, daß kleine Dorfkirchen nicht auf eine Linie zu stellen sind mit Theatern, Zirkusgebäuden und öffentlichen Versammlungsgebäuden, die Tausende von Menschen fassen und feuergefährliche Einrichtungen aller Art enthalten. Man vergißt, daß die bestehenden Verordnungen die Kirchen, besonders die alten Kirchen, teils ausdrücklich ausnehmen, teils ihnen eine Sonderstellung einräumen. Aus Angst vor Paniken erweitert man gut bemessene Eingänge zu wahren Scheunentoren, zerstört man die Schönheit alter Portale dadurch, daß man die Türen zum Aufschlagen nach außen umändert, beseitigt man zweckmäßige und schöne innere Treppenanlagen, reißt man Doppelemporen aus den Kirchen heraus. Es gibt ja unzweifelhaft Verhältnisse, wo besondere Fürsorge für eine glatte und schnelle Entleerung der Kirche getroffen werden muß; aber man soll doch nicht päpstlicher sein als der Papst, soll nicht unnötig mehr tun, als die wohl erwogenen oberbehördlichen Bestimmungen verlangen, soll nicht kleine protestantische Dorfkirchen mit dem Maßstabe großer katholischer Gotteshäuser messen, die unter Umständen mit Tausenden von Menschen angefüllt werden.

Manches von dem Gesagten klingt hart und erscheint in seiner Verallgemeinerung vielleicht ungerecht und übertrieben. Zum Glück ist es ja auch nicht überall so bestellt. Noch gibt es Gemeinden oder einflußreiche Gemeindeglieder, noch gibt es Geistliche, Gutsherren und Bauern, die ein warmes Herz haben für den überkommenen Besitz, und denen es an dem Verständnis für den Wert dieses Besitzes in kultureller, sozialer, politischer Hinsicht nicht mangelt. In Gebirgen namentlich, in Gegenden, wo noch treuer konservativer Sinn herrscht, der am Erbe und an der Sitte der Väter hängt, wo der verderbliche Großstadteinfluß noch nicht breiten Boden gewonnen hat, wo noch Genügsamkeit und selbstbewußter Bauernstolz vorhanden sind, dort findet die Denkmalpflege auf dem Lande noch ein dankbareres Feld ihrer Betätigung. Wo aber Halbbildung und Neuerungssucht eingedrungen sind, wo die Fabrikschornsteine rauchen und die Industrie das Land mit ihren Erfindungen und Surrogaterzeugnissen überschwemmt, wo die ganz klugen Leute sitzen, da hat sie schweren Stand und muß zufrieden sein, wenn sie wenigstens so viel rettet, daß nicht, wie es leider schon in manchem einst reichen Landstriche der Fall, nahezu vollständige Tabula rasa entsteht.

Die Beantwortung der zweiten Frage, die ich aufgeworfen habe: Was muß für die Denkmalpflege auf dem Lande geschehen? liegt zum Teil schon zwischen den Zeilen des bisher Erörterten. Sie erheischt aber doch auch einige positive Ausführungen. Besonders nahe liegt es, in Denkmalpflege-

sachen nach dem Schutze der Landesgesetze zu rufen. Kann man es auch unseren Konservatoren verargen, wenn sie ihre doch im allgemeinen noch auf recht schwachen Füßen stehende Machtbefugnis durch gesetzliche Bestimmungen befestigt sehen wollen?! Ihnen, die sich die vielfach mit den größten Mühen, Unbequemlichkeiten und Opfern verbundene Pflege gerade der hier in Rede stehenden bescheideneren Schützlinge in einer Weise angelegen sein lassen, die hohe Anerkennung verdient! Gleichwohl ist bezweifelt worden, ob es richtig ist, in Denkmalpflegeangelegenheiten gleich nach Gesetzesparagraphen zu verlangen. Und zwar besonders in Angelegenheiten der ländlichen Denkmalpflege. Denn die Hauptgrundlage der erfolgreichen Handhabung eines Schutzgesetzes sei, so sagt man, immer eine Denkmälerliste. Diese aber könne sich — das zeige z. B. das nur etwa 2000 unbewegliche Denkmäler umfassende französische Classement — doch immer nur auf die namhaften Denkmäler von geschichtlichem, kunstgeschichtlichem oder höher künstlerischem Werte beschränken. Sie werde den Objekten, mit denen es die Denkmalpflege auf dem Lande in der Hauptsache zu tun hat, insofern sogar mehr schaden als nützen können, als sie alles, was in der Liste nicht enthalten ist, gewissermaßen für vogelfrei erkläre. Dieser Gedankengang ist unzweifelhaft so lange richtig, als es sich um Denkmälerlisten von der Art der erwähnten französischen handelt. Wird aber die Liste, wie dies bei dem vortrefflichen, mit der größten Umsicht bearbeiteten hessischen Gesetze der Fall sein wird, auch auf die bescheideneren, für uns hier in Frage kommenden Objekte ausgedehnt, so treten jene Bedenken zurück, und man wird zuverlässig auf eine gute Wirksamkeit des Gesetzes hoffen dürfen. Nicht minder wirksam erweist sich jetzt schon die Handhabung der kirchenaufsichtsrechtlichen Bestimmungen sowie patronatlicher oder ähnlicher Rechte, vor allem auch das Mittel, von der Erfüllung der Wünsche und Anforderungen, die die Denkmalpflege zu stellen hat, die Bewilligung von Zuschüssen abhängig zu machen, wie sie den Staatsregierungen und Selbstverwaltungen in verschiedener Form zur Verfügung stehen. Am meisten aber wird sich erreichen lassen durch gütliche Einwirkung, durch Belehrung und Überzeugung, durch Belebung des Interesses an den in Frage kommenden Dingen, kurz, durch das, was Professor Weber-Jena einmal in einem sehr beherzigenswerten Aufsatze „persönliche Denkmalpflege“ genannt hat.

Dabei kommt es natürlich auf richtige Behandlung des Landbewohners an. Unzeitige, schwere, in Erregung gemachte Vorwürfe sind nicht am Platze. Der Landmann hat zunächst ja keine Ahnung von dem, was die Denkmalpflege will. Er muß erst belehrt werden. Doch nicht mit tönenden Worten durch ästhetische, kunstgeschichtliche oder weithergeholt geschichtliche Auseinandersetzungen, sondern durch eindringlichen, aus warmem Herzen kommenden Appell an seine Pietät, an seine Jugenderinnerungen, an die von ihm selbst erlebte Geschichte. Die Nützlichkeit des Ansinnens ist dem Bauern klarzumachen, der praktische Vorteil, der ihm aus dem Eingehen auf dieses erwächst. Und ganz sicher darf man sein, ihn zu gewinnen, wenn es gelingt, ihm den Nachweis zu führen, daß mit den im Interesse der Denkmalpflege erwünschten Maßregeln auch Kostenschonung verbunden ist. Denn der Bauer rechnet, und er hat einen gesunden praktischen Sinn. Er nimmt auch trotz seines zähen Festhaltens an dem, was er sich einmal in den Kopf gesetzt hat, Belehrung gern und dankbar an, wenn sie ihm nur in gütiger,

ihm verständlicher und auf seinen Gedankenkreis eingehender Weise gegeben wird. Im übrigen aber ist er konservativ, ist bereit, geistige Überlegenheit anzuerkennen, und ist füglich noch immer leichter zu behandeln als der superkluge, von sich und seiner Intelligenz überzeugte Städter.

Eine Gefahr für die Denkmalpflege liegt freilich darin, daß sie nicht selten mit ihren Anforderungen zu weit geht, wodurch sie sich dann mehr zu schaden als zu nützen pflegt. Sie muß sich immer bewußt bleiben, daß neben den ihnen auch noch andere Interessen bestehen, muß sich gegenwärtig halten, daß die alten Bauwerke nebst Inhalt, auf die sich ihre Fürsorge erstreckt, zumeist keine Museumsgegenstände, sondern im Gebrauch befindliche Dinge sind, an denen der Nutznießer, der Lebende überhaupt, ein Recht, und zwar ein stärkeres Recht hat als die Denkmalpflege. Selbst wenn man der kulturellen Bedeutung der letzteren den größten Wert beimißt, wie wir hier das alle tun, darf sie doch gegenüber anderen wichtigen und wichtigeren Faktoren der Kulturgemeinschaft, des Staats- und Gemeindelebens nicht überschätzt werden.

So wird bei den Fragen der einfachen Erhaltung sowohl wie bei Veränderungen, Erweiterungen usw. den berechtigten Wünschen der Nutznießer eines Denkmalpflegeobjektes in kluger Weise bis zur zulässigen Grenze entgegenzukommen sein. Um die Erhaltung einer alten Dorfkirche durchzusetzen, wird man oft nicht umhin können, sie der Gemeinde durch angemessene Instandsetzung wieder wert zu machen. Das eigene feinere Empfinden für das Poetische und Malerische des beginnenden Verfalls, für das Stimmungsvolle der durch die Zeit differenzierten Farbenwerte darf der Konservator vom Bauern nicht verlangen. Dieser will das „alte Gerümpel“ wieder in stand haben; dann hat er auch wieder seine Freude daran. Namentlich seinem Verlangen nach kräftiger, frischer Farbe muß entgegengekommen werden. Die Wiederherstellung soll nicht bürgerisch, wohl aber bäuerlich werden. Denn für die Bauern ist doch die Dorfkirche in erster Linie da, und nicht für den Genuß oder gar für die Liebhaberei des feiner Gebildeten, den bei gelegentlichem Besuche das malerische Dorfbild, das stimmungsvolle Kircheninterieur entzückt. — Ich bitte mich nicht mißzuverstehen: Ich bin der letzte, der nicht dafür eintrate, daß diese dörfliche Herrlichkeit tunlichst lange erhalten wird. Es wird immer das beste sein, die Dorfbewohner so lange, wie irgend möglich, von Änderungen und Instandsetzungen abzuhalten, sie dafür aber um so sorgsamer anzuhalten, daß die für die Bewahrung ihres Schatzes erforderliche Pflege nicht verabsäumt wird. Aber alles Ding hat seine Zeit. Schließlich muß doch einmal wiederhergestellt werden. Dann aber darf dem Wiederhersteller, wenn er einmal etwas herhaft zuzugreifen gezwungen ist, nicht nervös und mit weichlicher Empfindsamkeit in die Arme gefallen werden. — Hinsichtlich der Formgebung pflegt dies übrigens seltener zu geschehen, als wenn es sich um Farbe handelt. Ganz erklärlich. Denn der Farbe gegenüber ist das persönliche Empfinden subtiler: ein durch Schulung und Gewöhnung für den Genuß feiner Farbenwerte und gebrochener Akkorde empfänglich gewordener Sinn hat schon bei Neuschöpfungen Mühe, einer derben bäuerlichen Farbenskala gerecht zu werden. Bei Denkmalbauten pflegt die Frage der farbigen Behandlung besonders dann strittig zu werden, wenn alte Bemalungsreste aufgedeckt worden sind, die immer einen großen

Teil ihrer ursprünglichen Kraft und Frische verloren haben werden. Diese Reste — ich rede nicht von selbständigen Wandgemälden oder von Malereien, die sich, bestimmt abgegrenzt, als solche behandeln lassen — diese Reste „patinamäßig“ zu verwerten, d. h. sie so, wie sie unter der Tünche hervorkommen, zu erhalten und die neue Zutat diesem Zustande anzupassen, lässt sich künstlerisch fast nie vertreten. Kann Übereinstimmung über die Art der Behandlung zwischen den Beteiligten nicht erzielt werden, so ist es in solchem Falle wohl das beste, man deckt die gefundenen Reste wieder mit dem wohltuenden Schleier weißer Tünche zu. Noch besser, es werden, um nicht erst Gelüste zu wecken, dergleichen „interessante Aufdeckungen“ von vornherein vermieden.

Doch ich laufe Gefahr, von meinem eigentlichen Thema abzukommen und in Verallgemeinerungen zu verfallen, die für die Denkmalpflege überhaupt gelten. Ganz lässt sich dies ja nicht vermeiden. Die Dinge gehen sehr ineinander, und den Begriff einer eigentlichen „Denkmalpflege auf dem Lande“ festzuhalten, ist schwer. Ich will mich aber für den kurzen Rest meiner Ausführungen bemühen, tunlichst im Rahmen dieses Begriffes zu bleiben.

Die Denkmalpflege auf dem Lande wird unter Umständen nicht davor zurückschrecken dürfen, Einzelheiten zu opfern, wenn sich dadurch die Hauptsache retten lässt. Um Sie nicht zu ermüden, meine Herren, nur ein einziges Beispiel: Eine Dorfgemeinde besitzt eine erhaltenswerte alte Kirche, klein, gedrungen und traurlich, passend zur Umgebung, mit hohem, über den Altarraum hinweggezogenem Dache und niedrigen Mauern, mit Dachturm und malerischem inneren Ausbau. Sie findet den alten Besitz nicht mehr schön, nicht mehr zeitgemäß, will etwas anderes haben, so etwas wie die neue Kirche des Nachbardorfes, mit schlankem, spitzem Turm und hohen Frontmauern, mit Apsis, großen Maßwerkfenstern, Flügeltüren usw. Sie bleibt trotz aller Vorhaltungen des Konservators bei ihrem Willen, es gelingt ihr sogar, ein geringfügiges Erweiterungsbedürfnis sowie die beginnende Baufälligkeit des Dachturms, der ihr besonders ein Dorn im Auge ist, nachzuweisen. Was verschlägt es da, ihr entgegenzukommen und die Hauptsache dadurch zu retten, daß man ihr einen selbständigen, vom Grund auf geführten Turm ähnlichen Gepräges zubilligt, durch dessen An- oder Einbau an der Westseite zwar ein verändertes Kirchenbild entsteht, aber doch eine Baulichkeit, die nicht nur den praktischen Anforderungen der Gemeinde entspricht, sondern auch allen künstlerischen und billigen konservatorischen Ansprüchen genügt.

Überhaupt kann das Hängen an der Substanz leicht zu weit gehen. Geschichtlich wichtige Denkmäler ausgesprochener Individualität, hochorganisierte und von der Hand erster Meister herrührende Kunstwerke müssen natürlich unter allen Umständen bis zu ihrem völligen Verfall im Originale erhalten werden. Ein Externstein-Relief, ein Reiterbild Konrads III. im Bamberger Dome, ein Lionardosches Abendmahl würden ihren ganzen Wert verlieren, wollte man sie in vollständig neuer Substanz nachbilden. Anders schon bei einem Architekturwerke, das des Meisters Hand ja nur mittelbar zeigt. Und noch mehr bei den schlichten Erzeugnissen ländlicher Kunst, bei denen es sich meist nur um die Erhaltung einfacher Typen handelt und bei

denen die Nachbildung oder Ergänzung durch die heute zur Verfügung stehenden Kräfte keine Schwierigkeiten bereitet. Bei ihnen kann durch die Verhinderung eines rechtzeitigen gründlichen Eingriffes leicht der Bestand des Ganzen gefährdet werden.

Auch die Lösung eines Denkmalpflegeobjektes aus seiner Umgebung zum Zwecke seiner Erhaltung ist gewöhnlich ein Fehler. Das gilt von ganzen Bauwerken wie von ihren Teilen. Namentlich von letzteren. Wie gefährlich in dieser Hinsicht unser Museumswesen werden kann, ist schon oft hervorgehoben worden. Die Überführung einzelner Gegenstände in Museen ist unter Umständen nicht zu vermeiden. Aber es sollte immer die ultima ratio sein. Zunächst sollte mit allen Mitteln versucht werden, den Gegenstand an seinem Bestimmungsorte zu erhalten. Denn nur dort ist er lebendig, kommt er zu seiner vollen Wirkung und Geltung. Was ist z. B. der Denkhoog auf Sylt ohne seinen Inhalt, den man in ein Kieler Museum gebracht hat und der dort nur den halben Eindruck macht! Welchen Wert hätte der Pesel des bekannten, wohlerhaltenen und nicht im geringsten gefährdeten Protschen Hauses in Westerland, wenn man seine Bettwand herausgerissen und in ein Museum überführt hätte, wie das geschehen wäre, wenn der Eigentümer nicht befürchten müßte, daß ihm dann die bessere Einnahmequelle, die ihm aus der Besichtigung des Hauses durch Fremde erwachsen ist, versiegen werde! — Selbst die Dorfmuseen sind bedenklich. Der Bauer soll seinen alten Hausrat, seinen Schmuck in seinem Hause behalten, bis er verbraucht ist. Die Kirche soll ihr eigenes Museum sein und ist auch zur Aufbewahrung manches sonstigen Kunstgegenstandes aus dem Dorfe der beste Platz.

Wie die Denkmalpflege zu weit gehen kann, geht sie auch manchmal nicht weit genug. Oft kommt es vor, daß von konservatorischer Seite erklärt wird, die Denkmalpflege habe „kein Interesse an einer Sache“, wenn diese kein Merkmal besitzt, aus dem sich eine besondere geschichtliche, kunstgeschichtliche oder formalistisch-künstlerische Beziehung ergibt. Findet sich dagegen ein alter Gewölbeansatz, ein Kapitellrest, eine Jahreszahl vor, so wird das Interesse sofort rege, und die Gleichgültigkeit schlägt womöglich in das Gegenteil um. Man vergißt, daß Dörfer selten wichtigere Geschichte, daß Dorfkirchen und Bauernhäuser selten kunst- oder stilgeschichtliche Bedeutung haben: daß es ganz andere Momente sind, die sie vorwiegend schützens- und erhaltenswert machen. Dies sind die Fragen allgemein künstlerischer und ethischer Art, die Erhaltung des typischen und schönen Gepräges der Landschaft, des Ortsbildes, des Malerischen und landschaftlich Schönen überhaupt. Nicht weniger auch die Rettung des schlichten Vorbildes für die neuzeitlich heimische Bauweise. Die Sicherung des Bestandes der Nebenanlagen, der alten Einfriedigung, der Bäume und Büsche, des Pflanzenwuchses, der die Mauern umrankt und ihnen — das gilt namentlich vom Efeu — auch Schutz gewährt, wenn nur dem Überhandnehmen klug vorbeugeht: sie ist meist wichtiger als die Erhaltung eines „Dokumentes“ jener wenig bedeutsamen Art. Auf das Ganze den Sinn zu richten, nicht an Einzelheiten und Kleinigkeiten zu hängen, muß oberster Grundsatz sein. Wie wenig nützt die Beibehaltung eines aus dem Zusammenhange gerissenen Dinges! Was soll schließlich ein Kirchturm ohne Kirche, ein Tor ohne die anschließende Umwehrung! Was für Wert hat ein von der Scholle ver-

pflanztes, aus dem Zusammenhange mit seinem Zubehör herausgerissenenes Bauernhaus gegenüber dem Bilde des ganzen Bauernhofes, des schlichten Dorfes, die zwar nicht einen einzigen Teil von Sonderart enthalten, die aber ein lebendiges Ganzes sind, ein Überkommenes, das Herz und Sinn wirklich heimatlich anspricht!

Einzelne bestimmte Vorschläge zur weiteren Förderung der Denkmalpflege auf dem Lande beizubringen, ist nicht leicht. Sie sind in der Hauptache schon gemacht oder zur Tat geworden. Möglichst weit auszudehnen ist im E. die Einrichtung der Pflegerschaften. Denn der schutzbedürftige Bestand des Landes ist für den beamteten Konservator allein schwer zu übersehen und zu kontrollieren. Allerdings ist die Zuständigkeit des Pflegers bestimmt zu begrenzen und dafür zu sorgen, daß er nicht etwa eigenmächtig in die Denkmalpflegegeschäfte eingreift. — Von der Ausdehnung der neuerdings verschiedentlich ergriffenen oder geplanten Maßregeln gegen die Verunstaltung von Ortschaften auf das Land wird man sich nicht zuviel versprechen dürfen. Überhaupt werden diese Maßregeln der Denkmalpflege insofern nur mittelbar zugute kommen, als sie weniger die Denkmäler selbst, als vielmehr deren Umgebung, besonders die neu zu schaffende Umgebung ins Auge fassen.

Wichtiger wäre, daß die „Inventare“ den ländlichen Besitzstand in weiterem Umfange berücksichtigen, als dies bisher zumeist geschehen ist. Die Schwierigkeiten, mit denen die Erfüllung dieses Wunsches verknüpft ist, sollen nicht verkannt werden. Die Möglichkeit ist aber durch einzelne Denkmälerverzeichnisse erwiesen. Sodann müßte der Inhalt der Inventare derart verbreitet werden, daß die an der Erhaltung des einzelnen Objektes zu Beteiligenden auf dessen Wert in geeigneter Weise nachdrücklich hingewiesen werden. Das könnte z. B. dadurch geschehen, daß der betreffende Teil des Inventars in die kleinen Lokalblätter, die die Beteiligten lesen, also in die Kreisblätter, die Dorfzeitungen usw. lanciert wird. Auch dadurch, daß man dem Bauern Abbildungen seines Besitzes, die aus Inventaren und anderen Veröffentlichungen entnommen werden, schenkt. Sieht er diese an der Wand seiner Stube eingerahmt hängen, findet er eine gedruckte Würdigung seines Eigentums „im Blatte“, so schätzt er dessen Wert doppelt so hoch, sein Stolz wird rege, und er wird für die Wünsche der Denkmalpflege zugänglicher. Allerdings müssen sich die Inventare zur Erreichung dieses Zweckes vor abfälliger Kritik hüten, die überhaupt den auf Erhaltung gerichteten Bestrebungen schon manchesmal verhängnisvoll geworden ist.

Schließlich kann durch Bekämpfung indirekter Feinde viel für die Denkmalpflege geschehen. Zu diesen rechne ich vor allen Dingen die schlechten Techniken und Materialien, an denen unsere Zeit krankt. Ihre Nennung und Kennzeichnung würde mich hier viel zu weit führen; sie könnte einen Vortrag für sich allein ausmachen. Ebenso die Besprechung eines anderen Erzfeindes, den ich, da ich Ihre Geduld wohl schon zu lange in Anspruch genommen habe, nur eben erwähnen will. Das ist die Feuchtigkeit, die aus dem Erdboden und von oben in die Baulichkeiten eindringt, und die sich infolge mangelhafter Lüftung in ihnen bildet. So manche für Instandsetzungen gemachte Ausgabe ist umsonst aufgewendet, wenn nicht zuvor mit diesem Gegner gründlich aufgeräumt worden ist.

Ich bin am Ende meiner znletzt sehr mosaikartig gewordenen Ausführungen. Nicht möchte ich, daß diese den Eindruck erwecken, als sähe ich zu schwarz in den unser Thema betreffenden Fragen. Doch es konnte nicht Aufgabe dieses Referates sein, die Schattenseiten des Gegenstandes zu verbergen und sich in seinem Lichte behaglich zu sonnen. Soll eine Sache zum Gedeihen gebracht werden, so ist es erstes Erfordernis, daß man sich über die Mängel klar wird, die ihr vorerst noch anhaften. Die Übelstände, an denen die Denkmalpflege auf dem Lande noch krankt, sind jedoch nicht derart, daß sie sich nicht durch einmütige Zusammenarbeit erfolgreich bekämpfen ließen. Zu solch einmütiger Zusammenarbeit sind die Tage für Denkmalpflege ins Leben gerufen. Es darf nicht daran gezweifelt werden, daß unsere Wirksamkeit auch der ländlichen Denkmalpflege in demselben Maße zugute kommen wird, wie sie schon in so mancher das Denkmalpflegewesen betreffenden Frage zum Segen geworden ist.



Anton Springer  
**Handbuch der Kunstgeschichte**  
===== In fünf Bänden =====

Gr. 8°. Mit 2300 Seiten Text, 2925 Abbildungen und 92 farbigen  
Reproduktionen

**Gebunden in fünf Leinenbänden Mk. 44.—**

---

**I. Das Altertum.** 8. Auflage. Neubearbeitet von Professor Dr. A. Michaelis. 497 Seiten mit 900 Abbildungen und 12 Farbendrucktafeln. In Leinen gebunden Mk. 9.—.

**II. Das Mittelalter.** 8. Auflage. Neubearbeitet von Hofrat Professor Dr. Jos. Neuwirth. 548 Seiten mit 708 Abbildungen und 10 Farbendrucktafeln. In Leinen gebunden Mk. 8.—.

**III. Die Renaissance in Italien.** 8. Auflage. Neubearbeitet von Geheimrat Professor Dr. A. Roffilli. 311 Seiten mit 332 Abbildungen und 20 Farbendrucktafeln. In Leinen gebunden Mk. 8.—.

**IV. Die Renaissance im Norden und die Kunst des 17. und 18. Jahrhunderts.** 8. Auflage. Neubearbeitet von Professor Dr. Felix Becker. 408 Seiten mit 450 Abbildungen und 24 Farbendrucktafeln. In Leinen gebunden Mk. 9.—.

**V. Das 19. Jahrhundert.** 5. Auflage. Bearbeitet und ergänzt von Dr. Max Osborn. 483 Seiten mit 535 Abbildungen und 26 Farbendrucktafeln. In Leinen gebunden Mk. 10.—.

---

————— Jeder Band ist einzeln käuflich. —————

**Urteile:**

Umfassende und gründliche Kenntnis des Materials und des Standes der Forschung, klar durchdachte und übersichtliche Gliederung, eine jeder Phrase abholde, inhaltreiche, aber durchweg lichtvolle Sprache, ein reiches und treffend ausgewähltes Illustrationsmaterial, das sind die anerkannten Vorteile des Springerschen Handbuchs der Kunstgeschichte. *Literarischer Handweiser.*

Man darf wohl, ohne ungerecht gegen andere ähnliche Werke zu sein, sagen, daß Springers Handbuch der Kunstgeschichte an künstlerischer Auffassung das beste ist. *Südd. Monatshefte.*

In dem Kunstgeschreibsel unserer Tage macht sich soviel Phrase breit, in diesem Springerschen Handbuche aber regiert die Gelehrsamkeit, gepaart mit feinem Schönheitssinn und ausgezeichneter Stilistik. Von den Abbildungen läßt sich nur das Beste sagen: sie sind klar, scharf und so gewählt, daß sie den Text gut ergänzen. *Vossische Zeitung.*

# Das deutsche Rathaus im Mittelalter

in seiner Entwicklung geschildert von  
**O. Stiehl**

Stadtbauspezialist Prof., Privatdozent an der Technischen Hochschule zu Charlottenburg

174 Quartseiten mit 187 Illustrationen

**Geheftet Mk. 9.—, in Originaleinband Mk. 10.50**

Ein sehr interessantes Kapitel mittelalterlicher Profanbaukunst erfährt hier eine ganz vorzügliche Behandlung. An über 120 Beispielen erläutert Stiehl die Entwicklung des mittelalterlichen Rathauses, die ja überaus reich und mannigfaltig gewesen ist. Sehr gute Abbildungen von Grundrissen und Ansichten, oft nach eigener Aufnahme des Verfassers oder doch durch ihn beschafft, bilden die unentbehrliche, aber doch nie sich aufdringende Begleitung des Textes, die Beschreibung der Bauten ist musterhaft. Auch im einzelnen ist die Forschung durch Aufklärung über die Baugeschichte einzelner Denkmäler wesentlich gefordert. . . . Es ist eine Freude, seinen feinen Würdigungen einzelner Bauten zu folgen. Seinem Wunsche, daß sich der deutsche Architekt die Anregungen, die das mittelalterliche Rathaus bietet, in rechtem Maße zunutze machen möge, kann man nur die größte Beachtung wünschen.

*Literarisches Zentralblatt.*

Wenn man das Buch, zumal an der Hand der trefflichen Illustrationen durchliest, hat man das Gefühl, als durchblättere man ein Buch alter deutscher Geschichte. Für den Geist unserer künstlerischen Gegenwart bedeutet dieses Werk eine Tat, denn es ist aus der Zeit herausgeboren und zumal der Architekt und der Freund der Kulturgeschichte wird dankbar die in dem Buch enthaltenen Anregungen aufnehmen.

*Leipziger Tageblatt.*

Überall ist das kulturhistorische Moment trefflich berücksichtigt, und das deutsche Rathaus wird als ein lebendiger Organismus in seiner allmählichen Entwicklung uns vor Augen geführt. Das Buch ist die reife Frucht langer Studien und wird ebensoviel Freude machen, wie weitere Anregung gewähren.

*Breslauer Zeitung.*

## Handbuch der Bürgerlichen Kunstaltertümer in Deutschland

Von Dr. Heinrich Bergner

Gr. 8<sup>0</sup>. 2 Bände. 644 Seiten mit 790 Abbildungen

**Geheftet Mk. 18.—, gebunden Mk. 20.—**

Eine eingehende Vertrautheit mit dem Stoffe, der doch oft sehr weit auseinander liegende Dinge betrifft, Beherrschung einer großen Literatur, dann die Gabe kurzer schlagender Charakteristik und ein kritischer Sinn, der den Erscheinungen und den Urteilen über sie besonnen gegenübertritt, das sind die Hauptvorzüge, die in dem Werke zutage treten. Die Abbildungen, wichtig gerade in einem solchen Werke, sind zahlreich, geschickt ausgewählt und fast ausnahmslos gut. So ist es ein überaus nützliches Werk, das auf verhältnismäßig geringem Raum eine Fülle von Inhalt birgt.

*Literarisches Zentralblatt.*

... Da auch die ganze Ausstattung, Papier, Druck und Abbildungen, auf der Höhe steht, so können wir das Buch auf das Wärmste empfehlen. Der Verfasser kann des Dankes aller derer gewiß sein, die sich bisher mit nicht geringerer Mühe auf den weiten Gebieten dieser Denkmäler, so gut es eben ging, zurechtfinden mußten, und denen nun durch Bergners vorzügliches, mit hingebender Liebe und Arbeit geschriebenes Werk die Wege gebahnt sind.

*Professor P. J. Meier in den Monatsheften der Kunsthistorischen Literatur.*

— Durch alle Buchhandlungen zu beziehen. —





CENTRAL ARCHAEOLOGICAL LIBRARY,  
NEW DELHI

Catalogue No.

CENTRAL ARCHAEOLOGICAL LIBRARY,

NEW DELHI  
BORN TO THE KING

Catalogue No. 222-100/C/0-4500-4500

**Author—** C. G. HALL, M.D., 33, York.

Title— 1932-33-1933-34-Bands

Borrower No.	Date of Issue	Date o Return

P. T. O.